Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich ...

Friedrich Wilhelm (Elector of Brandenburg), ...

URKUNDEN UND ACTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE

DES

KURFÜRSTEN FRIEDRICH WILHELM

VON BRANDENBURG.

AUF VERANLASSUNG SEINER HOCHSELIGEN MAJESTÄT DES KAISERS FRIEDRICH ALS KRONPRINZ VON PREUSSEN.

NEUNZEHNTER BAND.

POLITISCHE VERHANDLUNGEN.
ZWÖLFTER BAND.

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr. FERDINAND HIRSCH,
PROFESSOR AM KÖNIGSTÄDTISCHEN REALGYMNASIUM ZU BERLIN.

BERLIN.
DRUCK UND VERLAG VON GEORG REIMER.
1906.

URKUNDEN UND ACTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE DES

KURFÜRSTEN FRIEDRICH WILHELM

VON BRANDENBURG.

NEUNZEHNTER BAND.

POLITISCHE VERHANDLUNGEN.

ZWÖLFTER BAND.

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr. FERDINAND HIRSCH,
PROFESSOR AM KÖNIGSTÄDTISCHEN REALGYMNASIUM ZU BERLIN.

BERLIN.
DRUCK UND VERLAG VON GEORG REIMER.
1906.

Vorwort.

Die beiden ersten Abschnitte dieses Bandes bilden eine Ergänzung zu dem vorhergehenden 18. Bande, gehören auch noch zu der in diesem behandelten Periode (1676—1679), und zwar hat der Herausgeber, da in den vorhergehenden Bänden die Beziehungen des Kurfürsten zu Polen nur bis 1673, zu Rußland nur bis 1660 verfolgt waren, sich genötigt gesehen, hier noch etwas weiter zurückzugehen, in dem ersten mit dem Tode König Michaels (10. November 1673) zu beginnen und in der Einleitung zu dem zweiten das Verhalten des Kurfürsten Rußland gegenüber von dem Olivaer Frieden (3. Mai 1660) an darzulegen. Die in den drei folgenden Abschnitten veröffentlichten urkundlichen Materialien sollen die Politik des Kurfürsten von Brandenburg in der nächsten Periode seiner Regierung, der vom Abschluß seines Friedens mit Frankreich (29. Juni 1679) bis zum Zustandekommen des Waffenstillstandes zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich (15. August 1684) reichenden Zeit, in der er sein Heil im engsten Anschlusse an Frankreich gesucht hat, veranschaulichen. Der dritte behandelt die Beziehungen zu Frankreich selbst, der vierte diejenigen zu Dänemark, mit welchem Staate der Kurfürst auch in dieser Periode wieder in Bundesgenossenschaft getreten ist, der fünfte endlich soll zeigen, welche Rückwirkung die Verbindung des Kurfürsten einerseits mit Frankreich

und andererseits mit Dänemark auf sein Verhältnis zu dem Deutschen Reich im allgemeinen und zu einzelnen Mitgliedern desselben ausgeübt hat. Die notwendige Rücksichtnahme auf den zur Verfügung stehenden Raum hat es nicht möglich gemacht, schon hier auch die Beziehungen des Kurfürsten zu den anderen damals in Betracht kommenden Mächten, Österreich, den Niederlanden und Polen, darzulegen. Es soll dieses in den betreffenden Abschnitten des nächsten Bandes nachgeholt werden, der in der Hauptsache der Darstellung der Politik des Kurfürsten in seiner letzten Regierungszeit (1685 bis 1688) gewidmet sein wird.

Die in diesem Bande veröffentlichten urkundlichen Materialien stammen zum bei weitem größten Teile aus dem Berliner Geheimen Staatsarchiv her, nur für den ersten Abschnitt konnten auch diejenigen des Danziger, und für den fünften noch nachträglich einige Akten des Münchener Staatsarchivs verwertet werden. Den Vorstehern und Beamten dieser Archive spricht der Herausgeber auch an dieser Stelle für die ihm bei seiner Arbeit bereitwilligst gewährte Unterstützung seinen verbindlichsten Dank aus.

Berlin, im September 1906.

Der Herausgeber.

Inhalt.

Abschnitt I.

Brandenburg und Polen 1673—1679.

Einleitung.

Die in diesem Abschnitt über die Beziehungen zwischen Brandenburg und Polen in der Zeit vom Herbst 1673 bis zum Beginn des Sommers 1679 veröffentlichten urkundlichen Materialien schließen sich unmittelbar an diejenigen an, welche in dem zwölften Bande dieser Sammlung über die Beziehungen beider Mächte zueinander in den Jahren 1664—1673 mitgeteilt sind. Am 10. November 1673 war König Michael von Polen gestorben; es trat dort wieder ein Interregnum ein und eine neue Königswahl mußte vorgenommen werden. Kurfürst Friedrich Wilhelm hat[1]) sich für diese um so lebhafter interessiert, da ihm von Polen her Aussichten eröffnet wurden, daß entweder sein Sohn, der Kurprinz Karl Emil, oder er selbst gewählt werden könnte, und er hat auch diesmal der Versuchung nicht widerstanden, sondern diesen Anträgen ein geneigtes Ohr geliehen. Wenn die polnische Krone ihm oder seinem Sohne angeboten werden und ohne allzu schwere Zugeständnisse, besonders ohne Religionswechsel, zu erlangen sein sollte, dann ist er entschlossen gewesen, sie anzunehmen. Auch von seinen Geheimen Räten, denen er, ohne diese Absicht kundzugeben, die Frage vorlegte, wie er sich bei dieser Wahl verhalten sollte, haben drei in ihren unten mitgeteilten Gutachten die Möglichkeit der Erwerbung der polnischen Krone durch ihn selbst oder durch den Kurprinzen in Erwägung gezogen und zwei von ihnen (Blaspeil und Meinders) haben dringend geraten, wenn sich eine solche Gelegenheit zur Erhöhung der Macht des brandenburgischen Hauses und zur Förderung der protestantischen Religion darbieten sollte, dieselbe nicht unbenutzt zu lassen, während der dritte (v. Canstein) die entgegenstehenden Schwierigkeiten für so groß erachtet, daß er meint, die Sache sei „mehr zu wünschen als zu hoffen". Der Kurfürst selbst aber hat sie

[1]) S. Hirsch, Die Wahl Johann Sobieskis zum König von Polen 1674 (Historische Zeitschrift LXXXVII, S. 224 ff.).

keineswegs für so hoffnungslos gehalten. Allerdings war die Zahl der brandenburgischen Parteigänger in Polen nur klein, weit zahlreicher waren diejenigen, welche wieder einen französischen Prinzen, diesmal Condé, und diejenigen, welche wieder den von Österreich begünstigten Kandidaten, den Prinzen Karl von Lothringen, auf den Thron zu erheben wünschten, aber gerade der feindliche Gegensatz dieser Parteien, die sehr geringe Aussicht, daß es unter ihnen zu einer Einigung kommen werde, und andererseits die Abneigung eines großen Teiles der Polen, es besonders angesichts des noch fortdauernden Türkenkrieges zu einer Spaltung und einem Bürgerkriege kommen zu lassen, diese Umstände ließen es möglich erscheinen, daß schließlich doch der Kurprinz oder der Kurfürst als Kompromißkandidat aufgestellt und gewählt werden könnte, und nach dieser Richtung hin hat der Kurfürst dort für seine Sache wirken lassen. Um so unangenehmer ist es ihm gewesen, daß er wieder von anderen Bewerbern, von dem Prinzen Karl von Lothringen und auch von dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg, der diesmal für seinen ältesten Sohn Johann Wilhelm die polnische Krone zu erlangen suchte, um seine Unterstützung angegangen wurde. Da er mit seinen Bestrebungen nicht offen hervortreten und es mit keinem, der als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgehen würde, verderben wollte, so hat er ein sehr verstecktes und gewundenes Spiel gespielt und schließlich doch nur dank der Geschicklichkeit des Freiherrn v. Hoverbeck, den er wieder als seinen Gesandten nach Polen schickte, erreicht, daß derjenige, welcher ganz zuletzt als Kandidat auftrat und durch seine zahlreichen Anhänger und durch die Unterstützung, welche ihm der französische Gesandte, der Bischof von Marseille Forbin-Janson, gewährte, seine Wahl durchsetzte, der bisherige Kron-Großfeldherr Johann Sobieski, ihn zu denjenigen gezählt hat, welche seine Sache begünstigt hätten.

Die auf diese Königswahl bezüglichen, dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin entnommenen Aktenstücke, die Korrespondenz, welche der Kurfürst mit seinen Anhängern in Polen durch den Oberpräsidenten v. Schwerin und durch seinen Residenten in Warschau, Wichert, unterhalten ließ, die Gutachten seiner Geheimen Räte, sein Schriftwechsel mit dem Prinzen von Lothringen und mit dem Pfalzgrafen von Neuburg, seine Reskripte an v. Hoverbeck und dessen Berichte zuerst von Preußen und dann von Warschau aus, sind als eine erste Gruppe zusammengestellt worden. Wichtige Ergänzungen dazu bieten

einerseits die von dem Herausgeber[1]) neulich an anderer Stelle veröffentlichten Materialien des Danziger Staatsarchivs und andererseits die Korrespondenz des Bischofs von Marseille und anderer französischer Agenten und Parteigänger in Polen mit König Ludwig XIV. und dessen Minister Pomponne, welche Waliszewski[2]) aus dem Archiv des auswärtigen Ministeriums in Paris in den von der Krakauer Akademie veröffentlichten Akten zur polnischen Geschichte herausgegeben hat.

Eine zweite Gruppe bilden diejenigen Aktenstücke, welche der Zeit von der Wahl bis zur Krönung König Johanns (Anfang Februar 1676) angehören. Für die Gestaltung des Verhältnisses desselben zu dem Kurfürsten war es verhängnisvoll, daß gerade zu der Zeit, als er auf den Thron erhoben wurde, der Wechsel in der Politik des Kurfürsten, seine neue Verbindung mit den Gegnern Frankreichs, dem Kaiser, Spanien und Holland, und sein Entschluß, aufs neue an dem Kriege gegen Frankreich teilzunehmen, erfolgte. Dadurch wurde der König, der, wie bemerkt, hauptsächlich der französischen Unterstützung seine Wahl verdankte, und der sich von vornherein zu dem engsten Zusammengehen mit Frankreich verpflichtet hatte, sofort in ein feindliches Verhältnis zu dem Kurfürsten versetzt, und er ist um so mehr geneigt gewesen, gegen denselben vorzugehen, als er dadurch besondere Vorteile für sich zu erlangen erwartete. Er rechnete auf reiche französische Subsidien, er hoffte außerdem aber, dem Kurfürsten das Herzogtum Preußen entreißen und durch eine so wichtige Erwerbung auch sein Ansehen und seine Machtstellung in Polen befestigen und erhöhen zu können. Er hat[3]) sogleich durch den bei ihm gebliebenen französischen Gesandten Ludwig XIV. das Anerbieten gemacht, sobald der Türkenkrieg beendigt sei und er dadurch freie Hand bekommen würde, den Kurfürsten in Preußen, dessen Eroberung bei der Unzufriedenheit der dortigen Bevölkerung geringe Schwierigkeiten haben würde, anzugreifen und auch gegen den Kaiser durch Unterstützung des in Ungarn ausgebrochenen Aufstandes eine Diversion zu unternehmen,

---

[1]) Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1674. Danziger Gesandtschaftsberichte aus den Jahren 1673 und 1674 (Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins XLIII, 1901).

[2]) Acta historica res gestas Poloniae illustrantia ab a. 1507 usque ad a. 1795, III (Krakau, 1879).

[3]) S. die Denkschrift des Bischofs von Marseille für Ludwig XIV. von Anfang Juni 1674 (Acta hist. III, S. 59 ff.).

wenn ihm die dazu nötigen Geldmittel von dem französischen Könige gewährt würden. Ludwig XIV. ist bereitwillig auf diese Vorschläge eingegangen, er erbot sich[1]) zur Herstellung des Friedens zwischen Polen und der Türkei mitzuwirken und den polnischen König bei jenen beabsichtigten Unternehmungen gegen den Kurfürsten und gegen den Kaiser durch Subsidien zu unterstützen. Doch erklärte er die von demselben geforderten Geldsummen für zu hoch und machte, da er die Unzuverlässigkeit der Polen schon genügend kennen gelernt hatte, den Vorbehalt, daß die Zahlung der Subsidien, die er bewilligen wollte, erst nachdem der König jene beiden Unternehmungen wirklich begonnen hätte, erfolgen sollte. Er bevollmächtigte den Bischof von Marseille zu weiteren Verhandlungen darüber und schickte bald darauf auch den Marquis de Béthune, den Schwager der polnischen Königin, zur Teilnahme an denselben nach Polen.

Die Ausführung dieser Pläne schien noch dadurch erleichtert zu werden, daß auch eine andere Macht ihre Mitwirkung dazu anbot, nämlich Schweden. Dieses stand schon längst im Bündnis mit Frankreich, bezog von demselben Subsidien und hatte sich dafür verpflichtet, die deutschen Fürsten, welche Frankreich feindlich entgegentreten würden, zu bekriegen. Es hatte sich der Erfüllung dieser Verpflichtung bisher entzogen, sah sich aber jetzt, nachdem der Kurfürst von Brandenburg sich aufs neue gegen Frankreich erhoben hatte, von Ludwig XIV. gedrängt und mit Entziehung der Subsidien bedroht, genötigt, Anstalten zu treffen, um gegen denselben vorzugehen. Es ließ[2]) durch den Gesandten Andreas Liliehoeck, der zur Beglückwünschung des neuen Königs nach Polen geschickt wurde und Mitte Juli 1674 in Warschau eintraf, diesem insgeheim ein Bündnis anbieten, welches auch gegen Brandenburg gerichtet sein sollte. König Johann zeigte sich auch zu dieser Verbindung geneigt, da aber Liliehoeck nicht näher instruiert war und keine bestimmten Vorschläge machen konnte, so wurden die weiteren Verhandlungen darüber bis nach Beendigung des Feldzuges gegen die Türken, den der König Ende August antrat, verschoben. Freilich ging die Hoffnung, schon in diesem Jahre zum Frieden mit den Türken zu gelangen, nicht in Erfüllung, doch wurden während eines Besuches, welchen der König im

[1]) S. die Schreiben Ludwigs XIV. und Pomponne's an den Bischof von Marseille vom 17. Juli 1674 (a. a. O. S. 95ff.).

[2]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille an Ludwig XIV. vom 24. August und 14. September 1674 (Acta hist. III, S. 122f., 129f.).

Oktober vom Lager aus seiner erkrankten Gemahlin in Kasimierz machte, wo sich auch der Bischof von Marseille und der inzwischen in Polen angelangte Marquis de Béthune einfanden, die Verhandlungen wieder aufgenommen und unter Mitwirkung der Königin, die Französin von Geburt war und von Ludwig XIV. für sich und ihre Familie große Vergünstigungen erhoffte, wurde der König, der sich anfangs unzufrieden mit den seiner Meinung nach kärglichen Anerbietungen des französischen Königs zeigte, dahin gebracht, seine früheren Versprechungen zu erneuern. Gegen Schweden wurde derselbe mißtrauisch. Die zu Ende des Jahres erfolgte Aufstellung einer größeren Truppenmacht in Pommern, der lange Aufenthalt Liliehoecks in Danzig und seine angebliche Beteiligung an den in dieser Stadt ausgebrochenen inneren Wirren erregten[1]) in ihm den Verdacht, daß man es schwedischerseits auf das polnische Preußen abgesehen haben könnte, doch ließ er sich, nachdem die Schweden in das Gebiet des Kurfürsten eingefallen waren, beruhigen. Die Verhandlungen mit den französischen Gesandten wurden fortgesetzt,[2]) und am 11. Juni 1675 wurde zu Jaworow ein geheimer Vertrag[3]) unterzeichnet, in welchem sich König Johann verpflichtete, sobald der Frieden mit den Türken zustande gekommen sei, offen dem Kurfürsten den Krieg zu erklären und Preußen anzugreifen, sowie nur dem französischen Könige Truppenwerbungen in Polen zu gestatten. Dagegen versprach ihm dieser zur Beförderung des Friedens mit den Türken 200000 Taler und als Beihilfe zu dem Kriege mit dem Kurfürsten während der Dauer desselben jährlich ebenfalls 200000 Taler und, wenn er auch zugleich den Kaiser in Ungarn angreifen sollte, die gleiche Summe. Doch machte er wieder den Vorbehalt, daß diese Zahlungen erst nach dem wirklichen Beginn der versprochenen Unternehmungen geleistet werden sollten. Mit diesem Vertrage kehrte Béthune nach Frankreich zurück, während der Bischof von Marseille in Polen blieb. Auch dieses Jahr hindurch hat der noch immer fortdauernde Krieg gegen die Türken die Ausführung dieser Verabredungen verhindert. Zu Ende desselben, nachdem inzwischen der Kurfürst die Schweden aus seinen Landen vertrieben und die Eroberung

---

[1]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille vom 4. Januar und Béthune's vom 13. Januar 1675 (a. a. O. S. 175ff.).

[2]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille vom 10., 17. und 24. Mai und vom 13. Juni 1675 (S. 204ff.).

[3]) S. Acta hist. III, S. 210ff.; v. Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge S. 711ff.; Recueil des instructions IV, S. LIIff.

von Vorpommern begonnen hatte, erschien[1]) Liliehoeck wieder bei König Johann, um den Abschluß eines Bündnisses, welches sowohl gegen den Kurfürsten und den Kaiser wie auch gegen Rußland gerichtet sein sollte, zu betreiben. Doch kam man trotz der eifrigen Bemühungen des französischen Gesandten, dasselbe zustande zu bringen, noch nicht zum Schluß, man verabredete aber, die Verhandlungen in Krakau fortzusetzen, wo Anfang Februar 1676 endlich die bisher des Türkenkrieges wegen verschobene Krönung des Königs vorgenommen und im Anschluß daran ein Reichstag abgehalten werden sollte.

Diese Verhandlungen waren ganz geheim geführt und am polnischen Hofe nur die nächsten Vertrauten des Königs in dieselben eingeweiht worden, und dieser selbst hat sich vorläufig gehütet, seine feindseligen Absichten gegen den Kurfürsten zu offenbaren. Daß von seiner Seite zu der Erneuerung des durch die Verträge von Wehlau und Bromberg abgeschlossenen ewigen Bündnisses mit demselben keine Anstalten getroffen wurden, konnte ihm nicht verdacht werden, da diese Erneuerung erst nach der Krönung des neuen Königs stattzufinden hatte. Er hat auf Grund dieses Bündnisses die Hülfe des Kurfürsten für den Türkenkrieg in Anspruch genommen und dieser hat ihm Ende Juli 1674 auch wirklich ein Hilfskorps geschickt, freilich nicht in größerer Anzahl, als er schon während des Interregnums zugesagt hatte, was der König ihm sehr übelgenommen hat. Als dann der Kurfürst zu Anfang des nächsten Jahres, nachdem die Schweden die Feindseligkeiten gegen ihn eröffnet hatten, diese Truppen zurückforderte, hat er lange mit ihrer Entlassung gezaudert, endlich aber doch im Februar 1675 die Überreste dieser sehr zusammengeschmolzenen Mannschaften heimkehren lassen. Für den neuen Feldzug in diesem Jahre hat er, obwohl der Kurfürst durch den Krieg mit Schweden vollauf in Anspruch genommen war, von diesem wieder Hilfe verlangt und über die Verweigerung derselben, sowie über die durch den Krieg veranlaßten Veränderungen im Postverkehr laute Klagen erhoben, auch dem Kurfürsten nicht gestatten wollen, Truppen aus Preußen nach der Mark durch polnisches Gebiet ziehen zu lassen. Doch wurde, als der Kurfürst, ohne sich daran zu kehren, im September dennoch ein kleines Korps durch Pommerellen marschieren ließ, dem Durchzuge desselben kein faktischer Widerstand entgegengesetzt. Zu der Krönung des Königs wurde der Kurfürst eingeladen und der Freiherr v. Hoverbeck,

[1]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille vom 20. und 27. Dezember 1675 und vom 10. und 19. Januar 1676 (a. a. O. S. 243ff.).

den er zur Teilnahme an derselben und an dem Reichstage nach Krakau schickte, ist dort freundlich empfangen und mit den gebührenden Ehren behandelt worden. Trotzdem ist der Kurfürst schon damals wenigstens im allgemeinen von den feindlichen Absichten des Königs gegen ihn unterrichtet gewesen. Schon im September 1674 hatte ihm v. Hoverbeck, der auch nach der Abreise desselben von Warschau bis Anfang November dort geblieben war, von den verdächtigen Verhandlungen mit Liliehoeck und dem französischen Gesandten und von dem großen Einflusse berichtet, welchen der letztere am Hofe erlangt habe, und diese Nachrichten erhielten Bestätigung durch aufgefangene Briefe Liliehoecks, durch unvorsichtige Reden, welche einer der Vertrauten des Königs, der Woiwode von Culm, Gninski, zu dem Befehlshaber des brandenburgischen Hilfskorps, dem Obersten v. Hohndorf, im Lager führte, sowie durch das Verhalten des Woiwoden von Pommerellen, Bąkowski, bei dem Durchmarsch der brandenburgischen Truppen durch seine Woiwodschaft. Der Kurfürst aber hat sich dadurch nur wenig beunruhigen lassen. Er beschränkte sich darauf, das schon früher bei ähnlichen Gelegenheiten erprobte Mittel anzuwenden, in Polen selbst der Verwirklichung solcher feindlichen Absichten entgegenzuwirken durch Kundmachung derselben unter dem gemeinen Adel und durch Vorstellung der Gefahren, denen man sich, wenn es zum Kriege gegen ihn kommen sollte, aussetzen würde. Er knüpfte ferner wieder Verhandlungen mit einzelnen ihm wohlgesinnten, mit dem Könige aber mehr oder minder verfeindeten einflußreichen Magnaten an, welche er ebenfalls von den Absichten des Hofes hat unterrichten und auffordern lassen, sich denselben zu widersetzen. Diesem Zwecke dienen die wiederholten Sendungen des neumärkischen Kammermeisters Scultetus (im Januar und März und nachher im Dezember 1675) nach Großpolen und die Verhandlungen, welche der Kurfürst zu Ende dieses Jahres durch v. Hoverbeck und Wichert mit dem litauischen Großkanzler Paz hat führen lassen. Die Verweigerung des Durchzuges seiner Truppen hat ihm ferner Veranlassung gegeben, sich an seine Bundesgenossen, den Kaiser, den König von Dänemark, die Generalstaaten, und auch an den König von England mit Beschwerden darüber zu wenden, von denen dann der König von Dänemark und die Generalstaaten Schreiben zu seinen Gunsten an den polnischen König gerichtet haben.

Als eine dritte Gruppe können die Aktenstücke zusammengefaßt werden, welche der Zeit von der Krönung König Johanns bis zum

Zustandekommen des Bündnisses desselben mit Schweden (August 1677) angehören. Obwohl weder während des Krönungsreichstages (4. Februar bis 27. April 1676) noch in den folgenden Monaten die Verhandlungen des Königs mit dem schwedischen und dem französischen Gesandten zum Abschluß kamen, hat derselbe doch in dieser Zeit schon deutlicher seine feindselige Gesinnung gegen den Kurfürsten kundgegeben. Auf dem Reichstage wurden von den Parteigängern des Hofes heftige Anklagen gegen diesen wegen angeblicher Verletzung der Verträge erhoben; die von dessen Anhängern und nachher auch von seinem Gesandten v. Hoverbeck geforderte Erneuerung dieser Verträge wurde ebenso wie einst zur Zeit König Michaels unter dem Vorwande, daß erst die Streitpunkte erledigt werden müßten, abgelehnt, trotzdem aber dem Kurfürsten weitere Hilfeleistung im Türkenkriege zugemutet. Durch die Gesandten, welche an denselben mit dieser Forderung geschickt wurden, ließ der König zugleich allerhand Beschwerden erheben und weitere Forderungen stellen, welche offenbar nur den Zweck hatten, denselben zu reizen und später den Vorwand zum offenen Bruch zu liefern. Besonders handelt es sich dabei um die Freilassung des vom Kurfürsten in Haft gehaltenen früheren Danziger Predigers Dr. Aegidius Strauch, welcher[1]) in den Danziger Wirren eine wichtige Rolle gespielt und den der Kurfürst im Verdacht hatte, im schwedischen Interesse gegen ihn tätig zu sein. Der Kurfürst hat diese Absichten wohl erkannt, aber nicht geglaubt, daß der König so bald imstande sein werde, dieselben zur Ausführung zu bringen. Er hat jene Forderungen und Beschwerden in höflicher aber entschiedener Weise abgelehnt, im übrigen sich aber darauf beschränkt, die Verbindung mit seinen Anhängern in Polen aufrecht zu erhalten, den Argwohn derselben gegen die auch auf die Ausdehnung der königlichen Macht im Innern des Reiches zielenden Anschläge des Hofes zu schüren und sie zum weiteren Gegenwirken gegen dieselben anzutreiben. Militärische Maßregeln hat er noch nicht für notwendig gehalten. Er hat zwar anfangs[2]) Truppenwerbungen in Preußen angeordnet, diese sind aber nur in sehr geringfügigem Maße zur Ausführung gekommen, und er hat nachher den größten Teil der von den dortigen Ständen bewilligten Gelder als Beitrag zur Unterhaltung seiner Feldarmee verwendet, mit welcher er den Krieg gegen Schweden in Pommern fortsetzte.

---

[1]) S. darüber Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch (Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins XLVII, S. 123 ff.).

[2]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen 1678—1679 (Berlin 1897) S. 15 ff.

Im August 1676 kehrte der Marquis de Béthune, jetzt als Gesandter des Königs von Frankreich, nach Polen zurück. Er[1]) überbrachte die Ratifikation des im vorigen Jahre mit dem König von Polen abgeschlossenen Vertrages und war beauftragt, im Verein mit dem Bischof von Marseille, welcher vorläufig noch weiter auf seinem dortigen Gesandtenposten verbleiben sollte, dahin zu wirken, daß der Frieden mit den Türken sobald wie möglich zustande gebracht und daß, wenn dieses erreicht sei, der König von Polen zur wirklichen Ausführung der beiden in jenem Vertrage verabredeten Unternehmungen, zum Angriff gegen den Kurfürsten in Preußen und zur offenen oder geheimen Unterstützung des Aufstandes in Ungarn, sowie zum Abschluß des Bündnisses mit Schweden veranlaßt werde. Das erstere gelang, im Oktober 1676 wurde im Lager König Johanns zu Zurawna der Frieden mit den Türken[2]) unterzeichnet, und darauf haben sich die beiden französischen Gesandten auf das eifrigste bemüht, den König zur Erfüllung seiner früheren Versprechungen, besonders zum Angriff gegen Preußen, durch welchen der Kurfürst im Rücken bedroht und dem bedrängten Schweden Luft gemacht werden sollte, zu bewegen. Aber sie fanden große Schwierigkeiten. Der mit den Türken abgeschlossene Frieden bedurfte der Bestätigung durch die polnische Republik und zu diesem Zwecke wurde ein Reichstag auf Mitte Januar 1677 nach Warschau berufen. Vor demselben eigenmächtig mit dem Kurfürsten zu brechen, durfte der König nicht wagen, da er sonst dort die heftigste Opposition zu erwarten hatte; den Reichstag aber zur Einwilligung in einen Krieg mit demselben zu bewegen, dazu schien bei der Friedenssehnsucht des größten Teiles der Polen wenig Aussicht zu sein. Es war zu erwarten, daß der Reichstag die Entlassung eines großen Teiles der Armee beschließen werde, es galt daher zu verhüten, daß nicht der Kaiser oder der Kurfürst die so entlassenen Truppen in hren Dienst zögen und daß nicht durch einen Reichstagsbeschluß dem König die Hände gebunden, sondern ihm Freiheit gelassen werde, zunächst wenigstens unter der Hand feindlich gegen den Kurfürsten vorzugehen. Um dieses beides zu erreichen aber verlangte der König von Ludwig XIV. bedeutende weitere Geldunterstützung, welche zu bewilligen dieser jedoch um so mehr Bedenken trug, als auch seine

---

[1]) S. die Instruktion Ludwigs XIV. für denselben d. St. Germain 14. April 1676 (Acta hist. III, S. 267ff., Recueil des instructions IV, S. 140ff.).

[2]) S. Dumont, Corps diplomatique VII, 1, S. 325.

Gesandten [1]) zeitweilig Zweifel äußerten, ob es ihm überhaupt mit dieser ganzen Sache rechter Ernst sei. Dazu kam, daß diese auch von schwedischer Seite äußerst lässig betrieben wurde, ferner, daß zwischen Béthune einerseits und dem Bischof von Marseille und der Königin andererseits Zwistigkeiten ausbrachen, welche hemmend auf den Gang der Verhandlungen einwirkten.

Der Kurfürst hat natürlich von diesen Vorgängen keine nähere Kunde gehabt, aber daß man am polnischen Hofe böse Absichten gegen ihn hege, davon wurde er fortgesetzt durch v. Hoverbeck, der seit Ende Juli 1676 wieder in Warschau sich aufhielt, unterrichtet. Er hat daher wieder seine Anhänger in Großpolen und die mit dem Könige unzufriedenen Magnaten bearbeiten lassen, damit diese die Bemühungen der französischen Gesandten zu vereiteln, ungünstige Beschlüsse des Reichstages zu verhüten und den König zur Erneuerung der Verträge mit ihm zu bestimmen suchen möchten. Das ist auch geschehen, aber mit wenig Erfolg, und die feindseligen und drohenden Erklärungen, welche, als die Erneuerung der Verträge im Reichstage zur Sprache gebracht wurde, die Anhänger des Königs und auch dieser selbst abgaben, ließen das Schlimmste befürchten. Bald nach der Beendigung des Reichstages änderte sich allerdings das Verhalten des Königs, er erklärte sich jetzt zur Erneuerung der Verträge und zur Vornahme der Belehnung des Kurfürsten mit Lauenburg und Bütow ohne vorhergehende Erledigung der Streitpunkte, nur unter dem Vorbehalt, daß darüber später verhandelt werden sollte, bereit, und dieser Akt ist wirklich am 17. Mai 1677 in der herkömmlichen Weise vollzogen worden. Doch hat ihn, wie auch v. Hoverbeck sogleich argwöhnte, nur die Rücksicht auf den Wunsch der Mehrzahl der Stände und die Besorgnis, daß diese sonst die Zahlung der von dem Reichstage bewilligten Steuern verweigern würde, zu dieser Nachgiebigkeit bestimmt. In Wahrheit scheint er damals wirklich entschlossen gewesen zu sein, den Kurfürsten zu bekriegen. Nachdem im März Liliehoeck wieder in Warschau erschienen war und zu derselben Zeit Ludwig XIV. [2]) auf das dringende Zureden seiner Gesandten sich bereit erklärt hatte, einen Teil der für das Unternehmen gegen den Kurfürsten bestimmten Hilfsgelder vorauszuzahlen, wurden die Unterhandlungen über dieses

[1]) S. die Berichte Béthune's vom 25. November 1676 und vom 15. Mai 1677 (Acta hist. III, S. 324, 392 f.).

[2]) S. das Schreiben desselben an Béthune vom 16. März 1677 (Acta hist. III, S. 388 f.).

Unternehmen wieder aufgenommen. Man faßte den Plan,[1]) daß ein schwedisches Heer von Livland aus gegen Preußen vorgehen, daß der König von Polen einen Teil der nach den Beschlüssen des Reichstages zu entlassenden Truppen in seinem Dienst behalten, diese mit der schwedischen Armee sich vereinigen und in Preußen einfallen lassen und selbst unter dem Vorwande, die in Danzig noch fortdauernden Unruhen stillen zu wollen, sich nach dem polnischen Preußen begeben sollte. Er übersandte im Juli 1677 durch den nach Frankreich zurückkehrenden Bischof von Marseille an Ludwig XIV. eine Denkschrift,[2]) in welcher er die Ursachen auseinandersetzte, weswegen er bisher mit Schweden einen Vertrag nicht habe abschließen können, aber sich bereit erklärte, die zu der Vereinigung mit den Schweden bestimmten Truppen bereit zu halten, wenn ihm von dem Könige von Frankreich die dazu nötigen Geldmittel gewährt würden und wenn Schweden sich dazu verpflichtete, das zu erobernde Herzogtum Preußen ihm zu überlassen. Eben damals begann der Kurfürst die Belagerung von Stettin. Die Besorgnis, auch diesen wichtigsten Platz Pommerns zu verlieren, veranlaßte den König von Schweden, eifriger das Bündnis mit Polen zu betreiben. Er versprach[3]) jetzt, durch den Feldmarschall Fersen in Livland und in den benachbarten Provinzen ein Heer zum Angriff gegen Preußen ausrüsten zu lassen und dieses Land, wenn seine Eroberung gelingen würde, an Polen zu überlassen, ausgenommen die beiden Festungen Pillau und Memel, welche vorläufig als Sicherheitsplätze in schwedischen Händen bleiben sollten. Auf das eifrigste haben darauf Liliehoeck und Béthune die Verhandlungen mit dem König von Polen, der sich inzwischen auf den Weg nach Preußen gemacht hatte, fortgesetzt, auch die Königin, durch eine französische Geldzahlung vorläufig zufriedengestellt, unterstützte ihre Bemühungen. Nachdem der Argwohn, welchen jene Forderung in betreff Pillaus und Memels bei dem König erregt hatte, dadurch beseitigt worden war, daß Liliehoeck[4]) den Anspruch auf erstere Festung fallen ließ, wurde am 21. August 1677 in Danzig der Vertrag[5]) unterzeichnet, durch welchen sich die Könige von Polen und von Schweden zur gemeinsamen Kriegführung gegen den Kurfürsten

[1]) S. den Bericht Béthune's vom 5. März 1677 (Acta hist. III, S. 362f.).
[2]) S. Acta hist. III, S. 407f.
[3]) S. den Bericht Béthune's vom 15. Juli 1677 (Acta hist. III, S. 408f.).
[4]) S. den Bericht Béthune's vom 6. August 1677 (Acta hist. III, S. 420f.).
[5]) S. Acta hist. III, S. 424ff.

von Brandenburg verbanden. Eine schwedische Armee von 8—10000 Mann, zu der 6—7000 Mann polnische Truppen stoßen sollten, sollte in Preußen einfallen und sich dieses Landes bemächtigen. Dasselbe sollte darauf mit Ausnahme von Memel, welche Festung die Schweden bis zur Beendigung des Krieges besetzt halten sollten, dem König von Polen ausgeliefert, auch die Kosten der Werbung und Ausrüstung jener Truppen diesem von dem König von Schweden zurückerstattet werden. Dagegen verpflichtete sich König Johann, seine Truppen auch weiter im Dienste Schwedens an dem Kriege entweder in Deutschland oder in Livland teilnehmen zu lassen. Der König von Frankreich sollte aufgefordert werden, die Garantie dieses Vertrages zu übernehmen. Man hoffte,[1]) daß die Expedition noch in diesem Jahre zustande kommen und daß durch dieselbe der Kurfürst genötigt werden würde, von der Belagerung Stettins abzulassen, oder daß, wenn dieses nicht gelingen sollte, er jedenfalls im nächsten Jahre vollständig beschäftigt und von dem westlichen Kriegsschauplatz abgezogen werden würde.

Zu einer letzten vierten Gruppe sind diejenigen Aktenstücke vereinigt worden, welche der Zeit vom Abschluß des Bündnisses zwischen Polen und Schweden bis zur Beendigung des von dem Kurfürsten gegen Schweden und Frankreich geführten Krieges (August 1677 bis Juni 1679) angehören. Obwohl der Kurfürst frühzeitig (schon im Juli 1677) durch aufgefangene Briefe Kunde von den gegen ihn gerichteten Verhandlungen zwischen Schweden und Polen erhielt, hat er sich doch weder dadurch noch durch die Ansammlung der polnischen Truppen in Preußen, noch durch den lange dauernden Aufenthalt des Königs in Danzig und durch die drohende und provozierende Haltung desselben ihm gegenüber, welche namentlich bei der Sendung Gurszinsky's in sein Lager zutage trat, in der Fortsetzung der von ihm begonnenen Belagerung von Stettin stören lassen. Er begnügte sich damit, das Treiben des Königs in Danzig und zugleich jener polnischen Truppen durch Scultetus und nachher auch durch v. Hoverbeck, die er an das Hoflager nach Danzig schickte, beobachten zu lassen. Militärische Maßregeln zur Sicherung der Belagerung von Stettin zu treffen, hat er nur ganz vorübergehend[2]) beabsichtigt. In der Tat ist das Gewitter, welches sich im Osten gegen ihn zusammengezogen hatte, nicht zum Ausbruch gekommen, sondern hat sich, ohne ihm Schaden zugefügt zu haben, wieder verzogen. Allerdings hatte König Johann

[1]) S. den Bericht Béthune's vom 26. August 1677 (Acta hist. III, S. 426 ff.).

[2]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 27.

anfangs lebhaften Eifer gezeigt, den verabredeten Angriff gegen das Herzogtum Preußen zur Ausführung zu bringen, aber die Schweden ließen es an sich fehlen. Der dort herrschende Geldmangel, der Brand von Riga, der Tod des Feldmarschalls Fersen, die Lässigkeit des an seiner Stelle mit dem Oberbefehl über die in Livland zusammengezogene Armee betrauten Feldmarschalls Bengt Horn, dazu die Drohungen des Herzogs von Kurland und des litauischen Großfeldherrn Paz, sich dem Durchmarsch der schwedischen Armee mit Gewalt zu widersetzen, alle diese Umstände haben bewirkt, daß die beabsichtigte Expedition in diesem Jahre garnicht zustande kam. Infolgedessen mußten die in Preußen angesammelten Truppen untätig liegen bleiben und würden, da aus Schweden kein Geld für sie ankam, auseinandergegangen sein, wenn nicht der französische Gesandte den König von Polen mit vieler Mühe überredet hätte, vorläufig den Sold für sie herzugeben. Als dann Ende Dezember 1677 Stettin gefallen war, zeigte sich der letztere so ungehalten über die Unzuverlässigkeit der Schweden und auch so unzufrieden mit Ludwig XIV., der fortgesetzt die Zahlung der Subsidien vor dem wirklichen Beginn der Aktion gegen den Kurfürsten verweigerte und auch die Wünsche seiner Gemahlin nur teilweise erfüllen wollte, daß der französische Gesandte befürchtete,[1] er werde das ganze Unternehmen aufgeben, und um dieses zu verhindern seinem Könige dringend riet, durch Vorauszahlung der zum Unterhalt der in Preußen stehenden Truppen nötigen Gelder und durch anderweitige Erfüllung der Forderungen des Königspaares dasselbe in eine günstigere Stimmung zu versetzen. Vorläufig zeigte sich der König auch gegen den Kurfürsten freundlicher, er gestattete, ohne Schwierigkeiten zu machen, den Truppen, welche dieser nach Preußen schickte, um dort die Winterquartiere zu beziehen und das Land gegen einen etwaigen Angriff von schwedischer Seite zu schützen, den Durchzug, verließ Mitte Februar 1678, nachdem die Wirren in Danzig notdürftig beigelegt waren, diese Stadt und kehrte nach dem inneren Polen zurück; ein freundschaftliches Schreiben, welches damals der Kurfürst an ihn richtete, hat er in ähnlicher Weise beantwortet, doch trat bald wieder ein Wechsel in seiner Haltung ein. Nachdem Ludwig XIV., der fortgesetzt, um den Kurfürsten von der Teilnahme am Kriege in Deutschland abzuhalten, das Zustandekommen des Angriffs gegen Preußen auf

---

[1]) S. die Berichte Béthune's vom 8. und 22. März, 2. und 10. Mai 1678 (Acta hist. V, S. 38ff., 54f., 61ff.).

das lebhafteste wünschte, sich bereit erklärt hatte,[1]) für die zur Teilnahme an demselben bestimmten polnischen Truppen monatlich 40000 Franks zu zahlen, ließ er sich auf neue Unterhandlungen mit Schweden ein, welches seit dem Frühjahr 1678 ernstlichere Anstalten traf, um die Expedition von Livland aus gegen Preußen zur Ausführung zu bringen. Er versprach[2]) dafür zu sorgen, daß dem Marsch der schwedischen Armee durch Kurland und Samaiten keine Hindernisse in den Weg gelegt würden und daß mit derselben, wenn sie an der preußischen Grenze anlangen würde, sowohl die in Preußen versammelten wie auch noch weitere polnische Truppen sich vereinigen sollten. Doch hat der Aufbruch der schwedischen Armee, der schon im Sommer stattfinden sollte, infolge des unfertigen Zustandes, in welcher sie der jetzt mit ihrer Führung beauftragte Feldmarschall Heinrich Horn vorfand, sich wieder um mehrere Monate verzögert. Infolgedessen hat[3]) der König von Polen wieder an dem Zustandekommen der Unternehmung gezweifelt und, zumal da damals die Vereitelung einer von dem polnischen Großfeldherrn Wiszniowiecki, dem litauischen Großfeldherrn Paz und anderen Magnaten im Einverständnis mit dem Kaiser gegen ihn geplanten Verschwörung ihn in Anspruch nahm, sich weiter darum nicht gekümmert. Als dann endlich Horn im Oktober 1678 sich gegen Preußen in Bewegung setzte, waren in Polen schon die Vorbereitungen zu dem auf Mitte Dezember nach Grodno angesetzten Reichstage im Gange. Angesichts desselben aber[4]) wagte der König nicht, um nicht die Gemüter der Polen noch mehr gegen sich zu erbittern, feindlich gegen den Kurfürsten vorzugehen. Die Bemühungen des französischen und des schwedischen Gesandten, ihn zur Erfüllung seiner früheren Versprechungen zu bewegen, waren erfolglos. Als die schwedische Armee Mitte November die preußische Grenze erreichte, fand sie dort keine polnischen Truppen vor, und auch von den in Preußen stehenden Mannschaften, deren Befehlshaber Beaulieu inzwischen gestorben und die infolge mangelhafter Bezahlung sehr zusammengeschmolzen waren, ist sie nicht unterstützt worden. Allerdings eilte der französische Gesandte Béthune[5]) Mitte November mit Zustimmung des Königs dorthin, um sie in Bewegung zu bringen und auch den preußi-

[1]) S. das Schreiben desselben an Béthune vom 22. April 1678 (Acta hist V, S. 79f.).

[2]) S. die Berichte Béthune's vom 17. Juni 1678 (Acta hist. V, S. 86ff.).

[3]) S. die Berichte Béthune's vom 6. und 24. Juli 1678 (Acta hist. V, S. 96ff.).

[4]) S. die Berichte desselben vom 24. und 31. Oktober 1678 (S. 148ff.).

[5]) S. die Berichte desselben vom 7., 18. und 30. November 1678 (S. 158ff., 165).

schen Adel zu veranlassen aufzusitzen und mit ihnen vereint den von dem Kurfürsten nach Preußen geschickten Truppen den Übergang über die Weichsel und den Durchmarsch durch das polnische Gebiet zu verwehren, aber er richtete um so weniger aus, da er kein Geld mitbrachte und da inzwischen schon die Nachrichten von der Eroberung Stralsunds und Greifswalds durch den Kurfürsten eingelaufen waren, welche die Aussicht auf einen glücklichen Erfolg des schwedischen Unternehmens sehr verminderten.

Der Kurfürst hat auch in dieser Zeit gegenüber der feindseligen Haltung des polnischen Königs sich darauf beschränkt, die Verbindung mit den ihm wohlgesinnten Mitgliedern des polnischen Adels, besonders mit dem litauischen Großfeldherrn Paz und mit seinen Anhängern in Großpolen, zu unterhalten und diese anzutreiben, sich den Anschlägen der französisch gesinnten Partei zu widersetzen und ein feindliches Vorgehen des Königs gegen ihn zu verhindern. Dagegen hat er sich gehütet, an den gegen diesen gerichteten aufrührerischen Bewegungen irgendwelchen Anteil zu nehmen, er hat vielmehr dem König warnende Mitteilungen darüber zukommen lassen und hat durch die damit in Verbindung stehende Sendung Niemyricz's an den polnischen Hof im Herbst 1678 einen freilich erfolglosen Versuch gemacht, ein freundliches Verhältnis mit ihm anzubahnen. Daß er auch damals keine ernstlichen Gefahren weder von Polen noch von Livland her befürchtet hat, zeigt besonders der Umstand, daß er nicht nur den Krieg gegen Schweden auch in diesem Jahre fortgesetzt, sondern auch den größten Teil der im Winter nach Preußen geschickten Truppen von dort wieder zur Teilnahme an diesem Kampfe abberufen hat. Die Folge davon war, daß das Land, als die Schweden doch zu Ende des Jahres dort erschienen, sich in sehr wenig verteidigungsfähigem Zustande befand und so die Schweden dort anfänglich, ohne erheblichen Widerstand zu finden, vorrücken konnten.

In eigentümlichem Gegensatz zu der Untätigkeit des Königs während dieses Feldzuges steht die feindliche Haltung,[1]) welche er während des vom 15. Dezember 1678 bis 4. April 1679 in Grodno abgehaltenen Reichstages, auch nachdem durch das Eintreffen des Kurfürsten und seiner Armee in Preußen dem schwedischen Unternehmen ein jähes Ende bereitet war, dem Kurfürsten gegenüber zur Schau getragen hat. Auch in den folgenden Monaten hat er sich wenigstens den Anschein gegeben, als wenn er[2]) einen neuen von Schweden geplanten Einfall in Preußen unterstützen

[1]) S. den Bericht Béthune's vom 7. April 1679 (S. 219).

[2]) S. die Berichte desselben vom 25. Mai, 5. und 19. Juni 1679 (S. 231 ff.).

wollte, und der Kurfürst ist dadurch veranlaßt worden, einen Teil seiner Armee dort stehen zu lassen. Doch ist sehr fraglich, ob seine damaligen Versprechungen ehrlicher gemeint gewesen sind als die früheren, und ob er nicht vielmehr auf diese Weise nur weitere Geldzahlungen von Frankreich her zu erlangen gesucht hat. Von solchen nämlich machte er die Ausführung seiner Anerbietungen abhängig, zu der Bewilligung derselben aber ließ sich Ludwig XIV. nicht bewegen. Schon Mitte April wies er[1]) Béthune an, die Truppen in Preußen entweder zu verabschieden oder dem Könige zu überlassen, und Ende Mai, als das Zustandekommen des Friedens auch mit dem Kurfürsten schon sicher zu sein schien, befahl er[2]) ihm, keine Ausgaben für dieselben mehr zu machen. Nachdem dann Ende Juni der Friede zwischen Brandenburg und Frankreich wirklich abgeschlossen war, erhielt Béthune die Anzeige, daß der König sich bereit erklärt habe,[3]) für eine Aussöhnung zwischen dem König von Polen und dem Kurfürsten tätig zu sein. Die Enttäuschung aber, welche er von Frankreich erfahren hatte, und die Bemühungen seiner ebenfalls in ihren Hoffnungen betrogenen und sich von Ludwig XIV. zurückgesetzt glaubenden Gemahlin haben König Johann jetzt veranlaßt, sich von Frankreich ab- und dem Kaiser zuzuwenden, so daß der Kurfürst durch seine jetzt angeknüpfte enge Verbindung mit Frankreich wieder in einen feindlichen Gegensatz zu dem König von Polen gebracht worden ist.

Auch für die Zeit nach der Königswahl Johanns bieten die noch ungedruckten Materialien des Danziger Archivs, die Rezesse der Reichstage und der preußischen Landtage und die Berichte der an den polnischen Hof geschickten Sekretäre oder sonstigen Bevollmächtigten des Danziger Rats, wertvolle Ergänzungen zu den in Berlin befindlichen brandenburgischen Akten; sie sind von dem Herausgeber benutzt und in den Anmerkungen verwertet worden. Nicht minder lehrreich sind auch für diese spätere Zeit die von Waliszewski veröffentlichten französischen Akten,[4]) welche aus dem Lager der Gegner des Kurfürsten stammen und zeigen, wie man dort dessen Politik angesehen und derselben entgegenzuarbeiten sich bemüht hat.

[1]) S. das Schreiben des Königs an Béthune vom 13. April 1679 (S. 229).

[2]) S. das Schreiben des Königs an denselben vom 26. Mai 1679 (S. 242).

[3]) S. das Schreiben Pomponne's an Béthune vom 7. Juli 1679 (S. 265).

[4]) Auf diesen beruht die Arbeit von Du Hamel de Breuil, Sobieski et sa politique de 1674 à 1683 (Revue d'histoire diplomatique VII (1893), S. 481 ff.), in der aber das Verhältnis des Königs zu Brandenburg kaum berührt ist.

O. v. Schwerin[1]) an den litauischen Unterstallmeister Morstein.[2])

D. Cologne sur la Sprée ce 6./[16.] Novembre 1673.

[Die Krankheit des Königs, Vorteile der Erhebung des Kurprinzen auf den polnischen Thron.]

Votre lettre m'a esté bien aggreable, mais j'avoue que la lecture 16. Nov. m'en a fort affligé, les nouvelles que nous eusmes de delà avec la poste precedente nous apporterent bien de la joye en nous asseurant que le Roy estoit gueri de sa maladie, aussi voulons nous esperer que Dieu aura conservé la vie à Sa Maj. dans ces dangereuses conionctures, où la Republique a un si puissant ennemy sur les bras. Cependant ie n'ay pas manqué de faire rapport à Son Alt. El^e. aussi bien qu'au Prince Electoral de l'affection que vous aves tesmoignée en cette rencontre. Nous avons receu avec cette mesme poste des relations de divers autres lieux qui confirment tout ce que vous m'avez fait l'honneur de me mander, sur tout que Monsieur le Grand Thresorier[3]) avoit parlé avec tant d'affection du Prince Electoral. Quand mesme je ne serois nullement attaché à cette maison Electorale, il me faudroit avouer que la Republique ne pourroit jamais prendre un meilleur conseil, que de s'acquerir une telle puissance pour la ioindre à la sienne. Et pour ce qui est du Prince, il ne sera pas besoin de vous en parler, par ce que vous le connoissez et scavez vous mesme, que Dieu et la nature n'ont rien oublié pour le rendre parfait, et le mieux est encore qu'il a tousiours tesmoigné une tres grande inclination pour cette nation. La response qu'il fit lorsque sur vostre lettre on luy demanda ce qu'il voudroit faire, fut fort remarquable, disant que, si Dieu l'avoit ainsi destiné, la premiere chose qu'il feroit, ce seroit de prier Dieu bien ardemment de la regir en sorte qu'il pûst estre

[1]) Eigenhändig. Vgl. Hirsch, Die Wahl Johann Sobieskis zum König von Polen 1674 (Hist. Zeitschr. LXXXVII, S. 230ff.).
[2]) Felix Morstein. S. Urk. u. Akt. XII, S. 447.
[3]) Andreas Morstein.

aimé de cette nation, qu'il fust si heureux de perdre la vie pour leur conservation. Je vous asseure, Monsieur, que ce sont les paroles mesmes, qu'il prononca avec admiration de plusieurs assistans. Il n'y a pas de bon peintre icy, qui puisse faire le portraict que vous desirés, mais vous scavez qu'il est si beau de visage et si bien fait de corps, qu'il passeroit pour une tres belle fille s'il estoit de ce sexe-là. La plus grand difficulté se pourroit rencontrer au point de la religion, mais scachant bien qu'un Prince ne voudroit pas avoir le blasme d'avoir changé la religion pour des choses de ce monde, il faudroit trouver d'autres temperements, estant certain que les Catholiques ne pourront y courir aucun risque, et qu'ils gagneront plus-tost pour ceux de leur confession au pays hereditaire de S. Alt. E., mais je crains quil y aura des voisins qui envieront à la Republique ce grand bien, et aimeront mieux, qu'elle ayt besoin de chercher tousiours de l'assistence en d'autres lieux, que d'en avoir assez d'elle mesme, et si l'on vouloit faire quelque chose, il me semble qu'il ne faudroit pas attendre iusques à ce que ces autres s'en meslassent. —

Prinz Karl von Lothringen an den Kurfürsten. D. Sechenich 4. Dezember 1673.[1]

[Bitte um Unterstützung bei der Bewerbung um die polnische Krone.]

4. Dez. Votre Altesse Electorale m'a témoigné dans toute la campagne passée tant de bonté et de chaleur pour mes interests que j'ose prendre la liberté de luy en recommander un assez grand qui se presente. Je le fais dautant plus hardiment que je sais que sur le bruit qui a couru l'ordinaire passée de la mort du roi de Pologne (et qui se confirme presentement) V. A. E. a bien voulu faire connoistre quelque inclination pour ma personne, dont je lui rends tres humbles graces et la supplie de sa protection dans ce rencontre, assurant V. A. E. que personne n'arrivast à la couronne de Pologne qui en doivent estre plus reconnoissant. —

[1] S. Pufendorf l. XII, § 77 (S. 956).

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Hohenstein 1. Dezember 1673.

[Unberechenbarkeit des Ergebnisses der Königswahl. Rat, jemand an den K. G. Kanzler zu schicken. Aussichten für den Kurprinzen.]

Der Ausschlag der bevorstehenden Wahl ist garnicht vorauszusehen, doch 1. Dez. dürfte aller Apparenz nach die Königin[1]) der Autorität und Affektion halber, die sie besitzt, zuförderst designiert oder doch dem zu Erwählenden durch die pacta conventa die Heirat mit ihr zur Bedingung gemacht werden.

Er rät, jemand an den K. G. Kanzler[2]) zu schicken. Da alle Faktionen mit demselben vertraulich korrespondieren, so würde man auf solche Weise wenigstens erfahren können, was einer und der andere im Schilde führt, ob wohl die beiden Groß-Feldherren Sobieski und Pac auf einen Piasten ihre Gedanken gerichtet, welcher wohl einer von ihnen sein müßte. Zu solcher Sendung würde der Hofrat v. Wedell besonders geeignet sein,[3]) mit dem der Kammerjunker v. Brandt[4]) zunächst nur als privatus mitgehen könnte unter dem Vorwand, mit dem K. G. Kanzler wegen seiner Aussöhnung mit dem Hofe zu reden, dabei sich, wenn nur der K. U. Kanzler wird gestillt sein, wenig Schwierigkeit finden dürfte.

Soviel Ihrer Dchl. des Churprintzen Person anlangt — so würd es gar zu teur gekauft sein, wann Sie gleich bei freiem exercitio dero Religion gelassen würden und Preußen dakegen wie zum Brautschatz der Reipublicae incorporirt werden sollte, umb Starosteien draus zu machen. — Wär aber die Kron in solcher Noth, daß die Geistlichen, umb sich zu retten, den Religionseifer müßten fahren lassen, so möchten sich wohl auch außer der Incorporation andre Mittel und Wege finden, wodurch ohne Incorporation der Reipublicae vor allen andern Concurrenten dieserseits gar merklicher Vorteil geschafft werden könnte. Schweden aber würde sich E. Chfl. D. Haus am meisten opponiren. —

---

[1]) S. Hirsch a. a. O. S. 238.

[2]) Johann Leszczynski.

[3]) Kf. bestimmte dazu den Obersten Grafen Friedrich Dönhoff. S. uber dessen Sendung (seine Instruktion ist Cöln an der Spree 5./15. Dezember 1673, seine Relation an Kf. Posen 20./30. Dezember 1673 ausgestellt) Pufendorf XII, § 68 (S. 947 f.).

[4]) Eusebius v. Brandt. S. Urk. u. Akt. XII, S. 225 f. Vgl. den Bericht des Danziger Subsyndikus Stodert vom 9. Februar 1674 (Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1674. Zeitschr. des Westpreuß. Geschichtsvereins XLIII, S. 116 f.).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck.
D. Cöln 24. November/[4. Dezember] 1673.
(Conc. O. v. Schwerin, eigenhändig.)

[Aufträge für seine Sendung nach Warschau.]

4. Dez. Er soll[1]) sich nach Warschau begeben. Da die Polen beim interregno keine fremden ministros dulden wollen, so erhält er vorläufig nur Kreditive an die Königin,[2]) den Erzbischof und den Bischof von Krakau. Sollte Kf. aber hören, daß andere fremde ministri dort verbleiben oder daß sie auch sonst seinetwegen keine Schwierigkeiten machen, so wird er ihn mit den nötigen Kreditiven an die Republik und andere, die er ihm zu benennen hat, versehen.

Er hat der Königin zu kondolieren und zu versichern, daß Kf. ihr gern angenehme Dienste leisten wolle.

Sonsten habet Ihr überall Euch fleißig zu erkündigen, auf welchen candidatum die Gemüther zum meisten incliniren, was desfalls vor factiones sein, sonderlich auf wem diejenige, welche bisher die frantzösische Partei gehalten, jetzo zielen, und was man vermeint, wer unter allen die stärkeste Partei vor sich haben möchte. Unseretwegen habt Ihr überall höchlich zu contestiren, daß gleich wie wir nichts anders wünschten, denn daß die Republik mit einem gewünschtem Successore versehen werden möge, worin auch allein unser Interesse bestünde, also würden wir auch allein unsere consilia sowohl bei diesem interregno als auch nach geschehener Wahl dahin richten, daß pacatus status in der Kron erhalten und die erfolgende einhellige Wahl mainteniret werden möchte.

Etwaigen Argwohn wegen der Sendung so vieler Regimenter[3]) nach Preußen soll er ihnen benehmen und sie seiner getreuen Freundschaft versichern.

Wenn Sobieski nicht bald nach Warschau kommen sollte, so soll er an ihn schreiben und ihm berichten, er sei befehligt, mit ihm vertraute Korrespondenz zu pflegen, es würde dem Kf. lieb sein, von ihm zu erfahren, worin er das Beste der Krone bei jetziger Gelegenheit befördern könnte.

---

[1]) Kf. hatte schon am 17./27. November 1673 v. Hov. mitgeteilt, er halte für notwendig, jemand nach Polen zu schicken, um der Königin zu kondolieren und sein Interesse zu beobachten, und ihn aufgefordert, sich dazu bereitzuhalten. H. antwortet (d. Hohenstein, 8. Dezember 1673), er halte es nicht für dienlich, mit der Sendung zu eilen, sondern rät es so einzurichten, daß man erst zur Zeit der auf den 22. Januar angesetzten Eröffnung des Konvokationsreichstages in Warschau anlange.

[2]) Das Kreditiv für v. Hoverbeck an die Königin ist Cöln an der Spree 28. November/8. Dezember, das Kondolenzschreiben an dieselbe 27. November/7. Dezember 1673 ausgestellt.

[3]) S. Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl a. a. O. S. 16 u. 97.

Er soll sich auch bemühen, die dem polnischen Gesandten nach Schweden,[1]) welcher dort nachteilige Dinge gegen Kf. negotiiert haben soll, mitgegebene geheime Instruktion, ebenso die demselben dort erteilte Resolution zu erlangen.

F. Morstein an Christoph Wichert.[2]) D. Warschau 9. Dezember 1673.

[Günstige Erklärungen des Bischofs v. Krakau und des K. U. Kanzlers. Bedingungen der Wahl des Kurprinzen.]

Berichte M. H. mit sonderbarer Vergnügung, was ich in bewußtem hochimportirenden negotio aus Antrieb schuldigster Devotion seit meinem vorigen Schreiben ausgerichtet. Den Herren Bischoffe von Krackau[3]) und den H. Cron Untercantzler[4]) habe bereits dahin disponiret, daß sie numehro totissimi vor den Churprintzen sein, maßen sie dann weder die Incorporation des Herzogthumbs Preußen, weil selbige dem ganzen Churhause empfindlichen Nachtheil zuziehen dörfte, noch die Veränderung der Religion (falls selbige nicht sonder Gewissenszwang geschehen könnte) mehr praetendiren, sondern sind zufrieden, was die Religion betrifft, daß er bei der seinigen bleibe und ihme das h. Abendmahl ritu suo in geheimb reichen lasse, wenn er nur propter populum allemal in der römisch-catholischen Kirche sich sehen lasse, die Messe mit anhöre, da ihme unverwehret sein soll, bei währender Messe seine Gebete zu verrichten oder sonst etwas zu lesen. Weil also die Geistlichkeit selbst dergleichen dispensationes ultro ertheilet, nodus in scirpo non amplius quaerendus, 9. Dez.

---

[1]) Constantin Breza, Starost von Nowydwor. S. über dessen Gesandtschaft nach Schweden ebendaselbst S. 32, 36, 115.

[2]) Chr. Wichert, brandenburgischer Resident in Warschau. S. Urk. u. Akt. XII, S. 231. Derselbe fügt diesem Briefe Morsteins folgendes Begleitschreiben (s. d.), wahrscheinlich an den Oberpräsidenten v. Schwerin, bei: „La poste vient de m'apporter une grande lettre de Mons. Morstein dont la teneur se ioindra icy. Il me dit tant de choses, que je croirois la pluspart comme des paradoxes, surtout au fait des temperamens de la religion, si d'autres n'escrivoient a peu prez de la mesme maniere. Un amy allemand en parle selon le billet joinct. Mais puis que Mons. le B. d'Ouerbek doit aller à Warsouie, il penetrera l'essentiel des sentimens et il importe qu'il ne tarde point de se rendre sur le lieu, car la conuocation se tiendra plustot qu'on ne pensoit. Gott richte alles in Gnaden zu seines Namens Ehre.“ Vgl. Hirsch, Die Wahl Johann Sobieskis, S. 232.

[3]) Andreas Trzebicki.

[4]) Andreas Olszowski, Bischof von Kulm.

und hat man auch nicht Ursache weitläufige Difficultäten zu machen, vielmehr dahin zu folgen, quo fata amicissima ducunt, insonderheit weil weder der punctus ratione incorporationis Prussiae weiter mehr urgiret, noch einiger bedenklicher scrupulus ratione religionis gemachet wird, modo externae phalerae populo relinquantur. —

Dieses verlanget man nur zu vernehmen, ob S. Chf. D. willens sein, ob diesem hochwichtigen negotio zu tractiren. Obernannte HH. Praelaten sinceriren nebenst vielen anderen, daß sie sich auf Seiten des Churprintzen sehr woll disponiret wollen finden lassen. Pro dote wird man ein mehrers nicht anmuthen, als daß S. Chf. D. gegen das bevorstehende Vorjahr etwan 10000 Mann auf eigene Unkosten zur Fortsetzung des türkischen Krieges stellen, die im Besitz habende Herrschaften Lauenburg und Butau, auch die Starostey Draheimb der Respublique cediren, die praetensiones schwinden lassen und eine offensive und defensive alliance mit uns schließen. Die Tractaten müssen bald vorgenommen werden, weil man auf Zurathen des Großfeldherrn Sobieski die Election noch vor antretendem Vorjahr beschleunigen will. Bitte solches an gehörigen Ort vertraulich zu hinterbringen und meine demüthigste Devotion zu contestiren. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Hohenstein 18. Dezember 1673.

[Äußerungen Gurszynski's über Sobieski's Absichten. Die vermutlichen wirklichen Pläne desselben.]

18. Dez. Wie dieser Tage Herr Gurszynsky[1]) aus Podlachien hier nach Danzig durchgereist, zweifelsohne um der Stadt inclinationes wegen künftiger Wahl zu erforschen und mit dem Woiwoden von Pommerellen zu konferieren, hat er die Gelegenheit benutzt, um die Absichten Sobieski's zu sondieren. Anfangs wollte sich derselbe durchaus nicht merken lassen, daß Sobieski irgendwelchen Gedanken oder Absehen auf die Krone hätte, sondern er suchte von ihm zu erfahren, wohin Kf. zielte. Als er aber versicherte, daß ihm darüber noch nichts zugekommen sei, brach er zuerst heraus, daß die Ritterschaft der podlachischen Woiwodschaft einhellig auf Sobieski stimmte. Er hat darauf erwidert, er könnte nicht glauben, daß dieses dem Kf. zuwider sein sollte. Den Kurprinzen zog er wegen seiner Qualitäten und der Avantagen für die Republik allen anderen vor, ja er versicherte, niemand würde sich unterstehen, mit demselben zu kompetieren,

[1]) Johann Gurszynski, Starost von Stargard.

wenn er katholisch wäre und sich mit seinem Bruder des Erbrechts auf Preußen verziehen wollte, Schweden und die meisten von ihren eigenen Ständen möchten es wohl (aber vergebens) ungern sehen. „So teuer, sagte ich, hätte E. Chf. D. das Kaisertum nicht kaufen wollen, und wenn Sie dergleichen einzugehen in Willens gewesen, sollten Ihr woll die beide letzte Könige nicht sein vorkommen."

Um zu erfahren, ob der K. G. Marschall etwa selbst nach der Krone trachte, hat er den Diskurs dahin gezogen und erfahren, daß er sich vornehmlich auf die Affektion der Armee und auf den Bischof von Krakau verlasse und darauf hohe Konzepte gründe, und daß er sich auch getraue, vermittelst eines Friedens mit dem Türken, den er in der Hand zu haben vermeint,[1]) die Ritterschaft zu gewinnen. Die Wahl sucht er zu beschleunigen, damit nicht etwa bei einem langen Verzuge sein Ruhm zu verschwinden beginne oder durch einen revers de fortune alteriert werde. Zwei Dinge aber sieht er kein Mittel zu überwinden, die Affektion der Königin und die Ämulation des litauischen Groß-Feldherrn Pac. Trotzdem wird er es dahin zu bringen suchen, daß ihm die Krone angetragen werde, er wird sich aber dafür bedanken und sich damit begnügen, daß man seine Vorschläge und Kommendation vor anderen gelten lasse, dann wird er nicht Condé wegen zu großer Hitze und Eigensinns, auch nicht Enghien, weil er nicht kapabel, sondern den nur 16 Jahre alten Vendosme vorschlagen. Der Herzog von Hannover kommt bei ihm auch in große Konsideration, dem Prinzen von Lothringen aber ist er gar nicht zugetan, weil dieser sich an das Haus Österreich gehangen, welches ihn bisher so geringschätzig behandelt hat.

Schon aus dem, was er so erfahren, ist abzusehen, daß die Wahl ohne Widerwärtigkeit, ja wohl gar ohne Aufstand nicht abgehen dürfte.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Hohenstein 22. Dezember 1673.

[Ursprung des Gerüchtes von feindlichen Absichten des Kf. auf das polnische Preußen, Machtstellung Sobieski's daselbst.]

Endlich ist er dahinter gekommen, wer den Argwohn,[2]) Kf. hätte so viele Völker in das Herzogtum geschickt, um die Republik zu gefährden und sich Vorteile zuzueignen, erregt hat und noch fomentiert. Der Magistrat von Elbing hat vor diesem schon, als Kf. nur die Marwitzsche Schwadron Dragoner hereinschickte, in der Stadt und bei Hofe großen Lärm erregt, nur um unter diesem Vorwand Völker zu werben und damit die Neustadt, mit welcher sie damals 22. Dez.

---

[1]) Vgl. das Schreiben der Frau Sobieska an Pomponne vom 31. Januar 1674 Acta historica ed. Waliszewski III, S. 3).

[2]) S. oben S. 22.

in Streit lebten, im Zaum zu halten, und hat die vermeintliche Gefahr immerzu exaggeriert. Dazu kommt, daß der Oberst Beaulieu, welcher bei des Feldherrn Gemahlin und dadurch auch bei diesem selbst viel gilt, um sich wegen seiner verspäteten Werbung zu rechtfertigen, diesen Vorwand ergriffen hat und behauptet, er habe sich deswegen hier aufgehalten, um Elbing gegen des Kf. Vorhaben zu sichern, und es sei nötig, daß er mit seinem Regiment daselbst in Besatzung gelegt werde. Der Feldherr dürfte sich dazu leicht bereit finden, da er schon eine geraume Zeit damit umgegangen ist, sich des Königl. Preußens teils selbst, teils durch seine Dependenten zu versichern.

Er selbst hält Mewe, Osiek und Medzilentz nebst den Weyerischen Erbgütern, die er von seinem Schwager, Fürst Michael Radziwill, erkauft hat. Von seinen Kreaturen und Klienten halten:

Der Reichsschwertträger Bilinski die Starostei und Ökonomie Marienburg, der Woiwode von Reußen, Jablonowski, Schwetz, der K. G. Schatzmeister Morstein Tauchel, der K. U. Stallmeister Borowski Graudenz und Rogenhausen, der Woiwode von Pommerellen, Bąkowski, der zugleich Landesschatzmeister ist, Schöneck oder Skaryszew und durch seine Gemahlin Stargard, der Generalmajor du Buy, Borowski's Schwager, Dirschau, wo Beaulieu bisher kommandiert, Gurzynski die Starostei Stargard. Die Unterkämmerer des ganzen Landes, der Kulmische, Generalmajor Korycki, der Marienburgische Tucholka und der Pommerellische, Graf Dönhoff, der auch Starost von Berent ist, haben ihr Absehen auch vornehmlich auf ihn gerichtet. Zawacki, Starost von Putzke,[1]) hat ihm sein Recht verkauft und cediert, demzufolge er nun vornehmlich dahin trachtet, sich in Possession zu setzen. Dem Starosten von Stuhm, Güldenstern, hat er auch bereits eine ansehnliche Summe für die Starostei geboten und viele Evangelische meinen, die Verfolgung, die dieser eine Zeit her des reformierten exercitii in der Kirche zu Jordanski wegen ausgestanden, bezwecke vornehmlich, ihm diese nahe daran gelegene Starostei zu verleiden.

Der Woiwode von Kulm, Gninski, der Schönsee, Polnisch Kowalewo, Reden und Lanckhorn hat, hält sich zwar halb und halb neutral, würde aber unschwer zu gewinnen sein, namentlich durch Vertröstung auf das kleinere Reichssiegel. Der ihm ganz ergebene Reichsjägermeister und Starost von Bromberg, Zielecki, ist zwar bei Choczim gefallen, es dürfte aber wohl mit Zulaß der Witwe die ihrer Lage wegen wichtige Starostei mit des Feldherrn Völkern besetzt werden.

Er wird den Unparteiischen allen Argwohn zu benehmen suchen und ihnen vorstellen, daß, wenn der K. U. Kanzler nicht für diesen Feldzug des Kf. Assistenz zurückgewiesen hätte,[2]) diese Völker wohl alle ausgeführt und das Königl. Preußen aller Furcht enthoben worden wäre.

---

[1]) S. Hirsch in Zeitschr. des Westpreuß. Geschichtsvereins XXV, S. 44, XLIII, S. 86, 114.

[2]) S. Urk. u. Akt. XII, S. 561f.

O. v. Schwerin an einen Polen. D. Coloniae ad Spream 18./28. Dezember 1673.

[Die günstigen Erklärungen des K. U. Kanzlers. Leichte Möglichkeit, die der Wahl des Kurprinzen entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Vorteile dieser Wahl.]

Literae Dom.^{is} V.^{rae} 16to et 19^{o} Decemb. exaratae rite mihi redditae 28. Dez. Suaeque Ser.^{ti} Elect.^{li}, quam propius tangunt, perlectae sunt. Dici non potest, quanto laetitiae sensu ex iisdem aliisque huc transmissis S.^{a} Ser.^{tas} Elect.^{lis} insignem ac sane insolitum affectum, quem Reverend.^{mus} atque Ill.^{mus} D.^{nus} Vice-Cancellarius Regni[1]) erga Eandem ac Domum Electoralem Brandenburgicam jam multoties declaravit, perspexerit: subinde testata, nil quicquam magis se dolere, quam quod antehac[2]) aliquae dissensionum nebulae, nescio unde subortae, tanti viri amicitiam sibi eripuerint: Quae tamen omnia uti jam diu perpertua sepelivit oblivione S.^{a} Seren.^{tas} Elect.^{lis} ita quin idem fecerit aut facturus sit Rever.^{mus} D.^{nus} Vice-Cancellarius nulla prorsus dubitat, idque jam praecipue in votis habet, ut gratum animum suum atque sincerum affectum praefato Domino Vice-Cancellario re ipsa testari possit. Equidem vere affirmare possum, quod et tristibus illis temporibus, quibus confidentia tanti viri S.^{ae} Ser.^{ti} Elect.^{li} negata erat, eundem tamen ob summa ejus merita plurimi fecerit: Idem nunc cum in hoc tanti momenti negotio non solum summam confidentiam sed et insperatum affectum S.^{ae} Ser.^{ti} Elect.^{li} demonstraverit, quin eandem prorsus sibi devinciat perpetuoque debendi nexu, etiamsi res successu careret, adstringat, neminem dubitare sinit sueta et iam satis cognita S.^{ae} Ser.^{tis} Elect.^{lis} generositas. Dom.^{em} V.^{ram} quod attinet, gratius nihil praestare poterit S.^{ae} Ser.^{ti} Elect.^{li} quam ut saepius memoratum D.^{num} Vice-Cancellarium in optimis hisce cogitationibus et propensa erga S.^{am} Ser.^{tem} Elect.^{lem} voluntate confirmet. Libertas religionis, si ea concedatur ratione, quam indigitavit Dom.^{o} V.^{ra} ex ore tantorum virorum, difficultatem amplius non habebit, nam et Serenissimus Princeps Electoralis celebrationi Missae jam olim adstitit et de ea reverenter sentit ac loquitur. De conditionibus, quae peragendo negotio proponuntur, veluti auxilio decem millium adversus Turcam, restitutione Drahemi, Lauenburgi ac Butaviae et remissione debiti pecuniarii, facilis etiam erit transactio adeoque nihil est, quod non animus ratione domitus

[1]) Andreas Olszowski.

[2]) S. Urk. u. Akt. XII, S. 222, 227 f.

suaque bona justa expendens trutina vincere possit. Quamvis haec vel minima putem commoda, quae inclyta Polonorum Respublica ex hac electione sperare debet; accessio tot regionum ac populorum jam ante vicinitatis ac aeterni foederis nexu junctorum, quorum sanguine atque opibus Respublica urgente necessitate tanquam suis uti possit, quemadmodum hostibus formidanda ita Reip. perpetuo erit praesidio ac decori, sed haec omnia superat genius Sereniss.mi Principis Electoralis, qui corporis atque animi vigore nemini secundus, labore indefatigabilis, prudentia ac moderatione aetatem supergressus, erecta indole ad bellum natus et ad omnem virtutem sub faustis penetralibus formatus, etiam vota Polonorum excedet. Quare ut Dom.o V.ra hoc tantum negotium omni cura atque studio urgeat et quae in rem erunt sedulo fideliterque curet agatque, ego jussu Serenissimi Electoris moneo et adhortor. Quodsi proprii commodi cura Eandem tangit, facile judicabit, omnes illos ampla manere praemia, qui huic operi promovendo manum adhibebunt salutarem. —

Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg an den Kurfürsten. D. Düsseldorf 30. Dezember 1673.[1])

[Die etwaigen Kandidaten für den polnischen Thron, Aufforderung, den Kurprinzen als solchen auftreten zu lassen, oder, falls Kf. sich dazu nicht sollte entschließen können, für die Wahl seines ältesten Sohnes zu wirken.]

30. Dez. Wie es voriges Mals hergangen, wohin die Zweck dirigiret gewesen, wie die polnische Stände in partes gezogen worden und woran es gehaftet oder vielmehr worin man gefehlet, daß der thunmahls intendierte Zweck nicht erreicht worden, wissen E. Ld. viel besser als ich es ihro expliciren kann; es scheinet aber jetzo, daß die thunmahls gewesene factiones nicht nur inwendig sondern auch mit den exteris noch continuieren; jedoch finde ich nach denen mir zukommenden Berichten, auch sonsten in Consideration des polnischen Estats mir zue Gemüt gehenden motiuis, daß vermutlich bei künftiger Wahl auf ein solches subiectum vornehmlich gedacht werden dürfte, welches die Königl. Wittib zugleich ehlichen und die Kron des Kostes zwo Königin zu unterhalten entheben möchte; ob nun ein Inländischer oder Piastus darzu gefunden werden möchte, muß

[1]) Eigenhändig. S. Pufendorf l. XII, § 76 (S. 955).

ich desto mehr anstehen, weiln der H. Sobiesky ob benemerita und jetzo erworbener gloire wohl meritiert, nicht gern wieder einen Nationalen über ihm würde wohl herrschen sehen, er selbst aber vermählet ist.

In Moscau vernehme ich sei der Prinz nur 10jährig und ehe zue dem Zweck zue jung, der Printz von Lottringen (welcher ohne Zweifel vom Keys. Hof jetzo mehr als vordem portiert wird) hat die vorige Opposition der Partei, welche vor diesem [der] Kron Frankreich zugestanden, und, wie ich vernehme, annoch dahin große Reflexion machen, in Frankreich wüßte ich jetzo keinen ungeheirateten Prinzen, auf welchen man gedenken könnte, der duc de York ist auch nunmehr vermählet, und finde also in Wahrheit niemand, welchem solche Kron ich herzlicher wünschte, mit welchem auch die Kron Polen gar vieler Respecten halber besser stabiliert und versichert würde, durch welchen auch dem Publico besser prospiciert und ein nötiges Unionsband selbiger Kron mit dem Reich und anderen Benachbarten als Schweden und sonst besser establiert werden könnte, als wenn E. Ld. Churprinz von E. Ld. erlaubet und er zur Resolution persuadiert werden könnte, ihme neben einer so viel meritierenden jungen Königin in die Arme als auch die Kron auf dem Haupt zue setzen. Ich schweige hier die überaus große aduantage, so E. Ld. und dero hohes Curhaus jetzo und in perpetuum daraus zue gewarten hätten, die ich Ihro von Grund meines Herzens gonne und so viel an mir ist gewiß selbst als durch alle meine Freunde darzue arbeiten werde, wenn ich nur gesichert bin, daß E. Ld. Gedanken dahin gerichtet sein, zumahlen in Wahrheit jetzo der ganzen Christenheit zum besten nichts grossers geschehen könnte.

Sollten aber E. Ld. oder dero Curprinz darin Bedenkens tragen, so erwarte ich E. Ld. Befehls, ob sie noch darvor halten, daß etwa mein Haus noch könnte dem Publico zum besten und E. Ld. zue Dienst (zumahlen sie wissen, daß wirs von ihro erkennen werden) abermals konnte in Consideration kommen. Sollte auch in Polen festgesetzt werden ein subiectum zu wählen, welches zuegleich die Königin neben der Kron possedieren möge, so wiederhole ich hiehero die obige bei anderen subiectis außer E. Ld. Curprinzens movierte Difficultäten, und wenn E. Ld. jetzo wieder wie vorhin auf mein Haus Reflexion machen wollten, stelle ich zue dero hocherleuchtem Nachdenken, ob nicht etwa ein Gedenken auf mein ältesten Sohn[1]) geworfen werden möchte; er ist jetzo 16 Jahr vollig

[1]) Johann Wilhelm, geb. 19. April 1658.

alt und zeiget eine Maturität fast mehr als sein Alter mitbringet, und was ihme wegen seiner Jugend an Experienz abgehet, kann der weise Rath der Kron Polen, sodann E. Ld. hocherleuchte consilia und der Königin Prudenz (so sehr gerühmt wird) supplieren, und wenn mans verlanget, wollte ich mich selbst resolvieren einige Jahre ihme in consiliis zue assistiren.

Hierdurch käme das Haus Oesterreich zue dem Intent, die Königin stabiliert zu sehen, Frankreich und Schweden auch andere außer Jalousie einer absoluten Dependenz vom Keys. Hof, es könnte die Harmonie mit E. Ld., der Kron Schweden und anderen Benachbarten desto besser establiiert werden und vielleicht zue dem gemeinen Ruhestand nicht undienlich sein; ich wollte auch mir vor eine gloire schätzen die Tage meines Lebens dem Publico zum besten neben meinem Sohn zu sacrificiren. Ich hoffe aber als noch mit allen dem Publico und den Polen wohlwollenden und E. Ld. treuen Dienern, daß E. Ld. sich zue dero Curprinzen resolvieren und I. Ld. darzue disponieren werden, denn gewiß jetziger Zeit nichts grossers geschehen könnte. E. Ld. Befehl erwarte ich hierin mit Verlangen pour ma conduite, denn ohne sie ich nichts agieren werde und stell alles zue dero Disposition neben Versicherung, daß von ihro mich nie separiren lassen — werde. —

Ein Pole an den Oberpräsidenten v. Schwerin.
D. s. l. 8. Januar 1674.

[Bedingungen der Wahl des Kurprinzen. Empfehlung der Anliegen einiger Polen.]

8. Jan. Literas Ill.^{mae} Exc.^{ae} V^{rae} d. 18 praeteriti mensis[1]) rite accepi. Quae ad Ill.^{mum} D.n^{um} Procancellarium Regni spectant, exponere ob ipsius absentiam non potui, ut primum advenerit, exequar mandata, interim dignetur rogo Ill.^{ma} Exc.^{a} V.^{ra} proxime explicare, an integra epistola eidem praelegenda sit. Hoc tamen ex vinculo sincerae fidelitatis insinuare necessarium duco, quod discursus a memoratis tum temporis praesulibus coram D.^{no} Morstin habiti internum tantum (qui cuique licitus est) religionis sensum concernant, quod vero Ordines Regni publicam Romanae fidei professionem praecedente usu coenae dominicae et juramento ante

[1]) S. oben S. 27.

coronationem requirent, certissimum est, ita enim tenaces sunt Poloni legis suae fundamentalis: Rex catholicus esto, ut ne reginam quidem non catholicam coronare dignentur, exemplo Helenae Alexandri regis consortis, cui diadema impositum non est, quod graecae religioni addicta esset. De caetero spero, quod nullae aliae obvenient difficultates, intellexi enim ex Domino Generali Maiore Comite a Dönhoff Leopoldi huc reduce Ill.^{mum} D.^{num} Supremum Regni Mareschalcum (apud quem praedictus D.^{nus} Comes intimae est admissionis amicus et Suae Ser.^{tati} El.^{li} addictus) omnibus quidem candidatis anteferre Principem de Conde, sed cum ipse aetate et morbis languidus, matrimonio ligatus, Polonis exosus, ab ipsis in praeterita electione publica et universa voce exclusus sit neque commodis (cum ab eo duos tantum sperent milliones) adaequet quae a Ser.^{mo} Principe Electorali sibi polliceri potest Respublica, putat quod hic palmam eidem praeripiet, duabus tamen prius adimpletis conditionibus, nempe religione et incorporatione Ducatus Prussiae Regno Poloniae. Meam quod attinet tenuitatem, in partem summae verterem felicitatis, si eam, quam mihi Ser.^{mus} Princeps Electoralis D.^{nus} meus cle.^{mus} per Ill.^{mam} Exc.^{am} V.^{ram} deferre non dedignatur gratiam, obsequiis humillimis demereri possem. D.^{nus} Cancellarius Lithuaniae dici non potest, qua cum humanitate et gratiarum actione literas liberi passus acceperit, iterato contestatus est suam ad quaevis officia S.^{ae} Ser.^{tatis} El.^{is} promptitudinem. Dominus Ensifer Regni Bilinski summe necessarius est S.^{ae} Ser.^{ti} Elect.^{li} ideoque tempestive captandus, cum non tantum in animis nobilitatis plurimum valeat, sed etiam spem habeat consequendae directionis consiliorum pro instanti convocatione, quae instar lydii lapidis erit ad expiscandas et disponendas eligentium dispositiones. Desiderat ille liberationem a contributionibus pagi seu villae Turow in districtu Soldaviensi sitae. Similiter repeto instantiam Rev.^{mi} D.^{ni} Abbatis Paradisiensis Szcruba in animis multorum procerum validi pro ipsius cognato, qui sub legione D.^{ni} Generalis Goltz stipendia meretur, ut per intercessionem Ill.^{mae} Exc.^{ae} V.^{rae} ad legionem praetorianam Ser.^{mi} Electoris vel etiam Ser.^{mi} Principis Electoralis promoveatur. —

Der Kurfürst an den Prinzen von Lothringen. D. Cologne sur la Sprée 2./12. Janvier 1674.[1]) (Conc. O. v. Schwerin.)

[Versicherung seiner Zuneigung.]

12. Jan. V. A. ne me faict que justice destre persuadée de ma veritable affection envers Elle, et ie regrette seulement de ne lavoir pas pu tesmoigner jusques icy par des effects, comme iay tousjours bien souhaitté. Je seray bien aise de rencontrer des occasions pour pouvoir donner des marques reelles de ceste verité et sur tout en celle que V. A. specifie en sa lettre, me promettant en eschange, que si Dieu favorisera le dessein, qu' Elle se souviendra aussi tousjours de la promesse quil luy a plu de faire en sa lettre.[2]) —

Ein Pole an den Oberpräsidenten v. Schwerin. D. s. l. 15. Januar 1674.

[Mitteilungen des K. Schatzmeisters Morstein. Ratschläge, wie die Wahl des Kurprinzen zu befördern sei.]

15. Jan. Promissas Serenissimorum effigies magno expecto cum desiderio, interea depictam proelii Chocimensis transmitto S.ae Ser.ti El.li faciem cum humillimis obsequiis. Iudicium in nostro negotio D.ni Thesaurarii Regni tale fuit: quod Procancellarius Regni discursum suum ratione temperamenti in causa religionis, licet serio formatum, in iocum forte (ex more inconstantiae suae) verterit, vel si postea viderit, rem quoad religionem non esse practicabilem, alium in ipso puncto electionis candidatum producet in arenam, cuius exemplum ab ipso inductum habuimus tempore praeteritae electionis Piasteae. Interim haberet forte hanc mentalem reservationem, quod Ser.mus Elector de alio ad sceptra Polonica promovendo non cogitaturus sit subiecto. Idem Thesaurarius Regni coram me fassus est: Principem Condeum in summo apud omnes pro-

---

[1]) S. Pufendorf l. XII, § 77 (S. 956); Hirsch, Die Wahl Johann Sobieskis S. 234.

[2]) Über die Verhandlungen des Kf. mit dem Wiener Hofe in dieser Angelegenheit s. die Instruktion für v. Crockow vom 22. Januar 1674 (Urk. u. Akt. XIII, S. 617 f.), die Berichte des kaiserlichen Gesandten in Berlin de Goess vom 22. Januar, 5. und 12. Februar 1674 (Urk. u. Akt. XIV, S. 740 ff.), Pufendorf a. a. O.

ceres, etiam Cancellarium Lithuanicum esse praedicamento, nisi Regina ipsi obicem poneret, tum propria ipsius declaratio, quoniam toties hac in materia sortem expertus esset adversam, se concurrere nolle, nisi unanimem Reipublicae perceperit consensum, eo enim casu se recipere nolle, invigilandum igitur omnibus modis, ne rerum potiatur tam potens candidatus.

Principem Lotharingum audio apud D.^{num} Cancellarium M. D. L.^{ae} habere partes, si patruus eius ducatum suum, pace per Germaniam et Belgiam composita, recuperare posset a Rege Christianissimo, cui pro promotione Principis Caroli ad solium Polonicum ut Lotharingia quoque cedat, domum Austriacam suadere audio, tantum ipsius interest Polonico regimini a se dependens adoptare subiectum. Uti iam antea Ill.^{mae} Exc.^{ae} V.^{rae} indicavi, idem nunc repeto: Duos hic praecipue (a quorum directione futura dependebit electio) captandos esse scilicet Supremum Regni Mareschallum Galliae addictissimum et Supremum M. D. L.^{ae} Cancellarium ab eadem non abhorrentem, multumque hoc in negotio Regis Christianissimi valebit declaratio, modo sit sincera et sine restrictione data. Viennensis promotio non multum procedit, praeter hoc enim, quod ab Austriaco Poloni sibi timent regimine, accedunt recentes magnarum personarum offensae, nempe Scepusiensis dominatus a Principe Lubomirskio, Curiae Regni Mareschalco, instituta vindicatio, tum rudiori stylo exaratae ad Supremum Regni Mareschalcum literae, quarum copiam nuper transmisi. Imo si Domui Austriacae cordi esset promotio Ser.^{mi} Principis Electoralis, tamen expediret ut simulent, se omni studio optare Principem Lotharingicum, ne, si publice promoverent saepedictum Principem Electoralem, idem apud partium Gallicarum sequaces incurrat. Hoc certum est, quod affectus tam in Palatinatibus nobilium quam in exercitu officialium erga Principem Electoralem augeatur, memores enim adhuc sunt multi, cum sub felicibus auspiciis S.^{ae} Ser.^{tis} El.^{lis} in Holsatia militarent, heroicae generositatis, quam semper depraedicant. Posset meo tenui iudicio (salvo meliori Ill.^{mae} Exc.^{ae} V.^{rae}) religionis obici ita consuli, si tempore ipsius electionis Dominus Mareschalcus a parte Gallica (cuius studiosissimus est) induceretur, ut a Tartaris, Cosacis atque universo oriente praesentissimum iam imminere periculum per Poloniam spargi curaret, ut animi inter istas angustias haerentes non tam religionem quam regionem eiusque salutem respiciant. Venit mihi in mentem moderni Augusti Imperatoris electio, quae vires ex fama imminentium in Hungaria exercituum Portae Ottomannicae cepit. Gallis vero meo judicio incul-

candum esset, quod Austriacorum pro Lotharingo promotio in immensum crescat, ideoque per subiectum aliquod tertium, nempe Ser.mum Principem Electoralem, diversionem esse faciendam. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 16. Januar 1674.

[Audienz bei der Königin. Besorgnisse wegen der Sendung der Truppen des Kf. nach Preußen. Etwaige Aussichten bei der Wahl für das kurfürstliche Haus.]

16. Jan. Er hat[1]) bei der Königin, obwohl dieselbe unpäßlich war, sofort in Gegenwart aller bei Hofe befindlichen Senatoren, Kavaliere und Damen Audienz gehabt, und sie hat ihm sehr freundlich und gnädig geantwortet, sie soll sich auch sehr erfreut wegen der Erbietung, welche ihm Kf. befohlen bei ihrem jetzigen Zustande zu tun, geäußert haben.

Der Reichsschwertträger Bilinski erkundigte sich bei ihm, ob wirklich die Truppen des Kf.[2]) der Republik zum besten und nicht zu einem anderen Dessein nach Preußen geschickt worden seien, und als er das erstere versicherte, bemerkte derselbe, der Krieg in Polen hätte 26 Jahre gewährt, aber zur Einquartierung in die adligen Güter[3]) sei es doch nicht gekommen. Er wünscht daher, Kf. möchte (weil dieses Werk hier über alle Maßen odieux ist) den preußischen Ständen eine kurze Konvokation gönnen, um zu versuchen, anstatt dieses modi, welcher die Immediatuntertanen am meisten drückt, einen anderen einzuführen.

Aus dem, was ich noch zur Zeit habe penetriren können, erseh ich nur zwei casus, so bei dieser vorstehenden Wahl E. Chf. D. Hause zustatten kommen könnten:

Einmal ein Unglück in der Wallachei und andringende Macht von Türcken und Tatern, welche den Religionseifer (wie beim schwedischen letzten Einfall erfolgte) nicht weniger bei den Geistlichen als Weltlichen dämpfen könnte, anderntheils, wann die französische Faction dergestalt kegen die osterreichische engagirt sich befunde, daß sie nicht anders dann durch die Waffen zu scheiden wären, dann solchenfalls, umb ein

[1]) v. Hoverbeck war am 13. Januar in Warschau angekommen.

[2]) S. oben S. 22 und 25.

[3]) Über die damaligen Streitigkeiten des Kf. mit den preußischen Ständen wegen der dort einquartierten Truppen und die von ihm angewandten Zwangsmaßregeln s. v. Orlich, Geschichte des preußischen Staates im 17. Jahrhundert I, S. 360ff.; Rachel, Der Große Kurfürst und die ostpreußischen Stände. S. 253.

Blutbad zu verhüten, möchte der dritte in E. Chf. D. Hause gesucht werden.

Französischerseits soll, wie er hört, da Condé wegen der Affektion der Stände für die Königin und ebenso auch Vendosme als unecht wenig Aussichten haben, der Comte de Soissons,[1]) Enkel des Prinzen Thomas von Savoyen, auf die Bahn gebracht werden.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 20. Januar 1674.

[Bedingungen, unter denen die Wahl des Kurprinzen oder des Kf. selbst erfolgen könnte.]

Obwohl der K. G. Feldherr auf Beschleunigung der actuum interregni dringt, geht es doch bei der Konvokation[2]) sehr langsam und schläfrig daher, es haben sich bisher nur wenige Senatoren und kaum zwei Drittel der Landboten eingefunden. 20. Jan.

Gute[3]) Patrioten und unparteiische Leut wunschen des Churprinzens D. auf dem Königlichen Thron zu sehen, aber doch alleweg mit dem Supposito, daß Sie umb der Kron willen die Religion würden ändern und E. Chf. D. dero Herzogthumb Preußen der Reipublicae incorporiren. Welche die Sach nach mehrer Billigkeit erwähnen, kommen (umb E. Chf. D. solcher Incorporation halber schadlos zu stellen) auf den Vorschlag, daß E. Chf. D. selbst die Kron und das Großfürstenthumb Litthaw mit allen incorporirten Provintzien dakegen erblich aufzutragen, Sie auch mit Dero Gemahlin zu krönen wären. Mit der Condition aber, daß Sie die Chur des Churprinzens D. würcklich abtreten und dieselbe die Königin mit Versicherung der Immediat Succession am Reich heurathen,

[1]) Louis Thomas von Savoyen, Graf von Soissons, Sohn des Prinzen Eugen Moritz von Savoyen und der Olympia Mancini, Nichte Mazarins, s. Mémoires de Pomponne ed. Mavidal I, S. 426. Vgl. den Bericht Stoderts an den Danziger Rat vom 26. Januar 1674 bei Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1674 a. a. O. S. 110f.

[2]) Der Konvokationsreichstag war am 15. Januar 1674 eröffnet worden. S. das polnische Reichstagsdiarium in Acta historica res gestas Poloniae illustrantia II. ed. Kluczycki, S. 1361ff. und den Danziger Reichstagsrezeß bei Hirsch, a. a. O. S. 26ff. S. auch die Relation Stoderts an den Danziger Rat vom 20. Januar 1674 ebendaselbst S. 103 ff.

[3]) S. Hirsch, Die Wahl Johann Sobieskis, S. 238.

nach diesem aber der Reipublicae die freie Wahl, aus E. Chf. D. Hause und Sr. D. Linie nach Belieben einen zu nehmen, wieder gekehrt wurde.

Der päpstliche Nuntius[1]) soll keinen mit Namen rekommendieren, aber darauf dringen, die Stände möchten ja keinen anderen wählen als der in religione catholica Romana natus et innutritus wäre.

Der Kurfürst an den Pfalzgrafen[2]) von Neuburg. D. Cöln 10./[20.] Januar 1674. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf das Schreiben vom 30. Dezember. Versicherung seiner Zuneigung. Unsicherer Stand der Dinge in Polen, Erbieten, darüber weiter mit ihm zu kommunizieren.]

20. Jan. — da ich dann, wie E. Ld. zur Gnüge bekannt, vor diesem albereit wohl nichts liebers gesehen, als daß E. Ld. und dero hohen Fürstl. Hause dieser große An- und Zuwachs zugekommen wäre. Es wollen auch E. Ld.

---

[1]) Franz Bonvisi, Erzbischof von Thessalonich.

[2]) S. Pufendorf l. XII, § 77 (S. 956), Hirsch, Die Wahl Johann Sobieskis, S. 234. In einem ersten, vom 8. Januar datierten Konzept dieses Schreibens waren dem Pfalzgrafen schon spezielle Ratschläge erteilt worden, wie er die Wahl seines Sohnes betreiben sollte, der Kurfürst hat dann aber erst von den Geheimen Räten schriftliche Gutachten über dieses Konzept eingefordert. Der Oberpräsident v. Schwerin äußert sich in dem seinigen, wenn Kf. bei seiner Meinung bleibe, den Herzog von Neuburg nicht ganz zu rebutieren, sondern auf alle Fälle, da der Ausgang der Wahl ungewiß sei, an der Hand zu behalten, so wüßte er an dem Konzept nichts Wesentliches zu ändern; wenn er aber eine andere Resolution gefaßt habe und sich Pfalz-Neuburgs nicht annehmen wolle, so müßten die speziellen Ratschläge ganz ausgelassen und das Erbieten mehr restringiert werden. v. Somnitz schlägt einen Mittelweg vor, Pfalz-Neuburg nicht zu rebutieren, aber ihm auch nicht Ratschläge zu erteilen, wodurch Kf. sich unnötig in die Sache vertiefen und andere Prätendenten choquieren könnte. Eine solche Resolution hätte Kf. auch schon vorher gefaßt, nämlich sich des Wesens noch zurzeit nicht anzunehmen, sondern sich zunächst genauer nach der Stimmung in Polen zu erkundigen. Ebenso raten auch v. Canstein, Köppen und Blaspeil, möglichst in generalibus zu verbleiben und sich vorläufig nirgends zu engagieren. Meinders äußert: Weil für den Kurprinzen eine nicht geringe Inklination bisher in Polen verspürt worden sei, so hätte man für denselben aufs beste zu arbeiten, ob er etwa salva conscientia et religione auf diesen Thron zu befördern sei. Sollte des Kf. Intention dahin gehen, so wäre in dem Schreiben von den specialia zu abstrahieren und des Kurprinzen Interesse zu rekommendieren. Sollte aber Kf. wegen desselben nichts zu tun beabsichtigen, auch die lothringische Partei der neuburgischen nicht vorziehen, in diesem Falle fände er bei der Antwort nichts zu erinnern.

glauben, daß meine Affection gegen dieselbe und dero Haus sich nicht geändert. Ich muß aber E. Ld. dabei in freundvetterlichem Vertrauen berichten, dass von I. Keys. M. mir des Hertzogs zu Lothringen Ld. recommendiret und daß dieselbe in Polen unter dem Adel nicht nur verschiedene Woywodschaften sondern auch den Hof vor sich haben sollen. Dann so habe ich auch die sichere Nachricht, daß nicht weniger vor einem frantzösischen Subiecto eine starke Partei sich befinde, ich habe aber weder davon noch von anderen Subiectis, deren verschiedene gemeldet werden, einige gewisse Nachricht und kann dahero auch E. Ld. etwas gründliches hierunter nicht communiciren, bin aber entschlossen, nach und nach was in Polen hierunter vorgehet und wohin einer oder ander inclinire mich zu erkundigen, auch daraus mit E. Ld. — Communication zu pflegen. —

Responsum Suae Serenitatis El. Brandenburgensis ill. domino ablegato extraordinario Alberto Opazky[1]) die 13./23. Januarii 1674 datum. (Conc. v. Somnitz.)

[Erbieten zur Sendung von Hilfstruppen.]

Rogavit illustris dominus ablegatus nomine inclyti Senatus Reipublicae Polonicae, ut cum res patriae suae et rege orbatae et bello a potentissimo hoste petitae pro praesenti sint afflictissimae, in amicitia vero foederata S.ae Ser.tis El.lis eadem singularem repositam habeat fiduciam, velit S. S. El. militem auxiliarem pactis promissum primo vere paratum habere, eum augere, suisque sumptibus tum in itinere tum in castris alere; et cum dimacharum sive dragonum in bello isto maximus futurus sit usus, ut ex illis auxiliares copiae conficerentur et constarent. Equidem cum plurima eaque arctissima sint vincula, quae S.am S.tem El.lem inclytae Reipublicae jungunt, vix exprimere potest S. S. El., quam vehementer tot tantisque foederatae Reipublicae malis commoveatur quantoque desiderio et studio eidem quavis ratione consulendi flagret. Caeterum cum Germaniae 23. Jan.

---

[1]) Albert Opacki, Unterkämmerer von Warschau, s. über denselben Urk. und Akt. XII, S. 496. Der Primas, Erzbischof Kasimir Florian Czartoryski von Gnesen, hatte (d. Warschau, 2. Januar 1674) dem Kf. den Tod des Königs, den Sieg bei Choczim und die trotzdem dem Reiche von den Türken drohende Gefahr angezeigt, ihn um Hilfe gebeten und mitgeteilt, daß zu weiteren Verhandlungen darüber Opacki werde an ihn geschickt werden. Dessen Instruktion sendet der

fortunae hoc ipso iniquissimo tempore conturbatae atque ipsa quoque gravissimo bello magna sui parte tantum non evertatur, nihil impensius dolet S. S. El. quam quod haec maxima pericula eodem ita concurrant momento, ut Poloniae unice consulere opemque pro voto ferre non permittant. Quemadmodum vero S. S. El. neque inclytae Reipublicae neque foederibus cum eadem initis unquam defuit, ita quoque et nunc id aget, ut sub initium veris miles auxiliaris pactis promissus copiis sese Polonicis adiungat. Cui iuxta eadem pacta Respublica de sustentatione prospiciet. Quodsi vero e Republica magis visum fuerit, ut dimachae seu dragones mille ducenti mittantur, pro suo in Rempublicam singulari affectu S. S. El. loco dicti militis auxiliaris illos non mittere modo sed et suis sumtibus, qui summam centum millium florenorum Polonicorum excedent, per sex menses integros, si iis Respublica opus tam diu habitura est, alere constituit, hac lege tamen, ne istud S. S. El.is Reipublicae Polonicae commodandae studium ullo modo deinceps contra pactorum leges in exemplum ac praejudicium trahatur. Permittit hac in re optionem Reipublicae S. S. El. ita, ut eidem liberum sit, eam ex propositis eligere auxilii rationem, quam rebus suis convenientissimam putaverit.

Quodsi vero Deus ter opt. max. Germaniam benigne respexerit, ita ut saluti et tranquillitati Poloniae procurandae S. S. El. vacare unice possit, ea est summa in Rempublicam S. S. El.is voluntas, ut eidem majoribus et voto utriusque partis respondentibus auxiliis adesse atque subvenire velit —.[1])

Sekretär Schumann dem Danziger Rate schon am 15. Dezember 1673 (s. Hirsch, S. 101) zu. Darin wird er angewiesen, nach Frankreich und auch nach England, Holland, den spanischen Niederlanden und Dänemark zu gehen und dort überall um Hilfe gegen die Türken zu bitten, unterwegs auch zu Kf. sich zu begeben, ihn zu bitten, Frieden, Freundschaft und die Verträge mit Polen zu halten, ihm zu danken, daß er nach Morsteins Bericht die vertragsmäßigen Hilfstruppen habe stellen wollen, und ihn zu ersuchen, dieselben für den nächsten Feldzug bereitzuhalten, zu vermehren und ihnen Sold für 6 Monate mitzugeben, damit sie auf eigene Kosten leben könnten. Vgl. über seine Sendung Zaluski I, S. 508f., Pufendorf l. XII, § 81 (S. 962), über die mit ihm in Frankreich geführten Verhandlungen Acta hist. III, S. 17. Der Oberpräsident v. Schwerin schreibt an den Herzog von Croy 16./26. Januar 1674, Opacki sei mit der ihm erteilten Resolution garnicht zufrieden; sollten die Aussichten zum Frieden sich erfüllen, so werde Kf. sich wohl mit der Hilfe etwas liberaler zeigen.

[1]) Das Rekreditiv des Kf. für Opacki ist auch am 13./23. Januar 1674 ausgestellt. Unter demselben Datum erläßt Kf. auch ein Schreiben an K. Mainz, worin diesem Mitteilung von Opacki's Sendung gemacht und er gebeten wird, beim Reichstage Hilfeleistung an Polen zu befördern, ferner ein solches an Romswinckel, der

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 16. Februar 1674.

[Stand der Parteien.]

Nachdem der Starost von Dirschau du By mit einem französischen Abgeschickten bei dem K. G. Feldherrn angelangt ist, hat dieser sich offen für Condé erklärt und seinen Freunden mitgeteilt, derselbe wolle nicht allein die Krone, wenn sie ihm angeboten werde, annehmen, sondern sich auch darum bewerben, aber sich zur Scheidung von seiner Gemahlin schwerlich verstehen. Demnach gibt es[1]) nun zwei Hauptfaktionen in der Republik: Die französisch-condéische und die kaiserlich-lothringische. Das Haupt der ersten ist der K. Feldherr, sie hält sich der Kronarmee und der reußischen, sowie der anderen östlich von der Weichsel liegenden Woiwodschaften für sicher, ferner macht sie großen Staat auf den G. Kanzler und den Kastellan von Posen,[2]) zumal nachdem dieser jetzt mit seinem Halbbruder, dem Woiwoden von Kalisch, Opalinski, sich aus dem Grunde vertragen hat, sie zweifelt auch nicht den U. Kämmerer Krycki, der bei der dortigen Ritterschaft in großem Ansehen ist, und den jetzigen Landbotenmarschall, den K. Schwertträger Bilinski, welcher in der Plotzischen Woiwodschaft viel vermag, auf ihre Seite zu bringen. Die preußischen Woiwoden und Starosten hingen[3]) früher mehr von dem G. Feldherrn ab, außer dem Dzialynskischen Hause und dem Woiwoden von Culm, Gninski, welche, weil sie nicht zu rechter Zeit ins Lager gekommen sind und die Okkasion bei Choczim verabsäumt haben, Strafe fürchten müssen, wenn die Sache vors Kriegsrecht gebracht wird. 16. Febr.

Die lothringische Partei verläßt sich auf den litauischen G. Kanzler Patz, welcher die meisten Stände im Großfürstentum unter seiner Devotion hat, auf den Primas und dessen ganzes Haus, auch auf den mehreren Teil der Geistlichen, darunter der Jesuiten, vornehmlich aber auf das Generalaufgebot der nächstgelegenen Woiwodschaften Masau, Plotzk, Podlachien, Rawa, auch auf die Wechsel, welche, wie man hofft, der Beichtvater der Königin, Pater Coronini, von Wien herüberbringen wird, verzweifelt auch nicht daran, daß Graf Schaffgotsch, den man in kurzem erwartet, den G.K.Feldherrn durch Negotiation gewinnen sollte. Die guten Patrioten wünschen ein Subjectum außerhalb dieser beiden miteinander stets ämulierenden Häuser zu finden.

beauftragt wird, das polnische Hilfsgesuch bei den Generalstaaten und dem Prinzen von Oranien zu befürworten, und an den Pfalzgrafen Ruprecht, der gebeten wird, dessen Negotiation in England zu unterstützen. Auch ein Empfehlungsschreiben für Opacki an K. Sachsen hat Kf. ausgestellt, dasselbe trägt aber den Vermerk: „Der H. Opacki hat seine Reise nach Dresden nicht fortgesetzet, dahero er das Originalschreiben an Chur-Sachsen zurückgegeben."

[1]) S. Hirsch, Die Wahl Johann Sobieskis, S. 237f.

[2]) Christoph Grzymultowski.

[3]) S. oben S. 26f.

Der K.V.Kanzler, welcher sich sonst auf den K.G.Feldherrn vornehmlich berufen, hat jetzt große Ombrage darüber gefaßt, daß derselbe drei Regimenter nach Krakau geschickt und sich so der Residenz und der dort befindlichen Krone versichert hat.

Sollte Kf. es nicht zuträglich befinden, mit dem Feldherrn zu halten, so wäre auch nicht geraten, denselben weiter auszuforschen.

Es sind hier zu verschiedenen Malen böse Zeitungen von des Kf. Zustande verbreitet worden.

Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg an den Kurfürsten. D. Düsseldorf 21. Februar 1674.[1])

[Auf das Schreiben vom 10. Januar. Unterstützung der Kandidatur seines Sohnes durch Frankreich. Sendung Giese's zu Kf. und nach Polen, Bitte um Unterstützung.]

21. Febr. Der Herzog von Lothringen wird seine Gegenpartei so stark wie vormals finden, ihm soll auch schon die Hoffnung benommen sein, daß er ohne Blutvergießen zur polnischen Krone gelangen werde. Von einem französischen Subjecto ist ihm dermalen noch nichts vorgekommen und ihm wird auch versichert, daß der König von Frankreich selbst kein solches Subjectum zu proponieren, auch sogar keine Gesandtschaft nach Polen wegen der Wahl zu schicken beabsichtige, was noch mehr aus den Schreiben des Königs an ihn,[2]) ferner an Sobieski und an den K. Schatzmeister Morstein,[3]) deren Abschriften er beilegt, erhellt. Mit den Originalen schickt er seinen Kammerrat und Clevischen Residenten Bernhard von Giese zu Kf., und er bittet, ihm und seinem Regierungsrat, Kämmerer, Amtmann zu Caster und bestellten Hauptmann Heinrich Theobald Freiherrn von Goldstein, welcher schon dem Kf. in dieser Materie Hinterbringung getan hat und auch noch ferner tun wird, Glauben beizumessen. Giese soll mit diesen und anderen Schreiben nach Polen, doch ohne Charakter und nur als sein domesticus, gehen und dort den vorfallenden occasionibus in der Stille invigilieren. Er bittet Kf., ihn und seines Sohnes Interesse mit seiner Rekommendation zu begleiten. Er übersendet auch Abschrift eines Schreibens des Königs von Schweden[4]) in dieser Sache. Sollte Kf. aber für sich selbst oder einen seiner Prinzen diese Krone begehren, so werden er und die Seinigen gern zurückstehen und sich für sie bemühen.

---

[1]) S. Pufendorf l. XII, § 76 (S. 955): Hirsch a. a. O. S. 241.

[2]) Ludwig XIV. an den Pfalzgrafen von Neuburg, d. St. Germain en Laye 3. Februar 1674.

[3]) Von demselben Datum. S. Acta hist. III, S. 479.

[4]) König Karl XI. von Schweden an den Pfalzgrafen d. Stockholm 7./[17.] Januar 1674, darin erklärt derselbe, er gönne den erledigten polnischen Thron niemand lieber als ihm oder seinem Sohne, und er habe seine Gesandten in Polen, am kaiserlichen

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 24. Februar 1674.

[Schreiben Sobieski's und Galecki's; Frankreichs Eintreten für Pfalz-Neuburg. Bitte der Evangelischen. Kandidatur des Prinzen von Dänemark. Bevorstehende Ankunft Sobieski's.]

Aus einem beifolgenden Schreiben des G. Feldherrn[1]) und einem anderen, welches Galecki[2]) auf dessen Befehl an ihn gerichtet, wird Kf. ersehen, daß ersterer große Aversion gegen Lothringen trägt und jetzt Frankreich zu Gefallen sich willig bezeigt, das Pfalzneuburgische Interesse wie früher das Condéische zu befördern. Er hat anfangs daran gezweifelt, daß es Frankreich wirklich ernstlich mit Pfalz-Neuburg meint, er glaubt aber jetzt, da die Condésche Partei wie vor den Kopf geschlagen ist und die Lothringische sich mehr als je in Positur stellt, um Pfalzneuburg abzutreiben, daß Frankreich sich wirklich mit Schweden über Beförderung der Kandidatur des letzteren geeinigt hat.[3]) Doch wird man nicht so leichtes Werk finden, denn aus vielen Umständen ist abzusehen, daß der litauische G. Kanzler, wenn er sich auch noch nicht offen deklariert hat, Lothringen anhängt. 24. Febr.

Er hält für Kf. den Pfalzneuburger für zuträglicher, doch wird derselbe am kaiserlichen Hofe nicht geringe Opposition finden. Er wird mit dem K. G. Marschall im Vertrauen modum rei gerendae überlegen.

Hofe, in Frankreich und Brandenburg angewiesen, ihnen zur Erlangung desselben behülflich zu sein. — Der schwedische General Mardefeld teilt (d. Wolgast 29. Dezember 1673/[8. Januar 1674]) dem Oberpräsidenten v. Schwerin mit, der König hätte ihn und Wangelin beauftragt, eine Verständigung mit Kf. wegen der bevorstehenden polnischen Königswahl zu versuchen, und bittet ihn, nachdem Kf. sich bei seiner Anwesenheit nur in generalibus herausgelassen hätte, um nähere Nachrichten. Schw. antwortet (d. Cöln 9./[19.] Januar 1674), Kf. halte nach den bei der vorigen Wahl gemachten Erfahrungen für notwendig, bei dieser Sache sehr behutsam zu verfahren, er bittet um Eröffnungen ratione candidati von schwedischer Seite und fügt hinzu, bisher schienen der Sohn des Zaren und der Prinz von Lothringen die meisten Anhänger zu haben.

[1]) Joh. Sobieski versichert (d. Lemberg 16. Februar 1674) den Kf. seiner Ergebenheit und verweist auf die Mitteilungen Galecki's.

[2]) Franz Galecki, Generaladjutant bei der Kronarmee, schreibt dem Kf. d. Lemberg 16. Februar 1674), er wünsche, daß der Kurprinz sich, um die polnische Krone zu erlangen, zur Änderung der Religion verstehen möchte, dann werde der G. Feldherr und dessen ganzer Anhang für ihn wirken. Er fragt an, ob Kf. für Pfalz-Neuburg sei, und versichert, daß sie sich der Wahl des Lothringers auf das äußerste wiedersetzen würden. Vgl. die Relation Schumanns an den Danziger Rat vom 9. März 1674 (Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins XLIII, S. 119f.).

[3]) Vgl. Stoderts Relation vom 16. Februar 1674 ebendaselbst, S. 116.

Die bedrängten Evangelischen, die deswegen vor der Wahl einen expressen Abgeordneten an Kf. schicken wollen, bitten denselben, bevor er einem Kandidaten seine officia bei der Wahl leistet, bei demselben neben den Angelegenheiten seines Hauses auch ihre Interessen zu bedingen.

Die Bischöfe von Krakau[1]) und Wilna[2]) haben sich gegen ihn für Pfalz-Neuburg erklärt, der K. V. Kanzler aber bleibt dabei,[3]) er wolle, nachdem er sich bei voriger Wahl in dem von ihm vorgeschlagenen Subjekt so betrogen gefunden, diesmal abwarten und sich gefallen lassen, was andere tun werden.

Diejenigen, welche jetzt eine dritte Partei formieren wollen, schlagen den Prinzen von Dänemark[4]) vor. Auf Anfragen, ob eine solche Wahl dem Kf. entgegen sein könnte, hat er, da Kf. sich noch für keinen deklariert, geantwortet. Kf. sei mit dem dänischen Königshause nahe verwandt und es hätte zwischen ihnen schon seit Menschengedenken keine Streitigkeit gegeben, vielmehr sei das dänische Haus dem Kf. wegen seines Eintretens für dasselbe bei den Traktaten zu Oliva Dank schuldig.

P. S. Da der K. G. Marschall in wenigen Tagen hier anlangen soll und der litauische G. Feldherr beschlossen hat, auf denselben zu warten, so hat er auch den Bischof von Krakau dazu bestimmt, noch hier zu bleiben. Da so viele der Vornehmsten sich hier befinden, so glaubt er, daß hier in kurzem ein sicherer Grund zur Wahl wird gelegt werden, auf welchen Kf. seine Deklaration gegen die sollizitierenden Kandidaten wird zu fundieren haben.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 26. Februar/[8. März] 1674. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf die Relation vom 24. Februar. Bei Aussicht auf günstigen Erfolg ist besonders das Interesse seines Hauses zu befördern, sonst Pfalz-Neuburg. Befehl, mit Sobieski in Verbindung zu treten.]

8. März — Sonsten[5]) erinnern wir uns sowohl aus dieser letzteren als auch anderen Euren Relationen ersehen zu haben, daß es wohl dahin kommen durfte, daß, wann beide Partheien, sowohl die keyserliche als die frantzösische, sich mit einander collidiren sollten, die meisten auf einen aus

[1]) Andreas Trzebicki.

[2]) Nicolaus Stephan Pac.

[3]) S. die Schreiben Olszowski's an Sobieski vom 8. und an Lombardi vom 15. Dezember 1673 (Zaluski I, S. 487 ff.).

[4]) Georg, Bruder König Christians V. S. über dessen Kandidatur die Berichte Stoderts an den Danziger Rat vom 26. Januar und 16. Februar 1674 (S. 110 und 118).

[5]) S. Hirsch, Die Wahl Johann Sobieski's, S. 242.

unserem Chur-Hause, ungeachtet der Religion, stimmen dörften. Nun könnet Ihr unschwer ermessen, daß uns unseres Hauses Angelegenheiten fürnemblich touchiren, und daß auf den Fall ein guter Succeß zu hoffen wäre, wir nichtes unterlassen wurden, was zue Erreichunge dieses Zweckes dienete, gestalt wir dann zue Euch das gnädigste Vertrauen haben, Ihr werdet dieses Werk vor allen anderen nach Euer uns bekannten Dexterität befordern und poussiren.[1]) Wann aber vor unser Churhaus nichtes zu erhalten stünde, würde uns des Galecki Vorschlag und des Princen von Neuburgk Person vor anderen angenehm und gefällig sein.

Er soll über dieses alles mit Sobieski vertraulich kommunizieren, dessen Absichten zu erforschen suchen und ihm mitteilen, daß es dem Kf. sonderlich lieb sein würde, wenn er jemand an ihn abschicken wollte.

Gutachten der Geheimen Räte.

v. Blumenthal (d. Berlin 26. Februar/[8. März] 1674).

Kf. hat die Frage gestellt, ob er bei der bevorstehenden polnischen Königs- 8. März
wahl den pfalzneuburgischen Prinzen vorschlagen solle. Ihm scheinen keine Bedenken dagegen zu sein, sondern dieselben Ursachen, welche das vorige Mal für die Unterstützung der Bewerbung des Vaters gesprochen haben, auch für die des Sohnes fortzubestehen.

Blaspeil (d. Cöln an der Spree 27. Februar/[9. März] 1674).

Die Sache ist sehr schwierig, so daß er fast keinen rechten Schluß bei sich 9. März
hat machen können, was er dem Kf. raten soll.

So viele ich verspüren können, haben Ew. Chf. D. bisher keinen Gedanken gehabt, dero eigenes Churhaus zu dieser Kron befordert zu sehen, viel mehr haben Sie sich (aus einem sehr christlichen und hoch-

---

[1]) An demselben Tage weist Kf. den Rat Fehr in Königsberg, den Verwalter der Güter der unter seiner Vormundschaft stehenden Prinzessin Charlotte Radziwill, an, dafür zu sorgen, daß die von diesen Gütern auf die Seymiken zu schickenden Deputierten instruiert würden, zuerst seines Kurhauses Interesse gegen die bevorstehende Wahl bestens zu rekommendieren und dahin zu wirken, daß, wenn nicht die Religion ein unüberwindliches Hindernis bilden sollte, jemand aus demselben gewählt werde: sollte aber dazu keine Hoffnung sein, dann sollten sie für Pfalz-Neuburg oder dessen ältesten Sohn stimmen.

rühmlichen Eifer zur evangelischen Religion) dergestalt alien davon erwiesen, daß Sie ihr interesse hindangesetzet und aus Beisorge, daß das evangelische Wesen Schaden dadurch leiden möchte, gedachte Kron auch nicht einmal anzunehmen sich vermerken lassen, wann sie gleich Ihro oder Dero Herrn Sohn, des Churprinzens hochfürstl. D., ultro und von selbsten angetragen wurde. Ob nun zwar diese Gedanken dergestalt christlich, generos und heroisch seind, daß sowohl Feinde als Freunde dieselben loben müssen, nichts desto weniger, weiln fast scheinet, als wann der Himmel selbst Ew. Chf. D. diese Kron zuzulegen entschlossen und nicht allein die polnische Nation, sondern auch alle andern davon fast eingenommen seind, daß dieselbe niemanden als Ew. Chf. D. hohem Churhaus gebühre, so deucht mir dennoch, daß man billig darauf zu reflectiren und dasjenige, was Gott und Menschen Ew. Chf. D. anzubieten scheinen, nicht so schlechterdings zu verwerfen hätte.

Zu Wegnehmung des obstaculi, welches die Religion bildet, und Beruhigung des Gewissens sind schon von den Polen selbst Temperamente vorgeschlagen worden und nach Hoverbeck's Bericht scheint es bei dem Gegensatz der österreichischen und der französischen Partei, daß die Polen endlich einem Evangelischen die Krone aufs Haupt zu setzen kein Bedenken tragen dürften, auch sattsame Vorkehrungen gegen künftige Inkonvenientien getroffen werden könnten. Daher ist diese Sache nicht so gar außer acht zu lassen, vielleicht beabsichtigt Gott, die evangelische Kirche in Polen nunmehr zu retten und durch das Mittel eines Königs aus dem Hause Brandenburg, unter dessen Schutz die bedrängten Evangelischen dort Ruhe und Gewissensfreiheit haben könnten, derselben zu Hilfe zu kommen. Die Vorteile, welche Kf. und dessen Nachkommen daraus zu gewarten haben würden, sind notorisch, die Gelegenheit wird sich vielleicht niemals wieder darbieten. Er rät daher, Kf. möchte noch weiter der Sache zusehen und sich für keinen Kandidaten erklären. Sollte sich die Sache anders schicken und entweder die Krone dem Kf. nicht angetragen werden oder von ihm nicht angenommen werden, dann wird sich auch zeigen, welcher Kandidat die meiste Aussicht hat, und ob und wie Kf. den einen oder anderen dazu rekommendieren und befördern solle.

v. Canstein (d. Berlin 27. Februar/[9. März] 1674).

9. März Kf. hat zu bedenken gestellt, was er bei der polnischen Wahl wegen des einen oder anderen Kandidaten zur Krone zu tun oder zu lassen hätte. Vornehmlich kommt es darauf an, wohin die polnischen Stände am meisten inklinieren möchten, Kf. darf daher nicht eher einen bestimmten Entschluß fassen, bis er mehr und sicherer unterrichtet ist, was für Aussichten die einzelnen Kandidaten haben.

Für des Zaren Sohn scheint nichts Sonderliches zu geschehen und sich auch keine besondere Inklination zu ihm zu finden. Dem Herzog von Lothringen hat Kf. bei der vorigen Wahl entgegengewirkt, derselbe wird daher ihm feindlich sein, eine Konjunktion des Hauses Österreich mit der Krone Polen ist auch immer für bedenklich gehalten worden. Sollte derselbe aber gute Aussichten haben, so würde nicht ratsam sein, ihm direkt entgegenzutreten. Schweden scheint keine Prätension zu machen. Eine französische Kandidatur wird Kf. jedenfalls ebenso wie früher für schädlich erachten, doch würde man sonst hierbei rationes pro und contra finden können. Der Prinz von Dänemark scheint wenig Aussichten zu haben, hat zu Kf. gar keine Konfidenz bezeigt, Seestedt hat auf der Durchreise nicht einmal Kf. begrüßt. Sonst in fundo rei hat Kf. keine erhebliche Ursache, ihm entgegen zu sein. Von dem neuburgischen Prinzen weiß er nicht, ob nicht Mangel an Geld, Volk, Erfahrung und Konduite, auch vielleicht an der Affektion sein möchte. Sonst dürfte er wohl dem Kf. am wenigsten schaden können, und da Kf. angefangen hat, dessen Partei zu embrassieren, so weiß er nicht, wie derselbe davon wieder abtreten könnte.

Der vornehmste aber unter allen Kandidaten wären E. Chf. D. wohl selbst und dero H. Churprinzens hochf. D. Aber ich glaube, daß die Religion und viele andere considerationes so wichtig sein, daß sie nicht zu superiren stehen und man also hierin in bloßen Wünschen verbleiben müßte. —

Meinders (d. Berlin 28. Februar/[10. März] 1674).

Falls Aussicht sein sollte, daß der Kurprinz zur polnischen Krone durch rechtmäßige Mittel gelangen könnte, so würde dieses sowohl für die evangelische Kirche wie auch für des Kf. Haus und Staat sehr nützlich sein. Wie bisher verschiedene vornehme Stände sich hiezu wohl affektioniert und geneigt bezeugt, so wären diese auf dienliche Art in dieser guten Intention zu stärken, daneben ihnen aber auch deutlich anzuzeigen, daß der Kurprinz seine Religion nicht ändern werde. 10. März

Sollten aber die Polen darauf bestehen, daß ihr König katholisch sein solle, so hätte Kf. keine Ursache, seine bei der vorigen Wahl für Pfalz-Neuburg und dessen Sohn geführte gute Intention zu ändern, da die früheren Ursachen auch weiter fortbestehen und der Pfalzgraf erklärt hat, die damals versprochenen Bedingungen auch jetzt bei glücklichem Erfolg zu erfüllen, Kf. solche Bedingungen und Vorteile aber weder bei Lothringen noch bei Dänemark, am allerwenigsten aber bei einem Piasten finden wird. Pfalz-Neuburg hat in Polen eine starke Partei und auch Frankreich und Schweden auf seiner Seite.

Da die Zeit der Wahl nahe bevorsteht, so wäre Pfalz-Neuburg der Intention des Kf. zu vergewissern, der Traktat mit ihm zu erneuern und die sonstigen Vorbereitungen dazu zu treffen, besonders wäre Graf Dönhoff oder sonst jemand heimlich an den K. Marschall zu schicken und das nötige Geld bereitzuhalten.

v. Somnitz (d. 6./[16.] März 1674).

16. März Er erörtert die Gründe, welche für und wider die Unterstützung der pfalzneuburgischen Kandidatur sprechen, und kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Es ist zu verhüten, daß dem Kf. selbst und seinem Hause bei dieser Wahl präjudiziert werde.

2. Kf. hätte keines Kandidaten Wahl sonderlich zu hindern, als der etwa französisch von Nation oder Gemüt oder sonst der Republik und deren Nachbarn mit seiner Macht beschwerlich fallen könnte.

3. Geld um eines Kandidaten willen zu spendieren, möchte undienlich sein.

4. Weil etliche Senatoren sich mit Sobieski besprechen wollen, wäre das Resultat dieser Konferenz abzuwarten. Er rät, mit niemanden pacta der Wahl halber einzugehen.

Prinz Karl von Lothringen an den Kurfürsten. D. Vienne 10. März 1674.

[Bitte, seine Bewerbung um die polnische Krone zu unterstützen.]

10. März Er erneuert seine Bitte, Kf. möchte seine Kandidatur in Polen unterstützen, entschuldigt, daß er nicht selbst zu ihm kommt oder jemand an ihn schickt, wiederholt seine frühere Erklärung wegen des Kurprinzen (doch glaube er nicht, daß Kf. an denselben denke), versichert, daß er alles tun wolle, was zur Satisfaktion des Kf. beitragen könne, verweist auf v. Crockow.

Der Kurfürst an den Pfalzgrafen von Neuburg. D. Cöln 10./20. März 1674.[1]) (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf das Schreiben vom 21. Februar. Bereitwilligkeit, die Kandidatur seines Sohnes, doch zunächst nur vorsichtig, zu unterstützen.]

20. März Er wird auch jetzt wie bei der vorigen Wahl alle mögliche officia anwenden, um des Pfalzgrafen Intention wegen der Wahl seines Sohnes zu sekundieren, wenn sich die Sachen in Polen nur in einigerlei Weise dazu fügen und er etwas mehr Licht von dem Absehen der Republik erlangen könnte. Zwar wird ihm von einigen Orten große Hoffnung gemacht, sein Haus sollte dieser Krone halber in große Konsideration kommen, er versichert aber, daß er garkeine

[1]) S. Pufendorf l. XII, § 76 (S. 955), Hirsch a. a. O. S. 241 f.

Gedanken darauf mache. Da der jetzige Zustand in Polen aber so beschaffen ist, daß man unmöglich irgend worauf zu fußen hat, so sieht er sich genötigt, hierin behutsam zu gehen und sich noch zur Zeit nicht zu deklarieren, da die Polen es bei voriger Wahl sehr übel genommen haben, daß man darin so weit gegangen ist. Doch will er v. Hoverbeck befehlen,[1]) Giese mit gutem Rat an Hand zu gehen und des Pfalzgrafen Angelegenheiten nach bestem Vermögen zu befördern. Sollte sich künftig mehr Licht in diesem Wahlnegotio hervorgeben, so will er sich die Sache treulich angelegen sein lassen.

Der Kurfürst an den Prinzen Karl von Lothringen. D. Cologne 12./22. März 1674. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf das Schreiben vom 10. März. Die Sendung eines Bevollmächtigten an ihn ist erst später rätlich.]

— Elle a bien fait de n'envoyer pas encore personne pour ne faire 22. März
pas éclatter une affaire, qui demande le silence pour reussir. Quand le temps nous donnera un peu plus de lumière dans les brouilleries de la Pologne et qu'il y aura à fonder quelque jugement sur les intentions de cette nation, non seulement je seray bien aise que V. A. envoye icy quelqu'un pour notre commun interest,[2]) mais aussi je reçois de bon cœur les obligeantes offres que V. A. me fait.

Crockow ist beauftragt, darüber ausführlicher mit ihm zu sprechen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 27. März 1674.

[Absichten der französischen Partei, Hoffnungen der lothringischen. Rat, Skoraszewski und Zuckowski zu beschenken.]

Der pommerellische Landesoberkämmerer Graf Dönhoff und der Oberst 27. März
v. Prebentaw, die bei ihrer Abreise nach Lublin ihm versprochen, von des

---

[1]) Dieses geschieht in einem Giese mitgegebenen Schreiben an denselben von demselben Datum.

[2]) Im April hat der Prinz wirklich den Grafen Albert Caprara zu dem Kf. nach Berlin geschickt, doch liegen über die mit diesem geführten Verhandlungen keine Aufzeichnungen vor.

K. G. Marschalls Inklination Nachricht zu geben, berichten, daß derselbe sich bisher nicht eigentlich habe deklarieren wollen, wen er vor anderen zur Krone erhoben wissen wolle, doch wäre aus allen Umständen abzunehmen, daß ihm keiner lieber wäre als der Prinz von Condé. Wenn aber dieser weder für sich noch für seinen Vetter, den Prinzen von Conti, sich darum bewerben wollte, würde ihm der Kurprinz am angenehmsten sein, und er gedächte deshalb den Generalmajor Korycki an Kf. zu schicken. Die französische Partei soll auch in Lublin[1]) eine Abschickung nach Frankreich beschlossen haben, um zu sondieren, wie man dort gesinnt ist, und zu persuadieren, daß Condé entweder selbst konkurriere oder den kaum fünfzehnjährigen Conti der Königin vorschlage. Es ist also vom Ausschlag der Wahl schwer zu prognostizieren, es ereignen sich immer neue Emergentien. Die Sendomirsche Woiwodschaft hat auf dem Kreistage beschlossen, zur Wahl Mann für Mann auf zu sein, der K. G. Marschall ist darüber sehr bestürzt und sucht durch seine Kreaturen auf dem preußischen Kreistage durchzusetzen, daß[2]) die Landboten instruiert werden, lieber wieder zurückzukehren und die Republik ohne Oberhaupt zu lassen als zu gestatten, daß die Wahl durch oder bei einem allgemeinen Aufgebot vorgenommen werde.

Obwohl der K. G. Marschall und der litauische G. Kanzler einander gar nicht trauen, korrespondieren sie doch der Wahl wegen eifrig miteinander.

Da der Prinz von Dänemark[3]) sich hauptsächlich auf den Woiwoden von Lublin, Rey, verläßt, der bei dem K. G. Marschall keinen Kredit und bei der Ritterschaft wenig Affektion hat, gerät sein Werk dadurch ins Stocken. Für Pfalz-Neuburg scheint weder von ihm selbst noch im Namen des Königs von Frankreich das Geringste getan zu werden, woher Lothringen hofft, es würden endlich auch die Widerwärtigsten aus Mangel anderer Subjectorum ihm beifallen.

Pfalzgraf Philipp Wilhelm an den Kurfürsten. D. Düsseldorf 4. April 1674.

[Auf das Schreiben vom 10. März. Polnische Forderungen. Bitte, ihm zusammen mit Schweden die gewünschten Truppen zu liefern. Sendung Straetmans.]

4. April Die bisherige Ungewißheit hat veranlaßt, daß auch er sich vor der Zeit zu erklären oder eine formale Gesandtschaft zu schicken angestanden, um sich nicht unnötigerweise zu prostituieren. Jetzt werden ihm aus Polen von vertraulicher Hand folgende Bedingungen an Hand gegeben, auf welche er in seiner

[1]) S. über die dortigen Vorgänge Acta hist. II, S. 1418f., III, S. 4f.

[2]) S. Hirsch in Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins XLIII, S. 24.

[3]) S. ebendaselbst S. 123ff.

Proposition zu reflektieren hätte: 1. Der polnischen und litauischen Armee gleich nach erfolgter Wahl 4 Millionen polnische Gulden zu bezahlen, 2. zwei Jahre nacheinander jedesmal 2 Millionen zur Unterhaltung der Armee aus eigenen Mitteln oder den königlichen Einkünften herzugeben, 3. 8000 oder 10000 Mann z. F. zur Verstärkung der Armee gegen die Türken zu liefern, 4. Caminietz Podolsky, wenn es den Türken abgenommen würde, zu fortifizieren. Ihm ist, zumal bei dem jetzigen erschöpften Zustande seiner Lande, unmöglich, die drei ersten Bedingungen zu erfüllen, er hofft aber, daß Kf. und Schweden ihm mit der verlangten Mannschaft auf eine bestimmte Zeit an Hand gehen werden. Er ersucht daher Kf., mit dem dortigen schwedischen Gesandten darüber reden und ihn um eheste Beibringung der Resolution seines Prinzipalen urgieren zu lassen. Soviel er von der schwedischen Gesandtschaft in Köln a. Rh. penetrieren kann, wird es dort keine Schwierigkeit geben. Sollten Kf. und Schweden ihm darin die Hand bieten wollen, so bittet er, auch ihren beiderseitigen Gesandten in Polen zu befehlen, sich im Namen ihrer Prinzipalen bei fallender Wahl für seinen Sohn zu erklären und zu versichern, daß solche Volklieferung prästiert werden solle und daß sie selbst dafür stehen wollen. Das Geld betreffend, glaubt er nicht, daß man auf dem angegebenen Quantum so gar beharren wird, er wird jedoch zusehen, wie er das, was er aus eigenen Mitteln nicht prästieren kann, mit Kredit oder von guten Freunden beibringen möge. Dem ihm durch v. Goldstein mitgeteilten Rat des Kf. zufolge hat er sich jetzt entschlossen, seinen Geheimen Rat und Vizekanzler Stratmann dorthin zu senden, derselbe wird ehestens bei Kf. sein und diesem weitere vertrauliche Eröffnungen hinterbringen.[1])

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 7. April 1674.

[Der Ausfall der Wahl ist ganz ungewiß, die Aussichten Pfalz-Neuburgs vorläufig sehr gering.]

Gestern hat er durch Giese des Kf. Schreiben vom 2./12. März empfangen. 7. April
Es nimmt ihn sehr wunder, daß die französischen Rekommendationsschreiben,[2]) auf die vornehmlich gebaut wird, erst jetzt hervorkommen. Da der K. G. Marschall und der G. Schatzmeister verreist sind, werden sie erst acht Tage vor Beginn der Wahl insinuiert werden können. Von Frankreich hat man sich keines Vorschubs an Gelde, vom kaiserlichen Hof aber starker Opposition

[1]) Straetman ist Ende April in Berlin eingetroffen. Den mit ihm dort am 1. Mai abgeschlossenen Vertrag s. bei v. Mörner, S. 381ff., vgl. auch Pufendorf l. XII, § 76 (S. 956), Hirsch, Die Wahl Johann Sobieski's, S. 243f.

[2]) S. oben S. 40.

zu versehen. Der K. G. Kanzler hat sich zwar nicht ungeneigt bezeugt, es ist aber vor allem aufs Geld angesehen, da er durch seinen Hofmeister von Giese sofort 2000 Dukaten zur Reise auf den Wahltag und ebensoviel zur Zehrung dort gefordert, obwohl er sich vorher zur Condéischen Partei geschlagen.

Vom Ausschlag der Wahl ist es sehr schwer was Grundliches zu prognosticiren. Nicht nur darumb, daß die Sachen mehr impetu quam consilio, durch Boutaden als reife Ueberlegung geschlossen werden, sondern vornehmlich umb dessen willen, daß viel der vornehmsten bisher bei ihnen selbst keine rechte Resolution gefaßt. Ueber das, da man auch gleich sie alle mit einander absonderlich so treuherzig machen könnte, daß sie ihres Gemüths Meinung offenbarten, würde man doch daraus nicht eigentlich abnehmen können, was endlich erfolgen möcht. Alldieweil in ipso actu die meisten dasselbe, was sie wünschen und vor gut achten, kegen das, so practicable sein wird, werden müssen fahren lassen. —

Anjetzo aber find ich die Condeische Partei annoch die stärkste, nächst der die Lothringische und nächst dieser die dennemärkische, die neuburgsche aber die schwächste. Ob man aber zu concurriren rathen soll oder nicht, dasselb wird sich allererst, nachdem der von Giesen mit dem Herrn Litthauschen Großkanzler (so sich alhier zur Stelle befindt) und mit dem Krongroßmarschalck und Großschatzmeister wird conferirt oder vielmehr tractirt haben, zeigen. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 21. April 1674.

[Gespräch mit dem litauischen G. Kanzler. Unzufriedenheit Giese's mit seinem vorsichtigen Verhalten.]

21. April Um die Intentionen des litauischen G. Kanzlers zu sondieren, hat er denselben heute besucht und ihn gebeten, dem Kf. in dem Wahlnegotio mehr Licht zu geben. Als derselbe erwiderte, Kf. habe ja schon seinen Entschluß gefaßt, der neuburgische Gesandte hätte ihn versichert, sein Herr würde garnicht daran gedacht haben, aufs neue als Kandidat aufzutreten, wenn nicht Frankreich, Schweden und Kf. ihn dazu angetrieben hätten, hat er geantwortet, Kf. wünschte aus denselben Gründen wie das vorige Mal sehr gern die Wahl Pfalz-Neuburgs,

da er aber seine consilia gern so führen möchte, daß er nicht nur keinen Undank bei dem nächsten Könige verdienen, sondern auch sich gleich zu Anfang bei ihm in ein rechtes Vertrauen setzen möchte, so hätte er ihm befohlen, sich bei ihm, als dem erfahrensten Staatsminister, zu erkundigen, wen er der Krone für würdig, nützlich und reussibel hielte. Der Kanzler versicherte darauf, er hätte des Subjecti halber noch nichts determiniert, sondern wolle, sobald der G. Marschall und die vornehmsten Staatsminister sich eingefunden haben würden, mit diesen vertraulich darüber beraten. Condé habe zwar erklärt, die Krone annehmen zu wollen, wenn sie ihm durch einhellige Wahl angetragen würde, dazu aber würde er es nicht bringen können, seine Ehescheidung sei unmöglich. Daß der Bischof von Marseille Pfalz-Neuburg allein und ernstlich meinen sollte, könne er nicht glauben, sondern man schiene sich dieses Prätextes nur zu bedienen, um eine Ambassade herzuschicken und das Reich in steter Unruhe zu halten, dazu, aber nicht zur Wahl, würden auch wohl die von dem Gesandten mitgebrachten Gelder ausreichend sein. Kf. brauche nicht in Sorgen zu stehen, denn wer auch gewählt werden sollte, werde verpflichtet werden, die pacta foedera mit den Nachbaren unverbrüchlich zu halten, er werde am besten tun, sich der Rekommendation eines bestimmten Subjecti zu enthalten.

Giese, dem er Mitteilung von dieser Unterredung gemacht, war wenig zufrieden damit, daß nur sondiert würde, ob und wie weit mit der Rekommendation Pfalz-Neuburgs fortzukommen sei, er hat aber darauf hingewiesen, daß Kf. ihn angewiesen habe, behutsam zu gehen, und geraten, nicht eher zu konkurrieren, bevor man guten Grund dazu hätte. Wenn durch Beförderung des Königs von Frankreich eine considerable Partei für den Pfalzgrafen gebildet sei, dann könnte Kf. der Sache einen mächtigen Nachdruck geben. Auch hätte der litauische G. Kanzler geäußert, es sei sehr zweifelhaft, ob die Vielheit der Rekommendationen den Kandidaten zum Vorteil oder zum Schaden gereichte.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln an der Spree 10./20. April 1674. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Befehl, sehr vorsichtig sich zu verhalten, keinen der Kandidaten öffentlich zu empfehlen.]

Er sucht und verlangt bei dieser Wahl allein, daß die Republik einen solchen König erhalten möge, der derselben wohl vorstehe, mit den Benachbarten in guter Freundschaft lebe und durch deren Assistenz das in höchster Gefahr schwebende Königreich wieder emporbringe. H. hat daher vorzustellen, Kf. höre nicht gern, daß man von einem Kandidaten mehr viel Geld als andere nötige Requisiten verlange. 20. April

Da an einem glücklichen Ausgang auch andere, besonders der Kaiser und Schweden, interessiert sind, so soll er mit den Gesandten derselben, besonders dem kaiserlichen, vertraulich überlegen, wie die Wahl eines französischen Prinzen oder eines sonst gänzlich von Frankreich dependierenden Kandidaten gehindert oder, falls etwa doch die französische Partei durchdringen sollte, verwehrt werden könnte. Von den übrigen Candidati exteri glaubt er, daß der Prinz von Dänemark, dem er sonst hinderlich zu sein keine Ursache hat, nicht dazu kommen kann, da Schweden sich dagegen mit aller Macht setzen will und nicht anzunehmen ist, daß die Republik bei jetzigem Zustande sollte Schweden offendieren wollen. Vermutlich wird daher wohl die Wahl auf den Prinzen von Lothringen und den ältesten Sohn des Herzogs von Neuburg vornehmlich ankommen. Ihm würde nichts lieber sein, als wenn einer von diesen beiden dazu gelangen möchte, wodurch auch die Königin bei der Krone erhalten werden könnte, bei beiden finden sich auch solche Avantagen, daß die Krone nicht übel dabei fahren würde. Bei dem Lothringer ist auch nicht zu fürchten, daß er eine sonderliche Dependenz von dem Hause Österreich haben würde, zumal da der Kaiser sich seine Beförderung garnicht besonders angelegen sein lassen soll.

H. soll sich nun so betragen, daß, wenn einer von diesen beiden dazu käme, er ihn nicht beschuldigen könnte, daß er sich seiner Wahl nicht angenommen und für den anderen mehr getan hätte. Eben diese Vorsicht hat er auch zu beweisen, wenn einen anderen die Wahl treffen sollte. Falls er dazu gewisse Apparenz sehen sollte, so hat er die Negotiation so zu führen, daß auch dieser ihn nicht beschuldigen könnte, ihm hinderlich gewesen zu sein, er vielmehr ihm deshalb künftig Obligation haben möchte. Ein Piastus soll ihm auch nicht zuwider sein, wenn es nur nicht ein Subjectum ist, welches der Krone selbst daher suspekt, daß es durch Faktionen, Intriguen und Dependenz von fremden Potentaten ihnen aufgedrungen wird.

Er hält also nicht für geraten, jemand publice rekommendieren zu lassen, H. soll vielmehr, falls eine öffentliche Proposition nötig sein sollte, darin nur den Wunsch des Kf. zu einer glücklichen Wahl aussprechen, seine Geneigtheit zu beständiger Freundschaft versichern und die Qualitäten des eligendi so beschreiben, daß es denen, welchen Kf. die Krone gern gönnt, zu statten käme, falls nicht die Vornehmsten unter sich wegen eines Subjecti einig sein und es wünschen sollten, daß er das Werk durch seine Rekommendation sekundieren ließe. Vor allem hat er dahin zu sehen, daß der künftige König dem Kf. nicht reprochieren könne, er sei ihm hinderlich gewesen.

Von seinem Privatinteresse und besonders seiner Prätension auf Elbing wird vor der Wahl nicht geredet werden können, dagegen soll er sich bei allen Gelegenheiten der Evangelischen annehmen und sich bemühen, daß dasjenige, was eine Zeit her zu ihrem Präjudiz geschehen, aufgehoben und sie in ihre frühere Libertät und Privilegien wieder eingesetzt werden. Er hat sich auch bei allen Sachen, die er in seinem Namen rekommendiert, dessen zu prävalieren, daß Kf. der Republik jetzt wieder eine so ansehnliche Hilfe auf seine Kosten,

ohne dazu verpflichtet zu sein, leiste, und sich bei Gelegenheit darüber zu beschweren, daß man ihn immer in Verdacht zu setzen suche, als wenn er etwas Gefährliches gegen die Krone vorhätte.[1])

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln an der Spree 4. Mai/24. April 1674. (Conc. Blaspeil.)

[Auf die Relationen vom 21. und 23. April. Zusage an Pfalz-Neuburg. Befehl, zusammen mit Straetman, aber doch vorsichtig, für denselben zu wirken.]

Nach allem scheint es, daß der Bischof von Marseille nur zum Schein für Pfalz-Neuburg wirken, daß er vielmehr Condé, Enghien oder Conti auf den polnischen Thron zu erheben suchen wird, oder wenn es dahin nicht zu bringen ist, den Prinzen von Modena oder den G. Feldherrn, damit der künftige König dennoch eine Kreatur von Frankreich sei. Da aber dieses ebensowohl der Republik als auch deren Nachbaren höchst schädlich sein würde, so soll er mit den Konfidentesten, welche das Beste des publicum und der Republik am meisten beherzigen und der französischen Faktion am wenigsten zugetan sind, ferner mit dem Kaiserlichen und Schwedischen überlegen, wie solchem Übel am besten zu begegnen sei. Da eine einmütige Wahl des Prinzen von Lothringen nicht durchzusetzen sein wird und ebensowenig eine solche des Prinzen von Dänemark, der Schweden, oder des von Modena, der das Haus Österreich opponieren wird, bei Neuburg aber zu erwarten ist, daß diese oppositiones alle zessieren werden, so glaubt er, daß allen besorgten Inkonvenientien am besten dadurch vorzukommen sein werde, daß man auf diesen seine Gedanken richte. Er hat daher dem pfalzneuburgischen Gesandten Straetman[2]) sein Wort gegeben, den Prinzen von Neuburg vor anderen rekommendieren zu lassen und alle möglichen officia für denselben anzuwenden. H. soll daher mit diesem vertraulich kommunizieren und überall mit ihm so de concert gehen, daß dieser Zweck erreicht werde. Der französischen Partei ist zu Gemüte zu führen, daß die Wahl eines französischen Prinzen unmöglich reüssieren werde, ebenso ist bei dem K. G. Marschall und anderen zugunsten Pfalz-Neuburgs zu wirken, vor allen Dingen muß versucht werden, die kaiserliche Partei für denselben 4. Mai

---

[1]) Kf. schreibt am 20./30. April an v. H.: „Indessen ist dieses unsere gnädigste Willensmeinung, daß, wenn Ihr sehen solltet, daß, wie Ihr schon vor diesem berichtet, die Sachen dahin gedeihen würden, daß wegen derer mit einander streitenden Factionen man auf die Gedanken käme, uns die Krone zu offeriren und die Königin mit unserem ältesten Sohn cum spe futurae successionis zu vermählen, Ihr solches vor allem zu befodern, dieses aber dergestalt zu mesnagiren habet, daß es zu unserem Nachteil nicht gemerket werde.“ S. Hirsch, Die Wahl Johann Sobieski's, S. 243f.

[2]) S. oben S. 49.

zu gewinnen. Doch hat er die ganze Negotiation so vorsichtig und behutsam zu führen, daß, wenn die Wahl auf einen anderen fallen sollte, Kf. dabei keinen Undank verdienen, sondern sogleich bei dessen Antretung sich mit ihm in gutes Vertrauen setzen könne.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 24. April/4. Mai 1674. (Conc. Blaspeil.)

[Zusage an den Prinzen von Lothringen. Anweisung, wie H. sich dem Gesandten desselben und denen der anderen Kandidaten gegenüber verhalten soll.]

4. Mai Der dortige moskowitische Resident hat sich gegen Wichert erboten, mit seinen ministris genaue Freundschaft zu pflegen. Da ihm viel daran gelegen ist, mit dem Zaren in gutem Vernehmen zu stehen, so soll H. dem Residenten anzeigen, daß er gleichen Befehl erhalten habe.

P. S. Er soll behutsam, vorsichtig und sorgfältig verfahren und sich nicht zur Unzeit bloß geben. Der Prinz von Lothringen[1]) hat sich bei Kf. angegeben und er hat ihm seine officia zugesagt, derselbe hat sich auch gegen ihn so bezeugt, daß er Ursache hat, ihm Gutes zu gönnen. Da er aber verspürt, daß es mit demselben solche Diffikultäten geben wird, wodurch der Republik und ihm allerhand Ungelegenheiten zuwachsen könnten, er auch an dem Prinzen von Neuburg einen ebenso guten Nachbar und Freund zu haben meint und hofft, daß durch dessen Wahl sein Vater zur vollkommenen Devotion des Reichs und des Kaisers werde gebracht werden können, so würde ihm am liebsten sein, wenn die Wahl auf den Prinzen von Neuburg fiele. Er soll aber trotzdem dem Gesandten des Herzogs von Lothringen und dessen Anhängern bedeuten, Kf. wolle demselben nach Möglichkeit helfen, wenn er nur sehe, daß Aussicht für ihn sei, er erwarte aber, daß, wenn dieses nicht der Fall sein sollte, seine Partei für den Prinzen von Neuburg sein werde. Der Prinz von Dänemark hat seine Rekommendation nicht nur nicht begehrt, sondern dessen Abgesandter hat bei der Durchreise durch Berlin nicht einmal einen Gruß von ihm abgestattet, er hat daher von ihm keine Freundschaft und gute Nachbarschaft zu erwarten. Dem Gesandten des Prinzen Reginald von Modena, um dessen Rekommendation dessen Bruder, der Herzog, gebeten und den die französische Partei wohl endlich zur Krone zu befördern trachten dürfte, soll er ein Kompliment machen und ihm zu verstehen geben, daß Kf. dem Prinzen alles Gute gönnte und ihm nicht hinderlich sein, sondern, wenn Apparenz für ihn wäre, ihn befördern würde, und so sondieren, was für eine Partei er für sich hat. Doch soll er sich hüten, bei dem neuburgischen Gesandten Ombrage zu erregen, als wenn Kf. dem neuburgischen Prinzen jemand anders vorziehen wollte, und dieses so menagieren, daß niemand etwas davon erfährt.

---

[1]) S. oben S. 46f.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 4. Mai 1674.

[Zuversicht der französischen Partei. Seine Ratschläge, wie Sobieski für die lothringische zu gewinnen sei. Verschiedene Versuche, ihn auszuforschen. Schwierigkeit seiner Stellung.]

Nach des K. G. Marschalls Ankunft[1]) haben sich viele, die bisher an sich gehalten oder deliberiert, demselben wegen des Prinzen von Condé gefügt und dadurch ist dessen Partei sehr trotzig und ruhmredig, die lothringische aber, die bisher ihrer Sache mehrenteils sicher zu sein vermeinte, überaus perplex geworden. Da eine starke machina nur durch schwere und mächtige Gegengewichte zu regen ist, so rät er dem Grafen Schaffgotsch[2]) und Taff,[3]) ihr Werk mit rechtem Ernst anzugreifen und dem K. G. Marschall und dessen Gemahlin ebensolche Avantagen, wie sie von Frankreich zu erwarten haben oder prätendieren, anzubieten, nämlich eine Grafschaft in Schlesien, welche zu einem immediaten Fürstentum könnte gemacht werden, für ihn selbst und eine solche in Lothringen für den Grafen d'Arquin,[4]) Schaffgotsch aber steht noch damit an und hofft, ihn durch Persuasionen zu gewinnen. 4. Mai

Gegen Kf. ist der K. G. Marschall sehr mißtrauisch, weil ihm von einer neuen Allianz desselben mit dem Hause Österreich zum Nachteil Frankreichs berichtet worden ist. Um ihn deswegen zu sondieren, ist erst Niemierzyc[5]) und nachher Fürst Radziwill auf Kletzko zu ihm geschickt worden, auch der K. Hofmarschall Lubomirski, dem er gestern die erste Visite gab, suchte ihn deswegen auszuforschen. Derselbe erzählte, es sei hier die gemeine Opinion, Kf. hätte mit dem Kaiser beschlossen, nachdem hier die Wahl erfolgt sei, den Kurprinzen mit 10000 Mann den Holländern gegen Frankreich zu Hilfe zu schicken. Er hat sich aber mit Unwissenheit entschuldigt. Derselbe gab sonst zu verstehen, daß er Pfalz-Neuburg die Krone vor anderen gönne, aber Condé's Partei unvergleichlich stärker befinde. Doch ist dem wenig zu trauen. Auch Fürst Michael Radziwill und der jetzige Direktor der Ritterschaft Sapicha hatten sich früher für Pfalz-Neuburg erklärt und arbeiten jetzt eifrig für Condé.

Er ist mit den beiden Konkurrenten Lothringen und Neuburg übel daran, jeder von beiden will, daß er öffentlich rekommendiert werde, er hat

[1]) Der Wahlreichstag hatte am 20. April in Warschau begonnen, am 2. Mai war Sobieski dort eingetroffen. S. das polnische Reichstagsdiarium in Acta hist. II, S. 1426ff. und den Danziger Reichstagsrezeß in Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins XLIII, S. 57ff.

[2]) Kaiserlicher Gesandter.

[3]) Gesandter des Herzogs von Lothringen.

[4]) Henri de la Grange d'Arquien, Vater der Gemahlin Sobieski's.

[5]) Stephan Niemirycz, U. Kämmerer von Kiew. S. Urk. u. Akt. XII, S. 248.

sich dem bisher dadurch entzogen, daß er behauptet hat, er hätte seine Kreditive, die er in Wirklichkeit schon richtig empfangen hat, noch nicht erhalten. Lothringen hat noch eine formierte Partei und fast ganz Litauen für sich, Neuburg aber noch keinen, der sich öffentlich für ihn deklarieren will.

P. S. Der Kastellan von Roggenhausen Gembicki und ein vertrauter Diener des Woiwoden von Kioff[1]) haben sich erkundigt, ob er Ordre hätte zu deklarieren, daß der Kurprinz, wenn er gewählt würde (wie Niemierzyc schriebe) entschlossen sei, die Religion zu ändern. Als er antwortete, davon sei ihm nichts zugekommen, wenn aber die Wahl erfolgte, möchten sich wohl Mittel finden, wodurch der katholischen Religion Sicherheit verschafft würde und des Kurprinzen Gewissen ungekränkt bliebe, schieden sie mit Unwillen von ihm.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 8. Mai 1674.

[Anerbietungen des Zaren. Abneigung des kaiserlichen Gesandten gegen Pfalz-Neuburg, Begünstigung des dänischen Prinzen. Seine schwierige Lage. Mitteilungen Morstein's und Grzymultowski's.]

8. Mai Als er bei seiner Ankunft mit dem G. Kanzler Paz von des moskowitischen Zaren Konkurrenz zu dieser Krone sprach, stellte dieser sich ganz fremd und wollte es garnicht für glaublich halten, daß der Zar auf diese Krone oder einige Stände auf ihn ihr Absehen richten sollten. Jetzt aber hat der Zar durch seinen Residenten das Anerbieten machen lassen, wenn man ihn wählen wollte, die Republik gegen die Türken mit aller Macht zu schützen und alle Kroneinkünfte zur Fortsetzung des Krieges verwenden zu lassen, der litauische G. Kanzler scheint auch für den Fall, daß seitens der Krone die Armee seiner Partei zu schwer fallen sollte, sich dieser Konkurrenz des Zaren wenigstens zum Schrecken und Drohen bedienen zu wollen.

Gegen die französische Faktion, die jetzt stärker als je ist, arbeitet er nach Möglichkeit, jedoch unter der Hand. Für Lothringen hat man bisher bei dem K. G. Marschall und dessen Gemahlin wenig schaffen können. Der kaiserliche Gesandte will trotz alles dessen, was man ihm vorstellt, von Pfalz-Neuburg nichts wissen, er hat sogar gesagt, wenn eins von beiden nicht zu verhüten wäre, so wollte man am kaiserlichen Hofe lieber die Wahl Conti's, als ein minus malum, als diejenige des Prinzen von Neuburg sehen. Es wird demzufolge den Französischgesinnten klärlich zu verstehen gegeben, wofern sie sich nicht Lothringen zuwenden wollten, möchten sie weder Neuburg noch Modena, sondern viel eher den Prinzen von Dänemark portieren, der schon vor zwei Jahren sich zur katholischen Religion gefügt haben solle.

---

[1]) Andreas Potocki.

Bei so vielfältiger Veränderung und verdeckten Prozeduren ist er hier sehr übel dran. Die Minister der beiden Herren, welche Kf. in seinem Reskript vom 10./20. April zu portieren bezeugt, sind so eifersüchtig aufeinander, daß sie auf ihn lauern lassen, und wenn er von dem einen eine Visite annimmt oder ihn in der Königin Gemach spricht, so verweist ihm sofort der andere, er halte es nicht mit ihm, sondern mit jenem, und behauptet, er hätte nicht zu sehen, ob Apparenz zum reüssieren sei, sondern zu erklären, daß dem Kf. keine andere Wahl als die seinige angenehm sein würde.

Der K. G. Schatzmeister berichtet ihm, der K. G. Marschall hätte sich mit den vornehmsten unter den litauischen Ständen dahin geeinigt, daß sie diese Zusammenkunft bis Trinitatis verlängern und indessen dahin arbeiten wollten, daß sie zu einer einhelligen friedlichen Wahl gelangten. Zu Lothringen würden der K. G. Marschall und dessen Anhänger sich unter keinen Umständen verstehen, zu Neuburg hätten sie auch keine Inklination und die meisten in Litauen und der K. V. Kanzler wären demselben zuwider. Wegen Condé's möchten wohl einige zu Extremitäten schreiten, für Neuburg aber würde der K. G. Marschall nicht mit den Litauern fechten, sondern lieber ganz abstehen, wenn diese dasselbe mit Lothringen tun wollten, unter diesen Umständen könnte Dänemark das beste Spiel für sich finden, wenn er sich sofort öffentlich zur katholischen Religion bekennen wollte. Solches verspreche er aber erst nach erfolgter Wahl. Sie hätten aber unter sich beschlossen, daß, wenn ein Unkatholischer auf solche Hoffnung oder Vertröstung zu wählen wäre, der Kurprinz ungleich besser und anständiger als Dänemark sein würde. Ganz ähnlich hat sich auch der Kastellan von Posen[1]) ihm gegenüber ausgesprochen. Derselbe behauptete, jetzt schiene keiner der Krone näher zu sein als der Prinz von Soissons, oder, wie seine Anhänger ihn lieber nennen, Prinz Thomas von Savoyen, der[2]) nicht weniger Favor bei Frankreich als Conti und weniger Aversion bei den hiesigen Ständen hätte.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 12. Mai 1674.

[Unterredung mit Sobieski und mit dem französischen Gesandten.]

Der K. G. Marschall hat bei der Visite, die er ihm gegeben, nicht nur 12. Mai
großen Respekt und Affektion, sondern auch willige Vertraulichkeit im Wahlwerk bezeugt. Er hat beteuert, daß er noch keinen rechten Entschluß gefaßt habe, sondern erst des französischen Gesandten und anderer Vorträge vernehmen,

[1]) Christoph Grzymultowski.

[2]) S. die Instruktion Ludwigs XIV. für den Bischof von Marseille vom 30. März 1674 (Acta hist. III, S. 15).

sich aber bemühen wolle, daß Kf. nicht allein in seinen Rechten nicht gekränkt, sondern in solches Vertrauen gesetzt werde, daß der künftige König ihm seine Erhebung vornehmlich zuschreiben und ihn dieses sein ganzes Leben lang genießen lassen solle. Da Galetzki[1]) ihn am Tage vorher, als sie von einem Piasten sprachen, fragte, ob, wenn Sobieski erwählt würde, Kf. ihm mit Volk assistieren werde, so hat er daraus geschlossen, daß diesem eine solche Materie nicht unangenehm sein würde, und ihm gesagt, Kf. hielte ihn nicht weniger als andere benachbarte Potentaten solcher Würde für wert und gönnte sie ihm von Herzen. Er nahm das mit hohem Respekt und großer Moderation an, beteuerte aber dabei, daß er es weder für ihm anständig noch der Republik zuträglich hielte. Er riet ihm, bei der öffentlichen Proposition in generalibus zu bleiben, und bat, mit ihm darüber zu kommunizieren. Wegen des Kurprinzen erklärte er es für unverantwortlich, eine so avantageuse Kondition, dergleichen sich in viel hundert Jahren wohl nicht wieder finden werde, um der Religion willen auszuschlagen, er improbierte aber doch nicht des Kf. Ausspruch, wenn derselbe vor einem Jahr katholisch geworden, so hätte es noch wohl das Ansehen haben können, daß es aus Antrieb des Gewissens geschehen wäre, jetzt aber könnte es von niemand anders gedeutet werden, als daß es der Krone und der Königin halber geschehe. Zu dem neuburgischen Prinzen bezeigte er keine Inklination, behauptete auch, daß keine Hoffnung sei, die Litauer für ihn zu gewinnen. Dasselbe hat ihm auch der französische Gesandte,[2]) den er nach seiner Ankunft incognito besucht, gesagt, doch erklärte derselbe, daß er in seiner Rede nur Pfalz-Neuburg rekommendieren werde, falls es aber mit demselben garnicht vonstatten gehen sollte, so werde er sein äußerstes tun, damit nur nicht Lothringen zur Krone gelange, was doch jedenfalls bedeutet, dann wolle er diesem ein französisches Subjectum entgegensetzen. Auch am kaiserlichen Hofe scheint keine Inklination für Pfalz-Neuburg vorhanden zu sein, wohl aber für den Prinzen von Dänemark. Gegen Lothringen hat sich fast ganz Polen nach des K. G. Marschalls Ankunft erklärt. Die Versuche des Grafen Taff bei der Gemahlin desselben sind ganz vergeblich gewesen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 15. Mai 1674.

[Auf das Reskript vom 24. April/4. Mai. Drängen des neuburgischen und französischen Gesandten. Drohende Trennung Litauens von Polen. Tod des Primas.]

15. Mai Die Behutsamkeit, die Kf. ihm anbefiehlt, fällt ihm um so schwerer, da der französische und der neuburgische Gesandte dagegen arbeiten und

[1]) S. oben S. 41.

[2]) Toussaint Forbin-Janson, Bischof von Marseille. Derselbe war am 8. Mai in Warschau angekommen. S. dessen Relation vom 11. Mai (Acta hist. III, S. 25 ff.) und die Relation Stoderts an den Danziger Rat vom 11. Mai (Zeitschr. des Westpreuß. Geschichtsvereins XLIII, S. 137 ff.).

behaupten, Kf. hätte die neuburgische Kandidatur zuerst vorgeschlagen. Betreffend die 100000 Taler an Geld und Hilfe an Volk, die Kf. in dem mit Stratman aufgerichteten Traktat [1]) bewilligt, ist man gleich bei der ersten Ansprache sehr laut gegangen und hat überdem von ihm begehrt, er sollte außer den Völkern auch deren Unterhaltung zusagen, er hat sich dazu aber nicht verstanden.

Der französische Gesandte hat zwar [2]) in publicis für Pfalz-Neuburg trefflich gesprochen, aber es ist noch nicht zu merken, daß jemand von der französischen oder von der lothringischen Partei zu diesem übergetreten wäre.

Man glaubt, daß [3]) der K. G. Marschall jetzt mehr als je auf die Krone sein Absehen richte. In diesem Fall sagt man von den Litauern, sie wollten sich separieren, Lothringen wählen, ihn mit der Königin verheiraten und ihn zum litauischen Könige krönen, was für Kf. wohl nicht so schädlich sein würde. Jetzt verstärken sich beide Parteien, die lothringische und die condésche durch herbeigerufene Ritterschaft und geworbene Völker und läßt es sich zu einer Trennung sehr an, in welchem Fall aber die französische Partei nur für Condé fechten will.

Der Primas ist heute gestorben. [4]) Sein Tod kann Pfalz-Neuburg zustatten kommen, da er ganz lothringisch war, während der Bischof von Kujavien Gembicki, auf den jetzt die Direktion ankommt, und der von Krakau [5]) Pfalz-Neuburg gänzlich zugetan sind.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Potstamb 7./[17.] Mai 1674. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf die Relationen vom 4. und 8. Mai. Vorstellungen, welche H. dem kaiserlichen und dem französischen Gesandten machen soll, Befehl, sich auf das äußerste für Pfalz-Neuburg zu bemühen.]

Da zur Wahl des Prinzen von Lothringen keine Hoffnung mehr zu sein scheint, so wundert ihn sehr, daß man kaiserlicherseits seine Vorschläge so wenig attendieren, ja gar lieber einen französischen Prinzen als Neuburg gewählt sehen will. Er soll dem kaiserlichen Gesandten remonstrieren, Kf. hoffe, daß der Kaiser auf die Vorstellungen, die er durch v. Crockow machen lasse, sich anders erklären werde, sonst müßte auch er andere mesures nehmen und möchte es ihm vielleicht gewisser Ursachen halber besser geraten sein, Condé als Soissons zu befördern. Daß Pfalz-Neuburg ihn zum Frieden mit Frankreich 17. Mai

---

[1]) S. oben S. 49.

[2]) S. die Relation des Bischofs von Marseille vom 17. Mai (Acta hist. III, S. 30) und die Stoderts vom 11. Mai (S. 141).

[3]) S. Acta hist. III, S. 31.

[4]) S. Zaluski I, S. 556.

[5]) Andreas Trzebicki.

veranlaßt haben sollte, ist unwahr, Kf. will es auch auf sich nehmen, daß derselbe sich so gegen den Kaiser anschicken und solche consilia führen werde, daß dieser damit zufrieden sein solle.

Da es mit Lothringen ein desperates Werk ist, so soll H. seinen äußersten Fleiß für Neuburg anwenden. Daß Kf.[1]) eine neue Allianz mit dem Kaiser geschlossen und resolviert haben solle, den Kurprinzen mit 10000 Mann den Holländern zu Hilfe zu schicken, daran ist garnichts, das soll H. denen, die davon sprechen, ausreden. Dem Bischof von Marseille soll er anzeigen, Kf. sei sehr erstaunt zu vernehmen, daß man auf die Beförderung eines französischen Prinzen bedacht sei, während doch der König ihn habe versichern lassen, daß er allein den Prinzen von Neuburg rekommendieren wollte, woraufhin er dem Pfalzgrafen Versprechungen gemacht hätte, die er nicht ändern könnte, er hoffte daher, der Bischof würde sich ernstlich der Beförderung des Prinzen von Neuburg annehmen und auch Schweden dazu antreiben. Von dem Moskowiter glaubt er, daß derselbe von den Litauern nur zu Verhinderung einer französischen Wahl in Vorschlag gebracht ist.

Jedenfalls aber, wie auch die Wahl ausfallen möge, ist eine Trennung und ein Bürgerkrieg zu verhüten. Das Interesse der Königin hat er publice und privatim aufs beste zu beobachten. Um Beförderung des Prinzen von Dänemark ist er nicht ersucht worden, kann also darin nichts tun. Zur Änderung der Religion soll derselbe nicht geneigt sein. Wegen öffentlicher Rekommendation des Eligendi kann ihn Kf. von hier aus so eigentlich nicht instruieren, sondern beläßt es darin bei der früheren Instruktion. Sollte dort von der Einquartierung in Königsberg[2]) etwas vorkommen, so soll H. erklären, dieselbe sei nur vorläufig infolge des Ungehorsams der Stadt erfolgt.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 19. Mai 1674.

[Seine Proposition. Straetman's Hoffnungen sind illusorisch. Vergeblicher Versuch einer Einigung der Polen und Litauer über die Wahl Pfalz-Neuburgs. Seine Erklärung zu Sobieski. Beginn der Wahl.]

19. Mai Da die Zeit her sowohl die condésche als auch die lothringische Partei immer sehr stark gegeneinander gearbeitet und die neuburgische bei Litauen übergroße Opposition, bei den Polen aber nicht sonderlichen Beifall gehabt, hat er[3]) den von dem K. G. Marschall, dem Bischof von Krakau, dem Kastellan von

---

[1]) S. oben S. 55.

[2]) S. oben S. 34.

[3]) S. den Reichstagsrezeß vom 18. Mai und den Bericht Stoderts vom 18. Mai a. a. O. S. 74, 146.

Posen und dem U. Kämmerer von Kalisch Krycki gegebenen Rat, mit der propositione in publico an sich zu halten und in casum scissionis des Kf. Mediation anzubieten, nicht ungern angenommen. Stratman freilich ist damit nicht zufrieden und behauptet, an dem Succeß der Wahl Pfalz-Neuburgs sei fast nicht zu zweifeln, er hat aber durch den K. G. Marschall und den Kastellan von Posen Gelegenheit erhalten, Komplimente von wahrhaftigen Inklinationen zu unterscheiden, und merkt wohl, daß die französische Faktion und besonders der K. G. Marschall Pfalz-Neuburg garnicht meinen, sondern unter dessen Namen Condé oder ein anderes französisches Subjekt durchzubringen suchen.

Nachdem sich die Litauer münd- und schriftlich verpflichtet, nicht von Lothringen abzustehen und der Königin Interesse nicht zu verlassen, ist[1]) in der vorigen Nacht (wie ihm der Kastellan von Posen auch im Namen des K. G. Marschalls vertraut) beschlossen worden, durch die Bischöfe von Krakau, Kujavien und Kulm der Königin erklären zu lassen, sie hätten, um sie auf dem Thron zu erhalten, von anderen Subjektis abgestanden und sich wegen des Prinzen von Neuburg geeinigt. Wenn die Königin durch ihre Autorität die lothringische Partei dazu disponieren könnte, sich zu fügen, so würde man eine einmütige Wahl zur Vergnügung der Königin haben, sollten aber die Litauer von Lothringen nicht ablassen, so würden auch sie wieder zu Condé sich wenden und dessen Wahl durchzusetzen suchen. Die Königin aber hat eine solche Verhandlung mit den Litauern abgelehnt und den Bischöfen anheimgestellt, diese selbst in die Hand zu nehmen. Darauf hat sich der Bischof von Krakau zu dem litauischen G. Kanzler begeben. Ob derselbe etwas geschafft hat, weiß er noch nicht, Graf Schaffgotsch versichert, alle Mühe werde vergebens sein, zumal der litauische G. Kanzler überzeugt sei, des K. G. Marschalls Partei meine es nicht treu mit Pfalz-Neuburg, sondern bediene sich nur dessen Namens, um wieder auf Condé oder einen Piasten zu kommen. Wenn sie sich aber damit äußerten, würde man ihnen einen litauischen Piasten entgegenstellen und damit ihre verdeckten Anschläge hintertreiben.

Es wird aber keiner gefunden werden, der dem K. G. Marschall die Wage halten könnte, daher hat er kein Bedenken getragen, demselben zu erkennen zu geben,[2]) daß, wenn die Wahl auf einen Piasten fallen sollte, dem Kf. seine Person vor allen anderen angenehm sein sollte, was er mit großem Respekt aufgenommen hat. Auch bei Dänemark, Modena und Lothringen ist des Kf. Befehl nach so gutes Vertrauen gestiftet worden, daß, wenn die Wahl auf einen von diesen fallen sollte, Kf. gute Nachbarschaft von ihnen zu erwarten hat. Stratman freilich behauptet, an des Kf. Hofe die Versicherung erhalten zu haben, daß er sich für seinen Prinzen erklären und nur für diesen agieren solle, aus den herübergebrachten Stücken aber hat er es ihm nicht zeigen können. Doch hat er nichts unterlassen, was zur Beförderung des pfalzneuburgischen Interesses einigermaßen hat dienen können.

[1]) S. Zaluski I, S. 556, die Relationen des Bischofs von Marseille vom 18. und 21. Mai (Acta hist. III, S. 35f.) und die Stoderts vom 19. Mai (a. a. O. S. 146)

[2]) Vgl. die Berichte des Bischofs von Marseille vom 17. und 23. Mai (S. 32, 43).

Es wär wohl zu wünschen gewesen, daß man das Votiren noch auf einige Tag hätte ausstellen wollen, damit indessen zu einer einmüthigen Wahl Unterbauung hätte geschehen mögen. Allein es haben sich die Polnische keinesweges dazu verstehen wollen aus Furcht, die Litthauer möchten sich indessen verstärken und auch wohl die nächste Woyewodschaften zum Aufbot kommen.

Indem ich dieses schreib, bekomm ich Nachricht aus dem Kreise, daß[1]) ganz Litthauen (außerhalb des H. Vicekanzlers Fürst Michel Radziwill und des Woyewoden von Plotzko Sapieha) auf des Prinzen von Lothringen Person bestehen, die sechs Woyewodschaften aber Marienburg, Rawa, Pommerellen, Lublin, Kyoff, Wollynien und ganz Reussen auf den K. G. Marschalck votiren, in den andern Woyewodschaften auch ein Theil Lothringen, das andere Neuburg haben wollen derer andern aber, als Modena, Savoyen, garnicht gedacht werde. In der Posen-, Caliß- und der Sendomirschen Woyewodschaft wären die meisten Condeisch, wann sich der von Seestedt der catholischen Religion halber vor den Prinzen von Dennemarck cathegorice erklären wollte, dürfte (wie ich vernehm) seine Partei woll fast die stärkste werden. —

P. S. Auch — indem ich die Relation siegeln will, bring ich in Erfahrung, daß die meiste litthausche Ständ mit einer Protestation kegen den Piastum geschieden, die Polnischen aber bis Montag den Wahltag prolongirt haben. Welches vermittelst göttlichen Beistands ein Mittel sein kann, umb die Gemüther zu einer friedlichen Wahl zu disponiren. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 21. Mai 1674.

[Verhalten der französischen Partei. Wahl und Proklamierung Sobieski's. Aussichten dieser Wahl für den Kf.]

21. Mai Was ich dem pfalzneuburgischen Gesandten von des französischen Gesandten und derselben ganzen Partei Intentionen von Zeit zu Zeit beständig hinterbracht und er mehrentheils zur Disaffection ausdeuten wollen, dasselbe hat er nunmehr handgreiflich selbst erkannt, indem[2])

---

[1]) Vgl. Zaluski I, S. 556 f. und den Reichstagsrezeß vom 19. Mai (S. 75 ff.).

[2]) S. Zaluski I, S. 558, den Reichtagsrezeß vom 19.—21. Mai (S. 75 ff.) und die Relationen des französischen Gesandten vom 21. Mai (S. 37 ff.) und Stoderts vom 19. Mai (S. 146 f.).

vorgestern die meiste polnisch und ein Theil litthauscher Ständ auf den K. Feldherr votirt, gestern aber die Polnische all ingesambt ihn vor einen König aufzunehmen sich declarirt und die übrige litthausche durch die Vornehmste aus ihrem Mittel heute dergleichen zu thun sich erbieten lassen. Weil obgedachter frantzösischer Gesandter sich hierob so hoch vergnügt zu sein bezeugt, daß er versichert, sein König würde wegen solcher Wahl eben die Avantagen der Reipublicae zuwenden, so er bei erfolgender Condeischen zugedacht, haben auch die Affectionirtesten rathsam befunden mit der Nomination so lang inne zu halten, bis derselbe auf alles wirkliche Versicherung würde geschafft haben, und damit ist man auch indem ich dieses schreibe annoch geschäftig.

Als anfangs viele vota auf den K. G. Marschall fielen, freute sich Stratman darüber in der Hoffnung, dieselben würden, der von dem französischen Gesandten gegebenen Vertröstung gemäß, dem neuburgischen Prinzen zugewandt werden, gestern aber ließ ihm der K. G. Marschall durch den K. Fähndrich sagen, er hätte sein äußerstes für den Prinzen getan, hätte aber gesehen, daß Gottes Willen auf ihn gerichtet sei, welchem er nicht widerstehen könnte, und hat ihn seiner Freundschaft versichert.

Für Kf. ist sehr günstig, daß derselbe den G. Marschall durch ihn seiner sonderbaren Achtung und Zuneigung hat versichern lassen, und daß er mit der öffentlichen Proposition an sich gehalten. Derselbe hat sein Schweigen für eine Rekommendation aufgenommen und erkennt sich, wie er ihm durch den Kastellan von Posen und zwei Abgeordnete kontestiert hat, dem Kf. hoch verbunden. Betreffend die Interessen des Kf. und die jura der Dissidierenden, verspricht der Kastellan von Posen, sollte eine Assekuration ausgestellt und in dem Notifikationsschreiben derselben gedacht werden.

Als gestern die lothringische Faktion eine Protestation ins hiesige Burggericht einlegte, lockte sie damit den ministris über 50000 Gulden aus dem Beutel, erklärte aber doch endlich, sich den unter sich ganz geeinigten polnischen Ständen zu fügen.

Damit es nicht das Ansehen habe, als ob die Wahl des K. G. Marschalls der Republik mehr nachteilig als vorteilhaft sei, hat[1]) dieser sich verpflichtet, nicht allein Frieden mit dem Türken zu stiften und Sicherheit für die Kosacken zu schaffen, sondern auch 6000 Mann zu stellen und zwei Quartal Sold der Armee zu schenken, welches letztere dieselbe ihm als ihrem Herzoge geschenkt haben wollte.

Die Königin ist so betrübt, daß sie darüber bettlägerig geworden, doch könnte es wohl dahin kommen, daß man sie anstatt ihrer Schwester mit dem König von Spanien verheiratete, auch von ihrer Vermählung mit dem Kurprinzen wird gesprochen. Die meisten aber meinen, des Königs Gemahlin,

---

[1]) S. den Reichstagsrezeß vom 31. Mai und 1. Juni (S. 91 f.).

obwohl noch jung, werde es nicht mehr lange machen, sondern der verwittweten bald den Platz räumen.

Indem ich dieses schreib, geht[1]) mit einmüthigem aller Stände Consens die Nomination und folgends die Publication des K. Marschalls zum Könige in Polen und Großfürsten in Litthauen mit allen gewöhnlichen Solennitäten vor sich. Die Notificationschreiben werden wohl morgen ausgeschickt werden. —

Es wollen zwar sowohl die lothringischen als neuburgschen ministri ominiren, E. Chf. D. würden an diesem Subjecto einen doppelten Condeum finden. Er hat aber soviel Mißgönner im Reich, daß man ihm, wann er ja seiner so hoch beteuerten Zusage vergessen wollt, gnugsam wird können zu schaffen machen. Zu dem so dependirt er vornehmlich vom H. Castellan von Posen, welcher sich alle Weg hüten wird, einig Unruhe in Großpolen oder Feuer an den Grenzen zu erregen. So ist auch bei der jetzigen Wahl nicht weniger als bei voriger Gottes Finger zu spüren gewesen. Die polnische Woyewodschaften seind durch Lieb und Respect und nicht durch eine Boutade wie damals dazu gebracht, Litthauen opponirte sich zu Anfangs, gab aber doch nach, nicht zwar so balde, daß man hätte sagen können, er wär ex casu rex worden, aber auch nicht so langsam, daß nicht Gottes Antritt dabei wär zu spüren gewesen. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 26. Mai 1674.

[Audienzen bei dem König und der Königin. Freundschaftliche Erbietungen derselben. Bevorstehende Sendung Skoraszewski's.]

26. Mai Wegen der Traktaten über die Pacta conventa[2]) und des Fronleichnamsfestes haben der päpstliche Nuntius und er erst heute zur solennen Audienz bei dem Könige und der Königin gelangen können. Der König hat sich deswegen sehr entschuldigen lassen und bei der Audienz ist alles so eingerichtet gewesen, daß er es nicht besser hätte prätendieren oder wünschen mögen. Als er nach der Beglückwünschung den König an sein Versprechen erinnerte, des Kf. Interessen

[1]) S. Zaluski I, S. 558, den Reichstagsrezeß vom 21. Mai (S. 81 f.) und die Relation des Bischofs von Marseille vom 21. Mai (S. 39).

[2]) S. den Reichstagsrezeß (S. 82 ff.) und die Berichte des Bischofs von Marseille vom 6. Juni (S. 71 ff.) und Stoderts vom 1. Juni (S. 150).

bei der Wahl vor andern zu beobachten und dem Neuerwählten einzubinden, und ihn bat, dieses ins Werk zu setzen, versicherte er es zweimal und fügte hinzu, Kf. hätte sich dessen um so mehr zu versehen, da er seiner Wahl halber sich gegen ihn hoch verbunden erkennte. Auch die Königin, die ihn Unpäßlichkeit halber im Bett liegend empfing, zeigte sich äußerst liebenswürdig, sie sprach die Hoffnung aus, dem Kf. mit ihrem Gemahl persönlich aufzuwarten, sie erklärte sich zwar auf seine Bitte bereit, dem letzteren des Kf. Interesse zu rekommendieren, behauptete aber, dieses zu erlangen sei für sie kein meritum, da derselbe selbst ohne dem begierig wäre, des Kf. Freundschaft und Affektion zu erwerben. Wenn beide, wie er hoffen will und des Kf. Affektionierte ihn versichern, bei den jetzigen Sentimenten verharren, wird Kf. neben der Ehre, daß er den König vornehmlich machen helfen, auch merklichen Nutzen aus der Wahl zu erwarten haben.

Der König hat beschlossen, an Kf. den Vexilliferum Posnaniensem Skoraszewsky zu senden, Kf. wird so Gelegenheit erhalten, demselben auch zugleich für die geschenkten Kamele[1]) ein Präsent zu machen. Wegen eines mehren subsidii dürfte Kf. wohl belangt, aber nicht beschwert werden, da ein baldiger Frieden mit den Türken zu erwarten ist.[2])

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Potstam 21./[31.] Mai 1674. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf die Relation vom 21. Mai. Befehl, dem König zu gratulieren, um Bestätigung der Pakten anzuhalten und der Prätensionen des Kf. zu gedenken.]

Er schickt ihm schon jetzt, unerwartet der Notifikation, ein Glückwunsch- 31. Mai
schreiben[3]) an den neuerwählten König. Er soll möglichst bald Audienz erbitten, damit seine Gratulation unter den ersten abgelegt werde, dabei dem

[1]) v. H. hatte am 27. März 1674 dem Kf. gemeldet, der posensche Landfähndrich Skoraszewski lasse demselben 3 Kamele aus der türkischen Beute präsentieren, und hatte schon damals geraten, diesen sehr angesehenen und wohlqualifizierten Kavalier an der Hand zu halten.

[2]) v. H. berichtet 7. Juni, Skoraszewski reise heute ab, derselbe sei beauftragt, um etliche tausend Mann anzuhalten, und er rät, dieselben nicht zu verweigern, Kf. könne den König dadurch sein Leben lang sich verbinden, derselbe wünsche besonders, Kf. möge bezeugen, daß seine Willfährigkeit aus Rücksicht auf seine Person geschehe, und um zu zeigen, daß ihm seine Wahl vor anderen angenehm sei.

[3]) d. Potsdam 19./29. Mai 1674. In einem zweiten Schreiben von demselben Datum ersucht Kf. den König um Durchzug für seine Truppen, die bisher in Preußen gestanden, nächstens aber von dort fortmarschieren sollten.

Könige die Freude des Kf. über seine Wahl und die Hoffnung aussprechen, daß unter seiner Mitwirkung das Band der Freundschaft zwischen Kf. und der Republik mehr und mehr befestigt werde. Im übrigen hat er entweder bei dieser ersten oder in einer folgenden Audienz, wie er es am besten finden wird, um Determinierung der Zeit zur Konfirmation der Pakten, wie auch wegen Lauenburg und Bütow anzusuchen, und dabei zu kavieren, daß bei Bestimmung des Ortes er nicht eben an Warschau gebunden zu sein scheinen möge. **Auch** hat er data occasione der rechtsmäßigen Prätensionen des Kf. Erwähnung zu tun, damit es nicht das Ansehen habe, als hätte er sich derselben begeben. Bei der Gemahlin des Königs hat er auch ein Kompliment abzulegen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 5. Juni 1674.

[Bemühungen, die Aufnahme eines dem Kf. präjudizierlichen Artikels in die Pacta conventa zu verhüten.]

5. Juni Ebenso wie der König ganze 8 Tage lang nichts als Widerwärtigkeiten gehabt, haben auch ihm verschiedene preußische Landboten, besonders der Starost von Putzig, Zawatzky, der Oberst Prebentaw und ein v. Bistram, sehr viel Händel damit verursacht, daß sie heimlich und öffentlich einen Punkt in die Pacta conventa einzurücken gesucht, wonach der König geloben sollte, den Kf. anzulangen, daß er in Lauenburg und Bütow die Adligen bei allen ihren Rechten und Privilegien, namentlich in betreff der Kontribution, lassen und den katholischen Gottesdienst erhalten sollte, wodurch nicht allein Kf. graviert, sondern auch die preußischen Stände gravamina zu führen und Schutz zu suchen veranlaßt werden würden. Durch seine Bemühungen bei dem Ritterschaftsmarschall Sapieha, dem Bischof von Krakau, dem Kastellan von Posen, dem G. Schatzmeister und dem Kastellan von Brzesc, Piasetczinsky, hat er nur geringfügige Änderungen in dem Artikel erwirken können. Doch hat er sich dann an den K. U. Kanzler gemacht, diesen sehr günstig gesinnt befunden und, nachdem er durch denselben erfahren, daß auch der König sehr unzufrieden damit wäre, hat er bei demselben Audienz gesucht und von ihm die Versicherung erhalten, daß, wenn er schon zugeben müßte, daß etwas deswegen in die Pacta conventa eingerückt würde, er doch des Kf. Respekt nicht weniger als seinen eigenen alle Wege beobachten werde. Darauf hat er mit Hilfe des K. U. Kanzlers und des Kastellans von Posen es dahin gebracht, daß nur die Worte in die Pacta eingerückt worden sind, der König wollte seine

Autorität bei dem Kf. interponieren, damit die beiden Ämter Lauenburg und Bütow sowohl in ecclesiasticis als anderen Freiheiten und Immunitäten in toto iuxta pacta Bydgostiensia erhalten würden.[1])

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 12. Juni 1674.

[Audienz beim Könige, Überreichung der Schreiben des Kf. und dessen Votums. Verschiebung der Krönung.]

Er hat dem Könige in feierlicher Audienz den Glückwunsch des Kf. abgestattet und bei dieser Gelegenheit auch das Schreiben[2]) wegen des Durchzuges der Truppen übergeben. Der König antwortete darauf mit sehr obligeanten Worten und gewährte ihm dann eine geheime Audienz in seinem Kabinett. Er hat ihm dort die beiden Schreiben des Kf. vorgelesen und darauf auch das schriftlich aufgesetzte votum des Kf. übergeben mit der Bitte, zu bewirken, daß dasselbe angenommen und ad archivum gebracht werde, was er auch versprach.[3]) 12. Juni

Der Recognitio feudi, Renovation der Pakten und noch ausstehenden Satisfaktion hat er zwar auch gedacht, aber nur beiläufig, da der König ihm zu verstehen gab, daß er beabsichtige, die Krönung erst im nächsten Januar vor sich gehen zu lassen, und daß er bis dahin in allen Reichshändeln gebundene Hände hätte.

Den französischen Gesandten hat, wie er aus seinen Reden hat abnehmen können, das Schreiben wegen des Passes für des Kf. Truppen ins Reich etlichermaßen allarmiert.

Responsum S.ae Serenit.tis Electoralis Brandenburgicae illustri domino ablegato — Vladislao Skoraszowski datum 9./19. Junii a. d. 1674.[4]) (Conc. v. Somnitz.)

[Zusage, die früher versprochenen Hilfstruppen schleunigst zu schicken. Vorläufige Unmöglichkeit weiterer Hilfssendung.]

Freude des Kf. über den Ausfall der Wahl, Glückwunsch dazu, Versicherung seiner freundschaftlichen Gesinnung. 19. Juni

---

[1]) Am 9. Juni meldet er, er hätte noch weiter viel Disputate wegen des Lauenburg-Bütowschen Artikels gehabt, schließlich aber doch mit Hilfe der Königin und des litauischen G. Kanzlers erreicht, daß derselbe eine unverfängliche Fassung erhalten hätte. S. Prawa Konstytucye (Volumina legum) V, S. 273.

[2]) S. oben S. 65, Anm. 3.

[3]) Am 16. Juni berichtet er, der Bischof von Krakau habe zwar das Votum des Kf. angenommen, aber die Ausstellung eines attestatum insinuationis abgelehnt, er hoffe jedoch durch Vermittlung der Königin ein solches zu erhalten.

[4]) S. das durch Sk. überbrachte Schreiben König Johanns an Kf. vom 7. Juni 1674 (Zaluski I, S. 630f.) und seine Instruktion ebendaselbst S. 643 (irrtümlich zu

Quam sincera vero haec sint vota et quam non intra vota S.^{ae} Ser.^{tis} El.^{is} affectus erga Rempublicam consistat, exinde patere sperat Ille, quod non modo superiore anno milite promisso sed et alia ratione a pactis non requisita Eidem adesse voluerit, et nuper quoque mille ducentos dimachas sive dragones copiis Reipublicae jungere et sex mensibus suo aere, quod nulla pactorum lex postulat, alere Reipublicae promisit. Quamquam vero status Germaniae ex eo tempore longe turbulentior periculosiorque factus, promissum illud tamen S.^{ae} Reg.^{ae} Maj.^{ti} S.^{a} Ser.^{tas} Elect.^{lis} praestabit atque insuper dimachas dictos a die ingressus in regnum per septem menses integros, si eorum opera tam diu necessaria erit, suis sustentabit sumtibus, atque hoc ipso tempore Ill. Duci Croiano, Gubernatori suo in Prussia, rescribit, curet, ut compageni illi quanto ocyus e stativis progrediantur et ad Regium procedant exercitum.

Vellet equidem S.^{a} Ser.^{tas} El.^{lis} amplioribus ad amicam petitionem S.^{ae} Reg.^{ae} Maj.^{tis} Reipublicae subvenire copiis. Caeterum notum est quam periculoso ardeat bello Germania atque magnos in illam et exteri deducant exercitus et ordines imperii numerosas undequaque contrahant copias. Unde necessitas S.^{ae} Ser.^{ti} El.^{li} imponitur, ut et suas colligat et in propinquo periculorum imminentium amovendorum causa habeat. Atque hinc exprimere Ipsa non potest S.^{a} Ser.^{tas} El.^{lis}, quanto dolore afficiatur quod, dum hinc Germaniae, dulcissimae nimirum patriae, inde Poloniae, quam alteram patriam pro summo suo erga ipsam affectu habuit semper, pericula atque mala considerat, non pro voto utrique subvenire atque Regio non minus quam suo flagrantissimo desiderio satisfacere possit. Quodsi res Germaniae pacatae essent aut, quod sperat, in tranquillum pervenirent statum, eo erga Reg.^{am} Maj.$_{tem}$ est animo, illo in Rempublicam affectu S.^{a} Ser.^{tas} El.^{lis}, ut ampliores multo copias ipsa S.^{a} Ser.^{tas} El.^{lis} ad pacem Reipublicae procurandam et affectum erga Suam R.^{am} Maj.^{tem} amicissimum declarandum probandumque adducere ac sistere constituerit.

1675). Sk. kam am 18. Juni in Berlin an und hatte noch an demselben Tage in Potsdam bei dem krank daniederliegenden Kf. Audienz. Auf dessen Anfrage an den O. Präsidenten v. Schwerin vom 19. Juni, was für ein Geschenk ihm zu machen sei, erwidert dieser, da Sk. dem Kf. die Kamele geschenkt, auch sonst gute Devotion bezeigt habe und der erste sei, den der neue König schicke, könnten ihm nicht weniger als 1000 Rthlr. gegeben werden. In einem von der Grenze aus abgelassenen undatierten Schreiben dankt Sk. dem Kf. für dessen freigebiges Geschenk und empfiehlt ihm, wenn irgend möglich, dem Könige Hilfstruppen zu schicken.

Promittit Sibi vicissim S.ª Ser.tas Elect.lis, quoniam non pactis modo satisfecerit, sed ultra pacta progressa animum suum erga Rempublicam testata sit, fore ut et a parte Reipublicae quae implenda restant perficiantur. Id quod et a Reg.ª Maj.te peramanter contendit.[1]) —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 19. Juni 1674.

[Antrag des Fürsten Radziwill wegen Vermählung der Prinzessin Radziwill.]

Schon vor mehr als acht Tagen hat ihn der litauische V. Kanzler[2]) 19. Juni besucht und ihm mitgeteilt, er hätte erfahren, daß fremde Fürsten sich bei Kf. um die junge Prinzessin Radziwill,[3]) gewiß hauptsächlich um ihrer Güter willen, bewerben. Der Vater derselben hätte aber in seinem Testament den Wunsch ausgesprochen, daß die herrlichen Fürstentümer seinem Hause und Geschlechte erhalten blieben, ein Fremder, der das Indigenat nicht hätte, sei solcher Regalien im Großfürstentum nicht fähig, er bäte daher Kf. als obersten Vormund, seinen Konsens dazu zu geben, wie die meisten schon getan, daß der Fürst von Kletzke,[4]) mit welchem er auch sonst andere ihr Haus und ihren Staat angehende Verträge aufgerichtet, die Prinzessin vor anderen heirate. Er hat erwidert, daß er davon nichts gehört hätte, aber an Kf. referieren wollte.

Nun wird es darauf stehen, wie die treu Affectionirten erinnern, daß E. Chf. D. sich nicht engagiren, aber auch den Herrn zur Desperation nicht kommen lassen, welche ihn veranlassen könnte, unter dem

---

[1]) Ganz ähnlich lautet das Antwortschreiben des Kf. an den König (d. Potsdam 10./20. Juni 1674). Dem Herzog von Croy teilt Kf. (d. Potsdam 12./22. Juni 1674) mit, er habe die von dem polnischen Gesandten erbetene Vergrößerung des Sukkurses abgeschlagen, und befiehlt ihm, sowohl den Marsch der nach der Mark beorderten Truppen zu befördern, als auch die Ausrüstung und den Marsch der nach Polen bestimmten Truppen zu beschleunigen. Über dieses von dem Obersten Caspar v. Hohendorff befehligte Hilfskorps, welches in der Stärke von 1200 Dragonern am 2. August an der Grenze dem polnischen Kommissar Chandrzynski übergeben wurde, s. Kriegsgeschichtliche Einzelschriften V, S. 10ff.

[2]) Fürst Michael Radziwill.

[3]) Luise Charlotte, Tochter des 1669 verstorbenen Fürsten Boguslav Radziwill. S. über diese ganze Angelegenheit Schiemann, Luise Charlotte Radziwill, Markgräfin von Brandenburg (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte III) S. 125ff.

[4]) Stanislaus Kasimir Radziwill, Fürst von Kleck. S. Schiemann a. a. O. S. 134.

Praetext der mit etlichen Vormündern (darunter leider auch zwei evangelische sein) aufgerichteten Ehepacten ein Theil der Güter in Possession zu nehmen. Er hat sich zwar seit der Zeit der Königin Fräulein Schwester[1]) sehr accommodirt, also daß man auch davor gehalten, er dürfte die ungereimte Concepte von der jungen Prinzessin Radziwillin fahren lassen und seinen Sinn ganz dahin wenden, welches dann auch die Ursach gewesen, daß ich mit dem Bericht in etwas bei mir angestanden. Es scheint aber, daß der Fürst Vicekanzler (wiewohl er einen Sohn hat von dieses Königs Schwester, welcher der jungen Prinzessin Alters und anderer Qualitäten halber anständiger wär) diese Heirath umb seiner Privatinteressen willen, insonderheit damit der Fürst von Kletzk ihm wieder in der Teilung soviel mehr füge, von etlichen Jahren her eifrig treibe. Es wär aber sehr gut, wann der Königin Schwester aus der besorgenden Schwierigkeit befreien könnt, welches vielleicht so viel ehe geschehen wurd, wann durch E. Chf. D. Vermittlung der Fürstenstand vor den Bruder[2]) bei I. Keyserl. M. zu erhalten stünd.[3]) —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 7. Juli 1674.

[Ärger des Königs über des Kf. Weigerung, ihm weitere Hilfstruppen zu schicken, Rat, dessen Wunsch zu erfüllen.]

7. Juli Ew. Chf. D. kann ich nicht gnugsam zu erkennen geben, wie wehemüthig und zugleich alterirt sich der König darüber bezeugt, daß der posensche Landfähndrich Skoraszewski auf so sehr inständiges Anhalten, als er schreibt gethan zu haben, nicht einen Mann zum Secours kegen den Erbfeind erhalten, und schließet daraus, daß er sich ins künftige keiner Freundschaft zu versehen hab, weil jetzo zu Rettung seiner Person, Ehr und Reputation nicht das geringste auch nur zum Schein erfolgt, da er doch auch noch wohl nach erfolgtem Frieden mit dem Erbfeinde

[1]) Marie Anne d'Arquien, die sich später mit dem K. U. Kanzler Wielopolski vermählte.

[2]) Graf Maligny.

[3]) Kf. erwidert darauf (d. Potsdam 21. Juni/1. Juli 1674), H. solle auf ferneres Anfragen antworten, bisher hätte sich kein fremder Fürst und auch sonst niemand um die Prinzessin beworben, Kf. wolle dieses alles bis zu deren Volljährigkeit aussetzen.

sich in solchem Stande befinden möchte, dabei er noch wohl einige angenehme Kegenbezeugung thun könnt. Bei solcher Beschaffenheit unterläßt der Herr Cron Vice Cantzler nicht Oel zum Feur zu gießen und Ew. Chf. D. Intention dahin auszudeuten, ob wünschten Sie die Republique in solchem Stande zu sehen, dabei sie neue beschwerliche Conditionen vor der Hülfleistung abdringen könnten. Der Königl. frantzösische Gesandte tracht auch damit zu aggraviren, daß er vorgiebt, man hätte etwa 1500 Mann kegen den Türcken nicht entrathen können, aber wohl ganze Armeen kegen Franckreich (derer neulichen Bezeugungen ungeacht) führen können, vorgebend, Ew. Chf. D. Desseine wären nicht (wie eine Zeit lang spargirt worden) kegen die Stadt Hamburg sondern kegen seinen König gericht und ginge der Marsch (wie er Nachricht hätt) nicht nacher Holstein sondern nach Westffahlen.

Ob ich gleich remonstrire, Ew. Chf. D. wären nicht schuldig, die in pactis benannte 1500 Mann zu Fuß mehr als einmal zu einem Kriege, und zwar auf der Republique Unterhalt, zu schicken, nun wär der jetzige kein neuer Krieg, sondern bloß eine Continuation des vorigen, weil die vorgewesene Friedenshandlung von der Republique nicht ratihabirt worden. Ueber das so schickten Ew. Chf. D. 1200 Dragoner, welche weit kostbarer wären als 1500 Mann zu Fuß, bei denen, so vor zwei Jahren geschickt worden, hätten Sie zwei Monat Sold gegeben, und nun erbieten Sie sich zu sieben Monaten, da Sie nicht sieben Tag zu verpflegen schuldig. Obgleich (sag ich) solche Vorstellung von mir geschehen, man auch dakegen nichts einzuwenden weiß, sondern es völlig zustehen muß, so verfängt es doch fast nichts, weil der König einwendt, dasselbe wär vor erfolgter Wahl versprochen worden und könnt ihm zu Ehr, Reputation und Merito bei der Republique und folgends der Christenheit nicht gereichen, wann aber Ew. Chf. D. seinenthalben auch nur etwa 1000 Mann gewilligt und eines Monats Sold nur vorzuschießen sich erboten, welches auch wohl von den bereits declarirten sieben Monaten hätte können abgezogen werden, so hätte die Republique und benachbarte Potentaten gesehen, daß ob er gleich nicht so viel Gelds anbieten könnt als andere candidati, die Affection, so Ew. Chf. D. ihme zutrügen, solches wohl ersetzen könnte.

Welchem nach ich meinen unterthänigsten Pflichten gemäß nicht umbhingehen kann, nochmals unvorgreiflich gehorsamst zu erinnern, daß Ew. Chf. D. wohl mehr als dem Könige daran gelegen, daß ein extraordinar subsidium gewilligt werde. Denn dem Könige kann es

wohl so viel nicht machen, ob er ein tausend Mann mehr oder weniger ins Feld bringe, Ew. Chf. D. aber wird es sonderlich zu statten kommen, daß er sich von Wiederwärtigen nicht wird künftig können verleiten lassen, wann Ew. Chf. D. gleich bei Antretung der Regierung ihn extraordinarie in den Augen der ganzen Welt Ihr werden verbündig gemacht haben. —

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 13./[23.] Juli 1674. (Conc. v. Somnitz.)

[Unmöglichkeit weiterer Hilfeleistung. Unzufriedenheit, daß H. Versprechungen deswegen gemacht hat.]

23. Juli Wir haben Euch öfters wissen lassen, auch dem Königl. polnischen Abgesandten selbst deutlich genug zu verstehen gegeben, wie auch in der schriftlichen Resolution, so er empfangen, angezeiget, wie es uns unmöglich fiele, bei jetzigem Zustande des Römischen Reiches der Krone Polen mit mehr Völkern, als wir fürhero versprochen, zu assistiren. Wir hätten dahero gehoffet, daß, weil diese Hindernüß leider nur gar zu bekannt und offenbar, es würden S. K. M. deswegen in uns weiter nicht dringen, von Euch hätten wir uns aber zuförderst versehen, daß, weil Euch der Zustand am besten bekannt, Ihr würdet weder einige Hoffnung wieder unsere Intention des Orts machen oder unterhalten, noch uns mit einigem Einrathen, unsere Meinunge zu ändern, ferner behelligen. Gestalt wir dann dessen auch von Euch fernerhin nicht gewärtig sein und Euch gnädigst befehlen, allenthalben zu remonstriren, wie es uns ebenso thunlich der Krone anitzo mit mehrer Hülfe zu statten zu kommen, als es der Krone möglich, dem Römischen Reiche bei diesem Zustande Hülfe zu senden. Hättet Ihr sonst was versprochen und über Euch genommen, würdet Ihr auch dahin für Euch sehen, wie Ihrs prästiren könntet.[1]) —

[1]) Kf. beauftragt v. Hov. 15./25. Juli 1674, sich bei dem Könige zu erkundigen, wann die Beschwörung der pacta, die Rekognition der Lehen und die Verhandlungen wegen der Differenzen vorgenommen werden sollten, und zeigt ihm an, daß er selbst und der pommersche Regierungsrat Ernst v. Crockow zu Kommissaren dazu ernannt seien.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 18. September 1674.

[Die Radziwillsche Heiratsangelegenheit.]

Die beiden Fürsten Radziwill,[1]) der U. Kanzler und der O. Truchseß, 18. Sept.
haben ihm sehr zugesetzt und von ihm endliche Resolution zu wissen begehrt, wessen sie sich bei vorhabender Werbung um die junge Prinzessin Radziwill zu Kf., als Obervormund, zu versehen hätten. Seine dilatorischen Antworten sind nicht anders als für abschlägig aufgenommen und dahin gedeutet worden, daß Kf. diese Heirat schon einem seiner jüngeren Prinzen destiniert hätte. Dazu hat besonders beigetragen ein Schreiben Skoraszewski's, in welchem, wie die Frau des U. Kanzlers dem König, ihrem Bruder, berichtet hat, derselbe gemeldet haben soll, Kf. hätte zu ihm geäußert, er hätte auch Prinzen, warum er dieser Heirat halber sein Absehen lieber auf einen anderen richten sollte? Er hat dieses gleich nicht glauben wollen und versichert, nach den Reskripten des Kf. hätte derselbe zur Zeit noch keine Reflexion auf die Heirat der Prinzessin gemacht, und hat nachher, als er das Schreiben zu sehen bekam, gezeigt, daß darin nicht von einem mit dem Kf. gehaltenen Diskurse die Rede sei, sondern daß Sk. nur für seine Person wenig Hoffnung dazu mache und zum Schluß erwähne, ein vornehmer Konfident habe zu ihm geäußert, Kf. habe auch Prinzen, warum er denn die Prinzessin außer seinem Hause verheiraten sollte.

Der U. Kanzler treibt die Sache noch eifriger als der Fürst von Kletzke, verlangt die Ehestiftung sogleich aufgerichtet zu sehen, behauptet, in hohen Häusern würden oft schon Kinder in der Wiege ehelich versprochen, in Polen hätten die Fräulein nicht selbst zu wählen, sondern müßten dem Gutfinden ihrer Freunde und Verwandten folgen, zumal wenn, wie in diesem Fall, beide Personen einander an Stand und Vermögen gleich wären.

Der Fürst von Kletzke geht etwas bescheidener, verlangt keine sofortige Ehestiftung, sondern nur eine Erklärung des Kf., daß dieser seinem Ansuchen nicht entgegen sei, sondern es unterstützen wolle, erbietet sich, der Prinzessin freies exercitium der Religion zu lassen, auch alle ihre Kirchen dabei zu maintenieren und sich ihrer Güter nicht anzumaßen. Doch kann er sein Vorhaben nicht allerdings bergen, indem er sich über die üble Administration der Güter durch die oeconomi beschwert. Dabei haben sich die beiden vornehmsten unter diesen, Klokotzki und Sienitzki[2]), während des ganzen Wahltages und noch viele Wochen nachher vergeblich bemüht, die beiden Fürsten dazu zu bringen, ihre Rechnung durchzusehen, und wird die Administration so gut geführt, daß schon viele zinsbare Posten getilgt, verpfändete Güter eingelöst und Prozesse teils schon ausgeführt, teils in solchen Stand gesetzt sind, daß die Prinzessin später nicht wird gefährdet werden können.

---

[1]) S. oben S. 69.

[2]) S. Schiemann a. a. O. S. 131.

Um andere Bewerber abzuschrecken, drohen die Fürsten, daß sie allen solchen den Indigenat behindern, und daß sie, falls die Prinzessin außer dem Hause wider ihres Vaters Intention verheiratet werden sollte, dieselbe nicht zum Besitz und Genuß der Güter, besonders der Fürstentümer, zulassen wollten. Beifolgend zwei Schreiben an Kf. in dieser Angelegenheit. Da die Fürsten den Konsens der meisten Vormünder schon erlangt haben, ist zu besorgen, daß sie, falls von dem Kf. auch nur ein scheinbarer Prätext ausgewirkt würde, sich dessen mißbrauchen dürften. Ihm haben Leute, die sich ganz unparteiisch anstellen, gesagt, er möchte zu verhüten suchen, daß den Fürsten nicht alle Hoffnung benommen würde, sonst würden diese die Woiwoden von Trocky Oginski und von Polotz Sapieha, welche die nächsten Erbinnen der Prinzessin zur Ehe haben,[1]) aufreizen, der angeblichen Absicht des Kf., ihnen die Güter durch Vermählung der Prinzessin mit einem seiner Söhne aus den Händen zu bringen, dadurch zuvorzukommen, daß sie dieselben unter sich teilten. Gegen solche offenbare Gewalt aber würde sich wohl Assistenz finden, wenigstens bei denen, welche diesen drei Häusern so großes Aufnehmen nicht gönnen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 22. September 1674.

[Die verdächtigen Unterhandlungen des schwedischen Gesandten mit dem Könige.]

22. Sept. Bisher hatte man von der Negotiation des schwedischen Gesandten[2]) nur gehört, daß er das Interesse der Evangelischen dem Könige rekommendiert, jetzt aber hat er erfahren, daß derselbe eine Union oder Ligue mit dieser Krone[3]) proponiert, was allen Nachbaren billig Nachdenken verursachen muß. Der Gesandte hat Befehl erhalten, dem Könige zu folgen, und es ist zu fürchten, daß

---

[1]) S. Schiemann a. a. O. S. 133.

[2]) Andreas Liliehoeck. Derselbe war, wie Schumann am 20. Juli aus Warschau dem Danziger Rat berichtet, am 19. Juli dort angekommen. Am 3. August übersendet Sch. die Proposition, welche derselbe in der öffentlichen Audienz gemacht habe, und berichtet, daß auch in der Privataudienz nur von Rekommendation der Evangelischen in Polen und von schwedischerseits zu sendenden Hilfstruppen die Rede gewesen sei. Am 17. August berichtet er von der Abschiedsaudienz des Gesandten und übersendet das demselben erteilte Responsum, in welchem der König den Dissidenten Gnade und Schutz zusagt. Am 24. August berichtet er, daß der König am 22. nach dem Lager abgereist sei, und bemerkt, er sei versichert worden, daß der schwedische Gesandte außer dem, was er gemeldet habe, nichts proponiert oder urgiert habe.

[3]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille vom 24. August und 14. September 1674 (Acta hist. III, S. 122, 130).

ebenso wie er sich bisher wenig an die Senatoren und Staatsminister gehalten, sondern meist mit dem König allein und den französischen ministris konferiert hat, man sich an die Stände nicht so groß werde kehren wollen, wenn das Vernehmen mit dem Könige werde konzertiert sein, bei welchem die französischen ministri durch Erweckung von Mißtrauen gegen den Kaiser und Kf. sowie durch große Erbietungen sehr prävalieren.

Er hat nicht unterlassen, einzelnen Senatoren die Mine zu entdecken, es würde auch gut sein, wenn in Großpolen Argwohn gegen diese Negotiation des schwedischen Gesandten während des Feldzuges erregt werde, so daß sie etwa durch Schreiben oder Schickung an den König das Werk stutzig machten.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 25. September 1674.

[Überwiegen der französischen Partei am Hofe. Zurückweisung des kaiserlichen Residenten. Schwedische Machinationen. Günstige Erklärungen Paz's.]

Obgleich Frankreich jetzt nicht imstande ist, dem König und der Republik 25. Sept.
mit Volk oder Geld zu assistieren, und infolge der durch den unseligen niederländischen Krieg verursachten Störung des Handels in der Ostsee bei allen Ständen großer Geldmangel herrscht, so ist doch zu verwundern, daß es an vielen Orten Beifall findet, und zwar in Sachen, die nur zum höchsten Verderben des Landes ausschlagen können. Diejenigen, welche vom König und von den reußischen Landen, wo sich die Armee zusammenzieht, zurückkommen, berichten, die Sachen wären so disponiert, daß[1]) man mit dem Türken je eher je lieber einen Frieden oder einen Anstand auf etliche Jahre zu schließen suche, um hernach dem Kaiser und Kf. Diversionen zu schaffen, durch welche diese genötigt würden, ihre Macht vom Rhein zurückzuziehen.

Als er gestern von der Königin Abschied nahm, versicherte diese zwar ihre treue Affektion zu Kf., er hält aber doch für richtig, was allgemein von ihrer Reise zum König zusammen mit dem französischen Gesandten[2]) gehalten wird, daß aus Furcht, der König möchte endlich sein wahres Interesse begreifen, das darin besteht, daß er mit den Nachbaren sich in gutes Vertrauen setze und dadurch bei seinen Ständen, die des Krieges und aller motuum gänzlich müde sind, Liebe und Affektion stifte, der Gesandte sie vermocht habe, trotz ihrer Schwanger-

---

[1]) S. über die darüber geführten Verhandlungen die Berichte des Bischofs von Marseille und des seit Anfang August 1674 in Polen befindlichen Marquis de Béthune, des Schwagers König Johanns (Acta hist. III., S. 59ff.) und die darauf beruhende Darstellung von du Hamel de Breuil, Sobieski et sa politique de 1674 à 1683 (Revue d'histoire diplomatique VII), S. 488ff.

[2]) Béthune. S. den Bericht des Bischofs von Marseille vom 7. September 1674 (Acta hist. III, S. 127).

schaft dorthin zu reisen, um ihn in seiner Negotiation zu sekundieren. Er soll ansehnliche Geldsummen mit sich führen, um damit, sobald es mit dem Türken zu einem Schluß kommen wird, einige von den polnischen Völkern zu gewinnen, damit sie einen Einfall in Ungarn tun und daselbst den Aufstand stärken. Daß auch Schweden dem Kf. in der Mark und Pommern mächtige Diversionen machen werde, dessen rühmen sich die Französischgesinnten öffentlich.

In Großpolen, Lentzitz, Sieradz, Kujawien und Litauen finden sich wohl viele unter den Ständen, die den französischen Desseinen entgegenzuarbeiten willig wären, wenn ihnen von dem Kaiser und Kf., ähnlich wie früher zur Zeit der Königin Louise, deßhalb an die Hand gegeben und Zuschub getan würde. Er hat deswegen an Crockow geschrieben. Die Entfremdung mit dem Kaiser aber ist so groß, daß dem Neissischen Kanzler Zyeronski, den der Kaiser geradeswegs über Krakau zum König in Qualität eines Residenten geschickt, bei seiner Ankunft durch den geistlichen K. Referendar bedeutet worden ist, es wäre nicht Herkommens und es würde ihm auch nicht verstattet werden, sich den Feldzug über beim Könige aufzuhalten, weil solches dem moskowitischen Gesandten und anderen Anlaß geben könnte, dasselbe zu prätendieren. Dieses Procedere, daß man die Bundesgenossen, den Kaiser und den Zaren, abweist, dagegen Frankreich und Schweden alles, was sie verlangen, einräumt, wird dazu dienen, die Faktion bei den Ständen desto verdächtiger und verhaßter zu machen.

Nicht nur die französischen Minister fahren trotz seiner Remonstrationen fort, Kf. wegen angeblicher Verletzung der mit ihrem Könige abgeschlossenen pacta zu gravieren, sondern ebenso auch Schweden, wie er aus der Kopie einer Relation, die Skoraszewski dem Könige von Stettin aus erstattet hat, ersehen hat. Dieselbe ist sonst voll Kontestationen der Begierde des Königs von Schweden, mit dem von Polen in engere Freundschaft zu treten.

Der litauische G. Feldherr Pac hat ihn besucht. Derselbe wurde sehr vertraulich, erzählte ihm, der französische Gesandte hätte ihm seine officia sowohl bei dem König von Frankreich als auch bei dem hiesigen Könige und der Königin angeboten, versicherte aber, solange ihm seine Augen offen ständen, werde er nicht zulassen, daß gegen Moskau vor Ausgang der Induzien etwas vorgenommen, noch den Nachbaren, Frankreich zu gefallen, Diversionen gemacht würden, deßhalb wollte er sich je eher je lieber zur Armee begeben.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 25. September 1674.

[Die Wirren in Danzig, von Schweden her der Stadt drohende Gefahr. Rat, Strauch von dort zu entfernen.]

25. Sept. Wie hoch Ew. Chf. D. daran gelegen, daß verhütet werde, damit die Stadt Dantzig in keines mächtigen Potentaten Gewalt gerathe, dasselbe bedarf keiner Vorstell- oder Ausführung, maßen ich mich erinnere,

daß Ew. Chf. D. oftmals erwähnt, daß Sie ehe Ihr Aeußerstes dran wagen, als solches zugeben wollten. Es befindet sich aber dieselbe[1]) anjetzo, da der Doctor Strauch und der Advocat Nixdorff die Bürgerschaft kegen den Rath aufgewiegelt, zumal bei annahend schwedischen Macht, darauf die beide Leut ihr Absehen haben, nicht außer Gefahr, insonderheit weil die Mittel zugleich entstehen, sich in solche Verfassung als vor diesem zu stellen, und ich soviel mit gutem Grunde erfahren, daß sich die frantzösische Faction (auch wohl einige andere) hierüber kitzeln und Schweden hierunter einen notablen Dienst zu thun bereit sei, damit es ihrer in andre Weg in seinen Desseinen genießen möge. Es vermeinen aber einige Stadtbediente auch andre Wohlaffectionirte, daß kein sicherer Mittel sein würde, solches abzuwenden, als wann vorgedachter Doctor durch eine honorable Vocation zu einer Profession oder Superintendentenstell von dannen removirt würde, welches aber nicht füglich durch einigen andern Potentaten als etwa Chursachsen oder Ew. Chf. D. geschehen könnt, und wollten sies von Ew. Chf. D. vor so ein hohe Gnad aufnehmen, als wann Sie ihnen viel tausend Mann sonsten zu Hülf geschickt hätten. Ich sollte zwar billig Bedenken tragen, dergleichen Vorschlag an Ew. Chf. D. zu bringen, daß Sie einen unruhigen Mann mit Wissen und Willen in ihren Landen befordern möchten. Allein es hat mit derselben (Gottlob) nicht die Beschaffenheit, daß Sie dergleichen Leut nach Belieben nicht wieder wegschaffen könnten, wann sie über die Schnur zu hauen anfangen. Da nun Ew. Chf. D. mit diesem Ihr die Stadt zu verbinden gnädigst gemeint sein möchten, so könnte der Herr Oberpraesident hierunter in Vertrauen mit dem Stadtsyndico Herrn Francken, der sich dero Gnad und patrocinii rühmt, ferner correspondiren.[2]) —

P. S. Es ist nicht ohn Nachdenken, daß der schwedische Gesandte,[3]) nachdem er zu Thorn Ordre erhalten, dem Hofe zu folgen, vorhero wieder nach Dantzig gangen.

---

[1]) Über die damaligen Wirren in Danzig s. Gralath, Versuch einer Geschichte Danzigs III, S. 54ff.; Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, in Zeitschr. des Westpreuß. Geschichtsvereins XLVII, S. 123ff.

[2]) Am 29. September wiederholt er diesen Vorschlag und rät, zuerst durch den Agenten des Kf. Cleber sondieren zu lassen, ob Strauch eine ehrenvolle Berufung anderswohin annehmen wolle, um so zu ersehen, ob Fremde mit im Spiele seien, da Str. in solchem Falle sich nicht werde fortlocken lassen. S. über den von Kf. gefaßten Beschluß, Strauch als Superintendenten nach Halberstadt zu berufen, und die deswegen mit demselben angeknüpften Verhandlungen Hirsch a. a. O. S. 164f.

[3]) Liliehoeck. S. Hirsch a. a. O. S. 160.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 23. Oktober 1674.

[Vorschläge, wie die Absichten der französischen Partei vereitelt werden könnten. Äußerungen des K. V. Kanzlers. Stimmung in Preußen.]

23. Okt. Auf seine Veranlassung hat v. Crockow[1]) mit den kaiserlichen Ministern überlegt, wie den französischen Praktiken vorzubeugen sei, und sein Bedenken darin erfordert. Er hat ihn an v. Meyerberg[2]) und Lisola[3]) gewiesen und an die Hand gegeben, daß in Großpolen ebenso wie früher bei dem Condéschen Werk der Anfang zu machen und gewisse Subjecta zu gewinnen seien, welche den Ständen über die Verderblichkeit der französischen Pläne die Augen öffneten. Auch bei der Armee sind, wie ihn Major Goltz, der Oberküchenmeister der verwitweten Königin, versichert, ansehnliche Subjecta dazu disponiert worden, der litauische G. Feldherr Paz, der durch die Königin hat versichern lassen, sobald er merke, daß den französischen Eingebungen beigepflichtet werde, wollte er sich cum protestatione davon machen, die beiden Pototzki, Woiwoden von Sieratz und Kyoff, die ohne das sehr malcontent sind, der Feldschreiber Czarnecki und der K. Fähnrich Sieniawski. Er hat hier neulich den Woiwoden von Sendomir Tarlo ausführlich informiert und von ihm das Versprechen erhalten, daß er sein bestes in seiner Woiwodschaft tun wolle, ebendazu hat sich in Litauen der Kastellan von Wilda[4]) erboten. Nach der Meinung derselben müßte nicht in forma manifesti, sondern eines Privatschreibens das falsche Vorgeben der Franzosen, des Kf. jetzige Kriegsoperationen liefen dem Vertrage desselben mit dem Könige schnurstracks zuwider, widerlegt werden.[5])

Er hat neulich den K. U. Kanzler, um besser zu penetrieren, was er im Schilde führe, auf den Diskurs von einer durch Frankreich bei Schweden gesuchten Diversion gegen Kf. und den Kaiser gebracht. Er wollte aber davon nichts wissen, auch den Händeln in Danzig keine besondere Bedeutung zuerkennen (von Strauch[6]) erklärte er, derselbe meine es mit dem König und der Krone nicht übel). Gegen Kf. erbot er sich hoch, sprach aber doch seine Verwunderung darüber aus, daß er (v. H.), da er in Polen nicht weniger als im Herzogtum

---

[1]) S. die Relation v. Crockow's aus Wien vom 12. September 1674 (Urk. u. Akt. XVI, S. 712f.).

[2]) Augustin v. Mayernberg, kaiserlicher Gesandter in Polen 1662—1668 und 1670—1671.

[3]) Franz v. Lisola, kaiserlicher Gesandter in Polen 1656—1662.

[4]) Andreas Kotowicz.

[5]) Kf. übersendet v. Hov. aus dem Hauptquartier zu Bleisheim 7./17. November 1674 einige Exemplare der Schrift Alitophili epistola (s. Diar. Europ. XXX, Append. S. 30ff.), worin die Ursachen seiner Beteiligung am Kriege gegen Frankreich dargelegt und Feuquière's ungegründete Imputationen widerlegt seien.

[6]) S. oben S. 77; Hirsch a. a. O. S. 147.

begütert sei, so sehr auf die Souveränität bestrebt sei. Es scheinen bei seiner Anwesenheit in Löbau sich einige an den masauschen Grenzen Wohnende bei ihm eingefunden zu haben, wie denn die französische Faktion die Leute hier zu überreden sucht,[1]) die meisten in des Kf. Landen wären fast desperat und diesem wäre daher um so leichter beizukommen.[2])

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 9./[19.] Januar 1675.[3])

[Besuch bei dem K. G. Kanzler, dessen Erklärungen. Gespräche mit anderen großpolnischen Edelleuten. Stimmung im Lande.]

Er ist bei dem polnischen G. Kanzler gewesen, hat demselben Anzeige davon gemacht, daß die Schweden in die Lande des Kf. eingefallen seien und daß Kf. nun vor allem auf Rettungsmittel für dieselben denken, besonders sich bemühen müsse, daß das, was sowohl von dem französischen als auch von dem schwedischen Gesandten eine Zeit her am polnischen Hofe zu seinem Schaden negotiiert worden und noch negotiiert wird, hintertrieben werde. Er hat ihn um seine Meinung gefragt, wie es in der Republik anzustellen sei, daß die Wohlaffektionierten beibehalten und jedermann alle widrigen Impressionen benommen würden, und wessen sich Kf. zu versehen habe, wenn er die zu Hilfe geschickten zwei Regimenter zurückrufen und die Krone um Hilfe ansprechen müßte. 19. Jan.

Der G. Kanzler antwortete, er wüßte bisher nicht, was der französische Gesandte eigentlich negotiierte. Derselbe befände sich jetzt nicht im Lager bei dem König, sondern[4]) bei der Königin in Jaworow. Er wollte wohl glauben, daß dessen Suchen mehr zum Nachteil als zum Aufnehmen des Kf. angesehen

---

[1]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille und des französischen Agenten Akakia vom 24. August und 20. Oktober 1674 (Acta hist. III, S. 119f., 123, 159f.).

[2]) Bald darauf hat v. Hov. Warschau verlassen und sich nach Hohenstein zurückbegeben, wo er sich auch in den nächsten Monaten aufgehalten hat.

[3]) Kf. hatte (d. Colmar 29. November/[9. Dezember] 1674) seinen Statthalter in der Mark, den Fürsten Johann Georg von Anhalt, angewiesen, Scultetus nach Polen zu dem G. Kanzler Lesczynski zu schicken, um diesem vorzustellen, daß er, falls die schwedische Armatur wirklich gegen ihn gerichtet sein sollte, seine Hilfstruppen aus Polen werde abberufen müssen, und ihn zu ersuchen, in diesem Falle dahin zu wirken, daß ihm von Polen Hilfe geleistet und den Schweden nicht der Durchzug durch das polnische Preußen gestattet werde, ferner ihn auf die Absichten Schwedens, sich Danzigs zu bemächtigen, und die Notwendigkeit, dem zuvorzukommen, aufmerksam zu machen. S. Pufendorf l. XIII, § 58 (S. 1022).

[4]) S. Acta hist. III, S. 170ff.

sein werde. Vom schwedischen Gesandten hätte er drei Schreiben erhalten, in denen derselbe versicherte, er sei nur zu dem Zweck nach Polen gekommen, um die gute Korrespondenz zwischen beiden Königen zu unterhalten und der Republik alle Ombrage[1]) wegen der in Pommern ausgesetzten schwedischen Truppen zu benehmen. Schweden wünsche in nähere Allianz mit Polen zu treten, wegen der Abwesenheit des Königs vom Hofe hätte er darüber noch nicht verhandeln können, der G. Kanzler möchte befördern, daß jemand ex ordine senatorio zu Verhandlungen darüber nach Schweden geschickt werde. Er habe aber geantwortet, diese Sache wegen Aufrichtung einer Allianz müßte erst dem König und der Republik, die es auf den Seymiken zu überlegen haben würde, ordentlich vorgetragen werden, darauf habe der Gesandte nicht weiter geantwortet. Auf seine Bitte erklärte sich der G. Kanzler bereit, um die Absichten Schwedens bei dieser Allianz zu ergründen, weiter mit dem Gesandten zu korrespondieren. Er versicherte, er wolle zu Beibehaltung der guten Partei und Benehmung aller üblen Impressionen sich auf das äußerste bemühen, er werde niemals zugeben, daß mit Schweden oder mit Frankreich Allianzen geschlossen würden, welche den mit Kf. und anderen aufgerichteten pactis präjudizierlich wären und zu neuen Kriegen Anlaß geben könnten. Er wolle durch seine Konfidenten vor der schwedischen Allianz warnen lassen und er hoffe, daß es auf den Seymiken nicht an Kontradicenten mangeln werde.

Die Abforderung der beiden Dragonerregimenter widerriet er, da die Französischgesinnten daher nur Anlaß nehmen würden, Kf. bei der Republik verhaßt zu machen, und auch der König dann auf den Gedanken gebracht werden dürfte, der Obligation gegen Kf. entledigt zu sein. Daß im Falle eines Angriffs der Schweden gegen Preußen Polen mit denselben brechen und dem Kf. mit aller Macht assistieren sollte, bezweifelte er sehr und er riet, Kf. möchte darauf ja keinen Estat machen. Wegen der Danziger Händel sagte er, ihm selber wäre anfänglich bei der Sache nicht wohl gewesen, allein der schwedische Gesandte ginge wieder nach Warschau, der Danziger Rat solle schon viel Völker geworben und sich in gute Verfassung gesetzt haben, es wäre besser, wenn der König und die Republik vorläufig ihre Hand aus dem Spiele hielten, zumal es sich um causa religionis inter dissidentes handelte. Im übrigen war er bereit, sobald der König sich zurückziehen würde, nach Krakau zu gehen, um dem Krönungsreichstag beizuwohnen, und er versprach, dort auf das äußerste sich zu bemühen, daß das gute Vertrauen zwischen dem Könige und Kf. erhalten werde. Er riet aber, Kf. möchte an den Kastellan von Posen schreiben, der nicht schwedisch gesinnt, sondern dem Kf. wohl zugetan sei und bei dem Könige am meisten gelte.

Mit Zustimmung des G. Kanzlers hat er auch den tribunus der Posenschen Woiwodschaft Kritzki, den Bruder des U. Kämmerers von Kalisch, und den Kastellan von Sandetz Miaskowski besucht und mit ihnen über die Sache gesprochen. Beide hielten das Vorgehen der Schweden gegen Kf. für eine

[1]) S. Acta hist. III, S. 175ff.

Ruptur, auf die Frage wegen der künftigen Assistenz aber gaben sie keine kategorische Antwort, sondern blieben in den terminis, daß sie durch den Türkenkrieg sehr beschwert und enerviert wären.

Sonst hat er fast bei allen, die er gesprochen, gemerkt, daß sie zwar den Türkenkrieg herzlich gern los wären, dem Könige aber gar glückliche Progressen nicht gönnen, zumal derselbe die Armee mehr als einer seiner Vorgänger zu seiner Devotion hat und die Franzosen der Königin, die an hectica zu laborieren angefangen, sehr anliegen sollen, den König noch bei ihrem Leben dahin zu disponieren, daß er sich verpflichte, nach ihrem Tode keine andere als die Prinzessin von Neuburg zu heiraten, damit so dem Hause Österreich alle Hoffnung wegen der verwitweten Königin benommen werde.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 23. Februar/[5. März] 1675.[1])

[Gespräch mit dem K. G. Kanzler. Derselbe macht geringe Aussicht dazu, daß sich Polen dem Durchzug der Schweden nach Preußen widersetzen sollte.]

Er hat bei dem G. Kanzler des Kf. Aufträge ausgerichtet. Derselbe ant- 5. März wortete, von schwedischen Werbungen in Danzig hätte er bisher nichts vernommen, es sei auch nicht zu glauben, daß der Magistrat den Schweden daselbst öffentliche Werbung sollte gestattet haben.[2]) Das Gerücht wäre vielleicht daher entstanden, daß im Pommerellischen, besonders in Lauenburg und Bütow, welche Orte jetzt von den Schweden mit Kontribution belegt seien, solche Werbungen vorgenommen würden. In den Woiwodschaften Posen und Kalisch, über die

---

[1]) Kf. hatte (d. Aallen 21./31. Januar 1675) Sc. angewiesen, sich nochmals zu dem G. Kanzler zu begeben und diesen zu ersuchen, es dahin zu bringen, daß an Danzig ein strenges Verbot, den Schweden Werbungen in der Stadt oder deren Gebiet zu gestatten, erlassen und daß auch sonstige Überlassung von Truppen an dieselben verboten werde. Auf Fragen nach dem Zustande des Kf. solle er antworten, dieser und seine Armee seien in gutem Zustande und er hoffe, in kurzem die Schweden ihres ungerechten Überfalls gereuen zu machen. Auch von moskowitischer und dänischer Seite ständen Diversionen gegen dieselben in Aussicht. S. Pufendorf l. XIII, § 58 (S. 1022).

[2]) An den Rat von Danzig hatte Kf. (d. Müncherog 24. Januar/[3. Februar] 1675) geschrieben, er höre, daß derselbe den Schweden Werbungen in und um die Stadt gestatte, und ihn davon abgemahnt. Der Danziger Rat erwidert darauf (25. Februar 1675), es seien eine Zeit her keine Werbungen, weder öffentliche noch heimliche, im Gebiet der Stadt gestattet worden, sie wüßten auch nicht, daß solche vorgenommen seien. Kf. hatte auch (d. Schweinfurt 12./22. Februar 1675) den Rat vor den Anschlägen der Schweden gewarnt und ihn ermahnt, die nötigen Sicherheitsmaßregeln zu treffen.

er als generalis judex zu gebieten hätte, hätte er schon vor seiner Ankunft infolge des verdächtigen Erscheinens schwedischer Offiziere daselbst inhibitorialia ergehen lassen und dem auf der Grenze wohnenden Adel befohlen, wachsam zu sein und solche Werbungen nicht zu verstatten. In den anderen Woiwodschaften hätte er nichts zu sagen, da müßten die patenta inhibitorialia vom König ergehen und das würde bei dessen weiter Entfernung nicht so bald zu erlangen sein. Er erbot sich aber, weil periculum in mora, an einzelne Woiwoden zu schreiben und sie zu ermahnen, in ihren Woiwodschaften die schwedischen Werbungen zu verbieten. Daß Bąkowski willens sein sollte, einige Kompagnieen an die Schweden zu überlassen, wollte er nicht glauben, da derselbe nicht schwedisch gesinnt zu sein scheine. Doch erklärte er sich bereit, zum Überfluß noch an denselben zu schreiben, als wenn solches in Großpolen von ihm verlautete, und seine Antwort dem Kf. mitzuteilen.

Er hat dem G. Kanzler eindringlich vorgestellt, was für verderbliche Folgen das arglistige Vornehmen der Schweden nicht nur für des Kf. Lande, sondern auch für Polen haben werde, und die Erwartung ausgesprochen, die Polen würden dazu nicht still sitzen, sondern sofort durch einen Generalaufbot den Schweden den Durchzug nach Preußen verwehren. Der Kanzler antwortete, er wüßte das sehr wohl, stellte es auch dem Erzbischof und anderen Senatoren vor, ihre Antworten und judicia aber seien so kaltsinnig und schlecht, daß er sich darüber entsetzen und schämen müßte. Bei dem gemeinen Adel fände er schlechte Affektion gegen Kf. und große Furcht vor dem schwedischen Krieg. Wenn man den Schweden mit Drohungen und harten Worten den Weg nach Preußen verlegen könnte, so würde der ganze Adel eines Sinnes sein, wenn man aber vom Generalaufbot reden und sie ermahnen würde, dem Feinde entgegenzugehen, dann würde es an langes Deliberieren und Disputieren gehen. Wenn es den Schweden ein rechter Ernst sei, nach Preußen zu gehen, würden sie eher unter Königsberg, Pillau und Mümmel stehen, ehe das Generalaufbot vom Könige publiziert und der Adel zu Pferde gesessen wäre.

Er hat allen möglichen Fleiß angewandt, den Kanzler zu animieren, ihn auch nach Anleitung seiner Instruktion versichert, daß bei Kf. alles wohl, seine Armee in gutem Stande und auch zu hoffen sei, daß Moskau und Dänemark mit Schweden brechen werden. Der Kanzler erklärte, er wollte nichts versäumen, was zur Aufnahme und Erhaltung guter nachbarlicher Freundschaft dienlich sein könnte, er könnte ihn aber nicht versichern, daß Kf. sich auf den polnischen Adel würde verlassen können.

Zuletzt sprach er allerhand Bedenken gegen des Kf. Allianz mit Österreich, Dänemark, Holland und Moskau aus und riet, derselbe möchte, wenn sich Gelegenheit zu einem ehrenvollen Frieden darbieten sollte, dieselbe ja nicht vorübergehen lassen, vor allem aber alle Mißverständnisse in Preußen mit den Ständen beseitigen, denn die Schweden hätten auf die Disaffektion der preußischen Untertanen des Kf. ihr meistes Absehen gerichtet und getrauten sich derer als einer halben Armee zu bedienen.

Caspar v. Hohndorf[1]) an den Kurfürsten. D. Königsberg 8. April st. n. 1675.

[Polnischerseits gemachte Schwierigkeiten, gehässige Äußerungen des Woiwoden von Culm. Entlassung des Hülfskorps. Rückkehr nach Preußen.]

Den s. d. Colmar d. 3./13. Dezember 1674 erteilten, ihm am 25. Januar 3. April eingebrachten Befehl, das Schreiben[2]) des Kf. an den König diesem zu insinuieren und um die Dimission der Truppen anzuhalten, hat er am 28. Januar zu Braclaw ausgeführt. Der König hat das Schreiben angenommen, darauf mit dem französischen Gesandten konferiert und hat ihn an den Woiwoden von Culm,[3]) welcher im Felde die Kanzlei verwaltet, zu fernerer Verabschiedung verwiesen. Dieser hat ihm nach drei Tagen zur Antwort gegeben, der König verwunderte sich nicht wenig, daß Kf. seine Hülfsvölker jetzt, wo man sie am nötigsten hätte, abnehmen wollte. Was wäre aber viel wunderns, man wüßte ja wohl, wie Kf. gegen die Krone Polen gesonnen sei, denn man wollte geschweigen der Dinge, welche bei den Brombergischen Friedenstraktaten durch die Pacten bereits gehoben wären, und nur sagen, was derselbe nach der Zeit für Intention gegen die Stadt Elbing ins Werk zu richten gesucht, wie mit Draheim verfahren, wie Obrister Kalckstein unter den Armen des Königs weggenommen und wie man mit ihm umgegangen, wie hoch das Land beschwert und wie feindlich man die Städte Königsberg exequiert. Preußen sei zwar dem Kf. von dem damaligen König und von Senatoren, die Geld genommen, übergeben worden, aber doch in solcher Art und Weise, wie es damals unter der Krone gestanden, denn keiner könne mehr vergeben, als er selber habe, nicht aber, daß sie so wider ihre Freiheit sollten traktiert werden, was zwar vorige Könige alles gelitten, dieser aber nicht leiden werde. Die Truppen anlangend, wollte der König, daß er 3—400 Mann kommandieren sollte, dort stehen zu bleiben, mit den anderen und den übrigen Offizieren könnte er nach Preußen gehen. Durch diese in polnischer Sprache gehaltene Rede, welche auch der Kapitän Krohn vom Schliebenschen und der Leutnant Handorff von seinem Regiment angehört, ist er sehr bestürzt geworden, er hat dem Woiwoden geantwortet, die den Kf. angehenden proponierten Stücke wären ihm ganz unbekannte Dinge, und da er

---

[1]) Befehlshaber des von dem Kf. nach Polen geschickten Hilfskorps. S. oben S. 8. Sehr merkwürdig sind die Berichte der französischen Gesandten Béthune und des Bischofs von Marseille vom 6. und 16. Oktober 1674 über verräterische Unterhandlungen, die er mit dem König von Polen geführt haben soll (Acta hist. III, S. 141, 149).

[2]) d. Colmar 29. November/9. Dezember 1674. Darin fordert Kf. den König auf, falls er wirklich von den Schweden angegriffen werden sollte, sein Hilfskorps zu entlassen und seinen Feinden nicht den Durchzug durch das Königl. Preußen zu gestatten.

[3]) Johann Gninski.

darauf nicht instruiert sei, so könne er darauf nicht antworten. Er habe nur Befehl, um Dimission der Truppen zu bitten, die Sache wäre übrigens an sich selbst von großer Wichtigkeit und er müßte sich erst mit Oberst Schlieben[1]) und anderen Offizieren unterreden. Nach reifer Überlegung mit Kapitän Krohn, dem Oberst Schlieben völlige Plenipotenz, alles in seinem Namen zu handeln, aufgetragen, hat er beschlossen, bei der vorigen Resolution zu verbleiben, und hat daher am folgenden Tage, als sie wieder bei dem Woiwoden erschienen und derselbe abermals im Namen des Königs 200 Mann zu kommandieren begehrte, erwidert, er hätte dazu keine Ordre noch Instruktion, könnte also sich dem ihm von Kf. übergebenen Kommando der Truppen nicht entziehen noch etwas kommandieren, lieber wollte er, da er auch keine Ordre hätte, mit Gewalt oder wider Willen des Königs sich von demselben loszureißen, bis auf ferneren Befehl mit beiden Regimentern stehen bleiben, müßte aber erwähnen, daß Kf. schon die siebenmonatlichen Traktamentsgelder hierher gezahlt und daß er, um mit den Truppen subsistieren zu können, den König um einen Monat Sold bitten müßte. Der Woiwode hat darauf mit dem König gesprochen und nachher zum drittenmal, aber schon mit gütigeren Worten, nur 100 Mann begehrt, er hat dieses aber wieder verweigert und endlich, vielleicht weil die Polen gescheut, das Geld zu geben, gütliche Dimission erlangt, er hat daher das letztabgegangene Schreiben des Kf.[2]) dem König nicht eingeliefert, sondern bei sich behalten und dem preußischen Statthalter überliefert. Nachher hat der König ihnen noch vorstellen lassen, daß es ihnen unmöglich fallen werde, vor der Horde der Tartaren durchzukommen, sie haben aber erklärt, sie hätten Ordre, müßten also Gott trauen und sich wehren, und um Ablösung gebeten. Darauf wurde ihnen erklärt, sie könnten unmöglich noch abgelöst werden, weil kein Regiment, an welches der König deswegen geschrieben, sich dazu verstehen wollte, schließlich aber hat auf seinen Vorschlag der König 100 Mann zu ihrer Ablösung geschickt, und sind sie am 9. Februar aus dem Rastquartier Ilinie aufgebrochen und mit den Regimentern glücklich bis Sasslaw gekommen. Nachdem so die Truppen in vollständige Sicherheit gebracht, hat er sich von denselben getrennt und ist am 3. April hier angelangt.[3]) Er bittet um Zahlung der rückständigen Trakta-

[1]) Bodo v. Schlieben, Oberst des zweiten Dragonerregiments, welches zusammen mit dem Hohndorfschen das Hilfskorps bildete.

[2]) Kf. hatte, nachdem der Einfall der Schweden in sein Land erfolgt war, den König in zwei Schreiben vom 7./17. Januar und 5./15. Februar 1675 um Rücksendung seiner Truppen gebeten, in einem dritten vom 15./25. Februar hatte er diese Bitte erneuert, sich bereit erklärt, wenn diese Gefahr beseitigt und seine Feinde gezüchtigt sein würden, Polen mit aller Macht zu Hilfe zu kommen, und verlangt, daß den Schweden, die einen Einfall in sein Herzogtum Preußen beabsichtigen sollten, der Durchzug durch polnisches Gebiet verweigert und im Notfall verwehrt werde.

[3]) Der polnische Kommissar Jan Chandrinsky bescheinigt (d. Bogussen 1. Mai 1675), daß er den entgegengeschickten preußischen Kommissaren bei Prosko von den am 2. August 1674 empfangenen 1200 wohl mundierten Dragonern nur 273 dismundierte und unberittene Mannschaften übergeben habe. S. Kriegsgeschichtl. Einzel-

mentsgelder, durch deren Ausbleiben die Truppen meistenteils ruiniert worden sind. Wenn sie diesen Rest und die Monate April, Mai und Juni mit der Winterverpflegung richtig erhielten, so seien er und Oberst Schlieben erbötig, die Regimenter wieder instand zu setzen, doch werde hier schlechte Anstalt zu solcher Zahlung gemacht.

Der Kurfürst an Wichert. D. Hauptquartier zu Schwan in Mecklenburg 14./[24.] Juli 1675.

[Befehl, Liliehoeck entgegenzuwirken. Rechtfertigung der Festnahme der Diener desselben.]

Aus beiliegendem bei Liliehoeck's in Kolberg arrestierten Leuten gefundenen Schreiben geht hervor, daß dieser befehligt ist, eine Allianz zwischen Polen und Schweden zu traktieren. W. soll daher auf dessen Tun und Negotiation Acht geben, sich auf das äußerste bemühen zu erfahren, was er vorhabe, und dabei im Interesse des Kf. die nötigen Remonstrationen tun. Die Allianz belangend, soll er sich erkundigen, ob der König und die Krone dazu inkliniere und in was für Punkten dieselbe bestehen solle, besonders ob man auch etwas einfließen lassen wolle, das dem foederi perpetuo zwischen Kf. und Polen einigermaßen zuwider sei, in welchem Fall er gehörige Erinnerungen zu machen hat. Sollte Liliehoeck am Hofe vorgeben, daß Kf. gegen das Völkerrecht gehandelt habe, indem er seine Leute in Pommern habe anhalten lassen, so soll er dagegen anführen, Kf. wäre nicht versichert, welche Qualität L. habe, ob er ein ambassadeur sei oder nicht. Da Schweden mit ihm im Kriege sei, hätte L. um einen Paß 24. Juli

schriften V, S. 17. König Johann III. schreibt an Kf. (d. Bratslauiae 7. Februar 1675): Nihilominus ne orienti (quod dolemus) dominiorum Serenitatis Vestrae tempestati desimus, legiones auxiliares particulari ordine Ser. Vestrae revocatas ac loci temporisque vastitatem fastidientes redire ad vocem Ser. Vestrae sinimus. Non minus tamen dolentes Ottomanis relictis in cognatas acies explicandas, quas quidem integras viris et armis voluissemus. Nec hosti praeda aut victima fuere. At inclementia coeli, maturi autumni asperitate, viarum longitudine, solitudinis penuria consumpti. Nec annonae vel stativorum defectus accusari absolute debet, quippe utrumque, prout tulit ratio regionis, cura nostra provisum. Nec praeliorum alea causari potest, quam experiri virtus legionum sincere quidem cupivit, occasio, obsidione Bari excepta, defuit, sed fatalis valetudinis quaedam imbecillitas, quam et iam earum terrarum geniti experiuntur. Redeunt itaque cum suis officialibus singulari Ser. Vestrae favore dignis, virtute et fortitudine conspicuis, inter quos generosum generalem Hondorff specialiter Ser. Vestrae commendamus — licet non ambigamus Ser. Sueciae Regem a fundo Reipublicae temperaturum, nihilominus magnifico Supremo Regni Cancellario e vicino agenti damus negotium, Supremum armorum Generalem eo nomine per literas compellandi, qui aeque in secundis ut adversis officia nostra deesse Ser. Vestrae nolumus. —

für seine Leute anhalten müssen, ferner hätte er sich nicht wie ein ambassadeur betragen, sondern gegen Kf. böswillige Verleumdungen ausgestreut. Er soll auch diskursweise darauf hinweisen, daß, wenn Gott zu dem jetzigen Vorhaben gegen Schweden Glück gebe, Polen leicht wieder zu Liefland gelangen könnte. Die gegen Schweden formierte Partei, zu der der Kaiser, die Könige von Spanien und Dänemark, die General-Staaten und Kf. gehörten, sei so beschaffen, daß Polen billig Bedenken haben sollte, sich mit Schweden zu engagieren. Ferner soll er daran erinnern, wie unrechtmäßigerweise Schweden mehrfach Polen überfallen und betrogen und wie sie auch Kf. trotz des mit ihm abgeschlossenen Bündnisses überfallen hätten.[1])

Der Kurfürst an den König von Polen. D. in castris ad Schwanum Megapolitanum 28. Juli/[7. August] 1675.

[Auf ein Schreiben vom 19. Juli.[2]) Unmöglichkeit der Hülfeleistung.]

7. Aug. Die ihm auch noch ferner von Schweden drohende Gefahr verhindert ihn, dem Könige Hülfe zu leisten.

Manifestum itaque neque charitatem, quae a se ipsa incipit, nec pacta, quae illius legibus gentiumque juribus consona semper et iuxta illa accipienda sunt, id exigere a nobis, ut proximo, quod nobis imminet, periculo nondum penitus depulso foederato regno succurramus. —

König Johann III. an den Kurfürsten. D. in castris nostris ad Leopolim 19. August 1675.

[Forderung, daß Kf. keine Truppen aus Preußen über die Weichsel schicke.]

19. Aug. Constat Serenitati Vestrae quo nisu et cura nostra factum sit, ut Bitouiae et Lauenburgo ac Drahimo sua eo usque a vicinis armis con-

---

[1]) Kf. schreibt (d. Schwan 20./[30.] Juli 1675) an den K. G. Kanzler Leszczynski und den Kastellan von Posen, Grzymultowski, das Gerücht sei zu ihm gelangt und fast alle schwedischen Gefangenen behaupteten, daß der König und die Republik Polen ihnen gegen ihn Hilfe leisten würden. Er könne das nicht glauben, teile es ihnen aber mit und ersuche sie, sich zu bemühen, daß der Unverschämtheit der Schweden auf würdige Weise begegnet werde, damit sie erkennen möchten, daß ihre Ränke in Polen keine Stelle finden.

[2]) In demselben hatte König Johann den Kf. ersucht, bei der ihm weiter von den Tataren und Türken drohenden Gefahr ihm den Pakten und der christlichen Liebe gemäß Hilfstruppen zu schicken.

stiterit securitas levatosque illinc milites hybernantes ad instantiam nostram. Grate, non dubitamus, meminit Ser. Vestra pari cura et solicitudine nostra Ducalis Prussia ab iisdem armis protecta datumque nostro et Reipublicae nomini, quod Ser. Sueciae rex — licet magna intentionum suarum compendia vidisset, fundum Reipublicae attrectare noluerit, observandum ducibus suis commendarit ab eodemque armis suis abstinere mandaverit. Ad praesens queritur,[1]) adversa talione affectum illum sibi pensari, militem ibi contra se authorari et decretorie cogi, quin Vistulam superet et per dominia nostra regni Sueciae dominia inundet. Unde providendum a Nobis, ne tranquillitas vicina turbetur bellique theatrum in fundum Reipublicae vergat et vertat. Quam maxime itaque apud Ser. Vestram contendimus, ut et quieti publicae et nostrae, quam eo in passu interpositam studuit, authoritati provisum velit. Pactorum equidem sumus non ignari nec sanum eorum sensum negligimus: nisi sanius fuisset authoritatem nostram ad avertenda a Ducali Prussia arma interponi, nunc eiusdem abusu arma in eandem vocari, a quibus et Regalis Prussia flammam concipere facile posset.[2]) —

König Johann III. an den Kurfürsten. D. in castris nostris ad Leopolim 29. August 1675.

[Beschwerde über die Behinderung des Postverkehrs.]

Das Ausbleiben der gehofften Hülfe des Kf. bekümmert ihn sehr, nicht minder, daß die über Danzig gehende Post[3]) in dem Gebiet des Kf. aufgefangen und so der Verkehr und Handel mit den Nachbaren behindert wird. Die wiederholten Fälle zeigen, daß es mit Absicht geschieht. Er verlangt daher, daß Kf. dagegen ernstlich einschreite, die Freiheit der Post wiederherstelle, die Übel- 29. Aug.

---

[1]) Über die damaligen Bemühungen Liliehoecks, den Marsch der preußischen Truppen nach Pommern und der Mark zu verhindern, s. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 10.

[2]) Der Subsyndikus Stodert berichtet dem Danziger Rate aus Warschau 29. Juni 1675, der K. Schatzmeister Morstein und andere hätten ihm vertraut, wenn Kf. nur eine Handvoll Truppen aus Preußen nach Pommern beordern würde, wie er beabsichtigen solle, so dürfte dadurch Polen mit in den schwedischen Krieg verwickelt werden. Man meine, daß Kf. es ebendarum, ut videlicet implicetur Polonia, desto eher zu tun resolvieren werde.

[3]) Vgl. über diese Streitigkeiten wegen der Post Stephan, Geschichte der preußischen Post (Berlin 1859), S. 32 ff. S. auch Acta hist. III, S. 234.

täter bestrafen und die aufgefangenen Briefe wiedergeben lasse. Zugleich erinnert er ihn wieder an die religio pactorum und ermahnt ihn, auch die ihm von den Türken drohende Gefahr zu beherzigen.

Caspar v. Hohndorf an die Ober-Kriegskommissarien Sebastian von Walden und Boguslav v. Pudewelss. D. Neuenburg 12. September 1675.[1])

[Vorgänge bei dem Übergang über die Weichsel.]

12. Sept. Als er von dem Pram auf der polnischen Seite abgesessen, kam der Podstarosta von Neuenburg mit anderen Polen und Woznik zu ihm und erklärte prostestando, ihm sei zwar von dem König und der Republik anbefohlen, die Truppen nicht durchzulassen, sondern, da Kf. wider die Pakten handelte, es mit Gewalt zu verhindern, doch wolle er es für dieses Mal nicht tun, sondern nur mit einer Protestation, daß Kf. seine Truppen mit Gewalt an ihrem Ufer übersetze, einkommen. Darauf hat er geanwortet, er wäre nur Soldat, müßte, wohin er beordert, marschieren, zudem aber wüßte er, daß Kf. hierin nicht wider die Pacta handelte. Zugleich hat er versichert, daß bei diesem Marsch nicht der geringste Schaden angerichtet werden sollte. Ferner hat er dem Podstarosta gesagt, er könne nicht glauben, daß der König und die Republik dieses befohlen hätten, es sei gewiß nur des Woiwoden Bonkowski Ungüte, auf dessen alleiniges Anhalten sie keine factiones vornehmen würden. Er ist so auf ihre Protestation mit einer Reprotestation eingekommen und hat gebeten, diese auch in ein Buch einzuschreiben.

[1]) Kf. hatte (d. Cleve 21. Mai 1675) dem Herzog von Croy befohlen, die beiden aus Polen nach Preußen zurückgekehrten Dragonerregimenter, sobald dieselben wieder instand gesetzt seien, und die in Preußen befindlichen Reiter nach der Mark zu schicken, der Abmarsch derselben aber verzögerte sich bis zum September. Der Woiwode von Pommerellen, Bąkowski, hatte in einem Schreiben an die preußische Regierung (d. in arce Schonecensi 3. August 1675) von dieser auf das Gerücht hin, daß Kf. Truppen über die Weichsel zum Kampf gegen die Schweden schicken wolle, unter ähnlicher Motivierung, wie es König Johann in seinem Schreiben vom 19. August (oben S. 86 f.) getan hatte, verlangt, daß diese Truppensendung unterbleibe, und erklärt, daß er nur auf ausdrücklichen Befehl des Königs den Durchzug durch Pommerellen gestatten werde. Kf., dem die preußische Regierung dieses Schreiben zugeschickt hatte, forderte darauf (d. Schwan 5./15. August 1675) von den Geheimen Räten in Berlin ein Gutachten, wie in dieser Sache zu verfahren sei. In dem von F. v. Jena verfaßten Gutachten, von dem nur ein undatiertes Konzept vorliegt, wird dargelegt, daß die von dem König und von dem Woiwoden gegen den Marsch der kurfürstlichen Truppen aus Preußen angeführten Gründe nicht stichhaltig seien, und geraten, daß

Der Kurfürst an den König von Polen. D. in castris ad Schwanum Megapolitanum 17./27. September 1675. (Conc. v. Somnitz.)

[Auf das Schreiben vom 19. August. Nachweis der Berechtigung, Truppen aus Preußen zum Krieg gegen Schweden zu verwenden. Aufforderung, den Pakten nachzukommen.]

Dank dafür, daß der König sich den Pakten gemäß um die Sicherung seines Herzogtums Preußen sowie von Lauenburg, Bütau und Draheim bemüht hat. 27. Sept.

Quod autem rex Sueciae conqueritur, nos, licet ipse dictis terris pepercerit, nihilominus ex Ducatu nostro Prussiae militem educamus ad retundenda injustissima ipsius arma, facile judicat R. M. Vestra, quam

---

nicht nur Kf., sondern auch das Reich und die Alliierten dieses dem König vorstellen möchten. Die Frage, ob Polen den Durchzug zu gestatten verpflichtet sei, wird geraten, nicht zu berühren, sondern nur zu erklären, Kf. hoffe, daß der König und die Republik sich nicht von seinen Feinden verführen lassen und ihm Unbilliges zumuten würden, sonst werde er trotzdem von seinem Rechte Gebrauch machen. Kf. richtet darauf (d. Schwan 10./20. August 1675) Beschwerdeschreiben deswegen an den Kaiser, an die Könige von Dänemark und England und an die Generalstaaten. Kaiser Leopold antwortet darauf (d. Wien 7. September 1675), er habe jetzt keine rechte Gelegenheit, etwas an den König von Polen gelangen zu lassen, er habe aber seinem dortigen Residenten Zierowski aufgetragen, das Nötige in dieser Sache bei dem Erzbischof von Gnesen anzubringen. König Christian V. teilt (d. Rendsburg 23. August 1675) dem Kf. mit, daß er ein Rekommendationsschreiben in dieser Sache an den König von Polen habe abgehen lassen, und auch die Generalstaaten senden (d. Haag 3. September 1675) ihm ein solches zu. Der Kf. hatte inzwischen den Befehl zum Abmarsch der Truppen wiederholt. Daraufhin richtete die preußische Regierung ein Schreiben (d. Regiomonti 30. August 1675) an Bąkowski, in welchem sie diesem Anzeige davon machte und ihn ersuchte, den Truppen den Durchzug den Pakten gemäß zu gestatten, und beauftragte den Hauptmann von Marienwerder, Georg Heinrich v. d. Gröben, ihm dasselbe zustellen zu lassen. Dieser berichtet (d. Marienwerder 13. September 1675), er habe zwei Tage vor dem Übergang der Truppen über die Weichsel das Schreiben dem in Danzig befindlichen Bąkowski durch einen dortigen Ratsherrn übergeben lassen, auch Liliehoeck sei dort gewesen und hätte zwei seiner Leute abgeschickt, um die Truppen bei Neuenburg zu besichtigen. Bąkowski erwidert (d. Gedani 16. September 1675), die Einwilligung des Königs sei nicht eingeholt und ihm von diesem kein Auftrag erteilt worden. Daß von ihm erst jetzt der Durchzug gefordert und derselbe gleichzeitig ausgeführt werde, sei species quasi iusti attentati, quod revera transiliit metas, ut non redargui non possit. Darauf folgt ein weiterer Schriftwechsel. Schließlich weist Kf. (d. Stargard in Mecklenburg 20./30. November 1675) die preußische Regierung an, sich nicht weiter mit Bąkowski wegen dieser Sache einzulassen, dieselbe aber und wie man ihn mit der Krone zu kommittieren suche, in Großpolen und sonst bei den Wohlgesinnten auszubringen. S. Pufendorf XII, § 81 (S. 963f.).

iniqua ista sit expostulatio. Ex omnibus terrarum suarum angulis non corradit modo Sueciae rex quicquid potest virium, ut terras nostras devastet malaque nobis accersat infinita, et nobis eorundem avertendorum causa ex Prussia nostra militem evocare licitum non erit? Cum Suecia nuper pariter contra fas jusque gentium Poloniam invaderet, militem nos certe in Regni Polonici Ducatusque nostri gratiam non ex Borussia nostra sed ex omnibus dominiis nostris conquisivimus. Quid igitur iniquius quam ut auxilia, quae alii subditi nostri Borussiae tulerunt, illi iisdem denegent, nec Polonia aegre feret, si officium ipsis praestitum praestabitur quoque terris nostris, quae eis olim Polonia accomodarunt. De caetero quemadmodum nullam omnino Sueciae ad arripienda contra nos arma causam praebuimus, ita id agemus, ut illa bono cum Deo repellamus caveamusque, ut, quantum certe in nobis, id sine ullo vicinorum incommodo fiat. Sed neque Sueci de R. M. Vestra causam conquerendi habent, quando ea praestat, quae Pactis conveniunt, neque hoc auctoritati R. M. Vestrae praejudicari jure quisquam existimaverit. Transitus Vistulae quod spectat, constat R. M. Pactis antedictis convenire eundem et viderint illi, qui impedire istum voluerunt, uti accipimus, quomodo Pacta observaverint. Equidem Suecis in votis esse, ut et alias invadant terras, non dubitamus, dederunt illius animi luculenta documenta non una vice in Polonia, sed accisae ipsis sunt per Dei gratiam vires, ut mala, quae meditantur, patrare nequeant. Et si quid tale inibi tentarent, ecquae commodior occasio recuperandae Livoniae nasci potest inclytae Reipublicae, cui et nos quavis ope et auxilio nunquam deesse velimus. — Rogamus itaque R. M. Vestram, ut Suecorum jactantiam suo, quem meretur, loco habeat et deinceps conatibus ipsorum injustissimis juxta Pactorum tenorem occurrere velit.[1]) —

Der Kurfürst an den König von Polen. D. in castris ad Schwanum 17./[27.] September 1675. (Conc. v. Somnitz.)

[Auf das Schreiben vom 29. August. Rechtfertigung der in betreff der Post getroffenen Maßregeln.]

27. Sept. Weswegen er dem Könige und der Republik keine Hülfe senden kann, hat er in einem Schreiben vom 28. Juli auseinandergesetzt, von dem er für den Fall, daß es von den Schweden abgefangen sein sollte, eine Abschrift beilegt.

[1]) In einem Schreiben an den K. G. Kanzler Leszczynski vom 18./28. September beschwert sich Kf. darüber, daß der Marsch seiner Truppen aus Preußen von einigen

Mit dem Auffangen von Briefen und Störung des Postverkehrs haben die Schweden den Anfang gemacht, darauf ist ihnen gleiches mit gleichem vergolten, und, da im Reich aller Verkehr mit ihnen verboten ist, sind auch verdächtig erscheinende Briefe von Kaufleuten geöffnet worden. Doch hat er dafür gesorgt, daß Briefe an Könige, Fürsten und andere hochgestellte Personen unangetastet bleiben sollen. Wenn solche vermißt werden, so werden sie von den Schweden aufgefangen sein. Für die Briefe an den König und dessen Hof hat er besondere Sorge getragen und sie an Wichert zu schicken befohlen. Sollte von seinen Postbeamten darin etwas versehen sein, so wird er sie gebührend bestrafen und dafür sorgen, daß künftig der Postverkehr keinen Schaden leide.[1])

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 2./12. Dezember 1675.

[Befehl, als sein Gesandter zur Krönung und zum Reichstage sich nach Krakau zu begeben.]

Nachdem der 2. Februar 1676 zur Krönung und der 4. zum Anfang des 12. Dez.
Reichstages in Krakau angesetzt sind, soll er sich fertig halten, dorthin als Ambassadeur extraordinaire zu gehen. Die preußische Regierung ist angewiesen, die Legationskosten beizeiten zu beschaffen. Beifolgend Abschrift eines Schreibens an Wichert, Kf. hofft, H. werde denselben bei seiner Ankunft zu Krakau nützlich gebrauchen können.[2])

als Verletzung der Pakten ausgelegt werde, und er bittet ihn, den verderblichen Machinationen der Schweden entgegenzuwirken und den Königl. Hof sowie die Republik seiner steten Bereitwilligkeit, die Pakten zu halten, zu versichern.

[1]) In Schreiben an den Primas, den K. G. Kanzler, den litauischen G. Kanzler Paz und andere Freunde von demselben Datum rechtfertigt sich Kf. in ähnlicher Weise wie in den beiden Schreiben an den König gegen die von Schweden gegen ihn ausgestreuten Verleumdungen und ersucht dieselben, solche Versuche, zwischen ihm und der Republik Zwietracht zu stiften, zu vereiteln und über der Aufrechterhaltung seines Bündnisses mit derselben zu wachen.

[2]) In einem Schreiben vom 23. Dezember 1675/[2. Januar 1676] weist Kf. v. H. an, den Deputierten, welche die polnischen Evangelischen auf den Krönungsreichstag abschicken wollten, mit Rat und Tat beizustehen und die 200 Dukaten, welche er ihm schon vor zwei Jahren zu diesem Zweck geschickt habe, zu ihren Gunsten nach Verabredung mit ihnen zu verwenden. Am 31. Dezember 1675/[10. Januar 1676] befiehlt er ihm, sich unverzüglich auf die Reise zu begeben, dem König zu seinen glücklichen Erfolgen in dem letzten Feldzuge, zur Krönung und zum neuen Jahr zu gratulieren, fleißig Acht zu geben, ob der französische und der schwedische Gesandte und andere Übelgesinnte etwas gegen ihn und sein Interesse machinieren sollten, und dieses möglichst zu hintertreiben. Er solle anhalten, daß die Konfirmation der Pakten diesen gemäß, und zwar diesmal in Preußen, geschehe, die Belehnung mit Lauenburg und Bütow könne bis nach Beendigung des Reichstages ausgesetzt werden.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Hohenstein 14. Dezember 1675.

[Wicherts Besuch bei dem G. Kanzler Pac, günstige Erklärungen desselben. Mittel, um die französisch-schwedischen Machinationen zu vereiteln.]

14. Dez. Da der litauische G. Kanzler[1]) seine letzte Reise nicht nach Tauregen, sondern nach Grodno hin gerichtet, so hat er sich nicht unter dem Vorwand einer Besprechung wegen des neuen Grabens zu ihm begeben können, er hat aber Wichert veranlaßt, zu ihm zu gehen. Diesem hat der G. Kanzler versichert, es solle dem schwedischen Gesandten nicht gelingen, den König in die jetzigen Händel im Reich einzuflechten, solchem Vorhaben würde er öffentlich widersprechen, da der Republik jetzt, wo ihr solche Gefahr von den Türken drohe, mehr als je daran gelegen sei, mit den Nachbaren in der engsten Freundschaft und Bundesgenossenschaft zu leben. Er riet auch, Kf. möchte sich künftig vor Allianzen mit Schweden hüten, welche der Republik Ombrage geben und ihm nur zum Nachteil gereichen könnten.

Von einer Ruptur und Diversion in Liefland hat er bisher noch nicht ratsam gefunden zu sprechen, da, solange die Königin in dem Wahn steht, daß sich ihr Haus ohne französische Protektion nicht maintenieren könne, daran gar nicht zu denken ist. Ebensowenig hält er auch für praktikabel, die Krönung des Königs (wie einige meinen) zu hintertreiben. Es wird vornehmlich dahin zu arbeiten sein, daß Schweden und Frankreich nicht eine Diversion, wenn nicht directo durch Armeen der Republik, doch unter dem Schein freier Werbung oder zugesandter Hülfe gegen den Türken in des Kf. hiesigen oder den kaiserlichen Landen machen.

Kf. und der Kaiser werden nicht umhin können, so viel daran zu wenden, als ein Regiment deutscher Reiter zu richten erfordern würde, denn die sind gar dünn gesät, welche aus Liebe zum Vaterlande sich dem Hofe widersetzen und dadurch ihre Fortun verscherzen sollten, um Geld aber sind manche zu gewinnen.

[1]) Kf. hatte schon (d. Schwan 30. Juli/[10. August] 1675) v. H. beauftragt, sich unter dem Vorwande einer Besprechung wegen des zwischen Memonia und Labiau anzulegenden Kanals zu Pac zu begeben, denselben der Freundschaft des Kf. gegen ihn und das Großfürstentum Litauen zu versichern, ihn vor der Unzuverlässigkeit der Schweden zu warnen und sich zu erkundigen, ob diese bei dem König, dem Hofe und auch sonst in Polen und Litauen Gehör fänden. Wenn er Pac gutgesinnt fände, sollte er mit ihm überlegen, was dagegen zu tun sei, und ihn ersuchen, auch in Moskau für die Interessen des Kf. zu wirken. Er solle sich auch erkundigen, wie Kf. Pac selbst und seinem Hause sich dankbar beweisen könnte. Am 22. November/[2. Dezember] 1675 fragt Kf. bei v. H. an, ob die Unterredung mit Pac stattgefunden habe.

Der Kurfürst an Scultetus.[1]) D. Cöln an der Spree 9./19. Dezember 1675.

[Befehl, nach Großpolen zu reisen und dort den schwedischen Machinationen entgegenzuarbeiten.]

Dem Vorschlage des Herzogs von Croy und v. Hoverbecks gemäß befiehlt er ihm, sich zu dem G. Kanzler und anderen wohlgesinnten Senatoren in Großpolen zu begeben. 19. Dez.

Absonderlich hast Du die französische und schwedische schädliche machinationes und consilia, welche durch den Akakia, Lilienhoeck und andere jetzo geschmiedet werden, vorzustellen und dabei den Schaden, so bei deren Fortgang der Republik daraus zuwachsen würde, zu repräsentiren, dahingegen unsere aufrichtige Intention und Freundschaft gegen die Republik zu contestiren und zu derselben beständigen Cultivirung jedermänniglich zu vermögen. Könntest Du auch bei dem Castellan von Posen oder sonst penetriren, was des Hofes Sentiment von itzigem Zustande der Schweden und wohin die Schweden ratione foederis incliniren, würde uns solches lieb sein, gestalt uns dann auch zu gnädigstem Gefallen gereichet, was Du bei dem Littauischen Adel im Durchreisen ausgerichtet. —

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Driesen 24. Dezember st. v. 1675.[2])

[Besuch bei dem K. G. Kanzler und bei Breza. Günstige Aussichten, das Bündnis zwischen Schweden und Polen zu hintertreiben.]

Er hat auf der Rückreise in Marienwalde das Reskript des Kf. vom 9./19. Dezember erhalten und sich sofort nach Posen begeben. Er hat den G. Kanzler zur Reise nach Krakau bereit gefunden, denselben der Freundschaft des Kf. gegen den König und die Republik versichert und ihn gebeten, die französischen und schwedischen Machinationen zn vereiteln, dem König alle üblen impressiones von Kf. zu benehmen und aufrichtiges Vertrauen zwischen beiden hohen Häuptern zu stiften. Der G. Kanzler erklärte, er werde in das von Schweden gesuchte Bündnis keineswegs willigen, auch dem Könige davon 3. Jan.

[1]) Scultetus kehrte ebendamals von seiner Gesandtschaft nach Moskau zurück, s. unten Abschnitt II.

[2]) S. Pufendorf l. XIV, § 60 (S. 1024).

abraten, da die Republik durch die mutuae obligationes sich eine unerträgliche Last auf den Hals laden und vor dem Einfall der benachbarten Potentaten nimmer sicher sein würde. Er wollte sich bemühen, daß bei diesem Reichstage die pacta mit allen Nachbaren renoviert und konfirmiert würden, und daß man sich auch nach erhaltenem Frieden oder Stillstand mit den Türken nicht des Krieges im Römischen Reich teilhaftig machte, sondern neutral bliebe. Darauf kam er auf die zwei geworbenen Kompagnieen Polen, die Kf. angenommen haben sollte,[1]) er sagte, dieses würde nicht nur bei Hofe übel aufgenommen, sondern machte auch den Adel in Großpolen sehr schwierig, auch er selbst hielt es nicht für wohl geraten und ähnlich äußerte sich sein Vetter, der junge Leszczynski. Starost von Fraustadt.

Aus den Diskursen beider hat er entnommen, daß der König dieser angenommenen Völker halber allein vermeint genug Ursache zu haben, mit Kf. zu expostulieren, weil sowohl die Feinde als auch die Freunde des Kf. in Polen mit dieser Werbung unzufrieden seien und daher desfalls ein jeglicher dem Hofe leicht Beifall geben dürfte.

Er hat auch den Starosten von Nowidwor, Breza, der vor zwei Jahren nach Schweden[2]) geschickt worden ist, dort angetroffen und besucht. Derselbe ließ sich gegen ihn sehr offenherzig heraus, er hätte, als ihn König Michael nach Schweden geschickt, Vollmacht gehabt, etwas zu traktieren, wie er aber gesehen, daß die Schweden auf eine Offensiv- und Defensivallianz hart gedrungen und daß solche der Republik mehr schädlich als zuträglich gewesen, hätte er sich nicht darauf eingelassen. Jetzt aber würde[3]) diese Allianz von den schwedischen und französischen ministris bei Hofe stark gesucht; was der König tun würde, werde die Zeit lehren, derselbe werde wohl, da sein Werk noch neu angehend sei, dessen so leicht nicht äußern dürfen, der schwedische Gesandte werde indessen zu Krakau sehen, wie der Reichstag abliefe, jetzt bemühe er sich nur, es bei Hofe dahin zu bringen, daß man durch die Finger sehe, wenn durch französische oder schwedische Schiffe Völker in Preußen, bei Elbing oder sonst, ausgesetzt würden, weil sie den Krieg von Pommern abziehen und nach Preußen transferieren wollten. Da man besorgen müßte, der König werde die Libertät des Adels mit der Zeit gar zu unterdrücken suchen, würden sich bei diesem Reichstage schon solche finden, welche ihm das Obstat hielten und die Freiheit des Vaterlandes maintenierten. Er hat zwar dem Starosten nicht völlig trauen dürfen, hat ihm aber doch zu verstehen gegeben, weder das Haus Österreich noch Kf. würden zugeben, daß man die Freiheit der Republik kränke, und ihn aufgefordert, mit anderen guten Patrioten dahin zu sehen, daß vom Könige nichts Präjudizierliches eingeführt werde. Sehe man dem König von

[1]) S. den Bericht des Bischofs von Marseille vom 25. Dezember 1675 (Acta hist. III, S. 244).

[2]) S. Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1674 (Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins XLIII), S. 32, 37, 115.

[3]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille vom 20. und 25. Dezember 1675 und 10. Januar 1676 (Acta hist. III, S. 243f., 248).

Schweden wegen des freien Durchzuges durch die Finger, so dürfte man auch dem Kf. nicht verdenken, wenn er den Feinden nachginge und sie suchte, wo sie zu finden wären. Er hat ihm und anderen, die auf dem Wege zum Landtag in Schroda waren, auch hinterbracht, wie Schweden Moskau gegen Polen aufzureizen suche. Alle haben auch gemeint, der König dürfe sich nicht in eine Allianz mit Schweden einlassen. Er weiß zwar nicht, wie der König desfalls gesinnt ist, glaubt aber, durch den litauischen G. Kanzler und andere Vermögende könnte der Sache wohl vorgebaut werden, besonders wenn sie bei diesem Krönungsreichstage hiervon einen articulum sine quo non machen wollten.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Cracau 8. Februar 1676.[1]

[Die Krönungsfeierlichkeiten. Böse Absichten der Feinde des Kf., Wirkung der Schlacht bei Fehrbellin. Der Streit wegen der Post.]

Des überaus bösen Weges und vielfältiger Widerwärtigkeiten ungeachtet 8. Febr. ist er doch vor den Krönungssolennitäten[2] hier angelangt, er hat aber wegen der Einholung und Aufführung, da er alles in der größten Verwirrung gefunden, nichts suchen mögen. Bei der Ansprache kontestierte der König große Freude darüber, daß Kf. auf seine Einladung eine extraordinare Gesandtschaft geschickt, sprach von des Kf. Erfolgen und fügte hinzu, er hätte den Krieg gegen Kf. nie gebilligt, noch sich dazu wollen brauchen lassen. Bei dem Banquet, an dem nur der päpstliche Nuntius,[3] der französische Gesandte[4]) und er an der königlichen Tafel saßen, zeigten sich der König und die Königin auch sehr freundlich, auch der französische Gesandte unterließ kein Stück der Höflichkeit.

Des Kf. Feinde bewerben sich[5] nicht allein um eine Diversion von hier aus, sondern hetzen den König zum offenen Kriege unter dem Vorgeben, daß es demselben leicht sein werde, Preußen wegzunehmen. Der Hofprediger Pikarski hat in der Reichstagspredigt ohne alle Scheu den König ermahnt, von der Oder bis zur Saale vorzudringen und dort die durch das Wasser zum

---

[1]) S. Pufendorf l. XIV, § 3 (S. 1036).

[2]) Am 30. Januar war der Einzug des Königs in Krakau, am 31. das Begräbnis der beiden Könige Johann Kasimir und Michael, am 2. Februar die Krönung des Königs und der Königin vor sich gegangen, am 4. Februar war der Reichstag eröffnet worden. S. Zaluski I, S. 592 f., 678. Salvandy II, S. 333 ff.

[3]) Martelli. S. Acta hist. III, S. 246.

[4]) Der Bischof von Marseille Toussaint Forbin-Janson.

[5]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille vom 27. Dezember 1675, 10. und 19. Januar 1676 (Acta hist. III, S. 244 ff.).

guten Teil ausgespülte Säule seines Vorfahren Boleslav Chrobry wieder aufzurichten. Beifolgend auch der ungereimte Artikel,[1]) den die preußischen Stände der Reichstagsinstruktion eingerückt haben. So tun sich jetzt, wo Kf. so sehr distrahiert ist, von allen Seiten Widrige hervor, es hat aber doch, wie er hört, nach dem siegreichen Treffen bei Fehrbellin sehr nachgelassen und finden sich wenigstens kluge Statisten, welche raten, man habe Kf. nicht zu hindern, der Schweden Horn zu brechen, denn dann würden sie beiderseits Polen nicht mehr formidabel sein können. Den Großpolen gibt er besonders zu verstehen, daß, falls sie nicht verhüten, daß eine Diversion in Preußen gemacht werde, Kf. ihr Land nicht im Rücken lassen, sondern sofort angreifen werde, sie begreifen es auch sehr wohl, nur wenige aber haben den Mut,[2]) zu widersprechen. Die Ungarn suchen des Königs Protektion, auch der Fürst von Siebenbürgen korrespondiert mit dem Hofe eifrig.

Der Post[3]) halber soll der König vor seiner Ankunft überaus großen Unwillen bezeugt haben, nicht, weil Kf. dieselbe über Berlin gehen läßt, sondern wegen des übersetzten Porto. Ein Lot solle jetzt einen Ortstaler bis Hamburg zu stehen kommen, während es früher über Stettin nur 3 Gr. poln. gekostet habe.

Der Kurfürst an Wichert. D. Cöln an der Spree 25. Februar/[4. März] 1676.

[Auf eine Relation vom 16. Februar. Befehl, vorläufig v. Hoverbecks Stelle zu vertreten. Zusage des Königs von Dänemark.]

4. März Er hat an den König und an einige wohlgesinnte Senatoren der französischen und schwedischen Machinationen halber geschrieben. Die Briefe[4]) befinden sich in beiliegendem, an v. Hoverbeck gerichteten Paket. Sollte derselbe[5]) nicht mehr am Leben sein, so soll er (W.) das Packet öffnen und dasjenige verrichten,

[1]) Derselbe lautet: Pacta et foedera cum exteris et vicinis ex consensu totius Reip. reassumantur. Ser. vero Elector Brand. ita demum ad recognitionem feudi juxta pacta Bidgostiensia admittatur, si omnes ab utrinque controversiae complanatae sint et in quibus exorbitatum fuit satisfactio praestetur, praecipue vero ratione exemtionis civitatis Elbingensis et fortalitii Drahimensis ex hypotheca, ratione districtuum Leoburgensis et Butoviensis, trajectuum, postae publicae. S. über diesen Landtag Lengnich VIII, S. 124ff.

[2]) S. den Bericht des französischen Agenten Baluze vom 6. Februar 1676 (Acta hist. III, S. 252).

[3]) S. oben S. 87f. 91.

[4]) Sie befinden sich nicht bei den Akten.

[5]) v. Hoverbeck war bald nach seiner Ankunft in Krakau schwer krank geworden. Schon während der Krönungsfeierlichkeit am 2. Februar war er, wie die Gesandten des Danziger Rats diesem am 10. Februar berichten, in eine tiefe Ohnmacht gefallen

was darin demselben anbefohlen ist.[1]) Da er in seiner Relation vorgeschlagen hat, die Vornehmsten in den Palatinaten zu kaptieren und ihnen etwas zu versprechen, so soll er die betreffenden Personen namhaft machen, sie inzwischen durch gute Promessen animieren und versichern, daß Kf. sie seine Dankbarkeit mit dem ehesten werde wirklich spüren lassen.

P. S. Er soll auch im Vertrauen zu Krakau ausbringen, Kf. hätte von Dänemark die Versicherung, daß, falls man gegen ihn in Polen das geringste tentieren sollte, der König alle nach und von Polen und Preußen gehenden Schiffe anhalten und die commercia hemmen wollte.

---

v. Lehndorff[2]) an den Kurfürsten. s. l. et d. [Cracau 1. März 1676.][3])

[Genesung v. Hoverbecks. Vorgänge auf dem Reichstage.]

Mit v. Hoverbeck hat es sich sehr gebessert, die Ärzte geben Hoffnung 1. März auf völlige Genesung. Mit dem Reichstage[4]) läßt es sich etwas besser an, der König dringt sehr darauf, daß er in 14 Tagen geendigt werden solle, und will dann selbst wieder zu Felde ziehen. Die Senatoren haben ihre vota, was noch nie geschehen, meistens schon vor Vergebung der Vakantien und Chargen geendigt. Vorgestern hat[5]) Bonkofsky votiert und heftige Klage

---

und nur mit Mühe wieder zum Bewußtsein gebracht worden (bei Hofe, bemerken sie, werde dieses pro singulari omine aufgenommen und geflissentlich Sorge getragen, es durch die Zeitungen in der Welt zu verbreiten). Er selbst bittet am 17. Februar den Kf., da er keinen Legationssekretär mitgenommen habe, ihm jemand zu schicken, der ihm während seiner Leibesschwachheit bei der Anfertigung der Relationen helfen könne, und schlägt Scultetus dazu vor. Diesem befiehlt darauf Kf. (d. Cöln an der Spree 21. Februar/[2. März] 1676), sich schleunigst nach Polen zu v. Hoverbeck zu begeben und demselben an die Hand zu gehen.

[1]) In dem Schreiben vom 25. Februar/[4. März] 1676 wird v. Hov. befohlen, die beifolgenden Briefe an den König und an einige Senatoren abzugeben, das Interesse des Kf. zu befördern und den Wohlgesinnten ein Gratial je nach ihrer Stellung und ihrem Einfluß zu versprechen. An den preußischen Kammermeister Büttner erläßt Kf. (d. Cüstrin 28. Februar/[7. März] 1676) die Ordre, an Scultetus und Wichert 5000 Taler zu zahlen.

[2]) Legations-Marschall.

[3]) S. Pufendorf l. XIV, § 3 (S. 1036).

[4]) S. Zaluski I, S. 598f., 678f.

[5]) Nach dem Danziger Reichstagsrezeß erklärte der Woiwode von Pommerellen Bąkowki in der Sitzung vom 28. Februar, nachdem er von dem König aufgefordert war, die Republik über die Unruhen in Danzig zu informieren, dazu hätte der Krieg zwischen Schweden und Brandenburg den Anlaß gegeben. Als die Schweden nach

darüber geführt, daß Kf. die Völker aus Preußen habe über die Weichsel überführen lassen. Er nennt es Gewalt, hat dieses aber mit sehr elenden Gründen ausgeführt, indem er hat gestehen müssen, daß Kf. zwar vermöge der pacta[1]) dazu befugt sei, daß aber damals Polen mit Schweden Feind gewesen und jetzt die Zeiten sich geändert hätten. Einige haben über die Herabsetzung der polnischen Münzen auf ihren rechten Wert durch Kf. geklagt und gebeten, der König möchte es mit dessen Münzen ebenso machen, andere haben auch vorgeschlagen, die Hilfsvölker von Kf. wieder zu verlangen. Das aber hat der Woiwode von Kalisch[2]) im Namen der Großpolen sehr wohl beantwortet, indem er darauf hingewiesen, wie unvernünftig es sein würde, von Kf., der selbst zu Felde wäre, Hilfe zu erbitten, und er hat, als besonders dazu von seinen Hinterbliebenen beauftragt, gebeten, der König möchte mit Kf. in gutem vertraulichen Vernehmen verharren und die pacta renovieren, weil sonst sie, die Großpolen, die größte Gefahr von des Kf. siegreichen Waffen zu besorgen hätten.

Preußen hätten ziehen wollen, seien sie durch die Vorstellungen des Königs davon abgehalten worden, hätten aber zur Gegenbedingung gemacht, daß Kf. sie nicht aus Preußen subsidiis inkommodieren dürfe. Trotzdem und obwohl er vom König gewarnt worden, ließe der Kf. stets Truppen aus Preußen marschieren, erzwinge auch die Überfahrt über die Weichsel, was ihm nach den Pakten nicht zustände (denn diese gestatteten ihm nur liberum traiectum, wenn der Feind communis sei). Es stehe zu befürchten, daß hieraus ein großes Feuer entstehen und sie unnötige Gäste bekommen möchten. Ferner klagte er darüber, daß die Posten attaquiert und dadurch der König und die Republik, deren größtes Regal dieses wäre, höchlich beleidigt wären. Dieses hätte auch der Stadt Danzig und anderen sehr geschadet, indem die Wechsel verloren und die Korrespondenz etliche Wochen lang zessiert hätte. Diese Störung des Handels hätte dem gemeinen Mann in Danzig Gelegenheit gegeben, sich wider den Rat aufzulehnen, doch steckte dahinter noch etwas, das die Nachbaren geheim hielten. Dann klagte er auch über die kurfürstliche Münze, daraus entstände Polen großer Nachteil, weil sie schlechter als früher und kaum 24 wert sei. Aus dem allen könnte man schließen, wie Kf. ihnen nachstellte. Da derselbe auf allerhand Weise den Weg ad occupandum portum et Vistulam bereitete, so sollte man dieses alles als eine Sache von großer Konsequenz erwägen. Die Gesandten des Danziger Rats melden demselben am 1. März, Bąkowski sei in seinem Votum auf die Depauperation der Stadt gekommen, habe diese guten Teils dem Kf. beigemessen und behauptet, ex depauperatione et defectu commerciorum et negotiorum habe die Bürgerschaft, müßig lebend, angefangen, in den privilegiis et juribus zu grübeln, welche der Rat bei guten Zeiten sich arrogiert oder die Bürgerschaft per inadvertentiam negligiert haben möchte. Daher sei der Zwiespalt in der Stadt entstanden, den zu heben der König sich möchte angelegen sein lassen.

[1]) Der Wehlauer Vertrag vom 19. September 1657 bestimmt in § 14: Copiis Regiis per Prussiam Ducalem quando opus fuerit iter patebit, sine maleficio tamen, noxa aut damno ullo incolarum —. Pariter liberum erit S. Serenitati El. ejusque posteris, Prussiae ducibus, eadem ratione et cautelis supramemoratis per Poloniam aut Prussiam Regalem copias militares ducere.

[2]) Johann Opalinski. Eine solche Erklärung desselben wird in dem Danziger Reichstagsrezeß nicht erwähnt.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Cracau 10. März 1676.

[Umtriebe der französisch-schwedischen Partei. Bitte um Geld.]

Die französische und schwedische Partei prävaliert bei Hofe so, daß eine Diversion sowohl in Preußen als auch in der Mark unfehlbar zu gewarten ist. Man hat dagegen durch treue Patrioten getan, was möglich ist, auch soviel geschafft, daß es publico nomine wohl nicht geschehen wird. Man prätendiert von Kf. Hilfe vigore pactorum, obgleich Kf. solche in einem Kriege nur einmal, und zwar auf Unterhalt der Republik zu leisten schuldig und es ungereimt ist, die Erneuerung der Pakten zu diffikultieren und doch auf Grund derselben Hilfe zu begehren. Die Strauch'sche Faktion in Danzig sucht[1]) den Ständen beizubringen, als wenn Kf. sich der Stadt zu bemächtigen suchte und zu dem Zweck den Obersten v. Flemming[2]) durch allerhand Ränke daselbst in Dienst gebracht hätte. 10. März

Alles ist hier dreimal so teuer wie in Warschau, er will daher den größten Teil der Kavaliere zurückschicken, trotzdem wird er mit dem vorhandenen Gelde nicht auskommen, bittet daher, ihm schleunigst weiteres zu schicken.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 6./16. März 1676.

[Scultetus' Sendung. Bąkowski zu machende Vorstellungen.]

Freude über seine Besserung. Scultetus, den er geschickt hat, wird ihn ausführlich informieren. Vornehmlich wird nötig sein an diejenigen, welche wohl für Kf. votiert haben, seinen Dank abzustatten und sie seiner Dankbarkeit durch gewisse Versprechen zu versichern. 16. März

---

[1]) Kf. hatte schon (d. Cöln 20. Februar/1. März 1676) v. H. beauftragt, dem von dem tumultuierenden Pöbel in Danzig ausgesprengten Gerücht, er stände mit Leuten in der Stadt in Unterhandlung, daß sie ihm dieselbe in die Hände spielen sollten, zu widersprechen und Bestrafung der autores zu verlangen.

[2]) Der früher im Dienst des Kf. befindliche Oberst Heino Henrich v. Fleming war mit Zustimmung desselben schon im April 1675 in den Dienst der Stadt Danzig getreten und war Kommandant der Truppen derselben geworden. Das hatte Argwohn sowohl in der Stadt als auch in Polen erregt, und dieser war ebendamals noch dadurch vermehrt worden, daß v. Fleming sich mit Erlaubnis des Rates aus der Stadt entfernt und nach dem Herzogtum Preußen begeben hatte. Die Gesandten des Danziger Rats berichten demselben 28. Februar 1676, Bąkowski hätte sie deswegen im Auftrage des Königs zur Rede gestellt, sie hätten geantwortet, ihres

P. S. Er hat mit Befremden vernommen, wie hart und feindlich sich Bąkowski[1]) in seinem voto gegen ihn geäußert hat. Was derselbe ihm zur Last gelegt hat, ist falsch, bei Überführung seiner Völker ist durchaus keine Gewalt gebraucht worden und die pacta gestatten nicht nur in dem Falle, da man einen communem hostem hat, den Durchzug. H. soll ihm dieses vorstellen, ihm anzeigen, daß Kf. sich zu ihm als seinem nächsten Nachbaren eines besseren versehen hätte und hoffte, er werde die Freundschaft zwischen beiden Reichen, die durch dergleichen einseitige und unbegründete interpretationes pactorum gestört werden müßte, zu erhalten suchen.[2])

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cracau 11./21. März 1676.

[Zustand v. Hoverbecks. Beratung über die zu ergreifenden Maßregeln. Vorgänge auf dem Reichstag. Mitteilungen des K. G. Kanzlers.]

21. März Er ist gestern vormittag hier angekommen und hat v. Hoverbeck in etwas besserem Zustande vorgefunden. Was etwa pro statu praesenti zu tun, damit nichts Widriges in die Reichstagskonstitution gebracht werde, ist heute bei demselben von Morstin, Wichert und ihm überlegt worden und sie haben beschlossen, auf die an Büttner assignierte Summe[3]) den ersten Wechsel an den Kaufmann Formund, der sich zu Königsberg aufhält, zu ziehen.

Wissens sei Fleming nicht im Auftrage des Rats, sondern in seinen eigenen Angelegenheiten, um mit den in seinen Gütern einquartierten Soldaten zu verhandeln, verreist, und sie hätten es dahin gebracht, daß er ihrem Bericht getraut, den Gegenbericht für erdichtet gehalten und ihnen erzählt hätte, ihm sei von denselben Leuten gemeldet worden, daß auf 5 oder 6 Meilen vor Danzig etliche tausend Mann Brandenburger in die Winterquartiere verteilt lägen, wovon er durch seine Freunde nichts erfahren hätte. Dieses Gerücht sei aber doch dazu benutzt worden, um den Rat beim Könige zu verdächtigen.

[1]) S. oben S. 97f.

[2]) Am 8./18. März 1676 richtet Kf. Schreiben an den Primas, die Bischöfe von Ermland und Kulm und andere Wohlgesinnte im Königl. Preußen, in denen er Beschwerde über den französischen und den schwedischen Gesandten führt, welche die ganze Republik gegen ihn aufzureizen oder wenigstens das Heer zur Bildung einer Konföderation gegen ihn, in der Hoffnung, das Herzogtum Preußen zu plündern, anzutreiben suchten, ferner über Bąkowski, der auf dem Reichstage in heftiger Rede gegen ihn losgefahren sei und unwahre Beschuldigungen gegen ihn erhoben habe. Er bittet sie, solche Machinationen zu vereiteln, Bąkowski von weiteren Anschuldigungen gegen ihn abzuhalten und dahin zu wirken, daß die Friedensstörer, jene beiden Gesandten, aus Polen vertrieben würden.

[3]) S. oben S. 97.

Der Reichstag wird[1]) sich wohl bis Ostern verschleppen, man verhandelt noch immer über den Vergleich der beiden litauischen Feldherrn, wozu sich aber Progresse noch schlecht spüren lassen. Es kann auch wohl sein, daß es vom König selbst mehr impediert als befördert wird.

Er hat bisher nur den K. G. Kanzler und den Kastellan von Posen besucht. Letzterer erklärte sich alles guten gegen Kf., wollte aber ad particularia und vom Intent des Hofes sich im geringsten nicht bloß geben. Der K. G. Kanzler aber gab zu verstehen, daß er sich in den König nicht richten könne, er traktiere alle durch die Bank sehr höflich und habe doch zu keinem fast eine Konfidenz, schriebe alles seinem eigenen Esprit zu und es stände zu besorgen, daß er sich eben hierdurch die Feindschaft der Republik auf den Hals ziehen werde. Er und die meisten anderen Senatoren hätten beim König inständig angehalten und urgierten auch noch, daß man die Pacta mit allen Nachbaren konfirmieren und die Republik in diesen auswärtigen Krieg nicht einflechten möchte, wozu sich der König wohl auch werde willig finden lassen.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cracau 18./28. März 1676.[2])

[Machinationen des Hofes gegen Kf. Günstige Erklärungen Krzycki's, Breza's, des K. G. Kanzlers und des Bischofs von Krakau. Die Danziger Händel. Zustand v. Hoverbecks.]

— Daß — der Hof allerhand Practiken kegen E. Chf. D. und auch woll den Kayser anzuspinnen und also Franckreich und Schweden Luft zu machen suchet, ist mehr denn allzu gewiß. Die größte Sorge bestehet jetzo darinnen, wie sie E. Chf. D. von der Belagerung vor Stettin abhalten oder doch zum wenigsten eine Diversion dabei machen möchten. Zu dem Ende dann der König Putzke unter dem Praetext, ob handle der Fürst Radziwil dem Sawatzki[3]) sein Recht darauf ab, an sich zu 28. März

[1]) Die Gesandten des Danziger Rates berichten diesem am 15. März, die Hoffnung auf eine gütliche Beilegung des Streites der beiden litauischen Feldherren sei infolge der Hartnäckigkeit beider sehr gesunken und es gewinne den Anschein, als ob sie es ad extrema kommen lassen und daß darüber der Reichstag Gefahr laufen werde, falls nicht der König ein zureichendes Mittel zur Beilegung dieser Streitigkeiten finden und so den Reichstag etiam cum prolongatione retten werde. — Am 28. März fand wirklich die Aussöhnung beider Feldherren im Reichstage statt.

[2]) Zum großen Teil in Ziffern. S. Pufendorf l. XIV, § 4 (S. 1037).

[3]) Kasimir Zawadzki, Starost von Putzig. Über die schon seit längerer Zeit von Sobieski mit dem Danziger Rat wegen Erwerbung der Starostei Putzig

bringen suchet. Es hat sich auch noch vor wenig Tagen der König vernehmen lassen, wie es doch käme, daß die Malcontenten in Preußen mit ihren gravaminibus nicht einkämen. Und ob man zwar viel praeparatoria zu Continuirung des Türkenkriegs machet und zu Werbung frischer Völker große contributiones zu willigen von der Republik begehrt, so tractirt man[1]) doch heimlich den Frieden so viel möglich durch den Fürsten in der Moldau. Wiewoll ihrer viel seind, die da schwerlich glauben wollen, daß diesen Sommer noch was draus werden würde, und daß Franckreich nur solche Rodemontaden mache und der Republik das Maul zu schließen suche. Es laufe aber mit dem Frieden, wie es wolle, so meinen doch etliche gute Patrioten, so E. Chf. D. noch wohl wollen, daß es sehr gut sein würde, wann E. Chf. D. sich Stettins je eher je lieber bemächtigen könnten. So möchten sich vielleicht viel Sachen bei diesem Hofe ändern, zumal der König sowohl gegen den französischen Gesandten als auch den schwedischen zum oftern gedenken soll, mit Verlierung Wismars hätten sie Pommern in die größte Gefahr gesetzt, wann aber Stettin im Frühjahr überginge, so stünde ihnen schwerlich zu helfen. Damit aber der Hof allemal nach Belieben Ursach mit E. Chf. D. zu zerfallen haben möge, suchet man[2]) in der Constitution ratione confir-

geführten Verhandlungen s. Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1674, S. 114. Am 13. März läßt der König, wie die Danziger Gesandten dem Rat der Stadt an demselben Tage berichten, durch die Woiwoden von Kulm und Pommerellen diese Verhandlungen mit ihnen wieder anknüpfen, er verlangt, daß ihm die Stadt die Starostei mit dem Recht, welches sie besessen, noch in diesem Frühjahr abtrete, erbietet sich dafür die schon früher angebotene Summe von 80000 Fl. zu zahlen, erwartet aber, daß die Stadt davon etwas ablassen werde, wofür ihr anderweitige Vergünstigungen und Gnadenbeweise in Aussicht gestellt werden. Die Gesandten nehmen, weil darauf nicht instruiert, die Sache nur ad referendum.

[1]) S. den Bericht des Bischofs von Marseille vom 2. März 1676 (Acta hist. III, S. 255).

[2]) Nach dem Danziger Reichstagsrezeß erklärt in der Sitzung vom 24. März der U. Kämmerer von Kalisch Krzycki bei Gelegenheit der Beratung über die zu bewilligenden Kontributionen, vor allem sollte confirmatio pactorum cum vicinis principibus verlesen werden, worin ihm seine Kollegen, die anderen großpolnischen Landboten, sekundieren. Am 28. März beantragt der Landbotenmarschall Verlesung einer über diesen Gegenstand abgefaßten Konstitution. Dem widerspricht aber Zawacki und erklärt, erst müßten die Streitigkeiten mit dem Kurfürsten von Brandenburg wegen Draheims, der Überfahrt über die Weichsel usw. abgetan werden. Am 30. März wird beantragt, diese Konstitution bis zum Erscheinen der durch Privatsessionen abgehaltenen Litauer im Reichstage auszustellen. Diese Gelegenheit benutzt der Primas, um gegen Kf. loszuziehen, derselbe hätte auf dem letzten Reichstage liberam electionem dadurch gekränkt, daß er sich unterstanden, suffragium per

mationis pactorum die schädliche Clausulen hinan zu flicken, salvis Reipublicae praetensionibus, wiewohl bereits etliche Landboten angestiftet sein, hierin keinesweges zu willigen. Dem Succamerario Calisiensi Krzycki item dem Breza haben wir Versicherung getan, daß ich aus der Mark bald nach dem Reichstag zu ihnen kommen und ihnen eine Discretion von wegen E. Chf. D. bringen werde, wessen sie wohl zufrieden, wohin auch der K. G. Kanzler mit seiner Pension von uns gewiesen worden, welcher bis an sein Ende beständig über die pacta zu halten verspricht.

Auch der Bischof von Krakau, den er gestern besucht hat, versicherte, wie er geholfen den Frieden zwischen Kf. und Polen zu Bromberg zu machen, so müßte er auch jetzt darob halten, daß derselbe unverletzt bliebe. Er fragte, ob Kf. nicht auf Ansuchen des Königs wieder die Auxiliarvölker schicken werde, und erwiderte auf seine Antwort, Kf. wäre jetzt selbst in Krieg verwickelt und könnte wohl keine Völker schicken, davon stände in den pactis nichts, daß Kf. in solchem Falle nicht zur Hilfeleistung verpflichtet sein sollte. Er hat nur geantwortet, Kf. werde schon seine Resolution dem Pater Hacki erteilen.

Mit den Strauchschen Händeln in Danzig ist es bereits dahin gediehen,[1]) daß sich vier Deputierte von den Gewerken hier befinden und dem König eine Supplikation überreicht haben, worin der König gebeten wird, dem Magistrat die Privilegien nicht eher zu konfirmieren, bis er alles wieder in den Stand

---

schedulam einzugeben (s. oben S. 67), er suchte primus et proximus senator a rege zu sein, verweigerte ihm den ihm gebührenden Titel, nennte sich supremum dominum Prussiae, fiele der Ritterschaft in Preußen wegen der Religion schwer, hätte sich wegen Draheim, der Überfahrt usw. zu verantworten. Diese Prätensionen und Differentien müßten durch eine Kommission gehoben werden. Dagegen bemerkt der Bischof von Krakau, solche Differentien seien per mediatores abzutun, und rät, alles bonis modis zu stillen. Der Primas erwidert, seine Meinung sei nicht, daß man dem Kf. die pacta gar nicht bestätigen solle, sondern daß man bei der Konfirmation eine Kommission ansetze. Die pacta mit anderen Potentaten, wie mit dem Kaiser, könnte man konfirmieren, die mit Kf. hernach à part. Dem widerspricht aber der Palatin von Lublin Rey, man solle niemand offendieren, honor Reipublicae erfordere zwar, mit Kf. wegen Draheim, der Entführung Kalcksteins usw. zu expostulieren, aber sonst sei gute Nachbarschaft und Freundschaft, besonders hoc statu, das sicherste und beste. Zawacki ersucht dann wieder den König, die pacta mit Kf. nicht vor Beilegung aller Streitigkeiten zu bestätigen. Am 31. März verlangt Gurzynski aus Großpolen confirmationem pactorum cum externis und Ansetzung von comitia exorbitantiarum, droht, sonst in keine Kontributionen zu willigen. Auch der Bischof von Krakau rät dem König, um den Großpolen ihre Besorgnisse zu nehmen, pacta more maiorum zu konfirmieren. Der König läßt ihn durch den Schatzmeiser versichern, daß dieses geschehen solle, er teilt dieses Gurzynski mit und beruhigt ihn so.

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch (Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins XLVII), S. 212.

gesetzt, wie es tempore incorporationis gewesen, welches man hier gerne hört und angenommen. Die elenden Leute verstehen nicht, was sie bitten, denn zur Zeit der Inkorporation waren alle Kirchen in Danzig päbstisch. Da die Kommission was abwerfen kann, drängen sich viele danach, man meint aber, daß der König bald nach dem Schluß des Reichstages selbst nach Preußen und in specie deshalb nach Danzig gehen werde.

Mit v. Hoverbeck ist es soweit, daß er ein wenig aufstehen kann, doch verbieten die medici, daß man ihm von verdrießlichen Dingen was sage. Er wird aber selbst an Kf. schreiben.

Punkte,[1]) welche Hacki[2]) vorgebracht hat. März 1676.

1. notificatio coronationis.
2. subsidiorum non huius anni tantum sed et praeteriti postulationem.
3. Regiae postae gravamina et remedium.[3])
4. exercitium religionis Catholicae[4]) in Ducatu Prussiae iuxta pacta anni 1611 et Bydgostiae inita.

---

[1]) Aufzeichnung von v. Somnitz's Hand. Derselbe bemerkt am Rande: „Dieses hat der Abgesandte bei einer Conferenz à part fürgebracht und hat er begehrt, es möchte ihm die Antwort schriftlich nur von mir erteilet werden, wie auch geschehen. Dabei ist auch wegen der Kirchen im Birsischen Erinnerung geschehen, wovon beigehendes Memorial redet."

[2]) Michael Hacki, Abt von Colbatz, Almosenier und Sekretär des Königs. Das Kreditiv König Johanns für ihn ist Krakau 7. März 1676 datiert. Scultetus schreibt aus Breslau 5./15. März 1676, er sei heute früh in Neumark in dem Posthause mit dem ihm wohl bekannten Pater Hacki, einem olivischen Mönch, der sich jetzt für den Almosenier des Königs ausgebe, zusammengetroffen. Derselbe habe zwar behauptet, er sei nur aus zwei Ursachen zu Kf. geschickt, wegen neuer Subsidien und um Beschwerde wegen der großen Exorbitantien beim Danziger Postwesen zu führen, doch habe er aus seinen Reden penetrieren können, daß er eigentlich von dem militärischen Estat des Kf. und ob demselben Ernst sei, in diesem Frühjahr mit einer so großen Force, als man spargiert, Stettin anzugreifen, Erkundigung einziehen solle. S. über dessen Sendung Pufendorf l. XIV, § 5 (S. 1038).

[3]) Darüber handelt eingehend ein Memorial Hacki's. Es wird darin Beschwerde darüber geführt, daß die mit König Johann Kasimir in betreff der Postbeförderung über Danzig getroffenen Vereinbarungen (s. Urk. u. Akt. XI. S. 6ff.) jetzt gänzlich umgewälzt seien, und erklärt, der König wolle zugeben, daß die Briefe von Hamburg nach Danzig und umgekehrt über Berlin befördert würden, aber unter der Bedingung, daß es auf dieselbe Weise wie früher über Stettin, mit derselben Sicherheit und Schnelligkeit und für denselben Preis von 6 Gr. für das Lot geschehe.

[4]) Auch hierüber und über die folgenden Punkte handelt Hacki's Memorial ausführlicher.

5. intercessio pro Comite Schliben, ut multa remittatur et decretum contra ipsum latum cassetur et nihil tale in posterum fiat.

6. Conversis nuper ad religionem ut libertatem relinquat S. S. E.

7. ut conversi praedicantes in suis parochiis permaneant, fruantur beneficiis, administrent sacramenta — nec citentur religionis causa ad consistoria nec ad Regimen.

Ut nobiles gaudeant libertate conscientiarum sicut et cives, ut in pactis 1611 et Bydgostiae provisum.

8. Ut catholici nobiles — iura patronatus habeant et retineant sine consistoriorum perturbatione, ut templa nova possint erigere et oratoria illaque dotare nec inde exturbentur.

9. Patres Societatis commendat Suae Serenitati El., qui sunt in missionibus ibidem, ut Pater Wobbe cum duobus sociis ad templum Sackeimense et Pater Sigm. Marquard, quod honorem Suae Serenitatis tuentur et atheismum impediunt, ad quem multi inclinant.

Der Kurfürst an den König von Polen. D. Coloniae ad Spream 13./[23.]. März 1676.

[Auf das Schreiben vom 7. März [1]) und die Proposition Hacki's. Vorläufige Unmöglichkeit der Hilfesendung.]

Die seinen eigenen Landen drohende Gefahr macht es ihm unmöglich, 23. März die von dem Könige begehrte Hilfe gegen die Türken zu leisten. Durch die bisherige Hilfeleistung hat er weit mehr getan, als wozu er durch die Pakten verpflichtet wäre. Bei der Gefahr, welche ihm sowohl am Rhein von den Franzosen als auch im Norden von den Schweden droht, bedarf er mehr der Hilfe des Königs, als daß er diesem solche gewähren könnte. Sobald er aber freie Hände haben wird, will er demselben solche Hilfe leisten, daß daraus seine Begierde, dem Könige und der Republik beizustehen, erhellen wird.[2])

[1]) Dasselbe enthält nur die Beglaubigung Hacki's.

[2]) In einem zweiten Schreiben von demselben Datum dankt Kf. dem König für die Sendung Hacki's, beglückwünscht ihn zur Krönung und wünscht ihm weitere Erfolge. In betreff der Religionsbeschwerden wird ihm folgende Resolution mitgegeben:

I. Quae de exercitio religionis catholicae in Ducatu Prussiae Electoralis, de iis, qui nuper ad catholicam religionem accesserunt tam Praedicantibus quam Nobilibus tum quoque Civibus, de iure patronatus novisque templis erigendis et oratoriis, denique de Patribus Societatis a Rev. et Exc. Ablegato proposita sunt ad ea S. Elector Brandenburgicus respondere iussit, quod quemadmodum de iis omnibus in pactis

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Cracau 7. April 1676.

[Gegenbemühungen gegen ungünstige Reichstagskonstitutionen. Die beiden Pac.]

7. April Den Bemühungen der französischen und schwedischen Partei, etwas in die Konstitutionen zu bringen, das den Schein hätte, als ob die Stände zugestimmt hätten, daß der König Schweden zu gefallen eine Diversion in des Kf. Lande mache, wird nach Möglichkeit entgegengearbeitet, aber mehrenteils unter der Hand, weil in publico solches zu tun sich fast niemand erkühnen will, außer Kritzki und Breza, die deswegen auch sehr sauer angesehen werden. So große Furcht haben die Stände vor diesem Könige und ist Sigismundi III. Autorität nach fünfundvierzigjähriger Regierung dieser nicht gleich gewesen, die kaum soviel Tage gedauert. Es wird durchgehends und fast ohne Scheu gesprochen, man müsse mit dem Türken quibuscunque conditionibus schließen

---

Bidgostiensibus, quibus priora hanc rem concernentia confirmantur, prolixe cautum, S. Serenitatem E. id egisse semper et acturam deinceps, ut dictis pactis satisfiat, nec quicquam aliud desideraturam putat S. R. Maiestatem Poloniae.

II. Mulcta Domino Comiti de Schlieben a iudicio tribunalitio Borussiae Ducalis ex vadio conventionali partibus auditis dictata est, et cum liquido sic non constet ex Actis, an illa eam sibi petentibus assignata sit, iubebit S. Serenitas E. Regimen Suum Prussicum ut referat, quo in statu res illa sit, atque ita de ea disponet, ut S. R. Maiestas inde studium S. Serenitatis E. Eidem gratificandi intelligat.

III. Rogatur S. Exc. meminisse velit quae de templo prope Birzam a Nobili quodam Curlandico nomine Berns pro Catholicis contra receptam illius loci observantiam extructo Eidem proposita sunt, et quemadmodum compellata fuerit S. R. Maiestatem humillime rogare, ut attentatum illud corrigere et iura loci illius sarta tecta conservare ac clementissime tueri dignetur.

In betreff der Postangelegenheit erhält H. folgende von M. Mathias verfaßte, von v. Somnitz mit Zusätzen versehene Information:

1. Das Postfelleisen ist in Damm von der Postkalesche fortgekommen und dort nachher wiedergefunden worden, also in einer schwedischen Stadt und Garnison, die Kurfürstlichen haben also daran keine Schuld.

2. Die Posten von Stettin nach Vorpommern, Mecklenburg und Hamburg werden nicht durch Kurfürstl. Postbediente bestellt, dortige Ungehörigkeiten also fallen diesen nicht zur Last.

3. Die Sperrung der Kommerzien und auch aller Korrespondenz nach Stettin ist auf Grund eines Reichsschlusses geschehen. Das Briefporto von Danzig nach Stettin und Berlin ist nicht erhöht worden.

4. Auf der Danziger Kommission ist versprochen worden, Briefe zwischen Danzig und Stettin für 6 Gr. poln. das Lot zu liefern. Das kann aber nicht auf die kurf. Postämter zu Berlin und weiter verstanden werden, zumal in diesen Kriegszeiten, wo nachzusehen ist, was an Feinde oder Freunde lautet und nach dem Reichsschluß passieren darf oder nicht. Ferner müssen, wie sonst immer geschehen, die Briefe

und sich seines Schadens bei den Nachbaren erholen, besonders bei Kf., der von seinen Alliierten keine Hilfe zu erwarten habe und dessen Herzogtum Preußen außer Verfassung sei. Auch Fremde sprechen davon, denen sich der Hof ohne Zweifel anvertraut hat, so hat der k. bairische Gesandte Baron Kleist vor seiner Abreise gegen einen vertrauten Freund erwähnt, Kf. möchte sich ja in rechte Verfassung stellen, er wollte zwar die Partikularitäten nicht sagen, man könnte aber leicht abnehmen, worauf er zielte.

Daß auf eine Konstitution wegen Konfirmation der Pakten und Eliminierung der von dem Primas und anderen dabei gefügten Klauseln[1]) gedrungen wird, hat der König sehr hoch empfunden, und da ihm die Meinung beigebracht worden ist, als wenn dieses von ihm herkäme, hat er ihm durch Galecki vorwerfen lassen, daß er ihn präteriert und zwei großpolnische Landboten angestiftet hätte, um ihm Verdruß zu tun. Er hat darauf erwidert, Kf. bedürfte nicht einer reichstägigen Konfirmation der Pakten, die perpetua wären, und er hätte daher, um auch nicht den Schein zu erwecken, als wären sie in Zweifel gezogen worden, deswegen keine Ansuchung getan, die Großpolen handelten nur aus eigenem Antriebe, um sich in Sicherheit zu setzen, die Beschwörung der Pakten, welche nur den König und Kf. anginge, werde er schon zu seiner Zeit gebührend suchen. Auch die Beschwerde, daß Kf.[2]) den König bei Gelegenheit des Durchzuges seiner Truppen bei dem Könige von England und den G. Staaten verklagt und daß diese in ihren Schreiben harte Worte gebraucht hätten, hat er zurückgewiesen.

Nach vielem Debattieren über die Konstitution, welche die Stände zu ihrer Versicherung, daß sie nicht mit den Nachbaren in Kriege eingeflochten würden, haben wollen, hat der König das unter König Johann Casimir gemachte Formular, daß er die pacta foedera mit den Nachbaren ex senatus consulto erneuern wolle, angenommen. Da diese Klausel aber sehr bedenklich ist, so ist dagegen vorgestellt worden, daß jetzt die Dinge ganz anders lägen als damals.

---

einzeln taxiert werden, nicht in versiegelten Beuteln. Es kann nicht gefordert werden, daß für einen Brief von Wutzkau bis Berlin (48 Meilen) nur das Stettinische Porto gezahlt werde, zumal das Danziger Postamt für die 8 Meilen von Danzig bis Wutzkau 3 Gr. poln. nimmt; es ist daher nicht unbillig, daß für einen Brief von Wutzkau bis Berlin 12 und bis Hamburg (80 Meilen) 19 Gr. poln. gezahlt werde.

Daß die Briefe von Danzig nach Hamburg über Berlin gehen möchten, darum hat das Danziger Postamt selbst zuerst angehalten. Dazu die Bemerkung: „Diese Gegeninformation wird nur dem K. Poln. H. Gesandten zu Ehren erteilet, dem Postamt zu Danzig aber, als welches den Postämtern im Römischen Reiche nichts vorzuschreiben hat, hiedurch [nicht] das geringste eingeräumt, sondern es wird vielmehr, im Fall das Postamt zu Danzig sich gelüsten lassen sollte, die Postämter im Römischen Reiche weiter mit dergleichen anzüglichen Schmähschriften zu graviren, dem Fisko der Weg Rechtens ex lege diffamari vorbehalten."

[1]) S. oben S. 102f. und die Relation des Bischofs von Marseille vom 29. März 1676 (Acta hist. III, S. 255).

[2]) S. oben S. 89.

Auf seine Vorstellungen wegen der geforderten Hilfstruppen wird wenig geachtet. Da die meisten Kf. aggravieren möchten und lieber sähen, daß er die Hilfstruppen versagte, so wäre zu wünschen, daß man einige Hoffnung machen könnte, der Republik, wenn nicht in diesem Stück, doch auf andere Weise zu willfahren, da Hacki's[1]) Relation die Gemüter sehr alteriert hat.

Dem litauischen G. Kanzler Pac hat er, da er es seines Zustandes halber nicht selbst tun konnte, durch Wichert des Kf. Interessen rekommendieren lassen. Das Haus ist aber jetzt nicht imstande, dem König zu opponieren, zumal der Hof und Fürst Michael Radzivil gegen sie stärker sind, er will ihn aber doch anderweit sondieren und seines Rates pflegen. Der litauische G. Feldherr Pac hat dem Kaiserlichen zu erkennen gegeben, daß er mittels einer Summe von 100000 Gulden poln. seine Armee von 7000 Mann zusammenhalten könnte.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Cracau 17. April 1676.

[Bescheid wegen der Renovation der Pakten. Feindliche Absichten des Königs gegen Kf.]

17. April Auf sein Memorial[2]) wegen Renovation der Pakten hat der König heute durch den U. Kanzler den Bescheid erteilen lassen, er werde sich darauf nicht erklären und auch sonst auf nichts einlassen, bis Skoraszewski zurückkommen werde, von dessen Verrichtung werde alles dependieren.[3])

Daß der Krieg wider E. Chf. D. resolviret sei, dabei find ich den Umständen nach ganz kein Zweifel; bleibet es nach bis dahin, daß mit dem Türken geschlossen werde, wirds ein groß Glück sein. Wann aber solches erfolgt, hat man sich keines andern zu versehen, als daß mit aller Macht gegen E. Chf. D. zu agiren werde getrachtet werden. Indessen dürfte man doch unterm Namen Franckreich oder Schweden Sie suchen zu gefähren. Maßen der Marquis de Bethune bei seiner Anwesenheit alhier im Lande Obristen, die ich weiß, angesprochen, sie möchten ihm Officirer zuweisen, welche zu seines Königs Dienst Völker werben wollten. —

[1]) S. oben S. 104ff.

[2]) H. hatte 12. April 1676 berichtet, daß er, da der König sich darüber beklagt habe, er werde von Kf. und dessen Ministern verächtlich behandelt, indem sie die Renovation der Pakten nicht bei ihm suchten, deswegen ein Memorial übergeben habe.

[3]) H. berichtet 24. April 1676, obwohl eigentlich die Lehnsrekognition auf die Renovation der Pakten folgen solle, habe er doch, damit dem Kf. nicht vorgeworfen werden könne, daß sein Gesandter sich deswegen nicht einmal angemeldet habe, ein darauf bezügliches Memorial durch Wichert übergeben lassen.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Breslau 8./18. April 1676.

[Bevorstehende Abreise des Hofes. Sendung Skoraszewski's. Rat Pac's, den Kaiser zu Gegenmaßregeln gegen die feindlichen Absichten des Hofes zu veranlassen. Gespräch mit den Danziger Gesandten. Verhandlungen mit dem Erzbischof. Absicht des K. G. Kanzlers, auf dem großpolnischen Seymik für die Erneuerung der Pakten zu wirken.]

Bei seiner Abreise von Krakau vor fünf Tagen wurde zu des Königs Aufbruch alles fertig gehalten, niemand aber wußte zu sagen, wohin derselbe eigentlich zu gehen gedächte, doch vermutet man,[1] er werde über Czenstochau nach Warschau und von dort nach der Hochzeit des K. G. Marschalls[2]) mit der Tochter des O. Kämmerers Grafen Dönhoff nach Danzig reisen, falls er nicht durch Nachrichten vom frühen Feldzug der Türken daran verhindert werden sollte. 18. April

Auf Skoraszewski's[3]) Tun und Treiben raten die dem Kf. Wohlgesinnten wohl acht zu geben, da er mehr ein Spion als ein Gesandter sein würde. Nicht allein der K. G. Kanzler und die Bischöfe von Krakau und Ermland, sondern auch der litauische G. Feldherr Pac mahnen dringend, Kf. möchte dem König den Prätext zur Ruptur nehmen, anstatt der Völker Geld versprechen und in dem Postwesen soviel möglich fügen, dadurch werde er Zeit gewinnen, die Eroberung Stettins in die Hand zu nehmen. Pac riet auch, da der hiesige kaiserliche Gesandte wenig darauf achtete, so möchte vom Hofe des Kf. aus dem Kaiser vorgestellt werden, daß man nicht allein mit dem Türken gewiß Frieden machen und denselben gegen Ungarn zu agieren anhetzen, sondern auch dem Moskowiter durch die Tatern was zu schaffen geben und eine Separation zwischen dem Kaiser und Kf. zu machen suchen werde; es möchte dabei erinnert werden, daß von dort aus zu Beibehaltung des Favors der litauischen Armee etwas Geld geschickt werde.

Die Abgesandten des Danziger Rats karessiert der französische Gesandte sehr und versichert, wenn sie sich dem König mit Abtretung von Putzig und einigen anderen geringen Dingen mehr fügen wollten, sollte ihre Sache wider den Pöbel bald gut werden, sein König werde sie dann gegen alle ihre Feinde schützen. Auf die Nachricht davon hat v. Hoverbeck ihn veranlaßt, die Gesandten zu besuchen und zu sondieren, was sie wegen Putzig tun würden. Er hat sie alle drei sehr perplex gefunden und aus ihren Diskursen ersehen, sie würden sich hierin dem König wohl akkommodieren müssen, wenn sie nur sicher sein könnten,

[1]) Auch die Danziger Gesandten melden dem Rat am 11. April 1676, man glaube allgemein, daß der König nach Preußen reisen werde, zumal da er selbst in dem consilium postcomitiale erklärt habe, er gedenke die Danziger Angelegenheit extrajudicialiter zu entscheiden und er würde wohl sich persönlich dorthin begeben.

[2]) Stanislaus Lubomirski.

[3]) Über die schon im April beabsichtigte Gesandtschaft desselben zu Kf. s. unten.

daß er nicht noch mehr forderte. Der Subsyndikus Stodert, den er, als er ihm die Gegenvisite machte, warnte, erwiderte ihm, sie wüßten wohl, worum es sich bei der Forderung wegen Putzig handelte, sie wären aber jetzt wegen der von Strauch angerichteten Unruhe nicht imstande, sie abzuschlagen. Sie fürchteten am meisten, es dürfte bei Putzig allein nicht bleiben, es wäre ihnen bereits insgeheim gestochen worden, der König würde auch die Scharpau[1]) prätendieren, wodurch ihr Handel mit Königsberg gänzlich gehemmt werden könnte. Außerdem fürchteten sie, wenn der König herabkommen und gegen Kf. in Preußen etwas Feindliches tentieren sollte, so würde er sie um Darlehnung ihrer Artillerie ansprechen und so zu disarmieren suchen. Der gemeine Mann würde, wenn der König nur eine Miene machte, daß er ihnen den Strauch wiederum schaffen wollte, zu allem ja sagen und helfen, daß des Rates Autorität geschwächt würde. Er hat darauf geraten, sie möchten doch dem Volke etwas nachgeben und sich noch vor Ankunft des Königs mit demselben zu vergleichen suchen. Er erwiderte, sie hofften stündlich auf Nachricht, daß sich die vier Hauptgewerke mit dem Rat geeinigt hätten und an den König supplizieren würden, daß die Abgesandten der Gemeine abgewiesen und zurückgeschickt werden möchten, woran sich aber der Hof, nachdem er einmal eine solche gute Gelegenheit, im Trüben zu fischen, gefunden hat, schwerlich kehren wird.

Der Subsyndikus gab auch zu verstehen, daß Holland und Dänemark an Konservation der Stadt viel gelegen und daß diese in die Bredaschen Traktaten mit eingeschlossen sei. Jetzt dürften sie metu criminis rebellionis sich bei keinem derselben anmelden, wenn es aber von fremder Hand unvermerkt geschehen könnte, daß Holland und Dänemark zu der Zeit, wenn der König in Danzig sein würde, ein paar Schiffe auf die Danziger Reede legen ließen, so dürfte dieses bald große Ombrage verursachen. Er hat aber keine Versicherung deswegen gegeben, sondern die Sache in suspenso gelassen.[2])

Auf v. Hoverbecks Veranlassung ist er bei dem bairischen Gesandten v. Kleist[3]) gewesen. Derselbe ließ Kf. warnen, seine preußischen Seehäfen wohl zu versehen, er fände den Hof sehr inkliniert, dem Kf. in Preußen eins anzubringen, und er riet, Kf. möchte sich je eher je lieber mit den preußischen Ständen in ein gutes Vernehmen setzen und dem Könige, wenn möglich, etwas fügen. Derselbe verließe sich auf die Unzufriedenheit der preußischen Stände und hoffte, wenn er nur winkte, würde ihm in Preußen alles zufallen. Er riet ferner, da der König auf keines Senatoren Rat, außer des Erzbischofs, etwas reflektierte, diesen zu gewinnen zu suchen. Auf Veranlassung v. Hoverbecks hat er auch mit Opacki,[4]) als nahem Verwandten und Vertrauten des Erzbischofs

[1]) S. Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1669, S. 30.

[2]) Kf. teilt (d. Cöln 12./22. April 1676) seinen Gesandten im Haag und in Kopenhagen den Inhalt dieses Berichtes mit und trägt ihnen auf, dahin zu wirken, daß einige dänische und holländische Kriegsschiffe nach der Danziger Reede geschickt würden.

[3]) S. oben S. 107.

[4]) S. Urk. u. Akt. XII, S. 496 und oben S. 37.

darüber verhandelt. Derselbe hat sich auch die Sache treulich angelegen sein lassen und endlich, als der Erzbischof von Krakau abgereist ist, die Resolution zurückgebracht, wenn er versichert sein könnte, daß er vor der Konfirmation der Pakten wieder dasjenige zu gewarten haben möchte, was er bei der letzten[1] genossen, und daß es unter ihnen drei verschwiegen bliebe, so wollte er sich bemühen, den König auf andere Gedanken zu bringen. Opacki wollte eine schriftliche Versicherung von ihm haben, Hoverbeck aber hat geglaubt, sehr behutsam gehen und sich vor der Arglist des Erzbischofs sichern zu müssen, er hat daher zu Opacki in seinem Beisein gesagt, er könnte den Erzbischof versichern, wenn derselbe auf des Kf. Seite umtreten und bewirken werde, daß die Pakten konfirmiert würden, so sollte er eine solche Diskretion wie vorher ganz gewiß insgeheim zu erwarten haben, Se. würde indessen bei seiner Zurückkunft den Handel dem Kf. vortragen und dessen Sentiment darauf Opacki mit verblümten Worten wissen lassen, womit dieser auch zufrieden war.

Der G. Kanzler meint ein Mittel erfunden zu haben, um des Hofes Intent gegen Kf., wenn nicht ganz rückgängig doch stutzig zu machen, nämlich er wollte es durch Krzycki, Breza und andere bei dem großpolnischen Adel viel vermögende Patrioten dahin zu bringen suchen, daß auf den Relations-Seymiken der Beschluß gefaßt werde, Deputierte an den König zu schicken und die auf dem Reichstage zu Krakau laudierten subsidia in Großpolen nicht eher aufzubringen, bis der König erklärt hätte, den Frieden mit Kf. zu halten und die pacta zu konfirmieren.[2]

---

[1]) S. Urk. u. Akt. XII, S. 530.

[2]) Schon Ende März hatte Kf. den Kammergerichts- und Konsistorialrat H. A. v. Wedell, der zahlreiche Verwandte in Großpolen hatte, beauftragt, dorthin zu gehen und den Machinationen Frankreichs und Schwedens, Polen zum Kriege gegen ihn und den Kaiser zu treiben, entgegenzuwirken, hauptsächlich durch den Hinweis darauf, daß, falls es zu einem solchen Kriege kommen sollte, Großpolen zuerst der Schauplatz desselben sein und hauptsächlich darunter zu leiden haben werde. Ende April erteilt er dann dem General Joachim Rüdiger v. d. Goltz, dem Vetter desselben, dem Rittmeister Georg Wilhelm v. d. Goltz, und dem Obersten P. Ernst v. Ludwig, welche alle nahe der großpolnischen Grenze begütert waren und in Polen vielfache Verbindungen hatten, ähnliche Aufträge, sie sollen insbesondere bei dem großpolnischen Adel dahin wirken, daß dieser den König zur Konfirmation der Pakten mit ihm dränge. Das haben dieselben auch mit gutem Erfolge ausgeführt, v. Ludwig berichtet dem Kf. aus Posen 4./14. Mai 1676, der großpolnische auf den 11. Mai nach Schroda angesetzte Landtag sei auf einige Wochen verschoben worden, weil man befunden habe, daß in den jetzt gedruckt vorliegenden Reichstagskonstitutionen vieles enthalten sei, was der Instruktion der Landboten durchaus zuwiderliefe. Daher sei beschlossen worden, sofort Deputierte an den König zu schicken, ihm dieses zu remonstrieren und vor allem darauf zu dringen, daß die Pacta mit dem Kaiser und Kf. ohne Klauseln konfirmiert würden. Ehe die Großpolen einen Krieg mit Kf. zugäben, würden sie lieber zu dem äußersten schreiten und nebst anderen Woiwodschaften, die ebenfalls ihre Landtage verschoben hätten, es zum Generalaufstand kommen lassen. Bevor die Deputierten mit guter Resolution vom König zurück-

Von den von Kf. verordneten 5000 Rthlr. haben er und Wichert vorläufig nur 1000 erhoben und mit Gutfinden v. Hoverbecks während des Reichstages unter etliche litauische und kleinpolnische Landboten verteilt.[1])

kehrten, sollten alle in Krakau gemachten Bewilligungen in suspenso bleiben und würden sich die Großpolen auch zu keinen Geldzahlungen verstehen, sie hofften auch, den G. Feldherrn Wiszniowiecki und die ganze Armee auf ihre Seite zu bringen. Derselbe berichtet nach der Rückkehr von einem neuen Besuch in Großpolen 3./13. Juli 1676, man sei jetzt dort von der Gesinnung des Kf. gegen die Republik unterrichtet und werde schwerlich zulassen, daß vom Hofe etwas gegen ihn unternommen werde. Der König solle den Ständen große Versicherung tun lassen, daß er ohne ihr Vorwissen nichts anfangen werde, man traue ihm aber wenig und habe daher wieder den Landtag bis in den August verschoben.

[1]) Nach einem von Morstein und Wichert unterschriebenen „Verzeichnis der Ausgaben der von H. Rat Büttner durch Wechsel an H. Vormunden übermachten 1000 Rtlr.“ vom 18./28. März 1676 sind davon gezahlt worden:

Dem H. Jasocki an gutem Gelde	300 Fl.
H. Mostowski, Landschreiber von Plocke	300 „
Einigen litauischen Landboten an Speziestalern	90 „
Auf diese Taler Aufgeld	18 „
Dem H. Drzezinski	30 „
Summa an gutem Gelde	738 Fl.

An Schillingen:

H. Succamerario Calissiensi	1200 Fl.
H. Sienicki, Chelmischen Mundschenk, Deputato ad constitutiones	500 „
H. Kastellan v. Brzesc Piaseczynski	600 „
H. Sokolnicki, Truchseß v. Kalisch, Deputato ad constitutiones	500 „
Dem Krakauischen Postmeister	100 „
Dem Warschauischen Postbedienten, so in seines Prinzipalen Abwesenheit die Posten nach Königsberg und von dar ankommende nach Krakau abgefertigt	59 „
Dem Juden, so das Geld vorgestreckt, auf drei Wochen Interesse	30 „
Vor zwei Exemplare von des Zawadzki Schrift	12 „
Vor vier Bogen von des Lilienhoecks Schrift	4 „
Einem königl. Türhüter	1 „
Dem Pater Joanni, so zu S. Chf. D. gereist	30 „
Dem Chwalkowski, so den ganzen Reichstag über die vota in der Senatorenstube fleißig kolligiert und in S. Chf. D. Angelegenheiten heimlich zu den Landboten verschicket worden	200 „
Summa	3236 Fl.

= 1912 an gutem Gelde, zusammen also 2650 Fl.

Kf. weist 17./27. April 1676 Büttner an, von den 5000 Rtlr. weitere 2000 an Scultetus nach Cüstrin zu übersenden, und 1./11. Mai 1676, da v. Hoverbeck schon die übrigen 4000 Rthr. auf Wechsel in Krakau gehoben, weitere 2000 zu beschaffen und an Scultetus zu schicken.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln an der Spree 14./24. April 1676. (Conc. v. Somnitz.)

[Auf die Relationen vom 7. und 12. April. Rechtfertigung seines Verfahrens. Billigung der Abmachung mit Opacki.]

Er ist mit seiner Negotiation zufrieden. Es ist ihm viel lieber, daß die confirmatio pactorum zurückbleibe und aus der Konstitution gelassen werde, als wenn sie derselben mit präjudizierlichen Klausuln inseriert würde. 24. April

Von den in Polen vorgehenden Sachen und wie nötig es sei, daß Kf. sich in Postur setze, soll er dem Herzog von Croy und den Oberräten in Preußen umständlich Nachricht geben, ferner soll er ihm raten, was dagegen zu tun und welche Leute dazu in Polen und in Litauen zu gebrauchen seien.

Seine Erklärung in dem Postwesen[1]) beruht auf aller Billigkeit; wenn er darin nachlassen sollte, so müßte er die polnischen Briefe selbst bezahlen. Hilfe hat er, falls ihm Gott hier Frieden gibt, versprochen, aber Geld zu zahlen ist ihm unmöglich.

Auf seine Beschwerden bei dem Könige über die schwedischen und französischen bösen Praktiken hat er nie eine Antwort erhalten, um so weniger ist ihm zu verdenken, daß er sich an seine Freunde und Bundesverwandten hält und sie um officia und Assistenz belangt.

Was[2]) Ihr mit dem Opatzky[3]) wegen der bekannten Person geredet, solches halten wir genehm und soll alles, was Ihr versprochen, solcher Person gereichet werden, davon Ihr doch keinem Menschen ouverture zu thun als dem Opatzky. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Cracau 4. Mai 1676.

[Nachträgliche Änderung der Reichstagskonstitutionen. Neuerungen im Postwesen. Die Antwort auf sein Memorial.]

Mit den Konstitutionen ist[4]) nie so verfahren worden wie bei diesem Krönungstage, der Landbotenmarschall hat ohne Scheu alles nach seinem Willen eingerichtet, auch die Restriktion ex senatus consilio, die man nicht hat gutheißen wollen, hineingerückt. 4. Mai

[1]) S. oben S. 106f.

[2]) Das Folgende in Ziffern.

[3]) S. oben S. 111.

[4]) Die Danziger Gesandten berichten dem Rat am 19. April 1676: „Die Confusion, welche bei Schreibung der constitutionum fürgelaufen, ist nicht zu beschreiben und

Damit die Stände erkennen, daß Kf. es mit der Republik gut meine, wäre wünschenswert, daß er in seinem Bescheid an Skoraszewski statt der Völker eine Summe Geldes, etwa 100000 Gulden, bewilligte und in dem Postwesen sich nachgiebig zeigte.

Gestern hat ihm Bąkowski angezeigt, der König hätte nach dem Beispiel des Kf. die Post in seinen Landen eingerichtet, er werde daher künftig nicht weiter gestatten, daß des Kf. Ordinanzreiter in seine Lande verlegt würden und zu Abbruch der Intraden der Königl. Post Briefe überbrächten, und von ihm verlangt, er sollte Ordre geben, daß die Ordinanzreiter abgeführt würden. Auf seine Erwiderung, daß es mit diesen eine ganz andere Bewandnis hätte, und daß er den Reitern keine Befehle erteilen dürfte, erwiderte er, er hätte keinen Befehl, sich mit ihm in Disputat einzulassen, sondern nur, ihm jene Anzeige zu machen, dabei aber führte er große Klage wegen Anhaltung königlicher Pakete, wodurch dem König großer Schaden zugefügt worden wäre.[1]) Nachher haben sie noch wegen Renovation der Pakten geredet, wobei B. dabei blieb, die Kommission über die Prätensionen müßte vorhergehen. In puncto subsidiorum behauptete er, Kf. sei verpflichtet, solange ein Krieg dauerte, alljährlich Hilfstruppen zu schicken.

Beifolgend das Responsum,[2]) das ihm auf seine zwei Memorialien vom König erteilt worden ist.

---

dannenhero seind in großer Anzahl protestationes ergangen, welche man zwar alhier im Grod nicht annehmen wollen, es wird aber besorget, daß noch viel Widerwärtigkeiten auf den Landtägen desfalls werden gemacht und die contributiones allenthalben nicht leicht werden erhalten werden." S. auch den Bericht Baluze's vom 24. April 1676 (Acta hist. III, S. 258).

[1]) D. Schumann berichtet dem Danziger Rat (d. Krakau 8. Mai 1676), Bąkowski habe v. Hoverbeck vor seiner Abreise am 5. Mai im Namen des Königs angedeutet, die brandenburgischen Postreiter von Warschau nach Preußen aufzuheben. An demselben Tage habe ihn v. H. zu sich gebeten. Er habe dort auch den Starosten von Kosten, Korszeniewski, gefunden, der ihn gefragt, ob er wüßte, daß die Gewerke dem König eine Schrift eingereicht und sich darin erboten hätten, ihm die Pfarrkirche abzutreten, doch hätte derselbe diesen Punkt ausgestrichen mit dem Bemerken, hiervon zu reden sei noch nicht an der Zeit. Er hätte hinzugefügt, man müßte sich vorsehen, weil in die Stadt wohl königliche Garnison gelegt werden dürfte, und er hätte sich dann erkundigt, wie es mit Putzig stände. Wichert hätte ihm gesagt, man beabsichtigte auf dem Landtage in Großpolen dahin bedacht zu sein, daß Danzig die Starostei bis zum künftigen Reichstage im Besitz behielte und daß wohl Briefe deshalb an die Stadt abgehen oder gar eine Gesandtschaft beschlossen werden würde. Hoverbeck aber habe gemeint, es werde schwerlich etwas zu erhalten sein, der König werde wenig auf die Gesandtschaft geben, indem er alles auf die Hörner nehme. — Kf. weist v. Hoverbeck und Wichert an (d. Cöln 7./17. Mai 1676), gegen die Abstellung der Post von Warschau nach Preußen einen Protest einzulegen, und befiehlt dem letzteren, seine Briefe, damit sie nicht in die Hände der Polen fielen, mit sicherer Gelegenheit nach Ortelsburg zu schicken.

[2]) Dasselbe (s. d. unterzeichnet: ad expressum mandatum S. R. M. vom Kanzleiregenten Stanislaus Witwicki) lautet: Ad utrumque punctum conclusione Senatus

König Johann III. an den Kurfürsten. D. in regia nostra Cracouiensi 13. April 1676.

[Beschwerde über die Klagen, welche Kf. bei anderen Fürsten gegen ihn wegen Verweigerung des Durchzuges erhoben hat, über das Verfahren gegen den Grafen Schlieben und über die Erhöhung des Briefportos.]

Quantam ipsos inter proeliorum aestus Ducalis Borussiae gessimus curam, illa demonstrat armorum Sueticorum tempestas; quae dum Serenitatis Vestrae inundaret provincias, hanc servavit respectu nostri immunem. Eo genere officii Serenitatem Vestram multo nobis devinctiorem arbitrabamur, a qua debita vi foederum ultro citroque mittenda sperabamus subsidia illius in gratiam Reipublicae, quae ab aevo solita cum Electorali domo certat magnanimitate. Verum secus utrique evenire comperimus. Uno eodem tempore Nobis indemnitati Borussiae studere, Serenitati Vestrae placuit[1]) apud christianos principes et immeritas exagerare querimonias et Nos Nostrumque regnum cum corona Sueciae eo ipso committere, quod ex provincia intuitu nostro ab hostilitate servata arma virique inconsultis nobis per Poloniam contra Suecos ducerentur. Legimus non sine animi nostri sensu Serenitatem Vestram tum adhuc quasi de impedito per Nos militibus suis ex Prussia transitu coram principibus christianis conquestam, cum ne notitiam quidem de ea Serenitatis Vestrae habuerimus intentione, qua habita contrarii sensus ex dictamine justitiae nos fuisse non diffitemur, arma tamen vel opponere destinatis, vel contra Serenitatem Vestram movere, quam procul ab animo nostro tanto alias applicato bello fuerat, tam iniquum et nomini nostro iniurium erat eas diversis ab aulis efferi literas, quibus ab illo dimoveremur proposito. Haec inter Serenitatem Vestram nostris convenire non destitimus literis, quatenus debitis rebus nostris adesset auxiliis, sed propriis se a nostro subsidio exemptam affirmat periculis; si periculorum titulo censenda, quae superata defensione vicinis inferantur: vano amplius consilii et opis nostrae usu. Quare justior nobis posthac conquerendi foret occasio, si nobis debita vel differentur vel negarentur auxilia. 13. April

---

consilii in hunc respondetur modum, misisse Regiam Maiestatem suo et Reipublicae nomine ad S. Electorem Br. ablegatum suum g. d. Vl. Skoraszewski Vexilliferum palatinatus Posnaniensis. Quae legatio dum foederi Bidgostiensi nititur eiusque executionem requirit, iustissimum censetur negotium dicti foederis tantisper suspendere renovationem ut et feudi recognitionem ad reditum supra memorati ablegati.

[1]) S. oben S. 89.

Scripsimus itidem Serenitati Vestrae pro Comite a Sliven[1]) odio religionis catholicae aulicum per judicium in Prussia gravato. Quam ingens sit jam inibi crimen parenti catholico sacro de fonte levasse sacerdotis per manus primo et secundo genitam sobolem! inde triginta milia imperialium imposita multa! quod alius non patitur nisi qui religionem tractatuum Varsaviensium in anno 1611 et Bidgostiensium laesam velit, odio Romanae Ecclesiae. At pro responso legimus querelam de erecto ad Birsam catholico templo, quasi vicinum consilium accuratiorem rerum nostrarum vendicaret curam quam legitima locique potestas. Cum e converso haereditatis authoritas fundi directum patrocinium nec excludat nec explodat. Habent Birsarum haeredes Magni Ducatus Lituaniae tribunalia, ubi de injuriis in competentiori foro contra suos valent agere concives. Nobis constat catholicum inibi fuisse templum, nec erectum ad praesens sed refectum.

Tertio loco de gravaminibus Postae[2]) literariae egimus, dum violatione sigillorum et ingentibus aggraviis tollitur hoc societatis humanae commercium magno mercatorum nostrorum detrimento. Retulimus a Serenitate Vestra responsum, quod remedium adferre videbatur malo, nisi de novo edoceremur de crescentibus in dies vecturae litterariae pretiis in tantum, ut omnino cessatura sint illa commercia. Quare dum hac de re fusius Ablegatus Noster cum reliquis, quae ipsi commiseramus, coram Serenitate Vestra exponet, Nos prosperam eidem exoptamus animo valetudinem felicibusque potiri votis desideramus.[3])

Puncta legationis Serenissimi Regis Poloniae ad Serenissimum Electorem Brandeburgicum 16. Mai 1676.

[Verlangen der Hilfeleistung gegen die Türken mit Truppen oder Geld. Beschwerde über die Klage des Kf. bei auswärtigen Fürsten, über das Verfahren gegen den Grafen Schlieben, Hemmung des Postverkehrs, Fortnahme der Sachen Liliehoecks.]

16. Mai Ut S. Elector assistere velit Reipublicae Polonae tamquam perpetuus foederatus et auxilia ferre adversus immanem orbis christiani praedonem

[1]) S. oben S. 105 f.

[2]) S. oben S. 104 ff.

[3]) Vgl. über dieses Schreiben den Bericht Baluze's vom 8. Mai 1676 (Acta hist. III, S. 250 f.). — Unter demselben Datum (13. April 1676) ist auch das Kreditiv König Johanns für Skoraszewski ausgestellt, beide Schreiben hat Kf. jedenfalls erst durch diesen Mitte Mai erhalten. S. über dessen Sendung Pufendorf l. XIV, § 5 (S. 1008).

Turcam tum ex vi pactorum Bidgostiensium tum memor quod Serenissimi Reges et Respublica Polona tam amplis dominiis auxerint Serenissimos Electores Brandenburgicos, multaquae connivebunt et connivent omnia in gratiam bonae amicitiae cum Serenissimis Electoribus tolerando. Iustum itaque, ut S. Elector mutua certet magnanimitate cum Republica Polona et haec auxilia ferat quae ferre tenetur.

Si impossibile in tam arcto tempore S. Electori occupato bellis mittere auxiliares copias in aciem contra paganos, tunc pro hoc anno tot bellis exhaustae Reipublicae iusta summa pecuniaria succurrat S. Elector, modo ut realis et absque dilatione.

Dolor S. Regis Poloniae ex eo fonte, quod S. Elector, querimonias suas intulerit in aulis principum exterorum, quod S. Rex noluerit nec iusserit per dominia sua exercitum in Prussia contractum contra Suecos transmittere, imo bellum statuerit inferre S. Electori. Hinc literae fuerunt ad S. Maiestatem a S. Rege Daniae et a Statibus Holandiae. Igitur quo ardentius et diligentius ad postulationem S. Electoris hoc egerit S. Rex, ne a Suecis Ducalis Prussia invaderetur, eo maiorem dolorem habet ex istis querimoniis S. Electoris, quae ledunt aestimationem eius Maiestatis, qui pro universa Christianitate bella in persona sua gerens de istis cruentissimis conflictibus non cogitat, qui fundunt christianum sanguinem.

Movet etiam dolorem in corde S. Regis agravacio Comitis a Sliven, quam patitur odio catholicae religionis, quasi hoc ingens crimen sit in Prussia, ubi indemnitati catholicae religionis tractatu Varsaviensi et Bidgostiensi abunde provisum, puerum baptizare ritu catholico et exinde succumbere mulctae 30 millium thalerorum, quae omnia fiunt odio catholicae religionis, cui non licet tuto subsistere sub scuto et tuitione pactorum.

In dominiis S. Electoris convelluntur societatis humanae comercia per aggravationem et interceptionem Postae in Poloniam euntis, et licet per R. P. Hacky et literas suas expostulaverit S. Rex de hoc gravamine, nullam tamen a S. Electore satisfactionem recepit, imo aucta sunt gravamina.

Legatus Sueticus[1]) iure gentium vallatus, nulla re nocivus Suae S. Electorali Celsitudini, imo proficuus, nam indemnitati Prussiae Lemburgi et Bitovi cooperans, dum ad amicum principem ibat, res eius intercipiuntur. Incumbit itaque Suae R. Maiestati, quoniam ad Se euntem hic

[1]) Liliehoeck.

casus afflixit, apud S. Electorem instare, sicut per me legatum suum instat, ut ei ablata restituantur.

NB. Multiloquio et multa rationum consignatione nolo molestus esse, has enim exposui in privato colloquio S. Electori. Deus optimus maximus dare dignetur, ut haec mea expeditio cedat ad maiorem eius maiestatis gloriam, quietem et pacem publicam et totius Christianitatis emolumentum, paganorum depressionem. Quae Deo favente virtute prudentia — Regis — subsequentur. Tantum non multum disputate sed Polonis auxilia date.

Resolution des Kurfürsten auf das Schreiben des Königs vom 13. April und auf die Proposition Skoraszewski's. D. Coloniae ad Spream 16./[26.] Mai 1676.[1])

[Verlangen der Bestätigung der Pakten, vorläufige Unmöglichkeit der Hilfeleistung, Zurückweisung der Beschwerden.]

26. Mai ad I. 1. Kf. hat Polen in dem früheren Kriege mit Schweden in nachdrücklichster Weise Hilfe geleistet und seine Freundschaft bewiesen. Er bedauert, daß er jetzt durch Schweden verhindert wird, dasselbe zu tun. Da aber trotzdem auf Grund der Pakten von ihm Hilfstruppen verlangt werden, so weist er darauf hin, daß in diesen Pakten jedesmalige Erneuerung des ewigen Bündnisses nach der Wahl eines neuen Königs in Polen oder der Nachfolge eines neuen Herzogs in Preußen vorgeschrieben ist, daß sein Gesandter diese Erneuerung erbeten, aber nicht erlangt hat, daß aber billigerweise erst durch eine solche Bestätigung der Pakten die Grundlage gelegt werden muß, auf welcher Forderungen erhoben werden dürfen.

2. Kf. hat zweimal der Republik Hilfstruppen geschickt und zwar mit mehr Kosten, als in den Pakten bestimmt wird, da er statt Fußsoldaten Dragoner gestellt und selbst deren Unterhalt übernommen hat, obwohl er nach den Pakten nur beim Ausbruch eines neuen Krieges, nicht in jedem einzelnen Feldzuge zur Hilfeleistung verpflichtet ist, und zwar sind diese Truppen nicht nur zur Musterung, sondern zum Kriege geschickt worden, in welchem sie nach dem eigenen Zeugnis des Königs[2]) ihre Schuldigkeit getan haben.

3. Nach dem Völkerrechte ist der selbst in seiner Heimat Gefährdete nicht zur Hilfeleistung verpflichtet. Dieses ist aber bei Kf. im höchsten Maße der

[1]) Bei den Akten befindet sich auch das Protokoll einer am 16./26. Mai von v. Somnitz und v. Gladebeck mit Skoraszewski abgehaltenen Konferenz.

[2]) S. oben S. 85.

Fall, der, um seine von Schweden bedrohten Lande zu schützen, die schwedischen Gebiete angreifen muß.

4. Der König hat selbst in einem Schreiben an den Herzog von Croy vom 7. Februar 1675 es für billig erklärt, daß dem Kf. seine Hilfstruppen zurückgeschickt würden, es würde jetzt sehr unbillig sein, demselben in solcher Gefahr Truppen zu entziehen.

Kf. erkennt die Freundschaft der Republik gegen ihn an und will nicht erwähnen oder sich dessen rühmen, was er und seine Vorfahren für diese getan haben. Hier aber handelt es sich darum, was aus den Pakten sich ergibt.

Mit Geld der Republik zu helfen, ist Kf. jetzt, wo der Krieg mit Schweden ihm die größten Kosten verursacht, nicht imstande. Sobald er seine Lande beruhigt und den Feind zurückgedrängt hat, ist er bereit, der Republik mit viel zahlreicheren Truppen, als er durch die Pakten verpflichtet ist, zu Hilfe zu kommen. Damit seine Bereitwilligkeit noch mehr erhelle, cediert er dem König und der Republik 50000 Taler von der ihm für Elbing versprochenen Summe, doch unter feierlichem Protest, daß er dazu nicht verpflichtet ist, nnd unter Vorbehalt seiner Rechte auf Elbing und sonstigen Befugnisse.

ad II. Über die gegen ihn gerichteten Machinationen des schwedischen und des französischen Gesandten am polnischen Hofe hat sich Kf. bei dem Könige selbst in seinem Schreiben vom 28. Juli 1675 beschwert und in gleicher Weise hat er an den König von Dänemark und seine anderen Bundesgenossen geschrieben. Darin sind unpassende Klagen oder etwas für den König Beleidigendes nicht zu finden. Den König mit Schweden zu verfeinden ist ihm nie in den Sinn gekommen. Daß der König sich um die Sicherung Preußens bemüht hat, dafür hat er demselben gedankt und weiß ihm auch jetzt Dank, denn derselbe hat damit getan, was den Pakten entspricht. Truppen aus Preußen gegen seine Feinde zu schicken ist Kf. als souveräner Herr des Landes berechtigt. Den Durchzug braucht er nach den Pakten nicht immer dem Könige, sondern nur den Gubernatoren anzuzeigen. Dies ist dem Palatin von Pommerellen gegenüber geschehen, dieser aber hat denselben verweigert und dagegen protestiert, und daß auch der König derselben Meinung ist, zeigt dessen Schreiben vom 13. April. Daß der König gegen ihn Krieg vorhabe, hat Kf. niemals geschrieben, sondern nur, daß Schweden und Frankreich sich bemühten, ihn dazu zu bewegen.

ad III. Graf Schlieben hat die Strafe von 30000 Talern sich selbst und zwar unter Bürgschaft zuerkannt. Daß dieses Urteil aus Haß gegen die katholische Religion gefällt sei, ist unwahr und für das preußische Gericht beleidigend. Tausende von Kindern werden in den Landen des Kf. katholisch getauft, ohne daß deswegen irgend jemand behelligt oder bestraft würde.

ad IV. Die Klagen gegen die Post werden wiederholt, aber ohne daß etwas Bestimmtes wegen Eröffnung der Briefe oder Erhöhung des Portos angeführt wird. Wenn dieses geschehen wird, wird Kf. so darüber entscheiden, daß der König wird zufriedengestellt werden.

ad V. Liliehoeck ist ohne kurfürstlichen Paß und ohne daß er sich als Gesandter ausweisen konnte, durch feindliches Gebiet gereist. Daß ihm dort

von den Soldaten des Kf. Schaden zugefügt worden ist, hat er sich selbst zuzuschreiben. Derselbe hat sich ferner in für einen Gesandten ungehöriger Weise benommen.

ad VI. Daß Aeg. Strauch[1]) schwedischer, d. h. feindlicher Minister und Rat ist, haben die bei ihm bei seiner Gefangennehmung gefundenen Briefe ergeben, er ist daher nach Kriegsrecht gefangen genommen worden. Außerdem hat er sich schon in Danzig als dem Kf. feindlich gesinnt erwiesen und dort sowohl wie auch in seiner Heimat Unruhen unter seinen Glaubensgenossen erregt. Er ist daher zur Strafe reif, doch wird diese ihm nur auf gerichtlichem Wege zuerkannt werden. Sollte er aber in der Danziger Angelegenheit zu verhören sein, so soll dies, wenn der König es wünscht, im Gefängnis geschehen.[2])

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Cracau 28. Juni 1676.

[Einfluß Frankreichs am polnischen Hofe. Vorschlag, dem König die Friedensvermittlung in Nimwegen anzubieten.]

28. Juni Da[3]) seitens des Königs Sincerationen der Freundschaft geschehen und dennoch viele von den Ständen und Offizieren sich warnend oder drohend äußern, so bemüht er sich, hinter den rechten Grund zu kommen. Namentlich hat er solche, die bei Hofe vor anderen beliebt und angesehen sind, ersucht zu helfen, zwischen dem Könige und Kf. festes Vertrauen zu stiften. Sie machen ihm aber dazu fast keine Hoffnung, falls nicht ein durchgehender Frieden im Reich erfolgen sollte, da Frankreich sich bei Hofe so festgesetzt habe, daß es schwerlich von der Stelle zu rücken sei. Kf. hat sich also bei jetzigen Konjunkturen von diesen Leuten wenig Gutes zu versehen.

Einige Wohlaffektionierte meinen, Kf. könnte sich vor den französischen und schwedischen Machinationen an diesem Hofe nicht besser sichern, als wenn er nach erfolgtem Frieden mit den Türken den König zum Mediator bei der Friedensverhandlung in Nimwegen annehmen würde. Er hat erwidert, dergleichen müsse bei allen Alliierten angebracht werden.

[1]) S. über dessen inzwischen erfolgte Gefangennahme und über diese Verwendung des Königs für ihn Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, S. 197ff., 212f.

[2]) Das Rekreditiv des Kf. für Sk. ist Coloniae 18./28. Mai 1676 ausgestellt.

[3]) Vgl. den Bericht des Bischofs von Marseille an Ludwig XIV. vom 24. Mai 1676 (Acta hist. III, S. 261).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. im Feldlager vor Anklam 16./[26.] Juli 1676. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf die Relation vom 28. Juni. Zu machende Versuche, den König umzustimmen. Ernennung v. Tettau's zum zweiten Kommissar für die Erneuerung der Pakten. Die Mediation des Königs. Dem Erzbischof zu machende Versicherungen.]

Er wünscht mit dem Könige und der Republik in guter Vertraulichkeit zu bleiben, hat dem Könige auch nie Ursache zu solcher Erweisung, wie H. meldet, gegeben. H. soll sich also bemühen, daß demselben solche übel gegründete Information benommen werde. Da der Bischof von Krakau mit der ihm gegebenen Information sehr zufrieden gewesen ist, so wäre ihm sehr lieb, wenn derselbe solches auch an den König bringen und denselben wieder zu vertraulicher Korrespondenz zu disponieren suchen sollte. Da nach dem, was der Reichsuntertruchseß[1]) an H. geschrieben, der König die pacta renovieren lassen will, jedoch zwei Kommissare dazu von jeder Seite begehrt, so will Kf., ohne daß er sich verbunden hält, es jedesmal zu tun, sich dazu diesmal verstehen und ihm den Hauptmann zu Loitz v. Tettau[2]) adjungieren. H. soll daher dahin bedacht sein, daß die renovatio ehestens werkstellig gemacht werde, und dann demselben rechtzeitig davon Nachricht geben. 26. Juli

Wegen des Postwesens weiß er nicht, worin er dem König etwas nachgeben könnte, er hofft vielmehr, der König werde ihm darin in Danzig mehr als bisher zugeben.

Mit Gartengewächs[3]) und dergl. will er dem König gern an die Hand gehen, am besten wäre es, wenn der König deswegen einen seiner Gärtner zu rechter Zeit herüber schickte.

Der König hat leicht zu ermessen, daß dessen Mediation ihm gar nicht zuwider sein würde. Derselbe müßte sie aber allen Alliierten offerieren, und da unter diesen einige sind, die wohl Schwierigkeiten machen würden, so hat er zu überlegen, ob er ein solches Anerbieten hazardieren wolle.

---

[1]) Hieronymus Olszowski, Bruder des Erzbischofs.

[2]) In einem Schreiben von demselben Datum zeigt Kf. diesem an, daß er ihn nebst v. Hoverbeck zu seinem Kommissar bei der Erneuerung der Pakten ernannt habe, und weist ihn an, sich zur Reise nach Polen bereitzuhalten.

[3]) Wie aus einem Schreiben St. Niemirycz's an Kf. (d. Neuenburg 28. August 1676) zu ersehen ist, hatte der König durch v. Hov. den Kf. um raritès du jardin gebeten. Derselbe bemerkt, die Sendung von Bäumen werde der vorgerückten Jahreszeit wegen nicht mehr möglich sein, vorläufig werde der König mit oignons et plantes de diverses fleurs rares et odoriferantes zufrieden sein. Kf. erwidert darauf (d. Kreckow vor Stettin 12./22. September 1676), er werde die vom König verlangten Raritäten und Gartengewächse demselben zukommen lassen und einen seiner Gärtner mitschicken, die kleinen Bäume aber würden in diesem Jahre kaum geschickt werden können.

Die Intention des Erzbischofs[1]) ist genugsam bekannt. H. soll jedoch keine Gelegenheit verabsäumen, ihn seiner Affektion zu versichern, ihm zu melden, daß er ihm sein Interesse rekommendieren lasse und ihm seine Erkenntlichkeit in der Tat bezeugen wolle.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 28. Juli 1676.

[Rückkehr nach Warschau. Beabsichtigte Reise der Königin nach Frankreich. Günstige Erklärungen des Bischofs von Posen.]

28. Juli Da Kf. ihm reskribiert hat, er halte es nicht für nötig, daß er dem Könige nach Reußen ins Lager folge, und dieser es auch schwerlich gestatten würde, so hat er von Krakau aus an Gninski, den einzigen Senator, der außer dem Feldherrn sich bei Hofe befindet, geschrieben und ihn gebeten, die Deputation eines Kommissars zur Renovation der Pakten zu befördern und auch sonst sich der Interessen des Kf. anzunehmen. Als er darauf aber erfahren, daß die Königin beschlossen habe,[2]) sich nach den Bourbonischen Bädern zu begeben und am 7. von Jaworoff aufzubrechen, um zu Wasser nach Danzig zu gehen, und daß der König sie bis Casimir begleiten werde, hat er für ratsam erachtet, auch zu Wasser zu gehen, um Gelegenheit zu erhalten, die Königin und auch wohl den König selbst zu sprechen, zu informieren und sondieren. Doch ist dieses nicht geglückt, da der König wegen Unpäßlichkeit noch nicht aufgebrochen ist. Des ungewöhnlich niedrigen Wasserstandes wegen hat er drei Wochen auf der Reise zubringen müssen, daher auch solange nicht berichtet.

Unterwegs, fünf Meilen von hier, zu Gura, hat er den Bischof von Posen Wierzbowski, der dort eine Calvariam zur neuen Wallfahrt anlegt, getroffen. Derselbe erklärte ganz ohne Scheu auch in Gegenwart seiner Domherren, die Wohlfahrt der Republik, besonders seiner Landsleute, der Großpolen, bestehe darin, daß die Schweden aus ihrer Nachbarschaft, von des Römischen Reiches Boden entfernt würden, der König würde nicht eher, bis er sie alle zu Boden getreten hätte, Frankreich und Schweden zu gefallen dem Kf. eine Diversion zu machen vermögen. Auch die Armee sei den französischen und schwedischen Desseinen zuwider, überdies sei beschlossen, sobald nur der Frieden mit den

[1]) v. Hoverbeck und Scultetus hatten mit diesem weiter durch Opacki verhandelt. Letzterer schreibt an Scultetus aus Warschau am 13. Juni 1676, der Erzbischof habe dem Abgesandten der Großpolen Korszeniewski versprochen, sich beim König wegen der Konfirmation der Pakten zu verwenden: Fient igitur haec ex voto Ser. El., dummodo et vos faciatis secretumque servetis, prout inter nos conventum est.

[2]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille vom 12. Juni und 20. Juli 1676 (Acta hist. III, S. 262, 275, 519).

Türken erfolgt sei, bar Geld zur Abdankung der Armee aufzubringen. Dafür aber wollte er nicht gut sein, daß nicht etwa dem Kaiser eine Diversion in Ungarn gemacht werden sollte. Er berichtete, der König hätte sein und anderer Senatoren Bedenken wegen der Reise der Königin erfordert, er hätte sie widerraten, jetzt sei dieselbe aber doch beschlossen. Er erbot sich, weiter mit ihm zu kommunizieren, und riet, Kf. möchte dem Könige in allen möglichen Dingen zu gefallen leben, damit die Stände desto mehr einsähen, daß man keine Ursache habe, seinen Feinden beizupflichten.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 25. Juli/[4. August] 1676.

[Besuch beim K. G. Kanzler und bei Breza. Mitteilungen derselben über die Konföderation, über die Absichten des Hofes und über die zur Vereitelung derselben anzuwendenden Mittel.]

Er hat sich[1]) nach der zu Driesen gehaltenen Kommission zu dem K. G. Kanzler nach Goschlin begeben und demselben mitgeteilt, was Kf. zur Gegeninformation auf die vom Könige den großpolnischen Woiwodschaften erteilte Resolution notieren lassen.[2]) Der Kanzler fand diese notas sehr gut und versprach sie unter dem Adel bei bevorstehender Hegung der Landgerichte in Posen zu spargieren, damit sie den Betrug und die Ausflüchte des Hofes desto besser erkennten. Er maß alles Gninski und Bąkowski bei, die von Frankreich dazu erkauft wären. Die Reise der Königin,[3]) meinte er, würde, wenn nicht ganz eingestellt, doch verschoben werden, da er und andere Senatoren, von denen der König ein schriftliches Gutachten darüber gefordert, dieselbe widerraten hätten. 4. Aug.

Von einer Konföderation,[4]) sagte der G. Kanzler, müßte wohl etwas obhanden sein, da sowohl der K. G. Feldherr wie auch der litauische G. Feld-

---

[1]) Kf. hatte (d. Cöln 29. Juni/[9. Juli] 1676) Sc., dessen Vorschlägen gemäß, beauftragt, zu dem K. G. Kanzler zu reisen, um ihn von dem, was bei der vom König den großpolnischen Ständen erteilten Resolution (s. das Schreiben des Bischofs von Marseille vom 3. Juli 1676, Acta hist. III, S. 519) zu notieren sei, zu informieren und Erkundigungen über die Konföderation einzuziehen.

[2]) Die Geheimen Räte in Berlin hatten gegen die von der polnischen Kanzlei den großpolnischen Deputierten erteilte Antwort, in welcher dem Kf. vieles aufgebürdet werde, was sich in facto anders verhalte, durch v. Somnitz eine Gegeninformation abfassen lassen, welche vom Kf. gebilligt und darauf an v. Hoverbeck, Scultetus u. a. zur Verbreitung in Großpolen mitgeteilt wurde.

[3]) S. oben S. 122.

[4]) Sc. hatte 6. Juni 1676 dem Kf. berichtet, daß Krzycki und Breza nach Thorn gereist seien, um dort heimlich mit einigen aus Litauen wegen einer Konföderation

herr mit dem König sehr unzufrieden wären und den Adel möglichst miteinzuflechten suchten, der Hof hätte aber schon Wind davon bekommen und der König bemühte sich, die Soldaten zu gewinnen und von der Affektion des Feldherrn abzuziehen. Es sei zu fürchten, daß, wenn nach Abschluß des Friedens mit den Türken auf der im Dezember angesetzten Kommission zu Reusch Lemberg seitens der Republik die Abdankung der Armee gefordert werden sollte, der König etliche abgedankte Regimenter unter dem Schein, als hätten sie eine Konföderation unter sich gemacht, an sich ziehen und durch die Finger sehen würde, daß dieselben, um dem Adel nicht beschwerlich zu fallen, im Herzogtum Preußen und in Kurland die Winterquartiere nähmen. Dem vorzukommen sehe er kein ander Mittel, als dem Adel die Inkonvenientien, welche das Vorhaben des Hofes nach sich ziehen würde, wohl vorzustellen. Er selbst erklärte sich dazu bereit, klagte aber, daß er fast keinen vornehmen Herrn in G. Polen fände, mit dem er deswegen vertraut umgehen könnte, da der Woiwode von Kalisch, Opalinski, durch die Assekuration des Generalats in G. Polen nach seinem Tode von dem Hofe so gut als halb gewonnen sei. Er hat ihn auf Krzycki und Breza verwiesen und erklärt, falls der König unter irgendeinem Vorwande die Armee nach Preußen in die Winterquartiere schicke, werde Kf. die seinige nach G. Polen marschieren lassen.

Er hat sich nachher auch zu Breza auf dessen unter der Starostei Crohne gelegene Güter begeben und mit ihm auch zuerst von der Konföderation gesprochen. Br. behauptete, dieselbe bezwecke eigentlich Erhaltung der Freiheit des Vaterlandes und Abwendung des Krieges mit den Nachbarn und sei von nachbenannten guten Freunden gemacht und unterschrieben worden: Dem Woiwoden von Troc, Oginski, dem litauischen G. Feldherrn Pac, dem Kastellan von Kaminiec, Szilinski, dem K. G. Feldherrn Wisnowiecki, von Czarnecki und Pienaseck. Dieselben hätten vorher, während des Reichstages zu Krakau, zu dem kaiserlichen Gesandten Baron Herward und dem Residenten Suronski geschickt und gefragt, ob sie im Notfall vom Kaiser Hilfe zu erwarten hätten. Die Resolution des Kaisers darauf habe sich lange verzögert, jetzt aber habe Herward eine günstige in Aussicht gestellt und es stehe nun zu erwarten, wie sich Kf. auf einen solchen Fall erklären würde, der auch große Ursache hätte, der Konföderierten partes zu halten und zu verhüten, daß der König die Republik über den Haufen werfe. Auch er behauptete, der König suche das Vertrauen zwischen dem Feldherrn und der Armee zu stören und die Soldaten, welche sich nicht wollten abdanken lassen, an sich zu ziehen, er wolle zulassen, daß dieselben sub specie confoederationis pro rege Winterquartiere in Preußen und Kurland nähmen. Um dem vorzubeugen, müßten beizeiten auf den Landtagen dem Adel die arglistigen Anschläge des Hofes enthüllt und bewirkt werden, daß einige ihres Mittels, besonders Krzycki, nach Lemberg deputiert würden, um auf des Hofes Aktionen acht zu geben und gegen solche Praktiken zu protestieren.

wider den König zu beraten. S. darüber den Bericht Baluze's vom 14. Juli 1676 (Acta hist. III, S. 305, 520).

Er riet auch, Kf. möchte die Sache am kaiserlichen Hofe eifrig treiben lassen und durch Hoverbeck an den K. Feldherrn und an Pac ein Kompliment abgehen lassen.

Beim Abschied hat er Breza die 1000 Rtlr. eingehändigt, Krzycki hat die noch übrigen 500 durch den Rittmeister v. d. Goltz erhalten.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 28. August 1676.

[Aufenthalt der Königin in Danzig. Rat, den Kurprinzen nach Preußen zu schicken. Absichten des Königs in Preußen. Widersprechende Nachrichten aus der Ukraine.]

Aus Danzig ist die Nachricht gekommen, daß die Königin[1]) sich in die 28. Aug. Vorstadt begeben, dort die Bourbonischen Wässer brauchen und dazu vier oder fünf Wochen daselbst verbleiben wolle. Es ist aber sehr verwunderlich, daß man, weil die Reise erst vor 14 Tagen auf das Vorjahr verschoben worden, solches von einem so weit entlegenen Orte in so kurzer Zeit hat herbeischaffen können, oder auch daß Béthune noch vor der Krankheit so viel Vorsichtigkeit bei sich gefunden, daß er es mit überbracht. Weil Danzig näher als Reusch-Lemberg gegen Bourbon gelegen, werden die französischen medici außer Zweifel dafür halten, daß es daselbst kräftiger als in Reußen sein werde.

Dem kurländischen Gesandten und ihm wird auf ihr Suchen keine Resolution erteilt. Es scheint, daß der König nach gehaltenem großen Kriegsrat hierher kommen und dann nach Danzig gehen wird, auf welchen Fall Kf. trotz aller Sincerationen wird auf der Hut zu stehen haben. Er weiß, um allem Unheil vorzukommen und die preußischen Stände in Devotion zu halten, keinen besseren Rat, als je eher je lieber den Kurprinzen ins Herzogtum zu schicken und denselben dort so lange zu lassen, bis Kf. selbst wird herüberkommen können. Wenn das, was bei den Städten Königsberg[2]) wider oder doch ohne des Kf. Ordre vorgegangen, unterblieben wäre, würde ihm besser zu Mute sein. Er weiß wohl, daß der Kurprinz sich jetzt lieber im Lager als bei so widerwärtigen Staatshändeln befinden möchte, aber er wird hier nötiger sein, zumal da die Jesuiten im Lande sind und auch die katholischen Einwohner und etliche von den sogenannten Synkretisten nicht aufhören Lärm zu blasen und allerhand schädliche Anschläge geben. Demmler[3]) befindet sich wieder hier, er hat aber bisher nicht erfahren können, was er machiniere.

---

[1]) S. den Bericht Béthune's vom 5. August und ebendesselben sowie des Bischofs von Marseille vom 20. August 1676 (Acta hist. III, S. 520 u. 303f.).

[2]) Gemeint ist die im Mai 1674 gegen Königsberg vorgenommene gewaltsame Exekution. S. Urk. u. Akt. XVI,2, S. 801ff.

[3]) Demmler, ein ehemaliger lutherischer Prediger aus Preußen, der katholisch geworden, nach Polen gegangen und in den Dienst des Königs getreten war.

Die Korrespondenz mit den Malkontenten in Ungarn währet noch immerzu, sowohl Frankreich als auch dieser Hof suchen den Marquis de Béthune dort zu stabilieren.

In Preußen sucht der König sich und seine Nachkommen festzusetzen: 1. durch Güterkäufe, 2. durch Erwerbung von Putzke, 3. durch das Bistum Ermland, das er, sobald nur der Bischof zu einem höheren Stift wird gelangen können, seinem Prinzen, wenn nicht praevia saecularisatione, doch per administrationem zugedacht. Sollte es gelingen, so wird der Appetit wachsen und sich nach des Kf. Landen umsehen.

Von Konföderierung der Armee wird wieder geredet, doch glaubt man, daß in solchem Fall sich wohl in derselben ebensoviel gegen wie für den Hof finden werden, denn nicht nur die Häuser Pac und Potocki, sondern auch der Feldschreiber Czarnecki sind malkontent.

Die Zeitungen aus der Ukraine variieren so, daß man fast Scheu trägt, etwas davon zu melden. Bald sucht man Frankreich bei den Ständen dadurch angenehm zu machen, daß vorgegeben wird, der König hätte mit großem Gelde den Frieden bei der Pforte für sie erkauft, bald exaggeriert man die Gefahr so, als wenn keine Hoffnung wäre, wieder aufzukommen. Wenn Gott des Kf. Waffen weiter segnet, werden viele Anschläge von selbst fallen und niemand das Wasser getrübt zu haben bekennen, sondern das Übel, das man nicht hat zufügen können, für eine Guttat anrechnen und deshalb Dank haben wollen.

J. Scultetus an die Geheimen Räte. D. Cüstrin 11./[21.] Oktober 1676.

[Mitteilungen und Vorschläge Breza's und Korzeniewski's. Versprechungen des letzteren an den K. G. Feldherrn.]

21. Okt. Auf ihren Befehl vom 27. September hat er sich sofort nach Posen begeben und dem dort eben angekommenen Starosten Breza, der sich fertig machte, auf die Kommission nach Lemberg zu gehen, des Kf. Interesse rekommendiert. Breza meinte, es würde dort wohl die gesuchte Konföderation der Armee verhütet werden, der litauische G. Kanzler Pac hätte ihm geschrieben, seit der Ankunft des französischen Gesandten im Lager[1]) hätte der Diskurs, mit Kf. Krieg anzufangen, sich allmählich verloren, der Gesandte dringe nur noch darauf, daß der König bald nach Abschluß des Friedens mit den Türken mit Moskau brechen und so diesen Feind Schweden vom Halse zu ziehen suchen möchte,

[1]) Der Marquis de Béthune, den Ludwig XIV. aufs neue nach Polen geschickt hatte, ist, wie er selbst in seiner Relation vom 26. Oktober 1676 (Acta hist. III, S. 315) meldet, erst am 22. im Lager des Königs bei Zurawna angekommen.

damit nicht Liefland wie Bremen und ein Teil von Pommern verloren ginge, da sie hofften, von dort aus sich künftig ihres Schadens in Preußen zu erholen. Ferner verlange der französische Gesandte,[1]) der König solle nicht müde werden, in Ungarn turbas zu movieren, er selbst werde sich nach dem Frieden an die Grenze begeben, den Rebellen mit französischem Gelde, auch sonst mit Rat und Tat beiwohnen und das ganze Werk dirigieren. Br. meinte daher, Kf. möchte, da nach dem Abschluß des Friedens im Januar ein Reichstag werde nach Warschau berufen werden zu Beschwörung der pacta mit der Pforte, noch vor demselben jemand an den König, der sich nach dem Friedensschluß nach Preußen begeben werde, schicken und ihn nochmals um Konfirmation der Pakten ersuchen. Sollte dann der König wieder eine dilatorische Antwort geben, so sollte Kf. an die groß- und kleinpolnischen und einige litauischen Woiwodschaften schreiben, ihnen von seinen vergeblichen Bemühungen beim Könige wegen Konfirmation der Pakten Mitteilung machen und sie ersuchen, ihren Landboten zum Reichstage solche Instruktion mitzugeben, wodurch der König zur Konfirmation bewegt werden könnte. Sie würden dann schon ihre Landboten instruieren, in keine einzige Sache zu willigen, bevor der König die pacta mit dem Kaiser und Kf. habe beschwören lassen, da sie sonst als nächst an den Grenzen liegende Leute stets einen Krieg befürchten müßten. Der Hof würde hierüber den Reichstag nicht zerreißen lassen, weil sonst auch die pacta mit den Türken nicht konfirmiert werden könnten.

Er hat diesen Vorschlag ad referendum angenommen und ihn gebeten, auf der Kommission zu Lemberg die Konföderation der Armee und anderes dem Kf. und der Republik Schädliches zu vereiteln, was er auch versprach.

Darauf hat er sich zu dem Starosten von Kortzan auf dessen Güter bei Lysse begeben. Dieser hat ihm ebendasselbe berichtet, nur hinzugefügt, der König gedenke nach dem Frieden einen Teil der Armee mit sich nach Preußen in die Winterquartiere zu nehmen, die andere Hälfte aber an die ungarische Grenze zu verlegen. Bei diesen werde Béthune bleiben, denen, die zu den Rebellen übergehen wollten, Geld zahlen, auch sonst das Direktorium in dem ungarischen Krieg gegen den Kaiser führen. Schließlich teilte er ihm mit, er hätte vor einigen Monaten, als er im Lager gewesen, mit dem K. G. Feldherrn gesprochen. Dieser hätte sich hoch obligiert, den Machinationen des Hofes zu widerstehen und die Konföderation der Armee zu verhindern, wenn er nur versichert wäre, daß der Kaiser und Kf. ihm im Fall der Not unter die Arme greifen würden. Er hätte ihn bei solchem guten Eifer zu erhalten gesucht und ihn versichert, auch Kf. würde ihm seinen Dank zu erkennen geben. Da er nun auch in Lemberg den G. Feldherrn wieder treffen werde, so wünschte er zu wissen, was er diesem weiter antworten sollte und ob er ihm einige Hoffnung zur Zurückgabe von Draheim machen könnte; Skoraszewski hätte auch schon in Berlin die Sache betrieben. Er hat ihm darauf geantwortet, er wüßte davon nichts, er glaubte aber, daß Kf. nur gegen Auszahlung der auf Draheim ver-

[1]) S. dessen Berichte vom 20. und 26. Oktober 1676 (a. a. O. S. 315 ff.).

schriebenen Summe die Starostei zurückgeben werde, und ist dabei geblieben, obwohl jener behauptete, daß der G. Kanzler ihm zugeredet hätte, dem G. Feldherrn solche Hoffnung zu machen.

Der Starost scheint mit den ihm ausgezahlten 400 Rtlrn. zufrieden zu sein, aber nicht mit der Antwort wegen Draheim, da er sich ziemlich weit bei dem Feldherrn in dieser Materie verlaufen haben und nun nicht wissen mag, wie er mit Reputation wieder daraus scheiden soll.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 2. November 1676.

[Seine Bemühungen, die schwedisch-französischen Machinationen durch den Hinweis auf die Möglichkeit, Liefland den Schweden zu entreißen, zu vereiteln. Feindliche Gesinnung des Königs gegen Kf.]

2. Nov. Kf. hat ihm früher befohlen, den hiesigen Ständen vorzustellen, daß jetzt die günstigste Gelegenheit sei, Liefland wiederzugewinnen. Er hat das auch getan,[1]) aber befunden, daß weder der Hof noch auch die besten Patrioten, letztere, weil die bisherigen Drangsale noch nicht im geringsten verwunden sind, dazu zu bringen sind. Er hat daher gesucht, sowohl den Hof wie auch Frankreich und Schweden bei den Ständen verhaßt zu machen durch den Hinweis darauf, daß durch sie so vorteilhafte Desseins hintertrieben oder aufgehalten würden, und daß auch wohl ohne der Republik Zutun, wenn man nur Kf. und dessen Alliierte untraversiert ließe, jenes Herzogtum Schweden abgenommen und ein Teil davon dem Könige und dem Staat zugewandt werden könnte. Um sicher zu gehen, müßte man Moskau durch Anbietung einiger Grenzorte bei gutem Willen erhalten. Dem dortigen Adel, der sich noch immer nach Polen sehnte, wäre Hoffnung zu machen, daß das Land wieder an Polen kommen würde, und das könnte auch wirklich geschehen, Riga aber und andere angelegene Orte, die der Religion wegen nicht unter polnische Herrschaft kommen wollten, müßten dem Kf. verbleiben. Dem Könige wäre zu remonstrieren, Frankreich könnte ihm nicht soviel geben, wie er solchenfalls von Kf. und dessen Alliierten zu erwarten hätte, er könnte dadurch sein Haus in solchen Stand setzen, daß es bei der künftigen Wahl nicht leicht werde übergangen werden. Von denen, mit welchen er dieses, vorläufig nur als seine Gedanken, überlegt, hat es keiner improbiert, selbst die Königin hat, wie ihm der Kastellan von Posen geschrieben, es der Würdigkeit erachtet, daß es mit dem Könige überlegt würde.

[1]) S. den Bericht Béthune's vom 26. Oktober 1676 (a. a. O. S. 317).

Nachdem jetzt der Friede[1]) mit den Türken geschlossen ist, werden die Alliierten mehr als vorher auf ihrer Hut zu stehen haben, damit nicht etwas unter dem Schein und Namen der Konföderation, worauf Schweden bisher am meisten gebaut, vorgenommen werde. Skoraszewski hat geäußert, der König werde dem Kf. nie vergessen, daß er, da er bei seinem Krönungstage große Furcht und Ansehen gehabt, ihm solches auf einmal durch die Großpolen über den Haufen geworfen habe. Viele glauben, daß man durch Abdankung eines Teiles der Armee vor dem Zusammentreten der zur Abrechnung verordneten Kommission dieselbe zur Desperation zu bringen suche.

Kf. wird in Großpolen zu unterbauen wissen. Er hat mit dem Starosten von Kosten alles genau überlegt und befunden, daß Kf. denselben ganz gewonnen hat. An Czarnecki, der bei beiden G. Feldherren und den Armeen viel vermag, wird er wenigstens 1000 Taler wagen müssen, welche jener demselben in Aussicht gestellt hat.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 23. November 1676.

[Feindliche Absichten gegen den Kaiser und Kf., Notwendigkeit, Geld anzuwenden, verräterische Umtriebe der Königsberger Jesuiten.]

Die französischen Gesandten[2]) suchen nunmehr alle List und Macht hervor, 23. Nov.
um Kf. in Preußen und den Kaiser in Ungarn zu gefährden. Man rechnet darauf, im Frühjahr über 100000 Mann ins Feld zu bringen, und damit nicht von den Ständen etwas in den Weg geworfen werde, die Großpolen, nach welchen sich fast alle anderen Woiwodschaften in publicis richten, noch vor angehendem Reichstage zu gewinnen. Zu diesem Zweck werden der Kastellan von Posen Grzymultowski, der Starost von Bromberg Galetzki und H. Gorzynski, ein Evangelischer, mit Geld und großen Versprechungen dorthin gesandt. Man glaubt, daß es nur bei dem Woiwoden von Kalisch Opalinski und bei Krytzky und Breza etwas hart halten und daß, wenn nur diese auf des Hofes Seite würden gebracht worden sein, alles sich nach Willen fügen werde. Wenn man die Gefahr vorstellt, in welche der König sich dadurch bringen könnte, wird erwidert, es sei schon so weit gekommen und der König finde sich durch Bündnisse, officia und Geschenke so verpflichtet, daß er etwas

[1]) Der Frieden war am 16. Oktober 1676 im Lager zu Zurawna abgeschlossen worden; s. die Relationen des Bischofs von Marseille vom 15. und 21. Oktober und Béthune's vom 20. Oktober (a. a. O. S. 310f., 315[8]). Der Friedensvertrag bei Dumont, VII, 1, S. 325.

[2]) S. die Berichte Béthune's vom 20. und 26. Oktober 1676 (a. a. O. S. 315ff.).

für Frankreich wagen müsse. Man rühmt sich, es stände bereits darauf, daß die Tatern in Moskau einfallen und dadurch dieses nötigen würden, die an der Grenze von Ingermannland stehenden Völker abzufordern. Dadurch werde Schweden Luft und Gelegenheit bekommen, seine Truppen von dort abzuführen und mit den hiesigen zu konjungieren, um gemeinsam gegen Kf. zu agieren.

Diesem nach und zu Folge muß ich nun mal über mal, weil das Hauptwerk darauf beruht, unterthänigst Pflicht halber erinnern, E. Chf. D. schicken ja kegen den 10. December nach Posen, aber nicht mit lediger Hand. Denn was daselbst mit einem [Taler] gehoben werden könnte, werden Sie nachmals mit viel tausend nicht heben können. S. Keyserl. M. werden das Ihrige mit zulegen müssen. —

P. S. Auch — hab ich nicht zu verschweigen, daß die Königsbergsche Jesuiter und dero Anhang nicht nachlassen den Hof nacher Königsberg zu locken mit Versprechen, daß sies ohn einen Schuß geliefert schaffen wollen. Solches ist auch dergestalt aufgenommen worden, daß ein vierzehn Tag her nach der Stadt Abriß mit großem Fleiß gefragt worden. —

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 23. November/3. Dezember 1676.

[Auf die Relation vom 23. November. Sendung des Scultetus, Bemühungen am kaiserlichen Hofe. Dem Könige zu machende Vorstellungen. Gewinnung Czarnecki's.]

3. Dez. Er hat Scultetus befohlen, nach Großpolen zu gehen und dort sein Interesse zu befördern, hat ihm auch Wechsel auf 3000 Rtlr. mitgegeben. Bei dem kaiserlichen Hofe, wohin er jetzt Meinders schickt,[1]) wird er darauf dringen, daß dergleichen auch von der Seite geschehe. H. soll sich ferner bemühen, alles, was vorkommt, zu penetrieren. Sollte er etwas Sicheres erfahren, so soll er an den König oder an jemand, der demselben a latere ist, schreiben, sich darüber beschweren und anzeigen, daß, wenn man solche schädlichen Machinationen weiter gestatten sollte, er dem Kf. davon Anzeige machen müßte, daß er aber hoffe, der König werde beizeiten allem Unheil vorbeugen. Czarnecki soll er auf alle ersinnliche Weise auf des Kf. Seite zu bringen sich bemühen, ihm auch, wenn er es diensam befindet, 500 oder 600 Dukaten zahlen.

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 461 ff.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Goschlin 3./13. Dezember 1676.

[Rat des K. G. Kanzlers, die auf den Landtag nach Schroda ziehenden Edelleute zu gewinnen.]

Er ist gestern hier bei dem K. G. Kanzler angekommen und hat denselben ersucht zu verhüten, daß die abgedankten Völker per conniventiam zu den Rebellen in Ungarn übergingen, unter Hinweis darauf, daß sonst die alliierten Kurfürsten und Fürsten dem Kaiser zu Hilfe ziehen und den Feind suchen würden, wo er nur anzutreffen sein würde. Der G. Kanzler hat sich dazu bereit erklärt und ihm geraten, da innerhalb 3 Tagen der Landtag zu Schroda angehen solle, vorher einige von den vornehmsten Patrioten zu besuchen und sie gleichfalls davon zu informieren, damit auf dem Landtage die Sache reiflich überlegt werde und die Landboten zum künftigen Reichstage desfalls gemessene Instruktion erhielten. 13. Dez.

Daß dem Hof an dem jetzt bevorstehenden großpolnischen Seymik sehr viel gelegen, ist daher abzunehmen, daß er nicht allein durch den Kastellan von Posen dem Woiwoden von Kalisch das Generalat in Großpolen in scriptis cum additamento von jährlich 6000 Gulden hat insinuieren lassen, sondern daß auch Galezki mit etlichen königl. Dragonern und mit französischem Gelde herkommt, um die Vornehmsten dieser Woiwodschaft zu gewinnen und zu verhüten, daß die Gegner des Hofes zu Landboten gewählt und den Landboten den Intentionen des Hofes zuwiderlaufende Instruktion erteilt werde.

Auf den Rat des G. Kanzlers wird er nicht auf den Landtag selbst gehen, sondern sich heute und morgen zu Posen und bei Schroda herum auf der Landstraße halten, um die auf den Landtag gehenden Edelleute zu informieren.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 15. Dezember 1676.

[Zusagen und Ratschläge des G. Kanzlers Pac. Bei dem Kaiser zu erwirkende Vergünstigungen für die Pac.]

Bei der Visite, die ihm gestern der litauische G. Kanzler Pac gegeben, hat er es endlich dahin gebracht, daß dieser versprochen, auf alle Fälle mit seinem ganzen Hause des Kf. Interesse zu befördern, wogegen er ihn namens des Kf. versichert hat, daß dieser sich in alle Wege ihrer annehmen werde. Bei dem bevorstehenden Reichstag will Pac mit allen seinen Freunden und Klienten darauf bestehen, daß die Armeen allerseits bis auf 4000 Quartianer, 15. Dez.

welche gewöhnlich in Friedenszeiten auf den Beinen gehalten werden, abgedankt werden, weil sonst die französische Partei nicht aufhören werde, zu einer Diversion der alliierten Waffen alle mögliche Mittel und Wege zu gebrauchen. Er gestand auch, daß es dem Hofe bisher mehr an Vermögen als Willen gemangelt habe. Gninski habe neulich gesagt, es sei unerträglich, was für Widerwärtigkeiten dem polnischen Hofe von Kf. und dessen Hofe zugefügt würden, woraus abzunehmen, daß man an Kf. Ursache sucht. Rybinski[1]) anlangend, will er es auf dem Reichstage dahin bringen, daß derselbe infamiert und für vogelfrei erklärt werde. Auch der litauische Feldherr habe schon beschlossen, denselben aufzuschlagen, Kf. würde aber wohltun, wenn er Völker an die Grenze legte, um zu verhüten, daß weder dieser noch schwedische Völker oder auch streifende Rotten nach erfolgter Abdankung einen Einfall in sein Land machten.

Kf. würde guttun, den General Koop[2]) dahin zu vermögen, dem unter ihm dienenden Vetter des G. Kanzlers, Graf Clemens Pac, eine Kompagnie zu verleihen, es würde auch nicht übel angewandt sein, wenn der Kaiser den G. Feldherrn, den G. Kanzler und jenen jungen Vetter derselben (da die beiden ersten keine Erben haben), in den Fürstenstand erhebe, es müßte aber motu proprio oder auf des Kf. Anhalten geschehen.[3])

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Draheim 7./17. Dezember 1676.

[Günstige Zusicherungen Krzycki's, Breza's und des K. G. Kanzlers. Äußerungen Grzymultowski's und Galecki's über die Absichten des Königs.]

17. Dez. Er hat Kricki und Breza noch in Posen getroffen und mit ihnen die Sache überlegt. Trotz der ihnen vom Hof gemachten Anerbietungen versprachen beide, standhaft bei Defendierung und Maintenierung der Freiheit der Republik zu verbleiben, sie baten aber, da vom Kaiser noch immer keine Resolution erfolgt sei, Kf. möchte durch v. Crockow in Wien darauf dringen lassen, da weder die beiden Feldherren noch sonst jemand sich auf eine so wichtige Sache einlassen würde, wenn er nicht der Assistenz vom Kaiser und vom Kf. sicher

[1]) H. hatte 30. November 1676 gemeldet, daß Rybinski mit 6 Kompagnieen Reiter ganz in der Stille nach Samaiten gezogen sei, derselbe scheine nach Preußen sich wenden zu wollen, er habe die dortige Regierung gewarnt.

[2]) Generalfeldzeugmeister Graf Koop, welcher die dem Kf. zu Hilfe geschickten kaiserlichen Truppen befehligte. S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 410f.

[3]) H. rät (d. Warschau 21. Dezember 1676), Kf. und der Kaiser möchten etwa 20000 Rtlr. auf den Reichstag schicken, dann getraue er sich, die Abdankung der Armee zustande zu bringen.

sein könnte: namentlich sollte Kf. auch dahin arbeiten, daß ihm der Kaiser die Garantie oder Assistenz wegen Preußen verspreche.

Auf ihre Veranlassung hat er sich auch zu dem Kastellan von Posen begeben, um zu expiszieren, was dieser eigentlich in favorem des Hofes proponieren würde, und sich so gestellt, als wenn man noch zu ihm das alte gute Vertrauen trüge. Derselbe versicherte, der König beabsichtigte[1]) keinen Krieg gegen Kf., etliche Ohrenbläser bei Hofe suchten ihn zwar dazu aufzureizen, er sei aber sehr furchtsam, sehe in zweifelhaften Dingen immer auf das Sicherste und hielte die französische Freundschaft nicht so hoch, daß er sich und die Republik dadurch in Gefahr setzen sollte, sondern er mißbillige offen, daß der König von Schweden eine solche Torheit begangen habe. Nachher erschienen dort der Abt von Blesen[2]) und Galecki. Als der Kastellan diesen sein Anbringen mitteilte, fuhr Galecki heraus, der König möchte wohl vordem was Böses gegen Kf. im Herzen gedacht haben, jetzt aber hätte er sich ganz geändert, Kf. und der Kaiser sollten sich nur nicht in die polnischen Dinge mischen und des Königs Intention traversieren, dann würde es wohl Frieden bleiben, wenn sich aber jemand darein mengen wollte, so würden sie bald einig werden und dem Betreffenden auf die Haut gehen.

Der Kastellan von Posen schwor, der König hätte gegen Kf. keinen Krieg vor, sondern versehe sich alles Guten gegen denselben, den Kaiser aber schloß er allezeit aus; so oft er der Allianz zwischen dem Kaiser und dem Kf. erwähnte, antwortete jener nur, es sei zu beklagen, daß Österreich noch immer die Republik zu turbieren suche. Er hat aus allem abnehmen können, daß der König beschlossen haben mag, zuerst mit dem Kaiser in Ungarn in die Haare zu kommen und Kf. indessen sicher zu machen, bis er den Kaiser matt und sich in Polen absolut gemacht haben werde.

Er ist noch in der Nacht Kricki und Breza nach Schroda nachgereist, hat ihnen mitgeteilt, was er vernommen, und sie durch Bitten und Versprechungen dahin gebracht, daß sie schlüssig geworden, sich der königlichen Faktion bis aufs Blut zu widersetzen und in die Instruktion auf den Reichstag hineinzubringen, daß der König vor allem auf diesem Reichstage die pacta mit den Nachbaren beschwören, die Armee abdanken und vorher durch Patente den Eintritt in ausländische Dienste bei Verlust von Gütern und Ehren verbieten und seinen Schwager, den französischen Gesandten, noch während des Reichstages expedieren solle.

Auf der Rückreise ist er noch einmal bei dem G. Kanzler gewesen und hat ihn, der sehr furchtsam bei dieser Sache zu sein scheint, beredet, sein Votum schriftlich auf den Landtag nach Schroda zu schicken.

---

[1]) Auch Béthune spricht in den Berichten vom 25. November und 4. Dezember (S. 324, 329) Zweifel aus, ob es dem Könige mit dem Unternehmen gegen Kf. Ernst sei.

[2]) Kasimir Johann Opalinski, Bruder des Woiwoden von Kalisch.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Driesen 14./24. Dezember 1676.

[Günstiger Ausgang des Schrodaer Landtages. Geldversprechungen. Besorgnisse und Wünsche des Danziger Rats.]

24. Dez. Er hat sich nach seiner Rückkehr von Danzig, da der Landtag in Schroda noch fortdauert, in ein benachbartes Dorf verfügt, von dort aus heimlich mit Kricki und Breza korrespondiert und sie zur Standhaftigkeit ermahnt. Trotz der Bemühungen der königlichen Faktion hat auch wirklich dort die gute Partei das Übergewicht erlangt,[1]) so daß nicht nur jene beiden Männer mit zu Landboten gewählt, sondern auch die gewünschten Punkte in die Instruktion gebracht worden sind. Zu Landboten sind von der guten Partei außer Kricki und Breza der Starost von Koschzan und der Starost Srzedski, von der Gegenpartei, die man nicht ganz hat ausschließen können, Galecki und der Starost von Fraustadt, Lesczinski, die jetzt ganz dem Hof und der französischen Partei zu Dienst und Gefallen zu leben suchen, gewählt worden. Er hat bisher noch kein Geld gezahlt, sondern dieses bis auf den Reichstag verschoben, da die Leute hier an das, was sie empfangen, nicht mehr zu denken pflegen, sondern bei jeder vorfallenden Gelegenheit was Neues zu bekommen vermeinen, hat aber durch Breza und Kricki versprechen lassen, zu Warschau auf dem Reichstage sollten sie von ihm oder v. Hoverbeck ein Gratial erhalten, sie müßten sich aber tapfer halten und was sie versprochen ins Werk richten. Breza meint, die Gesandten des Kaisers und des Kf. sollten inständig auf Konfirmation der Pakten dringen, dann werde der König sich schon dazu verstehen müssen.

Es ist zu beklagen, daß so wenige unter dem gemeinen Adel zu finden sind, die den statum rei publicae recht wissen und des Hofes arglistige Praktiken penetrieren können. Auf diesem Landtage sind über 13 Evangelische gewesen, die sich so haben einschüchtern lassen, daß sie ganz still geschwiegen.

Dem Magistrat zu Danzig ist bei den jetzigen consiliis des Hofes nicht wohl zu Mut. Sie haben ihm verblümt zu verstehen gegeben, daß es ihnen sehr verdächtig vorkäme, daß der König mehr als alle seine Vorfahren so große Liebe gegen Preußen bezeige und sich nicht nur in Marienburg, Mewe und Elbing, sondern auch in Putzig festzusetzen suche. Einer von ihnen fragte, was wohl der Kaiser, Dänemark, Kf., Holland und die anderen Alliierten davon hielten. Sie würden gerne sehen, daß diese Potentaten es zu verhindern suchten, selbst aber dürfen sie nicht damit heraus noch anderen es anders als verblümt an die Hand geben. Strauch,[2]) bitten sie, möchte Kf. nicht loslassen.

---

[1]) S. den Bericht des Bischofs von Marseille vom 30. Dezember 1676 (Acta hist. III, S. 343).

[2]) S. oben S. 120.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 30. November 1676.

[Antwort des Königs auf den Vorschlag, Liefland wiederzugewinnen. Verdächtiger Marsch Rybinski's nach Samaiten. Ratschläge Pac's.]

Nach den Berichten Galetzki's, des Kanzleiregenten Witwitzky und des litauischen G. Kanzlers Pac hat der König auf den ihm gemachten Vorschlag, Liefland bei dieser günstigen Gelegenheit wiederzugewinnen, nur geantwortet, es sei eine Sache, die reiflich überlegt werden müsse. 30. Nov.

Aus Litauen wird berichtet, Rybinski[1]) sei mit einer Kompagnie Husaren und fünf anderen Reiter unlängst durch Meretz nach Samaiten in aller Stille gezogen und habe, als er gefragt worden, von wo er käme und wer ihm dazu Ordre gegeben hätte, geantwortet, er gehöre unter des Königl. Prinzen Regiment und wäre mit des K. Feldherrn Wissen und Konsens dahin marschiert. Dort gehe die gemeine Rede, er hätte diese Völker für Schweden mit französischem Gelde geworben und dürfte entweder in Kurland oder gar in Preußen Winterquartiere suchen. Er hat mit dem litauischen G. Kanzler Paz davon gesprochen und von demselben erfahren, Rybinski sei in aller Stille über die Mümmel gesetzt und habe sich nach Samaiten gewendet, von wo ihm der Weg nach Georgenburg und nach Kurland freistehe, es sei aber weder zu glauben, daß er nach Litauen, noch daß er nach Kurland gehen werde. Da also Preußen das Ziel seines Marsches zu sein scheint, so hat er der dortigen Regierung Nachricht davon zukommen lassen und hofft, dieselbe werde ohne von Kf. Befehl zu erwarten die Grenze nach Litauen besetzen. Der litauische Kanzler versichert, der Krieg gegen Moskau werde gewiß abgewehrt werden, der K. G. Kanzler aber sei zu ersuchen, daß er nebst seinen Freunden sich der Mark und Preußens mit annehme, vor allen Dingen aber sei dahin zu trachten, daß die Armee abgedankt werde.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 25. Dezember 1676.

[Beschlüsse des Schrodaer Landtages. Günstige Zusagen des kaiserlichen Residenten. Rat, durch Scultetus die Gelder zahlen zu lassen.]

Nach eingetroffenen Privatschreiben ist auf dem großpolnischen Seymik sonst in allen Punkten des Kf. Intention erreicht worden, nur will man mit der Abdankung der Truppen bis zum Juli einhalten. Dieses wird auf dem Reichs- 25. Dez.

[1]) S. oben S. 132.

tage dahin zu redressieren sein, daß, falls seitens der Pforte wegen des Friedens Schwierigkeiten gemacht werden sollten, ein Generalaufbot der Ritterschaft bewilligt werde. Nach Aussage des kaiserlichen Residenten begreift man am kaiserlichen Hofe, daß an dem glücklichen Ausschlage des bevorstehenden Reichstages die Wohlfahrt der Alliierten großenteils abhängt, und wird man von dort das Nötige übermachen. Auch von seiten des Kf. wird das geschehen müssen. Da es sich aber nicht schicken würde, auch nicht unvermerkt würde zugehen können, daß er die Gratiale herumtrüge, so rät er, Scultetus herüberzuschicken, der als ein beeidigter Diener die Danziger stärken und die Großpolen an ihre Zusage erinnern könnte, und den auch der Primas, weil er ihn für verschwiegen hält, am liebsten hat.

Für Kf. erweist es sich als ein Glück, daß die renovatio pactorum bisher nicht erfolgt ist, weil dadurch den Ständen die Augen geöffnet und sie ihres eigenen Interesses halber darauf zu dringen veranlaßt worden.

Von Wien wird im Vertrauen berichtet, man habe aus Konstantinopel Nachricht,[1]) daß der neuliche Frieden dort acht Wochen eher als hier geschlossen sei, was von sehr großem Nachdenken ist und auf den Notfall zu Konvinzierung der Feinde des Kf. dienen könnte.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 11. Januar 1677.[2])

[Machinationen der französischen Partei, Aufreizung des Königs, sich Putzigs und Danzigs zu bemächtigen und Preußen wiederzugewinnen. Erhoffte Ankunft eines kaiserlichen Gesandten.]

11. Jan. Die französischen Machinationen sind jetzt viel gefährlicher denn vorhin, indem sie nicht allein mit des Hofes Ungnade drohen, sondern auch diejenigen, die ihnen bisher zuwider gewesen, mit Geld und mit Chargen und Benefizien zu gewinnen trachten.[3]) So haben sie das Haus der Opalinski teilweise auf

---

[1]) Der französische Agent Baluze schreibt schon am 30. Oktober 1676 aus Warschau: Cette paix a suivi de sy prez les nouvelles de l'extrémité où estoit l'armée, qu'on n'a pas de peine à croire, qu'elle estoit faicte avant qu'on se mist en campagne, ou qu'elle est très-désavantageuse; plusieurs croyent l'un et l'autre (S. 313).

[2]) S. Pufendorf l. XV, § 12 (S. 1119).

[3]) Der Danziger Sekretär Schumann schreibt dem Rate 8. Januar 1677, der Tod des K. U. Truchseß, des Generals Koricki und des Erzbischofs von Lemberg werde dem König neue Kreaturen verschaffen, derselbe werde hier gewiß in allem ex voto sukzedieren, „angesehen viele promissis schon gewonnen, viele aber metu von ihren Desseinen abgehalten werden. Communis opinio ist, daß der H. Chorazy Posnan. Landbotenmarschall sein werde und daß die Opalinsken in Großpolen

ihre Seite gebracht, auch der Primas, der vorher sehr disgustiert gewesen, dürfte vielleicht damit zufriedengestellt worden sein, daß der König die durch seines Bruders[1]) Tod erledigte Starostei Vielun seinem Vetter übertragen, auch seinen Schwestersohn Zaluski[2]) zum Abt von Sterzemieschew ernannt hat.

Um die Stände gegen Kf. zu erbittern, scheut man sich nicht zu versichern, demselben wäre durch seine Erfolge gegen Schweden der Mut so gewachsen, daß er die Republik im Frühjahr angreifen wolle.

Wegen Putzke und Danzig liegt der Woiwode von Pommerellen dem Könige stets in den Ohren, er möchte ja nicht zaudern nach Preußen zu gehen, Danzig würde er leicht in seine Gewalt bekommen und dadurch nicht nur arbiter der vornehmsten Kommerzien in Europa sein, sondern sich auch den Weg bahnen, um das Herzogtum Preußen wieder an die Krone zu bringen. Der Kastellan von Posen, der Scultetus und auch ihm so hoch versichert hat,[3]) man denke nicht daran, Kf. zu beschweren, hat in Schroda, als Korzeniewski des Vorschlages wegen Liefland gedacht, geantwortet, das wären remotiora, propinqua aber, daß Frankreich und Schweden sich erböten, ihnen zur Rekuperierung des Herzogtums Preußen zu verhelfen.

Wenn aber ein kaiserlicher Minister herüberkommt, wird hoffentlich das Vorhaben der Gegner so lange aufgehalten werden können, bis Kf. mit Stettin fertig wird, und dann wird man wohl nicht mehr von einer favorablen Konjunktur sprechen können.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 15. Januar 1677.

[Einzug des Königs. Gespräch mit Béthune. Verleumderische Gerüchte über Kf.]

Am 13. hat der König hier seinen solennen Einzug gehalten. Bei dem 15. Jan.
Festgottesdienst in der Kirche hatte er seinen Platz neben dem Marquis de Béthune. Derselbe sprach von Kf. mit großem Respekt, erbot sich, trotzdem ihre beiden Prinzipalen aus einer Fatalität in Mißverstand geraten, zu guter Korrespondenz, wie es die Bevollmächtigten in Nimwegen täten, erwähnte dabei, er hätte erfahren, daß H. in seiner Jugend unter seinem Vetter, dem Marquis de Rhony, dem Sohne des Duc de Sully, als Kommissar von der Artillerie gedient hätte, und bat, er möchte ihn jetzt auch die mit den Seinigen früher gepflogene Freundschaft genießen lassen. Alle seine Vorfahren bis ins dritte

schon akkommodiret worden, dannenhero diese Tage eine gewisse Person zu mir sagte, daß man die wenig übrigen, auf den H. Breza, Podkomorzy Kalisky etc. zielende, nichts achtete, so den ausländischen ministris nicht wohl gefällt".

[1]) Hieronymus Olszowski, s. Zaluski I, S. 691.

[2]) Andreas Zaluski, der Geschichtschreiber und spätere Bischof von Ermland.

[3]) S. oben S. 133.

Glied wären Hugenotten gewesen, obwohl er sich zur katholischen Religion bekennte, könnte er ihnen doch nicht Feind sein, dessen würde ihm M. d' Espence[1]) wohl Zeugnis geben, der gewünscht hätte, sein Leben im Dienst des Kf. zu endigen, wenn ihn sein Gewissen nicht abgehalten hätte, die Hand gegen seinen König aufzuheben. Wie derselbe viel vom Frieden sprach, hat er ihn auch versichert, daß Kf. sehnlichst den Frieden wünschte und daß dessen Interessen sich besser mit Frankreich als mit Schweden zusammen reimten.

Der König hat seinen Glückwunsch sehr freundlich aufgenommen und erwidert.

Der Bischof von Ermland,[2]) der sich von dem Schlaganfall zu erholen beginnt, hat ihn versichert, da der König in dem Schreiben an den Primas seine Abwesenheit als Veranlassung der Verzögerung der renovatio pactorum bezeichnet hätte, so wollte er sich jetzt um so mehr bemühen, dieselbe zu beschleunigen.

Die Vertrautesten bei Hofe berichten, den König schmerze nichts mehr, als daß er bei Kf. und dessen Alliierten in Verdacht gezogen werde, als ob er gegen dieselben etwas Feindliches vorhätte. Um solches zu widerlegen und Damler[3]) zu dekreditieren, würde dienlich sein, die vor dem Fiskal Rabe abgehaltenen Zeugenverhöre herzuschicken, daraus erhellen wird, daß die angeblichen Emissarien des Kf. dasselbe schreiben, was ihre eigenen Leute aussprengen. Man geht jetzt weiter als vorher in dem, was von des Kf. Zurüstungen gegen Polen ausgesprengt worden, und behauptet, Schreiben desselben an den K. G. Kanzler aufzuzeigen zu haben, in denen Kf. erklärt habe, daß er Polen prävenieren wolle. Er hat darauf nur geantwortet, praeventio supponiere eine itio, und man könnte allen Widerwärtigkeiten vorkommen, wenn beide Teile de non offendendo kavierten.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Potstam 13./[23.] Januar 1677.[4])

[Dem K. U. Feldherrn zu machende Versicherungen.]

23. Jan. Es hat mir der Hauptmann von Marienwerder[5]) ausführliche Relation gethan, was sein Bruder mit dem polnschen Unterfeldherrn[6]) geredet, und sonst einige andere Umbstände mehr, so mir alles zu gnädigstem

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 630f.

[2]) Stephan Wydzga, K. U. Kanzler.

[3]) S. oben S. 125.

[4]) Dabei vermerkt: „Ihre Gn. der Herr Oberpraesident haben dieses eigenhändig in Ziffern geschrieben."

[5]) Georg Heinrich v. d. Gröben.

[6]) Stanislaus Johann Jablonowski.

Wohlgefallen gereichet. Weil nun jetztbesagter Unterfeldherr sich so wohl erkläret und ich groß Vertrauen auf seine Freundschaft setze, auch wohl weiß, daß er einen starken Anhang hat, so werdet Ihr Euch aufs fleißigste angelegen sein lassen, diese Correspondenz noch mehr und aufs stärkeste durch alle dienliche und ersinnliche Mittel zu befestigen. Ich wollte zwar ofters an ihn schreiben, besorge aber, daß ihn solches nur suspect machen möchte, wird also das beste sein, daß alles durch Euch und den Obristen Groeben geschehe. Inmittelst wollet Ihr ihn versichern, daß ich alles in höchster Verschwiegenheit halten und solche Erkenntnusse kegen ihn thun werde, daß gleich wie er jetzt Gelegenheit und Mittel hat, mein ganzes Haus zum höchsten zu obligiren und zugleich die Kron in einem guten Zustand zu erhalten, also auch Zeit seines Lebens meine reelle Dankbarkeit kegen ihn und sein ganzes Haus verspüren und empfinden soll, wie dann der Hauptmann von Marienwerder seinem Bruder, dem ich Euerem Vorschlage gemäß seiner Befoderung halber Versicherunge gegeben, aber dabei gerne sehe, daß er noch ein Zeitlang alda in Diensten verbleibe, hiervon mehr particularia bringen wird, damit derselbe solches Euch zuforderst referire und es alsdann dem Unterfeldherren hinterbracht werde. Es hat auch der Hauptmann noch andere Personen benannt, so Ihr von seinem Bruder erfahren könnet, ich will darüber Euer Bedenken erwarten, wie Ihr vermeinet, daß dieselbe zu obligieren sein mögen. Und weil auch vorgeschlagen, daß ich ofters Briefe an den König schreiben sollte, und Ihr am besten wissen könnet, wie dieselbe nach Beschaffenheit des Zustandes einzurichten, so will ich von Euch jedesmal die Concepte solcher Schreiben erwarten. Im übrigen wollet ihr Euch an dem Unterfeldherren feste halten und ihn meiner beständigen getreuen Freundschaft und Dankbarkeit versichern. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 29. Januar 1677.

[Bemühungen des französischen Gesandten, eine Diversion gegen Kf. zustande zu bringen. Erfolge des Hofes auf dem Reichstage. Gesandtschaft der Danziger Gewerke. Gespräch mit Béthune.]

Die französischen Gesandten tun mit Gelde, Informationen und Banquetten ihr möglichstes, um[1]) Schweden von hier aus eine Diversion gegen des Kf. 29. Mai

[1]) S. die Berichte des Bischofs von Marseille und Béthune's vom 25. und des letzteren vom 27. Dezember 1676 (Acta hist. III, S. 527, 341 ff.).

Waffen zuwege zu bringen. Der Hof hat auch schon in zwei gar notablen Stücken [1]) prävaliert gegen fast aller Stände Willen und Intention, nämlich in der Wahl des Landbotenmarschalls und dann wegen dessen Beeidigung, worauf zu bestehen alle Kreistage den Landboten eingebunden gehabt. Viele guten Patrioten fürchten daher, es möchte ihnen auch in dem Punkt der Abdankung der Armee und in Verhütung aller Kriege gegen christliche Potentaten leicht fehlen, dafern die Blöden nicht rechtschaffen interessiert und gestärkt werden, danach er sich mit großem Verlangen umsieht.

In Danzig beginnen sich die Gewerke dem Rat einigermaßen zu fügen, trotzdem hat es der Woiwode von Pommerellen dahin gebracht, daß [2]) zwei Hauptwerke die Ihrigen hinübergeschickt haben, um den König zu bitten, daß er zu ihnen komme und die Sachen richte.

Als er diesertage bei der Hochzeit der Stieftochter des Fürsten Czartoryski [3]) mit dem Marquis de Béthune zusammenkam, versicherte dieser aufs neue, sein König ehre und schätze Kf. aufs höchste, seine Reputation aber verpflichte ihn dazu, bei der Friedenshandlung Schweden bei dem Seinigen zu garantieren, zumal man kein Äquivalent finden könnte. Er hat ihm geantwortet, Schweden wäre des Salzes mehr als des pommerschen Biers benötigt, sie würden sich daher wohl weisen lassen, wenn ihnen Frankreich etwa die Insel Oleron oder etwas dergleichen einräumte. Er fiel aber allemal darauf, daß, wenn Kf. nur mit ihnen versöhnt wäre, ihm mehr Avantagen bei der Friedenshandlung und sonst verschafft werden sollten, als er sich einbilden könnte.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 1. Februar 1677.

[Zaghaftigkeit der Landboten. Hoffnung auf den Primas. Gerüchte über Bestechungen seinerseits. Beschlüsse gegen Rybinski. Die Malkontenten.]

1. Febr. Obwohl von den meisten Kreistagen den Landboten zur Pflicht gemacht worden ist, darauf zu bestehen, daß die Armeen abgedankt und die pacta mit

---

[1]) Nachdem die ersten Sitzungen des am 14. Januar eröffneten Reichstages mit Streitigkeiten wegen des gleich am ersten Tage von dem Starosten von Oswiecim Pieniazek beantragten Eides, den die Landtagsmarschälle hinfort schwören sollten, vergangen waren, wurde am 22. Januar, ohne daß diese Frage zur Entscheidung gekommen wäre, der Posensche Landfähndrich Skoraszewski zum Marschall gewählt. Am 30. Januar wurde dann eine Konstitution, enthaltend Vorschriften für den Landbotenmarschall und die Deputierten ad constitutiones, beschlossen, über den von diesen zu leistenden Eid aber kam es zu keiner Einigung. Vgl. den Bericht des Bischofs von Marseille vom 16. Januar 1677 (S. 345).

[2]) Schumann berichtet dem Danziger Rat am 29. Januar, die Abgeschickten der Gewerke seien diesertage angekommen, sie klagten, daß sie vom Rat hart bedrückt würden, und ließen verlauten, sie seien gekommen, um den König zu bitten, je eher je lieber nach Danzig zu kommen und ihre Sache zu richten. S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, S. 218.

[3]) Auch Kf. war zu dieser Hochzeit eingeladen worden und ließ durch v. Hov. ein Geschenk überreichen.

den Nachbaren ohne Verzug bestätigt würden, zeigen sich diese doch sehr scheu, dieses mit Ernst auszubringen und darauf zu bestehen, viel weniger mit Zerreißung des Reichstages und Hinterhaltung der Kontributionen zu drohen. In betreff der Beruhigung des Reiches setzt man die größte Hoffnung auf den Primas, weil er vom Könige vor anderen konsideriert wird. Obwohl er sich sonst dem Kf. in vielen Stücken zuwider gezeigt, versichert doch der Bischof von Krakau, daß er nimmer in einen Krieg mit demselben willigen werde, da er wohl begreife, daß es vornehmlich über Großpolen und sein Erzstift hergehen werde. Am 9. wird derselbe hier erwartet und er wird sich dann bemühen zu erfahren, was er eigentlich im Schilde führe.

Diesertage ist ausgebracht worden, er hätte 18000 Dukaten unter die Landboten verteilt, der König soll darüber sehr ungehalten gewesen sein und man benützt es, um bei denen, die nichts erhalten, Mißgunst gegen sie und ihre Freunde zu erregen.

Auf die Klagen über die von Rybinski[1]) verübten Insolentien und Untaten ist im Geheimen Rate beschlossen worden, ihn und alle anderen, die fremde Dienste annehmen und zur Ruptur mit den Nachbaren Anlaß geben sollten, vogelfrei zu machen. Er hat aber noch nicht gehört, daß die dazu nötigen Patente ausgefertigt seien.

Der Malcontenten Zahl nimmt tagtäglich zu, man kann sich aber derselben nicht wohl bedienen, weil die meisten und vornehmsten mehr per extrema zu gehen als den Hof zu umbschränken geneigt. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 15. Februar 1677.

[Bemühungen der französischen Gesandten, den König zu einer Diversion gegen Kf. zu bewegen. Bąkowski. Früherer Plan, den Bischof von Osnabrück auf den polnischen Thron zu bringen.]

Die französischen Gesandten lassen nicht ab, den König stets anzutreiben,[2]) 15. Febr. daß er des Kf. Waffen Schweden zu gut divertiere. Vor kurzem sollen sie ihm so hart angelegen haben, daß er mit gen Himmel aufgehobenen Händen ausgerufen haben soll: „Wollte Gott, ich hätte rechtschaffene Ursach zum Kurfürsten und die Stände wären mir nicht zuwider.“

Bąkowski widerspricht jetzt der Renovation nicht offen, besteht aber darauf, daß die Kommission über die beiderseitigen Prätensionen vorgehen solle,

[1]) S. oben S. 132, 135.

[2]) S. die Berichte Béthune's an Ludwig XIV. und Pomponne vom 12. Februar 1677 (Acta hist. III, S. 353f., 530).

bei welcher ohne Zweifel Ursache zur Ruptur gesucht werden wird, um so per indirectum zu erhalten, was die Stände insgesamt bisher beständig widersprechen.

Im Königl. Preußen nimmt die französische Faktion immer zu. Das Haus der Dzialynsker hat bisher noch gegen gehalten, nun aber alliieren sie sich mit Bąkowski und soll die Hochzeit zu des Königs Ankunft in Danzig mit großer Solennität gehalten werden. Litauen hält noch beständig über dem Frieden und der Freiheit, noch vorgestern hat ihn der G. Feldherr Paz versichert, niemand sollte sie scheiden oder gefähren.

Es ist bei König Michaels Zeiten davon gesprochen worden, daß den Schweden Putzke und auch wohl gar Danzig angeboten sei, wenn sie den König hätten stürzen und den Bischof von Osnabrück[1]) an seine Stelle setzen helfen wollen. Er ist erst jetzt hinter den Grund davon gekommen, daß nämlich nach dem Tode des Duc de Longueville den damaligen Malkontenten zuerst der Herzog von Hannover vorgeschlagen worden ist, weil sie aber gemeint, derselbe möchte wegen seiner Leibesbeschwerlichkeit den Ständen nicht zusagen, wäre der Bischof von Osnabrück, der eine pfälzische Prinzessin zur Ehe hat und mit Schweden nahe verwandt ist, vor allen anderen in Konsideration gekommen, und der Unteradmiral Wrangel wäre mit diesem Anerbieten nach Schweden geschickt worden, dessen Negotiation hätte aber der damals dort befindliche Starost von Nowydwor, Breza, hintertrieben.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 19. Februar 1677.

[Bemühungen des Hofes, den Primas zu gewinnen. Entrüstung desselben über eine Flugschrift. Mitteilungen Dörfflers. Rybinski.]

19. Febr. Der Hof und die französischen Gesandten tun ihr äußerstes, den Primas zu gewinnen,[2]) mit Geschenken, Karessen und Beförderung seiner Verwandten. Er fügt sich auch in vielen Stücken, die Abdankung der Armeen aber möchte er wohl gern beschleunigen, damit so die Geistlichkeit von der nie vorher versuchten Einquartierung befreit werde.

Über die neulich von Prag hergebrachte Schrift vom hiesigen der Reipublicae Zustande[3]) ist der ganze Hof und alle französischen Faktionisten äußerst

---

[1]) Ernst August, Bruder der Herzöge Georg Wilhelm von Celle und Johann Friedrich von Hannover.

[2]) S. den Bericht des Bischofs von Marseille und Béthune's vom 19. Februar 1677 (Acta hist. III, S. 530, vgl. S. 355).

[3]) Gemeint ist die Schrift: Nobilis Poloni de statu moderno Reipublicae judicium (wieder abgedruckt in: Literae de pace nuper Polonos inter et Turcas inita a Ministro Brandenburgico in comitiis Warsaviensibus divulgatae una cum Responsione ad illas a vero cive Polonico data. Freistadii s. a.), die allerdings brandenburgischen Ursprunges

entrüstet und wollen sich nicht ausreden lassen, daß sie nicht von Berlin gekommen sein sollte.

Der schwedische Resident Dörffler hat dem Danziger Sekretär im Vertrauen erzählt, er wüßte gewiß, daß sich der Reichstag fruchtlos zerschlagen und der König darauf dem K. G. Feldherrn, weil er von Kf. mit Geld gewonnen sei, 10000 Mann abnehmen und dieselben dem litauischen G. Feldherren zulegen werde, damit dieser gegen Kf. in Preußen agieren könne. Dieser Diskurs kommt ihm sehr verdächtig vor, er wird hinter den Grund zu kommen suchen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 22. Februar 1677.

[Die Flugschrift; er wird für deren Verfasser angesehen. Gespräch darüber mit Witwicki.]

Über die Schrift Judicium nobilis Poloni de statu moderno Reipublicae ist 22. Febr. hier über die Maßen großer Lärm und der Hof will sich nicht ausreden lassen,

ist. Kf. schreibt (d. Potstam 11./21. Januar 1677) an Scultetus, dem er befohlen hat, sich auch nach Warschau zum Reichstage zu begeben: „Demnach wir auch zue Beforderung unseres Interesse gut funden beigehendes Tractätlein ausgehen zu lassen, so senden wir Dir hiebei 50 exemplaria zue, damit Du sie hie und da divulgiren könnest. Es muß aber überaus behutsam damit umbgegangen werden, daß man nicht merke, daß es von uns komme, gestalt wir es dann auch also einrichten lassen, damit man nicht leicht einen Verdacht darauf haben könne, und kann man lieber, wenn es die Gelegenheit giebet, unter der Hand, jedoch als zweifelte man noch daran, ausgeben, als wann es von einem keyserlichen ministro herkäme. Du hast solches mit dem Freiherrn von Hoverbeck zu überlegen. Wir werden auch einige exemplaria unvermerketer Weise über Breslau schicken lassen." Der Danziger Syndikus A. Stodert, den der Rat als seinen Gesandten auf den Reichstag geschickt hatte, schreibt demselben aus Warschau am 18. Februar, am 15. sei ein Kurier aus Wien mit Schreiben an den litauischen U. Kanzler Fürsten Radziwill gekommen, welchem in Breslau ein besonderes Paket an den Primas mitgegeben sei, in dem verschiedene Exemplare einer Schrift contra legatos gallicos, wie sie den König induzierten, enthalten gewesen seien. Der Kurier sei sofort in Arrest genommen worden, der König wolle ihn selbst verhören. Nach einer dem Bericht Wicherts vom 19. Februar beiliegenden Relation aus Warschau vom 15. hätte am 14. abends ein Kurier ein Paket angeblich aus Prag überbracht, in dem sich etliche Exemplare des Traktätleins befunden hätten. Bei dem Verhör habe er behauptet, es in Breslau bekommen zu haben. Der König sei über das Pasquill sehr alteriert, die französischen Gesandten hätten sich heftig darüber beklagt. Es sei darüber zwischen dem Kanzleiregenten Witwicki und dem kaiserlichen Residenten zu einer heftigen Expostulation gekommen, W. habe auch gesagt, der König schreibe den stylum fast v. Hoverbeck zu. S. Pufendorf l. XV, § 12 (S. 1119f.).

daß er der Autor derselben sei. Die beigehende Antwort[1]) ist sehr giftig, sowohl gegen den Kaiser als gegen Kf. Man schreibt an den Kaiser, es solle Inquisition angestellt werden, wer dieselbe in Breslau dem Pragischen hierher gehenden Boten gegeben, und schmäht indessen, noch ehe etwas einkommt, gegen so hohe Häupter und ihn, obwohl er versichern kann, daß er vor sechs Tagen noch nicht das Geringste davon gewußt hat. Gestern hat ihm der Kanzleiregent Witwitzky, der bisher nur in seinem eigenen Namen von der Schrift mit ihm geredet, im Namen des Königs angedeutet, derselbe hätte davon den Nutzen geschöpft, daß, weil seine Nachbaren ihn jetzt, wo ihm das Wasser nur bis an die Knöchel ginge, zu ersäufen trachteten, er bei sich überlegen könne, wessen er sich zu versehen hätte, wenn es bis unter die Arme reichte. Da er von dem Scripto nicht weiß, es auch noch nicht gesehen hat, findet er keine Materie oder Ursach, dasselbe zu verantworten.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 5. März 1677.

[Ungünstiger Verlauf des Reichstages. Besorgnis, daß doch eine Diversion gegen die Alliierten werde unternommen werden.]

5. März Obwohl der zum Reichstagsschluß bestimmte sechswöchentliche Termin bereits verflossen, ist es doch schwer, von dessen Ausschlage etwas Gewisses zu prognostizieren.[2]) Trotz der den Landboten auf den Kreistagen erteilten Instruktionen wagen die meisten doch nicht damit hervorzukommen, weil der König, wenn etwas auch nur per indirectum seinem Vorhaben zuwiderläuft, es zu resentieren nicht unterläßt. Die, welche bisher absolute auf Abdankung der Armee gedrungen, geben jetzt meist nach und konsentieren, daß damit bis zu der Rückkehr des an die Pforte abgehenden Gesandten innegehalten werde. Wegen Putzke und Danzig untersteht sich keiner etwas zu gedenken, man bittet selbst die Abgeordneten der Stadt, daß davon keine Meldung in publico geschehe, um den König nicht zu offendieren.

---

[1]) Pseudo Poloni de statu moderno Reip. judicium redargutum exploditur per Equitem Polonum (ebendort wiederabgedruckt). Kf. beauftragt v. Hov. (d. Ham 11./21. März 1677) über diese Schmähschrift, in der ganz unverdienterweise seine Ehre angetastet werde, Beschwerde zu führen und um Verbietung der weiteren Verbreitung derselben und Bestrafung ihres Verfassers anzuhalten.

[2]) Die französischen Gesandten sprechen schon Ende Februar die Hoffnung auf einen für ihre Sache günstigen Ausgang des Reichstages aus. S. ihre Berichte vom 21., 26. und 27. Februar 1677 (S. 355ff.).

Zwar versichern die meisten, daß es Frankreich und Schweden nie dahin bringen würden, daß einigen Nachbaren durch einen Reichsschluß der Krieg sollte angetan werden, aber es könnte doch indirekt unter dem Namen oder Prätext einer Konföderation oder herrenlosen Gesindels eine Diversion der Waffen der Alliierten tentiert werden.[1])

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 15. März 1677.

[Günstige Erklärungen Jablonowski's. Mitteilung Piasetzinsky's.]

Der K. U. Feldherr[2]) hat ihm heute eine feierliche Visite gemacht und er hat ihm zur Stiftung mehrerer Vertraulichkeit das Reskript des Kf. vom 13. Januar[3]) mehrenteils vorgelesen, worauf derselbe sich mit großer Ehrerbietung gegen Kf. so erklärt hat, daß er es nicht besser hätte wünschen können. Er hat bei ihm mehr Verstand und Aufrichtigkeit gespürt, als er ihm bisher zugetraut. Er versprach, zwischen dem Könige und Kf. gutes Vertrauen zu stiften, und versicherte, daß einer Konföderation der Armee oder der abgedankten Truppen, auf die Frankreich und Schweden rechneten, der K. G. Feldherr ebenso wie er zuwider wäre und daß ohne der Feldherren Antrieb oder wenigstens Konnivenz keine Konföderation erfolgen könnte. Die Armee sei zwar nach einem neuen Kriege begierig, die meisten und Vornehmsten aber hätten ihm versprochen, ohne seine Approbation nichts vorzunehmen. Jetzt wären 37000 Mann in Dienst, dieselben würden wohl auf 15000 reduziert werden, und er hätte Vorschläge gemacht, wie man sie ohne Beschwerde der königlichen und geistlichen Güter das ganze Jahr durch an den Grenzen in der Ukraine halten könnte, nämlich durch Verdoppelung des bisherigen Soldes. 15. März

Während er dieses schreibt, erhält er von dem Kastellan von Breschtz, Piasetzinski, der Zugang zu den allergeheimsten Ratschlägen hat und den er nicht leichtgläubig befunden, einen Zettel folgenden Inhalts: Im Kabinett sei man entschlossen, mit allen Nachbaren Frieden zu halten und gegen Kf. nichts Feindliches vorzunehmen. Zur Mediation sei man geneigt, um die Christenheit in Frieden zu setzen. Den Französischen sei dieses gar nicht angenehm, es scheine, daß das bisherige Vertrauen mit der Zeit verschwinden werde.

---

[1]) S. über die darauf hinzielenden Pläne des Königs und die darüber mit dem französischen und dem schwedischen Gesandten geführten Unterhandlungen die Berichte ebenderselben vom 5., 12. und 22. März 1677 (S. 362ff.).

[2]) Stanislaus Johann Jablonowski, Woiwode von Reußen.

[3]) S. oben S. 138f.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 20. März 1677.[1])

[Audienz beim Könige, zaghaftes Verhalten der wohlgesinnten Reichstagsmitglieder.]

20. März Da er gemerkt, daß der Unwille des Königs über die von Breslau hierher geschickte Schrift[2]) seiner Negotiation schaden könnte, hat er, nachdem er einige Zeit verstreichen lassen, damit seine Information nicht etwa das Ansehen excusationis non petitae erhalte, zunächst durch den Kastellan von Posen und den K. U. Feldherrn den König deswegen informieren lassen und dann in einer Audienz diesem selbst versichert, daß er mit derselben nichts zu tun hätte. Der König erwiderte, allerdings hätten viele ihn als den Autor derselben bezeichnet und er hätte es anfangs auch geglaubt, als er sie aber gelesen, hätte er genugsam merken können, daß sie nicht von ihm herkäme, denn er kennte ihn besser und wüßte, daß er keinen Favoriten oder Pädagogen hätte, von dem er sich regieren ließe. Er erklärte, er sei überhaupt mit seinen Prozeduren wohl zufrieden und er hielte ihn für seinen affektionierten Freund, der kaiserliche Resident aber wiegelte die Stände gegen ihn auf. Der Königin Eleonora gönnte er ihre Provision von Herzen, so töricht aber würde er nicht gegen sich selbst handeln, daß er dieselbe während des Reichstages zahlen ließe, da er merkte, daß man sie eben zur Bestechung anzuwenden gedächte.

Obwohl er dreimal aufstand, um die publica consilia, wozu sich die Stände eingefunden hatten, nicht aufzuhalten, ließ der König ihn doch allemal wieder niedersitzen und ging fast alle Staaten in der Christenheit durch.

E. Chf. D. Wohlaffectionirte in Großpolen werden dergestallt vom Hofe verfolgt, daß sie sich nicht einst in den Stücken, so der Republique Interesse angehen, frei äußern oder hervorzutun unterstehen, weßwegen man sich umb andere bewerben muß, umb die Materien von Putzke und Danzig unverdächtiger Weis auf die Bahn zu bringen, welche sie alsdann der Republique zum besten versprechen zu secondiren. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 29. März 1677.

[Zusagen und Forderungen des litauischen G. Feldherrn.]

29. März Nach vielfältigen Unterredungen hat sich heute der litauische G. Feldherr gegen den dänischen,[3]) dessen er sich hierunter bedient hat, damit es von den Aufsehern weniger wahrgenommen werde, folgendermaßen erklärt:

[1]) S. Pufendorf l. XV, § 12 (S. 1120).
[2]) S. oben S. 142f.
[3]) Gabel.

1. Er verlangt, daß seine Zusagen gegen jedermann geheimgehalten werden.

2. Er verspricht zu verhindern, daß Polen nach Livland ziehen, um den Schweden in Schonen zu helfen, und ebenso, daß Schweden nach Preußen oder Pommern durch Litauen ziehen.

3. Um dies auszuführen, verlangt er, daß man ihm die Summe und Zeit und Ort der Auszahlung nenne. Er verlangt zunächst nur die Hälfte, den Rest erst nach Beendigung des Feldzugs oder wenn jede Gefahr einer Diversion beseitigt ist.

4. Man soll ohne ihn mit dem K. G. Feldherrn verhandeln, um sich auch zu versichern, daß seitens Polens keine Völker nach Preußen oder Pommern durchgelassen werden.

5. Er versichert, daß er die Prinzipalsten der Armee so in seiner Macht hat, daß er jede Konföderation und alles, was die Alliierten beunruhigen könnte, verhindern wird.

Als er sich darauf erkundigt hat, eine wie hohe Summe man prätendiere, hat man von 20000 Rtlr. gesprochen. Er hofft aber, es wird zum Abschlag gebracht werden können und, wenn Kf. 4000, Dänemark 6000 und der Kaiser 8000 Rtlr. geben, genug sein.

Morgen wird der K. G. Feldherr vernommen werden. Der K. U. Feldherr bezeugt von Tag zu Tag mehr Devotion gegen Kf., er sucht durch alle ersinnlichen Mittel ihn und seinen Eidam, den Grafen Lescynski, dabei zu erhalten. Über die Mittel und Wege dazu wird Scultetus bei seiner Wiederkunft berichten.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 2. April 1677.

[Das Vorgehen des Königs in der letzten Reichstagssitzung, Urteile darüber. Sein vorsichtiges Verhalten.]

Aus beigehendem Diarium[1]) von ehegestern, das aus mehreren Berichten zusammengetragen ist, da zu drei Malen alle, die nicht Landboten waren, herausgeschafft waren und die übrigen geloben mußten, alles, was verhandelt würde,

---

[1]) Über diesen Reichstag liegt im Berliner Geh. Staatsarchiv ein Diarium vor, welches ein in den Dienst des Kf. getretener polnischer Edelmann Chwalkowski angefertigt hat. Der besonders ausführliche Bericht über die Sitzung vom 31. März, der noch mit Hilfe des Danziger Reichstagsrezesses vervollständigt werden konnte, lautet:

Der König ließ nach Entfernung aller arbitri durch den K. V. Kanzler proponieren, er könnte es den Ständen ansehen, daß sie wegen noch nicht erfolgter Approbation der Pakten mit den benachbarten Potentaten zu reden wünschten, er wollte ihnen vorkommen und dieses zur dienlichen Nachricht hinterbringen. Die 31. März

geheimzuhalten, wird Kf. ersehen, daß dabei sehr wichtige Dinge herausgekommen sind. Viele der vornehmsten Stände deuten es dem Könige und seinen Ratgebern zum großen Versehen aus, daß er das, was bisher stets geleugnet worden und bis zuletzt im höchsten geheim wäre zu halten gewesen, so kundgemacht hat, andere, welche ihn für sehr behutsam halten, meinen, es sei nur mit Rücksicht auf die französischen Gesandten geschehen, damit der Bischof von Marseille, der jetzt heimkehrt, dem Könige von Frankreich hinter-

---

Kompaktaten mit dem Kaiser wären deshalb nicht zur Richtigkeit gekommen, weil das Wienische Exemplar einen Punkt in sich hielte, der in dem hiesigen, zu König Sigismunds Zeiten in Druck gegebenen, sich nicht fände, nämlich: Nemo alterius provincias anhelabit vel rebelles proteget, von welchem der in Krakau gewesene kaiserliche Gesandte wie auch der noch gegenwärtige Resident keineswegs abstehen wollten. Der König aber hätte ohne Vorbewußt der Stände keine solche Neuerung eingehen wollen und würde man im hiesigen Archiv fernere Nachsuchung tun müssen. Hierbei könnte man die kaiserliche Hypothek auf die Salzgruben, das erhaltene diploma electionis und das in Tarnowitz eingeführte Salzmonopol nicht mit Stillschweigen übergehen, da man billig vor Konfirmation der Kompaktaten auf deren Abtuung bedacht sein müßte. Von kurfürstlicher Seite hätte dessen Gesandter, Baron v. Hoverbeck, per contemtum Reipublicae renovationem pactorum bei stehendem Reichstag nicht eins gesucht, wozu man ohnedem nicht schreiten könnte, bis denselben zuvor vom Kurfürsten ein Genügen geschehen sei, wobei 1. die Verpfändung von Elbing, 2. der Schiffszoll zu Pillau, 3. die Überfuhr bei Neuburg, 4. die versagten Auxiliarvölker, 5. die gewaltsame Entführung Kalcksteins, 6. die eingenommene Starostei Draheim herhalten mußten, mit dem Anhange, daß sich der Kurfürst noch mehr anmaßte, da er die Prinzessin Radziwill, welche doch unter der Republik Pflege und Obervormundschaft wäre, dem Prinzen von Oranien vermählte und deshalb zu ihm gereist sei. Weil aber dieser ausländische Prinz die Fürstentümer der Prinzessin nicht besitzen könnte, wollte der Kurfürst sich dieselben contra jura Reip. zueignen und ihm dafür das Fürstentum Cleve abtreten. In diesem allem hätte die Republik billig gebührende Satisfaktion zu suchen und könnte dazu keine favorablere Konjunktur gefunden werden. Der König machte sich ein Gewissen, da man ihn hätte schwören lassen, ablata zu rekuperieren, wenn er sich nicht auf das äußerste bemühen sollte, dieses zu erfüllen. Man hätte der Republik, als sie von allen Seiten von Feinden umringt gewesen, solche Pacta abgedrungen.

Der Primas führte dieses alles noch weitläufiger an, fügte noch hinzu, daß Graf Schlieben wegen der Taufe mit einer unchristlichen Strafe belegt worden, er riet, confirmationem so lange aufzuschieben, bis die praetensiones mittels der Deputation oder einer Kommission, die man gegen eine gewisse Zeit ansetzen könnte, abgetan wären. Sollte dieses Mittel jemand nicht gefallen, könnte man ex nunc die pacta konfirmieren, aber ea conditione, daß Reip. zuvor in ihren Prätensionen Satisfaktion möchte gegeben werden.

Der Bischof von Krakau bewies dagegen, wieviel die Krone diesen beiden Nachbarn zu danken habe, daher man notwendig mit ihnen gute Freundschaft beizubehalten trachten und die pacta konfirmieren müßte. Die Republik hätte damals nur durch die pacta mit dem Kurfürsten gerettet werden können. Weil er aber in seiner Rede durch affektiertes Husten und Gemurmel gestört wurde, ging er, nachdem

bringe, er hätte sein äußerstes getan, sich der bisherigen Freundschaftsbezeugung erkenntlich zu erweisen, er könnte es aber wegen Widersetzlichkeit seiner Stände nicht weiter bringen. Jedenfalls aber hat man Ursach auf der Hut zu sein, besonders, daß nicht etwa ins scriptum ad archivum eine Klausel inseriert werde, daraus der Hof einen Prätext nehmen könnte, um unter dem Schein, die Sicherheit der Republik zu beobachten, die Völker nach Gefallen zu gebrauchen.

---

er die Königl. Proposition und das Votum des Erzbischofs widerlegt, mit Widerwillen davon. Der Bischof von Posen berichtete, er sei noch als Abt von Paradyss zu des Kurfürsten Mutter geschickt worden, um ihr vorzustellen, wie unrecht Kf. getan, daß er sich zu den Feinden Polens geschlagen, die hätte geantwortet, es wäre geschehen, nachdem die Feldherrn sich verschworen und dem König von Schweden untergeben hätten und die polnische Armee mit denselben ins Land gekommen sei und, um den Kurfürsten zur Konjunktion zu zwingen, 2000 von seinen Völkern niedergemacht hätte. Er solle es nur erst dahin bringen, daß die Feldherren vom König von Schweden wieder abträten, dann würde auch der Kurfürst sich wieder mit der Krone setzen. Doch wollte er nicht Lärm blasen, sondern den König von dem obgemeldeten Eide für diesmal dispensieren.

Hierauf redeten die Bischöfe von Culm und Chelm ziemlich hart, wünschten, dieser Krieg des Königs von Frankreich mit den Alliierten möchte niemals enden und Gott die französischen Waffen segnen, widrigenfalls würden diese Nachbaren die Republik ganz unterdrücken. Doch haben sie der Renovation der Pakten salvo tamen religionis catholicae exercitio nicht widersprochen. Der Kastellan von Posen sagte, des Königs Absicht sei, mit den Nachbaren in gutem Vernehmen zu leben, und er suche nur der Republik Satisfaktion zu schaffen. Wenn sie sich aber in der Güte dazu nicht verstehen wollten, würde es ihm an Mitteln nicht ermangeln, dieselbe der Republik zuwege zu bringen. Als die Reußen meinten, es wäre nicht nötig, die Pakten zu konfirmieren, weil sich besonders Brandenburg nicht gemeldet, remonstrierten die Großpolen, es sei vielfältig geschehen, sie hätten ex conventu deshalb an den König abgefertigt, mit der Bitte, nicht länger zu diffikultieren, die sie jetzt wiederholten. Namentlich der U. Kämmerer von Kalisch, Krzycki, und der Starost von Kosten, Korzeniewski, haben sich sehr wohl gehalten und gebeten, daß es nicht zum Kriege käme, sondern diese Sache in der Güte beigelegt werde. Die Renovation der Pakten mit dem Kurfürsten gehörte nicht zur Republik, sondern allein zu des Königs Person. Von anderen wurde der damalige kaiserliche Sukkurs gegen Schweden durchgezogen und behauptet, der Kaiser sei schuld, daß die moskowitische Konjunktion nicht erfolgt sei, man sollte also zuvor seiner Freundschaft durch Abtretung obgemeldeter Prätensionen versichert werden. Und was hätte man denn für Ursache zur Freundschaft mit dem Kurfürsten, der als Vasall gegen die Republik in Waffen gestanden, ihr soviel Schaden zugefügt hätte, in seinem Lande die katholische Religion so heftig unterdrückte und die vorhin freien preußischen Edelleute mit unerträglichen Kontributionen beschwerte? In Summa, man hat den übelwollenden Affekten gegen jene Potentaten gar zu sehr den Zügel schießen lassen, doch ging der meisten Schluß dahin, daß man nichtsdestoweniger die Pacta konfirmieren und vorher Kommissarien zu Hinlegung der Differentien benennen möge. Vom Thron wurden der Primas, die Woiwoden von Lublin und Culm, der Kastellan von Posen und andere mit dem kaiserl.

Man möchte ihn gerne dahin bringen, daß er die Erneuerung der Verträge bei allen Ständen der Republik suche und dadurch Anlaß zu einem öffentlichen Repuls gebe, auf den man sich künftig immer berufen könnte, er hütet sich aber wohl davor, wird auch nur privatim bei dem Primas und K. U. Kanzler gegen den ihm gemachten Vorwurf, er hätte um die Erneuerung beim Könige nicht gebeten, expostulieren.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 27. April 1677.

[Schluß des Reichstages. Aufforderung des Königs zur Erneuerung der Pakten. Bitte um Geld. Versicherung Krzycki's.]

27. April Soeben hört er, daß der Schluß des Reichstages erfolgt ist.[1])

Die Königin und der König haben ihm durch den Kastellan von Posen andeuten lassen, er möchte seinen Kollegen[2]) aufs schleunigste herüberkommen

---

Residenten zu handeln deputiert. Schließlich ließ der König durch den K. V. Kanzler ausbringen, er wäre bereit, sich dem Gutachten und Willen der Stände zu fügen und sich nicht zu widersetzen, wenn sie gleich Draheim schenken und Lauenburg und Bütau abtreten wollten und wenn auch ihr Wille wäre injurias ferendo gratias agere. Der Landbotenmarschall kam nicht dazu, aus ihrem Mittel Deputierte zu ernennen, da der König, der Protestationen verschiedener Woiwodschaften ungeachtet, daß sie nämlich die Prolongation nur bis heute bewilligt hätten, aufstand und so die Session hob.

Auch in der Sitzung vom 2. April wird über diesen Gegenstand verhandelt. In derselben berichtet zunächst der Primas über die Verhandlung der dazu bestellten Deputierten mit dem kaiserlichen Residenten, dann kommt man auf die Renovation der Pakten mit Kf. zu reden. Verschiedene, besonders Bąkowski und Zawacki, dringen darauf, daß man zuvor von ihm per commissionem Satisfaktion suchen und ihm Draheim, Lauenburg und Bütow nicht lassen solle. Nach langem Diskurrieren läßt der König durch den K. V. Kanzler erklären, daß er die Pakten mit dem Kaiser zu konfirmieren gesonnen wäre, der Gesandte des Kf. verlangte jetzt die Renovation nicht, da diese nicht ad Rempublicam, sondern allein zu seiner Königl. Person gehörte, und man werde die Prätensionen, die man an Kf. hätte, auf einer Kommission beizulegen bedacht sein. Dann sprechen Krzycki und Korszeniewski zugunsten des Kf., namentlich letzterer widerlegt alle Einwürfe Zawacki's. Dieser will auch trotz der Deklaration des Königs nicht von seinem Widerspruch abstehen und wird wieder von Bąkowski unterstützt, der K. V. Kanzler aber erklärt nochmals, der König sei entschlossen, die Pacta zu renovieren. — S. die Berichte Béthune's vom 31. März und 3. April 1677 (S. 370, 373); Pufendorf l. XV, § 13 (S. 1120).

[1]) Der Schluß des Reichstages war am 27. April um 3 Uhr morgens erfolgt, nachdem die letzte Sitzung vom Nachmittag des vorhergehenden Tages an die Nacht hindurch gehalten worden war. S. den Bericht Béthune's vom 29. April 1677 (S. 384 f.).

[2]) v. Tettau, Hauptmann von Lötzen. S. oben S. 121.

lassen, weil sie entschlossen wären, noch vor dem Aufbruch nach Danzig, den sie aufs längste innerhalb acht oder zehn Tagen angesetzt hätten, die Renovation der Pakten vor sich gehen zu lassen. Er hat deswegen sofort an den Hauptmann von Lötzen geschrieben und auch den preußischen Statthalter ersucht, seinem Schreiben einen Nachdruck zu geben, damit ihnen nicht einige Säumnis beigemessen werde.

Da aber von den für den Primas in Deposition gehaltenen Geldern das meiste aus Not ausgegeben worden, so wird hochnötig sein, aufs schleunigste 3000 Dukaten zu überschicken, damit die Sache nicht in Stocken gerate, wenn es an dem, was neben dem Primas dem K. V. Kanzler, dem Kanzleiregenten und dem Kastellan von Wisna Zachowski versprochen worden, mangeln sollte.[1])

Der Kalischsche Oberkämmerer Krycki läßt Kf. versichern, daß derselbe in seinem Vorhaben gegen Schweden keine Verhinderung zu befürchten habe. Gott gebe, daß der gute Kavalier, der es sonst mit dem König und der Republik treu meint, nicht mit guten Worten verleitet werde. So viel ist gewiß, daß die Republik mit Kf. in gutem Vernehmen zu leben begierig ist, unter dem Namen der Konföderation aber stecken noch allerhand französische und schwedische Machinationen, denen vorzubeugen er sich bemühen wird.

Chr. Wichert an [den Geheimen Sekretär P. Fuchs]. D. Warschau 1. Mai 1677.

[Der Ausweisungsbefehl an ihn. Gespräch mit dem K. Marschall.]

Was sich seinethalben in jetzigem Senatus consilio postcomitiali[2]) für ungleiche Vorschläge geäußert, wird Morstein weitläufiger gemeldet haben. Dazu kommt, daß der Gesandte gestern durch den Regenten Witwicki schon zum dritten 1. Mai

[1]) Kf. teilt v. Hov. mit (d. Cöln 26. April/6. Mai 1677), er habe Befehl erteilt, daß v. Tettau seine Abreise beschleunigen solle, und habe Büttner angewiesen, 4000 Rtlr. aufzubringen, von denen 1000 für ihn und die übrigen zur Fortsetzung dieser Kommission bestimmt seien.

[2]) Der Danziger Sekretär D. Schumann berichtet dem Rate am 30. April, gestern sei im geheimen das consilium postcomitiale gehalten worden, welches erst morgen endigen werde. Der Primas und der Bischof von Krakau sollen erklärt haben, man dürfe sich keineswegs mit den Türken gegen die Moskowiter verbinden, sondern es solle je eher je lieber die Gesandtschaft an den Zaren expediert werden und ebenso die nach Rom, um auf allen Fall um Hilfe zu bitten. Es sei auch in Proposition gekommen, ob man die schwedischen Völker aus Liefland sollte durch Samaiten in das kurfürstl. Preußen marschieren lassen. Der Bischof von Chelm Swieczicky und der Palatin von Pommerellen Bąkowski hätten sehr der Schweden Seite gehalten, dagegen hätte der Palatin von Lublin Rey vor allen anderen solches

Male namens des Königs belangt worden, daß ihn Kf. sofort abberufen möchte. Einige Vornehme hätten dem König geraten, ihn aus dem Wege zu räumen, aber derselbe hätte nicht sogleich zur Schärfe greifen wollen. Als ihn der Gesandte nach der Ursache gefragt, hat er geantwortet, er wüßte nichts anderes, als daß er solches seinem Unglück beischreiben müßte, Christus wäre die Unschuld selbst und hätte dennoch so viel leiden müssen. Gestern abend hat der K. Marschall[1]) ex officio die Beilage[2]) an ihn geschickt. Er hat sich heute in der Frühe zu demselben begeben und hat ihm seine Bestallungen gezeigt, womit er auch zufrieden war und versprach, die Sache so viel wie möglich bei dem König zu mollifizieren, doch riet er, er möchte sich in aller Stille bei Kf. um avocatorias bewerben, damit er auf allen Fall mit guter Manier davonreisen könnte. Er hat gebeten, der König möchte ihm doch denjenigen nennen, der

---

aperte dissuadiert. Der Bischof von Krakau habe gemeint, daß man zwar deswegen keine Armee halten würde, es wäre aber doch gut, daß dergleichen nicht geschehe, ihm schiene zu genügen, daß man mit dem hiesigen schwedischen Gesandten und dem Gouverneur von Liefland expostulierte, daß es unterbleiben möchte. Der Palatin von Lublin habe hinzugefügt, man müßte dem litauischen Feldherrn auftragen, auf das Tun der Schweden ein wachendes Auge zu halten, was morgen durch den litauischen G. Kanzler dürfte gewaltig poussiert werden, da auch etliche Landboten dagegen gewesen. Der Primas habe urgiert, alle Residenten wegzuschaffen, und namentlich Wichert genannt, dem er große Kuriosität zugeschrieben, so daß man bei ihm fast alles, was hier passierte, erfahren könnte. Am 7. Mai berichtet Sch. weiter, dem schwedischen Gesandten sei angekündigt worden, man hätte es für gar zu gefährlich angesehen, die Schweden durch Samaiten nach Preußen gehen zu lassen, doch hätte der König auch v. Hoverbeck ansagen lassen, es sollten keine Völker aus Preußen, Lauenburg und Bütow wider Schweden geführt werden. Er bittet den Rat, seine Berichte zu sekretieren, damit es ihm nicht so wie Wichert ergehe, über dessen Kuriosität sich der Primas beklagt und dadurch seine Ausweisung bewirkt habe.

[1]) Stanislaus Lubomirski.

[2]) Ad proprium S. R. M. ex Senatus consulto mandatum.

Cum S. R. M. pro certo compertum habeat, generosum d. Wichert sub nomine Residentis S. Electoris Marchionis Brandenburgici hic in aula degentem nociva S. M. et Reipublicae apud Residentem S. Magni Moschoviae Ducis officia praestare ac saepissime eundem contrariis malisque informationibus ultro imbuere, unde sinistra nasci potest correspondentia inter regna et monarchias christianas praeiudiciosa.

Qua de causa praefata S. R. M. decernit in instanti: quatenus dictus d. Wichert, si quem characterem a S. Serenitate El. in se continet, in spatio viginti quatuor horarum Supremo Regni Marscalco exhibeat, quod si nullum habuerit vel habitum non exhibuerit, in spatio earundem horarum a notitia edicti huius ad S. Serenitatem Principalem suum reuertatur.

Quodsi exhibuerit characterem de se realem, ad spatium unius mensis, videlicet diem ultimam Maii, commorandi hic facultatem habet, ut a S. Serenitate reuocationem Residentiae suae obtinere valeat, aliter decernit S. R. M. vel in spatio unius diei, ut supra, vel in spatio unius mensis, ut infra dictum, elapso, se tanquam cum Subdito suo ad arbitrium et aequitatem processurum eundemque arestari demandat.

ihn so fälschlich angegeben, als wenn er mit dem moskowitischen Residenten dieser Krone schädliche Konferenzen gepflogen hätte, er wollte sich dann gebührend purgieren. Er versprach, beim König deswegen Ansuchung zu tun, zweifelte aber, daß derselbe die Person werde nennen wollen. Auf den Rat des Gesandten macht er dem Kf. keine Meldung davon, er hält aber für nötig, daß derselbe davon Kunde erhalte, bittet also Meinders oder sonst jemand bei Hof davon Mitteilung zu machen, damit er wisse, wie er sich verhalten soll. Besonders würde nötig sein, daß, wenn Kf. in einem Schreiben an jemand hierselbst von ihm Meldung tun oder auch an ihn ein Reskript sollte abgehen lassen, der Titel Resident, den sie in Zweifel ziehen und der ihn am meisten schützen kann, beigesetzt werde.[1])

Der Kurfürst an den polnischen Reichsmarschall. D. Coloniae ad Sverum 30. April/10. Mai 1677. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Beschwerde über den Ausweisungsbefehl an Wichert.]

Mit Verwunderung hat er erfahren, daß sein Rat und Resident am polnischen Hofe Wichert, der von ihm mit einem öffentlichen Charakter und mit einem Beglaubigungsschreiben versehen ist, durch ihn den Befehl des Königs, den Hof und das Reich zu verlassen, erhalten hat. Wenn derselbe sein Amt unwürdig sollte verwaltet oder etwas zum Schaden des polnischen Reiches begangen haben, so wird er ihn, wenn es ihm hinterbracht und er überführt werden sollte, streng bestrafen. Dieses Verfahren aber ist gegen das Völkerrecht und die Verträge und für ihn schimpflich. Er bittet ihn daher, kraft seines Amtes dafür zu sorgen, daß Wichert nicht auf so unwürdige Weise ausgewiesen werde, sondern bis er überführt sein sollte, etwas Pflichtwidriges getan zu haben, sein Amt weiter ruhig und sicher verwalten könne.[2]) 10. Mai

[1]) Am 4. Mai berichtet er demselben, der K. Marschall habe ihm gestern mitgeteilt, der König beharre, nachdem er von seinem Charakter Nachricht erhalten, auf der schriftlich erteilten Resolution, daß er nur bis zum letzten Mai hier bleiben dürfe. Der Marschall habe hinzugefügt, er besorge, daß der König auf Anstiften Frankreichs und Schwedens hierdurch zur Feindseligkeit mit Kf. Gelegenheit suche, und habe geraten, da jetzt nicht Zeit dazu wäre, daß sich Kf. zu einigem ressentiment sollte bringen lassen, er möchte sich auf allen Fall um revocatorias bewerben.

[2]) Dem Herzog von Croy schreibt Kf. (d. Cöln a. d. Spree 4./[14.] Mai 1677), das Verfahren gegen Wichert befremde ihn nicht wenig und er werde nicht vergessen, es seinerzeit zu ressentieren. Da er aber jetzt dabei Bedenken trage und alle fernere Weiterung verhütet sehen möchte, so ersucht er ihn, Wichert schleunig zu sich nach Königsberg zu berufen und ihn mit dem nötigen Gelde zu versehen, damit durch seine Abreise alles Unheil abgewendet werde. An Wichert ergeht

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 8. Mai 1677.[1])

[Ursachen, weswegen der König sich zur Bestätigung der Verträge bereit zeigt. Klage über die Posten.]

8. Mai Nachdem der König aus der Stände votis und Discursen so viel vermerkt, daß sie nichts höher wünschen und verlangen, als daß Fried, Einigkeit und gutes Vernehmen mit allen Benachbarten beibehalten werde, er auch umb dieselbe in allen seinen desideriis williger zu finden, sich dazu solenniter anerboten und in Sorgen stehen müssen, daß, wenn etwa auf den Relations-Seymiken erfahren würde, die renovatio pactorum wäre nicht erfolgt, alle Contributionen dadurch gleich wie nach dem Krönungstage ins Stocken wieder geraten dürften, hat er nicht nur die Vollmacht auf seine Deputirte zum Eidschwur (welche diesesmal viel vornehmer sein dann vorhin, nämlich der Herr Castellan von Posen Grzymoltowski ex senatu und der Herr Kronhofschatzmeister Szumowski ex ordine equestri) sondern auch das diploma investiturae über die Ambter Lawenburgk und Butaw ausfertigen und ganz vollziehen lassen. Also daß es nur jetzo daran haftet, daß sich der Herr Hauptmann von Lötzen, an welchen ich deswegen (weil der König im Aufbruch begriffen) bereits zum vierten Mal geschrieben, anhero gestelle, und daß die Gratiale vor den Primaten Regni, den Kronvicekanzler und die beede königliche Deputirten überschickt werden, weßwegen ich zum inständigsten an den Herrn Preußischen Statthalter geschrieben, welches Ew. Chf. D. durch dero Rescript geruhen zu bestärken.

Wegen der Posten werden große Klagen von Danzig aus geführt[2]) und der König beeifert nichts so sehr als solche Klagen. Er hält dieselben für falsch, bittet aber um umständlichen Bericht deswegen, um so ein Mittel zur Stillung vieler Widerwärtigkeiten und Verbitterung zu erhalten.

---

unter demselben Datum die Weisung, sich nach den Befehlen des Herzogs von Croy zu richten. — Wichert ist trotzdem in Warschau geblieben und hat dort unbehelligt weiter seine Geschäfte als kurf. Resident versehen. Wodurch diese Änderung der Beschlüsse auf polnischer Seite veranlaßt ist, erhellt aus den Akten nicht. S. Pufendorf l. XV, § 21 (S. 1131).

[1]) S. Pufendorf l. XV, § 13 (S. 1121).

[2]) Kf. hatte (d. Cöln a. d. Spree 27. April/7. Mai 1679) seinem Agenten in Danzig, Benckendorff, einige Packete Briefe, die durch Feindes Land gegangen und von seinen Offizieren angehalten worden seien, zugeschickt mit dem Befehl, sie dem polnischen Postmeister Gratta zu überliefern, aber ihm, dem Magistrat und den

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 17. Mai 1677.

[Anzeige der erfolgten Erneuerung der Pakten und Lehnsrekognition. Voraussichtliche günstige Folgen davon. Die Zahlung an den Primas.]

Heute ist[1]) um sechs Uhr morgens die Renovatio pactorum und um zehn Uhr die Recognitio fendi vor sich gegangen, der König hat während der letzteren die ganze Zeit über bloßen Hauptes gesessen und die anwesenden Senatoren während des ganzen Actus gestanden. Der K. U. Kanzler hat auch in seiner Antwort nichts ausgebracht, was dem Kf. präjudizierlich oder zuwider hätte sein können. Der Hauptmann von Lötzen ist auch noch rechtzeitig eingetroffen und hat mit ihm zusammen den Eid abgelegt. Nachher hat er bei dem König Audienz gehabt und ist von demselben sehr gnädig empfangen worden.[2]) Der aufgerichtete Rezeß super renovatione pactorum stimmt mutatis mutandis in allen Punkten mit dem von 1672 überein, nur daß beiderseits Manifestationen hinzugetan worden sind, daß die Konfirmation den Prätensionen nicht präjudizieren könne noch solle. 17. Mai

Diese Actus werden viele Widerwärtige, die auf ein gehofftes Mißverständnis zwischen dem Könige und Kf. allerhand Anschläge formiert hatten, zurückhalten, auch den Stettinern, die von Schweden auf polnische Diversionen vertröstet waren, allerhand Nachdenken verursachen. Sollte nur Kf. Stettin zum Gehorsam bringen, wird derselbe auch von dieser Seite seinen Staat befestigen und wohl auch die Anschläge auf Putzig und Danzig vereiteln können. Oberst Prebentow versichert, er hätte dem Woiwoden von Pommerellen begreiflich gemacht, daß es auch gegen sein Interesse und seine Wohlfahrt sei, daß der König sich

---

Kaufleuten in Danzig anzuzeigen, daß sie Briefe nach Hamburg oder sonst wohin nicht durch Feindesland, sondern durch die von ihm angelegten ordentlichen Posten zu schicken hätten, durch Feindesland würde er solche nicht passieren lassen. B. berichtet darauf (d. Danzig 12. Mai 1677), er hätte das Schreiben des Kf. nebst den in einem versiegelten Beutel befindlichen fünf Paketen durch zwei Beamte des hiesigen Postamts erhalten. Zugleich mit diesen aber seien zwei Notare erschienen, welche namens des Postamts einen anzüglichen Protest gegen einen solchen Eingriff in die Rechte des Königs und Verletzung des Völkerrechts erhoben hätten. Er hätte den Protest als ungegründet zurückgewiesen und darauf dem Postmeister und dem präsidierenden Bürgermeister Anzeige von dem Befehl des Kf. gemacht, auch Sorge dafür getragen, daß die Sache den Kaufleuten bekannt werde.

[1]) S. Pufendorf l. XV, § 14 (S. 1122). Vgl. den Bericht Béthune's vom 21. Mai 1677 (S. 392).

[2]) v. H. schreibt 14. Juni 1677, unter den Französischen sei die Meinung verbreitet, er hätte dem König, um die Renovation der Pakten auszuwirken, 7000 Dukaten geschenkt, und sie beschuldigten den König der Undankbarkeit. S. über anderweitige Vermutungen die Berichte Béthune's vom 23. und 29. April 1677 (S. 383 ff.).

dieser beiden Orte bemächtigen sollte, er hält für sicher, derselbe werde selbst unter der Hand dagegen arbeiten.

PS. Da er dem Primas zu verschiedenen Malen hat an Eidesstatt versichern müssen, er werde nicht abreisen, bevor demselben die von Kf. durch Scultetus versprochenen 2000 Speziesdukaten wirklich würden gezahlt sein, so bittet er um schleunige Beschaffung derselben.[1]) Der K. V. Kanzler hat 1000 Rtlr., die beiden Deputierten je 200 Dukaten erhalten, nun sind noch übrig der Kanzleiregent und der Metrikant.

J. Scultetus[2]) an den Kurfürsten. D. Driesen 22. Juni 1677.

[Günstige Beschlüsse des großpolnischen Landtages. Sendung Malachowski's zum Könige. Mitteilungen und Wünsche des Woiwoden von Kalisch.]

22. Juni Er ist erst zu Ende des Landtages angelangt, hat aber doch seinen Auftrag ausgeführt, besonders dem K. G. Kanzler, Breza und Kricki dafür gedankt, daß sie den Adel auf diesem Landtag dazu gebracht, Malachowski an den König zu senden, um diesem für die Bestätigung der Pakten zu danken. Dieselben sagten, Malachowski hätte auch den Auftrag, zu verlangen, daß alle fremden Werbungen in der Krone verboten und die Konföderation der abgedankten Völker verhindert werde, sonst mit dem allgemeinen Adelsaufgebot zu drohen. Der Kanzler meinte, der Hof werde wohl dagegen nichts einzuwenden haben, und, wenn er eine Konföderation im Schilde hätte, diese nicht in Großpolen, sondern in Kleinpolen und Reußen, nahe den ungarischen Grenzen, sich anspinnen lassen. Er hat aber darauf remonstriert, dadurch würde doch die ganze Krone in einen neuen Krieg involviert werden, denn alle Alliierten im Reiche seien verpflichtet, dem Kaiser zu assistieren und den für einen all-

[1]) Kf. schreibt an v. Hov. (d. Cöln 18./28. Mai 1677), er habe Büttner und Heidekampf befohlen, je 1000 Dukaten aufzubringen und ihm zuzuschicken. Die Zahlung an den Primas aber ist doch erst später erfolgt. Hov. schreibt nach dem Tode desselben dem Kf. (d. Hohenstein 4. September 1677): „Es ist zu beklagen, daß der Primas regni, da er dieses Jahr abscheiden sollen, sich so lange gesäumet habe, bis ihm die bewußte 2000 Ducaten gezahlet worden. Wie einesmals ein Gerücht erscholl, daß er wär an der Pest gestorben, hielt ich etliche Wochen an mich, es kam aber ein Schreiben über das ander, so durch seinen Vetter H. Opacki eingeliefert ward, daß ich endlich, um Mißtrauen abzuwenden, das Geld zahlen mußte."

[2]) Kf. hatte (d. Cöln 1./11. Juni 1677) Sc. angewiesen, sich sofort auf den großpolnischen Kreistag zu begeben und dort seine Interessen zu beobachten. Vor allem sei gutes Einvernehmen zwischen ihm und der Republik zu erhalten und die feindlichen französischen und schwedischen Machinationen zu hintertreiben.

gemeinen Feind zu halten, der sich in diesen Krieg einmischen und einen von ihnen angreifen würde. Breza gab zu verstehen, sie hätten deshalb dem Malachowski aparte Instruktion gegeben, sich dieser Dinge halber und was der König in Danzig vorzunehmen gedächte, zu erkundigen, und wenn er erfahren sollte, daß der französische Gesandte sich wirklich um die ungarische Krone bemühen und den dortigen Rebellen aus Polen Hilfe zu bringen suchen sollte, darüber zu remonstrieren und mit der Forderung eines Reichstages zu drohen. Um es nicht zu einem solchen kommen zu lassen, werde der Hof gewiß wenigstens vorläufig von diesem Vorhaben abstehen.

Er hat auch den Woiwoden von Kalisch[1]) aufgesucht und demselben eine Belohnung seitens des Kf. für seine guten Dienste in Aussicht gestellt. Derselbe behauptete, der König werde zwar sehr aufgehetzt, sei aber zu bedächtig und meticulosus. Die Konföderation, hoffe er, werde nicht vor sich gehen, er habe dabei das Beste getan, indem er seinen Neffen Gruzinski, der zum Haupt derselben bestimmt gewesen wäre, überredet hätte, davon abzustehen. Als er ihm wegen der Expektanz auf das Generalat in Großpolen nach des G. Kanzlers Tode gratulierte, bat derselbe, Kf. möchte sich doch bei diesem dafür verwenden, daß, wenn er das Siegel schon bei Lebzeiten gegen eine Geldsumme resignieren wollte, er dasselbe dem Kastellan von Posen, der ihm dafür die Starostei Stuhm abtreten wollte, und nicht dem K. Truchseß Wielopolski, der sich zwar zur Zahlung von 12000 Dukaten auf einmal erbiete, den der König aber nie zulassen werde, überlassen möchte. Kf. wird wohltun, dieser Bitte Folge zu leisten.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. im Lager zwischen Gartz und Stettin 25. Juni/5. Juli 1677.

[Die projektierte Allianz zwischen Schweden und Polen. Auftrag, das Zustandekommen derselben zu verhüten.]

Der König von Dänemark hat ihm beifolgendes aufgefangenes Schreiben 5. Juli der Reichsräte an den König von Schweden zugeschickt,[2]) aus welchem zu ersehen, was für eine gefährliche Allianz man zwischen Polen und Schweden projektiert hat. Das Projekt selbst ist noch nicht mit überschickt, er hofft, es aber auch zu bekommen. H. soll sich aufs äußerste bemühen, daß dieses Werk nicht zur Perfektion komme, auch wenn er es für gut findet, daraus mit dem G. Kanzler und anderen Wohlgesinnten vertraulich kommunizieren. Zwar ist zu hoffen, daß die jetzigen Konjunkturen in Schweden und der schlechte Zustand dieses Königreichs dieses Projekt von selbst umstoßen und den polnischen Hof zu anderen Gedanken bringen werden, doch kann man in solchen Dingen nicht vorsichtig genug sein.

---

[1]) Johann Opalinski.

[2]) S. den Bericht Béthune's vom 30. Juli 1677 (S. 414).

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 16. Juli 1677.

[Auf das Reskript vom 25. Juni/5. Juli. Vorschläge, wie die Allianz zwischen Polen und Schweden zu hintertreiben sei.]

16. Juli Die Allianz mit Schweden ist[1]) fast zu derselben Zeit projektiert worden, als man sich am allergeneigtesten zur Renovation der Pakten bezeigte. Er weiß kein besseres und nachdrücklicheres Mittel, um diesem und ähnlichen Vorhaben vorzubeugen, als durch Gewinnung der Feldherren. Der K. U. Feldherr scheint dem Kf. zugetan zu sein, sucht es aber sehr zu verbergen. Dem G. Feldherrn hat der kaiserliche Resident neulich 6000 Rtlr. überschickt. Der litauische G. Feldherr aber, auf welchen es bei jetzigen Konjunkturen für Kf. am meisten ankommt, hat bisher noch nichts bekommen. Es wird also nötig sein, daß er mit dem ehisten wenigstens mit 4000 Dukaten subarrhiert werde. Um ihn zur Geduld zu disponieren, hat er mit dem kaiserlichen Residenten an dessen Beichtvater geschrieben.[2])

Der Kurfürst an Scultetus. D. im Feldlager vor Stettin 19./29. Juli 1677. (Conc. v. Gladebeck.)

[Instruktion für die Sendung zum König von Polen.]

29. Juli Da die Chaise[3]) noch nicht so bald fertig sein wird, so soll er sich mit den acht Stuten, welche Kf. dem König zum Geschenk machen will, zu demselben

---

[1]) Die unter Teilnahme der französischen Gesandten mit Liliehoeck geführten Verhandlungen hatten Anfang April begonnen (s. Acta hist. III, S. 373 ff.), ihren Abschluß haben sie erst im August gefunden; der Vertrag vom 31. August 1677, in welchem sich König Johann zur Mitwirkung an dem schwedischerseits zu unternehmenden Angriff von Liefland aus gegen Preußen verpflichtet, ist jetzt abgedruckt ebendaselbst S. 424 ff.

[2]) Am 30. Juli zeigt H. dem Kf. an, daß er das aufgefangene Schreiben dem K. G. Kanzler mitgeteilt habe und es auch dem litauischen G. Kanzler zusenden werde; am 3. Oktober berichtet er, daß er auch dem litauischen G. Feldherrn eine Übersetzung desselben zugesendet habe, teilt dessen Antwort mit und mahnt, ihn bei guter Gesinnung zu erhalten, was wohl durch Anzahlung von 2000 Dukaten geschehen könnte. Kf. schickt ihm darauf (d. Feldlager vor Stettin 12./22. Oktober 1677) ein Schreiben an denselben und beauftragt ihn, demselben mitzuteilen, daß er ihm zum Ersatz für die schweren Spesen, welche er um des gemeinen Bestens willen über sich nehmen müßte, demnächst 2000 Rtlr. senden werde.

[3]) Schon in einem Memorial aus dem Mai hatte Scultetus darauf aufmerksam gemacht, daß eine von Kf. dem Könige versprochene Chaise diesem sehr angenehm sein werde, zumal wenn das polnische und das litauische Wappen darauf gemalt würden, und Kf. hatte darauf angeordnet, daß eine solche angefertigt werden sollte.

aufmachen,[1]) in der Audienz ihn namens des Kf. zu seiner Ankunft in Preußen beglückwünschen und ihn seiner freundschaftlichen Gesinnung versichern. Er soll ferner erklären, Kf. wisse zwar, daß seine Feinde ihr äußerstes anwendeten, um zwischen ihnen wenn nicht ein gänzliches Mißverständnis, so doch Mißtrauen anzurichten, er hoffe aber, der König werde die Absicht derselben erkennen, sich keine widrige ungegründete impressiones machen lassen, noch weniger etwas verhängen, wodurch das so wohl befestigte Vernehmen geschwächt werden könnte.

Anderer Materien in specie soll er nicht gedenken, sollte aber der König darauf kommen, so soll er darauf nur diskursweise antworten und es ad referendum nehmen. Sollte der König über des Kf. Werbungen auf polnischem Gebiet Klage führen, so soll er erklären, daß dieses nicht eben wider die pacta laufe, daß es aber doch ohne des Kf. Wissen und Willen geschehen sei und daß er es verboten habe, zugleich soll er bei dieser Gelegenheit den König ersuchen, durch scharfe Verbote zu bewirken, daß alle französischen und schwedischen Werbungen eingestellt würden.

Im übrigen hast Du mit allem Fleiße unter der Hand zu penetriren, was des Königs und des Hofes Vorhaben sei, wie er gegen die Stadt Danzig gesinnt und was dahero zu hoffen oder zu fürchten, welches alles Du getreulich zu referiren hast. Du hast auch vor Deiner Abreise Gelegenheit zu suchen, dem König zu remonstriren, was vor großer Schade so wohl in den Königl. als unseren Landen geschehe dardurch, daß die Thämme auf der großen und kleinen Waltze im Graudenzischen zur Verhütunge der Ausbrüche der Weichsel nicht gefertiget oder repariret würden, weßhalb Du dann umb nöthige Ordre zue solcher Reparation anzusuchen hast. —

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Danzig 15./25. August 1677.

[Audienz beim Könige. Forderung der Loslassung Strauchs. Sendung Hacki's. Unzufriedenheit des Königs mit dem Verlauf der Dinge in Danzig. Forderungen zugunsten der Katholiken, Unwillen darüber. Beschuldigung gegen die Reformierten.]

Obgleich er schon vor fünf Tagen hier angelangt ist, hat er doch erst heute bei dem Könige, der die Tage vorher medizinierte, Audienz erhalten. Die Pferde haben dem Könige sehr wohl gefallen, die Chaise aber wird noch angenehmer sein. Nach den Kurialien erkundigte sich der König nach den Aktionen 25. Aug.

---

[1]) Der König befand sich seit dem 2. August in Danzig. S. Gralath, Versuch einer Geschichte Danzigs III, S. 101 f.

des Kf. in Pommern und ob er Hoffnung hätte, bald Stettin zu überkommen. Nachdem er von der Audienz abgetreten, traten der Woiwode von Pommerellen und der Kastellan von Posen zu ihm und sagten, sie hätten vom Könige Ordre, mit ihm zu reden, nämlich, daß derselbe den Dr. Strauch[1]) pro componendis rebus et motibus der Stadt Danzig hier höchst nötig hätte und daß Kf. ihm einen besonderen Gefallen erweisen würde, wenn er denselben losließe oder nur ad tempus hier sistierte, der König würde noch heute an Kf. selber schreiben und den Abt Hacki,[2]) welchen er nach Holland schickte, deshalb bei Kf. auch mündliche Instanz tun lassen, er möchte aber auch dem König zu Gefallen deswegen an Kf. schreiben. Er hat erwidert, er wäre darauf nicht instruiert, könnte auch nicht wissen, wie des Kf. Resolution in hoc passu sein würde, hat aber bemerkt, wenn der König Strauchs Aussage ad convincendum populum nötig hätte, könnte dieser ja zu Cüstrin in der Regierung verhört und das Protokoll hergeschickt werden, welche Antwort aber Bąkowski nicht zu gefallen schien.

Der Pater Hacki wird ohne Zweifel unter Stettin zu Kf. zu gehen beordert sein und von dessen actionibus Relation tun sollen.

So[3]) wie ich den hiesigen Estat befinde, auch aus dem Discours, so ich mit dem Castellan von Posen, imgleichen auch mit dem Chron Großcantzler, gehalten habe, ist derselbe noch so beschaffen, daß der König in Polen und die französische Faction ihr Intent schwerlich rebus sic stantibus erreichen werden,[4]) und gereuet den König schon, daß er das judicium zu hegen angefangen, sucht auch schon Gelegenheit, mit Reputation daraus zu scheiden, und klaget, daß er vom Woywoden Bonkowsky betrogen sei, welcher ihm zu großem Gelde von beiden Parten zu haben Hoffnung gemachet, itzt kommen aber die Gewerke schon und schützen die Unmöglichkeit vor, und weil der König bei ersten Session anfänglich bald den Gewerken [5]) contra senatum (obschon derselbe darwieder protestirt) zuerkannt, will der senatus itzt die milde

---

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, S. 218f.

[2]) S. oben S. 104.

[3]) Das Folgende zum großen Teil in Ziffern.

[4]) v. Hoverbeck schreibt dem Kf. (d. Hohenstein 8. September 1677): „Es ist ein sonderbares Glück vor die Stadt Dantzig, daß der König nach seiner Ankunft in die Stadt cunctiret, anstatt daß er sich des Pöbels Raserei alsofort bei dem Einzuge, umb einen Commendanten einzusetzen und die Weysselmunde einzunehmen (seiner Ratgeber Einblasen nach) praevaliren sollen, es zu weitläuftiger Rechtfertigung (dabei sie Zeit haben, sich zu besinnen) ausgestellt und über das den Religionspunkt rege gemacht und die Catholische denen Lutherischen fast in allem zu aequipariren gesucht.“ Vgl. Gralath III, S. 100ff.; Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, S. 224f.

[5]) Unaufgelöste Ziffer.

Hand auch noch nicht auftun, indessen aber fähret der König immer fort per decretum eines nach dem andern dem Rat abzusprechen und per appellationes nach Hofe zu ziehen.

S. K. Mt. haben auf inständiges Anhalten der anwesenden Bischöfe und anderer Geistlichen bei dem Magistrat angehalten, den 4 Gewerken ante omnia zu proponiren, daß 1) vor die catholisch Religion eine Kirche oder Capelle, wie auch 2) eine Schule oder gymnasium in der Neustadt alhier gebauet und angerichtet werden möchte, 3) daß die Röm. Catholischen ihre Leichen öffentlich mit Ceremonien begraben, auch die processiones anstellen könnten, 4) item daß sowohl in dem Rat als auch in den 4 Zünften 2 Papisten mit eingenommen und sitzen sollten, welches ein Magistrat den Ordnungen auch vorgetragen und es einzugehen begehret haben soll.

Allem Ansehn nach hätte wohl meines wenigen Erachtens kein ander und besserer Rat das, was gesuchet worden, umbzustoßen und eine Disaffection gegen den Hof zu erwecken erfunden werden können, als eben diesergestalt, da hierdurch nicht allein der Magistratus Gelegenheit überkommen, das odium von sich ab auf die Bürgerschaft zu wälzen und sie bei der Königin in Polen verhaßt zu machen, sondern auch der Bürgerschaft seind hierdurch die Augen sehr geöffnet worden, daß derer sehr viel bereits beginnen zu merken, wo es hinaus will. Die Starostei Putzke aber wird der König vor seiner Abreise in Possession nehmen und habe ich gemerket, daß der Magistratus dawieder auch nichts sprechen wird, wenn sie damit nur noch loskommen könnten.

Umb die Reformirten, so sich bishero neutral gehalten, mit ins Spiel zu bringen und Gelegenheit zu überkommen, sie wegen der S. Peterskirche zu gefähren, hat man dieser Tage dem Könige berichtet, es wären zwei von den Aeltesten der Gemeine in der Nacht bei einigen aus dem Rat gewesen und sie ermahnet, sie sollten sich nur stark wiedersetzen und nicht nachgeben, sie hätten von Ew. Chf. D. in geheim diese Versicherung erhalten, daß Sie, sobald Sie nur mit Stettin fertig, mit der armée kommen und ihnen Luft machen wollten. Der König soll beide Hände aufgehoben und gesaget haben: „Ach! wollte Gott, daß der Churfürst von Brandenburg diese Torheit begehen wollte, damit ich eine rechtmäßige Ursach hätte, ich wollte nicht allein dem Rat und den Reformirten in Danzig solches gern verzeihen, sondern auch ein Gelübde tun, alle Freitage Wasser und Brod zu essen, bis an mein Ende“. —

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Danzig 9. Oktober 1677.

[Unzufriedenheit und Opposition in Polen gegen die Absichten des Hofes. Einlenken des Königs in der Danziger Angelegenheit. Übler Gesundheitszustand des Königs.]

9. Okt. Nachdem er erfahren, daß der König sich sehr zornig darüber geäußert hat, daß der G. Feldherr die von Lubomirski und Bizinski zusammengebrachten Völker dissipiert hat, hat er sogleich dem G. Kanzler, dem Kastellan von Posen und anderen Senatoren vorgestellt, es sei zu fürchten, daß diese Völker sich herunterziehen, sich an der preußischen Grenze truppweise versammeln und dann von dem französischen und schwedischen Gesandten angenommen und veranlaßt werden würden, einen Einfall in Preußen zu machen, und was für gefährliche Folgen das für Polen nach sich ziehen würde. Der Kanzler und einige andere wollten nicht glauben, daß etwas daran sei, der Kastellan von Posen hielt es wohl für möglich, daß der schwedische und französische Gesandte hin und wieder einige Völker werben und an sich ziehen möchten, wollte aber nicht hoffen und glauben, daß der König, wenn er davon erführe, es gestatten würde, und versprach mit demselben davon zu reden. Er teilte ihm im Vertrauen mit, die Sachen auf der Sendomirschen Kommission ständen sehr schlecht, ein Aufstand stände zu besorgen, er wollte sich mit anderen Senatoren auf das äußerste bemühen, den König zu bewegen, den schwedischen Gesandten je eher je lieber zu expedieren und ihm nicht zu gestatten, wie er beabsichtige, nach seiner Abreise in Danzig zu bleiben.

Daß der Hof die Dinge, die oben vorgehen, zu Herzen nimmt, ist daraus zu schließen, daß man hier schon anfängt gelinder zu gehen.

P. S.[1]) Der König ist leidend, die Ärzte sollen der Königin offenbart haben, daß er bereits den Anfang der Wassersucht habe, daß die Geschwulst schon bis an die Kniee getreten sei, daß er aber noch wohl ein paar Jahre aufgehalten werden könnte, wenn er sich im Essen und Zorn moderierte und oft den Leib per exercitia bewegte. Der Kastellan von Posen und andere Senatoren, die es bisher mit dem Hof gehalten haben, scheinen es zu merken, sich allmählich zu retirieren und mit den violentis consiliis des Hofes nichts mehr zu tun haben zu wollen.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Danzig 13. Oktober 1677.

[Neue Sendung wegen Strauchs. Erklärung der litauischen Deputierten. Verdächtiges Treiben Liliehoecks. Ratschläge des K. G. Kanzlers. Äußerung des Königs über Stettin.]

13. Okt. Der König ist sehr ungehalten darüber, daß es infolge der Streitigkeiten der Gewerke unter sich noch zu keinen Verhandlungen derselben mit dem Rat

[1]) In Ziffern.

gekommen ist. Inzwischen ist die Antwort des Kf. wegen Strauchs[1]) den Gewerken mitgeteilt worden. Da dieselben den König gebeten haben, noch einen Expressen deshalb an Kf. abzuschicken, dem sie noch zwei bis drei aus ihrer Mitte hinzufügen wollten, so will man ihrer Bitte deferieren und soll die Kommission einem Juristen Koslowski übertragen werden.

Die litauischen Deputierten haben heute bei dem König Audienz gehabt. Sie sollen instruiert gewesen sein, unter anderem den König zu fragen, ob er den schwedischen Völkern aus Liefland freien Durchzug durch Samaiten nach Preußen vergönnt hätte, welches sie nicht glauben könnten, da es nicht nur für Litauen schädlich sein, sondern die ganze Republik in einen neuen Krieg verwickeln würde, daher hätte der Feldherr Pac auf Ersuchen des Adels das Generalaufgebot berufen und würde die schwedischen Völker, sobald sie die samaitischen Grenzen betreten sollten, allerorten attackieren und niedermachen lassen. Der König hat diese Abschickung und Proposition der Litauer sehr übel empfunden. Dieselben sollen auch mitgeteilt haben, Pac habe die Kopie eines interzipierten Schreibens[2]) in Händen, aus dem erhelle, daß mit Schweden Traktaten obhanden gewesen und man ihnen das Herzogtum Preußen hätte in die Hände spielen wollen. Er hofft, diese Schickung aus Litauen und die Berichte der zu der sendomirschen Kommission Deputierten werden große Veränderung in den französisch gefaßten consiliis bringen und zugleich bewirken, daß man dieser Stadt nicht mehr so hart zusetzen wird.

Der schwedische Gesandte ist noch nicht zurück, dem Gerücht nach soll er ins Werder gegangen sein, um abgedankte polnische Völker anzunehmen und bei dem Weißen Berge ins Fürstentum übersetzen zu lassen. Er hat[3]) deswegen mit verschiedenen Senatoren gesprochen, der jetzt bettlägerige G. Kanzler hat schon durch Witwicki den König ersuchen lassen, Nachforschungen deswegen anzustellen, und ihm erklärt, daß die durch den Türkenkrieg erschöpften polnischen Stände von keinem neuen Kriege etwas wissen wollten; er hofft ihn auch zu bewegen, vor seiner Abreise dem König persönlich die Sache vorzustellen.

Nachdem man auf der Kommission zu Sendomir mit den französischen consiliis nicht hat durchdringen können, sucht man jetzt auf der Kommission zu Lemberg es zu effektuieren. Sollte Kf. Stettin nicht vor dem Winter einbekommen und nur blockiert halten müssen, so kann er versichert sein, daß man alle Kräfte anstrengen wird, ihm eine Diversion zu machen, daß er die Armee zum Teil aus Pommern wegziehen müsse.

P. S.[4]) Der K. G. Kanzler hat ihn beauftragt dem Kf. insgeheim mitzuteilen, er und andere gute Patrioten merkten wohl, daß der König mit An-

---

[1]) Die Antwort des Kf. auf das ihm durch Hacki überbrachte Schreiben des Königs vom 25. August 1677 (d. in castris ante Stettinum 29. August/8. September 1677). S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, S. 219.

[2]) S. oben S. 157.

[3]) S. Béthune's Bericht vom 18. Oktober 1677 (S. 445f.).

[4]) Zum Teil in Ziffern.

haltung der Schute[1]) und Beschleunigung der Kommission nichts anderes suche als Gelegenheit, mit Kf. zu zerfallen und Frankreich zugute den Schweden einen Dienst zu tun, Kf. aber möchte sich ja überwinden und ein wenig dissimulieren. Er will in wenigen Tagen nach Großpolen zurückkehren, den Adel unter dem Vorwand, die Gerichte zu halten, nach Posen berufen, ihnen es unter der Hand entdecken und es dahin zu bringen suchen, daß der Adel eine Gesandtschaft an den König schicke und ihn ersuche, nicht allein die Republik in keinen Krieg mit einzuflechten, sondern auch aufs schleunigste, und zwar im Februar, einen Reichstag anzusetzen. Inzwischen möchte sich Kf. bemühen, die beiden Großfeldherren zu reunieren und zu behalten und vor allem noch im Herbst Stettin einzunehmen.

Hacki[2]) ist heute angekommen, der König soll ihn vor allem genau von der Belagerung von Stettin examiniert und nachher zu dem Marquis de Béthune und anderen Umstehenden gesagt haben: „Ihr Herren, nun wäre Zeit Stettin zu entsetzen, es wird allem Ansehen nach gewisse übergehen."

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Danzig 16. Oktober 1677.

[Das angehaltene Schiff. Die Sendung an Kf. Die litauischen Deputierten.]

16. Okt. Der K. O. Stallmeister[3]) hat ihm die Resolution des Königs mitgeteilt, die Leute sollten, da sie Ordre von Kf. gehabt, freigelassen werden, wegen der Schute aber werde der König zunächst bei Kf. anfragen, quo jure derselbe Schiffe in See schicken und lübeckische Schiffe anhalten könnte, ferner wollte der König, da ihm vor einigen Wochen Waren, die er aus England bekommen,

[1]) Benckendorff berichtet dem Kf. am 13. Oktober, am 9. sei der Leutnant Gerret mit einer von Raule auf der Rückfahrt von Westerwieck nach Lübeck weggenommenen, mit Teer und Planken beladenen Lübecker Schute in die Danziger Reede eingelaufen. Der Lübecker Schiffer habe dabei Gelegenheit erhalten, ans Land zu kommen und sich an den König zu wenden, dieser habe darauf 20 Mann seiner Leibgarde auf der Königl. Jacht auf die Reede geschickt, habe die Schute in den Hafen bringen und den Leutnant sowie die Matrosen verhaften lassen. Bei dem Verhör seien sie der Wegnahme königlicher Güter aus einigen Schiffen beschuldigt und, obwohl sie ihre Unschuld genügend dargetan hätten, auf das Rathaus in Haft gebracht worden. Scultetus habe sich wegen Freilassung der Leute und Herausgabe der Schute bemüht, aber nur die ersteren seien heute freigegeben worden, die weitere königliche Erklärung wegen der Schute sei teils auf ein an Kf. abzulassendes Schreiben, teils an den K. Stallmeister verwiesen worden.

[2]) S. oben S. 160.

[3]) Matricki, Starost von Grabowiec.

durch einen Kaper weggenommen worden seien, sich erst informieren lassen, wessen jener Kaper gewesen. Er hat erwidert, er müßte alles dem Kf. hinterbringen, hat aber seinerseits dagegen remonstriert, das Recht, Schiffe zu halten und seinem Feinde zu Wasser und Lande Abbruch zu tun, werde dem Kf. auch nicht von den Mächten, welche sich das dominium maris zu appropriieren suchten, streitig gemacht, wegen der dem Könige genommenen Sachen aber hätte der holländische Resident schon vor drei Wochen berichtet, daß dieses durch einen schottischen Kaper, und zwar in der Nordsee bei Gothenburg, wohin brandenburgische Kaper noch niemals gekommen seien, geschehen sei.

Die Sendung an Kf. ist statt Koslowski dem Oberstleutnant Romain übertragen worden, der ohne Zweifel die Belagerung von Stettin, worüber die Zeitungen bisher sehr variabel sind, besichtigen und darüber eigentlichen Bescheid bringen soll.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Danzig 20. Oktober 1677.

[Die Sendung an Kf. Antwort des Königs an die litauischen Deputierten. Abreise des K. G. Kanzlers. Unzufriedenheit des Kastellans von Posen.]

Der König hat[1]) dem Magistrat sagen lassen, da er sehe, daß die Bürger- 20. Okt.
schaft und der gemeine Pöbel nicht eher zu einem raisonnablen Vergleich zu bringen sein würden, bevor Dr. Strauch hier sein würde, so sollte der Magistrat aufs neue eine Vokation für Strauch aufsetzen und damit vier namentlich benannte Personen, einen aus dem Rat, einen aus dem Schöppenstuhl, einen aus den Gewerken und einen aus der gemeinen Bürgerschaft abschicken, er werde denselben den Oberstleutnant Romain adjungieren und diesem auch noch einige andere Dinge an Kf. auftragen. Der Magistrat hat darauf vorgestellt, er könnte eine solche Vokation für Strauch nicht ausstellen, bevor er in allem mit der Bürgerschaft verglichen wäre, indessen machen sich die aus der Bürgerschaft benannten Personen und Romain zur Reise fertig. Der Oberst Gursinski hat ihn gestern besucht und ihn gefragt, ob er wohl meinte, daß diese Abschickung von Erfolg sein würde. Er hat es bezweifelt, worauf der Oberst erwiderte, bei Hofe sei man derselben Ansicht und hätte dem König abgeraten, aber derselbe könnte die Leute nicht anders los werden.

Die schriftliche Antwort, die der König den samaitischen Deputierten erteilt hat, lautet: 1. er hielte das Gerücht von dem Einfall der Schweden für falsch, 2. er beabsichtigte nicht, ihnen wider ihre Privilegien einen Landschreiber aufzudringen, sie sollten sich einen anderen wählen, 3. alle übrigen Klagen wollte er remedieren, wenn er nach Litauen käme, was wohl bald geschehen dürfte.

[1]) S. Hirsch a. a. O. S. 219.

Der K. G. Kanzler ist heute abgereist, er hat zugesagt, das, was er neulich versprochen, in Großpolen auszurichten. Der König hat ihm erlaubt,[1]) das Siegel zu verkaufen, aber nur an den K. Truchseß Wielopolski, dessen Heirat mit der Schwester der Königin ganz abgemacht sein soll. Der Kastellan von Posen, der zwei schriftliche Versicherungen wegen des Siegels in Händen hat, ist dadurch sehr disgustiert und fängt nun an von Wegschaffung der fremden, besonders des schwedischen Gesandten öffentlich zu sprechen.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Danzig 23. Oktober 1677.

[Werbungen in Preußen. Verzögerung des Aufenthaltes des Königs in Danzig. Die Sendung an Kf. Ratschläge des Kastellans von Posen.]

23. Okt. Es wird nicht allein hier in Schottland,[2]) sondern auch hin und wieder im Werder nicht mit öffentlichem Trommelschall, sondern bei heimlicher Musik in den Krügen allerhand Volk unter dem Namen des Königs von Polen zusammengebracht, auch sind, wie ihm hiesige Kaufleute berichten, Degen und Karabiner für 2000 Mann innerhalb drei Wochen aufgekauft und werden Kleider für ebensoviel Mannschaft verfertigt. Oberst de Boly hat vor 14 Tagen gegen seine Konfidenten erklärt, er hätte Ordre vom Könige bekommen zu werben und 500 Mann nach Putzke, 800 nach Marienburg und 300 nach Mewe zu verlegen. Weil es aber dem Ansehen nach Dragoner sein sollen, kann er nicht glauben, daß so viele davon sollten nach Putzke verlegt werden. Von Marienburg schreibt ihm ein guter Freund, sie wüßten selbst nicht, was Liliehoeck bei ihnen gemacht hätte, außer daß nach seiner Abreise die Werbungen, jedoch unter polnischem Namen, anfingen, es hieße, auch der Starost von Graudenz Burowski hätte Kondition unter diesen Völkern angenommen.

Mit der Komposition der hiesigen Stadthändel geht es noch sehr schläfrig daher, so daß der König seine Abreise bis zum November ausgesetzt hat, sie dürfte auch wohl gar bis zum starken Frostwetter aufgeschoben werden. Das negotium, den Magistrat mit der Bürgerschaft zu vergleichen, ist jetzt dem Kastellan von Posen, dem Woiwoden von Pommerellen,[3]) Graf Dönhoff, und

[1]) S. Zaluski I, S. 693 und den Bericht Béthune's vom 18. Oktober 1677 (S. 446).

[2]) Alt- und Neu-Schottland, Vororte im S. u. N. von Danzig. S. über diese Werbungen Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 24 ff.

[3]) Nach dem Tode des bisherigen Woiwoden von Marienburg, Stanislaus Dzialinski, war der bisherige Woiwode von Pommerellen, Ign. Bąkowski, dessen Nachfolger geworden, die Woiwodschaft Pommerellen hatte der frühere dortige U. Kämmerer Wladisl. Dönhoff erhalten.

dem K. Referendarius Krasinski übertragen und viele hoffen, da die beiden ersten bei beiden Teilen sehr beliebt sind, daß es jetzt besser von statten gehen wird als vorher. Trotzdem geht die Abschickung an Kf. wegen Strauchs vor sich, anstatt des erkrankten Romain aber ist Gursinki[1]) in Vorschlag gekommen, dem die Gemeine 1000 Fl. zur Reise bieten, die er auch wohl annehmen wird, obgleich er wohl weiß, daß er nichts ausrichten wird. Einige und zwar aus den grandibus bitten sehr, daß man die Deputierten mit dem Dr. Strauch nicht möge sprechen lassen.

PS. Der Kastellan von Posen läßt Kf. bitten, ja nicht Strauch herauszugeben, sondern die Deputierten mit guter Manier abzuweisen. Derselbe hat auch, nachdem er ihm von dem aufgefangenen Schreiben der schwedischen Reichsräte und von den hiesigen Werbungen Mitteilung gemacht, sich erboten, wegen der letzteren an gute Freunde in Groß- und Kleinpolen zu schreiben und sie so public zu machen. Es wäre auch wünschenswert, daß das in Litauen geschehe, er hat deswegen an v. Hoverbeck geschrieben. Es wäre auch sehr nötig, daß Kf. an den König von Dänemark schriebe, daß dieser die versprochene Summe dem litauischen Feldherrn Pac zahlen ließe und dieser so bei gutem Willen erhalten werde.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Danzig 27. Oktober 1677.

[Die französischen und schwedischen Werbungen. Mitteilungen Radzieowski's. Der Kastellan von Posen.]

Wegen der Werbungen hört er von einigen, die in des Marquis de Béthune 27. Okt. Hause familiär sind, daß er jetzt hier noch 22 Oberoffiziere unter dem Namen von Kapitän-Leutnants heimlich hätte, die wöchentlich ihre richtige Auszahlung von dem Kaufmann Formundt, bei dem die französischen Gelder liegen, bekämen, und daß die meisten von diesen Offizieren nach Ungarn übergehen sollten, von wo noch jetzt wöchentlich Briefe einliefen und dem Marquis große Hoffnung zum Protektorat machten. Dem schwedischen Gesandten würden auch zu den Werbungen Gelder gezahlt und habe er jetzt bei sich einen Oberstleutnant, zwei Majors, drei Kapitäns und vier Leutnants, die hier auf Schottland und im Werder hin und wieder heimliche Werbungen anstellten, und würden in kurzem

---

[1]) Johann Gursinski, Starost von Stargard. Sc. schreibt am 30. Oktober, derselbe werde heute abreisen, es sei ein Mensch, der völlig von der französischen Faktion dependiere, von allen heimlichen Werbungen Wissenschaft habe und Anschläge schmieden helfe. Er werde nur unter dem Prätext von Strauch und anderen Querelen geschickt, um des Kf. Armee und was vor Stettin geschieht zu sehen. Er sei sehr fertig mit dem Maule und habe eine lange Zunge. Die Gutgesinnten rieten, Kf. möchte ihm mit aller Zivilität begegnen, aber ja nicht Strauch ausliefern lassen.

noch mehr Offiziere sich einfinden. Man mache auch noch bei dem schwedischen Gesandten große Hoffnung, daß Bent Horn[1]) mit dem liefländischen Corpo durchbrechen werde. Er hat darauf dem Woiwoden von Pommerellen, Grafen Dönhoff, und dem nominierten Bischof von Ermland,[2]) Radzieowski, davon Kunde gegeben und sie gewarnt. Ersterer wollte durchaus davon nichts wissen, letzterer aber meinte, der König habe zwar dem schwedischen Gesandten die von diesem geforderte Werbung von 3000 Mann abgeschlagen, heimlich aber möchte derselbe wohl einige Mannschaft zusammenbringen und zu Wasser wegschicken, wer könnte darauf so genau Achtung geben?"

PS. Nachdem nun das Siegel[3]) dem K. Truchseß abgegeben, zeigt der Kastellan von Posen immer mehr seinen Unwillen gegen den Hof, hat auch neulich mit dem König wegen der Werbungen expostuliert. Er sucht ihn darin zu bestärken. Der Kastellan sprach den Wunsch aus, Kf. möchte nur bald mit Stettin fertig werden, dann würden sich viele Dinge ändern, der französische und schwedische Gesandte suchten dem König einzureden, es würde diesen Herbst nicht übergehen, sondern Kf. mit Schimpf abziehen müssen. Er bat auch nochmals, Kf. möchte Strauch nicht loslassen.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Danzig 10. November 1677.[4])

[Die Werbungen. Absicht, eine Diversion zugunsten Stettins zu unternehmen.]

10. Nov. Es ist dieser Tage der Oberstlieutenant Halbach, welcher E. Chf. D. Untertan und von Königsberg gebürtig ist und itzo mit dem französischen Gesandten zu capituliren angefangen, durch Zureden des Oberstlieutenants Gröbens dahin bewogen worden, daß er mich unbekannter Weise besucht und freiwillig nachfolgendes von der itzigen Werbung bekannt: Im Werder bei Marienburg sollen gerichtet werden an

Dragonern	400
in der Starostei Schöneck zu Fuße	100
unter Thorn durch den Captain Isebrant auch an Fußvölkern .	200

[1]) Schwedischer Feldmarschall, mit der Leitung der von Liefland aus beabsichtigten Expedition gegen Preußen beauftragt, s. Carlson, Geschichte Schwedens IV, S. 721, Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 24.

[2]) Nach dem am 29. August 1677 in Danzig erfolgten Tode Olszowski's war von dem Könige der vor kurzem zum K. G. Kanzler ernannte frühere K. U. Kanzler Johann Stephan Wydzga zum Erzbischof von Gnesen und an dessen Stelle Michael Radzieiowski zum Bischof von Ermland ernannt worden. S. Zaluski I, S. 695f.

[3]) S. oben S. 166.

[4]) Zum Teil in Ziffern.

Dieser soll selbige schon parat haben und hat geschrieben, daß man jemand schicken soll, der ihn mustere.

Trzebowski Obl. soll auf seinen Gütern unterhalten an Fußvölkern	100
Milewski Major auch in seinen Gütern	100
Choinacki	100

Diese sollen alle ultimo Decemb. complet und parat sein. Die Werbungen, wie er berichtet, würden auch viel stärker fortgesetzt worden sein, wenn der litauische Feldherr sich nicht mit Abdankung der Völker widersetzt, jedennoch aber stünde bei ihnen dieses fest, wenn die Ströme gefroren, daß sie alsdann durchbrechen wollten, sobald nur Benedict Horn bei ihnen anlangen werde. Ich habe ihn auf Ew. Chf. D. Gnade vertröstet und geraten, daß er noch eine Zeit lang bei jener Partei bleiben und sich alles erkundigen sollte.

An den litauischen Feldherren ist abermal geschrieben, daß er die Armee abdanken soll, wie ich vernehme, offerirt der König 150000 Fl.

So viel'ich nach meinem wenigen Verstand absehen kann, so sucht man E. Chf. D. eine Diversion zu machen und glauben ihrer viel ganz gewiß, daß Stettin nicht diesen Herbst übergehen werde, welches man quovis modo zu salviren sucht. —

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Wutzkaw[1]) 24. November 1677.

[Mitteilungen und Ratschläge des Kastellans von Posen. Seine Abreise. Die Werbungen.]

Sobald der Kastellan von Posen von seiner Starostei Stuhm zurückgekehrt war, hat er denselben besucht und sich über die jetzt ganz öffentlichen Werbungen der Franzosen und Schweden beklagt. Nachdem der Kastellan ihn feierlich beschworen, das secretum niemand als dem Kf. zu entdecken, hat er ihm gesagt, der König suche die Nachfolge seines Sohnes auf dem Throne dadurch zu bewirken, daß er sich gänzlich Frankreich akkommodiere, zu dem Ende suche er sich auch in Preußen festzusetzen, darum foviere er auch den Tumult in Danzig, er suche noch lange in Preußen zu bleiben und von dort zuzusehen, was die beiden Feldherren mit den Armeen vornehmen und was sonst in der Krone passieren werde. Zu einem Reichstage werde er es sobald nicht kommen 24. Nov.

[1]) Dorf südlich von Lauenburg.

lassen, wenn ihm derselbe nicht von den Ständen gleichsam mit Gewalt abgedrungen würde. Um dazu zu gelangen und den König von seinem scopo abzubringen, wüßte er kein besseres Mittel, als daß Kf. es am kaiserlichen Hofe dahin zu bringen suchte, daß der Kaiser möglichst bald eine Gesandtschaft zum König schickte und wegen des Einfalls in Ungarn mit ihm expostulieren ließe, ferner aber, daß derselbe an alle Senatoren schriebe und anfragte, ob eine solche Verletzung der kürzlich beschworenen Pakten mit ihrem Wissen und Willen geschehen sei, und daß er mit diesen Schreiben drei oder vier Kuriere expedierte, damit das Gerücht in der Republik um so mehr erschalle und dem gemeinen Adel dadurch die Augen geöffnet würden. Solche Schreiben müßten an den Kron- und den Litauischen Feldherrn, ferner an den Bischof von Krakau und den General in Großpolen geschickt werden, die es publizieren würden. Auf den Grenzen könnte der Kaiser Anstalt zu Richtung etlicher Regimenter machen und durch die Offiziere das Gerücht verbreiten lassen, es wäre gegen Polen wegen Verletzung der Pakten gerichtet. Dieses alles würde den König bei dem Adel verdächtig und verhaßt machen, und er würde durch das Drängen der Stände gezwungen werden, nächstens einen Reichstag auszuschreiben, auf dem er dann nebst anderen guten Freunden und Patrioten Gelegenheit finden würde, die Anschläge des Hofes der Republik zu entdecken und die Freiheit derselben zu restituieren. Mit seiner beabsichtigten Reise nach Großpolen war er sehr einverstanden, doch riet er, da der Hof den Kf. noch nicht so aperte wie den Kaiser beleidigt habe, möchte Kf. auch noch sich in terminis modestiae halten, von kaiserlicher Seite aber könnte aperte agiert und die noblesse zu Beobachtung ihres Interesses allarmiert werden. Sc. möchte nach seiner Rückkehr aus Großpolen sich nach Marienwerder und auch v. Hoverbeck sich auf seine neugekauften Güter bei Stuhm begeben, dann wollte er mit ihnen weiteres überlegen. Er hat ihm mitgeteilt, daß er von Kf. Befehl hätte, ihn demnächst auf eine Diskretion zu vertrösten, und daß eine solche auch wohl vom kaiserlichen Hofe erfolgen würde. Er beteuerte darauf, er prätendierte das nicht, sondern wollte nur sein beschwertes Gewissen retten, er müßte gestehen, daß er die französische Partei angenommen, auch diesem König auf den Thron geholfen habe, aber sein Intent sei niemals auf das gegangen, was jetzt in perniciem Reipublicae et vicinorum principum intendiert werde.

Am folgenden Tage ist er nach Hofe gegangen, hat sich bei dem König über das Wegkommen seiner Briefe[1]) beklagt und angekündigt, da die königlichen Postmeister die Schuld auf die kurfürstlichen, besonders den zu Wutzkow schüben, wollte er die Posten visitieren und vielleicht bis Stargard gehen, dann würde er sich wohl auch weiter zu Kf. nach Stettin begeben. Der König machte eine sehr freundliche Miene, tat so, als wenn er von den interzipierten Schreiben nichts wüßte, beauftragte ihn, dem Kf. seinen Dank für die Chaise auszusprechen, befahl auch Witwicki, ein Dankschreiben deswegen aufzusetzen.

[1]) Schon am 6. November hatte Sc. gemeldet, daß bei der gestrigen Post sich die für ihn bestimmten Briefe nicht gefunden hätten, und den Verdacht ausgesprochen, daß sie auf Anstiften des schwedischen Gesandten oder sonst jemandes abgefordert seien.

Vor seiner Abreise hat er mit dem holländischen und dem kurländischen Residenten und anderen guten Freunden bei Hofe Abrede getroffen, daß sie ihm wegen der Werbungen und der weiteren Vorgänge in Danzig Bericht erstatten sollen. Der Zulauf bei den Werbungen ist sehr groß, sie sollen aber auch sehr wieder verlaufen, weil sie keine rechte Musterplätze haben. Der König soll ihnen die Starostei Schwietz dazu vergönnt haben und Major Isenbrant mit seinen 200 Mann bereits dahin marschiert sein, Brainicki soll sein Regiment auch schon bis über die Hälfte gerichtet haben.[1])

König Johann III. an den Kurfürsten. D. Gedani 28. Oktober 1677.[2])

[Verlangen der Abhaltung der Kommission zur Beilegung der Streitigkeiten. Beschwerden über die kurfürstlichen Kaperschiffe und über Einführung des reformierten Gottesdienstes in Draheim. Verlangen der Auslieferung eines Franziskaners und Freilassung Strauchs. Sendung Gurszynski's.]

Dederamus ad Serenitatem Vestram duos ante menses literas,[3]) quibus 28. Okt.
maturandae commissionis ex pactis Bidgostiensibus debitae exposuimus necessitatem, quatenus excrescentibus in dies praetensionum momentis novisque ex iniuriis pullulantibus irritamentis opportuna subveniatur medella, pax in vicina foederumque conservetur integritas. Sed cum Serenitas Vestra tam necessarium et basilicum opus ad expugnationem usque Stettini, prout responso suo indicat, differre contendat, res vero nostrae minime ab eventu illius obsidionis pendeant, non possumus nisi denuo Serenitatem Vestram fraterne requirere, ut quantocius commissarios suos nominare, eos expedire nostraque hisce in provinciis durante residentia hoc negotium terminare non gravetur.

---

[1]) Abschriften dieser Relation werden v. Crockow nach Wien und dem Abt von Banz, kaiserlichen Gesandten in Dresden, zugeschickt und beide beauftragt, sich am kaiserlichen Hofe zu bemühen, daß dort die polnische Sache besser respiziert und die von Sc. vorgeschlagenen Mittel angewendet würden. — Sc. berichtet (d. Berlin 3./[13.] Dezember 1677) dem Kf., er sei dem Abt von Banz bis Dresden nachgereist und habe ihm ausführlichen Bericht von den polnischen Angelegenheiten erstattet, derselbe scheine ihre Wichtigkeit wohl begriffen zu haben. Er selbst wolle jetzt über Cüstrin nach Großpolen und dann nach Stuhm zu dem Kastellan von Posen reisen.

[2]) S. Pufendorf l. XV, § 23, S. 1132f. Über den Aufenthalt dieser Gesandtschaft im Lager des Kf. vor Stettin und ihre Rückreise s. das Tagebuch v. Buchs, herausgegeben von Hirsch, II, S. 26ff. Vgl. auch Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, S. 221f.

[3]) Das durch Hacki überbrachte Schreiben vom 25. August 1677. S. oben S. 160.

Secundum est, quod Serenitati Vestrae exponendum esse duximus, quomodo nimirum Electorales eiusdem naves ultra solitum et citra exemplum mari littoribusque nostris immissae mercatorias naves, imo et Dantiscanas, invadant, libertatem commerciorum interturbent et tollant. Cumque aliquot ante septimanas res nostrae propriae ex Anglia Gedanensi vectae navi literisque salvi conductus nostri munitae cursoriarum navium, vulgo Capers, cesserint direptioni, iure merito hoc in negotio etiam de Serenitatis Vestrae cursoriis navibus conquaeri valemus, quae hoc mare infestum navigantibus efficiunt. Cuius rei documentum hisce diebus Gedani accepimus[1]) propria illorum Serenitatis Vestrae militum confessione, qui capta Lubecensium navi ad nostra appulerunt littora.

Secundo tertium adicimus punctum, nimirum quod crebras accipiamus supplicationes ex Capitaneatu Drahimensi, ubi Serenitatis Vestrae pro tempore existens Gubernator Reformatae religionis exercitium non solum arci Drahimensi invexerit verum etiam ipsa in civitate illud stabilire contendat contra tenorem mentemque pactorum. Unde etsi non dubitemus, Serenitatem Vestram ulterioribus nominandorum Commissariorum suorum dilationibus apud se diutius non concessuram locum, nihilominus tamen a prima similium attentatorum notitia voluimus haec Serenitati Vestrae exponere, quatenus etiam non expectata commissione Serenitatis Vestrae iussu Gubernator ille nihil simile attentare praesumat, sublaturus eam opinionem, qua facile Serenitatis Vestrae ad id consensus suspicari praesumique possit, maxime vero cum ex Lemburgensi et Bittoviensi dominiis multae ad nos odio religionis oppressorum hominum deferantur querelae.

Huc pertinet Ordinis Sancti Francisci immorigerus superioribus suis iurataeque obedientiae refractarius monachus, Johannes nomine, qui specioso Missionarii Apostolici titulo Regiomontum ingressus multis eo loco turbis ac scandalis commissis ne ad claustralem obedientiam vi professionis suae adigatur, literas salvi conductus a Serenitate Vestra perperam impetratas in tutelam suae inobedientiae allegat, in tantum ut Ill. Dux de Croia, Serenitatis Vestrae in Prussia Gubernator, etsi a Nobis vigore pactorum Varsaviensium de extradendis apostatis fuisset requisitus, propter memoratas Serenitatis Vestrae literas salvi conductus totum negotium ad eam se remisisse nobis respondit. Quare iam ipsius Serenitatis Vestrae hac in re praestolamur pactis consonam facilitatem.

Tandem et de Strauchiano negotio denuo Serenitati Vestrae fraterne insinuamus. Scilicet quo plus temporis pacandis urbis nostrae Gedanensis rebus impendimus, eo intensiori in id incumbimus cura, ut tandem reddita huic loco tranquillitate aliis regni nostri vacemus necessitatibus. Sed cum parandae rei fundamentum reperiatur esse personalis coram iudicio nostro comparitio Doctoris Strauchii, sine qua radicata exstirpari non valent dissidia, necessarium duximus Serenitatem Vestram iterum atque iterum fraterne compellare de remittendo Nobis supramemorato Doctore. Etenim ex ipso Serenitatis Vestrae responso, quod in hac etiam materia accepimus (ubi ille tot perpetratorum in urbe nostra delictorum reus asseritur) quidni luculenta deducitur consequentia Strauchium

[1]) S. oben S. 164.

tam ex ratione criminis quam ex consideratione contracti apud Nos domicilii nostro esse affectum judicio. Maxime vero dum iam geminis salvi conductus nostri literis ad comparendum coram Nobis munitus existeret. Econtra vero Serenitati Vestrae nullo facto ausuque iniurius, extra ditiones Serenitatis Vestrae commorans, ex amico loco ad amicam itidem urbem inermis homo proficiscens, jure belli a Serenitate Vestra capi non poterat, multo minus ad praesens usque tempus detineri tam Serenitatis Vestrae quam colligatorum principum nomine, quibuscum nullum hostilitatis exercuit actum. Neque illi imputatus a quibusdam Suetici Consiliarii titulus obesse poterat, cum is non status sed consistorii fuerit, praesertim ubi non de religione sed de regione pugnatur. Quapropter instanter a Serenitate Vestra fraterneque desideramus, ut ille homo, tam ex iure quam ex facto nullo ut Serenitati Vestrae ita colligatis eiusdem principibus obnoxius titulo, noster fere subditus et iam iurisdictioni nostrae praefato modo alligatus, Nobis quantocius remitti valeat.

Nähere Mitteilungen wird Gurzynski, Stargardiensis noster capitaneus nec non aulicae nostrae militiae praefectus, machen.

Der Kurfürst an den König von Polen. D. ex castris ad Stetinum 11./21. November 1677.[1]) (Conc. v. Knesebeck.)

[Auf das Schreiben vom 28. Oktober. Bereitwilligkeit, die Kommission abhalten zu lassen. Zurückweisung der Beschuldigungen wegen seiner Kaper und der Religionsveränderung in Draheim. Rechtfertigung der Nichtherausgebung Strauchs.]

Die Verschiebung der Kommission bis zur Eroberung Stettins hat er nur gewünscht, weil er gemeint hat, daß sie dann geeigneter erledigt werden könne. Da aber der König ihre Beschleunigung wünscht, so ist er dazu gern bereit, überläßt es dem König, Ort und Zeit zu bestimmen, wird dann seine Kommissare erscheinen lassen. 21. Nov.

Kriegsschiffe auszurüsten ist er durch die Bedürfnisse des Krieges veranlaßt worden, er hat dieselben aber nie zu Feindseligkeiten gegen Freunde und Verbündete verwendet. Das Danziger Schiff, welches Sachen des Königs aus England brachte, ist nach dem Bericht des holländischen Gesandten in Kopenhagen nicht in der Ostsee, sondern im Ozean, wo er damals keine Kriegsschiffe hatte, von einem schottischen mit französischem oder schwedischem Gelde gemieteten Kaper geplündert worden. Er erwartet daher, daß das unter diesem Vorwand in Danzig angehaltene Kauffahrteischiff freigelassen werden wird.

---

[1]) S. Pufendorf l. XV, § 23 (S. 1133).

Er hat nie beabsichtigt, in Draheim irgendeine Veränderung in geistlichen oder weltlichen Dingen vorzunehmen. Daß der dortige Befehlshaber und die als Besatzung dort liegenden Soldaten ihre Religion zu niemandes Schaden ausüben, kann ihnen nicht zum Vorwurf gemacht werden. Die Klagen über religiöse Bedrückungen in seinen Landen sind um so ungerechter, weil nirgends größere Gewissensfreiheit herrscht und seine katholischen Untertanen dieselben Rechte haben wie die übrigen. Diese ganze Draheimsche Angelegenheit wird bei der Kommission vorzunehmen sein.

Die Auslieferung des Franziskanermönchs hat er dem Herzog von Croy befohlen.

Caput[1]) istud literarum regiarum de eliberando Strauchio eo majore nos sollicitudine ut cura adfecit, quo diutius inter propensissimum affectum R. Majestati Vestrae nil quicquam negandi et metum imminentium ex hac eliberatione malorum suspensi haesimus. Sed vicerunt tandem rationum gravissimarum momenta, quibus cessuram etiam R. Majestatem Vestram pro ea, qua per totum terrarum orbem inclaruit, animi magnitudine, prudentia ac moderatione indubitanter confidimus. Nec jam ad nauseam usque repetere easdem animus est, cum in literis nostris ad R. Majestatem Vestram die 29. Augusti exaratis[2]) prolixae satis exstent. Id saltem adjicere e re duximus, publicam salutem et ex parte status nostri securitatem ex eo pendere, ne malorum haec Hydra, quam Consiliarii Suetici, id est hostilis, titulo insignitam Numen propitium in territorio nostro nobis captivam stitit, ante finem belli e custodia nostra evadat. Turbulentum ejus et factiosum ingenium adeo terrarum orbi cognitum est, ut nemo mortalium dubitare possit, uno illo nihil aptius ad seminanda odia, concitandas turbas et miscenda divina humanaque reperiri posse. Idem cum Nobis infensissimus sit et vindictam spirans, cum in ipsa hac custodia sua non veritus sit literas irarum et minarum plenas, etiam injuriosa Tyranni et Pharaonis appellatione infectas ad Nos dare, numne Acheronta contra Nos moveret, nisi in placida hac, qua detinetur, custodia magnos istos et privatam sortem supergressos spiritus compescere doceretur? Nec enim audaciam hominis quantumvis privati contemnendam esse vel una civitas Gedanensis probat, in qua aliquot millium exercitus tot turbas non potuisset dare quam unus iste turbo, nec cautionem ullam conscientia ipsius cauteriata et mens fallendi certa admittit. Quod si tanti sit, ut Gedanenses motus absque hoc homine componi nequeant (quamvis contrarium eventum omnis ratio demonstrat et longe certius atque aptius remedium istis compescendis dissidiis R. Majestatis Vestrae auctoritas ac prudentia suggerant), saltem ut finis belli hujus expectetur officiose Nobis contendendum est, namque tum spretis injuriis nostris eundem in gratiam R. Majestatis Vestrae etiam beneficiis ornatum dimittemus.

Seine ausführlicheren Eröffnungen über alle diese Punkte wird der Gesandte hinterbringen.

---

[1]) Vgl. Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, S. 220ff.

[2]) S. oben S. 172.

Der Kurfürst an den G. Kanzler Lesczynski. D. ex castris ad Stetinum 16./26. November 1677.[1]) (Conc. v. Knesebeck.)

[Beschwerde über das Verhalten Gurszynski's].

Er sieht sich genötigt ihm mitzuteilen, was hier mit dem königl. Gesandten 26. Nov.
Gurszynski vorgegangen ist. Aus der beifolgenden Abschrift seiner Antwort[2]) auf dessen Proposition wird er erkennen, daß Kf. alles getan habe, was unter den jetzigen Verhältnissen verlangt werden konnte.

At vero Ablegatus iste adeo non acquievit responso huic, ut potius illud, inprimis ultimum caput literarum, quod est de D. Strauchio, immodestius quam par erat exagitaverit. Neque enim tantum apud Ministros nostros et nobiles aulicos sed et apud Ministros principum exterorum, qui nobiscum sunt, multis adversus Nos egit minis et nescimus qua gravi malorum inde nasciturorum denunciatione. Ambitiose etiam plurima de absoluta R. S. Majestatis potestate disseruit, appellando illum Principem Souveraneum, vulgo Souverain, quae quidem Nos non tangunt, nisi quatenus in diminutionem Serenissimae Reipublicae vergunt, de qua sane multa per contemptum, quae civem non decent, blateravit exprobrando Nobis, Nos amicitiam Reipublicae praeferre amicitiae regiae, idque minus e re nostra, tum etiam affingendo Nobis, quae tamen secus se habent, nimirum Nos contemptui habere R. S. Majestatem quemadmodum olim reges ipsius praedecessores, at vero hunc regem non esse Casimirum nec Michaelem, et quae hujus farinae infinita alia. Inprimis vero palam et coram omnibus principum exterorum Ministris denunciavit, decretum esse in aula regia, ut, nisi ipse Strauchium liberum abduceret, omne exercitium religionis, quo hactenus Evangelici Reformati Dantisci et aliis in Prussia locis libere usi sunt, ipsis una cum ecclesiis ad illos spectantibus adimeretur. Ad quod cum Ablegatus dd. Ordinum Foederati Belgii[3]) regereret, totum inde corpus reformatae religioni addictorum offensum iri, immodeste admodum eidem respondit, quid hoc ad regem suum, qui parum curaret urbem Amstelodamensem, quasi vero ablegatus iste ab una hac urbe missus esset aut una haec urbs inclytam Rempublicam totius Belgii foederati repraesentaret. Nec decentius aut modestius

---

[1]) S. Pufendorf l. XV, § 24 (S. 1133f.).

[2]) Dieselbe entspricht durchaus dem vorstehenden Schreiben des Kf. an den König.

[3]) Adrian v. d. Tocht, vgl. dessen Relation vom 16./26. November 1677 (Urk. und Akt. III, S. 511).

egit cum ablegatis imperatorio, rever. d. Abbate de Bantze[1]), et regio danico[2]) huc praesentibus, quos itidem minis ac expostulationibus aggressus est. Etiam odii ac dissidii causas Caesaream Majestatem et Nos inter in ipsa aula nostra spargere adeoque statum nostrum convellere tentavit, exaggerando apud ministrum imperatorium nimiam nostram potentiam et quod Caesaris interesset illam infringi, ne ipsi aliquando gravis existeret. Quo sane ipso contra jus fasque gentium ac legationis egit. Apud alios quasi in secreto et per confidentiam dixit, plebem Dantiscanam R. Suae Majestati, si Strauchii libertatem procuraret, traditionem munimenti Mundani in ostio Vistulae promisisse et R. S. Majestatem ad nutum habere multa Tartarorum millia, quibus pro lubitu adversus quoscumque uti posset.

Da auch aus dem königl. Schreiben erhellt, daß man auf Antrieb des schwedischen und französischen Gesandten auch wider Wissen und Willen der Republik es zur Zerreißung des ewigen Bündnisses und zum Bruch zu bringen sucht, und deswegen auch schon in Preußen Werbungen angestellt werden, so teilt er ihm dieses mit und erbittet sich seinen Rat, was er tun solle. Ihm liegt an der Gefangenhaltung Strauchs nicht so viel, daß er darum es zum Bruch mit der Republik wollte kommen lassen, aber er weiß, daß dieses nur ein Vorwand ist, und daß, wenn dieser beseitigt sein sollte, der schwedische und der französische Gesandte einen anderen vorbringen werden.[3])

---

[1]) S. das Tagebuch v. Buchs, herausgegeben von Hirsch, II, S. 25.

[2]) A. W. v. Haxthausen s. ebendaselbst S. 15; Urk. und Akt. XVIII, S. 306f.

[3]) Kf. befiehlt 15./25. November 1677 dem Kammergerichtsrat H. A. v. Wedell (s. oben S. 111), sich sofort unter einem Vorwand zu dem polnischen G. Kanzler zu verfügen, ihm dieses Schreiben zu übergeben, die Sache zu rekommendieren und mit der Antwort desselben sofort zu ihm ins Lager vor Stettin zu kommen, die ganze Sache aber im höchsten geheimzuhalten. v. Wedell hat diesen Auftrag ausgerichtet, er wurde aber auf dem Rückwege in Cüstrin durch Krankheit aufgehalten. In einem Schreiben, das Scultetus von dort aus 13./23. Dezember 1677 dem Kf. zusendet, meldet er, der G. Kanzler wünsche, daß Kf. an ihn und an die Woiwoden, Kastellane und U. Kämmerer von Posen und Kalisch gleichlautende Schreiben richte, in welchen die Beschwerden über Gurszynski, da dieser dort viele Verwandte und Freunde habe, möglichst milde auszudrücken wären. Mit diesen Schreiben möchte Scultetus Anfang Januar, wenn die Gerichtstage in Posen angingen und dazu eine große Menge von Magnaten und Mitgliedern der Ritterschaft sich dort versammelten, sich daselbst einfinden. Er hoffe, daß dann eine Abschickung an den König dort werde beschlossen werden. Schon am 1./11. Dezember hatte v. W. von Posen aus berichtet, sowohl der G. Kanzler als auch Breza hätten die besten Offerten gemacht, und er hätte erkannt, daß sowohl die Großen als auch die Mittleren und Kleinen wenig Liebe und Devotion zum König trügen.

Der Kurfürst an den König von Polen. D. ex castris ad Stetinum 22. November/2. Dezember 1677. (Conc. v. Knesebeck.)

[Beschwerde über das Verhalten Gurszynski's.]

R. Majestatis Vestrae ad Nos Ablegatum, magnif. et generos. d. Gurzynski,[1]) ea excepimus et dimisimus honoris ac benevolentiae demonstratione, quae et nostro in R. Majestatem Vestram affectui et amicitiae per aeterna foedera Nos inter stabilitae conveniret. At vero praefatum d. Ablegatum, nescimus quo fato, ad reciprocam benevolentiam adeo flectere nequivimus, quin potius multa Nobis infesta et foederum nexui R. Maj. V. et Nos inter firmato contraria tum apud aulicos nostros tum apud principum exterorum ministros in aula nostra degentes disseruerit, ea, quae sane bona ac sincera intentione a Nobis dicta sunt, in alienum sensum interpretatus sit nec etiam minis abstinuerit. Quare cum non immerito vereamur, ne et apud R. Majestatem V. sinistra relatione eorum, quae hic acta sunt, minus grata Nobis officia praestet, Eandem hisce rogatam cupimus, ne aliam esse nostram mentem, alium fuisse verborum sensum credat, quam qui in literis nostris responsoriis Eidem extraditis continetur. Nec enim dubitamus, R. V. Majestatem pro ea, qua pollet, animi ac ingenii magnitudine facile dijudicaturam, aeterna foedera atque amicitias iisdem firmatas non pro cuiusvis lubitu nec ex sinistra verborum aut mentis interpretatione dissolvi debere. Nos quidem hic iterum sancte testamur, nihil Nobis religiosius esse foedere, quod R. Majestatem V. Rempublicam et Nos inter stabilitum est. Idem Nobis a R. Majestate V. promittimus. — 2. Dez.

Der kurländische Resident Chwalkowsky an Scultetus. D. Danzig 15. Dezember 1677.

[Liliehoecks Beschwerde gegen Kf., Anwort des Königs. Feldmarschall v. d. Goltz.]

Selbigem muß ich eine neue aber ungewöhnliche Zeitung berichten. 15. Dez.
Nachdem Herr Lilienhöck sich sagen lassen, daß Ihro Chf. D. gedreuet, sie wollten ihn auf dem hiesigen Markte prügeln lassen, hat er gestern

[1]) Oberst Prebentow schreibt aus Danzig am 3. Dezember 1677 an Scultetus: „H. Gurzinski hat hier viel relationes geschrieben et quasi classicum canit. Wir werden hören, was er uns wird verzählen, wenn er zurückkommt. Seine Oration hat er hier geschickt, so I. Maj. sehr gerühmet. Ich sehe woll, wenn er ab Alexandro Magno oder von dem Julio Caesare wäre abgeschicket, so hätte er nicht können tumidius seine Rede einrichten. Unterdessen ist sie auf deutsch versetzet und hier gedrucket", und in einem P. S.: „I. Maj. haben gestern inter alia auch verzählet, daß S. Chf. D. hätten gesaget, er wollte dem schw. Ambassadeur in Danzig lassen eine Dracht Schlägen geben."

des Mittags bei Ihro Königl. M. in Kegenwart vieler Leute publique Audienz gehabt, wobei er eine scharfe Retorsionsschrift[1]) selbst verlesen und höchstgedachter Maj. eingehändiget, welche durch den Herrn Kron-Großkanzler antworten lassen, Berg und Thal kämen nicht zusammen, aber die gute Verständnis zwischen Polen und Schweden, ob sie gleich in Zeiten wäre im Abnehmen gewesen, hätte doch wiederum zugenommen, actus isti potius lugendi quam legendi. Ihro Maj. hätten mit des Herrn Lilienhöcks Widerwärtigkeit Compassion, doch weil fama tam falsi quam tenax, so möchte er dieses nicht eben so tief zu Herzen nehmen etc. Hierauf gab hochgedachter Herr Großkanzler sothane Schrift dem Kron-Metricanten Szulc sagende, daß sie noch nicht sollte abgeschrieben werden, weil der Herr Lilienhöck eine Melioration sich vorbehielte. Werde mich bemühen, sothanes Concept zu bekommen und mit nächstem communiciren. Indessen aber melde, daß er S. Chf. D. ohne den gebührenden Titel, nur Fridericus Wilhelmus, nennt.[2]) —

Der bei I. K. M. von Dänemarck gewesene Feldmarschall H. Golc[3]) ist bei der Kön. Herrschaft gar angenehm, den 13. wurde er bei dem französischen Gesandten und gestern beim Herr Kronschatzmeister tractiret.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck.[4]) D. im Lager vor Stettin 2./12. Dezember 1677. (Conc. v. Gladebeck.)

[Auftrag, vom Könige Hilfe gegen den beabsichtigten Angriff der Schweden von Liefland her und Entlassung der in Preußen geworbenen Truppen zu fordern, Beschwerde über Gurszynski und über die Post zu erheben, mit den Großpolen und Pac zu kommunizieren.]

12. Dez. Beifolgend sendet er sein Kreditiv.[5]) Bei der Audienz hat er dem Könige zu hinterbringen, es schmerze Kf. sehr, daß die ministri seiner Feinde alles

[1]) Abgedruckt bei Pufendorf l. XV, § 25 (S. 1134 f.).

[2]) Scultetus, der (d. Cüstrin 10./[20.] Dezember 1677) dem Kf. dieses Schreiben zusendet, bemerkt dazu: „Die Protestation, so der schwedische Gesandte coram rege getan, halt ich vor ein angelegtes Werk, davon der Hof wohl vorhero Wissenschaft gehabt haben mag.“

[3]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 298. v. Hoverbeck schreibt dem Kf. (d. Danzig 19. Januar 1678), der französische Gesandte habe Golz zu bereden gesucht, das Kommando in Ungarn anzunehmen, er habe sich aber dazu nicht verstehen wollen.

[4]) Kf. hatte (d. im Lager vor Stettin 30. November/10. Dezember 1677) v. Hoverbeck beauftragt, sich so bald wie möglich zum König nach Danzig zu begeben, seine Kreditive und Instruktion würde er dort bei dem Agenten Benckendorff vorfinden. v. Hov. meldet darauf von Hohenstein aus am 21. Dezember, daß er seine Pferde schon vorausgeschickt habe und selbst in dieser Nacht mit der Amtspost nachzufolgen gedenke. S. über diese Gesandtschaft Pufendorf l. XV, § 30 (S. 1138 ff.).

[5]) D. ex castris ad Stetinum 3./13. Dezember 1677.

Mögliche täten, um die Freundschaft zwischen ihm und dem Könige und der Republik zu brechen. Er hätte bisher viel dissimuliert, damit es nicht schiene, als wollte er den König mit ungegründeten Klagen behelligen, jetzt aber, wo es weltkundig sei, daß die Schweden, wenn sie es nur vor den Russen wagen dürften, mit den in Liefland stehenden Truppen durch Samaiten in Preußen einbrechen wollten und daß die französischen und schwedischen ministri um Danzig gleichsam unter den Augen des Königs öffentliche Werbungen anstellten, was beides schnurstracks gegen die pacta und das perpetuum foedus liefe, wolle er den König um die Hilfsmittel, welche die pacta auf dergleichen Fälle ausdrücklich im Munde führten, solenniter requiriert haben, nämlich, daß man ihm nicht nur wider seine Feinde die ex foedere perpetuo schuldige Hilfe leiste, sondern vornehmlich, daß der König dem litauischen G. Feldherrn Ordre erteile, dem angedrohten Einfall aus Liefland in Preußen sich zu widersetzen, und verfüge, daß die mit französischem Gelde für Schweden angestellten Werbungen in Preußen eingestellt und die schon geworbenen Völker lizentiiert würden. Er hat sich zu bemühen, daß er von dem Könige eine gewierige und verbindliche Erklärung erhalte.

Beifolgend empfängt er Abschrift der Resolution,[1]) mit welcher Kf. den jüngst hier gewesenen polnischen Gesandten Gurzynski abgefertigt hat. Er hat dieselbe zu appuyren und, falls der König bei einzelnen Punkten, namentlich wegen des Dr. Strauch, noch etwas desiderieren sollte, desfalls das Nötige vorzustellen.

Da er mit Gurzynski's Konduite gar nicht hat zufrieden sein können, sondern darüber bei dem Könige in beifolgendem Schreiben[2]) hat Beschwerde führen müssen, so soll H. auch desfalls nach Befinden die Gebühr beobachten, besonders den König ersuchen, keinem Rapport Glauben zu schenken, sondern seine Intention allein aus seinem Schreiben zu judizieren, und darüber Beschwerde führen, daß Gurzynski auf dem Rückwege, ohne ihm vorher etwas davon mitzuteilen und trotz des Widerspruches des ihm zur Begleitung mitgegebenen Kammerjunkers,[3]) den Umweg über Küstrin genommen hat, jedenfalls nur um Dr. Strauchs willen und um ihm Verdruß zu erregen. Ferner hat er vorzustellen, daß nunmehr zu verschiedenen Malen zu Danzig seine oder seiner Bedienten Briefe erbrochen, ja etliche gar (so dem Scultetus[4]) zwei Pakete) entwendet wären, und verlangen, daß das hinfort unterbleibe und die Briefe und Posten sicher gingen. Kf. hätte deshalb in seinen Landen scharfe Ordre erteilt, erinnerte aber daran, daß nicht unter des Königs Cachet Kaufmannsbriefe oder andere von seinen Feinden gingen. Sollte der König nochmals über Eröffnung seiner Pakete und Briefe klagen, so hat er zu antworten, daß solches niemals mit des Kf. Wissen und Willen geschehen, und daß derselbe, wenn der König ihm angeben könnte, wer von seinen Postmeistern solches getan, diesen exem-

[1]) S. oben S. 173f.

[2]) S. oben S. 177.

[3]) v. Buch. S. dessen Tagebuch, herausgegeben von Hirsch, II, S. 32ff.

[4]) S. oben S. 170.

plarisch bestrafen werde, er hätte aber schon längst gemerkt, daß dieses nur eine feinte seiner Feinde sei, die dadurch den König wider ihn zu verhetzen suchten.

Im[1]) übrigen, weilen Euch unser Interesse bei jetzigen Zeiten und Conjuncturen am besten bekannt ist, so werdet Ihr von selber was zue Beforderunge desselben gereichen mag bei dieser Abschickunge zu beobachten wissen. Des Castellans von Posen gute Intention hat Scultetus[2]) sehr gerühmet. Mit demselben nun, wie auch anderen Wohlaffectionirten, habet Ihr aus allem vertraulich zu communiciren, insonderheit habet Ihr denen Großpolen beizubringen, daß, wann sie nicht mit Eifer [und] Nachdruck die französische und schwedische machinationes, welche einzig und allein zur Ruptur und umb den König mit uns in Krieg zu verwickeln gingen, zu hintertreiben sucheten, ihr Land sedes belli werden und durch die Kriegeslast zu Grunde würde verderbet werden, zu geschweigen der unvermeidlichen Gefahr, welche der Libertät daraus bevorstünde. Mit dem litthauischen Großfeldherrn habet Ihr auch fleißig, jedoch in Ziffern, zu communiciren. Auf die Mouvemente sowohl des Königl. Hofes als der geworbenen Völker daherumb habet Ihr gar fleißige Achtunge zu geben, und wann Ihr etwas, so uns zu wissen nötig, in Erfahrunge bringet, solches sofort in Ziffern zu berichten, jedoch habet Ihr ganze periodos, wie wir oft erinnert, in Ziffern zu schreiben und nicht hie und da einige Wörter, weilen man sonst den sensum leicht assequiren kann. —

J. v. Hoverbeck[3]) an den Kurfürsten. D. Danzig 5. Januar 1678.

[Die Nachricht von der Eroberung Stettins. Beschwerden Gurszynki's.]

5. Jan. Die Nachricht von der Eroberung Stettins[4]) ist gerade am Neujahrstage hier angelangt, man hat sie anfangs nicht glauben wollen. Seine Ankunft ist

[1]) Das Folgende in Ziffern.

[2]) S. oben S. 168 ff.

[3]) v. Hov. meldet am 31. Dezember 1677 von Danzig aus, er habe heute dort seinen Einzug gehalten. Zwei Tage vorher sei er eine Meile von der Stadt mit Galecki zusammengetroffen, der zusammen mit einem Franzosen nach Großpolen gereist sei, jedenfalls um die dortigen Stände von Kf. abwendig zu machen. Daß in der Nähe Werbungen stattfänden, sei gewiß, doch verliefen sich viele von den Geworbenen wieder. Über das Dessein werde verschiedenartig diskurriert, nach der einen Meinung sei es auf Danzig abgesehen, nach der anderen sollten sich die Truppen mit den aus Liefland erwarteten vereinigen, noch andere glaubten, sie seien nach Ungarn bestimmt.

[4]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 36. Vgl. Béthune's Relation vom 31. Dezember 1677 (Acta hist. V, S. 5).

vielen Leuten, besonders den Gewerken sehr unangenehm, so daß auch der Aufrührer Müller[1]) mit einem massacre gedroht hat.

Gestern kam Gurzynski zu ihm und beschwerte sich, zunächst seine eigene Person betreffend, darüber, daß v. Wedell[2]) ihn bei den großpolnischen Ständen traduzierte, als wenn er bei seiner Anwesenheit bei Kf. den Krieg angedroht hätte, da er doch solches nicht in commissis gehabt und viel mehr sagen könnte, daß dergleichen von seiten des Kf. geschehen. Wedells Vorhaben gehe nur darauf, die Stände gegen den König aufzureizen, er wollte sich aber an ihm rächen und ihn vor das Tribunal laden. Er hat erwidert, es sei dem Kf. nicht zu verdenken, daß er den gemeinen Ruin, in den Frankreich und Schweden die Lande zu setzen trachteten, seinen Nachbaren vorstellen und so sowohl von sich als von diesen abzuwenden suche, v. Wedell werde schon nichts ohne genügenden Grund vorgebracht haben. Daß Kf. den König von Polen sollte zu bekriegen suchen, könne kein vernünftiger Mensch von ihm präsumieren, im Fall der Not aber scheute er keine Gefahr.

Gurzynski behauptete dann, man suche auch Litauen, besonders den G. Feldherrn, mit kurfürstlichem Gelde zu korrumpieren, davon hätte er unwidersprechliche Dokumente in Händen. Er behauptete auch, bei dem seel. Lubomirski eine Obligation auf 70000 Rtlr. mit v. Hoverbecks Hand gesehen zu haben.

Im Namen des Königs beschwerte er sich darüber, daß an dem Tage von v. Hoverbecks Ankunft ein schändliches Pasquill am Tore angeschlagen gefunden worden sei. Als er sich darauf über eine so leichtsinnige Beschuldigung beklagte, wollte jener es Wichert, der 20 Meilen von hier entfernt ist, aufladen. Bei Hofe aber meint man, dieses käme nicht von ihm, sondern von seinen Feinden her, welche so Feindschaft oder doch Mißverständnis zwischen dem Kf. und dem Könige zu stiften suchten.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck.

D. Cöln 11./21. Januar 1678. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Verlangen, daß der König sich dem Marsch der Schweden durch Samaiten widersetze.]

— Weilen — erhellet, wie daß die in Liefland stehende Trouppen 21. Jan.
Ordre haben durch Sameyten in Preußen einzubrechen, so habet Ihr solches Ihrer Königl. May. zu hinterbringen und dieselbe zu ersuchen, Sie möchten uns doch wissen lassen, wessen wir uns auf solchen Fall zue deroselben Assistenz zu versehen hätten. Was die pacta vermöchten,

[1]) Der Fleischermeister Möller.

[2]) S. oben S. 176.

wäre kundig und am Tage, und wollten wir also hoffen, Ihre May. würden zum wenigsten dem Litthauischen Großfeldherren Ordre erteilen, sich diesem der Schweden Vorhaben mit Macht zu widersetzen und dieselben in keine Wege durchzugestatten, damit ein solch Feuer in der Aschen gedämpfet werden und ja nicht in Preußen ausbrechen möge. Dann wann solches geschehen sollte, wären wir gänzlich resolviret, in Person mit aller unser Macht dahin zu gehen, umb unsere Lande und Untertanen zu defendiren, und würden wir alsdann es nicht allein dabei lassen, daß wir solche frembde Gäste aus dem Lande gejaget, sondern wir würden ihnen auch folgen, wo sie hergekommen, und ihnen die Mittel benehmen, auch von der Seiten künftig unsere Lande zu incommodiren. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Danzig 22. Januar 1678.

[Resolution des Königs in betreff des Durchzugs der Stettiner Garnison und der Truppen des Kf. Bedrohung der Reformierten in Danzig. Forderungen des Königs von der Stadt.]

22. Jan. Der K. V. Kanzler[1]) hat ihm gestern mitgeteilt was der König auf das Anbringen des Landvogts von Stolpe und Schlawe[2]) resolviert habe, er wollte nicht nur den Paß für die Stettiner Garnison bewilligen, sondern auch den Völkern des Kf. den Durchzug gestatten unter der Bedingung, daß der Durchzug ohne Beschwerung oder Beleidigung seiner Untertanen geschehe, daß die preußischen Stände, die doch mit den Interessen des Reichs nichts gemein hätten, nicht mit extraordinären schweren Kontributionen belegt würden, daß man diese Truppen nicht zu einem Einfall in Liefland verwendete und daß die

[1]) Johann Wielopolski.

[2]) Erdmann Christoph v. d. Osten. Kf. hatte denselben nach der Einnahme von Stettin an den König von Polen geschickt, um für die nationalschwedischen Truppen der Stettiner Besatzung, denen der Abzug nach Schweden oder Liefland zugesichert war, und für den Teil seiner eigenen Truppen, welchen er unter dem Befehl des Landgrafen Friedrich von Homburg nach Preußen schickte (s. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 30), Durchzug durch das königl. Preußen zu erbitten. Auch v. d. Osten meldet dem Kf. (d. Danzig 11./21. Januar 1678). der König habe den Paß für die schwedischen und den Durchzug für die brandenburgischen Truppen unter der Bedingung gewährt, daß durch dieselben die Schweden in Liefland nicht molestiert und die Preußen nicht gar zu hart beschwert würden. Vgl. die Berichte Béthune's vom 22., 29. und 31. Januar 1678 (Acta hist. V., S. 9ff.).

commercia zu Wasser nicht behindert, sondern die Schiffe dieser Stadt frei und ungehindert passieren gelassen würden. Er hat in betreff aller dieser Punkte beruhigende Erklärungen abgegeben, in betreff des dritten darauf hingewiesen, daß die Schweden von Liefland aus mit einem Angriff drohten, und aufs neue verlangt, der König möchte dem durch Publizierung, daß er des Kf. Gebiet pro propria halten und an den litauischen Feldherrn Ordre wegen Abwehrung ergehen lassen wollte, vorbeugen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Danzig 29. Januar 1678.

[Ungenügende Maßregeln gegen Liliehoeck, neue Schmähschrift desselben. Das Schreiben des Königs an den König von Schweden. Abtretung Putzigs an den König.]

Was bisher gegen Liliehoeck wegen seiner Schmähschrift[1]) angewendet worden, will weder bei dem König noch bei den Senatoren so weit zureichen, daß dem Kf. gebührende Satisfaktion gegeben werde. Man wendet ein, daß über einen fremden ministrum nur sein König die Jurisdiktion habe, und rühmt, daß Kf. sich über ihn bei dem König von Schweden beschwert hat.[2]) Man glaubt hier damit genug getan zu haben, daß man die Schmähkarte zu drucken nicht vergönnt hat. Sie ist aber in Oliva gedruckt und hier ausgeteilt worden. 29. Jan.

Als er sich gestern bei dem Primas über das beschwerte, was der Kalumniant ehegestern in Gegenwart der Senatoren ausgebracht,[3]) improbierte dieser seine Prozeduren und berichtete, er hätte sich geweigert, bei seiner Audienz zugegen zu sein, weil er ihm nicht vorher hätte die puncta kommunizieren wollen. Diese letzte Schrift sei schlimmer als alle vorigen gewesen, weil er darin alles Alte wiederholt hätte, zuletzt hätte er der Republik Preußen angetragen. In dem darüber gehaltenen consilio sollen etliche vorgeschlagen haben, man sollte ihm zur Antwort geben, Schweden möchte zuförderst Liefland der Krone abtreten, das wiedergegeben werden sollte, wenn sie Preußen liefern würden.

Der König hat durch Witwicki ihn beauftragt, Kf. zu ersuchen, daß jetzt, nachdem Stettin in dessen Händen sei, die hiesige Post wieder dorthin verlegt werde. Dabei hat er ihn das Schreiben lesen lassen, welches er an den König von Schweden wegen Preußens will abgehen lassen, dessen Inhalt dahin geht, daß Preußen, obwohl Kf. es in Souveränität besitze, doch in casum caducitatis

---

[1]) S. oben S. 178.

[2]) S. Pufendorf l. XV, § 26 (S. 1135 f.).

[3]) S. diese Denkschrift Liliehoecks und ein darauf bezügliches Schreiben des Abtes Brunetti an den Großherzog Cosimo von Toskana bei Ehrenberg, Italienische Beiträge zur Geschichte der Provinz Ostpreußen, S. 95 f.

zur Krone wieder kommen solle und daher ohne Beleidigung der Republik nicht infestiert werden könne.[1])

Vor etlichen Tagen haben die Gewerke dem König Putzke ohne Entgelt angeboten und die drei Ordnungen, wie es ihnen proponiert worden, dem nicht widersprochen, so daß es nun darauf steht, daß der König es besetze.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Danzig 5. Februar 1678.

[Zurückweisung der Beschwerden des Königs. Erklärung desselben wegen Liliehoecks.]

5. Febr. Bei der gestrigen Audienz beschwerte sich der König darüber, daß Kf.[2]) ihn durch Niemierzytz, v. Wedell und Scultetus bei den großpolnischen Ständen hätte verdächtig machen wollen, als wollte er Kf. bekriegen, und sich auf Gurzynski's Anbringen gestützt hätte, aus dem aber dergleichen durchaus nicht zu erzwingen sei, und daß er ihn vorher bei Holland und Dänemark verklagt hätte. Er hat erwidert, Kf. hätte an dieselben keineswegs geschrieben, der König wollte ihn bekriegen, sondern hätte sie nur ersucht, sich bei ihm wegen des Durchzuges seiner Truppen durch Pommerellen zu verwenden. Was jetzt und vorher wegen der Werbungen und der Praktiken der französischen und schwedischen Gesandten auf die Bahn gebracht worden, das sei von diesen selbst ausgesprengt[3]) worden. Kf. hätte nicht in Großpolen einen Aufstand zu erregen versucht, was ganz ungereimt sein würde, aber es könnte wohl sein, daß dessen Bediente den Nächstangrenzenden zu erkennen geben, wie durch die französischen und schwedischen Machinationen es sehr leicht dahin kommen könnte, daß sie zu ihrem eigenen Verderben sedem belli ins Land bekämen, und daß sie durch Erinnerungen und Bitten beim Könige dieses abwenden möchten.

[1]) Kf. weist (d. Cöln a. d. Spree 28. Januar/7. Februar 1678) v. Hov. an, dem König die Sache wegen Liliehoecks so vorzutragen, wie er ihm befohlen habe, und ressentiment zu verlangen. In dem Schreiben des Königs an den König von Schweden hätte ausdrücklich angegeben werden müssen, daß der König und die Republik sich durch die foedera für verpflichtet hielten, ihm gegen eine Invasion in Preußen Assistenz zu leisten. Die Bestellung dieses Schreibens habe nicht die preußische Regierung zu besorgen, sondern sie habe von Polen aus durch die Leute des Königs oder durch die Post zu geschehen.

[2]) S. oben S. 176.

[3]) Béthune klagt in seiner Relation vom 11. Dezember 1677 (Acta hist. III, S. 461): L'affaire de Prusse se divulgue à un point par le peu de soin des Suédois, que l'on scait à Hambourg et dans la cour de l'Electeur de Brandebourg le jour que le Roy de Suède a ratifié le traicté avec le Roy de Pologne.

Darauf hat er die Liliehoecksche Sache vorgebracht und bemerkt, Kf. erwarte, daß der König propter commune interesse summarum in orbe potestatum sein Ressentiment nicht werde unbezeugt lassen. Der König protestierte, er hätte keine von den Schriften, deren Kf. gegen Gurzynski gedacht, gesehen, auch nicht zu sehen oder lesen begehrt, sondern darüber höchstes Mißfallen getragen, er wüßte aber nicht, wie in der Sache zu verfahren wäre, und er bat, Kf. möchte ihm von seiner Deklaration Mitteilung machen, indessen aber würde er ernstlich sein Mißfallen bezeugen. Schließlich bat er, Kf. möchte als Zeichen nachbarlicher Freundschaft die Post wieder über Stettin gehen lassen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Danzig 16. Februar 1678.

[Beilegung der Danziger Wirren, Abreise des Königs. Verlangen des Königs und der Danziger Reformierten, daß Strauch freigelassen werde. Die von dem französischen Gesandten geworbenen Truppen.]

Nachdem[1]) der König am 13. die meisten Punkte seiner Dekrete deklariert 16. Febr.
und so eingerichtet hat, daß beide Parten, Rat und Gemeine, mehrenteils damit haben zufrieden sein können, und der Punkt der Zahlung des honorarii (200000 Gulden an den König und 10000 Dukaten an die Königin) so verglichen worden, daß 100000 Gulden jetzt und das übrige übers Jahr gezahlt werden solle, sind[2]) beide Majestäten am folgenden Tage hinausgefahren und ist zu hoffen, daß der Besatzung der Stadt und Weichselmündes halber keine Gefahr mehr sein werde.

Da[3]) auch die Gewerke bei dem am 13. gemachten Vertrage bedungen, daß alles nicht gültig sein solle, wenn nicht der König Strauch bei Kf. losmachte, so hat gestern Witwicki namens des Königs ihn ersucht, Kf. zu bitten, da er in Respekt des Kf., des Königs von England und der Generalstaaten in betreff der Erbbegräbnisse und Leichenpredigten in den lutherischen Kirchen so favorabiliter für die Reformierten gesprochen, daß auch Kf. ihm in puncto der Erledigung Strauchs willfahren möchte, unter der Versicherung, daß eine solche geneigte Bezeigung den Reformierten in dieser Stadt zu gute kommen solle.

Auch die Reformierten,[4]) da sie sehen, daß sie sonst doch keine Ruhe haben werden, wünschen, daß zur Loslassung Strauchs von Kf. Hoffnung gegeben und daß ihm gestattet werde, offene Briefe hierher zu schreiben. Die

[1]) S. Gralath, Versuch einer Geschichte Danzigs III, S. 100ff.; Goldmann, Danziger Verfassungskämpfe unter polnischer Herrschaft, S. 67f.; Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, S. 224f.

[2]) Vgl. Béthune's Relation vom 12. Februar 1678 (Acta hist. V, S. 31f.).

[3]) S. Hirsch a. a. O. S. 225.

[4]) S. Hirsch a. a. O. S. 223.

Reformierten wünschen auch, Kf. möchte ihm Audienz erteilen und ihm andeuten, er möchte es dahin bringen, daß ebensoviele Reformierte wie jetzt Katholische in die dritte Ordnung aufgenommen würden, dadurch würde er seine Erledigung befördern.

Beifolgend ein Bericht[1]) von den durch den französischen Gesandten angeblich ohne Vorbewußt des Königs geworbenen Völkern. Es wäre zu wünschen, daß Kf. mehr Völker hieher senden könnte, um diese aufzuheben.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Marienburg 3. März 1678.

[Bevorstehende Abreise des Königs nach Lublin. Verringerung der Danziger Garnison. Verhandlungen mit dem Kastellan von Posen. Forderung der samaitischen Stände.]

3. März Er gedenkt in wenigen Tagen nach Hohenstein zu reisen, da der König eine Konvokation auf den 26. in Lublin angesetzt, die Reise nach Elbing eingestellt hat und übermorgen von hier aufbrechen und über Löbau den geraden Weg reisen will.[2])

---

[1]) „Extract Schreibens von einem Orte, so unweit Danzig gelegen", vom 13. Februar 1678: „Berichte, daß sich hiesige Trouppen allmehlich zusammenziehen hinüber ins Marienburgische Werder und Dorf bei Dorf zu zweien in ein Haus geleget. Hier stehen sie nur wie folget: Zu Wysoko H. Branicki Compagnie 18 Rotten, Dobowa ein Capitain und des Major Milewski Compagnie 32 Rotten wie auch Capitain Brand, zu Wolevial Major Isebrand mit 12 Rotten, Schelgost 12 Rotten, Ponczewo 15 Rotten mit einem Capitain Dąbrowski und 3 Rotten, so noch nach Wysoko gehören. In der Culmischen Woywodschaft auf des Capitains Kiewski Gut stehet er mit seiner Compagnie, so 14 Rotten, wie auch Capitain Benkendorf. In Neuteich bei Marienburg liegt de Baulieu sein Sohn, auch Obristl. Francke, zu Kwilinz 3 Meilen von Brzesc kujaw der H. Obristl. Trzebuchowski auf seinen Gütern mit 4 vollständigen Compagnien. Brusa 9 Meilen von Warschau, wo der Major Milewski geheiratet, stehen seine Leute 13 Rotten. Auf des Woiewodzic Rawski Gütern ein Regiment Dragoner, auch etzliche polnische Compagnien. Sie liegen auch sonst, weil sie vor Geld zehren, hin und wieder bei den Edelleuten, damit ihnen das Bier desto besser abgehe, haben alle Ordre sich fertig zu halten, auch die bisher nicht Liberei und Gewehr gehabt, haben nun alle bekommen. Sie spargiren, die Völker aus Liefland sein auf dem Marsch, sobald sie nur würden die preußische Grenzen betreten, sollen diese ins Oberland gehen, vermuthen sich auch einiger schwedischen Officirer, so sie sollen commendiren." — Vgl. Béthune's Relation vom 31. Januar 1678 (Acta hist. V, S. 14ff.).

[2]) Benckendorff berichtet dem Kf. aus Danzig am 2. März 1678, nach der Abreise des Königs von dort nach Marienburg habe man zwar gemeint, derselbe werde sich nach einigem Aufenthalt daselbst nach Elbing, der dortigen Differenzen

Die Danziger haben bereits in dem Punkt der Reduzierung ihrer Garnison dem königlichen Dekret pariert[1]) und dürften die Franzosen die abgedankten Völker an sich ziehen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß sie in einer anderen Materie angefangen hätten ihren Gehorsam und Respekt zu bezeigen.

Mit dem Kastellan von Posen hat er hier im Vertrauen viel negotiiert. Derselbe verspricht in ganz kurzem eine anderweitige Schickung von den großpolnischen Ständen an den König zu veranlassen und gegen Pfingsten selbst hinzukommen, da es dann sehr dienlich sein würde, mit ihm des Orts konferieren zu lassen.

P. S. Es befinden sich jetzt hier Abgeordnete vom litauischen G. Feldherrn und den samaitischen Ständen, welche verlangen, daß wegen des durch die vorjährige Dürre veranlaßten Mangels an Rauchfutter den schwedischen Völkern der begehrte Durchzug nicht gestattet werde.

Die Türken wollen den Frieden nicht moderiert, sondern extendiert wissen, zumal ihnen von den Moskowitern ein ewiger Friede angeboten wird, was die Französischgesinnten über die Maßen perplex macht.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Marienburg 4. März 1678.

[Günstige Aufnahme des Schreibens des Kf., Geneigtheit des Königs zu einer Allianz mit dem Hause Österreich.

E. Chf. D. Schreiben vom 15./25. passato[2]) hat dem König und Königin dergestalt durchs Herz gedrungen, daß sie erkennen, es sei keinem von den Nachbarn mehr als ihr zu trauen, und sich erbieten, gleich wie E. Chf. D. sich ihnen und ihrem Hause sonders geneigt bezeugen, also auch vor E. Chf. D. Hauses Wohlfahrt und Aufnehmen zu sorgen und arbeiten.[3]) — Es ist sonsten (weiß nicht von wem) ein Vorschlag 4. März

wegen, wenden, gestern aber sei die Nachricht eingetroffen, daß er heute von Marienburg geradeswegs nach Lublin abreisen werde, um der dorthin ausgeschriebenen Konvokation der Senatoren beizuwohnen. Diese unvermutete Veränderung sei besonders durch eine zu Lublin erwartete moskowitische Gesandtschaft verursacht worden, indem man besorge, daß Moskau mit der Pforte einen gütlichen Vergleich zum Nachteil Polens getroffen habe. S. auch Béthune's Relation vom 1. April 1678 (Acta hist. V, S. 56 f.).

[1]) Auch Benckendorff berichtet in jenem Schreiben vom 2. März, gestern seien 300 Mann von der Stadtsoldatesque lizentiiert worden.

[2]) Nicht bei den Akten.

[3]) König Johann drückt in einem Schreiben an Kf. (d. in arce nostra Mariaeburgensi 6. März 1678) seine Freude darüber aus, quanto affectu Ser. V. nostrum in

geschehen von einer Alliance mit dem Erzhause Österreich, welches wol eins von den kräftigsten Mitteln sein könnte, umb diesen Hof in der Alliirten Interessen zu engagiren, und hab ich wohl abgemerkt, daß solches von dieser Seiten nicht allein nicht ausgeschlagen werden dürfte, sondern gewünscht werden. —

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Potstam 22. März/1. April 1678. (Conc. Meinders.)

[Befehl, mit dem litauischen G. Feldherrn eine Zusammenkunft abzuhalten.]

1. April Beifolgend ein Schreiben des G. Feldherrn Pac und seine Antwort darauf.

Wann wir dann zue Beibehaltunge einer so nützlichen Correspondenz allerdings nötig achten, daß Ihr ermeltem Großfeldherren nachreiset und mit ihm die vorgesetzte Unterredunge[1]) pfleget, so befehlen wir Euch hiemit in Gnaden, daß Ihr Euch stracks nach Empfangunge dieses nacher Königsberg erhebet und alda des Großfeldherren Antwort und die Determinirunge eines Ortes abwartet, auch Euch sofort darauf zue ihm verfüget. Was unsere Willensmeinunge sein und was Ihr demselben anzubringen habet, wisset Ihr aus unseren vorigten Instructionen und rescriptis und

colenda constanti secum amicitia studium ab eodem exceperit et quo animo illa, quae de nobis obliquior spargebat fama, habuerit, und erbietet sich in gleicher Weise zur Beobachtung der Verträge und guter Freundschaft. Näheren Bescheid habe er v. Hoverbeck erteilt.

[1]) Schon Anfang Februar 1678 hatte der Herzog von Croy vorgeschlagen, v. Hoverbeck sollte mit dem litauischen G. Kanzler Pac zu Tilsit oder Ragnit zusammenkommen, dieser aber hatte dagegen dem Kf. (d. Danzig 9. Februar 1678) vorgestellt, das werde großes Aufsehen erregen, ferner beabsichtigten die Pac per extrema zu gehen, wozu Kf. schwerlich zustimmen würde, und hatte für diensamer erachtet, wenn Croy selbst oder der Landgraf Friedrich von Homburg unter dem Vorwand, die litauische Grenze zu besichtigen, sich zu Pac begeben möchte. Kf. hatte ihn aber doch beauftragt (d. Cöln 4./14. Februar 1678), eine geheime Zusammenkunft mit demselben zu halten. H. aber hatte dagegen aufs neue (d. Danzig 19. Februar 1678) vorgestellt, da der G. Feldherr Pac das schwedische Memorial so wohl beantwortet habe, so sei eine solche Zusammenkunft unnötig. Er wisse schon im voraus, daß Pac bei einer solchen nichts anderes bringen werde als wieviel Volk, Geld, Artillerie und Munition Kf. zu dem von ihm geplanten Unternehmen, den König zu stürzen, geben wolle, wozu Kf. sich schwerlich verstehen werde. Gehe man aber nicht darauf ein, so werde das Vertrauen geschwächt, ja wohl gar Offens gestiftet werden. So war damals die Zusammenkunft unterblieben.

werdet Ihr ohne das, weil Euch alles bekannt, nach der Euch beiwohnenden Dexterität schon wissen, was demselben vorzustellen seie. Weilen dieses unsere Dienste erfordern, so habet Ihr hierunter nichtes zu verabsäumen und wollen wir außer Gottes Macht keine Entschuldigung von Euch annehmen.[1]) —

Der Kurfürst an den König von Polen. D. Coloniae ad Svevum 22. April/2. Mai 1678.[2])

[Gerüchte über feindliche Absichten der in Preußen geworbenen Truppen. Bitte, dagegen einzuschreiten.]

Er hat sich bei der Versicherung des Königs, die mit ihm eingegangenen Verträge getreulich zu halten, beruhigt.

Attamen iterum praeter spem ac opinionem nostram undique affertur, 2. Mai
manum haud contemnendam copiarum Gallico Svecicoque aere conductarum per Pommerelliam Prussiamque Regiam esse distributam atque invasionem in nostram minitari Prussiam. Equidem vix adhucdum adduci possumus, ut rumori huic fidem adhibeamus, freti tam sanctitate ac religione foederis non ita pridem ab ipsa R. Maiestate V. confirmati tum R. Maiestatis V. promissis, tum etiam sincera ac fida qua R. Maiestatem V. amplectimur amicitia, quae tale nihil promerita est: Sed cum nihilominus sermones isti jure meritoque nos afficiant, cum subditi nostri tutelam sui et securitatem justissime flagitent, non possumus quin a R. Maiestate V. diligenter ac officiose contendamus, ut paci publicae consulere et quicquid ad refringendas hostium nostrorum machinationes et tollendas e medio sinistras suspiciones — curare sustineat.[3]) Faciet R. Maiestas V.

[1]) Diesem Befehl zufolge begab sich v. Hoverbeck nach Rhein, als der „Mittelstadt", wie er von dort am 12. April dem Kf. schreibt, von wo er sich nach Wilna, Wielun oder Maretz wenden könne, und wartete dort auf weitere Nachrichten. Da er aber von dem aus Moskau zurückkehrenden dänischen Gesandten Gabel (s. unten Abschnitt II) erfuhr, daß Pac schon nach Lublin gereist sei, so beabsichtigte er anfangs, dem Wunsch des Herzogs von Croy gemäß, nach Königsberg zu reisen, um mit diesem und den beiden dänischen Gesandten Gabel und Gioe zu beraten; er ist aber doch in Rhein geblieben.

[2]) Unter demselben Datum richtet Kf. auch Schreiben an verschiedene polnische Große, in denen er ihnen dieselbe Mitteilung macht und sie auffordert, für das Wohl der Republik zu sorgen.

[3]) Kf. hatte diese Schreiben seinem Agenten in Warschau Chwalkowski zugeschickt und diesen beauftragt, sie an den König und die anderen Adressaten zu

eo ipso rem foederum religioni ac fidei publice datae acceptaeque convenientem et utrique genti, cuius caeteroquin salus ac securitas periclitantur, perutilem, nec in malam interim accipiet partem quod et nostrae et S. Caes. Maiestatis aliorumque foederatorum securitati omni licita consulere ratione animum intendamus. —

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Rhein 5. Mai 1678.

[Sendung v. Knobelsdorffs nach Warschau. Die in Preußen geworbenen Truppen. Nachrichten von Gioe. Verhandlungen Akakia's mit Pac, dessen Standhaftigkeit.]

5. Mai Er wartet hier vergeblich auf Nachrichten von Gioe und von dem Tilsitschen Agenten, den der Statthalter nach Oletzko geschickt hat. Der kaiserliche Resident Zieronski dringt in ihn, er möchte in Warschau oder auf halbem Wege dorthin mit ihm zusammen kommen um wegen der Repartition, worüber in Wien verschiedene Konferenzen gehalten worden,[1]) einen Vergleich zu treffen. Da dem die bevorstehende Konferenz im Wege steht, so hat er seinen Eidam, den Oberstleutnant Knobelsdorff, zu ihm geschickt.

Die für französisches Geld geworbenen Völker mehren sich tagtäglich in den preußischen Städten königl. Anteils, es würde der gemeinen Sache sehr zuträglich sein, wenn Kf. sie abwerben ließe, wozu der Major Pantzer und andere, wenn sie nur mit etwas Geld versehen würden, erbötig sind.

---

befördern. Da aber der König inzwischen schon nach Reußen aufgebrochen war, so schickte Chw. dieselben an den dort befindlichen kaiserlichen Residenten Zieronski zur Bestellung. Dieser schreibt ihm aus Lemberg 11. Juni 1678, er habe das Schreiben an den K. U. Feldherrn Jablonowski diesem sofort noch vor der Ankunft des Königs zustellen lassen, derselbe habe darauf auf das dringendste geraten, Kf. möchte sich nicht präzipitieren und etwa die Truppen im Königl. Preußen angreifen lassen, das würde Frankreich und Schweden Gelegenheit geben, ihn in offenen Krieg mit dem König zu verwickeln, und dieser würde dieselbe mit Freuden ergreifen. Kf. möchte lieber durch eine besondere eilfertige Absendung von dem König kategorische Erklärung wegen dieser Truppen verlangen, und er möchte die übrigen Schreiben nicht übergeben. Das habe er auch beabsichtigt, er habe aber erfahren, daß gestern Abend, als der König hier angekommen sei, der Kastellan von Posen demselben ein solches an ihn gerichtetes Schreiben gezeigt und daß der König darauf zum K. G. Feldherrn gesagt habe, Kf. kündige ihm den Krieg an. Da so alea jam jacta sei, werde er die Schreiben aushändigen. Vgl. die Relationen Baluze's vom 13. Mai und Béthune's vom 17. Juni 1678 (Acta hist. V, S. 85, 90f.).

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 891ff., XVIII, S. 498f.

PS. Der Tilsitsche Agent bringt ihm soeben zwei Schreiben. Gioe besteht darauf, mit ihm conjunctim zu verhandeln, der litauische Feldherr aber wird es nicht gern sehen, und da ihm auch Sachen aufgetragen sind, welche vor Gioe geheimzuhalten sind, und dieser ihn in das zu engagieren sucht, was ihrerseits schwerlich gehalten werden wird, so wird er es zu verhüten suchen.

P. S. 2. Der Tilsitsche Agent berichtet ihm, Akakia[1]) sei bei dem litauischen Großfeldherrn zur Wilde gewesen und habe von demselben sechs Kutsch- und ein Reitpferd geschenkt bekommen. Wie er von Meretz abgereist, hätte man dort Akakia erwartet. Der G. Feldherr aber hätte in allen Burggerichten Patente zum Generalaufbot anschlagen und publizieren lassen, woraus zu schließen ist, daß er nach wie vor bei dem Entschluß, den Durchzug zu verwehren, verharrt. Akakia soll dem Herzog von Kurland geschrieben haben, die schwedische Armee werde ohne Schaden durch dessen Land nach Preußen ziehen.[2])

J. Scultetus[3]) an den Kurfürsten. D. Cüstrin 30. April/[10. Mai] 1678.

[Bestätigung des Verdachts wegen der in Preußen liegenden Truppen. Der Tumult in Danzig. Gegenmaßregeln gegen die Absichten des Hofes.]

Daß an den Dingen, welche dem Kf. kommuniziert worden, etwas daran 10. Mai sein mag, ist wohl zu glauben, denn der beikommende Extrakt eines Königl. Schreibens an den Obristen Debolieu,[4]) den ihm Baron Wolff aus Danzig in geheim mitgeteilt hat, stimmt damit überein. Er hält für dienlich, es bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Breza diesem zu zeigen, damit es unter den

---

[1]) Französischer Agent. S. Acta hist. V, S. 141f.

[2]) v. Hov. meldet am 10. Mai, daß er an diesem Abend in Oletzko eingetroffen sei.

[3]) Sc. war schon im Januar 1678 wieder nach Großpolen gereist, um den dort von dem Vertrauten des Königs Galecki ausgestreuten Berichten, Kf. habe sich durch die Eroberung von Stettin nur eine größere Last auf den Hals geladen, da der König von Frankreich ihn nicht im Besitz der Stadt lassen würde und auch die anderen Reichsfürsten ihm seine Eroberungen mißgönnten, entgegenzutreten. Er hat dort die unter dem Adel infolge eines von dem Kaiser erlassenen Handelsverbotes von Schlesien nach Polen entstandene Aufregung geschürt, so daß in dessen Auftrage der K. G. Kanzler Leszczynski es übernommen hatte, an den König zu schreiben und ihn zu ermahnen, die Werbungen einzustellen, da sonst ein Aufstand in Großpolen zu befürchten sei, und auch sich mit den beiden G. Feldherren in Polen und in Litauen in Verbindung zu setzen und diese zu veranlassen, die Berufung eines Reichstages zu fordern.

[4]) Oberst de Beaulieu, Verwalter der königlichen Güter in Preußen, welcher die dortigen Werbungen leitete und zum Befehlshaber der Truppen bestimmt war, aber im Oktober 1678 starb, s. den Bericht Béthune's vom 14. Oktober 1678 (Acta

Adel komme und die Diffidenz gegen den Hof und die französische Faktion desto größer werde.

Das Schlimmste ist, daß durch den neulichen Tumult des Pöbels und die Stürmung des Klosters in Danzig[1]) dem König die lange gewünschte Gelegenheit, in die Stadt mit Manier eine Besatzung zu bringen, gleichsam von selbst in die Hände gespielt wird. Auch davon würde beizeiten mit Breza und anderen Patrioten zu reden sein, damit, um die Intention des Hofes zu vereiteln, es auf die Landtage gebracht und die Untersuchung der Sache und Bestrafung der Verbrecher von dem Könige und der ganzen Republik dem dortigen Magistrat allein übertragen werde.[2])

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Rhein 1. Juni 1678.

[Die Zusammenkunft zu Olezko. Sendung v. Knobelsdorffs zu dem K. G. Feldherrn.]

1. Juni — Bei der zu Oletzko gehaltenen Konferenz (davon der dänemärkische Envoyé[3]) mündlich bereits berichtet haben wird) ist dies vornehmlich ins Mittel gebracht und versichert worden, daß, wann I. Kays. M. die in Ungarn einfallende Völker in Polen über die Grenzen verfolgen wollten, ihr die Vornehmsten so von Polen als Lithauen beifallen würden. Vom H. Chwalkowski erhalt ich itzo gleich die Nachricht, daß der Oberstlieutenant Knobelsdorff eine Post Geldes (wie mirs vorstehet) von 6000 Rthlr. dem K. G. Feldherrn übergebracht und denselben sehr wohl disponirt gelassen. Er sei aber damit nicht zufrieden, welches der kaiserliche Resident alsofort nach Hofe berichtet, und hoffe, daß mans verdoppeln werde. —

hist. V, S. 143). Der Beischluß lautet: „Die Leute wollt Ihr in die Plätze verlegen und auch auf unser Schloß zu Marienburg und in allem des Marquis de Bethune Ordre nachleben. Wir können den Leuten keine Universal geben, sonst würd Hoverbeck und andere des Kaisers Bediente damit geärgert werden, sonsten können wir uns exkusieren, daß wir nirgends von wissen, ist doch die Sache Dir bekannt, sonst weiß es niemand in Preußen. Siehe zu, daß Du klug und vorsichtig umbgehest.“

[1]) S. Gralath III, S. 132ff.; Hirsch a. a. O. S. 228f.

[2]) Kf. erklärt sich (d. Cöln 3./13. Mai 1678) damit einverstanden und weist ihn an, deswegen nach Danzig zu schreiben. Über weitere Schritte, die Kf. in dieser Angelegenheit getan hat, s. Hirsch a. a. O. S. 231.

[3]) Gioe, der sich sogleich nach jener Zusammenkunft zu Kf. begeben haben muß. Hov. schreibt diesem am 24. Juni, er habe erwartet, daß Gioe ihm hinterbracht habe, daß Pac zu Oletzko auch erinnert hätte, Kf. möchte den Herzog von Kurland warnen, seine Häfen gut zu besetzen, da Schweden und Polen Absichten auf dieselben hätten, er merke aber nicht, daß seitdem in der Sache etwas geschehen sei.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Königsberg 14. Juni 1678.[1])

[Konferenz mit Oginski. Dessen Klagen über die Radziwills. Schreiben Bakowski's und Dönhoffs in betreff der Strauchschen Angelegenheit.]

Die Konferenz mit dem Woiwoden von Trocky Oginski hat von fünf Uhr morgens bis mittag und zwar auf dessen Wunsch in seinem (Hoverbeck's) Quartier stattgefunden. Zuerst teilte ihm derselbe die ganze Liste der litauischen Armee mit ausführlicher Information, welcher Partei jeder zugetan sei, mit. Dann stellte er vor, was für Schwierigkeit es abgegeben und noch gebe, die Armee ohne Sold wider des Königs und der meisten Stände Willen zu halten, zumal da die Einquartierung nur bei den Vornehmsten, die königliche oder geistliche Güter halten, geschehen muß. Dabei exaggerierte er, wieviel der G. Feldherr von dem Seinen angewandt. Nachmittag kam das Reskript des Kf.[2]) nebst der Kopie des Schreibens desselben an den König von Dänemark und seine ministros an, daraus konnte er deklarieren, was er vorher nur hatte dilatorisch beantworten können, womit jener auch gar wohl zufrieden war. 14. Juni

Er bezeugte sich sehr alteriert, daß ihm zwei falsch supponierte Verträge zu Händen gekommen, in welchen Fürst Bogislaff Radziwill dem litauischen U. Kanzler,[3]) seinem Vetter, alle seine Güter erblich aufträgt und der Prinzessin, auch wenn sie männliche Erben bekommen sollte, nur das Lebrecht vorbehält, was der Fürst von Kletzke,[4]) damit ihm nur zur Heirat verholfen würde, genehm gehalten und deshalb Reverse von sich gegeben hat. Er bat, Kf. als oberster Vormund möchte das Interesse der Prinzessin und sein und des Woiwoden von Polotzko Sapieha (welche die nächsten Erben wegen ihrer Gemahlin ab intestato wären) Recht befohlen sein lassen, was er versprochen hat. Diese beiden Schwäger werden wohl ihr bestes tun, daß die Heirat mit dem Fürsten von Kletzke hintertrieben werde, und schreiben es sich vornehmlich zu, daß keine Konstitution gemacht worden, wodurch die Prinzessin aller liegenden Güter verlustig erklärt worden, falls sie an einen Fremden, in specie an den Prinzen von Oranien, wäre verheiratet worden.

Das konsiderabelste, was bei der Konferenz vorkam, war, daß der König, wie er sich im Königl. Preußen ziemlich festgesetzt, in Litauen Polangen vom litauischen Vorschneider Tyszkiewicz kaufen und daselbst, nur vier Meilen

---

[1]) v. Hov. hatte am 14. Juni aus Königsberg gemeldet, er habe sich auf den Wunsch des Herzogs von Croy dorthin begeben, um bei der mit Oginski zu haltenden Konferenz zugegen zu sein.

[2]) Nicht bei den Akten.

[3]) Fürst Michael Radziwill.

[4]) Stanislaus Kasimir Radziwill. S. oben S. 69.

von Mümmel entfernt, einen Hafen anrichten wolle, ebenso einen anderen zu Dünenburg.

In dem, was die Woiwoden von Marienburg und Pommerellen schreiben,[1]) wird dem König wohl zu willfahren sein.[2])

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 4./[14.] Juni 1678.

[Verhandlungen mit dem Woiwoden von Krakau und anderen großpolnischen Großen wegen Vereitelung der Absichten des Königs.]

14. Juni Er[3]) hat sich nach Posen begeben und von dem dort anwesenden Woiwoden von Krakau erfahren, die zu dem König nach Jaworow geschickten Deputierten seien erst vor drei Tagen zurückgekommen und hätten beifolgende Antwort zurückgebracht, worin der König aufs höchste versichert, daß er von den Werbungen nicht das geringste wüßte, sie mißbilligte und den Ständen gestattete, die fremden Werber aufzuheben und zu bestrafen.[4]) Er hat ihm darauf den Extrakt des königl. Schreibens an General Deboly[5]) gezeigt und ihm auseinandergesetzt,

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Dr. Aegidius Strauch, S. 238.

[2]) Kf. erwidert (d. Cöln 14./24. Juni 1678), wegen der vermeintlichen testamentarischen Disposition des seligen Fürsten Radziwill solle Hov. mit Fehr und anderen Bedienten der Prinzessin reden und überlegen, wie dem begegnet werden könne. Wegen Strauchs solle er Bąkowski antworten, daß die Resolution, welche Kf. seiner Erledigung wegen nehmen möchte, vornehmlich in Regard des Königs geschehe, er ließe ihn auf dessen frühere Interzession los und unter Bedingungen, welche er dem König nicht hätte zumuten können und wozu sich dieser nicht würde verstanden haben. S. Hirsch a. a. O. S. 329.

[3]) Kf. hatte Sc. (d. Potstam 20./30. Mai 1678) ein Schreiben v. Hoverbecks (d. Rhein 18. Mai 1678) zugeschickt, worin dieser vorschlägt, nachdem der Friede zwischen Polen und den Türken am 16. März in Konstantinopel vollzogen sei, an den Kastellan von Posen und andere in Großpolen zu schicken und ihnen vorzustellen, daß sie jetzt darauf dringen möchten, daß die für französisches Geld geworbenen Truppen auseinandergetrieben und keine weiter zu werben gestattet würde, und ihm befohlen, dessen Vorschlag gemäß sich sofort zum Kastellan von Posen und anderen großpolnischen Magnaten zu begeben und diese zur Abschaffung jener Truppen zu bestimmen.

[4]) Chwalkowski berichtet aus Warschau 7. Mai 1678, Deputierte der Sendomirschen Woiwodschaft seien dieser Tage beim Könige gewesen und hätten inständigst um Abschaffung der französischen Werbungen angehalten, darauf habe der König dem K. Feldherrn Befehl erteilt, einige Mannschaft auszukommandieren um den unverschämtesten Werber, den Woiwodzyc Rawski Grudzynski, aus dem Wege zu räumen, doch sei dieser Befehl nur zum Schein erteilt.

[5]) S. oben S. 191.

daß der König jetzt, nachdem die Werbungen schon geschehen und die Völker nach Preußen gezogen seien, solches schon sagen könnte, daß es ihm aber, als dem vornehmsten Senator des Reiches, obliege die Augen vom Schlaf zu öffnen und dem bevorstehenden Untergang der Republik beizeiten durch ein general Aufbot des Adels zu begegnen, ehe der König durch die französischen und schwedischen consilia verführt Posto in Danzig faßte und dann der Libertät vollständig ein Ende machte.[1]) Die benachbarten Potentaten, der Kaiser und Kf., könnten zu solchem procedere nichts sagen, solange die Republik sich dasselbe gefallen ließe, und würden genötigt werden, sich mit demjenigen, der das absolute dominium in Polen suchte, so gut sie könnten zu vergleichen. Der Woiwode gestand mit Tränen zu, daß er den Betrug des Hofes wohl merken könnte, aber der gemeine Adel ließe sich durch die Versicherungen des Königs täuschen oder wollte nichts merken, die Prinzipalsten wären so durch Geschenke und Promessen gewonnen, daß sie alles gehen ließen, wie es ginge. Das beste Mittel, dem Übel zuvorzukommen, würde der Reichstag sein, den der König aber jetzt nicht ausschreiben würde. Er wollte bei den nach vier Wochen in Posen abzuhaltenden Gerichten die Sache dem Adel vorstellen und sie ermahnen, auf die französischen consilia bei Hofe acht zu haben und die Libertät des Vaterlandes zu maintenieren. Er hoffe, daß auch der Kastellan von Posen und Brezà dort sein würden.

Mit Zustimmung des Woiwoden ist er letzterem, der schon von Petrikau aufgebrochen war, entgegengereist. Derselbe schien über sein Erscheinen sehr erfreut, berichtete, der Kastellan von Posen hätte als Marschall der Königin Befehl erhalten, sich zur Hochzeit der Schwester derselben[2]) nach Lemberg zu begeben, und hätte ihn, Breza, beauftragt, ihm mitzuteilen, der Hof beabsichtige jetzt, um den Schweden Luft zu machen, Krieg in Preußen gegen Kf. anzufangen, und suche den Kaiser durch das Versprechen, die Völker aus Ungarn abzufordern,

[1]) Chwalkowski meldet 20. Mai 1678, zwischen dem König und Béthune seien wegen privater Angelegenheiten Mißhelligkeiten ausgebrochen, des Königs Affektion gegen Frankreich solle nicht mehr so groß sein, er habe daher den kaiserlichen Residenten gar ungewöhnlich sinzeriert in der Hoffnung, daß man sich von dieser Seite mit etwas Nachdrücklichem herauslassen werde. Man könnte jetzt bei ihm durchdringen, wenn nicht andererseits zu erwägen stände, daß man ihn dadurch in seiner Intention wegen einer absoluten Regierung stärken und die noch übrigen wohlgesinnten Patrioten, die diesem Vorhaben die Stirne zu bieten vermöchten, zur Desperation bringen würde. Derselbe berichtet 7. Juni 1678: „Daß I. K. M. die Substitution ihres Sohnes werkstellig zu machen gedenken, ist nunmehr außer allen Zweifel zu setzen, und hat sich dieser Tage einer der Vornehmsten von der französischen Faction verlauten lassen, welcher gestalt I. K. M. eben aus diesem Absehen dem Hause Oesterreich liebkosete, umb in diesem ihrem Vorhaben von selbiger Seite nicht verhindert zu werden, dann Sr. Chf. D. wären Sie deßhalb schon versichert.“ Vgl. die Relationen Béthune's vom 2. und 10. Mai und Baluze's vom 18. Juni 1678 (Acta hist. V, S. 61 ff., 81 ff.).

[2]) Marie Anne d'Arquien, die sich mit dem K. U. Kanzler Wielopolski vermählte. S. oben S. 70.

von Kf. abzuziehen. Man rechne darauf, Preußen leicht ohne Schwertschlag einzunehmen, ehe es die polnischen Stände gewahr werden und Kf. zur Defension gelangen könnte, weil das Land sehr malkontent wäre und sich nach der polnischen Freiheit sehnte, Kf. möchte daher beizeiten am kaiserlichen Hofe vorbauen, damit der Kaiser, wenn nicht in der Tat, doch mit Worten und Schreiben zu verstehen gebe, daß er, wenn Kf. in Preußen angegriffen würde, demselben assistieren müßte; dadurch würden die polnischen Stände ermutigt werden, dem Könige entgegenzutreten. Der Kastellan wollte sofort nach der Hochzeit auch nach Posen kommen und dort die Leute durch Vorstellung der ihren Gütern drohenden Gefahr aus dem Schlaf zu erwecken suchen. Auf seine Versicherung, die Feldherren sowohl in der Krone als auch in Litauen würden bei der Republik stehen und für deren Libertät Gut und Blut aufsetzen, erklärte er, wenn dieses der Fall wäre, dann könnte leicht den Kriegsplänen des Königs ein Riegel vorgeschoben werden, zumal auch die Großen in Reußen, die auf Anstiften des Königs bei dem Türkenkrieg um all das Ihrige gekommen wären, ihn heimlich ersucht hätten, die Großpolen zur Konföderation wider die Tyrannei des Hofes aufzureizen, und ihre Hilfe zugesagt hätten. Er hat darauf erwidert, Kf. ließe nicht die Stände zu einem Aufstand gegen den König aufreizen, sondern sie ersuchen, der pacta eingedenk zu sein und zu ihrem eigenen Besten eine Verletzung derselben nicht zu dulden.

Er ist darauf mit Breza nach Posen zurückgekehrt und dort haben sie mit dem Woiwoden von Krakau verabredet, derselbe solle bei den judiciis vorschlagen, an die Feldherrn eine Abschickung zu tun und diese aufzufordern, vom Könige unter dem Vorwande der Bezahlung der Armee schleunige Ansetzung eines Reichstages zu verlangen, sollte das abgeschlagen werden, so sollten sie diese Resolution den Woiwodschaften kund tun und den Bischof von Krakau zur Berufung des Reichstages auffordern. Wenn der Hof so den Ernst der Armee und der Republik sehen würde, würde er sich ohne Zweifel anders bedenken und die consilia des Krieges gegen Kf. fahren lassen.

Sowohl der Woiwode als auch Breza und Kricki machen große Reflexion auf den Kastellan von Posen und wünschen, daß er das Hauptwerk dirigieren möchte, dagegen mißtrauen sie dem Woiwoden von Kalisch. Er hat, nachdem er erst Kricki, den Starosten von Koschan und einige andere gesprochen und informiert hat, auch ihn auf seinen Gütern aufgesucht, aber ihn nicht getroffen. Da er der schlesischen Grenze so nahe war, hat er seine Rückreise über Glogau gemacht, dort den Landeshauptmann Grafen Herberstein besucht, demselben den Anschlag des Königs entdeckt und ihn ersucht, in Wien dahin zu wirken, daß der Kaiser sich nicht von Kf. trennen lasse. In Großpolen wird heftig geklagt, daß der kaiserliche Hof sich fast gar nicht um Polen kümmere.[1])

[1]) Chwalkowski berichtet aus Lublin am 18. Oktober 1678, er habe sich auf den Wunsch des kaiserlichen Residenten nach Wien begeben, um dort von der Absicht des Königs, auf dem bevorstehenden Reichstage sein absolutes Regiment zu begründen, Bericht zu erstatten und die Notwendigkeit, diesem Vorhaben beizeiten vorzubauen, vorzustellen. Er habe befunden, daß man dort dieses novum emergens

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Posen 30. Juni/[10. Juli] 1678.

[Bemühungen des Hofes, den Adel zu beruhigen. Gerede über die Freilassung Strauchs.]

Er ist vor vier Tagen hier angelangt und hat zwar den Adel in ziemlicher Frequenz vorgefunden, von den Senatoren aber sind noch wenige hier. Mit dem Woiwoden von Krakau hat er bereits etliche Male konferiert, derselbe aber will vor ihrer Ankunft zu keinem consilium schreiten. Wie er von dem Starosten von Kosczan vernimmt, hat der Hof auch bereits seine emissarios hier und sucht die Leute sicher zu machen. Kopien eines Schreibens Galecki's an den Woiwoden von Kalisch werden herumgetragen, in denen gemeldet wird, der König hätte sich mit dem Marquis de Béthune veruneinigt, so daß dieser nach Lemberg hätte zurückkehren müssen, der König hätte nicht nur Patente erteilt, die zusammengezogenen Völker zu dissipieren, sondern auch die nach Ungarn bereits übergegangenen Polen zurückgefordert, und er suche jetzt Freundschaft mit dem Kaiser. Diese ausgesprengte Freundschaft des Königs mit dem Kaiser macht den Adel so sicher und freudig, daß viele allen wider den Hof und die französische Faktion gefaßten Unwillen fahren lassen. Er hat genug zu tun, ihnen vorzustellen, daß dieses nur ein simuliertes Werk sei, um sie sicher zu machen, damit sie den fucum nicht merkten, bis sie in den Krieg bereits würden eingeflochten sein, daß Kf. die excuse, es seien französische und nicht polnische Völker, die in Preußen eingefallen, nicht gelten lassen, sondern daß er am nächsten und bequemsten Ort revanche suchen werde. Man redet dem Adel durch erkaufte Personen auch ein, daß der Kaiser, um Ruhe in Ungarn zu bekommen, sich in die preußische Angelegenheit nicht mischen werde, und man exaggeriert auch aufs höchste die Loslassung Strauchs.[1]) Daß diese jetzt auf das Ersuchen der Danziger Schuster und Schmiede und nicht auf die Gesandtschaft des Königs erfolgt sei, wird als eine Beleidigung gegen diesen ausgegeben, ja bei den Jesuiten und auch sonst in den Kirchen wird von den Kanzeln geschrieen, Kf. fovierte die Unruhe in Danzig und hätte ihn deswegen losgelassen. 10. Juli

und die daraus zu befürchtenden Folgen sehr beherzige und daher einen Extraordinargesandten auf den Reichstag zu schicken beabsichtige, aber dafür halte, daß der Adel auch ohne Zutun der Nachbaren diesem Nachteil selbst vorbeugen müsse und daß man, da der größte Teil der Senatoren darin mit dem König übereinstimme, kaum etwas dagegensetzen können und nur vergebens den König irritieren werde. Man gedenke daher, das Werk mit der größten Behutsamkeit zu traktieren, und es stehe so kaum ein Erfolg zu hoffen.

[1]) Auch der kaiserliche Resident Zieronski berichtet an Chwalkowski aus Lemberg 1. Juli 1678, Strauchs Freilassung (s. darüber Hirsch a. a. O. S. 239 ff.) errege bei Hofe großen Unwillen und Argwohn. Die Forderung an den Danziger Rat, sich zu verpflichten, falls Strauch exorbitiere, ihn wieder an Ort und Stelle zu liefern, zeige, daß man praetensiones an die Stadt machen wolle, oder aber Strauch müßte gut kurfürstlich geworden sein, den Pöbel mit dem Rat aussöhnen und die Stadt dem Kf. in die Hände spielen wollen, auch Béthune schüre diesen Argwohn.

Alles, was er dagegen vorstellt, verfängt zwar bei etlichen, bei den meisten aber prädominiert favor religionis. Er wird sich aber doch bemühen, durch die Wohlgesinnten, wenn deren nur mehr sich eingefunden haben, diese Skrupel zu benehmen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Königsberg 15. Juli 1678.[1])

[Konferenz mit dem Abgesandten Pacs. Umtriebe Akakia's in Kurland.]

15. Juli Der litauische G. Feldherr hat einen vertrauten Kavalier Dorohuwitz mit Kreditiven an den Statthalter und an ihn hergeschickt. Derselbe übergab bei der Konferenz ein Memorial folgenden Inhalts: Da die zu Oletzko versprochene Deklaration ausgeblieben und die Gefahr täglich zunehme, hätte sich der G. Feldherr zu dieser Schickung resolvieren müssen. Die Abdankung und Zahlungskommission sei zwar bis auf den 12. November verlegt worden und bis dahin bleibe die Armee unabgedankt, es müßte aber bis dahin Unterhalt geschafft werden, weil es nicht an solchen mangelte, welche sie zu debauchieren trachteten, um sich derselben zu ihrem Willen und Vorhaben zu bedienen. Abgeordnete der Armee seien zum König gereist, sie gedächten in drei Wochen wiederzukommen, gegen dieselbe Zeit müßte man wissen, woran man sei, da das Gegenteil nicht feire, den Ruin der guten Partei zu betreiben.

Akakia[2]) habe sehr inständig und heftig bei dem Herzog von Kurland wegen Gestattung des Durchzuges für die schwedischen Völker gehandelt und versprochen, mit dem ehesten einen königl. Konsens deswegen einzuschicken, solle auch seitdem dem jungen und dem alten Herzog geschrieben haben, daß er solchen bereits erhalten. Der Feldherr hat dagegen beide Herren zur Standhaftigkeit ermahnt und rät auch, Kf. möchte je eher, je lieber desgleichen tun. Die französische Faktion dringe in den König, aufs eheste nach Litauen zu gehen, dort die Abdankung der Armee zu befördern und dieselbe in schwedischen Dienst zu bringen, dies könne nur durch Beischaffung nötiger Mittel hintertrieben werden.

Der Abgeordnete verlangt den Landgrafen[3]) zu sprechen, welcher heute hier erwartet wird, vielleicht um abzumahnen, daß nicht alle Völker auf einmal abgeführt werden. Was für ein Expediens wegen der in Ragnit liegenden Gelder gefunden worden, wird der Statthalter berichten.[4])

---

[1]) Zum großen Teil in Ziffern.

[2]) S. oben S. 191.

[3]) Landgraf Friedrich von Hessen-Homburg, Befehlshaber der von dem Kf. nach Preußen geschickten Truppen, welcher aber jetzt Befehl erhalten hatte, mit dem größten Teil derselben wieder von dort fortzuziehen. S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 37.

[4]) v. Hov. mahnt am 26. Juli wieder, Pac schleunigst wenigstens 10000 Rtlr. zu schicken, man drohe demselben mit Abnahme der Mohilewschen Ökonomie, trotzdem versichere er, standhaft bleiben zu wollen, aber er müsse Zuschub haben.

Johann Henrich Berrenhauer an den Kurfürsten. D. Neidenburg 16. Juli 1678.

[Günstige Anerbietungen Krasinski's.]

Auf den ihm durch den Geh. Rat v. Blumenthal mitgeteilten Befehl hat 16. Juli
er sich nach seiner Ankunft in Preußen nach Plocko zu dem Generalwoiwoden des Herzogtums Mazau, Grafen Krasinski,[1]) welcher mit der Tochter des preußischen Hofmarschalls v. d. Goltz vermählt ist, begeben und hat ihm des Kf. Meinung wegen Entfernung der Bethunischen Regimenter aus den preußischen Grenzen mitgeteilt, wozu sich zwar der K. Referendar Krasinski[2]) anerboten, der aber nur durch diesen seinen Vetter, dem der Adel des ganzen Herzogtums folgen muß, es ausführen kann. Derselbe hat in seinem Beisein die Kastellane, Landkammerherren des Herzogtums und diejenigen officiales, welche der teutschen Partei wohl beigetan sind, auf den 20. zu einer Beratung berufen, auch an den Reichsfeldherrn Fürsten Demetrius Wieszneviecki geschrieben, ihm Béthune's Prozedur entdeckt und ihm vorgestellt, daß, da der Frieden mit den Türken zweifelhaft sei, die Republik die Völker nötig haben würde und er also Universalien ergehen lassen möchte, damit die Führer den Adel zusammenziehen und solche, einer fremden Nation zu gut geworbenen Völker gefänglich einziehen möchten, sonst werde er, als der nächste Woiwode an der preußischen Grenze, es tun müssen.

Er bittet Kf., an den Woiwoden zu schreiben,[3]) ihm für seine Bereitwilligkeit zu danken und ihm das versprochene Rekompens zukommen zu lassen. Kf. wird wohltun, ihn zu karessieren, denn er hat zehn Kastellane, zehn Landkammerherren und eben soviel Starosten unter seinem Kommando, und auf dem Reichstage hängen 20 Landboten von ihm ab.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 22. Juli/[1. August] 1678.

[Mitteilungen Grzymultowski's und Breza's über die Absichten des Hofes. Verabredung mit den Anhängern in Großpolen. Geheimer Auftrag des Abtes von Blesen infolge eines Schreibens Niemyricz's an den König.]

Der Kastellan von Posen hat ihn versichert, der Hof habe consilia mutiert, 1. Aug.
es werde zu keiner Ruptur mit Kf. kommen, er werde, da er die pacta beschworen, solches auch nicht zugeben. Breza, dem er dieses mitgeteilt, meint,

---

[1]) Albrecht Krasinski.

[2]) Johann Krasinski.

[3]) Ein solches Dankschreiben an denselben richtet Kf. d. Wolgast 27. August/[6. September] 1678.

darin sei ihm wohl zu glauben, auch er hätte von einem Konfidenten in des Königs Kammer Nachricht, daß der König, nachdem er gesehen, daß die Feldherrn sich seiner Intention widersetzt und daß er sich bei dem Adel, besonders in Großpolen, in großen Haß und Gefahr stürzen würde, dem französischen Gesandten erklärt habe, er hätte alle zu seiner Intention dienenden Mittel angewandt, hätte aber nicht durchdringen können; um Schweden einigermaßen zu helfen, wollte er geschehen lassen, daß die in Preußen stehenden Truppen eingeschifft und nach Schonen oder Pommern geführt würden. Bolieu habe heimlich Ordre erhalten, dieses auszuführen, die Soldaten aber hätten davon Wind bekommen und liefen häufig weg, auch er (Breza) habe unterwegs verschiedene solche, Offiziere und Gemeine, getroffen. Der französische Gesandte sei sehr unzufrieden damit. Der König scheine jetzt Freundschaft mit dem Hause Österreich zu suchen, um dadurch seinen Prinzen zur Sukzession zu bringen.[1]) Nach erfolgtem Frieden in Deutschland werde er sich auch wohl mit Kf. in ein besseres Vernehmen zu setzen suchen, vorläufig sei er noch zu sehr mit Frankreich und Schweden engagiert, er hoffe auch zuvor von Kf. eine Summe Geldes oder die Verschreibung auf Elbing herauszubekommen. Kf. aber möchte sich wohl vorsehen und sich die Nachbarschaft des Prinzen, welchen der König dort zu stabilieren suche, verdächtig sein lassen.

Er hat daher Anlaß genommen, verschiedenen von den vornehmsten aus dem Adel vorzustellen, wie nachteilig für die polnische Freiheit es sei, daß dem König den Reichskonstitutionen zuwider gestattet würde, soviel eigene Güter und feste Plätze, besonders in Preußen, zu kaufen[2]) und erblich zu besitzen. Bei einer darüber bei dem Woiwoden von Krakau abgehaltenenen Beratung ist auf seinen Vorschlag beschlossen worden, die Sache auf dem Seymik zu Schroda vorzubringen und deswegen die Landboten zu instruieren. Der Woiwode von Krakau erbot sich auch, an den Bischof von Krakau deswegen zu schreiben, der werde hoffentlich daraus Gelegenheit nehmen, diese Materie auf den Seymiken in Kleinpolen vorzubringen, dann werde der Haß des Hofes nicht bloß auf die Großpolen fallen und dennoch die alten Konstitutionen reassumiert werden können.

[1]) Chwalkowski berichtet aus Warschau 7. Juni 1678: „Daß I. K. M. die Substitution Ihres Sohnes werkstellig zu machen gedenken, ist nunmehr außer allen Zweifel zu setzen und hat sich dieser Tage einer der Vornehmsten von der französischen Faktion verlauten lassen, welchergestalt I. K. M. eben aus diesem Absehen dem Hause Oesterreich liebkosete, umb in diesem Ihrem Vorhaben von selbiger Seite nicht verhindert zu werden, denn Sr. Chf. D. wären Sie deßhalb schon versichert. Selbiger ist auch der Gedanken, man würde wohl gar eine Heirat zwischen I. K. M. Sohn und der kaiserlichen Prinzessin vorschlagen."

[2]) Chwalkowski hatte am 4. Mai 1678 berichtet, der König kaufe jetzt die schönen Firleischen Güter, darunter auch die zwischen Lublin und Sendomir gelegene Festung Czemerniki, so daß er jetzt drei Festungen mit ihrer Besatzung habe, in Preußen Putzig, in meditullio regni Czemerniki und auf den reußischen Grenzen Zloczow man könne also seine Intention leicht absehen.

Auf die Kunde, daß auch der nominierte Bischof von Posen und Abt von Blesen[1]) angekommen sei, hat er denselben, um ihn zu sondieren, besucht und ihm mitgeteilt, daß die für ihn bestimmte Chaise bereit stände. Darüber zeigte er sich sehr erfreut und er wurde so offenherzig, daß er ihm in Konfidenz eröffnete, was für eine Kommission ihm der König an Kf. aufgetragen habe. Er zeigte ihm ein eigenhändiges Schreiben desselben, in welchem ihm der König mitteilte, er habe ein Schreiben des Generals Niemeritz[2]) aus Berlin erhalten, in welchem ihn dieser im Auftrage des Kf. vor Verrätern gewarnt habe, es wären Malkontenten, welche nicht allein Unruhen in der Krone anzurichten suchten, sondern ihm nach dem Leben trachteteten und zu dem Ende Protektion in des Kf. Landen suchten, was man ihnen aber abgeschlagen habe. Der König zweifle aber, ob dieses wirklich so sei oder ob nicht Niemeritz, der mit dem brandenburgischen Hofe nicht mehr zufrieden sein sollte, sich durch dergleichen Schreiben und Enthüllungen bei ihm wieder zu insinuieren suche. Er hätte ihn daher beauftragt, die Sache mit Galecki zu überlegen, Niemeritz zu sich zu fordern und zu examinieren, und falls derselbe beständig bliebe und in seinen Reden nicht variierte, sich zu dem Kf. zu begeben und hinter den Grund zu kommen zu suchen. Er sollte nach Beschaffenheit der Sache dem Kf. zu verstehen geben, daß der König in keine vertraute Freundschaft sich mit ihm einlassen könnte, wenn er ihm nicht die Namen der Betreffenden mitteilte.

Er hat sich bemüht, um zuvor dem Kf. Nachricht hiervon geben zu können, den Abt zu persuadieren, seine Reise aufzuschieben und sich erst von allem recht zu informieren, dem Ansehen nach will er das auch tun. Der Woiwode von Krakau, auch sein eigener Bruder, der Kastellan von Posen, noch weniger Breza und Kricki hatten Kunde davon, daß er eine solche Kommission bekommen, und rieten, Kf. möchte die Zusammenkunft mit dem Bischof zu deklinieren suchen, denn der Hof würde dadurch nur bei dem Adel Argwohn erregen, daß Kf. mit dem Könige gut stände und sie wegen der Völker in Preußen und anderer heimlicher Vornahmen des Königs nichts mehr zu besorgen hätten, der Bischof sei ganz unzuverlässig, und welche Antwort Kf. ihm auch erteilen würde, der Hof würde sie zu seinem Vorteil zu gebrauchen wissen und die Sache auf dem Seymik zu Schroda durch den Bischof so darstellen lassen, daß die, welche bisher die Partei des Kaisers und des Kf. gehalten, bei der Republik in Verdacht gebracht und die Gemüter scheu gemacht und von Kf. alieniert würden. Kf. möchte daher den Bischof wissen lassen, daß er ihn jetzt im Lager nicht empfangen könnte, sondern es bis nach Beendigung der Kampagne verschieben müßte.

Er hat gestern nach seiner Zurückkunft dem Bischof die Chaise nach Blesen geschickt und ihm geschrieben, Kf. wäre schon vor drei Wochen aufgebrochen, stände im Lager unter Greifswald und dort herrschten allerhand Krankheiten.[3])

---

[1]) Johann Opalinski s. oben S. 133.

[2]) Stephan Niemyricz, U. Kämmerer von Kiew.

[3]) Kf. antwortet (d. Wolgast 26. Juli/5. August 1678), Sc. möchte den Bischof von der Reise zu ihm abzubringen suchen. Dieser hat dieselbe auch wirklich unterlassen. Nachdem er und Galecki mit Niemyricz zusammengekommen waren,

P. S. Er hat aus den Reden des Bischofs und auch des Kastellans von Posen ersehen, daß Niemritz seine Beförderung am polnischen Hofe nicht finden wird, teils wegen der Krankheit des Königs, teils auch weil die meisten Favoriten am Hofe ihm zuwider sind.

Instructio, qua ad R. S. Majestatem Poloniae S. Serenitas Electoralis illustrissimum d. comitem de Niemris dimittit. D. Wolgast 3./13. August 1678.[1])

[Die dem Kf. zugegangenen Mitteilungen über dem König bereitete Nachstellungen. Freundschaftliche Gesinnung des Kf. gegen den König, Rechtfertigung der von ihm getanenen Schritte.]

13. Aug. Da der König zu wissen wünscht, wer diejenigen seien, welche, wie Kf. ihm durch Niemricz hat anzeigen lassen, ihm Nachstellungen bereiten,[2]) so soll er demselben mitteilen, er kenne sie nicht, er wolle ihm aber alles, was er über die Sache wisse, bekannt machen. Vor einigen Monaten sei ihm ein Brief ohne Datum und Unterschrift zugekommen, des Inhalts, der König sei auf Antrieb der französischen und schwedischen Minister ihm feindlich gesinnt und suche nur eine Gelegenheit, um seine Lande, besonders Preußen, anzugreifen, ferner habe derselbe vieles gegen die Freiheit und Ruhe der Republik vor. Um dieses zu verhindern, solle es ihm nicht an der Hilfe treuer Menschen fehlen, wenn er dieselben nur nachher in seinen Schutz nehmen wolle. Dieses Schreiben wäre dem Kf. verdächtig vorgekommen und er hätte es nicht weiter beachtet, etwa einen Monat später aber hätte er ein zweites ziemlich desselben Inhalts erhalten, nun, nachdem er so den bösen Willen einiger gegen den König erkannt, hätte er es für seine Pflicht gehalten, demselben davon Anzeige zu machen, da aber aus jenen Briefen die beabsichtigte Tat und die Urheber nicht zu ersehen gewesen wären, hätte er nicht selbst schreiben, sondern durch Niemricz ihm davon Mitteilung machen wollen. Er hätte damit nur beabsichtigt, seine Pflicht gegen einen ihm befreundeten Fürsten zu erfüllen, und er hoffe, daß auch der König dieses so deuten werde. Er sehe mit Schmerz, daß der König sich über ihn beklage, daß er von ihm verschiedenes Unrecht erlitten habe. Er wisse

---

schickten sie diesen allein zu Kf. zurück. Beide schreiben (d. Blodzoviae 26. Juli 1678) diesem, sie hätten alle ihre Aufträge Niemyricz mitgeteilt, sie würden dort an der Grenze warten, um durch ihn Bescheid zu erhalten.

[1]) S. über diese Gesandtschaft Niemyricz's Pufendorf l. XVI, § 67 (S. 1239). Das Kreditiv für N. ist Wolgast 4./14. August 1678 ausgestellt.

[2]) Über diese Verschwörung gegen den König s. Béthune's Relationen vom 24. Juli, 2. und 10. August und 31. Oktober 1678 (Acta hist. V, S. 108ff., 153ff.).

wohl, daß dieses von seinen Feinden herkomme, versichere, daß er den König immer vor und nach seiner Wahl hochgeschätzt, gewünscht habe, mit ihm treue Freundschaft zu unterhalten, und nie beabsichtigt habe, ihm zu schaden oder gar ihn zu beleidigen. Bei der Königswahl hätte es bei ihm gestanden, die neuburgische und lothringische Partei zu einigen und so die Wahl des Königs zu verhindern oder zu erschweren, daran hätte er aber auch nicht gedacht, vielmehr die Nachricht von seiner Wahl mit der größten Freude aufgenommen. Es werde ihm vorgeworfen, daß er die Abmahnungsschreiben[1]) des Königs von Dänemark und der Generalstaaten an den König veranlaßt habe und durch seine Emissäre die Großen und den Adel in Polen für sich zu gewinnen suche. Dazu aber sei er durch die Machinationen seiner Feinde, welche sich bemüht haben, ihn mit dem Könige in Krieg zu verwickeln, und die Gunst, welche dieselben am königlichen Hofe gefunden haben, genötigt worden. Aus den aufgefangenen Briefen Feuquière's[2]) gehe hervor, daß dieselben auch jetzt beabsichtigen, von Schweden und Liefland aus Preußen anzugreifen. Er aber habe nur daran gedacht, das Bündnis mit dem Könige und der Republik zu erhalten, habe alle Mittel, sich zu rächen und schützen, die sich ihm darboten, verschmäht und nur solche angewendet, welche den deutlichsten Beweis seiner aufrichtigen Freundschaft gegen den König und die Republik liefern, er habe die Verwendung seiner Bundesgenossen und seiner Freunde in Polen in Anspruch genommen. Ebenso stehe es mit dem, was über die Freilassung Strauchs verbreitet wird.[3]) Schon in seiner dem königlichen Gesandten erteilten Antwort[4]) habe er versprochen, nach der Einnahme von Stettin und wenn zum Frieden Aussicht sei, denselben freizulassen und er habe jetzt, um dem König gefällig zu sein, noch vor der vorher bestimmten Zeit dieses Versprechen erfüllt. Er wünsche nichts mehr, als mit dem Könige in Freundschaft zu bleiben, und vertraue der Treue und Geschicklichkeit Nimrycz's, daß dieser demselben die nötigen Mitteilungen und Vorstellungen machen werde.[5])

---

[1]) S. oben S. 89, 117.

[2]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 27.

[3]) S. oben S. 197.

[4]) S. oben S. 174.

[5]) Kf. teilt (d. Wolgast 8./18. August 1678) N. die ihm von dem kaiserlichen Residenten Zieronski zugegangene Nachricht mit, der litauische Marschall Polubinski habe dem König angezeigt, daß der G. Feldherr Pac mit dem Kaiser, dem Kf. und dem Herzog von Kurland eine Offensivallianz gegen den König und dessen ganzes Haus gestiftet habe, daß der König sich zwar nichts merken lasse, aber auf alle Schritte Pac's genaue Achtung gebe. Er beauftragt ihn, bei dem König solche „Getichte" abzulehnen und ihn zu ersuchen, denselben keinen Glauben zu schenken. Am 23. August/2. September teilt er ihm mit, was Scultetus von seinem Konfidenten, dem Baron Wolf, gemeldet worden, ein französischer Kavalier Ruvigny sei in Preußen angelangt, habe die dort stehenden Truppen gemustert und sich beschwert, daß dieselben, obwohl von seinem König 6000 Mann bezahlt würden, nicht stärker als 3000 seien. Auch ein schwedischer Offizier sei dort angekommen und habe sich

St. Niemyricz. Relation de ma negotiation present en Pologne (s. l. et d.).

[Seine Verhandlungen mit dem König, der Königin und mit Jablonowski. Stimmung in Klein- und Großpolen. Abwendung der Königin von Frankreich. Die beiden polnischen Feldherren. Anscheinend günstiger Erfolg beim Könige.]

Nov. 1678 Auf seine Ansprache antwortete der König, welcher sich mit ihm ganz allein in seinem Kabinett befand, nachdem er seine Instruktion ganz durchgelesen hatte, er hoffe nicht, daß Kf. Grund hätte sich über ihn zu beklagen. Er sei sehr erstaunt, daß die Mäßigung, die er gezeigt, um sich seinen anderen Freunden nicht ganz verhaßt zu machen, so mißdeutet werde, daß Kf. sogar seinen guten Ruf durch Klagen bei anderen Fürsten verletze. Wenn er die Interessen eines Freundes mehr als die des anderen hätte befördern wollen, so würde es ihm nicht an Mitteln dazu gefehlt haben, que V. Ser. El. a plus grande raison d'estre contente de la realité des affaires que les autres des marques et grimaces superficieles. Nachdem Kf. ihm jetzt durch seine Mitteilungen wahre Zeichen aufrichtiger Freundschaft gegeben habe, wolle er seine guten Absichten gegen ihn verdoppeln, Kf. werde dadurch zufriedengestellt werden non obstante la methode que S. Maj. jugera juste de se servir envers ses autres amis aussi pour ne les desobliger point. Er bat schließlich, Kf. möchte genau nachforschen lassen, von wo jene anonymen Briefe hergekommen seien, und ihm Nachricht davon geben, worauf er erwidert hat, das wäre nicht mehr nötig, da ja der König durch andere Briefe, welche er hätte auffangen lassen, schon Kunde von der ganzen Sache hätte.

Nachher hat er auch bei der Königin Audienz gehabt und derselben namens des Kf. und der Kurfürstin ein Kompliment gemacht. Als dieselbe in dem mit ihm geführten Gespräch auch der Interessen ihrer Nachkommenschaft erwähnte, hat er erwidert, über diesen Punkt hätte er seitens des Kf. keine Kommission, sie aber seinerseits versichert, daß in dieser Rücksicht für sie und ihr Haus eine aufrichtige Freundschaft mit Kf. und dessen Hause notwendiger sei als mit allen anderen Nachbaren, da sie von diesen auf keine sichere Unterstützung rechnen könnte, weil alle die Nachfolge auf dem Thron für sich selbst oder für noch nähere Verbündeten suchten, während Kf., da er und sein Haus nicht katholisch wären, keinen Anspruch und keine Hoffnung darauf hätten und nur sich bemühten, ihrer Sicherheit halber ihre Freundschaft zu erhalten. Die Königin hat ihm dafür gedankt, daß er ihrem Hause so wohlgesinnt sei, und ihn dann nach der Prinzessin Radziwill[1]) und mit wem Kf. sie vermählen

an den polnischen Hof begeben, um nachzusuchen, daß ihm diese Truppen gänzlich übergeben würden, damit er mit ihnen gegen Kf. agieren könnte. Auch sollten einige Bethunische Offiziere sich haben verlauten lassen, daß sie nun, nachdem die brandenburgischen Regimenter Preußen verlassen hätten, bald hineinzukommen gedächten. S. über das letztere Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 37.

[1]) S. oben S. 69 f., 193.

wolle, gefragt. Er hat erwidert, es wären viele Bewerber, unter anderen der Fürst von Klecke, Kf. aber überließe die Wahl der Prinzessin selbst, für den Kurprinzen sei es eine zu geringe Partie, worauf sie nicht weiter antwortete.

Als dann die Nachricht vom Marsch der Schweden von Liefland nach Preußen hier ankam, hat er mit dem König davon gesprochen und von ihm namens des Kf. verlangt, er sollte remedier à cet inconvenient. Dessen Antwort hat er 7. Oktober von Zolkiew aus dem Kf. gemeldet[1]) und ihm auch den auf den schwedischen Marsch bezüglichen Brief des G. Feldherrn Paz an den König zugeschickt. Obwohl er nicht an der guten Absicht des Königs zweifelt, hat er sich doch der Sicherheit halber nach Lemberg begeben, um dort mit den beiden polnischen Feldherrn darüber zu konferieren, er hat aber nur den U. Feldherrn Jablonowski dort vorgefunden, welcher versicherte, daß er es für das größte Unglück für Polen hielte, wenn den Schweden freier Durchzug nach Preußen gestattet würde, und daß er sich dem auf das äußerste widersetzen würde. Da der G. Feldherr nicht so bald dort zu erwarten war, hat er ihm das Schreiben des Kf. durch einen seiner Vertrauten zugeschickt.

Er hat sich darauf in Jaworow von dem Hofe verabschiedet.[2]) Beide Majestäten beauftragten ihn, Kf. ihrer Zuneigung zu versichern, und dankten für die dem Marquis d'Arquien[3]) erwiesenen Ehren und Höflichkeiten.

Auf seiner Reise durch Kleinpolen hat er viele Vornehme und den größten Teil des Adels dem Kf. wohlgesinnt gefunden, besonders die Reformierten, welche in ihrer Bedrängnis Kf. bitten, sich ihrer anzunehmen. Auch in Großpolen hat er viele Verehrer des Kf. gefunden, er hat dort, wie in Kleinpolen, viele Streitigkeiten geschlichtet und dabei auch immer das Interesse des Kf. gefördert.

5./15. November in Neuendorf angekommen, hat er sich gewundert, dort keine Antwort des Kf. auf seine Schreiben an denselben und an Fuchs zu finden, er bittet um Ordre, wo er demselben Bericht erstatten soll. Dort hat er auch ein Schreiben des G. Feldherrn Wisniowiecki zusammen mit einem solchen an Kf. erhalten.

Die Königin von Polen tat so, als wenn sie in ihrem Eifer für Frankreich nachließe,[4]) weil sie nicht das erhielte, was sie für ihre Familie begehre. Sie erklärte offen, sie wollte die kaiserliche Partei ergreifen, und zeigte großen Haß gegen den Marquis de Béthune.

Der G. Feldherr Wisniowiecki besitzt großes Ansehen im ganzen Lande, auch beim König. Er ist weder gut österreichisch noch gut französisch, beide Parteien klagen über ihn. Der U. Feldherr Jablonowski ist allgemein beliebt, Offiziere, Günstlinge des Hofes, Adlige, Soldaten, alle haben ihm gesagt, im Fall

---

[1]) Dieser Bericht befindet sich nicht in den Akten.

[2]) Das Rekreditiv König Johanns für ihn ist Jaworow 13. Oktober 1678 ausgestellt.

[3]) Der Vater der Königin, der damals nach Polen gekommen war. S. das Tagebuch v. Buchs, herausgegeben von Hirsch, II, S. 105f.

[4]) S. Béthune's Berichte vom 27. August und 31. Oktober 1678 (Acta hist. V, S. 125, 155f.).

der Thron erledigt werden sollte, werde es keine Schwierigkeit haben, ihn zum König zu wählen.

Er hat sich besonders bemüht, dem König von Polen auseinanderzusetzen, daß die Einigung seiner Interessen mit denen des Kf. für die Erhaltung seines Zepters, den Frieden und die Ruhe des Reiches und für die Sukzession seiner Nachkommen die vorteilhafteste sei. Er glaubt, damit Erfolg gehabt zu haben, doch müßte dem König durch Hoverbeck bemerkt werden, daß der Einfall der schwedischen Truppen nicht zusammenstimme mit dem Kompliment, welches er dem Kf. in seinem Briefe macht, um zu sehen, was er darauf antworten wird.

Der Kurfürst an den König von Polen. D. ex castris prope Stralesundiam 3./13. Oktober 1678. (Conc. v. Gladebeck.)

[Bitte, den Einfall der Schweden in Preußen abzuwehren, Ankündigung, daß er sonst zur Verteidigung des Landes herbeieilen werde. Bitte um Durchzug für seine vorausgeschickten Truppen.]

13. Okt. Relatum[1]) Nobis, missos ad Ducem Curlandiae a Gubernatore Suecico in Livonia Deputatos, qui transitum militarem per Curlandiam in Prussiam nostram Ducalem sollicitarent, nec dubium amplius, copias istas Suecicas, quae in Livonia hactenus substiterunt, invasionem in Prussiam tentaturas. Quae cum ita sint, non possumus quin R. M. Vestram officiose requiramus, ut pro ea qua pollet auctoritate hostilia haec destinata evertere ac Prussiae securitatem, cum qua inclytae Reipublicae securitas coniuncta, regia ope ac auxilio stabilire sustineat. Praestabit eo rem non tantum aeterno, quod Nos inter est, foederi congruam sed et inclytae Reipublicae salutarem, imo qua absque nec pax nec tranquillitas in optima Republica servari poterit. Nam si Sueci invasionem istam in Prussiam minis toties jactatam re ipsa tandem efficere laborent, decretum Nobis, cum Deo auxiliante post Konigsmarckium fusum fugatumque et intra moenia urbis Stralsundensis inclusum hic fere debellatum sit, cum exercitu nostro ad defensionem nostrorum in Prussiam properare, vim vi repellere et quicquid licita Nobis vindicta ac belli jus suadebunt, perficere. Quam in rem etiam partem copiarum nostrarum Vistulam versus praemisimus, ut necessitate urgente Nostris cito adesse possint, a R. M. Vestra officiose contendentes, ut innoxium illis transitum

[1]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 39.

et ex pactorum et ex vicinitatis legibus concedere illis sustineat. Sed adhuc spes certa nos habet fore, ut R. M. Vestra minaces has e Livonia procellas regia sua discutiat auctoritate, namque nos certo scimus, Suecos prohibente R. M. Vestra nihil quicquam turbaturos. —

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Wrangelsburg 27. Oktober/[6. November] 1678.

[Befehl, sich zum König von Polen zu begeben und ihn zu überreden, den Angriff der Schweden gegen Preußen zu verhindern. Anerbieten, die Nachfolge seines Sohnes auf den Thron zu befördern. Sendung des Scultetus nach Großpolen.]

Da bei jetziger Zeit und bei kontinuierendem Gerücht vom Anmarsch der lieflländischen Truppen nach Preußen die Anwesenheit eines seiner Minister am polnischen Hofe erforderlich ist, so soll H. sich dorthin begeben. Ihn mit einer besonderen Instruktion zu versehen, erscheint nicht nötig, da ihm die Angelegenheiten des Kf. zur Genüge bekannt sind. Die vornehmste Aufgabe seiner Negotiation ist, den König dahin zu persuadieren, daß er den Marsch der liefländischen Truppen nach Preußen verhindere und sich des Werks mit Nachdruck annehme, besonders auch verhüte, daß die Truppen, welche bei Danzig gestanden, zu den liefländischen stoßen. Ein besonderes Argument dazu geben die unbesonnenen Reden,[1]) welche der schwedische Gesandte Oxenstiern in Nimwegen öffentlich zu dem Bischof von Gurk und Beverning geführt hat, daß nämlich die liefländische Armee nicht als eine schwedische, sondern als des Königs von Polen Armee nach Preußen kommen werde, daß der König von Polen sich absolut und das Reich erblich zu machen suche und, um dieses zu erreichen, sein vornehmstes Absehen auf Preußen gerichtet habe, wie aus den beikommenden Berichten Blaspeils und Meinders' zu ersehen ist. Er soll dem König im Vertrauen davon Mitteilung machen, ihm versichern, daß Kf. mit ihm in gutem Vernehmen zu stehen wünsche, und daß dieses an ihm allein hafte, falls er nämlich das prästiere, wozu ihn die pacta Bidgostiensia sowie sein und der Republik Interesse ohnedem verpflichten, nämlich die liefländischen Truppen von Preußen fern zu halten und zu verhüten, daß die bei Danzig stehenden etwas gegen ihn vornähmen. 6. Nov.

Ihr[2]) könnet dabei nebst Vorstellunge anderer Advantagen, so I. May. von unser Freundschaft zu gewarten hätten, unter der Hand anzeigen, daß wir nicht ungeneigt sein würden zur Dankbarkeit alle mögliche

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 663.

[2]) Das Folgende in Ziffern.

Beforderunge zu thuen, daß I. K. May. ältester Prinz hiernächst zur Krone käme. Jedoch geben wir diesen Punkt lediglich Euer beiwohnenden Prudenz anheimb, damit er nicht eher auf die Bahne gebracht werde, als wann Ihr sehet, daß man es gut und aufrichtig mit uns meinet, und zwar mit solcher Behutsamkeit, daß solches nicht bei der Republik eclatire und bei derselben wider uns Unwillen verursache. —

7. Nov. P. S. 28. Oktober/[7. November] 1678. Er soll sich je eher je lieber auf die Reise machen. Scultetus ist angewiesen, sich auf das concilium postcomitiale nach Posen zu begeben und dort alles mündlich abzulegen. Sollte er für dienlich erachten, daß derselbe auch dort von den Reden Oxenstierns Mitteilung mache, so soll er ihn deswegen instruieren.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Königsberg 15. November 1678.

[Auf das Reskript vom 27. Oktober. Seine Reise nach Polen. Das Anerbieten des Kf. an den König.]

15. Nov. Da er mit der Post hieher gekommen ist, um die Konferenz mit dem Deputierten des litauischen G. Feldherrn nicht zu versäumen, und jetzt hier kein Fuhrwerk auftreiben kann, so wird er, falls ihm nicht der Statthalter zu einer Chaise verhelfen kann, seine Reise zum König über Hohenstein machen müssen.[1])

Das Anerbieten des Kf. an den König ist wohl so beschaffen, daß es die französischen Machinationen kräftig hintertreiben könnte, aber es muß damit sehr behutsam verfahren werden, weil verschiedene von den Vornehmsten für sich selbst ihr Absehen auf die Krone haben. Er hat schon früher dem Könige und der Königin zu verstehen gegeben, daß Kf., wenn der König das Interesse des Kurprinzen embrassieren wollte, dagegen die Vormundschaft der königlichen Prinzen zu übernehmen geneigt sei, was nicht übel gefallen hat. Jetzt könnte er wohl zu verstehen geben, daß, falls man sich der französischen und schwedischen Interessen entschlagen oder nur unparteiisch erzeigen wollte, die sämtlichen Alliierten die Interessen des Königs mit Ernst ergreifen wollten.

Das beste ist, daß Kf. durch seine Heldentaten allen Negotiationen, welche der Hof zu eludieren sucht, einen mächtigen Nachdruck gibt. Es wird vornehmlich darauf ankommen, daß Kf. den Secours aufs schleunigste fortmarschieren läßt.

[1]) H. hat doch die Reise von Königsberg aus angetreten, seine Abreise aber wurde durch Krankheit einige Tage verzögert. Am 28. November schreibt er von Rhein aus an Kf. und rät, wenigstens noch vor Beginn des Reichstages dem G. Feldherrn Pac die eingewechselten Dukaten einhändigen zu lassen, um sich der Partei desselben um so mehr zu versichern, wenn es auf dem Reichstage zum Losdrücken kommen sollte. Er wünscht auch, daß Scultetus auf den Reichstag komme, aber nicht mit leeren Händen.

Der Kurfürst an den König von Polen. D. Gryphiswaldiae 8./18. November 1678. (Conc. v. Gladebeck.)

[Erneute Aufforderung, den Einfall der Schweden in Preußen zu verhüten.]

Anzeige der Eroberung von Rügen, Stralsund und Greifswald. 18. Nov.

Ceterum cum undique afferatur, Suecicas istas copias, quae in Livonia huc usque haeserunt, iter suum per Curlandiae ac Samogitiae fines versus Prussiam continuare, ut irruptionem ibi moliantur seque copiis istis, quae hactenus sub Reg.ae Maj.tis V.ae auspiciis circa Gedanum stativa habuerunt, jungant, non possumus, quin iterum iterumque a Reg.a Maj.te V.a officiose et ex foederis aeterni, vicinitatis ac amicitiae legibus contendamus, ut infaustis hisce Suecorum molitionibus non tam in nostram quam inclytae Reipublicae perniciem tendentibus opponere sese eosque transitu per Reipublicae fines in terras nostras prohibere sustineat, id quod Reg.ae Maj.ti V.ae adeo factu facile est, ut si id velle saltem serio significet, Sueci ne pedem quidem ultra sint prolaturi. Equidem quae sint hac de re universi terrarum orbis judicia non vereremur Reg.ae Maj.ti V.ae exponere, nisi Eidem per innatam et usu rerum confirmatam prudentiam satis superque cognita essent. Nec vires nobis post Pomeraniam debellatam Suecosque e tota Germania eliminatos desunt, quas irruenti opponamus hosti, sed cum id sine Reipublicae incommodo fieri nequeat, inprimis si in Prussia res turbarentur, optaremus sane, ut Reg.a Maj.te V.a annitente et saltem id, quod sacra foederum jura praescribunt, praestante, turbae istae a Prussiae finibus arcerentur omniaque ibi tranquilla ac pacata, ut hactenus, ita et in posterum manerent. Quod si nihilominus Sueci in Prussiam irrumpere pergant, testatum hisce volumus, culpam omnis damni inde emergentis non nobis, qui inviti sane ac lacessiti in illam arenam descendimus, sed illis ipsis turbarum authoribus imputandam esse. —

Michael Pac, litauischer G. Feldherr, an den Kurfürsten. D. ex castris nostris versus Gordony 27. November 1678.

[Seine vergeblichen Bemühungen, den Einfall der Schweden abzuwenden, seine Maßregeln gegen dieselben. Rat, Kf. möchte persönlich nach Preußen kommen. Zusendung aufgefangener Briefe Horns.]

Schon vergangenen Winter sollte das schwedische Dessein zur Ausführung 27. Nov. gebracht werden, damals aber ist es durch zureichende Mittel vereitelt worden.[1])

[1]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 31.

Auch dieses Mal hat er,[1]) um es abzuwenden, nichts unversucht gelassen, er hat den Herzog von Kurland ermahnt, sich zu widersetzen, den Adel in Samaiten und den benachbarten Distrikten erinnert, sich in Bereitschaft zu halten, auch an den König sich deswegen mehrmals gewendet, der ihm aber zur Antwort geschrieben, hierunter sei keine Gefahr zu besorgen. Auch seine Schreiben und Abschickungen an Horn hatten nur den Zweck, dieses Ungewitter abzuwenden, dazu hat er auch seine Armee sich jener Gegend nähern und den Feind beständig zwacken und ihm den Kauf von Lebensmitteln verwehren lassen. Seine gute Absicht ist aber durch viele Hinderungen gestört worden. Der Herzog von Kurland hat der schwedischen Armee den Durchzug gestattet und Proviant gegeben, der samaitische Adel findet sich in geringer Zahl ein, ebenso der aus den benachbarten Gegenden, seine eigene Armee ist nicht stark, da auf des Königs Befehl ein Teil derselben in Podolien wider die tatarischen Einfälle hat zurückbleiben müssen. Es ist auch sehr wenig vorteilhaft, daß Oberst Hohendorf seinen Rat, 1000—2000 Reiter diesseit der Memel zu schicken, nicht befolgt hat, seine Absicht war nämlich gewesen, daß unter dem Vorwand des preußischen Heeres seine Soldaten ihre gewohnte Geschicklichkeit zeigen sollten. So hat der Feind sich auf seine Macht verlassen und ist über seine Grenzen und in des Kf. Lande gegangen, doch hat er[2]) von seiner Armee Ungemach genug erlitten, indem er alle Augenblick überfallen, ihm der Proviant weggenommen, seine Soldaten erschlagen und gefangen werden, viele fliehen vor Hunger auch zu ihm.

Er hofft, daß auch hier die gerechte Sache des Kf. siegen wird. Eine gute starke Armee vermag zwar viel, aber die Gegenwart des Fürsten vermag am allermeisten. Er hört, daß in Preußen schon viele verzweifeln, und daß die Schweden triumphieren, daher wünscht er, daß Kf. möglichst bald nach Preußen kommen möge.

Er teilt aufgefangene Briefe[3]) mit, bittet vorläufig um Geheimhaltung.

---

[1]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 42.

[2]) S. ebendaselbst S. 53.

[3]) Es sind dieses zwei Schreiben des schwedischen Feldmarschalls Horn an den König von Polen und an den Marquis de Béthune, beide aus dem Lager bei Proekuls vom 22. (?) und 16. (?) November 1678 datiert. In dem ersten erklärt er, da er auf seine schriftliche Anfrage wegen des Durchzuges durch polnisches Gebiet keine ablehnende Antwort erhalten, so sei er überzeugt, daß dem König und der Republik seine Absicht nicht zuwider sei, und er sei daher so weit vorgerückt. Er ersucht sodann den König, ihn seine Absichten in betreff der weiteren Ausführung des Vertrages wissen zu lassen, namentlich wann und wo die Vereinigung der bisher im polnischen Preußen stehenden Truppen mit seiner Armee erfolgen solle. Béthune gegenüber klagt er, daß er, da ihm die Korrespondenz sowohl über Liefland als auch über Danzig abgeschnitten sei, weder wisse, wie es mit dem Kurfürsten stehe noch was Béthune meine, daß mit Zustimmung des polnischen Hofes zu tun sei und wo die Vereinigung der Truppen erfolgen solle. Er wünscht, daß es bei Tilsit geschehe, klagt dann über das feindliche Verhalten des litauischen Feldherrn Pac und berichtet,

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Bielsk[1]) 8. Dezember 1678.

[Zusammentreffen mit dem litauischen G. Kanzler und dem Bischof von Posen. Ratschläge derselben.]

Er ist gestern hier mit dem litauischen G. Kanzler und dem Bischof von Posen zusammengetroffen und hat so dem ersteren die Ombrage wegen seiner Reise zum Könige, als suchte Kf. sich von den Ständen der Republik zu sondern und zum König zu schlagen, benehmen können. Dieselbe war dadurch veranlaßt worden, daß[2]) auf dem Kreistage zu Schroda der Abt von Blesen, Koadjutor des Stiftes Posen, und der Starost von Bromberg Galetzky ausgebracht haben, Kf. hätte den König durch Graf Niemierycz warnen lassen, viele Vornehme ständen ihm nach dem Leben und hätten auch sonst allerhand hochpräjudizierliche Dinge vor, und sich bereit erklärt, deren an ihn abgelassene Schreiben dem Könige in originali zuzuschicken. Er hat darauf hingewiesen, wie unwahrscheinlich dieses und daß es nur eine französische Hofpractique wäre, dazu bestimmt, zwischen der Republik und Kf. Mißtrauen zu stiften. Zu Benehmung der Ombrage wegen seiner Abschickung hat er dem G. Kanzler das letzte Schreiben des Kf. an den König gezeigt, das dieser sehr wohl, tapfer, auch fast scharf eingerichtet befand. 8. Dez.

Betreffend seine Hauptnegotiation hat der G. Kanzler prophezeit, daß er zu Biala[3]) keine kategorische Antwort erhalten, sondern daß man die ganze Sache auf den Reichstag verschieben werde.

Der G. Kanzler beklagte sehr, daß dem, was zu Oletzko abgeredet worden,[4]) weder von dänischer noch von kaiserlicher Seite nachgekommen sei, und daß man sich daher in die Zeit werde schicken müssen. Er hat darauf gebeten, man möchte doch das gemeine Interesse, darunter das preußische mit begriffen wäre, nicht aus den Augen setzen, im Hauptwerk nichts nachgeben und was jetzt nicht abgetan werden könnte, zu bequemerer Gelegenheit aufsparen. Das versprach derselbe zu tun, repräsentierte aber dabei, auf Assekuration und Sincerationen hätte man sich nicht zu verlassen, es wäre jetzt kein anderes zureichendes Rettungsmittel, als daß Kf. mit möglichst vielem Volk selbst ins Land käme, dann würde derselbe die ganze schwedische Macht dämpfen können, ohne daß sie sich werde nach Liefland retirieren können.

er habe teils der Nähe desselben, teils auch der Jahreszeit wegen, und damit nicht das Wichtigste, die Vereinigung der Truppen, verzögert werde, gegen die Festung Memel nichts unternommen, aber die Stadt in Brand gesteckt.

[1]) Stadt im Gouvernement Grodno, südlich von Bialystock.

[2]) S. oben S. 201.

[3]) Besitzung des litauischen U. Kanzlers Fürsten Michael Radziwill, wo sich der Hof damals aufhielt.

[4]) S. oben S. 191.

Auch der Bischof von Posen mißbilligte sehr, daß man um Fremder willen die Republik in einen gefährlichen Krieg verwickeln und der Verwüstung aussetzen wolle. Beide rieten, Kf. möchte, um der Sache mehr Nachdruck zu geben, zwei Kreditive, das eine an den König und das andere an die sämtlichen Stände, schicken und öffentlich sowohl über den ohne Consens des Königs und der Republik erfolgten gewaltsamen Durchzug der Schweden klagen als auch um Hilfe wider dieselben ansuchen lassen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten.

D. Orla,[1]) der Prinzessin Radziwillin Erbgut, 14. Dezember 1678.

[Zusammentreffen mit dem König, dessen ausweichende Antwort. Nachrichten des kaiserlichen Residenten. Fürst Radziwill.]

14. Dez. Er hat hier, wo der König nicht vorbei konnte, denselben abgewartet und ihn gestern, als er in einem benachbarten Dorfe Scyty Mittagsrast hielt, dort aufgesucht. Aus des Königs Contenance konnte er ersehen, daß demselben seine Ankunft ganz unvermutet kam, doch bezeugte er sich sehr gnädig. Nachdem er ihm mitgeteilt, die Ursache seiner Abschickung wäre die vermöge der Pakten gebührende und sonst von dem König vertröstete Hilfe, nachdem die Schweden wirklich in Preußen eingefallen, nachzusuchen und dagegen ihm und der Republik seitens des Kf. alle angenehme Bezeugung anzubieten, antwortete der König, davon könnte hier, wo er ganz allein wäre, nicht gründlich gehandelt, sondern das müßte bis nach Grodno verspart werden, er hoffte indessen, es würde sich wohl zu einem allgemeinen Frieden anlassen. Was bei Mümmel vorgegangen,[2]) wäre nur von einer Partei geschehen, die sich darauf zurückgezogen. Er hat berichtet, vor seiner Abreise sei Nachricht eingekommen, daß sich die Schweden nach Tilsit zögen, des Kf. Leute aber sich getrauten, ihnen den Paß zu verwehren, bis beide Detachements,[3]) die zu Wasser und zu Lande kämen, zu ihnen gestoßen seien. Daß ein solches auch zu Wasser kommen sollte, schien dem König sehr unvermutet vorzukommen. Beim Abschiede hat er das Schreiben des Kf. übergeben und um gewierige Antwort gebeten.

Der kaiserliche Resident hat ihm mitteilen lassen, der König habe[4]) unlängst unfern Biala geheime Konferenz mit Béthune und Dörfler gehalten und er stecke mit in dem liefländischen Werke. Die aus Ungarn Zurückkommenden wolle man anderswo employieren.

---

[1]) Im Gouvernement Grodno, südöstlich von Bialystock.

[2]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 52.

[3]) S. ebendaselbst S. 51, Anm. 5.

[4]) S. die Relation Béthune's vom 7. November 1678 (Acta hist. V, S. 158f.).

Er hat hier auch den litauischen Unterkanzler Fürsten Radziwill gesprochen und ihm von seiner Negotiation Mitteilung gemacht. Derselbe erbot sich, bei dem König und der Republik sein Bestes zu tun, damit dem schwedischen Vorhaben vorgebeugt werde. Er eilte sehr, auf den Reichstag nach Grodno zu kommen, um nach des Hofes Intention den litauischen O. Stallmeister Sapieha zum Landbotenmarschall zu machen, da sonst die ganze Patzische Partei entweder Sokolinski oder Gilgutt dazu haben wollte, und da der G. Kanzler ihn ersucht, die Reichstagsproposition zu tun.

Der Kurfürst an den K. G. Feldherrn Wiszniowiecki.
D. Coloniae ad Sverum 4./14. Dezember 1678.

[Auf ein Schreiben vom 24. Oktober. Die Machinationen Béthune's. Bitte, gegen dessen Truppen vorzugehen und zur Vertreibung der Schweden aus Preußen mitzuhelfen. Lubomirski. Ankündigung seines Marsches dorthin.]

Béthune's Machinationen waren ihm schon vorher bekannt und sind durch 14. Dez. das beifolgende Schreiben Horns[1]) an denselben deutlich an den Tag gekommen. Dieselben sind nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen die Freiheit der Republik gerichtet. Er hätte schon früher diese Truppen zerstreuen können, doch hat ihn Achtung vor der Republik davon zurückgehalten. Da jetzt aber ersichtlich ist, daß dieselben sich mit den schwedischen Truppen in Preußen gegen ihn verbinden und auch zu Anschlägen gegen die Republik mitwirken sollen, so darf er dem nicht länger geduldig zusehen. Um so erfreulicher ist ihm die Erklärung, welche der Feldherr gegen dieselben kürzlich veröffentlicht hat, und er bittet sie ohne Zögern zur Ausführung zu bringen. Die Gerüchte, daß er nach einer Schutzherrschaft über Danzig trachte, sind verleumderisch. Er hofft, daß die Republik ihm jetzt seine Bemühungen für ihr Wohl vergelten wird, vertraut auf die Treue und Standhaftigkeit des Feldherrn und beschwört ihn dafür zu sorgen, daß der Staat keinen Schaden erleide, sondern daß die Schweden aus Preußen vertrieben und so die Ruhe und Freiheit der Republik erhalten werde. Er bedauert, daß Lubomirski[2]) so wenig der Verdienste seines Großvaters und Vaters eingedenk ist, hofft aber, daß er in sich gehen und sich mit den rechtschaffenen Senatoren zum Schutz des Vaterlandes verbinden wird.

P. S. 5./15. Dezember 1678. Soeben hat er aus Preußen Nachricht erhalten, 15. Dez. daß die schwedischen Truppen entweder schon die Memel überschritten haben, oder im Begriff sind, es zu tun. Er hat beschlossen, selbst mit einem Heere

---

[1]) S. oben S. 210.

[2]) Der Malteserritter Hieronymus Lubomirski, K. Fähndrich. Über dessen enge Beziehungen zu Frankreich s. Acta hist. III, S. 354, 382.

nach Preußen zu ziehen, sein mit einigen Regimentern vorausgeschickter General Görtzke ist schon über Königsberg vorgerückt. Er bittet den Feldherrn, mit demselben freundschaftlich zu kommunizieren und ihm Hilfe zu leisten.

Der Kurfürst an den litauischen Großfeldherrn Pac. D. Coloniae ad Sverum 5./15. Dezember 1678. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf das Schreiben vom 27. November. Ankündigung seines Anmarsches, Bitte, bis zu seiner Ankunft die Seinigen zu unterstützen.]

15. Dez. Dank für seine freundliche Gesinnung. Daß die Seinigen nicht die Truppen, welche er gefordert hat, geschickt haben, ist gewiß durch deren geringe Anzahl veranlaßt worden. Jetzt aber, nachdem Görtzke mit größerer Mannschaft angekommen sein wird, wird ohne Zweifel das übrige besseren Erfolg haben. Er gedenkt außerdem 12000 Mann nach Preußen zu führen. Da der Feind schon die Memel überschritten haben soll, so bittet er ihn, auf jede Weise zu verhindern, daß derselbe nicht etwas Erhebliches ausrichte, bis sein Heer angekommen ist, dann wird sich schon Gelegenheit finden, an ihm Rache zu nehmen. Daß der König auf sein Schreiben wegen des schwedischen Einfalles nicht geantwortet hat, verwundert ihn, doch darf er sich dadurch um so weniger von seinem Vorhaben abhalten lassen, da dieses durchaus den Verträgen gemäß ist und die Sicherheit der Republik bezweckt.

Dank für die ihm vertraulich mitgeteilten Briefe, er wird sie geheimhalten, nur den an Béthune gerichteten hat er dem K. G. Feldherrn, doch ohne anzugeben, von woher er ihn erhalten, mitgeteilt.

Erneuerung seiner Bitte, den bedrängten Seinigen bis zur Ankunft seines Heeres Beistand zu leisten.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 6./16. Dezember 1678. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Sein Entschluß, nach Preußen zu ziehen. Die aufgefangenen Schreiben Horns, die aus ihnen zu erkennenden feindlichen Absichten des Königs.]

16. Dez. Nachdem wir gemerket, wie so gar wenig man sich auf Bündnisse und nachbarliche Freundschaft zu verlassen hat, haben wir resolviret,[1])

[1]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 76.

in Person mit einer guten Armee nacher Preußen zu gehen, gestalt dann die Armee schon in vollem marche ist, welcher wir ehistens folgen werden. Aus[1]) beigehenden intercipirten Schreiben[2]) des Feldm. Horn an den König in Polen und den Marquis de Bethune, welche uns der litthauische Großfeldherr in höchstem Vertrauen communiciret, erscheinet klärlich, was es mit denen umb Dantzig stehenden Trouppen vor eine Bewandnis habe und daß alles, was jetzo in Preußen vorgehet, mit Wissen und Willen des Königes in Polen nach Inhalt der desfalls mit Schweden aufgerichteten Tractaten geschiehet, folgends daß alle sincerationes, so er uns durch den Niemric[3]) thuen lassen, und die er Euch auch geben möchte, keinen Grund haben. Wir haben das Schreiben an den Bethune zwar dem Krongroßfeldherren communiciret,[4]) aber nicht das an den König, ihm auch nicht dabei geschrieben, von wannen solches herkäme. Ihr werdet am besten urteilen, wie Ihr Euch derselben werdet gebrauchen können, und erwarten wir Euer Gutachten, was bei der Sachen ferner zu tuen, und ob bei solcher Beschaffenheit, da des polnischen Hofes böse und feindselige Intention offenbar und am Tage ist, nicht etwas davon an die Republik zu bringen sei. —

J. Scultetus[5]) an den Kurfürsten. D. Driesen 6./[16.] Dezember 1678.

[Seine Anwesenheit in Posen. Unbedachte Reden des Koadjutors von Posen, verdächtiges Verhalten des Woiwoden von Kalisch, energisches Auftreten des Adels, günstige Beschlüsse. Schreiben des G. Feldherrn Pac. Mitteilungen und Ratschläge Krzicki's und Breza's.]

Er ist bei der Introduktion des neuen Generals[6]) in Posen gewesen, wo 16. Dez.
der Adel in großer Frequenz sich eingefunden hatte. Auf den Rat Breza's hat er, da der General mit dem Einzuge beschäftigt war, zuerst dessen Bruder,

---

[1]) Das Folgende in Ziffern.

[2]) S. oben S. 210.

[3]) S. oben S. 204 ff.

[4]) S. oben S. 213.

[5]) Kf. hatte schon am 13. Oktober, auf die ersten Nachrichten vom Anzug der Schweden aus Liefland gegen Preußen, Sc. beauftragt, sich nach Großpolen zu begeben, den dortigen Wohlgesinnten die auch ihnen drohende Gefahr vorzustellen und sie aufzufordern, alle Mittel zu ergreifen, um die Schweden von Preußen fernzuhalten

den nominierten Bischof von Posen,[1]) welcher unlängst vom Hofe gekommen ist und für ganz von dem König gewonnen gilt, besucht. Derselbe entsetzte sich über seine Ankunft, und als er von ihm vernahm, was er bei dem General wegen des schwedischen Einfalls in Preußen zu negotiieren hätte, stieß er unbesonnen die Worte aus, er werde den General und die ganze Opalinsker Familie mit dem Schreiben von Kf. und seiner Negotiation bei dem König verdächtig machen. Es wäre doch nun nicht mehr res integra, die Schweden wären zu weit gekommen, der König hätte sowohl Pakten mit Kf. als auch mit Schweden, könnte, zumal bei dem unbeständigen Türkenfrieden, nicht um eines Potentaten willen mit einem anderen mächtigen Krieg anfangen und so sich und sein Reich in Gefahr setzen. Trotz seiner Remonstrationen dagegen blieb er dabei und bekannte unbesonnen des Hofes Intention, womit andere wohl hinterm Berge gehalten hätten. Auf den Rat Kricki's und Breza's, das Schreiben des Kf. je eher je lieber, solange noch der Adel in großer Frequenz versammelt wäre, dem General zuzuschicken, hat er dieses sofort getan. Der General schickte noch an demselben Abend seinen Schreiber zu ihm und ließ kontestieren, daß ihm das Schreiben des Kf. und seine Ankunft sehr angenehm sei, aber, daß er, da er sehr beschäftigt sei, ihn an diesem und auch am folgenden Tage nicht sprechen könne. Als er aber von Kricki und Breza vernommen, daß der General desselben Tages weder bei dem Gericht noch bei dem Banquet gegen den Adel etwas von dem Schreiben des Kf. und seiner Ankunft erwähnt hätte, obschon von den Edelleuten verschiedene Diskurse davon geführt wären, ist ihm die Sache verdächtig vorgekommen und er hat auf den Rat jener beiden verschiedene Edelleute besucht und ihnen entdeckt, in welcher Angelegenheit er dorthin

---

und zu verhüten, daß die Béthuneschen Truppen sich mit ihnen vereinigten. Sc. hatte damals, wie er aus Cüstrin 19./29. Oktober 1678 schreibt, nur an die dortigen Freunde des Kf. geschrieben und einen anderen Abgesandten auf die Versammlung des Adels nach Schroda geschickt, hatte aber auch so das Versprechen erwirkt, daß der Punkt wegen Fernhaltung der Schweden in die Instruktion für die Landboten zum Reichstage gesetzt werden sollte. Zugleich hatte er gemeldet, daß der an Stelle des inzwischen verstorbenen ehemaligen K. G. Kanzlers Lesczynski zum General in Großpolen ernannte Woiwode von Kalisch Opalinski den Kf. zu seinem auf den 5. Dezember angesetzten Einzug in Posen eingeladen und um etwas Wildpret gebeten habe. Kf. hatte darauf (d. Wrangelsburg 28. Oktober/7. November 1678) Sc. angezeigt, daß er Opalinski beglückwünscht und ihm das gewünschte Wildpret bewilligt habe, und hatte ihm aufgetragen, da jetzt sichere Nachricht von dem Marsch der schwedischen Truppen nach Preußen eingetroffen sei und auch die Béthuneschen Truppen sich wieder movierten und verlauten ließen, sie wollten ihm den Übergang über die Weichsel verwehren, so sollte er sich auf die Versammlung in Posen begeben und dort dahin wirken, daß seitens der großpolnischen Stände an den schwedischen Feldherrn geschrieben und von ihm verlangt werde, sich von Preußen fernzuhalten, widrigenfalls der Adel Mann für Mann aufsitzen und dem Kf. Hilfe leisten werde, und daß auch für die Fortschaffung der Béthuneschen Truppen gesorgt werde.

[6]) Johann Opalinski, Woiwode von Kalisch.

[1]) Kasimir Opalinski, Abt von Blesen.

geschickt wäre. Die Sache ist so wohl gelungen, daß viele vom Adel in dem Bernhardinerkloster zusammengekommen sind und zwölf aus ihrer Mitte zu dem Woiwoden deputiert haben, um von ihm den Inhalt des kurfürstl. Schreibens und seines Anbringens zu erfahren. Als dieses geschehen, sind sie in hellen Haufen zum Schloß gezogen und haben bei dem General angehalten, daß er nicht nur an den König, sondern auch an die Landboten der Posenschen und Kalischschen Woiwodschaft schreiben und sie auffordern sollte, auf nichts mehr bei diesem Reichstage bedacht zu sein, als wie die Schweden wieder aus Preußen zurückgebracht würden, und daß dem Obersten Trzebuchowski mit den im Königl. Preußen stehenden Truppen keine Korrespondenz oder Konjunktion mit den Schweden verstattet werde. Der General stellte sich am folgenden Tage, als er bei ihm zur Tafel war, sehr freundlich und erklärte, es sei ihm lieb, daß der Adel so in ihn gedrungen, so könnte er invidiam des Hofes desto besser von sich abwälzen.

Er hat bei solchen, bei denen er gemerkt, daß es angewandt sei, auch von der Gefahr gesprochen, welche jetzt der Freiheit der Republik drohte, da man sich gewiß der Schweden, wenn Kf. unterliegen sollte, zu einem absoluten dominio gebrauchen würde. Sehr günstig war, daß eben bei dieser Anwesenheit des Adels ein Schreiben des litauischen Feldherrn Pac an Breza und Kricki ankam, in welchem dieser mitteilte, weil er nur 3000 Mann stark gewesen, hätte er sich zu schwach gefühlt, den Schweden, die bei 13000 gewesen, den Durchmarsch zu verwehren, er wollte aber den beiden Woiwodschaften Posen und Kalisch die Gefahr des Vaterlandes vorgestellt haben und begehrte zu wissen, was sie zu tun gedächten, damit er mit seinen Brüdern in Litauen und den unter seinem Kommando stehenden Truppen ihre mesures danach nehmen könnten. Breza hat dasselbe sogleich publik gemacht, worauf der Adel von dem Woiwoden verlangt hat, falls die Schreiben bei Hofe nichts wirken und die Landboten auf dem Reichstage nichts erhalten sollten, so sollte er sofort das Generalaufbot in den beiden großpolnischen Woiwodschaften publizieren und auch die krakauische und andere Woiwodschaften dazu auffordern. Der Woiwode hat es ihnen mit einem Handschlag versprechen müssen, ob er es aber halten wird, lehrt die Zeit. Kricki und Breza haben versprochen, das beste bei der Sache zu tun und die Landboten zu ermahnen, vor dem Punkt der Abschaffung der schwedischen Völker nicht zu weichen, bis sie ihn erhalten oder der Reichstag zerrissen würde, indessen möchte Kf. soviel Völker als möglich nach Preußen führen, ferner v. Hoverbeck ein Kreditiv an die Republik schicken und ihn auf dem Reichstag in der Landbotenstube Audienz nehmen lassen, damit die Sache in der Krone desto mehr publik werde. Er fürchtet aber, daß der Hof das nicht gestatten wird.

Beide beklagten sehr, daß der kaiserliche Hof bei der Sache gar nichts täte, sie behaupteten, der König würde nie den Schweden den Durchzug gestattet haben, wenn er nicht von Wien die Gewißheit erhalten, daß der Kaiser sich in den preußischen Krieg nicht mengen, sondern durch die Finger sehen würde. Sie klagten auch sehr darüber, daß Niemeritz[1]) an den König wegen des

[1]) S. oben S. 201.

Sikariats geschrieben, dadurch würden nicht nur die Gemüter des Adels irre gemacht, ob Kf. die Gunst des Hofes und sich mit diesem zu setzen suchte, sondern der Hof brächte auch mit Fleiß allen Verdacht auf den K. G. Feldherren, er hätte unter dem Vorwand, daß dieser mit Lothringen oder Neuburg ein heimliches Verständnis hätte, neulich Czenstochow mit Truppen besetzen lassen.[1]) Er hat, was mit Niemeritz vorgegangen, so gut es sich tun ließ, exkusiert.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Mala Kamionka 1½ Meilen diesseit Grodno 20. Dezember 1678.

[Seine Ankunft. Absichten des Hofes. Ausfall der Landbotenmarschallwahl. Unzuverlässigkeit der Landboten. Übler Eindruck der Affaire bei Kuckernese.]

20. Dez. Er ist schon vor einigen Tagen in dieser Gegend angekommen, hat aber, da die Quartiere sehr knapp sind,[2]) noch keins bekommen können.[3])

Was[4]) E. Chf. D. in dero zwei letzten rescriptis, umb den König zu gewinnen, wiewoll mit großer Behutsamkeit (maßen solches auch woll nötig) anzubieten committiren, dürfte bei jetziger Beschaffenheit nicht groß verschlagen oder sonderlich attendirt werden, nachdem mahl Franckreich und Schweden wegen Churfürstl. Preussen pacta aufgericht und viel der vornehmsten, insonderheit die Geistliche, ungescheuet zu schreiben, ja gar die Stände zu persuadiren sich bemühen, die Republicq könne ihre Feinde nicht abwehren oder vor sich selbst bestehen, wofern sie dem König nicht absolute Gewalt auftragen. Die Hofcreaturen gehen woll so weit, daß sie wiederraten, von des Prinzen Designation etwas zu ge-

[1]) S. Béthune's Relationen vom 27. August, 23. September und 31. Oktober 1678 (Acta hist. V, S. 122, 153f.).

[2]) Chwalkowski, der sich auch nach Grodno begeben hatte, berichtet von dort 18. Dezember 1678: „Hiesigen Ortes Beschaffenheit ist überaus schlecht und ungeeignet, eine so große Versammlung, wie zu vermuten steht, aufzunehmen, daher die meisten den Schluß nicht abwarten dürften. Es wird also der Hof um so eher seine intentiones werkstellig machen können.“ Der Danziger Sekretär Schumann meldet dem Rat der Stadt an demselben Tage, er habe nach unsäglicher Mühe für sich und seine Leute außerhalb der Stadt bei den Franziskanern in einem Nebengebäude Unterkunft gefunden, in der Stadt selbst müsse man für eine schlechte Kammer etliche hundert Fl. und, wenn noch eine Beikammer oder Stall dabei wäre, tausende bezahlen.

[3]) v. Hov. meldet am 26. Dezember aus Grodno, daß er doch in der Stadt ein kleines, sehr unbequemes Quartier gefunden habe.

[4]) Das Folgende fast ganz in Ziffern.

denken, vorstellend, daß, wann das erste würde erhalten sein, das ander von selbst folgen muß. Sonsten will auch[1]) viel gebaut werden auf Malcontenten, die man vorgiebt in E. Chf. D. Landen an der Hand zu haben, wie nicht weniger auf die Bethunisch umb Danzig herumb stehende und auf die aus Ungarn auf königlich sicher Geleit kommende Völker, vor welche alle Notdurft in Danzig beigeschafft werde. In dem Stück hat es auch dem Hof bei diesem Reichstag geglücket, daß er[2]) des litthauschen Großschatzmeisters Bruder zum Landbotenmarschall gemachet, welcher in allen Stücken nach des Königs Willen verfahren wird. Hinkegen weiß ich kein nachdrücklich zureichend Mittel vor E. Chf. D. (denn auf den Succeß meiner Negotiation haben Sie nicht groß zu bauen), als daß Sie mit so großer Macht, als immer möglich aufzubringen, ehestens in eigener Person ins Land kommen, die Wankende stärken und denen, so auf Sie ihr vornehmstes Absehen haben, Mut machen.[3])

Es sind zwar auf verschiedenen Kreistagen sehr gute Instruktionen den Landboten mitgegeben, es sind aber unter diesen nur wenige, von welchen man

[1]) Wichert berichtet aus Warschau 26. November 1678: „Ich bin von einer glaubwürdigen Person gewarnet worden, daß die im Königl. Preußen einquartierte Truppen zue Putzigk embarquiert und bei der Mümmel ausgesetzet sollen werden, umb damit die liefländische Armee zu verstärken, doch Marquis de Bethune, nachdem er zu dieser Völker Transport das Fahrzeug und benötigte Geldmittel, auch zue Dantzigk mit des verstorbenen Königs in Schweden natürlichen Sohn Printz Carlson (weil ihm das Commando über die Völker aufgetragen wird) mündliche Unterredung wird gepflogen haben, hoffet man alhier wieder auf den künftigen Montag. Durch dieser nun also vereinigten Armeen Macht meinet man nicht allein des Herzogthumb Preußen sich zu bemächtigen, sondern auch des Königs längst verlangete souverainetè und des Königl. Princen Wahl oder Denomination bei der République zu erzwingen. Es ist dieser Tagen gemelten Marquis de Bethune ausgeschickter espion, Violet genannt, von Königsberg zurückkommen mit Bericht, daß das Herzogthumb Preußen aller Defensionsmittel entblößet seie, und dürfen sich die Französischgesinnete dessen rühmen, daß gemelte Stadt mit Franckreich und Schweden in guter Verständnis stehe, ich vernehme auch, daß man Ew. Chf. D. die passage über die Weichsel will disputirlich machen, weswegen sollen einige Völker sowohl diesseits des Flusses als bei Graudentz verleget sein worden, umb auf alles Acht zu haben.“

[2]) Der Reichstag war am 15. Dezember eröffnet worden, am 17. war der litauische Stallmeister Sapieha zum Landbotenmarschall erwählt worden (s. Zaluski I, S. 703). Chwalkowski berichtet 18. Dezember, der König sei Sapieha's gänzlich versichert und habe ihm 40000 Fl. zahlen lassen, um die Gemüter zu kaptivieren und so durch die Menge der Stimmen durchzudringen, was den Pac und dem K. G. Feldherrn nicht wohl gefallen könne. S. auch das Schreiben Hacki's an Béthune aus Grodno vom 24. Dezember 1678 (Acta hist. V, S. 172).

[3]) Kf. zeigt (d. Cöln 23. Dezember 1678/2. Januar 1679) v. Hov. an, daß er am 30. st. v. nach Preußen aufzubrechen gedenke.

sich versehen kann, daß sie es fest halten werden. Um die Stände vor den Anschlägen der königlichen Ratgeber zu warnen, hat jemand das Symbolum Athanasii nachgeahmt, der Hof soll[1]) den litauischen G. Feldherren oder dessen Leute deswegen in Verdacht haben, tut aber doch sein Möglichstes, um ihn zu gewinnen. Sehr bedauerlich ist, daß der Bischof von Krakau nicht auf den Reichstag gekommen ist.

Die faute bei Kuckernese[2]) gibt der Reputation der Waffen des Kf. einen nicht geringen Stoß, er hofft, Görtzke wird die Landvölker, wenn er sie an sein Korps wird gesetzt haben, besser einrichten.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 13./23. Dezember 1678. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf die Relation vom 8. Dezember. Die Absicht der Sendung Niemyricz's. Verhaltungsbefehle. Morstein. Pac. Bevorstehende Ankunft in Preußen.]

23. Dez. Er soll versichern, es sei dem Kf. nie in Gedanken gekommen, die guten Patrioten und die ihm Affektionierten mit dem König zu kommittieren, er sei vielmehr entschlossen, mit denselben gutes Verständnis zu unterhalten. Dem Grafen Niemric hat er[3]) nur angezeigt, daß er ein anonymes Schreiben erhalten, in welchem dem König gedroht wird, er hat gleich damals geargwöhnt, daß dasselbe von seinen Feinden fingiert sei, um das gute Vertrauen zwischen ihm und der Republik zu schwächen, und vornehmlich um dieses zu penetrieren, hat er Niemric abgeschickt, der Erfolg hat es auch klärlich erwiesen, man müßte es also umkehren und dieses Mittel, welches dazu hatte dienen sollen sie zu brouillieren, zu Unterhaltung einer engeren Freundschaft benutzen. Sollte der König deswegen wider einige Patrioten Ombrage gefaßt haben, so will er demselben allen Zweifel benehmen, und er wird auch von Niemric begehren, daß er auf den Kreisen solches falsche Spargement widerlege.

Wenn ihm bei seiner Ankunft am Hofe keine kategorische Antwort gegeben werden sollte, so kann er den Reichstag abwarten, wenn nur der König inzwischen nicht zugibt, daß die Béthunischen oder andere Truppen zu den Schweden stoßen, widrigenfalls hat er, wenn auch nur wenige Senatoren zugegen sein sollten, auf eine schließliche Resolution zu dringen. Die Assistenz hat er zwar zu urgieren, aber hauptsächlich sich zu bemühen, daß den Schweden nicht favorisiert werde, und sich deshalb über Liliehoeck zu beschweren, daß er

---

[1]) Chwalkowski berichtet 18. Dezember, der König halte den G. Kanzler Pac für den Verfasser des Symbolum reformatum und sei desto mehr gegen ihn erbittert.

[2]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 58f.

[3]) S. oben S. 202.

unter dem falschen Schein seines Charakters alle diese Unruhe aus Danzig angesponnen und die Irruption in Preußen verursacht hätte. Ferner hat er vorzustellen, welche herrliche Okkasion Polen jetzt hätte, Liefland zu rekuperieren, und des Kf. Hülfe dazu anzubieten.

Der aus Frankreich zurückgekehrte Morstin[1]) ist gestern bei ihm gewesen, hat sich in allem trefflich erboten und versichert, der König werde den Schweden nicht helfen, und wenn er Partei nehmen sollte, so würde es für ihn sein. Bei seiner Überkunft soll er ihn daran erinnern. Den litauischen G. Feldherrn Pac hat er aufs beste zu karessieren. Die 5000 Dukaten wird derselbe nunmehr empfangen haben, er soll ihn aber versichern, daß es dabei nicht bleiben, sondern daß er eine vollkommene Erkenntnis seiner Mühe und Kosten zu erwarten habe. Mit Goës Verfahren ist Kf. sehr unzufrieden und wird, wenn Pac es wünscht, darüber bei dem König von Dänemark Klage führen.

Er rüstet sich jetzt zum Aufbruch und hofft bald in Preußen zu sein, seine Armee ist bereits in vollem Marsche voran.

Beifolgend erhält v. H. die beiden begehrten Kreditive,[2]) er soll aber darum nicht größere Spesen machen, zumal es jetzt bei diesen unerschwinglichen Ausgaben sehr schwer fällt, das Geld anzuschaffen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno letzten Dezember 1678.

[Auf das Reskript vom 6./16. Dezember. Das vorläufig einzuschlagende Verfahren. Verhalten der preußischen Stände. Zuversichtliches Auftreten des Hofes, verändertes Benehmen des Königs.]

Er ist sehr erfreut darüber, daß Kf. selbst mit einer guten Armee nach 31. Dez.
Preußen zu gehen entschlossen ist, dadurch werden gewiß die Anschläge der Gegner verworren und die guten Patrioten aufgerichtet und gestärkt werden. Die aufgefangenen Schreiben Horns vertreiben allen Dunst, den man bisher den Leuten vor die Augen zu machen bemüht gewesen ist. Daß Kf. wegen der offenbaren bösen und feindlichen Intentionen des Hofes etwas an die Republik bringe, hält er nicht für rätlich, bevor Kf. mit der Armee im Lande sein wird. Denn es würde vorläufig, da im Senat und in der Landbotenstube fast nur Hofkreaturen sich eingefunden haben, wenig darauf reflektiert und, wenn es fruchtlos sein sollte, der Hof dadurch nur um so trotziger werden. Er will aber doch mit dem G. Feldherrn Pac darüber sprechen.

---

[1]) Der K. Schatzmeister Andreas Morstein.

[2]) Beide datiert Coloniae ad Sverum 13./23. Dezember 1678. Unter demselben Datum erläßt Kf. auch ein Schreiben an König Johann, in welchem er über den Durchmarsch der Schweden durch polnisches Gebiet und deren Einfall in Preußen Klage führt und die vertragsmäßige Hilfe von Polen in Anspruch nimmt.

Gestern hat[1]) der Bischof von Culm Malachowski nebst Losch und dem Starosten von Stargard Gorzynski nach Überreichung des Kreditivs der preußischen Stände dem König mit gar prächtigen Worten dafür gedankt, daß er durch Werbung der bei Danzig befindlichen Béthuneschen Völker für des Landes Sicherheit und Wohlfahrt so väterlich gesorgt habe, und folgends gebeten was die Graudenzsche Resolution enthält, was alles dahin zielt, daß jene Völker desto früher und sicherer zur Konjunktion mit den Schwedischen gelangen mögen, denn jetzt, wo man meint, daß Schweden bereits überwunden habe, hält man dieses nicht mehr wie früher für ein sonderlich Geheimnis. Man baut auch darauf, daß Horn mit den Untertanen der litauischen Ämter so schonend umgeht, und hofft, es werde zu einer durchgehenden Bauernrebellion kommen.

Vorher hat man[2]) wegen des auf Görtzke's Befehl an der Weichsel errichteten Werkleins Beschwerde erhoben, jetzt nimmt man eine andere Materie vor und behauptet, Kf. hätte von dem Herzog von Lüneburg 3000 und von Kursachsen 4000 Mann Hilfstruppen erhalten, solchen fremden Truppen aber sei man nicht verpflichtet den Durchzug zu gestatten.

Als gestern der Oberst Taube zum K. G. Feldherrn reiten wollte, trat ihn des Königs Beichtvater an und sagte, er sollte demselben die Starostei Draheim offerieren, als wenn man schon über des Kf. Lande und Güter nach Gefallen zu disponieren hätte.

Vom absoluten dominium des Königs wird auch so frei gesprochen, daß viele ungescheut öffentlich sagen, es sei kein anderes Mittel die Republik zu retten, als daß man es ihm wenigstens auf drei Jahre auftrage, um in dieser Zeit alle bei übermäßiger Freiheit eingerissenen Mängel und Exorbitanzen abzuschaffen und alles in guten Stand zu bringen.

Der Hof bemüht sich sehr um eine Aussöhnung zwischen dem G. Feldherrn und Lubomirski,[3]) denn davon hängt zum Teil der glückliche oder doch vom Hof gewünschte Schluß ab.

[1]) Auf dem 5.—10. Dezember 1678 zu Graudenz abgehaltenen preußischen Generallandtage hatten die Woiwoden von Marienburg und Pommerellen und die anderen Anhänger des Königs trotz anfänglichen heftigen Widerspruches es durchgesetzt, daß die im Lande stehenden Truppen, die ihrer Behauptung nach sich jetzt im Dienst des Königs befänden, angeblich zum Schutz des Landes dort behalten, daß das Aufgebot des Adels zum 3. Januar 1679 einberufen werden und daß eine Gesandtschaft an den König abgehen sollte, um demselben diese Beschlüsse mitzuteilen, seine Genehmigung einzuholen und für den Notfall weitere Hilfe von ihm zu erbitten. S. Lengnich, Geschichte der preußischen Lande polnischen Anteils VIII, S. 171f.

[2]) Auf dem Reichstage hat sowohl nach dem Danziger als auch nach dem im Berliner Geh. Staatsarchiv befindlichen, von Chwalkowski angefertigten Reichstagsrezeß erst am 4. Januar der Bischof von Culm Malachowski über die von Görtzke zur Sicherung des Weichselüberganges an dem linken Flußufer angelegte und besetzte Schanze (s. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 64) Beschwerde geführt.

[3]) S. über den Streit zwischen diesen beiden Béthune's Relationen vom 14. und 31. Oktober 1678 (Acta hist. V, S. 139, 154).

Der König muß gewiß etwas ganz Besonderes bei diesem Reichstage vorhaben, denn er hat seine bisherigen Sitten ganz geändert. Die Geizigen beschenkt er mit eigenen Geldern, die Ehrgeizigen versieht er mit hohen Chargen und Dignitäten, gegen die Hochmütigen demütigt er sich wider seine Natur und Gewohnheit. Es wird viel von Konjunktion der Waffen mit dem Moskowiter und von Fortsetzung des Türkenkrieges geredet, nicht wenige aber sagen, man könnte sich nun ohne große Mühe und Kosten alles dessen, was durch den türkischen Krieg verloren, an Preußen erholen. Auf die hiesige Negotiation ist also wenig zu bauen, zumal man nicht findet, an wen man sich sicher halten kann, da fast keiner zur Stelle ist, der nicht entweder intimidiert oder gewonnen wäre.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 5. Januar 1679.

[Auf das Reskript vom 13./23. Dezember. Hoffnung auf Pac. Das eigenmächtige Verfahren des Königs. Die Reichstagsproposition.]

Er hat dem G. Kanzler Pac die nötige Information erteilt besonders wegen dessen, was der Bischof von Culm[1]) in betreff des Durchzuges, daß dem Kf. nicht mehr als den Schweden eingeräumt werden dürfe, behauptet hat, und er hofft, derselbe werde in seinem voto vielen anderen die Augen auftun. 5. Jan.

Er hat bisher noch nicht auf eine Resolution gedrungen, da er keine andere als eine hochpräjudizierliche zu erwarten hat. Der König verfährt in allem nach Gefallen und zwar ohne Widerrede, so daß ihm nur der Namen eines absoluti domini mangelt. Da sich Schweden erbietet, das kurfürstliche Preußen der Republik abzutreten, so rät der G. Feldherr Pac, Kf. möchte ebenso Liefland anbieten, zumal der Hof auf das schwedische Anerbieten so reflektiert, daß der König in der Reichstagsproposition[2]) an dieses zu Danzig gemachte

---

[1]) Malachowski. Derselbe bat in seinem am 4. Januar abgelegten Votum, für den Schutz Preußens Sorge zu tragen, und bemerkte dabei, Kf. beklage sich über Verletzung der Olivaer Verträge seitens Schwedens durch den Durchmarsch, aber man hätte auch über Verletzung dieser Verträge durch ihn zu klagen, er hätte das Königl. Preußen durch Märsche inkommodiert und neulich Schanzen und Forteressen dicht an der Grenze ohne Vorwissen des Königs errichtet. Er könnte also nicht einsehen, quare Petro licere non debeat quod et Paulo. Und weil man bei so favorablen Konjunkturen das Kurfürstl. Preußen zu rekuperieren gewünschtes campo hätte, hielte er nicht für geraten, dieses Moment aus Händen zu lassen.

[2]) In dieser am 3. Januar durch den K. U. Kanzler Wielopolski vorgetragenen Proposition ließ der König auch anzeigen, der König von Schweden habe ihm angeboten, das Kurfürstl. Preußen dem Kf. durch seine Waffen abzunehmen und durch freiwillige Zession wieder pleno Reipublicae dominio zu unterwerfen. Die Republik

Anerbieten [1]) erinnert und den Ständen zu bedenken gestellt hat, was dabei zu tun sei. Deswegen hat man auch niemand zur Anwesenheit bei dieser Proposition zugelassen, der nicht Senator oder Landbote war.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 14. Januar 1679.

[Klagen des Königs über Zurückhaltung von Briefen, sein Verlangen, daß jetzt die Kommission wegen der beiderseitigen Prätensionen abgehalten werde. Bemühungen der französisch-schwedischen Partei. Widerstand Pac's. Anfeindung desselben. Der Bescheid an den kaiserlichen Residenten. Hoffnung auf die Ankunft des Kf. in Preußen.]

14. Jan. Um die Absichten des Hofes desto besser zu ergründen, hat er um Antwort auf das früher übergebene Schreiben des Kf. an den König gebeten und das ihm hier zugekommene [2]) übergeben. Darauf schickte der König den Kanzleiregenten Witwicki zu ihm und ließ darüber Beschwerde führen, daß wieder Briefe an den Marquis d'Arquien und andere auf der Post des Kf. interzipiert seien, und verlangen, da Kf. um Hilfe gegen Schweden nachsuchte und in nähere Verbindung mit dem Könige zu treten geneigt wäre, daß zunächst die Kommission wegen der beiderseitigen Prätensionen vorgenommen werde. In betreff des ersteren hat er erwidert, es sei ihm nichts davon bekannt und er halte es für sehr unwahrscheinlich, in betreff des zweiten, es wäre wohl nicht Zeit, wenn ein Haus brennte und die Nachbarn zum Löschen aufgefordert würden, über die Prätensionen des einen mit dem anderen zu rechten. W. aber meinte, es könnte dem König nicht verdacht werden, daß er Bedenken trüge, sich mit Schweden in offenbare Feindschaft einzulassen, bevor er sich mit Kf. vermittelst einer Kommission recht vereinigt hätte. Am folgenden Tage versicherte er, der König suchte durch diese vorgeschlagene Kommission nicht die Sache zu verschleppen, dieselbe könnte, wenn man treu und offenherzig vorginge, sehr schnell abgemacht werden, es sei dem König nicht zu verdenken, daß er die Konjunkturen benutzte, um sein Interesse zu beobachten. Er hat sich darauf dazu bereit erklärt, aber vorbehalten, zunächst an Kf. zu referieren, da er nicht völlig darüber instruiert sei.

---

hätte reiflich zu überlegen, ob nicht bei so günstigen Konjunkturen diese vorteilhafte Offerte, wozu man niemals so gewünschtes Tempo finden werde, zu menagieren diensam sein würde.

[1]) S. oben S. 183.

[2]) S. oben S. 221.

Er hat darauf beifolgende, ihm sehr kaltsinnig erscheinende Antwort[1]) auf die Schreiben des Kf. erhalten, zugleich mit der Erklärung, der König hätte, um dem Kf. desto eher seine Gemütsmeinung zu erkennen zu geben, die Materie von dem Einfall der Schweden unter die vornehmsten Punkte der Reichstagsproposition gebracht.

Die französische und die schwedische Faktion tun ihr möglichstes, um es dahin zu bringen, daß die Stände das Anerbieten der Schweden annehmen und sich zum Kriege gegen Kf. entschließen. Doch widersprechen dem vornehme Senatoren,[2]) besonders der Woiwode von der Wilde,[3]) der sehr tapfer und ohne

[1]) d. Grodnae 10. Januar 1679, darin erwidert der König auf die Anzeige von dem Einfall der Schweden in Preußen nur: Qua de re dum cum Ordinibus Regni nostri in praesentibus comitiis mature sumus deliberaturi, non sinemus Ser. V. latere, quidquid in eo negotio a nobis fuerit decretum.

[2]) In der Sitzung vom 4. Januar, in welcher die vota Senatorum begannen, hatte zuerst der Bischof von Posen Wierzbowski den Durchmarsch der Schweden durch Samaiten als Verletzung des Olivaer Friedens bezeichnet und die Absendung von Deputierten des Königs und der Landbotenstube an den schwedischen Feldmarschall gefordert, welche denselben zum Rückmarsch ermahnen sollten, damit das Reich von aller Kriegsgefahr befreit und die Freundschaft mit Kf., an welcher der Republik sehr viel gelegen sei, erhalten werde. Ähnlich äußerte sich dann der Woiwode von Wolhynien Czartoryski, er bemerkte, statt sich zu Impresen gegen das Kurfürstl. Preußen verleiten zu lassen, schiene ihm zuträglicher, Liefland zu rekuperieren. Auch der Kastellan von Brzesc Piaseczynski erklärte den schwedischen Durchmarsch für eine formale Feindseligkeit und riet dem König, sich nicht durch die trügerischen Anerbietungen der Schweden eblouieren zu lassen, denn „dieses Löwchen stellte sich nur so lange freundlich, als es müde wäre". Vgl. Béthune's Bericht vom 27. Januar 1679 (Acta hist. V, S. 183f.).

[3]) Der litauische G. Feldherr Michael Pac. Derselbe erstattete am 7. Januar zunächst ausführlichen Bericht über das, was zwischen ihm und dem Feldmarschall Horn vorgegangen, verlangte dann, daß die fremden Gesandten schnell abgefertigt und entfernt würden, da diese, namentlich Béthune, nur Unheil und Zwietracht angestiftet hätten, und verwarf das Anerbieten der Schweden, welches trügerisch sei und nur den Zweck habe, den Krieg der Republik aufzubürden. Er verteidigte sich dann gegen die über ihn verbreiteten Verdächtigungen, daß er gegen des Königs Leben und Regierung machiniert habe, forderte seine Gegner auf, ihm klar in die Augen zu sagen, was er verbrochen habe, und erbot sich, vor der ganzen Republik sich zu verantworten. Der Danziger Berichterstatter bemerkt dazu: „Er brachte dieses alles beweglich doch généreusement bei und movierte die Gemüter gewaltig." Auch der litauische G. Kanzler Christoph Pac, der am 9. Januar sprach, erklärte die schwedische Invasion für eine Verletzung der pacta und beantragte, an den König von Schweden zu schreiben und deswegen zu expostulieren, ferner die Garanten des Olivaer Friedens anzurufen, den benachbarten Woiwodschaften das gemeine Aufgebot in die Hand zu geben, damit sie bereit seien, und durch eine Konstitution die Maßregeln festzustellen, welche man gebrauchen wollte, wenn künftig wieder ein Nachbar die Grenze überschreiten sollte.

Schen votiert hat. Deshalb werden er und sein Vetter, der G. Kanzler, sehr verfolgt, man sucht ihnen ihre Freunde abwendig zu machen und trachtet besonders ihn zu disarmieren. Weil man trotzdem verzweifelt, ihn zu gewinnen, so sollen 15 ihn zu ermorden bestellt sein. Dessen ungeachtet bleibt er noch beständig bei der guten Sache, begehrt auch nichts für sich, aber wohl für die Landboten, daher ist hochnötig, daß ihm die 5000 Dukaten je eher je lieber überschickt werden.

Der kaiserliche Resident[1]) hat gestern Audienz gehabt und gebeten, die weiteren Progresse der Schweden zu verwehren, hat aber die Antwort erhalten, man könnte nichts mehr tun, die Schweden gingen desperat, hätten sich nicht abschrecken lassen, man wollte sich aber angelegen sein lassen, daß der Kaiser und das römische Reich keinen Schaden deshalb empfänden. Wenn aber gute Patrioten vorstellen, man möchte sich dem Kf. besser fügen, da doch keine Aussicht sei, daß die Schweden ihm würden standhalten können, antworten die Parteiischen, die Schweden hätten einen Streich vor, der ihnen nicht fehlen könnte, sie könnten nämlich in solchem Fall durch die Masau gehen, sich mit den Béthunischen vereinigen und dann entweder nach Schlesien oder nach Pommern sich wenden.

Alles aber, gnädigster Churfürst und Herr, bestehet anjetzo darauf, daß E. Chf. D. mit göttlichem Beistande ins Land kommen, so werden woll nicht nur die Schweden sondern auch die hiesige Wiederwärtige den Mut verlieren und die redlichen Patrioten mit mehrem Nachdruck sprechen können. —[2])

---

[1]) Zieronski. Ähnlich berichtet Chwalkowski am 13. Januar über den Verlauf der Audienz desselben beim Könige. Am 25. Januar meldet derselbe, daß am Tage vorher der kaiserliche Gesandte die erste Audienz beim Könige gehabt habe, und fügt hinzu, die kaiserlichen ministri hätten Pac 2000 Dukaten versprochen, um ihn indessen bei guten Gedanken zu erhalten, bis das ihm von Kf. Zugedachte angekommen sei.

[2]) Kf. zeigt (d. Labiau 18./28. Januar 1679) v. Hov. an, der Kammerjunker v. Strziska sei expreß abgeschickt, um ihm die gewünschte Geldsumme zu überbringen und mündlich seine Befehle mitzuteilen. Zugleich übersendet er ihm ein Schreiben an den König von Polen (d. ex Hollandia Prussiae 15./25. Januar 1679), in welchem er diesem seine Ankunft in Preußen und seine Absicht, die sich nach Liefland zurückziehenden Schweden zu verfolgen, mitteilt, erklärt, er werde dabei notwendig Samaiten berühren müssen, er werde aber dafür sorgen, daß seine Soldaten dort keinen Schaden anrichteten, und den König ersucht, dieses Vorhaben durch Sendung der vertragsmäßigen Hilfe zu begünstigen, sowie Abschriften der Schreiben an Pac und an die samaitischen Stände (s. unten S. 228) und Relationen über die letzten Vorgänge und beauftragt ihn, den Inhalt derselben überall kundzumachen.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Neu-Stettin 6./16. Januar 1679.[1])

[Auf die Relation vom 5. Januar. Anweisung, wie die feindlichen Absichten des Königs zu vereiteln seien. Sein Anmarsch. Aufträge an Pac.]

Daß der König die schwedische Offerte wegen Preußen den Ständen gegenüber erwähnt hat, zeigt seine böse Intention gegen ihn. Damit diese zu keinem Effekt komme, soll er, dem Vorschlag des litauischen G. Feldherrn gemäß, wenn er bei der Audienz um Hilfe wider Schweden nachsucht, dem König und der Republik als Lohn dafür Liefland anbieten. Die Wohlgesinnten aber soll er darauf hinweisen, daß der König diese schwedische Offerte so plausibel vorgebracht habe, weil er für seine Familie davon zu profitieren und ganz Preußen an sich zu bringen gedächte, und ihnen vorstellen, wie verderblich dieses für die Republik sein würde. 16. Jan.

Er ist[2]) bis hierher gekommen, hofft morgen den Marsch zu kontinuieren und in vier Tagen die Weichsel zu überschreiten, er wird den Marsch aufs äußerste beschleunigen, hofft in acht bis neun Tagen in Königsberg zu sein. Er hat dieses überall, besonders dem G. Feldherrn Pac kundzumachen, diesem nochmals zu danken und ihn zu ersuchen, auch auf diesem Reichstage des Kf. Interesse zu fördern. Besonders soll er ihn ersuchen, da er fürchtet, daß die Schweden auf die Kunde von seinem Anzuge sich wieder zurückziehen werden, er möchte solche Anstalt machen, daß ihnen der Paß nach Samaiten und Kurland abgeschnitten oder sie doch auf ihrem Marsch so harassiert und aufgehalten würden, daß sie nicht fortkommen und Kf. sie erreichen könnte, dann hofft er, sollen sie keinen Mann nach Liefland zurückbringen. Es würde dem Kf. sehr lieb sein, wenn er bei dieser Expedition Gelegenheit erhielte, den G. Feldherrn selbst zu sprechen oder mit ihm vertraulich zu korrespondieren.

P. S. Bei der Audienz hat er anzuführen, daß solche Proposition, wie sie Schweden wegen Preußen getan, auch nur anzuhören gegen die Pacta verstoße.

Scultetus hat Befehl erhalten,[3]) sich zu ihm nach Grodno zu begeben.

---

[1]) Das Konzept ist von Kf. selbst, das des P. S. von Fr. v. Jena unterzeichnet.

[2]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 78f.

[3]) Kf. beauftragt Scultetus (d. Neu-Stettin 7./17. Januar 1679), sich durch Großpolen und Masuren nach Grodno und von dort, wenn seine Gegenwart nicht mehr notwendig sein sollte, zu ihm zu begeben und ihm von dem Zustand der Dinge Bericht zu erstatten. In Großpolen solle er bei den Wohlgesinnten darauf dringen, daß die pacta beobachtet würden, darüber Klage führen, daß in der Reichstagsproposition das schwedische Anerbieten wegen Preußens mitgeteilt sei, und anzeigen, daß Kf. der Republik, wenn sie auf seine Seite treten wollte, Liefland anbiete, ferner daß er bis hieher vorgerückt sei und in 4 Tagen die Weichsel zu überschreiten hoffe.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 26. Januar 1679.

[Ungünstige Aussichten.]

26. Jan. Er kann keine Hoffnung auf einen glücklichen Erfolg seiner Negotiation machen. Frankreich hat[1]) viele, darunter auch solche, welche man für gute Patrioten und große Eiferer für die gemeine Freiheit gehalten, ganz gewonnen. Die Allerdiskretesten weisen ihn, wenn er von der vermöge der Pakten schuldigen Hilfe spricht, damit ab, daß sie viel eher von Kf. Hilfe gegen den Erbfeind zu suchen, als demselben solche zu leisten und sich dadurch einen neuen Feind auf den Hals zu ziehen hätten. Der K. V. Kanzler beschwert sich sehr darüber und zieht es gleichsam zu einer Ruptur an, daß Kf. in Großpolen und zu Warschau durch seine Bedienten den König hätte beschuldigen lassen, er hätte ein geheimes Bündnis mit Schweden, und behauptet, daß diese Prozeduren gar nicht den durch Niemierzyc und durch ihn gemachten Sincerationen entsprächen. Er hat darauf erwidert, der König hätte dieses nicht dem Kf., sondern Frankreich und Schweden, welche sich öffentlich eines solchen Bündnisses rühmten, zu imputieren und könnte durch öffentliche Patente solches widerlegen sowie durch contrarios actus Kf. auf andere Gedanken bringen.

Der päpstliche Nuntius[2]) und die kaiserlichen Gesandten bemühen sich sehr, den König zur Konjunktion mit Moskau gegen den Erbfeind zu bewegen, doch ist dazu gar schlechte Apparenz.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 30. Januar 1679.

[Die Antwort Pac's auf das Schreiben des Kf., dessen Erbietungen.]

30. Jan. Der litauische G. Feldherr hat mit ihm durch einen Vertrauten überlegen lassen, wie er das Schreiben des Kf. vom 14./24.[3]) beantworten solle. Anfänglich gedachte er zu schreiben, ebenso wie er den Schweden den Durch-

[1]) S. die Berichte Béthune's vom 27. Januar, 5. und 11. Februar 1679 (Acta hist. V, S. 183f., 188, 190ff., 473).

[2]) Buonvisi. In der Audienz, welche derselbe am 15. Januar bei dem Reichstage hatte, mahnte er zur Einigkeit, zur Verbindung mit Moskau und zur Erneuerung des Krieges gegen die Türken und stellte dazu Geldhilfe seitens des Papstes in Aussicht.

[3]) Kf. hatte (d. Preuß.-Holland 14./24. Januar 1679) Schreiben an die samaitischen Stände und an den G. Feldherrn Pac gerichtet, in denen er seine Absicht, die sich zurückziehenden Schweden zu verfolgen, aussprach, die ersteren um Gestattung des Durchzuges und des Ankaufs von Lebensmitteln bat und den letzteren ersuchte, den Schweden den Durchmarsch zu verwehren und ihm bei der Verfolgung derselben Hilfe zu leisten.

zug verweigert, könnte er ihn auch dem Kf. nicht verstatten, dieses aber sollte nur zum Schein geschehen und Kf. sich daran nicht zu kehren brauchen. Damit war er aber nicht zufrieden und endlich sind sie übereingekommen. da Kf. den Durchzug nicht suchte, sondern solches Recht ex pactis genugsam zu behaupten hätte, sollte er seine Antwort nur auf den begehrten Proviant einrichten. Sonst verspricht er, nicht nur den Durchzug nicht zu wehren, sondern die litauischen Tataren anzuweisen, sich an die Schweden zu hängen und ihnen allen möglichen Abbruch zu tun. Der K. G. Feldherr bezeugt sich auch sehr begierig, von des Kf. glücklichen Progressen Nachricht zu haben.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 1. Februar 1679.

[Mitteilungen Pac's. Bitte um Audienz.]

Der litauische G. Feldherr hat ihm hinterbringen lassen, der Hof suche[1]) durch alle ersinnlichen Mittel den K. G. Feldherrn von ihm abzuziehen und mit Lubomirski zu vertragen, letzterer habe wirklich die von demselben geforderte Satisfaktion angenommen.[2]) Man suche seinen gänzlichen Ruin, die litauische Armee solle durchaus abgedankt und dann eine neue unter dem Kommando des Fürsten Radziwill als Unterfeldherrn gerichtet werden. 1. Febr.

Nachdem er das geänderte Kreditiv an die Stände erhalten, hat er vor acht Tagen um eine Privataudienz bei dem Könige und um eine öffentliche bei allen Ständen nachgesucht, aber noch keinen Bescheid erhalten.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 4. Februar 1679.

[Eindruck der Erfolge des Kf.]

— Nach den Successen, so der Allerhöchste Ew. Chf. D. bei den ersten Kriegsoperationen verliehen, äußert man sich mehr und mehr mit Mißvergnügen kegen den Feldmarschalck Horn und will fast niemand 4. Febr.

---

1) S. die Relationen Béthune's vom 27. Januar und 5. Februar 1679 (Acta hist. V, S. 183, 188).

2) Die Danziger Sekretäre Schumann und Albertini, welche im Auftrage des Rates von Danzig dem Reichstage beiwohnten, berichten demselben am 30. Januar, der Vertrag zwischen dem K. G. Feldherrn Wiszniowiecki und Lubomirski habe nun seine Richtigkeit, dieser solle deprezieren und in Schreiben an die Seymiken erklären, daß er das, was er an diese ambigue geschrieben, nicht auf den Feldherrn bezogen habe. — Am 1. Februar fand wirklich angesichts des Reichstages die feierliche Aussöhnung beider statt. S. Zaluski I, S. 703.

einige Verständnis mit ihm gehegt haben. Der König selbst saget, es wär sein ganzes Tun nur auf ein Diversion in währender Belagerung von Stralsund angesehen gewesen und hätt er, nachdem es übergangen war, zurückhalten sollen, rühmet Ew. Chf. D. Völker, daß sie, wann Ew. Chf. D. dabei sein, sich halten, als wann sie eisern wären. Hinkegen wären sie in der Ukraine wie Schnee im Vorjahr zerschmolzen. Das französische Geld will nicht so fortfahren wie vorhin. Deßhalben sollen die königlichen Völker in Preußen sehr verlaufen. —

P. S. Der K. G. Feldherr bezeuget über Ew. Chf. D. Successen überaus große Freude.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck.

D. Kukernese 6. Februar/27. Januar 1679. (Conc. v. Gladebeck.)

[Forderung der Auslieferung der von den Schweden zurückgelassenen Geschütze. Mitteilungen eines gefangenen Kanzleibeamten über den Inhalt des schwedisch-polnischen Bündnisses.]

6. Febr. Er soll bei dem litauischen G. Feldherrn darauf dringen, daß die von den Schweden auf der Flucht in Samaiten zurückgelassenen Stücke[1]) ihm ausgeliefert würden, und ihm entweder eine gute Diskretion in Gelde oder einige Stücke mit des Kf. Wappen anbieten, ihm auch im Vertrauen mitteilen, vielleicht könnte der König diese Stücke für sich prätendieren oder sie gar den Schweden abfolgen lassen und so der G. Feldherr ganz nichts davon haben.[2]) Er soll ihm auch anzeigen, daß er einen Cancellisten von des Königs Kanzlei, der bei Feldmarschall Horn gewesen, bekommen, welcher aussagt, daß ganz gewiß eine Alliance[3]) zwischen den Königen von Polen und Schweden getroffen wäre, welche er selbst gesehen und gelesen, des Inhalts, daß der König von Polen dem von Schweden 6000 Mann zu Hilfe schicken wollte mit dem Bedinge, daß alle Plätze, welche die schwedische Armee in Preußen okkupieren würde, dem Könige von Polen eingeräumt werden sollten, ausgenommen die Festung Mümmel,

---

[1]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 95.

[2]) Kf. meldet v. H. (d. Kuckernese 8. Februar 1679), die drei Stücke und den Feuermörser hätte er bereits erhalten, die Schweden hätten aber noch zwei Stücke und viele Munition zurückgelassen, und er beauftragt ihn, sich zu bemühen, daß Pac den Consens auch zur Auslieferung dieser Stücke erteile und an den samaitischen U. Kämmerer deswegen schreibe.

[3]) S. diesen Allianzvertrag vom 21. August 1677 Acta hist. III, S. 424ff.; vgl. oben S. 13f.

welche die Schweden bis zu Ausgang des Krieges behalten sollten. Die 6000 Mann aber sollten auch bei der schwedischen Armee verbleiben, wenn dieselbe ins römische Reich, um weiter zu operieren, gehen würde.[1])

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 7. Februar 1679.

[Anfeindungen gegen Pac. Geldzahlungen an denselben. Empfehlung einer Geldzahlung an Jablonowski.]

Die Successe des Kf. machen den Hof überaus perplex, aber auch um so mehr gegen Kf. verbittert, und da sie an Kf. sich nicht zu rächen wissen, greifen sie[2]) den litauischen G. Feldherrn aufs höchste an und bestehen durchaus darauf, daß er seine Armee sofort abdanke, damit dann seine Feinde mit ihm nach Belieben spielen mögen. Er und die Kaiserlichen greifen ihm mit Gelde nach Möglichkeit unter die Arme. Der Kammerjunker Stryszka[3]) hat ihm das Überbrachte bereits übergeben. Er ist nicht dabei gewesen, damit es unvermerkter zuginge und er sagen könne, daß er nichts gegeben und auch keine Ordre deswegen gehabt habe. 7. Febr.

P. S. Wenn Kf. während des Reichstages dem Woiwoden von Reußen die versprochenen 1000 Dukaten sollte überschicken können, würde es merklich zu Beförderung seines Dienstes gereichen.

---

[1]) Kf. sendet (d. Kuckernese 8. Februar 1679) auch das Projekt eines Bedenkens eines vornehmen schwedischen Offiziers sowie zwei zwischen Horn und Liliehoeck gewechselte Schreiben, welche sich auch unter der schwedischen Bagage gefunden und aus denen das schädliche Konzert noch klarer erhelle, zur Mitteilung an Pac und andere Wohlgesinnte. — v. H. erwidert (d. Grodno 16. Februar 1679), Pac habe anfangs Bedenken getragen, die schwedischen Stücke öffentlich abfolgen zu lassen, aus Furcht, sich dadurch in den Verdacht der Parteilichkeit zu setzen und die Samaiten sowie die Armee zu alienieren, er habe ihm aber doch eine Ordre an seinen Vetter, der in seiner Abwesenheit die Armee befehlige, gegeben, worin dieser angewiesen wird, sich nicht zu widersetzen, sondern zu dissimulieren und geschehen zu lassen, daß Kf. die Stücke abholen lasse. Er habe dagegen einen Revers ausgestellt, daß Kf. dafür andere Stücke geben werde.

[2]) S. Béthune's Berichte vom 11. Februar und 5. März 1679 (Acta hist. V, S. 473 (190—192) und 198f.). Auf dem Reichstage kam es darüber am 6. und 7. Februar zu heftigen Szenen, der Richter von Polock Lukomski, der litauische Schatzmeister Sapieha, der G. Marschall Polubinski und der Kastellan von Novgorod griffen Pac auf das heftigste an, doch dieser verteidigte sich und wurde von dem Woiwoden von Troc Oginski und von Gielgud eifrig unterstützt.

[3]) S. oben S. 226. Vgl. v. Buchs Tagebuch II, S. 174, 185.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 19. Februar 1679.

[Lügenhafte Berichte über das Gefecht Schönings mit den Schweden und über den Zustand der schwedischen Armee, Widerlegung derselben durch die Nachrichten aus Liefland. Verhalten der moskowitischen Gesandten.]

19. Febr. Was ihm Kf. wegen Verrichtung des Generalmajors v. Schöning[1]) in Verfolgung der flüchtigen schwedischen Armee hat mitteilen lassen, ist ihm sehr wohl zustatten gekommen. Denn die Franzosen haben[2]) die Stände überreden wollen, von des Kf. Völkern wären über 1500 auf der Wahlstatt geblieben und die Schweden hätten noch 10000 Mann davongebracht, mit welchen sie eine gleiche Zahl Finnen und anderer in Liefland Zusammengebrachter vereinigen und so stärker als vorhin wieder nach Preußen ziehen würden. Auch der Hof hat nicht unterlassen, sich dessen zu bedienen, sondern es den moskowitischen Gesandten mitteilen lassen, um dieselben dadurch kleinmütig und vom Kf. abwendig zu machen. Es widerlegt sich aber jetzt alles durch verschiedene Schreiben, welche dem litauischen Feldherrn zugekommen und von diesem den vornehmsten Senatoren, sowie auch ihm mitgeteilt worden sind, darin[3]) der miserable Zustand der Armee Horns umständlich beschrieben wird, unter anderem, daß in Riga alle Tore stets geschlossen gehalten würden, bis auf ein enges Pförtchen nach der Düna zu, durch das man die vornehmen Reisenden einließe, während die liefländischen Bauern vor der Stadt halten müßten. Es hätte darauf gestanden, daß die Vorstädte hätten sollen abgebrannt werden, nun würden aber die Häuser abgebrochen und das Holz in die Stadt geführt. Die Straßen wären voll geflüchteter Leute, und man höre kontinuierlich das Geschrei von Kindern, der Brandenburger komme und würde die Stadt einäschern. Der Schrecken sei im Lande überaus groß, zum Aufeisen des Stromes und Begießen der Wälle würden auch Frauen herangezogen. Daß von des litauischen U. Kanzlers Fürsten Radziwill Husaren-Kompagnie ein Kamerade, dann des jetzigen Landbotenmarschalls Husaren-Fähndrich und von des G. Feldherrn Panzer-Kompagnie etliche bei dem Scharmützel mit den Schweden[4]) geblieben, deswegen setzt man dem G. Feldherrn stark zu. Er kehrt sich aber daran wenig, sondern wünscht, Kf. möchte, nachdem sich seine Armee etwas rafraichiert hätte, ein starkes Detachement nach Liefland schicken, zu welchem ihrer sehr viele mitzustoßen würden, weil es für die Republik sehr favorabel und angenehm sein würde, wenn die Macht der Schweden in Liefland ganz gedämpft wäre.

[1]) S. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preußen, S. 94 ff.
[2]) S. den Bericht Béthune's vom 24. Februar 1679 (Acta hist. V, S. 473 (196)).
[3]) S. Hirsch a. a. O. S. 102 f.
[4]) S. Hirsch a. a. O. S. 97 f.

Die hier anwesenden moskowitischen Gesandten[1]) haben nur durch einen Dolmetscher mit ihm konferieren lassen. Er hat aus ihren Prozeduren ersehen, daß sie viel mehr zu sondieren gesucht, wessen sie sich der Konjunktion halber zu Polen zu versehen hätten, als von der Diversion in Liefland zu sprechen oder deswegen etwas an den Zaren zu bringen. Sie geben vor, solches liefe nicht mit in ihre Kommission, sondern müsste in der Residenz negotiiert werden.[2])

Wegen der in Samaiten von den Schweden zurückgelassenen Stücke[3]) hat der König an Kf. schreiben wollen, er hat aber den Brief zerrissen und dabei gesagt, er wüßte wohl, daß ihm Kf. nicht wohl würde zu gefallen tun.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Danzig 11./21. Februar 1679.

[Seine Verhandlungen mit den Freunden des Kf. in Großpolen.]

Er hat sich[4]) zu Fastnacht in Posen eingefunden und den Adel daselbst 21. Febr. in ziemlicher Frequenz beieinander gefunden. Die meisten, die es noch mit der Republik halten, bezeugten große Freude über die Erfolge des Kf. wider die Schweden in Preußen. Sie meinten, die Wohlfahrt der ganzen Republik hinge gutenteils davon ab, und ließen Kf. ersuchen, nicht eher mit seiner Armee Preußen zu verlassen, bis man sehe, wie der Reichstag ablaufen und was etwa weiter von der französischen und schwedischen Partei sowohl direkt gegen Kf. wie auch indirekt gegen die Libertät der Republik werde vorgenommen werden. Einige andere, welche vom Hof gänzlich dependieren und für französisches Geld erkauft sind, spargierten zwar heimlich, Kf. wäre nach so vielen Siegen jetzt viel mehr zu fürchten als jemals Schweden, doch wurde ihnen von den anderen gedroht, sie sollten sich mit dergleichen Diskursen ja zufrieden stellen, sonst dürfte es bei dem Fastnachtsspiel noch wohl blutige Köpfe setzen. Er hat bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, wie uneigennützig Kf. immer gegen die Republik gehandelt hätte, darüber geklagt, daß ihm dafür so schlecht gelohnt

[1]) Buturlin und Tschadajew, s. Posselt, Der General und Admiral Franz Lefort I, S. 279.

[2]) Am 27. Februar berichtet v. H., der Sekretär der moskowitischen Gesandtschaft habe ihn besucht und sich darüber beklagt, daß man polnischerseits gar keine Neigung zu der Waffenverbindung gegen die Türken zeige, wenigstens für diese Kampagne, in welcher wohl eine Diversion gegen Kf. nicht ausbleiben werde. Er habe geraten, Kf. möchte mit dem Zaren fleißig korrespondieren, er werde bei demselben schon alle Willfährigkeit finden.

[3]) S. oben S. 230.

[4]) S. oben S. 227.

würde, und sie gewarnt, sich vor den französischen Anschlägen zu hüten, welche eversionem status Reipublicae bezweckten. Gegen die Vornehmsten, Breza und Krytzki, aber ist er weitergegangen, hat ihnen vorgestellt, dem Kf. würde die Last in Preußen allein zu tragen zu schwer, zumal er sehe, daß die Republik zu allen Vornehmen des Hofes still schwiege und sich den französischen Anschlägen nicht widersetze, er könnte wohl endlich dazu gezwungen werden, die Hände sinken zu lassen und sich, so gut er könnte, mit dem Hofe zu setzen. Sie baten aber, Kf. möchte beständig bei der Republik bleiben und nicht seine Armee sobald aus Preußen führen. Besonders Breza berichtete ihm, er hätte aus des Königs Kammer gewisse Nachricht, daß dieser damit umginge, auch wider Willen der Republik mit Kf. zu brechen, und daß er nur darum den Reichstag von Grodno nach Warschau zu verlegen suche, um die Gewalt des litauischen Feldherrn zu schwächen und sich mit den Tatern in Positur zu setzen. Es sei ihm mit der Allianz mit Moskau gegen die Türken kein Ernst. Wenn diese auf dem Reichstage nicht zustande käme, so sollte Kf. es für ein gewisses Kennzeichen halten, daß der König ihn anzugreifen suche. Solchenfalls sei es auch für die Republik besser, daß der Reichstag zerrissen werde, denn dann erhielte diese Gelegenheit, auf den Seymiken in den Woiwodschaften zusammenzukommen und in den König zu dringen, gegen den Frühling einen neuen Reichstag anzusetzen. Dann würden sie, sobald Gras im Felde sein würde, den General in Großpolen zwingen, dort das Generalaufgebot zu publizieren, sie würden auch die Krakausche und Sendomirsche Woiwodschaft bewegen, ihrem Beispiel nachzufolgen und nicht eher abzusitzen, bis ihnen der König Satisfaktion und die Versicherung gegeben hätte, vom Kriege gegen Kf. abzustehen und alle Exorbitantien abzustellen. Er hat ihnen auf ihre Bitte versprochen, ehe er nach Grodno ginge, nach Königsberg zu reisen und ihnen nachher von Grodno aus des Kf. Resolution mitzuteilen. Sie hatten auch erzählt, der K. Schatzmeister[1]) hätte zu seinen guten Freunden in Großpolen gesagt, sie sollten sich wohl vorsehen, daß sie nicht in den Krieg mit Frankreich verwickelt würden, der französische König bemühe sich auf das äußerste, den König von Polen zur Ruptur mit Kf. zu bringen, und er fände am polnischen Hofe die Gemüter dazu ziemlich bereit.

Er hofft, übermorgen in Königsberg zu sein und von dort dann über Like nach Grodno zu reisen.[2])

[1]) Andreas Morstein. Derselbe war auf der Rückreise aus Frankreich in Berlin gewesen und erzählte, wie die Danziger Sekretäre dem Rat am 16. Januar 1679 schreiben, Kf. habe zu ihm gesagt, er werde im Notfall, wenn die Franzosen die clevischen Lande überschwemmen sollten, dieselben aufgeben, die Schweden aber bis auf den letzten Blutstropfen verfolgen. Ähnlich hat sich auch nach Béthune's Bericht vom 5. Februar 1679 (S. 158) v. Hoverbeck dem König gegenüber ausgesprochen.

[2]) Am 10. März berichtet Sc. dem Kf. von der Grenze, von Augustowo, aus, er hoffe am 11. oder 12. in Grodno einzutreffen und dort die ihm mündlich erteilten Aufträge auszurichten.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 22. Februar 1679.

[Verlauf seiner Audienz. Die Schreiben Liliehoecks. Absicht des Hofes, die abgedankten und die in Preußen stehenden Truppen sich mit den Schweden vereinigen zu lassen. Übler Eindruck der Nachrichten vom Friedenskongreß.]

Nachdem man ihn mit allerhand Ausflüchten drittehalb Wochen aufgehalten, 22. Febr. auch abgemahnet hat, nicht durch seine Proposition die schon ohne das sehr verwirrten Reichstagskonsultationen zu hindern oder aufzuhalten (was ohne Zweifel in Reflexion auf die interzipierten Schreiben geschehen), hat er endlich gestern öffentliche Audienz[1]) erhalten und in derselben alles, was Kf. ihm aufgetragen, vorgetragen. Der nominierte Erzbischof von Gnesen tat im Namen des Königs die Vorantwort überaus höflich. Da an die Landboten kein besonderes Kreditiv vorhanden war (was auch früher nicht üblich gewesen, jetzt aber, nachdem der päpstliche Nuntius mit dieser Neuerung begonnen hat, verlangt wird), machte[2]) der Landbotenmarschall Diffikultät, besonders zu antworten, und tat daher der Bischof von Posen die Antwort im Namen der Senatoren und

[1]) In dem Reichstagsrezeß vom 21. Februar heißt es: Der König hatte wieder in seinem Vorgemach den Vergleich der litauischen Grandes vor. Nachdem dies fruchtlos abgegangen, kam er erst spät abends in den Senat, woselbst endlich dem k. brandenburgischen Gesandten die bei der Republik so lange gesuchte Audienz gewährt wurde. Der Resident [Wichert] überreichte das Kreditiv an die Senatoren und die Ritterschaft, das an den König hatte der Gesandte schon bei seiner Privataudienz abgegeben, es wurde aber geholt und auch publice verlesen. Darauf trug der Gesandte in einer wohlgesetzten Rede zuerst des Kf. unverrückte treunachbarliche Freundschaft gegen hiesige Krone vor, führte der Schweden ungerechtesten und allen pactis und getanen Versicherungen zuwiderlaufenden Einfall nach der Mark Brandenburg und Preußen an, verlangte die laut den mutuellen Pakten schuldige Hilfe und tat von dem Anerbieten der Schweden wegen des Herzogtums Preußen gehörige Meldung, indem sie der Republik das offerierten, was ihr ohnedem auf gewisse Maß und Weise zukäme und was sie jetzt ohne unverantwortliche Verletzung der Pakten nicht annehmen könnte. Der Kf. könnte mit weit besserem Fug und Nachdruck Liefland offerieren. Im Namen des Königs antwortete der denominierte Erzbischof als Kanzler und tat von wohlgesinnter brüder- und nachbarlicher Vertraulichkeit große Versicherung. Der Bischof von Posen antwortete namens des Senats und der Ritterschaft auch nur in generalibus.

[2]) In dem Danziger Reichstagsrezeß wird bemerkt: Der Landbotenmarschall, wie er in allen Stücken wenige Diskretion zu gebrauchen gewohnt, gab nomine equestris ordinis keine Antwort, ohngeachtet das Schreiben ad senatum et ordinem gerichtet war. Es riefen ihm zwar viele ex nuntiis zu, dieser devoir gleichergestalt zu satisfazieren, weil aber der Gesandte selbst indem aufstand und abtrat, unterblieb dieses.

auch der Landboten. In betreff der Zerimonien hat er nichts zu desiderieren gehabt. Daß aber unmittelbar nach seiner Audienz[1]) drei gleichlautende Schreiben Liliehoecks an den König, an den Senat und an die Landboten verlesen wurden, haben viele für ein angestiftetes Werk gehalten, zumal darin der litauische G. Feldherr, den er gelobt hatte, des Friedensbruchs beschuldigt und, während er Liefland angeboten hatte, aufs neue Preußen angeboten war, um die Republik zum Kriege gegen Kf. zu disponieren. Das ist nun nicht zu fürchten, wohl aber daß, wenn die litauische Armee abgedankt werden sollte, diese durch französisches Geld den französischen Kreaturen in die Hände gespielt werden und auch die unter den Woiwoden von Marienburg und Pommerellen Stehenden,[2]) obwohl sie in den Dienst der Republik genommen sind, dazu stoßen werden. Auch daß man die Kronarmee von 12000 Mann auf die Hälfte reduzieren will, soll nur dahin angesehen sein, damit die Reduzierten zu den Feinden des Kf. übergehen. Er arbeitet dagegen nach Kräften, hofft auch, daß deswegen einige Konstitutionen zu erhalten sein werden, ob diese aber von Wirkung sein werden, ist sehr zweifelhaft.

Daß der König von Spanien den Kaiser und der Kaiser seine Alliierten (wie hier behauptet wird) bei den Friedenshandlungen preisgegeben, macht den Gegnern des Kf. großen Mut und die guten Patrioten sehr bestürzt, zumal sie hören, daß Kf. um seiner Reichslande willen bald Preußen verlassen will.

[1]) Der Danziger Reichstagsrezeß fährt fort: Hierauf ließ der König vom Thron deklarieren, wie in mercatura ein Trafiquant was ihm an einem Orte abginge, an dem anderen wieder zu kompensieren suchte, wäre es auch hier in Republica zu observieren dienlich, da man, was an der einen Seite den Herrschaften des Reichs evelliert worden, an den anderen zu rekuperieren nötig hätte, zu welchem Zweck der König die von der Krone Schweden de restituenda Ducali Prussia getanenen Offerten der Republik vorstellen lassen. Wie diese angehört, was der k. brandenburgische Minister angebracht, wären auch von dem schwedischen Gesandten Liliehoeck Schreiben angelangt, welche der König auch zu verlesen für nötig hielte. Es wurden also die drei Schreiben an den König, den Senat und die Ritterschaft verlesen, worin er sich beschwerte, daß er sich nicht aus Danzig entfernen könnte, indem der Kf. auf ihn passen ließe, daneben sich heftig über den litauischen G. Feldherrn beklagte, welcher die ohne Belästigung Samogitien berührende schwedische Armee sehr übel traktiert und dadurch die Freundschaft zwischen Schweden und dieser Krone sehr verletzt habe, und nochmals Preußen anbot. Der Person des Kf. war dabei nur mit stetigen Invektiven und Punkturen gedacht, welches alles nach eines jedweden Passion mit Vergnügen oder Ärgernis angehört worden ist. Vgl. Béthune's Bericht vom 24. Februar 1679, S. 473 (196).

[2]) Die Béthuneschen Truppen, von denen der König auf dem 5.—10. Dezember 1678 zu Graudenz abgehaltenen preußischen Landtage (s. Lengnich VIII, S. 171 f.) hatte erklären lassen, daß sie in seinem Dienste ständen. S. Béthune's Bericht vom 11. Februar 1679, S. 473 (190—192).

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 4. März 1679.

[Die Vorschläge des Hofes, geringer Widerstand dagegen. Beabsichtigte Reise des Fürsten Radziwill nach Preußen. Reformation der Königin. Niederlegung der G. Kanzlerwürde durch den Primas. Scheinbare Geneigtheit des Königs zum Bündnis mit Moskau.]

Da die Patrioten sehen, daß der König auf Frankreichs Antrieb einen Krieg 4. März wider christliche Potentaten vorhat, so suchen sie[1]) ihn dadurch davon abzubringen, daß sie auf den türkischen Krieg dringen, dennoch aber skrupulieren sie bei den von den moskowitischen Gesandten gemachten Vorschlägen und angebotenen Konditionen. Hingegen wird vom Hof und dessen Dependierenden angeführt, man müßte[2]) zunächst die Erklärung aller christlichen Potentaten einholen, wieviel sie wirklich beizutragen willens seien, die Stände möchten daher dem König Kontributionen auf zwei Jahre bewilligen, ihm die Unterhandlungen mit den anderen Mächten überlassen, ihm auch anheimstellen, die Armee zu verstärken und in allem, wie er es der Republik zuträglich erachtete, zu verfahren; einen Reichstag im Juni oder Juli zu halten, würde der Sache eher hinderlich als förderlich sein. Viele deuten dieses so, daß dadurch zum absoluten Dominat der Weg gebahnt werde, zumal der König erwähnt, er müßte ausländische Offiziere und Konstabel verschreiben. Es ist aber fast nicht zu begreifen, wie bei dieser sonst für die Freiheit so hoch eifernden Nation sich so viele besonders unter den Geistlichen finden, die nach dem absoluten Dominat sich nicht allein sehnen, sondern auch keine Scheu tragen, dieses öffentlich zu deklarieren, dagegen unter den Weltlichen außer dem litauischen G. Feldherrn Pac, dem Woiwoden von Trocki Oginski und dem Kastellan von Brzesc Piasezinski sich fast keiner findet, der solchem öffentlich mit Ernst widerspreche, wenngleich was angeboten wird. Daher ist das Negotiieren hierselbst nicht nur überaus schwer, sondern ganz unnütz und fruchtlos.[3])

---

[1]) S. eben diese Relation Béthune's.

[2]) Dem entsprechend lauten die Vorschläge in dem von dem König abgefaßten scriptum ad archivum, welches am 8. März dem Reichstage zuging.

[3]) Chwalkowski berichtet 4. März 1679: „Man hat verschiedenen Wohlgesinnten das aus des Königs Intention besorgende höchste Nachteil gehörigermaßen vorgestellt, wann man dergleichen Wichtigkeit einem consilio und also etzlichen, so leicht zu gewinnen sind, überlassen, große Geldsummen bewilligen, bevor man wüßte, ob der Krieg mit der Porte vor sich gehen möchte (wozu I. K. M. nicht inclinieret), die hernach leichtlich auf eine anderwärtige Impresa könnten angewendet werden, auch das größte Kleinod der Freiheit, ohne der Woiwodschaften Einwilligung keine contributiones zu bewilligen, I. K. M. in die Hände geben sollte. Sie begreifen alles sehr wohl, aber es scheinet, daß ein verborgenes Verhängnus darunter, da fast alle die Hände sinken lassen."

Der Fürst von Kletzko,[1]) dem der König die litauische Hofmarschallscharge verschrieben, ist jetzt eben im Aufbruch begriffen, um mit so vielen Freunden, als er nur aufbringen kann, zu Kf. zu reisen und um Resolution wegen der Prinzessin Radziwill anzuhalten. Denselben und auch den U. Kanzler hat sehr allarmiert, daß hier ausgesprengt worden ist, die Prinzessin wollte mit der Kurfürstin hinaus nach Berlin gehen, weil er solchenfalls ganz verzweifelt, seinen Zweck zu erreichen. Er droht, dann die Güter sofort in Besitz zu nehmen, unter dem Vorgeben, er hätte den Consens aller Vormünder, woran aber sehr zu zweifeln ist. Er soll auch den Plotzischen Landfähndrich Klokocky[2]) auf seine Seite gebracht und die Hoffnung haben, dieser werde ihm die Festung Slutzko, das vornehmste Stück der Erbschaft, einräumen. Es wird also wohl so zu menagieren sein, daß die Leute ohne ein schriftliches oder mündliches Engagement bei ihrer Hoffnung gelassen und alles doch differiert werde. Vornehmlich hätte die Prinzessin zu bezeugen, daß sie noch zurzeit nicht an eine Heirat denke, sondern der Kurfürstin aufzuwarten verlange.

Falls der Reichstag sich nicht übermorgen fruchtlos zerschlägt, dürfte er leicht noch 14 Tage dauern. Der Hof wird den Schluß desselben zu beschleunigen suchen, wenn er die sogenannte Reformation oder das Leibgedinge für die Königin[3]) wird zustande gebracht haben. Man hat[4]) den nominierten Erzbischof auf fast schimpfliche Manier zur Niederlegung des großen Siegels gezwungen, nun verzögert man aber die Vergebung desselben aus Furcht, daß die, welche darauf vertröstet worden, wenn sie übergangen würden, um sich zu rächen, diese Reformation zu hintertreiben suchen sollten.

Um der Stände Affektion zu gewinnen, stellt sich der König, als verlangte er, sich mit Moskau gegen den Türken zu konjungieren, daß es aber kein Ernst ist, nimmt man daher ab, daß die vornehmsten Hofkreaturen dem widersprechen, ja es zu hintertreiben suchen. Dem Türken soll bereits ein Wink gegeben sein, er hätte sich an alles hiesige Aufheben garnicht zu kehren.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Königsberg 9./19. März 1679.

[Seine bevorstehende Abreise. Angebliche Machinationen Béthune's.

19. März Er gedenkt am 13./23.[5]) wieder nach der Kurmark Brandenburg aufzubrechen. Mit H.'s Diensten ist er zufrieden, derselbe soll das Ende des

[1]) S. oben S. 69f.

[2]) S. Schiemann in der ebendort genannten Abhandlung S. 131.

[3]) S. darüber Zaluski I, S. 704f.

[4]) S. ebendaselbst S. 704 und Béthune's Relationen vom 24. Februar und 7. April 1679 (S. 196 (473) und 220). Am 7. März wurde das G. Kanzleramt dem bisherigen U. Kanzler Wielopolski übertragen und an dessen Stelle der Bischof von Culm Malachowski zum U. Kanzler ernannt.

[5]) An diesem Tage ist Kf. wirklich von Königsberg abgereist. S. v. Buchs Tagebuch, herausgegeben von Hirsch, II, S. 199.

Reichstages abwarten. Ihm ist diesertage berichtet worden, Béthune[1]) sei nach Ungarn verreist, um dort einige tausend Mann an sich zu ziehen und dieselben herauszubringen, damit sie sich mit den in Preußen stehenden Völkern konjungieren. H. soll zu erfahren suchen, was daran sei und was die Wohlgesinnten dabei für Sentimente haben.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 20. März 1679.

[Vergebliche Bemühungen der Gegner des Hofes. Beabsichtigter neuer Einfall der Schweden in Preußen. Forderung des Königs wegen der Geschütze. Rat Radziwills. Scultetus' Rückkehr.]

Obwohl diesertage verschiedene Landboten freier als bisher für die Freiheit und die Fundamentalsatzungen des Reiches gesprochen,[2]) hat doch der Hof so viel Anhang, daß sie nicht durchzudringen vermögen, hingegen treibt derselbe alles teils durch Bedrohung, teils mit Gift und Gaben durch. Der litauische G. Feldherr hat eine Konstitution wider die heimlichen französischen Werbungen vorgeschlagen und sehr eifrig durch seinen Anhang behauptet,[3]) dieselbe ist jedoch nicht bestanden, sondern an Stelle derselben eine andere, zu der sich der König auch noch sehr schwerlich hat verstehen wollen. Der Reichstag wird zu der Stände höchster Ungelegenheit von Tag zu Tage verzogen, viele von den Senatoren und Landboten, auch von denen, welche die Abfassung der Konstitutionen überwachen sollen, sind schon abgereist, so daß um so leichter 20. März

---

[1]) Diese Nachricht ist irrig, Béthune ist bis zu Ende des Reichstages in Grodno geblieben.

[2]) Am 17. März äußerte auf die Bemerkung eines Landboten Sarbiewski, es sei unwürdig, da man doch nur scabellum regis wäre, diesen mit allerhand verdrießlichen Privatangelegenheiten aufzuhalten, ein anderer, Malachowski, sie wären treue Untertanen des Königs, aber nicht dessen Fußschemel, und die polnische Nation sei nicht gewohnt, gleich anderen zur Dienstbarkeit geborenen Völkern, hoffärtige Rückentreter zu verehren.

[3]) Schon am 15. März wurde von den großpolnischen und litauischen Landboten heftig gegen die fremden Werbungen und die aus Ungarn zurückgekehrten, in den Woiwodschaften herumschweifenden Truppen geeifert und verlangt, daß solche Werbungen scharf verboten und den Woiwodschaften aufgetragen werde, das lose Gesindel niederzumachen. Einige griffen auch Béthune an, der an der Störung der Freundschaft mit den Nachbarn schuld sei und, wenn man ihn noch länger duldete, noch mehr Unheil und Verwirrung anstiften werde. Auch am 16. setzten die Großpolen diese Angriffe fort und wollten den aus Ungarn Zurückgekehrten nicht die am Tage vorher von dem Woiwoden von Lublin Rey beantragte Amnestie bewilligen, doch ohne Erfolg. S. Béthune's Berichte vom 22., 29. und 30. März 1679 (S. 203 ff.).

was durchzutreiben und nach des Hofes Willen und Interesse einzurichten sein wird.

Aus Liefland kommt die Nachricht, daß die Schweden sich des Königsmarck mit offenem Wasser versehen und alsdann wieder in Preußen einzufallen und sich mit den Béthuneschen Völkern zu vereinigen gedenken. Wenn man mit den Ständen spricht, versichern sie, es werde von dem Hof nie dahin gebracht werden, daß ein Krieg wider Kf. erklärt werden sollte, sie wollen aber nicht gutsagen, daß nicht durch Konnivenz von verschiedenen Orten Streifzüge oder Einfälle wie in Ungarn erfolgen sollten.

Der König hat aufs neue an ihn wegen der schwedischen Stücke[1]) geschickt, deren Auslieferung verlangt und erklären lassen, es sei dieses ein point d'honneur, darin man ohne höchsten Nachteil nicht nachgeben könnte. Er hat dieses bestritten und wieder erklärt, dem Kf. käme das, was er dem Feinde auf der Flucht abgejagt, zu. Trotzdem ließ der König durch Witwicki auf eine kategorische Erklärung des Kf. dringen.

Der litauische U. Kanzler Fürst Radziwill hat ihm die Erklärung vom Könige gebracht, derselbe wollte die Kommission nicht in die Konstitutionen bringen, sondern sich vorher mit Kf. über die Prätensionen verständigen, er wünschte auch sehr, sich mit Kf. zu unterreden, wüßte aber nicht, ob die Reichstagsgeschäfte es ihm gestatten würden, an die Grenze von Preußen zu kommen. Der Fürst meinte, ein Mittel zu Stiftung vertraulicher Korrespondenz würde sein, wenn Kf. mit dem König wegen des Pfandschillings auf Draheim traktieren wollte. Doch hat er dazu keine Hoffnung gemacht, da er gemerkt, daß man viel von der Summe zu erlassen prätendieren würde.

Scultetus reist heute zurück und wird ausführlich referieren, was er mit dem Woiwoden abgeredet.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 5. April 1679.

[Schluß des Reichstages, für den König günstiger Ausgang desselben. Hoffnungen auf die Woiwodschaften.]

5. April Nachdem sich der König gestern zeitiger als sonst zur Session eingefunden und diese die ganze Nacht fortgesetzt worden, ist endlich heute um 10 Uhr Vormittag[2]) der Reichstag glücklich zu desselben völliger Vergnügung geschlossen worden, weil er alles, was er begehrt und zu Stabilierung fast unumschränkter Gewalt und Ansehens gereichen kann, durchgetrieben

[1]) S. oben S. 233.

[2]) Irrig. Der Schluß des Reichstages erfolgte am 4. April morgens, nach dem Danziger Rezeß um 8, nach dem Berliner um 9 Uhr.

hat.[1]) Viele der vornehmen Landboten sind ganz bestürzt. Man flattiert sich wohl damit, es werde leicht wieder zu remedieren sein, der König wird sich aber schwerlich, was einmal bewilligt worden, nehmen lassen, überdies könnte es nur mit einhelligem Consens aller Stände geschehen, wozu er es aber nimmer wird kommen lassen.

P. S. Einige vornehme Senatoren haben noch die Hoffnung,[2]) viele Woiwodschaften dürften mit Protestationen gegen die bewilligten Kontributionen und andere Punkte, welche die Landboten nicht in instructione gehabt, einkommen und einen extraordinären Reichstag abdringen, bei welchem vieles zu redressieren sein würde. Allein solches ist mehr zu wünschen als zu hoffen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Grodno 15. April 1679.

[Vorschläge, wie Kf. auf die Kreistage einzuwirken suchen solle. Vermittlungsanerbieten der Königin. Die ihm erteilten Resolutionen.]

In etlichen hundert Jahren ist keinem Könige so viel eingeräumt worden 15. April
als dem jetzigen bei hiesigem Reichstage. Es war dies um so weniger nötig, weil er ohne das fast in allem nach Belieben verfährt. Glücklicherweise gehen die Kreistage erst am 24. Mai an, so daß Kf. Zeit und Gelegenheit haben wird, dieselben durch seine Bedienten zu besuchen. Damit es bei stehendem Kreistage keinen Aufstand abgebe, raten die Affektionierten, Kf. möchte seinen Bedienten wenigstens 14 Tage vorher zuförderst zu Breza in dessen Haus schicken und mit demselben überlegen lassen, wie zu verfahren sei und wem man zu trauen habe. Malachowski[3]) ist dem Kf. schon bekannt, auch der Franstadtsche Burgschreiber Wilintarski hat sich zu aller Willfährigkeit erboten. Der Woiwode von Posen[4]) ist zwar von Béthune sehr karessiert, wo nicht interessiert gemacht

[1]) Die Danziger Sekretäre Schumann und Albertini berichten dem Rat am 4. April: Endlich heute früh ungefähr um 8 Uhr ist per tot discrimina rerum der Schluß des Reichstages erfolgt. Wie erfreut der König darüber ist, zeigen die Worte, die er zuletzt vom Thron abgehend sprach, er freue sich höchlichst, daß dieser so schwierige Reichstag dergestalt ad mentem suam bestanden. S. auch Béthune's Berichte vom 3. und 7. April 1679 (S. 218f.).

[2]) Schumann und Albertini berichten am 12. April, beide Majestäten seien über den glücklichen Schluß des Reichstages herzlich erfreut. Ob aber alles, was hier endlich beschlossen, auf den Relationsseymiken werde genehm gehalten werden, wollten viele bezweifeln, zumal man in dem ad archivum gegebenen scripto dem König in bezug auf Krieg und Frieden zu große Macht eingeräumt und jus vetandi nicht ausreichend garantiert habe.

[3]) S. oben S. 239.

[4]) Christoph Grzymultowski.

worden, doch ist nicht zu glauben, daß er zum Kriege mitstimmen sollte, da seine Güter und seine Starostei zunächst an der Grenze gelegen. Derselbe hat sich auch gegen ihn zu allem Guten erboten, und er hat ihn auf ein gar ansehnliches Rekompens vertröstet, wenn er Kf. deswegen außer Sorgen stellen könnte.

Die Königin[1]) bezeugt große Begierde, den König sowohl mit dem Kf. als auch mit dem Kaiser in gutes Vertrauen zu setzen, doch verlangt sie, man solle ihr etwas an die Hand geben, wodurch sie dem König zeigen könnte, daß Kf. ihm wohlwollte und seine Freundschaft ästimierte, und schlägt die Zurückgabe von Draheim vor. Er aber hat deutlich zu erkennen gegeben, daß Kf. von dem, was ihm in den pactis verschrieben, um der Konsequenz willen nichts entraten könnte, auf andere Weise aber dem König zur Hand zu gehen bereit wäre.

Beifolgend kommt die Resolution,[2]) welche er auf seine Proposition und sein Memorial[3]) erhalten. Er hat dagegen andere responsa comitialia vorgelegt, welche viel besser und höflicher eingerichtet sind, man hat sich aber damit entschuldigt, es könnte nicht mehr geändert werden, da beide K. Kanzler schon weg wären.[4])

P. S. Man glaubt, daß vor den Relationstagen, die am 24. Mai angehen sollen, nichts gegen die Lande des Kf. vorgenommen werden wird, zumal der K. G. Schatzmeister Morstein, welcher in solenner Ambassade nach Frankreich geht, Befehl hat, auf dem Rückweg bei Kf. zu negotiieren.[5])

---

[1]) S. Béthune's Bericht vom 22. März 1679 (S. 205).

[2]) D. Grodnae 11. April 1679: Desideria Serenitatis Vestrae tam literis eiusdem quam ore Illustris et Magnifici Legati nobis regnique nostri ordinibus explicata accepimus, quibus facile utique respondere possemus, nisi priora tam Serenissimi Antecessoris Nostri quam Nostra intercessissent apud Serenitatem Vestram postulata in iis rebus, in quibus vigore Pactorum Bydgostiensium satisfactio per S. V. debita hucusque a Nobis desideratur: aut saltem Commissarios designari, qui cum Commissariis Nostris praetensiones et difficultates discernerent, a S. V. fraterne requisivimus; utque Nostra per omnia facilitate proniorem hoc in negotio animum S. Vestrae redderemus, non cunctabundi Bydgostiensis foederis renovavimus Tractatum. Sed cum hac amicitiae nostrae exhibitione (ut reliquas sileamus) nil praeter continuatas hucusque dilationes experimus in re tam iusta et ad conservandam bonam amicitiam apprime necessaria, iam S. V. non gravatim diiudicabit, an fas est Nobis ultra in desideriis S. Vestrae progredi, cum Nostrae Regnique Nostri praetensiones haereant indecisae. —

[3]) In demselben (s. Acta hist. V, S. 216f.) hatte er daran erinnert, daß Kf. vergebens Versagung des Durchzuges und Hilfe gegen Schweden verlangt habe, und gefordert, daß, da in Liefland und auch in Polen neue Rüstungen, um Preußen anzugreifen, gemacht würden, auf dem Reichstage ein strenges Verbot ergehe, etwas zum Schaden des Kf. zu unternehmen, und daß die, welche sich vom Feinde sollten anwerben lassen, für Feinde des Vaterlandes erklärt würden. Die Gegenpartei hatte aber verhindert, daß dieses Memorial auf dem Reichstage verlesen wurde. S. Béthune's Berichte vom 30. März und 3. April 1679 (S. 214, 218).

[4]) Das Rekreditiv König Johanns für v. Hoverbeck ist Grodnae 17. April 1679 ausgestellt.

[5]) Wichert meldet dem Kf. aus Warschau 17. Mai 1679, der K. Schatzmeister gedenke seine Reise am 24. über Frankfurt a. O. und Leipzig anzutreten. Er habe

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Rhein 29. Mai 1679.

[Neues freundlicheres Rekreditiv. Rat, den König durch Überlassung eines Teiles der Elbinger Pfandsumme zu gewinnen. Geneigtheit des Hofes zu freundschaftlicher Verbindung mit Kf.]

Da er ganz abweichend von den überaus freundlichen Erklärungen des Königs bei seiner Abschiedsaudienz das für ihn ausgestellte Rekreditiv sehr kaltsinnig eingerichtet befunden, hat er sich darüber bei der Königin beklagt. Diese bezeugte darüber große Unzufriedenheit und verlangte von ihm Vorschläge, wie es zu redressieren wäre. Er hat darauf vorgeschlagen, da jenes Schreiben des Königs vornehmlich auf seine in publico consessu aller Stände getanene Proposition gerichtet gewesen, könnte der König ihm ein anderes auf die private Abschiedsaudienz bezügliches zustellen lassen, in welchem die kontestierte Affektion und hohe Erbietung besser ausgedrückt wäre. Ein solches Schreiben hat ihm jetzt der Woiwode von Pommerellen, Graf Dönhoff, zugeschickt. Eine höfliche Beantwortung desselben seitens des Kf. würde viel Gutes stiften. 29. Mai

Weil der König von Frankreich die Freundschaft des Königs von Polen vornehmlich mit Gelde (welches auch bei ihm am meisten vermag) kultiviert, wird Kf. sich der Freundschaft desselben nicht recht versichern können, wenn er nicht etwas Ansehnliches von der Elbinger Summe setzt, was durch andere zur Sicherung seines Staats gereichende Zugeständnisse ersetzt werden könnte. Man begreift am polnischen Hofe wohl, daß Frankreichs Freundschaft und Assistenz (dessen zu hoch steigende Macht und bisherige Prozeduren den Ständen große Ombrage machen) dem königl. Hause nicht so wohl können zustatten kommen wie die Affektion des Kf. und des Hauses desselben, daher auch der königliche Prinz, als er Abschied von ihm nahm, sich nicht nur dem Kurfürsten, sondern auch noch besonders dem Kurprinzen rekommendierte.

---

ihm im Vertrauen gesagt, daß er gern dem Kf. en passant aufgewartet hätte, wenn ihn nicht die verdrießlichen Kommissionen, die ihm seitens des Königs auferlegt werden dürften, davon abhielten.

Abschnitt II.

Brandenburg und Russland 1673–1679.

Einleitung.

Der lebhafte diplomatische Verkehr, welcher während der Jahre 1654 bis 1660 zwischen dem Kurfürsten von Brandenburg und dem moskowitischen Zaren unterhalten worden war,[1]) ist nach der Beendigung des nordischen Krieges nicht weiter fortgesetzt worden. Dem Kurfürsten war es während dieses Krieges gelungen, trotzdem er und der Zar gerade in entgegengesetzter Richtung ihre Stellung zu den hauptsächlich an demselben beteiligten Mächten Schweden und Polen verändert hatten, das mit Rußland durch den Vertrag vom 2. Oktober 1656 begründete freundschaftliche Verhältnis wenigstens äußerlich zu erhalten und einen feindlichen Zusammenstoß mit der russischen Macht zu vermeiden. An den Friedensverhandlungen, welche dem Kriege ein Ende machten, hat der Zar nicht teilgenommen. Er war mit Schweden schon Ende 1658 einen Waffenstillstand eingegangen und hat dann im Juni 1661 mit dieser Macht den ewigen Frieden von Kardis abgeschlossen, dagegen hatte er im Herbst 1658 die seit dem Wilnaer Vertrage vom November 1656 eingestellten Feindseligkeiten gegen Polen wieder eröffnet, und dieser neue russisch-polnische Krieg hat sich bis 1667 hingezogen. Auf dem nördlichen Schauplatze, in Litauen, hat er für die Russen einen unglück-

[1]) S. Urk. u. Akt. VI, S. 701 ff.; VIII, S. 3 ff.; Hirsch, Die ersten Anknüpfungen zwischen Brandenburg und Rußland unter dem Großen Kurfürsten. I. II. (Wissenschaftliche Beilage zum Programm des Königstädtischen Realgymnasiums zu Berlin 1885, 1886); v. Hedenström, Die Beziehungen zwischen Rußland und Brandenburg während des ersten nordischen Krieges 1655—1660 (Marburger Dissertation) Marburg 1896. Die in dem Journal des Ministeriums der Volksaufklärung (Juni-Septemberheft 1900) abgedruckte russische Abhandlung von Forstén: Zur äußeren Politik des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, I., behandelt die Beziehungen des Kurfürsten zu Rußland. Für die Zeit bis 1660 beruht sie auf den vorstehend genannten beiden Schriften, für die spätere Zeit auf den Akten des Berliner Staatsarchivs, russische Materialien sind in ihr nicht benutzt. S. Girgensohn in Sitzungsberichte der Historischen Gesellschaft zu Berlin 1901, N. 2 (6. April).

lichen Verlauf genommen, sie haben allmählich die Gebiete und Plätze, welche sie früher dort jenseit des Dniepr eingenommen hatten, verloren. Auf dem südlichen Schauplatze, in der Ukraine, dagegen haben sie trotz einzelner Niederlagen, hauptsächlich infolge des Wiederabfalls der Kosacken auf ihre Seite, ihre meisten Eroberungen behauptet. Der Krieg aber ist von beiden Seiten mit geringer Energie geführt und zu wiederholten Malen sind mehr oder minder ernstlich gemeinte Versuche gemacht worden, ihn durch Unterhandlungen zu beendigen. Das Bemühen des brandenburgischen Kurfürsten ist in den nächsten Jahren dahin gegangen, in diesen Krieg nicht verwickelt zu werden, aber an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Er befand sich jenen beiden Mächten gegenüber insofern in einer mißlichen Lage, als die Verpflichtungen, welche er gegen die eine und gegen die andere eingegangen war, im Widerspruch zueinander standen.[1]) Durch die Verträge von Wehlau und Bromberg hatte er als jetzt souveräner Herzog von Preußen mit dem König und der Republik Polen ein ewiges Bündnis abgeschlossen und sich verpflichtet, dieselben in jedem künftigen Kriege, welchen sie zu führen hätten, mit 1500 Mann Fußsoldaten und 500 Reitern zu unterstützen. In dem Freundschaftsvertrage mit dem Zaren von 1656 aber hatte er versprochen, keinem Feinde desselben, weder Schweden noch Polen noch sonst einer Macht, gegen ihn Hilfe zu leisten. In dem Wehlauer Vertrage war ferner festgesetzt worden, daß der Kurfürst in den zwischen Polen und Rußland abzuschließenden Frieden unter Gewährleistung der in diesem Vertrage getroffenen Abmachungen, d. h. seiner Souveränität in Preußen, eingeschlossen werden solle. Um jene dem Zaren gegenüber eingegangene Verpflichtung nicht zu verletzen, hat er es zu vermeiden gesucht, Polen gegen denselben Hilfstruppen zu schicken. Als er 1660, gleich nach dem Abschluß des Olivaer Friedens, von polnischer Seite wegen solcher belangt wurde, hat er sich erboten,[2]) statt der Soldaten Munition, Pulver und Lunten zu liefern, und polnischer-

[1]) S. Hirsch a. a. O. II, S. 9. Was v. Hedenström a. a. O. S. 64 Anm. dagegen anführt, ist nicht stichhaltig. Allerdings handelte es sich in dem Wehlauer Vertrage zunächst um ein Defensivbündnis des Kf. mit Polen gegen Schweden und ist in den Separatartikeln unter den gemeinschaftlich zu bekämpfenden Feinden dieses gemeint. Aber ausdrücklich wird dieses auch hier nicht gesagt (es heißt vielmehr: ad expurgandam quibusvis hostibus Poloniam et totam Prussiam Regiam ac Ducalem periculo liberandam) und ebensowenig, daß diese Feinde gemeinsame sein müßten. In dem Hauptvertrage aber ist die Hilfsverpflichtung auf jeden künftigen Krieg ausgedehnt.

[2]) S. Urk. u. Akt. IX, S. 23, 28, 32.

seits ist man damals auch bereitwillig darauf eingegangen. Später hat er[1]) die Verpflichtung zur Hilfeleistung vorläufig unter Hinweis darauf, daß Polen die ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen durch Vorenthaltung von Elbing und Draheim noch nicht erfüllt hätte, in Abrede gestellt und in der Tat Polen gegen Rußland keine Hilfe geleistet. Er hat andererseits in den ersten Jahren, so oft von Friedensverhandlungen zwischen beiden Mächten die Rede war, Anstalten getroffen, um an denselben teilzunehmen und womöglich dabei die Vermittlerrolle zu spielen. Gleich im Sommer 1660, als verlautete, daß solche Unterhandlungen stattfinden sollten, ließ er[2]) dem König von Polen diese Absicht mitteilen und ihn ersuchen, seine Vermittlung anzunehmen. Er erbot sich, an den Zaren einen Gesandten zu schicken und ihn zum Frieden ermahnen zu lassen. Doch erklärte der König von Polen damals einen solchen Versuch für ganz aussichtslos, und so hat er ihn unterlassen. Als er aber[3]) im März 1661 durch den Herzog von Kurland erfuhr, daß der Zar sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt und Königsberg als Ort für dieselben vorgeschlagen habe, beauftragte er den Herzog, demselben zu schreiben, daß er damit zufrieden sei, und ließ zugleich auch dem König von Polen Anzeige davon machen und anfragen, ob er auf dieses Anerbieten eingehen wolle. Aber auch jetzt wollte man am polnischen Hofe von solchen Unterhandlungen nichts wissen, man äußerte sogar gegen den Kurfürsten den Verdacht, daß er mit dem Zaren in einer gegen Polen gerichteten Verbindung stehe. Dagegen aber ließ der Kurfürst[4]) durch die Gesandten, welche er bald darauf an den polnischen Hof schickte, auf das nachdrücklichste Verwahrung einlegen. Zu Anfang des nächsten Jahres 1662 erhielt er[5]) durch seinen preußischen Statthalter, den Fürsten Radziwill, der sich damals auf seinen Gütern in Litauen befand, Nachricht von den glücklichen Erfolgen der Polen gegen die Russen in diesen Gegenden und zugleich wieder von bevorstehenden Friedens- und Allianzverhandlungen zwischen beiden Teilen. Sofort traf er wieder Anstalten, an diesen Verhandlungen teilzunehmen, er beauftragte[6]) den neumärkischen Regierungsrat v. Bornstädt, sich sofort

[1]) S. Urk. u. Akt. IX, S. 240, 311.

[2]) S. ebendaselbst S. 22, 30f.

[3]) Geheimenratsprotokoll vom 8. März 1661, vgl. Urk. u. Akt. IX, S. 217.

[4]) S. Urk. u. Akt. IX, S. 240, vgl. auch S. 311.

[5]) Fürst Radziwill an Kf. d. Slucko 5. Januar 1662.

[6]) Kf. an v. Bornstädt d. Cöln a. d. Spree 20. Februar/[2. März], an v. Schwerin 17./[27.] Februar 1662.

nach Königsberg und dann weiter nach Rußland zu begeben, um als sein Vertreter denselben beizuwohnen. Zugleich erteilte er dem damals in Preußen befindlichen Oberpräsidenten v. Schwerin den Befehl, zusammen mit den preußischen Oberräten die nötigen Vorbereitungen für diese Gesandtschaft zu treffen, und er wies v. Hoverbeck, den er damals wieder nach Warschau schickte, an,[1]) dort zum Frieden zu raten und zu verlangen, daß in diesem Frieden nichts ihm Nachteiliges oder seinem mit Polen abgeschlossenen Bündnisse Zuwiderlaufendes abgemacht, vielmehr er in denselben mit eingeschlossen und daß sein dorthin geschickter Gesandter zur Teilnahme an den Verhandlungen zugelassen werde. Aber auch dieses Mal hat er seine Absicht nicht ausführen können. Schon Anfang März erhielt er[2]) sowohl durch die preußische Regierung wie auch durch v. Hoverbeck die Nachricht, daß die Unterhandlungen zwischen den Russen und Polen sich zerschlagen hätten, und daraufhin erteilte er[3]) Bornstädt, der schon in Königsberg angekommen war und um dessen Ausrüstung sich Schwerin und die Oberräte bemüht hatten,[4]) den Befehl zur Rückkehr. Mehr und mehr mußte er sich überzeugen, daß man polnischerseits weder seine Teilnahme an den Verhandlungen noch weniger seine Vermittlung zulassen wolle. Dagegen schien der Zar diese zu wünschen. Er erfuhr[5]) Anfang 1664, daß derselbe deswegen Schreiben an ihn abgesendet habe, daß diese aber von den Polen aufgefangen seien und ihm vorenthalten würden Um so mehr hielt er an seiner Absicht fest. Als er im Sommer dieses Jahres aufs neue die Nachricht von bevorstehenden Friedensverhandlungen zwischen Polen und Russen erhielt, beschloß er wieder einen Bevollmächtigten dazu abzuschicken. Er bestimmte dazu den in dem Dienst des Fürsten Radziwill stehenden, aber auch von ihm schon früher in seinen Geschäften verwendeten und von ihm zum Hofrat ernannten polnischen Edelmann Johann Mierczynski.[6]) Er beauftragte[7]) denselben, ganz ähnlich wie vorher Bornstädt, sich, sobald Fürst Radziwill es für ratsam befinden werde, an den Ort der Traktaten zu

[1]) S. Urk. u. Akt. IX, S. 314.
[2]) S. ebendaselbst S. 321 f.
[3]) Kf. an v. Bornstädt d. Oranienburg 13./23. März 1662.
[4]) S. Urk. u. Akt. XV, S. 762 f., XVI, S. 4, 6, 8.
[5]) S. Urk. u. Akt. XII, S. 269.
[6]) S. über denselben Urk. u. Akt. IX, S. 26.
[7]) Instruktion für Mierczynski d. Cöln a. d. Spree 15./[25.] Juli 1664.

verfügen, sich zuerst bei den polnischen und dann bei den russischen Kommissaren anzugeben und dahin zu wirken, daß er in den Frieden eingeschlossen und daß nichts ihm und ebenso den Evangelischen in Polen Präjudizierliches in denselben aufgenommen werde. Etwaige Einwendungen von polnischer Seite gegen seinen Vertrag mit dem Zaren, oder von russischer gegen seine Verpflichtung zur Hilfeleistung an Polen sollte er zu widerlegen suchen. Fürst Radziwill aber, dem der Kurfürst die Instruktion für denselben zuschickte, widerriet[1]) die Sendung Mierczynski's als eines Polen. Die polnischen Kommissare würden ihn vielleicht gar nicht zulassen, jedenfalls werde derselbe die Interessen des Kurfürsten nicht so frei wie jemand von dessen eigenen Dienern vertreten können. Er schlug an Stelle desselben den alten, früher mehrfach zu Sendungen nach Polen verwendeten Geheimen Rat v. Oelsnitz oder den Legationsrat v. Kanitz vor, bemerkte aber gleich, es sei den einlaufenden Nachrichten zufolge zu fürchten, daß die Friedensverhandlungen eher geschlossen oder gar abgebrochen sein dürften, ehe ein Abgesandter des Kurfürsten dort erscheinen könnte. Der Kurfürst beauftragte ihn darauf, v. Oelsnitz zur Übernahme der Gesandtschaft zu bewegen, aber der Fürst berichtete ihm bald darauf, daß die Friedensunterhandlungen gescheitert seien, da man polnischerseits die Hoffnung hege, mit Schweden ein Bündnis gegen Rußland abzuschließen.

Die schwedische Regierung hat damals in der Tat durch den nach Warschau gesandten Palbicki mit dem König von Polen über ein Bündnis gegen Rußland unterhandeln lassen, und auch bei den Verhandlungen, welche der Kurfürst in derselben Zeit durch seinen Gesandten v. Crockow in Stockholm wegen des Abschlusses einer Allianz führte, trat die Feindschaft der dortigen Regierung gegen Rußland zutage. Dieselbe äußerte[2]) lebhaften Argwohn gegen den Vertrag des Kurfürsten mit dem Zaren und verlangte, daß er sich zur Garantie der schwedischen Ostseeprovinzen, wenigstens Livlands, auch diesem gegenüber verpflichten und im Fall eines russischen Angriffs auf dieses Land dorthin Hilfe senden sollte. Das hat der Kurfürst aber auf das entschiedenste abgelehnt. Er sei durchaus nicht gewillt, so erklärte er[3]) seinem Gesandten, so gefährliche Bedingungen einzugehen und sich dadurch ohne Not einen so mächtigen Staat, mit dem weder er noch die

[1]) Fürst Radziwill an Kf. d. Königsberg 1. August 1664.

[2]) S. Urk. u. Akt. IX, S. 785.

[3]) Kf. an v. Crockow d. Cöln a. d. Spree 13./23. Dezember 1664 (a. a. O. S. 796 f.).

früheren Herzöge von Preußen eine Irrung gehabt, auf den Hals zu laden. Schwedischerseits hat man auch, nachdem dort die Neigung, mit Rußland wieder Krieg anzufangen, bald geschwunden war, auf dieser Forderung nicht bestanden, sondern ein von dem Kurfürsten vorgeschlagenes Temperament angenommen. In dem Bündnisvertrage,[1]) welcher endlich am 27. März 1666 zustande kam, übernimmt der Kurfürst allerdings auch die Garantie für Estland und Livland, in einem Separatartikel aber wird festgesetzt, daß er wegen seines besonderen Bündnisses mit dem Zaren, im Fall letzterer jene beiden Lande angreifen sollte, nicht zur Truppenhilfe, sondern zur Zahlung von 50 000 Talern verpflichtet sein sollte.

Auch im Jahre 1664 also ist die von dem Kurfürsten beabsichtigte Sendung nach Rußland nicht zur Ausführung gekommen. Er beauftragte[2]) aber die Gesandten, welche er zu Ende des Jahres nach Polen schickte, dort zur Beschleunigung der Friedensverhandlungen zu mahnen, seine Vermittlung anzubieten, wenigstens seine Einschließung in den Frieden zu fordern und sich nach dem Inhalt des von den Polen aufgefangenen Schreibens des Zaren an ihn zu erkundigen. Dieselben erkannten,[3]) daß jene beabsichtigte Absendung zu den Friedensverhandlungen bei dem polnischen Hofe großen Argwohn erregt hatte, suchten diesen aber dem König durch genauere Auseinandersetzung des Sachverhaltes zu benehmen. Über das, wie behauptet wurde, aus Versehen aufgefangene Schreiben des Zaren erfuhren sie[4]) durch den litauischen Großkanzler Pac, daß der Kurfürst darin aufgefordert worden sei, nicht mit Polen, sondern mit ihm zusammenzuhalten, da die Tataren, durch welche Polen den Krieg führen ließe, auch ihm und seinen Landen sehr gefährlich werden könnten. Man schien aber damals in Polen, wo schon infolge des Verfahrens des Hofes gegen Lubomirski der Bürgerkrieg drohte, zum Frieden geneigter zu sein, v. Hoverbeck berichtete[5]) Anfang April 1665 von der Einsetzung einer Kommission, welche die auf dem letzten Reichstage für die zu Verhandlungen mit Rußland ernannten Kommissare beschlossene Instruktion moderieren sollte; man werde sich zur Abtretung Smolensks und wohl auch gar Kiews verstehen. Daß auch russischerseits

[1]) S. Pufendorf l. IX, § 70 (S. 611ff.); v. Mörner, S. 277ff.

[2]) S. Urk. u. Akt. XII, S. 242f.

[3]) S. den Bericht v. Hoverbecks vom 11. März 1665 (a. a. O. S. 265).

[4]) S. den Bericht v. Hoverbecks vom 24. März 1665 (S. 269).

[5]) S. den Bericht v. Hoverbecks vom 6. April 1665 (S. 271f.).

damals der Frieden ernstlich erstrebt wurde, erfuhr er durch den Gesandten, welcher von dort her Ende April 1665 wieder als erster nach siebenjähriger Unterbrechung bei ihm erschien. Es war nicht ein eigentlicher Russe, sondern ein geborener Hamburger, der als Kaufmann und Bergwerksbesitzer in Rußland lebte, namens Petrus Marsilius. Er erschien nicht in feierlicher Gesandtschaft, sondern nur mit wenigen Begleitern in vertraulicher Sendung. Durch Fürst Radziwill, bei dem er in Königsberg Anfang April eingetroffen war, erfuhr[1]) der Kurfürst, daß er außer an ihn auch an den Kaiser und den König von Dänemark abgeschickt sei, um diese Fürsten der Freundschaft des Zaren zu versichern und zur Vermittlung des Friedens aufzufordern. Nach seinen Aussagen wünsche der Zar mit Polen einen ewigen Frieden und eine Allianz gegen die Türken abzuschließen, die Verhandlungen sollten in Kurland, wohin auch die vermittelnden Mächte, zu denen auch England gehören sollte, leichter Gesandte schicken könnten, geführt werden. In Danzig, wo er sich auf der Weiterreise einige Tage aufhielt, führte er[2]) allerhand Reden, die in Polen großen Argwohn erregt haben, der Zar wolle, um zu verhüten, daß der vom polnischen Hofe verfolgte Lubomirski sich an die Türken und Tataren wende, denselben mit 50000 Mann unterstützen und suche daher auch den Kaiser und den Kurfürsten zu Bundesgenossen, er sei beauftragt, sich zuerst zu letzterem, dann zu Lubomirski und dann zum Kaiser zu begeben. Doch scheint er dadurch nur Furcht in Polen zu verbreiten beabsichtigt zu haben.

Marsilius traf am 25. April in Berlin ein. Da er den Wunsch aussprach, incognito zu bleiben, so wurde ihm eine Privatwohnung in der Stadt angewiesen und erhielt er bei dem Kurfürsten eine geheime Audienz, bei der nur der Oberpräsident v. Schwerin und sein Dolmetscher zugegen waren. Wir wissen von dieser Audienz nur, daß er dem Kurfürsten ein Schreiben des Zaren[3]) überreichte, in welchem dieser den Wunsch aussprach, die mit demselben aufgerichtete Freundschaft zu erhalten und zu vermehren, dann den Polen die Schuld wie an dem Ausbruch des Krieges so auch an dem bisherigen Scheitern der Friedensverhandlungen beimaß, mitteilte, daß eine neue Zusammenkunft der beiderseitigen Bevollmächtigten im Juni verabredet sei, daß die Polen aber diese wieder zu verschleppen suchten und sich aufs neue

---

[1]) Fürst Radziwill an Kf. d. Königsberg 7. April 1665.

[2]) Burggraf Krumhausen an den König von Polen d. Danzig 24. April 1665.

[3]) Zar Alexei an Kf. d. Moskau 14./[24.] Februar 7173 (1665).

mit den Tataren verbündeten, endlich die Erwartung aussprach, daß der Kurfürst ihm eine angenehme Antwort erteilen und künftig eine vertraute Person an ihn schicken werde. Eine direkte Aufforderung an den Kurfürsten, die Vermittlerrolle zu übernehmen, ist in diesem Briefe nicht enthalten, der Kurfürst aber hat vielleicht auf Grund von mündlichen Äußerungen des Gesandten denselben so gedeutet[1]) und hat sich bereit erklärt, dafür tätig zu sein. In seiner Antwort an den Zaren,[2]) welche zugleich als Rekreditiv für Marsilius dienen sollte, kündigte er demselben an, daß er bei dem König von Polen und bei den vornehmsten Senatoren und Reichsständen sich um das Zustandekommen des Friedens und um den Abbruch der Verbindung mit den Tataren bemühen und daß er an den Zaren einen Gesandten schicken wolle. Er beauftragte auch sogleich den Fürsten Radziwill, ihm eine zu dieser Gesandtschaft geeignete Persönlichkeit vorzuschlagen. Dem Könige von Polen schickte er eine Abschrift des Schreibens des Zaren zu. In dem Begleitschreiben[3]) stellte er nur demselben und der Republik anheim, ob sie eine Beendigung des Krieges für rätlich erachteten, und bat er nochmals um Auslieferung des aufgefangenen früheren Schreibens des Zaren. v. Hoverbeck aber beauftragte er,[4]) dem Könige vorzustellen, daß derselbe keine Ursache hätte, gegen ihn mißtrauisch zu sein, ihm anzuzeigen, daß er bereit sei, die Vermittlung zu übernehmen, und sich auch wegen jenes Schreibens des Zaren zu bemühen.

Die Verhandlungen mit Marsilius betreffend erfahren wir nur noch,[5]) daß man sich brandenburgischerseits ihm gegenüber beklagt hat, daß in dem Schreiben des Zaren dem Kurfürsten nicht der richtige Titel gegeben sei, und daß man ihm eine Abschrift dieses Titels, wie er dem Kurfürsten von anderen Fürsten zuerkannt werde, mitgegeben hat. Er reiste,[6]) nachdem er mit zwei silbernen vergoldeten Kannen

---

[1]) Geheimenratsprotokoll 24. April/[4. Mai] 1665: „Des Großfürsten in der Moskau Brief an S. Chf. D. verlesen worden, darinnen er Mediation zwischen ihm und Polen suchet."

[2]) Kf. an Zar Alexei d. Cöln a. d. Spree 24. April/[4. Mai] 1665.

[3]) Kf. an den König von Polen d. Coloniae ad Spream 28. April/[8. Mai] 1665.

[4]) Kf. an v. Hoverbeck d. Cöln 28. April/[8. Mai] 1665.

[5]) Protokoll der mit Bohusch am 19./29. August 1667 abgehaltenen Konferenz.

[6]) Aufzeichnung über die Gesandtschaft des Marsilius: „Bei der Abfertigung seind dem Gesandten zum Praesent 2 große silberne ziehr vergüldete Kannen von 212 Thlr. und dem Dollmetscher 24 Thlr. an Ducaten gegeben worden." Von Geschenken, die M. überbracht hätte, verlautet nichts.

beschenkt worden war, am 9. Mai von Berlin über Dresden nach Wien weiter. Der polnische Hof hat bei dem gespannten Verhältnis, in welchem er damals zu dem Kurfürsten stand, noch weniger als früher demselben die Teilnahme an den Verhandlungen mit Rußland gestatten wollen. Der König, dem der inzwischen von Warschau auf seine Güter in Preußen zurückgekehrte v. Hoverbeck die ihm zugegangenen Schreiben durch den polnischen Großkanzler hatte zustellen lassen, dankte in seiner Antwort[1]) dem Kurfürsten für die ihm gemachten Mitteilungen, behauptete aber, daß in dem Schreiben des Zaren der Sachverhalt ganz unrichtig angegeben sei, daß vielmehr die Moskowiter allein die Schuld an dem Scheitern der wiederholt versuchten Friedensverhandlungen trügen. Er teilte allerdings mit, daß auch an ihn ein Kurier des Zaren unterwegs sei, und versprach, dem Kurfürsten von dem Anbringen desselben Nachricht zu geben. Solche Mitteilungen aber sind ebensowenig erfolgt wie die Auslieferung jenes aufgefangenen Schreibens des Zaren, zu welcher der litauische Großkanzler Pac, an den sich v. Hoverbeck deswegen gewandt hatte, Aussicht eröffnet hatte. Aus den Berichten aber, welche v. Hoverbeck durch seine Korrespondenten in Polen zugingen, erfuhr man, daß jener Kurier wirklich Ende Mai in Warschau eingetroffen war, daß er 300 gefangene Polen, denen der Zar die Freiheit geschenkt, mitgebracht und daß darauf der König eben so viel gefangene Russen freigelassen hatte, daß man aber dort der Versicherung desselben, er sei zu Verhandlungen und zum Abschluß eines Vertrages bevollmächtigt, wenig Glauben geschenkt hatte und mit dem Verlangen des Zaren, der Kaiser und der König von Dänemark sollten als Vermittler zugelassen werden, sehr unzufrieden war. Auch jetzt ist es so zu keinen ernstlichen Friedensverhandlungen gekommen und im nächsten Jahre 1666 wurden die Feindseligkeiten erneuert. Daneben aber wurden doch wieder Verhandlungen angeknüpft. Bei diesen stellten[2]) die Russen sehr hohe Forderungen, sie wollten außer Witepsk und Polock alle ihre Eroberungen in Weißrußland und der Ukraine behalten, dazu aber wollten sich die Polen, obwohl der Feldzug für sie einen unglücklichen Verlauf nahm und sie auch schon in Händel mit den Türken gerieten, nicht verstehen, und im Dezember 1666 schienen sich die Verhandlungen ganz zerschlagen zu sollen. Doch bewog das Haupt der russischen

[1]) König Johann Kasimir an Kf. d. Warschau 22. Mai 1665.

[2]) v. Hoverbecks Berichte vom 25. September, 19. und 25. Oktober, 5. und 15. November, 10. Dezember 1666, 3. Januar und 10. Februar 1667.

Gesandtschaft, Nasczokin, die polnischen Kommissare, welche schon abreisen wollten, noch drei Wochen zu warten, inzwischen wollte er selbst nach Moskau zurückkehren und dort neue Instruktionen einholen. Das ist auch wirklich geschehen und nach seiner Rückkehr wurde am 20. Januar 1667 zu Andrussow zwar nicht ein definitiver Frieden aber doch ein Stillstand auf $13^1/_2$ Jahre vereinbart. In diesem[1]) verzichtete der Zar allerdings auf die Woiwodschaften Witepsk und Polock und auf Polnisch-Livland, dagegen sollte er Smolensk, Kiew und seine sonstigen Eroberungen in der Ukraine vorläufig behalten. Beiderseits versprach man sich im Fall eines Angriffs seitens der Türken und Tataren Hilfe und verabredete weitere Verhandlungen wegen Herstellung eines ewigen Friedens in bestimmten Terminen, zunächst im Juni 1669, und, wenn diese nicht glücken sollten, weitere im Jahre 1675. Sollten auch diese erfolglos bleiben, so sollten von beiden Teilen andere christliche Potentaten eingeladen werden, die Vermittlung zu übernehmen.

Der Kurfürst scheint keine weiteren Versuche gemacht zu haben, an diesen Verhandlungen teilzunehmen, auch seine ursprüngliche Absicht, die Gesandtschaft des Marsilius durch eine Sendung nach Moskau zu erwidern, hat er nicht zur Ausführung gebracht. Mitte Januar 1667 allerdings hat er[2]) diesen Gedanken wieder aufgenommen, er beabsichtigte bei dieser Gelegenheit dort auch wegen der, infolge der beabsichtigten Abdankung König Johann Kasimirs, in Aussicht stehenden Königswahl in Polen Eröffnungen machen und den von ihm begünstigten Kandidaten, den Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg, empfehlen zu lassen, aber es ist nichts daraus geworden. Im Sommer dieses Jahres aber erschien wieder ein russischer Gesandter in Berlin. Veranlassung dazu gab eine Bestimmung des Andrussowschen Vertrages, wonach von beiden Teilen der Abschluß desselben allen benachbarten Potentaten, mit denen sie Verträge hätten oder in Frieden ständen, in freundschaftlichen Schreiben durch Abgesandte mitgeteilt werden sollte. Als Überbringer eines solchen Schreibens,[3]) in welchem der Zar zugleich anzeigte, daß er eventuell bei den künftigen Verhandlungen über die Herstellung eines ewigen Friedens die Vermittlung des Kurfürsten in Anspruch zu nehmen wünsche, schickte er einen Beamten der Gesandtschaftskanzlei Basilius Bohusch an denselben. Der Gesandte, ein Russe, der aber der deutschen

[1]) S. Diar. Europ. XVI, Appendix S. 6ff.

[2]) Kf. an seinen Gesandten in Wien v. Crockow d. Cöln 7./17. Januar 1667.

[3]) Zar Alexei an Kf. d. Moskau 4./[14.] Juni 7175 [1667].

Sprache mächtig war und auch sonst als ein „humaner Mann“ bezeichnet wird, erschien[1]) mit einem Gefolge von 13 Personen am 8. August in Königsberg, reiste schon am folgenden Tage weiter und kam am 20. August in Cüstrin an. Da ihm dort von der Regierung nicht der seiner Meinung nach gebührende Empfang zuteil wurde, so bezog er[2]) nicht das ihm in der Stadt angewiesene Quartier, sondern blieb in einem Kruge außerhalb derselben und schickte von dort einen seiner Diener nach Berlin voraus, um sich zu erkundigen, wo ihn der Kurfürst empfangen wolle. Der Kurfürst, der sich in Potsdam aufhielt, befahl[3]) auf die Meldung davon der Regierung in Cüstrin, die Zeche des Gesandten in jenem Kruge zu bezahlen und ihn mit einigen Karossen feierlich aus der Stadt herauszugeleiten, und wies die Geheimen Räte in Berlin an, ihn auch dort je nach seinem Charakter als formeller Gesandter oder nur als Kurier in herkömmlicher Weise ehrenvoll zu empfangen. Bohusch zog[4]) am 26. August in Berlin ein, wurde dort bei dem Ratsmitglied Goltz einquartiert und hatte am 28. bei dem zu diesem Zweck nach der Hauptstadt zurückgekehrten Kurfürsten Audienz. Er überreichte in derselben diesem das Schreiben des Zaren und trug seine jedenfalls dem Inhalt desselben entsprechende Proposition in deutscher Sprache vor, worauf der Oberpräsident v. Schwerin im Namen des Kurfürsten antwortete. Am folgenden Tage hatte er eine Konferenz[5]) mit v. Somnitz und einigen anderen Geheimen Räten, in der er erklärte, der Zar wünsche mit dem Kurfürsten in noch engere Freundschaft zu treten, derselbe habe die Marsilius gegenüber geäußerten Wünsche in betreff des Titels des Kurfürsten erfüllt und erwarte, daß auch dieser ihm immer den gebührenden Titel, so wie er selbst ihn schreibe, geben werde. Er verlangte ferner, daß, da Marsilius auf sein Anbringen keine „beweisliche Antwort“ erteilt sei, eine solche nachträglich ausgefertigt werde, und teilte weiter mit, der Zar werde, wenn die Zeit zu

1) Preuß. Regierung an Kf. d. Königsberg 30. Juli/9. August 1667.

2) Die Geheimen Räte an Kf. d. Cöln 12./22. August 1667, Amtskammer in Cüstrin unter demselben Datum.

3) Kf. an die Geheimen Räte d. Potsdam 13./23. August 1667.

4) Diarium dieser Gesandtschaft.

5) Protokoll vom 19./29. August 1667.

weiteren Friedensverhandlungen herannahen werde, dem Kurfürsten davon Anzeige machen, und er hoffe, daß dieser zur Aufrichtung eines ewigen Friedens mitwirken werde. Die Geheimen Räte suchten[1]) von ihm näheres über die Bedingungen eines solchen ewigen Friedens zu erfahren, er erklärte aber nur, der Zar werde sich, wenn es zu Traktaten käme, schon finden lassen und sich zu ansehnlichen Abtretungen verstehen. Er übergab schließlich eine schriftliche Aufzeichnung seiner Proposition, verlangte, daß ihm auch eine schriftliche Beantwortung derselben ausgehändigt werde, und bat noch um eine geheime Audienz bei dem Kurfürsten. Seine Wünsche wurden sämtlich erfüllt. Noch an demselben Tage wurde von der Kurfürstlichen Kanzlei eine Resolution ausgefertigt, in welcher erklärt wurde, daß auch der Kurfürst zur Erhaltung und Befestigung der Freundschaft mit dem Zaren bereit sei, daß er dessen Verlangen in betreff der Titulatur erfüllt habe und auch künftig unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit erfüllen wolle, daß er dem Zaren zum Abschluß des Stillstandes Glück wünsche, daß die beabsichtigte Absendung einer Gesandtschaft an denselben als Erwiderung der des Marsilius durch die kriegerischen Unruhen verhindert sei, daß er erbötig sei, den Abschluß eines ewigen Friedens mit Polen zu befördern und auch schon vor dem dazu angesetzten Termine seine guten Dienste dazu anzuwenden. Am folgenden Tage (30. August) erhielt dann Bohusch die gewünschte geheime Audienz[2]) bei dem Kurfürsten. Er teilte in derselben mit, man wüßte in Rußland, daß die Türken durch Drohungen Polen zum Bruch des Stillstandes zu bewegen suchten, dem gegenüber möchte sich der Kurfürst bemühen, den Abschluß eines definitiven Friedens herbeizuführen. Denn, fügte er hinzu, die Polen seien einerseits in Gefahr, von den Türken angegriffen zu werden. Der Zar wolle ihnen gern Hilfe leisten, obwohl die Türken sich jetzt nach dem Abschluß des Stillstandes sehr freundlich gegen ihn zeigten, aber für einen ungewissen Freund wage man nicht gern viel; er werde sich also nur, wenn vorher ein solcher Friede abgeschlossen sei, dazu verstehen. Ferner aber herrschten jetzt in Polen heftige innere Wirren, der Zar wollte auch gern dazu helfen, daß die Privilegien der Republik erhalten

[1]) Instruktion für Scultetus vom 29. August/8. September 1667.

[2]) Aufzeichnung darüber von v. Somnitz's Hand.

würden, werde es aber nur unter jener Bedingung tun. Er schlug vor, der Kurfürst möchte dem Zaren von dem, was er in dieser Angelegenheit tun würde, Mitteilung machen und raten, was er tun sollte, aber nicht durch Gesandtschaften, welche viel kosteten und großes Aufsehen erregten, sondern nur durch Schreiben, welche er an den Herzog von Kurland senden könnte. Der Kurfürst erwiderte, er werde sich die Sache überlegen und ihm Bescheid darauf zukommen lassen, erklärte aber gleich die Absichten des Zaren, einen ewigen Frieden abzuschließen und der Republik Polen bei der Erhaltung ihrer Privilegien zu helfen, für sehr löblich und erbot sich dazu gute Dienste zu leisten. Bohusch wiederholte nochmals, daß der Zar vor dem Zustandekommen eines ewigen Friedens nichts für Polen tun werde, und bat endlich noch, der Kurfürst möchte seinem Gesandten in Warschau befehlen, mit dem Gesandten, welchen der Zar dorthin senden werde, gute Korrespondenz zu unterhalten, was auch zugesagt wurde. Nachher hatte Bohusch noch eine Konferenz mit den Geheimen Räten, in der er aber nur Wünsche in betreff der Formalien der ihm mitzugebenden Schriftstücke aussprach.

Zwei Tage darauf, am 1. September, fand seine öffentliche Abschiedsaudienz statt. Es wurden ihm dabei zwei solche Schriftstücke,[1]) die Resolution des Kurfürsten auf die von ihm in der geheimen Audienz vorgebrachten Punkte und ein Schreiben desselben an den Zaren, eingehändigt. In der ersteren erklärte sich der Kurfürst bereit, zu der Herstellung eines ewigen Friedens zwischen Rußland und Polen mitzuwirken, sowie seinem Gesandten in Warschau zu befehlen, mit dem dortigen russischen Gesandten in vertrauliche Korrespondenz zu treten, er versprach ferner, wenn er etwas erfahren sollte, was zur Beförderung eines ewigen Friedens ersprießlich sein könnte, es dem Zaren mitzuteilen und überhaupt gute Freundschaft und Nachbarschaft mit demselben zu unterhalten. In dem Schreiben an den Zaren, welches zugleich als Rekreditiv für Bohusch zu dienen hatte, wurden ähnliche Zusagen gemacht, außerdem aber dem von diesem ausgesprochenen Wunsche gemäß auf das Schreiben, welches der Kurfürst Marsilius mitgegeben habe, hingewiesen und die bisherige Nichterwiderung der Gesandtschaft des letzteren entschuldigt.

[1]) Beide d. Cöln a. a. Spree 22. August/1. September 1667.

Am folgenden Tage (2. September) trat Bohusch, nachdem er eine „Conterfait-Schachtel“ und ein „Juwel mit Perlen und Smaragden“ im Wert von 250 und 550 Talern, sein Sekretär und sein Dolmetscher jeder einen Becher und seine anderen Begleiter und Diener Geldgeschenke erhalten hatten, die Rückreise an. Unterwegs erkrankte er und mußte deswegen schon in Stargard liegen bleiben, er setzte dann zwar die Reise weiter fort und langte am 17. Oktober in Königsberg an, starb aber auf der Weiterreise in Mitau.

Der Kurfürst hat sofort Anstalten getroffen, die Versprechungen, welche er gemacht hatte, zu erfüllen. Da seinem Gesandten in Warschau, v. Hoverbeck, damals der Zutritt zu dem König von Polen verweigert wurde, so beauftragte er[1]) den neumärkischen Kammermeister Joachim Scultetus, den er kurz zuvor in anderen Angelegenheiten an den K. G. Kanzler Leszczynski geschickt hatte, sich noch einmal zu demselben und auch zu dem K. U. Kanzler Olszowski zu begeben, diesen von dem Anbringen des moskowitischen Gesandten Mitteilung zu machen und ihnen zu erklären, der Kurfürst hätte gemerkt, daß es dem Zaren, da man in Rußland einen Türkenkrieg fürchte, ernstlich um den Frieden zu tun sei, und daß Polen so Aussicht habe, einen solchen unter vorteilhaften Bedingungen zu erlangen. Scultetus hat[2]) dem K. G. Kanzler dieses hinterbracht, derselbe bedankte sich dafür und versprach, mit den anwesenden Senatoren die Sache zu überlegen und ihm dann Antwort zu erteilen, doch erfahren wir nicht, ob dieses geschehen ist. Jedenfalls hat man polnischerseits dieser Anregung keine Folge gegeben. Dort trat damals die Frage der Thronfolge in den Vordergrund. König Johann Kasimir schien wirklich gewillt zu sein der Krone zu entsagen, und unter den verschiedenen fürstlichen Personen, welche sich um dieselbe bewarben, erschien auch der Zar, freilich nicht für sich selbst, sondern für seinen ältesten Sohn, den damals fünfzehnjährigen Prinzen Alexei. Der Kurfürst erfuhr[3]) durch v. Hoverbeck, daß bei der zu Ende des Jahres behufs Auswechslung der Ratifikationen des Stillstands abgehaltenen Zusammenkunft polnischer und russischer Kommissare die letzteren eifrig für den Prinzen agitiert, sich sehr

[1]) Instruktion für Scultetus vom 29. August/8. September 1667.

[2]) Scultetus an Kf. d. Krakau 28. September 1667.

[3]) v. Hoverbeck an Kf. d. Warschau 6. Dezember 1667.

nachgiebig gezeigt und den Polen große Versprechungen gemacht hätten. Er hat jetzt ebenso wie früher die Gefahren, welche eine auch nur indirekte Vereinigung Polens mit Rußland auch für ihn herbeiführen würde, wohl gewürdigt und daher v. Hoverbeck beauftragt,[1]) der Wahl des russischen Prinzen entgegenzuwirken und auf dem bevorstehenden Reichstage denen, welche dazu geneigt sein sollten, die Unzuträglichkeiten derselben, namentlich daß man sich dadurch die Nachbarn, vor allen den türkischen Sultan und den Kaiser, zu Feinden machen würde, vorzustellen.

Auch die Abschickung eines Gesandten nach Moskau hatte er zugesagt und auch diese hat er zur Ausführung zu bringen gesucht. Anfänglich bestimmte er dazu den ihm schon früher vorgeschlagenen Freiherrn v. d. Oelsnitz, da dieser aber, als die preußische Regierung Befehl erhielt, ihm dieses anzuzeigen (Januar 1668), schwer krank war und bald darauf starb, so beauftragte er mit der Gesandtschaft den Grafen Friedrich von Dönhoff und ließ für ihn eine Instruktion[2]) entwerfen, in welcher er angewiesen wurde, ein gleiches Traktament, wie man es dort kaiserlichen und königlichen Gesandten zu gewähren pflege, zu beanspruchen, in der öffentlichen Audienz dem Zaren zum Abschluß des Stillstandes mit Polen Glück zu wünschen und ihm zu versichern, daß sich der Kurfürst um die Verwandlung desselben in einen ewigen Frieden bemühen werde. In einer geheimen Audienz oder Konferenz mit den Räten des Zaren sollte er erklären, daß nach den von dem Kurfürsten eingezogenen Erkundigungen die Besorgnis des Zaren, die Polen möchten sich durch die Drohungen der Türken zum Bruch des Stillstandes bestimmen lassen, ungegründet sei, daß vielmehr die Republik zum Eingehen auf den ewigen Frieden geneigt zu sein scheine und daß der Kurfürst sich weiter darum bemühen wolle. Sollte die Thronkandidatur des moskowitischen Prinzen zur Sprache gebracht werden, so sollte er zwar erklären, daß er am Hofe des Kurfürsten davon nichts vernommen hätte, aber doch mitteilen, unterwegs hätte er gehört, daß die Polen große Bedenken dagegen hätten, und bei Gelegenheit auf die Vorteile, welche die Wahl des

---

[1]) Kf. an v. Hoverbeck d. Cöln a. d. Spree 17./27. Januar 1668 (Urk. u. Akt. XII, S. 361.

[2]) d. Cöln a. d. Spree 18./[28.] Februar 1668. S. über diese beabsichtigte Sendung Dönhoffs Urk. u. Akt. XII, S. 380.

Pfalzgrafen von Neuburg auch für den Zaren haben werde, hinweisen. Er erhielt auch ein Empfehlungsschreiben für den Fürsten Radziwill und den Befehl, sich auch selbst dafür zu verwenden, daß demselben die Einkünfte aus seinen jetzt unter russische Herrschaft gekommenen Gütern gelassen würden. Ferner sollte er die Erlaubnis zu erwirken suchen, daß persische und russische Waren den Landen des Kurfürsten zugeführt würden.

Die Gesandtschaft sollte eine feierliche sein, das Personal wurde auf 36 Mann mit 47 Pferden angeschlagen, kostbare Geschenke, darunter ein Kasten und eine Kanne aus Bernstein, sollten mitgeschickt werden, die Gesamtkosten wurden auf 6000 Taler berechnet und der Kurfürst verlangte, daß dieselben ebenso wie die Kosten der früheren Gesandtschaften nach Moskau aus den Mitteln des Herzogtums Preußen bestritten würden. Aber die preußische Regierung erklärte sich dazu gänzlich außerstande und nach langen Verhandlungen mit derselben gab der Kurfürst endlich Anfang Mai die Hoffnung auf, die Gesandtschaft so, wie er es wünschte, zur Ausführung zu bringen. Doch befahl er[1]) der preußischen Regierung, da in Moskau schon bekannt sei, daß eine Gesandtschaft dorthin abgehen solle, dafür zu sorgen, daß eine andere, der russischen Sprache kundige und auch sonst geeignete Person nach Rußland geschickt werde, um unter dem Vorwand, daß Dönhoff durch Krankheit an der Ausführung der Reise verhindert sei, die Geschenke und Schreiben, welche diesem hätten mitgegeben werden sollen, dorthin zu bringen. Die Regierung schlug dazu einen Hofjunker des Fürsten Radziwill, Arcziszewski vor, der Kurfürst war damit einverstanden, und so brach dieser am 21. Juli 1668 von Königsberg auf. Inzwischen hatte der Kurfürst ein Anfang April ausgestelltes Schreiben des Zaren[2]) erhalten, in welchem ihm dieser für die durch Marsilius und Bohusch übermittelten Freundschaftsbezeigungen dankte, ihm anzeigte, daß er den Beginn der Verhandlungen wegen eines definitiven Friedens auf den 27. Februar des künftigen Jahres anzusetzen gedenke, und die Erwartung aussprach, daß der Kurfürst ebenso wie der Kaiser und die Könige von Dänemark und Schweden sich als Vermittler an diesen Verhandlungen beteiligen werde. Wir wissen nicht, ob

[1]) Kf. an die Preußische Regierung d. Cöln 22. Mai/1. Juni 1668.
[2]) Zar Alexei an Kf. d. Moskau 1./[11.] April 7176 [1668].

der Kurfürst infolge dieses Schreibens Arcziszewski noch weitere Aufträge erteilt hat. Jedenfalls wird er sehr verwundert gewesen sein, als er im August durch den Herzog von Kurland erfuhr,[1]) daß dort der jetzige erste Minister des Zaren Nasczokin mit anderen russischen Kommissaren erschienen sei, um mit polnischen und auch mit schwedischen Gesandten wegen der Herstellung eines ewigen Friedens zu unterhandeln, und daß sie auf deren Ankunft, von welcher freilich noch nichts verlaute, warten wollten. Nicht minder befremdet wird ihn die Art und Weise haben, mit welcher Arcziszewski von den Russen behandelt wurde. Derselbe war[2]) nach Mitau gekommen und hatte sich von dort auf den Rat des Herzogs zunächst zu Nasczokin, der sich in Neuhausen aufhielt, begeben. Dieser empfing ihn zwar freundlich, teilte ihm aber mit, daß der Zar ihn beauftragt hätte, mit dem erwarteten Gesandten des Kurfürsten zu verhandeln und demselben Resolution zu erteilen, und daß jetzt, da der Zar fast 1000 Werst hinter Moskau verreist sei, keine fremden Gesandten dorthin kommen dürften. Trotz aller seiner Gegenvorstellungen wollte er ihm nicht gestatten, weiter zu reisen, erbot sich aber endlich, seinetwegen an den Zaren zu schreiben. Arcziszewski wartete vier Wochen ohne Bescheid zu erhalten; als er sich Ende August wieder an Nasczokin wandte, behauptete dieser, die Schreiben des Zaren seien unterwegs naß geworden, der Postillon sei wieder zurückgereist, um andere zu holen. So hätte er noch länger warten müssen, doch erhielt er von dem Kurfürsten, der sich inzwischen nach Königsberg begeben hatte, Befehl, zurückzukehren. Er verabschiedete sich zuerst bei Nasczokin, der ihm mitteilte, daß der König von Polen schon abgedankt und Warschau verlassen habe, sich mit ihm über den voraussichtlichen Ausgang der bevorstehenden Königswahl in Polen unterhielt und dabei auch des Kurfürsten als Kandidaten gedachte, und reiste dann nach Preußen zurück. Zu derselben Zeit erhielt der Kurfürst ein Schreiben Nasczokins,[3]) in welchem ihm dieser anzeigte, daß er von seinem Herrn beauftragt sei, mit ihm zu korrespondieren,

[1]) Herzog Jakob von Kurland an Kf. d. Mitau 4. August 1668.

[2]) Arcziszewski's Reisebericht s. d. (praes. 7./17. Oktober 1668). Vgl. Urk. und Akt. XII, S. 380.

[3]) Nasczokin an Kf. d. Neustadt in Kurland 26. August/[6. September] 7176 [1668].

und daß Arcziszewski jetzt seine Reise nicht fortsetzen könne, und ihn ersuchte, seinem Gesandten in Warschau die Unterhaltung guter Korrespondenz mit dem dortigen russischen Gesandten anzubefehlen, und bald darauf ein Schreiben des Zaren,[1]) in welchem dieser die Mitteilungen Nasczokins bestätigte und ihn aufforderte, mit diesem schriftlich oder durch Gesandte zu verkehren, selbst aber vorläufig es ablehnte, einen Gesandten zu empfangen. Der Kurfürst begnügte sich in einem Antwortschreiben an Nasczokin,[2]) diesem zu den ihm von dem Zaren erteilten Aufträgen zu gratulieren und ihm mitzuteilen, daß er seinem Gesandten in Warschau den gewünschten Befehl erteilt habe. Das ist aber nur zum Schein geschehen, in Wirklichkeit wies er,[3]) beunruhigt durch die ihm aus Polen zugekommenen Nachrichten, daß manche von den dortigen Evangelischen, in der Hoffnung, Religionsfreiheit zu erlangen, der Kandidatur des moskowitischen Prinzen günstig seien, und daß derselbe auch unter dem Adel in Litauen und Großpolen Anhänger habe, v. Hoverbeck wieder an, der Wahl desselben auf jede Weise entgegenzuwirken. Er erhielt auch schon Anfang September die Nachricht, daß infolge der Bemühungen der polnischen Geistlichkeit und des päpstlichen Nuntius diese Partei sehr abnahm, zumal da sich herausstellte, daß der Zar nicht seinen ältesten, sondern seinen zweiten, erst acht Jahre alten Sohn zum König von Polen machen und nicht gestatten wolle, daß derselbe katholisch werde. Diese Gefahr ging auch wirklich vorüber, bei der Königswahl von 1669 ist der moskowitische Prinz gar nicht ernstlich in Frage gekommen. Der Kurfürst, der sich damals dieser Wahl wegen wieder nach Preußen begeben hatte, sandte, als er im Begriff war von dort wieder abzureisen, Ende August 1669 von Königsberg ein Schreiben[4]) an den Zaren, in welchem er demselben seine bevorstehende Rückkehr nach Berlin anzeigte, ferner die Absicht, ihm seine Freundschaft möglichst bald weiter zu kontestieren, aussprach und ihn um einen Paß für seinen dorthin zu schickenden Gesandten bat. Eine Antwort darauf ließ lange auf sich warten, erst im Frühjahr 1671

---

[1]) Zar Alexei an Kf. d. 31. August/[10. September] 1668.
[2]) Kf. an Nasczokin d. Königsberg 14. September 1668.
[3]) S. Urk. u. Akt. XII, S. 378 ff.
[4]) Kf. an den Zaren d. Königsberg 23. August 1669.

erhielt er von privater Seite, durch jenen Marsilius, der als Gesandter bei ihm gewesen war und mit dem Sekretär Hippel in Briefwechsel stand, die Nachricht, daß man in Moskau die Ankunft des angekündigten Gesandten erwarte, und bald darauf traf ein Schreiben des Zaren[1]) ein, in welchem dieser seine Bereitwilligkeit, den Gesandten des Kurfürsten zu empfangen, erklärte und einen Paß für denselben mitschickte. Der Kurfürst hat aber vorläufig davon keinen Gebrauch gemacht, er ließ zwar auf demselben privaten Wege[2]) antworten, daß er jetzt Anstalten treffen werde, um die bisher durch die kriegerischen Verwickelungen verhinderte Abschickung eines Gesandten ins Werk zu setzen, er hat dieses aber, obwohl ein neues Schreiben des Zaren[3]) dessen Empfindlichkeit über das Nichterscheinen des angekündigten Gesandten erkennen ließ, jedenfalls da er keine besondere Veranlassung dazu einsah und die Kosten scheute, noch weiter unterlassen.

Erst Ende 1673 ist wieder eine brandenburgische Gesandtschaft nach Rußland abgegangen. Die Akten dieser ersten Sendung des Joachim Scultetus und der ihr vorangehenden, den Anlaß zu ihr gebenden Gesandtschaft des russischen Majors Paul Minesius eröffnen die Reihe der in diesem Abschnitt vereinigten Dokumente, welche die Beziehungen zwischen Brandenburg und Rußland während der Jahre 1673—1679 veranschaulichen sollen. Die Sendung des Minesius wurde veranlaßt durch das gespannte Verhältnis, in welches Rußland zu der Türkei geraten war. Durch die Unterwerfung eines Teiles der Kosaken unter die türkische Hoheit und durch das Vorrücken türkischer Truppen in der Ukraine sah sich der Zar ebenso wie der König von Polen in seinen Rechten verletzt und in seinem Besitze bedroht. Zwar beteiligte er sich nicht an dem Kriege, welchen der letztere 1672 gegen die Türken unternahm, aber der unglückliche Verlauf desselben versetzte ihn in die höchste Besorgnis, er fürchtete, daß die Türken, wenn es ihnen gelingen sollte, Polen niederzuwerfen, ihre siegreichen Waffen gegen ihn wenden würden.

---

1) Zar Alexei an Kf. d. Moskau 24. März/[3. April] 7179 [1671].

2) Hippel an Marsilius d. Cöln a. d. Spree 25. September/[5. Oktober] 1671. Die betreffende Stelle ist im Konzept von dem Oberpräsidenten v. Schwerin hinzugefügt.

3) Zar Alexei an Kf. d. Moskau 31. Juli/[10. August] 7179 [1671].

Er stellte daher, um die Polen zu weiterem Widerstande zu ermutigen, denselben nachträglich seine Hilfe in Aussicht und suchte ihnen auch andere Bundesgenossen zu verschaffen. Zu diesem Zwecke entsendete er[1]) Ende Oktober drei Gesandte, Minesius an den Kurfürsten von Brandenburg, den Kaiser, Venedig und den Papst, Ukrainzew nach Schweden, Dänemark und Holland, Winius nach England, Frankreich und Spanien, um alle diese Mächte zur Teilnahme an dem Kriege gegen die Ungläubigen aufzurufen. Dieser Versuch war ganz erfolglos, die Gesandten erreichten ihre Bestimmungsorte erst, als Polen schon längst (im November 1672) den demütigenden Frieden von Budziak mit dem Sultan geschlossen hatte, und sie fanden die Staaten, zu denen sie geschickt waren, alle unmittelbar oder mittelbar in den französisch-holländischen Krieg verwickelt und schon deswegen wenig geneigt, sich in die orientalischen Händel einzumischen, sie wurden daher überall mit schönen Redensarten abgespeist. Den Kurfürsten von Brandenburg mußte Minesius im Feldlager aufsuchen, er fand ihn bei Bielefeld, im Begriff nach dem Scheitern der Unternehmungen gegen Turenne den weiteren Rückzug aus Westfalen nach der Mark anzutreten. Der Kurfürst antwortete ihm, daß er den Polen ein Hilfskorps geschickt habe und daß er unter den gegenwärtigen Umständen, bevor er einen sicheren Frieden erlangt habe, außerstande sei, mehr zu tun, daß er aber die schon längst beabsichtigte und in Aussicht gestellte Gesandtschaft an den Zaren demnächst abgehen und durch sie mit demselben über diese Angelegenheit weiter verhandeln lassen wolle. Wirklich hat er, nachdem er im Juni 1673 mit Frankreich Frieden geschlossen und darauf dem König von Polen, welcher inzwischen den Krieg mit den Türken erneuert hatte, weitere Hilfe zugesagt hatte, Mitte August den für diese Gesandtschaft bestimmten neumärkischen Kammermeister Scultetus die Reise antreten lassen. Die Aufgabe desselben war, die freundschaftlichen Beziehungen zu dem russischen Hofe zu befestigen und zu erkunden, ob wirklich und in welcher Weise der Zar an dem Türkenkriege teilzunehmen beabsichtige. Der Erfolg seiner Sendung war ein günstiger. Er ist in Moskau sehr freundlich und ehrenvoll aufgenommen worden und

[1]) S. Brückner, Geschichte Rußlands I, S. 87f.

hat in den Zerimonialfragen erhebliche Zugeständnisse erwirkt. In betreff des Türkenkrieges ist er zu der Überzeugung gekommen, daß der Zar sich nicht direkt an demselben beteiligen wolle, sondern nur, wie schon vorher, durch die von ihm abhängigen Kosaken und andere Steppenvölker den Türken werde Abbruch tun lassen. Diese Voraussagung hat sich als richtig erwiesen, der Zar hat so lange gezögert, bis ihm von den Türken, die inzwischen wieder Ende Oktober 1676 mit den Polen Frieden geschlossen hatten, 1677 der Krieg angekündigt worden ist.

Die folgende russische Gesandtschaft unter Almasow und Domnin, welche im September 1674 bei dem aufs neue auf dem Feldzug gegen Frankreich begriffenen Kurfürsten erschien, war nur eine Erwiderung der Sendung des Scultetus. Die Gesandten haben sicht begnügt, die mit jenem getroffenen Vereinbarungen durch den Kurfürsten bestätigen zu lassen und ihm vertrauliche Mitteilungen über gegen ihn gerichtete feindliche Absichten Schwedens zu machen. Der Einfall der Schweden in seine Lande Ende 1674 veranlaßt dann den Kurfürsten zu neuen Anknüpfungen mit Rußland. Er versucht sofort, den Zaren in dem Rachekriege, welchen er gegen Schweden zu führen gedenkt, zum Bundesgenossen zu gewinnen, und obwohl der Zar unter Hinweis auf den mit Schweden abgeschlossenen ewigen Frieden dieses ablehnt und sich nur dazu verstehen will, diplomatische Schritte zu seinen Gunsten zu tun, erneuert er doch während des weiteren Verlaufes des Krieges diesen Versuch, den Zaren zu Feindseligkeiten gegen Schweden, zu einer Diversion gegen Liefland zu bewegen, zu wiederholten Malen. Zu diesem Zwecke wird Scultetus im Sommer 1675 zum zweiten Male nach Moskau geschickt, darum hat sich der von ihm schon auf seiner ersten Reise dort zurückgelassene, jetzt zum Agenten des Kurfürsten bestellte Hesse zusammen mit den dort anwesenden Gesandten der Bundesgenossen desselben, Hollands und des Königs von Dänemark, zu bemühen. Deshalb schickt der Kurfürst Hesse, der Ende 1676 Moskau hat verlassen müssen, wieder im Sommer 1677 und nochmals, nachdem die Schweden in Preußen eingefallen sind, Ende 1678 dorthin. Aber weder der Zar Alexei hat sich angesichts des drohenden Türkenkrieges und der in Rußland selbst herrschenden Zerrüttung und Unzufriedenheit entschließen können, einen solchen neuen Krieg anzufangen, noch weniger dessen ihm im Jahre 1676 auf dem Throne folgender Sohn Feodor, zumal da unter

ihm eine den Fremden abgeneigte Partei am Hofe das Übergewicht gewinnt.

Der eigentliche Zweck der russischen Gesandtschaft unter Almasow, welche, nachdem sie vorher in Dänemark gewesen war, Ende August 1679 am Hofe des Kurfürsten erschien, ist aus den erhaltenen Akten nicht zu erkennen. Dieselben zeigen nur, welche Schwierigkeiten es gemacht hat, in den von Almasow angeregten Zerimonialfragen zu einer Einigung mit ihm zu gelangen.

Zar Alexei Michailowicz an den Kurfürsten. D. Moskau im Jahr 7187 [1672] 11./[21.] Oktober.[1])

[Anfrage wegen Hilfeleistung gegen die Türken. Beglaubigung des Gesandten Minesius.]

Obwohl der König von Polen ihm gegen die in die Ukraine eingefallenen Kosaken und Tataren entgegen der in dem Friedensvertrage übernommenen Verpflichtung keine Hilfe geleistet, hat er dennoch demselben gegen die ihn jetzt bedrängenden Türken und Tataren auf seine Bitte Hilfe zugesagt. Er fragt an, ob auch Kf. demselben Hilfe leisten wolle, und fordert ihn auf, wenn das der Fall sein sollte, ihm schleunigst durch Schreiben mitzuteilen, auf welche Art, zu welcher Zeit und an welchem Orte er dieses werkstellig machen wolle, damit nicht nur durch Gesandte beider Teile dieses Werk expediert und sie beide des in Bereitschaft stehenden Sukkurses versichert sein, sondern auch Ort und Zeit zu einer Unterredung ihrer beiderseitigen Gesandten festgesetzt werden könne. Er ersucht ferner Kf., auch an die übrigen christlichen Fürsten wegen dieses Heidenkrieges zu schreiben, besonders die Könige von Frankreich und von England zu erinnern, daß sie die Waffen, welche sie gegen Holland ergriffen, gegen den allgemeinen Feind der Christenheit, den türkischen Sultan, gebrauchen möchten. Überbringer dieses, der Major seiner Fußvölker Paulus Minesius,[2]) hat auch Befehl, sich mit die erwähnte Sache betreffenden Schreiben zu anderen christlichen Fürsten zu begeben. 21. Okt.

---

[1]) Dem russischen Original liegen eine lateinische und eine deutsche Übersetzung bei.

[2]) Über denselben und seine Gesandtschaft s. Relation du vogage en Russie fait en 1684 par Laurent Rinhuber (Berlin 1883), S. 25; Brückner, Laurentius Rinhuber (Beiträge zur Kulturgeschichte Rußlands im 17. Jahrhundert, Leipzig 1887), S. 222ff., Russische Diplomaten im 17. Jahrhundert (Russische Revue XXVIII) S. 57f., und Geschichte Rußlands I. (Gotha 1896), S. 115. Die preußische Regierung berichtet dem Kf. (d. Königsberg 20./30. Dezember 1672), gestern seien aus Moskau zwei Envoyés mit einer Suite von 17 Personen angelangt. Der eine, ein Schotte von Nation, ein Major, gehe zu Kf., dem Kaiser, der Republik Venedig und dem Papst, der andere, ein geborener Moskowiter, aber von deutschen Eltern, nach Holland, Frankreich, England und Spanien, um eine Allianz gegen die Türken zu schließen. Sie hätten dieselben durch den Hauptmann von Pr. Holland (Achatius v. Borck), einholen

Der Kurfürst an den Zaren. D. Sparenberg 11./[21.] Februar 1673. (Conc. mit Zusätzen von O. v. Schwerin.)

[Unmöglichkeit jetziger Hilfeleistung. Ankündigung einer Gesandtschaft. Verweis auf Minesius' Bericht.]

21. Febr. Dem Zaren gebührt Dank dafür, daß er Polen zu Hilfe seine Waffen gegen die Feinde des christlichen Namens gewendet hat und noch weiter dazu geneigt ist. Auch er hat[1]) dem König und dem Königreich Polen eine ansehnliche Hilfe zugeschickt, würde auch jetzt solche gern schicken. Weil aber der König von Frankreich in seine im römischen Reich gelegene clevische und märkische Lande eingefallen ist und dieselben besetzt hält, so muß er zuvor sich bemühen, mit seinen und seiner Alliierten Armeen das Seinige zu rekuperieren und einen sicheren Frieden zu machen. Es würde ihm angenehm sein, wenn der Zar die Könige von Frankreich und England ermahnen möchte, bald Frieden zu machen und nach seinem Beispiel ihre Macht gegen den Erbfeind des christlichen Namens zu wenden.

Er ist jedoch erbötig, auf des Zaren Begehren an andere christliche Potentaten zu schreiben und sie zur Hilfeleistung gegen den Türken zu ermahnen. Da er bisher wider seinen Willen infolge stetiger Kriege und dieses Unwesens verhindert worden, an den Zaren eine Abschickung zu tun, so will er dieses doch ehestens werkstellig machen und mit dem Zaren aus diesen Sachen und was er noch für Hilfe möchte schicken können, reden lassen.

Minesius, der seine Verrichtung hier wohl und mit guter Geschicklichkeit abgelegt hat, wird seine Resolution behörig zu referieren wissen.[2])

---

lassen und bei dem Ratsverwandten Meinicke am Altstädtischen Markt einquartiert, wo sie in des Kf. Namen freigehalten würden, sie wollten sie auch weiter durch den Hauptmann von Holland bis Marienwerder fortbringen lassen. Dieselbe meldet 3. Januar 1673, die moskowitischen Gesandten seien erst gestern weitergereist. Sie seien beide über die Gewohnheit feine, höfliche, geschickte Leute, besonders der eine, Paulus Minesius, ein Katholik, in der lateinischen und französischen Sprache wohlerfahren. Da er Kf. nicht in seiner Residenz zu Cöln a. d. Spree finde, so werde er sich zuerst nach Dresden begeben, um ein Schreiben des Zaren an K. Sachsen zu übergeben, dann aber seine Reise zu Kf. und weiter zum Kaiser und nach Italien fortsetzen. Die Geheimen Räte berichten (d. Cöln a. d. Spree 21./31. Januar 1673), der moskowitische Gesandte sei vorgestern dort angelangt und heute zu Kf. nach Sparenberg weitergereist. Auf sein Begehren sei er ebenso wie die früheren moskowitischen Gesandten verpflegt worden. Vgl. Pufendorf l. XI, § 109 (S. 868).

[1]) S. Urk. u. Akt. XII, S. 534ff.; Kriegsgeschichtliche Einzelschriften, herausgegeben vom Großen Generalstabe V, S. 4ff.

[2]) Über die Verhandlungen mit ihm findet sich in den Akten nur eine Aufzeichnung der Forderungen, welche M. in betreff des Zerimonials bei der Audienz, die auf dem Sparenberg stattfand, gestellt hat. M. reiste darauf zunächst nach

Der Kurfürst an den Zaren Alexei Michailowicz. D. in unserm churfürstlichen Residenzschlosse zu Cöln a. d. Spree den 12. Monatstag Augusti im Jahr nach unsers Heilandes und Seligmachers Jesu Christi gnadenreichen Geburt 1673. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Sendung des Scultetus. Bereitwilligkeit zur Hilfeleistung gegen die Türken, Anfrage wegen der Absichten des Zaren.]

Er hat zwar vorlängst versprochen, auch allezeit beabsichtigt, jemand an 22. Aug. den Zaren zu schicken und denselben zu versichern, wie begierig auch er sei, mit ihm Freundschaft und gute Nachbarschaft zu halten, er ist aber bisher daran durch stetige Kriege und Abwesenheit verhindert worden. Nachdem er aber jetzt mit dem König von Frankreich Frieden geschlossen und ihm seine von diesem besetzten Lande restituiert worden sind, schickt er seinen Legations- und Amtsrat Joachim Joachimowicz Scultetus, den er beauftragt hat, dem Zaren für die ihm erwiesene Ehre zu danken und ihn seiner Freundschaft zu versichern.

Auch er wird nicht ermangeln, dem König und der Krone Polen gegen die Türken zu assistieren,[1]) wenn nur zuförderst die der Gesamthilfe halber von dem römischen Kaiser, dem König von Schweden und dem König von Polen zu Warschau beliebten Traktaten ihre Endschaft erreicht haben werden, er hat aber bereits etliche Regimenter seiner Armeen auf allen bedürfenden Fall in sein Herzogtum Preußen voranmarschieren lassen und ersucht den Zaren, ihn wissen zu lassen, wie stark er der Krone Polen zu Hilfe kommen und an welchen Ort er seine Völker schicken wolle, damit er sich darnach richten könne, oder ob er auch einen Abgesandten nach Warschau schicken wolle. Die übrigen christlichen Potentaten sind leider noch meist im Kriege gegeneinander begriffen,

---

Dresden weiter, Ende April war er in Wien (s. Urk. u. Akt. XIII, S. 581). Über seine Rückreise findet sich folgende Kanzleinotiz: „Der moskowitische Abgesandte H. Paulus Menesius ist den 28. Dezember 1673 Abends von Rom und andern Orten alhier zu Cöln a. d. Spree angelanget und bei Tilman Eschenbrüchern logiret, den 31. Dezember aber wieder nach der Moskau abgereiset und seinen Weg auf Danzig durch Cüstrin, Neumarck, Pommern und Preußen genommen. Die ganze Zeit über ist er alhier wie auch unterwegens in S. Chf. D. Landen defrayret und mit einer Karosse und Postwagen fortgeschafft.“

[1]) S. über die Verhandlungen mit dem deswegen Ende Juli bei Kf. erschienenen polnischen Gesandten Felix Morstein Urk. u. Akt. XII, S. 556ff., XIV, 1, S. 710.

er hofft aber, daß sie sich auf des Zaren Abschickungen zum Frieden bequemen und nach dessen Beispiel ihre Macht gegen den Erbfeind des christlichen Namens gebrauchen werden.

Er bittet, seinen Gesandten nicht lange aufzuhalten, sondern bald wieder zu ihm abzufertigen.[1])

Der Kurfürst an Scultetus. D. Cöln a. d. Spree 12./[22.] August 1673. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Instruktion für die Gesandtschaft nach Moskau.]

22. Aug. Aus beigefügter Abschrift unsers an den Czar und Groß-Fürsten in der Moskau gerichteten Schreibens wirstu mit mehrem ersehen, was deine Verrichtung bei demselben sein solle. Gleichwie nun dieselbe nur bloß

[1]) Kf. hatte schon 12./22. März 1673 von Minden aus den Geheimen Räten in Berlin Anzeige von dem Erscheinen des Minesius bei ihm in Bielefeld und von seiner demselben erteilten Antwort gemacht, seine Absicht, seinerseits an den Zaren einen Gesandten zu schicken, kundgegeben und sie aufgefordert, ihm eine dazu geeignete Person vorzuschlagen, eine Instruktion für dieselbe zu entwerfen und ihm wegen der mitzusendenden Geschenke Vorschläge zu machen, doch waren dieselben diesem Befehl nur teilweise nachgekommen. Am 1./11. Juni zeigt Kf. von Cöln a. d. Spree aus Scultetus an, daß er ihn als Gesandten nach Moskau zu schicken beabsichtige, und befiehlt ihm, sich zu der Reise bereit zu halten. Entsprechend den Wünschen, welche Sc. in einem Memorial (s. d.) ausspricht, weist er (d. Quartschen 23. Juli/2. August 1673) Heidekampf an, für Sc. 2000 Taler in Gold oder Silber bereit zu halten und ihm für den Notfall einen offenen Wechsel über 500 Taler mitzugeben, ferner ihm zur Ausrüstung für die Reise 1000 Taler zu zahlen, und (d. Quartschen 23. Juli/2. August 1673) die preußische Regierung, seine Reise zu befördern, ihm, was er aus der Hofapotheke und an Zinn und anderem Gerät brauche, abfolgen zu lassen, ferner (d. Königsberg i. d. Neumark 4./14. August 1673), die Präsente, welche Graf Dönhoff (s. oben S. 261) habe mitnehmen sollen, aufzusuchen und Sc. zuzustellen. Da von diesen Geschenken aber nur noch zwei Stücke (ein Kasten aus Bernstein und eine vergoldete Traube) vorhanden sind, so erteilt er (d. Oranienburg 4./14. September 1673) der preußischen Regierung den Befehl, für etwa 2000 Taler weitere geeignete Geschenke anzuschaffen und (d. Schönbeck 9./19. September 1673) dem preußischen Stallmeister Schimmelpfennig, zwei Pferde, die Sc. dem Zaren präsentieren könne, zu besorgen. Die preußische Regierung berichtet 16./26. und 19./29. September über die von ihr besorgten Geschenke. Laut einer der letzteren Relation beiliegenden Spezifikation bestehen dieselben aus:

in Renovirung der vorigen Freundschaft und derselben Bestätigung bestehet, also hastu auch Deine Proposition dahin zu richten, auch bei der Audienz dem Czaren mit mehreren zu gratuliren, daß er durch göttlichen Beistand unlängst seine Rebellen gedämpfet und die innerliche Unruhe mit gutem Succeß gestillet.[1]) Würde man sich aber mit Dir wegen des Succurses, so man allerseits der Krone Polen wieder den Erbfeind thun wollte, zu vergleichen begehren, so hastu Dich defectu mandati zu entschuldigen und anzuzeigen, daß dieses nirgends anders und bequemer als zu Warschau verglichen werden könnte, als woselbst auch der Römische Keyser, die Kron Schweden und wir dergleichen thun würden. Wir stelleten also zu des Czaren Belieben, ob er auch daselbst seinen Abgesandten haben und hierüber instruiren wollte.

Sonsten hastu bei unser Registratur in den vorigen relationibus, so unsere Abgeschickte nach der Moskau gethan, nachzusehen, wie es mit der Reception gehalten, und darin keine Aenderung vorgehen zu lassen. Inmaßen Du dann auch zur Nachricht mitnehmen kannst, auf was Art der neulich an unserm Hofe gewesene Czarische Abgesandte Paulus Minesius von uns tractiret worden.

Was Du nun bei dieser Verschickung sowohl unterwegens als in der Czarischen Residenz negotiiren oder sonst in einem und andern anmerken wirst, solches hastu in ein Diarium zu bringen, uns solches bei Deiner Zurückekunft einzuliefern und, so oft es geschehen kann, von Deiner Verrichtung auf der Post unterthänigst zu referiren. —

---

1. einem Bernsteinkasten für 2000 Fl. poln.;
2. einer silbernen Tischuhr für 900 Fl.;
3. einem bernsteinernen Kronleuchter nebst zwei ebensolchen Leuchtern für 650 Fl.;
4. einer bernsteinernen Schale mit Fuß und Deckel für 300 Fl.;
5. einem silbernen vergoldeten Pokal für 600 Fl.

An Silber und Gold zur Einfassung des Kronleuchters und der Schale werden 600, für die blausammetnen Decken für die zwei Pferde 900 Fl. gerechnet. Die Geschenke kosten so zusammen 5950 Fl. poln. = 1983 $^1/_3$ Taler. Vgl. v. Köhne, Berlin, Moskau, St. Petersburg 1649—1763 (Schriften des Vereins für die Geschichte der Stadt Berlin), S. 14. S. über diese Gesandtschaft Pufendorf l. XI, § 109 (S. 868) und Joh. Arnhold v. Brand (derselbe begleitete Sc. als Hofjunker), Reysen durch die Marck Brandenburg, Preussen, Churland, Liefland, Plesscovien, Groß-Naugardtien, Tweerien und Moscovien, herausgegeben von v. Hennin (Wesel 1702).

[1]) S. über den Aufstand unter Stenka Rasin (1667—1671) Herrmann, Geschichte des russischen Staates III, S. 682 ff.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Pleskow 9. November st. n. 1673.[1])

[Empfang an der Grenze. Ankunft in Pleskow.]

9. Nov. Am 6. ist er[2]) mit seinen Leuten an die Grenze gerückt und jenseit des dieselbe bildenden Baches Magositze von dem Pristaff mit zwölf Strelitzen empfangen worden. Dieselben geleiteten ihn nach dem nahe anliegenden gleichnamigen Dorfe, wo ihm eine Rauchhütte als Quartier angewiesen und Getränke und Viktualien geliefert worden.

Am folgenden Tage ist er in Begleitung dieser Strelitzen bis unter Pleskow gerückt und in der Vorstadt in dem Quartier, wo der Englische und der Holländische vordem gestanden, logiert worden. Eine Stunde darauf kam der Translateur, von dem Woiwoden Wasili Semanowitz geschickt, zu ihm, brachte einen neuen Pristaf mit sich, der ihn, seiner Aussage nach, bis Moskau begleiten sollte, und erkundigte sich, ob er Präsente für den Zaren mitbrächte und ob er ihm nicht die Spezifikation derselben aushändigen wollte. Er hat erwidert, daß er Präsente für den Zaren mitführte, aber nicht instruiert wäre, die Spezifikation davon zu geben, und er hat dann seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß der Woiwode ihn nicht vor der Stadt habe empfangen lassen. Jener erwiderte, es wäre bei ihnen nicht gebräuchlich, alle Gesandten würden

. . .

1) Nach der Finalrelation des Scultetus (d. Berlin 16./26. Februar 1674) war derselbe, nachdem er am 14. August 1673 seine „gänzliche Depesche" nach Moskau aus der Geheimen Kanzlei erhalten, am 16. August von Cüstrin abgereist, am 28. in Königsberg angekommen, er hatte dort aber 5 Wochen auf die Fertigstellung der für den Zaren bestimmten Präsente warten müssen. Am 7. Oktober reiste er von dort mit einem Komitat von 18 Personen, 12 Pferden, einer Kutsche und einem Rüstwagen weiter, kam am 21. in Mitau an, wo er, laut einem ausführlichen Bericht vom 23. von dort aus, von dem Herzog Jacob sehr ehrenvoll und freundlich empfangen wurde, reiste am 23. von dort weiter, kam am 25. nach Riga, nahm dort Fuhrleute an, welche seine Bagage und seine Dienerschaft bis an die russische Grenze bringen sollten, und erreichte diese am 2. November bei Neuhausen. Von dort schickte er, wie er am 5. November von ebendorther berichtet, seinen Hofmeister zu dem Woiwoden von Pleskow, um diesem seine Ankunft anzuzeigen. Schon vor dessen Rückkehr aber erschien bei ihm am 5. November ein Pristaf, der ihn im Namen des Woiwoden begrüßte und erklärte, beauftragt zu sein, die nötigen Wagen zur weiteren Fortschaffung seiner Bagage zu besorgen und ihn an der Grenze zu empfangen. An demselben Abend kehrte auch sein Hofmeister zurück mit dem Bescheid, der Woiwode werde ihn durch den Pristaf an der Grenze empfangen lassen, aber selbst ihm keinen Besuch machen, „teils wegen seines Eides, teils wegen der Pfaffen, bei denen er sofort in Suspizion einiger Korrespondenz, darauf sein Kopf stände, inkurrieren würde". Vgl. v. Brands Reisebeschreibung S. 6ff.

2) S. v. Brands Reisebeschreibung S. 168ff.

nur einmal an der Grenze empfangen. Er hat erwidert, er verlangte nichts Neues, sondern nur das, was anderen königlichen Gesandten, die in der gleichen Qualität hier durchgekommen, widerfahren wäre, er wäre auch mit dem bisherigen Traktament zufrieden, wenns nur so bliebe und nicht geändert würde.

P. S. Ein deutscher Kaufmann, der sich hier aufhält, berichtet ihm, daß es mit dem Englischen und dem Holländischen auch nicht anders als mit ihm gehalten worden ist.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Groß-Naugrod 18./28. November 1673.

[Ankunft und Empfang in Nowgorod.]

Er hat[1]) am 10. seine Reise fortgesetzt und ist $16\frac{1}{2}$ Meilen unter Groß-Naugrod angelangt. Da der Woiwode auf der Jagd war, hat er diesen Tag in der Vorstadt bleiben müssen, am folgenden Tage aber meldete ihm der Pristaf, daß der Woiwode Peter Wasilewitz Sczeremetow ihm auf Befehl des Zaren alle Höflichkeit erweisen und ihn am Tor mit einem Schlitten durch einen Sinbojar (Edelmann) empfangen und durch die Stadt bis in sein Haus werde führen lassen. Das geschah auch, doch nahm in dem Schlitten der Abgeschickte die Oberstelle ein und erwiderte, als er dagegen Widerspruch erhob, er empfinge ihn im Namen des Zaren und dem gebühre die Oberstelle, es wäre auch dem Englischen und Holländischen ebenso geschehen. Nachdem sie ungefähr eine Viertelmeile in der Stadt herumgefahren waren, brachte er ihn in sein Quartier. Dort erschien bald darauf ein Diak mit etlichen Strelitzen und brachten des Zaren Gnadentraktament doppelt, angeblich auf Befehl von Moskau her. Da der Woiwode sich ziviler als der von Pleskow bewiesen, ihn auch für seine Person mit Met und vielen Fischen beschenkt hatte, so hat er sich durch den Hofmeister bei ihm bedankt, zugleich aber sich darüber beschwert, daß sein Abgesandter im Hereinfahren gegen die Höflichkeit und das Gastrecht die rechte Hand prätendiert hätte. Jener antwortete, er kennte wohl den Gebrauch anderer Nationen und wünschte, es wäre hier auch gebräuchlich, aber sie wären Sklaven des Zaren und ihr Hals stände in Gefahr, wenn sie das Geringste ohne dessen Vorwissen und Befehl an ihren Sitten änderten. Er hat sich so zufrieden geben müssen, zumal er aus den Relationen Borentins und anderer, die vor ihm an des Zaren Hof geschickt worden, ersehen hat, daß es ihnen ebenso ergangen ist.[2]) 18. Nov.

---

[1]) S. v. Brands Reisebeschreibung S. 184 ff.

[2]) Über die Weiterreise von Nowgorod aus s. ebendaselbst S. 199 ff.

Aus der Finalrelation des Scultetus (d. Berlin 16./[26.] Februar 1674.)[1])

[Einzug in Moskau. Audienz bei dem Zaren. Konferenzen mit den moskowitischen Kommissaren. Abschiedsaudienz und Abfertigung.]

14. Dez. Am 4. Dezember[2]) erreichen sie das Dorf Nikola Derebna. Der Pristaf läßt ihre Ankunft in Moskau anzeigen, darauf erscheint Nachmittag zuerst der Oberst Nikolaus von Staden, um mit Erlaubnis des Kanzlers ihn zu besuchen, und bald darauf ein Goniec mit der Nachricht, daß der Zar befohlen, er sollte noch heute in seine Residenz eingeholt werden. Er befiehlt darauf sofort seinen Leuten, die Lieberey anzulegen und fährt weiter. Eine Viertelmeile vor der Vorstadt finden sie eine Kompagnie russische Reiter, daneben einen mit weißen Bärenfellen und weißem Gaul versehenen Schlitten, in dem der neue Pristaf Alexander Fedrowiz Chorongeow nebst einem Translateur sitzt, und vier weiße mit roten gold- und silbergestickten Sätteln belegte Pferde für seine vornehmsten Bedienten. Als sie ungefähr einen Pistolenschuß voneinander entfernt sind, läßt er halten, der Pristaf aber schickt verschiedene Male zu ihm und läßt ihn bitten, weiter zu fahren. Er weigert sich aber und erklärt, das Herannahen gebühre dem Empfangenden, nicht dem, der empfangen werde, worauf der Pristaf endlich etwas näherkommt, auch nach freundlicher Erinnerung seinerseits zuerst aus dem Schlitten tritt. Nach der Begrüßung nötigt ihn derselbe in den Schlitten, verweigert ihm aber die Oberhand, indem er erklärt, es sei bei ihnen nicht gebräuchlich, daß den Gesandten die Oberhand vergönnt werde. Alle seine Remonstrationen dagegen sind vergeblich, der Pristaf behauptet, er habe in diesem Punkt gemessene Ordre, und dringt zur Rechten. Er erklärt im Fahren, er müßte jetzt Gewalt vor Recht ergehen lassen, werde sich aber gehörigen Orts darüber beschweren. Sie halten darauf um 3 Uhr Nachmittag ihren Einzug in die Stadt, werden schließlich in das Logement, Gesandtenhof genannt, unfern vom Schloß, geführt und ihnen dieser ganze Hof überlassen. Nachher kommen zwei Translateurs zu verschiedenen Malen sich erkundigen, ob er am folgenden Morgen Audienz begehrte. Er gab aber vor, an den Präsenten wäre etwas unterwegs schadhaft geworden, er müßte es erst am folgenden Tage reparieren lassen.

15. Dez. Am 5. Dezember[3]) verabschiedete sich zuerst der alte Pristaf nebst den Strelitzen, die sie von Naugrod ab begleitet hatten; ersterem wurde ein vergoldeter Pokal, den Strelitzen Geld gegeben. Dann kam morgens um 8 Uhr

[1]) Diese Finalrelation beruht auf dem von Sc. während seiner Gesandtschaftsreise geführten Tagebuche, von welchem er einzelne Stücke schon vorher dem Kf. zugeschickt hatte. Dieses Tagebuch hat auch jedenfalls v. Brand für seine Reisebeschreibung benutzt.

[2]) S. v. Brands Reisebeschreibung S. 207 ff.

[3]) S. v. Brands Reisebeschreibung S. 219 ff.

der neue Pristaf Chorangic und berichtete, der Zar wollte ihm schon heute Audienz verstatten; wenn etwas von den Präsenten beschädigt wäre, könnte es durch seine Leute repariert werden. Er zeigte darauf demselben die Präsente, von denen er ein Verzeichnis dem Okolnice[1]) einlieferte. Eine Stunde später erschien zuerst einer aus der Peikase mit15 Strelitzen, welche die Geschenke tragen sollten, und dann der Pristaf wohl angeputzt nebst einem Schlitten des Zaren, der mit weißen Bären- und Leopardenhäuten und einer schönen Atlasdecke belegt war, brachte auch wieder vier weiße Pferde für seine vornehmsten Bedienten mit. Die Geschenke wurden den Russen zum Tragen übergeben und er vom Pristaf auf den Schlitten zur rechten Hand gesetzt. Diese Höflichkeit rührte daher, daß derselbe von ihrem gestrigen Diskurs deswegen dem Okolnice berichtet und dieser ihm darauf den Befehl des Zaren überbracht hatte, ihn den Königlichen gleich zu traktieren und ihm im Auffahren zur Audienz und Konferenz immer die rechte Hand zu lassen. Darauf zogen sie zur Audienz, voran etzliche Strelitzen in roter Lieberey mit ihrem Gewehr, dann folgten die von 15 Russen geführten und getragenen Geschenke, dann seine Bedienten, darauf der Hofmeister, der mit ausgestrecktem Arm das Kreditiv des Kf., mit Taft bedeckt, hielt, darauf der Schlitten, auf dem er und der Pristaf saßen, neben dem vier von seinen und zwölf zarische Laquaien gingen. Als sie vor dem Schloß ankamen, zog der Pristaf zum dritten Male andere köstliche Kleider an. Nachdem sie abgesessen, wurden sie durch einen gewölbten Gang zum Audienzsaal geführt. Dort saß der Zar auf dem Thron, bekleidet mit einem mit Zobel gefütterten Purpurrock, die Mütze war mit großen Perlen geziert, in der rechten Hand hatte er einen mit Silber beschlagenen Stab aus Ebenholz, an dem Mittelfinger der Linken einen hellleuchtenden großen Diamanten. Zu seiner Rechten stand der Okolnice, zur Linken der Schwiegervater des Zaren Kirillow Polujochtowic Naruskin. Auf jeder Seite des Stuhls standen fünf Kammerherren, zur Linken einige Schritte vom Thron saßen 13 der vornehmsten Knesen und Bojaren mit entblößten Häuptern. Als er zur Tür hereintrat, entblößte er das Haupt und stellte sich nach dreimaliger Reverenz dem Zaren gegenüber, links von ihm standen der Pristaf und der vornehmste Dolmetscher, zur Rechten der Hofmeister mit emporgehaltenem Kredenzschreiben. Der Okolnice sagte erst überlaut den ganzen Titel des Zaren her und fragte ihn nach seinem Anbringen. Er nahm darauf das Kreditivschreiben aus des Hofmeisters Hand, recitierte des Kf. Titel, erklärte, er sei abgesandt, um das Schreiben zu überreichen und ferneren Bescheid zu erwarten, und reichte dann dem Zaren das Schreiben. Dieser legte zwei Finger darauf, worauf der Oberpräsident es zu sich nahm. Als er dann zurückgetreten war, legte er auf Aufforderung seitens des Okolnice seine Proposition ab, in der er anzeigte, Kf. sei sehr erfreut über des Zaren Eifer und Sorgfalt für die Wohlfahrt der ganzen Christenheit und wünsche seinen Waffen Glück gegen den Erbfeind, im übrigen dem Zaren anheimstellte, zu anderweitiger Audienz ihm jemand von seinen Geheimen Räten zuzuordnen.

[1]) Oberpräsident.

Nachdem der Dolmetscher, dem er die Proposition schon ein paar Stunden vorher mitgeteilt hatte, dieselbe übersetzt hatte, erklärte der Okolnice, der Zar werde das Schreiben übersetzen lassen und ihn in kurzem bescheiden, jetzt aber nach des Kf. Gesundheit fragen. Das geschah auch. Nachdem er geantwortet, wurden er und nachher auch seine vier vornehmsten Bedienten zum Handkuß zugelassen. Darauf verlas der Reichskanzler Kerpowic von einem Zettel die Geschenke des Kf., welche nacheinander vorbeigetragen wurden. Nachdem dann der Okolnice im Auftrag des Zaren sich auch nach seinem Befinden erkundigt und ihm angekündigt hatte, der Zar werde ihn heute mit Speisen von seiner Tafel begnadigen, nahm er seinen Abschied. Gegen Abend wurde ihr tägliches Gnadentraktament und eine Stunde später zwei Kuchen und allerhand Getränke gebracht; die Speisen von der Tafel des Zaren erhielten sie erst am folgenden Mittag.

16. Dez. Den 6. Dezember zwei Stunden vor Tage kam der Pristaf und kündigte ihm an, er möchte sich fertig halten. Er hätte Ordre, ihn, sobald es Licht sein würde, in die Gesandten-Kanzlei zur Konferenz zu holen. Er holte ihn auch um 9 Uhr mit dem Schlitten ab. Auf dem Schlosse wurde er in eine kleine, gewölbte Stube geführt und dort von dem Reichskanzler Gregorius Karpowic und dem Unterkanzler Jacob Ilgiz Pordichow nebst noch einem Rat Iwan Astawic empfangen. Nach einer Viertelstunde erschien auch der Okolnice Artemon Sergewiz[1]). Derselbe empfing ihn gar freundlich, nahm aber die Oberstelle am Tisch und nötigte ihn, sich neben ihn zu setzen. Darauf fing er an, der Zar hätte sie sämtlich verordnet, um von ihm zu vernehmen, ob er noch etwas Besonderes vorzubringen habe, er sollte demnach nur punktweise proponieren, sie würden es dem Zaren schon vortragen. Er bedeckte sich und erwiderte, was er anzubringen hätte wäre mehrenteils bereits in dem Kreditiv und seiner gestrigen Proposition enthalten, er wollte es aber wiederholen: es bestände in folgenden Punkten:

1. Kf., als des Zaren naher Bundsverwandter und Nachbar, gedächte die bisherige Freundschaft je länger je mehr zu unterhalten, und weil wegen des Türken grausamen Vornehmens wider Polen der ganzen Christenheit nicht geringe Gefahr drohe, die der Zar schon überlegt und deswegen an die christlichen Potentaten hätte Legationen ergehen lassen, so bitte Kf.,

2. der Zar möge ihm im Vertrauen kommunizieren, wie er gedächte, daß der Krieg wider den Erbfeind zu führen sei, damit nicht Polen von demselben vollständig überwältigt und dienstbar gemacht werde,

3. an welchem Ort, zu welcher Zeit und wie stark der Zar diesen Feldzug zu verrichten gedächte.

4. Kf. desideriere deswegen des Zaren Resolution, weil er jetzt seine Völker noch beisammen hätte und nach erfolgter Erklärung sie aus allen seinen

---

[1]) Artemon Sergiewitsch Matwejew. S. über denselben Brückner, Geschichte Rußlands I, S. 568f.

Ländern zusammenziehen und, damit sie Polen desto näher wären, nach Preußen schicken wollte.

5. Weil in kurzem ein Reichstag in Polen sein würde, wobei sich Gesandte des Kaisers, des Kf. und vielleicht auch schwedische einfinden würden, würde des Zaren Erklärung erwartet, ob er auch jemand dorthin schicken wollte.

6. Da Kf. das Vertrauen, welches er zu dem Zaren trüge, jetzt je mehr und mehr, und zwar zum öftern durch Sendschreiben zu renovieren gedächte, so ersuchte er den Zaren, seinen Beantwortungsschreiben immer eine Übersetzung in deutscher oder sonst einer anderen Sprache beizuschließen, weil in den weit abgelegenen Orten wenige der russischen Sprache kundige Leute zu finden wären.

7. Kf. hätte schon 1667 und 1668 sich für seinen damaligen Statthalter in Preußen Fürsten Radziwill verwandt, daß demselben seine Herrschaften Niewell und Siebiesz wiedergegeben würden, er bitte jetzt, nachdem der Fürst verstorben sei und eine unmündige Tochter hinterlassen habe, deren Obervormund er sei, daß der Zar dieser nach geendigtem Stillstande oder Schließung des ewigen Friedens mit Polen die verlangte Erstattung der beiden Herrschaften gönnen möchte.

Der Oberpräsident beantwortete alle Punkte gar kurz und fast auf eine Art, sagte, es wäre dem Zaren besonders lieb gewesen, daß Kf. und Schweden die ersten gewesen, die ihm für seine Sorgfalt zugunsten Polens gegen den Türken gedankt und sich auch erboten hätten, mit Hand anzulegen. Er sollte wissen, daß der Zar den König von Polen nicht ohne Hilfe lassen würde und dieses auch bisher treu erwiesen hätte. Die anfänglichen Erfolge der Türken seien dadurch veranlaßt worden, daß sie damals die Tartern und Kosaken auf seiner Seite gehabt hätten, jetzt aber seien dieselben von ihnen ganz abgeschnitten, indem ein Teil der zarischen Armee, 40000 Mann unter Scheremet, sich recht vor die Krim und zwar gerade vor den Ort, wo sie ein- und ausgehen müßten, gelegt hätte. Auch die Saporowischen Kosaken, die teils dem Zaren, teils der Krone Polen zuständig, hätten von ihm Befehl bekommen, dem Erbfeind Abbruch zu tun, und die donatorischen Kosaken hätten demselben bereits zwei Plätze weggenommen, sie wären auch beordert, weiter ins Land zu gehen und alles zu verheeren; daher, weil der Feind die Tartern nicht wie vorher gebrauchen könnte, hätten die Polen bereits glückliche Erfolge gehabt. Den Krieg wider den Türken hätte der Zar beschlossen und er wollte denselben angreifen, wo er ihn fände; er hätte auch nicht allein die christlichen Potentaten zu diesem Kriege invitieren lassen, sondern auch unlängst einen Goniec an den König in Persien geschickt und Anschläge gegeben, wie dieser den Türken von der anderen Seite angreifen könnte. Den 5. Punkt betreffend, werde der Zar schwerlich einen Gesandten nach Warschau schicken, da er einen Residenten dort und der König von Polen einen solchen hier hielte; den 6., es sollte jedesmal den Schreiben des Zaren an Kf. eine Übersetzung in deutscher, lateinischer oder polnischer Sprache beigefügt werden. Betreffend 7. die Desideria der Prinzessin Radziwill, könnte er zurzeit noch nichts Gewisses antworten, er wollte es aber dem Zaren vortragen.

Darauf wurde er gefragt, ob er noch mehr vorzubringen hätte. Als er es verneinte, fragte der Okolnice, ob außer Kf. und dem Könige von Schweden noch jemand von den christlichen Potentaten dem König von Polen Hilfe schicken würde. Er antwortete, er müßte zweifeln, daß Polen außer von dem Kaiser von den anderen Reichsständen Hülfe zu erwarten habe, da der Krieg Frankreichs mit den Niederlanden bei denselben großes Nachdenken erregte. Auf Karpowiczs Frage, ob es nicht möglich wäre, daß England von Frankreich ab und zu den Holländern treten sollte, die dann wohl den Franzosen gewachsen sein würden, antwortete er, daß vorläufig dazu wenig Aussicht wäre. Darauf fragte ihn der Präsident, wie Kf. mit Schweden stände, ob die alte Feindschaft gänzlich gehoben sei. Er antwortete, Kf. stände mit Schweden wohl, alle Mißverständnisse seien durch die Olivischen Traktaten aufgehoben, bei seiner Abreise sei die Ankunft zweier schwedischer Gesandten bei Kf. erwartet worden, die mit demselben wegen einer neuen Alliance traktieren sollten. Zuletzt fragte der Präsident, ob Kf. dem König von Polen Assistenz um Geld oder aus christlicher Liebe leisten würde. Er erwiderte, Kf. hätte noch eine große Schuld bei der Krone Polen zu fordern, trotzdem würde er nur um der Wohlfahrt der gesamten Christenheit willen mit Hintenansetzung seines eigenen Interesses derselben auf gewisse Konditionen Hülfe leisten; Polen wäre jetzt auch gar nicht imstande, andere ausländische Völker zu werben, da es zur Unterhaltung seiner eigenen Armee die Reichskleinodien verstoßen müßte. Auf die Bemerkung des Okolnice, sie hätten ja noch Starosteien und Städte genug zu versetzen, seien auch so geartet, daß sie, wenn sie in Not wären, ihre besten Kleider beim Juden versetzten und sie selten wieder einlösten, hat er geantwortet, das brächte allerdings ihr Genius mit sich, allein mit Vergebung und Versetzung der Städte und Starosteien hielten sie hart an sich, so daß sie sogar vergäßen, was sie kurz zuvor in pactis abgehandelt hätten.

Damit wurde die Konferenz geschlossen; der Okolnice begehrte, er möchte die 6 Punkte schriftlich zustellen, sie sollten auch schriftlich beantwortet werden. Er hat es zugesagt, nachher ihm das Memorial durch den Pristaf zustellen und um schleunige Abfertigung bitten lassen.

17. Dez. Am 7. Dezember erschien der Pristaf mit dem Dolmetscher und meldete ihm, der Zar gedenke in wenigen Tagen auf 3 Wochen in ein Kloster zu gehen und ließe ihm die Wahl, ob er so lange warten oder vorher seine Abfertigung erhalten wollte. Er hat für die hohe Gnade gedankt und es zu des Zaren Gefallen gestellt, wie er es mit seiner Abfertigung halten wollte, aber bemerkt, er hätte einen weiten Weg vor sich und vom Kf. Befehl, sobald er vom Zaren seine Depesche erhalten, zurückzueilen, worauf der Dolmetscher meinte, dann werde ihn der Zar wohl noch vor seiner Abreise entlassen, was bisher noch keinem Gesandten geschehen sei und die fremden ministri alle Wunder nehme.

18. Dez. Am 8. Dezember ließ er bei dem Oberpräsidenten anfragen, ob er ihn à part in seinem Hause besuchen dürfte, und er fuhr, nachdem ihn derselbe wissen lassen, er wollte seiner abwarten, zu ihm. Er hat ihm ein Kompliment

gemacht und bei der Gelegenheit den Punkt wegen der rechten Hand zur Sprache gebracht. Der Okolnice antwortete, früher hätten der Zar und dessen Vorfahren niemals einem Gesandten durch ihre Pristaffen die rechte Hand geben lassen, der jetzige Zar aber hätte durch Zuschreiben und gewisse Abhandlungen zwischen dem Kaiser und den Königen von Schweden und Dänemark sich resolviert, den kaiserlichen und königlichen Gesandten die rechte Hand zu lassen. Von kurfürstlichen Gesandten wäre zu der Zeit nichts erinnert worden, daher hätten die Pristaffen ohne Ordre des Zaren darin nichts Neues tun dürfen, nachdem aber der Verlauf zwischen ihm und den Pristaffen dem Zaren hinterbracht sei, hätte derselbe aus Freundschaft gegen Kf. sofort beschlossen, die kurfürstlichen Gesandten jetzt und ins künftige den kaiserlichen und königlichen Gesandten in allen Stücken gleich zu traktieren. Er wäre der erste, der die Possession erstritten und ergriffen, und so sollte es auch künftig immer gehalten werden, obwohl zwischen Königen und Kurfürsten ein großer Unterschied wäre. Er hat sich bedankt, ihm aber auseinandergesetzt, daß ein solcher großer Unterschied gar nicht bestände, sondern die Kurfürsten den Königen gleich ständen. Dann bat er, diese Resolution des Zaren möchte ihm nicht allein schriftlich kommuniziert, sondern auch hier zu Moskau in die Gesandten-Pricasi eingeschrieben und den Woiwoden von Nowgrodt und Pleskow zur Nachachtung mitgeteilt werden, was jener zusagte. Zum Schluß versprach derselbe noch, er wollte es machen, daß er am Sonnabend die Abschiedsaudienz beim Zaren erhalten sollte. Beim Abschied hat er ihm den vergoldeten großen Traubenbecher, welchen Kf. für ihn verordnet, offeriert, welchen er auch gar willig annahm und ihn darauf durch vier Gemächer bis an die Stiege begleitete. Am Abend spät ließ er ihm sagen, er sollte sich fertig halten, morgen vor dem Zaren zu erscheinen, er hätte ihm aber auf dessen Befehl noch vorher etwas à part zu sagen, er wollte ihn vor Tage zu sich holen lassen.

Am 9. Dezember holte ihn vor Tage der Pristaf mit dem Schlitten ab. 19. Dez.
Der Okolnice empfing ihn wieder freundlich und teilte ihm nach gegenseitigen Komplimenten mit, daß die Krone Polen wieder vacierte und der König unlängst zu Lemberg gestorben wäre, und fragte dann, wer wohl von den deutschen Fürsten die Krone affektieren würde, ob Kf. und der König von Schweden auch wieder unter den Kandidaten sein dürften und wie sich der Kaiser dabei komportieren werde. Er hat erwidert, er wüßte davon nichts, Kf. hätte bei der vorigen Königswahl großes Bedenken getragen, einer Krone willen die Religion zu wechseln, und es auch seinem Kurprinzen nicht geraten, und er könnte auch nicht glauben, daß der König von Schweden sich dazu verstehen sollte, zumal er dann die schwedische Krone verlieren würde. Er glaubte aber, der Kaiser würde mit Kf. und dem König von Schweden dahin arbeiten, daß die Königin bei der Krone erhalten und der künftige Successor, sei es ein ausländischer Fürst oder ein einheimischer Edelmann, verpflichtet würde, sie zu heiraten.

Der Okolnice sagte darauf, die Religion dürfte freilich vielen im Wege stehen, er hätte aber vernommen, daß die Krone Schweden eine große Prätension

an Polen machte und unlängst expresse Thorn, Elbing und Marienburg begehrt hätte, worauf er erwiderte, hier möchte wohl ein Mißverständnis vorliegen, er wüßte nur, daß bei der neulichen Gesandtschaft Breza's[1]) in Stockholm man dort Beschwerde über die Bedrückung der Evangelischen in Thorn, Elbing, Marienburg und sonst im Reich geführt und verlangt hätte, daß denselben Satisfaktion gegeben werde. Der Oberpräsident fragte darauf, ob zwischen Schweden und Kf. gutes Verständnis wäre, worauf er erwiderte, er wüßte es nicht anders, seine letzten partikulier Briefe meldeten auch, die schwedischen Gesandten Mardenfeldt und Wangelin seien[2]) bei Kf. in Potsdam angelangt, sie suchten, wie es hieße, in eine nähere Allianz mit Kf., den Herzogen von Braunschweig und anderen Fürsten zu treten und die Kriegsflamme in Deutschland zu löschen.

Der Okolnice kündigte darauf an, daß der Zar des Zustandes in Polen wegen bald eine Gesandtschaft an Kf. schicken würde, derselbe wünschte, die alte Freundschaft mit ihm zu renovieren. Er dankte dafür und verabschiedete sich darauf.

Bei der an demselben Tage erfolgenden Abschiedsaudienz las der Kanzler von einem Zettel ab, der Zar habe alles, was in dem Kreditiv des Kf. enthalten und was in den Konferenzen mündlich vorgegangen wäre, wohl verstanden, und er werde seine Antwort in einem Schreiben an Kf. zu empfangen haben. Der Oberpräsident, welcher während dessen das Schreiben in Händen hielt, reichte es darauf dem Zaren, der es mit zwei Fingern hielt und ihm zustellte. Darauf trug der Zar ihm auf, Kf. seinetwegen zu grüßen, und nachdem er dieses zugesagt, wurden er und dann auch seine vier vornehmsten Bedienten zum Handkuß zugelassen. Endlich sagte der Zar, er sollte heute begnadigt werden, von seiner Tafel gespeist zu werden,[3]) worauf er abtrat.

20. Dez. Am 10. kam der Pristaf und meldete, der Zar wäre abgereist, hätte aber vorher dem Okolnice und anderen Bojaren befohlen, ihn völlig zu expedieren und ihn gleich den königlichen Envoyés mit 300 oder 400 Talern Wert zu beschenken, mit der Aufforderung, er sollte sich selbst aus der Schatzkammer Pelzwerk von diesem Werte aussuchen. Als er dieses ablehnte, wurden ihm nach einigen Stunden zwei Zimmer Zobel, ein Zimmer gute Futter-Zobel und das andere etwas feiner, gebracht, mit der Entschuldigung, sie wären jetzt im Schatz nicht besser vorhanden, wenn er aber bis Ende Januar hätte warten wollen, zu welcher Zeit jährlich die Pelzereien aus Sibirien in den Schatz geliefert würden, würde ihm gewiß besseres gegeben worden sein. Von seinen Leuten erhielten die vier vornehmsten Bedienten jeder drei Paar, die Lakaien und Knechte ein Paar Zobel. Am Abend kam der Pristaff, machte erst wieder seine gewöhnlichen Komplimente, sprach dann aber von dem Tode des Königs von Polen und von den Potentaten, die zu dieser Krone gelangen könnten, und

[1]) S. oben S. 23.

[2]) S. Urk. u. Akt. XVII, S. 310ff.

[3]) S. darüber v. Brands Reisebeschreibung S. 240f.

fragte ihn, zu welchem die Polen bei jetzigem Zustande am meisten inklinierten, und besonders, ob der König von Schweden als ein junger Herr teils wegen seiner nachbarlich gelegenen Lande, teils wegen der verwitweten Königin die Krone annehmen dürfte. Er hat erwidert, die polnischen Statuta schlössen von ihrer Krone die, welche nicht römisch-katholisch wären, aus, und er wüßte noch zurzeit niemand unter den evangelischen Potentaten, der auf solchen Fall die Religion changieren dürfte, worauf er antwortete, auch sie an ihrem Hofe hielten davor, der König von Schweden dürfte schwerlich seine Religion ändern und deshalb die Krone Polen affektieren.

Am 11. gegen Abend kam der Unterkanzler Babinin samt dem Pristaf 21. Dez.
und dem Translateur und brachte ihm nicht nur die schriftliche Beantwortung auf die Punkte, welche bei der Konferenz vorgefallen, sondern auch schriftlich, wie es künftig mit den kurfürstlichen Gesandten gehalten werden sollte, das erste in 4 Exemplaren (2 russisch und 2 deutsch), die, nachdem der Kanzler sie unterschrieben, auch er nach anfänglicher Weigerung unterschreiben mußte. Auf seine Bitte erhielt er auch eine deutsche Übersetzung des Rekreditivs des Zaren von dem Okolnice zugeschickt, derselbe ließ ihm zugleich Glück zur Reise wünschen und schickte ihm etliche Konfekturen, aus Johann- und Hindtbeeren-Trauben gepreßt.

Am 12. Dezember kam, nachdem die Postfuhren angeschafft waren, der 22. Dez.
Pristaf und stellte seinem Hofmeister 50 Rubel zur Zehrung zu mit dem Vorwand, da die zarischen Bedienten sich auf der Herreise sehr untreu in Lieferung von Viktualien gezeigt, so wären sie ins Gefängnis geworfen und vom Zaren verordnet worden, daß ihnen anstatt des Traktaments Geld zur Reise gegeben werden sollte. Obwohl es nur wenig war und lange nicht zureichte, hat er doch dawider nichts sagen wollen, sondern den Hofmeister es nehmen lassen; dem Pristaf hat er für seine Mühe einen Pokal von 100 Rtlrn. geschenkt.[1])

Zarische Resolution auf des H. Sculteti puncta.[2]) D. Moskau im Jahr von Erschaffung der Welt 7182 [1673] den 4. Dezember.

ad 1. Der Zar erbietet sich, gegen Kf. seine Gnade wie vormals zu erhalten. 14. Dez.
Dessen Vorstellung wegen des Krieges des türkischen Sultans gegen Polen und

[1]) Über die Rückreise, die noch an demselben Tage angetreten wurde, berichtet Sc. in seiner Finalrelation nur ganz in der Kürze, ebenso v. Brand, S. 245 ff.

[2]) Russisches Original und deutsche Übersetzung. S. Martens V, S. 17 f. In dem Moskau 29. November 7182 datierten Rekreditiv des Zaren für Sc. wird nur der Inhalt des Schreibens des Kf. rekapituliert und angezeigt, daß der Zar durch Matwejew, Karpowicz und deren Kollegen mit Sc. habe konferieren lassen und daß er ihm darauf schriftliche Antwort auf seine Proposition erteilt habe.

wie ihm möchte gesteuert werden, nimmt er in guter Meinung auf. Daß er um des polnischen Königs willen Gesandte an christliche Potentaten geschickt und diese aufgefordert hat, demselben gegen den Sultan Hilfe zu leisten, ist aus brüderlicher Freundschaft und Liebe gegen den König geschehen und nicht aus schuldiger Pflicht einiger Verträge. Von diesen Potentaten aber hat sich niemand anders hierzu bequemt und erboten als der König von Schweden und Kf.

ad 2. Die Bestimmungen des Andrussowschen Vertrages wegen der Hilfeleistung gegen den türkischen Sultan und den krimschen Chan sind zwar von polnischer Seite verletzt worden, auf das Hilfegesuch aber, welches der König von Polen durch seinen Gesandten Gninski an ihn hat ergehen lassen, hat der Zar versprochen, dem König mit den kalmukischen, tartarischen, nagayschen und anderen Armeen, wie auch mit den donischen Kosaken und den saporowischen zu Wasser Hilfe zu leisten. Diese Horden sind auch wirklich auf seinen Befehl zu Felde gezogen und haben den Türken und Tataren großen Schaden zugefügt. Auf die Nachricht von dem Einfall der Türken in Polen und der Einnahme von Kaminiec hat er ein Heer unter Iwan Sebastianowicz Chitrow nach dem Don geschickt, um sich mit den Kosaken zu vereinigen und den Türken Abbruch zu tun, ferner hat er seine Feldherren Gregori Gregoriwicz Romodanowski und Iwan Samoilowicz mit vielen Kriegsvölkern abgeschickt, um Doroszenko zu verhindern, zu den Türken zu stoßen. Auf diese Weise sind die Bundesgenossen, welche bisher den Türken geholfen, zurückgehalten und ist es so den Polen ermöglicht worden, den Sultan zu übermannen. Auf die weitere Nachricht von dem polnischen Könige, daß die vereinigte polnische und litauische Armee gegen den Feind auf dem Marsch sei, und die Bitte, seinen in der Ukraine stehenden moskowitischen und kosakischen Feldherren zu befehlen, mit den jetzt in der Wallachei befindlichen polnischen Feldherren zu korrespondieren und zu ihnen zu stoßen, hat er Romodanowski und dessen Kollegen Befehl erteilt, über den Dniepr gegen den türkischen Sultan, den krimischen Chan und Doroszenko vorzugehen.

ad 3. Der Zar hat dem König von Polen wider seine Feinde vielzählige und starke Hilfe geleistet, auch noch jetzt zu leisten anbefohlen, wovon ausführlich im 1. Punkt Mitteilung gemacht ist.

ad 4. Auch hierauf ist oben weitläufige Antwort gegeben.

ad 5. Der Zar hat einen Residenten nach Polen geschickt und ein polnischer Resident befindet sich hier. Wenn bei dem Könige von Polen Gesandte anderer christlichen Potentaten ankommen und über die Kriegführung gegen den Türken beratschlagen sollten, so können deren Beschlüsse dem dortigen Residenten des Zaren mitgeteilt und von diesem hierher darüber berichtet und weitere Instruktion eingeholt werden.

ad 6. Der Zar hat befohlen, in Sendschreiben, welche er hinfort wird abgehen lassen, wegen geschwinderer Verständnus eine Kopie in lateinischer oder deutscher Sprache einzuschließen.

ad 7. Wie vorhin in den Briefen des Zaren an den Kf. erklärt worden ist, läßt der Zar sich auch nun ebenselbiges gnädigst gefallen. Was aber bei Konfirmierung der Andrussowschen Traktaten mit Polen verlaufen wird, das wird der Zar alsdann dem Kf. schon zu wissen machen.

Resolution des Zaren. D. Moskau 4. Dezember 7182 [1673].[1])

[Befehl, den Gesandten des Kf. künftig die rechte Hand zu geben.]

Es ist unser Maj. ernstlicher Befehl an den Bojaren und Woywoden 14. Dez. wie auch an seine Zugeordnete in unserer Erbstadt Naugarten Peter Wasilewiz Scheremetow, auch an unsern Kanzler Iwan Stephanowiz, wie auch an unsern Okolnizen und Woywoden in unserer Erbstadt Plescow Wasili Semonewiz Walinski und an unsern Kanzler Iwan Mikulin, daß Ihr sollt I. Chf. D. von Brandenburg Gesandten auch Abgesandten, welche hinfüro zu unserer Czar. Maj. von dero Chf. D. abgesandt kommen werden, auf der Grenze bei Plescow mit gebührendem Respect empfangen und zur Bezeigung mehrer Ehre so sollen die domals beigeordnete Prystaffen im Reiten auch im Schlitten die rechte Hand geben allen denen, so von I. Chf. D. hinfüro ankommen werden als Große Gesandten oder Abgesandten, und sie ebenso entkegennehmen und respectiren, wie sie hier bei gewöhnlicher Audienz angenommen und respectiret worden, im Auf- und Abkommen ihnen allezeit die rechte Hand gebende. Wenn demnach dieser unser Czar. Maj. Befehlbrief an Euch gelangen wird, so sollet Ihr alle derer Chf. D. hinfüro kommende Große Gesandten und Abgesandten, wie dann auch den jetzo bei uns gewesenen I. Chf. D. von Brandenburg Herrn Abgesandten Joachim Scultetus nach gegebenem unserm Befehl respectiren. Und dieses ist Unser Czar. Maj. ernstlicher Befehl, dem man hinfüro allezeit gehorsamblich nachleben soll. Uber das sollet Ihr diesen Unserer Czar. Maj. Befehl hinfüro zum Gedächtnus in ein Buch einschreiben lassen.

---

[1]) S. Martens V, S. 20.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Riga 20./30. Dezember 1673.

[Erlangte Zugeständnisse in den Zerimonialfragen. Zufriedenheit des Zaren mit den Geschenken. Üble Zustände im russischen Reiche. Voraussichtliches Verhalten der Russen im Türkenkriege. Besorgnisse wegen der Thronkandidatur des Königs von Schweden in Polen.]

30. Dez. Aus beigehendem Extrakt seines in Moskau gehaltenen Diarii und den hinten angehefteten Stücken wird Kf. ersehen, wann er dort angelangt, wie er eingeholt worden und was vor und nach der Audienz sich mit ihm begeben hat. Obwohl der Pristaf, als er ihn des folgenden Tages zur Audienz aufführen wollte, zu verstehen gab, der Zar hätte nach ihrem gestrigen Rencontre wegen der Oberstelle im Hereinfahren beschlossen, den kurfürstlichen Gesandten gleich den königlichen hinfort die rechte Hand im Reiten und Fahren durch die Pristaffen geben zu lassen, hat er zwar solches mit Dank angenommen, aber erklärt, er könnte nicht eher zur Audienz kommen, bis der Zar sich auch resolviert hätte, das Kreditivschreiben bei der Audienz selbst aus seinen Händen zu empfangen, und wenn er ihn nach des Kurfürsten Gesundheit fragen würde, sich etwas vom Stuhl zu erheben. Der Pristaf meinte, es würde schwer zu erhalten sein, brachte ihm aber bald die Nachricht, der Okolnice oder Oberpräsident Artemon Sergewitz ließe ihm sagen, es sollte bei der Audienz geschehen, was er prätendierte, er sollte nur bald parat erscheinen. Sobald er vor den Zar kam und nach abgelegtem Kompliment ihm das Kreditiv hintrug, legte derselbe die beiden Finger darauf, indessen trat der Okolnice zu und nahm es zu sich, und als der Zar bei der ersten Audienz nach des Kf. Gesundheit fragte und bei der zweiten ihm befahl, denselben zu grüßen, erhob er sich beide Male in conspectu aller seiner Bedienten, außer daß er die Mütze nicht zuckte. Die Hand des Zaren hatte nicht nur er sondern auch seine vier vornehmsten Bedienten beide Male bloß geküßt, das Rekreditiv hat er auch aus des Zaren Hand empfangen.

Die Präsente sind dem Zaren sehr angenehm gewesen, besonders die Uhr, der Bernsteinkasten und die Krone. Den Kasten hat sogleich die Zarin bekommen, die Krone hat der Zar in seinem Gemache aufhängen lassen und erwähnt, er wollte sie dem König von Persien mit der großen Gesandtschaft, welche dorthin abgehen sollte, schicken. Auch die beiden Pferde, besonders der isabelfarbene Hengst, haben ihm sehr gefallen.

Was sonst ihren Estat betrifft, davon werd Ew. Chf. D. ich bei meiner Zurückkunft schon weitläufig unterthänigsten Bericht abstatten. Der Czar vor sich selber ist wohl in Wahrheit einer von den frömmsten und christlichsten Potentaten, so jetzo in der Welt zu finden sein, die Regierung aber wird von bösen Leuten geführet, so daß der Czar vor

der Rebellion niemals sicher sein kann, und soll allewege erschrecken, wenn er nur des Rebellen Razin Namen nennen höret, dannenhero ich gewarnet wurde, in meiner Proposition von dessen Ausrottung nichts zu gedenken und S^r. Czar. Mt. desfalls zu gratuliren. Man hat mir vor gewiß sagen wollen, daß, wenn er vor Moscov kommen wäre, die ganze Stadt, so auf 200000 bewohnte Wirde (sic!) gerechnet wird, ihn würde mit Freuden auf- und angenommen haben.

Nach gehabter Audienz wurd ich (wie an diesem Hofe gebräuchlich) bald zur Conferenz gefordert. Ich habe mich auf mein Creditiv und Proposition anfänglich bezogen, dabei aber mit Fleiß etliche Punkte fragesweise vorgestellt, ob und wie bald, auch wie stark S. Czar. Mt. den Erbfeind anzugreifen gedächten, umb zu sondiren, ob ihnen der Krieg wieder den Türken, dem Königreich Polen zu gute, ein rechter Ernst sein möchte. Wiewohl sie nun sowohl mündlich als auch schriftlich in der Kegenbeantwortung — viel dicentes und Rodomontaden von dem Kriege wieder den Türken und der Hülfe kegen Polen machen, ja, daß die Polen jetzo victorisirten, ihnen allein zuschreiben wollen, so find ich doch nicht, daß sie recht mit dem Türken brechen und mit hellen Haufen wieder denselben zu Felde ziehen, besondern nur noch alles durch die Cosacken und Tartern verrichten wollen.

Der Tod des Königs von Polen und die jetzige Veränderung des Königreichs machen bei ihnen große Alteration. Aus den Diskursen mit dem Oberpräsidenten hat er wohl gemerkt, daß sie fürchten, der König von Schweden, den sie viel lieber kleiner als mächtiger sehen, werde die Religion ändern und zum König von Polen erwählt werden.

Er hätte gern bei seiner Anwesenheit den polnischen, schwedischen und dänischen Residenten besucht, es ist ihm aber nicht gestattet worden. Bei seiner Abreise hat er durchgesetzt, daß ihm die Resolution des Zaren wegen der rechten Hand schriftlich ausgehändigt worden ist. Auf seiner Rückreise haben ihn die Woiwoden von Naugard und Pleskow feierlich einholen lassen.

J. v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 23. Juni 1674.

[Mitteilungen des moskowitischen Gesandten.]

Mit dem moskowitischen Gesandten hat er[1]) bei den mit ihm gewechselten Visiten vom jetzigen Zustande der Christenheit und Fortsetzung des Krieges 23. Juni

[1]) Kf. hatte 4. Mai 1674 (s. oben S. 54) v. Hov. angewiesen, mit dem moskowitischen Residenten in Warschau freundschaftlichen Verkehr zu unterhalten.

gegen die Türken vertraulich gesprochen. Derselbe behauptete, der Zar hätte das, worüber die anderen Potentaten erst zu deliberieren beabsichtigten, schon ins Werk gerichtet und es wäre nur zu wünschen, daß jene seinem Beispiel ohne Verzug folgten. Daß er die Kosaken zuförderst angegriffen habe und noch verfolge, würde hoffentlich von Kriegserfahrenen nicht mißdeutet werden, denn er hätte bei Eintretung eines so weit aussehenden Krieges nicht einen so mächtigen Feind im Rücken lassen dürfen. Daß die Kommission der Friedenstraktaten bald wieder reassumiert werde, scheinen sie sehr zu verlangen. Die mit dem Türken vorseienden Friedenstraktaten scheinen ihnen nicht weniger Nachdenken zu verursachen wie den Kaiserlichen, ebenso daß der jetzige König von früher her solches Ansehen bei Doroszenko genießt.

Als er seine Verwunderung darüber äußerte, daß die Kosaken unter Polen nicht aushielten, obwohl sie so große Freiheit hätten, und sich lieber dem Türken untergeben, erwiderte er, auch unter seinem Zaren hätten sie es nicht so gut gehabt als früher unter Polen, und sie würden sich wohl nach keiner anderen Herrschaft umsehen, wenn sie in Gewissenssachen von den Unierten ungekränkt blieben, es hörten aber die Drangsale auch jetzt nicht auf.[1])

Zar Alexei Michailowicz an den Kurfürsten. D. Moskau [s. d.] a. 7182 [1674].[2])

[Beglaubigung für Almasov und Domnin.]

Nachdem Kf. an ihn Joachim Scultetus geschickt und er denselben mit schriftlicher Antwort zurückgeschickt hat, sendet er an ihn in seinen Angelegenheiten seinen Gesandten Simeonem Jerofeidem Almasovum una cum Scriba Lubino Domnino. Er bittet Kf., ihnen Glauben beizumessen und sie, nachdem er ihnen Antwort erteilt, ohne Verzögerung zurückzuschicken.

---

[1]) v. Hov. berichtet 1. Oktober 1674, er habe sich dem Wunsche des Kf. gemäß bemüht, zwischen diesem und dem Zaren gutes Vertrauen zu stiften, und er habe wirklich dem moskowitischen Gesandten begreiflich gemacht, daß es auch im Interesse des Zaren liege, zu verhüten, daß Schweden dem Kaiser, Kf. und Dänemark Abbruch tue. Derselbe habe erklärt, der Zar sei zu einem Defensivbündnis mit Kf. gegen Schweden nicht ungeneigt.

[2]) Dem russischen Original liegt eine lateinische Übersetzung bei. Auf ersterem ist vermerkt: „Dieses Czarische Schreiben ist nebst einer lateinischen Interpretation Sr. Chf. D., als dieselbe im Marsch mit dero Armee nachm Elsaß begriffen gewesen, von dem Abgesandten Simeone Jerofiejowicz Almasow und Secretario Lubino Domnino bei gehabter Audienz zu Elxleben im Erfurtischen eingeliefert den den 24. Augusti 1674“ (vgl. v. Buchs Tagebuch 23. August/4. September 1674, I, S. 19). Die preußische Regierung meldet dem Kf. (d. Königsberg 10. August 1674), gestern

Puncta, so auf Befehl des großen Herrn Zaaren und Großfürsten Alexeyen Michaylowiczen — aus der Reichsgesandten Canzley Ew. Chf. D. Abgesandten Herrn Joachimo Sculteto überliefert worden sind, auch zwar hingegen gleich diesem unter seiner des H. Abgesandten Unterschrift von ihme empfangen, nun aber belieben Ew. Chf. D. solche Puncta selbst mit ihrer eigenhändigen Unterschrift umb fester Haltung willen zu confirmiren. Praesentatum zu Wandersleben in der Grafschaft Herzfeld den 25. Augusti 1674:

1. = Resolution an Scultetus.[1])

2. Der Zar ist willig, mit Kf. sowohl jetzt als auch künftig zu korrespondieren. 4. Sept. Wie aber der Krieg gegen die Türken zu führen sei, davon ist zwischen ihm und dem König und der Republik Polen nichts geschlossen. Inzwischen ist der König von Polen gestorben, der an dessen Stelle erwählte frühere K. G. Feldherr Johann Sobieski hat bis zur Abreise der Gesandten dem Zaren noch keine Anzeige von seiner Wahl gemacht. Über die dem vorigen polnischen Könige geleistete Hilfe findet sich Nachricht in den dem Scultetus eingehändigten Punkten und

---

sei dort ein moskowitischer Gesandter mit seinem collega und 28 anderen Personen angekommen, sie hätten ihn durch den Major Nettelhorst einholen lassen und in der Altstadt bei dem Ratsverwandten Meinigke, wo auch andere moskowitische Gesandte gewohnt hätten, einquartiert. Er solle ein „platter Mann und von wenig Reden" sein und nur die russische Sprache sprechen, sein collega solle noch weniger als er reden. Dieselbe berichtet 14. August 1674, der Gesandte sei am 11. nach Danzig weitergereist, er hätte „fast importun" verlangt, bis dorthin mit Vorspann versehen und defrayiert zu werden, und um ihn loszuwerden, hätten sie es endlich so eingerichtet, daß er bis Danzig mit Ämterpost gebracht, aber nur bis gegen Elbing defrayiert werde. E. G. v. Börstel meldet aus Berlin 19./[29.] August 1674, der moskowitische Gesandte sei vorgestern hier angekommen, mit der brandenburgischen Losung empfangen und abgeleitet, auch in dem Tillemannschen Haus mit drei Malzeiten traktiert worden. Er habe verlangt, frei zu Kf. gebracht zu werden, deshalb sei ihm der Sekretär Weisse mit den nötigen Zehrungskosten beigegeben worden. Er gebe vor, er hätte solche Dinge bei Kf. anzubringen, wie noch niemals zwischen dem Zaren und Kf. geschehen, der Zar hielte Kf. für seinen besten Freund, derselbe werde die Schweden, die wie die Wölfe wären, die auf Schäfchen, welche sich von der Herde absonderten, lauerten, beim Arm halten. Er hätte auch zu entdecken, was die schwedischen Gesandten in Moskau wider des Kf. Interesse hätten negotiieren wollen. Ob er dieses nur gesagt, um hier desto besser aufgenommen und fortgebracht zu werden, oder ob es sich in Wahrheit so verhalte, werde Kf. bald erfahren, denn er beschleunige seine Reise sehr.

[1]) S. oben S. 283.

sie haben Befehl, dem Kf. darüber nähere Mitteilungen zu machen. Solche folgen in sehr ausführlicher Weise.

3. = Resolution an Scultetus 3.

4. = ebendaselbst 4.

5. = ebendaselbst 5.

6. = ebendaselbst 6.

7. = ebendaselbst 7.

Der Zar wünscht auch jetzt, daß die Konfirmation der Androsowischen Traktaten mit dem König von Polen verrichtet werde, und wird den Kf. davon wissen lassen. Er wünscht von Kf. zu wissen, ob derselbe dem neuerwählten König von Polen gleich dem vorigen mit Hilfstruppen wider den türkischen Sultan beizuspringen willens sei, auch an welchem Orte und zu welcher Zeit.

Resolution des Kf. darauf. Actum Wandersleben den 26. Augusti 1674.

5. Sept. Diese Schrift hat I. Zar. M. Abgesandter alhie übergeben, und weil im Namen I. Z. M. auf die darin enthaltene puncta geantwortet, also lassen S. Chf. D. es dabei bewenden. Auf den Punct wegen der polnischen Assistenz ist aber die Antwort, daß S. Chf. D. albereit[1]) längst eine ansehnliche Anzahl von Dragonern mit Munition und anderer Kriegsprovision I. Kön. M. in Polen zugesandt, derselben sich, wo sie es gut finden, wider den Türken zu gebrauchen. Giebt unser H. Gott Frieden in Teutschland, wollen S. Chf. D. in diesem Türkenkriege der Krone Polen mit aller Macht beispringen.

Schriftliche Antwort auf des moskowitischen Gesandten Anbringen. D. Wandersleben in Thüringen 26. August/[5. September] 1674.[2]) (Conc. v. Somnitz.)

5. Sept. Nachdem die Gesandten in ihrem Anbringen am 24. August sich zuförderst auf die von dem Zaren an Scultetus erteilte Resolution bezogen, daneben Kf. der freundschaftlichen Gesinnung des Zaren versichert und einige geheime

[1]) S. oben S. 69.

[2]) Unterzeichnet von v. Somnitz und Meinders. Dazu der Kanzleivermerk: „Dieses hat der moskowitische Abgesandte nicht annehmen wollen, weil es nicht nach seinem Sinn eingerichtet, auch nicht von Sr. Chf. D. eigenhändig unterschrieben war."

Sachen eröffnet,[1]) wodurch des Zaren Zuneigung zu Kf. in der Tat an den Tag gegeben, hat Kf. auf ihre Bitte ihnen folgende schriftliche Antwort zu erteilen befohlen:

1. Kf. ist dem Zaren für seine Freundschaftsbezeugungen sehr verbunden, wird keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihm seine Dankbarkeit und Zuneigung zu erweisen, und ersucht ihn, falls seine Lande in diesen gefährlichen Zeiten sollten angegriffen werden, um Beistand.

2. Kf. dankt dem Zaren für seine Bemühungen zugunsten Polens und wünscht ihm glücklichen Erfolg.

3. Er selbst hat[2]) Polen bereits eine ansehnliche Anzahl Dragoner zu Hilfe gegen die Türken geschickt, will dieselben auch 7 Monate auf seine Kosten unterhalten. An weiterer Hilfeleistung ist er bisher dadurch verhindert worden, daß er seinen von Frankreich bedrängten Mitkurfürsten und Ständen hat Hilfe leisten müssen, sollte aber im Römischen Reiche Frieden werden, so ist er entschlossen, Polen gegen die Türken mit aller Macht beizustehen.

4. Indessen wünscht er mit dem Zaren weiter über diesen Türkenkrieg und andere sie beiderseits angehende Sachen zu kommunizieren und dankt demselben für die Eröffnungen, welche er ihm durch seine Gesandten hat machen lassen.

5. Der Resident des Kf. in Warschau hat Befehl, mit dem dortigen moskowitischen Residenten vertraulich zu kommunizieren.

6. Kf. wiederholt seine Intercession für die Prinzessin Radziwill.[3])

---

[1]) Der Gesandte hatte mitgeteilt, die in diesem Jahre bei dem Zaren erschienene schwedische Gesandtschaft unter Graf Gustav Oxenstern hätte demselben eine gar enge Allianz angeboten, der Zar hätte sich bereit erklärt, eine solche mit Schweden gegen den türkischen Sultan abzuschließen, eine Allianz gegen die Türken hätten die Gesandten aber nicht eingehen wollen, sondern eine „gegen beiderseits Herren und Reiche aufstehende Feinde", in der des Sultans garnicht gedacht werden sollte. Dieses aber hätte man ganz abgeschlagen und die Gesandtschaft sei darauf expediert worden.

[2]) S. oben S. 69.

[3]) S. oben S. 279. An Geschenken erhalten die Gesandten bei ihrer Abfertigung zu Wandersleben an demselben Tage:

der vornehmste Gesandte einen Ring im Wert von	450	Rtlr.
und silberne Ducatons	600	„
der Nebengesandte einen Ring	400	„
silberne Ducatons	300	„
der Prediger einen Silberbecher	25	„
der Dollmetscher eine silberne Flasche nebst 10 Rtlr. darin	50	„
die beiden Hofjunker je einen silbernen Becher à	22	„
die beiden Schreiber je $12\frac{1}{2}$ Rtlr. an Gelde, die 18 Diener je 3 Rtlr. an Geld.		

Von der Kurfürstin erhält der Gesandte noch einen Ring im Wert von 400 Rtlr. Der Amtskammersekretär Weisse, den Kf. beauftragt hatte, die Gesandtschaft zurück

H. D. Hesse[1]) an Scultetus. D. Moskau 9./[19.] Dezember 1674.

[Auf ein Schreiben vom 24. November. Mitteilungen über den russischen Hof. Aussicht, daß der Zar, wenn Schweden Kf. angreifen sollte, dieses bekriegen werde. Seine Audienz. Bitte um Beförderung.]

19 Dez. — Was den Gesandten,[2]) so bei S. Chf. D., betrifft, ist selbiger den 30. October allhie wieder arriviret mit Bericht, daß albereits von S. Chf. D. ein Globus, welcher perpetuo mobilis sein solle, vor I. Czar. Maj. zubereitet werde, so was dran, will ich nach meiner Wenigkeit erinnern, daß man ja keine kostbare Arbeit sondern von Silber an ziemlicher Quantität herobringe, das wird angenehmer sein. H. Artemon Sergiewitz[3]) ist vor 3 Wochen mit der Bojarstelle begnadiget, und nachdem Bogdam Matferwitz abgedanket, wieder in die Dworetze an dessen Stelle vorgestern gesetzet, das ist, er hat nun den ganzen Kaiserl. Hof zu gouverniren, kann nicht hoher steigen. Ich habe etliche Mal bei ihm gespeiset. Ihr. Czar. Maj. haben wir[4]) vor 3 Wochen ein Ballet praesentiret, wovor jedwede Person mit ihrer Tafel begnadiget. Es wurden auch zugleich

---

bis Memel zu geleiten, berichtet aus Königsberg 1. Oktober 1674, der Gesandte hätte ihn schon dort verabschiedet. Derselbe hätte sich in allem als „ein unveränderter Moskowiter oder ein importuner und verdrießlicher Mann" gezeigt. Von des Kf. Person hätte er zwar immer mit großem Respekt gesprochen und dessen Hofstatt und Komitat gerühmt, sonst aber immer seines Zaren Macht und Reichtum in sehr ruhmrediger, bisweilen geradezu lügenhafter Weise gepriesen. Sonst sei er unterwegs noch erträglich gewesen, seine Bedienten aber hätten die Untertanen, welche sie fortgebracht, übel traktiert, deswegen hätte er ihm ziemlich hart die Notdurft sagen müssen, aber erreicht, daß, wenn nachher die geringste Desordre vorgegangen, der Gesandte selbst gegen seine Leute die Exekution verrichtet habe. Der Nebengesandte sei ein stiller und bescheidener Mann gewesen, scheine aber mehr der Handlung als anderer Sachen wegen ausgeschickt zu sein, unterwegs habe er sich um nichts anderes bekümmert als um Kaufen und Verkaufen gleich einem Juden.

[1]) Hermann Dietrich Hesse, Cand. juris, hatte (s. v. Brands Reisebericht S. 47) von Königsberg aus, wo er vorher bei dem Oberlizenteinnehmer Heidekampf in Dienst gestanden, Scultetus auf dessen erster Reise nach Moskau 1673 als Sekretär begleitet und war von diesem bei seiner Abreise dort zurückgelassen worden, um die russische Sprache zu erlernen, mit der Aussicht, von Kf. in Dienst genommen zu werden.

[2]) Almasow.

[3]) Matwejew: vgl. Brückner, Geschichte Rußland I, S. 568f.

[4]) S. Relation du voyage en Russie fait en 1684 par Laurent Rinhuber S. 9, Brückner I, S. 567.

zwo Comedien die eine von polnischen Knaben, handelnde von Judith und Holoferne, die andere handelnde von Ahasvero von deutschen Knaben gepraesentiret. — Der Churbrandb. Hof ist alhie in großen Ansehen und ließ sich H. Artemon Sergiewicz vor acht Tagen ungefähr verlauten, daß soferne die Schweden das geringste wider ihm oder das teutsche Reich tentiren würden, sie alsobald in Liefland gehen wollten, worzu bereits dem Feldherrn Gawanski, so nicht weit von Plesco lieget, Ordere ertheilet. — Hie saget man auch viel von der Armatur der H. Schweden und wie sie ihr Geschütze und andere munitiones in Stettin sollen zusammen ziehen, welches dann wegen Preußen und andern Kurfürstl. Ländern Unheil hie Sorge giebet, bitte nach Belieben davon die Wahrheit zu ertheilen, sollte es (da Gott vor sei) geschehen, werden Ihr. Czar. May. ein ansehnliche Armee in Liefland schicken, wie bereits gedacht. — Meinen Fleiß in der russischen Sprache betreffend, ist meiner Meinung nach leidlich, denn ich lesen und schreiben erlernet, halte ein Praeceptoren, dem ich monatlich 3 Rubel geben muß, denn weil ich gute Promissen von meinen hochgeehrt H. Rath überkommen, will ich nach meiner Armuth nicht Geld noch Fleiß sparen, um etwas zu erlernen, bitte ferne meiner Beforderung eingedenk zu sein, damit ich nicht vergeblich hie leben — moge, dann wo ich nicht sollte von Ihr. Churf. Durchl. befordet werden, wäre ich ubel dran, alldieweil ich gute Gelegenheit mit nacher Schweden zu gehen gehabt — so mein hochgeehrter H. Rath etwan Muthmaßung haben mochten, wegen Schwerlichkeit solcher mir gemachten Promotion, so bitte ich ihre Meinung aus Christl. Liebe nach ihrer hohen Gunst zu entdecken, so werde ich bald was anders ergreifen, von Konigsberg habe ich leider auch keinen Schutz, lebe also gleichsam (was diese Sache betrifft) von jedermann verlassen. Alhie wird ausgesprenget, als wenn Ihr. Herrl. gegens Vorjahr wieder als Envoyé wieder anhero sollte kommen, bitte nach ihrer hohen Gunst mir part davon zu ertheilen, dann viel hiesiges Ortes Verlangen darnach tragen, so da noch die kurze Anwesenheit Ih. Herrl. beklagen.[1])

---

[1]) Kf. befiehlt (d. Schweinfurt 12./22. Februar 1675) Scultetus, der ihm Hesse's Schreiben mitgeteilt hatte, demselben zu versichern, daß er ihn, wenn er die Sprache lernte, gewiß akkommodieren werde, ihm vorläufig 50 Rtlr. zu schicken und ihn auf mehr zu vertrösten, doch dürfte er sich sonst bei niemand einlassen. Auf Scultetus' Rat weist Kf. (d. Cleve 22. März 1675) Heidekampf an, Hesse die 50 Taler zukommen zu lassen. In einem Dankschreiben an Sc. vom 22. April/1. Mai 1675 berichtet H.: „Was meine reusische Sprache betrifft, kann ichs zwar lesen und schreiben, auch etliche exercitia im Transferiren darthun, die Rede aber will noch

Der Kurfürst an den Zaren Alexei Michailowicz. D. in unserm Hauptquartier zu Schweinfurt in Franken den 3. Februar im Jahr nach unsers Erlösers und Seligmachers gnadenreichen Geburt 1675. (Conc. v. Somnitz.)

[Einfall der Schweden in sein Gebiet. Bitte um Hilfe.]

13. Febr. Die Krone Schweden ist mit der von Graf Wrangel befehligten Armee in seine kurmärkischen und pommerschen Lande ohne einige gegebene Ursache eingefallen und verwüstet dieselben aufs äußerste, während er zur Verteidigung des Römischen Reiches außer seinen Landen ist. Er ist zwar im Begriff, ihnen mit seinen Waffen zu begegnen, solcher Gewalt zu steuern und seine revanche zu nehmen, hofft auch, daß die anderen christlichen Potentaten in ihrem eigenen Interesse mit ihm zusammen den Schweden entgegentreten und verhindern helfen werden, daß diese nicht größere Mittel, den Nachbaren zu schaden, erlangen, vor allen Dingen aber erwartet er, der Zar werde aus Liebe zur Gerechtigkeit und damit diese gefährlichen Nachbaren desto besser im Zaum gehalten werden, seine Waffen gegen dieselben wenden. Er ersucht den Zaren, den Schweden eine ansehnliche Diversion in Liefland oder anderen seinen Landen benachbarten Provinzen zu machen, erbietet sich zu ähnlicher Gegenbezeugung und will in solchem Falle ohne des Zaren Gutfinden sich mit den Schweden in keinen Friedensschluß einlassen. Er wird chestens an den Zaren einen Gesandten schicken und fernere Verbindung abhandeln lassen.[1])

---

schlecht fort, absonderlich da ich mich mit dem Informiren täglich plagen muß. Mochten I. Chf. D. mir ein anständiges salarium gnädigst ertheilen, könnte ich die Zeit darauf wenden und mich dieser Sklaverei entledigen, auch mich desto ehe perfectioniren. Was den Estat betrifft, habe ich Gott Lob wohl erlernet." Am 25. Mai/4. Juni 1675 schreibt er an denselben, der Einfall der Schweden in die Lande des Kf. errege hier großen Unwillen, auch der Zar solle in einem Schreiben an den König von Schweden denselben deutlich ausgesprochen haben. Der Feldherr Gawanski, der im Pleskowischen liege, habe Befehl erhalten, ein Korps von 20000 Mann an der schwedischen Grenze zusammenzuziehen, doch keinen Einfall zu machen.

[1]) S. Martens V, S. 19. Kf. sendet (d. Schweinfurt 3./[13.] Februar 1675) dieses Schreiben dem Herzog von Croy zu mit dem Auftrage, es durch den von ihm dazu vorgeschlagenen preußischen Kanzleiverwandten Christoph Georgi nach Moskau befördern zu lassen. Georgi reist nach seinem Reisebericht (d. Königsberg 18. Juni 1675) am 12. März von Königsberg ab, kommt 13. April in Moskau an, erhält 21. April Audienz beim Zaren und 1. Mai Abschiedsaudienz, reist 3. Mai von Moskau wieder ab und kommt 31. Mai nach Königsberg zurück. Der Herzog von Croy meldet (d. Lapto 3. Juni 1675) dem Kf. seine glückliche Rückkehr und bemerkt, die Sendung scheine guten Effekt zu haben und noch haben zu sollen. Er übersendet vorläufig die Übersetzung des Antwortschreibens des Zaren, damit die Kanzlei sich danach bei der Expedition des Scultetus, dessen Ankunft er erwarte, richten könne.

Zar Alexius Michailowitz an den Kurfürsten. D. Moskau im Jahr von Erschaffung der Welt 7183 [1675] den 19. Aprilmonats.

[Zusage, den König von Schweden zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen Kf. zu ermahnen und den Gesandten desselben Vorstellungen deswegen machen zu lassen.]

Zwischen ihm und dem König von Schweden ist ein ewiger Friede aufgerichtet, und es fällt ihm daher unmöglich, gegen denselben die Waffen zu ergreifen. Die Nachricht von dem Einfall der Schweden in des Kf. Lande aber verwundert ihn um so mehr, da der König denselben hat ins Werk setzen lassen ohne vorherige Besendung an ihn, und da dieses der durch die neuliche schwedische Gesandtschaft getanen Versicherung, daß Kf. mit dem Könige in guter Freundschaft und Vertraulichkeit stünde, zuwiderläuft. Er hat sich daher, um dem Verlangen des Kf. nach Möglichkeit ein Genügen zu tun, vorgenommen, an den König von Schweden durch einen Expressen zu schreiben und ihn dazu zu vermögen, seine Truppen aus den Landen des Kf. zurückzurufen und den wider Kf. angefangenen Krieg zu unterlassen, damit nicht widrigenfalls daher zwischen ihnen beiden Mißhelligkeiten entständen und der Türke über diese Kriegsunruhe zwischen Schweden und dem Kf. zu frohlocken und sein Vornehmen gegen Polen noch grausamer zu vollziehen veranlaßt werden möge. Die nach Schweden angekündigte Gesandtschaft hat er wegen des Einfalls der schwedischen Truppen in des Kf. Lande nach Stockholm abzusenden Bedenken getragen, bis diese Truppen aus den Landen des Kf. werden abgezogen sein. Er gedenkt, seine Gesandten, um mit den schwedischen sich zu unterreden, auf die Grenze zu schicken, damit der König auf seinen Brief schleunige und runde Antwort zu geben bewogen werde. Er wird seinen Gesandten befehlen, bei dieser Zusammenkunft wegen des Einfalls der schwedischen Truppen in des Kf. Lande einen Verweis zu tun. Wenn es Kf. belieben sollte, Gesandte an ihn zu schicken, so werden dieselben in seinem Reiche freundlich aufgenommen werden. 29. April

---

Instruction, wornach sich unser Rath und Kammermeister zu Cüstrin Joachim Schultetus[1]) bei der nacher Musskaw ihm aufgetragenen Schickung unterthänigst zu achten. D. Cleve 10. Mai 1675. (Conc. Meinders.)

[Möglichste Beschleunigung der Reise. Zu machende Mitteilungen über die Lage der Dinge. Aufforderung an den Zaren, Schweden anzugreifen, einzuziehende Erkundigungen wegen des Türkenkrieges und des Verhältnisses zu Polen.]

Er soll sich sofort aufmachen und die Reise so beschleunigen, daß er je eher je lieber am moskowitischen Hofe anlange. Seine Reise hat er über 20. Mai

[1]) Kf. hatte (d. Cleve 3./13 April 1675) Sc. angezeigt, daß er ihn aufs neue nach Moskau zu senden beabsichtige, und ihm befohlen, sich zu ihm zu begeben,

Wilna zu machen, dabei große Vorsicht anzuwenden und auch darauf zu halten, daß der neulichen Verordnung des Zaren[1]) wegen der Rezeption und des Ranges seiner Gesandten nicht zuwider gehandelt werde.

Sobald er in der Stolitze ankommt, hat er sich zu erkundigen, ob der preußische Kanzlist, den Kf. mit einem Schreiben an den Zaren abgeschickt,[2]) angelangt und ob eine Antwort darauf erfolgt sei, ferner, ob nicht Abgesandte vom Kaiser, vom König von Dänemark und den G. Staaten sich dort befinden. Solchenfalls hat er mit denselben zu kommunizieren und sich von ihnen über den Zustand des Hofes und der Affairen informieren zu lassen.

Bei der Audienz und sonst überall hat er auf die bräuchlichen Ehren und Zeremonien und daß ihm nichts darunter entzogen werde, zu achten. In seiner Proposition bei der Audienz hat er sich auf das Schreiben zu beziehen, welches Kf. an den Zaren vorausgeschickt, und zu bitten, daß der Zar einige seiner vertrauten Räte mit ihm in Konferenz treten lassen möchte. Dort hat er dann näher auseinanderzusetzen, in welcher Weise es mit dem Einfall der Schweden in seine Lande zugegangen sei, daß deren Behauptung, sie lebten trotzdem mit ihm in Freundschaft, eine unverschämte Lüge sei, daß er selbst im Begriff stehe, in seine Lande aufzubrechen und dieselben von der schwedischen Invasion zu befreien, daß die Niederlande jetzt in gutem und victorieusem Stand wären, England sich mit denselben vollständig verglichen und die Mediation übernommen, Spanien und andere Potentaten mit Frankreich gebrochen hätten, daß auch zu Wasser mit der Ruptur wider Schweden der Anfang gemacht und bei seiner Anwesenheit im Haag von allen Alliierten, dem Kaiser, Spanien, Dänemark und den Vereinigten Niederlanden beschlossen sei, mit Schweden zu brechen und dasselbe zu Wasser und zu Lande anzugreifen. Der Zar könnte kein besseres Tempo finden, für den ihm früher von Schweden zugefügten tort Rache zu nehmen, er möchte diese Gelegenheit benutzen und Schweden eine Diversion in Liefland oder anderen angrenzenden Orten machen, an deren

---

um seine Instruktion und was sonst dazu gehörig zu empfangen. Von ebendorther befiehlt er 11./21. Mai dem Herzog von Croy und Heidekampf, etwas Rares an Bernstein sowie ein silbernes Gießbecken nebst Kanne als Geschenke für den Zaren anzuschaffen, von Lippstadt 16./26. Mai der preußischen Regierung, für Se. eine Feldapotheke, und dem Kammermeister Büttner, eine Kutsche und einen Beiwagen sowie das nötige Tafelzeug anzuschaffen. Der Herzog von Croy berichtet (d. Königsberg 29. Juni/9. Juli 1675), er habe als Präsente angeschafft ein silbernes Brett- und Schachspiel (für 3000 Fl. poln.), an Stelle des beschädigten und für diesen Zweck nicht brauchbaren astronomischen Uhrwerks eine silberne überaus schön getriebene Fontaine (für 5500 Fl.) und einen kostbaren Bernsteinspiegel (für 2000 Fl.). Das silberne Gießbecken mit Kanne und das kleinere Uhrwerk habe Se. auch mitgenommen, doch solle er erst sondieren, ob es auch angenehm sein möchte, da obige drei Präsente schon das sonst übliche Quantum überstiegen. S. v. Köhne, S. 15. Vgl. über diese Gesandtschaft Pufendorff, l. XIII, § 61 (S. 1024 ff.), Martens V, S. 19 f.

[1]) S. oben S. 285.

[2]) S. oben S. 294.

Erfolg nicht zu zweifeln sei, da Schweden keine anderen Geldmittel hätte als solche, die ihm von Frankreich subministriert würden, das aber jetzt mit sich selbst genug zu tun hätte, und nur eine Armee, welche es zu Beschützung seiner Lande im Reich brauchte. Wenn er vom kaiserlichen, dänischen oder holländischen Gesandten etwas erfahren kann, was ihm bei dieser Negotiation zustatten kommen könnte, so hat er sich dessen bestens zu bedienen. Er soll auch Nachricht zu erlangen suchen, in was für Armatur der Zar begriffen, wie es mit dem Kriege wider den Türken stehe, ob man Hoffnung auf eine Ruptur seitens Persiens habe, was man von dem jetzigen König von Polen halte und wie man mit dieser Krone stehe.

Sobald er etwas in Erfahrung bringt, hat er solches in Ziffern und zwar in duplo vel triplo zu berichten. Er soll sich auch nach dem Studioso Hesse[1]) erkundigen und mit demselben wegen Kontinuation der Korrespondenz gegen eine jährliche Rekompens Abrede treffen.

Die Verwendung für die Prinzessin Radziwill hat er zu wiederholen.

Sollte er merken, daß Schweden dort Kf. dadurch verhaßt zu machen suche, daß es vorgebe, er hätte früher mit ihnen eine Allianz gegen Moskau gemacht, so soll er mit gehöriger Dexterität nachweisen, daß das unwahr sei und daß Kf. nur zur Defension ihrer beiderseitigen Lande mit ihnen Traktaten gemacht habe, die jetzt längst expiriert seien.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Muskow 11./21. August 1675.

[Ankunft in Moskau. Die holländischen Gesandten. Lügenhafte Berichte über das Gefecht bei Rathenow. Abneigung der Bojaren gegen einen Krieg mit Schweden.]

Er ist gestern hier angelangt, über seinen Empfang wird Kf. aus beigehendem 21. Aug.
Diarium[2]) das Nähere ersehen (s. Büsching IX, S. 20f.). Wie bald er zur Audienz wird geholt werden, weiß er nicht, da der Zar sich auf dem Lande mit der Jagd delektiert.

Der vom Prinzen von Oranien hergeschickte Envoyé, Kapitän Reiser, ist bereits vorgestern expediert worden, H. Klincke aber als Großgesandter der Staaten wird über Archangel erwartet.

Schwedischerseits sind lügenhafte Gerüchte über einen über Kf. erfochtenen Sieg bei Rathenow und daß Kf. selbst dabei gefallen sei, verbreitet worden.

---

[1]) S. oben S. 292.

[2]) Dieses während der Reise geführte Diarium hat Sc. nachher wieder zu einer Berlin 31. Dezember 1675/[10. Januar 1676] datierten Finalrelation zusammengestellt. Dieselbe ist, allerdings mit manchen willkürlichen Änderungen, in Büschings Magazin für die neue Historie und Geographie IX, S. 5—76 abgedruckt.

Er hat sogleich den Studiosus Hess, den er vor 2 Jahren hiergelassen, zu dem Oberpräsidenten geschickt und ihm sagen lassen, daß diese schwedische Zeitung erdichtet und lügenhaft sei, Kf. sei am Leben, er hätte unterwegs vom 1. Juli aus dem damaligen Hauptquartier Neustadt in Mecklenburg ein von demselben eigenhändig unterschriebenes Reskript erhalten. Wie Hess berichtet, soll derselbe darüber sehr erfreut gewesen sein.[1])

Der Zar selbst soll nicht ungeneigt sein, bei dieser guten Gelegenheit die Schweden in Liefland anzugreifen, aber fast alle seine Bojaren sollen ihn davon abhalten. Man will zusehen, wie die Progressen draußen gegen Schweden von statten gehen und ob der holländische Gesandte Geld bringt.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Muskow 18./28. August 1675.

[Abneigung der Russen gegen die Polen. Er wird sich bemühen, sie zur Vereinigung mit denselben gegen die Türken zu bewegen.]

28. Aug. Der polnische Resident[2]) hat ihm heute durch seinen Hofmeister, als er ihm seine Ankunft anzeigen ließ, sagen lassen, ihm würde täglich große Hilfe gegen die Türken versprochen, aber in effectu nicht das Geringste prästiert. Er findet eine sonderliche Antipathie zwischen diesen beiden Nationen, so daß sie hier nicht groß achten, daß Polen untergehe, und meinen, mit eigener Macht den Türken hinreichend gewachsen zu sein. Auch der dänische Resident,[3]) der ihn heute incognito besuchte, hat dieses bestätigt. Derselbe behauptet, man sehe hier den Untergang Polens gern, weil man sicher glaube, daß dann die Litauer sich ganz dem Zaren unterwerfen würden, und meint, man müßte die Moskowiter darin stärken. Er findet dieses aber keineswegs gut noch dem Kf. dienlich, wird vielmehr bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, wie hochschädlich das Herannahen der Türken dem Römischen Reich und der Christenheit sei, daß Kf. nichts mehr bedauere, als daß er durch den schwedischen Krieg genötigt sei, seine Auxiliartruppen zurückzurufen, und daß jetzt sehr wohlgetan sein würde, wenn dieser Hof desto bessere Hilfe schickte und sich ehestens mit Polen konjungierte.

---

[1]) Kf. befiehlt (d. Hauptquartier Schwan 5./15. August 1675) dem Statthalter und den Geheimen Räten in Berlin, Scultetus einige geschriebene und gedruckte Relationen über die Vorgänge bei Rathenow, Fehrbellin usw. zuzuschicken und ihn anzuweisen, dem Zaren davon Mitteilung zu machen und diese Berichte auch sonst zu verbreiten. Sc. meldet (d. Moskau 15./25. September 1675), er habe dem Oberpräsidenten Matjewew Anzeige davon gemacht.

[2]) Swiderski.

[3]) Gioe. S. das Diarium 17./27. August (Büsching IX, S. 25).

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Muskow 25. August/4. September 1675.

[Audienz beim Zaren, Konferenz mit dessen Kommissaren. Gespräch mit Matjewew.]

Heute vor acht Tagen ist er[1]) mit allen den Zeremonien und Ehren- 4. Sept.
bezeugungen wie vor zwei Jahren beim Zaren zur Audienz aufgeholt worden. Die Präsente, besonders die silberne Fontäne und das Schachspiel, sind demselben so angenehm gewesen, daß er sie sofort in sein Kabinett hat bringen lassen. Am folgenden Tage[2]) hat man ihn zur Konferenz gefordert; dort hat er ausführlich dargetan, was er in commissis hat, die Kommissare haben es nach hiesigem Gebrauch schriftlich gefordert und versprochen, es dem Zaren vorzubringen. Am dritten Tage hat er[3]) den Oberpräsidenten Artemon Sergewic in seinem Hause besucht, ihm des Kf. desiderium rekommendiert und ihm weitläufig demonstriert, daß der Zar nicht in 100 Jahren eine so bequeme Gelegenheit, sich an Schweden zu revanchieren, haben würde, wenn er die jetzige vorbeistreichen ließe. Derselbe nahm dieses alles wohl an und gab zu verstehen, daß man ihn bald von hier expedieren und ihm gute Resolution geben würde. Der Zar bezeuge großes Mißfallen über das ungerechte Verfahren der Schweden gegen Kf., halte den Einfall in dessen Lande für eine Ruptur des mit ihm selbst geschlossenen ewigen Friedens, erwarte nur die Antwort, die der deswegen expreß nach Schweden gesandte Goniec zurückbringen werde, indessen hätten der Feldherr Chowanski und dessen Sohn schon Befehl, die Armee zusammenzuziehen und auf zwei Orten an die schwedische Grenze zu stellen. Trotzdem bleibt es dabei, daß man nicht so leicht mit Schweden brechen wird.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Muskow 1./11. September 1675.

[Geringe Aussicht zum Bruch mit Schweden. Mitteilungen des dänischen und des kaiserlichen Gesandten. Vergebliche Bemühungen des polnischen Gesandten.]

Es bleibt bei dem, was er dem Kf. bereits bei allen Posten geschrieben, 11. Sept.
daß man hier einen Verzug nach dem anderen hervorsuchen und mit Schweden nicht brechen wird, falls nicht in Pommern und Bremen alles über den Haufen gehen sollte. Der Oberpräsident soll vor wenigen Tagen dem dänischen

[1]) S. das Diarium 18./28. August (Büsching IX, S. 26 ff.).
[2]) S. ebendaselbst 20./30. August (S. 29 ff.).
[3]) S. ebendaselbst 21./31. August (S. 36 ff.).

Gesandten[1]), als dieser wieder von einer Allianz sprach, geantwortet haben, er rede viel von einer Allianz, die der Zar mit ihnen machen sollte, die Schreiben aus Deutschland aber meldeten, daß sein König und die Holländer sich noch nicht mit Kf. konjungiert und noch keine Schiffe in See geschickt hätten, es schiene, daß sie sich untereinander nicht viel trauten, da sollte sich denn der Zar dazwischen stecken und die Finger verbrennen.

Er hat den Kaiserlichen[2]) besucht. Derselbe gab an, er habe keine Ordre, eine Allianz zu traktieren, sondern er sei gekommen plus ad audiendum quam dicendum. Wegen Schwedens werde er nicht mehr suchen, als Sc. getan, nämlich den Vorteil vorstellen, welchen Moskau bei den jetzigen Konjunkturen aus der Ruptur mit Schweden in Liefland haben würde. Hauptsächlich aber soll er wohl ein wachendes Auge auf den Krieg und Frieden der Polen mit den Türken haben, und wenn ihm auf solchen Fall hier eine annehmliche Allianz in hoc puncto vorgeschlagen werden sollte, würde er wohl Ordre finden, zu traktieren.

Morgen soll er die Abschiedsaudienz beim Zaren haben. Er fürchtet, die Deklaration wird dilatorisch sein. Der Oberpräsident hat ihm bei seinem Besuch auf seine Vorstellungen geantwortet, ein ewiger Friede lasse sich so leicht nicht brechen, man könnte wohl an einem Tage Krieg anfangen, aber ihn erst in vielen Jahren mit ungewissem Glück endigen.

Der polnische Resident[3]) sollicitiert noch immer um die in pactis versprochene Hilfe, es scheint aber dieses Jahr nichts daraus zu werden, weil der Armee, die bereits am Dniepr gestanden hat, Befehl gegeben worden ist, sich wieder zurückzuziehen. Der Polnische spricht deswegen sehr hart, findet aber auch Leute, die ziemlich hart hören. Von dem nach Persien geschickten Gesandten hat man seit seiner Abreise noch nichts gehört. Kaufleute, die von dort kommen, bringen mit, daß der Krieg daselbst mit den Türken noch ungewiß sei.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Muskow 2. Oktober/22. September 1675.

[Verzögerung der Entscheidung. Verhalten des polnischen Residenten.]

2. Okt. Da der nach Schweden geschickte Goniec in den nächsten Tagen hier erwartet wird, so ist seine Abschiedsaudienz noch verschoben worden, er glaubt aber, daß man dann seine Abfertigung beschleunigen wird. Es bleibt dabei, daß man hier keine Lust hat, mit Schweden zu brechen, bevor man

[1]) Gioe.

[2]) Baron Franz Hannibal Battoni, s. das Diarium 29. August / 8. September (S. 45f.).

[3]) Swiderski.

gesehen, wie der Krieg draußen abläuft, und man sucht die Sache mit der im Dezember angesetzten Kommission auf den Grenzen hinzuziehen.

Am vorigen Sonntag ist der Zar zu einem 12 Meilen entfernten Kloster wallfahrten gegangen, er hat[1]) der Solennität mit dem kaiserlichen Gesandten zusammen zugesehen.

Als er gestern[2]) von dem polnischen Residenten wieder besucht worden, hat er Gelegenheit genommen, die Materie wegen der Intercession für die Prinzessin Radziwill, worüber derselbe Skrupel empfunden haben soll, zu berühren, und er hat ihm auseinandergesetzt, daß Kf. dem König und der Republik dadurch gar nicht zu nahe trete. Er hat aber aus der Antwort desselben gespürt, daß er nodum in scirpo suche und gern etwas finden möchte, sich wegen der Abschickung des Kf. hierher zu beschweren.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Muskow 9. Oktober/29. September 1675.

[Erfolglosigkeit seiner Mitteilung von dem Bruch Dänemarks mit Schweden.] Erklärung Matjewews gegen den kaiserlichen Gesandten.]

Dem Befehl des Kf. vom 25. August[3]) gemäß hat er die Ruptur Dänemarks mit Schweden bekannt gemacht und dabei remonstriert, was für Avantagen der Zar jetzt haben könnte, wenn er den Schweden eine Diversion in Liefland oder Karelien machte, er hat aber nicht spüren können, daß es den gewünschten Effekt gemacht hat. Die Kaiserlichen haben[4]) ihm gestern mitgeteilt, daß sie auch so gut wie expediert wären. Der Oberpräsident hätte ihnen bei der tags zuvor gehaltenen Konferenz deutlich zu verstehen gegeben, daß sie, da der Kaiser keine Lust zu einer Allianz gegen den Türken zeige, auch nicht gesonnen seien, gegen einen christlichen Potentaten eine solche einzugehen. Man könnte wohl Ursache zur Ruptur finden, wollte aber alles auf die bevorstehende Konferenz auf den Grenzen ankommen lassen. Indessen sollte den Alliierten zum Vorteil des Zaren Armee an der Grenze von Liefland stehen bleiben und verhindern, daß Schweden von dort Truppen nach Pommern ausführte. Den kaiserlichen Gesandten ist zugleich angezeigt worden, daß sie, sobald der Zar von der Wallfahrt zurückgekehrt sein würde, ihre Expedition haben sollten, und eben-

---

[1]) S. das Diarium 19./29. September (S. 59).

[2]) S. ebendaselbst 20./30. September (S. 59 f.).

[3]) In diesem aus Schwan 25. August/[4. September] 1675 datierten Reskript hatte Kf. ihm befohlen, von dem erfolgten Bruch zwischen Dänemark und Schweden dort Mitteilung zu machen und sich dessen zu seiner Avantage zu bedienen.

[4]) S. das Diarium 23. September/3. Oktober (S. 60 f.).

dasselbe hat ihm auch neulich der Oberpräsident angekündigt.[1]) Da man aber darauf dringt, daß der Kaiserliche jemand zur Korrespondenz hier lassen möchte, auch gern gesehen wird, daß Kf. solches dem Stud. Hesse möchte durch ihn kommittieren lassen, so scheint es doch, daß sie die gute Gelegenheit zum Kriege mit Schweden nicht so ganz und gar aus den Augen setzen, sondern sehen wollen, wie sich Schweden bei der Grenzkommission wird finden lassen, und ob sie bei dieser Konjunktur nicht durch Pochen das von Schweden erhalten können, was sie sonst zurzeit mit dem Schwert zu suchen nicht gesonnen sind.

H. D. Hesse[2]) an den Kurfürsten. D. Moskau 26. Januar/5. Februar 1676.

[Bescheid an den holländischen Gesandten. Krankheit des Zaren. Voraussichtlicher baldiger Thronwechsel.]

5. Febr. Der holländische Gesandte[3]) hat auch zur Antwort bekommen, es wäre ihnen, den Russen, bisher nicht möglich gewesen, den ewigen Frieden mit

[1]) Sc. meldet (d. Moskau 5./15. Oktober 1675), daß er nach der Rückkehr des Zaren am Montag (4./14.) die Abschiedsaudienz bei demselben erhalten habe und angewiesen sei, seine Rückreise bald anzutreten, und daß er dieses morgen zu tun gedenke. S. Diarium 4./14. Oktober (S. 62). Ebendort ist S. 63ff. das Rekreditiv des Zaren für Sc. (d. Moskau 30. September 7184) und die unter dem gleichen Datum ausgestellte Resolution auf die von demselben proponierten Punkte in deutscher Übersetzung abgedruckt. Von Lyck aus sendet er dem Kf. 10./20. November die Resolution und das Kreditiv des Zaren und berichtet vorläufig (s. Diarium S. 71ff.) über die Remonstrationen dagegen, die er dem O. Präsidenten gemacht, über dessen Antwort und über die Mitteilungen des kaiserlichen Gesandten, des polnischen Residenten und des Dolmetschers Gross. Über seine Rückreise s. ebendaselbst S. 74f.; er kam am 1. Dezember wieder in Königsberg an.

[2]) Kf. hatte durch Scultetus Hesse anbieten lassen, weiter in Moskau zu bleiben und gegen ein bestimmtes Jahrgeld ihm über die dortigen Vorgänge Bericht zu erstatten. H. erklärt sich auch (d. Moskau 8./18. September 1675) dazu bereit, bittet aber, da er ohne einen bestimmten Charakter dieses Amt nicht verwalten könne, um eine Bestallung und eine Instruktion. Eine Bestallung (d. Cöln a. d. Spree 31. Dezember 1675/[10. Januar 1676] s. Martens V, S. 22) erhält er, er wird darin zum Agenten des Kf. mit einem Gehalt von 300 Rtlr. jährlich ernannt. Einer besonderen Instruktion, um welche er nochmals gebeten haben muß, bescheidet ihn Kf. 23. März/2. April 1676, bedürfe es nicht, er werde ihn immer per rescripta von dem, was er dort verrichten solle, in Kenntnis setzen, und er solle sich immer fleißig nach dem erkundigen, was des Kf. und seiner Alliierten Interesse angehe. Seine Besoldung erhöht er auf 400 Rtlr. und er weist auch (21. Oktober 1676) der von H. in einem Schreiben vom 10./20. Mai ausgesprochenen Bitte gemäß die preußische Regierung an, ihm das Briefporto und 60 Taler, welche er wegen der Trauer um den Tod des Zaren ausgelegt, zu ersetzen.

[3]) Conrad Klenk; derselbe war am 21. Januar 1676 in Moskau angekommen und ist im Juli von dort wieder abgereist. S. Sylvius, Historien onses tyds III,

Schweden zu brechen, sie hätten aber viele und wichtige Prätensionen, die ihnen vielleicht, wenn Schweden sich nicht akkommodieren sollte, zum Brechen Anlaß geben würden. Sie singen also dasselbe Lied, welches man schon zwei Jahre hat anhören müssen. Doch hat der holländische Gesandte gute Hoffnung, daß eine Armee nach Pleskow und eine nach Nöteborg gehen wird, denn der O. Präsident hat ihm im Vertrauen sagen lassen, er solle nicht umsonst gekommen sein, sondern etwas Gewisses erhalten, doch ist auf die Versprechungen desselben wenig zu bauen.

Durch den Leibarzt des Zaren, Dr. Rosenberg,[1]) bei dem er wohnt, hat er im höchsten Vertrauen erfahren, daß der Zar schwer krank ist und schwerlich aufkommen wird. Sollte er sterben, so wird diesem Regiment ein nicht geringes Übel zu Handen kommen, denn[2]) der Prinz,[3]) der vorm Jahr der Gemeine vorgestellt, ist ganz kontrakt und der jüngere blind[4]) und voller Unflat. Außerdem ist noch ein Prinz[5]) von der jetzigen Gemahlin, auf welchen man vielleicht das Regiment zu bringen suchen wird, woraus dem hiesigen Estat großes Unheil und den Schweden großer Vorteil erwachsen dürfte.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 2./[12.] Februar 1676.

[Der Thronwechsel.]

Der Zar Alexei ist[6]) Sonnabend den 29. Januar um 7 Uhr abends gestorben. 12. Febr.
Die Leiche ist am folgenden Tage unten ins Schloß in die Saborkirche gebracht worden. Derselbe hat gute praeparatoria zu seinem Abschied gemacht, indem er am Tage vorher gebeichtet und am Sonnabend das h. Abendmahl genommen und vom Patriarchen die letzte Ölung empfangen hat. Darauf hat er alle Bojaren und Reichsräte zu sich fordern lassen, ihnen den jetzt regierenden Zar vorgestellt und sie ermahnt, ihm treu und gehorsam zu sein. Nach seinem Tode ist denn auch der Prinz auf den zarischen Thron gesetzt worden, und nachdem er das Kreuz geküßt, haben sie ihm mit gleichem Kreuzkusse Treue und Gehorsam versprochen. In der Nacht ist auch sogleich von allen Pricasen und Soldaten, die hier zugegen, sowie auch von den teutschen Offizieren der

S. 262, 313f., 348; Posselt, Der General und Admiral Franz Lefort (Frankfurt a. M. 1866) I, S. 172.

[1]) S. über denselben Brückner, Geschichte der Ärzte in Rußland, S. 41.

[2]) Vgl. die Berichte Rinhubers an Herzog Friedrich von Sachsen vom 29. Dezember 1677 und 26. Februar 1679 (Relation du voyage S. 166, 190).

[3]) Feodor.

[4]) Iwan.

[5]) Peter.

[6]) S. Herrmann, Geschichte des russischen Staates III, S. 696.

Eid genommen und Schreiben an alle Woiwoden und Befehlshaber ausgesandt worden, welche im Namen des Zaren Foedor Alexewitz von der zarischen Frau Wittib[1]) wider den alten Gebrauch unterschrieben gewesen. Obschon es scheint, daß wegen dieser Umänderung das Vorhaben gegen Schweden schlechten Fortgang nehmen wird, so hat doch der Zar dem holländischen Gesandten sagen lassen, er solle nicht bekümmert sein, daß wegen des Todes seines Vaters seine Negotiation unfruchtbar ablaufen würde. Es soll auch den Feldherrn Gawanski Ordre erteilt werden, eine Armee fertigzuhalten.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 16./26. Februar 1676.

[Sturz Matjewews. Verhalten des neuen Zaren. Beabsichtigte Sendung von Kurieren an die verschiedenen Höfe. Der holländische Gesandte. Nachrichten über verräterische Absichten in Preußen. Gerüchte über einen schwedischen Einfall in Preußen.]

26. Febr. Seit dem Tode des Zaren sind zwar manche Veränderungen bei den hiesigen Staatsministern vorgegangen, namentlich ist[2]) der O. Präsident Artemon Sergeiwitz, wie schleunig und wider aller Leute Vermuten er gestiegen, desto schneller und tiefer gefallen, doch geht der Regierung davon nichts ab, denn man ist so emsig mit Ratsitzen Tag und Nacht, wie man vorher nicht gewesen. Der Zug in die Krim ist bis auf den Mai ausgesetzt. Die Kur mit dem Zaren, worüber man lange deliberiert hat, hat heute ihren Anfang genommen. Er ist sonst bei besserer Konstitution, wie er gewesen. Wenn nur der dissensus medicorum den Brei nicht verderben wird.[3]) Der Zar hat große Autorität bei jedermann, hat drei Tage nach dem Tode seines Vaters auf dem Thron die proceres regni tapfer angeredet und ihnen gesagt, man hätte nun genug getrauert, man sollte jetzt zu Rate gehen, wie man das Reich in Ruhe brächte und mit den ausländischen Potentaten die empfangene Freundschaft am nützlichsten konservieren und kontinuieren könnte. Zu diesem Zweck sollen vier Kuriere in dieser Woche abgehen, einer an den Kaiser und an den König von Polen, ein zweiter an Kf., an die Gen. Staaten und den König von England, ein dritter nach Schweden und Dänemark und ein vierter nach Persien.

---

[1]) Natalia Kirillowna.

[2]) S. Posselt, Lefort I, S. 230ff.; Herrmann III, S. 697; Brückner, Peter der Große, S. 25f.

[3]) H. berichtet am 22. März / 1. April 1676, mit dem Gesundheitszustand des jungen Zaren stehe es sehr schlecht. Leider lasse er sich nicht durch den treuen und wohlerfahrenen Arzt Dr. Rosenberg (s. oben S. 303), sondern durch einen „empirischen Juden“, der hier Apotheker sei, kurieren, dazu legten noch Zauberer und alte Weiber die Hand an.

Der holländische Gesandte[1]) hat am 15./25. Februar bei dem neuregierenden Zaren seine erste Konferenz gehabt, es ist ihm aber nur die den Gesandten des Kaisers und des Kf. erteilte Depesche mitgeteilt worden. Er will aber um eine neue Konferenz bitten und inzwischen in einem Memorial die glücklichen Progressen des Kf. und der anderen Alliierten anzeigen und die ihnen jetzt offenstehende Gelegenheit zu Wiederforderung ihrer gehabten Plätze in Liefland, Karelien und Ingermannland vorstellen.

Wie ihm der dänische Resident[2]) mitgeteilt, hat diesem der polnische[3]) gesagt, die Preußen inklinierten sehr zu einer Rebellion, die preußischen Stände hätten der Republik zu Warschau eine Schrift übergeben und sich sehr über König Johann Kasimir wegen der Übergabe ihres Landes an Kf. beschwert, durch die Souveränität seien sie nicht allein in die äußerste Armut, sondern auch mit den Ihrigen in die größte Lebensgefahr geraten, sie bäten daher von der Republik und der Krone Polen, ihnen 3000 Mann zu senden, dann könnten sie sich in die frühere Freiheit setzen und hätten sich keines Argwohns von Kf. zu befürchten, könnten auch von der Welt des perjurii oder foedifragii nicht beschuldigt werden.

Die schwedischen Kaufleute machen hier von dem schwedischen Einfall in Preußen viel Schreiens, doch leistet er ihnen bei Hofe guten Widerstand und kündigt an, daß, wenn Kf. sich zum Herrn des schwedischen Pommerns gemacht haben werde, man ihnen vielleicht in Liefland zusprechen werde.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 5./15. April 1676.

[Übler Gesundheitszustand des Zaren. Einverständnisse mit den Litauern. Unzuverlässigkeit der russischen Versprechungen. Bevorstehende Veränderungen am Hofe.]

Der jetzige einflußreichste Bojar Bogdan Mathphewitz Gukrov[4]) liegt an schwerer Krankheit darnieder und wird wohl wegen Verachtung der medici sterben. Dasselbe ist von dem Zaren zu fürchten, derselbe hat,[5]) wie er von Dr. Rosenberg hört, die Wassersucht. Er hat zwar zu Ostern die Ostereier ausgeteilt, doch hat man ihn mit großer Beschwerlichkeit auf seinen Thron 15. April

[1]) Conrad Klenck, s. oben S. 302.
[2]) Gioe.
[3]) Kasimir Swiderski.
[4]) Rinhuber, S. 169, nennt ihn Chytrof.
[5]) S. Rinhuber, S. 190; Posselt, Lefort I, S. 222f.

setzen müssen, weil er nicht gehen kann, auch ist er unterm Gesicht unglaublich aufgedunsen.

Zwischen Litauen und dem Zaren scheint nicht geringes Verständnis zu bestehen. Seine Referenten versichern, es werde dem Kf. nicht präjudizierlich sein, er glaubt aber, daß für Kf. und den Herzog von Kurland ein solcher Nachbar schädlich sein würde. Er bittet um Angabe, wie man das Werk hier rückgängig machen könnte, er wird sich unterdessen bemühen, bessere Gewißheit davon einzuziehen.[1])

Der Feldzug nach der Krim ist noch ungewiß. Man verspricht ihnen, daß die Armee ehestens an die liefländische Grenze ziehen soll, aber sie merken, daß sie mit untreuen, eigennützigen und mißtrauischen Menschen zu tun haben, von welchen man nicht mehr nehmen kann, als sie selber zu ihrem eigenen Nutzen geben wollen.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 10./20. Mai 1676.

[Bevorstehender Beginn der Verhandlungen mit Schweden. Abreise des holländischen Gesandten. Sendung eines Expressen. Unordnung in der Regierung. Beabsichtigte Vermählung des Zaren.]

20. Mai Die Kommission nach den Grenzen soll diese Woche unter Kondukt zweier Armeen ihren Fortgang nehmen. Sie versichern, sie werden alle Plätze wiederfordern und widrigenfalls dieselben mit dem Schwert zu nehmen suchen. Der holländische Gesandte hat am 1./11. Mai seine Depesche bekommen und gedenkt die Woche nach Pfingsten nach Archangel abzureisen. Kein Ambassadeur hat solche Freiheit und Gnade gehabt wie er.

Die Absicht des Kf. wegen Hersendung eines Expressen hat er kund getan, er bittet aber, ihm dessen Namen und Bedienung mitzuteilen, damit der Paß rechtzeitig an die polnische Grenze geschickt werden kann.

Unter[3]) den Bojaren und Senatoren ist eine große Jalousie und widerwärtige Regierung, so daß dasjenige, was der eine heute geordnet, der andere morgen wieder umstößt. Es verlautet, daß man eine Gemahlin für den Zaren aussuchen will. Er glaubt, daß man damit deswegen so eilt, weil der Zar mit einem ungesunden Leibe auf schwachen Füßen geht und man gern einen Erben, weil die andern unbequem sind, von ihm haben will.

[1]) Kf. weist ihn (d. Cöln 5./15. Mai 1676) an, sich in diese litauische Angelegenheit garnicht zu mischen und ihm nur von allem, was vorgehe, zu berichten.

[2]) Kf. hatte (d. Cöln 23. März/2. April 1676) H. angezeigt, er werde, sobald die Notifikation des Thronwechsels angelangt sei, die Kondolenz und Gratulation durch einen Expressen ablegen.

[3]) Vgl. Rinhuber, S. 190ff.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 12./22. Juli 1676.

[Ankunft Georgi's]

Dem Expressen Christophorus Georgi[1]) ist er Sonntag den 9./19. Juli auf drei Meilen entgegen gegangen, hat ihn auch bis zu der Vorstadt von Moskau geleitet. Dort hat er die Nacht zubringen müssen, am folgenden Tage ist er eingeholt und in der Stadt logiert worden, man will ihn und seine Leute aber noch nicht zu ihm lassen. Man scheint also bei der neuen Regierung die alte Gewohnheit wegen Versperrung der ankommenden ministri wieder einführen zu wollen. Er hat ihn aber in der Vorstadt schon genügend unterrichtet, auch ihm geraten, die Kommunikation mit den vornehmsten Ministern wegen des bösen Vorhabens des Königs von Polen zu hinterhalten, weil jetzt nicht die rechte Zeit ist. Denn Artemon Sergeiwitz ist seiner Charge als Oberpräsident entsetzt und in große Dekadenz gekommen, hat auch nichts mehr mit publiquen Sachen zu schaffen, es ist daher bei der kaiserlichen Kanzlei kein rechtes Haupt und wird also nicht verschwiegen gehalten werden. Er wird es bei guter Gelegenheit so erinnern, daß der Zar es insgeheim erfahren soll. 22. Juli

P. S. Er hat Erlaubnis erhalten, den Expressen zu besuchen, und dieser, zu ihm zu kommen.[2])

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 11./21. Oktober 1676.

[Gerüchte über die Verhandlungen mit Schweden. Unzufriedenheit des polnischen Residenten, dessen Erklärungen.]

Wie es mit der Kommission endlich ablaufen wird, kann er nicht erfahren, 21. Okt. da zu Hofe alles sehr geheim gehalten wird. Die Offiziere, die nach der Grenze gehen sollten, haben Gegenbefehl erhalten. Die schwedischen Kaufleute behaupten, Schweden habe kategorische Erklärung verlangt, ob der Zar mit ihnen den Frieden halten oder Krieg anfangen wollte, sie wären bereit, alle ihre Prätensionen, die sie gegen Rußland hätten, fahren zu lassen, aber nicht das geringste an Land oder Festungen abzutreten. Die moskowitischen Kommissare sollen darauf weitere Verhaltungsbefehle erbeten haben. Bei Hofe hat man auf

[1]) Derselbe preußische Kanzleibeamte, der 1675 das Schreiben des Kf. nach Moskau gebracht hatte, s. oben S. 294. Über diese Sendung desselben sind sonst keine weiteren Akten vorhanden.

[2]) H. berichtet am 26. Juli/5. August, der Expresse solle heute seine Abfertigung erhalten und am 9. wieder abreisen.

seine Anfrage deswegen geantwortet, man werde bei der einmal gefaßten Meinung bleiben, er solle schon zu seiner Zeit erfahren, was sie tun würden.

Der polnische Resident[1]) klagt sehr über das große Unrecht, das die Reußen den Polen zugefügt hätten und noch täglich zufügten. Derselbe hat, wie er ihm gesagt, erklärt, auf solche Art würden der König und die Republik mit den Türken Frieden machen, dann möchten sie zusehen, wie sie fahren würden.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 22. November/2. Dezember 1676.

[Seine Verabschiedung. Abbruch der Verhandlung mit Schweden. Eindruck des Friedens Polens mit den Türken.]

2. Dez. Er hat am 13./23. November das Kreditiv[2]) dem Zaren in öffentlicher Audienz übergeben und es ist ihm nächst Begnadigung der zarischen Tafel vorgelesen worden, daß er bei dem zarischen Hof als ein Agent gehalten werden sollte. Sonnabend den 18./28. aber hat man ihm durch den Dolmetscher Gross andeuten lassen, er sollte sich zu der letzten Audienz bei dem Zaren fertig halten, und trotz seiner Remonstrationen hat er sich in den zarischen Schlitten setzen und zur Audienz fahren müssen. Dort ist ihm aus einem Zettel der Inhalt des zarischen Schreibens[3]) vorgelesen, und ist er von dem Zaren mit dessen Tafel nebst ein Zimmer Futter-Zobel von 30 und einem einzelnen Paar von 8 Rubeln begnadigt worden. Er ist darauf zu dem Reichskanzler gegangen, hat dagegen remonstriert und gebeten, ihn wenigstens dort zu lassen, bis er an Kf. geschrieben und von diesem Antwort wegen seines ferneren Verhaltens erhalten hätte, aber ohne Erfolg; er wird sich daher künftige Woche auf den Weg machen.

Die Kommissare sind von der liefländischen Grenze unverrichteter Sache zurückgekehrt. Die Sache steht also im alten Stande, nur daß die Gemüter noch mehr gegeneinander entzündet sind, denn die schwedischen Kommissare sind heimlich von dannen gegangen, was man hier für einen großen

---

[1]) Kasimir Swiderski.

[2]) Auf Hesse's Wunsch hatte Kf. demselben (d. Creckow 9./19. Oktober 1676) ein unter demselben Datum ausgestelltes neues Kreditiv zugeschickt und ihn beauftragt, bei dessen Überreichung dem Zaren Anzeige von seinen neuen Waffenerfolgen gegen Schweden zu machen.

[3]) In diesem Schreiben an Kf. (d. Moskau 18. November 7185) erklärt Zar Feodor, er sei bereit, mit Kf. in nachbarlicher Freundschaft zu bleiben, daß Hesse aber sich an seinem Hofe als dessen Agent aufhalte, sei unnötig, Kf. könnte mit der durch sein Reich eingerichteten Post Schreiben an ihn gelangen lassen. Er habe daher H. verabschiedet. S. Martens V, S. 22.

Schimpf aufnimmt, die Russischen aber haben die Schwedischen sehr schimpflich angeredet und verhöhnt, wofür der König von Schweden in einem Schreiben Satisfaktion verlangt hat.

Was der polnische Frieden[1]) hier für Bedenken mache, kann man nicht völlig erfahren. Das ist gewiß, daß man hier nicht allzu große Furcht daraus nimmt, denn man meint, Litauen werde nicht darein konsentieren und sich bei so gestalten Sachen an den Zaren ergeben.

Instruction, wornach S. Chf. D. Geheimer Secretarius Herman Diterich Hesse bei der ihm gnädigst aufgetragenen Schickung nach der Moscau gehorsambst zu achten. D. Cöln an der Spree 16./[26.] Mai 1677.[2])

(Conc. O. v. Schwerin. Lectum in consilio den 16. Maii 1677 praes. Serenissimo Electore, Principe Electorali, Principe Anhalt. Dno de Gladebeck, Dno Cöppen, Dno Meinders et me O. v. Schw.)

[Auftrag, den Zaren zum Kriege gegen Schweden anzutreiben, die lügenhaften Reden des englischen Gesandten zu widerlegen, womöglich dort länger zu bleiben.]

Er soll seine Reise nach Moskau aufs schleunigste anstellen, dort Audienz beim Zaren erbitten und diesem vortragen, Kf. sei auch seinerseits bereit, das mit dem Vater des Zaren unterhaltene gute Vernehmen fortzusetzen, derselbe hätte ihm einige Aufträge an den Zaren erteilt, er bitte, dieser möchte einigen 26. Mai

---

[1]) Der Friede Polens mit der Türkei vom 27. Oktober 1676 s. oben S. 11. Vgl. Posselt, Lefort I, S. 210f.

[2]) Der dänische Gesandte Friedrich v. Gabel, welcher auf der Hinreise nach Rußland Anfang August 1676 nach Berlin gekommen war und sich dort von den Geheimen Räten hatte informieren lassen, wie er auch im Interesse des Kf. in Moskau wirken solle, und der dort Ende November eingetroffen war (s. Posselt, Lefort I, S. 236f.), hatte dem Kf. von dort 20./30. Dezember 1676 über den wenig günstigen Stand der von ihm mit den Kommissaren des Zaren wegen einer von diesem gegen die schwedischen Ostseeprovinzen zu unternehmenden Diversion geführten Verhandlungen berichtet und den Wunsch geäußert, daß auch jemand von den Alliierten dort bald erscheinen möchte, da er vielleicht binnen kurzem wieder werde abreisen müssen. Auch in einem neuen Schreiben vom 3./13. Januar 1677 hatte er wieder darauf gedrungen, daß vom Kaiser und auch von Kf. Gesandte hingeschickt würden, um die Russen aus ihrer Langsamkeit aufzurütteln. Kf. teilt (d. Hamm 20. Februar 1677) den Geheimen Räten in Berlin mit, er habe infolge dieser Aufforderung Gabels beschlossen, den Sekretär Hesse wieder nach Moskau zu schicken, und befiehlt ihnen, eine Instruktion und ein Kreditiv für denselben zu entwerfen und ihm zur Vollziehung

seiner vertrautesten Minister Befehl erteilen, denen er dieselben hinterbringen könnte. Wenn ihm Kommissare zugegeben werden, so hat er denselben vorzustellen, wie hohe Ursache der Zar hätte, bei jetzigen Konjunkturen Schweden anzugreifen und die früher verlorenen Provinzen zu rekuperieren. Sollten die Moskowiter nicht dazu zu bewegen sein, so soll er doch wenigstens es dahin zu bringen suchen, daß sie Miene machen, als wollten sie Schweden bekriegen oder keinen Traktat mit ihnen machen, und sie so in Furcht halten. Er soll vorstellen, je eher und schleuniger der Krieg angefangen würde, desto glücklicher werde derselbe für den Zaren ausschlagen, doch dabei besondere Vorsicht gebrauchen, wenn etwa bei dieser Gelegenheit der Polen gedacht werden sollte, daß diese nicht, wenn sie es erfahren, daraus Ursache nehmen mögen, sich deswegen zu beschweren.

Da der englische Envoyé[1]) in Moskau erklärt haben soll, sein König werde 50 Schiffe in die Ostsee den Schweden zu Hilfe schicken, so soll er sich erkundigen, ob derselbe wirklich solche Reden spargiert hat, und wenn es der Fall sein sollte, an dienlichen Orten anzeigen, daß derselbe dieses ganz ohne Grund, nur auf Antrieb der Schweden und um den Zaren von dem Kriege gegen dieselben zu divertieren, rede, da der König sich selbst zum mediator offeriert hätte und sich daher schwerlich in den Krieg einmischen würde, und wenn er dieses wirklich beabsichtigen sollte, das Parlament es nicht bewilligen würde.

Er soll dahin sehen, daß er dort bis zu des Kf. Abforderung verbleiben könne, und sollte man ihn abfertigen wollen, inständigst bitten, daß er dort gelassen werde, da er noch weitere Instruktion erwarten müßte, und erklären, dem Kf. würde es auch lieb sein, wenn der Zar jemand an seinem Hofe stets haben wollte. Wenn er gefragt werden sollte, warum er keine Präsente mitbrächte, soll er antworten, Kf. hielte seine jetzige Abfertigung nur für eine Kontinuation seiner vorigen Kommission.

---

zuzuschicken. Diese weisen darauf sofort 2./12. März Hesse an, sich zur Reise dorthin fertig zu halten, den Entwurf der Instruktion und des Kreditivs für ihn aber schicken sie erst 25. März/4. April dem Kf. zu, und dieser scheint dann die Absendung bis nach seiner Rückkehr nach Berlin, die am 5. Mai erfolgte, verschoben zu haben, 16./26. Mai weist er von dort den Herzog von Croy an, Hesse sofort zu der Reise nach Moskau 600 Rtlr. zu zahlen und ihm, was weiter zu seiner Subsistenz notwendig sein werde, durch Wechsel nachzuschicken. An demselben Tage sendet er H. die Instruktion und das Kreditiv zu und befiehlt ihm, die Reise sofort anzutreten. Hesse's Abreise aber wurde durch die Schwierigkeiten, welche die Beschaffung des für ihn nötigen Reisegeldes machte, noch länger verzögert, er scheint erst Mitte Juli aufgebrochen zu sein, am 11./21. Juli zeigt er von Wilna aus seine dortige Ankunft an. S. über diese Sendung Pufendorf l. XV, § 15 (S. 1122f.); Martens V, S. 22f.

[1]) Sir John Hebdon (s. Rinhuber, S. 174, 184; Posselt, Lefort I, S. 238ff.). Darüber hatte Gabel aus Moskau 14./24. Februar 1677 dem Kf. berichtet und aufs neue den Wunsch ausgesprochen, Kf. möchte Hesse wieder als seinen Residenten, auch der Kaiser einen Gesandten hinschicken und die Holländer den dort befindlichen Keller als ihren Residenten legitimieren, damit so alle Alliierten dort Vertreter hätten.

Der Kurfürst an den Zaren. D. Cöln an der Spree 16./[26.] Mai 1677.[1])

[Kreditiv für Hesse, Bitte, demselben zu gestatten, dort zu bleiben.]

Da jetzt Sachen vorgehen, die sowohl des Zaren als auch sein und seiner Alliierten Interessen betreffen und nicht so füglich und vollkommen durch Briefe als mündlich angebracht werden können, so schickt er seinen Geheimen Sekretär Hesse aufs neue an den Zaren, um ihm einige ihn angehende Sachen anzubringen, bittet, sein Anliegen willig zu vernehmen, ihm vollkommenen Glauben beizumessen, und weil sich die Geschäfte nicht allemal durch Gesandte, noch weniger durch Briefe verrichten lassen, ihm zu gestatten, sich am Hofe des Zaren noch weiter und so lange aufzuhalten, bis man sehe, wie die jetzigen Konjunkturen sich weiter anlassen und wie sie ausschlagen werden. 26. Mai

---

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 8./18. August 1677.

[Seine Ankunft. Audienz. Konferenz. Gabels Hoffnungen. Bevorstehende Abfertigung der verschiedenen Gesandtschaften. Hoffnung auf günstige Nachrichten.]

Er ist am 28. Juli/7. August hier angekommen, hat am 2./12. August Audienz beim Zaren und gestern eine Konferenz gehabt, in der er seiner Instruktion gemäß einige Punkte übergeben hat. Daraufhin hat ihm Lorivon Ivanowitz[2]) geantwortet, der Zar hätte Kf. durch ihn aller der Freundschaft versichern lassen, die er mit seinem Vater gepflogen, derselbe dürfte sich nicht weiter bemühen, deswegen einen eigenen Abgesandten zu schicken. Den Krieg gegen Schweden werde man, wenn es nötig wäre, zu seiner Zeit wohl fortsetzen, Kf. hätte bereits Nachricht, was auf den Grenzen zwischen dem Zaren und den Schweden vorgegangen wäre. Unterdessen sollte er bis auf weitere Ordre sich hier aufhalten und nächstens Antwort auf seine eingegebenen Punkte erhalten. 18. Aug.

Gabel ist[3]) wohlgemutet, hat ihm verschiedene Vorschläge proponiert, die er zum Effekt bringen will. Wenn es gelingt, wird es den Alliierten zu großem

[1]) S. Martens V, S. 22.

[2]) Larion Iwanowitsch Iwanow, seit Matjewews Sturz Vorstand der Gesandtschaftskanzlei; s. Posselt, Lefort I, S. 226, 230f.

[3]) Gabel hatte schon am 13./23. Juni 1677 dem Kf. sehr hoffnungsvoll berichtet, es sei ihm gelungen, des Zaren Gnade zu gewinnen, so daß er wider den Willen der Bojaren dort habe bleiben dürfen und Lorivon sehr höflich gegen ihn geworden sei. Man sei hier besonders um des Kf. Wohlstand bekümmert, er halte daher für dienlich, daß dessen Gefahr recht groß gemacht werde, sie würden aus Besorgnis vor Polen nicht zugeben, daß dessen Macht verringert werde. Der Zar habe ihm anzeigen lassen, er werde seine Resolution wegen des Krieges mit Schweden seinen

Aufnehmen gereichen. Er glaubt es aber nicht eher, bis er es sehen wird, und ist zurzeit noch schlecht gemutet. Dem englischen und dänischen Envoyé wird kein Unterhalt mehr gereicht, und man geht mit Abfertigung derselben um, was wohl, wenn Gabels Vorhaben gelingt, innerhalb 3 Wochen vor sich gehen wird. Der englische ist auf hiesigen Estat schlecht zu sprechen. Man wird diese Woche einen Abgesandten nach England schicken, auch nach Schweden und Dänemark sollen, wie verlautet, solche geschickt werden. Der polnische Resident Swiderski hat am 2./12. seine Abschiedsaudienz gehabt. Er soll nach dessen Abreise sein Haus zur Wohnung bekommen, bisher hat man ihn elend und schlecht akkommodiert, da er von Kf. nicht mit einem gewissen Charakter gesandt ist.

Gott gebe, daß die Übergabe Stettins hier bald erschallen möge, wonach man großes Verlangen bei Hofe hat. Ebenso erwartet man die Gewißheit der hier falsch ausgesprengten Viktorie der Schweden wider Dänemark in Schonen, wonach man sich hier viel richten wird.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 12./22. September 1677.

[Sein vorläufiges weiteres Verbleiben. Versprechungen wegen des Bruches mit Schweden. Entfernung der fremden Gesandten. Reise Gabels nach Pleskow.]

22. Sept. Zu der ihm angekündigten Konferenz ist es noch nicht gekommen, er hat sie auch mit simulierter Unpäßlichkeit gern repoussiert, bis der Zar am ver-

König wissen lassen, sobald er Antwort auf sein letztes Schreiben aus Schweden erhalten habe, er hoffe aber es dahin zu bringen, daß diese Resolution schon früher erfolge. Am 25. Juli/4. August hatte er dann berichtet, der Zar habe ihm mitteilen lassen, Dolgorucki habe Befehl, mit einer considerablen Armee an die liefländische Grenze bei Pleskow zu ziehen, es geschehe dieses nur aus Rücksicht auf den König von Dänemark, von dem er gehört, daß er eine große Niederlage zur See erlitten und die Belagerung von Malmoe habe aufgeben müssen, weitere Nachrichten, was der Zar mit dieser Armee vornehmen werde, solle er erhalten, wenn dieselbe an der Grenze wäre. Der Zar habe dieses Werk ganz allein mit großer Standhaftigkeit getrieben, obwohl ein Teil der Bojaren dagegen sei, derselbe fange jetzt an, sich in Sachen, die ihn interessieren, nicht darein reden zu lassen. Am 1./11. August berichtet er, durch die Nachricht von dem dänischen Seesiege (s. Urk. u. Akt. XVIII, S. 300) sei die Resolution der Moskowiter nur noch befestigt worden, und er schlägt vor, wie gegen Schweden so auch gegen Polen eine Allianz zwischen ihnen und dem Kaiser, Dänemark und Kf. zustande zu bringen. Kf. aber antwortet ihm darauf (d. Feldlager vor Stettin 6./16. September 1677): „Was aber die vorgeschlagene Allianz wider Polen betrifft, selbiges ist von mehrer Erheblichkeit, und finden wir allerdings gut und dienlich, daß Ihr ohn Eures Königes expressen Befehlig aldorten darinne nichtes verhandelt, für allen Dingen aber uns darin nicht mit einmischet, und seind die considerationes, so wir desfalls haben, der Feder nicht wohl zu vertrauen."

wichenen Sonntag eine Wallfahrt nach dem Kloster Troiza unternommen hat, von wo er in vier oder gar sechs Wochen nicht zurückkehren wird. Dann wird er sehen, wie er sich länger hier aufhalten möge, denn es wird wohl bei der ihm erteilten Resolution, man wolle ihm nicht länger als bis zu des Zaren Rückkunft zu negotiieren erlauben, bleiben. Wegen der Ruptur mit Schweden macht man ihnen große Promessen, bittet, man sollte es nicht offenbar machen, im Oktober sollte es erfolgen, dann wird man sehen, was daraus werden wird. Man behauptet, der Zar wolle alle fremden Minister entlassen, damit Schweden aus deren Anwesenheit keine Ombrage nehme. Jedenfalls suchen sie sie nur los zu werden, dann können sie nach Beschaffenheit des türkischen Krieges mit Schweden machen was sie wollen. Alle anwesenden Minister, außer ihm, haben schon ihre Abschiedsaudienzen gehabt, doch sind sie, außer dem polnischen, noch alle hier anwesend. Gabel will[1]) über Pleskow nach Dänemark reisen und ihm von Pleskow her über den Zustand der Armee berichten, daraus wird man auch ersehen, ob dieselbe ihrem Versprechen nach so beschaffen ist, daß man Schweden angreifen kann.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 24. Oktober/3. November 1677.

[Zustände am Hofe. Ungewißheit des Bruches mit Schweden. Angeblich beabsichtigter Einfall der Schweden in Preußen. Neue Kommission. Gesandtschaften an den Kaiser und nach Polen.]

Wegen Abwesenheit des Zaren ist hier bei Hofe nichts zu tun gewesen. 3. Nov.
Vor zwei Tagen ist derselbe hierher zurückgekehrt, will aber morgen wieder abreisen. Die Proceres regni scheinen ihn absichtlich unterm Schein der Lustierung von hier fernzuhalten, damit die anwesenden ministri nicht ihre Negotiation nach Wunsch zum Effekt bringen. Der jetzige Reichskanzler[2]) kann nichts ohne Wissen der Senatoren ausrichten. Er kann mit demselben nie zusammenkommen, und wenn er es auch könnte, darf er doch mit ihm nicht so vertraulich reden, wie mit dem vorigen Artemon. Es geht hier sehr wunderlich daher und, wenn es so fortgehen sollte, möchte es wohl eine große Veränderung geben. Die Ruptur mit Schweden scheint aller guten Versicherungen ungeachtet nicht zum Effekt zu kommen. Die Liste der Völker, die man ihnen voriges Jahr zur Beglaubigung solcher Ruptur gegeben, ist ganz falsch gewesen, statt der angegebenen 40000 sind dieselben nur 30000 Mann stark gewesen, jetzt redet man viel von Verstärkung derselben, der vor 14 Tagen nach Pleskow abgereiste Gabel wird wohl den rechten Zustand und wie weit sie den hiesigen

[1]) S. Posselt, Lefort I, S. 254f.
[2]) Iwanow.

Leuten zu trauen haben, entdecken. Die Schweden drohen nebst ihren oft groben ausgesprengten Lügen, künftigen Winter mit 6000 überkommenen Polen durch Preußen nach Pommern zu gehen, sollen dazu schon 18000 Mann in Liefland bereit halten. Vor 3 Wochen hat Schweden ein Schreiben an den Zaren geschickt und eine Kommission begehrt, zu welcher hier schon Iwan Affonoswitz Pronckhoff und Danil Levontewitz Pobenskii ernannt sind. Wenn es bei diesen beiden Leuten und dem jungen Dolgarucki, dem Woiwoden zu Pleskow und Feldherrn der dortigen Truppen, steht, wird es wohl zur Ruptur mit Schweden kommen. Die Niederlage der Türken[1]) hat nicht wenige Veränderung gegeben. Wenn nur die dänische Armee sich viktorioser halten wollte, von deren Niederlage hier viel geredet wird. Zum Kaiser wird Knias Wolinski als Großgesandter gehen. Nach Polen auf die Kommission sind verordnet[2]) der alte Knias Mikita Joannowitz Adoffski, dessen Sohn Jakob und Knias Jurgen Joannowitz Romodanofski.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 19./29. Dezember 1677.

[Seine bevorstehende Verabschiedung.]

29. Dez. Mit der Ruptur mit Schweden steht es noch immer ungewiß. Er wird nach den Feiertagen seinen Abschied zu erwarten haben, man drängt ihn schon deswegen, und es wird auch nicht mehr groß daran gelegen sein, denn sie nehmen nichts von den anwesenden Ministern an, sondern wollen, wenn es ihnen gelegen ist, tun, wie es ihnen gefällt, denn sie allen Potentaten zu groß zu sein vermeinen.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 1./[11.] Januar 1678.

[Verschiebung seiner Abschiedsaudienz. Anscheinender ungünstiger Gesundheitszustand des Zaren.]

11. Jan. Sonnabend wurde ihm ernstlich angedeutet, er sollte den folgenden Montag oder Dienstag seine Abschiedsaudienz nehmen. Er hat sich bereit erklärt, zu gehorchen, aber gebeten, ihn im Interesse des Kf. und seiner Alliierten noch

[1]) Bei Tschigirin, Ende August 1677; s. Rinhuber S. 170ff., Herrmann, Geschichte des russischen Staates, III, S. 701.

[2]) S. Rinhuber, S. 169f.

länger, etwa bis zur Übergabe von Stettin, zu dulden. Darauf ist ihm am Montag die Audienz abgesagt worden. Auch keiner von den anderen Gesandten hat Audienz bekommen, es muß also was besonderes bei Hofe zu tun sein, Gotte gebe, was Gutes, denn sein Schwiegervater, des Zaren Medicus primarius,[1]) erweist sich sehr traurig, will ihm aber nichts vertrauen, ob es etwa mit des Zaren Leibesdisposition unrichtig ist. Alles Sinnen und Tun geht jetzt[2]) nur auf den Türkenkrieg, von der Kommission mit Schweden und von der Ruptur kann man nichts Gewisses erfahren, es scheint aber nichts daraus zu werden.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 9./19. Januar 1678.

[Krankheit des Zaren. Das Fest der Wasserweihe.]

Seine Audienz ist noch verschoben worden, wie er glaubt, wegen der zunehmenden Unpäßlichkeit des Zaren. Nach der Meinung seines Schwiegervaters wird derselbe schwerlich den künftigen Sommer erleben, doch wird diese Krankheit ganz geheim gehalten. Verwichenen Sonntag hat ihn der Zar zu der Wasserweihung, sonst Jordan genannt, einladen lassen, wo er viele herrliche Sachen gesehen hat. Der Zar war um sein ganzes Gesicht schwarz und gelb, wischte sich öfters den Kopf ab und mußte den Kopf oft an die Pfeiler legen, um Ruhe zu empfinden. Zu dieser Solennität war kein anderer Minister außer ihm eingeladen. Als der Zar wieder nach Hause gehen wollte, schickte er einen Kanzleibeamten zu ihm und ließ sich nach seiner Gesundheit erkundigen. 19. Jan.

Der Kurfürst an Hesse. D. Cöln 3./13. Januar 1678. (Conc. v. Knesebeck.)

[Dem Zaren zu machende Mitteilungen über den beabsichtigten Einfall der Schweden, über feindliche Absichten derselben gegen Moskau und zu treffende Gegenmaßregeln.]

Es verlautet noch immer, daß die in Liefland stehenden schwedischen Truppen beordert seien, in Preußen einzubrechen. Er macht dagegen zwar alle mögliche Anstalt, da aber gewiß ist, daß, wenn solches geschehen sollte, der polnische Hof mit darunter steckt, und verlauten will, daß bereits zwischen diesen beiden verabredet sein solle, gesamter Hand Moskau anzugreifen, wenn 13. Jan.

[1]) Dr. Rosenberg, s. oben S. 303.
[2]) S. Posselt, Lefort I, S. 258.

Schweden wieder etwas Luft bekommen sollte, so hofft er, der Zar werde sein wahres Interesse begreifen und dieses glimmende Feuer in der Asche dämpfen, was am besten durch eine kräftige Diversion in Liefland, sobald die schwedischen Truppen von dort abmarschiert sein sollten, geschehen könnte. Er soll dieses alles behörigen Ortes, doch mit Rekommendation des secreti vorstellen. Sehr gut würde sein, wenn der Zar den Gouverneur in Liefland ausdrücklich wissen ließe, daß, wenn derselbe mit seinen Truppen wider Kf. und dessen Herzogtum Preußen etwas tentieren wollte, er diesem als seinem Freunde und Bundesgenossen dann kräftige Assistenz leisten müßte, das würde den Schweden das Konzept gewaltig verrücken.

Zar Feodor Alexeivitz an den Kurfürsten. D. Moskau von Erschaffung der Welt im 7186. Jahre, am 16./[26.] Januar [1678].[1])

[Abfertigung Hesse's.]

26. Jan. Er hat Hesse seine klaren Augen sehen, von ihm des Kf. Schreiben annehmen lassen, selbiges auch gütlich angehört. Er hat darauf seine Räte des Kf. Geschäfte von demselben anhören lassen und diese Geschäfte sind ihm wohl bewußt. Es ist ihm sehr angenehm gewesen, was Hesse von der Geneigtheit des Kf. zur Bestätigung vorgepflogener nachbarlicher Freundschaft erwähnt hat und auch er ist dazu bereit, wie er schon in seinem durch Georgi[2]) abgeschickten Schreiben vom 26. Heumond 184 versichert hat. Wenn ferner in eilfertigen Geschäften dem Kf. etwas an ihn zu schreiben vorfallen sollte, möge er seine Briefe mit der Post bestellen lassen. Er hat Hesse in Gnaden entlassen.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 16./26. Januar 1678.

[Seine Abschiedsaudienz. Der englische Gesandte.]

26. Jan. Heute morgen hat er seine Abschiedsaudienz in großer Solennität (wie er wohl nicht vermutet) empfangen. Er hätte vielleicht durch sein stilles Leben sich hier noch länger aufhalten können, aber der englische Gesandte[3]), von

---

[1]) S. Martens V, S. 23.

[2]) S. oben S. 307.

[3]) John Hebdon (s. Posselt, Lefort I, S. 242 f.). Derselbe ist im März 1678 abgereist, s. Rinhuber, S. 184.

dem er viel referieren wird, scheint gemacht zu haben, daß man ihm seine Abfertigung so schleunig erteilt hat. Derselbe hat gestern einen Strelitzen erschossen oder erschießen lassen und zwei seiner Diener haben zwei andere erschossen. Er selbst wird in strengem Gewahrsam gehalten, auch seine sechs Diener sind verhaftet worden, und man droht, um den Täter zu erfahren, mit der Pein.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 23. Januar/2. Februar 1678.

[Seine bevorstehende Abreise. Anzeige der Eroberung von Stettin. Entfernung der ausländischen Gesandten und Kaufleute.]

Er gedenkt morgen über acht Tage seine Rückreise anzutreten. Die Übergabe von Stettin hat er bei Hofe kundgemacht, der Zar hat ihm sagen lassen, daß er darüber große Freude empfunden, und dem Kf. weitere Siege über seine Feinde gewünscht. Was man am hiesigen Hof wegen der Ruptur mit Schweden vorhat, wird die Zeit eher als ihre bisherigen Versprechungen lehren. Der schwedische Kaufmann Koch[1]), der aber ein heimlicher Minister sein soll, hat Befehl erhalten, innerhalb vier Tagen sich von hinnen zu machen. Der vor zwei Jahren von dem holländischen Gesandten Klenke zurückgelassene Korrespondent von Kellern, der vor vier Wochen den Charakter als Resident vom Staat von Holland erhalten, hat gestern sein Kreditiv dem Zaren übergeben, man hat ihm aber heute sofort eine Antwort erteilt und ihn damit von hinnen zu gehen abgefertigt. Die anderen holländischen und deutschen Kaufleute dürften vielleicht bis zum Juni, wo sie nach Archangel ihre ordinäre Abfahrt halten, geduldet werden. Dann,[2]) nach aller Ministrorum und Kaufleute Abzug aus Moskau, wird auch die Post hier schwerlich gehalten werden. 2. Febr.

Und ist dann Rußland wieder das alte Rußland, denn dahin gehet alles Absehen dieser neuen Ratgeber. —

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 30. Januar/9. Februar 1678.

[Erklärung des Reichskanzlers wegen des Verhältnisses zu Schweden. Genesung des Zaren.]

Ein Schreiben des Sekretärs Gabels an den hiesigen holländischen Residenten aus Pleskow meldet vom Aufbruch der schwedischen Armee nach 9. Febr.

---

[1]) S. Posselt, Lefort I, S. 251 f.

[2]) Vgl. Rinhuber, S. 183 f.; Posselt I, S. 242 f.

Preußen, andere Berichte widersprechen dem. Der holländische Resident[1]) bleibt noch wegen seiner Abfertigung unangefochten, sein früherer Bericht, daß derselbe schon seine Abschiedsaudienz erhalten, beruhte auf einem Mißverständnis. Koch[2]) aber wird noch täglich wegen seines Abzuges von hier geängstigt, er hat sich daher eilig verheiratet und muß viele Schulden im Stich lassen. Was zwischen dem Zaren und Schweden vorgehen wird, muß die Zeit eröffnen. Der Reichskanzler Larivon Iwannowitz hat ihm gestern, als er von ihm Abschied nahm und nochmals danach fragte, gesagt, ihm wäre ja des Zaren Vornehmen zur Genüge bekannt, nämlich, daß, ungeachtet sie einen ewigen Frieden mit Schweden hätten, dennoch, weil sie den Zaren in vielem beleidigt hätten, solcher entweder nicht könnte erhalten werden, oder Schweden genügende Satisfaktion dafür leisten müßte. Sie hielten auch deswegen dort eine starke Armee, um zu ihrer Zeit solches zu suchen. Des heftigen Tauwetters wegen hat er seine Reise noch aufschieben müssen. Wegen der großen Milde des Zaren treiben viele großen Mutwillen zum unausbleiblichen Ruin des ganzen Reiches. Mit dessen Gesundheit ist es wieder[3]) in gutem Stande, vielleicht wird er sich nach Ostern vermählen.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 13./23. Februar 1678.

[Empfang des Schreibens des Kf. Seine bevorstehende Abreise.]

23. Febr. Er hat das Reskript des Kf. vom 3./13. Januar, als er gerade abreisen wollte, erhalten, ist deswegen noch hier geblieben und hat ein Memorial deswegen an den Zaren übergeben. Doch will er zu verstehen geben, daß er wider ihren Willen sich hier nicht länger aufhalten wolle, und anhalten, daß man des Zaren Antwort entweder mit der Post oder durch den holländischen Residenten schicke.[4])

[1]) Keller.

[2]) S. oben S. 317.

[3]) Vgl. Rinhuber, S. 168f.; die Vermählung des Zaren fand erst im Juli 1680 statt.

[4]) Der Herzog von Croy berichtet dem Kf. (d. Königsberg 12./22. April 1678), Hesse sei vor acht Tagen aus Moskau angekommen, werde sich, dem Befehl des Kf. gemäß, in der nächsten Woche auf den Weg nach Berlin machen. H. ist nachher nach Königsberg zurückgekehrt, sendet von dort zu wiederholten Malen ihm aus Moskau zugegangene Relationen an den Oberpräsidenten v. Schwerin.

Der Kurfürst an den Zaren Feodor Alexewicz. D. Feldlager vor Greifswalde 3./[13.] November 1678.[1]) (Conc. F. v. Jena.)

[Anzeige seiner Erfolge gegen die Schweden, des Marsches derselben nach Preußen, Aufforderung, diese Gelegenheit zu einem Angriff gegen die benachbarten schwedischen Provinzen zu benutzen, Hesse längeren Aufenthalt in Moskau zu gestatten.]

Er will dem Zaren auch bei gegenwärtigen Konjunkturen seine Freundschaft 13. Nov. bezeugen und notifiziert ihm durch seinen Geheimen Secretarium H. D. Hesse seine weiteren Erfolge gegen Schweden, die Vertreibung derselben aus Rügen, die Einnahme von Stralsund und die Eroberung von ganz Pommern bis auf Greifswald, welche Stadt anzugreifen er jetzt im Begriff ist.

Wir glauben, daß Ew. Czar. May. und Ld. durch diese unsere sonderbare glückliche Progresse wieder den König und die Kron Schweden die herrlichste Gelegenheit überkommen, sich derselben zu Dero Reiche und Landen Besten zu gebrauchen, zumal da denen laufenden Zeitungen nach die bis anhero in Liefland gestandene schwedische Trouppen daraus sich albereit begeben, dasselbige von aller Defension und Mannschaft entblößet und Ew. Czar. May. und Ld. durch sonderbare Schickung Gottes eine ungemeine Oeffnung gemacht, wann es deroselbigen nur belieben wird, sich dieser so leicht sich nicht wieder ereignenden Conjunctur zu bedienen und diese und andere angrenzende Lande unter dero Gehorsam durch eine geschwinde und ungesäumete impressa zu bringen. Es würde dieser Ew. Czar. May. und Ld. unvermuthete Einbruch an allen Orten der

[1]) Kf. hatte (d. Wrangelsburg 27. Oktober/6. November 1678) den Geheimen Räten in Berlin angezeigt, daß er, da das Gerücht von dem Anmarsch der Schweden aus Liefland nach Preußen immer mehr zunehme, Hesse wieder an den Zaren, doch nur mit dem Charakter seines Geheimen Sekretärs, unter dem Vorwande, ein Notifikationsschreiben der Einnahme von Rügen und Stralsund zu überbringen, zu schicken beabsichtige. Sie sollen ein solches Schreiben, in dem zugleich der Anmarsch der Schweden gegen Preußen angezeigt und der Zar zum Angriff auf Liefland animiert werden solle, entwerfen und ihm zuschicken. Der preußischen Regierung schickt Kf. (d. Wrangelsburg 4./14. November 1678) das Schreiben zu und befiehlt ihr, Hesse zur sofortigen Abreise anzuhalten. Das Schreiben könne ihm als Instruktion dienen, er solle auch anzeigen, daß Kf. schon einen Teil seiner Truppen nach Preußen geschickt habe und selbst dorthin folgen werde. Bis H. an der moskowitischen Grenze angelangt sei, sollten sie dessen Sendung geheim halten, sobald er aber in Sicherheit sei, sollten sie dieselbe bekannt machen und zugleich verbreiten, daß die Moskowiter auf seine Vorstellung sich bereit erklärt hätten, in Liefland einzufallen. H. wird am 27. November von der preußischen Regierung abgefertigt. Über diese Sendung desselben s. Pufendorf l. XVII, § 9 (S. 1288); Martens, S. 23.

Schweden Vorhaben und Desseinen verstellen, sie werden nicht wissen, wohin sie sich zu wenden, und wenn sie gleich mit etwas auf die Rettung Lieflandes gedächten, würden sie doch solches nicht zu Werke richten können, sondern Ew. Czar. May. und Ld. nach dero Belieben verfahren lassen müssen, indem wir Ew. Czar. May. und Ld. versichern, daß, wenn die aus Liefland kommende Trouppen in unser Preußen sich zu begeben unternehmen würden, wir ihnen in kraft des Allerhöchsten Beistandes mit so einer Macht entgegen zu gehen entschloßen, daß verhoffentlich Ew. Czar. Maj. und Ld. von denen, so davon etwa zurück kommen möchten, sich keines Schadens oder Verrückung dero Desseins zu befahren, vielmehr alle selbst verlangende Vortheil daher zu gewarten. Ew. Czar. Maj. und Ld. werden auch hieraus unsere deroselben zutragende beständige Freundschaft erkennen, die Gelegenheit, welche nicht wiederkommen möchte, in Acht nehmen und bei der jetzigen Conjunctur sich und andere Benachbarte in gewissere Sicherheit wieder den gemeinen Feind setzen und auf unsere gethane Versicherung sich verlassen. Weil auch die gegenwärtige Zeiten eine vertrauliche und oftere Correspondenz erfordern, so werden Ew. Czar. May. und Ld. anfanges genanntem unserm abgeschickten Geheimen Secretario Hessen vergönnen, daß er sich eine Zeit lang an Dero Czarischen Hofe aufhalten und was er von uns befehliget wird, Ew. Czar. May. und Ld. gebührend hinterbringen, auch dero Erklärung und Antwort darauf bekommen möge. —

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 1./11. Januar 1679.

[Seine Ankunft und Audienz. Schwedische Lügenberichte. Rüstungen zum Türkenkrieg.]

11. Jan. Er ist am 27. Dezember hier angekommen und am 29. zur Audienz aufgeholt worden. Vorher wurde er in die Posolski Prikas (der Gesandten Kanzlei) geführt und nach verschiedenen Sachen befragt, darunter auch, ob er außer dem Schreiben noch etwas anzubringen hätte, worauf er mit ja geantwortet und gebeten hat, man wolle solches in einer Konferenz von ihm durch ein Memorial erwarten. Bei der Audienz fragte nach Beendigung seiner Rede der Zar nach des Kf. Gesundheit, ließ ihm dann sagen, er werde ihm nach gestalten Sachen mit ehestem eine gewierige Antwort erteilen, worauf er, nachdem der Zar ihn mit seiner Tafel begnadigt und zum Handkuß zugelassen hatte, seinen Abtritt genommen hat.

Der schwedische Lügengeist hat aus Riga fast allen Leuten hier eingebildet, daß seine Kinder bereits das ganze Herzogtum Preußen in Contribution gesetzt hätten, indem sie Ragnit, Tilsit und Labiau nebst vielen anderen Plätzen ohne einigen Widerstand (weil kein Volk darinnen und die Untertanen ihnen treuer als Ew. Chf. D. wären) unter ihre Waffen gebracht hätten. Auch wie der H. Generalmajor de la Cave die Festung Pillau an den Bethune und Lilienhog für 60000 Ducaten verkauft und übergeben hätte, und was der schändlichen Lügen mehr sind. Worauf ich aber gestern ein Memorial an S. Czar. Maj. übergeben und in allem das contrarium erwiesen habe. Auch habe ich hin und her die mir vom 3./13. December zugesandte gute Relationen aus Königsberg bekannt gemacht, wodurch der böse Lügengeist nun mit Schimpf und Schande weichen muß.

Man rüstet hier 800000 Mann, um sie künftigen Frühling gegen die Türken zu führen. Auch die nowgorodsche Armee, die sonst immer an der liefländischen Grenze gelegen, soll dahin gehen, er hofft aber, daß der Zar auf des Kf. Ansuchen sie dort lassen wird.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 8./18. Januar 1679.

[Seine Scheinberichte. Unzufriedenheit mit dem Friedensschlusse Hollands. Das Fest der Wasserweihe. Gesandtschaft an die Pforte. Sein Verhalten.]

Er hat vorige Woche mit der Post über Reval ein Schreiben gesandt, 18. Jan.
worin er angegeben, der Zar werde mit ehestem die Pleskausche Armee nach Liefland führen und, sobald Kf. die Schweden aus Preußen getrieben, dieses Land infestieren lassen. In Wahrheit ist es nicht so, er hat es nur getan, damit die Schweden, wenn sie, wie zu erwarten, das Schreiben auffangen sollten, Ombrage daraus nehmen; künftige Woche wird er zu demselben Zwecke ein anderes, noch kräftigeres Schreiben über Riga abgehen lassen. Der Feldherr Patz führt mit dem Zaren große Korrespondenz, und man hält ihn sehr hoch. Mit dem Frieden, den Holland mit Frankreich geschlossen, ist man hier wenig zufrieden, und der holländische Resident wird wohl bald seinen Abschied erhalten. Der Zar hat ihm die Ehre erwiesen, ihn durch seinen Pristaf bei der Wasserweihe auf der Moskwa am h. Dreikönigstage holen zu lassen, wandte sich nach vollzogener Zeremonie nach dem Fenster des Hauses, in dem er stand, und ließ sich nachher nach seiner Gesundheit erkundigen. Vor wenig Tagen ist ein Gesandter mit einem Schreiben des Zaren an die Ottomanische Pforte abgegangen, worin er fordert, daß diese sich aller Tätlichkeiten gegen die ihm gehörige

Ukraine enthalte, und sonst droht, sie im nächsten Frühling mit 800000 Mann zu bekriegen. Der Hann soll schon mit 40000 Tartern ins Feld gegangen sein und sich mit Chmelnitzki vereinigt haben.

Er stellt sich gegen jedermann so, als wenn er sehr weg begehrte, damit man glaube, es sei des Kf. Willen, sollte er aber wider Verhoffen hier bleiben, worum er anhält, so wird es desto besser sein und die Schweden sich über die Zuneigung des Zaren zu Kf. bekümmern.

H. D. Hesse an den Kurfürsten. D. Moskau 1. Februar/22. Januar 1679.

[Seine voraussichtlich baldige Abfertigung. Vorgänge bei der Konferenz. Ungünstige Nachrichten über den Verlauf des Türkenkrieges.]

1. Febr. Der Brief an Kf.[1]) ist schon unter Händen, und er wird wohl noch diese Woche seinen Abschied bekommen. Es war ihm schon angekündigt, daß er Montag Audienz haben werde, es ist aber bisher noch nichts daraus geworden. Der Zar wird einen Gesandten an Kf. schicken, was den Schweden nicht geringe Ombrage geben wird. Bei der Konferenz, die er am 11./21. Januar hatte, ging nichts anderes vor, als daß er gefragt wurde, ob er außer dem Schreiben des Kf. und seinem Memorial noch etwas beizubringen hätte, worauf er mit nein geantwortet und um baldige Antwort gebeten hat. Montag hat er noch ein Memorial eingegeben. Es scheint, daß ihnen das Maul nach Liefland bei jetzt gestalten Konjunkturen wider Schweden sehr wässert, sie fürchten sich aber anzubeißen, denn der Türkenkrieg[2]) macht ihnen große Sorgen. Es kommen täglich böse Zeitungen vom Abfall der Kosaken und Dirkasen, und daß Chmelnitzki und Hannenko bereits diesseits des Dniepr stünden und so den Hiesigen der Paß abgeschnitten sei, um Kiow zu sekundieren.

[1]) Derselbe ist datiert Moskau im Jahr nach Erschaffung der Welt 7187 [1679] den 25. Tag Januarii. In ihm bestätigt der Zar den Empfang des ihm durch Hesse zugesandten Schreibens des Kf., versichert seine Geneigtheit, mit demselben beständige Freundschaft zu unterhalten, und kündigt die Entsendung einer Gesandtschaft und die Verabschiedung Hesse's an. H. muß gleich darauf abgereist sein, er hat so nicht mehr ein Schreiben des Kf. vom 4./14. Februar erhalten, in welchem ihm befohlen war, ein einliegendes Schreiben desselben an den Zaren (d. Kuckernese 29. Januar 1679), in dem er diesem von seinen Erfolgen in Preußen über die Schweden berichtet und ihn nochmals auffordert, diese Gelegenheit zu benutzen, zu bestellen. Doch waren Vorkehrungen getroffen, dasselbe auch in diesem Falle in die Hände des Zaren gelangen zu lassen.

[2]) S. Posselt, Lefort I, S. 275f.

Die Preußische Regierung an den Kurfürsten. D. Königsberg 15./25. Juli 1679.

[Ankunft einer moskowitischen Gesandtschaft.]

Der[1]) moskowitische Gesandte und der ihm zugeordnete Kanzler sind am 20. abends mit einer Suite von mehr als 50 Personen und einer ziemlichen Anzahl von ihrer Art Karren hier angekommen und in der Altstadt an demselben Ort, wo die vorigen Gesandten, einquartiert worden. Es ist ihnen alle Ehre erwiesen und sie sind bisher defrayiert worden. Obgleich sie sich anfangs einigermaßen hart bezeigt und begehrt haben, zwei Herrentische angerichtet zu haben, welche ihnen auch endlich nebst dem Gesindetisch haben gegeben werden müssen, haben sie sich doch endlich durch geschehenes Zusprechen rektifizieren und befriedigen lassen. Sie haben ein Schreiben des Zaren und einige Präsente für Kf. mit sich. Da dieselben zuerst nach Dänemark gehen wollen, so haben sie, um die Kosten zu menagieren und ihnen die Gelegenheit, sich hier länger aufzuhalten, zu benehmen, ein Schiff für sie um 500 Fl. bedungen, womit sie heut oder morgen nach Kopenhagen und von dort an des Kf. Hof zu gehen gedenken. Der Gesandte hat für sich zwei Kamele und zwei Büffelochsen als Geschenk für Kf. mitgebracht, welche er hier lassen will; sie fragen an, wie es damit gehalten werden soll.[2]) 25. Juli

---

Der Kurfürst an die Geheimen Räte. D. Potsdam 23. August/[2. September] 1679.

[Empfang der moskowitischen Gesandtschaft.]

Die moskowitische Gesandtschaft, welche in Dänemark gewesen, soll bereits in Hamburg angelangt und auf dem Wege hierher begriffen sein. Es ist ihnen 2. Sept.

[1]) Die preußische Regierung hatte schon 8./18. Juli 1679 dem Kf. gemeldet, daß ein moskowitischer Gesandter Almasow, derselbe, welcher früher (s. oben S. 288) bei ihm im Lager vor Erfurt gewesen, mit einer Suite von 50 Personen in Rutzau angekommen sei und in den nächsten Tagen in Königsberg erwartet werde, sie werde demselben die üblichen Ehren erweisen, ihn defrayieren und fortschaffen. Kf. hatte daraufhin sofort (d. Potsdam 14./24. Juli 1679) den Amtskammern zu Stargard, Cüstrin und Berlin und den dortigen Geheimen Räten befohlen, den Gesandten wohl aufzunehmen, ihn zu traktieren und ausnahmsweise auch mit Postfuhren und Vorspann von Ort zu Ort zu versehen.

[2]) Kf. befiehlt (d. Potsdam 22. Juli/1. August 1679), diese Tiere sobald wie möglich hinbringen zu lassen. Die preußische Regierung berichtet darauf 12./22. August, am 24. sollten der Futtermarschall Lange und ein Knecht mit ihnen abgehen, bisher seien sie in gutem Stande, sie sollten bei der Hitze nur kleine Tagereisen machen und meist des Abends und Morgens fortgebracht werden.

jemand entgegenzuschicken. Von seinen Kammerjunkern kann er jetzt keinen entbehren, der Amtskammerrat Weise ist früher[1]) dazu gebraucht worden, könnte es auch wohl verrichten, doch müßte der neu angenommene Dolmetscher zugleich mitgehen. Zu Fuhrwerk ist Anstalt zu machen. Sie sollen nach Berlin gebracht und beizeiten ein Logement für sie bestellt werden. Aus einer Relation v. Brandts vom 19.[2]) ist zu ersehen, was mit diesem Gesandten am dänischen Hofe der Zeremonien halber vorgefallen.

P. S. d. Potsdam 24. August 1679.

3. Sept. Er will nicht, daß die Gesandtschaft hierher komme, sie soll daher über Fehrbellin gerade auf Berlin gebracht werden.

Protocollum dessen, was bei Ankunft der moskowitischen Gesandtschaft, so in 58 Personen und 24 Pferden bestanden, zu Cöln an der Spree vor, bei und nach verstatteter Audienz vorgegangen.[3])

7. Sept. 28. August 1679. Nachdem Kf. das Werk in Gegenwart der Geheimen Räte überlegt, schickt er den Geh. Sekretär Samuel Schirmer und den kurf. Interpretem Adam Styla zu den Gesandten, um die Punkte wegen der Titulatur und des Sitzens vor der Audienz mit ihnen abzutun und ihnen vor-

---

[1]) S. oben S. 289.

[2]) Fr. v. Brandt berichtet (d. Hamburg 19./29. August 1679), die moskowitischen Gesandten hätten zu Rendsburg bei König Christian Audienz gehabt, am Tage vorher aber hätten sie Schwierigkeiten gemacht, indem sie verlangt hätten, der König sollte bei Empfang des Schreibens des Zaren aufstehen und sein Haupt entblößen. Der König hätte das anfangs abgeschlagen, schließlich aber sich dazu verstanden, unter der Bedingung, daß sie versicherten, der Zar würde künftig gegen dänische Gesandte ebendasselbe tun. Diese Versicherung hätten sie getan und darauf die Audienz erhalten, nachher aber hätten sie von der Versicherung nichts wissen wollen, worauf der König ihnen hätte sagen lassen, dann würde ihnen bei der Abschiedsaudienz solche Ehre nicht widerfahren. Inzwischen hätten sie darüber Streit angefangen, daß in dem Antwortschreiben des Königs dem Zaren der Titel Durchlauchtigster nebst Großmächtigst und Hochgeboren gegeben werden müßte. Da es verweigert worden, hätten sie den Brief nicht annehmen wollen, als aber der König darauf abgereist sei, wären sie sehr bestürzt gewesen, demselben nach Flensburg nachgeeilt, hätten dort den Brief mit großer Submission in Empfang genommen und hätten sich dann ohne besondere Zerimonien verabschiedet. Der König hätte ihnen nachher 3000 Rtlr. an Silbergeschirr verehrt.

[3]) Vgl. Theatr. Europ. XII, S. 35, v. Orlich, II, S. 484 f. S. auch v. Buchs Tagebuch, herausgeg. von Hirsch, 28. August 1679 (II, S. 226 f.).

zuschlagen, 1. der Titel des Zars und des Kf. sollte nur einmal ganz verlesen, bei fernerem Proponieren aber nur abbreviiert werden, 2. Kf. wäre erbötig, so oft des Zaren Meldung geschehen würde, das Haupt in etwas zu blößen und die Gesandten sitzend anzuhören. Falls die Gesandten damit zufrieden wären, wollte er sie sofort zur Audienz abholen lassen. Darauf antwortete Almazow, mit dem Vorschlage wegen des Titels wäre er ganz einverstanden, er hoffe aber, Kf. würde bei Rezitierung des zarischen ganzen Titels aufstehen und bis zu dessen Beendigung stehen bleiben, bezog sich deswegen auf das alte Herkommen, besonders auf das zu Elxleben am 24. August 1674[1]) beschehene Exempel, wo Kf. während des Vortrages mehrenteils gestanden.

Die Kurf. Abgeordneten erwiderten, das sei hier bei Hofe niemals üblich gewesen, überdas wäre Kf. durch das Podagra an den Füßen so inkommodiert, daß er nicht so lange stehen könnte. Der Gesandte antwortete, der Titel sei nicht so lang, und er wollte ihn geschwind hersagen (was er ihnen gleich vormachte), außerdem würde Kf. Leute um sich haben, die ihn solange halten und heben könnten. Ferner verlangte er, Kf. sollte 70 Soldaten zu Abholung der Präsente verordnen.

Nachdem Kf. dieses erfahren, ließ er durch dieselben Abgeordneten den Gesandten anzeigen, er wünschte zur Erhaltung der Freundschaft des Zaren alles nur Mögliche beizutragen, daß er aber so lange stehen sollte, bis der Titel des Zaren abgelesen sein würde, sei eine Neuerung, das hätten die früheren Gesandten nie prätendiert. In Elxleben hätte er die Audienz im Felde im schlechten Hüttlein, wo keine Stühle noch sonstiges Zubehör dagewesen wäre, erteilen müssen, das könnte nicht zum Exempel angeführt werden, er hoffte daher, die Gesandten würden sich mit seiner Erklärung kontentieren und keine fernere Diffikultäten machen, im übrigen wüßte er sehr wohl, was bei ihrer Audienz in Dänemark vorgegangen. Die Gesandten aber blieben bei ihrer Forderung, sie erklärten, sie seien dazu expresse befehligt und müßten, wenn sie im geringsten davon abwichen, besorgen, den Hals zu verlieren. Falls man sie nicht gleich den vorigen Gesandten traktieren wollte, wollten sie lieber unverrichteter Sache davonziehen.

Als dem Kf. dieses von Schirmer bei der Tafel referiert wurde, befahl er, es dem H. von Jena zu hinterbringen. Dessen Meinung ging dahin, Kf. möchte noch einmal zu den Gesandten schicken und ihnen andeuten lassen, es käme ihm sehr fremd vor, daß dieselben sich so trotzig zeigten, er werde dadurch bewogen werden, sofort einen Expressen nach Moskau abzufertigen und sich beim Zaren darüber zu beklagen. Doch stellte er anheim, ob Kf. nicht auch die anderen Geheimen Räte darüber befragen wollte. Kf. beschließt darauf, da der Freiherr von Schwerin noch heute hier erwartet würde, der Sache bis dahin Anstand zu geben.

An demselben Tage um 3 Uhr wurden Schirmer und Styla aufs neue zu den Gesandten geschickt, um ihnen v. Jena's Meinung namens des Kf. zu

[1]) S. oben S. 288.

eröffnen. Die Gesandten blieben aber dabei, sie müßten ihrer Instruktion aufs genaueste inhärieren, worauf ihnen Kf. sagen ließ, es sei heute doch zu spät, er wollte ihnen bis morgen Bedenkzeit geben. Sie nahmen dieselbe zwar an, blieben aber bei ihrer vorigen Meinung.

8. Sept. Den 29. August[1]) wurden Schirmer und Styla aufs neue zu ihnen geschickt um anzufragen, ob sie mit dem ihnen angebotenen Traktament, daß Kf. bei Rezitierung des ganzen Titels des Zaren sich etwas erheben und das Haupt entblößen wollte, zufrieden wären. Sie erwiderten, sie könnten das nicht verantworten, zumal sie genugsam Exempel hätten, daß es diesseits desfalls wäre anders gehalten worden. So oft der Zar eine neue Gesandtschaft an Kf. abgeschickt hätte, hätte man diesseits immer eine Änderung gesucht, es schiene, daß man die bisherige gute Freundschaft und Nachbarschaft zwischen diesen beiden Häusern zu trennen, ja aufzuheben suche. Kf. ließ ihnen darauf nochmals remonstrieren, er müßte dem Zaren schreiben, daß sie wider alles Herkommen sein Land betreten hätten, ohne an der Grenze ihm ihre Ankunft angezeigt zu haben, er hätte die Gesandtschaft trotzdem durch seine Lande mit nicht geringen Kosten defrayieren lassen, da sie jetzt durch ihre Opiniastretät mit dem Traktament nicht zufrieden sein wollten, so könnte er geschehen lassen, daß sie ihren Rückzug anträten, er wollte auch wegreisen. Die Gesandten blieben dagegen bei ihrer Meinung. Daß sie sich an der Grenze hätten anmelden sollen, davon, behaupteten sie, hätten sie nichts gewußt. Kf. läßt ihnen darauf eine schriftliche, von dem O. Präsidenten aufgesetzte Resolution zustellen, in welcher er sich erbietet, ihnen dieselbe Ehre zu erweisen, wie den anderen, auch so lange aufzustehen und den Hut abzunehmen, bis der Anfang des Titels bis zu dem Worte Selbsthalter hergesagt sei, er wolle auch dem Zaren schreiben, daß sie ein mehres hier gesucht, daß er aber von dem Herkommen nicht abweichen könnte. Würden sie hierauf nicht Audienz nehmen, so würde er sofort an den Zaren schreiben, sich hierüber beschweren und auch berichten, wie sie es in Dänemark gemacht hätten. Die Gesandten erwiderten darauf, wegen des Titels müßten sie schlechterdings auf ihrer früheren Resolution beharren, sie glaubten sich deswegen wohl verantworten zu können, da sie nur ihrer Instruktion nachgelebt hätten. Was zwischen ihnen und dem König von Dänemark vorgegangen, wäre eine abgetane Sache und ginge Kf. gar nichts an. Die Vorstellungen, welche ihnen die Abgeordneten machten, waren ganz erfolglos. Auf den Bericht davon läßt Kf. ihnen sagen, da sie sich so widerspenstig benähmen, ja zeigten, daß sie selbst Kf. in böses Mißtrauen bei dem Zaren zu setzen suchten, so könnte er endlich geschehen lassen, daß sie abzögen, er sei auch entschlossen abzureisen. Die Gesandten zogen hierüber auf ihre Art die Schultern zusammen, stellten die Sache Gott und der Zeit anheim und verfluchten den, der zwischen dem Kf. und dem Zaren diesfalls einige Meuterei anstiften wollte. Kf., dem dieses im Beisein des Feldmarschalls und des Obersten Grumckau hinterbracht wird, sagt, da aus ihrem Verhalten hervorgehe, daß sie nur das, was sie in Dänemark

[1]) Vgl. v. Buchs Tagebuch 29. August 1679 (II, S. 227).

verkerbt, zu redressieren suchten, so möchten sie nur fortreisen, und **Grumckau** tut dieses sofort den zu dieser Gesandtschaft verordneten Offizieren kund.

Den 30. **August**[1]) erhalten **Schirmer** und **Styla** den Befehl, den Gesandten anzukündigen, da diesmal, weil sie allerhand Neuerungen suchten, aus der Audienz nichts werden dürfte, könnten sie abreisen, Kf. wollte, obwohl er nicht verpflichtet wäre, sie ferner zu defrayieren, doch aus Freundschaft für den Zaren sie mit den nötigen Fuhren bis zur Grenze fortschaffen lassen. Die Gesandten antworteten, wegen der Audienz könnten sie sich nicht weiter herauslassen, sie wollten, sobald nur die Fuhren erscheinen würden, abreisen, worauf sofort der Hausvoigt Befehl erhält, wegen der Fuhren schleunige Anstalt zu machen, und der Amtsrat **Weise**, mitzureisen. 9. Sept.

Eine Stunde darauf ließen die Gesandten durch den Dolmetscher bitten, sie möchten wenigstens so lange hier geduldet werden, bis sie jemand von den Ihrigen mit einem Schreiben nach Moskau abgefertigt hätten, sollte es dem Kf. zu schwer fallen, sie solange zu begästigen, so wollten sie auf ihre eigenen Unkosten zehren, worauf ihnen aber Kf. erwidern ließ, das wäre hier garnicht gebräuchlich noch praktikabel.

Nachmittags schlugen die Gesandten durch den Dolmetscher das Temperament vor, Kf. möchte bei Verlesung des Titels des Zaren so lange, als ihm wegen Unpäßlichkeit an den Füßen nur immer möglich sei, stehen. Der O. **Präsident**, dem dieses gemeldet wird, läßt darauf fragen, da er nicht anders wüßte, als daß der moskowitische Titel dreimal ganz rezitiert würde, einmal in russischer und zweimal in deutscher Sprache, ob ihre Meinung sei, daß Kf. dreimal stehen sollte. Darauf antworteten sie mit nein, ihr Verlangen sei nur, daß Kf., solange der Gesandte den Titel des Zaren einmal rezitierte, stehen bliebe, und formulieren ihre Forderung schriftlich. Darauf läßt ihnen Kf. sagen, er wollte bei Rezitierung des Titels des Zaren so lange stehen, als ihm möglich sei, sie sollten aber ihrerseits dafür sorgen, daß, wenn Kf. wieder einen Gesandten an den Zaren abschicken würde, demselben gleichfalls mehr Ehre als bisher erwiesen werde. Solchenfalls sollten sie sich morgen vormittag gegen 11 Uhr zur Audienz parat halten. Die Gesandten erklärten sich dazu bereit und bezeugten ihre große Freude, daß der Streit endlich so in der Güte abgetan sei.

Den 31. **August**[2]) Sonntags um 10 Uhr wird der kurf. Dolmetscher zu den Gesandten geschickt, um sie aufzufordern, sich gegen 11 bereit zu halten, inzwischen aber die kurf. Leibgarde im äußeren und inneren Platz aufgestellt. Die Gesandten werden bald darauf durch einige Kavaliere vom Hof mit drei Kutschen, jede mit sechs Pferden bespannt, nebst etlichen Reitpferden für ihre Edelleute hinaufgeholt, die Präsente aber teils vor, teils nach der Kutsche von fünfzig Musketieren getragen. Sobald man die Gesandtschaft auf dem äußeren Schloßplatz gewahr wurde, ließen sich die Trompeter, Pauker, Schalmeipfeifer und Trommelschläger an ihrem gewöhnlichen Ort eine Zeitlang tapfer hören. 10. Sept.

[1]) Vgl. v. **Buchs** Tagebuch 30. August 1679 (II, S. 227).

[2]) Vgl. ebendaselbst 31. August 1679 (S. 227).

Die Edelleute und Sekretare, die in den zwei vordersten Kutschen gesessen, stiegen vor dem Tor des inneren Platzes ab und gingen vor der Kutsche der Gesandten bis an die Wendeltreppe, wo sie von dem Geh. Kriegsrat und Obersten von Grumkow an Stelle des erkrankten Obermarschalls und den übrigen Edelleuten vom Hofe empfangen und hinauf in die Tafelstube begleitet wurden.

Kf. saß auf einem von Sammet mit goldgestickten und schönen Tapeten ausgezierten Thron mit bedecktem Haupt und in kostbarem Habit. Zu seiner Rechten standen der Kurprinz, Fürst Anhalt, der Herzog von Kurland nebst den Geheimen Räten und Generalspersonen, zur Linken die übrigen kleinen Prinzen und andere Kavaliere, Räte und Hofbediente. Der O. Präsident v. Schwerin, welcher namens des Kf. das Wort führte, stand auf dem Thron zur Linken des Kf. ganz allein.

Sobald die Gesandten des Kf. ansichtig wurden, machten sie tiefe Reverenzen und fielen verschiedene Male mit den Gesichtern bis auf die Erde, endlich aber blieben sie auf den Tapeten stehen. Darauf redete der O. Präsident sie an, Kf. wäre geneigt, sie mit ihrem Anbringen zu hören. Darauf fing der erste Gesandte an, den Titel des Zaren mit Entbietung eines freundlichen Grußes zu rezitieren. Kf. entblößte das Haupt und stand auf, setzte sich aber, ehe der Gesandte mit dem Titel zu Ende gekommen war. Der moskowitische Dolmetscher verlas darauf diesen sowie den Titel des Kf. in deutscher Sprache, Kf. blieb dabei sitzen, zuckte nur bei Nennung des Namens des Zaren ein wenig an den Hut. Der O. Präsident fragte darauf namens des Kf. die Gesandten nach des Zaren Zustand, und als sie mit ihrer Antwort etwas inne hielten, fragte Kf. selbst mit den Worten, wenn es dem Zaren bei gutem Wohlstande erginge, wäre es ihm lieb zu vernehmen. Die Gesandten antworteten, sie hätten den Zaren bei guter Gesundheit und aller ersprießlichen Wohlfahrt gelassen, darauf überreichte Almazoff das Kredenzschreiben[1]), das einer seiner Sekretäre gehalten hatte, dem Kf. mit einer tiefen Reverenz, Kf. aber überreichte es dem O. Präsidenten. Dieser fragte dann die Gesandten namens des Kf., wie es ihnen auf der Reise ergangen und ob sie in des Kf. Landen wohl akkommodiert wären. Sie antworteten: gar wohl, sie hätten keinen Mangel gehabt. Darauf präsentierte Rumiancow dem Kf. die Geschenke des Zaren, welche in acht Zimmer kostbarer Zobel bestanden, und darauf präsentierten die Gesandten nebst einigen von Adel die Geschenke, welche sie für ihre eigene Person dem Kf. machten und denen eine Spezifikation in russischer und teutscher Sprache beigefügt war.[2])

[1]) In demselben (d. Moskau 19. Mai 7187 [1679]) zeigt Zar Feodor an, daß er den Truchseß Symion Jarofieiwitz Almazowa und den Diaka Semeno Romantzowna an Kf. schicke, er bittet, ihnen Glauben zu schenken, Antwort zu erteilen und sie dann unverzüglich zurückzusenden.

[2]) Danach bestehen die Geschenke Almazows für Kf. in: 3 Schalen „chinesische Persolein“, welche kein Gift leiden können, 2 Kamelen, 2 Büffelochsen, 4 Schalen und 16 Löffeln von gelbem Holz, 5 Paar schöne Zobel, 1 Zimmer Zobel, 1 Futter von Zobelbäuchen und 1 von schwarzen Füchsen, 10 Paar Zobelschwänzbrehmen, 6 Zimmer weiße Hermelin, ein Stück persianisch Goldstück und ein Stück chinisch Goldstück

Nachdem alles in das Nebengemach gebracht war, dankte der O. Präsident namens des Kf. dem Zaren und den Gesandten und kündigte an, daß diese auch Geschenke erhalten würden. Darauf wurden die Gesandten und die Edelleute, Sekretarien und Dolmetscher, welche sie bei sich hatten, zu des Kf. Handkuß verstattet. Auf die Frage des O. Präsidenten, ob die Gesandten noch etwas mehreres zu sagen hätten, antworteten sie: ja, sie wollten nächstens bei Kf. um eine Privataudienz anhalten. Kf. ließ ihnen andeuten, er wollte erst das Schreiben des Zaren übersetzen lassen und verlesen, er werde darauf ferner resolvieren und ihnen eine schriftliche Antwort zukommen lassen. Indessen möchten sie sich wiederum in ihr Quartier verfügen, er wollte sie heute von seiner Tafel speisen lassen. Darauf schlugen sie mit ihrem Haupt dreimal zu des Kf. Füßen und nahmen damit ihren Abschied.

Darauf erhielt der kurfl. Interpres Befehl, das Schreiben des Zaren zu übersetzen. Da daraus hervorging, daß die Gesandten bei Kf. etwas Besonderes anzubringen hätten, und diese nachher um eine geheime Audienz anhalten ließen, verordnete Kf. die drei Geheimen Räte v. Jena, v. Schwerin den Jüngeren und v. Crockow, um mit ihnen deswegen à part zu konferieren. Die Gesandten aber erklärten, sie hätten Befehl, nur dem Kf. selbst die Geheimnisse des Zaren zu offenbaren, baten, ihnen eine solche geheime Audienz nicht zu versagen, sie wollten dabei gar keine Zerimonien gehalten haben. Kf. bestimmte darauf des folgenden Tages 8 Uhr zur Audienz, die Geheimen Räte aber sollten sich um 7 Uhr parat halten.

Montag den 1. September[1]) um 8 Uhr wurden die Gesandten in der kurf. Leibkutsche zur privat Audienz, doch ohne Zerimonien hinaufgeholt, wobei sie sich fast $1^1/_2$ Stunden aufhielten und im Hinabgehen überaus große Freude und Vergnügung spüren ließen. Was aber dabei vorgegangen, ist aus dem von dem Geh. Kammersekretär Fuchs gehaltenen Protokoll[2]) zu ersehen. 11. Sept.

Eodem Nachmittage wurden vorm Tor einige Feuermörser und Bomben, des abends aber ein Feuerwerk probiert, wobei sich die moskowitische Gesandtschaft jedesmal mit vier kurfl. Kutschen in einem für dieselben besonders aufgeschlagenen Gezelt eingefunden und darüber großes contentement bezeigt, mit Verwunderung, daß sie dergleichen noch nie gesehen.

Dienstag den 2. September[3]) wurden die Gesandten zur Abschiedsaudienz mit denselben Zerimonien wie bei der ersten heraufgeholt. Bei derselben über- 12. Sept.

von Stroh gemacht. Die Geschenke Rumianzows bestehen in Pelzwerk, allerhand persischen und indischen Stoffen, verschiedenfarbigem Saffian, 3 Zähnen von Fischen (Schaders genannt) und 3 Tapeten persianischer Arbeit. Auch dessen beide Söhne präsentieren Pelzwerk, Stoffe und ein Pfund Muscus chinesisch, die Edelleute Pelzwerk sowie Schalen und Löffel von Holz.

[1]) Vgl. v. Buchs Tagebuch 1. September (S. 228).

[2]) Nicht bei den Akten. Schon Pufendorf scheint dasselbe nicht mehr vorgefunden zu haben, er erwähnt (l. XVII, § 9, S. 1289) diese Gesandtschaft nur ganz kurz.

[3]) Vgl. v. Buchs Tagebuch 2. September (S. 228).

gab ihnen der O. Präsident das Antwortschreiben[1]) des Kf. an den Zaren, sprach die Erwartung aus, sie würden das, was bei der gestrigen Audienz vorgegangen, gebührend referieren, wünschte ihnen namens des Kf. Glück zur Reise und fragte, ob sie in des Kf. Residenz wohl traktiert wären. Sie neigten sich mit dem Haupt auf die Erde, bedankten sich für alle erzeigte Gnade und baten um Kommunikation der neulich zwischen Frankreich, Schweden und Kf. geschlossenen, ihnen gestern versprochenen Friedenstraktaten, deren Abschrift ihnen auch nachher zugeschickt wurde. Endlich kündigte der O. Präsident ihnen an, daß Kf. sie nebst ihrem Komitat beschenken, sie von seiner Tafel speisen und im übrigen durch seine Lande weiter defrayieren und mit Fuhren versehen lassen wolle. Nachdem sie gedankt, wurden sie nebst den Vornehmsten ihres Komitats zum Handkuß admittiert und nach ihrem Quartier begleitet.

Bald darauf wurden ihnen die Geschenke[2]) durch den neumärk. Kammerrat Scultetus, den Sekretär Schirmer und den Bedienten Heydekampfs Damerau präsentiert und eine Designation derselben übergeben.

Die Gesandten sind aber, wie man nachher vernommen, mit den Geschenken nicht zufrieden gewesen und haben sie denen, welche sie für ihre Person gemacht, nicht für konform gehalten, sie haben auch wegen einiger von Lentzen bis hierher aufgewendeten Kosten erst 350, nachher 500 Rtlr. mit Ungestüm prätendiert, da sie dieselben aber nicht zu spezifizieren gewußt, ist ihnen nur 200 Rtlr. nebst einer alten Kutsche, die sie mit nach Moskau bekommen, auszuzahlen befohlen worden. Anfangs haben sie darüber sehr raisonniert, nachher aber haben sie die 200 Rtlr. doch genommen.[3])

---

[1]) d. Cöln a. d. Spree 1./11. September 1679, nur Rekreditiv für die Gesandten.

[2]) Dieselben bestehen für Almasow in einem Gießbecken und Kanne für 450 und einer Diamantenuhr für 400 Rtlr., für Rumianzow in einem Gießbecken und Kanne für 412 und einem Smaragd-Federbusch für 400 Rtlr. Dessen ältester Sohn erhält ein Gießbecken und Kanne für 206, der jüngere ein ebensolches für 200 und einen vergoldeten Becher für 32 Rtlr., die anderen Edelleute Flaschen oder Becher, die Aufwärter je 10, die gemeinen Knechte je 4 Rtlr. Alle Geschenke zusammen machen 2903 Rtlr. 8 Gr. aus.

[3]) Nach v. Buchs Tagebuch (II, S. 228) sind die Gesandten am folgenden Tage, 3./13. September, von Berlin abgereist, in Königsberg sind sie laut einem Bericht der preußischen Regierung vom 16./26. September an diesem Tage angekommen.

Abschnitt III.

Brandenburg und Frankreich 1679–1684.

Einleitung.

Dieser Abschnitt schließt sich unmittelbar an den 6. Abschnitt des 18. Bandes an; er enthält eine Auswahl aus den im Berliner Geheimen Staatsarchiv befindlichen Materialien, welche die Beziehungen des Großen Kurfürsten zu Frankreich in der Zeit vom Abschluß des Friedens von St. Germain (29. Juni 1679) bis zum Zustandekommen des zwanzigjährigen Waffenstillstandes zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich (15. August 1684) veranschaulichen, in der Zeit, in welcher der Kurfürst in der engsten Verbindung mit dieser Macht, ja fast in Dienstbarkeit zu derselben gestanden hat. Ursprünglich hatte ihn zu dem Angebot einer solchen Verbindung die Hoffnung getrieben, dadurch König Ludwig XIV. zu bewegen, ihn im Besitz der gegen Schweden gemachten Eroberungen, wenigstens des größten Teiles derselben zu lassen, aber auch nachdem er sich in dieser Hoffnung getäuscht gesehen, nachdem ihn das Machtgebot Ludwigs XIV. genötigt hatte, diese Eroberungen wieder herauszugeben, und obwohl er auch nach dem Friedensschluß von demselben in wenig rücksichtsvoller Weise behandelt wurde, hat er doch die Verhandlungen fortsetzen und den geheimen Vertrag vom 25. Oktober 1679 abschließen lassen, welcher die vollständige Veränderung seiner Politik bekundet. Die Verhandlungen darüber hat er durch Meinders, welcher den Friedensvertrag abgeschlossen hatte, und durch den jetzt in seinen Dienst getretenen, aber vorläufig noch einmal nach Frankreich zurückgekehrten Grafen d'Espence führen lassen, sie sind ganz geheim gehalten worden, auch am Berliner Hofe sind außer dem Geheimen Sekretär Fuchs, welcher nach den Angaben des Kurfürsten die Reskripte an Meinders und d'Espence geschrieben hat, nur, und, wie es scheint, erst zuletzt der Oberpräsident v. Schwerin und Fr. v. Jena in sie eingeweiht worden.

Nach dem Abschluß des Vertrages kehrte Meinders im November 1679 nach Berlin zurück, und vorläufig wurde dem noch in Frankreich zurück-

gebliebenen Grafen d'Espence und dem dort zurückgelassenen, in die geheimen Verhandlungen eingeweihten Sekretär Ilgen die Besorgung der Geschäfte des Kurfürsten daselbst übertragen. Bald aber entschloß sich dieser, nachdem inzwischen Ende Dezember der Marquis de Rébenac als französischer Gesandter an seinem Hofe erschienen war, auch seinerseits einen Gesandten zu längerem Aufenthalt nach Frankreich zu schicken. Er wählte dazu Spanheim.

Ezechiel Spanheim,[1]) 18. Dezember 1629 in Genf geboren, dort und nachher in Holland, wohin sein Vater als Professor der Theologie an die Universität Leiden übergesiedelt war, erzogen, auf dieser Universität durch theologische und philologische Studien vorgebildet, hatte sich früh durch theologische und archäologische Schriften bekannt gemacht, war 1649 in seine Vaterstadt Genf als Professor der Theologie und nachher der Beredsamkeit zurückgekehrt und dann 1654 von dem Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz als Erzieher seines Sohnes nach Heidelberg berufen worden. Bald war er von diesem auch zu diplomatischen Geschäften verwendet worden, im Wildfangstreite und auf dem Kongreß zu Breda hatte er ihm nützliche Dienste geleistet, 1667 und dann wieder 1668 war er als Gesandter nach Frankreich geschickt worden, seit 1674 lebte er als kurpfälzischer Resident in Köln, übernahm aber zugleich auch dieselbe Stellung im Dienst des Kurfürsten von Brandenburg. Im Mai 1678 siedelte er als kurpfälzischer Gesandter nach England über, wurde aber[2]) auch hier wieder zu Ende dieses Jahres von dem Kurfürsten von Brandenburg, als dieser seinen bisherigen Gesandten daselbst, den jüngeren Freiherrn v. Schwerin, abrief, mit der Besorgung seiner Geschäfte betraut. Die sehr eingehenden Berichte, welche er von dort über die Vorgänge in England einsandte, scheinen die besondere Zufriedenheit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm erregt zu haben, dazu wird ihn seine vollständige Beherrschung der französischen Sprache und der Ruf, den er sich als Gelehrter, besonders als Numismatiker, erworben hatte, empfohlen haben. Anfang 1680 ließ ihm derselbe durch Fuchs den Antrag machen, ganz in seinen Dienst zu treten und als sein Gesandter nach Frankreich zu gehen. Spanheim ging bereitwillig darauf ein, löste sein Verhältnis zu dem Kurfürsten von der

---

[1]) S. über ihn v. Petersdorf in Allgem. Deutsche Biographie XXXV, S. 50ff., und die Vorreden von Schefer und Bourgeois zu ihren Ausgaben von Spanheims Relation de la cour de France en 1690 (Paris 1882 und 1900), S. IIff. und 3ff.

[2]) S. Hirsch, Brandenburg und England 1674—1679, II, S. 9ff.

Pfalz und siedelte im April 1680 nach Paris über. Hier leistete er in die Hände d'Espence's und Ilgen's den ihm vorgeschriebenen Eid, empfing von ihnen seine Instruktion und seine Kreditive und ist fortan, zunächst bis zu Ende der in diesem Abschnitt behandelten Periode bis zum Oktober 1684, als brandenburgischer Gesandter in Paris tätig gewesen. Am französischen Hofe hat man [1]) anfangs seine Ernennung zu diesem Posten nicht gern gesehen, der damals an Stelle des in Ungnade gefallenen Pomponne neu ernannte Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der Marquis de Colbert-Croissy, äußerte auf die durch Rébenac erhaltene Nachricht davon Zweifel, ob ein Mann, der bisher im Dienste eines Frankreich feindlich gesinnten Fürsten gestanden hätte, geeignet sein würde, sich das Vertrauen des Königs zu erwerben und für die gewünschte engere Verbindung des Kurfürsten mit demselben zu wirken. Der Kurfürst aber hat sich dadurch nicht umstimmen lassen, und seine Wahl hat sich als eine glückliche erwiesen. Es ist Spanheim bald gelungen, durch den Eifer, die Geschicklichkeit und die Unbefangenheit, mit der er seine neuen Pflichten erfüllte, und durch sein taktvolles Benehmen die Vorurteile, welche man dort gegen ihn hegte, zu beseitigen und sich eine angesehene Stellung am Hofe und in der Gesellschaft zu gründen, ebenso auch sich die Zufriedenheit und das Vertrauen seines Herrn zu erwerben. Wie eingehend und sorgfältig er die Zustände des französischen Hofes und Staates studiert und wie genau er sich über dieselben unterrichtet hat, davon legt die ausführliche Schilderung derselben Zeugnis ab, welche er im Auftrage des Kurfürsten Friedrich III. 1690 verfaßt hat und welche neuerdings gerade von französischer Seite als eine wichtige Quelle für die Kenntnis dieser Zustände veröffentlicht worden ist.

Da der Vertrag vom 25. Oktober 1679 ganz geheim sein und bleiben sollte, so hat der Kurfürst, bevor er Spanheim sein neues Amt antreten ließ, am französischen Hofe angefragt, inwieweit er denselben von jenem Vertrage, insbesondere von den die künftige Kaiserwahl betreffenden Bestimmungen in Kenntnis setzen sollte. Er erhielt von dort den Rat, ihm keine Mitteilungen davon zu machen und weitere Verhandlungen über jenen und andere geheim zu haltende Punkte nur durch Rébenac führen zu lassen, und er hat dem auch Folge geleistet, jener Vertrag

[1]) S. Spanheims Relation de la cour de France, herausgegeben v. Bourgeois S. 372 ff.; vgl. auch S. 18 ff.

blieb Spanheim vorläufig verschwiegen, in der für ihn ausgestellten Instruktion wird er nur im allgemeinen von der Absicht des Kurfürsten, die durch den Frieden mit Frankreich begründete Freundschaft zu erhalten und zu befestigen, unterrichtet, und er wird angewiesen, auch seinerseits dazu mitzuwirken, Erfüllung der Verpflichtungen, welche Frankreich in dem Friedensvertrage eingegangen sei, Räumung des Clevischen uud Zahlung der Hülfsgelder, zu betreiben und über die dortigen Vorgänge Bericht zu erstatten, und in dieser eigentümlichen Stellung ist er vorläufig auch geblieben. Die wichtigeren Verhandlungen mit Frankreich sind zunächst ohne sein Zutun und ohne sein Wissen in Berlin von dem Kurfürsten und den in das Geheimnis eingeweihten Räten desselben, Meinders und Friedrich v. Jena, mit Rébenac geführt, mit ihm ist insbesondere der schon im September 1680 von Ludwig XIV. vorgeschlagene neue Vertrag, durch welchen sich der Kurfürst verpflichten sollte, zur Behauptung der von dem König schon gemachten und noch beabsichtigten Reunionen mitzuhelfen, Anfang Januar 1681 zum Abschluß gebracht worden. Doch hat der Kurfürst sofort Spanheim von dem Abschluß desselben in Kenntnis gesetzt und dieser selbst, auch seine geheimen Artikel, sind ihm nachher in Paris von Croissy mitgeteilt worden. Fortan hat er auch weiter von der geheimen Politik des Kurfürsten Kenntnis erhalten, ist er in dessen Absichten und Pläne eingeweiht und dazu verwendet worden, dieselben zur Ausführung zu bringen. So sind ihm die Verhandlungen über ein von dem Kurfürsten und dem König von Dänemark gemeinsam mit Frankreich gegen Schweden und das Haus Braunschweig abzuschließendes Bündnis übertragen worden, hat er die Wünsche und Forderungen des Kurfürsten am französischen Hofe vorzutragen und namentlich in der letzten Zeit darauf zu dringen gehabt, daß Ludwig XIV. durch ein maßvolles Verhalten gegen das deutsche Reich das Zustandekommen des von dem Kurfürsten auf das eifrigste betriebenen Friedens oder Waffenstillstandes mit demselben erleichtern und es ihm selbst möglich machen möge, unbeschadet seiner Pflichten gegen das Reich in dem Bündnis mit Frankreich zu verbleiben. So gestattet die Korrespondenz Spanheims mit dem Kurfürsten allmählich tiefere und deutlichere Einblicke in die Politik und die dieselbe bestimmenden Absichten des Kurfürsten. Doch reicht sie zur vollen Kenntnis und zur richtigen Würdigung derselben nicht aus, denn fortgesetzt hat Rébenac am Hofe des Kurfürsten seine einflußreiche Rolle weitergespielt, und die wichtigsten Verhandlungen sind nach wie vor dort mit ihm und unter

seiner Mitwirkung auch mit Dänemark und den braunschweigischen Herzogen geführt worden. Aufzeichnungen darüber haben sich im Berliner Archiv nur in sehr geringer Anzahl erhalten, das Vorhandene ist hier auch teils im Wortlaut, teils im Auszuge mitgeteilt worden, es gewährt aber natürlich nur ein sehr unzureichendes Bild von den betreffenden Vorgängen. Eine genauere Kenntnis derselben werden wir erst erhalten, wenn die in Vorbereitung begriffene Ausgabe der Berichte Rébenacs, aus denen bisher nur dürftige Auszüge von Prutz[1]) und Bulard[2]) veröffentlicht worden sind, vorliegen wird. Freilich werden[3]) die Angaben dieses wenig scharfblickenden, eitlen und ruhmredigen Berichterstatters auf ihre Zuverlässigkeit gründlich geprüft werden müssen, das Unternehmen Prutzs, auf Grund dieser einen Quelle die Geschichte der letzten Regierungsjahre des Kurfürsten aufzubauen, hat sich als ganz verfehlt herausgestellt.

Die Relationen Spanheims, sämtlich französisch abgefaßt, sind sehr ausführlich und umständlich, sie enthalten außer den Angaben darüber, wie er die Aufträge des Kurfürsten ausgeführt und dessen Interessen vertreten hat, auch sehr eingehende und lehrreiche Schilderungen der Vorgänge in Frankreich, welche Ranke für seine Darstellung der französischen Geschichte jener Zeit als ergiebige Quelle benutzt hat. Hier haben nur sehr gedrängte Inhaltsangaben derselben unter Beschränkung auf die wichtigsten Gegenstände mitgeteilt werden können, dagegen sind die wichtigeren Reskripte des Kurfürsten ausführlicher, zum Teil im Wortlaut wiedergegeben. Als Ergänzung zu ihrer Korrespondenz möge hier nur ein Punkt noch berührt werden. Einer der wichtigsten Aufträge, welche Spanheim erhalten hat, war die Beitreibung der Subsidiengelder, zu deren Zahlung sich Ludwig XIV. in den verschiedenen mit dem Kurfürsten abgeschlossenen Verträgen verpflichtet hat. In Spanheims Berichten aber ist davon sehr wenig die Rede, nur vereinzelt finden sich in ihnen und auch in den Reskripten des Kurfürsten Andeutungen, daß diese Gelder sehr unpünktlich gezahlt worden sind. Die Ursache davon ist jedenfalls, daß Spanheim darüber besonders berichtet hat, und zwar an Meinders, dem der Kurfürst ebenso wie in den Jahren 1670—1673[4])

[1]) Prutz, Aus des Großen Kurfürsten letzten Jahren (Berlin 1897).

[2]) Bulard, Les traités de Saint Germain 1679 (Paris 1898).

[3]) S. darüber Fester, Zur Kritik der Berliner Berichte Rébenacs (Historische Zeitschrift. N. F. LVI, S. 19ff.).

[4]) S. Urk. u. Akt. XII, S. 916.

auch damals die Empfangnahme und die Verwaltung dieser Subsidiengelder übertragen hat. Leider sind die Rechnungen, welche er darüber geführt hat, aus dieser Zeit nicht erhalten,[1]) doch sind als Ersatz dafür einige darauf bezügliche Schriftstücke Spanheims nach dessen Tode (14. November 1710) aus dessen Nachlaß in das Berliner Archiv gekommen, und auf Grund derselben ist dann dort eine Berechnung der erfolgten Zahlungen und der Rückstände aufgestellt worden. In einer an Colbert gerichteten Denkschrift vom 6. September 1681 legt Spanheim dar, daß dem Kurfürsten von den fälligen Geldern noch 237000 Livres, in einer anderen vom 28. Oktober desselben Jahres, daß noch 136500 und der Betrag des dem Kurfürsten als außerordentliches Geschenk durch Rébenac zugestellten Wechsels über 100000 Livres schuldig sind. Nach einer im Jahre 1682 aufgestellten Spezifikation hätte der Kurfürst auf Grund des Vertrages vom 25. Oktober 1679 vom 1. November dieses Jahres an

bis zum 31. Oktober 1680 erhalten sollen	100000	Livres,
vom 1. November 1680 bis zum 1. Juli 1681	66666	„
vom 1. Juli bis 31. Dezember 1681 auf Grund des Vertrages vom 11. Januar 1681	150000	„
im Jahre 1682 vom 1. Januar bis zum 14. Februar .	37500	„
vom 14. Februar, dem Tage der Unterzeichnung des neuen Vertrages, bis zum 14. August	200000	„
zusammen	554166	Livres.

(Nach einer Gegenrechnung Colberts, der, weil die Ratifikation des ersten Vertrages erst am 25. November 1679 erfolgt war, erst von diesem Tage und nicht vom 1. November an die Zahlungsverpflichtung anerkennen wollte, nur 544722 Livres.)

Gezahlt seien 1681 außer den durch Rébenac versprochenen 100000

noch weitere 100000, also zusammen	200000	Livres
im Jahre 1682	344722	„
zusammen	544722	Livres.

Damals also ist die schuldige Summe fast vollständig beglichen worden. Nach einer anderen Berechnung aus dem Jahre 1697 hätte Frankreich zu zahlen gehabt:

[1]) In den Akten findet sich folgende Bemerkung: „Beym Archiv finden sich keine Rechnungen von den französischen Subsidien nach dem Nimwegischen Frieden. H. Meinders seel. hat solche berechnet, wo aber die Rechnungen davon zu finden. davon hat man beym Archiv keine Nachricht, von annis 1670, 71 et 72 finden sich Rechnungen daselbst, weiter aber nichts. a. 1711.“

Nach dem Traktat von 1679 jährlich 33333 1/3 Rtlr. (= 100000 Livres), also für die Zeit vom 1. Januar 1680 bis 1. Juli 1681	33333 1/3	Rtlr.
	+ 16666 1/3	„
nach dem Traktat von 1681 jährlich 100000 Rtlr., also bis 1. Februar 1682	58333 1/3	„
nach dem Traktat von 1682 jährlich 133333 1/3 Rtlr., also 21 Monate, vom 1. Februar 1682 bis 31. Oktober 1683	233333 2/3	„
nach dem Traktat von 1683 jährlich 166666 2/3 Rtlr., also vom 1. November 1683 bis 30. September 1688	805555	„
zusammen also	1113888 2/3	Rtlr.

Davon seien nach den Berechnungen Meinders' und Heydekampfs bezahlt worden:

Januar 1682 bis 18. Februar 1684	334240,18	Rtlr.
Februar 1684 bis 31. Januar 1685	153166,16	„
1. Februar 1685 bis 31. Januar 1686	104166,16	„
31. Januar 1686 bis 16. Januar 1688	250000	„
„wormit bis 25. October 1686 alles richtig sein solle"		
zusammen	841572,2	Rtlr.

Außerdem habe Frankreich für das Schiff Morian 20000 Rtlr. bezahlt, die Raule restituiert worden seien.

Danach ist also die Subsidienzahlung in den ersten Jahren eine sehr unpünktliche und unzureichende gewesen, Ende 1682 sind die Restanten abgezahlt worden, in den nächsten Jahren sind die Zahlungen ziemlich regelmäßig erfolgt, Ende 1686 haben sie aufgehört, brandenburgischerseits aber hat man auch noch für die beiden nächsten Jahre die weitere Zahlung beansprucht.

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 22. Juni/2. Juli 1679.[1])

[Auftrag, in Paris zu bleiben und Verhandlungen wegen einer Allianz vorzubereiten.]

2. Juli Weil wir resolviret sein, mit Ihrer K. May. in Franckreich nach geschlossenem Frieden in näherer Alliantz und Verbündnusse zu treten, als befehlen wir Euch hiemit in Gnaden, wann es gleich mit dem Frieden seine Richtigkeit haben wird, von dannen bis auf fernere Ordre nicht abzureisen, und entzwischen Euch unter der Hand zu erkundigen, was man wohl von uns vor conditiones desideriren würde, damit wir uns in Zeiten darauf resolviren und Euch desfalls instruiren können. —

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 4./14. Juli 1679.

[Auf das Reskript vom 22. Juni/2. Juli. Rat, wegen der Allianz Anträge Frankreichs abzuwarten.]

14. Juli P. S.[2]) Auch — werde ich dasjenige, was E. Churf. D. mir wegen einer Alliance in Ziffern befohlen, unterthänigst beobachten. Aus meinen vorigen unterthänigsten Schreiben[3]) werden E. Churf. D. bereits ersehen haben, das ich desfals schon einen Anwurf gethan, aber weinig Disposition dazu verspüret, und zwar aus denen dabei angeführten Considerationen, darunter die vornehmste war, daß der König in Franckreich auf keinen Krieg so bald und ohne die äußerste Noth nicht gedächte. Brandenburg

[1]) In Ziffern, von Fuchs geschrieben. Vgl. über den Beginn dieser Unterhandlungen Droysen, Geschichte der preußischen Politik III,3, S. 453; Strecker, Franz von Meinders, S. 91; Bulard, Les traités de Saint-Germain, S. 83.

[2]) Zum größten Teil in Ziffern.

[3]) S. die Relation vom 14./24. Februar 1679 (Urk. u. Akt. XVIII, S. 683 f.).

wird die beste und vortheilhafteste conditiones erlangen, wan die Sache durch[1]) den König in Franckreich proponiret wird, welches bei der fürhabenden Absendung an Brandenburg gewiß geschehen wird, im Fall man gemeinet ist einen Tractat zu machen. Meinders wird unterdessen Gelegenheit suchen, ferner zu sondiren, wohin man inclinire.

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 5./15. Juli 1679.

[Beabsichtigte militärische Demonstration gegen Holland.]

— Welchergestalt wir gemeinet sein, unseren Regreß an den Staat 15. Juli wegen unseres erlittenen Schadens zu nehmen und dasjenige, worzue sie ex foedere verbunden, zu exigiren, werdet Ihr bereits aus unseren vorigten rescriptis ersehen haben. Wann wir aber wohl merken, daß mit rationibus wenig wird zu richten sein, hätten wir wohl Lust, uns mit einer Armee an der Issel zu setzen, umb den Staat desto eher zur raison zu bringen, wann solches mit Gutfinden des Königes geschehen könnte: Ihr habet demnach aus dieser Sachen nochmahlen mit Mons[r]. de Pompone zu reden und denselben zu sondiren, ob Ihre May. es nicht übel nehmen, sondern conniviren würden, wann wir zur Erreichunge unserer rechtmäßigen Intention uns mit unseren Truppen an der Issel setzeten. —

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 8./18. Juli 1679.

[Gespräch mit Pomponne und Louvois wegen einer Allianz. Sonstige Äußerungen Louvois'.]

Er hat sowohl bei Pomponne als auch gestern bei Louvoy abermals 18. Juli wegen einer näheren Allianz Anregung getan. Ersterer erwiderte wiederum, der König wollte mit Kf. alle gute Freundschaft unterhalten, hätte aber jetzt nur die Absicht, einen beständigen, allgemeinen Frieden in der Christenheit zu

[1]) Die Ziffern im Original: 70. 60.a (= ur König in Frankreich) sind in der Dechiffrierung irrig mit: „nur dem König in Frankreich" wiedergegeben.

establieren, derjenige, welcher an Kf. deswegen geschickt werden sollte (vermutlich Rébenac), werde des Königs Gedanken näher eröffnen. Auch Louvoy äußerte sich ähnlich, kam aber auf allerhand specialia, dergleichen Traktaten fielen dem Könige immer oneros, der König müßte jetzt seine Untertanen auch die Früchte des Friedens genießen lassen, gedächte, sobald der Generalfrieden gemacht, eine große Truppenreduktion vorzunehmen. Er meinte ferner, von einem Kriege zu einer engen und vertraulichen Liaison zu schreiten, das ließe sich so bald nicht tun, man müßte der Sache Zeit gönnen und sie nicht allzusehr präzipitieren. Der König würde an Kf. jemand schicken, dabei, wie auch sonst, würde sich Gelegenheit genug finden, das Werk weiter zu befördern.

Der dänische Abgeordnete[1]) arbeitet ebenso auf eine engere Allianz und sie beide suchen den ministris zu remonstrieren, wieviel vorteilhafter und weniger kostspielig für Frankreich eine Allianz mit Kf. und Dänemark als mit Schweden sein würde. Doch kommen die bisherigen Diffikultäten wegen der Traktaten mit Dänemark dem Kf. nicht übel zu statten, man bezeugt auch geringe estime für Dänemark.

Als sie von den vielen dem Kf. nachständigen Subsidien sprachen, meinte Louvoy, der Prinz von Oranien würde dem Kf. wohl zu seinem Nachstand beim Staat verhelfen, besonders wenn Kf. diesem Schenkenschanz abtrete, und riet, Kf. möchte bei dieser Gelegenheit suchen, Schenkenschanz, welchen Platz er für sehr gering hielt, mit advantage loszuwerden. Von den Spaniern redete er sehr schlecht und meinte, Kf. möchte nur auf die geldrische Grenze einige Truppen legen und auch auf andere Weise de facto prozedieren, wenn man nicht auf solche Weise sich bezahlt machte, könnte man mit ihnen zu keiner raison kommen.

Louvoy urteilte auch sehr schlecht von der kaiserlichen Conduite und sagte, der König sei entschlossen, seine Truppen so lange im Reich zu lassen, auch die Subsistenz für dieselben daraus zu nehmen, so lange es die Kaiserlichen täten.

Instruction pour le Sr. conte de Beauvau d'Epense sur son retour en France. D. Potstam 10./20. Juli 1679.[2])

[Aufträge an Créqui und Colbert. Am französischen Hofe zu machende Mitteilungen über die Absichten des Kf. Abzuschließende Allianz und Handelsvertrag. Das Haus Lüneburg und die Hamburger Angelegenheit. Sicherung gegen Schweden. Verwendung für Dänemark.]

20. Juli Er hat sich geradeswegs nach Minden zu begeben, um, wenn er dort den Marschall Crequy noch findet, von ihm Räumung des kurfürstlichen Gebietes

[1]) v. Meyercrohn.

[2]) Konzept und Reinschrift von Fuchs geschrieben, von Kf. unterzeichnet. In ersterem wird am Rande bemerkt: „Ist in contextu auch auf H. Geh. Rath Meinders gerichtet." S. Droysen III,3, S. 354; Strecker, S. 91 f.; Bulard, S. 85.

und Aufhören der Kontributionen zu fordern, und alle Gründe vorzustellen, welche dazu dienen können, dieses zu erlangen. Dann hat er nach Nimwegen zu gehen, dort bei Colbert ebendasselbe zu betreiben und, falls der Austausch der Ratifikationen noch nicht erfolgt ist, weil[1]) die des einen Artikels, in dem das Haus Lüneburg erwähnt ist, nach Paris geschickt ist, zu versichern, daß dieses nicht die geringste Schwierigkeit bereiten könnte, und darauf zu dringen, daß die Auswechslung erfolge.

In Paris angelangt, hat er von diesem allen Meinders[2]) Nachricht zu geben und gemeinsam mit demselben dem König und den Ministern vorzustellen, in welchem Stande er hier die Angelegenheiten gefunden habe, surtout que S. A. El. n'a autre désir que de se lier inséparablement au Roy, d'épouser ses interets et de mettre les siens entre ses mains, de sorte que le Roy n'aura jamais eu de plus fidèle allié que S. A. El. De quoy il peut donner d'autant meilleure et plus certaine asseurance qu'il l'a entendu de la bouche de Son Alt. El.le même. Kf. hoffe, daß man ihn als Freund behandeln und vollständig den Frieden genießen lassen, daß auch Wesel und Lippstadt sofort geräumt, wenigstens die tausend Reiter werden fortgenommen werden.

Dann haben sie an der Allianz zu arbeiten, welche Kf. mit dem König zu schließen wünscht. On laisse à la France la liberté de stipuler ce qu'Elle voudra, sur quoy S. A. El. se declarera en sorte qu'on n'aura pas lieu de douter de sa sincerité. Die im Interesse des Kf. zu fordernden Punkte sind:

1. Der König habe sich der Interessen des Kf. anzunehmen, durch gerechte und angemessene Mittel dessen rechtmäßige Ansprüche gegen andere zu unterstützen und, falls Kf. genötigt sein sollte, nachdem friedliche Mittel vergeblich versucht, zu den Waffen zu greifen, ihm beizustehen.

2. Da Kf. schon jetzt solche gerechte Ansprüche an den Kaiser wegen Jägerndorfs, für welches er nie Geld hat annehmen wollen, sondern sich immer sein volles Recht gewahrt hat, an Spanien wegen rückständiger bedeutender Subsidien und an die Staaten wegen beträchtlicher Subsidienreste und vertragsmäßig schuldigen Schadenersatzes hat, so wünscht er, daß der König ihn darin unterstütze, und will Kf., damit dieses keine Schwierigkeit habe, denselben vorher vollständig von der Gerechtigkeit dieser Ansprüche informieren lassen.

3. Da Kf. seine jetzige vortreffliche Armee für den Dienst des Königs zu erhalten wünscht, seine Länder aber durch den Krieg ruiniert sind, so begehrt

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 720f.

[2]) Diesem teilt Kf. unter demselben Datum mit, Graf d'Epense werde ihm die ihm mitgegebene Instruktion mitteilen, nach der auch er sich bei seiner Negotiation zu richten habe. Da er (M.) allein Vollmacht zu traktieren habe, so solle er auch, wenn etwas zu schließen oder zu unterzeichnen sein werde, allein signieren. Er habe d'Epense zu seinem Oberstallmeister und Obersten über die Trabanten-Leibgarde ernannt, seine Bestallungen aber noch nicht ausfertigen lassen, da derselbe erst bei dem Könige um Erlaubnis, diese Chargen anzunehmen, anhalten wolle. M. solle auf schleunige Abstellung der harten Maßregeln im Clevischen dringen und sich des Königs von Dänemark auf das eifrigste annehmen.

er von dem Könige Subsidien zu deren Unterhaltung. Da dieses ein Hauptpunkt ist, so haben sie ihn auf das beste zu empfehlen und zu versichern, daß Kf. dieses Geld zu keinem anderen Zwecke verwenden und daß der König daher davon mehr Vorteil haben werde als von allem dem, was er an Schweden gezahlt habe oder an das Haus Lüneburg, das nur sein eigenes Interesse verfolge, zahlen könnte.

4. Kf. wünscht auch Vorteile für Marine und Handel, erstens Unterstützung, um die zehn bis zwölf sehr gut ausgerüsteten Fregatten, die er gegenwärtig besitzt, für den Dienst des Königs bereit zu erhalten. Pour le second point du commerce[1]) l'advantage consisteroit en cela, que ce que nous avons dans nos terres et qui manque à la France pourroit estre échangé contre ce que la France a d'abondant et qui nous manque. Les denrées, que nous pourrions fournir, sont le chanvre, le lin, toute sorte de bois pour la fabrique, des pelleteries, de la cire et plusieurs autres. Ce que la France nous pourroit fournir c'est principalement le sel et les vins et eaux de vie, soit qu'on voulut échanger l'un contre l'autre ou qu'on voulut beneficier les marchands dans les peages, afin qu'ils eussent le principal commerce à l'exclusion des autres nations. On demandera aussi de notre part quelque trafic sur les costes de Guinées, sans que cela incommode en la moindre sorte les interests de Sa Majesté. Sollte man diesen Vorschlägen ein günstiges Ohr leihen, wird Kf. einen in diesen Dingen sehr unterrichteten Mann nach Frankreich schicken, um Colbert zu unterrichten.

5. Da das Haus Lüneburg seit einiger Zeit große Eifersucht gegen Kf. hegt und ihm auf jede Weise zu präjudizieren sucht, so haben sie dem Könige und dessen Ministern vorzustellen, wieviel nützlicher ihm die Freundschaft des Kf. als die dieses eigennützigen und anmaßenden Hauses sei, und dahin zu wirken, daß der König dasselbe nicht in der Hamburger Sache unterstütze, sondern dem Kf. gestatte, von der Stadt das zu nehmen, was sie ihm schuldig ist.

6. Falls die Schweden den Traktat nicht sollten ratifizieren wollen, so ist mit dem Könige zu vereinbaren, wie sie dazu zu bewegen seien, und da sie immer mit einem neuen Einfall in Preußen drohen, so ist sofort auszumachen, was Kf. als Entschädigung erhalten solle, mindestens müßte er bis dahin Stettin und Stralsund behalten.

7. Gegenüber etwaigen Beschwerden der Schweden haben sie die Fortnahme der meisten Artillerie und Munition aus den pommerschen Festungen als den Friedensbestimmungen gemäß erfolgt zu rechtfertigen und zu verhindern, daß der König in diesem Punkte wie auch in betreff Hamburgs dem Kf. zuwider sei.

8. Der Interessen des Königs von Dänemark haben sie sich auf das eifrigste anzunehmen, die Unbilligkeit der schwedischen Forderungen an denselben vorzustellen und den König zu bitten, die Restitution in billiger Weise zu regeln.

[1]) Schon am 1./11. Juli 1679 hatte Kf. Meinders ein nicht bei den Akten befindliches Schreiben Raule's übersandt, in welchem dieser einige Vorschläge mache, um durch die Gunst des Königs von Frankreich die in seinen Landen verfallenen Kommerzien und Schiffart in etwas zu retablieren, er solle diese Vorschläge reiflich erwägen und was er davon für praktikabel halte bestmöglich befördern.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 28./18. Juli 1679.

[Die französischen Gewalttätigkeiten. Der Separatartikel. Verhandlungen mit Pomponne über die Allianz. Die Hauptpunkte derselben.]

Er hat mit Pomponne abermals eine Konferenz gehalten, derselbe versprach Abstellung der Exzesse im Mindenschen, verlangte aber, daß auch Kf. in Pommern die dort früher gehaltene gute Ordnung observieren lasse. 28. Juli

Wegen des Separatartikels ist zwar keine Änderung zu machen, weil der Traktat schon gedruckt ist. P. versicherte aber, man intendierte keineswegs, durch die dort enthaltenen verba narrativa dem Kf. Präjudiz zuzufügen. Der Herzog von Celle hätte unrecht getan, daß er den gütlichen Vergleich verhindert hätte. Rébenac hätte Ordre, denselben zu befördern.

P. S.[1]) Auch — hat sowoll Louvois als Pompone dem König in Franckreich referiret, was jüngsthin zu verschiedenen Malen und noch absonderlich letztmal zu St. Germain[2]) ich denenselben wegen einer näheren Alliance proponiret und erinnert.[3]) Es scheinet, daß man anfange, mehr Reflexion darauf zu nehmen, welches ich bei der mit dem H. Pompone gehaltenen Conferenz wahrgenommen. Pompone gab mir so viel zu verstehen, daß der König in Franckreich woll begriffe und genugsam urteilte, was ihm an der Alliance mit Brandenburg gelegen. M. wird die Sache weiter beobachten und würde demselben zu wissen nötig sein, 1) was Brandenburg begehret vom König in Franckreich, 2) was Brandenburg an den König in Franckreich offeriret, 3) M. würde auch nötig haben einer Vollmacht. Er meinet, daß, so viel das erste belanget, solches bestehen könne 1) in Subsidien, 2) Assistenz wegen Zahlung der restirenden Subsidien von Spanien und Staten General, 3) wegen der Commercien und Schiffahrt oder was sonsten zu proponiren, als etwan das Interesse von Brandenburg in Polen, Böhmen u. s. w. Das andere möchte ungefähr darin bestehen, 1) wegen der Wahl im Reich, wie dieser wegen bereits von M., als bekannt, an den König in Franckreich Proposition geschehen, 2) bei denen etwan vorfallenden Occasionen sich dem König in Franckreich nicht allein nicht zu opponiren, aber dessen Interesse zu befordern, nachdem der König in Franckreich

[1]) Zum größten Teil in Ziffern.
[2]) S. oben S. 341 f.
[3]) Am 24. Juli hatte er ein Mémoire deswegen übergeben. S. Bulard, S. 83f.

Brandenburg capabel dazu machen würde durch Subsidien, 3) Verstattung der passage, retraite und dergleichen Commoditäten in Brandenburgs Hafen, Strömen, Festungen. Ein guter Vorteil würde hiedurch verhoffentlich erlanget werden, nämlich daß Schweden vom König in Franckreich abstrahiret würde.

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 1. August/22. Juli 1679.

[Unwillen über die französischen Gewalttätigkeiten, Forderung der Einstellung derselben. Die Verhandlungen über die Allianz. Die schwedische Schrift über die Zusammenkunft zu Doberan.]

1. Aug. Der Effekt des Friedens ist bis jetzt noch gar schlecht, noch immer laufen aus seinen westfälischen Landen große Klagen über das gewalttätige Treiben der Franzosen ein, man will jetzt sogar, was während des Krieges nicht geschehen, seine Zölle angreifen und hat deswegen schimpfliche Billete, in denen man ihn Monsieur de Brandebourg traktiert, an die Magistrate zu Orsoy, Emmerich und anderen Orten abgehen lassen. Am allerbeschwerlichsten aber fällt ihm, daß Marschall Créqui nach Spaens Bericht prätendiert, 6000 Mann zu Fuß und 1000 zu Pferd in Wesel und Lippstadt zu lassen, während in dem Friedensvertrage[1]) nur von 1000 zu Pferd die Rede ist. Kf. hat sich bereits so erklärt, daß man keine Ursache haben kann, aus Diffidenz diese Örter länger zu besetzen, denn wenn er der schwedischen Ratifikation versichert ist, ist er bereit, in demselben Moment ganz Pommern zu räumen. Er soll dieses aufs beweglichste vorstellen und Remedierung nachsuchen, wenigstens daß die Anzahl der Völker, die in Wesel und Lippstadt bleiben, nicht größer sei als diejenigen, die er in Stralsund und Stettin läßt, und daß, wenn Schweden die Ratifikation diffikultiert, man dennoch seine beiden Städte evacuiere. Sollte man dieses verweigern, so kann er daraus nur urteilen, daß Frankreich mit Fleiß intendiere, ihn zu ruinieren. Der verlangte Durchmarsch der schwedischen Truppen durch Preußen ist impraktikabel, da die polnischen Stände denselben nimmermehr bewilligen werden, der Transport kann viel leichter zur See geschehen.

Was die Alliance betrifft, wird er von d'Epense des Kf. Gedanken erfahren haben. Sollte er es nicht für ratsam halten, die Sache vor Anlangung eines französischen Ministers am Hofe des Kf. zu poussieren, so kann das geschehen, doch wünschte Kf. das Werk beschleunigt zu sehen, weil er Subsidien zur Bezahlung seiner Truppen zu bedingen hofft. Er soll aber nicht eher von dort fortgehen, bevor alles, was der Traktat im Munde führt, völlig adjustiert und exequiert ist.

---

[1]) S. Artikel 13 des Friedensvertrages vom 29. Juni 1679 (v. Mörner, S. 410).

Das Scriptum,[1]) so von der Dobranischen Conferenz ausgegeben worden, ist ein purum figmentum, so ein Schwedisch-Gesinneter, umb uns und dem Königo von Dennemarck Mißgunst und jalousie zu erwecken, ausgehen lassen. Die specialia, so von unserem estat und interesse darin enthalten, seind mit vielen unwahrhaften Folgerungen begleitet. Und ist gar gewiß, daß beiderseits Räthe nur einmal zusammengekommen und bei solcher Conferenz gar kein Protocoll gehalten oder das geringste schriftlich ausgefertiget worden, sondern alles bei einer mündlichen Conferenz geblieben, weßhalb wir denn auch entschlossen sein, solch Ding refutieren zu lassen.[2]) —

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 1. August/22. Juli 1679.

[Äußerungen Louvois' über Schweden und über die mit Kf. abzuschließende Allianz. Verhandlungen mit Pomponne darüber.]

Zu dem Frieden mit Dänemark zeigt man sich hier geneigt, der Artikel wegen Holstein-Gottorf aber hält den Schluß auf. 1. Aug.

Louvoy klagte ihm gegenüber über der Schweden Hartigkeit und daß sie so fier und irraisonable in allen Dingen wären. Er bezeugte auch nicht undeutlich, daß, sobald nur diese Brouillerien ein Ende haben und der König mit Ehren aus seinem Engagement getreten sein würde, man sich mit Schweden nicht so leicht aufs neue vertiefen, sondern auf andere Allianzen, und besonders auf eine vertrauliche Korrespondenz und Freundschaft mit Kf. gedenken würde. Es wäre davon einiges vorgekommen, was Pomponne ihm wohl gesagt haben würde. Das Vornehmste, das dabei zu konsiderieren, bestände darin, daß beiderseits alles Mißtrauen aus dem Grunde gehoben werden und einer dem anderen aufrichtig begegnen müßte. Es wäre unmöglich, daß nicht bisweilen allerhand geringe Dinge vorfielen, die dem einen oder anderen Ombrage und selbst allerhand deplaisirs verursachten, man müßte sich aber daran nicht so genau kehren,

[1]) Copie d'une lettre en date de Dobran du 27[e] Novembre dernier 1678 etc. S. Hirsch, Die Zusammenkunft des Großen Kurfürsten mit dem König Christian V. von Dänemark zu Doberan 4.—6. Dezember 1678 (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte XIV, S. 72ff.).

[2]) Wirklich ist von brandenburgischer Seite eine Gegenschrift: L'examen de l'ecrit qu'on a publié sous le titre de la copie d'une lettre etc. veröffentlicht worden. S. ebendaselbst S. 77.

sich vorher gegenseitig esclairieren und darum nicht sofort das ganze Fundament der Freundschaft und guten Intelligenz über den Haufen werfen. Auch Pomponne hat ihm weitläufig diese und andere dergleichen Dinge vorgestellt. Man meint, der König erweise dem Kf. darin ein Zeichen seiner sonderbaren estime, daß er, obwohl man von allen Orten und Enden wegen Stiftung einer neuen Allianz mit großen Offerten gesucht und karessiert werde, doch zurzeit solches nicht sonderlich attendiere, sondern vor allem auf Kf. reflektiere. P. hat zu ihm abermals von einem Projekt gesprochen und sich wegen der Ingredientien soweit herausgelassen, daß man pro fundamento foederis den letzten mit Kf. gemachten Traktat nehmen und einander wegen Garantie desselben sowie des Olivischen Friedens und sonst behörige mutuelle Assistenz leisten solle, item was sonst einer oder der andere Teil für befugte praetensiones, iura und Gerechtigkeiten haben oder noch erlangen möchte. Er hat dabei des Kf. Prätensionen wider Polen, den Kaiser, Spanien und den Staat summarie expliziert, es würde aber gut sein, wenn dieselben schriftlich in der Kürze aufgesetzt und hierher mitgeteilt würden.

Pomponne meinte, das Fundament der Sache könnte jetzt gelegt und nachher sowohl hier wie dort weiter daran gearbeitet und die specialia diesem Fundament gemäß eingerichtet werden. Der König versichere sich von Kf., daß derselbe, falls jemand, besonders im Reich, gegen seine Befugnisse, besonders gegen das, was er aus dem Westfälischen und Nimwegischen Frieden erhalten, opponieren und ihn darin turbieren wollte, nicht allein dagegen mit seinen suffragiis auf dem Reichstage, sondern auch auf andere Mittel und Wege, nachdem man sich darüber vergleichen werde, opponieren und auch sonst ihm bei allen Okkasionen alle mögliche Freundschaft und Dienste leisten würde, auch hingegen von ihm gewärtigen könnte.

P. S. Depance ist angekommen.[1])

[1]) d'Espence schreibt an Fuchs (d. Paris 4. August), er sei Montag [31. Juli] angekommen und habe dem König Bericht von seiner Reise abgestattet. Je lui fis les compliments de S. A. El. et sur les assurances de sa bonne volonté le roy me temoigna bien de la joie de savoir S. A. El. dans si bons sentiments pour lui, il m'ordonna de mander à sa dite A. El., qu'il ne manqueroit en rien de toutes les choses qu'il avoit promises, et qu'il prioit S. A. El. de faire le mesme à son egard et qu'il vivroit à l'avenir de manière avec S. A. El. qu'il n'auroit jamais sujet que de s'en louer. Je rendis conte à Mr. de Pomponne plus au long de tous les sentiments de S. A. El., lequel les expliqua au roy sur fait. Sur l'honneur que S. A. El. me veut faire, le roy lui dit, qu'il estoit bien aise de voir S. A. El. dans de si bons sentiments pour moi et qu'il y consentoit de bon cœur. . . . . L'affaire de la liaison est en fort bon estat, ayez soin seulement d'envoyer à Mr. de Mender les instructions et pouvoirs nécessaires pour conclure promptement, car assurément il est avantageux de faire cette liaison promptement, afin d'en exclure d'autres qui voudroient bien y estre receus les premiers, ce que Mr. de Menders empeschera, pourvu qu'il ait les pouvoirs necessaires. L'affaire de Mad. l'Electrice est en fort bon estat.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 4. August/25. Juli 1679.

[Weitere Verhandlungen mit Pomponne. Audienz bei dem König. Dessen Äußerung über die Allianz mit Kf. und über den Frieden mit Dänemark. Verjus' Abreise nach Regensburg.]

Er ist gestern mit d'Epense in St. Germain gewesen und sie haben mit Pomponne (Louvois liegt an einem Beinbruch gefährlich darnieder) lange konferiert. Er hat dann beim Könige Audienz gehabt und demselben zum Abschluß des Friedens und Auswechselung der Ratifikationen gratuliert. Der König war wieder sehr gnädig und äußerte unter anderem: Il ne faut plus songer au passé, asseurez M. l'Electeur, qu'il peut attendre des marques tres essentielles de mon amitié, pourveu que je me puisse asseurer de la sienne, et je veux croire, que je m'y puis fier entierement. Vous vous souvenez de ce, que vous m'en avez dit autrefois et c'est ce qui me a porté à finir l'affaire au plustost, und nachher: J'ay ordonné au reste à Pomponne de vous entretenir plus amplement de mes intentions touchant une liaison plus estroite que vous m'avez proposée cydevant et dans laquelle j'entreray avec plaisir pour donner des preuves de mon estime à Monsieur l'Electeur. Auf seine Vorstellungen wegen der dänischen Sache erwiderte der König, er wolle mit Pomponne weiter davon sprechen; dieses ist auch geschehen, derselbe hat ihm aber nachher erklärt, der Herzog von Holstein müßte vollständig restituiert werden; wenn bis zu Ende des August der Friede nicht abgeschlossen wäre, so würde man noch härtere Bedingungen fordern. Er hat sich diese dänische Sache auf das äußerste angelegen sein lassen, so daß Meyercrohn bezeugt hat, völlig damit zufrieden zu sein. 4. Aug.

Verjus reist morgen nach Regensburg ab. Derselbe war bei ihm und hat sich dem Kf. empfehlen lassen, Kf. würde ohne Zweifel ihn und auch den hiesigen Hof obligieren, wenn er seinen dortigen Gesandten v. Jena anwiese, mit ihm in gutem Vernehmen zu leben und ihm von diesem Befehl Mitteilung zu machen.[1])

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 5. August/26. Juli 1679.[2])

[Bitte um nähere Instruktion wegen der Wahlangelegenheit.]

— haben Ew. Churf. D. aus meiner unterthänigsten Relation vom 18./28. Juli mit mehrem gnädigst ersehen, in welchen terminis die 5. Aug.

[1]) S. die Schreiben des Kf. an Verjus und an G. v. Jena vom 7./17. Oktober 1679 unten Abschnitt V.

[2]) Zum großen Teil in Ziffern.

Sache wegen der Alliance stehet. Ich hab seither dem aus der Instruction,[1]) so d'Espance mitgebracht, ersehen, was Brandenburg begehret, welches alles nach äußerster Möglichkeit beobachtet werden soll. Das vornehmste, worauf man hie reflectiret und wodurch die beste conditiones zu erhalten sein möchten, bestehet, soviel M. bis dato penetriren können, in der Wahlsache, die übrigen Dinge, so der König in Frankreich von Brandenburg zu hoffen, kommen zwar auch in Consideration, aber nicht so viel, deßwegen ich dann mit sonderbarem Verlangen Ew. Chf. D. gnädigsten Befehl desfals erwarte. Ich bin zwar desfals vorhin gnugsam instruiret,[2]) E. Churf. D. haben auch in der vorigen Instruction, so M. d'Epance mitgebracht, mit ausdrücklichen Worten inseriren lassen, que Brandenbourg laisse la liberté au Roy de France de stipuler ce qu'il voudra, weil es aber eine Sache von großer Consequenz und Wichtigkeit ist, so verlange ich desfals billig E. Churf. D. gnädigste Verordnung und werde mein bestes thun, umb die Sache bis zu derselben Einlangung im stande zu halten, dafern ich aber vermerken sollte, daß periculum in mora sein und Brandenburg von Braunschweig-Zelle, Hannover, Staaten General, Dennemarck oder andere, welche dergleichen alliance suchen, praeveniret werden sollte, solchenfalls wird Meinders nach seiner bereits in Handen habenden Instruction einen Tractat sub spe rati zu machen und zu schließen geflissen sein. Dieweil d'Espance auch diese Sache auf Ordre Brandenburgs sowohl den ministris als dem Könige selbsten recommendiret, so wird damit ziemlich geeilet. —

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 29. Juli/8. August 1679.[3])

[Auf die Relationen vom 14./24. 15./25. und 18./28. Juli. Weitere Instruktion wegen der abzuschließenden Allianz.]

8. Aug. — ist uns — lieb zu vernehmen gewesen, wasmaßen man auf die von uns desiderirte nähere Zusammensetzung und alliance eine Reflexion machet —. Damit Ihr aber desto besser davon informiret seid, so ist

[1]) S. oben S. 342ff.

[2]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 670.

[3]) Das Konzept von Fuchs geschrieben, zum Teil in Ziffern, von Kf. unterzeichnet.

unser gnädigster Wille, daß Ihr behöriges Ortes repraesentiret, wie daß unser beständiger Wille und Meinunge seie, uns aufs genaueste als immer möglich und inseparablement durch eine Off- und Defensivalliance mit Ihrer Königl. May. zu verbinden, und zwar dergestalt, daß einer des andern Freunde Freund und Feinde Feind sein sollte: Wir hätten desfalls, soviel alle Potentaten der Christenheit betreffe, freie Hände, ausgenommen Dennemarck und Pohlen. — Wegen der übrigen aller wäre es uns indifferent, was Ihre May. desfalls stipuliren wollten, und würden wir ihro darunter völlige Satisfaction geben. Da hergegen habet Ihr vor uns Ihrer May. Assistenz und Protection in denen Differentien, so wir jetzo haben oder künftig haben möchten, zu bedingen. Ob man nun desfalls in terminis generalibus verbleibe oder specialia exprimire, solches habet Ihr nach denen Propositionen, so man frantzösischer Seiten thun wird, zu judiciren. Darumb aber habet Ihr anzusuchen, daß Ihre May. uns dero Assistenz verspreche, wann wir unsere wieder Spanien und den Staat habende rechtmäßige und liquide praetensiones exigiren wollen. Unsere Meinunge ist, daß wir unsere Armee, so lange bis uns vergnügliche Satisfaction gegeben, in Gelderland und an der Issel verlegen, sonsten aber keine Hostilitäten verüben wollen, es sei denn, daß man uns dazue bringe. Ihr habet demnach in dem Tractat za bedingen, daß Ihre May. solches nicht allein aggreiren, sondern auch auf den Fall man uns feindlich begegnen würde, uns würckliche Assistenz leisten, imgleichen daß Sie unseren Schiffen, so wir zu diesem Ende es sei in der mittelländischen oder offenbaren See gebrauchen würden, in dero Hafen retraite gönnen wollten, und könnte dieser Punct in einen Nebenarticul gebracht werden. —

Damit wir nun desto capabler sein, Ihrer May. bei allen Vorfallenheiten Dienste zu leisten, seind wir entschlossen, außer denen nötigen Guarnisonen in unseren Vestungen eine Armee von 20000 Mann, als 12000 zue Fuße, 6000 Pferde und 2000 Dragouner, beständig zu unterhalten, welche wir zu jeder Zeit, wann und wo es Ihre May. desideriren würden, nebst einer rechtschaffenen guten Artillerie ins Feld stellen wollten. Weil aber unsere Lande ganz ruiniret und, wann wir jetzo unsere auf den Beinen habende Trouppen reduciren sollten, wir dergleichen so leichte nicht wieder bekommen würden, so habet Ihr durch alle diensame raisons vorzustellen, wie hochnötig es seie, daß Ihre May. uns mit zulänglichen Subsidien, welche Ihr dann so hoch es immer möglich zu treiben habet, an Hand gehen: Ihr wisset, daß dieses ein Hauptpunct ist, woran uns

aufs höchste gelegen, weßhalb wir nicht zweifeln, Ihr werdet denselben durch alle kräftige Vorstellungen zu erhalten suchen. Ihr könnet dabei versichern, daß wir solch Geld nirgend anders zue, als zum Unterhalt unserer Trouppen gebrauchen wollen und daß solchergestalt Ihre May. mehr davon profitiren werden, als von allen denen großen Subsidien, welche Sie bishero an Schweden und das Haus Lünenburg gezahlet. —

Was die See-équipage betrifft, seind wir entschlossen, zehen bis zwölf gute wohlausgerüstete und mit allem wohlversehene Fregatten zue Ihrer May. Dienste beständig zu unterhalten, wann dieselbe auch nur dazue monatlich etwas wollten reichen lassen, es wäre solches ein geringes und wollten wir uns desfalls mit zehen, neun oder, wann es nicht höher zu bringen, mit 8000 Rthlr. monatlich vergnügen: zum wenigsten würde es Ihrer May. Reputation sehr vermehren, wann dieselbe in der Ostsee so viele Fregatten allemal zue ihren Diensten haben würden. Was das commercium anbetrifft, sucheten wir darunter nichts anderes, als was zue beiderlei Nutzen und Vorthel mit Excludirunge der andren Nationen gereichen könnte. —

Man müßte auch bedingen, daß existente bello keiner ohne den anderen zue einigem accommodement oder auch zue einem Stillestand schritte, es möchte auch sein unter was Praetext es wollte, imgleichen daß, wann uns, indem wir Ihrer May. assistireten, von unseren Landen oder Plätzen etwas abgenommen oder uns sonst einiger Schaden — zugefüget werden möchte, Ihre May. nicht eher Frieden machen wollen, bevor uns alles restituiret und des Schadens halber Satisfaction gegeben worden.

Ob wir nun zwar nicht wissen, was man hinwiederumb französischer Seiten bedingen wollte, so haben wir Euch doch in antecessum — auf nachfolgende Puncte instruiren wollen: Vorerst habet Ihr Euch zu allem, was eine off- und defensive alliance mit sich führet, zu erbieten, und daß wir contra quoscunque, ausgenommen Dennemack und Pohlen, wie oben gedacht, uns zu verbinden bereit wären. Zweitens wann sie etwas wegen des Hauses Oesterreich und insonderheit wegen künftiger Wahl eines Römischen Königs oder Keysers auf die Bahne bringen sollten, lassen wir es bei demjenigen, worauf wir Euch bereits bei Euer ersten Abschickunge instruiret [1]) und Ihr solches darauf dem Könige proponiret, [2]) bewenden, und habet Ihr solches auf den Fall wir durch diese Er-

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 670.

[2]) S. ebendaselbst S. 684.

klärunge einen sonderbaren Vorthel bei dem Tractat erhalten könnten, nochmalen zu wiederholen und festzusetzen, außer solchem Falle aber habet Ihr diesen Punct zu menagiren, wie er dann auch sonst insonderheit wird müssen secretiret und in einen geheimbten Neben-articul gebracht werden.

Drittens erbieten wir uns Ihrer May. Trouppen passage und retraitte in unseren Vestungen, Hafen und Strömen zu geben, nur daß solches ohne unseren Schaden geschehe und daß alles, was sie zue ihrer Subsistenz bekommen, mit barem Gelde bezahlet werde, doch müßte auch dieser Punct gegen einen großen reciproquen Vorthel menagiret werden. Weil es aber unmöglich ist, Euch auf alle Fälle, so da vorkommen möchten, vorher zu instruiren, so habet Ihr ein Project eines Tractats zu concertiren und uns solches förderlichst zu schicken, so wollen wir Euch darauf unsere schließliche Resolution erteilen. — Auf wie viele Zeit oder Jahre auch diese alliance zu richten, stellen wir ebenmäßig in Ihrer May. Gefallen; nur wann die conditiones insonderheit wegen der Subsidien vorthelhaft vor uns fallen sollten, habet Ihr selbige soweit möglich zu extendiren. Des H. Pompone premier commis Tourmont[1]) habet unsertwegen Ihr dreihundert Louisdor in specie auszuzahlen, wir erwarten auch mit ehistem ein schön Zimmer Zobeln aus Preußen, so wir Euch, umb unter die bewußte Damen[2]) zu distribuiren, zuschicken wollen. Die begehrete Vollmacht[3]) zue Schließunge dieser Alliantz habet Ihr hiebei zu empfangen. —

Der Kurfürst an O. v. Schwerin und Fr. von Jena. D. Potsdam 30. Juli/[9. August] 1679.[4]) (G. A.)

[Mitteilung der Relation Meinders' und des an diesen erlassenen Reskriptes.]

Wir geben Euch vermittelst Anschlusses zu ersehen, was gestalt uns 9. Aug.
unser Geheimer Rath Meinders jüngsthin berichtet,[5]) daß man am Königlichen Französischen Hofe eine Begierde bezeuget, mit uns in eine

[1]) S. Bulard, S. 87.
[2]) S. ebendaselbst S. 86.
[3]) Dieselbe ist Potsdam 29. Juli/8. August 1679 ausgestellt.
[4]) Konzept, von Fuchs geschrieben.
[5]) S. dessen Relation vom 18./28. Juli 1679 oben S. 345 f.

nähere Zusammensetzung und Alliance zu treten, und daß er der Conditionen halber instruiret zu sein begehret. Damit ihm nun selbige mit nächster Post zugeschicket werden könnten, haben wir sofort ein Rescriptum[1]) angegeben und darinnen dasjenige, was wir vor erst am nötigsten erachten, exprimiren lassen, allermaßen Ihr aus dem hiebei kommenden Concept mit mehrem zu ersehen. Dafern Ihr nun etwas dabei zu erinnern findet oder Euch sonst noch ein mehres, worauf er zu instruiren, beifallen sollte, habet Ihr uns solches förderlichst zu überschreiben. —

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Cöln an der Spree 31. Juli/[10.August] 1679.

[Bedenken gegen die Allianz mit Frankreich.]

10. Aug. Wie ich gestern anhero gekommen zu sehen, wie sich Printz Philip Wilhelm bei seiner Unpäßlichkeit befindet, mit welchem es sich Gottlob diese Nacht zimblich gebessert, habe ich heute früe beide E. Chf. D. Befehl vom 30. July erhalten. Die preusensche Sache[2]) werde ich denen Herren Rhäten zustellen, ihr u. Bedenken abzustatten, und weil ich so fort wieder nach Landsberg gehe, von daraus auch meine gehorsambste Antwort einschicken. So viel aber das französische Werk betrifft, Gnädigster Herr, sehe ich, daß es eine resolvirte Sache ist, und wünsche demnach von Herzen, daß der Allerhöchste Gott alles zu seines großen Namens Ehre, zu E. Chf. D. höchstem Vergnügen und dero hohen Hauses beständigen Aufnehmen und Erhaltung Friedens in der Christenheit ausschlagen lassen wolle. Wenn res noch integra und E. Chf. D. mein unmaßgebliches unterthänigstes Gutachten würden erfodert haben, würde ich meinen theuren Pflichten gemäß E. Chf. D. unterthänigst gebeten haben, bei solchem wichtigem Werk, welche [sic!] dieselbe und Ihr ganzes Haus in die allerhöchste Gefahr impliciren kann, sich nicht zu übereilen, vornemblich keine offensiv alliance zu offeriren, denn, weil dieses Werk nicht verschwiegen, sondern von Franckreich selbst divulgiret werden wird, so werden E. Chf. D. sich hiedurch große Feindschaft erwecken und viel andre Potentaten zu einer Kegenligue veranlassen, deren schädliche Effecte vor E. Chf. D. wol gewisser sein dürften, als die

[1]) S. das Reskript vom 29. Juli/8. August oben S. 350ff.

[2]) S. Urk. u. Akt. XVI,2, S. 895.

Freundschaft von Franckreich. E. Chf. D. wissen, wie Sie neulich dem Könige Schenckenschantz offerireten, derselbe solches dem Staht alsofort kund that. Ich fürchte, Er werde es mit diesem E. Chf. D. Vorhaben eben auch so machen, und wird es gewiß E. Chf. D. nicht zuträglich sein, daß Sie mit dem Staht zerfallen sollten. Was E. Ch. D. rechtmäßig von demselben zu praetendiren, ist mir genugsamb bekannt, ich meine aber, daß E. Chf. D. noch wol ohne dergleichen Extremitäten darzu gelangen können. So oft E. Chf. D. Alliantzen mit einem oder anderem Potentaten gemachet, habe ich gesehen, daß E. Chf. D. allemal den Keyser und das Reich excipiret, und haben E. Chf. D. solches allezeit selbst erinnert, ja es ist vor diesem solches geschehen,[1]) da man mit dem Keyser in offentlichem Kriege gewesen, und darmit justificiret, daß man nicht wieder den Keyser, sondern einen Erzherzog den Krieg führete. Stelle demnach zu E. Chf. D. gnädigstem höchsterleuchtetem Ermessen, was Sie hierunter ferner gnädigst befehlen wollen, damit E. Chf. D. Feinde nicht vorgeben mögen, als hätten Sie wieder die geleistete Pflicht gehandelt. Was die Röm. Chron und Vergrößerung des französischen Staats anbelanget, zweifle ich nicht, weil E. Chf. D. bei Resolvirung des Krieges mit Franckreich zum oftern fürtreffliche Motiven angeführet, worumb Sie besser thäten, lieber alles zu hazardiren, denn Franckreich größer werden zu lassen, dero Rhäte auch mit ernsten nachdrücklichen Worten vermahnet, keine andere consilia zu führen, E. Chf. D. werden jetzt solche hochwichtige Ursachen haben, worumb Sie diese dero intention änderen. Ich bekenne sonst gerne, Gnädigster Herr, daß ich von Herzen wünsche, daß Franckreich nicht größer werden möge, als ein Diener aber habe ich mich allzeit schuldig gehalten, E. Chf. D. Meinunge, wann ich die meinige gesaget, treulich zu folgen und das, was E. Chf. D. resolviret, aufrichtig exequiren zu helfen. Bei solchem Vorsatz, wann es mir auch abermalen so unglücklich dabei ergehen sollte, wie vor diesem geschehen, werde ich bis an mein Ende verharren. Ich sollte sonst davor halten, Gnädigster Herr, daß der König von Franckreich sich wol vergnügen könnte, wenn E. Chf. D. sich aufs neue dazu verbünden, was Sie in dem Tractat mit Vaubrun[2]) ver-

[1]) Gemeint scheint der Friede von Vossem vom 16. Juni 1673 (Pufendorf l. XI, § 95, S. 851 ff.) zu sein, in dessen 9. Artikel bei der Verpflichtung, den Feinden des Königs von Frankreich keine Hilfe zu leisten, das Reich ausgenommen wird.

[2]) S. den Vertrag vom 21./31. Dezember 1669 (v. Mörner, S. 691 ff.). Vgl. Urk. u. Akt. XII, S. 906 ff.

sprochen, und daß Franckreich die damaln versprochene Subsidien nach E. Chf. D. Begehren vergrößerte und auch zu den Schiffen etwas gebe, denn jetzt erbieten sich E. Chf. D. eine so starke Armee zu halten, welches Sie damaln nicht gethan, auch die Schiffe zu des Königes Dienst zu halten. Wie aber der König sehr genau, so befürchte ich, E. Chf. D. werden ihr Intent in diesem Stücke nicht erringen, daher dann E. Chf. D. wol Ursache haben, desto behutsamer zu gehen. Wann mir noch etwas mehrers beifallen wird, will ichs unterthänigst überschreiben, indessen rufe ich den höchsten Gott inniglich an, daß derselbe zu allen E. Chf. D. consiliis seine Gnade und gedeihlichen Success verleihen und Sie bis an dero hohes Alter und geruhsames Ende bei beständiger Gesundheit und aller glückseligen Prosperität erhalten wolle. —

Der Kurfürst an den Oberpräsidenten v. Schwerin. D. Potstam 1./11. August 1679.[1])

[Notwendigkeit einer Allianz mit Frankreich und demselben zuzugestehender vorteilhafter Bedingungen. Weisung an Meinders.]

11. Aug. Wir haben euer gehorsambstes Gutachten, betreffende die mit Franckreich obhandene alliance, wohl erhalten und der Gebühr erwogen. Gleich wie wir Euch nun eben darumb die desfals unserem Geh. Rath Meinders ertheilete instruction zugeschicket, damit wir eure Gedancken und was Ihr dabei zu erinneren, haben und darauf ferner nach Befinden gedachten Meinders instruiren möchten, weil er befehliget ist, nicht alsofort zu schließen, sondern zuvorderst ein Project herüberzuschicken und darauf unsere schließliche Resolution zu erwarten, als ist uns lieb, daß Ihr uns dieselbe eröffnet. Unser fürnembstes Absehen dabei ist sonst dieses gewesen, damit wir durch eine solche genaue alliance Franckreich von Schweden abziehen möchten, welche deshalb, wie Ihr aus beikommenden unseres Geh. Rathes Blaespeilen Relation[2]) er-

[1]) Schon gedruckt bei v. Orlich, III, S. 303 f.

[2]) Blaspeil hatte 25. Juli/4. August 1679 aus Nimwegen berichtet, der Zweck der Sendung des unlängst in Paris eingetroffenen schwedischen Gesandten Bielke solle Erneuerung der zu Ende laufenden Allianz mit Frankreich sein. Die hiesigen schwedischen Gesandten (Oxenstierna und Olivencranz) hätten auf die Kunde, daß Kf. mit Frankreich in Allianz treten wolle, was sie nicht gerne sähen, deswegen sowohl an den König wie auch an Bielke geschrieben.

sehen werdet, schon in Sorgen sein, und allen Fleiß ankehren werden, das Werk zu hintertreiben. Nun ist leicht zu ermessen, daß da Franckreich von allen Orten gesuchet wird, und einer vor dem anderen demselben vorthelhafte conditiones offeriret, es mit uns, ohne eben dergleichen zu stipuliren, nicht schliessen werde, bevorab da sie noch allezeit eine defiance gegen uns bezeugen. So können wir auch bei gegenwärtigen Conjuncturen unsere Sicherheit nicht finden, es sei dann, daß wir eine Armee auf den Beinen behalten. Selbige aber wird uns bei dem erschöpfeten Zustande unserer Lande zu unterhalten unmöglich fallen, wo es nicht durch Subsidien von Franckreich geschiehet, gegen Erlegunge aber derselben wird der König wiederumb zweifelsfrei etwas Vorthelhaftes haben wollen. Ferner ist Euch bekannt, daß wir von keinem Potentaten in der Christenheit einigen Beistandes oder Hülfe, wann uns etwas zustoßen sollte, zu gewarten haben, es sei denn, daß Franckreich dazue durch eine alliance verbunden werde, ja die meisten, insonderheit unsere Benachbarte, haben sich wieder uns declariret, so daß wir umb so vielemehr unsere Sicherheit nächst Gottlicher Hülfe durch Franckreichs Macht zu etabliren suchen müssen. Wie der Keyser und das Reich mit uns gehandelt, lieget am Tage, und weil selbige uns zum ersten abandonniret und unserer Feinde Willen überlassen, haben wir dasselbe weiter nicht zu consideriren, als so viel unser eigen Interesse mit sich bringet. Gegen Franckreich haben wir, wie bekannt, wohl nicht Ursache einige sonderliche affection zu haben, weniger desselben aggrandissement zu befordern, weil uns das frantzösische Joch wohl bekannt, es ist aber durch die letztere separation der Alliierten, insonderheit des Keysers, der Crone Spanien und des Staats, so weit gekommen, daß Franckreich numehro schon das arbitrium in Handen hat, und solches hautement bei dem Friedenswerke exerciret, also daß menschlichem Ansehen nach bei so gestalten Sachen keiner seine Sicherheit und Convenientz finden wird, als in Franckreichs Freundschaft und alliance. Nichtesdestoweniger haben wir, wie aus mitkommender Abschrift zu ersehen, unserem Geh. Rath Meinders anbefohlen,[1]) mit

[1]) Kf. teilt (d. Potstam 1./11. August 1679) Meinders das Gutachten Schwerins und seine Antwort darauf mit und weist ihn an: „Weil wir nun desselben Antwort erwarten und Euch alsdann bei der Nimwegischen Post ferner zu instruiren gemeinet sein, als habet Ihr bis dahin mit unseren fürnembsten oblatis zurückzuhalten und von den frantzösischen ministris zu vernehmen, was der König von uns desiderire, damit wir auf erhaltene Nachricht uns darauf schließlich erklären können."

unseren fürnembsten oblatis noch in etwas zurücke zu halten und von den frantzösischen Ministris zu vernehmen, was sie von uns desideriren, damit wir ihm aber mit künftiger Sonntagspost eine nähere instruction zuschicken können, so habet Ihr uns förderlichst zu eröffnen, worinnen Ihr vermeinet, daß selbige hauptsächlich bestehen könne. —

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Alt-Landsberg 2./[12.] August 1679.

[Anerkennen der Berechtigung der von Kf. für eine Allianz mit Frankreich angeführten Gründe. Rat, weitere Vorschläge von französischer Seite abzuwarten.]

12. Aug. Dasjenige, was E. Ch. D. in dero gnädigstem rescripto vom 1. August anziehen, warümb Sie mit Franckreich in alliance treten und sich genau mit selbiger Chron verbinden wollen, ist dergestalt wol fundiret, daß ich dakegen nichts zu sagen habe, mein voriges unterthänigstes Bedenken ist auch nicht dahin gegangen, besondern daß E. Chf. D. nur nicht sich gar zu tief engagiren und wieder dero eigenes hohes interesse sich verbinden möchten, dann wie nützlich E. Ch. D. und dero hohen Hause gute Freundschaft mit Franckr. sei, habe ich nur leider alzeit garzuviel remonstriret und desfals von theils meiner Collegen viel schmerzliches leiden müssen.[1] Ich sehe, daß E. Chf. D. einen guten Weg eingegangen, indem Sie H. Meinderssen befohlen, daß er von der anderen Seite begehren solle, was man vor conditiones von E. Chf. D. verlange. Es ist auf allen Fall noch besser, daß schädliche conditiones von der anderen Seite begehret und von E. Chf. D. eingegangen werden, als daß sie sich noch rühmen sollen, daß sie ihnen angeboten sein, können E. Chf. D. den Zweck erhalten, daß Franckreich über den albereit im Friedenstractat versprochenen Geldern einige subsidia zu Unterhaltung dero armee geben, so wird man etwas übersehen müssen. Wie ich hoffe, daß E. Chf. D. denen gnädigsten Schutz halten werden, die deroselben in dieser Sache gehorsamblich dienen und an Hand gehen, und daß Sie kegen diejenige dermalen eins Ihr ressentiment bezeugen werden, die sich so freventlich unterstehen, diejenige zu verfolgen, welche E. Chf. D. Befehl gehorsamblich verrichten, also will ich auch mit allem treuen

[1]) Anspielung auf die Vorgänge von 1672.

Fleiß beobachten, was E. Chf. D. mir hierunter gnädigst befehlen werden, als der ich mein Tage nichts eiferigers wünschen werde, denn daß E. Chf. D. glückselig sein und alles nach dero Wunsch ergehen möge. Und halte ich nochmaln unterthänigst davor, daß, wann H. Meinders nebst dem, was er schon in E. Chf. D. Namen offeriret, den König versichert, daß was derselbe weiter von E. Chf. D. desideriren werde, Sie sich willig dazu erklären würden, und wann er verspürte, daß man nicht mit heraus wollte, er vor sich dergleichen conditiones an die Hand gebe, und wann er dann sehe, daß sie angenehmb. sie versicherte, daß E. Chf. D. dazu inclinirten. Ich weiß aber, Gnädigster Herr, daß sie noch diese Stunde nicht glauben, daß es E. Chf. D. ein Ernst sei, und wird demnach darauf gedacht werden müssen, wie sie aus dem Mißtrauen gebracht werden. Ich wünsche, daß der Allerhöchste alles zu E. Chf. D. höchsten Vergnügung ausschlagen lassen wolle. —

Der Kurfürst an den Oberpräsidenten v. Schwerin. D. Potstam 4./14. August 1679.[1])

[Billigung seiner Ratschläge. Weitere Meinders zu erteilende Anweisungen.]

Uns ist eure letztere gehorsambste Relation vom 2. Aug. wohl worden 14. Aug. und haben wir daraus ersehen, wie daß Ihr in dem Wercke selber, uns mit Franckreich näher zu verbinden, mit uns einerlei Meinunge führet, nur daß Ihr bei dem modo tractandi einige gradus zu gebrauchen an Hand gebet, welches wir uns dann nicht mißfallen lassen, auch eine Abschrift von vorgedachter euer Relation unserem Meinders noch bei gestriger Nimwegischen Post zuschicken lassen. Was gestern von demselben eingelaufen,[2]) gehet hierbei, woraus zu ersehen, daß man jetzo das Werk in Frankreich mehr poussiret, als wir vorhin gethan. Unseres Ermessens wird auf zwei Dinge noch müssen reflectiret werden, 1. wie man Franckreich die Diffidentz, so es noch von uns haben könnte, benehme, 2. ob man in der Wahlsache außer demjenigen, was erwähnter Meinders bereits vorhin in instructione gehabt und zu proponiren befehliget ist, noch weiter herausgehe, oder erwarte, was Franck-

[1]) Schon gedruckt bei v. Orlich, III, S. 304 f.

[2]) S. Meinders' Relation vom 22. Juli/1. August (oben S. 347 f.).

reich deshalb desideriren wird. Wir wollen desfals eure Gedanken erwarten und zwar mit dem förderlichsten, damit Schweden und Lünenb. uns in dem Werke der alliance, es sei der Zeit oder auch besserer Conditionen halber, nicht zuvorkommen, worauf sonderlich zu reflectiren sein wird. Sollte Euch auch noch sonst etwas beifallen, worauf Meinders zu instruiren sein möchte, habet Ihr solches zugleich zu erinneren. Im übrigen, gleich wie wir eure wohlgemeinte Gutachten, als unseres ältesten Geheimbten Rathes, dessen Capacität und Experientz uns zur Gnüge bekannt ist, billig ponderiren und in behörige Consideration ziehen, als könnet Ihr Euch versicheren, daß wir Euch allemal wieder diejenige, welche selbige zu traduciren und Euch desfals Ungelegenheit zuzuziehen trachten sollten, guugsamen Schutz halten, Euch auch sonst jederzeit mit Churf. Hulden und Gnaden zugethan verbleiben werden. —

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Alt-Landsberg 4./14. August 1679.

[Notwendigkeit des Anerbietens in betreff der Kaiserwahl. Mittel, um das Mißtrauen auf seiten Frankreichs zu beseitigen.]

14. Aug. E. Chf. D. begreifen sehr wohl, daß Sie die Alliantz mit Franckreich also zu beschleunigen, damit Ihr andere nicht vorkommen, aufs weinigste die conditiones schlechter werden mögen. Es ist auch H. Meinders in allem genugsamb instruiret. Sollte wegen der Röm. Crohn in dem, was H. d'Espense mitgenommen,[1]) nichts gedacht sein, wie mir doch vorstehet, so könnte solches nun geschehen, weil ich aus dem Decifferirten[2]) ersehe, daß man numehr alda solches verlanget, es mangelt nur an dem, daß E. Chf. D. H. Meinderssen befehlen, dasjenige was ihm hiebevor[3]) dieses Puncts halber anbefohlen, zu Werke zu richten. Es ist zwar ein Punct von sehr großer Wichtigkeit, weil aber E. Chf. D. hinfüro alle dero Sicherheit u. avantage in der Freundschaft mit Fr. suchen wollen, dieses auch schon alda zu vernehmen gegeben, so muß es numehr vollends gethan werden. Wer weiß, wie die Zeiten laufen

[1]) S. oben S. 342 ff.

[2]) S. oben S. 349 f.

[3]) S. Urk. u. Akt., XVIII, S. 670 f.

und was vor Veränderungen dazwischen kommen können. Die Diffidenz wegzunehmen wird wol auf einmal nicht geschehen können, wann E. Chf. D. allen dero Ministris befehlen, mit den frantzös. vertraut ümbzugehen, so wird schon ein guter Anfang dazu gemachet werden. Ich habe sonst schon gedacht, ob nicht auch dieses dazu helfen könnte, wann H. Meinders vor sich selbst anzeigte, E. Chf. D. wären resolviret, bald einen dero jungen Printzen nacher Paris zu schicken und alda erziehen zu lassen. Im übrigen wird man bei allen Resolutionen, die hin und her ertheilet werden, Gelegenheit finden, das Vertrauen wieder zu restabiliren, insonderheit wenn ein Abges. von dannen kommen wird. Weil ich dieses geschwinde, wegen H. Meinders Relationen, worin sonst noch eins u. anders zu beantworten, wegschicken muß, so will ich diese Nacht weiter bedenken, was E. Chf. D. H. Meinderssen ferner zu befehlen hätten. —

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Alt-Landsberg 5./[15.] August 1679.

[Die von Frankreich zu erlangenden Zugeständnisse.]

Ich habe fleissig nachgedacht, ob dem H. Meinderssen noch etwas 15. Aug. weiters befohlen werden könnte, bei der obhandenen alliance zu bedingen. Ich kann mich aber nicht anders erinnern, denn daß in denen nach und nach ertheilten Instructionen schon alles enthalten, was zu E. Chf. D. Dienst und Interesse erfodert wird. Wann demnach der H. Meinders 1) Vergnügung in den Subsidien, 2) die Garantie kegen alle, so E. Chf. D. sub quocunque praetextu es sein möchte angreifen oder gefähren möchten, 3) Assistenz in dero rechtmäßigen Praetensionen ratione der schuldigen Subsidien und Satisfaction, 4) kegen diejenige, so E. Chf. D. in dero Gerechtigkeiten anfechten wollen, wie jetzt wegen des Directorii im westphälischen Kreise geschiehet, erhält, so könnte er die alliance wol schliessen. Sollte die Proposition wegen der Wahl anständig sein und mit eingegangen werden, so zweifle ich nicht, man würde E. Chf. D. auf solchen Fall mit etwas mehrers als Jägerndorff und aufs weinigste mit Glogo bedenken wollen. Der höchste Gott wolle zu allem sein Gedeihen geben. —

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 5./15. August 1679.[1]

[Auf die Relationen vom 20./30. Juli, 22. Juli/1. August und 25. Juli/4. August. Befehl, so schnell wie möglich den Allianzvertrag abzuschließen. Die Hamburger Angelegenheit. Der Marsch der schwedischen Truppen.]

15. Aug. Was die von Euch verlangete Instruction zur Schließung einer Alliance betrifft, so haben wir Euch desfalls bereits unsere gnädigste Willensmeinunge unterm dato den 29. Juli/8. August[2]) überschrieben, wobei wir es nochmalen in allen bewenden lassen, und weilen darinnen verschiedene Puncte, so Franckreich nicht unangenemb sein werden, als wollen wir hoffen, daß davor wiederumb etwas vorthelhaftes vor uns werde können bedungen werden, gestalt Ihr es auch dann dahin werdet zu menagiren wissen. Insonderheit habet Ihr den Punct wegen der Wahl solchergestalt einzurichten, wie Ihr desfalls schon vorhin instruiret gewesen, auch es dem Könige proponiret habet, gestalt wir dann solches geachtet haben wollen, als wäre es alhier von Worte zu Worte inseriret und wiederholet. Was Mons. de Pompone wegen einiger Conditionen in antecessum erinnert,[3]) lassen wir uns alles wohl gefallen: Das beste aber wird sein, das Ihr im Namen Gottes sub spe rati ein Project entwerfet und uns solches einschicket: denn ehe wir wissen, was Franckreich eigentlich desideriret, können wir Euch nicht zulänglich instruiren. Nur habet Ihr vor allen Dingen dahin zu sehen, daß uns kein ander zuvorkomme, weshalb wir Euch dann nochmalen anbefehlen, den Tractat sub spe rati nach der bereits habenden Instruction zu schließen und dabei der Subsidien nicht zu vergessen. Wegen unserer habenden verschiedenen Praetensionen wollen wir hienächst eine kurze schriftliche Instruction verfertigen lassen und selbige überschicken. Damit man auch alle annoch habende Diffidenz wieder uns schwinden lassen möge, habet Ihr desfalls alle verlangete Versicherunge zu geben und wird hiernächst die That und der Effect den besten Beweisthumb geben. Vorjetzo können wir nicht mehr thuen, als daß wir allen unseren ministris an auswärtigen Höfen anbefehlen, mit Ihrer May. ministris vertraulich umbzugehen und deroselben Interesse gleich unser eigenes

[1]) Konzept von Fuchs' Hand.
[2]) S. oben S. 350ff.
[3]) S. oben S. 348.

zu befordern. So seind wir auch willens einen oder zwei unserer Söhne als ein Pfand unserer Confidenz und Sincerität nacher Paris zu schicken und selbige alda erziehen zu lassen.

Die Ordre an die Schiffe wird hoffentlich zufriedenstellen, die Klagen der Schweden wegen der aus Pommern genommenen Kanonen sind unbegründet, denn alles, was weggeführt, ist geschehen, ehe der Friede geschlossen. Den dänischen Traktat soll er nach Möglichkeit befördern, die einzige Schwierigkeit ist nur noch wegen des Sundzolles, er soll sich bemühen, daß darin dem Könige von Dänemark gefügt werde. Wegen Hamburg kann er nochmals versichern, daß Kf. bereit wäre, dem Könige zu Ehren die Sache gütlich abzutun, und daß er nur 150000 Rtlr. prätendiere, obwohl er der Kosten wegen, die die Exekution verursacht, weit mehr prätendieren könnte, was er auch tun werde, wenn sie sich nicht bald akkommodierten und er noch mehr Kosten sollte anwenden müssen. Louvoy soll er in seinem Unmut wider die Schweden stärken, ihm Besserung wünschen und ihm das Kontributionswesen im Clevischen rekommendieren, es sind von dort wieder sehr heftige Klagen eingelaufen. Er soll auseinandersetzen, daß der Marsch der schwedischen Truppen aus Liefland nach Pommern ganz unpraktikabel sei; wenn auch Kf. darein willigte, was er dem Könige zu Gefallen tun wollte, würden doch die Litauer und Großpolen sie nicht durchlassen.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 15./25. August 1679.

[Verhandlungen mit Pomponne über die Allianz, geringfügige französische Anerbietungen. Die Gewalttätigkeiten im Clevischen. Der Durchmarsch der schwedischen Truppen. Schwedische Beschwerden.]

Er hat am vergangenen Montag [21. August] in St. Germain mit Pomponne über die Allianz verhandelt. Derselbe behauptete, sein König sehnte sich nach Ruhe und Frieden, hätte schon eine Anzahl seiner Miliz reduziert und werde, sobald der Friede mit Dänemark richtig, ferner reduzieren, aber doch 120000 zu Fuß, 15000 zu Pferde und 5000 Dragoner in Diensten behalten; es seien dem Könige Bündnisse und Allianzen von allen Orten und Enden offeriert, er hätte aber bisher auf keine andere Partei als auf Kf. Reflexion gemacht; sein Zweck bei diesem foedere sei Konservation dessen, was einem jeden zukäme, keineswegs gedächte er jemand zu offendieren, noch sich in neue Weitläufigkeit zu setzen, falls nicht jemand ihn selbst oder seine Alliierten angreifen sollte. Pomponne nahm darauf ein Memorial, in welchem er vor vierzehn Tagen die vornehmsten Desiderien des Kf. auf Grund der Instruktion für d'Epance kurz aufgeführt hatte, zur Hand und äußerte sich über die einzelnen Punkte. Die 25. Aug.

übrigen werden wenig Schwierigkeiten machen; wegen der Unterstützung der Ansprüche des Kf. an Spanien und die Gen. Staaten verlangte er, daß man in terminis officiorum bleibe, denn der König werde sich deswegen in keinen Krieg verwickeln, widerrate dem Kf. auch sehr, deswegen einen Krieg anzufangen. Louvois erinnerte dabei besonders daran, daß es mit Losierung einiger Truppen an der Issel und in Geldern sich nicht schicken würde, solange der König in diesen Quartieren seine Truppen hielte, denn mit allzu weniger Anzahl würde man nichts ausrichten, ja gar dieselben hazardieren, eine große Armee aber könnte der König nicht in der Nähe sehen, ohne eine größere daneben zu setzen. Von der Jägerndorfschen Prätension behaupteten sie, davon wäre ihnen nichts bekannt, man wollte aber darüber nachdenken.[1]) Der Punkt der Subsidien wird die größten Schwierigkeiten machen, sie behaupten, der König finde zurzeit nicht nötig, solche auf irgendwelche Truppen zu zahlen, sie begriffen nicht, warum Kf. eine Armee unterhalten müßte, wenn Kf. angegriffen oder beleidigt werden sollte, so werde ihm der König die versprochene Garantie auf das nachdrücklichste leisten, falls aber die Not erforderte, sich in eine considerable Postur zu setzen, so könnte man deshalb bald behörige mesures nehmen, er hat aber darauf sowohl mündlich als auch schriftlich in einem neuen Memorial die nötigen Remonstrationen gemacht. Wegen der Kommerzien und der Marine wird mit Colbert gesprochen werden müssen, d'Epance hat dieses auch schon getan und ihm ein darauf bezügliches Memorial übergeben, Pomponne meint, man brauche nur libertatem et securitatem in genere zu stipulieren und das weitere den particular Kaufleuten zu überlassen. Man hätte früher den König selbst in einige Kommerzien engagieren wollen, wie auch einige Vornehme von Hofe, die Erfahrung aber hätte allezeit bezeugt, daß dergleichen Dinge nicht wohl abgingen, noch sich schickten. Die Unterhaltung einiger Fregatten hält man für ganz unnötig und wird dazu wohl nichts zu erhalten sein.

Allem[2]) Ansehen nach — wird man anfänglich und, wofern sich die Conjuncturen nicht änderen, sich nicht weiter vertiefen, auch auf keine offensif alliance noch zur Zeit denken, es könnte sich aber leicht zutragen, daß man andere resolutiones fassete, und wird viel, ja alles davon dependiren, daß anfänglich ein gutes und beständiges Fundament eines rechten Vertrauens geleget werde.

Was die desideria des Königs betreffen [sic!], solche bestehen einig und allein, so viel man mir noch zur Zeit zu verstehen gibt, in der Observanz des instrumenti pacis und Erhaltung des Friedens wider alle,

[1]) Am 8./18. August berichtet er, alles, was man wegen Jägerndorf tun möchte, bestehe zurzeit in officiis; als er von Glogau gesprochen, sei ihm geantwortet worden, que la France n'estoit pas maitre du bien d'autruy, und daß man von Prätensionen des Kf. darauf nichts wüßte. Sollte es aber einst zu einem Kriege kommen, dann werde man von dergleichen Dingen sprechen und handeln können.

[2]) Das Folgende meist in Ziffern.

so denselben durch neue Unruhe verstören oder jemand dawider beschweren wollten, und dann ferner in der Wahl eines Röm. Königs, wann es dazu kommen sollte, daß solche nötig gefunden werden möchte, wozu ich dann nach Anleitung Ew. Chf. D. gnädigsten rescripti und wofern man Ew. Chf. D. hingegen gebührend begegnen würde, Hoffnung gemachet und zu verstehen gegeben, daß ich desfalls mit Instruction und Vollmacht versehen, sie könnten aber leicht ermessen, was dieses an Ew. Chf. D. Seiten für eine gefährliche Sache wäre, und daß Ew. Chf. D., umb solche zu mainteniren, armiret sein müßten. Man begreift solches auch woll, aber weil der casus nicht da ist, so wäre desfalls so große Eile nicht, auf allen Fall aber könnte man dieserwegen bald behörige mesures nehmen.

P. S. Er hat auch in St. Germain mit Louvois zu sprechen Gelegenheit gehabt und demselben die Clevischen Lande aufs beste rekommendiert. L. bezeugte, über einige exzessive Forderungen der Kommissare und Intendanten übel zufrieden zu sein, und diktierte sogleich eine ziemlich scharfe Ordre an den Intendanten Monceau, aber wegen der arrierages der Kontribution war wenig auszurichten. L. hat auch mit ihm wegen des schwedischen Durchmarsches durch Preußen nach Pommern gesprochen und die Gestattung desselben sehr empfohlen, ohne denselben könnte die Exekution des Friedens nicht werkstellig gemacht werden, des Kf. Lande würden davon großen Vorteil haben. Auch Pomponne und der schwedische Gesandte Bielke haben in gleicher Weise davon gesprochen und ersterer ihn beauftragt, es dem Kf. auf das beweglichste zu remonstrieren, dadurch könnte allen Klagen und Beschwerden auf einmal abgeholfen werden.

Louvois erwähnte auch, den pommerschen Städten würden namens des Kf. große Summen Geldes, 30—40 000 einer Stadt, abgefordert, er hat dieses bebestritten, bittet, ihm einen Extrakt des eine Zeit her aus Pommern geforderten Beitrags und was darauf gezahlet, zu schicken.

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 17./27. August 1679.

[Die Garnisonen in Pommern. Die Hamburger Angelegenheit. Graf Rébenac. Beschwerde über die Wegnahme eines Schiffes durch einen schwedischen Kaper.]

Der Marsch der liefländischen Truppen durch sein Gebiet ist unpraktikabel, 27. Aug.
damit aber desfalls weder Cleve und Mark noch Pommern Beschwer leide, ist er erbötig, seine Besatzungen in Stettin, Stralsund und anderen pommerschen Städten bis zur Ankunft der schwedischen Garnisonen zu lassen und auf seine Kosten zu unterhalten, wenn dafür die französischen Garnisonen aus Wesel und

Lippstadt abgeführt werden. In der Hamburgischen Sache will er die Unkosten, die sich auf über 80000 Rtlr. belaufen, nachlassen, und er verlangt also statt 150000 nur 70000 Rtlr., von dieser Hauptsumme aber wird er nichts schwinden lassen. Da Graf Rébenac sich im Anfang sehr partialisch für Celle und Hamburg erwiesen hat, so würde er gern sehen, daß diese Sache nur Bidal[1]) übertragen werde.

Wir befürchten auch, daß, wann der Comte de Rebenac an uns abgeschicket werden sollte, er sich gar zu sehr vor Zelle interessiren möchte, und würde uns also lieb sein, wenn es unter der Hand dahin gebracht werden könnte, daß ein ander anhero käme.

P. S. M. soll sich aufs heftigste über die nach Abschluß des Friedens erfolgte Wegnahme einer mit spanischen Weinen, Salz und anderen kostbaren Waren beladenen Galliote des Kf. durch einen schwedischen Kaper beschweren und verlangen, daß der König die desfalls versprochene Garantie leiste.

Der Kurfürst an Meinders. D. Cöln 1./11. September 1679. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Befehl, die Allianzverhandlungen zu verschieben.]

11. Sept. Weil wir aus allen Euren Relationen so viele ersehen, daß man jetziger Zeit mit dem Punct der Subsidien schwerlich fortkommen werde, so möchten wir gerne sehen, auf den Fall Ihr darunter nichtes erhalten könntet, daß man das Werk so lange möchte in suspenso lassen, bis ein frantzösischer Ministre anhero geschicket wird, da man dann weiter desfals tractiren und es zum erwünscheten Schluß bringen könnte, wann solches ohne an Franckreich einiges subcon oder Nachdenken von unser Sincerität und aufrichtigen Intention zu geben geschehen könnte. Daferne Ihr nun sehet, daß es füglich dahin gebracht werden könnte, erlauben wir Euch hiemit in Gnaden, Euren Abscheid zu suchen —. Wollte man auch die übrige Puncte, worüber Ihr instruiret, alda zu Papier bringen, lassen wir solches auch geschehen, und könnte hernach alhie alles geschlossen werden. —

[1]) Französischer Resident in Hamburg.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 5./15. September 1679.

[Angebliche Allianz Schwedens mit dem Kaiser. Das Allianzprojekt.]

Das erwartete Projekt[1]) hat er noch immer nicht erhalten. Was ihm Kf. von einer Allianz zwischen dem Kaiser und Schweden[2]) mitgeteilt, hat Prinz Wilhelm von Fürstenberg auch gesagt. Weil es nun affektiert scheinen möchte, wenn er dergleichen Zeitungen den ministris sagt, so hat er dieselben dem dänischen Envoyé nach Fontainebleau geschickt, welcher sie dort mit guter Manier kommunizieren wird. 15. Sept.

Ich kann nicht eigentlich wissen, worumb man in dieser Sache nicht mehr Eilfertigkeit bezeuget, ob etwan des Herren Pomponne gewöhnliche lenteur oder irresolution oder indisposition daran Schuld sei, kann ich nicht eigentlich sagen, gewißlich aber glaub ich, daß aus der ganzen Sache Brandenburg weit größeren Vortheil ziehen könnte, wann solche von Franckreich zue Berlin gesuchet würde. Ich werde[3]) alles nach äußerster Möglichkeit menagiren und nichts verabsäumen, was zu Erreichung Ewrer Chf. D. scopi immermehr diensam sein könnte, wiewoll ich nochmahlen auch dieses unterthänigst melden muß, daß zue denen Subsidien je mehr je weiniger apparence ist.

P. S. Endlich hat er das Projekt[4]) erhalten, schickt es mit, bittet um Instruktion darauf.[5])

---

[1]) M. hatte 1./11. August berichtet, Pomponne habe ihn gestern von selbst erinnert, ob man nicht zu der anderen noch übrigen Sache schreiten und er deshalb ein Projekt entwerfen wollte, er habe darauf auf Grund der ihm von d'Espence zugestellten Instruktion ein Projekt der das Interesse des Kf. konzernierenden Artikel abgefaßt und ebenderselben gemäß Pomponne gesagt, der König könnte dagegen fordern, was er meinte von seiner Konvenienz zu sein. — Derselbe meldet 1./11. September, das von Kf. gewünschte Projekt oder vielmehr die Antwort und Erklärung des Königs auf den von ihm abgefaßten Aufsatz habe er noch immer nicht erhalten.

[2]) Kf. hatte (d. Potstam 24. August/3. September 1679) M. mitgeteilt, er habe sichere Nachricht, daß man in Schweden beschlossen habe, mit dem Kaiser in eine nahe Verbindung und Intelligenz zu treten, und daß zu diesem Zweck Grafenthal nach Wien geschickt werde, und hatte ihn beauftragt, davon in solcher Weise Mitteilung zu machen, daß dadurch sein Interesse und das ihm kommittierte Werk befördert werde.

[3]) S. über Meinders' Bemühungen, besonders bei Tourmont, Bulard, S. 88f.

[4]) Dasselbe befindet sich nicht bei den Akten.

[5]) Am 6./16. September meldet er, Pomponne habe ihm angezeigt, daß der König beschlossen habe, Lippstadt zu räumen und sich mit Wesel zu begnügen, bis die Schweden wieder von Pommern Besitz ergriffen hätten, am 8./18. unter anderem, der König habe besonderes Vergnügen bezeugt, als er vernommen, daß Kf. einen seiner Prinzen hersenden wolle.

Der Kurfürst an Meinders. D. Massin 13./23. September 1679.[1])

[Befehl, vorläufig in Paris zu bleiben. Geldanweisung für d'Espence.]

23. Sept. Aus seiner Relation vom 1./11. September[2]) hat er ersehen, daß seine Negotiation sich noch immer trainiert. Er hat ihm zwar vor einiger Zeit erlaubt[3]) zurückzukehren, er befindet jetzt aber nötig, daß er noch einige Zeit dort bleibe, denn wenngleich das Werk der Allianz bis zur Ankunft eines französischen Ministri zu Berlin verschoben und dort abgetan werden könnte, so sieht er doch, daß es wegen der Execution des Traktats infolge der Schikanen der Schweden[4]) noch viele Schwierigkeiten geben wird, auch wird gewiß das Haus Lüneburg in der Hamburger Sache[5]) nicht ruhen und, weil es einen point d'honneur daraus macht, muß er auch dieselbe aufs eifrigste poussieren. M. soll also bis zu fernerer Verordnung noch dort bleiben, wenigstens so lange, bis Wesel und Lippstadt restituiert und das Clevische von den Franzosen geräumt sein wird.

P. S. Er will seinem Oberstallmeister Grafen d'Espence für seine Reisekosten 2000 Rthlr. schenken, 600 hat er ihm bei seiner jüngsten Anwesenheit an Heidekampf angewiesen, die übrigen 1400 soll M. aus den französischen Geldern zahlen.

F. Meinders an den Kurfürten. D. Paris 15./25. September 1679.

[Auf das Reskript vom 1./11. September. Die Subsidien. Unmöglichkeit, die Verhandlungen jetzt abzubrechen.]

25. Sept. Aus seinen letzten Relationen wird Kf. ersehen haben, daß Frankreich im Punkt der Subsidien in etwas nachgegeben hat. Er weiß zwar nicht, wie weit

[1]) Von Fuchs' Hand: Jussu expresso Serenissimi.

[2]) S. oben S. 367, Anm. 1.

[3]) S. oben S. 366.

[4]) Schon am 9./19. September hatte Kf. an M. geschrieben: „Das schwedische Formular der Ratification kommet uns sehr bedenklich vor und können wir daraus anders nicht schließen, als daß man uns dadurch zu neuen Tractaten forciren und uns dabei wie bei dem Grenzreceß tractiren will." Der schwedische Kommissar, Regierungsrat Owstin, habe an den Oberpräsidenten geschrieben, er sei befehligt, vor der Auswechslung de modo exequendi zu traktieren.

[5]) An demselben 9./19. September hatte Kf. M. nähere Nachricht von dem Verhalten des Hauses Lüneburg in der Hamburger Angelegenheit gegeben, das sich in dieselbe nur deshalb mische, um ihm wehe zu tun und ihn zu chocquieren, und ihn beauftragt, dahin zu wirken, daß der Stadt befohlen werde, ihm ohne weiteres Zögern Satisfaktion zu tun, und daß ihm nicht übel genommen werde, wenn er, falls dieses nicht binnen 14 Tagen geschehe, sie durch zulängliche Zwangsmittel dazu anhielte.

man darin gehen wird, es ist aber gewiß, daß die Summe nicht groß sein dürfte und zur Unterhaltung einiger Truppen gar nicht zureichen wird. Man hat zu verstehen gegeben, daß das, was man für jetzt darin täte, nur als ein Zeichen der Freundschaft und als eine arrha dessen, was später eveniente vel necessitate vel casu erfolgen würde, angenommen werden müßte. Wegen seiner Indisposition hat er mit Pomponne darüber nicht reden können, er ist auch sehr embarassiert, daß er bisher nicht weiß, womit er sich begnügen und was er pro extremo acceptieren oder worauf er abbrechen soll.

Die Sache ist durch die darüber bisher gehaltenen Konferenzen in solchen Stand gesetzt, daß er sie jetzt unmöglich, ohne das höchste Nachdenken zu geben, stocken lassen kann, man würde es ohne Zweifel, nachdem man bisher die Sache so eifrig gesucht, halb und halb für eine Beschimpfung aufnehmen. Er bittet daher um weitere Instruktion, namentlich ratione summae. Er erwartet, dieselbe künftigen Freitag über acht oder höchstens vierzehn Tage zu erhalten, und macht sich fertig, sofort nach deren Eintreffen seinen Abschied von hier zu nehmen und sich auf die Rückreise zu machen.

Der Kurfürst an Meinders. D. Massin 19./29. September 1679.[1])

[Auf die Relation vom 5./15. September. Bemerkungen zu dem französischen Vertragsprojekt, Befehl, die Allianz abzuschließen. Räumung des Clevischen.]

Da er mit dem Könige in Frankreich ein unzertrennliches genaues Bündnis aufzurichten beabsichtigt, so approbiert er das Projekt in allen seinen Hauptpunkten, hat nur folgendes dabei zu erinnern: 29. Sept.

Im ersten Artikel ist das Wort Sieur auszulassen und entweder Monsieur l'Electeur oder nur Electeur zu setzen.

In dem zweiten Artikel ist entweder die Beziehung auf den Cellischen Traktat vom 5. Februar ganz auszulassen oder hinzuzufügen: en tant qu'il n'est pas contraire à l'Electeur.

In dem vierten könnte betreffend Jägerndorf hinzugefügt werden: et luy a esté osté contre tout droit par la force des armes.

Beim siebenten ist zu stipulieren, daß der König von Polen dem Kf. und dessen Descendenten das jus indigenatus verschaffen und sich verpflichten solle, was aus dem Olivischen Traktat noch zu exequieren übrig wäre zu prästieren, und daß der König von Frankreich es dahin zu richten beliebe, daß der König von Polen keine Allianz mit Schweden oder sonst jemand wider Kf. mache.

[1]) Konzept und Reinschrift von Fuchs geschrieben, von Kf. unterzeichnet.

Was die übrige Puncte wegen der Wahl betrifft, selbige halten wir genehm, vermeinen aber, daß es Ihrer May. nicht entgegen sein werde, wann wir dabei auf den Fall dieses große Werk succediren und der König oder der Dauphin durch Gottes Verleihunge zur Kayserl. Crone gelangen sollten, vor uns einige Dinge, wordurch Ihrer May. und dero Interesse nichtes abgehet, stipuliren als:

1) daß Sie uns das Fürstenthumb Jägerndorff oder an dessen statt das Fürstenthumb Glogau einräumen lassen wollten, weil wir eine höchstgegründete und rechtmäßige Prätension darauf hätten,

2) daß, wann hiernächst der männliche Stamm des Hauses Oesterreich in Teutschland mit Tode abgehen sollte, Ihre May. uns einen Theil von Schlesien zum Reichs-Lehen zuwenden wollten, als Glogau, Brieg, Liegnitz, Wolau und die Stadt Breslau, welches alles kaum den dritten Teil von Schlesien ausmachete,

3) daß Ungarn und Böhmen wieder zu Wahl-Königreichen gemachet werden möchten,

4) daß, weil wir vorhin schon das jus de non appellando wegen der Chur und Marck Brandenburg hätten, man solches auch auf unsere übrige Lande extendiren wollte, daß nemblich die Appellation von dar nicht nach Speyer sondern nach Berlin ginge,

5) daß Ihre May. die Churfürsten und Stände des Reiches bei ihrer habenden Hoheit, Praerogativen, Rechten und Privilegien, insonderheit aber die Churfürsten bei dem Recht der Wahl und anderen Praerogativen, wie solches alsdann in einer Capitulation stipuliret werden würde, lassen und schützen wollten,

6) daß, wie Ihre May. uns schon dero gute und kräftige officia am Kayserl. Hofe wegen Jägerndorf versprochen, Sie also auch dieselbe bei Spanien und Holland wegen Zahlunge der uns daselbst restirenden Subsidien leisten wollten.

Ihr habet Euch demnach zu bemühen, daß Ihr obiges noch hineinbringet, daferne man aber bei einem oder anderen zu bedenken haben sollte, wollen wir eben solches nicht als conditionem sine qua non geachtet haben, sondern Ihr habet auf das übrige im Namen Gottes zu schließen und zu signiren und dasjenige, worüber man sich nicht vereinigen könne, bis zur Ankunft eines frantzösischen Ministri an unserem Hofe auszusetzen. Den letzten Articul wegen des Geldes werdet Ihr so hoch immer möglich durch Vorstellunge aller diensamen Remonstrationen zu treiben wissen, und ist uns gleiche viele, quo titulo aut

nomine uns solches gezahlet werde, gestalt man dann den Articul so general, wie er jetzo abgefasset ist, lassen kann.

Weil aber jedermänniglich weiß oder mutmaßet, daß Ihr eines Tractats halber Euch noch in Frankreich aufhaltet, und man auf dessen Ausschlag sonderlich reflectiret, so wird vor allen Dingen nötig sein, daß noch ein ander Formular eines Tractats zwischen H. Pompone und Euch beliebet werde, welches man an behörige Orte communiciren könne, damit dieses so viele secreter verbleibe.

Nach Unterzeichnung des Traktats und Feststellung der Evakuation der westfälischen Lande soll M. heimkehren.

P. S. M. soll dem König für die Zusage, Lippstadt sofort und Wesel in kurzem zu evakuieren, danken und ihn ersuchen, da die Ratifikation und die Evakuation von Pommern nur durch die Schuld der Schweden sich verzögere, ihn dieses nicht entgelten zu lassen, sondern auch Wesel zu evakuieren und so seine westfälischen Lande von der großen Verpflegungslast zu liberieren. Sollte dieses nicht zu erlangen sein, so hat er doch vor seiner Abreise festzusetzen, daß der Gouverneur von Wesel zeitig Ordre erhalte, sobald Kf. einen Expressen wegen Evakuation der pommerschen Plätze an ihn schicken werde, sofort den Ort und das Land zu evakuieren. Damit die Restanten dieses nicht verzögern, darf er von den 300000 Rtlrn., die Frankreich ihm innerhalb 2 Jahren zahlen wird, soviel als die Restanten austragen zur Hypothek obligieren. Im übrigen soll er dem früheren Befehl gemäß den ersten Termin, so hoch er ihn immer bringen kann, mitbringen.

Der Kurfürst an Meinders. D. Massin 22. September/2. Oktober 1679.

[Das Hülfsgesuch des Königs von Dänemark gegen Hamburg. Befehl, die Meinung des Königs darüber zu erkunden.]

Der König von Dänemark hat ihm durch den Kriegsrat Meyer von seinem 2. Okt. Vorhaben,[1]) die Stadt Hamburg durch eine Blockade zur Abstattung des früher seinen Vorfahren geleisteten Treueides zu zwingen, und daß er versichert wäre, der König von Frankreich werde diesem Vorhaben nicht zuwider sein, Mitteilung gemacht und ihn um Assistenz und Volkshülfe gebeten. Ihm ist wohl bekannt, daß die Prätensionen des Königs gegründet sind, und er gönnt demselben den Effekt derselben um so mehr, da die Stadt ihn selbst bisher so spröde und unverantwortlich traktiert hat, er möchte aber gern gewiß gehen und weder dem König raten noch sich selbst engagieren etwas zu tun, wodurch

[1]) S. unten Abschnitt IV.

ihre gloire und reputation einen Stoß erleiden könnte. M. soll daher mit Pomponne über diese Sache ausführlich reden und ihn fragen, was der König von Frankreich für Sentimente von dem Werk hätte, ob er dabei stille sitzen und sich desselben nicht annehmen wollte, und ob es ihm nicht mißfallen würde, wenn Kf. dem König von Dänemark, als seinem Alliierten, zu solcher Blockade Volkshülfe schickte und besonders, falls das Haus Lüneburg wider denselben feindlich agieren sollte, ihm dann assistierte. Von dem Bescheid soll er auch Meyercron, mit dem er auch sonst aus der Sache zu kommunizieren hat, Mitteilung machen.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Fontainebleau 25. September/5. Oktober 1679.

[Äußerungen Pomponne's über die abzuschließende Allianz.]

5. Okt. Der dänische Gesandte hat ihm im Vertrauen Nachricht von dem beabsichtigten Unternehmen seines Königs gegen Hamburg gegeben.

Was sonsten die alliance betrifft, da bezeuget [man] ein großes Verlangen, diese Sache entweder zu endigen oder aufzuheben. Pomponne sagte gestern, daß man dieses Werk für ein weit entfernetes Wesen, ja halb und halb für eine chimère hielte, denn der Keyser wäre gesund und jünger als der König, so brächte auch die keyserliche Crone viel Verdruß und Verwirrunge, aber wenig oder keinen Vortheil, Franckreich hätte nimmer darnach getrachtet als zue des Francisci primi Zeiten, nicht eben wegen der Sache selbst, sondern nur um Carolum V^tum^ davon zu excludiren. Indessen aber nehme der König in Franckreich als ein Zeichen von sonderbarer Affection an, was Chur-Brandenburg desfalls bezeuget, und wollte und verlangte nicht allein dieserwegen sondern auch anderer Ursachen halber gern mit Chur-Brandenburg in nähere alliance zu treten, auch zur Contestirung seiner estime jährlich ein Zeichen seiner affection zu erweisen. Ich glaube nicht, daß, wie ich schon berichtet, man über die Summe von hunderttausend Gulden gehen wird, wofern man noch so hoch gehet. Pomponne sagete gestern an M., daß Chur-Brandenburg dieses keineswegs als subsidia annehmen, sondern es also achten möchte, als wenn der König jährlich einen Diamant praesentirete, gleichsam als eine arrham oder pignus von beständiger und aufrichtiger Freundschaft. Im übrigen aber und wenn die Not erfordern möchte zu armiren, alsdann würde der König sich so gegen Chur-Brandenburg erweisen, wie man es verlangen könnte. —

Der Kurfürst an Meinders. D. Schönbeck 26. September/[6. Oktober] 1679.

[Beschwerde über die Fortführung der Kanonen und Munition aus Lippstadt und über die fortdauernden Erpressungen im Clevischen.]

Er soll darüber Klage führen, daß der Kommandant von Lippstadt vor der Evakuation von dort alle Stücke, Proviant und Munition herausgeführt und teils nach Soest gebracht, teils vor der Stadt nebst einigem Pulver ausgeworfen, und daß man vorgegeben hat, solches sprengen zu wollen. Dieses ist nicht nur wider den Xantenschen Vergleich und den Frieden, sondern geschieht zu einer Zeit, da Kf. dem Könige seine Freundschaft und Attachement an dessen Interesse durch ein so hohes, teueres und unzweifelhaftes Pfand versichert, wie es wohl keiner der Alliierten jemals getan hat. Das französische Vorgeben, Kf. hätte es in den schwedisch-pommerschen Plätzen ebenso gemacht, ist nicht richtig, er hat von dort seit dem Friedensschluß nichts fortbringen lassen. Er soll darauf dringen, daß das Fortgenommene wieder nach Lippstadt hereingeschafft oder ersetzt werde und daß in Wesel alles, was vorhanden, verbleiben möge. Sollte er schon von Paris abgereist sein, so hat er deshalb inständigst zurückzuschreiben. 6. Okt.

P. S. Weitere Klagen sind aus dem Clevischen eingekommen, daß die französischen Intendanten dort nach dem Frieden ihn ärger traktieren als vorher und ihm so ein wüstes und ödes Land liefern werden. Er soll deshalb an behörigem Orte nachdrückliche Vorstellungen machen und um Remedierung ansuchen.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 7./17. Oktober 1679.

[Zufriedenheit des Königs mit dem Verhalten des Kf. in der Hamburger Angelegenheit. Äußerung des polnischen Gesandten.]

Pomponne hat ihm gestern mitgeteilt, des Kf. Konduite in der Hamburger Sache[1]) habe dem Könige sehr gefallen, man hoffe, daß derselbe weiter so prozedieren und durch seine Interposition alle besorgenden Weiterungen verhüten werde. Die Cellische Konduite in dieser Angelegenheit wird hier nicht approbiert, sondern für zu hitzig konsideriert. Rebenac ist mit Kreditiven und Vollmacht an den König von Dänemark und die Stadt Hamburg versehen, man wünscht, daß auch Kf. helfen möge, diese Unruhe aequis conditio- 17. Okt.

---

[1]) S. oben S. 371.

nibus in der Güte beizulegen, und findet dabei billig und raisonnabel, daß die Stadt das homagium prästiere und dem Könige die ungehinderte Übung seiner Gerechtsame lasse. Des Kf. Deklaration ist hier desto mehr à propos gekommen, weil man von cellischer Seite und auch von anderen Orten her behauptete, Kf. wollte sich sofort in diese Sache auf andere Weise mischen und dem Könige von Dänemark einige Regimenter zu Hülfe schicken.

Der beim König von Frankreich sich befindende ambassadeur von Polen[1]) hat sich zu verschiedenen Malen in vieler vornehmer Leute Gegenwart vernehmen lassen, daß K. Brandenburg zwar intendierte, die Prinzessin von Radziwil[2]) an einen von dessen Prinzen zu verheiraten, solches werde aber unmöglich seinen Fortgang gewinnen können, weil K. Brandenburg bereits allzu mächtig und dazu das ius indigenatus nicht hätte. —

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 24.[3]) Oktober 1679.

[Abschluß des Traktats, die von demselben zu erwartenden Vorteile, die Subsidien. Das ihm gemachte Geschenk.]

25. Okt. Der andere Traktat[4]) ist nunmehr auch geschlossen und von ihm und Pomponne unterschrieben worden, er sendet denselben mit.

Bei dem Tractat hab ich alles, was mir gnädigst anbefohlen, so viel immer müglich und zu erhalten gewesen, observiret und hoffe ich, es werden bei erfolgender Ratification ein und andere gute Effecten darauf folgen, insonderheit wegen Evacuation der Stadt Wesel und der Clefischen Lande. Diejenige conditiones, so Ew. Chf. D. wegen Ihres Churf. Hauses Advantagen und sonsten mir gnädigst zu proponiren anbefohlen,

[1]) Der polnische Großschatzmeister Andreas Morstein.

[2]) S. oben S. 69f. und 238; s. auch das Tagebuch v. Buchs, herausgegeben von Hirsch, II, S. 174.

[3]) Verschrieben statt 25. Oktober.

[4]) S. den Allianzvertrag (d. Saint Germain en Laye 25. Oktober 1679), abgedruckt bei v. Mörner S. 704ff., Bulard S. 133ff., Vast, Les grands traités de Louis XIV, II, S. 126ff. M. berichtet am 23. Oktober aus St. Germain, er habe sich gestern hierher verfügt und den ganzen Nachmittag bis in die Nacht hinein mit Pomponne konferiert, er hoffe, daß heute oder morgen alles zum Schluß kommen werde; am 24., Pomponne sei anderweitig beschäftigt, er wisse daher noch nicht, wie seine Negotiation ablaufen werde, dieselbe werde aus allerhand Ursachen immer schwerer, namentlich auch deshalb, weil die Minister, besonders Louvois und Pomponne, nicht einig wären.

hab ich schrift- und mündlich, jedoch mit gebührender Behutsamkeit vorgestellet, man hat dieselbe auch garnicht abgeschlagen, dieweil aber die Sache noch in sehr weiten terminis stehet, so ist man der Meinung gewesen, man müßte sie etwas reifer werden lassen und, welches des H. Pompone formalia waren, des Bären Haut nicht teilen, ehe er gefangen, indessen aber könnten Ew. Chf. D. sich versichern, daß der König auf allerlei Manier und bei allen Occasionen dero Hauses Bestes und Aufnehmen zu befordern, dasjenige auch, was wegen Schlesien, Behmen, Ungern etc. erinnert, eveniente casu in gebührender Obacht zu halten nicht unterlassen würde. Ich kann sonsten so eben nicht merken, daß es ihnen umb die Sache sehr hoch zu tun sei, und stellet man sich dabei noch zur Zeit nicht so an, als wenn man vertraute, daß einmal etwas daraus werden sollte. Man recommandiret das secretum dabei aufs höchste, imgleichen wollte man gern sehen, daß Ew. Chf. D. mit Chur Colln und Chur Beyern in was vertraulicher Correspondenz treten möchten. —

Wegen der Subsidien ist für diesesmal ein mehres nicht zu erhalten gewesen, ja ich hab noch Mühe gehabt es so hoch zu bringen, wiewoll man dasjenige, was in § pen. versprochen, keine Subsidien nennen will, weil die Summe so gering ist und, wie der Herr Pompone mir ofters gesagt, es auch untertänigst zu referiren begehret, pas digne ny du Roy ny de V. A. El. Ew. Chf. D. möchten es doch auch nicht anders deuten noch annehmen, denn sollte etwas würckliches und nähers in dieser Sache vorgehen, alsdann würden andere und zureichendere mesures genommen werden müssen, woran es auch solchen Falls nicht fehlen sollte, für jetzo ließe man die Sache in terminis generalibus, Ew. Chf. D. würden durch diesen Tractat zu fast weinig specialibus oder onerosis für der Hand obligiret, mit der Zeit aber würde man sich mehr und mehr nähern. Indessen möchten Ew. Chf. D. das jetzige oblatum des Königs nur als einen Diamant consideriren, welchen Ihr M. Ew. Chf. D. jährlich zu Bezeugung dero Freundschaft praesentiren ließe. —

Die Recommendationschreiben nacher Spanien und dem Haag wegen der guten Officien in Beitreibung der nachständigen Subsidien sollen, wie mir versprochen, sofort bei Auswechslung der Ratificationen erfolgen, die anderen Briefe nacher Polen und an den keyserlichen Hof desgleichen. —

Bei meiner Depesche ward mir wegen Ihrer K. M. angedeutet, daß Sie mich beschenken wollten, wie es bräuchlich, und freigestellet, ob ich

bleibt des Kf. Mindenscher Sekretarius Ilgen[1] hier, welcher von allen hiesigen Verrichtungen, die er [M.] bisher in Händen gehabt hat, genau informiert ist, der auch die ministros und alle Leute gar wohl kennt und von jedermann gern admittiert wird, von dessen Treue, Fleiß und Kapazität Kf. versichert sein kann. M. rät, an diesen, da Plemont kein Deutsch versteht, künftig die Reskripte ergehen zu lassen. Die Sollicitation der Subsidien hat er auch nebst Ilgen dem Plemont aufgetragen, für den sein Schwager Tourmont eine schriftliche Kaution ausgestellt hat. Man hat ihm zu St. Germain Vertröstung wegen richtiger Zahlung derselben gegeben, wegen der Termine aber keine Änderung machen wollen. M. hofft, wegen des ersten Termins noch vor seiner Abreise völlige Richtigkeit zu erlangen, wiewohl das meiste davon auf des Kf. verschiedene Assignationen ausgezahlt sein wird.[2]

Der Kurfürst an d'Espence. D. Potstam 9./19. Dezember 1679.

[Die Weselschen Kanonen. Wunsch engster Freundschaft mit Frankreich. Die schwedischen Schikanen. Ilgen.]

19. Dez. Nachdem er Pommern und auch Stettin wirklich geräumt hat, hofft er, daß auch ihm gegenüber der Friedensvertrag vollständig wird ausgeführt werden.

In betreff der Weselschen Kanonen kann er[3] die Berechtigung der französischen Forderungen nicht anerkennen, doch will er die Sache ganz der Entscheidung des Königs anheimstellen.

2. de faire des instances pour le payement des subsides qui doivent estre payez en conformité du traité

a° 1679	le 21 Octobre	37500
a° 1680	le 21 Janvier	37500
	le 21 Avril	37500
	le 21 Juillet	37500
	le 21 Octobre	37500
a° 1681	le 21 Janvier	37500
	le 21 Avril	37500
	le 21 Juillet	37500 écus,

3. l'affaire des contributions du pays de Cleves, en quoy M. le Baron Wilich est pleinement informé, et les divers memoires et papiers, que je laisse icy, luy en donneront connoissance,

4. l'evacuation de Wesel selon les memoires donnés.

1) Heinrich Rüdiger Ilgen, der M. als Sekretär nach Frankreich begleitet hatte. S. über denselben Isaacsohn in Allgem. Deutsche Biographie, XIV, S. 16ff.

2) Das Rekreditiv König Ludwig XIV. für Meinders ist St. Germain en Laye 29. Oktober 1679 ausgestellt.

3) S. das Schreiben des Kf. an Ludwig XIV. vom 3./13. November 1679 (Urk. u. Akt., II, S. 535). Esp. hatte er schon 25. Oktober/4. November beauftragt,

En suite de quoy vous declarerez de ma part, que je suis prest de donner au Roy sur ce point toute la satisfaction qu'il pourra desirer. Si sadite Majesté me veut laisser ce canon, je l'accepterai comme un present de sa magnificence royale et lui en aurai toutes des obligations imaginables. Si non, vous luy pourrez engager ma parole de le rendre, esperant, que Sa. Maj[té] me le voudra au moins laisser iusques à ce que j'aye moyen de pourvoir cette place d'autre canon, ce que je feray au plustost et sans aucun delay.

Er ist außerdem erbötig, sie zu bezahlen. d'Esp. erhält Vollmacht, darüber eine Übereinkunft unter möglichst günstigen Bedingungen zu schließen. Er soll, um dieses zu erreichen, alle ihm bekannten Umstände vorstellen, vor allem die schweren Geldzahlungen, zu denen bis jetzt die armen clevischen Untertanen gegen alle Gerechtigkeit und den Inhalt zahlreicher Verträge genötigt werden.

Vous en parlerez pourtant avec douceur et moderation, afin qu'il ne paroisse pas, comme si j'en voulois faire de grandes plaintes ou de reproches, car mon intention n'est que de cultiver une parfaite amitié et alliance avec la France et de m'accommoder à tout ce que le Roy T. C. pourra desirer pour luy rendre les preuves les plus reelles de la syncerité de mes intentions. Faites tout ce qui vous est possible pour en bien persuader le Roy et les ministres et asseurez les par toutes les expressions les plus positives, que je ne manqueray jamais d'accomplir toutes les advances que vous en scauriez faire mesme au delà de tout ce que vous en direz.[1])

Da die Schweden noch immer fortfahren inbetreff des Sinnes seines mit dem Könige abgeschlossenen Vertrages zu schikanieren und ihm den ganzen Landstrich jenseits der Oder bis zur Mündung der Divenow streitig machen, soll er das ihm dadurch zugefügte Unrecht vorstellen und erwirken, daß der König seine entgegengesetzte, schon früher Meinders gegenüber ausgesprochene Meinung Schweden zu erkennen gebe.

---

sich zu bemühen, daß ihm diese Geschütze gelassen würden, mit dem Bemerken: L'affaire asseurement n'est pas de si grande consequence, mais elle m'est sensible à cause que mes ennemis en triompheront, si l'on emmenoit ces petites pieces, und 3./13. November hatte er ihm geschrieben, sollte man seine Forderung nicht bewilligen, so wollte er lieber den Preis dieser Geschütze bezahlen als sie herausgeben, was ihm bei der ganzen Welt schimpflich sein würde.

[1]) Am 2./12. Dezember schreibt er an d'Espence: Vous scaurez aussi sans doute, que les Estats envoyent icy le S[r]. Ameronguen. Comme mon intention est d'observer inviolablement l'étroite alliance et union qui est entre le Roy Tres-Chrestien et Moy, vous dirés, s'il vous plait, aux Ministres, que je leur feray donner part de tout ce qu'il proposera et que je me montreray par tout un allié fidelle et sincere de Sa Majesté.

Er kann sich in allen diesen Dingen des Sekretärs Ilgen[1]) bedienen, der in dieselben vollständig eingeweiht ist. Er soll sich bemühen, dieselben möglichst schnell zu Ende zu bringen, und dann zu ihm zurückkehren.

Déclaration touchant le canon.[2])

Lorsque les trouppes du Roy ont abandonné les places conquises en Hollande pendant l'année 1672, tout le canon a esté mené à Graue, ou Mr. de Chamilly demeura avec cinq ou six battaillons d'infanterie. Il n'en fut pas usé de mesme des munitions et pieces d'artillerie qui estoient dans Wezel, Reez, Emmerick et fort de Skin, parceque Mr. l'Electeur de Brandebourg estant regardé en ce temps la comme prince amy de Sa Maj., Elle crût, que ces munitions et cette artillerie ne pouvoient estre mises en des mains plus seures qu'en celles des officiers d'un prince qui venoit de rentrer dans son alliance. Tous les magazins furent remis au Sr. Spaën ou à ceux qui en furent chargez de sa part, lesquels en donnerent des recepissez en vertu desquels Sa Maj. seroit en estat de redemander[3]) presentement à Mr. l'El. de Brandebourg soixante neuf pieces de canon de fonte et une quantité considerable de toutes sortes d'armes et de munitions, mais comme Sa Maj. a connû par la derniere lettre[4]) de Mr. l'Electeur de Brandebourg, qu'en mesme temps qu'il reconnoissoit, que Sa Maj. est en droit de redemander ces munitions et pieces d'artillerie, il se tiendroit fort obligé à Sa Maj., si Elle vouloit bien luy en laisser une partie, Elle a trouvé bon de luy laisser toutes les munitions et trente neuf pieces de canon de fonte et de luy faire scavoir, qu'elle se contentera des trente plus grosses, que la garnison de Wesel emmenera avec elle aussitost apres qu'elles auront esté remises par les

---

[1]) S. oben S. 378. Ilgen berichtet am 18. Dezember, daß er am 16. die Ratifikation des Kf. über den neulich abgeschlossenen Traktat erhalten, und am 22. Dezember, daß am 20. die Auswechslung der beiderseitigen Ratifikationen zwischen ihm und Colbert Croissy stattgefunden, und daß d'Espence sich erboten habe, das französische Exemplar mitzunehmen. Kf. beauftragt (d. Cöln an der Spree 19./29. Dezember 1679) auch Ilgen, darauf zu dringen, daß französischerseits Schweden angehalten werde, ihm das in dem Friedensvertrage abgetretene Stück von Pommern in seinem vollen Umfange zu überlassen, und übersendet ihm zur Mitteilung an Colbert die Schreiben, welche er auf den Rat Pomponne's an K. Cöln und den Bischof von Strassburg wegen Wiederherstellung des früheren guten Einvernehmens gerichtet habe (d. Potsdam 26. November / 6. Dezember 1679) und die darauf erfolgte Antwort des ersteren (d. Cöln 23. Dezember 1679), welche aber nicht so favorabel für Frankreich zu sein scheine, wie er vermutet hätte.

[2]) Von d'Espence 11./21. Dezember 1679 übersendet.

[3]) S. oben S. 376.

[4]) Das Schreiben des Kf. an Ludwig XIV. vom 3./13. November 1679 (Urk. und Akt. II, S. 535).

ordres de Mr. l'El. à celuy qui y commande, je dis remises, parceque Mr. Spaën en a fait descendre la plus grande partie en Hollande ou au fort de Skin immediatement auparavant que de remettre Wesel au pouvoir de Sa Maj.[1])

H. R. Ilgen an den Kurfürsten. D. Paris 19. Januar 1680.

[Audienz bei Colbert. Mitteilung der Beschwerden des Kaisers und der Haltung, welche Kf. einzunehmen gedenke. Erklärung Louvois' wegen der Räumung Wesels.]

Graf d'Espence und er haben Mittwoch [16. Januar] bei Colbert eine lange Audienz gehabt. Sie haben ihm erst Mitteilung von den Beschwerden gemacht, welche der Kaiser[2]) in den Schreiben vom 6. und 22. Dezember an Kf. über die französischen Prozeduren in Deutschland geführt hat, und ihm auf seinen Wunsch eine Übersetzung jener Schreiben und der beigefügten gravamina vorgelesen. Als Colbert ihn darauf fragte, was des Kf. Sentiments über diese kaiserliche querelle wären, hat er ihm das beifolgende Memorial[3]) übergeben. Colbert las dasselbe durch, erklärte dann, daß er durch diese Demarche und Kommunikation von des Kf. Sincerität und Liebe zu dem französischen Interesse ganz persuadiert wäre und dem König so davon referieren wollte, daß Kf. den Effekt davon zu spüren haben sollte. Darauf haben sie ihm wegen der Korrespondenz mit K. Cöln berichtet und endlich noch einige Erinnerung wegen der Räumung des Clevischen getan. Er versprach, auch darüber mit dem König gleich am folgenden Morgen zu sprechen und dabei alles zu tun, was er vermöchte. 19. Jan.

P. S. Sie haben sich gestern Mittag, als Louvois aus dem Rat zurückkam, in dessen Antichambre präsentiert und um soulagement für des Kf.

---

[1]) Die Dankschreiben, die Kf. darauf (d. Cologne sur la Spree 11./21. Decembre 1679) an Ludwig XIV., Louvois und Colbert richtet, s. Urk. u. Akt. II, S. 536ff. An v. Spaen erteilt er 10./20. Januar 1680 den Befehl, die 30 Kanonen, wenn deswegen weitere Anmahnung französischerseits erfolgen sollte, herauszugeben.

[2]) Dieselben betreffen die französischen Gewaltmaßregeln gegen die elsässischen Reichsstädte. S. darüber unten Abschnitt V.

[3]) Darin berichtet er über jene Beschwerden des Kaisers und versichert, von Kf. expressen Befehl erhalten zu haben (das betreffende Reskript fehlt in den Akten), zu versichern, daß nichts in der Welt imstande sein werde, ihn von dem König von Frankreich zu trennen. Er berichtet ferner über die Korrespondenz mit K. Cöln (s. oben S. 380, Anm. 1) und zeigt an, daß Kf. bereit sei, solche auch mit anderen Reichsfürsten anzuknüpfen, um die Bemühungen des Kaisers, diese zu Beschlüssen zu bewegen, welche den französischen Interessen zuwider sein würden, zu vereiteln. S. Prutz, S. 83.

Untertanen in Cleve und Räumung von Wesel gebeten. Louvois erwiderte, erst müßten die dreißig metallenen Stücke, welche der König sich reserviert hätte, restituiert werden, wenn dieses geschehen wäre, sollte sofort die Räumung Wesels erfolgen. Sie haben davon sogleich nach Cleve Nachricht gegeben.[1])

Der Kurfürst an König Ludwig XIV. D. à Cologne ce 26. de Janvier 1680.[2])

[Bitte um Räumung Wesels und des Clevischen.]

5. Febr. Depuis que j'ay l'honneur d'estre rentré dans l'amitié et l'alliance de V. M., la plus grande inquietude que j'ay eüe, a esté de la conserver soigneusement et de m'en rendre digne non seulement par l'execution ponctüelle de tout ce, à quoy le traitté m'oblige, mais de plus par un zele et un attachement à ses interêts, qui va au delà de tout ce à quoy

[1]) J. berichtet am 26. Januar, er und d'Espence seien am 21. wieder in St. Germain gewesen, um die Sache wegen der pommerschen Grenzstreitigkeiten zu poussieren. Colbert hätte sich sehr gütig gezeigt und gesagt, er sei darüber jetzt genügend instruiert, hätte deswegen an die französischen Gesandten in Schweden geschrieben und wollte auch dem schwedischen Gesandten in Paris nachdrücklich zureden. Auf ihre Erinnerungen wegen Bezahlung der Subsidien hätte er erklärt, darauf bedacht sein zu wollen, daß der erste [Ende Oktober] verflossene Termin baldmöglichst bezahlt werde. Er hätte auch des Streits über die mecklenburgischen Quartiere (s. Pufendorf XVII, § 95, S. 1373; Urk. u. Akt. III, S. 537 ff.) gedacht und erklärt, daß der König eine gütliche Beilegung desselben wünsche. Sie seien auch wieder bei Louvois gewesen, dieser aber hätte wieder erklärt, daß die Räumung des Clevischen nicht eher erfolgen würde, bis die rückständigen Kontributionen bezahlt und die 30 Kanonen zurückgegeben wären.

[2]) Kf. sendet 16./26. Januar 1680 dieses Schreiben d'Espence zu mit dem Befehl, es zu übergeben und seinen Inhalt zu empfehlen, besonders den Punkt wegen der Satisfaktion, welche er für die dem Lande Cleve nach der Räumung Stettins aufgebürdeten Lasten zu fordern habe. Er schickt ihm auch eine Abschrift der Vorstellungen mit, welche er deswegen dem inzwischen an seinem Hofe erschienenen Grafen Rébenac am 17. Januar durch Meinders hat machen lassen, sowie die Forderungen, welche er (s. Urk. u. Akt. III, S. 562 f.) an Amerongen gestellt hat, daraus werde sich ergeben, que bien loin de traitter avec luy quelque chose au préjudice de S. M., nous sommes encore fort éloignés de l'accomplissement du traitté que nous avons fait il y a pres de deux ans, et que j'ai des prétensions trés-bien fondées sur lesquelles mal-aisement l'Estat me pourra satisfaire. Er könne dieselben den Ministern mitteilen und bitten, daß der französische Gesandte im Haag, Graf d'Avaux, Befehl erhalte, sie zu unterstützen.

on se peut engager par des traittez. Il y a presque deux mois que j'ay remis la ville de Stettin entre les mains des Svedois, parce que V. M. temoignoit de le desirer ainsi. Je me devois promettre en conformité du traitté, que j'ay eu l'honneur de conclurre avec Elle, qu'incessamment après cette restitution celle de ma ville de Vesel ne seroit plus differée et mon pauvre pays de Cleve délivré d'une charge, qui le met aux abois. Mais je ne scay par quel malheur je me vois frustré jusques icy d'une esperance si juste et si legitime. Je ne m'en prends pas à V. M., je connais, qu' Elle observe religieusement la foy de ses traittés, et je suis bien seur, que je ne seray pas le premier qui aura sujet de s'en plaindre. Mais après qu'on a donné toutes les declarations et satisfactions possibles sur les deux points, qu'on a prétendu jusques icy, à scavoir celuy du canon et celuy du restant des contributions, il ne reste plus rien à mon advis, si non que je jouisse aussi de mon costé de l'effet du traitté et des promesses de V. M. Mon pays de Cleve est en un état à faire pitié. Le retardement des Svedois à reprendre la possession de leurs places est cause qu'il a porté quattre mois plus qu'il ne devroit la charge qui l'accable. Au moins j'espere, que V. M. ne voudra pas, que je souffre plus par le logement de ses trouppes aprez que la ville de Stettin a esté évacuée et que j'ay satisfait entierement au traitté, et que par cette generosité, qui luy est si naturelle, Elle me fera toucher quelque satisfaction là dessus. Toute la terre void l'exactitude avec laquelle je me comporte envers V. M. On en temoigne en divers endroits une jalousie assés grande, il y va de l'interest de V. M. plus que du mien, que ses ennemys n'ayent pas sujet de se rejouir de mon malheur, ny à m'alleguer pour exemple, d'avoir esté mal-traitté après m'être donné tout à Elle. Pour moy, je me repose sur sa justice et sur sa generosité et s'il plait à V. M. d'être plus éclaircy de la sincérité de mes intentions pour son service, Elle n'a qu' à entendre la dessus mon Grand Ecuyer et Colonel de mes gardes du corps le comte d'Epense, qui en est pleinement informé. —

Der Kurfürst an Spanheim zu London.

D. Cöln 24. Januar/[2. Februar] 1680. (Conc. F. v. Jena.)

[Übertragung der Gesandtschaft in Paris.]

Nachdem er durch Fuchs Spanheims Resolution, allein in seinen Dienst 3. Febr. zu treten und den K.-pfälzischen zu resignieren, vernommen, hat er beschlossen,

ihn en qualité seines Conseiller d'estat und Envoyé extraordinaire an den französischen Hof zu schicken, und zwar soll er auf eine geraume Zeit dort verbleiben und seine affaires beobachten. Er soll mit einem solchen appointement[1]) versehen werden, daß er davon, so wie es des Kf. Respekt erfordert, soll leben können. Da Kf. wünscht, daß er sich je eher je lieber am französischen Hofe einfinde, so soll er, nachdem er bei K. Pfalz resigniert und sich beim König von Groß-Britannien verabschiedet haben wird, sich sofort direkt von London nach Paris begeben, wo er seine Instruktion und sonstigen Papiere in Händen des Grafen d'Espense[2]) vorfinden wird. Zunächst hat er vor diesem und dem Geheimen Sekretär Ilgen den auch überschickten Eid abzulegen. Da Kf. wünscht, daß Sp. auch eine Korrespondenz in England unterhalte, so soll er die Anstalt machen, daß ihm bei allen Ordinairen aus London was daselbst passiert überschrieben werde, welches er dann nebst seinen Relationen zugleich zu überschicken hat. Er zweifelt nicht, Sp. werde das Vertrauen, welches er in seine Person setzt, indem er ihn in der wichtigsten Negotiation, die er hat, gebraucht, mit einer vollkommenen und unbefleckten Treue bis in seine Sterbegrube erkennen, auch er wird hinwiederum seine Dienste nicht unbelohnt lassen.[3])

Instruction[4]), wornach sich unser Hofrath und Envoyé extraordinaire der veste, unser lieber getreuer Ezechiel von Spanheimb in Franckreich unterthänigst zu achten. D. Cöln an der Spree 7./17. Februar 1680. (Conc. Meinders.)

[Die den Ministern und dem Könige gegenüber abzugebenden Erklärungen. Weitere Audienzen. Informierung durch d'Espence, Beck und Ilgen. Die vorläufig zu betreibenden Angelegenheiten.]

17. Febr. Er soll sich zuerst bei den Ministern, besonders bei dem jüngeren Colbert, als Secrétaire d'état et ministre pour les affaires étrangères angeben, dieselben

[1]) Es werden ihm 600 Rtlr. Reisegeld und zu seiner Subsistenz monatlich 300 Rtlr. angewiesen.

[2]) Kf. sendet 16./26. Februar 1680 dem Grafen d'Espence und Ilgen die Instruktion und die Kreditive für Spanheim nebst einer Ziffer zu mit dem Befehl, ihm diese Papiere, nachdem er einen Eid, dessen Formular auch mitgeschickt wird, abgelegt habe, einzuhändigen. Sie sollen ihn dann auch über den Stand der Affären informieren, besonders über das, was Kf. noch wegen des Friedenstraktats zu prätendieren und zu erwarten habe.

[3]) Sp. erklärt sich (d. London 10./20. Februar 1680) dankend bereit, die ihm angebotene Stellung anzunehmen.

[4]) S. Schefers Ausgabe von Spanheims Relation de la cour de France, Introduction S. VIf.

des Kf. Affektion versichern und ihnen dessen Angelegenheiten rekommendieren. Dann hat er um Audienz beim König nachzusuchen und bei dieser demselben des Kf. Begierde, mit ihm in aufrichtigem, beständigem Vernehmen zu leben und bei allen Okkasionen davon wirkliche Proben zu geben, mit den allerhöflichsten und zierlichsten Expressionen zu erkennen zu geben. Er soll erklären, daß Kf., nachdem er alle in dem Frieden versprochenen Bedingungen mit der höchsten Exactitude erfüllt, sich auch von dem König eines gleichen versehe, daran erinnern, daß Kf. auf alle ersinnliche Mittel und Wege gesucht habe, dem Könige von seiner Begierde, ihm zu dienen und was zu seiner Glorie und Advantage gereichen möchte zu befördern, wirkliche Preuven und Sicherheit zu geben, versichern, daß derselbe darin fortfahren werde und daß er selbst, da er dieser Ursachen halber und zu Kultivierung der guten Intelligenz und vertraulichen Freundschaft sich dort aufzuhalten beauftragt sei, jedesmal bereit sein würde, des Königs Befehle zu empfangen. Endlich hat er dem König für die Sendung des Grafen de Rébenac Dank zu sagen.

Nach der Audienz beim Könige hat er auch eine solche bei der Königin, dem Dauphin, Monsieur und Madame, und andern Prinzen und Prinzessinnen, besonders bei dem Prinzen de Condé nachzusuchen und überall Komplimente abzulegen.

Der Hauptzweck dieser Abschickung besteht darin, daß die neulich aufgerichteten Friedenstraktaten völlig exequiert und die dadurch restabilierte Freundschaft unterhalten werde. Er hat daher seine Negotiation dahin zu richten, von dieser seiner Intention dem König, den Ministern und wo es sonst nötig sein wird behörige Versicherung zu geben, alles Widrige abzulehnen und dagegen was zu seinem Besten gereichen kann aufs fleißigste zu befördern.

Kf. glaubt alles, was zur Exekution des Traktats gehört, erfüllt zu haben. Sollte desfalls noch etwas auf die Bahn gebracht werden, so soll er es entweder gebührend ablehnen oder darüber referieren. Graf d'Espence, der Resident Beck und der Geheime Sekretär Ilgen haben Befehl, ihm alle Information und Nachricht zu geben, in welchen terminis die Affairen bestehen, und in specie, was er noch wegen des Traktats zu prätendieren hat, nämlich hauptsächlich 1. die Zahlung der in dem Traktat versprochenen Gelder, davon bereits zwei Termine verstrichen, und 2. die Restitution und Evakuation von Wesel und der anderen Clevischen Lande. Die darüber angefangene Negotiation hat er fortzusetzen.

Mit allen dort befindlichen fremden Gesandten hat er in guter Intelligenz und Freundschaft zu leben, besonders aber mit denen vertrauliche Kommunikation zu pflegen, die bei Hofe am angesehensten sind und mit deren Prinzipalen Kf. in gutem Vernehmen steht.

Er hat mit allen Posten, welche zweimal über Hamburg gehen, von dem, was seine Negotiation betrifft und was sonst passiert, ausführlich zu berichten.[1])

[1]) Die Kreditive für Sp. an König Ludwig XIV., Colbert, Louvois und Plemont sind Cologne 6./16. Février 1680 ausgestellt.

Der Kurfürst an Graf d'Espence und Ilgen.
D. Cöln an der Spree 10./20. Februar 1680. (Conc. Meinders.)

[Befehl, anzufragen, wie weit sich die Geheimhaltung des Allianztraktats erstrecken solle, und dieselbe vorläufig auch Spanheim gegenüber zu wahren.]

20. Febr. In dem unlängst mit Frankreich abgeschlossenen geheimen Traktat ist verabredet worden, daß dessen Inhalt in höchstem geheim gehalten werden solle. Von seiner Seite ist dieses bisher observiert worden und soll auch künftig in acht genommen werden. Da aber in diesem Traktat manches enthalten, was nicht eine durchgehende Secretesse erfordert und auch nicht anders zur Ausführung gebracht werden kann, als daß man an einem oder andern Ort den ministris davon Mitteilung mache und Instruktion gebe, so besonders das, was am kaiserlichen und am polnischen Hofe zu verhandeln und zu verrichten verglichen worden, so soll Ilgen darüber entweder mit Tourmont oder mit Colbert selbst sprechen und anfragen, wie der König wünsche, daß man in diesen Dingen prozediere, ob er schon seinen Gesandten am kaiserlichen und am polnischen Hof, Vitry und Béthune, von den Sachen, die in ihre Negotiation laufen, Nachricht gegeben oder es noch tun werde, und ob er auch den bei ihm befindlichen Rébenac davon etwas wissen lassen wolle, damit er sich danach richten könne. Kf. hätte bisher seinem Gesandten in Polen,[1]) seinem Bedienten am kaiserlichen Hofe[2]) und Rébenac nichts davon kommuniziert, auch in der Instruktion für seinen nach Paris destinierten Gesandten Spanheim nicht das geringste davon gedacht, er würde demselben auch nicht weiter davon part geben, als so viel der König oder dessen Minister gut finden würden. Er meinte sonst, demselben könnten die contenta des Traktats, die Jägerndorfer, polnische und dergleichen Sachen belangend, wohl mitgeteilt werden, ausgenommen die die Kaiserwahl betreffenden Artikel, welche billig in summo secreto gehalten werden müßten. Er lebt indessen der Zuversicht, daß der König das in dem Traktat und sonst ihm Versprochene nunmehr ohne fernere Verzögerung werkstellig machen lassen wird. Worin dieses alles besteht, ist Ilgen sowohl aus dem Traktat selbst, als auch aus dem ihm von Meinders hinterlassenen Memorial bekannt.

P. S. Mit Spanheim sollen sie zwar wegen derjenigen Dinge, welche in seiner Instruktion enthalten, ausführlich reden, dasjenige aber, was in dem geheimen Traktat enthalten, haben sie noch zurzeit und ohne ferneren Spezialbefehl weder ihm noch sonst jemand zu kommunizieren.

---

[1]) v. Hoverbeck.

[2]) Persius.

Ilgen an den Kurfürsten. D. Paris 22. März 1680.

[Unterredung mit Croissy über die Geheimhaltung der Allianz und über die Wünsche des Kurfürsten.]

Er hat Dienstag im Beisein d'Espence's Croissy den Inhalt des kurfürstl. Reskripts vom 10./20. Februar in betreff der geheimen Allianz mitgeteilt. Cr. erwiderte, was die dem v. Spanheim von dem Traktat etwa nötige Kommunikation anbeträfe, so würde es wohl darauf ankommen, inwieweit Kf. sich deswegen dem v. Sp. anvertrauen könnte, weil derselbe hiebevor einige andere Engagements gehabt, weil aber Kf. die Gedanken des Königs darüber zu wissen begehrte, so wollte er mit dem König darüber reden, er hat auf seinen Wunsch die desideria und Gedanken des Kf. schriftlich aufgezeichnet und ihm zugestellt. Gestern sind sie wieder in St. Germain gewesen, Croissy aber sagte, er hätte die Sache dem König noch nicht vortragen können. Wegen des Memorials, welches Meinders ihm hier gelassen, hat er auch mit Cr. gesprochen und ihm dasselbe von Artikul zu Artikul vorgehalten. Cr. versicherte, der König wäre ganz bereit und willig, alles, was in dem Traktat enthalten, vollkommen zu erfüllen. Daß dieses bisher besonders in der polnischen und Jägerndorfer Angelegenheit noch nicht geschehen sei, daran sei die Veränderung bei dem Sekretariat für die auswärtigen Angelegenheiten schuld. Er fürchtete sonst, daß die officia des Königs wegen der Jägerndorfer Sache dem Kf. am kaiserlichen Hofe wenig zustatten kommen, ja ihm vielleicht mehr Schaden als Vorteil schaffen möchten. Doch würde der König auch desfalls alles gern tun, was Kf. wünschen werde. Er kontestierte auch sonst weitläufig, was der König für sonderbare und ungemeine Konsideration für Kf. hätte, und daß Kf. sich alles dessen, was er selbst und sein Bruder zu seinen Diensten zu kontribuieren vermöchten, festiglich versichert halten könnte. 22. März

---

Der Kurfürst an Graf d'Espence.
D. Potstam 6./16. April 1680. (Conc. F. v. Jena.)

[Geheimhaltung der Allianz vor Spanheim. Die Jägerndorfer Angelegenheit.]

Aus seiner Relation vom 25. März[1]) hat er ersehen, was der Marquis von Croissy sowohl wegen Spanheims als auch der Jägerndorfer Sache geäußert hat. Er soll ihm dafür danken und mitteilen, daß Kf. seinem Rate folgen werde, er wollte Spanheim von dem bewußten Punkt, auch von dem 16. April

[1]) Nicht bei den Akten.

foedere nichts mitteilen, sondern ihn über die Punkte, welche ihm aufgegeben würden, wenn sie auch ad foedus gehörten, so instruieren, als wenn von denselben sonst und extra foedus geredet worden. In dem Hauptpunkte und was sonst zu sekretieren wollte er sich des Grafen Rébenac[1]) Person gebrauchen, er werde sich auch nach Spanheims Konduite regulieren, ob er ihn dort lassen oder anderwärts employieren sollte. Wegen der Jägerndorfer Sache ließe er sich seine Sentimente auch wohl gefallen, er wollte den König jetzt darin nicht bemühen, wenn aber die rechte Zeit sein würde, hätte er das Vertrauen, daß der König ihm nicht aus Handen gehen würde.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 10. Mai 1680.

[Seine Besuche bei den Ministern und den fremden Gesandten. Äußerungen Croissy's.]

10. Mai Er hat[2]) am 7. in St. Germain den Ministern, zuerst Colbert dem älteren und Louvois und dann Colbert-Croissy, seine Aufwartung gemacht. Sie haben ihn sehr freundlich und ehrenvoll aufgenommen. Dem letzteren gegenüber hat er schon die Zahlung der Subsidien vorgebracht. Er erwiderte, der Friede hätte die Lasten der Finanzen des Königs vermehrt statt vermindert, man werde aber nicht verfehlen, in betreff der Bezahlung der Subsidien an Kf. die nötige Ordnung herzustellen. Er hat dort auch den Prinzen von Condé aufgesucht, der ihn auch sehr freundlich empfangen hat. Den Herzog und die Herzogin von Orleans hat er noch nicht besuchen können, doch war er vorgestern in St. Cloud, um dem dort von ihnen gegebenen Feste zuzuschauen, dort erkannte ihn die Herzogin[3]) aus der Menge heraus, gab ihm ein Zeichen,

[1]) Auch dieser hatte anfangs von der geheimen Allianz keine Kenntnis gehabt, erst 30. Januar 1680 hatte ihm Ludwig XIV. einen Auszug aus dem Allianztraktat zugeschickt. S. Bulard S. 94.

[2]) Sp. war am 22. April 1680 in Paris angekommen, hatte, wie er am 27. dem Kf. berichtet, in die Hände d'Espence's und Ilgens den vorgeschriebenen Eid geleistet und von ihnen seine Instruktion und seine Kreditive empfangen. Am 23. hatte er sich zusammen mit d'Espence nach St. Germain, wo sich damals der Hof aufhielt, begeben und hatte dort dem neuen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dem Marquis de Colbert Croissy, seine Aufwartung gemacht. Über die Audienz, die er am 5. Mai beim Könige und unmittelbar darauf bei dem Dauphin, der Königin und der Dauphine hatte, s. seinen Bericht vom 6. Mai in Schefers Einleitung zu seiner Ausgabe von Spanheims Relation de la cour de France S. VIIff.

[3]) Elisabeth Charlotte, Tochter des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz.

sich ihr zu nähern, sagte ihm, daß sie sich seiner wohl erinnere,[1]) und gab nachher dem König auf dessen Fragen Auskunft über ihn.[2])

Er hat den hiesigen fremden Gesandten seine Ankunft angezeigt. Da der polnische Gesandte Morstein mit ihm in demselben Hotel wohnt, so ist er mit ihm zusammengekommen und von ihm sehr freundlich behandelt worden.

Colbert Croissy hat ihn beauftragt, zu berichten, daß der König mit dem Verhalten des Gesandten des Kf. in Regensburg, v. Jena, sehr zufrieden sei.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 14./24. Mai 1680.

[Abreise d'Espence's. Gerüchte über einen neuen Vertrag des Kf. mit Frankreich. Die französischen Übergriffe. Beschwerden der Reformierten.]

Er gedenkt dem Hof nach Fontainebleau zu folgen und dort dringende Vorstellung wegen Zahlung der Subsidien zu machen, von denen noch zwei Termine [21. Januar und 21. April dieses Jahres] rückständig sind. Graf d'Espence ist am 12./22. abgereist, um nach kurzem Aufenthalt in Espence zu Kf. zurückzukehren. Er wird von dem Verdacht berichten, welchen die holländischen Gesandten und andere bezeigen, daß in Berlin ein neuer Vertrag zwischen Frankreich und Kf. geschlossen sei. Auch ihn hat der englische Gesandte Savel deswegen zu sondieren gesucht, er hat aber nur im allgemeinen geantwortet, bei der Lage der europäischen Angelegenheiten wünsche Kf. ein gutes Einvernehmen mit Frankreich, von neuen Verträgen aber wisse er nichts. Ähnlich hat er auch dem dänischen Gesandten Heugh geantwortet und ihm angedeutet, was man von einem Vertrage mit Dänemark sage. H. erwiderte aber, daran wäre nichts, französischerseits wäre allerdings der Wunsch einer Allianz mit Dänemark ausgesprochen, und darauf sei er wider seinen Willen hierher geschickt worden, bisher aber warte man beiderseits Anträge vonseiten des anderen Teiles ab. Derselbe sagte auch, die neue Forderung Frankreichs, Spanien sollte dem Titel Herzog von Burgund entsagen, und dessen neue Prätensionen im Reiche[3]) gäben viel zu denken und könnten wichtige Folgen haben. Auch die spanischen und holländischen Gesandten sind dadurch sehr 24. Mai

[1]) Sp. war 1654 in den Dienst des Kurfürsten von der Pfalz getreten und hatte in den ersten Jahren die Erziehung des Kurprinzen Karl geleitet. S. oben S. 334.

[2]) Über seine Visite bei dem Herzog und der Herzogin von Orléans am 14. Mai s. seinen Bericht vom 17. Mai bei Schefer a. a. O. S. Xf.

[3]) S. über die damals begonnenen Reunionen Ranke, Französische Geschichte, III, S. 459ff.; Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte, I, S. 653ff.; Kaufmann, Die Reunionskammer von Metz (Jahrbuch der Gesellschaft für lothringische Geschichte und Altertumskunde XI, 1899), S. 1ff.

beunruhigt worden und haben auch die Gesandten von England und Dänemark ersucht, sich gemeinsam mit ihnen zu bemühen, daß diese Forderung aufgegeben werde, doch haben dieselben es vorläufig abgelehnt. Auch daß dem kaiserlichen Gesandten, Grafen Mansfeld,[1]) eine Quarantäne auferlegt worden ist, hat Verdacht erregt. Man glaubt,[2]) daß auf der bevorstehenden Zusammenkunft des Klerus in St. Germain auch neue Maßregeln gegen die Jansenisten und gegen die Reformierten werden beschlossen werden. Die letzteren haben sich schon durch ihren Député général, den jüngeren Ruvigny, an den Hof mit Beschwerden gewendet, namentlich wegen des Verbotes reformierter Hebeammen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 15./25. Mai 1680. (Conc. Meinders.)

[Anzeige von der beabsichtigten Expedition gegen Spanien. Bitte um französische Unterstützung.]

25. Mai Der König von Spanien ist ihm über achtzehnmal hunderttausend Rtlr. schuldig, er hat vergeblich dort durch Rouck[3]) die Bezahlung sollizitieren lassen und ist jetzt entschlossen,[4]) einige Fregatten equipieren und damit alle spanischen Schiffe und Güter, welche in See anzutreffen sind, per modum repressaliarum wegnehmen und aufbringen zu lassen, sonst aber keine Hostilitäten gegen Spanien, weder in Gelderland noch sonst zu verüben. Sp. soll dieses sein Vorhaben dem Marquis de Croissy im Vertrauen eröffnen und bei demselben Ansuchung tun, daß der König erkläre, falls Spanien ihn deshalb mit Krieg angreifen sollte, ihm beitreten und ihm Hilfe widerfahren lassen zu wollen. Sollte Croissy gut finden, daß er deswegen bei dem König selbst Audienz suche, so soll er es tun und auch Louvoy die Sache rekommendieren.

---

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 944.

[2]) Vgl. Douen, La révocation de l'édit de Nantes à Paris I, S. 331 ff.

[3]) Der Kammerjunker Melchior v. Ruck, den Kf. behufs Beitreibung der rückständigen Subsidien schon im Sommer 1676 nach den Niederlanden und dann nach Spanien geschickt hatte und der bis zum April 1680 dort geblieben ist. S. Pufendorf XVIII, § 10 (S. 1386).

[4]) S. über diesen Kaperkrieg des Kf. gegen Spanien Peter, Die Anfänge der brandenburgischen Marine (Programm des Sophien-Gymnasiums in Berlin 1877), S. 14 ff.; Schück, Brandenburg-Preußens Kolonial-Politik unter dem Großen Kurfürsten und seinen Nachfolgern (Leipzig 1889) I, S. 112 ff.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 18./28. Mai 1680. (Conc. Meinders.)

[Die Beschwerden von K. Pfalz.]

Aus der Abschrift ersieht er, welche heftige Klagen der Kurfürst von der Pfalz[1]) wider die französischen Bedienten im Elsaß führt. Er hat schon hier dem Grafen Rébenac zu erkennen geben lassen, daß er für seinen Mitkurfürsten eine Interzession einlegen müsse, es vermehrte sich ohnedem gar sehr im Reiche das Gerücht von den geschwinden Prozeduren der Ensisheimischen oder Breisachschen Kammer, dadurch würden die Gemüter sehr verstellt und die Affektion von dem Könige abgewandt, welche er lieber vermehrt sehen möchte. Sp. kann dergleichen Erwähnungen auch bei Gelegenheit dem Marquis de Croissy tun, doch mit solcher Behutsamkeit und Restriktion, daß man nicht wieder dort auf den Gedanken komme,[2]) er täte es aus einiger dépendance von K. Pfalz. 28. Mai

---

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Fontainebleau 30. Mai 1680.

[Bemühungen wegen Zahlung der Subsidien. Rücksichtsloses Verfahren Frankreichs mit den Reunionen.]

Er hat sich am 28. Mai hierher begeben und zuerst Colbert-Croissy seine Aufwartung gemacht. Derselbe versicherte ihn, daß der König mit dem ganzen Verhalten des Kf. sehr zufrieden wäre. Er hat dieses benutzt, um von der Bezahlung der Subsidien zu sprechen und die Hoffnung auszudrücken, daß diese regelmäßig entrichtet werden würden. Auf dessen Frage, ob der zweite Termin noch nicht berichtigt wäre, erwiderte er, Fromont hätte erst vor wenigen Tagen eine Anweisung auf den ersten Termin vom 21. Januar erhalten, worauf Croissy versprach, Kf. solle deswegen alle gebührende Satisfaktion erhalten. 30. Mai

---

[1]) Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz hatte in einem Schreiben vom 20. April 1680 bei Kf. sich über die von den französischen Beamten gegen ihn verübten Gewalttätigkeiten beklagt und ihn gebeten, sich seiner anzunehmen. S. Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz, II, S. 638ff. und unten Abschnitt V.

[2]) Am französischen Hofe hatte man anfangs Einwendungen gegen die Verwendung Spanheims als brandenburgischer Gesandter daselbst wegen seiner nahen Beziehungen zu dem K. pfälzischen Hofe erhoben. S. seine Relation de la cour de France (ed. Bourgeois), S. 372ff., und oben S. 335.

On continue[1]) d'ailleurs à parler en cette cour de la souveraineté de l'Alsace et dépendances des trois Eveschés Thoul, Metz et Verdun, comme d'une affaire resolue et sur laquelle on ne prétend admettre aucune interposition, mais de renvoyer les interessés, comme Electeur Palatin, Evesque de Spier ou autres, à la Chambre de Brisac, pour en juger quant au domaine. C'est la réponse qu'on continue de donner aux Ministres des Princes susdits. Pour la ville de Strassbourg il y a toujours de grands préjugés que l'on ne prétend pas l'épargner. —

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 2./12. Juli 1680.

[Äußerungen Croissy's in betreff der Subsidienzahlung, des Verfahrens gegen K. Pfalz und des Unternehmens des Kf. gegen Spanien.]

12. Juli Am 28. Juni hat er sich wieder zu Croissy begeben, um von ihm die Erklärung des Königs in betreff der Garantie für den Fall, daß Spanien gegen Kf. Feindseligkeiten verüben sollte, zu erfahren. Derselbe begann mit den anderen Punkten, die er ihm vorgetragen, zuerst mit den Subsidien, und teilte ihm mit, der König habe angeordnet, daß der Termin des 23. April sofort bezahlt werden solle. Dann kam er auf die Angelegenheit von K. Pfalz, sagte, der König hätte sich über diesen sehr zu beklagen wegen seiner Klagen, die er überall vorbringe, und wiederholte, was er ihm schon früher gesagt hatte, daß der König sein Recht nicht aufgeben und nicht davon abstehen könnte, sich in den Besitz dessen zu setzen, was ihm gehörte. Da er die Garantie nicht berührte, so hat er ihn daran, und daß gerade dieses der Gegenstand der ihm für diesen Tag bestimmten Audienz sein sollte, erinnert. Cr. bezeigte sich dadurch überrascht, gestand, er habe vergessen, darüber mit dem König zu sprechen, versprach aber, es Sonntag zu tun und ihn dann die Resolution des Königs wissen zu lassen, und fügte hinzu, es wäre schon früher[2]) von dieser Sache, wie er glaube von d'Espence, gesprochen worden, der König hätte damals bezeugt, daß er nicht unzufrieden sein würde, wenn Kf. Erwerbungen gegen Spanien in Geldern oder Jülich machte. Er hat erwidert, er wüßte nicht, was vorher darüber gesprochen sei, die gegenwärtige Proposition sei eine ganz verschiedene, Kf. gedenke nicht Einfälle in die Staaten des Königs von Spanien zu machen, sondern wünsche nur, gegen solche von dort her gesichert zu werden.

Seitdem ist er durch Krankheit verhindert gewesen, sich wieder an den Hof zu begeben, er hat aber an den Kommis Croissy's, Mignon, geschrieben.

[1]) S. Kaufmann, Die Reunionskammer von Metz (a. a. O.) S. 93.

[2]) S. oben S. 342, 351, 364.

Dessen Antwort bezieht sich auf das, was Croissy wegen dieser Angelegenheit an Rébenac geschrieben, Kf. wird also durch diesen schon genauer informiert sein.

Pour les affaires de l'Empire et de l'Alsace il n'y a pas lieu d'esperer, que l'on relasche rien du costé de deça des mesures et resolutions prises en cette affaire. —

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 13./[23.] Juli 1680. (Conc. F. Meinders.)

[Die Expeditionen gegen Spanien und nach Afrika.]

Er teilt ihm ganz im geheimen mit, daß er[1]) ein Esquadre von sechs Kriegsschiffen und einem Brander in See schickt, um von Spanien die restierenden Subsidien vermittelst der Exekution beizutreiben. Er soll dieses dem Marquis de Croissy anzeigen und ihn ersuchen, dem König für die gütige bereits in dieser Sache gegebene Erklärung seinen Dank abzustatten und zu bitten, da besagtes Esquadre eine Zeitlang auf den spanischen und flämischen Küsten kreuzen soll, und es leicht geschehen könnte, daß die Schiffe in einen französischen Hafen, namentlich Rochelle, entweder Sturmes oder Sicherheit halber oder um Erfrischungen zu holen, einlaufen müßten, der König möchte die Ordre stellen, daß ihnen dieses vergönnt und sie als Freunde traktiert würden. Für Wahrung des Geheimnisses hat er gebührend Sorge zu tragen. Von der ihm erteilten Resolution hat er auch an Joan Raule nach Rochelle Nachricht zu geben. 23. Juli

P. S. Er ist auch entschlossen,[2]) zwei Schiffe, Kapitän Joris Barthelssen, führend das Schiff „Das Wappen von Chur-Brandenburg", und Kapitän Laurentz Dircksen[3]), führend das Schiff „Morian", nach der Küste von Guinea und Angola zu schicken, um daselbst einigen Handel und Gewerbe zu niemandes Schaden zu treiben. Er wünscht für jedes dieser Schiffe einen französischen Seepaß zu erhalten. Sp. soll darum Croissy und dessen Bruder Colbert ersuchen und dabei anzeigen, Kf. verpflichte sich, daß der Handel dieser Schiffe dem König von Frankreich weder direkt noch indirekt zu irgend welchem Präjudiz oder Nachteil gereichen solle.[4])

---

[1]) S. oben S. 390.

[2]) S. Schück a. a. O. I, S. 142ff.

[3]) Kf. zeigt ihm 7./17. August an, daß er, da Kapitän Dircksen gestorben sei, Philipp Pietersen Blonq zum Befehlshaber des Morian ernannt habe.

[4]) Kf. beauftragt Sp. (d. Cöln 2./12. August 1680), Croissy vorzustellen: 1. die Kommandanten der in der Westsee befindlichen französischen Orlogschiffe möchten Befehl erhalten, seinen Schiffen alle Faveur, im Notfall auch Schutz und Assistenz

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 6. September/27. August 1680.

[Günstiger Bescheid in betreff der Schiffe des Kf. Das Schreiben des Reichstages an den König. Seine Mahnungen wegen Zahlung der Subsidien.]

6. Sept. Er ist am 3. September in Versailles gewesen und hat sich gegen den Marquis de Croissy der ihm in den Reskripten vom 13. Juli und 2. und 7. August erteilten Aufträge entledigt. In betreff der gegen Spanien auszusendenden Schiffe erwiderte derselbe, daß der König auf die Nachricht davon, welche von Rébenac schon vor der Rückkehr des Hofes hierher eingelaufen sei, die gewünschten Befehle nach den Häfen und an die Befehlhaber seiner Schiffe habe ergehen lassen mit den zur Wahrung des Geheimnisses nötigen Vorsichtsmaßregeln. In betreff Indiens, bemerkte der Marquis, sei die Sache anders, dort suche jeder für seinen eigenen Handel Vorteile. Er hat ihn aber darauf aufmerksam gemacht, daß diese Schiffe nicht Handel treiben, sondern nur Repressalien ausüben sollten, und hat bei dieser Gelegenheit auch ihn über die Sendung der beiden anderen Schiffe nach Afrika informiert und um Pässe für die Kapitäne derselben gebeten. Der Marquis übernahm es, beide Angelegenheiten dem Könige vorzutragen. Derselbe kam dann auf den Brief des Regensburger Reichstages[1]) an den König zu sprechen, bezeigte sich darüber sehr erstaunt und beschuldigte die kaiserlichen Gesandten, die Reichstagsgesandten darüber nicht genügend informiert zu haben. Er hat darauf nur geantwortet, daß er darüber keine besondere Information weder vom Hofe des Kf. noch von Regensburg erhalten hätte. Zum Schluß hat er ihm eindringlich die Zahlung des am 21. Juli fälligen Termins der Subsidien empfohlen. Cr. nahm auch diese Sache ad notam, bemerkte aber beiläufig, dem Könige sei jetzt das Geld etwas knapp. Er hat darauf erwidert, die Summe sei klein und die Zahlung so gerecht, daß er nicht daran zweifle, die Sache werde durch seine guten Dienste prompt erledigt werden.

Graf Mansfeld[2]) ist am 2. September hier angekommen, hält sich aber noch inkognito.

---

und eine sichere Retraite zu gönnen, 2. da er seinem Kommandanten Befehl erteilt habe, falls er an der flandrischen Küste oder in der spanischen See keine spanischen Schiffe bekommen könnte, nach Westindien zu segeln und dort sein Heil zu versuchen, möchte der König seinen dortigen Gouverneuren und Befehlshabern anbefehlen, diesen Schiffen in den indianischen Häfen alle Faveur zu erweisen. Er habe darüber bereits mit Rébenac reden lassen und dieser habe versprochen, es auf das beste zu rekommendieren.

[1]) Das Schreiben vom 27. Juli 1680 (Londorp, XI, S. 80f., Pachner v. Eggestorff, Vollständige Sammlung aller Reichsschlüsse, II, S. 268f.). S. unten Abschnitt V.

[2]) Graf Heinrich Mansfeld, kaiserlicher Gesandter. S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 944 und unten Abschnitt V.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 3./13. September 1680.

[Mitteilungen Croissy's wegen der Subsidienzahlung und der Schiffe des Kf.]

Er hat sich am 10. wieder nach Versailles begeben und dort Croissy gesprochen. Derselbe teilte ihm zunächst in betreff der Subsidien mit, daß die Zahlung des am 21. Juli fälligen Termines beschlossen und Colbert Ordre deswegen erteilt sei. Er machte sogar Entschuldigungen wegen der Verzögerung. Dann zeigte er ihm an, daß der König die gewünschten Ordres an alle Befehlshaber seiner Schiffe wegen des den von Kf. ausgeschickten Schiffen zu leistenden Beistandes erteilt hätte und daß auch nach den Häfen in Europa, namentlich nach la Rochelle, ähnliche Ordres ergehen würden. Nach Amerika sei das nicht so leicht möglich, dort lebte und handelte jeder nur für sich und gestattete anderen keinen Zutritt zu seinen Häfen, auch nicht solchen, mit denen man in Europa in enger Freundschaft stehe. Es wäre zu fürchten, daß andere Freunde und Bundesgenossen Frankreichs sonst ebensolche Vergünstigungen, die man dem Kf. bewilligt hätte, beanspruchen würden, und ebenso stehe es mit dem Handel in Afrika, wo noch dazu zwischen Frankreich und Holland ein Grenzstreit schwebe. Daher würden der König und seine Minister dem Kf. sehr dankbar sein, wenn er, dem man sonst nichts zu verweigern wünschte, deswegen nicht weiter sie drängte. Er hat ihm darauf für seine Bemühungen gedankt und in betreff des letzten Punktes bemerkt, die Ordre der Schiffe, nach Westindien zu gehen, sei nur konditional, und nur zu dem einen angegebenen Zwecke, mit den nach Afrika bestimmten sei es allerdings anders, aber auch bei ihnen sei ausdrücklich vorbehalten, daß niemand und am wenigsten die dortigen Contoirs des Königs von ihnen Schaden erleiden sollten. Cr. erwiderte, man wollte alles, was möglich sei, für Kf. tun, auch in diesem Falle sollten dessen Schiffe vor anderen begünstigt werden, aber er hoffe, Kf. werde damit zufrieden sein und deswegen keine positiveren Ordres oder Pässe verlangen. Er fügte noch hinzu, tags zuvor hätte sich der König auf das günstigste über Kf. ausgesprochen. Auch ihm, Croissy, selbst muß er das Zeugnis geben, daß er allen möglichen Eifer für Kf. und dessen Interessen bezeugt. 13. Sept.

F. v. Jena und F. Meinders[1]) an den Kurfürsten. D. Berlin 4./[14.] September 1680.

[Konferenz mit Rébenac. Dessen Proposition. Beantragung eines engeren Bündnisses, Erklärung in betreff der Seeexpedition des Kf.]

Sie haben gestern mit Rébenac weitläufig konferiert und ihn zunächst gebeten, das, was er jüngsthin dem Kf. proponiert, zu wiederholen. Das hat 14. Sept.

---

[1]) Kf. hatte (d. Oranienburg 27. August/6. September 1680) Jena und Meinders angewiesen, da nach Spanheims Bericht „das Werk wegen seiner Schiffe und was

er getan und, nachdem er darauf hingewiesen, daß man kaiserlicherseits allerhand Liguen und Allianzen gegen Frankreich zu negotiieren suche, zu solchem Zweck zu Regensburg und anderswo die gerechten actiones seines Königs auf das ärgste traduciere und das Römische Reich gegen ihn aufs neue in Waffen zu bringen suche, der König dagegen den Frieden zu erhalten wünsche, Kf. die gleiche Intention führe und im Römischen Reiche zu allen Rat- und Anschlägen das größte Gewicht geben könne, erklärt, sein König hielte zu Verhütung neuer Unruhen nichts für ersprießlicher und nötiger, als daß Kf. sich mit ihm zu Erreichung dieses Zweckes etwas näher zusammensetze. Das Fundament dazu würde der Westfälische Friede und das bereits zwischen ihnen beiden gemachte Bündnis sein können. Der König verlange ratione specialium des Kf. Gedanken und desideria zu vernehmen:

1. in welcher Postur Kf. stände und was für eine Macht er auf allen Fall auf die Beine bringen könnte,

2. weil Kf. der Gefahr am nächsten, was er zu seiner Sicherheit am nötigsten erachtete und auf allen Fall vom König begehrte,

3. was für Reichsstände sonst zu dieser Allianz zu ziehen oder mit welchen man deswegen vertraulich kommunizieren könnte,

4. was solcher Stände force wäre und worin derselben Interessen beständen,

5. vor allem hielte der König für notwendig, sich des Hauses Braunschweig zu versichern. Celle's und Wolfenbüttels sei er genugsam versichert und er wünsche, daß auch Kf. mit denselben wieder in gute Freundschaft treten, wenigstens um des gemeinen Interesses willen sein ressentiment dissimulieren möchte, er sei versichert, daß auch diese Herren die Erneuerung des guten Verständnisses sehr verlangten. Mit Hannover sei sein König ziemlich zufrieden, aber doch seiner nicht gänzlich versichert, man würde sehen, was derselbe auf des Kf. Schreiben antworten würde. Jedenfalls müßte man zu verhüten suchen, daß dieses Haus nicht wieder zwei Parteien anhinge, dadurch zöge dasselbe von beiden Seiten die besten Advantagen an sich und würde die gute Partei immer in ihren Desseins gestört.

Endlich fügte er noch weitläufige Kontestationen der Freundschaft und Achtung seines Königs und seines Wunsches, dieselben in der Tat zu erweisen, hinzu. Sie haben darauf mit ähnlichen Versicherungen geantwortet, im übrigen aber angezeigt, daß sie dem Kf. von allem Bericht erstatten und dessen Bescheid mitteilen würden. Man hat von Projektierung einiger Artikul gesprochen. Sie haben R. gefragt, ob er solche entwerfen wolle, er aber erklärte, es würde ihm lieber sein, daß man solches diesseits täte oder wenigstens ein jeder das, was er von dem anderen verlangte, aufsetzte. Sie würden besonders wissen müssen, ob und was Kf. bei dieser Gelegenheit wegen der polnischen Sache, wegen Jägerndorfs, wie auch wegen Englands, der nordischen Kronen und des Staats zu erinnern und zu beobachten gut finde.

er desfalls suche in crisi stehe", die ihnen aufgetragene Konferenz mit dem französischen Gesandten vorzunehmen und ihm darüber zu berichten.

Wegen der Seeexpedition hat R. mitgeteilt, daß sein König das Dessein und die den Schiffen erteilte Instruktion approbiere, und daß er[1]) an alle seine Kommandeurs, Schiffsoffiziere und Häfen habe Befehl ergehen lassen, den Schiffen des Kf. alle faveur und retraite zu verstatten. Sollte Spanien deswegen Kf. im Clevischen oder sonst angreifen, so werde er die Garantie solcher Lande übernehmen und wirklich prästieren, er zweifle auch nicht, daß der König das gleiche versprechen werde, falls der Kaiser, England, der Staat oder sonst jemand sich einmischen sollte. Die specialia gehörten zu der vorhabenden Defensivallianz, darin könnten die casus am besten deutlich exprimiert werden.

Der Kurfürst an F. v. Jena und F. Meinders. D. Ouranienburgk 7./[17.] September 1680.

[Auf das Schreiben vom 4. September. Die Grundlage der abzuschließenden Allianz, Beantwortung der französischen Anfragen.]

Er ist damit einverstanden, daß der Westfälische Friede und das schon zwischen dem König und ihm gemachte Bündnis das Fundament der näheren Zusammensetzung seien, und er ist bereit, des Königs Intention, den Frieden und die Ruhe im Reiche zu konservieren und allen widrigen Machinationen in- und außerhalb des Reichs zu begegnen, mit Nachdruck zu sekundieren. 17. Sept.

Was sonst die specialia betrifft, worauf er unsere Gedanken und Erklärunge verlanget, und zwar erstlich, in was Postur wir stünden und auf allen Fall für eine Macht auf die Beine zu bringen vermöchten, habet Ihr ihm anzuzeigen, daß wir[2]) nach genugsamer Besetzunge unserer Festungen und Plätze gleich in diesem Moment 16000 Mann nebst einer guten und mit allem Zubehör versehenen Artillerie marchiren lassen,

[1]) Auch Spanheim berichtet 4. Oktober 1680, Croissy habe ihm mitgeteilt, daß der König in betreff der Schiffe des Kf. die gewünschte Ordre nach Amerika erteilt habe, und sendet eine Abschrift dieser Ordre an Graf Blenac, den Gouverneur der französischen Inseln in Amerika, (d. Versailles 26. September 1680) mit. Cr. habe mit ihm auch von der von den Schiffen des Kf. bei Ostende gemachten Prise (s. Schück I, S. 114) wie von einem günstigen Erfolge gesprochen und versichert, der König werde dem Kf., wenn derselbe deswegen belästigt werden sollte, alle Gunst und Beistand widerfahren lassen.

[2]) S. über den damaligen Bestand der Armee des Kf. Jany, Die alte Armee von 1655 bis 1740 (Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte des preußischen Heeres, herausgegeben vom Großen Generalstabe, Heft VII, 1905), S. 15, 42, 50. Danach zählte die Armee des Kf. damals (außer den Festungsgarnisonen) ca. 14500 Mann.

und daß wir dieselbe auf Erfordern und praestitis praestandis innerhalb drei Monaten bis auf 30000 Mann, ins Feld zu führen, verstärken könnten.

Belangend zweitens was wir unserer Sicherheit und Convenienz halber von I. K. M. verlangeten, so ist was das erste, nemblich die Securität betrifft, bereits in vorigter Bündnusse etwas davon versehen, welches wiederholet und dahin gerichtet werden kann, daß I. M. sich obligireten, uns contra quoscunque, so uns attacquiren wollten, oder mit welchen wir auf I. M. Erfordern und mit Dero Vorwissen brechen möchten, kräftigst assistiren und eher keinen Frieden machen wollten, bis wir wegen erlittenen Schadens und Kosten genugsame Satisfaction erlanget hätten. Im übrigen, weil leicht zu ermessen, wie nötig es sei, nicht allein zue unserem sondern auch insonderheit zue I. M. Interesse, daß wir die Mannschaft, so wir jetzo auf den Beinen hätten, auch bei continuirenden Frieden unterhielten und aber solches unseren durch Krieg und Verheerunge erschöpfeten Landen sehr schwer fallen wollte, habet Ihr mit einer guten Manier von Erhaltunge einiger Subsidien zu erwähnen und dabei vorzustellen, daß wir durch dieses engagement alle andere Advantagen, so uns von der Gegenseiten offeriret wurden und noch kunftig offeriret werden möchten, ausschlügen, und ob wir gleich Zeit währenden Friedens mit unser auf den Beinen habenden Armee keine eclatante Dienste leisteten, so wäre doch gewisse und am Tage, daß nicht allein ganz Teutschland, sondern auch die Auswärtigen darauf Reflexion nehmen, und daß solches die fürnembste Ursache wäre, warumb das Gegenteil in ihren überall proponirten Alliancen bishero so schlecht reussirete. Zue dem, wann wir den Punct wegen der Wahl eines Römischen Keysers oder Königes, wovon in dem vorigten Tractat, mit Nachtruck treiben sollten, könnte solches nicht besser, als wann wir armiret blieben, geschehen. Hiebei aber wurde zu unterscheiden sein was man uns 1. so lange der Friede continuirete und dann 2. bei angehenden Kriege und wirklichem Marche unser bereits habenden Armee, wie auch 3. wann dieselbe auf Erfordern verstärket werden sollte und müßte, geben wollte, welches alles wir Euer Dexterität anheimb geben. Was den dritten und vierten Punct wegen der Stände des Reiches, so zue dieser Alliance zu ziehen, und derselben force und interesse anbelanget, solches ließen wir lediglich auf I. M. Disposition und Gutfinden ankommen, wir hätten mit keinem Stande einiges engagement, welche aber I. M. in diese nähere Zusammensetzunge zu ziehen verlangeten,

selbige wollten wir zu gewinnen suchen. Unter denen Ständen, worauf jetzo Reflexion zu machen, wäre außer dem Hause Braunschweig, wovon bei dem folgenden funften Punct, Chur-Beyern[1]) der furnembste und zweifelten wir nicht, I. M. würden sich dessen schon versichert haben, wo nicht, wäre dienlich, daß es noch geschehe. Münster hätte vor diesem etwas tuen können, der jetzige Bischof[2]) wäre mit seinen Ständen in großer Mißverständnus und würde er ohne dem, wann wir mit dem Fürstl. Hause Braunschweig einig wären, wenig tuen können.

Was nun funftens das mehrbesagete Haus Braunschweig-Lüneburg anbelanget, habet Ihr vorzustellen, daß ihm, dem Grafen, selber guten Teiles bekannt wäre, wie sich dasselbe, insonderheit Zelle und Wolffenbüttel, in kurzverwichenen Zeiten zue uns genötiget, und was es uns für Torten angetan hätte, und ob wir zwar nicht umbhin gekonnt, desfalls ein juste ressentiment zu fassen, so wären wir jedennoch bereit I. M. zu gefallen und weil dieselbe es verlangeten, solches schwinden zu lassen, des vorigten nicht mehr zu gedenken und mit besagetem Hause in das vorigte gute Einverständnus zu treten, stelleten auch in des Grafen Händen, was er desfalls ferner negotiiren wollte, und zweifelten wir nicht, es würden I. M. ihro darunter unseren Respect und Convenienz und daß uns billige Satisfaction wiederfahren möchte, recommendiret sein lassen. Es wären zwar noch einige Irrungen zwischen erwähntem Hause und uns übrig, welche Euch bekannt sein, selbige aber könnten wohl zue recht- oder gütlicher Entscheidunge ausgestellet sein, und wären wir erbietig, solches allemal I. M. arbitrage zu untergeben. Was Hannover betreffe, hätte der Abgesandte selber gesehen, was uns der Herzog auf unseren Brief geantwortet, welchen wir Euch auch zue Euer Nachricht hiebei schicken, die contestationes wären gut und würde man nun des Marschallen Plathen[3]) Ankunft erwarten müssen. Wir würden alles tuen, was möglich, selbiges Haus zu gewinnen, würden uns jedoch zuerst, und ehe wir des Herzogen versichert, nicht zue weit heraus, auch mit ihm, dem Grafen, alles concertiren lassen.

---

[1]) Über das Verhältnis des jungen Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, der 11. Juli 1680 die Regierung angetreten hatte, zu Frankreich s. Heigel, Der Umschwung der bayerischen Politik in den Jahren 1679—1683 (Quellen und Abhandlungen zur neuen Geschichte Bayerns, II), S. 63ff.; Döberl, Bayern und Frankreich, S. 514ff.

[2]) Ferdinand v. Fürstenberg, zugleich Bischof von Paderborn.

[3]) S. über dessen damalige Sendung zu Kf. Pufendorf XVIII, § 25 (S. 1408).

Wir hielten sonst auch davor, daß nach aller Möglichkeit zu verhüten, daß sich besagetes Haus nicht, wie bei vorigtem Kriege, teilete und beiden Parteien anhinge, und würde man jetzo bessere mesures darwieder nehmen können.

Sie sollen das Projekt einer Alliance anfertigen, in dasselbe außer dem hierin Enthaltenen alles, was sie seinem Interesse verträglich erachten, bringen und es, bevor sie es R. kommunizieren, ihm zuschicken und seine Willensmeinung darüber vernehmen. Besonders würde zu stipulieren sein, daß der König sich seiner Angelegenheiten mit Polen kräftig annehme und ihm auf Erfordern Assistenz leiste. Ob und wie weit specialia zu exprimieren, stellt er ihnen anheim. Mündlich können sie dem Gesandten vorstellen, daß der König von Polen nach wie vor dem Kf. und seinem Interesse heftig zuwider wäre, und ob er zwar in den Dingen, welche der König in Frankreich rekommendierte, äußerlich dissimulierte, so täte er doch unter der Hand alles contrair. Wegen Jägerndorf hat der König ihm bereits im vorigen Traktat seine officia versprochen, jetzt würde dessen wirkliche Hilfe zu bedingen sein, wenn er darum ansuchen würde, was aber nur geschehen würde, wenn die Zeiten und Konjunkturen sich dazu, es sei durch Absterben des Kaisers oder in andere Wege, von selber anließen.

Für die Erklärung wegen seiner Schiffe und Seeexpeditionen sollen sie R. danken, auch dieses ist in den Traktat zu bringen und die Garantie, auch wider andere Potentaten, welche sich der Sache annehmen sollten, zu extendieren.

Der Kurfürst an v. Jena und Meinders. D. Potstam 3./[13.] Oktober 1680.

[Der Bericht Freudemanns. Befehl, die Verhandlungen zu beschleunigen.]

13. Okt. Er sendet ihnen Freudemanns[1]) Bericht. Er läßt dahingestellt, ob und was daran wahr ist, da er aber dadurch veranlaßt worden, zu dem Schluß seines

[1]) J. Freudemann, der, wie er angiebt, vor 37 Jahren angefangen hat, dem Kf. zu dienen, dem aber „Neid und Mißgunst es jetzt nicht gönnen wollen“ (vermutlich identisch mit dem Jacob Fr., den Kf. im September 1648 zu einer Sendung nach dem Haag verwendet hatte, s. Urk. u. Akt. IV, S. 82ff.) berichtet (d. Stade 23. September 1680) dem Kf. von einer Defensiv- und Offensivallianz, die Frankreich durch den nach Stockholm zurückgekehrten Lilienrodt Schweden unter Anbietung hoher Subsidien angetragen habe und zu der auch Dänemark hinzugezogen werden solle, ferner über Bemühungen Schwedens, mit dem Kaiser, mit Kursachsen und mit den Ständen des niedersächsischen Kreises in engere Verbindung zu treten, von der Besorgnis Schwedens vor Moskau und der Absicht, den Hofrat Ronischildt dorthin zu schicken, um die pacta zu erneuern und die Mediation zwischen Polen und Moskau anzubieten, und so zu verhüten, daß diese Frankreich und dem Kf. angeboten werde.

Vorhabens zu eilen,[1]) so zweifelt er nicht, sie werden seiner so oft getanenen Erinnerung zufolge mit Rébenac näher wegen des vorhabenden Traktats konferiert haben. Sie sollen ihm von dem Succeß und was dabei vorgekommen ist Nachricht geben und sich bei R. unter der Hand erkundigen, ob ihm von einem Projekt zwischen Frankreich und Schweden etwas wissend, den Referenten aber sekretieren.

P. Fuchs an [F. v. Jena].
D. Potstam 24. Oktober/[3. November] 1680.

[Erinnerungen des Kf. zu dem Vertragsprojekt.]

Er hat dem Kf. das Projekt[2]) vorgelesen und dieser hat nur folgendes dabei erinnert: 3. Nov.

ad art. 8: man möchte wegen der Zeit mit Rébenac konzertieren und dieselbe so kurz als möglich setzen.

ad art. [9]: er wünsche, der Assistenz Frankreichs auf alle Fälle versichert zu sein, verlange daher, daß, was in diesem Artikel wegen der Aggression gesagt wird, näher erläutert werde.

ad art. 10: sein vornehmster Zweck sei, Frankreich von Schweden abzuziehen, darum könne man das Quantum etwas höher machen, er erbiete sich, wenigstens die Hälfte dessen, was Frankreich stellen werde, zu geben.

Den 23. Artikel findet Kf. zwar raisonnabel, er wünscht aber, daß Frankreich tanquam potentior illo casu von dem nexu mittendi auxilia nicht gänzlich abgehalten werde.

P. Fuchs an Fr. v. Jena. D. Potstam 2./12. November 1680.

[Befehl des Kf., mit dem Abschluß des Vertrages zu eilen.]

Es ist ein wichtiges Werk, von dem er, da Kf. nicht selber hat unterschreiben können, auf dessen wiederholten Befehl ihm geschrieben hat. Kf. hat ihn seitdem täglich, fast stündlich gefragt, ob er nicht Nachricht hätte, wie es mit dem Werk stände. Die Ursache, weshalb er es so pressiert, ist,[3]) weil 12. Nov.

[1]) S. Rébenacs Bericht vom 2. Oktober 1680 (Prutz, S. 347).

[2]) Nicht bei den Akten.

[3]) S. Rébenacs Berichte vom 7. September, 2. Oktober und 16. November 1680 (Prutz, S. 347 f.). Kf. selbst befiehlt Jena und Meinders (d. Potsdam 3./13. November 1680) — wie Fuchs in einem Begleitschreiben berichtet, hat er nur unter den größten Schmerzen mit der linken Hand das Reskript unterzeichnet —, da er gewisse und

Rébenac ihm eine starke Beisorge gemacht hat, er möchte in Schweden oder anderswo präveniert werden. Kf. verläßt sich wegen des Projekts auf Jena und Meinders gänzlich, sollte Jena dabei etwas mündlich zu erinnern haben, so wird es dem Kf. gewiß nicht unlieb sein, wenn er deshalb herauskommt. Er hat Kf. nochmals gefragt, ob es sein beständiger Wille wäre, daß man schließen sollte, wenn auch der Punkt wegen der Subsidien nicht zu erhalten wäre, und er hat es bejaht. Jena hätte ja wohl gesehen, was sein Bruder geschrieben, wie wenig Freunde er von der Gegenseite hätte und vielmehr von allen beneidet und verfolgt würde, da hergegen Frankreich alle seine Querellen und Prätensiones über sich nehme, ihm in allem Assistenz und Appuy verspreche, und er also aus dieser Allianz mehr Nutzen als Frankreich zu gewarten habe.

F. v. Jena und F. Meinders an den Kurfürsten. s. l. et d. [Berlin 6./16. November 1680.]

[Die Konferenz mit Rébenac. Anfrage wegen einiger noch strittigen Punkte.]

16. Nov. Gestern hat man[1]) Vor- und Nachmittag mit Rébenac wegen Adjustierung des Traktats konferiert und ist dabei wegen der Ingredienzien nichts von sonderbarer Diffikultät vorgefallen, nur hat man nötig erachtet, wegen folgender Punkte Erinnerung zu tun und darauf des Kf. Resolution zu erwarten:

1. R. wünscht das Projekt des Traktats vor der Unterzeichnung erst dem Könige zuzusenden, aus besonderen Ursachen, welche dem Kf. mehr vorteilhaft als nachteilig sein möchten.

2. Den vom Nimwegischen Frieden handelnden sehr wichtigen Artikel hat R. so eingerichtet, wie der Beischluß zeigt, sie halten für besser und sicherer, ihn auf die am Rande notierte Weise zu setzen.[2])

---

erhebliche Ursache habe, weshalb er wolle, daß mit dem projektierten Traktat zum Schluß geeilt werde, ohne ferneren Verzug in Gottes Namen zu schließen, wenn auch wegen der Subsidien nichts zu erhalten sein sollte. Jena und Meinders übersenden darauf 4./14. November dem Kf. ein Projekt Rébenacs und ein abgeschriebenes Exemplar des Traktats, in das dessen Monita eingerückt seien, und versichern, sie wollten nichts ermangeln lassen, was zu Endigung der Sache gereichen könnte, sie hätten alles so eingerichtet, daß dieselbe in einer kurzen Konferenz abgetan werden könnte.

[1]) S. Rébenacs Bericht vom 16. November 1680 (Prutz, S. 348).

[2]) Nach Rébenacs Projekt soll dieser 7. Artikel (in dem wirklich abgeschlossenen Traktat ist es Artikel 3) lauten: Quant à ce qui concerne le Traitté conclu à Nimegue, chacun sait que S. A. S. de Brand. n'y a pris aucune part, mais au contraire qu'elle a fait ses protestations contre en temps et lieu: neanmoins sadite A. E. declare et s'oblige par le present Traitté de garantir Sa Maj. T. C. dans la possession et jouis-

3. Wegen Proportion der Hilfe prätendiert R., daß, wenn der König sechs Mann gibt, Kf. vier geben solle, sie dagegen verlangen, daß der König doppelt soviel als Kf. geben solle.

4. Weil der die spanische Sache betreffende 24. Artikel nur von der Exekution zu Wasser spricht, Kf. aber auch eine Exekution zu Lande beabsichtigt, so würde nötig sein, deswegen mit R. zu reden und zu versuchen, ob man nicht diesen Artikel auch auf die Exekution zu Lande extendieren könnte.

5. Wegen einiger Gelder und Vermehrung des versprochenen subsidii annui wird Fuchs Relation abzustatten wissen.

Der Kurfürst an v. Jena und Meinders. D. Potstam 7./[17.] November 1680.

[Bescheid auf ihre Anfragen.]

Er läßt sich gefallen, daß Rébenac das Projekt des Traktats dem König vor der Unterschreibung zuschicke,[1] doch wird vorher alles so adjustiert werden müssen, daß es bei Zurückkunft des Kuriers unterzeichnet werden könne. 17. Nov.

In dem 7. Artikel findet er zwar keine hauptsächliche Diskrepanz zwischen der von ihnen und der von R. vorgeschlagenen Fassung, weil doch alles auf

sance des droits et avantages dont Elle jouit ou doit jouir en vertu du susdit Traitté de Nimegue, qui a esté confirmé et ratifié de l'Empire, de l'assister et secourir en cas qu' Elle y soit troublée, comme estant un des cas specifiés dans la presente alliance, avec cette reserve neanmoins, qu'elle ne pretend point déroger par la aux justes pretentions qu'elle a formées sur l'Empire et ses autres alliés à cause du prejudice notable qu'elle a receu de la susdite Paix. Dagegen soll der mittlere Passus nach dem brandenburgischen Entwurf lauten: Neanmoins Sadite A. E. declare et s'oblige d'estre garand du dit traité, confirmé et ratifié de l'Empire, en tant qu'il concerne Sa Majesté et tout ce qu' Elle en peut raisonnablement pretendre, comme aussi de l'assister etc. Dazu bemerkt Jena in den beiliegenden Erinnerungen zu dem letzten Projekt: Dieser Artikel sei von großer Importanz. Kf. solle garantieren, was der König von Frankreich durch den Nimweger Frieden erhalten habe. Darüber aber seien das Reich und der König nicht einig. Das Reich habe zwar den Frieden, so wie er öffentlich gedruckt ist, ratifiziert, nicht aber das, was, wie Frankreich behaupte, zwischen den französischen und den kaiserlichen Gesandten vorgegangen sei. Das Reich kontradiziere des Königs Vornehmen, halte es für Unrecht und verlange, daß derselbe davon abstehe, der König aber wolle alles maintenieren, nehme es auch de facto weg. Unter diesen Umständen scheine dieser Artikel mehr offensiv als daß er in nuda defensione bestehen sollte. „Wollten I. Chf. D. des Königs Intention und Furnehmen guarantiren, so seind und declariren Sie Sich gleichsam wider das Reich, weil dieser Punkt streitig und dem König von dem Reiche nicht gestanden wird.“

[1]) R. hat am 20. November durch einen Kurier den Vertrag nach Paris geschickt (s. Prutz, S. 348).

den expressen Wortverstand des von dem Reich ratifizierten Traktats ankommt, er sähe aber lieber, daß es bei ihrem Entwurf bliebe.

Die Proportion der Hilfe anbetreffend, so ist seine Meinung immer gewesen, daß der König noch einmal soviel stelle wie er.

Wegen der Exekution zu Lande ist in gegenwärtiges Projekt noch nichts zu bringen, sie können aber R. ersuchen, deswegen nach Hofe zu schreiben und des Königs Meinung darüber zu vernehmen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 11. Dezember 1680.

[Mitteilungen Croissy's über eine beabsichtigte engere Verbindung mit Kf. Die Heirat des Prinzen Ludwig.]

11. Dez. Croissy hat gestern, als er ihn in St. Germain aufsuchte, von selbst die Ankunft des von Rébenac gesendeten Kuriers und die Zufriedenheit des Königs[1]) mit dem Bericht desselben, sowie die Antwort, welche dieser selbe Kurier dem Kf. überbringen werde, berührt und die Hoffnung ausgesprochen, daß es zu einer noch engeren Verbindung mit Kf. kommen und dieser in derselben mehr Sicherheit und Vorteil als in anderen Verbindungen finden werde. Da er darüber nicht informiert ist, so hat er nur in allgemeinen Ausdrücken antworten können. Da hier das Gerücht von der Abreise nach Preußen und der Heirat[2]) des Prinzen Ludwig mit der Prinzessin Radziwil verbreitet ist, so hat er beiläufig gegen Croissy erwähnt, daß er schon Befehl erhalten haben würde, dem König Anzeige davon zu machen, wenn nicht Kf. durch die Gicht in der rechten Hand verhindert sei, solche Befehle zu unterzeichnen. Er nahm die Mitteilung gut auf und bezeugte, viel Anteil an dem Vorteil zu nehmen, welcher sich aus dieser Heirat ergeben würde.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 17./27. Dezember 1680.

[Das beabsichtigte Unternehmen gegen Straßburg.]

27. Dez. Die Aushebungen und andere Maßregeln lassen vermuten, daß man zu Anfang des Frühlings etwas unternehmen wird. Von guter Seite her erfährt

[1]) Schon 19./29. November 1680 hatte Sp. berichtet, Croissy habe ihm aufs neue versichert, daß der König mit dem Verhalten des Kf. ihm gegenüber und der guten Korrespondenz der beiderseitigen Minister, unter anderen zwischen Jena und Verjus in Regensburg (s. darüber Legrelle, Louis XIV et Strassbourg, S. 153ff., und unten Abschnitt V), sehr zufrieden sei.

[2]) S. darüber Schiemann, Luise Charlotte Radziwill, Markgräfin von Brandenburg (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, III), S. 140ff.

er, daß in dem Konseil des Königs beschlossen ist, falls die Stadt Straßburg Werbungen vornehmen oder kaiserliche Truppen einnehmen sollte, sie zu belagern. Man hat dem hiesigen Geschäftsträger der Stadt mitgeteilt, man erwarte, daß diese sich von selbst von der Abhängigkeit vom Reiche loslöse, um im übrigen frei und mit ihren Privilegien unter dem Schutze Frankreichs zu leben. Die Unterhandlungen zwischen Dänemark und Frankreich scheinen nicht vorwärts zu kommen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 6. Januar 1681.

[Mitteilungen des dänischen Gesandten über eine von Kf. beantragte gemeinsame Allianz Dänemarks und Brandenburgs mit Frankreich.]

Der dänische Gesandte[1]) hat ihm im Vertrauen Mitteilung von dem 6. Jan. gemacht, was ihm über die von dem brandenburgischen Gesandten in Dänemark[2]) wegen eines gemeinsam mit Frankreich abzuschließenden Vertrages gemachten Eröffnungen gemeldet worden ist. Man scheint dort geneigt dazu und nur durch die Gerüchte, daß der Vertrag zwischen Brandenburg und Frankreich schon abgeschlossen sei, besorgt gemacht zu sein. Er hat dem dänischen Gesandten, der ihn deswegen sondierte, versichert, nichts davon zu wissen und nicht daran zu glauben, zumal das Anerbieten des Kf. an den König von Dänemark das Vertrauen desselben zu diesem und seine Absicht, die frühere gute Korrespondenz mit ihm fortzusetzen, bezeuge. Der dänische Gesandte gab das zu und ließ erkennen, daß er die Interessen Dänemarks und Brandenburgs für unzertrennlich halte und der Meinung sei, daß trotz der gegenwärtigen Verbindung mit Schweden Dänemark mit Frankreich ohne Schweden verhandeln müßte. Er scheint geneigt zu sein, darüber mit Croissy in Unterhandlung zu treten, und zu wünschen, daß dieses gemeinsam mit Brandenburg geschehe. Auch Croissy hat einmal davon gesprochen, daß der Vertrag mit Brandenburg denjenigen mit Dänemark zuwege bringen werde.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 3./[13.] Januar 1681.

[Der mit Frankreich abgeschlossene Traktat.]

Nachdem zwischen dem König von Frankreich und ihm jüngster Tage 13. Jan. ein Traktat[3]) nebst einigen Separatartikeln geschlossen worden, den man ihm dort mitteilen wird,[4]) soll Sp. diese Sache, welche noch zurzeit sekretiert werden muß, sorgfältig menagieren und sich bei seinen Negotiationen danach achten.

[1]) Hoeg.

[2]) Friedrich v. Brandt. S. unten Abschnitt IV.

[3]) Der Allianzvertrag vom 1./11. Januar 1681 (v. Mörner, S. 708ff., Inhaltsangabe S. 418ff.). Vgl. Droysen, III,3, S. 477f.; Prutz, S. 233ff., 349; Bulard, S. 117ff.

[4]) Sp. meldet 4./14. März 1681, daß ihm Croissy eine Kopie des Vertrages und der geheimen Artikel übergeben habe.

Der Kurfürst an König Ludwig XIV.

D. à Cologne sur la Spree ce 3me de janvier 1681.

[Anzeige der Vermählung des Prinzen Ludwig mit der Prinzessin Radziwill, Bitte, sich derselben anzunehmen.]

13. Jan. Ayant receu tant de preuves d'une bonté toute singuliere, dont V. M. m'honore, je croirois manquer de mon devoir, si je ne mettois entre ses mains avec une confiance entiere mes interests et ceux de mes enfans. Il y a déja quelque temps que l'on a medité un mariage[1]) entre mon fils, le Prince Louys, et la Princesse Radziwil, la volonté du père deffunt de la Princesse, l'age et les conveniences de ces deux personnes et plusieurs autres considerations m'ont obligé à le souhaitter, mais les inclinations reciproques que tous deux ont témoigné d'avoir l'un pour l'autre dés le moment qu'ils se sont vûs ont achevé l'affaire qui est sur le point de se conclure par la benediction sacerdotale le 7me de ce mois.[2]) Je viens donc, Monseigneur, implorer l'appuy et la bienveuillance de V. M. pour ces deux jeunes amants, qui abandonnent leurs interests entre les mains de V. M., et qui se croyent à l'abry de toutes les persécutions qui se pourroient former contre eux sans les ailes de Votre protection. Les veües diverses, qu'on a eu en Pologne pour cette Princesse, et que V. M. n'ignore pas, me font prevoir quelques crieries et intrigues contre ses interests, mais pourveû que V. M. fasse connoitre par ses Ministres, qu' Elle aggrée ce mariage et qu' Elle prend les contractans sous sa protection, ce sera assez pour dissiper toutes les malignités et machinations. J'espére d'obtenir cela d'autant plus aisement, qu'il a plû à V. M. de me faire assurer par les Ministres qu' Elle a en Pologne et icj, qu'Elle appuyeroit puissamment mes interests en toutes occasions, et particulierement en celle-cy, qui me tient à cet heure le plus au coeur, ainsi que mon Conseiller et Envoyé Extraordinaire auprés de V. M. le Sr de Spanheim luy expliquera plus amplement quand Elle luy accordera audience. C'est à cela que j'ose me remettre du reste, en attendant, que V. M. aye la bonté de reiterer à ses dits Ministres en Pologne les ordres qu' Elle leur a déja donnés en faveur de cette affaire. —

---

[1]) S. oben S. 404.

[2]) Die Vermählung hat wirklich am 7. März 1681 stattgefunden. S. Schiemann a. a. O. S. 143.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 3./[13.] Januar 1681.

[Die mit Dänemark abzuschließende Allianz. Befehl, darüber mit Hoeg in Verhandlungen zu treten.]

Aus dem Beischluß erfährt er, was jüngsthin v. Brandt[1]) wegen einer Allianz zwischen Frankreich, Dänemark und ihm berichtet hat. Da in den zwischen ihm und Frankreich verglichenen Separatartikeln auch verabredet worden ist, womöglich Dänemark an sich zu ziehen und mit demselben eine Allianz zu schließen, so hat er Frankreich davon schon Nachricht gegeben. Auch Sp. soll darüber mit Croissy und, wenn dieser es gut findet, auch mit dem dänischen Gesandten reden und demselben anzeigen, daß er zu einer solchen Allianz bereit sei und ihn mit der nötigen Vollmacht versehen werde. Er soll sich aber gegen den dänischen Gesandten von der jüngst mit Frankreich geschlossenen Allianz nichts merken lassen, sondern diesem vielmehr alle etwa deswegen gefaßten impressiones und Meinung benehmen. Sollte Frankreich auch zu einem solchen Bündnis geneigt sein, so kann er nebst dem dänischen Gesandten zur Sache schreiten, einige Artikel entwerfen und dabei in terminis foederis defensivi bleiben. In Separatartikeln könnte auch ihrer Prätensionen an Spanien und den Staat und daß Frankreich dieselben unterstützen wolle, gedacht werden. 13. Jan.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 21./31. Januar 1681.

[Äußerungen Croissy's und Hoegs über die abzuschließende Allianz.]

Er hat mit Croissy über die Allianz mit Dänemark gesprochen. Dieser hielt für gut, daß er (Sp.) mit dem dänischen Gesandten darüber spreche, bemerkte aber, daß derselbe bisher für eine solche Allianz wenig Eifer habe verspüren lassen. Er versprach, demselben keine Mitteilung von dem mit Kf. schon abgeschlossenen Vertrage zu machen, sondern nur im allgemeinen von dem guten Einvernehmen und der Freundschaft zwischen Frankreich und dem Kf. zu sprechen. Gestern hat er dann den dänischen Gesandten gesehen und diesem die anbefohlenen Eröffnungen gemacht. Dieser erinnerte in seiner Antwort an die vertraulichen Mitteilungen, die er neulich ihm gemacht hätte,[2]) und sagte, 31. Jan.

[1]) S. oben S. 405.

[2]) S. oben S. 405. Vgl. über die Verhandlungen Frankreichs mit Schweden und Dänemark Carlson V, S. 167ff.; Recueil des instructions XIII, S. XXXVIff.

Croissy, mit dem er auch davon gesprochen, hielte sich schon Brandenburgs für versichert und Bemühungen Dänemarks bei demselben für unnütz. Er habe bisher immer Befehl erhalten, im Einvernehmen mit Schweden zu handeln, auch in betreff des Bündnisses mit Frankreich, der hiesige schwedische Gesandte habe schon längst Vollmachten dazu erhalten und sie Croissy gegeben, ohne ihm davon Mitteilung zu machen, derselbe habe dann aber die Sache hingezogen und dieses mit dem Reichstage und der bevorstehenden Ankunft Lilienrods entschuldigt. So stehe die Sache bisher, er selbst halte eine Verbindung Schwedens und Dänemarks mit Frankreich nicht für sehr nützlich für Dänemark und glaube nicht, daß man hier eine solche mit Schweden zusammen eingehen wolle, aber das, was sein König ihm in betreff seiner Zustimmung zu den Anträgen Brandenburgs geschrieben habe, stimme nicht zu den früher erhaltenen Befehlen, er werde daher an den König berichten und werde dann wohl genauere Ordre erhalten. Er beklagte sich darüber, daß die ihm erteilten Befehle oft in der Eile auf Nachrichten von Schweden oder sonstwo her ausgefertigt würden und schob die Schuld auf Biermann. Das dänische Konseil sei in betreff des Verhältnisses zu Schweden geteilt, fast nur der Kanzler und er seien darin einer Meinung, daher müßte er in seinen Relationen zurückhaltend sein. Er zweifelte nicht, daß die Allianz Dänemarks und Brandenburgs glücken werde, wenn man von letzterer Seite sie treiben wollte.[1])

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 9./[19.] Februar 1681.

[Auf die Relation vom 21./31. Januar. Das befremdende Verhalten des dänischen Gesandten. Weigerung, Schweden in die Allianz aufzunehmen.]

19. Febr. Er soll dem dänischen Gesandten für seine Mitteilungen danken.

Wir hätten uns aber dergleichen Erklärung desto weiniger vermutet, weil man zu Coppenhagen so große Inclination zu dieser Allianz bezeuget und dabei von Schweden niemalen die geringste Erwähnung getan, dannenhero wir Euch desfalls auch nicht instruiren können, wobei wir es denn auch für itzo bewenden und alles dahingestellet sein lassen. Was weiter in der Sache vorgehet, davon habt Ihr untertänigst

[1]) An demselben Tage berichtet Sp., daß er das Schreiben des Kf. vom 3./13. Januar dem Könige übergeben und ihm die Heiratsangelegenheit des Prinzen Ludwig empfohlen habe. Der König habe darauf sehr freundlich geantwortet und versprochen, seinen Gesandten in Polen anzuweisen, dem Kf. in dieser Angelegenheit gute Dienste zu leisten.

zu referiren, auch zu berichten, was man frantzösischer Seiten von dem Werke urteilet. Dafern man wieder Vermuten einige Inclination zur Reception der Schweden in diese Allianz bezeugen sollte, habt Ihr dagegen mit guter Manier zu remonstriren, daß zum Teil solches nicht practicable, teils auch Franckreich aus solcher Allianz wenig Nutzen und Vorteil haben würde. —

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 10. März 1681.

[Weitere Mitteilungen Hoegs. Die daraus zu ziehenden Schlüsse.]

Er hat dem dänischen Gesandten den ihn betreffenden Inhalt des Reskriptes 10. März des Kf. vom 9. Februar mitgeteilt. Derselbe erklärte darauf, er hätte bisher Befehl, Croissy wegen der Allianz zwischen Dänemark und Frankreich zu sondieren, um nachher dort einen Inklusionsartikel sowohl für Kf. als auch für den König von Schweden zu lassen, man glaube in Kopenhagen nicht, sich dadurch von den mit Brandenburg getroffenen Verabredungen zu entfernen. Er hat ihm aber den großen Unterschied zwischen dieser Erklärung und den v. Brandt in Kopenhagen gegebenen deutlich gemacht, dem letzteren sei kein Wort von einem Einschluß Schwedens in diese Allianz gesagt worden, sondern nur von einer gemeinsamen Allianz Dänemarks und Brandenburgs mit Frankreich. Heug gestand ein, man hätte in Kopenhagen dem brandenburgischen Gesandten gegenüber den Punkt der Einschließung Schwedens berühren sollen, und meinte, er hätte ihm vielleicht mehr gesagt, als seine Ordres ihm vorschrieben. Croissy hätte ihm neuerdings gesagt, die Erfahrung hätte gelehrt, daß eine Allianz mit der einen nordischen Macht wenig Nutzen brächte, wenn die andere imstande wäre, die entgegengesetzte Partei zu ergreifen. Frankreich sei zwar mit der Haltung Schwedens seit einiger Zeit wenig zufrieden, solange dieses aber nicht direkt andere Verpflichtungen eingehe, wolle man ihm die Tür offen lassen, gemeinsam mit Dänemark zu verhandeln. H. fügte vertraulich hinzu, die Absicht Dänemarks sei, daß durch das Benehmen Schwedens trotz Frankreichs der Punkt der Inklusion desselben von selbst falle. Er hätte noch nicht Befehl, ein Allianzprojekt abzufassen oder zu überreichen, sondern Croissy gegenüber in allgemeinen Ausdrücken zu verbleiben, doch sollte er mit ihm, Sp., über das, was vorgehen würde, vertraulich konferieren.

Auch er findet, daß die Erklärungen Heugs mit dem, was in Kopenhagen gesagt wird, nicht übereinkommt. Im übrigen scheint sich daraus sicher zu ergeben: 1. das Vorhandensein einer neuen Allianz zwischen den nordischen Kronen, 2. eine darin enthaltene Verpflichtung zu einer gemeinsamen Allianz mit Frankreich, oder wenigstens, nicht mit diesem ohne den anderen, oder

wenigstens nicht ohne dessen Zustimmung und Einschließung zu verhandeln, 3. daß man dänischerseits glaubt, sich dieser Verpflichtung nicht entziehen zu können, falls nicht Schweden selbst dazu Veranlassung gibt oder Frankreich erklärt, Schweden ausschließen zu wollen, 4. daß Frankreich, nachdem es Brandenburgs durch den letzten Vertrag versichert ist, auch Schwedens versichert sein oder ihm wenigstens den Vorwand, andere Maßregeln zu ergreifen, nehmen will. Es scheint daher nicht zu fürchten zu sein, daß Frankreich vorschlagen oder darauf drängen sollte, daß Brandenburg in eine Allianz mit Dänemark und Schweden zugleich eintrete.[1])

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln an der Spree 14./[24.] Mai 1681.

[Die feindlichen Absichten des Königs von Polen. Verlangen, daß der König ihn dort unterstütze.]

24. Mai Nach des Königs und Croissys Versicherungen haben die französischen Gesandten in Polen Befehl, sich seiner Angelegenheiten anzunehmen, besonders zu befördern, daß der Unwille des Königs über die Radziwillsche Heirat hingelegt werde. Dieselben scheinen aber diesen Befehl nicht mit Nachdruck auszuführen, vielmehr der Bischof von Beauvais, in Hoffnung durch die Empfehlung des Königs von Polen den Kardinalshut zu erhalten, die Sache nicht in gehöriger Weise zu treiben. Denn es ist gewiß, daß der König von Polen vorsätzlicherweise die Konjunktion mit Moskau wider die Türken hintertrieben hat, um statt des Türkenkrieges mit der unter diesem Vorwand aufgebrachten Macht in seine (des Kf.) Lande zu fallen und durch eine Konföderation der Armee ihn zu bekriegen. Unter solchen Umständen muß er auf seine Sicherheit bedacht sein und Vorsorge treffen, daß er nicht unvermutet überfallen werde. Sp. soll daher dieses alles Croissy umständlich vorstellen und ihm zu bedenken geben, ob es mit des Königs Interesse verträglich sein würde, daß er in einen solchen Krieg verwickelt und so inutil gemacht würde, demselben anderweit zu dienen. Er kann nicht begreifen, warum Frankreich die Konjunktion mit Moskau wider die Türken verhindert haben sollte; doch soll er dieses menagieren. Er soll erklären, Kf. könnte zu den heimlichen und öffentlichen Machinationen des Königs von Polen gegen ihn nicht länger stille sitzen, sondern er müßte auf seine Sicherheit bedacht sein, und er ersuchte den König von Frankreich, zunächst

---

[1]) Sp. berichtet am 9. Mai 1681, er habe Heug wegen des Standes der Traktaten sondiert und von ihm erfahren, daß er Croissy ein neues Projekt überreicht, daß er aber von dem schwedischen Gesandten ein solches noch nicht erhalten hätte und daß es ihn auch sehr wunderte, daß der seit drei Wochen hier angekommene Lilienrod ihn weder besucht noch ihm seine Ankunft angezeigt habe.

seinen Gesandten in Polen nochmals zu befehlen, in dieser Sache für ihn mit Nachdruck zu agieren, oder, falls dieses nichts verfangen und es zur Ruptur kommen sollte, ihm der Allianz gemäß Hilfe zu leisten.[1])

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 12./22. August 1681.

[Das Unternehmen gegen Casale. Die Bedrückungen der Reformierten.]

Hauptgegenstand des Gespräches ist jetzt, daß der Herzog von Mantua[2]) heimlich Casale und Montferrat an den König verkauft haben und daß man mit ihm übereingekommen sein soll, Truppen nach Italien zu schicken und Casale zum Schein angreifen zu lassen. Man behauptet, der König werde nach Lyon und Louvois nach der Dauphiné reisen, um die nötigen Anordungen zum Marsch der Truppen zu treffen. 22. Aug.

Die Deputierten der Reformierten[3]) aus Poitou haben Louvois, zu dessen Departement diese Provinz gehört, eine Beschwerde über die auf Befehl des Intendanten Marillac verübten Gewalttätigkeiten übergeben, dieser hat es übernommen, sie dem König zuzustellen. Manche glauben, daß der König, nachdem er besser über das Verfahren gegen seine reformierten Untertanen unterrichtet ist, geneigt ist, dem Einhalt zu tun und Mäßigung in der Ausführung der Dekrete zu zeigen, und daß auch die Minister derselben Meinung sind, besonders wegen des großen Aufsehens, welches dieses Verfahren im Auslande erregt, und der massenhaften Auswanderung. Seit den letzten Dekreten sollen schon über 12000 Personen das Königreich verlassen haben.

---

[1]) Sp. berichtet am 10./20. Juni 1681, er habe Croissy die anbefohlenen Vorstellungen in der polnischen Angelegenheit gemacht, dieser habe aber behauptet, er sehe wenig Grund zu solchen Befürchtungen, die französischen Gesandten meldeten davon nichts und er könnte auch nicht begreifen, wie der König von Polen imstande sein sollte, solche Absichten zu fassen oder auszuführen. Er habe aber erwidert, die dem Kf. von verschiedenen Seiten zugegangenen Nachrichten schienen nur zu guten Grund zu haben, daher würden neue Befehle an die dortigen französischen Gesandten sehr zeitgemäß sein und ebenso die Versicherung, daß man im Notfalle Brandenburg der Allianz gemäß reelle Hilfe leisten werde. Cr. habe darauf versprochen, mit dem König darüber zu reden.

[2]) S. Recueil des instructions XIV, S. 145ff., der Text des Vertrages vom 8. Juli 1681 S. 274ff.

[3]) Über die damaligen weiteren Gewaltmaßregeln gegen die Hugenotten s. Douen, La révocation de l'édit de Nantes à Paris I, S. 336ff.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 5. September 1681.

[Mitteilungen Croissy's über Rébenacs Bericht und Hoegs über die Verhandlungen Frankreichs mit Dänemark und Schweden.]

5. Sept. P. S. Er ist gestern abend von Fontainebleau zurückgekehrt, wo er Croissy gesprochen hat. Derselbe teilte ihm mit, Rébenac hätte[1]) in seiner letzten Relation von einer Unterredung mit Kf. berichtet, in welcher dieser ihn vollständig über die Fortdauer und Festigkeit seiner Stellung Frankreich gegenüber aufgeklärt und versichert habe, unweigerlich an allem festzuhalten, was der letzte Vertrag enthielte. Der König sei davon um so mehr befriedigt, da man Verdacht gehegt und es den Anschein gehabt habe, als wenn eine Änderung in der Haltung des Kf. eingetreten sei. Er hat seiner Verwunderung über das letztere Ausdruck gegeben und versichert, daß er nichts davon aus den ihm von Berlin zugekommenen Depeschen habe erkennen können und daß nur der Gebrauch der Wasser von Farges zur Befestigung seiner Gesundheit ihn in den letzten Wochen verhindert habe, an den Hof zu kommen.

Von dem dänischen Gesandten hat er erfahren, daß die Traktaten der beiden nordischen Kronen mit Frankreich nicht von der Stelle rückten, hier behauptete man, die ersteren seien daran schuld und ständen in geheimen Unterhandlungen mit dem Kaiser, worauf der schwedische Gesandte neulich erwidert hätte, er wüßte davon nichts, es hinge nur von dem Könige von Frankreich ab, die Bedingungen zu erleichtern und besser zu machen. Die Angelegenheit wegen Zweibrücken[2]) soll auch noch unverändert stehen und Schweden von Nachgiebigkeit und Annahme einer Geldentschädigung nichts wissen wollen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 6./[16.] September 1681.[3])

[Befehl, den König seines Festhaltens an der Verbindung mit demselben zu versichern.]

16. Sept. Er hat mit Verwunderung aus seiner Relation[4]) ersehen, daß Croissy zu erkennen gegeben, man hätte dort geargwöhnt, daß er von der guten Diposition für den König und dessen Interesse absetzen und eine Änderung in seiner Konduite vornehmen würde.

---

[1]) S. Prutz, S. 352.

[2]) S. Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, S. 155ff.; Carlson V, S. 171.

[3]) Fast ganz in Ziffern. Das Konzept von Fuchs' Hand mit Zusätzen von Meinders.

[4]) S. oben.

Nun ist zwar nicht ohne, daß wir bei vorfallender Gelegenheit über der Kammern zue Metz und Brysach Proceduren wie auch über die harte Verfolgunge, so unsere Religionsverwandte in Franckreich ausstünden, doliret, welches uns dann als einem evangelischen Reichsfürsten nicht verdacht werden können, wie wir dann auch wegen der Proceduren, so die Kammer zu Metz fürgenommen, Ihrer K. M. keinen anderen Rat als welchen Sie von dero getreuem Freunde erwarten können, aus guter Meinung und aufrichtiger Intention erteilet. Daß wir aber in Sinne sollten genommen haben, von der genauen vertraulichen Freundschaft und Verbindunge, so zwischen Ihrer K. M. und uns ist, abzusetzen oder in unseren consiliis und conduite einige Aenderunge vorzunehmen, solches ist ganz ungegründet, wie wir dessen den Grafen von Rébenacq zur Genüge versichert haben. Wir befehlen Euch demnach hiemit in Gnaden, nicht alleine obiges dem Marquis de Croissy zu hinterbringen, sondern auch umb eine Particulier-audience bei I. K. M. anzusuchen und deroselben alle ersinnliche Versicherung von unser Beständigkeit und daß wir uns an demjenigen, was zwischen I. M. und uns verglichen worden, unzerbrüchlich halten und demselben allemal nachkommen würden. — Im übrigen versicherten wir uns hinwiederumb Ihrer M. beständigen Freundschaft und daß dieselbe ihro unser Interesse bei allen vorkommenden Gelegenheiten aufs beste ferner werden recommendiret sein lassen, wobei Ihr dann auch nach Befinden wegen Zahlung deren aus dem bekannten Tractat uns restirenden Gelder woll einige Erinnerung, jedoch in glimpflichen terminis, tun könnet, allermaßen wir deßfalls an I. K. M. guten intention keinen Zweifel tragen. —

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 9./19. September 1681.[1]

[Mitteilungen Croissy's über die bevorstehenden Verhandlungen mit dem Reiche. Verschiedene Gerüchte über die Absichten des Königs. Herstellung des Vertrauens zu Kf.]

Gestern ist er aus Fontainebleau zurückgekehrt. Croissy berührte in der Unterredung, welche er dort mit ihm hatte, die Reichsangelegenheiten,[2] die Verzögerung der Ankunft der kaiserlichen Gesandten in Frankfurt und deren 19. Sept.

[1]) S. Schefers Ausgabe von Spanheims Relation de la cour de France, S. XII.

[2]) S. darüber unten Abschnitt V.

Verlangen, daß die Minister der Kurfürsten und Fürsten von der dortigen Zusammenkunft und den Beratungen ausgeschlossen würden. Es wäre dasselbe Verhalten wie in Nimwegen, wodurch den Reichsständen die Einzelheiten von dem, was über Ober- und Niederelsaß und die Zugehörigkeiten zu den drei Bistümern vorgegangen sei, verborgen worden seien. Hier wünschte man dagegen, daß alles angesichts des ganzen Reiches aufgeklärt werde, daher hätte Verjus Befehl, in Regensburg es mitzuteilen, und hätten die französischen Gesandten in Höchst zwischen Mainz und Frankfurt Aufenthalt genommen, um dem Reichstage Zeit zu lassen, seine Maßregeln deswegen zu treffen.

Er hat in Fontainebleau alle Welt noch in derselben Ungewißheit wie früher über die Absichten des Königs gefunden. Die einen glauben, man suche nur den Herzog von Mantua einzuschüchtern, andere glauben, die getroffenen Rüstungen gälten Straßburg, einige wieder sagen, Genf sei schon angegriffen, was bisher aber ungegründet zu sein scheint, andere wieder meinen, die Gerüchte seien übertrieben und man hätte gar keinen bestimmten Plan. Von der Reise des Hofes nach Lyon ist nicht mehr die Rede, auch Louvois ist nicht nach der Dauphiné abgereist.

P. S. Aus Croissy's Reden hat er ersehen, daß das Mißtrauen, welches man seit einiger Zeit infolge von Nachrichten aus Berlin gegen Kf. gefaßt hat, ein ziemlich tiefes gewesen ist, daß die letzten Berichte des dortigen französischen Gesandten aber dem schon abgeholfen und alle gewünschte Versicherung gegeben haben. Croissy bemerkte, es gebe keinen Fürsten, der höhere Achtung für Kf. empfinde als der König, und Kf. könnte keinen mächtigeren Bundesgenossen wählen als diesen. Er kam dann auf die polnischen Angelegenheiten und behauptete, das Mißtrauen wegen des Verhaltens der dortigen französischen Gesandten in den Angelegenheiten des Kf. sei ungegründet, die Befehle des Königs und ihre Antworten rechtfertigten es hinlänglich.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 3. Oktober 1681.[1]

[Seine Audienz beim Könige.]

3. Okt. Sogleich nach Empfang einer ihm im voraus zugesandten Abschrift des Reskriptes vom 6. September ist er nach Fontainebleau abgereist, hat dort mit Croissy gesprochen und am folgenden Tage beim König Audienz gehabt. Über die letztere berichtet er besonders.[2] Croissy hat ihm versichert, daß

[1]) In Ziffern.

[2]) In dieser, auch in Ziffern geschriebenen Relation berichtet er, daß der König auf seine Anrede, in welcher er erklärt habe, von Kf. beauftragt zu sein zu versichern, daß derselbe nichts höher schätze als die Freundschaft und das Wohlwollen des Königs, daß er immer fest und getreulich den mit ihm geschlossenen Vertrag erfüllen werde

die ihm erteilte Kommission sehr angenehm sei, daß man in dieselbe völliges Vertrauen setze, und daß Kf. seinerseits ebenso auf die Freundschaft und die guten Dienste des Königs bei allen Gelegenheiten, soweit es das Wohl seines Reiches zuließe, rechnen könne. Er behauptete, aus Rücksicht auf Kf. hätte man eine von schwedischer Seite gestellte Bedingung verworfen, und infolgedessen sei der Vertrag mit Schweden noch nicht zustande gekommen. Wegen der restierenden Subsidien versprach er mit dem Könige zu sprechen, damit die nötigen Ordres zur Zahlung dessen, was noch außer den von hier an Rébenac angewiesenen 100000 Livres fällig sei, erteilt würden. Erst nach seiner Rückkehr von Fontainebleau und der Abreise des Königs nach Straßburg hat er das Original des Reskriptes vom 6. September erhalten. Da seine Audienz gerade in die Zeit der Abreise des Königs nach Straßburg fiel, aus diesem und anderen Gründen mehrere Gesandte in Fontainebleau anwesend waren und sie nach dem Lever des Königs und vor der Abschiedsaudienz des holländischen Gesandten angesetzt war, folglich nicht geheim bleiben konnte, so hat er aus derselben auch, um keinen falschen Argwohn zu erregen, als stände sie mit dem Unternehmen gegen Straßburg in Beziehung, kein Geheimnis gemacht, sondern dem kaiserlichen Gesandten und anderen mitgeteilt, sie betreffe die Zahlung der rückständigen, in dem Friedensvertrage zugesagten Gelder, womit er keine Unwahrheit gesagt hat und was auch geglückt zu sein scheint.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 3. Oktober 1681.[1])

[Die Reise des Hofes nach Straßburg. Mitteilungen Croissy's über dieselbe. Vermutungen über die weiteren Absichten des Königs. Die Besetzung von Casale.]

Die erste Nachricht von der Reise des Hofes nach Straßburg hat er auf dem Wege nach Fontainebleau erhalten und sie bei seiner Ankunft dort bestätigt 3. Okt.

und daß er ebenso auf Fortdauer der Freundschaft des Königs und auf Erfüllung der ihm gemachten Zusagen, auch auf Zahlung der ihm zugesagten Gelder rechne, geantwortet habe: qu'il n'avoit pas doute de la fermeté des intentions de V. Alt. El. à conserver son amitié envers luy et de n'aller point en arrière des mesures qui en avoient esté renouvellées par le dernier traitté, qu'il ne laissoit pas d'être bien aise d'en apprendre cette confirmation par ma bouche, que je pouvois asseurer V. Alt. El. qu'il satisferoit tousiours à ses engagemens avec Elle et qu'il luy donneroit en toutes rencontres des marques de son amitié particulière. Que pour les sommes encore deues il avoit desia donné des ordres pour en faire toucher par le Comte de Rebenacq et auroit soing que le reste fût acquitté au plutôt autant que l'estat present de ses dépenses nouvelles, qu'il alloit faire, le pourroit permettre.

[1]) S. Schefer a. a. O. S. XIII.

gefunden. Gerüchte von einem gegen Straßburg beabsichtigten Unternehmen waren, wie er von Zeit zu Zeit gemeldet hat, schon seit einiger Zeit verbreitet, doch schien manches dem zu widersprechen. Der ganze Hof, auch die Königin und die Herzogin von Orleans, glaubten, daß man am 30. nach Chambord aufbrechen werde. Erst Freitag den 26., nach der Abreise Louvois' und der Ankunft eines Kuriers, hat der König seinen Hofleuten erklärt, die Reise werde nach Metz und dem Elsaß gehen. Croissy, den er am 28. in Fontainebleau sah, hat zu ihm davon nur in allgemeinen Ausdrücken gesprochen: Der König wollte seine Plätze im Elsaß besuchen, er wünschte nur, den Frieden mit dem Reiche aufrecht zu erhalten, er werde dieses erkennen lassen durch gerechte und raisonnable Vorschläge, von denen Rébenac beauftragt sei dem Kf. Mitteilung zu machen, dementsprechend hätten die französischen Gesandten Befehl, sich nach Frankfurt zu begeben, die Absichten und Schritte des Kaisers hätten den König genötigt, ihnen rechtzeitig entgegenzutreten. Graf Mansfeld, der bisher an Absichten auf Straßburg nicht hatte glauben wollen, war sehr überrascht, er hat zwei Unterredungen mit Croissy gehabt, bei denen es zu heftigen Vorwürfen und harten Worten gekommen ist. Da Mansfeld sich mit allgemeinen Versicherungen nicht zufriedenstellen lassen wollte, sondern eine positive Erklärung verlangte, so hat ihm Croissy am folgenden Tage erklärt, der König wolle die Huldigung der Stadt Straßburg entgegennehmen und so das zur Ausführung bringen, was ihm kraft seiner durch den Münsterschen Frieden abgetretenen und durch den Nimweger bestätigten Souveränität im Elsaß gehöre. Mansfeld hat darauf erwidert, er nehme dieses als den Anfang des Bruches mit dem Kaiser und dem Reiche. Croissy hat an demselben Tage auch anderen Ministern, so dem englischen und dem holländischen, mitgeteilt, daß der König ginge, sich in Straßburg huldigen zu lassen. Man weiß übrigens, daß es sich um die Besitzergreifung der Stadt handelt, daß Louvois schon die Kapitulation, welche er der Stadt insinuieren solle, mitgenommen hat, und daß, wenn diese sich nicht fügen sollte, sie von 40000 Mann angegriffen werden soll, man glaubt aber nicht, dort großen Widerstand zu finden. Manche glauben, daß man dabei nicht stehen bleiben, sondern daß die Einnahme von Luxemburg darauf folgen werde. Andere meinen, daß man nach der Einnahme von Straßburg sich zu einem Vergleich mit dem Reiche verstehen werde; auch Graf Mansfeld scheint zu meinen, man werde französischerseits das vorschlagen, wovon schon bei den Verhandlungen in Münster die Rede gewesen ist, nämlich, daß Frankreich Elsaß als Reichslehen behalten solle. Derselbe sowie die italienischen Fürsten und Minister sind nicht weniger beunruhigt durch die Übergabe der Zitadelle von Casale. Die hiesigen schwedischen Gesandten haben häufige Konferenzen mit dem kaiserlichen gehalten, der letztere scheint schon auf die nordischen Kronen, besonders auf Schweden, zu zählen.

Der Kurfürst an Jena und Meinders. D. Potstam 3./[13.] Oktober 1681.

[Mitteilungen Rébenacs über die Besetzung von Straßburg, Befehl, mit demselben eine Konferenz zu halten.]

Graf Rébenac ist[1]) bei ihm gewesen und hat ihm aus einem Schreiben 13. Okt. seines Königs die Ursachen angezeigt, warum sich derselbe der Stadt Straßburg bemächtigen wolle, worunter die vornehmste war,[2]) von wegen des Kaisers sollte der Graf von Mercy mit der Stadt wegen Aufnahme einer kaiserlichen Garnison von 6000 Mann kapituliert haben. Er hat dabei hoch kontestiert, daß sein König nicht im geringsten beabsichtige, den Frieden mit dem Reich zu brechen, und was dergleichen mehr. Er hat ihm in generalibus und ohne contestation oder aigreur geantwortet und angezeigt, daß er einige seiner Räte kommittieren wollte, die mit ihm eine Konferenz halten sollten. Sie beide sollen, sobald Jena wieder nach Berlin gekommen ist, mit R. zusammenkommen, dasjenige, was er dieser Sache halber anzubringen hat, ad referendum nehmen, jedoch dabei erwähnen, daß Kf. wohl gehofft hätte, nachdem er dem Könige alle ersinnlichen Preuven einer sinceren Freundschaft gegeben, derselbe würde ihm von diesem das Reich betreffenden Vorhaben einige vertraute Ouverture gemacht haben, er hätte es aber erst nach dem Verlauf aus den gemeinen Gazetten vernommen und wäre daher nicht wenig surpreniert worden. Im übrigen sollen sie sich in terminis generalibus halten, R. auf eine Antwort von ihm vertrösten und ihm was derselbe in der Konferenz vorbringen wird nebst ihrem Gutachten, wie er beantwortet werden könnte, eröffnen.[3])

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 11./21. November 1681.

[Mitteilungen Croissy's über den Assoziationstraktat und die Maßregeln gegen Luxemburg.]

Er hat am 8./18. Croissy nach seiner Rückkehr gesehen. Derselbe hat 21. Nov. mit ihm von der Neigung des Königs, die Freundschaft mit dem Reiche durch eine Grenzregulierung wiederherzustellen, und von den deswegen den Gesandten

[1]) S. Prutz, S. 353f.

[2]) S. Legrelle, Louis XIV et Strasbourg, S. 184f.

[3]) Aufzeichnungen über diese Konferenz und über die von Kf. Rébenac erteilte Antwort sind nicht vorhanden, doch s. Prutz, S. 354.

in Frankfurt erteilten Befehlen gesprochen. Er berührte auch die im Haag abgeschlossene Ligue[1]) und sagte, er hätte zu dem schwedischen Gesandten gesagt, der König hätte sich nie denken können, daß der König von Schweden der erste sein würde, eine Ligue gegen Frankreich zu unterzeichnen. Er sprach auch von den Vorgängen in Flandern[2]) und erklärte, mit der angeblichen Blocquade von Luxemburg stehe es ganz anders, der König hätte nur Proviantsendungen dorthin nicht durch sein Gebiet den Durchzug gestattet, solange Spanien seinen Anspruch auf Alost nicht befriedigt hätte. Manche meinen, dieser Aufschub der Unternehmung in Flandern geschehe nur aus Rücksicht auf England, um den Vorwand für die Assoziationsliga zu nehmen, um welche man sich dort seitens Hollands und Schwedens bemüht. Die dänischen Minister scheinen nicht zu glauben, daß ihr König in die Liga treten wolle und daß, wie Graf Mansfeld behauptet, deswegen Verabredungen mit dem Kaiser getroffen seien.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 9./19. Dezember 1681.

[Äußerungen Croissy's zu Meyercrohn, dessen Mitteilungen darüber und Wunsch, daß Kf. und Dänemark zusammengehen möchten.]

19. Dez. Man scheint jetzt hier geneigter zu einer Allianz mit Dänemark zu sein, besonders seit den letzten Schritten Schwedens. Da Hoegh im Begriff ist abzureisen und Meyercrohn die Geschäfte übernimmt, hat Croissy in der Audienz, welche derselbe vor drei Tagen bei ihm hatte, diese Angelegenheit berührt und ihm unter anderem vorgestellt, man hätte erkannt, wie Frankreich es verstände, seine Bundesgenossen aufrecht zu erhalten, Dänemark hätte zuzusehen, ob es nicht Eroberungen zu machen hätte, in deren Besitz es später aufrecht erhalten zu werden wünschte. Die dänischen Minister verbergen auch nicht die eifrigen Bemühungen des Kaisers und Hollands, sich mit ihnen zu verbinden, und bezeugen ihm, daß sie für ihren König nichts für vorteilhafter halten, als gemeinsam mit Kf. Verbindungen einzugehen.

P. S. Meyercrohn hat ihm vertrauliche Mitteilung von dem gemacht, was Croissy als Motiv, um den König von Dänemark zur Verbindung mit Frankreich zu bewegen, angeführt hat, und ihn gefragt, ob man nicht auch ihm gegenüber von der Eroberung Pommerns spreche, und ob er nicht Befehl habe,

---

[1]) Der sogenannte Assoziationsvertrag zwischen König Karl XI. von Schweden und den Generalstaaten (d. Haag 30. September / 10. Oktober 1681) Dumont VII, 2, S. 15f. S. Ranke, Französische Geschichte, III, S. 472; Erdmannsdörffer, I, S. 664.

[2]) S. Schoetter, Le Luxembourg et le comté de Chiny depuis le traité de Nimègue (Publications de la section historique de l'institut de Luxembourg. XII), S. 287 ff.

darüber zu unterhandeln. M. hat erklärt, daß er selbst mehr Nutzen für seinen König in dem Eintreten desselben in die Ligue der Generalstaaten und Schwedens sehe, daß Heugh aber anderer Meinung zu sein scheine, jedenfalls sei wünschenswert, daß Dänemark und Kf. hierin zusammen handelten. Er hat nur auf den bisherigen Verlauf der Unterhandlungen hingewiesen und die Hoffnung ausgesprochen, daß der König von Dänemark jetzt mit Kf. Verbindungen anknüpfen und seinem Gesandten in Berlin Befehl erteilen werde, darüber zu verhandeln, M. wird aber gewiß mit dieser Antwort nicht zufrieden sein, sondern zu erfahren wünschen, was für Befehle ihm Kf. in dieser Angelegenheit erteilt hat.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 16./26. Dezember 1681.

[Mitteilungen Croissy's über die Verhandlungen in Frankfurt und über eine Äußerung Straetmans. Die dort von einigen Fürsten versuchten Neuerungen. Unzufriedenheit Croissy's mit der Haltung Schwedens.]

Er hat Croissy in dieser Woche in St. Germain gesehen, derselbe sprach 26. Dez. mit ihm von der Konferenz in Frankfurt[1]) und meinte, die meisten Kurfürsten und Fürsten schienen die Erhaltung des Friedens zu wünschen und den Vorschlag Frankreichs, daß dieses behalte, was es in Besitz habe, und in der Zukunft auf weitere Ansprüche verzichte, annehmen zu wollen, besonders hoffe man auf einen Vergleich mit K. Pfalz, man wolle französischerseits demselben die Einkünfte der Gebiete, in deren Besitz man sich gesetzt hätte, lassen, auf weitere Ansprüche verzichten und ihm eine Geldentschädigung zahlen. Man zweifele nicht, Kf. könnte dazu beitragen, K. Pfalz zur Annahme dieser Vorschläge zu gewinnen. Man hat ihn erkennen lassen, wie sehr man ein solches Abkommen mit demselben wünsche, und daß man hoffe, ein solches werde auch die Verständigung mit den anderen Interessierten erleichtern. Er hat darauf nur in allgemeinen Ausdrücken geantwortet und wird abwarten, ob Kf. ihm Befehle deswegen erteilen wird. Croissy erwähnte auch bei Gelegenheit der Frankfurter Konferenz, Straetman[2]) hätte bei der Tafel geäußert, die Kurfürsten im Reiche hätten nicht mehr zu prätendieren als die Edelleute in Polen, die ihren König erwählten, Kf. hätte nach Rébenacs Bericht darüber großen Unwillen geäußert. Er hatte bisher davon noch nichts gehört, und er wundert sich, daß ein so aufgeklärter und über die polnischen und Reichsangelegenheiten so gut unterrichteter Minister sich so hat vergessen können. Er erkennt aber im allgemeinen mehr und mehr, daß nichts den Vorrechten der Kurfürsten präjudizierlicher

[1]) S. unten Abschnitt V.
[2]) S. ebendaselbst.

und von gefährlicheren Folgen sein könnte, als die Neuerungen, welche die Minister einiger Reichsfürsten in Frankfurt machen wollen. Das Schlimmste ist, daß dieselben besonders von dem Minister eines sonst so ansehnlichen Fürsten ausgehen, doch wird das Haus Lüneburg sich nicht wundern dürfen, wenn es gegen seine Angriffe auf die Prärogativen der Kurfürsten heftigen und kräftigen Widerstand findet.

Croissy zeigte sich in dieser Konferenz sehr unzufrieden mit dem Verhalten Schwedens und bemerkte, er hätte sich wohl gedacht, daß das Ministerium des Grafen Oxenstierna, den er in Nimwegen kennen gelernt hätte, manches Neue und Wunderliche hervorbringen würde.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 21./31. Dezember 1681.

[Auf das P. S. vom 9./19. Dezember. Bereitwilligkeit zu einem gemeinsam mit Dänemark abzuschließenden Traktat mit Frankreich. Anfrage nach dem Verhältnis Dänemarks zu Schweden und zum Kaiser und nach dessen Meinung über einen solchen Traktat.]

31. Dez. Er soll Meyercrohn für die vertrauliche Eröffnung danken, sich zu gleicher Konfidenz erbieten und ihm anzeigen, er hätte längst Ordre und Instruktion, wegen eines zwischen Frankreich, Dänemark und Kf. abzuschließenden Traktats in Unterhandlung zu treten, dänischerseits aber hätte man Schweden dazuziehen wollen, und darüber wäre die Sache ins Stocken gekommen.

Seither deme wären einige Dinge passiret, worüber wir uns notwendig eclairciren müßten, wie ihr dann von ihm zu vernehmen, ob nunmehr der Tractat zwischen Dennemarck und Schweden nicht mehr gültig, kraft dessen diese beide Kronen sich verbunden, daß eine ohne der anderen Beistimmunge und Consens keine Tractaten eingehen sollte, und ob man von solchem Vergleich mutuo dissensu oder de facto abgetreten, oder ob man sich noch daran verbunden hielte. Diesen Zweifel erregete uns der zwischen Schweden und dem Staat jüngst gemacheter Associationstractat, welchen, wann er ohne Vorbewußt und Approbation von Dennemarck, wie die dänische ministri überall contestireten, getroffen, anders nicht als eine aperta contraventio des Lundenschen Tractats angesehen werden könnte. Weshalb wir zu wissen verlangeten, ob Dennemarck dennoch und deme ungeachtet in besagten Associationstractat einzutreten geneiget wäre, imgleichen ob Dennemarck mit dem Keyser eine Allianz zu machen intendire, welches man überall spargiret

und glaubet, daß Liliencrohn umb nichtes anders nach Wien geschicket worden? Wie diese und dergleichen Tractaten mit demjenigen, welchen man dänischer seiten mit Franckreich projectiret und zu verlangen bezeuget, compatible sein können? Ob er, M., instruiret, was I. K. M. zue Dennemarck wegen der zue Frankfurt am Mayn von den frantzösischen Gesandten getanen Proposition, das Röm. Reich betreffend, für Meinunge und Gedanken führeten? Ob nicht anfangs Ir. K. M. zue Dennemarck Meinunge wäre, daß man allerseits den Frieden mainteniren und zue solchem Zweck einen Tractat zwischen Franckreich, Dennemarck und uns zu machen hätte,[1]) ohne dabei einiger Conquesten zu gedencken. Sollte es aber auf eine oder andere Weise zur Ruptur kommen, daß alsdann Franckreich dem König in Dennemarck zu Schonen etc. und uns zue Pommern helfen und dabei mainteniren wollte, welches etwan in heimblichen und secreten Nebenarticulis abzureden, ingleichen der Punct der Subsidien, und was sonst ein jeder à part und Dennemarck mit uns auch à part nach eines jeden Convenienz zu tractiren haben möchte? —

Mémoire [s. l. et d.].[2])

[Vorschlag eines neuen Bündnisses zwischen dem König von Frankreich und Kf.]

Le Roy voyant par les demarches de plusieurs puissances, et entre autres de l'Empereur, de la Suede et de la Hollande, que sous un pretexte specieux de conseruer les Traittés de Westphalie et de Nimegue par une ligue ou association on couure le veritable desir de rallumer la guerre et rejetter l'Empire dans les mesmes desordres, dont il a esté presque accablé dans ces derniers mouuemens: Sa Majesté a crû, que le moyen le plus asseuré seroit de former auec les Princes ses alliez et les mieux intentionnés pour la paix une liaison solide et establir des mesures certaines pour s'opposer conioientement à toutes les mauvaises suittes que pourroit auoir le susdit traitté d'association, et non seulement se donner des assistances reciproques contre ceux, qui voudront troubler la paix, sous le pretexte d'interpreter les traittés de Munster et de Dez. 1681

---

[1]) Das Folgende in Ziffern.

[2]) Dieser Denkschrift liegt die Instruktion Ludwigs XIV. für Rébenac vom 4. Dezember 1681 (s. Prutz, S. 360f.) zugrunde, sie wird also Mitte oder Ende Dezember von R. übergeben sein.

Nimegue, mais aussy, en cas qu'ils soient les premiers à faire des actes d'hostilité, leur en faire supporter tous les dommages en la maniere, qui sera concertée entre les alliez. Et d'autant que Sa Majesté croit pouuoir faire un fondement asseuré sur l'amitié de Son Altesse Electorale de Brandebourg, Elle est bien aise de commencer par sad. A. à former une liaison si iuste et si necessaire au repos de la chrestienté. C'est pour cet effet qu' Elle enuoye un nouveau pouuoir au Comte de Rebenac affin qu'apres s'estre expliqué auec S. A. E. de Brandebourg et ses ministres en la maniere, qui vient d'estre ditte, il luy fasse entendre:

Premierement que le seul but, que Sa Majesté se propose dans ce nouveau traitté, est un maintien sincere de la paix de l'Empire. Sa Majesté, desirant oster à S. A. E. et a tous les Princes bien intentionnés, qui entreront dans cette alliance, l'inquietude, que leur pourroient donner les pretentions, qu' Elle peut auoir, Elle s'oblige et s'engage par toutes les mesures les plus fortes à les borner aux lieux, dont Elle estoit en possession, lorsque ses ambassadeurs sont entrés dans Francfort, à condition que sad. A. E. et les autres Princes alliez veuillent s'obliger à ioindre leurs forces à celles de Sa Majesté contre tous ceux, qui la voudront troubler dans cette possession.

Sur ce fondement Sa Majesté promet, qu' au cas que quelqu' un des alliez soit troublé dans la possession de ses estats, pays et droits, de luy donner un secours de troupes ou d'argent, proportionné à celuy qu' Elle en pourroit receuoir, en cas qu' Elle fust attaquée, et mesme de l'aider à se faire raison de tous les dommages, qu'il pourroit auoir soufferts.

Il est à remarquer que, sans remplir ce present traitté de particularités, qui ne doiuent point venir à la connoissance du public, Sa Majesté se fait un plaisir du nouuel engagement, qu' Elle prend, de seconder toutes les veues et les pretentions, que S. A. E. peut auoir sur diverses puissances, qu'il n'est pas necessaire de nommer. Elle y trouue encore la gloire d'affermir la paix de l'Empire par le seul moyen capable d'en euiter la rupture. Il est inutile de rien aioûter à tout ce que la prudence consomée de S. A. E. luy aura fait conceuoir des suittes de cette nouuelle liaison. Je dois seulement y aioûter, que Sa Majesté en aura une satisfaction tres grande, et quoyque la dite liaison n'oblige S. A. E. à aucune nouuelle despense, Elle est bien aise neanmoins de luy donner, quand ce ne seroit que par de petits effets, de nouuelles marques de son amitié et de la veritable estime, qu' Elle a pour elle.

Ce [1]) memoire n'est que pour servir d'idée à l'affaire dont il est question, y ayant plusieurs choses qu'on pourroit y aiouster si on vouloit y remarquer tous les avantages qui s'y trouuent pour les interets du Roy et de S. A. E., dont le plus considerable est d'ailleurs le repos de l'Empire d'une maniere qui ne laisse aucun lieu de rien apprehender de contraire.

---

[1]) Diesen letzten Absatz hat Rébenac eigenhändig hinzugefügt.

Aufzeichnung Meinders'. 1./11. Januar 1682.[1])

[Mahnungen Rébenac's, die Bedenken gegen den Traktat fahren zu lassen und denselben abzuschließen. Vorstellung der Vorteile, welche Kf. aus demselben ziehen werde.]

Als er gestern Rébenac das vorgebracht, was Kf. ihm anbefohlen, bezeugte dieser darüber große Bestürzung und Bekümmernis, sagte, er wollte Gelegenheit nehmen, mit Kf. selbst zu reden, er hätte bisher von demselben so beständige Versicherung und vielfältige Zusage erhalten, daß man das bekannte Werk unverzüglich abtun sollte, daß er daran nicht im geringsten gezweifelt, auch desfalls zu verschiedenen Malen seinen König versichert hätte. Er wüßte nicht, was und wie er jetzt von der Sache referieren sollte, der König begehrte eben nichts Neues. Kf. wäre kraft des bereits gemachten foederis doch einen Weg als den anderen schuldig, ihn bei Straßburg gleich anderen seinen Plätzen zu maintenieren und garantieren, da das foedus ausdrücklich besagte, daß einer den anderen bei demjenigen, was er besitze, zu garantieren schuldig sei, ohne zu examinieren, ob er jure oder facto mit Recht oder Unrecht angegriffen werden möchte. Der König hätte nicht die Intention, den Frieden mit dem Reich zu brechen, sondern ihn zu affermieren. Wenn das Reich oder der Kaiser Krieg haben wollte, so wäre der König imstande, es zu wagen, und könnte hoffen, noch mehr zu erwerben. Der König verlangte dieserwegen Sicherheit, um seine mesures danach zu nehmen. Kf. wäre in solchem Stande und so hoher Konsideration, daß der König sich desfalls vor allen anderen an ihn 11. Jan.

[1]) In einem undatierten, jedenfalls dieser Zeit angehörenden Billet an Meinders schreibt Rébenac: J'ay un scrupule Monsieur depuis assez long temps sur lequel je vous prie que je puisse vous ouvrir mon coeur, il me paroist, que sur nos dernieres propositions vous avez des retenues que vous ne me ditez point, et je l'attribue à ce que vous voulez avant que d'entrer en matiere savoir a fonds les pensees du D^{k}. affin d'y trouver vos avantages. Cela seroit tres bon, si de la maniere dont on en use avec vous on n'estoit pas en droit d'attendre un proceder plus ouvert, et si d'un autre costé les occasions estoient belles que vous pussiez par force nous contraindre a recevoir des conditions que nous ne voudrions pas offrir. Je me suis expliqué des ordres que j'avois et je vous avoue, qu'il est d'une conséquence plus grande que vous ne la croyez peut estre, que le Roy sache un peu de bonne heure a quoy s'en tenir. Je vous diray mesme Monsieur ce que vous savez desia fort bien, c'est qu' une plus grande longueur ne peut estre attribuee qu' à ce concert avec le D^{k}, et sachant le fonds de vostre coeur sur ce qui vous regarde, ce seroit pour vous une chose si inutile et pour nous si injurieuse qu' en verite je serois fort embarassé à lui donner une bonne couleur. N'attribuez pas tout cela, je vous prie, à aucun eclaircissement de gascon, ce n'est que pour vous seul, s'il vous plaist, et affin que vous n'ayez plus l'embarras de m'amuser. S'il est vray, que vous attendiez des nouvelles de Coppenhague, auquel cas je vous avoue, que nous avrions des pensees qui nous affligeroient beaucoup. Je vous ay envoye de quoy faire remplir vostre banique (?) et en ay de plus une entiere a vostre service. —

adressierte, er könnte also die Glorie und Advantage haben, das Reich vor einem abermaligen verderblichen Kriege zu bewahren, seinem Beispiel würden ohne Zweifel andere Reichsstände folgen, Kf. hätte bereits nach Regensburg, Dänemark und an vier Kurfürsten seine Gedanken wissen lassen, welche sich alle vermutlich darin mit ihm konformieren würden, zumal man französischerseits in solcher Verfassung stände, daß man mehr zu hoffen als zu fürchten hätte. Der König würde nicht allein auf alle weiteren Prätensionen renuntiieren, sondern auch alles, was seit der Abreise der Gesandten von Paris erobert oder incorporiert sei, außer Straßburg, wiedergeben. Sollte Kf. nicht bei seiner Resolution bleiben, so würde es zwar den König betrüben und nicht wenig Nachdenken verursachen, es würde aber dennoch wohl dahin kommen und niemand ihm Straßburg nehmen, der König aber alsdann an Kf. keine Obligation haben. Soviel er (R.) urteilen könnte, käme es nur auf das allzu gering scheinende augmentum des Geldes an, dagegen aber sei in Konsideration zu ziehen

1. daß Kf. ja sich zu nichts Neuem verbünde, sondern bereits in so enger Allianz stände, daß derselben fast nichts als der Name von Straßburg hinzugesetzt würde,

2. Kf. dadurch in seinen consiliis und anderen Mesuren nicht im geringsten turbiert würde,

3. er deswegen nicht einen Taler neue Kosten aufzuwenden brauchte,

4. der König die offerierten 100000 Fr. nicht als ein subsidium, sondern nur als eine marque d'estime den vorigen 300000 Fr. hinzufügte, wofür Kf. seine Domänen verbessern oder ein Regiment zu Fuß mehr unterhalten könnte,

5. ihm bei dem ersten so engen und vertraulichen Traktat auch nicht mehr als 100000 Fr. versprochen worden seien,

6. Kf. dafür andere weit wichtigere Vorteile davontrüge, die den König nicht wenig embarassierten, ja ihn wider seinen Willen in Krieg ziehen könnten, nämlich:

1. daß derselbe sich aller seiner Interessen und Prätensionen annehmen würde, und zwar

2. nicht nur wenn er von Polen, Schweden etc. attacquiert oder turbiert würde,

3. sondern auch wenn Kf. seine Prätensionen, als wegen restierender Subsidien oder sonst urgieren, sich bei verweigerter Satisfaktion selbst bezahlt machen und darüber in Ungelegenheit geraten sollte,

4. der König erbiete sich, ihm hierin absque ulla restrictione zu assistieren, möchte er zu Lande oder zu Wasser seine Satisfaktion suchen,

5. in specie wäre er instruiert, dieses zuzusagen, falls Kf. wegen des weggenommenen Schiffes in Afrika[1]) vom Staat nicht gebührende Satisfaktion erhielte,

6. erbiete sich der König, wenn es zur Leistung der in der vorigen Allianz versprochenen Hilfe kommen sollte, dem Kf. die jetzigen 300- oder 400000 Fr. auf 600- oder 800000 Fr. zu erhöhen,

---

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 618ff.; Schück I, S. 146.

7. was wegen der Succession des Prinzen von Oranien und anderer Angelegenheiten des Kf. und seines Hauses in vorigen Allianzen stipuliert worden, könnte erläutert, extendiert und repetiert werden,

8. die 100000 Fr. wären zwar keine große Summe, bezeugten aber doch des Königs guten Willen,

9. würde der König dem Kf. und auch dessen Gemahlin daneben seine Affektion auf andere Art kontestieren.

Im übrigen wüßte Kf., daß er (R.) mit untertänigster franchise in allen Dingen prozedierte, alles offenherzig vorstellte, wie es ihm befohlen, er erbot sich auch, die an ihn ergangenen Reskripte und Instruktionen im Original zu zeigen.

Er hoffte also, Kf. werde in seiner guten Intention beständig verharren, dadurch den Frieden im Reich festsetzen, seine Glorie vermehren und den König zu Kontinuation seiner Freundschaft und Konfidenz veranlassen. Dabei werde Kf. sich am besten befinden, und auch sein König verlange ungern und außer der höchsten Not mit niemand anders in eine so enge Verständnis zu treten, als worin er mit Kf. wäre.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 20./30. Januar 1682.

[Mitteilungen Meyercrohns und Croissy's über die Verhandlungen mit Dänemark.]

Der dänische Gesandte hat ihm vertraulich die letzten Befehle seines 30. Jan. Königs mitgeteilt, wonach[1]) derselbe geneigt sei, auch ohne Schweden mit Frankreich abzuschließen, wenn man französischerseits in dem Subsidienpunkte weiter ginge und einige andere Wünsche erfüllte. Er hätte auch Befehl, Croissy mitzuteilen, wie heftig der König von Schweden seinen König drängte, in den Assoziationsvertrag einzutreten, mit der Versicherung, daß daß Haus Lüneburg und der Bischof von Münster eintreten würden; ferner sollte er anzeigen, daß sein König fest entschlossen sei, sich nicht von Kf. zu trennen, und daher wünsche, daß man auch diesen für die Verbindung zu gewinnen suche. Doch versicherte er, diese Neigung des Königs, mit Frankreich zu verhandeln, würde nichts helfen, wenn man nicht in bezug auf die Subsidien größere Zugeständnisse machte. Meyercrohn hat ebendasselbe Croissy in der letzten Audienz vorgestellt und dieser hat ihm geantwortet, er zweifle nicht an der Absicht des Königs von Schweden, die Assoziationsligue weiter auszudehnen, aber er glaube nicht, daß derselbe der Herzöge von Celle und Hannover und des Bischofs von Münster sicher sei, der guten Absichten des Kf. sei man sicher und bereit, auch mit ihm nach dem Wunsche des Königs von Dänemark gemeinsame Maßregeln zu nehmen. Die Forderungen des Königs von Dänemark

[1]) S. unten Abschnitt IV.

aber seien unmäßig, man wäre bereit, 500000 Taler im Kriegsfall zu geben, 100000 mehr, als man früher hätte bewilligen wollen. Croissy hat ihm selbst dieses mitgeteilt und zum Schluß die Hoffnung ausgesprochen, die Reise Fuchs'[1]) werde die Schwierigkeiten dieses Traktats ebnen. Er hat ihm erwidert, er zweifelte nicht, daß Meyercrohn gute Absichten hätte, aber daß er am Erfolge verzweifelte, wenn der König von Frankreich bei diesen Anerbietungen bliebe.

Er glaubt, daß der König von Dänemark und dessen hauptsächliche Minister oder Günstlinge das Bündnis mit Frankreich wünschen, aber mit 500000 Talern im Kriegsfalle nicht zufrieden sein werden. Der König glaubt, 800000, ebensoviel wie Schweden in dem Vertrage von 1675 versprochen sind, beanspruchen zu können, wird sich aber vielleicht auch mit 600000 Talern und der Hoffnung auf andere Vorteile, besonders Garantie der Eroberungen im Kriegsfalle, zufriedenstellen lassen.

Croissy hat ihm auch gesagt, man hoffe, daß der Vertrag in Frankfurt auf den Fuß der letzten Proposition zustande kommen werde, K. Pfalz habe allerdings sehr hohe Forderungen gestellt, man hoffe aber, er werde sich akkommodieren, und dieses Akkommodement und die guten Dienste des Kf. würden auch den Vergleich mit den anderen Interessierten erleichtern, der Vertrag mit Kf. wäre nach Rébenacs Bericht zum Abschluß fertig.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 31. Januar/10. Februar 1682.[2])

[Die neue Allianz mit Frankreich, seine weiteren Wünsche.]

10. Febr. Durch den neuen zwischen Rébenac und seinen ministris wegen der gegenwärtigen Konjunkturen abgeschlossenen Vertrag[3]) hat er dem König abermal eine merkliche preuve seiner aufrichtigen Intention gegeben. Während fast jedermann in- und außerhalb des Reichs die Prozeduren des Königs und der Kammern zu Breisach und Metz bei den sogenannten Reunionen und Inkorporationen, besonders die Okkupation von Straßburg, für Tätlichkeiten und Violenzen geachtet, die den Münsterschen und Nimwegischen Friedenstraktaten direkt zuwiderliefen, und um sich gegen fernere solche Reunionen zu sichern, das Röm. Reich eine wirkliche Kriegsverfassung beschlossen hat und in einigen Kreisen schon vigoureuse Anstalten gemacht werden, hat er, auf dessen Konduite

[1]) S. unten Abschnitt IV.

[2]) In Ziffern. Das Konzept von Meinders geschrieben.

[3]) Die am 12./22. Januar 1682 abgeschlossene neue Allianz. S. v. Mörner, S. 715ff. (426ff.). Vgl. Droysen, III,3, S. 485; Prutz, S. 245f.; Bulard, S. 118f.; Philippson, III, S. 297.

und Exempel die vornehmsten Reichsstände ihr Absehen gerichtet, diese so angestellt, daß dem Könige bisher daraus keine Widerwärtigkeit noch Verdruß entstanden, sondern vielmehr alles nach seinem Sinn und Gefallen von statten gegangen ist. Dagegen hat er nicht allein die vom kaiserlichen Hofe und anderen Orten ihm gegen Änderung seiner consiliorum offerierten avantageusen Konditionen recusiert, sondern sich auch durch verschiedene kostbare Schickungen nicht vergebens bemüht, andere, besonders seine Mitkurfürsten, zu einer Konformität mit seiner Konduite zu bringen. Auch die Aufforderungen besonders seitens des Kaisers, Englands und der Vereinigten Provinzen zum Beitritt zu dem Assoziationstraktat und die ihm dafür offerierten Advantagen hat er ausgeschlagen und ungeachtet der geringen und fast nichts importierenden Konditionen, die ihm jetzt aufs neue zugestanden worden, sich lieber mit dem König in einen neuen Traktat begeben, in der Zuversicht, der König werde seine Affektion und Konfidenz nicht allein mit Vergnügen erkennen, sondern sich auch nachfolgender Punkte halber, die Sp. von Zeit zu Zeit bei Gelegenheit beobachten und befördern soll, gegen ihn mit aller Willfährigkeit und nach seinem Verlangen erweisen:

1. Nachdem er durch seine bisherige Konduite sich in große Ombrage und Jalousie gesetzt und befürchten muß, daß man ihm und seinem Hause dieses früh oder spät werde entgelten lassen, erwartet er bei dem Könige dagegen Schutz und Beistand.

2. Verläßt er sich auf die von demselben gegen das Reich und gegen ihn getanenen syncerationes, daß er mit diesem in beständigem Frieden und aufrichtiger Nachbarschaft zu leben intentioniert sei.

3. Weil er sicher weiß, daß sowohl der Kaiser als auch Schweden durch seine jetzige Konduite in nicht geringe Ombrage gegen ihn gesetzt sind, und er daher auch dieser Orten, wo ihm des Königs Beistand sehr spät oder gar wenig zustatten kommen könnte, eines beständigen Appuys bedarf, den er bei niemand besser und leichter als bei Dänemark finden könnte, so erwartet er, daß der König sich auch angelegen sein lassen wird, diese Krone von der anderen Partei, welche sich jetzt um ihre Freundschaft sehr bemüht, abzuziehen und vermittelst guter Konditionen in sein Interesse zu bringen, auch dadurch zwischen derselben und ihm, dem Kf., das gute Vernehmen zu befestigen. Auch er bemüht sich darum, hat deswegen eine expresse Schickung getan, auch Sp. soll Meyercrohn Nachricht davon geben und ihm berichten, daß er von ihm auf diese Art beordert wäre.[1])

[1]) Kf. macht (d. Potsdam 31. Januar / 10. Februar 1682) Sp. Anzeige von dem günstigen Erfolge der Sendung Fuchs' nach Dänemark (s. unten Abschnitt IV) und daß dort verabredet worden sei, er und der König von Dänemark sollten jeder à part mit Frankreich traktieren und auf so gute Bedingungen als möglich schließen, und er weist ihn an, den dänischen Gesandten bei diesen Verhandlungen, besonders in der Subsidienangelegenheit, zu unterstützen. „Im übrigen könnte es zwar bei dem bewußten Tractat verbleiben, dieweil aber Dennemarck nichts davon weiß, selbiger auch beständig und zum höchsten secretirt werden muß, so wird sichs woll nicht

4. Wenn der König dem Römischen Reich, falls es von den Türken angegriffen werden sollte, Hilfe versprechen und eveniente casu wirklich leisten wollte, so würde dieses bei vielen Reichsständen sonderbare Affektion und Konsideration erwecken.

5. Er hält sich versichert, daß der König hinfort nicht nur mit ferneren Reunionen einhalten und die nach Abreise seiner Gesandten geschehenen aufheben, sondern auch bei den früher werkstellig gemachten einige Moderation, besonders gegen die konsiderabelsten Stände, zeigen und dort in puncto religionis nichts ändern wird.

6. Besonders empfiehlt er des Hauses K. Pfalz Angelegenheiten und Interesse, er wird das, was diesem darin Gutes und Ersprießliches widerführe, so aufnehmen, als wenn es ihm selbst geschehe. Sp. soll diese Sache aufs beste und eifrigste befördern, auch den k. pfälzischen ministris anzeigen, daß er solchen ausdrücklichen Befehl erhalten hat.

7. Da auch seine Kinder erster Ehe die heredes praesumptivi des Prinzen von Oranien sind, so bittet er, nicht zu gestatten, daß dessen in dem territorio des Königs gelegene Lande und Domänen so wie bisher distrahiert werden.

8. Er erwartet, daß der König künftig, wenn er mehrere Gesandte schicken sollte, diesen allen die gleichen gebührenden Ehren erweisen lassen wird.

9. Sp. hat daran zu erinnern, daß die dem Kf. versprochenen Gelder besser und richtiger als bisher ausgezahlt werden.

10. Kf. rekommendiert dem Könige seine Angelegenheiten in Polen und im Haag.

Er hat diesen Traktat mit höchstem Fleiß zu sekretieren, damit niemand, besonders der dänische Gesandte, nichts davon erfahre. Er wird selbst am besten beurteilen, ob er eines oder anderen Punktes halber bei dem König Audienz suchen soll, und er soll darunter Croissy's Einraten gebrauchen, auf welchen Kf. ein besonderes gutes Vertrauen gesetzt hat.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 6. März 1682.

[Mitteilungen Croissy's. Die Verhandlungen mit Dänemark.]

6. März Er ist nach Saint Germain gereist und hat mit Croissy über die in dem Reskript des Kf. vom 31. Januar behandelten Punkte gesprochen. Cr. erklärte.

---

anders schicken als daß ein neuer Tractat gemacht und dergestalt eingerichtet werde, damit er Dennemarck und nach Gelegenheit der Conjuncturen hiernegst auch sonsten communiciret werden könne, ratione loci vermeinen wir, daß es sich am besten schicken würde, daß gleich wie Dennemarck zu Coppenhagen, also auch wir alhie den Tractat machten, weßhalben Ihr dann dorten I. K. M. Gedanken und Intention zu vernehmen und uns mit dem ehisten davon untertänigst zu berichten habt."

der König sei dem Kf. viel Dank schuldig und werde ihm dieses in einem Handschreiben ausdrücken. In betreff des Vertrages mit Dänemark hat er demselben alles vorgestellt, was diesen zu höheren Zugeständnissen bewegen könnte, aber Cr. erklärte, der König wolle in Friedenszeiten nicht mehr als 150000 Rtlr. zahlen und hoffe, Kf. werde den König von Dänemark bewegen, sich damit zu begnügen. Die Mitteilung von einem abzuschließenden kommunikablen Traktat nahm er ad referendum. In betreff der pfälzischen Angelegenheit teilte er ihm mit, dieselbe sei schon abgemacht, darauf hätte K. Mainz sofort die Sache dem Reichstage proponiert, auch K. Trier hätte sich, nachdem er einige Umstände gemacht, akkommodiert und Münster schlage eine Ligue der zum Frieden geneigten Fürsten und Reichsstände vor.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 10./20. März 1682.

[Schwierigkeiten, welche dem Abschluß des Vertrages mit Dänemark entgegenstehen.]

Am 17. hat er zu seiner Freude von Croissy erfahren, daß nach Meldung 20. März
des französischen Gesandten in Kopenhagen der König von Dänemark erklärt habe, auf 200000 Taler in Friedenszeiten abschließen und auch in betreff der anderen Artikel keine Schwierigkeiten machen zu wollen. Auch der hiesige dänische Gesandte hat jetzt Ordre erhalten, sich mit jener Summe zu begnügen, aber zugleich ist ihm ein ganz neues Projekt des Vertrages zugeschickt worden, das er Croissy zeigen, von demselben genehmigen lassen und dann zur Unterzeichnung nach Kopenhagen zurückschicken soll, und zwar ist ihm bedeutet worden, daß dieses das Ultimatum des Königs sei. Meyercrohn hat dasselbe Croissy übergeben, dieser aber ist damit wenig zufrieden gewesen und hat ihm heute mitgeteilt, daß der König in den streitigen Punkten nicht nachgeben könnte. Es handelt sich um 3 Punkte: 1. Der König von Frankreich soll seine guten Dienste zusagen in specie zur Durchsetzung der Rechte oder Ansprüche des Königs von Dänemark auf Hamburg und den Zoll auf der Elbe, während man französischerseits keine bestimmte Fälle spezifizieren will, wie Cr. sagt, unter anderem, um nicht dadurch den ganzen niedersächsischen Kreis zu choquieren. 2. Dänischerseits wird verlangt Zusage der Hilfe bei den Streitigkeiten mit dem Herzog von Holstein, wenn deswegen Dänemark etwa von Schweden angegriffen werden sollte, während man sich französischerseits nur im allgemeinen zur Hilfe contra quoscunque aggressores verpflichten will. 3. Dänemark verlangt Zusicherung der Hilfe, wenn es angegriffen werden sollte wegen Repressalien, die es, um sich für die rückständigen Subsidien bezahlt zu machen, gegen Spanien und Holland ausüben sollte. Spanien betreffend, will man es hier zugestehen, aber nicht auch Holland. Nach Meyercrohns

Meinung könnte um dieser Punkte willen, obwohl man wegen der Subsidien übereingekommen ist, die ganze Sache noch stecken bleiben, was man hier nach den Berichten Mortangis' nicht erwartet hat.[1])

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 21./[31. März] 1682.

[Beabsichtigte militärische Maßregeln Schwedens. Vorschläge K. Triers, Befehl, dieselben zu unterstützen.]

31. März Der hiesige dänische Gesandte v. Buchwald hat ihm mitgeteilt, sein König habe aus Schweden gewisse Nachricht erhalten, daß man dort im Werk begriffen sei, eine Armee nach Deutschland zu transportieren und zu dem Zweck 30 Kriegsschiffe auszurüsten, derselbe wünsche seine Gedanken zu erfahren, wie solches zu hintertreiben oder verhindern wäre. Er hat geraten, da die Sache nicht weniger Frankreich als sie beide concernierte, vertraulich mit Croissy deswegen zu kommunizieren. Sp. soll mit Meyercrohn und dann mit Croissy darüber vertraulich reden.

P. S. Beifolgend Abschrift dessen, was K. Trier[2]) an ihn wegen Erhaltung des Friedens im Reich und der von dem französischen Minister Tambonneau getanenen Proposition hat gelangen lassen. Da zu fürchten ist, daß, wenn der König von Frankreich wider K. Triers Willen Truppen sollte nach Trier werfen wollen, alle guten intentiones zur Erhaltung des Friedens mit dem Reiche über den Haufen geworfen und gemeine mesures wider des Königs Interesse genommen werden möchten, so soll er rekommendieren, daß der König sich mit K. Triers Erklärung zufrieden geben möchte.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 7./17. April 1682.

[Croissy's Äußerungen über die angeblichen militärischen Maßregeln Schwedens, die Diversion von Moskau her und über K. Trier. Geschenk für Kf.]

17. April Er hat am 14. mit Croissy über die schwedischen Absichten gesprochen und vorgeschlagen, ob man nicht französischerseits dem König von Schweden und

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Cöln 16./26. März 1682), er sei über die Nachricht von den Schwierigkeiten, welche sich bei dem Traktat mit Dänemark fänden, um so mehr erstaunt, da der König von Dänemark ihm schon vor drei Wochen geschrieben habe, er wollte sich mit 300000 Rtlr. in Kriegs- und 200000 in Friedenszeiten zufrieden geben, und er teilt ihm ein Schreiben, welches er deswegen an denselben gerichtet habe, mit. S. unten Abschnitt IV.

[2]) S. unten Abschnitt V.

dessen Ministern anzeigen wollte, daß unter den jetzigen Umständen eine solche Rüstung und Sendung von Truppen und Schiffen von dem König von Frankreich nur als ein Concert Schwedens mit seinen Feinden angesehen werden könnte. Cr. meinte zuerst, es wäre wenig wahrscheinlich, daß der König von Schweden zu einem solchen Unternehmen imstande sein sollte, auf seine Remonstrationen aber erklärte er, mit dem König darüber sprechen zu wollen. Auch Meyercrohn hat mit ihm über diese Angelegenheit gesprochen und hat dasselbe Versprechen erhalten. Derselbe berührte auch die Frage einer Diversion gegen Schweden durch einen Angriff der Moskowiter[1]) gegen Liefland, doch erwiderte Cr., französischerseits könnte man dazu nichts tun.

Bei derselben Gelegenheit hat er auch mit Cr. wegen K. Triers gesprochen. Derselbe erwiderte, der Vorschlag Tambonneau's wegen Einnehmung einer Besatzung von Schweizern habe keine Folge gehabt, der König sei durch die Erklärungen K. Triers vollständig zufriedengestellt.

Er hat in St. Germain auch die 8 Pferde gesehen, welche der König dem Kf. zum Geschenk schickt, fünf spanische, zwei barbes und ein besonders schönes englisches. Ein Stallmeister des Königs wird noch heute oder morgen mit denselben abreisen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 17./[27.] April 1682.

[Auf die Relation vom 7./17. April. Verhandlungen Schwedens mit Holland und dem Kaiser. Angebliche Absicht des Kaisers, eine Armee ins Reich zu schicken.]

Er hat aus dem Haag Nachricht, daß zwischen Schweden und dem Staat eine nähere Verbindung unter Handen sei, daß der Staat sich bereit erklärt habe, an Schweden Subsidien zu zahlen und ihm im Notfall mit Schiffen, Seeoffizieren und Matrosen zu assistieren. Er soll dieses Croissy hinterbringen. Da bekannt ist, daß der Kaiser und Spanien den Krieg verlangen und daß dieses vornehmlich in Holland verhindert wird, so ist leicht zu ermessen, wohin obiges zielt, daß alle guten Worte, welche Schweden Frankreich gibt, ganz anders zu verstehen sind, und daß es alles, was es nur kann, tut, um wider Frankreich oder dessen Alliierte zu agieren. Graf Altheimb ist vom kaiserlichen Hofe nach Schweden schon abgereist. Aus Holland wird gemeldet, der Staat habe übernommen, bei Spanien um Subsidien für Schweden zu sollizitieren. 27. April

[1]) Auch Kf. hatte (d. Cöln 1./11. April 1682) Sp. mitgeteilt, nach Buchwalds Bericht habe sich der Zar für den Fall, daß es zu einer Ruptur mit Schweden kommen sollte, zu einer Diversion gegen dasselbe bereit erklärt, und er hatte ihn beauftragt, mit Croissy darüber zu sprechen und anzufragen, ob nicht der König von Frankreich an den Zaren schicken und ihn auffordern lassen wolle, gegen Schweden in Aktion zu treten.

P. S. Einer seiner Oberoffiziere, der nach Wien gereist war, hat die Nachricht mitgebracht, daß der Kaiser von ausländischen und deutschen Geistlichen und anderen unter der Hand animiert werde, seine Armee ungesäumt ins Reich marschieren zu lassen, wo sie wohl Unterhalt finden werde. Von anderen Orten hat er Nachricht, daß Schweden zu Wien mit dem kaiserlichen Hofe eine solche Allianz zu machen im Werk begriffen sei, welche die terminos eines Defensivbündnisses weit überschreite.[1])

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 15./5. Mai 1682.

[Mitteilungen Croissy's über die gegen Schweden zu treffenden Vorsichtsmaßregeln, über die schwedischen Anerbietungen und über das Vertrauen zu Kf.]

15. Mai In seinem letzten Gespräch mit Croissy am 2./12. hat er diesem den Inhalt des Reskriptes des Kf. vom 17. April in betreff der engeren Allianz zwischen Schweden und Holland mitgeteilt. Cr. berichtete darauf, daß, entgegen den Bemühungen Fagels zugunsten dieser Allianz die Städte Dortrecht und Amsterdam sich dagegen erklärt hätten, doch war auch er der Meinung, daß man rechtzeitig gegen den König von Schweden Vorsichtsmaßregeln ergreifen müßte, und daß zu diesem Zwecke im Notfall Piquetiere[2]) nach Moskau gehen sollte. Er berichtete ferner, Lilienrodt hätte ihm mitgeteilt, daß sein König bereit sei, in die Allianz mit Frankreich einzutreten und ihn mit der Vollmacht dazu versehen hätte, worauf er ihm erwidert hätte, daß diese Anerbietungen wenig zu dem Auftreten Schwedens in Wien, dem Haag und London stimmten. Er meinte, Schweden mache solche Vorschläge nur, um die Alliierten Frankreichs mit Mißtrauen zu erfüllen. Zu Meyercrohn hat Cr. geäußert, man wäre hier von der Festigkeit des Kf. überzeugt, obwohl die von der Gegenpartei sich mit der Hoffnung schmeichelten, ihn zu sich herüberzuziehen. Ihm hat er spezieller mitgeteilt, was Rébenac über die Versicherungen gemeldet hat, die Kf. in seiner letzten Audienz gemacht hat, er meinte aber,

[1]) Kf. beauftragt (d. Cöln 25. April / 4. Mai 1682) Sp., Croissy mitzuteilen, was ihm Buchwald über eine von Schweden vorgeschlagene Tripelallianz mit ihm und Dänemark berichtet habe, und darauf hinzuweisen, daß Schweden alle Welt gegen Frankreich aufzubringen suche.

[2]) Schon am 1. Mai hatte Sp. berichtet, Croissy habe ihm mitgeteilt, der König wäre mit dem Anerbieten des Zaren sehr zufrieden und wollte dazu auf die gewünschte Weise mitwirken, Rébenac werde Befehl erhalten, mit Kf. über alles, was dabei zu tun sei, zu beraten, Martangis werde denselben Auftrag erhalten und der in Schweden befindliche Piquetiere solle nach Kopenhagen und von dort nach Moskau gehen.

es würde gut sein, um solche Hoffnungen der Gegner zu zerstören, daß Kf. seinen Ministern in Frankfurt und Regensburg befehle, sich in noch stärkeren und präziseren Ausdrücken in betreff der Annahme der französischen Vorschläge zu erklären.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 12./22. Mai 1682.

[Mitteilungen Croissy's über das Verhältnis zu Schweden, über die Zufriedenheit des Königs mit dem Verhalten des Kf. und über die Äußerungen des Herzogs von Celle. Instruktion an Rébenac für die Zusammenkunft in Itzehoe.]

Bei seiner letzten Unterredung mit Croissy in Versailles am 19. hat er 22. Mai diesem den Bericht des Residenten des Kf. in Kopenhagen[1]) in betreff der von Schweden vorgeschlagenen Tripelallianz mitgeteilt. Cr. erwiderte, solche Schritte Schwedens seien den Versicherungen, welche es hier gebe, geradezu entgegengesetzt. Feuquières habe in seiner letzten Relation gemeldet, man bezeuge ihm gegenüber mehr und mehr die Neigung, die alten Beziehungen zu Frankreich wieder herzustellen. Graf Oxenstirn habe zu ihm davon in sehr bestimmten Ausdrücken gesprochen, F. hätte es darauf übernommen, deswegen an den König zu schreiben und dessen Befehle zu erwarten, der König aber wäre damit wenig zufrieden und hätte ihn beauftragt, keine Vorschläge Schwedens anzuhören, sondern seinen Abschied zu nehmen und auf die Befehle zu verweisen, welche sein Nachfolger mitbringen werde.[2]) Cr. versicherte ihm ebenso wie Meyercrohn, man wäre durchaus nicht geneigt, mit Schweden in Unterhandlungen zu treten, vorläufig hätte man nur auf die Erhaltung des Friedens mit dem Reiche und auf die deswegen mit Dänemark und Kf. eingegangenen Verpflichtungen zu sehen. Er bezeugte wieder, daß der König mit dem ganzen Verhalten des Kf. sehr zufrieden sei, daß Verjus das Votum Jena's[3]) in Regensburg übersandt habe und daß dieses seiner Meinung nach das gründlichste, stärkste und verständigste sei, das man nur habe wünschen können. Er erklärte auch, er sei sehr erstaunt über die Äußerungen des Herzogs von Celle zu dem dänischen Gesandten, wovon ihm Meyercrohn Mitteilung gemacht hat, der Marquis d'Arcy hätte bisher davon nichts gemeldet, sondern nur, daß derselbe sich heftig über die Wegnahme der Lübecker Schiffe[4]) durch die Dänen beklagte und nicht gestatten wollte, daß die Stadt sich deswegen mit dem König von Dänemark vergleiche.

[1]) S. unten Abschnitt IV.

[2]) S. Recueil des instructions II, S. LXX.

[3]) S. Pufendorf, XVIII, § 53 (S. 1430ff.) und unten Abschnitt V die Relation G. v. Jena's und Schönbeck's vom 8. Mai 1682.

[4]) S. unten Abschnitt IV.

P. S. Nach seiner Rückkehr von Versailles hat er das Reskript des Kf. vom 29. April[1]) erhalten, ist am folgenden Tage nach Versailles zurückgekehrt und hat Croissy die anbefohlenen Mitteilungen über die Zusammenkunft des Kf. und des Königs von Dänemark und die an Rébenac zu erteilenden Befehle gemacht. Cr. erwiderte, auf die erste Nachricht von dieser Zusammenkunft hätte Rébenac Befehl erhalten, sich auch dort einzufinden und mit dem König und Kf. zu sehen, was man zum Besten des Vertrages und der gemeinsamen Interessen tun könnte. Da man hier nicht im einzelnen wüßte, was dort vorgeschlagen oder verhandelt werden würde, könnte man keine besonderen Instruktionen dorthin schicken und man glaubte auch nicht, daß es einer anderen Vollmacht als der ihm schon erteilten Befehle bedürfen werde. Er hoffte, man werde dort keine Maßregeln ergreifen, welche den Vorwand zu einem Kriege mit Schweden oder für die Gegenpartei zu weiteren dem Frieden entgegengesetzten Maßregeln darbieten könnten. Er hat darauf erwidert, es wäre doch wünschenswert und notwendig, daß dort ein hinreichend autorisierter französischer Minister zugegen wäre, und daß in jedem Fall die Vollmacht, welche man Rébenac schicken könnte, sich auf die ihm erteilten Befehle beziehen könnte. Cr. nahm es ad referendum, in betreff Martangis' teilte er ihm mit, daß derselbe Befehl erhalten hätte, den König von Dänemark auf der Reise nach Holstein zu begleiten, daß er aber mit dem König darüber sprechen wollte, daß derselbe den Befehl erhalte, sich bei der Zusammenkunft nicht einzufinden. Er hatte ihm nämlich angedeutet, daß es dänischerseits nicht gewünscht werde und die Konkurrenz zweier französischer Minister daselbst dem einen oder dem anderen Verlegenheit bereiten könnte.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 23. Mai/2. Juni 1682.[2])

[Auf die Relationen vom 5./15. und 8./18. Mai. Die von ihm getroffenen Anstalten. Wunsch einer außerordentlichen Geldunterstützung.]

2. Juni Seine Gesandten in Regensburg und Frankfurt haben von ihm solche Ordre,[3]) wie sie die französischen Gesandten verlangt, erhalten. Die Zusammen-

[1]) In demselben hatte Kf. ihm mitgeteilt, daß er demnächst mit dem König von Dänemark in Holstein zusammenzukommen gedenke, um mit ihm weitere Verabredungen zu treffen, und den Wunsch ausgesprochen, daß Rébenac speziellere Instruktionen zur Teilnahme daran erhalte. S. über diese Zusammenkunft zu Itzehoe Mitte Juni 1682 unten Abschnitt IV.

[2]) Konzept von Meinders' Hand.

[3]) S. das Reskript des Kf. an Jena und Schönbeck vom 26. April/6. Mai 1682 unten Abschnitt V.

kunft mit dem König von Dänemark wird er, wenn nur seine Gesundheit und Kräfte es zulassen, werkstellig machen und er hofft, daß dieselbe gedeihliche Effekten nach sich ziehen wird. Im übrigen stellt er sich in gute Verfassung. Alle seine Offiziere haben Ordre erhalten, sich bei ihren Truppen einzufinden, er hat[1]) einige Regimenter aus Preußen in seine hiesigen Reichslande marschieren lassen und er hat auch zu neuen Werbungen und Verstärkung seiner Truppen Anstalt gemacht. Sp. kann davon behörigen Ortes Mitteilung machen, von seiner Firmetät und Aufrichtigkeit Versicherung tun und darauf hinweisen, daß die entgegengesetzten Gerüchte nur artificia derer seien, die ihm die Affektion des Königs mißgönnen und die zwischen ihnen aufgerichtete vertrauliche Intelligenz zu schwächen suchen.

Schließlich[2]) gereichet uns zu sonderbarem Wohlgefallen, daß man wegen Zahlung der uns versprochenen Subsidien so gute Anstalt machet. Der Graf von Rebbenacq wird uns das Zeugniß geben, daß wir solche und zwar ein weit mehres zu Erreichung des vorgesetzten gemeinen Zwecks anwenden und deßwegen verhoffen, I. K. M. werden in Erwägung, daß die Sachen überall in höchster crisi stehen, dero Generosität nach etwas extraordinarie bei der Sache tun, zumalen mit 100000 Rthlr. anjetzo mehr auszurichten als hiernächst mit zehen oder zwanzigmal größerer Summ, wir uns auch wegen der mit I. K. M. habenden Allianz in solchen Stand setzen müssen, damit wir auf allerhand Zufälle gefasset sein und was wir versprochen, auch das gemeine Interesse erfordert, mit Nachdruck effectuiren können. Zwar können wir noch zur Zeit keine subsidia bellica prätendiren, worauf wir es auch gar nicht nehmen, dieweil aber die Sachen in der höchsten Gefahr stehen, so dürften auch einige extraordinaire Mittel desto nötiger sein und unterlassen wir nicht uns und unsere Lande desfalls zum äußersten und fast über Vermögen anzugreifen.

Wir haben dergleichen Vorstellungen auch dem Grafen von Rebbenacq alhie tun lassen, davon derselbe außer Zweifel wird rapport getan haben. Wir haben zwar die gewisse Nachricht, daß Dennemarck dergleichen suche, Ihr habt Euch aber mit dessen ministro daselbst dieser wegen nicht zu conjungiren, noch gegen denselben Euch merken zu lassen, daß Ihr mit dergleichen ordre versehen, damit Franckreich hierin desto ehender sich zu etwas gegen uns a part erklären möge, welches wir in der höchsten secretesse zu halten nicht ermangeln würden.

---

[1]) S. Prutz, S. 247.

[2]) S. ebendaselbst S. 248.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Lentzen 30. Mai/[9. Juni] 1682.[1])

[Vorschläge, wie die Bemühungen der Kaiserlichen, Frankreich und dessen Anhänger im Reich verhaßt zu machen, vereitelt werden könnten.]

9. Juni Die Kaiserlichen und deren Adhärenten haben die zu Frankfurt geschehene französische Proposition hauptsächlich deswegen so traduciert und im Reiche verhaßt zu machen gesucht, weil Frankreich so dem Reiche Gesetze vorzuschreiben und dictatorio modo mit demselben zu traktieren trachte, wodurch man ihn und andere, welche zur Annahme der französischen Proposition geraten, mit Mißgunst und Verdacht im Reiche zu beladen sucht. Er soll hierüber mit Croissy sprechen und demselben anzeigen, daß Kf. auch weiter für Annahme dieser Proposition stimmen und alles, was sein mit Frankreich aufgerichteter Traktat erfordere, prästieren werde, daß er aber dessen prudence anheim stelle, ob nicht Mittel zu finden, um den Kaiserlichen diesen invidieusen Vorwurf zu benehmen, entweder durch diensame Vorstellungen, daß der König durch diese Proposition die Sicherheit des Reichs auf ewig zu befestigen gesucht, oder durch eine präallable Erklärung, was man noch für Örter excepto Straßburg restituieren wolle, da durch Zedierung solcher geringer Örter dem König wenig abgehen, viele Reichsstände aber dadurch zum höchsten obligiert werden würden und es für den König glorieuser sein würde, diese Restitution zu offerieren als den Schein zu geben, daß solches durch Traktaten wäre abdisputiert worden, oder daß man den kaiserlichen und Reichsdeputierten freistellte, eine Gegenproposition zu tun, oder daß man alle drei Punkte zugleich allegierte. Dem Kaiser würde dadurch ein plausibler Prätext gegen die französische Proposition entzogen, es würde dieses ferner zu Beförderung des Friedens dienen, und man würde die invidiam der Verzögerung der Frankfurter Traktaten so auf die Kaiserlichen werfen und dem König mehr Freunde im Reich zuziehen. Sollte Cr. dagegen einwerfen, daß der Friede zu Nimwegen so gemacht sei, so hat er die notorische Differenz der damaligen und jetzigen Zeiten und besonders anzuführen, daß die Kaiserlichen ebenso eifrig wie damals den Frieden, jetzt den Krieg suchten, und daß dieses das beste Mittel wäre, ihr Absehen zu vereiteln.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 9./19. Juni 1682.

[Seine Mitteilungen an Croissy, dessen ablehnende Haltung.]

19. Juni Er hat am 16. in Versailles Croissy den Inhalt des Reskriptes vom 23. Mai mitgeteilt, ihm den gefährlichen Zustand der Dinge im Reiche, besonders

[1]) Konzept von Fuchs' Hand.

die Vorgänge auf dem Niedersächsischen Kreistage und die Notwendigkeit für die Bundesgenossen Frankreichs, sich so in Positur zu stellen, daß man den anderen die Lust, Krieg anzufangen, benehme, vorgestellt, und er hat dann Gelegenheit genommen, da Cr. es vermied, darauf einzugehen, das Bedürfnis einer außerordentlichen Geldunterstützung für Kf. zu berühren und die in dem Reskript angedeuteten Gründe dafür auseinanderzusetzen. Aber er hat damit keinen Erfolg gehabt, Cr. sagte pünktliche Zahlung der versprochenen Summen zu, aber zu weiterem machte er keine Hoffnung. Das Haupthindernis ist jedenfalls, daß der König von Dänemark zu gleicher Zeit durch Meyercrohn, wie dieser ihm mitgeteilt hat, eine Antizipation der Kriegssubsidien hat verlangen lassen. Er hat demselben bisher noch nichts von dem ihm erteilten Befehle deswegen mitgeteilt, worüber M. sehr verwundert ist.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 16./26. Juni 1682.

[Seine Mitteilungen an Croissy. Ablehnung des Vorschlages des Kf.]

Er hat am 23. Croissy den Inhalt des Reskriptes vom 30. Mai mitgeteilt 26. Juni
und die dort angeführten Mittel vorgestellt, durch welche man die von den Kaiserlichen und ihren Anhängern gegen den König von Frankreich erhobene Anklage, daß er die Friedensbedingungen diktieren wolle, entkräften könnte. Cr. erwiderte, allerdings werde diese Anklage gegen den König erhoben, aber mit Unrecht und ohne Grund. Denn derselbe hätte keinen geeigneteren und kürzeren Weg zur Beendigung der Streitigkeiten mit dem Reiche finden können, als indem er erklärt hätte, seine Ansprüche auf das, was er schon im Besitz hätte, zu beschränken, und auf weitere Reunionen, selbst auf solche, die er nach der Abreise seiner Gesandten von Paris gemacht hätte, zu verzichten. Jeder andere Weg würde zu langen Streitigkeiten und schließlich zum Kriege geführt haben. Die Kaiserlichen und deren Anhänger seien daran schuld, daß die Friedensverhandlungen in die Länge gezogen würden, und sie würden auch, wenn dieser Vorwand quoad modum agendi fortfiele, andere vorbringen. Auf die Zurückgabe von vor der Abreise der Gesandten besetzten Plätzen würde der König, wie er glaube, sich nicht einlassen, und er würde nicht wagen ihm es vorzuschlagen. Das einzige Mittel, den Frieden mit dem Reich ohne Verzögerung zustande zu bringen, sei, fest auf der Annahme der französischen Vorschläge zu bestehen. Im übrigen ließ sich aus seinen Reden erkennen, daß man hier sicher glaubt, daß es in diesem Jahre noch nicht zum Kriege kommen wird, und daß man daher um so weniger es für notwendig hält, größere Ausgaben zu machen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 3. Juli 1682.

[Mitteilungen Meyercrohns. Ablehnende Haltung Croissy's.]

3. Juli Meyercrohn hat ihm vor wenigen Tagen den neuen Vertrag[1]) seines Königs mit Kf. mitgeteilt und den Befehl, welchen er erhalten, hier um eine Antizipation der Kriegssubsidien nachzusuchen, in der Voraussetzung, daß er gleichen Befehl erhalten habe. Er hat ihm erzählt von den Nachrichten über diesen Vertrag, die er durch Briefe des Geheimen Rats Meinders aus Itzehoe und Hamburg erhalten, dararauf hingewiesen, daß er weitere Befehle nach der Rückkehr des Kf. nach Berlin erhalten würde, und sich in allgemeinen Ausdrücken erboten, mit ihm zu allem, was den Zweck dieses Vertrages, die Beförderung des Friedens und die deswegen zwischen Dänemark und Kf. getroffenen Verabredungen betreffe, zusammenzuwirken. M. aber war damit nicht zufrieden und erklärte, unter diesen Umständen auch seinerseits mit weiteren Eröffnungen gegen Croissy warten zu wollen, zumal er bei seinen bisherigen Versuchen bei demselben kein Entgegenkommen gefunden hätte, derselbe hätte ihm erklärt, vorläufig sei keine Aussicht zum Kriege und daher auch besondere Rüstungen Dänemarks und Brandenburgs unnötig. Ebendasselbe hat Cr. auch ihm gegenüber, als er letzten Dienstag bei ihm Audienz hatte und, ohne auf die Einzelheiten des neuen Vertrages und die Antizipation der Kriegssubsidien einzugehen, dieselbe Angelegenheit, die großen Kosten, welche dem Kf. durch seine Rüstungen und die von ihm ausgeschickten Gesandtschaften erwachsen seien, und die Notwendigkeit einer außerordentlichen Geldunterstützung vorbrachte, erwidert.[2])

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 14./24. Juli 1682.

[Seine Mitteilungen an Croissy und dessen Erwiderung darauf. Ungünstiger Zustand der französischen Finanzen, dadurch veranlaßte Sparsamkeit. Mitteilungen Béthune's über die Machinationen des Kaisers in Polen.]

24. Juli In der Audienz am 21. hat er Croissy von den weiteren Schritten Mitteilung gemacht, die Kf.[3]) seit seiner Rückkehr nach Berlin zu Ausführung der

[1]) Den am 8./18. Juni 1682 zu Itzehoe zwischen König Christian und Kf. abgeschlossenen Vertrag (v. Mörner, S. 718, 432). S. unten Abschnitt IV.

[2]) Inzwischen hatte Kf. (d. Cöln 28. Juni/8. Juli 1682) Sp. angewiesen, Meyercrohn von dem erhaltenen Befehl, mit ihm zusammen Antizipation einiger Subsidien zu beantragen, Anzeige zu machen, zugleich aber ihm mitgeteilt, er habe aus Rébenacs Äußerungen ersehen, daß man dort wenig Inklination dazu zeige, und sei daher fast der Meinung, davon zu abstrahieren. Sp. erwidert darauf 10./20. Juli, er habe mit Meyercrohn darüber gepsrochen, dieser aber meine, man solle die Antizipation der Subsidien garnicht weiter anregen, da gar keine Aussicht auf einen günstigen Erfolg sei.

[3]) S. unten Abschnitt IV.

in Itzehoe getroffenen Verabredungen getan. Derselbe erwiderte, der König wüßte dem Kf. dafür vielen Dank, setzte aber voraus, daß derselbe bei seinen Sendungen nach Wien, Schweden und anderswohin sich mehr auf das Interesse, das er als Kurfürst und Reichsstand an der Erhaltung des Friedens des Reiches nehme, als auf Verpflichtungen gegen den König von Frankreich oder als wenn er mit diesem im Einverständnis handelte, berufe, da in letzterem Fall solches dem König als Schwäche gedeutet werden könnte. Man müsse möglichst durch glimpfliche Mittel die Gemüter, besonders in Holland, zu gewinnen suchen, daher halte der König den Vorschlag des Kf., von dem Rébenac gemeldet, man sollte einen Termin für die Annahme der französischen Vorschläge setzen, noch für verfrüht. Er hat dann Croissy mitgeteilt, was Busch ihm über das Ergebnis seiner ersten Konferenz mit dem Bischof von Münster[1]) berichtet hat. Cr. meinte auch, es sei sehr wünschenswert, sich des Bischofs zu versichern, aber von der Zahlung von Subsidien an denselben wollte er vorläufig nichts wissen. Offenbar sind die Finanzen nicht imstande, in diesem Jahr einen Krieg auszuhalten, und ist der königliche Schatz erschöpft durch die Rückzahlung von mehr als 50 Millionen Livres an Privatpersonen, welche, gegen die Erwartung Colberts, die Zurückziehung des Kapitals der angebotenen Konversion von 15 in 20 vorgezogen haben. Daher haben jetzt Sparsamkeitsrücksichten die Oberhand gewonnen, auch bei Croissy aus Furcht vor Colbert, der darüber im Konseil in Gegenwart des Königs mit Louvois in heftigen Streit geraten ist.

Der Marquis de Béthune hat ihm in Versailles erzählt, er hätte Nachricht aus Polen, daß der Kaiser sich bemühe, den König zu einer engen Allianz mit Schweden zu bewegen, ohne Zweifel um Gelegenheit zu erhalten, dem Kf. Händel in Preußen zu erregen. Er hat darüber auch mit Croissy gesprochen, derselbe meinte aber, es sei zu hoffen, daß der König von Polen sich nicht darauf einlassen würde, man werde fortfahren, nach Möglichkeit solche Machinationen zu vereiteln. Es scheint zwischen den Königen von Frankreich und Polen eine Erkältung eingetreten zu sein und Béthune auch in seinem eigenen Interesse die Folgen davon abzuwenden zu suchen. Er meinte, eine Zusammenkunft des Kf. mit dem König von Polen würde sehr nützlich und sogar notwendig sein.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 5./[15.] August 1682.[2])

[Die Verhandlungen mit Münster. Einmischung des Herzogs von Celle in die holsteinsche Angelegenheit. Drohende Nachrichten aus Polen.]

Er erwartet mit Verlangen, wie der König von Frankreich über die Allianz mit Münster[3]) urteilen wird. Er wird sehen, ob er die Sache zum Schluß 15. Aug.

[1]) S. unten Abschnitt V.

[2]) Konzept von Fuchs geschrieben.

[3]) S. oben.

wird bringen können, und hat daher v. Busch mit neuer Ordre, die er Rébenac hat kommunizieren lassen, dorthin abgefertigt. Da verlauten will, daß ein Vernehmen zwischen Schweden und Celle sei, um die dänischen Truppen aus dem Anteil des Herzogs von Holstein-Gottorff zu halten und dagegen lüneburgische oder Kreisvölker hineinzulegen, solches aber zu nichts anders angesehen, als die übel Intentionierten zu fortifizieren und den König von Dänemark zu schwächen, so soll er dem dänischen Minister hierin auf das beste assistieren, daß man sich erkläre, im Fall der Not dem König von Dänemark, welcher dieses nimmer gestatten kann noch wird, kräftigen Beistand zu leisten, wie auch er den König nicht im Stich lassen kann noch will. Da auch von allen Orten her verlauten will, daß zwischen Schweden und Polen eine Alliance getroffen und daß auch zwischen dem Kaiser und Polen eine sehr genaue Intelligenz sei, so soll er auch darüber mit Croissy sprechen und bitten, daß dem französischen Gesandten in Polen befohlen werde, darauf ein wachendes Auge zu haben und alles an Rébenac zu berichten, damit derselbe ihm davon Mitteilung mache.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 7. August 1682.

[Erklärungen Croissy's über die Verhandlungen mit Münster, die Resolution der Gen. Staaten und die Nachrichten aus Polen. Geburt eines Prinzen.]

7. Aug. Am 4. hat er Croissy den Inhalt des Reskriptes des Kf. vom 12./22. Juli[1]) mitgeteilt. Betreffend den Bischof von Münster erklärte er, man sei zum Abschluß eines Neutralitätsvertrages mit demselben geneigt und werde mit Vergnügen sehen, wenn er mit den Bundesgenossen des Königs, besonders mit Kf., in ein näheres Verhältnis trete, aber zu Subsidien eröffnete er vorläufig keine Aussicht. Er sprach zugleich den Wunsch aus, daß Kf. auch bei den zwischen Dänemark und dem Administrator von Württemberg angeknüpften Unterhandlungen mitwirke. Betreffend die Resolution der Generalstaaten[2]) auf das Memorial v. Diests tadelte er, daß man darin den König von Spanien vor den von Frankreich gesetzt hätte, im übrigen erklärte er, daß man dadurch nicht überrascht wäre, am wenigsten wäre man damit unzufrieden, daß die Generalstaaten erklärten, um der Angelegenheiten des Reiches willen sich nicht in

[1]) In demselben hatte Kf. ihm weitere Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen mit Münster gemacht.

[2]) S. Urk. u. Akt. III, S. 648. Nachdem Sp. infolge eines Reskriptes des Kf. vom 26. Juli/5. August Croissy nähere Mitteilungen darüber gemacht hatte, eröffnete ihm dieser, der König halte es für geeigneter, die Resolution zu verachten oder Diest anzuweisen, nur mündlich darauf zu antworten, statt die Sache weiter zu treiben.

einen Krieg einlassen zu wollen. Er teilte ihm mit, auch die Nachrichten aus Wien lauteten so, daß ein solcher Krieg nicht zu befürchten sei.

Er hat Cr. auch auf die polnischen Angelegenheiten gebracht. Derselbe versicherte aufs neue, der dortige französische Gesandte hätte Befehl, wachsam zu sein und gebührende Remonstrationen zu machen. Er selbst meinte, eine solche Allianz des Königs von Polen mit dem von Schweden sei noch wenig wahrscheinlich, er teilte übrigens mit, daß man hier zufriedener mit dem König als mit der Königin sei, welche die Interessen des Königs von Frankreich zu durchkreuzen suchte, weil dieser keine Neigung hätte, gewisse Forderungen, welche sie für ihre Familie machte, zu bewilligen.

Gestern Abend ist die Dauphine in Versailles glücklich von einem Sohne[1]) entbunden worden.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 18./28. August 1682.

[Erklärungen Croissy's über die Verhandlungen mit Münster, die holsteinsche Angelegenheit und über Polen.]

Er hat Croissy den Inhalt des Reskripts vom 5. August mitgeteilt. In 28. Aug. betreff des Bischofs von Münster versicherte derselbe aufs neue, daß der dortige französische Gesandte beauftragt wäre, den Bischof von einer Allianz mit dem Hause Braunschweig abzuhalten und ihn zu einer solchen mit Dänemark und Kf. zusammen oder mit letzterem allein anzutreiben, und daß man sich im übrigen nach den Beschlüssen, die in Frankfurt und Regensburg würden gefaßt werden, richten werde. Er teilte ihm mit, was in der letzten Versammlung des Fürstenkollegs in Regensburg vorgegangen war[2]) und lobte sehr das Votum von Magdeburg. Betreffend die beabsichtigte Sendung von Kreistruppen nach Holstein[3]) wiederholte er, was er ihm schon früher gesagt hatte, daß man deswegen dem Herzog von Celle habe Vorstellungen machen lassen, daß dieser dem französischen Gesandten versichert habe, er habe eine solche Absicht nicht, daß der König nicht glauben könnte, daß derselbe wortbrüchig sein sollte, daß man ihm aber nicht mehr als nötig sei trauen werde, daß man auch mit dem holsteinschen Gesandten davon in starken und sogar drohenden Ausdrücken gesprochen hätte und so hoffte, daß die Angelegenheit nicht weiter gehen werde, daß man aber jedenfalls den König von Dänemark nicht im Stich lassen werde. In bezug auf die Gerüchte aus Polen wiederholte er seine früheren Erklärungen und fügte hinzu,

---

[1]) Der Herzog von Bourgogne. Sp. meldet am 21. August, daß er am 18. dem König und den anderen Mitgliedern der königlichen Familie dazu gratuliert habe.

[2]) S. unten Abschnitt V.

[3]) S. unten Abschnitt IV.

auch der dortige französische Gesandte hielte für nötig, daß Kf. dort einen geschickten und zuverlässigen Minister habe, welcher die Stelle v. Hoverbecks einnehmen könnte.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 11./21. September 1682.

[Mitteilung Croissy's über den von dem König gestellten Termin. Seine Bemerkungen dazu. Mitteilungen Meyercrohns darüber.]

21. Sept. Vorgestern hat ihm Croissy mitgeteilt, daß am Tage vorher Rébenac Befehl erhalten habe, dem Kf. eine Erklärung des Königs mitzuteilen, nach welcher derselbe nicht länger als bis zum letzten November an die bisher für den Frieden mit dem Reiche gemachten Propositionen gebunden sein wollte. Er motivierte diese Erklärung damit, daß in Frankfurt die Zeit unnötig vergeudet würde, daß der König und seine Alliierten das größte Interesse daran hätten, endlich einmal darüber, woran sie wären, aufgeklärt und von den großen Kosten, zu welchen diese Unsicherheit den König nötigte, befreit zu werden, und er fügte hinzu, seitens des Kf. hätte man Rébenac oft bezeugt, daß man das Reich zu Entschlüssen drängen müßte, und auch Mortangis hätte von Dänemark das gleiche berichtet, ferner, dieser Beschluß sei bisher ganz geheim gehalten und nur vor zwei Tagen Meyercrohn mitgeteilt worden. Er hat für die Mitteilung gedankt und auf den Bescheid verwiesen, den Kf. entweder Rébenac oder ihm deswegen erteilen werde, und seinerseits nur auf zwei Punkte hingewiesen, nämlich erstens, daß diese Angelegenheit über den mit Kf. geschlossenen Vertrag hinausginge, da Kf. sich in diesem nur verpflichtet habe, dem Könige das zu lassen, in dessen Besitz er schon wäre, während nach dieser neuen Erklärung der König seine Ansprüche weiter ausdehnen und neue Stücke des Reiches an sich reißen könnte, dies wäre also ein neuer Fall und darüber müßten auch neue Vereinbarungen getroffen werden. Zweitens, hat er bemerkt, stelle diese Deklaration für den Fall, daß bis zu dem gestellten Termin die Vorschläge des Königs nicht angenommen würden, Handlungen in Aussicht, es müßten daher mit Kf. sowohl die zu ergreifenden Maßregeln vereinbart als auch ihm die Mittel zur Ausführung derselben gegeben werden, da Kf. bisher auf einen solchen Fall nicht vorbereitet wäre und die dazu nötigen Anstalten ihm größere Kosten verursachen würden. Croissy erwiderte darauf, die Erklärung hätte nur den Zweck, die Annahme der französischen Vorschläge zu beschleunigen und, wenn die andere Partei den Krieg vorziehen sollte, die nötigen Maßregeln im Einverständnis mit Kf. und Dänemark zu ergreifen, man werde nicht verfehlen, dieses zu tun und zugleich dem zu genügen, was dazu erforderlich sein sollte. Nach den Berichten Rébenacs sei man versichert, daß Kf. alles billigen werde, was zu einer schleunigen Entscheidnng führen könne, und das gleiche

erwarte man auch von Dänemark. Der König vertraue daher darauf, daß Kf. ebenso wie bisher an der Allianz mit ihm festhalten werde, und sichere ihm seinerseits seine Hilfe contra quoscunque, die er zu fürchten haben werde oder die ihn belästigen sollten, zu. Cr. teilte ihm mit, daß Meyercrohn in ganz ähnlicher Weise wie er sich geäußert und auch auf die subsides d'action hingedeutet habe, und Meyercrohn selbst hat ihm berichtet, daß sein König in seinem letzten Schreiben ihm befohlen habe, der Festsetzung eines solchen Termines nicht zu widersprechen, aber zu verlangen, daß dann auch vereinbart werde, was zu tun sei.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Massin 14./[24.] September 1682.[1])

[Die Laxenburger Allianz, die auch ihm daher drohende Gefahr, die dagegen zu treffenden Maßregeln. Notwendigkeit einer Beihilfe zu den zu treffenden Rüstungen.]

Mitteilung der letzten Relation seines Ministers aus Wien und seiner Antwort darauf. 24. Sept.

Sonsten werdet Ihr Euch erinnern, was wir occasione der vom Grafen von Waldeck zue Wien getroffenen alliance[2]) überall vorzustellen befohlen.[3]) Weil nun der Hauptzweck derselben darinne bestehet, daß vermittels Austeilunge der Quartiere im Reiche große Armeen wieder Franckreich auf die Beine gebracht und unterhalten werden sollen, und man wohl siehet, daß der Keyser in diesem frangente auch mit Schweden, Beyern, Hannover und Sachsen den Tractat, welcher sich bisher alleine an den Quartieren gestoßen, schließen will, wo es nicht bereits geschehen, so habet Ihr dem Marquis de Croissy zu repraesentiren, daß zwar dieses hauptsächlich wieder Franckreich ginge, aber daß es auch darnach uns betreffe, denn der Keyser und andere, so es mit ihm hielten, uns als das vornembste Instrument, so sich ihren Desseinen opponirete, an-

[1]) Konzept von Fuchs geschrieben, zum Teil in Ziffern.

[2]) Die sogenannte Laxenburger Allianz vom 10. Juni 1682 (Londorp XI, S. 430ff.; Dumont VII, 2, S. 23ff.). Vgl. Pufendorf XVIII, § 58 (S. 1436f.); Kopp, Gründliche Abhandlung von der Association der vorderen Reichs-Craysse, Beil. XIV; Müller, Wilhelm III. von Oranien und Georg Friedrich von Waldeck I, S. 120ff.; Fester, Die armierten Stände und die Reichskriegsverfassung 1681—1697, S. 46ff.; Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte I, S. 666f.

[3]) S. die Kurbrandenburgische Deklaration über die Laxenburger Allianz Dumont VII, 2, S. 25f.; Londorp XI, S. 432).

sehen und hasseten und uns ihrer vengeance, wann sie aufkommen sollten, destinireten: Daher dann nichtes nötiger wäre als daß das Werk wegen der Quartiere unterbrochen würde. Dann wann solches geschehe, so fiele alles dahin und wäre nichtes zu fürchten, es würden auch alsdann diejenige, welche jetzo so gar sehr vom Friede abhorrirten, in Hoffnunge durch die Quartiere bei dem Kriege sich groß und considerable zu machen, schon zue anderen Gedanken kommen, da hergegen, wann man geschehen ließe, daß Schweden, Braunschweig und Sachsen Armeen aufrichten und Quartiere nehmen sollten, so stelleten wir zu erwägen anheimb, in welchem Stande wir uns alsdann befinden und ob wir capable sein würden, solchen allen zu wiederstehen. — Wir hätten uns nunmehro durch öffentliche und harte Contradiction dieser Alliantzen und Desseine allen Interessenten in die Augen gestellet, es würde aber mit Worten alleine nicht ausgerichtet, sondern es müßte ein Nachdruck da sein, wir hätten uns vorgenommen, von keinen Kriegessubsidien, wovon man aldorten bishero nicht hören wollen, nicht mehr zu sprechen, aber gewisse wäre es, daß dieses Werk anders nicht als durch kräftige militairische Opposition zu verhindern, solches aber zu tuen, müssten wir mehr Volk haben, und dieses könnte bei dem erschöpfeten Zustande unserer Lande und da viele derselben durch die Contagion desoliret wären, nicht ohne Geld geworben noch unterhalten werden.

Das Haus Braunschweig hat schon den Anfang mit der Grafschaft Lippe gemacht, indem es den Grafen dahin gebracht, der Quartiere in seiner Grafschaft halber mit ihm zu traktieren, ein gleiches verspürte man mit den übrigen Ständen und Grafen in Westfalen und Niedersachsen, besonders Ostfriesland, Bentheim, Rittberg und Hildesheim. Kf. hat zwar dagegen die Allianz mit Münster gemacht, aber um derselben einen Nachdruck und Effekt zu geben, braucht er dort mehr Truppen. Für ihn und auch für Frankreich wäre es sehr nützlich, wenn er ein besonderes Korps in Westfalen halten könnte, um nicht allein den anderen die Quartiere zu verwehren, sondern auch an der einen Seite den Staat, an der anderen das Haus Braunschweig, an der dritten den Grafen von Waldeck in éschec zu halten. Aber von seinen Regimentern diesseits der Elbe kann er keine entbehren, um auf Schweden, Polen, Sachsen und Braunschweig ein wachendes Auge zu haben, außerdem würde ihm das Haus Braunschweig unter dem Prätext der Kontagion den Durchmarsch verweigern, es bleibt also nichts übrig, als mehr Volk in seinen westfälischen Landen anzuwerben und daraus ein Korps zu formieren. Sollte man etwa sagen, er sollte auch suchen Quartiere zu nehmen, so hat er dagegen vorzustellen, daß das garnicht anginge, da er zu Regensburg und Frankfurt so heftig dagegen remonstriert hätte und er alsdann, statt die meisten Stände für sich zu haben, sie gegen sich haben würde. Außerdem hätte die Gegenpartei

des Kaisers Autorität und Assignation für sich, die ihm fehlte. Endlich soll er vorstellen, daß periculum in mora sei, denn wenn man einmal die Gegenpartei zu Einnehmung der Quartiere kommen ließe, so wäre es getan und würde man hernach zu spät sich dawider opponieren.

Der Kurfürst an Spanheim.
D. Cöln 26. September/[6. Oktober] 1682.[1])

[Befehl, sich Dänemarks in dem Streit mit Holstein-Gottorf und dem Hause Lüneburg anzunehmen, auf die gefährlichen Absichten des letzteren hinzuweisen und mitzuteilen, daß Kf. zum Angriff gegen dasselbe bereit sei.]

Er soll sich der Angelegenheiten des Königs von Dänemark in dem Streit[2]) mit dem Herzog von Holstein-Gottorf auf das eifrigste annehmen und besonders vorstellen, daß auch Frankreich dabei zum höchsten interessiert sei. Denn Gottorf und Celle würden nicht so hoch sprechen, wenn sie sich nicht mit Schweden deswegen verbunden hätten und von dort animiert würden. Es sei bekannt, was für eine liaison Schweden und das Haus Lüneburg jetzt mit der Partei im Reich hätten, welche den Krieg gegen Frankreich wollte. Das Haus Lüneburg wolle sich der Quartiere im niedersächsischen und westfälischen Kreise anmaßen, um so eine formidable Armee aufzurichten und zu unterhalten. Der ganze Streit sei wegen der Quartiere in Holstein entstanden, und da die Gegenpartei kein Geld zu geben vermöge, so gründe sie ihre ganze Subsistenz auf die Quartiere im Reiche. Sollten nun Schweden und das Haus Lüneburg hierin ihren Zweck erreichen, so würden Dänemark und Kf. incapable gemacht werden, das geringste für Frankreich zu leisten, das Interesse Frankreichs also erforderte, ihnen beiden darin kräftig beizustehen. 6. Okt.

P. S. En suite de ce qu'il paroist clairement au jour, que le Duc de Hannover est lié étroitement avec l'Empereur et le Prince d' Orange contre la France, que leurs desseins sont formés contre la paix, leurs conseils pour la pluspart fomentés à Vienne, que d'ailleurs la maison de Zell par le dernier mariage[3]) est entierement unie à celle de Hannover et s'oppose également aux interests et à l'intention de la France et se gouverne par les mesmes conseils avec la Suede. Vous devez

---

[1]) Konzept von Fuchs geschrieben.

[2]) S. unten Abschnitt IV.

[3]) Gemeint ist jedenfalls die Vermählung der einzigen Tochter Herzog Georg Wilhelms, Sophie Dorothea, mit dem ältesten Sohne Herzog Ernst Augusts, Georg Ludwig, die aber erst am 24. Oktober 1682 stattgefunden hat.

en grand secret savoir de M. le Marquis de Croissy, si dans ce temps present, que la Maison de Lunenbourg choque ouvertement le Roy de Dannemarc et Nous, ce ne seroit pas le vray temps de la mortifier en quelque façon, ruiner les troupes, qu'Elle a sur pied, et par là les rendre incapables de donner les secours promis à l'Empereur et à la Suede contre la France, et si Sa Maj.[té] n'y vouloit pas bien concourir ou au moins y donner son consentement et son approbation, auquel cas nous en trouverons aisement les moyens. —

Der Kurfürst an Spanheim.

D. Potstam 3./[13.] Oktober 1682. (Conc. Meinders.)

[Auf die Relation vom 11./21. September. Die Erklärung des Königs von Frankreich, seine Bemühungen, die Annahme der Vorschläge desselben durchzusetzen. Mahnung zu maßvollem Vorgehen. Notwendigkeit der Verstärkung seiner Truppen und französischer Beihilfe dazu.]

13. Okt. Er kann dem König von Frankreich nicht verdenken, daß derselbe endlich Gewißheit, wessen er sich von dem Kaiser und zu ein und anderen Ständen zu versehen habe, zu erhalten wünscht. Er hat an den bisherigen Verzögerungen keinen Gefallen getragen, sondern hat an allen dienlichen Orten auf Annahme der französischen Propositionen gedrungen, hat auch, sobald er durch Rébenac von dieser Erklärung des Königs Kunde erhalten, seine officia durch seine ministros und durch Schreiben überall, besonders bei den vier rheinischen Kurfürsten, verdoppelt, ferner abermals jemand nach Frankfurt mit abschriftlich beiliegender Instruktion und Vollmacht geschickt,[1]) und er hofft, daß diese seine officia erfolgreich sein werden. Sp. soll Croissy von dem allem und wie er sich die Beförderung des Friedens im Reich habe angelegen sein lassen, umständlich Nachricht geben und ihn versichern, daß er dem mit Frankreich abgeschlossenen Bündnis in allen Punkten und bei allen Okkasionen unverbrüchlich nachleben werde. Sonst wäre der durch diese Deklaration des Königs geschaffene Zustand der Dinge von höchster Konsequenz, und er würde mit dem König von Dänemark das Werk vertraulich überlegen, um darin de concerto zu gehen. Die Bemerkungen, welche Sp. schon ohne Befehl deswegen zu Croissy gemacht, beruhen auf raison und Billigkeit und sind seiner Intention und seinem Interesse gemäß. Sp. kann daher bis zu fernerer Instruktion dabei bleiben. Allerdings besteht die zwischen ihm und dem König gemachte Allianz intra terminos foederis defensivi und ist auf keine neuen Conquesten und Reunionen ein-

[1]) S. über die Sendung v. Canitz' dorthin Pufendorf XVIII, § 65 (S. 1442), und unten Abschnitt V.

gerichtet, sondern nur auf Maintenierung der Stadt Straßburg und desjenigen, was der König bis zur Abreise seiner Gesandten von Paris in Besitz gehabt, diese jetzige Deklaration aber dürfte auf weitere Extendierung der bisherigen Prätensionen wider das Reich auslaufen; das ist ein neues emergens und darüber müßten neue mesures gefaßt werden. Kf., als vornehmer Stand und Kurfürst des Reichs, kann nicht umhin, den König zu ersuchen, seiner bisher bezeigten friedbegierigen Intention gemäß in geziemenden und moderaten terminis zu verbleiben, das Reich in seiner Konsistenz zu lassen und nicht weiter zu dismembrieren zu suchen, zumal er bei den jetzigen Konjunkturen von niemand im Reich eine wirkliche Attacque oder Turbation in den in seinem Besitz befindlichen Landen zu befürchten hat. Sollte er doch zu Tätlichkeiten gedrungen werden, so möchte er, soviel möglich, die wohl- und friedlich gesinnten Reichsstände und deren Lande unbehelligt lassen und seine force nur gegen diejenigen kehren, welche zu diesem Unwesen und den Kriegstroublen Anlaß gegeben.

Kf. könnte zwar nicht wissen, wie die Deklaration des Königs in Wien und sonst hin und wieder im Reich aufgenommen würde, die Sachen aber könnten leicht hiedurch zu einiger Weiterung gelangen, und er müßte, nachdem er mit seiner bisherigen Konduite so viel Ombrage und Mißtrauen auf sich geladen, beizeiten auf seine Sicherheit und eine mehrere Kriegsverfassung bedacht sein. Er müßte auch mehr Mannschaft in seinen westfälischen Landen haben, damit dadurch dem Staat Ombrage gegeben und seine guten Desseins befördert, auch demjenigen, was die Gegenpartei etwa machinieren sollte, widerstanden und die auf die Quartiere als den nervus rerum gerendarum im Reich von einigen gerichteten Absichten unterbrochen werden möchten. Er wird daher auf Verstärkung der in seinen westfälischen Landen befindlichen Mannschaft bedacht sein müssen und hofft, der König werde ihm, wenn nicht mit den völligen in dem foedere stipulierten Kriegssubsidien, doch mit einigen anderen zulänglichen Extraordinarmitteln dazu assistieren.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Fontainebleau 8./18. Oktober 1682.

[Erwiderungen Croissy's auf seine Mitteilungen. Vorläufige Verweigerung außerordentlicher Geldzahlungen an Kf. und Dänemark.]

Gleich nach der Rückkehr des Hofes von Chambord hierher hat er Croissy 18. Okt.
den Inhalt der während dessen Abwesenheit eingetroffenen Reskripte des Kf. mitgeteilt. Betreffend das vom 16. September über die Quartiere in Westfalen, erwiderte er, man wünschte hier nicht zu Tätlichkeiten zu schreiten oder Veranlassung zu solchen zu geben, bevor man die Wirkung der letzten nach Frankfurt geschickten Erklärung sähe, es seien bis zu dem Termin nur

fünf oder sechs Wochen, bis dahin könnte diese Quartierangelegenheit nicht viel Gefahr veranlassen oder man würde noch immer imstande sein, dem abzuhelfen. Es sei wahrscheinlicher, daß man Frieden als daß man Krieg haben werde, der Zustand in Ungarn und die Bemühungen und das Ansehen des Kf. würden das Reich dazu bestimmen, man glaube auch, daß es zu gleicher Zeit zum Frieden mit Spanien kommen werde. Es sei daher nicht periculum in mora, in der Quartiersache werde es nicht so schnell zur Ausführung kommen, die letzte Allianz Münsters mit Dänemark und Kf. könnte jedenfalls Abhilfe schaffen, Frankreich hätte keine Veranlassung, sich der Einnahme von Quartieren im Reich zu widersetzen, zumal wenn man sie apud volentes nehme. Er teilte ihm mit, daß auch Rébenac von dem Wunsch des Kf., ein Truppenkorps in Westfalen aufzustellen, berichtet hätte, und daß auch Dänemark Kriegssubsidien verlangte, er sehe aber noch keine Veranlassung, mit dem König davon zu sprechen. In betreff des dänisch-holsteinschen Streites und der Drohungen des Herzogs von Celle antwortete er ihm dasselbe, was er zu Meyercrohn, der auch dieselbe Sache vorgebracht hatte, geantwortet hatte, man wollte sich bemühen, den Herzog von solchen Schritten abzuhalten, sollte das aber nichts nützen und dieser von Drohungen zu Tätlichkeiten übergehen, so werde man dem König von Dänemark die vertragsmäßige Hilfe leisten. Man glaubt also hier nicht, daß periculum in mora sei, und sieht daher auch vorläufig nicht die Notwendigkeit ein, die Börse außerordentlicher Weise zu öffnen.

P. S. Gestern hat er Croissy den Inhalt des P. S. des Kf. vom 27. September mitgeteilt. Er erwiderte darauf, der König könnte wohl dem Vorschlag, die hannoverschen Truppen zu ruinieren, beistimmen, und fragte dann nur, wie Kf. es zu tun meine. Er hat ihn aber gebeten, mit dem König davon zu sprechen, damit Kf. um so mehr Grund auf dessen Antwort machen könnte.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 16./[26.] Oktober 1682.[1])

[Mitteilung der beabsichtigten Truppensendung nach Ostfriesland.]

26. Okt. Er hat mit den ostfriesischen Ständen in antecessum dahin schließen lassen,[2]) daß er 300 Mann zu Schiff nach Ostfriesland schicken, selbige zu Gretsiel Posto fassen lassen und sich so eines günstigen Ortes, wenn etwa fernere Hilfe nötig wäre, zu deren Transport versichern wollte. Es soll dieses auch ehestens geschehen, die Schiffe liegen zur Abfahrt fertig und alle nötige Anstalt ist

[1]) Fast ganz in Ziffern.

[2]) S. den Vertrag zwischen Kf. und den ostfriesischen Ständen vom 18. November 1682 (v. Mörner, S. 436). Vgl. Pufendorf XVIII, § 31 (S. 1413f.).

gemacht. Er soll dieses durch Croissy dem König hinterbringen lassen und dabei vorstellen, Kf. zweifle nicht, daß es demselben angenehm sein werde, weil er sichere Nachricht hätte, daß zwischen dem Prinzen von Oranien und dem Hause Lüneburg konzertiert wäre, lüneburgische Truppen nach Ostfriesland marschieren und sich dieses Landes bemächtigen zu lassen, um von da aus eine geheime und sichere Kommunikation zu haben, und daß auch Fagel bereits dem Staat proponiert hätte, man möchte die ostfriesischen Stände attaquieren und sie mit Einquartierung bezwingen. Daher hätten die Stände ihre Zuflucht zu ihm, als westfälischem kreisausschreibenden Fürsten, genommen und wollten auch den Bischof von Münster hereinziehen. Da sowohl des Prinzen von Oranien als auch des Hauses Lüneburg Animosität gegen den König von Frankreich bekannt wäre, so glaubte er, diesem durch Unterbrechung dieser Kommunikation einen guten Dienst getan zu haben, und er zweifelte nicht, daß, wenn etwa die Gen.-Staaten oder das Haus Lüneburg etwas dawider vornehmen sollten, derselbe ihm kräftig beistehen werde.

Er soll Cr. bitten, diese vertrauliche Ouverture, die er keinem Menschen in der Welt als ihm habe tun lassen, auf das höchste zu menagieren, und auch er selbst soll die Sache im höchsten geheim halten.[1])

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 19./29. Oktober 1682.

[Erwiderungen Croissy's auf die ihm gemachten Eröffnungen, Mitteilung der an Rébenac ergangenen Befehle.]

Er hat Croissy den Inhalt des Reskriptes vom 3. Oktober mitgeteilt. 29. Okt. Derselbe nahm alles sehr gut auf, versicherte, daß der König mit dem Verhalten des Kf. höchst zufrieden wäre, und erklärte, der König wünsche den Frieden, besonders mit dem Reiche, es wäre durchaus nicht seine Absicht, die Lande der zum Frieden geneigten Reichsstände zu beunruhigen, die von Kf. betriebene Union zwischen diesen würde sehr nützlich sein, in der Folge werde man je nach dem Verlauf der Dinge alles mit Kf. vereinbaren. Er gab deutlich genug zu verstehen, daß Frankreich nach Ablauf des Termins des letzten November

[1]) Sp. berichtet 2./12. November, daß er Croissy die anbefohlenen Mitteilungen gemacht und daß dieser heute zu ihm gesagt habe, der König sei damit einverstanden und werde Kf. nicht im Stich lassen. Er fügt hinzu, es sei deutlich zu erkennen, daß man hier mehr und mehr mit Kf. zufrieden sei, seine Freundschaft aller anderen vorziehe, nicht mehr solche Rücksicht auf Celle nehme und daß man garnicht unzufrieden sein würde, wenn das Haus Lüneburg geärgert und geschwächt würde, vorausgesetzt, daß man nicht zu weit ginge und den König zu Kriegssubsidien verpflichtete, was unter den jetzigen Verhältnissen hier das größte Hindernis sein würde.

seine Gesandten nicht länger in Frankfurt lassen und den Termin nicht verlängern werde, die weiteren Unterhandlungen, auch über eine solche Union, könnten viel besser in Regensburg geführt werden. In der Quartierangelegenheit hat er ihm begreiflich zu machen gesucht, daß das einzige Mittel, den Krieg zu verhindern, darin bestände, denen, die einen solchen wünschten, die Subsistenzmittel zu entziehen. Cr. übernahm es, darüber mit dem König zu sprechen, hat ihm aber heute gesagt, man wünsche französischerseits hoc rerum statu alles zu vermeiden, was zum Bruch führen könnte, und wolle lieber einige Unzuträglichkeiten erdulden.

Meyercrohn hat Cr. die Notwendigkeit, den Absichten des Königs von Schweden rechtzeitig entgegenzutreten, vorgestellt. Er hat aber erwidert, man wüßte sicher, daß derselbe, da er ohne Subsidien sei, weder Truppen noch eine Flotte ausrüsten könnte. Auch an die Existenz einer Allianz zwischen Schweden und Polen will Cr. trotz aller seiner Vorstellungen nicht glauben, da der dortige französische Gesandte nichts davon gemeldet habe.

P. S. Croissy hat ihm im Vertrauen Mitteilung gemacht von dem Rébenac erteilten Befehle, dem Kf. zu erklären, daß der König eine beständige Allianz mit ihm für ihre ganze Lebens- und Regierungszeit schließen, und daß er ihm allein vertraulich eröffnen wolle, woran er sich in betreff des Friedens halten wollte, wodurch Kf. über seine Absichten bis auf den Grund unterrichtet werden würde. Er fügte hinzu, man hielte Kf. für weniger kriegslustig als den König von Dänemark, und der König sei damit zufrieden.

Der Kurfürst an Spanheim.

D. Potstam 11./21. November 1682. (Conc. Meinders.)

[Unterstützung Meyercrohns. Eröffnungen Rébenacs und darauf erteilte Antwort. Befehl der Geheimhaltung.]

21. Nov. Er soll[1]) den Inhalt des Memorials, welches Meyercrohn in betreff der Ergreifung rigoroser Maßregeln zu übergeben Ordre hat, unterstützen.

P. S. Er meldet ihm im geheimen, was Rébenac ihm auf Befehl seines Königs eröffnet hat.[2])

[1]) Schon 3./13. November hatte Kf. Sp. diesen Befehl erteilt und ihm aufgetragen, die ihm und Dänemark von Schweden drohenden Gefahren vorzustellen und darauf zu dringen, daß vor allem der Transport schwedischer Truppen nach Deutschland auf jede Weise verhindert werde.

[2]) Aufzeichnung, von Fuchs geschrieben, von Kf. unterzeichnet: „Am Donnerstag Abend jüngst verwichen, war der 2. Novembr., hat mir der Königl. frantzösischer Envoyé Ex.ce Herr Graf von Rebenacq folgendes in Vertrauen und mit Recommendation des secreti eröffnet:

Wir haben uns anfänglich für diese vertrauliche Communication gebührend bedanket, auch dasjenige, was im ersten Punct enthalten, allerdings approbiret, daneben auch die im anderen Puncte getane Versicherunge mit geziemendem Dank acceptiret und dabei gedachtem Grafen fürgestellet, daß unseres Ermessens zu Beförderung Ihrer K. M. löblichen Intention nicht wenig ersprießlich sein dürfte, wenn es doroselben gefallen möchte, dergleichen Versicherungen auch anderen ihren mitalliirten Reichsständen zu geben.

Die im dritten Punct getane Erklärunge kann Ih. K. M. Alliirten und Freunden auch nicht anders denn angenehm sein, jedoch haben wir Bedenken getragen, uns desfalls in einige particularia herauszulassen, und werden vorhero der Zeit erwarten, bis der angesetzte terminus verflossen sein und man alsdann besser wird urteilen können, was sowoll Franckreich von seinen Alliirten praetendiren als auch dieser ihre Convenienz zulassen und erheischen möchte. Ihr habt sonst dasjenige, was Wir Euch hievon anjetzo communiciren, aufs höchste zu secretiren

---

I. K. M. sein gnädigster Herr hätten ihm geschrieben, er sollte S[r]. Churf. Durchl. vorstellen, 1) wie daß Sie gesonnen wären, nach Verfliessunge des gesetzten termini von denen Chur- und Fürsten des Reiches, jedem insbesondere, vermittels einer cathegorischen Antwort vernehmen zu lassen, welcher den Frieden auf die von Franckreich vorlängst ins Mittel gebrachte Proposition begehrete, oder nicht? damit Sie ihre mesures darnach nehmen könnten, und weil S. Churf. Durchl. ihme bereits vorhin selber diesen Vorschlag getan hätten, so hoffete er, würden Dieselbe umb so viele lieber vernommen haben, daß der König mit ihro darunter einerlei Gedanken führete.

2) Weil I. K. M. aus dem Vortrag, so der von Spanheim unlängst getan, bemerket hätten, daß S. Churf. Durchl. in Beisorge stunden, es möchte, wann es zur Ruptur käme, oder der König nach Verfliessunge des termini durch die Waffen sein jus prosequiren wollte, noch mehr von dem Reiche abgerissen, dasselbe an seiner Consistenz noch weiter geschwächet und S[r]. Churf. Durchl. hiernächst imputiret werden, daß dieselbe solches durch ihre conduite verursachet, als wollten I. M. dem Churfürsten hiemit aufs kräftigste versichert haben, daß, wann es gleich dazue kommen sollte, daß Sie zue Erhaltunge des Friedens mit ihren Armeen ins Reich rücken und sich eines oder anderen Ortes bemächtigen müßten, daß Sie dannoch nicht ein Dorf davon behalten, sondern bei erfolgendem Frieden alles wieder ans Reich restituiren wollten, und daß der König erbietig wäre, Ihrer Churf. Durchl. deßhalb alle Versicherunge, die Sie nur verlangen möchten, zu geben.

3) Es sollte aber nicht gleiche Bewandnus mit Ihrer K. M. Alliirten und insonderheit mit S[r]. Churf. Durchl. haben, sondern wenn dieselbe einige praetensiones gegen andere hätten, wollten I. K. M. allen äußersten Fleiß anwenden, daß bei dem Friedenstractat S. Churf. Durchl. gegen Restitution der Örter, welche I. M. occupiret haben würden, ihre Satisfaction besageter Praetensionen halber bekämen."

und gegen die Königl. ministros selbsten Euch davon nichts merken zu lassen, es wäre dann, daß man Euch ein und andre ouverture desfalls tuen möchte, welchenfalls Ihr ihnen ebener gestalt darauf zu antworten, wie Wir alhier an Rebenac getan.

Ob auch gleich der Königl. dänische, der von Meyercron, etwas schriftliches übergeben würde, so habt Ihr doch solches zu decliniren, und wenn ers von Euch begehren möchte, defectu mandati Euch desfalls zu entschuldigen. —

Der Kurfürst an Spanheim.

D. Potstam 25. November/[5. Dezember] 1682.

[Die Vorgänge in Ostfriesland und die deswegen d'Avaux zu erteilende Ordre. Die Bündnisse des Kaisers mit Schweden und Lüneburg, die zu ergreifenden Gegenmaßregeln.]

5. Dez. Obwohl die Tätlichkeiten, zu denen es vor Greetsiel[1]) durch die Schuld des Kommandanten gekommen ist, bald appaisiert worden, jetzt alles in ruhigem Stande ist und die Stände mit ihm einen gütlichen Vergleich geschlossen haben,[2]) haben doch, wie er von sicherer Hand erfahren, der Prinz von Oranien und Fagel sich bemüht, den Staat dahin zu bringen, daß einige Regimenter nach Ostfriesland geschickt und seine Truppen mit Gewalt delogiert werden möchten. Es ist dieses zwar bisher durch einige Wohlgesinnte verhindert worden, er vermutet aber, daß der Prinz und Fagel doch durchzudringen versuchen werden, um dadurch den Krieg zu engagieren. Sp. hat sich daher nochmals zu bemühen, daß d'Avaux Ordre erhalte, den Staat davon nachdrücklich abzumahnen, und daß ihm, im Fall seine dortigen Truppen von dem Staat oder dessen Alliierten angegriffen werden sollten, wirkliche Hilfe geleistet werde.

Ferner erhält er eine Abschrift des foedus[3]) zwischen dem Kaiser und Schweden, um sie, falls man sie dort noch nicht haben sollte, Croissy mitzuteilen. Es scheint zwar nur ein foedus defensivum und von geringer Importanz zu sein, aber außer daß ohne Zweifel Sekretartikel von größerer Wichtigkeit

[1]) S. Wiarda, Ostfriesische Geschichte VI, S. 152ff.; Klinkenborg, Die Einnahme Greetsiels durch die Brandenburger 1682 (Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden XIII, 1899, S. 234ff.).

[2]) S. den Vergleich zwischen Kf. und den ostfriesischen Ständen vom 8./18. November 1682 (v. Mörner, S. 436ff.).

[3]) S. die Allianz zwischen Kaiser Leopold und König Karl XI. von Schweden vom 22. Oktober 1682 (Dumont VII,2, S. 37); vgl. Bittner, Chronologisches Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge, I, S. 88.

vorhanden sein werden, sind die Artikel 2 und 3 pure offensiv gegen Frankreich, indem die Verbündeten sich darin verbinden, den Westfälischen und Nimwegischen Frieden schlechterdings zu behaupten und zu interpretieren, und Artikel 9 disponiert, daß Schweden seine Truppen auf dem Reichsboden haben und der Kaiser ihm dazu Subsidien von Spanien und Holland zu verschaffen suchen solle. Nach dem Bericht des dänischen Gesandten in Wien, Liliencroon, hat auch zugleich das Haus Lüneburg in specie mit dem Kaiser geschlossen.[1]) Nachdem so der Kaiser, Schweden, der Staat, Sachsen und Lüneburg sich öffentlich liguiert haben, soll er sich bei Croissy gründlich nach der eigentlichen Meinung und dem Vorhaben des Königs von Frankreich erkundigen, besonders 1. wie Dänemark und er sich betragen sollen, wenn Schweden Völker sollte nach Deutschland übersetzen wollen, 2. wie man sich gegen das Haus Lüneburg, nachdem dessen Engagement mit dem Kaiser, Schweden und dem Staat bekannt geworden, verhalten solle.

Alle diese Alliierte werden gewiß so lange stille sitzen, bis Schweden sein Volk transportiert hat, dann aber dürfte es zu spät sein, dagegen mesures zu nehmen, dann möchte man ihn über den Haufen werfen, ehe er es dem König berichten könnte. Er verlangt keinen Krieg, muß aber auf seine Sicherheit bedacht sein.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 1./11. Dezember 1682.

[Erklärungen Croissy's, abwartende Haltung Frankreichs.]

Er hat, den Reskripten vom 3. und 11. November gemäß, am 8. Dezember Croissy noch einmal alles vorgestellt, was zur Unterstützung des Memoire's Meyercrohns dienen könnte, und auch dieser hat dasselbe getan. Cr. erwiderte darauf, man könnte sich nicht überzeugen, daß die Gefahr so dringend, namentlich daß der Transport der schwedischen Truppen so sicher und so nahe bevorstehend sei. Dem Herzog von Celle traue man nicht, aber er gebe keine Veranlassung, ihn anzugreifen, zumal da er in der holsteinschen Sache seinen Widerstand aufgegeben habe und auch in der ostfriesischen sich zu einer freundschaftlichen Beilegung bereit zeige. Der Stand der Dinge in Ungarn, die ungeheuren Rüstungen der Türken und deren hohe Forderungen ließen einen dortigen Krieg unvermeidlich erscheinen, die Vorgänge in Regensburg aber ließen immer mehr die Erhaltung des Friedens mit dem Reiche hoffen. Man scheint daher hier 11. Dez.

---

[1]) Das Bündnis zwischen dem Kaiser und Herzog Ernst August von Hannover ist erst am 14. Januar 1683 abgeschlossen worden. S. Bittner, S. 89.

entschlossen zu sein, nur im äußersten Notfall in Aktion zu treten, man will die Dinge den Winter über im Reiche in statu quo lassen, um sich nachher je nach den Umständen zu entscheiden.[1])

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 25. Dezember 1682.

[Erklärung des Königs in der ostfriesischen Angelegenheit. Größere Aussicht zum Zustandekommen einer Vereinbarung gegen Schweden. Verhalten gegen den Herzog von Celle.]

25. Dez. Er hat sich am 19. nach Versailles begeben und ist dort einige Tage geblieben, um desto mehr Gelegenheit zu haben, mit Croissy über die in den Reskripten vom 25. und 26. November berührten Punkte zu sprechen. In betreff der Greetsieler Angelegenheit übernahm es Cr., nachdem sie am 20. lange darüber gesprochen hatten, mit dem König zu sprechen, und teilte ihm am 22. mit, der König beabsichtige, alles, was von ihm abhinge, zu tun, um die Sache zu halten, was um so leichter sein würde, wenn der Platz wirklich leicht zu verteidigen sei. In Holland wäre man von der Absicht, Truppen zu schicken, abgestanden und hätte vorläufig die Sache dem Urteil des Kaisers anheimgestellt, sollte dieser das früher dem Kf. übertragene conservatorium widerrufen, so müßte man sehen, was weiter im Einverständnis mit den ostfriesischen Ständen zu tun sei. Vorläufig gebe die von dem Bischof von Münster angebotene Vermittlung den Winter über Zeit. Sollte der Platz gut und haltbar sein, so müßte man alle Maßregeln ergreifen, die geeignet seien, um ihn zu halten, wenn aber nicht, dann müßte man suchen, mit Ehren durch die münstersche Vermittlung sich aus der Sache zu ziehen.

Auch über die schwedische Angelegenheit hat er mit Cr. gesprochen, und dieser hat sich endlich etwas weiter herausgelassen, so daß er hat erkennen können, daß man jetzt hier zu einer Vereinbarung darüber geneigter ist, falls wirklich die Sendung schwedischer Truppen nach Deutschland sich als sicher und nahe bevorstehend herausstellen sollte. Um Frankreich um so eher dazu zu bringen, scheine es notwendig, alles zu vermeiden, was zu dem Verdacht

[1]) Sp. meldet am 8./18. Dezember 1682, daß auch seine weiteren Vorstellungen ebensowenig Erfolg gehabt hätten, man wolle hier erst abwarten, wie die Entscheidung in Regensburg ausfallen werde. Von der von Polen her drohenden Gefahr habe man jetzt auch von anderer Seite her Nachricht, aber man vertraue auf den Einfluß der dortigen Anhänger Frankreichs und des Kf., man halte es für leicht, die feindlichen Absichten auf dem Reichstage zu durchkreuzen, und man scheue die Unzuträglichkeiten, welche die Abberufung Vitry's und die Sendung eines anderen Gesandten dorthin mit sich führen werde.

führen könnte, daß die Alliierten Kriegssubsidien zu erlangen suchten, und ebenso alles, was zum Bruch treiben könnte.

Mit dem Herzog von Celle hat man französischerseits noch nicht allen Verkehr abgebrochen, man traut ihm nicht, will aber temporisieren und abwarten, welche Beschlüsse in Regensburg werden gefaßt werden. Man glaubt dieses um so mehr tun zu können, da man das Haus Lüneburg für außerstande hält, vor dem Übersetzen der schwedischen Truppen dem Kf. oder dem König von Dänemark gefährlich zu werden, und da man bei den großen Zurüstungen der Türken nicht glaubt, daß der Kaiser wirklich die Absicht habe, gegen Frankreich Krieg zu unternehmen.[1])

Der Kurfürst an Spanheim.

D. Potstam 27. Dezember 1682 / [6. Januar 1683].

[Sein Erstaunen über das Verhalten Frankreichs, Befehl, sich abwartend zu verhalten.]

Er ist sehr erstaunt darüber, daß man auf alle seine Vorstellungen, welche sowohl das gemeine Interesse als auch seine Angelegenheiten betreffen, so wenig Reflexion macht, besonders auch wegen der oranischen Angelegenheit[2]) ihm bisher gar keine gewierige Resolution erteilt hat. 6. Jan.

Bei[3]) so gestalten Sachen und einer solchen Conduite des aldortigen Hofes wissen wir endlich nicht, worauf wir uns zu verlassen und wie wir uns in die Sache zu schicken. Zwar sein wir nicht gemeinet, von denen bekannten foederibus abzuweichen, und werden denselben unsers Orts ein Gnügen leisten. Daß wir uns aber Franckreich zu gefallen fast aller Welt in die Augen stellen und ihnen bei jedermänniglich gleichsam das Wort sprechen sollten, dabei finden wir so weinig unsere Sicherheit als uns auch zugleich müglich und tunlich fallen will, solches länger zu continuiren. Ihr habt dieses alles Euren Pflichten gemäß aufs fleißigste und sorgfältigste zu erwägen und zu menagiren, auch zu einigen

---

[1]) Sp. meldet 1. Januar 1683, Rébenac und Mortangis hätten Befehl erhalten, sich mit Kf. und dem König von Dänemark über diese Dinge zu verständigen.

[2]) Sp. berichtet 15. Januar 1683, er habe die Angelegenheit von Orange wieder Croissy gegenüber zur Sprache gebracht, und dieser habe aufs neue versichert, daß der König zwar den Prinzen von Oranien auf dem Rechtswege zu depossedieren gedenke, daß er aber nach dessen Tode sich seiner Rechte auf das Fürstentum zugunsten der brandenburgischen Prinzen begeben und diesen dasselbe, ebenso wie es bisher die Fürsten von Oranien besessen hätten, lassen wolle.

[3]) Vgl. das Reskript von demselben Tage an die Gesandtschaft in Regensburg unten Abschnitt V.

soupçons und ungleichen Gedanken zwar keine Ursach zu geben, in denen Euch aufgetragenen Verrichtungen aber hinfüro Eure Negotiation mit keinem fernern sonderlichen empressement zu treiben, noch auf einige resolutiones, die bis dato in allen Dingen so schlecht gefallen, zu urgiren, sondern genaue Acht zu geben, was dorten passiret, und uns bei allen Posten davon untertänigst zu berichten, auch wenn Euch etwas wichtiges vorgestellet wird, solches ad referendum anzunehmen. —

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 19./29. Januar 1683.

[Croissy's Äußerungen über den letzten Reichstagsbeschluß, über Gerüchte von einer Änderung der Politik des Kf., über Schweden und den Stand der Dinge in Holland.]

29. Jan. Croissy sprach am 26. mit ihm über den letzten Beschluß[1]) des Regensburger Reichstages und erklärte, derselbe sei wenig befriedigend, da er nichts Bestimmtes enthalte und so die Sache weiter in die Länge gezogen werde, was durchaus nicht im Interesse Frankreichs und seiner Bundesgenossen liege. Der König beabsichtige nicht, mit dem Reich zu brechen, aber mit Kf. die nötigen Maßregeln zu ergreifen, und er sprach die Hoffnung aus, daß die guten Dienste desselben und der Stand der Dinge in Ungarn und der Türkei doch zum Frieden führen würden. Bei der Gelegenheit erwähnte er auch, daß Verjus berichtet hätte, Jena hätte sich kälter gezeigt, und daß Amerongen[2]) im Haag das Gerücht verbreitet hätte, es sei Hoffnung zu einer Veränderung am Berliner Hofe, doch ohne anzudeuten, das man deswegen Argwohn schöpfe und an der Festigkeit des Kf. zweifle.[3]) Er sprach dann auch von Schweden, es scheine,

[1]) Das Reichsgutachten vom 13. Januar 1683 (Pachner v. Eggenstorff, II, S. 427). S. unten Abschnitt V.

[2]) S. Urk. u. Akt. III, S. 651.

[3]) Sp. berichtet 5. Februar 1683, in seiner letzten Unterredung mit Croissy habe dieser auch der von verschiedenen Seiten hergekommenen Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel in der Haltung des Kf. Erwähnung getan und erklärt, der König und seine Minister könnten diesen Gerüchten keinen Glauben schenken, sie seien durch Rébenacs Berichte in ihrem Vertrauen zu der Festigkeit des Kf. bestärkt worden, und R. habe Ordre erhalten, dem Kf. das Vertrauen, welches der König in ihn setze, zu bezeugen, alle Vereinbarungen gegen Schweden und wegen der, im Fall es zum Handeln käme, zu zahlenden Kriegssubsidien einzugehen und dahin zu wirken, daß Kf. diese Gerüchte durch Ordres an seine Minister, besonders an Jena, zerstöre. Die Nachrichten über dessen kühleres Benehmen hätten hier einen unangenehmeren Eindruck als alles andere gemacht. Rébenac solle in seinem letzten Schreiben auch den Kurprinzen gerühmt haben und man mit diesem jetzt hier sehr zufrieden sein.

daß Kf. meine, man habe hier die Absicht, es zu menagieren, das sei aber nicht der Fall. Er seinerseits sei der Meinung, man müsse Schweden aller seiner Besitzungen im Reiche berauben bei dem ersten Schritt, den es tun würde, und Kf. und Dänemark müßten die Kriegssubsidien erhalten, sobald man gegen Schweden vorgehen oder sonst ihm zuvorkommen müßte. Dasselbe hat er auch Meyercrohn gesagt. Dieser hat ihm (Sp.) im Vertrauen mitgeteilt, Alefeldt, der frühere Gesandte bei Kf., habe ihm gemeldet, Amerongen habe ihm, als er in aller Eile durch Hamburg gekommen, gesagt, es sei eine Veränderung am Berliner Hofe zu hoffen, und er möchte dieses nach Kopenhagen berichten, damit man sich dort nicht übereile.

Croissy hat ihm auch nicht verheimlicht, daß nach den letzten Nachrichten die Dinge im Haag nicht günstig ständen, daß dort die Partei des Prinzen von Oranien das Übergewicht zu erlangen scheine, daß man dagegen mit dem Verhalten des Königs von England mehr und mehr zufrieden sei.

Denkschrift über die zu verfolgende Politik.[1]) s. l. et d. [Anfang 1683.]

Es ist die Frage:

1) Ob S. Chf. D. nicht allein bei denen mit Franckreich genommenen Mesuren verbleiben und selbige auf jetzige Läufte extendiren, auch die von Franckreich jetzo offerirte Advantagen acceptiren sollen? c. Januar 1683

2) Oder ob S. Chf. D. solche mesures änderen und sich zur Gegenpartei vermittels Beitretunge zum Associationstractat schlagen sollen?

3) Oder ob S. Chf. D. noch in etwas temporisiren, den Mittelweg halten und was die Zeit bringen möchte, insonderheit bis man sehe, wo eigentlich das türckische Wesen hinauswolle, abwarten sollen.

Bei der ersten Frage ist an einer Seiten zu consideriren, daß S. Chf. D. solchergestalt ihren Alliancen ein Genügen täten, von Franckreich noch ferner ansehnliche Subsidien zue Unterhaltunge einer formidablen Armee bekommen und Pommern abermalen acquiriren könnten. An der anderen Seite aber ist zu bedenken, daß jetzo fast ganz Europa wider Franckreich liguiret und insonderheit diejenigen, worauf S. Chf. D. der Nachbarschaft und bekannten Jalousie halber am meisten zu reflectiren haben, als der Keyser, Spanien, Schweden, Polen, Sachsen, Holland, Braunschweig darwider verbunden sein, daß,

---

[1]) Von Fuchs' Hand.

wann der Keyser sollte mit den Türcken Frieden behalten, S. Chf. D. und dero état in einen sehr gefährlichen und unsicheren Zustand sich befinden würden, daß alsdann von Franckreich wenig Hülfe zu gewarten, weil solches genug mit sich selber zu tun und ihre Alliirten gleich wie bei vorigtem Kriege Schweden consideriren würden, daß S. Chf. D. Pommern nicht angreifen könnten, ohne die Confoederirte alle auf sich zu ziehen, und daß, wenn alhier im Norden alles engagiret wäre, Franckreich freie Hand bekommen würde, umb sich des Rheinstromes Meister zu machen, woran daß es nicht geschehe und Franckreich im Reiche nicht noch mehr occupire, S^r^. Chf. D. zum höchsten gelegen.

Bei der anderen Frage fället zu bedenken, einerseits daß S. Chf. D. dem Ansehen nach bei Ergreifunge dieser Partei sich und ihren estat in Sicherheit setzen würden, indeme alle ihre Nachbaren darinnen engagiret sein, daß S. Chf. D. durch ihre Accession der Partei einen Nachdruck geben und solchergestalt Franckreich desto eher constringiret werden könnte, einen Universalfrieden aequis conditionibus zu machen. Dahingegen ist zu consideriren, daß diese Partei, ob sie gleich an der Zahl groß scheinet, dennoch in der Tat schwach ist, daß man bei vorigtem Kriege gesehen, was die Vielheit der Alliirten ausrichte, daß wegen Diversität der Interessen nimmer eine Einigkeit darunter zu hoffen, daß auch diese Partei ihre Absehen auf den Krieg gerichtet, da hergegen S^r^. Chf. D. wahrhaftes Interesse bei jetzigen Conjuncturen ist, den Frieden zu erhalten, daß die Vereinigte Niederlande darunter selber nicht einig und die meisten und mächtigsten von keinem Kriege hören wollen, daß die Gefahr vom Türcken unvermeidlich scheinet, welchen Falles die gesunde Vernunft zeiget, daß man beiden so mächtigen Feinden nicht gewachsen, sondern an beiden Orten verlieren würde, daß die Advantagen, welche diese Partei S^r^. Chf. D. offeriret, geringe und deren Effect langwierig. Dahingegen S. Chf. D. dasjenige, was Sie jetzo noch von Franckreich bekommen, sofort verlieren und dardurch eines ansehnlichen Zuschubs zue Unterhaltunge ihrer Milice entblößet sein würden, zu geschweigen der Gefahr, welche S. Chf. D. im Clevischen von Franckreich überkommen möchte. Daß S. Chf. D. sich alsdann von Dennemarck, mit welchem Sie par raison d'estat unauflöslich verbunden sein müssen, separiren würden, welches sich von Franckreich wegen des appuy, so es daher hat, nicht abgeben kann. Daß hingegen diejenige, welche diese Partei formiren, teils S^r^. Chf. D. naturelles Feinde seind, als Schweden, und

S^r. Ch. D. zum höchsten daran gelegen, daß selbige auf dem teutschen Boden nicht wieder mächtig werden, teiles aber wider S. Chf. D. wegen dero Macht und grandeur eine jalousie gefasset, als der Keyser, Polen, Sachsen, Braunschweig, dahero von denenselben eine schlechte harmonie und noch eine schlechtere Hülfe und assistence zu gewarten. Daß in dem Associationstractat, insonderheit dem letzteren, an Schweden solche conditiones zugestanden, die mit S^r. Chf. D. Interesse incompatible sein. Daß auch Franckreich seinen bekannten Maximen nach das äußerste daran wenden, umb das divide unter den Associirten zu spielen, und durch Geld und Subsidien diejenigen wieder gewinnen würde, welche nach andres nichtes verlangen, und sich nur allein wegen Verweigerunge desselben von Franckreich abbegeben haben, wie solches von Schweden, dem Könige in Polen und dem Hause Lünenburg bekannt ist. Solchergestalt nun erscheinet von selber, daß noch zur Zeit vor S. Chf. D. am besten und sichersten, daß Sie den Mittelweg halten und noch etwas temporisiren, bis man sehe, wo es mit dem Türckischen Wesen hinaus wolle. Dann auf diese Art behalten S. Chf. D. die frantzösische Subsidien, bleiben mit Dennemarck vereiniget und seind allezeit en estat vermittels einer guten auf den Beinen habenden Armee und nebst Dennemarck nicht alleine das Ihrige zu defendiren, sondern auch derjenigen Partei, wohin Sie sich fügen, ein Gewichte zu geben und nach Veranlassunge der Zeiten fernere mesures, wie es dero wahrhaftes Interesse und die Sicherheit ihres Estats erforderen, [zu nehmen]. Es hat auch die Gegenpartei nicht Ursache, über S. Chf. D. zu klagen oder wider dieselbe zu machiniren, denn S. Chf. D. seind mit Franckreich weiter nicht als zue Befoderunge des Friedens engagiret, zue deme können S. Chf. D. ihnen die Hoffnunge zur Beitretunge auf ihrer Seite lassen, eine espece de negotiation mit dem H. v. Amerongen unterhalten, nach und nach dubia vorstellen und darauf éclaircissemens begehren, wordurch Zeit gewonnen wird. Man hat auch nicht zu besorgen, daß man durch diese Partei so leicht wird überm Haufen geworfen werden, denn außer daß Franckreich derselben im Anfange mehr als zu viele wird zu schaffen geben, so können S. Chf. D. nebst dem Könige in Dennemarck allezeit eine Armee von ein 30 bis 40000 Mann ins Feld stellen, welche so leicht nicht zu insultiren, und hat man gesehen, daß Beyern und Hannover bei vorigten Kriege nicht übel gefahren, unangesehen die Partei dazumalen noch ungleicher schiene formiret zu sein.

Dabei nun ist gegenwärtig in Acht zu nehmen:

1. daß S. Chf. D. nach allem Vermögen wie bisher also ferner auf den Frieden dringen.

2. Sich in gute Postur setzen, die Recruiten und Werbungen unaufhertlich lassen vor sich gehen, und zue dem Ende von Franckreich mehrere subsidia begehren, welche Sie aus dem letzteren Tractat schuldig sein, zumalen der gegenwertiger Friede als pax armata einem Kriege gleich zu halten und S. Chf. D. fast wider alle ihre Nachbaren armiret sein müssen.

3. Daß S. Chf. D. alles mit Dennemarck aufs genaueste concertiren und insonderheit ob und welchergestalt zu verhüten, daß Schweden keine Armee auf den teutschen Boden transportire, ohne jedoch vor der Hand das Werk zur Ruptur zu engagiren.

4. Daß S. Chf. D. nebst Dennemarck Franckreich zusprechen liesse, daß es solche Mittel und Wege vorschlagen und eingehen möchte, wordurch ein so höchst gefährlicher und weitaussehender Krieg verhütet werden könnte, zumalen einige geringe advantages oder Pointillen im tractiren den ungewissen Ausgang eines so blutigen Krieges, worinne die ganze Christenheit würde verwickelt werden, nicht balanciren könnten.

5. Wäre es salva reputatione Electorali dahin zu bringen, daß das Haus Lunenburg bei Dennemarck und S. Chf. D. umbtrete, würde solches ein überaus großes momentum sowohl bei allen Operationen, so vorzunehmen, als insonderheit bei Versicherunge allerseits Lande machen, ja es wurde bei diesen dreien Alliirten das arbitrium rerum bestehen und wurden die andere beide Hauptparteien tuen müssen, was diese wollten, weil sie den Ausschlag dahin geben würden, wohin sie sich lenketen. Der Höchste wolle S[r]. Chf. D. den besten Rat geben und zue seines Namens Ehre und des Churhauses Aufnehmen ausführen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 6./16. Februar 1683.

[Auf die Relation vom 19./29. und die Rébenac von dem König erteilte Ordre. Versicherung, an der Verbindung mit Frankreich festhalten zu wollen. Verhandlungen mit Dänemark über das gegen Schweden einzuhaltende Verfahren.]

16. Febr. — Aldieweilen uns nun nie in Sinn kommen, von demjenigen, wozu wir uns einmal in denen mit I. Königl. Maj. aufgerichteten foederibus obligiret, uns einiger Gestalt zu entfernen, sondern vielmehr das Friedenswerk einen Weg als den andern durch die bis anher von uns darunter

gehaltene Conduite zu erwünschten Endschaft befordern zu helfen, auch sonsten mit I. K. M. in beständiger Freundschaft und vertraulicher Correspondenz unverändert zu verharren, als haben wir auch bemeltem Graf Rebenac alhie davon nochmalen alle beständige Versicherung gegeben und zweifeln nicht, daß er davon gebührenden Bericht an seinen König erstatten werde. Ihr habt auch Eures Orts nicht zu unterlassen, mit dem Marquis de Croissy hieraus zu reden und ihm anzuzeigen, daß wir verhoffen wollten, es würden I. K. M. allen solchen unbegründeten Spargimenten keinen Glauben beimessen, sondern festiglich sich versichert halten, daß wir uns von demjenigen, wozu uns unsere mit I. K. M. aufgerichtete Bündnisse anweisen, in keinerlei Weise abwendig machen lassen, sondern dabei und an der mit I. M. aufgerichteten vertraulichen Freundschaft ferner mit aller Sincerität unverrückt beharren würden.

Er empfängt beifolgend Abschriften der an Jena und v. Schwerin erteilten Ordres,[1]) welche den Beweis davon liefern werden.

Amerongen[2]) ist zwar bei ihm gewesen und darauf zurückgekehrt, wird auch, wie berichtet wird, bald wiederkommen. Es ist ihm aber bei seiner hiesigen Anwesenheit von ihm und den Seinigen nie die geringste Ouverture von einer Veränderung in seinen bisherigen consiliis oder von etwas, das dahin mit Fug und Recht ausgedeutet werden könnte, gemacht worden, sondern er hat ihm bei seiner Abreise seine Prätensionen auf die rückständigen Subsidien und wegen des auf den guineischen Küsten weggenommenen Schiffes rekommendiert.

Wegen des schwedischen Transports hat ihm, wie die beiliegenden Abschriften[3]) zeigen, der König von Dänemark seine Meinung und wie er sich darüber gegen Mortangis herausgelassen, mitgeteilt, und er hat ihm auch seine Meinung wieder überschrieben. Er hofft, daß seine Sentimente den französischen weit näher kommen und die völlige Billigung des Königs von Frankreich finden werden. Es wird bei dieser Sache auch sehr auf die Gesundheit und Disposition des Königs von Schweden ankommen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 21. Februar/[3. März] 1683. (Conc. Meinders.)

[Gefahr des Ausbruchs des Krieges, Verlangen französischer Geldhilfe.]

Er wird täglich mehr und mehr auch von seinem Gesandten am kaiserlichen Hofe[4]) berichtet, daß trotz der noch immerzu in Ungarn sich vergrößernden 3. März

[1]) Beide von demselben Datum s. unten Abschnitt V.

[2]) S. Urk. u. Akt. III, S. 650f.

[3]) S. das Schreiben König Christians vom 23. Januar/2. Februar und die Antwort des Kf. vom 3./13. Februar 1683 unten Abschnitt IV.

[4]) S. v. Orlich II, S. 406ff.

Türkengefahr der kaiserliche Hof sich immer mehr von den Friedensconsiliis eloigniere, auch die bekannte Assoziation in Holland noch weiter extendiert worden. Es dürfte daher allem Ansehen nach zu einer gänzlichen Ruptur und einem öffentlichen Kriege mit Frankreich geraten. Er teilt ihm abschriftlich seine Ordre an v. Brandt[1]) in Dänemark mit. Weil der Krieg so fast gewiß und er und seine Alliierten sich in großer Gefahr befinden und die höchste Ursache von der Welt haben, sich auf allen besorgenden Fall beizeiten gefaßt zu machen, so soll er dieses Croissy vorstellen und sich bemühen, daß ihm von dem König zur Einrichtung der nötigen Verfassung mit zulänglichem Beitrag auf das allerschleunigste an Hand gegangen werde.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 9./19. März 1683.

[Verhandlung über die Subsidien. Wunsch Frankreichs, daß gegen das Haus Lüneburg mit Gewalt vorgegangen werde. Gesundheitszustand des Kf.]

19. März Er hat Croissy den Inhalt des Reskripts vom 21. Februar und die Abberufung Schwerins[2]) aus Wien mitgeteilt. Cr. nahm die letztere Nachricht mit großer Freude auf, auf seine anderen Eröffnungen erwiderte er, Sp. werde schon erfahren haben, daß Mortangis schon erklärt hätte, die Kriegssubsidien sollten vom 1. Juni an ihren Anfang nehmen, diese Erklärung wäre übereilt gewesen, trotzdem aber werde der König dessen Anerbieten ratifizieren, wenn die Artikel unterzeichnet sein würden, er hob hervor, welche Last der König dadurch auf sich nehme, nur um seinen Bundesgenossen reelle Beweise seiner guten Absichten zu geben, zu einer Zeit, wo es scheine, als ob die Drohungen der Gegner nicht ernstlich gemeint seien, er zweifelte daher nicht, daß Kf. damit vollständig zufrieden sein werde. Er aber hat erwidert, Kf. verlange eine Subvention zur Bestreitung der unter den jetzigen Verhältnissen notwendigen Bedürfnisse, dafür werde durch das Anerbieten der Kriegssubsidien nicht gesorgt, er habe die Berechtigung dieser Forderung schon früher vorgestellt. Obwohl Cr. davon nichts wissen wollte, ist er doch dabei geblieben und wird auch noch weiter versuchen, mehr zu erlangen. Allerdings ist das Zugestehen des 1. Juni als Anfangstermin der Kriegssubsidien das hiesige Ultimatum, von dem man gemeint hat, daß es noch über die Erwartung der Bundesgenossen hinausgehen werde, und man hat in Dänemark schon zugestimmt.

Die weiteren Äußerungen Croissy's ließen deutlich erkennen, daß man jetzt hier ein gewaltsames Vorgehen gegen das Haus Lüneburg wünscht,[3])

[1]) S. das Reskript an v. Brandt vom 21. Februar/3. März 1683 unten Abschnitt IV.

[2]) S. v. Orlich II, S. 503.

[3]) S. Prutz, S. 361.

jedenfalls in der Absicht, da auch die Türkengefahr nicht die Friedensunterhandlung mit dem Reiche vorwärts zu bringen vermag und da Frankreich seinerseits nicht den Krieg beginnen will, auf diese Weise den Kaiser zum Frieden zu nötigen, seine Bundesgenossen, Dänemark und Kf., zu sichern und den Transport der Schweden sowie die Rüstungen Sachsens unnütz zu machen und sich an Celle und Hannover zu rächen.

Cr. hat sich bei ihm angelegentlich nach der Gesundheit des Kf.[1]) erkundigt und seiner Freude über die günstigeren Nachrichten, die er ihm darüber geben konnte, den lebhaftesten Ausdruck gegeben.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 6./16. April 1683.

[Die neuen Verhandlungen in Berlin. Die polnischen Angelegenheiten.]

Infolge der Nachrichten aus Berlin über die Schwierigkeiten, welche der Unterzeichnung des neuen Vertrages mit Rébenac im Wege stehen,[2]) hat er mit Croissy darüber gesprochen. Aus dessen Äußerungen schließt er, daß man wirklich nicht beabsichtigt hat, die subsides d'action anders als im Fall einer Aktion gegen Schweden oder das Haus Lüneburg zu bewilligen, daß man einen Formfehler in dem von Mortangis übersendeten Exemplar des Vertrages benutzt hat, um die Ratifikation desselben aufzuschieben und die Sache durch Rébenac redressieren zu lassen, daß man jetzt die neuen dänischen Vorschläge und die Sendung Ehrenschilds[3]) zu Kf. benutzt, um die Notwendigkeit des Abschlusses eines neuen, genaueren und formelleren Vertrages geltend zu machen, daß man dieses für ein geeigneteres Auskunftsmittel hält als die Versagung der Ratifikation des früheren Vertrages, und daß man auch diesen Vertrag so glaubt interpretieren zu können, daß die Zahlung der Kriegssubsidien vom 1. Juni an von dem cas d'action abhängig gemacht sei. 16. April

Er hat mit Cr. auch von den polnischen Angelegenheiten[4]) gesprochen. Man ist hier sehr entrüstet über die Anklagen, welche der König von Polen öffentlich vor dem Reichstage gegen den König von Frankreich erhoben hat, man tut aber so, als ob man sich um die polnischen Angelegenheiten gar nicht kümmere. Cr. meinte, Polen werde sich, wenn es wirklich die Liga mit dem

[1]) Über den damaligen ungünstigen Gesundheitszustand des Kf. s. das Tagebuch von Buchs, herausgegeben von Hirsch, II, S. 258; Urk. u. Akt. III, S. 661; Prutz, S. 361 f.

[2]) S. Prutz, S. 363, und das Schreiben des Kf. an König Christian von Dänemark vom 6./16. April 1683 unten Abschnitt IV.

[3]) S. unten Abschnitt IV.

[4]) S. darüber Recueil des instructions. Pologne I, S. LIII f.

Kaiser schließen sollte, große Händel mit den Türken auf den Hals ziehen, die ihm genügende Beschäftigung geben würden, man glaube gar nicht, daß es zu der angeblichen Rüstung wirklich kommen und daß man gegen den G. Schatzmeister Morstein so weit vorgehen werde.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 11./21. April 1683.[1])

[Die Verhandlungen mit Ehrenschild und Rébenac. Gefahr von Holland her und Mittel zur Abwendung derselben. Verlangen, daß Frankreich keine Feindseligkeiten gegen das Reich unternehme. Die nötigen Subsidien.]

21. April Nachdem er mit dem hier angelangten dänischen Minister von Ehrenschild sowohl selbst als auch durch Meinders und Fuchs verhandelt hat,[2]) hofft er, ihn gegen nächste Post etwas Näheres und Beständiges von dem concert wissen zu lassen. Er und der König von Dänemark werden sich leicht einigen, Graf Rébenac aber hat bisher Diffikultät gemacht, den Präliminartraktat mit ihm auf dieselben Bedingungen, wie Mortangis zu Kopenhagen denselben mit Dänemark geschlossen, einzugehen. Dieses ist fast das einzige, was den Schluß der Sache aufhält, denn wegen des Hauses Braunschweig wird man sich schon in allen Stücken so erklären, wie es französischerseits verlangt wird. Man ist im Werk begriffen, das concert zu projektieren, und es wird sich bald zeigen, was endlich französischerseits bei der Sache getan werden will.

Man wird auch dort ohne Zweifel Nachricht von der starken holländischen Flottenrüstung haben. Er hat fast die gewisse und vertraute Nachricht, daß man dort nunmehr, nachdem eine Ruptur wider Schweden vermutet wird, die Flotte auf 30 Kapitalschiffe zu verstärken gedenkt, um entweder von Gothenburg den Transport schwedischer Truppen zu fazilitieren oder selbst werkstellig zu machen, oder in die Ostsee zu gehen und für Schweden zu agieren. Sp. soll nebst Meyercrohn darauf dringen, daß der König seinem Gesandten im Haag aufs schleunigste Befehl erteile, dem Staat deutlich zu erkennen zu geben, daß, wofern man ihrerseits Schweden zur Transportierung ihrer Völker irgend welche Hilfe leisten oder sonst gegen die Alliierten des Königs das geringste vornehmen sollte, der König solches für eine Ruptur et pro causa belli halten, auch sofort den Krieg wirklich an den Staat erklären würde. Wenn dies geschieht und der Gesandte der Stadt Amsterdam und andern zum Frieden Geneigten die geeigneten Vorstellungen macht, wird man sich hoffentlich seitens

[1]) Von Meinders geschrieben.

[2]) S. unten Abschnitt IV.

des Staats eines anderen bedenken. Es würde auch sehr zuträglich sein, wenn der König in England durch seinen Gesandten ebensolche Vorstellungen machen ließe.

Da ihm und dem König von Dänemark daran zum höchsten gelegen ist, beständige Nachricht darüber zu haben, was der König von Frankreich, im Fall es dieser Orten und im Norden zur Ruptur kommen sollte, dem Reich gegenüber für Absichten hat, so soll er sich bemühen, desfalls etwas Gewisses zu penetrieren und auch mit dienlichen rationibus vorstellen, daß man diesseits wünsche und verlange, der König möchte solchenfalls wider das Reich mit keinen ferneren Reunionen und noch weniger mit abermaligen Hostilitäten verfahren.

Weil wir auch vermerken, daß man bishero an französischer Seite so überaus sparsam wegen der zu einem so wichtigen Werk erforderten Mittel sich bezeuget, ohne welche es gleichwoll weder angefangen noch mit Hoffnung einigen guten Successes fortgesetzet, weiniger ausgeführet werden kann, so wollet Ihr Euch äußerst bemühen, umb eigentlich zu erfahren, wohin dann des Hofes intention ziele und was dessen innerster Zweck dabei sein möge. —

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 3. Mai 1683.

[Croissy's Mitteilungen über den abzuschließenden Vertrag, über das gegen Holland einzuschlagende Verfahren und die Absichten des Königs gegen das Reich und gegen das Haus Lüneburg. Die dänisch-englische Heiratsangelegenheit.]

Er hat Croissy sofort nach Empfang des Reskripts vom 11./21. April von dem Inhalt desselben unterrichtet. Derselbe meinte, die Schwierigkeiten, welche der Abschluß des Vertrages finde, würden schon gehoben sein. Der König wolle, wenn seine Alliierten bei dem Wunsche beharrten, daß über die Präliminarien und über die Exekution getrennte Verträge geschlossen würden, darein willigen, und der 1. Juni solle der Termin für die Zahlung der Kriegssubsidien sein. 3. Mai

Die Flottenrüstung in Holland betreffend, bezweifelte er, ob die von den Alliierten geforderte Erklärung unter den jetzigen Verhältnissen ratsam sei. Sie würde dem Prinzen von Oranien den Vorwand geben, seine Absichten auszuführen, und es entspreche nicht der Würde des Königs und auch nicht dem Vorteil der Sache, zu Drohungen und Kriegserklärungen zu schreiten, ohne

imstande zu sein, sie auch sofort auszuführen; Operationen zur See, besonders gegen Holland, bedürften der Zeit. Es würde viel wirksamer sein, wenn man auch England zur Mitwirkung bestimmen könnte, man unterhandelte jetzt dort wegen einer Heirat des Prinzen Georg von Dänemark mit der Prinzessin Anna, der Nichte des Königs von England. Außerdem habe d'Avaux die bestimmtesten Befehle, durch Vorstellung der üblen Folgen, welche die Sendung der Flotte haben würde, die Generalstaaten davon abzuhalten, das schiene viel praktikabler, als gleich solche Erklärungen, wie Kf. und Dänemark verlangten, abzugeben. Er hat aber dagegen vorgestellt, daß es sich hier um einen Beschluß der Generalstaaten handelte, der unmittelbar zu einem Bruche führen müßte, und daß, wenn man in diesem Falle einen Krieg mit Frankreich und dessen Bundesgenossen in Aussicht stellte, Amsterdam, Rotterdam und andere, welche das größte Interesse am Handel hätten, eher dazu gebracht werden würden, einen solchen Beschluß zu vereiteln. Er hat gebeten, daß wenigstens provisorisch d'Avaux instruiert würde, solche Erklärungen zu machen, sobald man sehen würde, daß sie keinen Schaden anrichten würden, und die Gesandten des Kf. und des Königs von Dänemark sie für nützlich und zeitgemäß hielten, und daß auch Rébenac sofort darüber instruiert werde. Cr. hat versprochen, dem König darüber Bericht zu erstatten.

Auch über die Absichten des Königs dem Reich gegenüber hat er Cr. zu sondieren gesucht. Derselbe hat ihm nichts Bestimmtes geantwortet, nur, wie auch schon früher, erklärt, der König fände es nicht seiner Großmut und seinem Ruhm angemessen, den Kaiser und das Reich anzugreifen zu einer Zeit, wo der erstere einen so mächtigen Feind auf dem Halse hätte, und er glaubte, daß das geeignetste Mittel, zum Frieden mit dem Reiche zu gelangen, der in Berlin abzuschließende Vertrag sein würde.

Was die eigentlichen Absichten des Königs anbetrifft und ob derselbe wirklich wünscht, daß es zum Kriege mit dem Hause Lüneburg komme, so glaubt er, daß dieses allerdings der Fall ist. Cr. hat ihm wie Meyercrohn erklärt, eine Verständigung mit diesem Hause sei nur möglich, wenn dasselbe, besonders der Herzog von Hannover, auf seine Bündnisse mit der Gegenpartei verzichte, sonst müsse man gegen sie in Aktion treten und mit Hannover den Anfang machen.

Die Heiratsangelegenheit betreffend hat er erfahren, daß der französische Gesandte Befehl gehabt hat, den König von England deswegen zu sondieren, daß man, nachdem man diesen dazu geneigt gefunden, durch Meyercrohn dem König von Dänemark Eröffnungen deswegen gemacht, daß man in Kopenhagen mit offenen Armen dieselben empfangen hat, aber Bedingungen stellt, welche doch Hindernisse bereiten könnten. Der Hauptzweck dabei ist, von langer Hand her die Nachfolge des Prinzen von Oranien zu vereiteln und dort einen von Frankreich abhängigen Fürsten an seine Stelle zu setzen. Er bittet, diese Nachrichten geheim zu halten.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 4./[14.] Mai 1683. (Conc. P. Fuchs.)

[Die mit Frankreich und Dänemark abgeschlossene Allianz. Die Verhandlungen mit dem Hause Lüneburg. Verlangen der Aufstellung einer französischen Armee am Niederrhein, drohender Erklärungen an Holland.]

Wir zweifeln nicht, es werde das zwischen Franckreich, Dennemarck 14. Mai
und uns jüngsthin alhier getroffene concert[1]) nunmehr zu Euerer Wissenschaft gekommen sein.

Nun haben wir uns zwar die Hoffnung gemachet, daß das Fürstl. Braunschweig-Lüneb. Haus in sotanes Verbündniß mit einzutreten sich nicht abgeneigt bezeugen würde, es stehet auch noch dahin, wozu es sich endlich bei continuirender negotiation bewegen lassen möchte. Demnach es aber, so viel man äußerlich desselben Intention verspüren kann, schwerlich mit der Güte wird zu gewinnen sein, als würde unsers Erachtens denen mit demselben vorhabenden fernerweiten Tractaten den

[1]) Die Allianz vom 20./30. April 1683 (v. Mörner, S. 721 ff., 440 ff.). Über die vorhergehenden Verhandlungen findet sich im Berliner Archiv nur folgende undatierte Aufzeichnung von Meinders' Hand:

Projet (von Meinders' Hand):

Comme S. A. E. de Br. s'oblige d'employer ses bons offices tant a la diete generale de l'Empire qu'ailleurs ou il conviendra pour disposer les autres Princes et Estats d'aggreer et d'accepter l'affermissement de la paix aux conditions susdites, ainsi S. M. T. Ch. promet de laisser toutes les affaires qui concernent les limites et les dependances qu' Elle pretend dans l'estat present sans proceder a aucune ulterieure incorporation, reunion, occupation, sommation ou action pareille qui puisse troubler le repos publicq ou empescher la paix et la bonne intelligence entre l'Empire et la France.

H. Rebbenacqs Antwort (von Rébenacs Hand):

Cet article Mr. n'est en aucune facon de nostre traitté qui vous donne mesme des seuretés plus grandes que celles la, puisque le Roy par son engagement avec vous renonce clairement a toutes sortes de pretentions sur l'Empire, mais vous voyez bien que pour les procedures, s'il y renoncoit tout a fait, on se moqueroit a Frankfort des propositions qu'il y fait, puisqu'on n'y auroit rien a craindre. Ce traitté icy asseure Mr. l'E. contre le mal mais n'oste pas au Roy le moyen de tenir en crainte les esprits qui s'opposent a l'acceptation de ses propositions. Lisez les propositions du Roy a Frankfort, vous les voires bien claires sur ce suiet. Nous pouvous, si vous le voulez, mettre offices pour offices ou guarantie pour guarantie, mais guarantie pour offices il n'est pas iuste. Chargez vous de faire accepter les propositions. Le Roy vous guarantira toutes reunions, il le fait desia pour l'effet et il le fera encor pour la procedure.

besten Nachdruck geben, wann S. Königl. Mtt. von Franckreich gutfinden möchte, ungesäumet die im concert stipulierte armée bis an die Grenzen von Teutschland, so dem Unter-Rhein am nächsten, anmarchiren zu lassen, dergestalt daß selbige nicht bald anfänglich den teutschen Boden betrete, sondern damit durch solchen Anmarch die Tractaten befordert und gedachtes fürstliches Haus, wenn es den Ernst siehet, umb so viel eher zur guten Partei gelenket werde, wiedrigenfalls aber, da es Not tun sollte, obgemeldte armée bereit und nahe sei, denen Alliirten dem concert gemäß zu rechter Zeit zu assistiren und der Sache ihre abhelfliche Maße zu geben. Ihr habet hievon mit dem Marquis de Croissy zu reden und zu befordern, daß solches obgemeldter maßen förderlichst werkstellig gemachet werde.

P. S. Wir sehen sonst nicht gern, daß man französischerseite noch einige repugnance verspüren lässet, im Fall der Not insonderheit wieder den Staat, wann derselbe Schweden oder das Haus Lünenburg wirklich assistiren wollte, zur Ruptur zu schreiten, und halten wir davor, daß wann die verlangete Bedrohunge vorhin geschehen möchte, solche die reicheste und vornembste Handelstädte animiren würde, sich denen Resolutionen, so desfalls genommen werden könnten, zu wiedersetzen, weßhalb Ihr dann nebst dem dänischen ministro fernere behörige Vorstellungen werdet zu tuen wissen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 8./18. Mai 1683. (Conc. P. Fuchs.)

[Auf die Relation vom 7. Mai.[1]) Befehl, den König zu maßvollem Verhalten gegen das Reich zu ermahnen.]

18. Mai Der König hat bisher immer versichert, daß er im Reiche nicht mehr als die schon in seinem Besitz befindlichen Plätze verlange, auch er und die anderen wohlintentionierten Reichsstände haben jederzeit vorausgesetzt und zum Fundament ihrer geleisteten officiorum gesetzt, daß der König dieser Versicherung nachkommen und das Reich ferner nicht angreifen und dismembrieren werde, und es würde ihm zumalen schwer, wo nicht ganz unverantwortlich und unmöglich

[1]) In derselben hatte Sp. unter anderem berichtet, daß er Croissy den Wunsch des Kf., Frankreich möchte von neuen Reunionen und anderen Feindseligkeiten gegen das Reich, falls es mit dem Hause Lüneburg oder mit Schweden zum Bruch kommen sollte, abstehen, mitgeteilt und aus seiner Antwort ersehen habe, daß man dazu geneigt sei, aber sich nicht durch eine bestimmte Erklärung die Hände für die Zukunft binden wolle.

fallen, das Werk auf dem bisherigen Fuß weiter zu treiben, wenn der König das Reich ferner zu zergliedern anfangen sollte.

Ihr habt dieses alles dem Marquis de Croissy aufs beweglichste und angelegentlichste vorzustellen mit Begehren, daß er I. K. M. davon umbständlichen rapport tuen und dieselbe in unserem Namen ersuchen möchte, Sie wollten dieser und anderer mehr Ursachen halber Ihre künftige operationes im Reiche anderst nicht als nach dem Inhalt des gemachten Concerts einrichten und uns also in dem Stande erhalten, I. K. M. interesse wie bishero also auch ferner zu secondiren. Es würden verhoffentlich dieselbe wegen Ihrer anwendenden Kosten teils durch Behauptung der alschon gemachten Reunionen, auch über dem noch woll anderwerts und außer dem Reich eine anständige und zulängliche Satisfaction finden, und könnte man wegen dessen, was die künftige Conjuncturen auf ein oder anderen Fall erfordern möchten, hienegst weitere musures nehmen. —

Ihr habet Eure diesfalls tuende Vorstellungen dergestalt einzurichten, damit einesteils I. K. M. bei guter Intention und beständiger Confidence gegen uns erhalten, an der anderen Seite aber alle Hostilitäten wider das Reich durch alle dienliche Weise und Wege abgehalten werden mögen, wie Ihr denn selbsten leichtlich ermessen könnet, was vor hohe Ursachen wir haben, dergleichen zu verhüten, und daß uns allerdings unmüglich fallen wollte einiger ferneren Tätlichkeiten wieder das Reich uns teilhaft zu machen. Ihr werdet in dieser Materie, welche gleichsam der ganzen Sache ihr vornehmstes Gewicht und Consideration giebet, wovon auch unsers des von Meinders jetzige Negotiation und diejenige Versicherungen, welche er dem Hause Braunschweig zu geben und wodurch er dasselbe in die gute Partei zu ziehen hat, dependiret, allen behörigen Fleiß anwenden und uns von der Resolution, so man französischer seiten darauf giebet, auch was Ihr sonsten wegen der französischen Desseine penetriren könnet, schleunigen umbständlichen Bericht abstatten. —

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 11./21. Mai 1683.

[Die drei französischerseits beanstandeten Bestimmungen des Allianzvertrages. Die Heiratsangelegenheit. Mitteilungen Meyercrohns.]

Er war am 18. in Versailles. Croissy bestätigte ihm dort die Ankunft 21. Mai
des Kuriers Rébenacs mit dem Präliminarvertrage und dem Projekt des

Konzertes. Dieselben sollten erst am folgenden Tage in dem Conseil gründlich geprüft werden, doch bemerkte er gleich, daß in dem Konzert drei Punkte Schwierigkeiten machten, 1. die in betreff der Sicherheit des Reiches geforderte Erklärung, daß der König keine weiteren Reunionen vornehmen wolle. Der König wolle deswegen dem Kf. sein Wort geben, aber er könne sich nicht aus den schon früher angeführten Gründen in einem Vertrage dazu verpflichten. Die zweite Schwierigkeit bereitete die Bestimmung, der König sollte eine Armee ins Reich gegen den Herzog von Celle schicken. Eine solche Forderung hätte man nicht, am wenigsten von Kf., erwartet, Kf. und der König von Dänemark wären hinreichend imstande, die Truppen des Herzogs zu ruinieren, der Marsch eines solchen Heeres erfordere vorherige Verständigung mit den Reichsständen, durch deren Gebiet er gehen würde, er würde im Reich, in Holland und sonst das größte Aufsehen erregen und Veranlassung zu einem allgemeinen Kriege geben. Dem Kf. und dem König von Dänemark könnte für ihre Sicherheit genügen, daß der König bedeutende Streitkräfte am Oberrhein stehen hätte, die im Notfall zu ihrer Unterstützung bereit wären. Als dritte Schwierigkeit bezeichnete er, daß der König von Frankreich gegen die Generalstaaten in Aktion treten solle. Er erklärte schließlich, er werde dem Könige vorschlagen, das Projekt sollte mit einigen Apostillen sofort an Rébenac zurückgeschickt werden, und falls man sich dort darüber nicht sollte einigen können, sollten er und Meyercrohn Vollmacht erhalten, hier weiter darüber zu verhandeln. Er hat erwidert, es würde viel kürzer und sicherer sein, die ganze Sache wieder nach Berlin zu verweisen, denn er glaubt nicht, daß es ihm hier möglich sein wird, die Schwierigkeiten zu überwinden. Vorläufig kann er nichts weiter über diese Angelegenheit berichten, da ihm weder der Präliminarvertrag noch das Projekt mitgeteilt sind und er so nur nach den ihm von Croissy darüber gegebenen Informationen hat sprechen können.

Cr. berührte auch die Heirat des dänischen Prinzen mit der Nichte des Königs von England. Dieselbe sei so gut wie abgemacht, und man hoffe davon die vorteilhaftesten Folgen. Besonders freut man sich, auf diese Weise den Prinzen von Oranien ärgern und die Generalstaaten im Zaum halten zu können.

P. S. Meyercrohn hat ihm mitgeteilt, daß er daß Projekt des Konzerts erhalten habe und ihm mitteilen wolle. Auf Befehl seines Königs habe er die von Kf. vorgeschlagene Sendung einer französischen Armee gegen das Haus Lüneburg auf das nachdrücklichste vorgebracht, aber Mignon, der Kommis Croissy's, habe dieselbe als unmöglich bezeichet und erklärt, wenn man darauf bestände, so könnte man darin nur die Absicht erkennen, das ganze Konzert zu vereiteln. Er teilte ihm mit, daß er von seinem Könige Vollmacht zu weiteren Verhandlungen in dieser Angelegenheit erhalten habe.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 22. Mai/[1. Juni] 1683.

[Auf die Relation vom 11./21. Mai. Befehl, in betreff der französischerseits beanstandeten Punkte der Allianz keine weiteren Schritte zu tun.]

Er hat aus seiner Relation ersehen, daß sich dort das Konzert an drei Punkten, der Deklaration in betreff des Reiches, Schickung einer Armee gegen Lüneburg und der Ruptur mit Holland, accrochiere. 1. Juni

Nun finden wir bei solcher Bewandnus uns garnicht geraten nebst Dennemarck das Haus Lunenburg alleine anzugreifen, weilen solches viele Zeit und schwere Kosten und Mühe erfordern und ganz ohne Frucht vor uns sein, auch dardurch die Zeit, worinnen wir etwas wieder Schweden ausrichten könnten, verloren gehen würde, anderer vielen erheblichen Bedenken, so wir dabei haben, zu geschweigen, und befehlen Euch demnach hiermit in Gnaden, dieser streitigen dreien Puncte halber keine fernere Instantz zu machen, sondern dem Marquis de Croissy, wann derselbe gegen Euch davon fernere Erwähnunge tuen wird, anzuzeigen, daß wir hierinnen, ohne Ihrer Königl. Mayt. in Dennemarck sentiments zu wissen, nichtes weiter resolviren könnten und daß wir dannenhero unserem p. Meinders anbefohlen,[1]) sich darüber mit denen Königl. dänischen ministris bei der Conferentz zue Hamburg zu vernehmen, wie wir dann auch im übrigen erwarten wollten, was des Grafen Rebenacq Edelmann, welcher noch nicht wiederkommen, mitbringen würde, worauf wir uns dann ferner nach Befinden herauslassen würden.[2]) —

E. Spanheim an den Kurfürsten.
D.[3]) Crevanche bei Belfort im Elsaß 12./22. Juni 1683.

[Gespräch mit Croissy über die streitigen Punkte. Sein Bemühen, mit Meyercrohn zusammenzugeben.]

Er hat unterwegs das Reskript des Kf. vom 22. Mai und ein Schreiben Meinders' aus Hamburg vom 18./28. Mai nebst einer Kopie des von diesem 22. Juni

---

[1]) S. das Reskript des Kf. an Meinders von demselben Datum unten Abschnitt IV.

[2]) Kf. schreibt an Sp. d. Potsdam 29. Mai / [8. Juni] 1683 (in Erwiderung einer Relation vom 17./27. Mai), da er aus derselben ersehe, daß man am französischen Hofe noch immer bei den wider das Konzert gemachten Diffikultäten beharre, so finde er garnicht geraten, das Konzert und noch weniger das französische Gegenprojekt zu vollziehen. Sp. solle von dieser Sache ganz abstrahieren.

[3]) Sp. war auf Befehl des Kf. dem König auf der Reise, welche derselbe Ende Mai nach Burgund, Elsaß und Lothringen angetreten hatte, gefolgt.

und Ehrenschild abgefaßten Gutachtens in betreff des Konzertes erhalten. Er hat dann vorgestern Croissy gesprochen und auf dessen Frage, was man ihm vom Hofe über das Konzert gemeldet habe, erwidert, er habe noch keine speziellen Befehle erhalten, man würde aber wohl schon von Rébenac und anderswoher erfahren haben, wie sehr man in Dänemark und am Hofe des Kf. erstaunt wäre über die neuen Projekte, welche an Stelle der erwarteten Ratifikation eingetroffen wären, und er hat auf den großen Schaden hingewiesen, welcher für beide daraus entstanden, nachdem sie schon solche Vorbereitungen zur Ausführung des Konzertes getroffen hätten. Cr. suchte das Verhalten seines Königs zu rechtfertigen, behauptete, wenn die Verpflichtungen desselben geändert seien, so sei dies nur zugunsten seiner Alliierten geschehen. Er ging dann wieder im einzelnen auf die Hauptpunkte, welche Schwierigkeiten machten, ein, namentlich auf die Unausführbarkeit der Sendung einer Armee nach der Weser. Er hat darauf nur mit allgemeinen Ausführungen geantwortet. Cr. meinte, die Hauptschwierigkeit der Hilfeleistung gegen Holland sei schon gehoben. Villars wäre beauftragt, dieselbe zuzusagen, und d'Avaux hätte schon erklärt, daß der König von Frankreich die Sendung von Kriegsschiffen Schweden zu Hilfe als Ruptur ansehen würde.

Er hat Meyercrohn das gemeinsame Gutachten Meinders' und Ehrenschilds mitgeteilt, damit er sich danach richten und sie beide eine durchaus gleiche Haltung einnehmen können. Hier scheint man nämlich zu beabsichtigen, durch einen der Alliierten die Schwierigkeiten zu beseitigen, und hat daher Meyercrohn Aussicht dazu gemacht, daß man die Hilfe gegen Holland bewilligen werde, und zwar in der ganzen Ausdehnung, wie Dänemark es begehrt, während Croissy ihm gegenüber noch an dem Unterschied festgehalten, den es mache, ob die Alliierten gegen Schweden vorgingen, um den Transport der Truppen zu verhindern, oder ohne Rücksicht darauf, wie er es nannte, in ihrem eigenen Interesse und zu ihrem Vorteil, im letzteren Falle sei Frankreich nicht zur Hilfeleistung verpflichtet. M. meint aber, man werde auch in diesem Punkte nachgeben, wenn man sich nur im übrigen den französischen Forderungen fügen würde.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Metz 8. Juli 1683.

[Croissy's Versuche, das Verhalten des Königs zu rechtfertigen. Sendung Villars' nach Dänemark.]

8. Juli Croissy hat ihm gegenüber die aus dem Haag und anderswoher gekommenen Gerüchte von Unterhandlungen zwischen Kf. und den Generalstaaten erwähnt, aber erklärt, er wollte denselben keinen Glauben beimessen, und er hat dann das Verhalten des Königs von Frankreich in der Angelegenheit des Konzertes zu rechtfertigen gesucht. Cr. schien sich die Sache sehr zu Herzen

zu nehmen, bestritt namentlich, daß seitens des Königs in dieser Angelegenheit eine Veränderung eingetreten sei. Er hat darauf nur im allgemeinen hingewiesen auf die Gründe, welche die Alliierten genötigt hätten, die zu ihrer Sicherheit erforderlichen Mittel zu suchen und zu erwarten, daß Frankreich darauf eingehen werde. In diesem Vertrauen hätte man sich in Verfassung gestellt und große Kosten darauf verwendet, um das mit Rébenac Verabredete zur Ausführung zu bringen, statt dessen hätten sie sehen müssen, daß diese Projekte französischerseits umgestürzt seien, sie könnten sich nicht ganz allein den Gefahren eines Krieges aussetzen, der doch im Interesse Frankreichs, um den Frieden mit dem Reich zustande zu bringen, unternommen werden würde.

Man schmeichelt sich hier mit der Hoffnung, daß die Ankunft Villars'[1]) in Kopenhagen und der von diesem mitgeteilte Entschluß, eine Flotte in die Ostsee zu schicken, Dänemark günstiger stimmen werde, und auch Meyercrohn glaubt, daß der dänische Hof mehr versuchen werde, die Schwierigkeiten des Konzertes zu überwinden, als es zum Scheitern zu bringen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 7./17. Juli 1683.

[Unmöglichkeit, jetzt mit Schweden und Lüneburg zu brechen, aber Festhalten an den Bündnissen mit Frankreich und Dänemark. Hoffnung, letzteres vom Kriege abzuhalten.]

Er kann zwar aus den bekannten Ursachen zur wirklichen Ruptur weder wider Schweden noch wider das Haus Lüneburg schreiten, bleibt aber im übrigen bei den mit Frankreich und Dänemark gemachten Defensivbündnissen und in dem mit beiden Kronen bisher kultivierten guten Vernehmen. Die von Holland und anderen Orten her verbreiteten Gerüchte muß er dahingestellt sein lassen, er hofft, daß der König und dessen Minister denselben keinen Glauben beimessen werden. Die Änderung seinerseits, von der man so viel spargiert, besteht nur darin, daß er die Aktion hat einstellen und die desfalls genommenen mesures nicht ohne seine große Ungelegenheit ändern müssen, was nicht geschehen wäre, wenn man dort die hier vereinbarten conditiones ratifiziert hätte. Die Schuld ist ihm also nicht zu imputieren, er hofft, daß man ihm wegen der großen extraordinar Ausgaben auch mit einem subsidio extraordinario unter die Arme greifen wird; Sp. soll es urgieren. Rébenac hat zwar inständigst angehalten,[2]) er möchte den Präliminartraktat ratifizieren, weil er daraus 17. Juli

[1]) S. über dessen Sendung nach Dänemark Recueil des instructions XIII, S. 41 ff.

[2]) S. Prutz, S. 268 f.

wenigstens die Erstattung seiner Kosten vermittelst Zahlung der subsides d'action einigermaßen erlangen würde, er kann aber nicht absehen, wozu dieser auf eine Ruptur und Aktion zielende Traktat jetzt dienen sollte, französischerseits wird man gewiß wider die Zahlung der Subsidien sofort excipieren, daß solche bei entstehender Aktion mit keinem Fuge prätendirert werden könnten, woraus nur Schikanen und Verdrießlichkeiten erfolgen würden.

Daß er von Spanien und dem Staat Zahlung der restierenden Subsidien prätendiert, kann auch keinen Grund zum Verdacht gegen ihn geben, denn darum hat er sich seit dem Friedensschluß bemüht, und Frankreich hat ihm in den pactis seine guten Dienste zu Erhaltung derselben zugesagt.

Sonst hat er nicht unterlassen, den Frieden zwischen Frankreich und dem Reich zu befördern, er hat noch vor wenigen Tagen dem Grafen Lamberg diese Sache auf das eifrigste rekommendiert,[1]) ist auch jetzt im Werk begriffen, eine dritte Abschickung an den kaiserlichen Hof zu tun und dort dieselbe vorzustellen, auch die von dem Kaiser verlangte Hilfe ausdrücklich daran zu konditionieren.

Daß der König von Dänemark noch immer auf die Ruptur dringt, wird Sp. auch aus Meyercrohns Negotiation merken, er aber wird aus den vorher angeführten Gründen und wegen der Türkengefahr dabei einen Weg als den anderen anstehen, glaubt auch nicht, daß der König sich ohne ihn so leicht darein engagieren, und auch nicht, daß man französischerseits so leicht dazu raten und stimmen wird. Der König von Dänemark wünscht sehr, sich mit ihm zu abouchieren,[2]) er ist dazu auch geneigt gewesen, befindet sich aber jetzt in einer so schlechten Disposition, daß er keine Aussicht dazu sieht.[3])

---

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1073.

[2]) S. unten Abschnitt IV.

[3]) Kf. teilt (20./30. Juli 1683) Sp. ein Schreiben des Königs von Dänemark (vom 14./24. Juli, s. Abschnitt IV) mit, aus dem erhelle, daß dieser noch immer zur Ruptur entschlossen sei. Da sich dieses aber bei der von den Türken drohenden Gefahr übel schicken und das Reich dadurch werde zum Widerstand unfähig gemacht werden, so hoffe er, derselbe werde seine Ressentimente eine Zeitlang dissimulieren und seine Streitmacht zum Kampf gegen die Türken verwenden. Er gedenke deswegen jemand an den König zu senden, wünsche aber, daß auch von französischer Seite ihm ähnliche Vorstellungen gemacht würden. Sp. solle sich darum bemühen, aber sich hüten, dadurch bei dem dänischen Minister Argwohn zu erregen. Sp. solle versichern, daß Kf. an der Freundschaft mit Frankreich festhalten und sich eifrig um die Herstellung des Friedens zwischen diesem und dem Reiche bemühen werde und daß er von dessen Generosität und christlicher Intention erwarte, es werde auch ein so heilsames Werk befördern. Wenn Sp. es für dienlich erachte, so solle er dieses alles in einer besonderen Audienz dem König vorstellen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 13./[23.] Juli 1683.

[Bereitwilligkeit, dem Kaiser gegen die Türken Hilfe zu senden. Rébenacs Widerspruch dagegen.]

Graf Rébenac hat,[1]) nachdem er verspürt, daß er dem Kaiser bei dieser großen Türkengefahr einiges Volk zuzuschicken gesonnen wäre, seine Unzufriedenheit darüber zu erkennen gegeben und gesagt, wenn er das täte, so müßte man danach urteilen, daß er von dem König von Frankreich und dem mit diesem aufgerichteten Bündnisse abzutreten vorhätte, und er müßte solches dem König durch einen Expressen berichten. Obwohl er ihm alsbald geantwortet, daß solcher secours dem mit dem König von Frankreich geschlossenen Bündnisse keineswegs zuwider sei, daß er demselben ein völliges Genügen tun und den Frieden zwischen dem König und Deutschland eifrigst befördern wolle, hat R. doch dabei nicht acquiesciert. Sein Schreiben an Fuchs und dessen Antwort[2]) liegen bei. Kf. sendet es ihm zu, damit er, wenn dort von der Sache etwas vorkommen sollte, davon gründlich informiert sein und sein Bestes desfalls beobachten möge. 23. Juli

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 16./[26.] Juli 1683. (Conc. P. Fuchs.)

[Die Türkengefahr, seine Bereitwilligkeit, dem Kaiser Hilfe zu leisten, unter der Bedingung des Friedensschlusses mit Frankreich. Verlangen, daß Frankreich das Reich nicht angreife.]

Seit seinem Schreiben vom 13. ist der Herzog von Sachsen-Lauenburg[3]) von der kaiserlichen Armee hier angelangt. Nach seinen und anderweitigen Nachrichten nimmt die Türkengefahr von Tage zu Tage sehr überhand und ist, falls derselben nicht mit einer vigourösen Gegenwehr entgegengegangen wird, zu erwarten, daß dieser blutdürstige Feind sich gar in des Reichs innerste viscera ergießen und wohl alles über den Haufen und zugrunde gehen möchte. Er ist dadurch in seiner Resolution, das Werk mit allem Ernst mit anzugreifen, bestärkt worden, hat aber gegen den Herzog und auch gegen K. Sachsen[4]) 26. Juli

---

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1071ff.; Prutz, S. 270f. Vgl. Klopp, Das Jahr 1683 und der folgende große Türkenkrieg bis zum Frieden von Carlowitz 1699, S. 268.

[2]) S. Klopp a. a. O. S. 547ff.

[3]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1081; Prutz, S. 272; Klopp, S. 271.

[4]) S. das Schreiben des Kf. an K. Sachsen vom 15./25. Juli 1683 unten Abschnitt V.

auf ein von demselben eingelaufenes Schreiben erklärt, daß vor allen Dingen auf den Frieden mit Frankreich zu gedenken und dadurch die Defension des Reichs gegen die Türken so viel sicherer gemacht werden müßte. Er wird dergleichen auch ferner am kaiserlichen Hof und an dienlichen Orten im Reich urgieren lassen und wünscht, es möge guten Effekt tun, jedenfalls wird der König von Frankreich daraus verspüren, daß er den mit demselben geschlossenen foederibus unverbrüchlich nachzukommen gemeint sei und sich davon nicht werde abwendig machen lassen.

Er soll dieses alles Croissy umständlich vorstellen und ihm anzeigen, Kf. hätte zu des Königs Generosität das Vertrauen, daß er das Reich bei seinem jetzigen bedrängten Zustande nicht angreifen noch in mehr Unruhe und Desolation versetzen werde.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 20./30. Juli 1683.

[Auf das Reskript vom 7./17. Juli. Seine Mitteilungen an Croissy. Das neue dänische Vertragsprojekt, seine Unterhaltungen darüber mit Croissy und Meyercrohn, seine Überzeugung, daß Frankreich nicht ein kriegerisches Vorgehen Dänemarks wünsche.]

30. Juli Er hat sich sofort nach Versailles begeben und Croissy mitgeteilt, Kf. hoffe, daß man auf seine Beständigkeit in der Allianz mit Frankreich vertraue, und er hat als neuen Beweis derselben die Erklärung des Kf. an Lamberg, daß er das Abkommen mit Frankreich zur Bedingung der Türkenhilfe mache, angeführt. Cr. gestand dieses durchaus zu, er berührte bei dieser Gelegenheit das in Regensburg neuerdings übergebene Dekret,[1]) sprach seine Verwunderung darüber aus, daß der kaiserliche Hof trotz seiner bedrängten Lage so hochmütig und drohend aufzutreten wage, meinte aber, die neuen Erklärungen und Bemühungen des Kf. und des ganzen Kurfürstenkollegs sowie die eigene Bedrängnis würden denselben doch wohl zur Nachgiebigkeit bestimmen, sonst würde man auf andere Mittel, ihn dazu zu zwingen, sinnen müssen. Cr. teilte ihm ferner mit, daß Meyercrohn ein neues Konzert[2]) mit Dänemark und Kf. vorgeschlagen und daß er erwidert habe, vor allem wissen zu müssen, ob Kf. damit einverstanden sei. Er hat erwidert, er wäre darüber nicht instruiert, hätte davon überhaupt noch nicht sprechen hören, er glaubte aber, daß Kf. bei den jetzigen Konjunkturen an nichts weniger denke, als einen Krieg im Reiche zu entzünden. Er hat bei dieser Gelegenheit auch die Gründe auseinandergesetzt, weswegen auch der Präliminarvertrag jetzt nicht als zeitgemäß erscheine, und erklärt, Kf. wolle lieber auf die Kriegssubsidien verzichten, erwarte aber, daß der König ihm statt dessen eine Entschädigung für die großen Kosten, zu welchen ihn besonders

[1]) Das kaiserliche Kommissionsdekret vom 3. Juli 1683 (Pachner v. Eggenstorff II, S. 458ff.). S. unten Abschnitt V.

[2]) S. unten Abschnitt IV.

das letzte, nachher veränderte Konzert veranlaßt habe, zukommen lassen werde. Cr. meinte, dazu sei der König nicht verpflichtet, versprach aber, demselben davon zu berichten. Er hat auch mit Meyercrohn von diesem Konzert, an welchem auch Kf. teilnehmen sollte, ohne daß er bisher etwas davon gehört hätte, gesprochen. Derselbe entschuldigte sich, die erste Mitteilung davon sei durch Villars geschehen, nachher hätte auch er eine Kopie desselben und den Befehl, Croissy's Meinung darüber zu sondieren, erhalten, gleichzeitig sei dasselbe auch an Kf. geschickt worden und hätte Gabel Befehl erhalten, Kf. zur Annahme desselben zu bewegen, er ließ aber erkennen, daß er hier wenig Neigung zum Eingehen auf dieses Konzert und zu kriegerischen Unternehmungen Dänemarks gefunden habe. M. sprach sein großes Bedauern darüber aus, daß Kf. den Präliminartraktat nicht annehmen wolle, dadurch würden alle gemeinsamen Projekte und Interessen seines Königs und des Kf. über den Haufen geworfen.

Jedenfalls hat die Sendung des französischen Geschwaders den dänischen Hof so unternehmungslustig gemacht. Meyercrohn behauptet, man würde hier nicht unzufrieden sein, wenn sein König eine Aktion unternehmen sollte, zumal man hier schon vorher das Projekt, die schwedische Flotte in dem Hafen von Carlesand zu verbrennen, gekannt habe. Er aber schließt aus den Äußerungen Croissy's, daß man hier vorläufig wenigstens nicht wünscht, daß Dänemark in Aktion trete.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 2./12. August 1683.

[Beruhigende Erklärungen Croissy's. Der Vorschlag des Waffenstillstandes. Der neue Streit zwischen Dänemark und dem Hause Lüneburg.]

Er ist in Fontainebleau gewesen, hat Croissy auf die neuen Beweise der 12. Aug. Festigkeit, mit welcher Kf. an der Freundschaft mit Frankreich festhalte, die Sendung des Fürsten von Anhalt nach Wien und seine weiteren Bemühungen um die Herstellung des Friedens mit dem Reiche, aufmerksam gemacht und hinzugefügt, Kf. hoffe, daß der König seinen Entschluß, dem Kaiser Hilfstruppen zu schicken, zu dem ihn auch die Rücksicht auf die Sicherheit seiner eigenen Lande genötigt habe, billigen werde. Cr. erwiderte, der König habe,[1]) um das Zustandekommen eines Vergleiches mit dem Reiche zu erleichtern, in Regensburg durch Verjus einen Waffenstillstand auf 30 Jahre vorschlagen lassen, versicherte, daß derselbe mit der Sendung von Hilfstruppen seitens des Kf. durchaus einverstanden sei, und warnte nur, Kf. möchte seine Lande nicht zu sehr von Truppen entblößen und so Insulten seitens seiner Nachbarn aussetzen. Cr. erzählte dann, daß Meyercrohn ihn benachrichtigt habe, das Haus Lüneburg

[1]) S. unten Abschnitt V.

hätte[1]) unter dem Vorwande, sein König gedächte Lübeck zu belagern, Truppen über die Elbe geschickt, und daß er dieses als einen Insult und den Anfang der Ruptur bezeichnet habe. Er sprach die Besorgnis aus, dieses könnte üble Folgen haben, und den Wunsch, daß Kf. sich bemühe, solche abzuwenden, und versicherte, daß auch der Marquis von Harsy Befehl erhalten werde, sich deswegen bei den Herzögen zu bemühen. Er hat bei der Gelegenheit auch mit Cr. über die kriegerischen Absichten des Königs von Dänemark und den Wunsch des Kf., daß denselben Einhalt getan werde, gesprochen und von ihm erfahren, daß man hier ganz derselben Meinung ist.

Auch Meyercrohn hat mit ihm von dem Übergang der lüneburgischen Truppen über die Elbe gesprochen und ihm mitgeteilt, sein König könnte diese Beleidigung nicht hinnehmen, er hätte hier schon von dem König von Frankreich die Erklärung, ihm Hilfe leisten zu wollen, verlangt, Croissy aber hätte ihn zunächst nur gefragt, welches die Meinung des Kf. sei, und ihm nachher durch Mignon sagen lassen, der König werde den Herzögen von Braunschweig die nötigen Vorstellungen machen und es im Notfalle nicht an Hilfe fehlen lassen. M. ist damit aber nicht zufrieden und verlangt, daß diese Truppensendung als eine Ruptur angesehen werde, es scheint aber nicht, daß man hier so weit gehen will. Er hat ferner verlangt, die französische Flotte solle diesen Winter in Kopenhagen bleiben, er ist deswegen aber an Segnelay verwiesen worden.

P. S. In betreff der außerordentlichen Subsidien für Kf. soll, wie ihm Croissy angezeigt hat, Rébenac demselben Mitteilungen machen. Meyercrohn hat noch nichts von den Kriegssubsidien, sondern nur das fällige Quartal der Friedenssubsidien angewiesen erhalten.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 14./24. August 1683.

[Auf die Relation vom 2./12. August. Verwerfung des kaiserlichen Vertragsprojektes. Seine Besorgnis, daß der Kaiser es zum Bruch mit Frankreich werde kommen lassen. Die Türkengefahr. Bitte um Hilfe.]

24. Aug. Er ist erfreut, daß man dort mit seiner Konduite zufrieden ist, hofft, man werde darin noch mehr bestärkt werden, wenn man vernimmt, daß,[2]) nachdem Fürst Anhalt ihm ein von den kaiserlichen Ministern ihm zugestelltes Projekt eines Traktats zugesendet, welches vornehmlich dahin zielt, daß er sich gegen den König von Frankreich engagieren und den mit demselben getroffenen Allianzen renunciieren solle, er dieses tout à plat refüsiert, Anhalt revociert und noch zurzeit den Marsch seiner Regimenter suspendiert hat.

[1]) S. unten Abschnitt IV.
[2]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1088ff.; Klopp, S. 278.

Das Werk zwischen Dänemark und Lüneburg hofft er in dem Stande zu erhalten, daß es nicht zum Kriege ausbrechen soll.

Die größeste Bekümmernus, so wir jetzo haben, rühret daher, daß wir aus dem Project, so der Keyserliche Hof uns zufertigen lassen, wie auch aus anderen indiciis nicht anders schließen können, als daß besagter Keyserlicher Hof ungeachtet der Bedrängnus, worinnen derselbe jetzo stehet, die Intention habe, den terminum unverrichteter Sachen verstreichen zu lassen, wordurch dann das Reich und wir insonderheit in steter Gefahr und Besorgnus eines verderblichen Krieges und in kostbaren Verfassungen zu stehen gehalten werden. Zwar hat das Churfürstliche Collegium ein vortreffliches conclusum nemine contradicente gemachet, von dem Fürstlichen besorgen wir uns desgleichen, wiewohl Oesterreich, Schweden und Burgund solches bishero zu hintertreiben gesuchet. Ob aber die Sache dadurch werde gehoben werden, müssen wir fast zweifelen. Was wir deshalb an unsere Gesandtschaft nacher Regensburg rescribiret, zeiget der Beischluß,[1]) welchen Ihr dem Marquis de Croissy zu communiciren und dabei zu vernehmen habet, wohin doch Ihrer Königl. May. Gedanken zieleten, auf den Fall das Friedenswerk ante finem Augusti nicht ausgemachet werden könnte.

Im übrigen habet Ihr dem Marquis de Croissy zu erkennen zu geben, daß wir fast nicht anders vermuteten, als daß Wien würde verloren gehen, weil der Feind schon im Graben stünde, und wir dannenhero auch unserer eigenen Lande halber zum höchsten besorget wären. Wir hätten aber zue Ihrer Königl. May. das feste Vertrauen, dieselbe würden uns auch auf bedörffenden Fall nicht lassen, sondern uns kräftiglich assistiren, wie solches auch der Verstand der Alliancen mit sich brächte. Ihr habet hierauf eine Antwort und Erklärunge zu begehren und uns selbige zu überschreiben. —

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Fontainebleau 5. September 1683.

[Auf das Reskript vom 14. August. Croissy's Mitteilungen über den geplanten Angriff gegen das Haus Braunschweig, Zusicherung der Hilfe gegen die Türken.]

Heute morgen hat er Croissy von dem Inhalt des Reskriptes Mitteilung 5. Sept.
gemacht. Derselbe nahm es sehr gut auf und äußerte sich namentlich sehr damit

[1]) Das Reskript an die Gesandtschaft in Regensburg vom 14./24. August 1683, s. unten Abschnitt V.

zufrieden, daß Kf. das kaiserliche Projekt so kurz abgewiesen habe. Cr. sprach dann aus eigenem Antriebe mit ihm von den Eröffnungen, welche Kf. durch Rébenac hier habe machen lassen,[1]) der König von Frankreich möchte diejenigen angreifen, welche sich dem Frieden des Reiches mit ihm widersetzten, wie das Haus Braunschweig, Kf. selbst könnte gegen dasselbe in Aktion treten unter denselben Bedingungen, wie sie das letzte Konzert enthielt, d. h. der, daß eine französische Armee ins Reich marschieren solle. R. hätte zur Antwort erhalten, der König danke dem Kf. für diese Eröffnungen, die Aktion gegen das Haus Braunschweig und auch gegen Schweden überließe er ihm und dem König von Dänemark, denen dafür in diesem Falle die Kriegssubsidien vom 15. oder 30. September an bezahlt werden sollten, der Marsch einer französischen Armee ins Reich erschiene jetzt um so weniger notwendig, da durch das Einrücken der französischen Truppen in Flandern[2]) den braunschweigischen Herzögen alle Hilfe von Holland und Spanien und auch vom Kaiser und vom Reiche her abgeschnitten würde. Er habe ebendasselbe tags zuvor zu Meyercrohn gesagt, der fortfahre, auf Auswechslung der Ratifikationen des Präliminarvertrages zu drängen. Er hat darauf erwidert, daß er über diese Dinge nicht im einzelnen unterrichtet wäre, darüber aber nach Berlin berichten würde.

Auf seine Mitteilung, daß Kf. den Fall von Wien und infolgedessen auch schwere Gefahren für seine Lande fürchtete, aber auf die vertragsmäßige Hilfe Frankreichs vertraute, erwiderte er, er werde darüber mit dem König sprechen, Kf. könne darauf vertrauen, daß der König ihn im Notfall mit seiner ganzen Macht unterstützen werde. Falls Wien wirklich fallen sollte, meinen die Offiziere und Hofleute, müßte man es sofort wieder zu nehmen suchen, dazu müßten sich alle Streitkräfte des Reiches mit einem mächtigen französischen Hilfskorps vereinigen, zum Generalissimus müßte Kf., als der im Reiche allein einer so hohen Stellung würdige, bestellt werden.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Fontainebleau 13./23. September 1683.

[Die Nachricht von dem Entsatz Wiens. Croissy's Äußerungen über den Stand der Dinge, über eine engere Allianz mit Kf. und Dänemark und einen Angriff dieser auf die Lüneburger.]

23. Sept. Gestern früh hat ein Kurier Seppeville's die große Nachricht von der Niederlage der Türken und der Aufhebung der Belagerung von Wien hierher gebracht. Er hat Näheres durch Croissy erfahren. Derselbe meinte, man

[1]) Vgl. Rébenacs Bericht vom 18. September 1683 (Prutz, S. 369).

[2]) S. Lonchay, La rivalité de la France et de l'Espagne aux Pays bas, S. 301 f.; Schötter, Le Luxembourg et le comté de Chiny, S. 299.

müßte sich freuen, daß die Türken sich nicht zu Herren Wiens gemacht hätten, es wäre aber zu wünschen gewesen, daß die Belagerung noch etwas länger gedauert hätte und inzwischen der Vergleich zwischen Frankreich und dem Reiche zustande gekommen wäre. Jetzt würden der König und dessen Bundesgenossen andere Maßregeln ergreifen müssen, da nicht zu zweifeln sei, daß Spanien den kaiserlichen Hof antreiben werde, sich mit den Türken zu vergleichen und Polen im Stich zu lassen. Der König von Frankreich sei entschlossen, sich seinen Feinden furchtbar und seinen Bundesgenossen konsiderabel zu machen. Er hege das feste Vertrauen, daß Kf. mit ihm eine noch engere Allianz schließen und sich mit ihm über die in der Folge zu tuenden Schritte einigen werde. Schon in der vergangenen Woche hätten Rébenac[1]) und Villars Instruktionen deswegen erhalten, man glaube hier, daß Kf. keinen besseren Entschluß fassen könnte, als sich mit Dänemark zur Schwächung des braunschweigischen Hauses zu vereinigen, welches immer seinen Absichten und seinen Vorteilen entgegentreten werde. Man hätte die Gründe nicht mißbilligen können, aus denen Kf. bisher geglaubt habe, anders handeln zu müssen, jetzt aber hätte sich der Stand der Dinge ganz verändert, und würde gewiß auch das Haus Braunschweig, besonders Hannover, eine andere Sprache führen. Er hat dagegen erwidert, die Nachrichten von verschiedenen Orten her lauteten, der kaiserliche Hof sei jetzt entschlossen, sich mit Frankreich zu vergleichen, zu diesem Zweck sei Windischgrätz[2]) nach Regensburg geschickt, und man erwarte von dem Edelmut des französischen Königs, daß er die Sache nicht deswegen, weil wenige Wochen über den angesetzten Termin verflossen seien, scheitern lassen werde. Cr. aber erwiderte, es stände nicht so, der letzte Beschluß der drei Reichskollegien[3]) sei nur darauf berechnet, die Sache hinzuziehen, durch ihn sei der vorhergehende Beschluß des Kurfürstenkollegs abgeschwächt worden, Windischgrätz' Ankunft habe keine Veränderung bewirkt, die Aufhebung der Belagerung von Wien werde vielmehr den kaiserlichen Hof noch weniger geneigt zu einem Frieden machen.

Der Kurfürst an Spanheim.

D. Potstam 24. September / [4. Oktober] 1683.

[Auf die Relation vom 13./23. September. Weigerung, die Braunschweiger anzugreifen. Mahnung zum Frieden.]

Sp. hat auf Croissy's Vorstellungen wohl und vernünftig geantwortet, er soll dabei kontinuieren und alles, was Kf. zu Kriegstroublen engagieren könnte, 4. Okt.

[1]) S. Prutz, S. 370.

[2]) S. unten Abschnitt V.

[3]) Das Reichsgutachten vom 22. August / 1. September 1683 (Londorp XI, S. 625; Pachner v. Eggenstorff II, S. 469). S. ebendaselbst.

ablehnen. Besonders was einen Angriff auf das Haus Lüneburg anbetrifft, hat er anzuführen,[1]) daß Kf. sich dazu jetzt weniger als je verstehen könnte, da dieses jetzt in der Hoffnung auf Hilfe sich zum höchsten opiniatrieren würde und er vornehmlich auf den König von Polen Reflexion machen müßte, welcher ihn leicht, wenn er an einem anderen Orte engagiert wäre, mit Hilfe Schwedens in seinem Herzogtum Preußen zum höchsten inkommodieren könnte. Er hielte für das dienlichste, sich dieses Hauses durch einen guten Traktat zu versichern, das würde das beste Mittel sein, den Frieden in der Christenheit zu erhalten. Es täte ihm leid, daß der König von Frankreich mit dem Regensburgischen Conclusum nicht zufrieden wäre, er hoffte aber, das Reich werde in den noch ausgesetzten Punkten demselben alle Satisfaktion geben, wenn nur die Extremitäten vermieden würden. Daß das Haus Österreich es jetzt zum Kriege mit Frankreich treiben sollte, glaubte er nicht, denn die kaiserliche Armee, besonders die Infanterie, sei fast ganz ruiniert, die meisten Erbländer seien erschöpft, der Krieg mit den Türken noch nicht beigelegt, im Reich würden die meisten Stände gewiß einen guten Frieden dem verderblichen Kriege vorziehen. Er ersuchte daher den König, das Werk noch in etwas anzusehen und es weder im Reich noch in den spanischen Niederlanden zur Ruptur zu veranlassen. Er hätte die sichere Hoffnung, daß noch alles wohl und zu des Königs Vergnügen ausschlagen werde, und es sollte ihm nichts lieber sein, als daß er etwas dazu kontribuieren könnte.

Réponse de S. A. El. de Brandebourg sur la proposition faite par M. le Comte de Rébenacq.[2]) Fait à Potsdam le de Septembre 1683.

[Weigerung, sich zum Bruch mit dem Hause Lüneburg zu verpflichten. Hoffnung auf eine friedliche Verständigung mit demselben. Dank für das edelmütige Verhalten des Königs dem Reich gegenüber, Versprechen, dessen Interessen dort weiter zu fördern.]

[Oktober 1683] — Pour ce qui regarde la maison de Lunebourg S. A. El. n'a nulle raison d'en estre satisfaite: Mais il y a des considerations tres-grandes et tres-particulieres qui l'obligent de ne s'engager pas encore

---

[1]) S. Prutz, S. 370.

[2]) Von Fuchs' Hand. Die Proposition Rébenacs befindet sich nicht in den Akten, sondern nur Extraits des ordres du Roy du 23. Septembre à M. le Comte de Rébenac. Darin heißt es:

Le Roy souhaite d'entrer avec M. l'El. dans des mesures plus estroites, et qui soient également avantageuses à la paix de l'Empire et à la seureté et grandeur de la maison Electorale.

à une rupture avec la dite maison. C'est entre autres que les succez que les Chrestiens ont eus sur les Turcs promettent quasi de nouvelles forces et ressources de resistance à cette maison, qu'il est vray qu'on n'a rien à craindre pour cette année de l'Empereur, mais qu'il n'en est pas de mesme de leurs autres Alliez comme Baviere, le Cercle de

---

La voye qui paroit la plus seure à Sa Maj. pour y parvenir, est d'obliger la maison de Lunebourg à se contenir dans les bornes qu'elle doit avoir. Le Roy n'a pas de plus fortes raisons pour appuyer ce dessein que celles qui luy ont esté inspirées par M. l'El. luy mesme et par le Roy de Dennemarck, l'un et l'autre estans persuadés que cette maison fomente les troubles de l'Empire et en sacrifie le repos à l'ambition particuliere qu' Elle a d'estendre sa puissance et son credit sur tout le Cercle de la basse Saxe, et sous pretexte de craindre la guerre d'imposer aux quartiers des contributions qui leur sont à charge et donnent un juste sujet de deffiance aux voisins.

Sa Maj. croit, que la conjoncture presente est la plus favorable de toutes. Le siege de Vienne ne donne plus le scrupule qu'on avoit avec justice de ne vouloir pas distraire à des interests particuliers des forces qui devoient estre attentives aux entreprises du Turc, et le succez des armes de l'Empereur n'est favorable qu' à la seule ville de Vienne, puisque ses troupes y sont tellement ruinées et celles de ses alliez si occupées dans la Hongrie ou à prendre des quartiers éloignés de ces pays-cy, que vraysemblablement il n'y a rien à en apprehender.

Le Roy est persuadé, que les forces de Danemarck et de Brandebourg sont plus que suffisantes pour y réussir et veut bien y contribuer par le payement des subsides d'action, qui aura cours du jour dont on conviendra.

Sa Maj. fera connoistre par toutes les facilités qu'on pourra raisonnablement esperer d' Elle, combien Elle desire sincerement le bien et la grandeur de ses Alliez. Elle desire en mesme temps de leur oster les inquietudes, qu'ils pourroient avoir de l'augmentation de sa puissance en Allemagne, et on conviendra des mesures qui y seront jugées les plus propres.

Comme Sa Maj. scait de quelle importance il est à ses interests de mettre ses Alliez en estat de ne point craindre les entreprises de leurs ennemys, et que l'affection veritable qu' Elle a pour la maison de Brandebourg luy fait rechercher les moyens de l'establir dans une seureté entiere, Elle veut bien contribuer par la continuation des subsides d'action aux entreprises, que M. l'Electeur jugeroit à propos de faire contre la Suede, aprés avoir mis la maison de Brunswick d'une maniere ou d'autre hors d'estat de pouvoir nuire. Sa Maj. fait cette offre d' Elle mesme non obstant les soins que la Suede prend depuis peu de rechercher son amitié et son alliance, aprés s'en estre éloignée par une conduite si peu aggreable.

Il plaira à S. A. El. d'expliquer ses intentions sur ces points et le Comte de Rebenac est assez suffisament instruit pour avoir l'honneur de luy respondre conformement à sa satisfaction et aux intentions du Roy. Sa Maj. donne ordre de faire incessament de telles levées de Cavalerie et d'Infanterie, que les joignant aux grandes forces, qu' Elle a deja sur pied, Elle ne sera pas seulement en estat de ne rien craindre, mais mesme de soustenir ses Alliez dans tous leurs desseins et faire repentir ceux qui voudroient les y troubler.

Franconie, Saxe et autres, qui ont encore leurs forces entieres et qui laisseroient là sans doute le Turc pour se mesler daus ces troubles.

Que S. A. El. doit surtout faire reflexion sur le Roy de Pologne, qui ne demanderoit pas une meilleure occasion pour s'emparer de la Prusse Ducale tandis que S. A. El. seroit engagée autre part, que mesme les Suedois se joindroient à luy pour cet effet ayant deja fait filer pour cela des troupes en Livonie.

Outre cela, il est constant, que la Maison de Lunebourg est beaucoup changée par les vives remonstrances que S. A. El. luy a fait faire et qu'il y a grande apparence, qu'on la mettra dans les mesmes engagements que le Roy de Dennemarck et S. A. El. ont avec le Roy Tres-Chrestien pour conserver la paix entre l'Empire et la France, pourveu que Sa M. veuille consentir que Danemarck et Brandebourg engagent cette maison dans un Traitté commun et qu' Elle veuille y porter le Roy de Danemarck, qui semble encore en estre esloigné. Que cela estoit mesme conforme aux sentimens de Sa Maj. qui avoient esté qu'il falloit s'asseurer de cette maison d'une maniere ou d' autre, et qui n'avoient pas exclu les voyes amiables.

Qu'outre tout cela S. A. El. n'avoit pas des raisons suffisantes presentement pour attacquer cette maison, et que son grand âge et le peu de temps qu'Elle avoit encore à vivre l'obligeoient d'éviter à n'entrer pas en guerre legerement.

Mais Elle repete encore ce que dessus, que si les affaires se changeoient, que la guerre fust allumée et que cette Maison s'y mesloit ou la fomentoit, Elle entrera tousjours dans un Concert mutuel avec le Roy pour faire ce qu' on jugera alors convenable.

Au reste S. A. El. a veu avec grand plaisir, que Sa Maj. Tres-Chrestienne demeure tousjours dans la resolution genereuse de ne vouloir pas augmenter sa puissance par les depouilles d' Allemagne. S. A. El. en est entierement persuadé et a conceu un surcroit quasi d'estime pour Sa Maj. depuis qu'Elle a connu, que le Roy T. C. n'a pas voulu profiter des desordres et de la facilité que la guerre du Turc donnoit à Sa Maj. d'empieter sur l'Empire et d'y faire de nouvelles conquestes.

Que cela la portera à empescher avec d'autant plus d'ardeur tout ce qu'on voudroit entreprendre en Allemagne contre les interests de Sa Maj. et de s'y opposer vivement.

Cependant S. A. El. conservera toute sa vie une profonde reconnoissance pour toutes les offres genereuses et pour tant de marques d'une

bienveillance sincère pour Elle et pour sa Maison Electorale qu'il a plu au Roi Tres-Chrestien de luy donner. Elle supplie Sa Maj. d'y continuer et l'asseure en mesme temps, que le Roy n'aura jamais de plus fidele ny de plus assuré Allié que l'Electeur et sa Maison Electorale.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 3./13. Oktober 1683.

[Seine Betrübnis über die veränderte Haltung Frankreichs. Rechtfertigung seiner Verhandlungen mit dem Hause Braunschweig und des Reichstagsbeschlusses. Das Projekt der Tripelallianz. Wunsch der Erhaltung des Friedens.]

Aus seinen Relationen und anderen Nachrichten merkt er mit Bekümmernis, 13. Okt. daß man dort die bisherige Moderation und die Intention, mit dem Römischen Reich einen beständigen Frieden zu schließen und zu solchem Zweck zunächst einen Waffenstillstand einzugehen, fast ändert und auf allerhand Weiterungen und Extremitäten zu verfallen scheint. Auch geht ihm nicht wenig zu Gemüte, daß man sich mit seiner und seiner Minister Konduite unzufrieden bezeigt und aus allerhand unbegründeten Spargementen bald diesen, bald jenen Argwohn faßt, während er doch bisher alles getan hat, was zur Befestigung des Friedens zwischen Frankreich und dem Reich und zur Erhaltung des Ruhestandes in diesen Quartieren beitragen kann. Man hat bisher dort die dänische Kriegsbegierde improbiert und durch Villars deswegen in Dänemark verschiedene Remonstrationen machen lassen, er hat dort das gleiche vorstellen lassen und sich daneben auf das äußerste bemüht, das Haus Braunschweig zur Konformität mit seinen Absichten zu bringen und von der Gegenpartei mehr und mehr abzuziehen. Seine Mühe ist auch nicht vergebens gewesen. Zwar hat er[1]) es nicht so eben und präzise auf die von französischer und dänischer Seite verlangten formalia und concepta verba bringen können, er meint aber alles dergestalt erhalten zu haben, daß man damit anfangs wohl zufrieden sein könne und nicht Ursache habe, so hart in dieses Haus zu dringen, das auch auf seine Reputation sieht und in solcher Postur steht, daß man ihm nicht so leicht leges et iussa vorschreiben kann. Die Versicherung, welche ihm dieses Haus wegen Beförderung des Friedens gegeben, ist so beschaffen, daß nach seinem Ermessen Frankreich sie nicht besser verlangen kann. Er begreift auch nicht, mit was Fug man sich über den jüngsthin in Regensburg von allen Kollegien gefaßten Beschluß wegen des Waffenstillstandes beschweren und denselben illusoriam, insufficientem et captiosam nennen kann. Man muß das Reich nach seiner Verfassung beurteilen

---

[1]) S. unten Abschnitt V.

und mit ihm so traktieren, wie diese es mit sich bringt. Man hat sich zum Waffenstillstand pure erklärt, und es ist also eine unumgängliche Notwendigkeit gewesen, dessen conditiones ratione locorum, temporis u. dergl. zu adjustieren. Das Haus Braunschweig hat sich darin raisonnabel erwiesen und bezeugt, daß man ratione temporis indifferent, ratione modi aber der Meinung wäre, daß die Sachen allerseits in statu quo verblieben. Mehr kann Frankreich nicht begehren, und bisher hat es auch nichts anderes prätendiert. Die einzige dem Cellischen Votum angehängte Kondition geht nur dahin, daß es bei dem Waffenstillstand nicht bleiben, sondern ein völliger Friede zwischen dem Reich und Frankreich geschlossen werden möge, was letzteres ebenfalls verlangt. Das Fürstl. Haus ist zum Teil mit dem Kaiser alliiert, so der Herzog von Hannover, aber sonst hat derselbe mit niemand, weder mit Spanien noch mit Schweden, ein Engagement. Sp. soll also bei Croissy und an anderen dienlichen Orten solche Vorstellungen tun, daß die Sachen nicht aufs neue in gefährliche Extremitäten gesetzt und die bisherige Handlung nicht, wie man sich verlauten läßt, abgebrochen, sondern zum Schluß geführt werde. Er vermutet auch, daß Dänemark nicht ohne Not zu Extremitäten schreiten wird. Das Projekt einer Tripelallianz[1]) zwischen Dänemark, ihm und dem braunschweigischen Hause ist auf Begehren Dänemarks entworfen worden und sein Inhalt, das Hauptwerk anbetreffend, derartig, daß man von dem Fürstl. Hause nicht mehr verlangen kann. Sonst ist es nur ein einfaches Projekt, das als materia deliberandi dienen soll, man hätte daher nicht, ohne vorher mit ihm darüber zu reden, dasselbe an Frankreich mitteilen sollen.

Sp. wird hieraus seine eigentliche Intention entnehmen und sich danach richten können. In Krieg, Ruptur und Extremitäten zu treten, dazu findet er sich zurzeit noch durchaus nicht kapabel, er wünscht vielmehr im Interesse der ganzen Christenheit Erhaltung des Friedens. Im übrigen wird er in der bisher kultivierten Freundschaft und Allianz mit dem König von Frankreich verharren und, was man auch für Spargemente ausstreuen und von seiner Konduite urteilen möge, davon nicht abweichen. Er wird auch mit Rébenac in gleichen terminis sprechen lassen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 12./22. Oktober 1683.

[Auf das Reskript vom 24. September. Croissy's Äußerungen über das Vorgehen gegen die braunschweigischen Herzöge, über die Waffenstillstandsfrage und über die Gefahr von Polen her.]

22. Okt. Er hat Croissy alle die Gründe vorgestellt, aus denen Kf. ein feindliches Vorgehen gegen das Haus Lüneburg nicht für rätlich hält. Cr. erwiderte

[1]) S. unten Abschnitt IV.

darauf, man wäre hier vollständig von der Festigkeit des Kf. und von seinen guten Absichten überzeugt, auch Rébenac hätte davon neue Versicherungen gegeben. Aber jene Gründe wollte er nicht gelten lassen, und trotz aller seiner Remonstrationen blieb er dabei, die Erklärungen der Lüneburger gewährten zu wenig Sicherheit, man müßte sich solche auf andere Weise verschaffen, ein solches Unternehmen, mit Dänemark zusammen ausgeführt, könnte nicht mißlingen, und es sei nicht zu zweifeln, daß der König von Dänemark dazu bereit sei. Auf seine weiteren Einwendungen erklärte er endlich, der König wolle sich, nachdem der Termin des 31. August abgelaufen sei, nicht mehr an seine frühere Erklärung gebunden halten, seine Geduld sei erschöpft, seine Ehre erfordere es, doch sollte es Kf. dahin bringen können, daß seine letzte Erklärung einfach angenommen werde, so glaube er, daß derselbe aus Rücksicht auf Kf. darein willigen werde. Das Haus Lüneburg müßte sich auch über die Zeitfrage bestimmt erklären, und dazu müßte Kf. es zu bringen suchen. Rébenac sei im übrigen hinlänglich instruiert, um sich mit Kf. zu verständigen und alle erforderlichen Maßregeln zu verabreden. Er schließt daraus, daß man von den guten Absichten des Kf. überzeugt ist, daß man zum Frieden mit dem Reich auf dem Fuß der letzten Erklärung sich verstehen und den Vertrag des Kf. und des Königs von Dänemark mit dem Hause Lüneburg, wenn dieses sich über die Dauer des Waffenstillstandes präziser erklärt, billigen wird, endlich, daß Rébenac Befehl hat, mit Kf. Vereinbarungen zu treffen, auch ohne den Fall einer Aktion gegen das Haus Lüneburg.

In betreff des Königs von Polen meinte Cr., derselbe hätte zuviel Neigung und Interesse, sich mit dem König wieder auszusöhnen, als daß er Kf., im Fall dieser gegen das Haus Lüneburg vorginge, angreifen sollte, überdies werde das entgegengesetzte Interesse des Königs von Polen und des Kaisers in der Frage der Nachfolge in Polen eine wirklich enge und dauerhafte Verbindung zwischen ihnen verhindern.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 5. November 1683.

[Mitteilungen Croissy's über den Entschluß des Königs, bis zu Ende des Jahres an seinen bisherigen Anerbietungen festzuhalten. Friedliche Absichten der Königs und seiner Minister.]

Croissy hat ihm am 2. mitgeteilt, d'Avaux habe Befehl erhalten,[1]) den 5. Nov.
Generalstaaten anzuzeigen, daß der König trotz aller Gründe, welche ihn veranlassen könnten, von seinen früheren Anerbietungen zurückzutreten, dennoch

[1]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux en Hollande depuis 1679 jusqu'en 1684, I, S. 186ff.

sich Spanien anbetreffend bis Ende dieses Jahres mit einer der beiden Alternativen begnügen, und daß er auch dem Reiche gegenüber sich bis zu dem gleichen Termin an seine letzten Anerbietungen halten und sich mit einem Waffenstillstand auf 30, 25 oder auch nur 20 Jahre begnügen wolle. Sollte dieses vom Reiche oder von Spanien nicht angenommen werden, so behalte er sich seine Prätensionen und Schadenersatz vor. Er fügte hinzu, man werde sich im übrigen in den Stand setzen, im Notfall seinen Feinden nicht nur standzuhalten, sondern sie auch bereuen zu lassen, daß sie diese Anerbietungen nicht angenommen hätten, man werde mit den Alliierten alle nötigen Verabredungen treffen, man verspreche sich, daß Kf. vor allem fortfahren werde, mit dem gleichen Eifer für diese Sache und das gemeinsame Interesse zu wirken. Der König hätte bei diesen Beschlüssen besondere Rücksicht darauf genommen, daß, wie er glaubte, dieselben den Absichten des Kf. konform seien.

Er hat Cr. für diese Informationen gedankt, die Überzeugung ausgesprochen, daß diese Beschlüsse des Königs durchaus den Intentionen des Kf. konform seien, und die Hoffnung geäußert, daß diese Anerbietungen die erwartete Wirkung haben würden. Er glaubt, daß in der Tat das jetzige Ministerium mit Rücksicht auf den neuen Direktor[1]) der Finanzen und auf den gegenwärtigen Stand derselben einen Krieg nicht wünscht, daß auch der König bei seiner mehr und mehr hervortretenden Frömmigkeit keine Neigung zu einem solchen hat, daß man auf diese Weise den König von England und die zum Frieden geneigte Partei in Holland zu befriedigen und durch den doppelten Vergleich mit dem Reich und Spanien seine Absichten ohne Risiko erreichen zu können denkt.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 9./19. November 1683.

[Die französischerseits verlangten Änderungen in dem neuen Vertrage. Seine Verhandlungen darüber mit Croissy.]

19. Nov. Croissy hat ihm am 5./15. in Versailles mitgeteilt, daß Rébenacs Kurier mit einigen Änderungen in dem 5. Artikel des Traktats[2]) zurückgeschickt sei.

[1]) Le Peletier, der nach Colberts Tode (6. September 1683) dessen Nachfolger geworden war, s. Spanheim, Relation de la cour de France, ed. Bourgeois, S. 300, 315f. und Sp.'s Bericht über den Tod Colberts in der Einleitung zu Schefers Ausgabe dieser Relation, S. XVIIIf.

[2]) Der Traktat, der inzwischen am 5./15. Oktober 1683 in Potsdam zwischen Rébenac, Meinders und Fuchs abgeschlossen war und der trotz der nachträglich vorgenommenen Änderungen dieses Datum behalten hat. S. v. Mörner, S. 731ff., wo auch die Abweichungen der ursprünglichen von der späteren Fassung angegeben sind. Sp. hatte schon 2./12. November berichtet, daß ihm Croissy die Ankunft des

Er meint, R. und Kf. hätten, als er abgeschlossen wurde, noch nicht die letzten französischen Vorschläge in betreff des Friedens gekannt, dieser Artikel, so wie er in dem Vertrag stände, mit der Klausel eines Jahres werde gerade das Zustandekommen des Friedens hindern; Kf. könnte versichert sein, daß der König keine Eroberungen im Reiche zu machen beabsichtigte, aber derselbe könnte nicht untätig abwarten, daß der Kaiser und dessen Anhänger den Frieden verzögerten oder Maßregeln gegen Frankreich ergriffen. Er hoffte um so mehr, daß Kf. in die Änderung des Artikels willigen werde, da R. keinen Befehl gehabt hätte, ihn zu bewilligen, und es nur getan hätte, weil seitens des Kf. eine größere Zahl von Jahren vorgeschlagen worden wäre. Er hat dem gegenüber sein Bedauern ausgesprochen, daß man, bevor man den Vertrag zurückgeschickt, nicht mit ihm darüber gesprochen hätte, da er dann Gelegenheit gehabt hätte, Aufklärungen über die Absichten des Kf., über die er hinlänglich unterrichtet sei, zu geben, und er hat dann darauf hingewiesen, in jedem Vertrag müßten beide Teile ihre Rechnung finden. Für Frankreich liege der Vorteil in dem 2. Artikel, der Verpflichtung, zu der sich Kf. verstanden habe, obwohl die gegenwärtige Haltung des lüneburgischen Hauses und andere Gründe dagegen sprechen, der entsprechende Vorteil für Kf. liege nicht in der kleinen Vermehrung der Subsidien um 100000 Livres, sondern in dem 5. Artikel, seine Pflichten gegen das Reich machten es für ihn unumgänglich nötig, diese Forderung zu stellen, welche für Frankreich ganz unschädlich sei. Denn dieses befinde sich schon im Besitz dessen, was es beanspruche, und könne sich um so besser in demselben befestigen. Der Kaiser sei jetzt weniger als je imstande, den Frieden zu stören, und wenn er es doch tun sollte, so werde durch die früheren Verträge des Kf. mit Frankreich diesem sein Verhalten vorgeschrieben. Es sei auch garnicht die Absicht des Kf., diese Bedingung zu veröffentlichen, sondern er wolle den Vertrag streng geheim halten. Sollte man hier die Verpflichtung eines Jahres nicht eingehen wollen, so würden sich vielleicht Temperamente finden lassen, die einerseits Frankreich gegen feindliche Schritte des Kaisers und seiner Anhänger sicherten, andererseits auch Kf. über diesen ihm so am Herzen liegenden Punkt, die Erhaltung der Ruhe des Reiches und dessen Bewahrung vor weiteren Beraubungen, zufriedenstellten. Der Termin bis zu Ende des Jahres sei so kurz, daß man kaum das Zustandekommen des Friedens oder Waffenstillstandes bis dahin hoffen könnte.

Croissy entschuldigte, daß man nicht vor Zurücksendung des Vertrages mit ihm darüber gesprochen hätte, und las ihm darauf den 4. und 5. Artikel in der veränderten Fassung[1]) vor. Er hat darauf erwidert, letzterer erschiene ihm so etwas trocken, und Kf. könnte daraus keine Versicherung der Ruhe des Reiches schöpfen, und er hat dann seinerseits mit der Versicherung, daß er

Kuriers mit dem neuen Vertrage an dem vorhergehenden Abend angezeigt und daß ihm derselbe Kurier einen Brief Meinders' mit der Kopie des Vertrages überbracht habe. Er hatte versprochen, denselben ganz geheim zu halten, und hatte schon die Besorgnis geäußert, daß der 5. Artikel Anstoß erregen werde.

[1]) S. v. Mörner, S. 733.

darauf nicht instruiert sei, Temperamente vorgeschlagen, entweder 6 Monate statt eines Jahres oder eine ganz allgemeine Fassung des Artikels, wo die von Cr. angeführten, von französischer Seite gefürchteten Fälle ausgenommen würden, und gebeten, jedenfalls Rébenac darüber etwas ausgedehntere Befehle zu erteilen, als ihm gegeben zu sein schienen. Cr. schien seinen Ausführungen einige Beachtung zu schenken, wiederholte aber doch einen Teil der schon vorhin vorgebrachten Einwände und fügte noch andere hinzu: Für die Geheimhaltung des Vertrages könnte man nicht einstehen, der neue Vertrag verpflichte Kf. zu nichts, das nicht schon eine Folge der früheren Verträge sei, auch nicht in betreff des Hauses Lüneburg, da man ja in Berlin überzeugt sei, daß dasselbe nicht die Gegenpartei ergreifen werde, Kf. könnte um so mehr den Versicherungen des Königs trauen, da auch der König von England, der das gleiche Interesse an der Erhaltung der spanischen Niederlande wie Kf. an der des Reiches habe, sich nicht den letzten Maßregeln widersetzt habe, welche Frankreich für notwendig gehalten habe, um zum Frieden zu gelangen, auch werde von Kf. in dem neuen Vertrage nicht verlangt, daß er mit Frankreich zusammen im Reiche vorginge, falls dieses ein compelle zum Frieden für notwendig hielte, sondern nur, sich solchen Maßregeln nicht zu widersetzen, überdies sei zu hoffen, daß die letzten französischen Vorschläge, wenn sie von England, Kf. und der friedliebenden Partei in Holland unterstützt würden, zum Frieden führen würden.

Meyercrohn gegenüber, der von der Ankunft des Kuriers Rébenacs erfahren hatte und die Vermutung aussprach, daß derselbe einen neuen Vertrag bringe, hat er behauptet, nichts davon zu wissen.[1])

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 11./21. November 1683.

[Auf die Relation vom 5. November. Dank für die Erklärung des Königs und für dessen Geschenk.]

21. Nov. Er soll Croissy für die vertrauliche ouverture danken, ebenso dem König in einer besonderen Audienz seinen Dank dafür und für die von ihm genommene genereuse Resolution aussprechen und ihm mitteilen, was er in dem beifolgenden Schreiben an den Kaiser,[2]) das er auch allen Kurfürsten mitgeteilt habe, und

[1]) Sp. meldet 16./26. November 1683, Meyercrohn habe ihm Vorwürfe gemacht, daß er ihm das verheimlicht habe, was er durch Croissy erfahren habe, nämlich die Schwierigkeiten, an denen sich der Vertrag stoße. Er habe darauf denselben nicht weiter abgeleugnet, aber Cr. gegenüber sein Befremden über diese Mitteilung geäußert, Cr. habe denn auch erklärt, daß es ihm leid tue, dieselbe gemacht zu haben.

[2]) S. das Schreiben an den Kaiser vom 10./20. November 1683 (Londorp XI, S. 570f.; v. Orlich III, S. 331f.).

an das Haus Lüneburg,[1]) um dessen christliche und glorieuse Intention zu sekundieren, geschrieben habe, auch, daß seine Gesandtschaft in Regensburg Befehl erhalten habe,[2]) sich danach zu richten.

Und weilen uns I. K. M. abermalen durch den Graf Rebenacq ansehentlich beschenken lassen,[3]) so habet Ihr davor absonderlich zu danken und zu versichern, daß wir alles dasjenige, so uns von I. K. M. zukäme, als ein sonderbares Zeichen und Pfand Ihrer hochschätzbaren Freundschaft und Affection aufnehmen und von denen mit I. K. M. genommenen Mesuren und geschlossenen Tractaten nimmer absetzen würden. Wir hätten nicht ermangelen wollen, I. M. eigenhändigen Dank abzustatten, hätten uns nun aber etzliche Wochen her unserer rechten Hand zum schreiben nicht gebrauchen können, und möchten gleichwohl unsere Schuldigkeit länger nicht aussetzen. —

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 29. November/[9. Dezember] 1683. (Conc. Meinders.)

[Die streitigen Punkte des Vertrages.]

Es ist Euch albereit mit voriger Post von unserm dem von Meinders vorläufig notificiret worden, worauf es beruhet, daß man sich anher mit dem Graf Rebenac wegen des jüngst alhie gezeichneten Tractats[4]) annoch nicht völlig vereinigen können. Ihr werdet daraus ersehen haben, daß die ganze Sache auf zwei Punkte ankommt und zwar 1) daß I. K. M. begehret, Wir möchten uns wegen der Action wieder das Haus Braunschweig-Lüneburg etwas deutlicher und positiver erklären, und dann 2) geschehen lassen, daß, daferne mit dem Ende dieses Jahres der Friede zwischen dem Reich und Frankreich uf die bekannte conditiones nicht festgestellet würde, alsdann I[r]. K. M. frei stehen sollte, solche operationes zu Erlangung des Friedens anzufangen, wie Sie es gut finden würden, denen wir uns nicht opponiren sollten. 9. Dez.

[1]) S. unten Abschnitt V.

[2]) S. das Schreiben an die Regensburgische Gesandtschaft vom 10./20. November unten Abschnitt V.

[3]) S. Prutz, S. 153.

[4]) S. oben S. 488.

So viel das erste belanget, da haben Wir durch unsere Ministros uns dergestalt erklären und gedachtem Grafen solche remonstrationes tuen lassen, daß, wann er, wie Wir nicht zweifeln wollen, davon I. K. M. rapport tuen wird, dieselbe verhoffentlich damit zufrieden sein und sehen werden, daß Wir, wo nicht ein mehrers, jedoch ohnstreitig alles vollkommlich placidiret und eingangen, was darunter von Uns nur desideriret worden.

Bei dem andern Punct hat es etwas mehrere Difficultät gesetzet, und werdet Ihr aus dem Euch übersandten von mehrgedachtem Grafen über den 4. und 5. Articul übergebenen und von dorten ihm zugesandten, wie auch unserm Gegenproject mit mehrerm ersehen können, worinnen man diesfalls annoch unter einander dissentire.

Es ist einmal gewiß, daß uns die schwere Pflichten, womit Wir dem Reich und unserem gel. Vaterlande verbunden, nicht zulassen, und daß es nicht allein uns unverantwortlich, sondern auch unsers eigenen Churfürstlichen Hauses Interesse, welches ohne des Reiches Conservation nicht bestehen kann, ufs höchste praejudicirlich sein würde, wann Wir in fernere Dismembration des Reichs oder solche actus, woraus dieselbe notwendig erfolgen müßte, consentiren oder geschehen lassen sollten, daß die Cron Franckreich im Reich nach eigenem Gefallen procediren und nicht mit uns zuforderst über die darin vornehmende Resolution ein Concert treffen möchte. Es hat zwar der Graf Rebenac, wie Ihr dem Marquis de Croissy absonderlich anzuzeigen, hierunter das geringste nicht relaschiren wollen, sondern ist ganz fest und unbeweglich uf denen von seinem König erhaltenen und uns communicirten Ordren bestanden. Wir zweifeln aber nicht, wann Ihr mit behörigen Umbständen remonstriren werdet, daß Wir Uns in ein und andern Dingen fast mehr und weiter herausgelassen, als man nicht praetendiret, und dann, daß sonsten dasjenige, was uns wegen des Reichs zugemutet worden, auf die Weise, wie es projectiret, von uns unmöglich eingegangen werden könne, man werde sich darunter finden und mit unseren oblatis zufrieden sein. Inzwischen lassen wir es am Kayserl. Hofe, bei unsern Mit-Churfürsten und zu Regensburg an allen ersinnlichen officiis, damit der Friede zwischen dem Reich und der Cron Franckreich noch vor Ende dieses Jahrs fest gestellet werden möge, nicht ermangeln. —

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 31. Dezember 1683.

[Auf das Reskript vom 29. November. Festhalten französischerseits an der veränderten Fassung des 5. Artikels. Einwendungen gegen die von Kf. vorgeschlagenen Bedingungen des Waffenstillstandes. Ergebnis einer Unterredung mit dem Bischof von Straßburg.]

Er hat am 28. Croissy von dem Inhalt des Reskripts in Kenntnis gesetzt. 31. Dez. Cr. teilte ihm darauf mit, Rébenac habe gemeldet, daß die Schwierigkeit in betreff des 2. Artikels gehoben sei, man habe sich überzeugt, daß das letzte Projekt präziser sei als das frühere, betreffend den 5. Artikel aber könnte man aus den schon oft angeführten Gründen sich nicht mit dem Kontraprojekt zufrieden geben, sondern müßte auf dem ersten Projekt bestehen, man könnte in dasselbe auch nicht eine Verlängerung des Termins bis zum letzten Februar aufnehmen, doch könnte Rébenac es namens des Königs positiv versprechen.

Er hat Cr. auch von den letzten Befehlen des Kf. an seine Gesandten in Regensburg[1]) Mitteilung gemacht. Cr. erhob nur Einwendungen gegen den 2. Artikel, nach welchem die Dinge in ecclesiasticis et politicis den Bestimmungen des Instr. pacis gemäß gelassen werden sollten, er verlangte, daß, wenn in einem der par interim abgetretenen Orte Katholiken wären, man für sie dort Kirchen bauen dürfte, aber ohne sonst den protestantischen Gottesdienst zu beschränken. Auch gegen den 3. Artikel, daß der König sich mit den bis zum 1. August 1682 gemachten Reunionen begnügen wollte, erhob er weniger Schwierigkeiten, als nach seinen früheren Äußerungen zu erwarten war.

An demselben Tage hat er eine lange Unterredung mit dem Bischof von Straßburg gehabt, er hat aus derselben deutlich erkennen können, 1. daß K. Cöln auch nicht geneigt ist, gegen das Haus Lüneburg oder andere Reichsstände, wie Schweden, in Aktion zu treten, 2. daß man hier keine Verpflichtungen desselben solcher Art zu erwarten, 3. auch auf keine wirksamen Bemühungen desselben, den Reichsfrieden nach den Wünschen Frankreichs herbeizuführen, zu rechnen hat, 4. daß Kf. dagegen der Mitwirkung K. Cölns bei dem Bemühen, den König zu veranlassen, sich mit seinen früheren Vorschlägen zu begnügen, versichert sein, 5. daß das Expediens, daß der König ihnen beiden sein Wort deswegen geben soll, dem Kf. zu größerer Decharge dienen kann, 6. daß man die Unterhandlung mit dem hannoverschen Gesandten Groot so wird führen können, daß K. Cöln davon keine Ombrage nehmen kann, sondern vielmehr, daß dadurch das gute Einvernehmen zwischen diesem und Kf. befestigt wird, 7. daß die Sendung eines vertrauten Ministers des Kf. an K. Cöln zu einer gründlichen Aufklärung und Verständigung wird führen können.

---

[1]) S. das Reskript des Kf. an die Regensburgische Gesandtschaft vom 29. November / 9. Dezember 1683 unten Abschnitt V.

Der Kurfürst an Spanheim.
D. Potstam 22. Dezember 1683/[1. Januar 1684].[1])

[Die Verhandlungen mit den lüneburgischen Gesandten. Befürwortung der von diesen gemachten Vorschläge.]

1. Jan. Beifolgend erhält er die vertraulichen Eröffnungen, welche die lüneburgischen Minister in den beiden letzten Konferenzen gemacht haben, und seine darauf vorläufig erteilten Antworten.[2]) Auf seine letzte Anfrage, ob das Fürstl. Haus mit ihm pro pace gemeine mesures nehmen wolle, haben die Minister die Antwort zwar noch bis zur nächsten Konferenz verschoben, aber ausdrücklich kontestiert, daß sie den Frieden mit Frankreich verlangten. Er merkt aus allem, daß das Fürstl. Haus sonderbare Begierde hat, sich mit ihm zu setzen, aber wegen des Engagements, das der Herzog von Hannover bisher mit dem Kaiser gehabt, nicht gern de but en blanc gehen, sondern seiner Veränderung eine Farbe geben und daher gern sehen wollte, daß bei Frankreich wegen der gesuchten Moderation etwas erhalten werden könnte. Da er glaubt, daß dasselbe wirklich zu ihm umtreten will, und daß dann der Friede zwischen dem Reich und Frankreich ohne Diffikultät und Schwertschlag zu befestigen sein wird, so befiehlt er ihm, mit Croissy wegen der Rückgabe von Freiburg, doch nur in Form einer Anfrage, die er als Freund und Alliierter Frankreichs tut, zu sprechen und dabei besonders vorzustellen, daß der König auf keine präzisere und bessere Weise seine Begierde, mit dem Reich in unzertrennlicher Freundschaft zu leben, an den Tag legen könnte. Dadurch würden die Wohlgesinnten im Reich noch mehr animiert, den Übelgesinnten aber ihre mesures ganz gebrochen werden, auch wäre der Ort selbst nicht von solcher Importanz, daß er einigermaßen mit der Verhütung eines blutigen Krieges verglichen werden könnte. Sollte nicht zu erlangen sein, daß es in statu quo dem Reich restituiert würde, so soll er versuchen, ob die Restitution, nachdem der Ort rasiert worden, zu erhalten sein würde.

Wegen der von den Lüneburgern gestellten zweiten Kondition erwartet er nicht große Diffikultäten, da der König selbst immer erklärt hat, das utile dominium den Besitzern lassen zu wollen, wenn ihm nur die Souveränität und was davon dependierte, verbliebe. Der vorgeschlagene Tausch von Courtray und Dixmüden gegen ein konvenables Stück bei Luxemburg hält er auch nicht für unbillig, sondern für sehr dienlich, um Spanien und den Kaiser zum Frieden zu lenken, er soll es daher auch diskursweise vorstellen. Vor allem aber hat er zu kontestieren, daß Kf. diese Vorschläge nur aus Liebe zum Frieden und weil er glaubt, daß sie zu des Königs Bestem gereichten, machte, keineswegs aber, um sich den Verpflichtungen gegen denselben zu entziehen.

[1]) Von Fuchs' Hand.
[2]) S. unten Abschnitt V.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 8./18. Januar 1684.

[Der Abschluß der Allianz. Die Verhandlungen mit dem braunschweigischen Hause. Ankunft des k. cölnischen Gesandten. Die Stimmung am Wiener Hofe. Die Kommerzienangelegenheit.]

Er hat die Verhandlungen mit Rébenac fortgesetzt, gestern ist der Schluß erfolgt und der Traktat unterzeichnet worden. Er zweifelt nicht daran, daß er dort wird ratifiziert werden,[1] Sp. soll indessen die Zahlung der restierenden Subsidiengelder weiter betreiben und besonders eine richtige Abrechnung bis zum 15./25. Oktober vorigen Jahres desiderieren. 18. Jan.

In der Verhandlung mit dem Hause Braunschweig fährt er fleißig fort, und er hat es damit so weit gebracht, daß dasselbe bereits am kaiserlichen Hofe und im Haag ernstlich zum Frieden gemahnt hat, und zwar in solchen terminis, daß man dort darüber nicht wenig surpreniert und bestürzt gewesen ist. Er hofft auch, daß dieses Haus bei der zu Hamburg oder sonstwo abzuhaltenden Versammlung ganz der wohlintentionierten Partei beitreten werde, und glaubt, daß man in diesem Fall des Friedens versichert sein könne. Der Fürst von Murbach[2]) ist wegen K. Cölns vorgestern hier angelangt, er gedenkt auch, einen von seinen vertrauten Ministern ehestens nach Cöln zu schicken.

Er übersendet ihm einen Extrakt eines Schreibens des Fürsten von Anhalt, das er auch Rébenac hat lesen lassen. Daraus erhellt, daß man nunmehr am kaiserlichen Hofe sich nicht länger flattiert, als ob er seine Meinung ändern werde, und daß man ihm nicht undeutlich droht, mit der Zeit sich dafür zu rächen. Das wird auch gewiß geschehen, wenn man es nur vermag und die Gelegenheit es zuläßt, er verläßt sich aber nächst Gott auf seine gute Sache und auf die Assistenz des Königs und läßt das übrige dahingestellt sein.

P. S. Er übersendet ihm auch ein Memorial wegen der Schiffahrts- und Kommerziensache,[3]) das er Rébenac hat zustellen und rekommendieren lassen. Sp. soll sich darum weiter bemühen und womöglich eine schriftliche gewierige Erklärung auf beide Punkte zu erlangen suchen.

---

[1]) Kf. teilt Sp. 9./19. Februar 1684 mit, daß die Auswechslung der Ratifikationen erfolgt sei, befiehlt ihm, auf Liquidation der Reste und wirkliche Zahlung der Subsidien zu dringen, und weist ihn an, Mignon ein Präsent von 1000 Talern zu machen.

[2]) S. unten Abschnitt V.

[3]) Kf. hatte zufolge der mit den ostfriesischen Ständen und der Stadt Emden am 22. April / 2. Mai und 18./28. Oktober 1683 abgeschlossenen Handelsverträge (s. v. Mörner, S. 443ff. und 451f.) schon 19./29. Oktober 1683 Sp. angewiesen, sich zu bemühen, daß ostfriesischen oder emdischen, von ihm mit Seepässen versehenen und seine Flagge führenden Schiffen in den Ländern des Königs von Frankreich Handelsfreiheit gewährt und von ihnen nicht höhere Zölle verlangt würden als von seinen Untertanen. Sp. hatte darauf 12./22. November 1683 erwidert, das werde

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 12./[22.] Januar 1684.[1])

[Auf die Relation vom 7. Januar. Die Sendung Fuchs', die Ziele derselben. Die dänischen Verdächtigungen. Absicht des Kf., sich vorläufig nicht zu feindlichem Vorgehen gegen Schweden zu verpflichten.]

22. Jan. Den Eröffnungen des Bischofs von Straßburg[2]) zufolge hat er Fuchs beauftragt,[3]) in 4 oder 5 Tagen nach Cöln zu gehen. Er soll Croissy dieses mitteilen und ihm dabei zu verstehen geben, daß diese ganze Abschickung nur dahin ziele, 1. das Friedenswerk nach den mit dem Könige genommenen Mesuren zu befördern, 2. auf eine nähere Zusammensetzung, im Fall es doch zum Kriege kommen sollte, behufs Beschützung des Reiches und der beiderseitigen Lande besonders gegen Einquartierung und Durchmärsche seitens derer. die den Krieg angesponnen, bedacht zu sein, wozu man auch K. Trier hinzuzuziehen suchen würde, endlich zu Maintenierung der in dem Instr. pacis fundierten kurfürstlichen Prärogativen. Kf. hofft, diese Schickung werde dem

---

große Schwierigkeiten machen, und hatte empfohlen, entweder einen darauf bezüglichen Artikel in den neuen Vertrag mit Frankreich zu bringen oder wenigstens Rébenac zu ersuchen, die Gewährung dieser Bitte zu empfehlen, und vorgeschlagen, zu beantragen, daß für die Untertanen des Kf., welche auf französischem Gebiet sterben sollten, die Aufhebung des droit d'aubaine, wie sie die Dänen, Holländer, Engländer, Schweizer und auch die Hamburger genössen, bewilligt werde, und hatte am 26. November gemeldet, daß er Croissy von dieser Angelegenheit Mitteilung gemacht und eine darauf bezügliche Denkschrift übergeben habe.

1) Von Fuchs' Hand.

2) Sp. hatte 7. Januar berichtet, der Bischof von Straßburg hätte ihn vor seiner Rückkehr nach Cöln besucht, ihm noch einmal die Vorteile einer engen Verbindung des Kf. mit K. Cöln auseinandergesetzt und die Hoffnung ausgesprochen, die Sendung seines Neffen, des Abtes von Murbach, zu Kf. werde zur Folge haben, daß dieser einen seiner vertrauten Minister zu K. Cöln schickte, mit dem alles abgemacht werden könnte. Durch eine solche Verbindung, der gewiß auch K. Trier beitreten werde, würden beide Schiedsrichter des Friedens mit Spanien und dem Reiche und Herren im Westfälischen werden und das werde auch das beste Mittel sein, um sich der braunschweigischen Herzöge zu versichern. Er glaube, der König von Frankreich werde, wenn er sich auch nicht schriftlich dazu verpflichten wollte, den Termin bis Ende Februar verlängern und sich zu einem Waffenstillstand auf 20 Jahre verstehen. Sp. hatte hinzugefügt, er habe Croissy von diesen Eröffnungen des Bischofs Mitteilung gemacht und derselbe habe erwidert, eine solche Verbindung des Kf. mit K. Cöln und K. Trier werde den Interessen K. Cölns viel mehr entsprechen und mehr zur Beförderung des Friedens dienen, als die von diesem vorgeschlagene Neutralität, welche der Kaiser doch nicht beachten werde.

3) S. über diese Sendung Fuchs' Pufendorf XVIII, § 112—119 (S. 1489ff.) und unten Abschnitt V.

König nicht unangenehm sein, Fuchs hätte Befehl, mit dem dortigen französischen Minister Tambonneau vertraulich zu kommunizieren. Er soll ansuchen, daß dieser oder der Bischof von Straßburg rechtzeitig auf alle von dem letzteren berührten Punkte instruiert werde, besonders, daß der König K. Cöln und ihm die Versicherung geben möchte, daß er das Reich auch bei erfolgendem neuen Kriege nicht dismembrieren noch den statum publicum in demselben immutieren wolle. Da dieser Punkt ihm ans Herz geht und die vornehmste Ursache der Schickung ist, so soll er ihn mit allen beweglichen Remonstrationen treiben und auch anzeigen, er hätte Ordre, des Kf. parole zu geben, daß er es zum höchsten menagieren werde.

Groot[1]) hat angezeigt, er werde in drei Tagen von seinen Prinzipalen Antwort und Resolution auf die von Kf. dem fürstlichen Hause vorgeschlagenen conditiones und Mesuren empfangen. Fuchs soll dieselbe zuvörderst abwarten. Sp. soll Croissy nochmals versichern, daß Kf. mit Lüneburg nicht das geringste handeln noch schließen werde, es sei denn, daß dasselbe mit ihm gleiche mesures zu Beförderung des Friedens und Verhütung des Krieges mit Frankreich nehme. Fuchs soll unterwegs bei beiden Herzogen in Celle und Hannover ansprechen und denselben nachdrücklich zusprechen. Schon Groots Schickung hat soviel Gutes gewirkt, daß die Hoffnungen der Gegenpartei sehr verringert sind und man in Wien und im Haag große Ombrage und Jalousie deswegen bezeugt, den Rückweg soll Fuchs durch Holland nehmen, sich im Haag bei d'Avaux nach dem Stande der Dinge erkundigen, dem Prinzen von Oranien und dem Ratspensionar beweglich zureden und in Amsterdam den Bürgermeister v. Beuningen in den friedlichen Absichten, welche diese Stadt bekundet, zu bestärken suchen.

Er soll auch Cr. anzeigen, Kf. habe seit einiger Zeit gemerkt, daß die dänischen Ministri sich bemühten, seine Konduite bei dem Könige suspekt zu machen. Er hoffe, man werde mehr auf sein wirkliches comportement als auf solche ungegründete Spargemente sehen, es rühre dies nur daher, daß er den gar zu hitzigen und zum Kriege gänzlich abzielenden consiliis nicht sofort beipflichten wolle, es konsoliere ihn aber sehr, daß auch der König noch immer sein Absehen auf den Frieden gerichtet habe. Damit konformiere er sich allerdings, sollte man aber zu den Waffen greifen, so werde er auch tun, was sich gebühre.

Sollte Croissy den Punkt der Aktion wider Schweden im Falle eines Transportes wieder anregen, so soll er ihm anzeigen, Kf. bezweifle gar wohl, daß auch dieses von Dänemark herkäme, welches ihn in alle Wege in seine weitläufigen Desseins mit einzuflechten suche, er halte aber ein solches Engagement nicht de tempore und für besser, daß er freie Hände behielte, um in Westfalen und am Rhein nach Befinden zu agieren, als sich wieder mit Schweden einzulassen und seine ganze Force dorthin zu distrahieren. Zwar würde er dabei sein Privatinteresse vor allen anderen finden, und er hätte mehr

[1]) S. über die Verhandlungen mit Grote Pufendorf XVIII, § 106 (S. 1484 f.).

Ursache, bei Frankreich zu sollizitieren, daß ein solcher Artikel dem Traktat inseriert würde, als daß Frankreich bei ihm deswegen Instanz tun sollte, seine Partikulierangelegenheiten aber müßten dem publico nachgesetzt werden. Sollte später nach Begebenheit der Läufte deswegen etwas abzuhandeln sein, so werde er sich dazu willig finden lassen; jetzt aber möchte man damit noch etwas anstehen und sehen, wie die Sachen laufen und wie es mit der Cölnischen Negotiation stehen wird. Ebenso wird er auch Rébenac, wenn dieser es proponiert, antworten, er wünscht, daß der letzte Traktat ohne diesen Punkt ratifiziert werde, und darum soll auch Sp. sich bemühen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 1./11. Februar 1684.

[Beseitigung des anfänglichen Mißtrauens wegen der Sendung Fuchs'. Äußerungen Croissy's über den Bischof von Straßburg. Vertrauen auf Kf. Friedliche Absichten. Günstige Erklärung wegen der ostfriesischen Schiffe.]

11. Febr. Am 8. hat er dem Reskript des Kf. vom 12. Januar zufolge Croissy nähere Mitteilungen über die Sendung Fuchs' an K. Cöln gemacht. Cr. erwiderte, die ersten Nachrichten davon hätte man aus Holland gehabt. Da jetzt dort im Haag die Versammlung der Gegenpartei[1]) stattfände, so hätte es den Glauben erwecken können, als wenn Kf. beabsichtigte, teil daran zu nehmen, und daher hätte Rébenac den Auftrag erhalten, diese Sendung abzuwenden. Auf die Mitteilungen aber, welche Fuchs demselben und jetzt er hier darüber gemacht hätte, sollte dieser Befehl widerrufen werden. Da er bei dieser Gelegenheit auch die Eröffnungen berührte, welche der Bischof von Straßburg ihm gemacht hatte, so teilte ihm Cr. mit, daß man hier über zwei Dinge in den Briefen des Bischofs verwundert wäre, 1. daß derselbe meinte, man könnte inbetreff des Friedens mit dem Reiche zugunsten einzelner über die Erklärungen und Vorschläge des Königs hinausgehen, dazu würde sich derselbe unter keinen Umständen verstehen, 2. daß derselbe von einer größeren Ausdehnung der Versammlung zu Cöln spreche; eine solche würde nur Verzögerung und andere Übelstände zur Folge haben, man wünschte wohl, daß Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Neutralität der Stadt Cöln getroffen würden, dazu aber würden Kf. und K. Cöln als die mächtigsten und als Direktoren des Kreises genügen. Cr. fügte hinzu, man tue dem Bischof von Straßburg unrecht, wenn man meine, er sei auf die Sicherheit und das Wohl des Reiches wenig bedacht, er

[1]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux II, S. 90ff.; Klopp, Geschichte des Falles des Hauses Stuart II, S. 427ff.; Müller, Wilhelm III. von Oranien und Georg Friedrich von Waldeck I, S. 229f.

habe hier während seines letzten Aufenthaltes als guter Deutscher gehandelt und sei deswegen oft mit Louvois in Streit geraten. Er hat erwidert, er könnte aus den Befehlen des Kf. die Sendung Fuchs' anbetreffend nur ersehen, daß derselbe eine nähere Verständigung mit K. Cöln unter Einschluß von K. Trier beabsichtige. Er hat ihm darauf die einzelnen Punkte der Sendung desselben näher auseinandergesetzt und erläutert, und er hofft, daß der Argwohn, den man anfangs deswegen hier empfunden hat, jetzt beseitigt sein wird. Betreffend Fuchs' Reise über Celle und Hannover und den ihm erteilten Auftrag, dort kategorische Erklärungen zu erhalten zu suchen, sagte Cr. nur, man habe hier nach wie vor wenig Hoffnung, Hannover zu gewinnen. Er hat ihm darauf nochmals die großen Vorteile vorgestellt, welche ein glücklicher Erfolg dieser Verhandlungen herbeiführen werde, und ihm andererseits die in dem Reskript vom 12. Januar enthaltene Versicherung mitgeteilt, daß Kf. die Sache keineswegs in die Länge wolle ziehen lassen.

Er hat bei dieser Gelegenheit auch Cr. mitgeteilt, daß Kf. erwarte, die ihm ungünstigen Mitteilungen der dänischen Minister würden hier keinen Eindruck machen, und man würde hier erkennen, wie wenig selbstsüchtig er handle und wie eifrig er bemüht sei, den auf den Frieden gerichteten Absichten des Königs von Frankreich sich zu konformieren, und er hat versichert, daß, falls es doch zum Kriege kommen sollte, Kf. es an sich nicht werde fehlen lassen. Cr. nahm alles sehr gut auf, und er hat aus dieser Unterredung erkennen können, daß man hier sehr wohl begreift, 1. wie wenig der König von Dänemark zum Frieden geneigt ist, 2. was für Folgen seine wüsten Pläne haben würden, 3. daß Kf. bei einem Kriege sehr leicht seinen Vorteil finden könnte, 4. wie uneigennützig er sich trotzdem zeige und daß seine Ratschläge daher weniger verdächtig und mehr den Absichten des Königs von Frankreich entsprechend erscheinen müssen.

Man wünscht hier den Frieden und hofft ihn zu erhalten. Doch wird das Reich anbetreffend Frankreich nicht über einen zwanzigjährigen Waffenstillstand und die zuletzt von Kf. in Regensburg gemachten Vorschläge hinausgehen. In betreff Spaniens ist die größte Schwierigkeit durch das Angebot eines ebensolchen Waffenstillstandes hinweggeräumt, und es arbeiten außer dem Nuntius jetzt auch England und Holland daran, denselben zustande zu bringen.

P. S. Auf sein Drängen in der Angelegenheit der drei ostfriesischen Schiffe hat ihm Cr. vorigen Dienstag mitgeteilt, daß der König an alle Häfen die gewünschten Befehle geschickt habe. Über den Verkauf von Negern durch die afrikanische Kompagnie[1]) hat er noch keine Resolution erhalten können. Man behauptet, dieses würde direkt den Rechten und Privilegien der französischen Kompagnie entgegen sein.

[1]) Kf. hatte (d. Potsdam 24. Dezember 1683 / [3. Januar 1684]) Sp. angewiesen, sich zu bemühen, daß die afrikanische Kompagnie Erlaubnis erhalte, 500—600 Neger, welche sie auf den afrikanischen Küsten zu erhandeln gedenke, nach den dem König von Frankreich in Amerika gehörigen Inseln zu bringen und daselbst gegen ungesottenen Zucker zu vertauschen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 15./25. Februar 1684.

[Mitteilungen an Croissy, dessen Mißbilligung eines Kurfürstentages und Erklärungen in betreff des von Kf. und K. Cöln gewünschten Versprechens des Königs.]

25. Febr. Er hat am 22. mit Croissy in Versailles gesprochen, ihm über den Stand der Unterhandlungen mit dem braunschweigischen Hause Bericht erstattet und ihm von den Aufträgen, welche Fuchs für die Sendung an K. Cöln erhalten, und von der Eröffnung des Fürsten von Murbach in betreff eines in Wesel, Cleve oder Cöln zu haltenden Kurfürstentages und den Gedanken des Kf. darüber Mitteilung gemacht. Cr. erwiderte, man hielte hier eine solche Zusammenkunft nicht für zeitgemäß, dadurch würde nur die Annahme des Waffenstillstandes verzögert werden.

Er hat jetzt auch für nötig gehalten, gegen Cr. den Wunsch, daß der König dem Kf. und K. Cöln sein Wort geben solle, daß er das Reich nicht angreifen und auch, wenn es zum Kriege kommen sollte, keine weiteren Reunionen vornehmen wollte, zur Sprache zu bringen, unter Hinweis darauf, daß man damit nichts Neues verlange, daß ein solches Versprechen für Kf. und auch für K. Cöln eine große Konsolation und Decharge sein werde, und daß es von ihnen ganz geheim gehalten werden sollte. Cr. bezeigte sich anfangs durch diesen Vorschlag überrascht, doch ohne ihn übel aufzunehmen, er erwiderte, der Bischof von Straßburg hätte schon hier etwas Ähnliches angedeutet und man hätte ihm versichert, daß der König weit davon entfernt sei, das Reich bekriegen oder dort neue Eroberungen machen zu wollen, auch Kf. hätte dieselben Versicherungen erhalten, er sehe daher nicht ein, warum man noch neue verlangte. Sollte es zum Kriege kommen, so würden neue Verabredungen mit Kf. getroffen werden, und dann könnte man auch hierüber sich spezieller vergleichen. Von K. Cöln verlangte man nichts, das gegen seine Absichten wäre, nicht einmal, daß er, wenn das Reich sich einmütig zum Kriege mit Frankreich entschlösse, sich von demselben trennen sollte, derselbe sei also um so weniger berechtigt, von dem König eine solche Verpflichtung zu fordern. Cr. bemerkte dabei, daß der König im Fall eines solchen Krieges sich nur an den Erblanden des Kaisers rächen könnte. Er hat ihm aber doch noch einmal die Gründe vorgestellt, welche auch für Kf. ein solches Versprechen sehr wünschenswert machten, und ihn gebeten, die Sache dem König vorzutragen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 4. März 1684.

[Verlangen Croissy's, daß gegen die Lüneburger mit Gewalt vorgegangen werde, dessen Mitteilungen über K. Cöln.]

4. März Er hat, nachdem er am 28. Februar zwei Berichte Fuchs' vom 15. und 19. Februar erhalten, am Dienstag Croissy in Versailles gesprochen. Derselbe

lobte das Verhalten Fuchs' den braunschweigischen Herzogen gegenüber und jetzt bei K. Cöln. Er gestand zu, daß die Resolution der ersteren sehr geschickt abgefaßt sei, erklärte aber, es sei doch daraus ersichtlich, daß sie nur Zeit zu gewinnen suchten und nicht auf die Vorschläge des Kf. eingehen wollten, und verlangte, daß man sie mit Gewalt dazu zwingen sollte, was um so leichter sein würde, da auch K. Cöln dazu mitzuwirken bereit sei. Er fügte hinzu, daß nach Tambonneau's Berichten auch zu hoffen sei, daß, wenn es zum Kriege zwischen Frankreich und Holland kommen sollte, auch K. Cöln daran teilnehmen werde. Er hat alles nur ad referendum angenommen und die Hoffnung ausgesprochen, daß K. Cöln nicht ohne vorherige Verständigung mit Kf. deswegen etwas schließen werde.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 8./[18.] März 1684.

[Auf die Relation vom 4. März. Notwendigkeit, gegen das Haus Braunschweig Zwangsmaßregeln anzuwenden, doch in vorsichtiger Weise.]

Auch er ist fast der Meinung, daß mit den Verhandlungen mit dem Hause Braunschweig schwerlich zum gewünschten Schluß und zu der desiderierten Konformität mit den consiliis der Alliierten zu gelangen sein dürfte, wenn man nicht diesem Hause etwas näher treten und das früher ins Mittel gekommene Concert reassumieren sollte. Mitteilung seiner Ordre an Fuchs.[1]) Es wird sich nun bald zeigen müssen, was die Alliierten endlich von diesem Hause, wenn es solchen Ernst sehen wird, zu erwarten haben. 18. März

Er beabsichtigt nicht, K. Cöln von einer näheren Vereinigung mit Frankreich abzuhalten, doch würde dadurch K. Cölns force wider das Haus Braunschweig, um dieses zur raison zu bringen, sehr distrahiert werden. Auch könnte K. Cöln sich nicht auf solche Weise engagieren, ohne daß er und seine rheinischen Lande ihrer Situation wegen auch darein enveloppiert werden sollten. Es würde auch wenig helfen, wenn K. Cöln nur als Bischof von Münster sich in diese Sache mischte, da die münsterschen Lande nicht weniger als die k. cölnischen mit den seinigen meliert sind, und der Staat sich auch an solche Distinktion wenig kehren würde.

Er hofft, daß man dort mit der an Fuchs erteilten Ordre zufrieden sein wird, da aber bekannt ist, mit wie großer Begierde man dänischerseits die extrema und einen Krieg verlangt, so soll er mit den französischen Ministern mit desto größerer Sorgfalt und Behutsamkeit überlegen und konzertieren, in was für terminis et gradibus die vorgeschlagenen media coactiva, im Fall dazu geschritten werden muß, zu determinieren und zu applizieren seien, damit der Sachen nicht zu viel noch zu wenig geschehen und er den vorgesetzten Zweck nicht verfehlen möge.

[1]) S. unten Abschnitt V.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 14./24. März 1684.

[Die kriegerischen Absichten in Holland und die dagegen zu treffenden Maßregeln. Der Vertrag mit K. Cöln. Forderungen Frankreichs in betreff K. Triers.]

24. März Er hat Croissy die Resolution des Kf. in betreff der von dem Kaiser geforderten Römermonate[1]) mitgeteilt, derselbe hat sie sehr gebilligt. Cr. sprach mit ihm von dem im Haag gefaßten Entschluß, 12 Regimenter zu Fuß und 15 zu Pferde nach den spanischen Niederlanden zu schicken, und betonte, wie wichtig es wäre, daß Kf. das Zustandekommen des Vertrages Frankreichs mit K. Cöln beförderte, damit durch eine Diversion von dort her Holland verhindert würde, Spanien mit allen seinen Truppen beizustehen, es wäre viel wichtiger, daß sich K. Cöln dazu als zur Teilnahme an der Aktion gegen das Haus Lüneburg verpflichte. Er hat bei dieser Gelegenheit wieder die seitens des Königs von Frankreich dem Kf. und K. Cöln zu gebende Deklaration vorgebracht, aber Cr. äußerte sich darüber ebenso ablehnend wie früher. Derselbe teilte ihm auch die Antwort mit, welche er dem hannoverschen Gesandten Ballati erteilt hat, und ließ erkennen, daß man französischerseits geneigt sein würde, dem Herzog von Hannover Subsidien zu zahlen, falls dieser dieselben Verpflichtungen wie Kf. sollte eingehen wollen.

Cr. sprach mit ihm auch von dem Konzert, worüber die Alliierten im Haag für den Fall, daß es zu keinem Abkommen kommen sollte, verhandelten,[2]) und von den Gegenmaßregeln seitens Frankreichs und seiner Verbündeten, welche Meyercrohn vorgeschlagen hätte. Die von demselben gewünschte Sendung einer französischen Flotte in die Ostsee hielt er nicht für tunlich, sondern er meinte, falls Schweden wirklich Truppen herüberschicken und Dänemark nicht imstande sein sollte, diesem Transport zur See entgegenzutreten, so sollte es mit Kf. Verabredungen treffen, um die Landung in Bremen zu verhindern und die Herzoge von Lüneburg, wenn sie Schweden beistehen wollten, davon abzuhalten.

Man glaubt hier, daß der Prinz von Oranien den Krieg um jeden Preis wünscht, daher ist man so begierig, den Vertrag mit K. Cöln abzuschließen, und trifft alle Vorbereitungen, um den Feldzug möglichst frühzeitig in Flandern zu beginnen. Die Reise des Königs dorthin soll Mitte April stattfinden.

In betreff K. Triers[3]) hat ihm Cr. gesagt, der König willige ein, daß das Tor und die Mauern von Trier stehen blieben, falls die übrigen Werke demoliert

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 110 (S. 1487).

[2]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux en Hollande I, S. 90ff. Müller, Wilhelm III. von Oranien und Georg Friedrich von Waldeck I, S. 229ff.

[3]) Kf. hatte (d. Potstam 18./28. April 1684) Sp. mitgeteilt, die zu Cöln mit K. Trier geführten Unterhandlungen seien zum Schluß gekommen. Da der dabei verfolgte Zweck ziemlich erreicht sei, indem sich K. Trier zur Beförderung des Friedens

würden, daß die Leute in den reunierten Orten die Huldigung zu leisten hätten, der Kurfürst selbst aber davon entbunden sein sollte, daß derselbe in Coblenz Truppen K. Cölns und des Kf. aufnehmen müßte, die genügten, sich etwaigen Unternehmungen der Gegenpartei zu widersetzen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 29. März/[8. April] 1684.

[Mißbilligung der angekündigten Sendung französischer Truppen nach dem K. Cölnischen.]

Der König von Frankreich hat kurz vor Fuchs' Abreise K. Cöln anzeigen lassen, er habe beschlossen, entweder eine vollkommene Armee oder wenigstens bis 4000 Mann ins Cölnische zu schicken, wobei man auch vorgegeben hat, daß Dänemark und er solche Resolution approbierten. Dieses ist aber nicht der Fall, ihm ist davon nichts mitgeteilt worden. Er hofft, daß es mit solcher Resolution kein rechter Ernst ist, sondern Frankreich dieselbe nur divulgiert hat, um den Staat dadurch einzuschüchtern. Sollte der König sie aber wirklich zur Ausführung bringen lassen wollen, so bedarf es keines weitläufigen Remonstrierens, was für schlimme und höchst gefährliche Konsequenzen sowohl bei der guten, als auch bei der widrigen Partei daraus erwachsen würden. Auch der Bischof von Straßburg hat diese Inkonvenienzen dem König in einem Schreiben, dessen Abschrift beifolgt, vorgestellt. Auch er soll mit Croissy darüber sprechen, ihm die daraus bevorstehenden Ungelegenheiten remonstrieren und allen Fleiß anwenden, daß man sich hierunter nicht übereilen möge. 8. April

---

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 1./11. April 1684.

[Bereitwilligkeit zu dem Konzert gegen das Haus Braunschweig. Verlangen, daß auch Frankreich und K. Cöln an demselben teilnehmen und ihm ein Teil der Kriegssubsidien vorausbezahlt werde.]

Zu dem Konzert gegen das Haus Braunschweig ist er ganz geneigt, und man ist im Werk begriffen,[1]) dasselbe zu adjustieren. Da aber zu Effektuierung 11. April

auf die französischen Propositionen und in Entstehung dessen zur Neutralität und Einnahme k. cölnischer und brandenburgischer Truppen in seine haltbaren Plätze verpflichtet habe, so hoffe er, daß der König von Frankreich das, was in Artikel 4 für K. Trier stipuliert sei, demselben werde zugutekommen lassen. Wenn eine solche Deklaration werde erteilt werden, sei zu hoffen, daß auch verschiedene andere Punkte, worüber man sich extra protocollum per recessum mit dem trierschen Minister vergleichen wolle, fazilitiert werden würden, Sp. solle sich darum bemühen. S. unten Abschnitt V.

[1]) S. unten Abschnitt V.

desselben vor allem nötig ist, daß der König von Frankreich mit konkurriere und man dessen Intention eigentlich wisse, so hat er zu begehren, daß Rébenac hierüber ehestens zureichend instruiert werde. Daß auch K. Cöln dabei konkurriere, hält er für sehr wünschenswert. Zwar würden der König von Dänemark und er, wenn sie mit dem Hause Braunschweig allein zu tun hätten und ihre gesamte Macht gegen dasselbe anwenden könnten, demselben wohl gewachsen sein. Weil er aber einen großen Teil seiner Truppen bei Ausführung dieses Konzerts seinen verdächtigen Nachbaren entgegenstellen muß, das Haus Braunschweig auch dem Vermuten nach bei dem Hause Sachsen oder sonst im Reich einigen Anhang finden und dadurch die Sache gefährlicher und weitläufiger werden dürfte, so hält er für höchst nötig, daß man die Partei, soviel immer möglich, verstärke und besonders K. Cöln wenigstens mit einem Teil seiner Truppen darein ziehe.

P. S. Da zu Ausführung des Konzerts besonders zu Anfang behufs Anschaffung der Magazine, Munition, Einrichtung der Artillerie usw. ein überaus Großes erfordert wird und er dieses jetzt sofort und unvermutlich nicht aus seinen Landen nehmen kann, so hofft er, der König werde ihm, wenn es zur Exekution des Konzertes kommen sollte, sobald wie möglich mit ein paar Quartalen der in den foederibus versprochenen subsides d'action voraus an Hand gehen. Sp. soll sich diesen Punkt, wovon gleichsam das ganze Werk und dessen Succeß dependiert, bestens angelegen sein lassen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 4./14. April 1684.

[Die gegen das Haus Lüneburg anzuwendenden Zwangsmaßregeln. Der Einmarsch dänischer Truppen ins Lauenburgische. Friedliche Absichten Ludwigs XIV.]

14. April Er hat mit Croissy über das Konzert gegen das Haus Lüneburg und über eine, falls media coactiva angewendet werden sollten, vorzunehmende Versammlung und Bewegung französischer, dänischer, k. cölnischer und brandenburgischer Truppen gesprochen. Cr. erklärte, das Verhalten des lüneburgischen Hauses nötige zu einem solchen Konzert, und war auch einverstanden damit, daß K. Cöln in dasselbe eintrete und seine Truppen im Münsterschen versammle, wodurch gleichzeitig Holland und das Haus Lüneburg beunruhigt werden würden, er meinte, das letztere würde dadurch zur Vernunft gebracht werden und Kf. Cöln sich dann gegen Holland wenden können.[1]) Er sprach

[1]) Kf. antwortet darauf 9./19. April 1684, er fürchte allerhand Inkonvenientien, wenn K. Cöln das ausführen sollte, was französischerseits von ihm verlangt wird. Zwar könnte die Furcht vor einer Attaque seitens K. Cölns wohl Holland nötigen,

auch von dem Einmarsch dänischer Truppen[1]) in die sachsen-lauenburgischen Quartiere und den lebhaften Beschwerden des Herzogs von Celle darüber, er bemerkte, diese Maßregel scheine vorteilhaft zu sein, man werde bessere Aufklärung über das Verhalten der lüneburgischen Herzoge erhalten und man hoffe, daß, wenn es deswegen zu Tätlichkeiten kommen sollte, Kf. dem König von Dänemark beistehen werde. Dieser Einmarsch der dänischen Truppen ins Lauenburgische ist ohne vorhergehende Verständigung mit Frankreich erfolgt. Zugleich sollen auch Holzminden und Höxter von k. cölnischen und Hildesheim von lüneburgischen Truppen besetzt sein.

Cr. hat ihn versichert, daß der König noch immer zum Frieden geneigt und daß noch nichts über den cas d'action gegen die Generalstaaten beschlossen sei, so daß im Notfall für K. Cöln der cas d'action gegen das Haus Lüneburg dem gegen die letzteren vorangehen könnte.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 11./21. April 1684.

[Zufriedenheit Croissy's mit den von Kf. getanen Schritten, dessen Erklärungen gegen den hannoversehen Gesandten, Wunsch, daß das Konzert gegen das Haus Braunschweig zustande komme.]

Er hat Croissy Nachricht von den Schritten gegeben, welche Kf. getan hat,[2]) um K. Sachsen, die sächsischen Herzoge und den Landgrafen von Hessen von Truppensendungen nach den Niederlanden abzuhalten, und von den Maßregeln,[3]) welche er infolge des Einrückens der dänischen Truppen in das Lauenburgische getroffen hat. Cr. zeigte sich sehr zufrieden damit, er versicherte, daß jener Einmarsch ohne vorherige Verständigung mit Frankreich trotz der Abmahnungen Villars' erfolgt sei, da die Sache aber einmal geschehen sei, erfordere es das gemeinsame Interesse der Alliierten, Dänemark 21. April

---

seine nach Flandern gesandten Truppen zurückzurufen, und dadurch Spanien gezwungen werden, den Frieden oder Waffenstillstand anzunehmen, aber es könnten daraus leicht Weiterungen entstehen und, falls es zum Bruch kommen sollte, der Krieg nach Westdeutschland gezogen und so K. Cöln verhindert werden, an dem Konzert gegen das Haus Braunschweig teilzunehmen. Außerdem aber würde man böse Nachrede auf sich laden, wenn man eine französische Armee ohne Notwendigkeit und während man vom affermissement des Friedens in Deutschland handelte, ins Reich führen wollte. Er müsse deshalb K. Cöln abraten, zumal wenn Amsterdam und die gleichgesinnten Glieder des Staates damit nicht einverstanden wären.

[1]) S. unten Abschnitt IV.

[2]) S. unten Abschnitt V.

[3]) S. unten Abschnitt IV.

im Notfall zu unterstützen. Ebenso stehe es auch mit der Höxterschen Angelegenheit. Cr. hat ihm dann Mitteilung gemacht von einer Unterredung mit dem hannoverschen Gesandten Ballati, der auf Grund des Celler Friedens die Hilfe des Königs gegen Dänemark in Anspruch genommen, dem er aber erwidert habe, daß man noch keine Erfolge von den angeblichen Bemühungen des lüneburgischen Hauses um Herstellung des Friedens verspürt und daß dieses zuerst gegen den Celler Friedensvertrag gehandelt habe, indem es seiner Verpflichtung, beim Reichstage die französischen Interessen zu befördern, nicht nachgekommen sei. Er wiederholte dann, daß das Konzert zwischen Dänemark, K. Cöln und Kf. gegen das lüneburgische Haus sehr notwendig sei, und erklärte, daß man sich von der Sendung Grote's [1]) nach Berlin nichts versprechen könnte, daß es sich dabei jedenfalls nur darum handle, Zeit zu gewinnen.

Der Hof wird morgen abreisen und er gedenkt demselben in zwei oder drei Tagen zu folgen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Valenciennes 22. April/2. Mai 1684.

[Unterredung mit Croissy über das Konzert gegen das Haus Braunschweig, über die französische Truppensendung ins K. Cölnische, das Verfahren gegen Holland und die Mitwirkung K. Cölns dabei.]

2. Mai Er ist vorgestern abend hier angekommen und hat sich heute morgen nach Condé begeben, wo das Quartier des Hofes ist. Er hat dort mit Croissy gesprochen und ihm über den bisherigen Verlauf der Konferenzen mit Grote berichtet. Cr. erwiderte, man hätte ähnliche Nachrichten von Rébenac erhalten, der König sei dadurch garnicht befriedigt, sondern glaube, daß das Haus Braunschweig nur Zeit zu gewinnen suche, und daß das kürzeste Mittel, um zum Frieden zu gelangen, sein werde, dasselbe zu anderen Bedingungen zu zwingen. Dazu müßte ein Konzert vereinbart und zur Ausführung gebracht werden, in diesem Falle wolle sich der König verpflichten, Dänemark und dem Kf. die Kriegssubsidien zu zahlen. Er hat erwidert, Kf. hoffte noch immer, auf gütlichem Wege von dem braunschweigischen Hause das, was man wünschte, zu erlangen und hielte diesen Weg für den sichersten und vorteilhaftesten, er sei aber trotzdem auch geneigt zu einem Konzert und im Notfall zur Ausführung eines solchen; daß es zu einem solchen noch nicht gekommen sei,

[1]) Kf. berichtet 8./18. und 15./25. April 1684 Sp. von den neuen Verhandlungen mit Grote (s. Pufendorf XVIII, § 123, und unten Abschnitt V) und spricht in letzterem Schreiben die Hoffnung aus, daß dieselben zu einem gedeihlichen Schluß führen würden, daher sei vorläufig von einem Konzert wegen der Operationen zu abstrahieren.

liege nur daran, daß Rébenac noch keine Instruktion erhalten hätte. Cr. erwiderte, Rébenac und Villars hätten ausreichende Ordre, um die Meinung des Königs und seine Zustimmung zu bekunden, die Ausführung hinge von den Bundesgenossen ab, und diese hätten auch sich über die dazu zu ergreifenden Maßregeln zu verständigen. Er hat aber darauf auseinandergesetzt, daß das Konzert und die Ausführung zwei verschiedene Dinge wären, das erstere, welches vorangehen, das andere regeln und die Mittel dazu beschaffen sollte, müßte notwendiger Weise zwischen Frankreich und dessen Bundesgenossen getroffen werden, da es sich darum handle, das zu erreichen, was der König von Frankreich für erforderlich halte, und da dieser durch Subsidien dazu beizutragen habe, darüber müßten daher auch die französischen Gesandten genauer instruiert werden. Cr. gab das zu und bemerkte beiläufig, Rébenac habe auch schon ausreichende Ordres in betreff des Konzertes erhalten. Er hat bei dieser Gelegenheit auch das Verlangen des Kf., daß ihm zu den für den Fall der Ausführung des Konzertes notwendigen Vorbereitungen die Kriegssubsidien vorausgezahlt werden möchten, vorgebracht. Cr. erwiderte darauf nur, der König habe sich zur Zahlung solcher Subsidien, falls es zur Aktion gegen das Haus Lüneburg kommen sollte, verpflichten wollen und werde dem getreulich nachkommen trotz der ungeheuren Ausgaben, zu denen er jetzt genötigt sei. Er bemerkte auch, daß dänischerseits dasselbe Verlangen gestellt sei, und daß er Meyercrohn dieselbe Antwort erteilt habe.

Er hat darauf die französische Truppensendung nach K. Cöln zur Sprache gebracht und die Gründe angeführt, aus denen K. Cöln und Kf. wünschten, daß dieselbe vorläufig unterbleiben möchte. Cr. antwortete, von k. cölnischer Seite seien allerdings dieselben Bedenken dagegen erhoben worden, jetzt aber hätte man die Sache dort besser begriffen und seine Meinung geändert, doch wüßte er nicht, wo die dazu bestimmten Truppen jetzt wären, man hoffte aber, auch Kf. würde die Hand dazu bieten.

Cr. sprach auch von der Belagerung von Luxemburg[1]) und der Denkschrift,[2]) welche der König den Gen. Staaten habe zugehen lassen; es hinge nur von den Gen. Staaten ab, ob sie die letzten Anerbietungen des Königs annehmen und in Freundschaft mit ihm bleiben wollten. Wenn sie dieses aber verweigern und fortfahren sollten, die Spanier zu unterstützen, so erforderten die Ehre und das Interesse des Königs, daß es zum offenen Bruche komme, und in diesem Falle beabsichtige der König, einmal sie durch den Handel zu inkommodieren und andererseits sie von K. Cöln angreifen zu lassen, was, zumal dieser ein geistlicher Fürst wäre, der auf keine Eroberungen Anspruch machte, um so weniger bei Kf. Argwohn erregen könnte. Er hat dagegen dem Wunsch des Kf., daß es nicht zu solchen Extremitäten kommen möge, Ausdruck gegeben

---

[1]) S. Schötter, Le Luxembourg et le comté de Chiny (Publ. de l'Institut de Luxembourg XII), S. 300; Knaff, Die Belagerung der Festung Luxemburg durch die Franzosen unter Maréchal de Créqui (ebendaselbst XVI), S. 304 ff.

[2]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux II, S. 102 ff.

und darauf hingewiesen, wie notwendig die Beteiligung K. Cölns an etwaigen Gewaltmaßregeln gegen das Haus Braunschweig sei. Hier wünscht man, daß K. Cöln zwar an dem Konzert teilnehme, aber im Notfall nur mit einem Teil seiner Truppen mitwirke, während nach Canitz' Bericht K. Cöln selbst eifrig zum Vorgehen gegen das Haus Braunschweig treibt.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 3./13. Mai 1684. (Conc. Meinders.)

[Die von ihm angeordneten militärischen Maßregeln gegen das Haus Braunschweig, Verlangen der Vorauszahlung eines Quartals der Kriegssubsidien.]

13. Mai Ebenso wie früher ist er auch jetzt erbietig, wenn man das Haus Braunschweig durch gütliche Traktaten nicht gewinnen kann, zur Ausführung des Konzertes zu schreiten. Er hat gegen Rébenac die positive Erklärung tun lassen, daß, wofern die vertröstete Deklaration von jenem Hause nicht mit dem allerersten erfolgen und mit der Änderung der Konduite desselben ein wirklicher Anfang gemacht werden sollte, er sofort das Konzert wieder vor die Hand nehmen und zu dessen Exequierung alle behörige Anstalt machen wollte. Er hat auch bereits Vorsehung getan, daß 1. seine preußischen Regimenter ihren Marsch kontinuieren und die Weichsel, an der sie stehen, wirklich passieren, 2. die in Pommern und der Neumark stehenden Regimenter gleichfalls zum Aufbruch nach der Elbe parat sein sollen, 3. weil der Herzog von Hannover bereits einige tausend Mann an der Weser postiert hat und sich leicht mit Hessen vereinigen kann, weshalb auch Traktaten obhanden sein sollen, so sind seine in Westfalen stehenden Truppen gleichfalls parat, und wird mit dem von K. Cöln hieher geschickten Münsterschen Kriegsrat Wintgens jetzt überlegt, wie man sich des Rheins und der Weser versichern und an welchen Orten die k. cölnischen und seine Truppen Posto fassen sollen, 4. hält er auch seine Artillerie sowohl in Westfalen als auch hier parat und läßt er 5. in Westfalen zu Lippstadt und Minden und an der Elbe die nötigen Magazine formieren.

Da aber dazu sehr große Kosten erfordert werden, die er unmöglich allein aufbringen kann, so erwartet er, daß der König ihm sofort mit einem Quartal der subsides d'action aushelfen wird. Sp. soll dieses alles Croissy vorstellen und sich auf das eifrigste bemühen, daß der König sich zu solcher Avancierung der Kriegssubsidien verstehe. Er hat es auch Rébenac hinterbringen lassen, und derselbe hat übernommen, darüber zu berichten und die Sache bestens zu rekommendieren.

Groot versichert noch immer, daß das fürstl. Haus sich verlangtermaßen erklären werde, er hält gleichwohl für nötig, daß zu vorangeregter Anstalt geschritten und dabei keine fernere Zeit verabsäumt werde.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 10./20. Mai 1684.

[Das arglistige Verhalten des Hauses Braunschweig, sein Entschluß, gegen dasselbe vorzugehen. Einschließung der Alliierten in die Waffenstillstandstraktaten. Französische Truppensendung in das K. Cölnische.]

Es hat ihn sehr befremdet,[1]) daß das Haus Lüneburg durch den Marquis 20. Mai
de Harly hat antragen lassen, es wolle nach Frankreichs Intention zu Regensburg und anderswo wegen des Waffenstillstandes votieren lassen, wenn Frankreich es dagegen bei den Quartieren und Kontributionen im niedersächsischen Kreise garantieren wollte, nachdem dasselbe vorher am kaiserlichen Hofe, zu Regensburg, im Haag und fast bei allen deutschen Fürsten, besonders bei ihm, sich jactiert hat, daß alle ihre consilia und conduite wider Frankreich und dessen weit aussehende Desseins gerichtet wären. Er soll dieses Croissy mitteilen und ihm zugleich anzeigen, daß er dem König zum höchsten obligiert wäre, daß er dieses captieuse und zum höchsten Nachteil seiner Alliierten streckende Anerbieten zurückgewiesen hätte. Auch K. Cöln wäre ebenso wie er dabei sichtlich interessiert, weil das Haus Lüneburg unter dem Schein des Kreisoberstenamtes das Direktorium aller Militärsachen im niedersächsischen Kreise an sich reißen wolle. Er hofft, daß der König bei seiner generösen Resolution verbleiben und das Haus empfinden lassen wird, was für einen Unterschied er zwischen seinen Alliierten und demselben mache. Er hat, nachdem er hieraus und aus anderen Proben ersehen hat, daß es demselben mit der bei ihm angefangenen Negotiation kein rechter Ernst gewesen, ihrem Gesandten beifolgende Resolution[2]) eröffnen lassen und ist im Werk begriffen, das Konzert zu treffen und zu vollziehen, trifft auch schon die dazu nötigen Vorbereitungen. Sp. soll wieder wegen Antizipation eines Quartals der subsides d'action instances tun. [3])

Ferner soll er Croissy danken für die Eröffnung, daß der König in die Stillstandstraktaten seine Alliierten mit einschließen wolle, welches um so nötiger ist, weil er am kaiserlichen und anderen Höfen wegen seiner Allianz

[1]) Schon 6./16. Mai 1684 hatte Kf. Sp. mitgeteilt, er habe sich überzeugt, daß das Haus Braunschweig ihn durch die mit ihm geführten Traktaten amüsieren und bei seinen Alliierten verdächtig machen wolle, er habe daher die Verhandlungen wegen des Konzerts wieder aufnehmen lassen und sei entschlossen, wenn das Haus Braunschweig bei diesen Demarchen verharre, mit aller Vigueur gegen es zu agieren.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 123 (S. 1499).

[3]) Kf. sendet 20./30. Mai 1684 Sp. ein besonderes Schreiben an den König wegen Vorauszahlung eines Quartals der Subsidien und befiehlt ihm, um eine Audienz nachzusuchen und dem König die Sache ausführlich vorzustellen. Er verlangt die Zahlung dieses Quartals auch für den Fall, daß das Haus Braunschweig, bevor es zur Aktion komme, sich nach Wunsch erklären sollte.

mit dem König traduziert wird, als hätte er sich wider das Reich verbunden. Es könnte dieses in der Weise geschehen, daß festgesetzt würde, die Alliierten beider Teile sollten wegen ihrer Allianzen unter keinem Vorwand angefochten, sondern alle Reichsstände bei dem ihnen zustehenden Bündnisrecht gelassen und geschützt werden. Sollte man auch hineinbringen können, daß ihm Spanien wegen seiner Forderungen Satisfaktion geben solle, so würde ihm das sehr lieb sein.

Er soll auch Croissy mitteilen, daß das Haus Lüneburg ein heimliches Verständnis mit Schweden hätte, was auch aus der Konduite des schwedischen Gesandten im Haag zu ersehen wäre, und daß man deshalb mit desto mehrem vigueur zu agieren hätte, um dem beizeiten ein Ende zu machen.

P. S. Sollte der König noch einige Truppen ins K. Cölnische schicken wollen, so hat er dem ferner nicht zu opponieren, sondern es zu befördern, aber zu ersuchen, daß man gegen den Staat nichts Tatsächliches vornehme, ehe deshalb mit den Alliierten, Dänemark und ihm, ein Konzert getroffen sei.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Valenciennes 24. Mai/3. Juni 1684.

[Auf das Reskript vom 10./20. Mai. Günstige Aufnahme seiner Mitteilungen und Vorschläge. Der Vertrag wegen Dömitz. Verhalten Schwedens. Französische Truppensendung ins Reich. K. Trier.]

3. Juni Croissy hat seine Mitteilungen sehr gut aufgenommen, er erklärte, der König hätte mit großer Befriedigung von den Maßregeln vernommen, welche Kf. gegen das Haus Lüneburg anwenden wolle, er sei einverstanden damit, daß die k. cölnischen Truppen sofort an der Weser agierten, er hoffe, daß zugleich Dänemark und Kf. ihre Truppen an der Elbe agieren lassen würden, und er sei einverstanden damit, daß dieselben bei dieser Gelegenheit auch in ihren besonderen Beschwerden Satisfaktion erhielten. Auch wegen Vorausbezahlung der Subsidien hat er ihn und Meyercrohn, der die gleiche Forderung gestellt hat, versichert, sein Bestes tun zu wollen, und es ist zu hoffen, daß die Rückkehr des Hofes nach Paris dieses noch erleichtern wird.

Auch mit dem Vorschlag des Kf., daß zur Verabredung der Operationen an der Elbe ein dänischer General, am liebsten der Graf de Roye, zu ihm geschickt werde, ist man hier sehr einverstanden. Von dem Vertrag mit dem Herzoge von Mecklenburg wegen Dömitz[1]) wird man schon Kunde erhalten

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 127 (S. 1502). Kf., dem inzwischen durch den dänischen Gesandten Gabel der Vertrag wegen Dömitz mitgeteilt war, schreibt an Sp. 24. Mai / 3. Juni 1684, diese Sache und daß man ihm vorher nichts davon mitgeteilt habe, habe ihn auf das höchste befremdet, dadurch werde die Konduite Frankreichs und Dänemarks im Reiche noch immer mehr verhaßt gemacht werden, und auch für ihn sei die Besetzung dieser Festung durch die Dänen bedenklich. Er befiehlt ihm,

haben. Man ist hier sehr ungehalten darüber gewesen, daß der Herzog zu gleicher Zeit dem Herzog von Celle davon Nachricht gegeben hat, und er wäre beinahe nach Vincennes geschickt worden.

Das Einverständnis zwischen Schweden und Hannover ist auch aus dem Verhalten ihrer beiderseitigen Gesandten im Haag und anderswo und aus der Erklärung des schwedischen Gesandten in Kopenhagen zu ersehen. Croissy hat dieses angeführt, zugleich aber ihm mitgeteilt, daß nach den Berichten des in Schweden zurückgebliebenen Sekretärs Basin der dortige König seine Unzufriedenheit mit denen bezeugt hätte, welche mit Frankreich es zum Kriege kommen lassen wollten. Auch Lilierood in Paris versichert, daß sein König geneigt sei, sich mit Frankreich zu verständigen.

Cr. hat auch zugesagt, daß der König 5—6000 Mann ins K. Cölnische schicken werde, er hat ihm mitgeteilt, nach den Nachrichten aus Regensburg wolle der Kaiser Truppen aus Franken und anderswoher marschieren lassen, um sich Cölns zu versichern, und den Wunsch ausgesprochen, daß K. Cöln und Kf. für die Sicherung der Stadt sorgen möchten. Er bemerkte auch, jetzt nach dem Fall Luxemburgs stände Marschall Créqui mit seiner Armee bereit, im Bedürfnisfall im Reiche zu agieren und so die Unternehmungen gegen das Haus Lüneburg zu unterstützen.

Er hat aufs neue darauf gedrungen, daß durch die von K. Trier geforderte Deklaration[1]) der Vertrag mit demselben zur Vollendung gebracht werde. Doch beeilt man sich damit nicht, da man nach der Einnahme von Luxemburg von dieser Seite her sich für gesichert hält und meint, daß K. Trier weniger imstande sei, die Partei zu wechseln.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 13./23. Juni 1684.

[Audienz beim König. Die Vorausbezahlung der Subsidien und die Dömitzer Angelegenheit.]

Er hat Montag den 9./19. in Versailles Audienz bei dem König gehabt, 23. Juni
ihm das Schreiben des Kf.[2]) übergeben, Anzeige von dem Abschluß des Konzertes

dieses Croissy vorzustellen und zu verlangen, daß, da noch nicht alle Hoffnung auf friedliche Verständigung mit dem Hause Braunschweig geschwunden sei, mit der Okkupation von Dömitz und der Ausführung des Pariser Vertrages noch etwas angestanden und daß, falls es doch zur Okkupation der Festung kommen sollte, die Besatzung zur Hälfte aus seinen Truppen genommen werde, er werde dieses auch in Dänemark verlangen. (S. unten Abschnitt IV.) Zugleich sendet er ihm eine Abschrift des am 20./30. Mai zwischen ihm, Dänemark und K. Cöln abgeschlossenen Konzertes, s. dasselbe bei v. Mörner, S. 459 f.

[1]) S. oben S. 502.

[2]) S. oben S. 509.

gemacht und die Bitte wegen Vorausbezahlung eines Teiles der Subsidien vorgebracht. Der König antwortete darauf nur in allgemeinen Ausdrücken, er werde dazu der Möglichkeit und den Verträgen gemäß Befehl erteilen, es wäre ihm bei den jetzigen ungeheuren Ausgaben allerdings nicht so leicht, Vorschüsse zu machen, es würde ihm aber immer Vergnügen bereiten, dem Kf. Zeichen seiner besonderen Freundschaft und Achtung zu geben. Er hat nachher dieselbe Sache ausführlich mit Croissy besprochen, der allerdings nicht zugestehen wollte, daß der König durch die Verträge zu einer solchen Vorauszahlung verpflichtet sei, aber schlisßlich doch versprach, man werde dabei nichts versäumen. Es ist anzunehmen, daß man sich hierin nach den Nachrichten richten wird, welche man über das Ergebnis der Unterhandlungen mit dem Hause Lüneburg erhalten wird.

Auch die Angelegenheit wegen Dömitz hat er in der Audienz berührt und nachher ausführlich mit Croissy besprochen. Derselbe erklärte, der König wünsche, daß alles nach Verabredung und gemeinsam zwischen Dänemark und Kf. geschehe, man habe schon und werde deswegen nochmals an Villars schreiben und mit Meyercrohn reden, und er teilte ihm mit,[1]) die Herzoge von Lüneburg hätten schon Truppen nach Dömitz hineingelegt. Der Kommandant hätte sich geweigert, den Befehlen des Herzogs zu gehorchen, man hätte aber guten Grund, zu glauben, daß dieser mit die Hand im Spiele habe, er hoffte, Kf. und der König von Dänemark würden sich nun um so eher über diese Sache verständigen und gemeinsam die lüneburgischen Truppen von dort vertreiben. Er hat nachher erfahren, daß der König den Herzog von Mecklenburg hat verhaften und nach dem Schloß von Vincennes bringen lassen, und daß der König wünsche, der König von Dänemark und Kf. möchten den Ort kräftig angreifen lassen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 20./30. Juni 1684. (Conc. Meinders.)

[Zufriedenstellende Erklärungen des Hauses Lüneburg. Absicht, die Verhandlungen wegen eines Konzertes gegen Schweden wieder aufzunehmen.]

30. Juni Das Haus Lüneburg hat sich wegen Annehmung der französischen Propositionen und Beförderung des Waffenstillstandes zwischen dem Reich und Frankreich so erklärt,[2]) daß sowohl er als auch Dänemark keine Unsache finden, in dasselbe weiter zu dringen, und den vorgesetzten Zweck, dieses Haus betreffend, nunmehr für erreicht halten.

---

[1]) S. Boll, Geschichte von Mecklenburg II, S. 185f.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 135 (S. 1512f.).

Im[1]) übrigen werdet Ihr Euch annoch gehorsamst zu erinnern wissen, was für ein Concert wieder Schweden im vorigen Jahre[2]) ins Mittel gebracht worden. Und weilen nun außer Zweifel der gesambten guten Partei nicht geringe avantages dadurch zuwachsen würden, wenn man zu dem damalen hiebei gehabten Zweck annoch füglich gelangen könnte, als befehlen wir Euch hiemit in Gnaden, den Marquis de Croissy zu sondiren, ob Ihre Königl. Maj. von Franckreich annoch geneigt sein möchten, solch Dessein auf Art und Weise, wie für diesem in Vorschlag gekommen, zu secondiren, im Fall mehrgedachtes Fürstliches Haus disponiret werden könnte, dabei mit zu concurriren.

Meyercrohn wird deswegen auch Instruktion haben, und er soll mit ihm aus der Sache vertraulich kommunizieren. Auch mit dem braunschweigischen Minister Ballati soll er ins künftige vertraulich umgehen und seine Negotiation allemal aufs beste sekondieren.[3])

P. S. In dem beifolgenden Schreiben, das er von dem Kaiser[4]) erhalten, bezeugt dieser nicht wenig Disposition zu einer schleunigen Beruhigung und Etablierung des armistitii sowohl mit dem Reich als auch mit Spanien. Sp. soll Croissy Nachricht davon und seiner Hoffnung Ausdruck geben, der König werde seine Minister im Haag und in Regensburg so instruieren und seinerseits solche Fazilität beitragen lassen, damit man sobald als möglich auf billige und leidliche Bedingungen zum Schluß des armistitii gelangen möge.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 20./30. Juni 1684. (Conc. Meinders.)

[Mißbilligung des Einrückens Créqui's in das Triersche, Verlangen, daß der König die ihm gegebenen Versprechen halte.]

Das Einrücken des Marschalls Créqui in das K. Triersche und dessen 30. Juni Verfahren gegen die Stadt Trier[5]) kommt mit den Versicherungen des Königs, daß er das Reich und besonders die Stände, welche sich den consiliis pacis konformieren, nicht überziehen und vergewaltigen wolle, nicht überein. Dieses

[1]) Das Folgende in Ziffern.

[2]) S. oben S. 464 ff.

[3]) Dieser Befehl wird in einem P. S. eingeschränkt, Sp. soll in seiner Konfidenz mit B. mit gehöriger Vorsicht verfahren und seine für ihn anzuwendenden officia so einrichten, daß es dem Kf. und dessen Interesse nicht nachteilig sei.

[4]) S. Pufendorf XVIII, § 133 (S. 1508); Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1136.

[5]) S. Theatr. Europ. XII, S. 653.

Verfahren und daß ihm in einer so hochwichtigen und das Reich direkt konzernierenden Sache nicht die geringste Notifikation gegeben worden, ist ihm nicht wenig zu Gemüt gegangen. Er soll deswegen bei Croissy behörige remonstrationes tun und begehren, daß, wenn es nicht schon geschehen, die französische Armee aus dem Trierschen wieder zurückgezogen und diesem Kurfürsten alle fernere Ursache zu Klagen benommen werde.

Wir werden zwar im übrigen bei denen mit I. K. M. getroffenen foederibus und Alliantzien einen Weg als den anderen unverbrüchlich verbleiben, auch in denen bis anher zu Erreichung des bekannten Zwecks angewandten officiis continuiren, versehen uns aber auch, daß I. K. M. auch ihres Orts dero uns so oft und vielfältig des Reichs wegen gegebenen Versicherungen nachleben und durch dergleichen demarches ihre Conduite nicht noch weiter odieux und uns incapable machen werden, mit Nutz und Effect vor ihro Interesse weiter zu arbeiten.[1]) —

Der Kurfürst an Spanheim.

D. Potstam 24. Juni/3. Juli 1684. (Conc. Meinders.)

[Befehl, wegen der dem Reiche zum Beitritt zu dem Waffenstillstande gelassenen zu kurzen Frist Vorstellungen zu machen.]

3. Juli v. Diest hat aus dem Haag berichtet, daß bei den daselbst zwischen Frankreich und dem Staat auf dem Schluß stehenden Stillstandstraktaten[2]) für das Reich nur eine Zeit von vier Wochen ausbedungen worden, binnen deren sich dasselbe über die von Frankreich vorgeschlagenen Bedingungen zu erklären hätte. Der Kaiser hat sich zur Annahme derselben disponibel gezeigt, vier Wochen aber sind gar nicht zureichend, bei dem Reichstage in einer so

[1]) Auf die Beschwerden K. Triers über weitere Gewalttätigkeiten Créqui's befiehlt Kf. Sp. 5./15. Juli 1684, auf Abführung der französischen Truppen aus dem Trierschen zu dringen und zu kontestieren, er hoffte, der König werde dergleichen wider das Reich nicht ferner vornehmen, sondern eine solche Konduite gegen dasselbe halten, daß er, seinem sehnlichen Verlangen nach, in der mit dem König etablierten guten Freundschaft verbleiben, dabei aber ihm nicht zugemutet werden möchte, etwas zu tun oder zu unterlassen, was mit seinem vornehmsten, in der Konservation des Reichs bestehenden Interesse und seinen demselben geleisteten Pflichten nicht kompatibel wäre.

[2]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux III, S. 112ff.; Müller, Wilhelm III. von Oranien und Georg Friedrich von Waldeck I, S. 239ff.

wichtigen und schweren Handlung zur Endschaft zu gelangen. Er soll dieses Croissy vorstellen und, falls es nicht mehr möglich sein sollte, den Termin respectu des Reichs etwas weiter hinauszusetzen, sich bemühen, daß, wenn binnen vier Wochen die Regensburgische Handlung nicht zur Endschaft gebracht werden könnte, dann doch durch keine neue postulata oder wirkliche Kriegsoperationes die Handlung schwerer gemacht oder gar abrumpiert, sondern die hierzu nötige Zeit dem Reich gegönnt werde. Er wird davon gegen den Kaiser und jemand anders nicht das Geringste merken lassen, sondern vielmehr alle Hoffnung zu Prolongation dieses Termins ihnen benehmen und sich eifrig angelegen sein lassen, das Werk zu guter und schleuniger Richtigkeit zu bringen.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 28. Juni / 7. Juli 1684.

[Unberechtigte Ansprüche Rébenacs, ungebührliches Benehmen desselben gegen Meinders und Fuchs.]

Wir haben zu einigen Malen und zwar nicht ohne Verdruß ver- 7. Juli
merket, daß der bei uns sich befundene Königl. französische Envoyé extraordinaire Graf von Rebbenacq bisweilen eine und andere Neuerung in ceremonialibus praetendiret, wie er dann noch gestern auch gegen unsern Obermarschalck wegen Reichung der serviette ein und ander Erwähnung getan und sich dabei beschweret, daß ihm darin etwas verweigert würde, so er seiner Meinung nach mit Fug zu praetendiren hätte. Wie solches aber bekanntermaßen an unserm Hofe nicht bräuchlich, so können wir ihm hierin auch keine Neuerung verstatten, halten uns auch genugsamb versichert, daß ihm dergleichen von seinem Könige nicht anbefohlen, wie dann auch sonsten weder Kaiserlichen noch einigen andern eine serviette gereichet wird, nachdem von uns hierunter ein gewisses reglement gemacht worden. Wir befehlen euch solchem nach gnädigst dieserwegen dem Marquis de Croissy gebührende Remonstration und Vorstellung zu tun, damit gemeltem Grafen de Rebbenacq hierunter geziemende Weisung geschehen und wir mit solchen unbefugten Praetensionen nicht behelliget werden mögen.

Welchergestalt sich sonsten gemelter Graf Rebbenacq gegen unsere Geh. Räte Meinders und Fuchsen dieser Tage begegnet, solches

werdet Ihr aus deren Schreiben ersehen haben. Sollte er davon mit einigen ungleichen Rapporten zuvorkommen sein, so werdet Ihr den wahrhaften Gegenbericht darauf abzustatten haben.[1]) —

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 7./17. Juli 1684.

[Seine Mitteilungen wegen des beabsichtigten Konzertes gegen Schweden. Croissy's Erwiderungen. Voraussichtliches Verhalten Frankreichs in dieser Angelegenheit.]

17. Juli Er hat am 4./14. Croissy gesprochen und sich des in dem Reskript vom 20./30. Juni erteilten Auftrages in betreff Schwedens entledigt. Cr. erwiderte, der König sei noch immer seinen Alliierten gegenüber in derselben Stimmung, das sei er beauftragt gewesen, auch Meyercrohn auf dessen Eröffnungen zu antworten, zugleich aber hinzuzufügen, daß der König erst genauer über die Absichten derselben, wie man unter den jetzigen Umständen handeln solle, unterrichtet zu werden wünsche. Es seien drei Fälle zu erwägen, 1. wenn das Reich und auch Schweden in diesem Monat den Waffenstillstand annähmen, 2. wenn das Reich es täte, ohne daß sich Schweden dem konformierte, 3. wenn das Reich ihn verweigerte. In den beiden letzten Fällen würde man keine Schwierigkeit haben, gegen Schweden vorzugehen, der König wünschte aber auch die Meinung Dänemarks und des Kf. zu wissen darüber, was zu tun sei, falls der Waffenstillstand mit dem Reiche nicht in einem Monat angenommen werden sollte, denn er sei durchaus nicht gemeint, den Termin zu verlängern. Im ersten Falle müßte man wissen, wie Dänemark und Kf. gegen Schweden handeln zu können vermeinten, ohne den Tadel, die Angreifer zu sein und den Waffenstillstand gebrochen zu haben, auf sich zu ziehen. Daß auch das Haus Lüneburg sich konformieren und man demselben gänzlich sollte trauen können, dessen glaubte man noch nicht sicher zu sein. Er hat erwidert, auch von

---

[1]) Sp. berichtet 21./31. Juli 1684, er habe mit Croissy über diese Angelegenheit gesprochen. Derselbe erklärte, Rébenac habe dieselbe auch in einem an ihn gerichteten Briefe berührt, er behaupte, er hätte früher eine solche zweite Serviette erhalten, es sei eine Neuerung, über die auch Graf Lamberg sich unzufrieden geäußert hätte. Er habe sich dagegen an das gehalten, was ihm in dem Reskript mitgeteilt worden, daß das Reglement darüber schon vor einiger Zeit gemacht und ebenso auch den kaiserlichen Ministern gegenüber zur Anwendung gebracht sei. Cr. schien sich damit zufrieden zu geben, bemerkte aber, man habe dem französischen Gesandten schon den Vortritt vor dem Fürsten von Anhalt genommen, den er, als er an den Hof des Kf. gekommen sei, noch gehabt habe, worauf er ihm die Veranlassung und Berechtigung dieser Veränderung auseinandergesetzt habe.

seiten des Kf. sei die Teilnahme dieses Hauses an dem Vorgehen gegen Schweden Voraussetzung desselben, die Waffenstillstandsfrage werde in so kurzer Zeit in Regensburg nicht erledigt werden können, man könnte es mit Schweden ebenso machen wie mit dem Hause Lüneburg, nämlich von ihm Beitritt zu dem Waffenstillstand und zugleich Erledigung der besonderen Beschwerden des Königs von Dänemark und des Kf. fordern u. a. Cr. übernahm es, dem König davon zu berichten. Man wird wahrscheinlich in generalibus bleiben und eine bestimmte Entscheidung aufschieben, bis man die gewünschten näheren Aufklärungen erhalten und gesehen hat, welchen Nutzen der König von Frankreich davon haben könnte. Er bittet um nähere Informationen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 25. Juli/4. August 1684.

[Croissy's Mitteilung von der beabsichtigten Sendung einer Armee nach dem Elsaß, seine Gegenvorstellungen, Croissy's Erwiderungen, Beschwerde über das Verhalten der brandenburgischen Gesandtschaft in Regensburg.]

Croissy hat ihm am 1. August den Entschluß des Königs, den Marschall 4. Aug.
Schomberg mit 20000 Pferden nach dem Elsaß zu schicken, mitgeteilt und dabei bemerkt, die Nachrichten aus Regensburg meldeten, daß dort das Zustandekommen des Waffenstillstandes mehr und mehr durch Bedingungen und Klauseln, die man fordere, erschwert werde, besonders durch den Punkt der Universalität und der Satisfaktion der von den Reunionen betroffenen Stände. Dieses und das ganze Verhalten des Grafen Windischgrätz ließe deutlich erkennen, daß das Haus Österreich sich den Schein geben wolle, als sei es zu einem Abkommen bereit, in Wirklichkeit aber dasselbe hinzuziehen suche, bis es sich mit den Türken verständigt hätte. Der König hätte sich daher genötigt gesehen, seine Truppen nach dem Elsaß vorrücken zu lassen und seine weiteren Maßnahmen nach den Nachrichten, die man von Verjus erwartete, einzurichten. Man würde von den weiteren Entschlüssen Kf. durch Rébenac unterrichten lassen, dabei würde man sich auch mit Kf. über das Vorgehen gegen Schweden einigen können, man hoffte, daß derselbe sich inzwischen des Hauses Lüneburg besser, als nach dessen letzter Abstimmung in Regensburg zu urteilen sei, versichert haben werde.

Er hat in seiner Antwort seinem Erstaunen über einen solchen Entschluß gerade jetzt, wo das Abkommen mit dem Reiche schon so gut wie zustande gekommen geschienen habe, Ausdruck gegeben, auf die Beunruhigung hingewiesen, welche derselbe verursachen werde, und daran erinnert, daß in allen Verträgen mit Kf. versprochen worden sei, daß man in bezug auf das Reich keine Entschlüsse fassen und noch weniger zur Ausführung bringen wolle, ohne

vorher demselben davon Mitteilung zu machen und sich mit ihm über das, was zu tun sein werde, zu verständigen, daß überdies durchaus kein periculum in mora sei. Croissy aber wiederholte seine vorherigen Ausführungen, die Maßregel sei notwendig infolge der Weiterungen, welche bei den Verhandlungen wegen des Waffenstillstandes gemacht würden, es sei noch kein bestimmter Entschluß gefaßt, man würde sich nach den weiteren Nachrichten aus Regensburg richten und dem Kf. dann Kunde davon geben und ihm zugleich Anerbietungen wegen der Aktion gegen Schweden machen. Er bemerkte dabei, die Verträge des Königs mit Kf. und Dänemark bänden demselben keineswegs die Hände, auch ohne Verständigung mit diesen zu handeln, wenn ihn die Umstände und die Weigerung des Reichstages zu schließen dazu nötigten. Er gab zu verstehen, daß man, im Fall es zur Aktion kommen sollte, sich zum Angriff auf eine Grenzstadt, vielleicht Philippsburg, entschließen und dann mit Kf. und dem König von Dänemark sich über die Aktion gegen Schweden verständigen könnte. Doch hoffte er, die Nachricht von dem Marsch dieser Truppen werde zu einem compelle für den Reichstag dienen. Er hat erwidert, auch er hege diese Hoffnung und erwarte, daß man jedenfalls nicht weiter gehen werde, ohne vorher die Meinung der Bundesgenossen, besonders des Kf., einzuholen. Er werde dem Kf. von diesem Marsch durch einen besonderen Kurier Nachricht geben, und es werde ihm sehr lieb sein, wenn er demselber Genaueres darüber berichten könnte. Cr. könnte durch denselben Rébenac die nötigen Mitteilungen zukommen lassen; es würde doch ärgerlich sein, wenn Kf. davon wieder, ebenso wie bei der Straßburger Affäre, früher durch die Zeitungen als durch Rébenac oder ihn Nachricht erhielte. Cr. erwiderte, es sei noch nichts Weiteres beschlossen, er könnte ihm noch nichts Sicheres sagen, vielleicht aber würde dies in wenigen Tagen geschehen, dann sollte ein Kurier an Rébenac mit den nötigen Weisungen abgefertigt werden. Da Cr. dabei auch bemerkte, in Berlin sei über das Vorgehen gegen Schweden zwischen den dänischen und brandenburgischen Ministern ohne Kommunikation mit Rébenac verhandelt worden, und dieses autorisiere seinen König, es ebenso zu machen, so hat er darauf das Nötige geantwortet, der König von Dänemark habe gleich bei den ersten Eröffnungen darüber dem Kf. mitgeteilt, daß der König von Frankreich von der Sache unterrichtet sei und sie nicht mißbillige, er habe dann sofort Ordre erhalten, mit Croissy davon zu sprechen, und er habe dieses auch getan.

Meyercrohn hat ihm mitgeteilt, daß Croissy mit ihm auch in derselben Weise davon gesprochen habe und verwundert gewesen sei, daß auch er lebhafte Einwände dagegen erhoben habe.

Cr. hat in der letzten Unterredung mit ihm auch bemerkt, man sei verwundert, daß auch die Gesandten des Kf. auf dem Reichstage bei dem Punkt der Satisfaktion der Gegenpartei die Hand geboten hätten. Er hat ihn darüber um weitere Auskunft gebeten, nach den Nachrichten, die er bisher aus Regensburg erhalten, hätten die Minister des Kf. sich immer den Interessen Frankreichs konformiert.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potsdam 1./[11.] August 1684. (Conc. Meinders.)

[Abschluß der Allianz mit dem braunschweigischen Hause.]

Nachdem das Haus Braunschweig-Lüneburg sich zu Beförderung des armistitii nach den von Frankreich desiderierten Konditionen erklärt und dem kurfürstlichen Gutachten sowohl ratione universalitatis praetensae als sonst völlig beigetreten, hat er kein Bedenken gesehen, sich mit diesem Hause näher zu setzen, und er hat die mit dem Herzog von Hannover vor drei Jahren aufgerichtete und von Frankreich selbst angeratene Allianz renoviert[1]) und auf die gegenwärtigen Konjunkturen eingerichtet, sich dabei aber schlechterdings in terminis defensivis gehalten. Sp. soll Croissy davon Nachricht geben, anzeigen, daß, sobald die Allianz ratifiziert sei, auf Begehren eine Kopie derselben mitgeteilt werden solle, und inzwischen versichern, daß diese Allianz nur auf eine reciproque Defension und einige Partikularangelegenheiten ihrer beiden Häuser eingerichtet, sonst aber nicht das Geringste dabei vorgekommen wäre, was das Interesse des Königs konzernierte, noch weniger den zwischen ihm und demselben getroffenen pactis zuwider sein oder ihn an deren Erfüllung behindern könnte. 11. Aug.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 1./11. August 1684.

[Mitteilungen Croissy's über die Schwierigkeiten bei den Waffenstillstandsverhandlungen, über die Absicht des Königs, Gewalt zu gebrauchen, und die Rébenac erteilten Aufträge.]

Er hat am 8. August Croissy in Versailles gesprochen. Derselbe berührte sofort die Regensburger Angelegenheiten, behauptete, das Konklusum der drei Kollegien vom 25. Juli[2]) ließe infolge der angehängten Klauseln und Vorbehalte alles unentschieden, die Erklärungen, welche der Kaiser im Haag durch Crampricht habe machen lassen, verschlimmerten die Sache noch und zeigten deutlich, daß der kaiserliche Hof nicht schließen wollte. Die Punkte selbst könnten mit Leichtigkeit in wenigen Stunden zur Richtigkeit gebracht werden, 11. Aug.

---

[1]) S. den Allianzvertrag vom 2./12. August 1684 (Pufendorf XVIII, § 135 (S. 1513); v. Mörner, S. 462 ff.). Vgl. unten Abschnitt V.

[2]) S. das Reichsgutachten vom 26. Juli 1684 (Londorp XII, S. 101 f.). Vgl. Pufendorf XVIII, § 133 (S. 1509) und unten Abschnitt V.

Verjus hätte alle dazu nötigen Informationen und Vollmachten, man hätte sogar den Termin bis zum 15. verlängert. Wenn aber bis dahin nicht der Schluß erfolgte, so könnte der König sich nicht länger hinhalten lassen; Rébenac und Villars hätten Ordre erhalten, dem Kf. und dem König von Dänemark davon Mitteilung zu machen und zu erfahren, was dieselben, wenn der König sich genötigt sehe zu handeln, tun wollten, und ihnen Subsidien und sonstige Vorteile anzubieten, falls sie gegen Schweden in Aktion treten wollten, wobei er die Schwierigkeiten hervorhob, welche einer solchen entgegentreten würden, wenn es zur Verständigung zwischen Frankreich und dem Reiche kommen sollte.

Er hat in seiner Erwiderung die Hoffnung ausgesprochen, daß, nachdem durch das Konklusum vom 25. Juli die Hauptfragen erledigt seien, und zwar ohne die Klauseln, welche bisher die Hauptschwierigkeiten bereitet hätten, man auch über die anderen Punkte sich noch einigen werde, er hat daran erinnert, daß Kf. die Aktion gegen Schweden jetzt nur auf die von dänischer Seite hin erfolgten Insinuationen habe anregen lassen, und erklärt, daß für Kf. jedenfalls das Zustandekommen des Waffenstillstandes eine viel wichtigere Sache sei. Cr. blieb aber dabei, der König hätte alles getan, um den Abschluß desselben zu erleichtern, wenn derselbe nicht erfolgte, müßte er seine Interessen wahrnehmen. Ganz ähnliche Mitteilungen hat Cr. auch Meyercrohn gemacht.

Gestern hat ihm Cr. mitgeteilt, daß die Schwierigkeiten sich noch vermehrt hätten, daß in betreff der vorbehaltenen Punkte, namentlich des modus possidendi, Vorschläge gemacht seien, welche die Aussicht, daß es zu einem Abschluß kommen möchte, immer mehr verschwinden ließen. Rébenac hat mit dieser Post Befehl erhalten, einen neuen Vertrag mit Kf. vorzuschlagen und Kriegssubsidien anzubieten, falls der König sich genötigt sehe zu handeln und Kf. in Aktion gegen Schweden treten wollte. Er hat ihm sein Bedauern darüber, aber auch seine Hoffnung, daß es doch zum Schluß kommen werde, ausgesprochen und darauf gedrungen, daß der König bei einem so großen Werke, wo es sich um die Ruhe der Christenheit handle, nicht so bestimmt an dem Termin festhalten und zu Tätlichkeiten gegen das Reich schreiten möge.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cöln 5./[15.] August 1684. (Conc. P. Fuchs.)

[Auf die Relation vom 25. Juli/4. August. Abmahnung von gewaltsamen Maßregeln.]

15. Aug. Der Entschluß des Königs, 20000 Pferde nach dem Elsaß zu senden, hat ihn um so mehr überrascht, da doch das armistitium zu Regensburg mit allen von Frankreich vorgeschlagenen Konditionen angenommen, von der Inklusion des Nordens und Südens abstrahiert und die noch etwa übrige Diffikultät

wegen des modi possidendi seines Ermessens nicht von der Erheblichkeit ist, daß deswegen die ganze Sache rückgängig werden könnte. Vielmehr ist gute Hoffnung vorhanden, daß der Schluß in kurzem erfolgen werde, wenn man nur noch einige Tage Geduld haben und auf dem gesetzten Termin nicht gar zu genau bestehen möchte. Er hätte auch gehofft, daß der König zu einer so wichtigen und ihn so hoch touchierenden Resolution nicht ohne vorher mit ihm darüber zu kommunizieren geschritten sein würde. Er will aber doch zu der ihm so oft von dem Könige gegebenen Versicherung, das Reich ohne inevitable Nezessität nicht weiter zu beunruhigen, das gute Vertrauen setzen, es werde mit diesem Marsch noch nicht auf eine wirkliche Aktion gegen das Reich abgesehen sein, sondern derselbe noch auf einige Zeit suspendiert und das Korps im Elsaß gelassen werden, wodurch ohne Zweifel der Zweck erreicht und die Regensburgische Handlung beschleunigt werden wird.

Er soll dieses alles Croissy auf das beweglichste vorstellen, ihm von beifolgendem Reskript an v. Jena[1]) Mitteilung machen, auch sich nach Möglichkeit der Assistenz Meyercrohns bedienen.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 15./25. August 1684.

[Die Nachrichten über den Abschluß des Waffenstillstandes. Mitteilungen an Croissy über das Verhältnis des Kf. zu dem Hause Braunschweig und über das Verhalten Schwedens bei den pommerschen Grenzverhandlungen.]

Croissy hat ihm am 11./21. in Versailles mitgeteilt, daß am vorher- 25. Aug. gehenden Abend ein Kurier aus Regensburg eingetroffen sei mit der Meldung Verjus', daß[2]) derselbe sich am 6./16. mit den kaiserlichen Kommissaren über alle Bedingungen des Waffenstillstandes mit dem Reiche geeinigt habe, und daß er in ein oder zwei Tagen die unterzeichneten Verträge zu übersenden hoffe. Cr. bezeugte große Freude darüber und Dankbarkeit für den großen Anteil des Kf. an dem Zustandekommen des Werkes, auch der König soll sehr erfreut sein. Heute morgen hat er durch Mignon die Nachricht erhalten, daß in dieser Nacht ein Kurier aus Regensburg die unterzeichneten Verträge mit dem Reiche und Spanien überbracht habe.[3])

---

[1]) S. unten Abschnitt V.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 133 (S. 1509 ff.), unten Abschnitt V.

[3]) Kf. befiehlt Sp. (d. Oranienburg 23. August / 2. September 1684), dem Könige in einer besonderen Audienz zum Abschluß des Waffenstillstandes zu gratulieren. Sp. berichtet 12./22. September, daß er dieses am 19. getan und daß der König in seiner Antwort den Anteil des Kf. an diesem Erfolge gerühmt habe.

Er hat Croissy aufs neue das Verhältnis des Kf. zum Hause Braunschweig dargelegt, daß die Grundlage aller Heiratsverträge oder sonstigen Verbindungen mit demselben vollständige Übereinstimmung der Gesinnungen beider Teile gemäß den zwischen Kf. und Frankreich abgeschlossenen Verträgen zu bilden habe und daß daher auch der Heiratsvertrag verschoben sei, bis der König von Frankreich mit dem Verhalten des braunschweigischen Hauses zufrieden sein werde. Er hat diese Erklärung für ratsam gehalten, da hier schon von allen Seiten Gerüchte über den Abschluß der Heirat des Kurprinzen verbreitet sind.

Er hat Cr. auch von dem Verhalten Schwedens bei den pommerschen Grenzverhandlungen Anzeige gemacht. Cr. erwiderte, daß er darüber nach dem ganzen Verhalten Schwedens wenig erstaunt sei, und versicherte, daß Kf. sich im Notfalle auf die Garantie seines Königs verlassen könne.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 22. August / 1. September 1684.

[Die Verhandlungen mit Hannover. Geringe Aussicht, daß sich Frankreich zur Unterstützung des Unternehmens gegen Schweden sollte bewegen lassen.]

1. Sept. Er hat am 29. August Croissy Anzeige von der Erneuerung[1]) des Vertrages des Kf. mit dem Herzog von Hannover gemacht. Er hat ihn bei dieser Gelegenheit auch über den Stand der Verhandlungen mit Ballatti sondiert und erfahren, daß man bereit ist, auf einem anderen Fuße als dem der bloßen Neutralität mit ihm zu verhandeln. Cr. teilte ihm auch mit, daß Rébenac Befehl erhalten habe, von Kf. die Garantie der Waffenstillstandsverträge zu verlangen. Er hat dieses benutzt, um wieder das Vorgehen gegen Schweden zur Sprache zu bringen und darauf hinzuweisen, wie notwendig es sei, den feindlichen Absichten Schwedens zuvorzukommen, er hat aber aus den Antworten Croissy's ersehen, daß hoc rerum statu, und wenn nicht Schweden offen solche feindlichen Absichten betätigen sollte, wenig Aussicht dazu vorhanden ist, den König von Frankreich dahin zu bringen, durch Subsidien oder auf andere Weise bei einem Unternehmen gegen dasselbe mitzuwirken.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 3./13. September 1684.

[Gespräch mit Croissy über die holsteinsche Angelegenheit und über das Verhalten der braunschweigischen Herzoge. Seine Verabschiedung.]

13. Sept. Er hat gestern in Chambord mit Croissy gesprochen, ihm über den Verlauf der Itzehoer Konferenz[2]) Bericht erstattet und auch mit der nötigen Vor-

[1]) S. oben S. 519.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 136 (S. 1514) und unten Abschnitt IV.

sicht die holsteinsche Angelegenheit[1]) berührt. Cr. sagte, man wünsche, daß dieselbe durch ein Temperament gütlich abgemacht werde, doch spricht man sich hier nicht genauer darüber aus, sondern möchte die Vermittlung gern andern überlassen. Er hat auch mit Cr. über das Haus Braunschweig-Lüneburg gesprochen und auf Grund des Berichtes Meinders' die Vorurteile, welche man hier gegen dasselbe hegt, zu zerstören gesucht. Cr. sagte, nach dem Bericht des französischen Gesandten in Celle sei Hannover mit dem Kaiser übereingekommen, demselben einen Teil seiner Truppen zu überlassen, doch ist man hier damit nicht weiter unzufrieden. Dänemark sucht hier begreiflich zu machen, daß es trotz des Waffenstillstandes bewaffnet bleiben müsse, solange die Herzoge von Braunschweig es seien und Schweden nicht nur drohe, sondern wirklich entschlossen sei, ein bedeutendes Truppenkorps nach Deutschland zu schicken. Cr. aber hat gegen Meyercrohn erklärt, daß man davon hier nicht überzeugt sei, und gerade daher wünscht man hier, daß das Haus Lüneburg seine Truppen verabschieden möge.

Er hat sich in Chambord von dem König und von Croissy verabschiedet[2]) und letzterem mitgeteilt, daß er in Paris seinen Sekretär zurücklassen werde, der über den Lauf der Geschäfte, besonders die Bezahlung der Subsidien, unterrichtet sei und von Zeit zu Zeit sich bei ihm einfinden werde. Dieser Sekretär Wilhelm Cölsch ist schon zwölf Jahre in seinem Dienst.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 15./5. September 1684.

[Neue Verhandlungen mit Croissy über das Unternehmen gegen Schweden.]

Er und Meyercrohn sind übereingekommen, beide noch einmal das 15. Sept.
Unternehmen gegen Schweden in Anregung zu bringen, und haben sich zu diesem Zwecke am 3./13. nach Versailles begeben. Zuerst hat Meyercrohn mit Croissy gesprochen und ihm nochmals die Gründe auseinandergesetzt, aus welchen sein König hoffe, daß der König von Frankreich dieses Unternehmen billigen und unterstützen werde, worauf aber Cr. wieder die schon früher von

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 136 (S. 1514) und unten Abschnitt IV.

[2]) Sp. hatte (25. August 1684) Kf. um Erlaubnis gebeten, nachdem jetzt die Waffenstillstandsangelegenheit glücklich erledigt sei, eine Reise nach Berlin machen zu dürfen. Kf. hatte ihm (25. August / 4. September 1684) die Erlaubnis dazu erteilt, aber verlangt, daß er nicht eher als die Verhandlungen zu Hamburg und Itzehoe zum Abschluß gekommen seien und der König von Frankreich erklärt habe, ob er zu dem Unternehmen gegen Schweden konkurrieren wolle, abreise. Er hatte ihn zugleich beauftragt, jemand vorzuschlagen, der über die dortigen Vorgänge berichten und was Kf. dort zu verrichten haben sollte, ausführen könnte.

ihm angeführten, dem jetzigen Stande der Dinge entnommenen Gründe anführte, welche es demselben unmöglich machten, die Hand dazu zu bieten. Nachher hat er selbst dieselbe Angelegenheit ihm vorgestellt, und da Cr. auch ihm gegenüber wieder die schon oft von ihm vorgebrachten Gegengründe (die jetzt geschlossenen Verträge, die Verpflichtung des Königs, mit dem ganzen Reiche den Frieden aufrecht zu halten, und die Unzuverlässigkeit des Hauses Lüneburg) anführte, hat er ihm dagegen vorgestellt, die Vorurteile gegen das letztere Haus müßten von schlecht unterrichteten Leuten herrühren, der zwischen Kf. und dem Herzog von Hannover abgeschlossene Vertrag sei ebenso ein Gegenbeweis wie die Erklärung des Hauses, an der Aktion gegen Schweden teilnehmen zu wollen, er hat als Gegenleistung eine vollkommene Garantie der Verträge Frankreichs mit Spanien und dem Reich durch die Alliierten angeboten und hat ihm dann genauer alle die Umstände auseinandergesetzt, welche für dieses Unternehmen sprechen. Auf seiten der Verbündeten sei die Gerechtigkeit der Sache, das gemeinsame Interesse, die Leichtigkeit und Sicherheit der Ausführung, aber auch im Interesse des Königs von Frankreich liege es, sich am König von Schweden für dessen feindseliges Verhalten zu rächen, dadurch auch dem Kaiser und dessen Anhängern die gehoffte Stütze zu entziehen und die Verbündeten, Dänemark, Kf. und das Haus Braunschweig, noch enger an sich zu ketten.

Diese Vorstellungen schienen auf Cr. einigen Eindruck zu machen, er übernahm es, dem König davon Bericht zu erstatten, und er hat ihn heute durch Mignon benachrichtigen lassen, daß er morgen dessen Antwort darauf erfahren solle. Er und Meyercrohn gedenken sich daher morgen wieder zu ihm zu begeben.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 8./18. September 1684.[1]

[Weigerung des Königs von Frankreich, das Unternehmen gegen Schweden zu unterstützen.]

18. Sept. Er hat vorgestern eine neue Unterredung mit Croissy gehabt. Derselbe sagte, daß er dem König von ihrer vorigen Unterredung Bericht erstattet, daß dieser aber erklärt hätte, sich an dem geplanten Unternehmen gegen Schweden nicht beteiligen und es nicht billigen zu können. Der soeben unterzeichnete Waffenstillstand umfaßte das ganze Reich, der König könnte daher jetzt nicht ein Unternehmen begünstigen, welches im Reiche den Krieg entzünden würde.

[1]) Fast ganz in Ziffern.

Der König hätte durchaus keinen Grund, mit dem König von Schweden zufrieden zu sein, und er bedauerte, daß seine Verbündeten nicht früher seine darauf gerichteten Anerbietungen und die günstigen Konjunkturen benutzt hätten, aber jetzt nach dem Abschluß des Waffenstillstandes könnte er den Tadel, einen neuen Krieg im Reiche zu entzünden, nicht auf sich laden. Er hat dagegen die Ursachen vorgestellt, welche Kf. früher abgehalten hätten, sich auf ein solches Unternehmen einzulassen, und die Gründe, welche jetzt Kf. und den König von Dänemark dazu veranlaßten, er hat dargelegt, daß keineswegs als Folge davon der Ausbruch eines allgemeinen Krieges zu befürchten sei, und erklärt, die Verbündeten verlangten garnicht, daß der König von Frankreich sogleich Truppen ins Reich gegen den König von Schweden schicke, sondern nur, daß ihnen derselbe, falls sie infolge dieses Unternehmens angegriffen würden, seine Hilfe zufolge der früheren Verträge zusichere, und er hat die Vorteile auseinandergesetzt, welche der König von Frankreich aus diesem Unternehmen ziehen werde. Aber es war alles vergeblich, Croissy blieb dabei, der Waffenstillstand verhindere den König, gegenwärtig Verpflichtungen für einen Krieg im Reiche zu übernehmen.

In derselben Weise hat Cr. auch Meyercrohn geantwortet. Er erkennt so, daß der König und sein Conseil sich durchaus nicht darauf einlassen wollen und daß das Anerbieten der Garantie des Waffenstillstandes seitens der Verbündeten nicht als gleichwertig mit dem, was diese fordern, angesehen wird. Er fürchtet, daß auch das Anerbieten der Garantie der Besitzungen des Königs von Frankreich, falls es nicht zum Frieden kommen sollte, und der Verzicht auf die Kriegssubsidien ebensowenig wirksam sein werden. Er hat aber diese beiden Punkte noch nicht berührt, zumal da Meyercrohn auf dieselben noch nicht instruiert ist.

E. Spanheim an den Kurfürsten. D. Blois 24. September/4. Oktober 1684.

[Mitteilung des Entschlusses des Kf., vorläufig von dem Unternehmen gegen Schweden abzustehen. Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstandes.]

Er hat Croissy vorgestern in Chambord getroffen, ihm auf Grund der 4. Okt. Schreiben[1]) Fuchs' vom 6./16. und Meinders' vom 15./25. September mitgeteilt, daß Kf. bereit sei, vorläufig von dem Unternehmen gegen Schweden abzustehen, und dabei darauf hingewiesen, daß dieses ein neuer Beweis dafür sei, wie Kf. die Meinungen und Interessen des Königs den seinigen vorziehe.

[1]) Nicht bei den Akten.

Cr. bezeigte sich damit sehr zufrieden und versicherte, daß der König sich bei jeder Gelegenheit dem Kf. dankbar dafür zeigen, auch, falls Schweden Veranlassung geben sollte, gegen es vorgehen, und daß man auch eine gute Union zwischen Dänemark und dem Hause Lüneburg gern sehen werde.

Er hat bei dieser Gelegenheit Cr. Mitteilung gemacht von der Erlaubnis, die er zu einer Reise nach Berlin erhalten, und gebeten, sich von dem Könige verabschieden zu dürfen. Cr. hat ihm angezeigt, daß die Ratifikationen des Waffenstillstandsvertrages mit dem Reiche ausgewechselt, daß auch Befehl zum Abzug der französischen Truppen aus dem spanischen Gebiet erteilt sei, daß der König beschlossen habe, 14000 Pferde abzudanken, und daß er glaube, daß auch die anderen Mächte ebenso einen Teil ihrer Truppen entlassen würden.

Abschnitt IV.

Brandenburg und Dänemark 1679–1684.

Einleitung.

Das enge Bundes- und Freundschaftsverhältnis, welches zwischen dem Kurfürsten von Brandenburg und dem König Christian V. von Dänemark während des von beiden gemeinsam gegen Schweden und Frankreich geführten Krieges in den Jahren 1675 bis 1678 bestanden hatte und zu Ende des letzteren Jahres auf der persönlichen Zusammenkunft beider Fürsten zu Doberan erneuert und befestigt worden war, hatte am Ausgang des Krieges im nächsten Jahre 1679 einen heftigen Stoß erhalten.[1]) Die Sonderverhandlungen, welche der König und der Kurfürst nach dem Abfall ihrer anderen Verbündeten mit Frankreich, ersterer auch mit Schweden, anknüpften, und ihre gesonderten Friedensschlüsse mit den Gegnern haben auf beiden Seiten Argwohn und Unzufriedenheit erregt, es ist zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen ihnen gekommen, und wenn dieselben auch äußerlich einen versöhnlichen Abschluß erhalten haben, so ist doch eine starke Entfremdung zwischen beiden und ein Auseinandergehen nach verschiedenen Richtungen hin die Folge davon gewesen. Während der Kurfürst nach dem Frieden von St. Germain sein Heil in der engsten Verbindung mit Frankreich suchte, hauptsächlich um durch dessen Schutz vor weiteren feindlichen Schritten Schwedens gesichert zu sein und womöglich dereinst mit französischer Hilfe Vorpommern Schweden wieder zu entreißen, ging Christian V. auf die Annäherungsversuche Schwedens ein, und so gelang es[2]) dem schwedischen Minister Gyllenstierna während der Verhandlungen zu Lund es dahin zu bringen, daß nicht nur der dort abgeschlossene Frieden durch die Vermählung König Karls XI. mit der Schwester König Christians befestigt, sondern auch zugleich ein Bündnisvertrag abgeschlossen wurde, welcher eine enge Verbindung der beiden nordischen Kronen sowohl in der äußeren als auch in der inneren Politik begründen sollte. Doch hat Christian V.

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 243 ff.

[2]) S. Recueil des instructions XIII; Danemarc par Geffroy, S. XXXVI ff.

die Verbindung mit dem Kurfürsten nicht vollständig abgebrochen. Als er unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens im Oktober 1679 sich gegen Hamburg wandte, um diese Stadt, welche sich der Oberherrlichkeit der dänischen Könige fast gänzlich entzogen hatte, zur Unterwerfung zu zwingen, dabei aber nicht nur seitens der Stadt, sondern auch der braunschweigischen Herzoge, welche die während des Krieges angenommene Rolle als Schutzherren der kleineren Stände des niedersächsichen Kreises weiterzuspielen suchten, Widerstand fand, rief er die Bundeshilfe des Kurfürsten an. Dieser war sowohl auf die Hamburger, welche ihm die Zahlung der von dem Kaiser in dem vorigen Kriege assignierten Summen hartnäckig verweigerten, als auch auf die braunschweigischen Herzoge sehr schlecht zu sprechen und hätte gewiß gern beide Teile seinen Zorn fühlen lassen, aber er hat doch eine sehr vorsichtige Haltung eingenommen. Er verweigerte dem König seine Hilfe nicht, aber er machte ihre Leistung davon abhängig, daß der König von Frankreich wirklich, wie dänischerseits versichert wurde, sich mit dem Unternehmen gegen Hamburg einverstanden erkläre. Dieses geschah aber nicht, vielmehr verlangte Ludwig XIV., daß der Streit auf gütlichem Wege beigelegt werde. So mußte Christian V., der, wie sich herausstellte, zu einem ernstlichen Kampfe gar nicht genügend vorbereitet war, sich fügen, und nun hat der Kurfürst beiden Teilen seine Vermittelung angeboten und mit dazu geholfen, daß die Sache in einer für den König von Dänemark wenigstens einigermaßen ehrenvollen Weise abgemacht worden ist.

Christian V. hat sich ihm dafür wenig dankbar gezeigt. Als der Kurfürst, der um zu seinen Gunsten einen Druck auf die braunschweigischen Fürsten auszuüben, einen Teil seiner Truppen in Mecklenburg hatte einrücken und dort Quartiere beziehen lassen, deswegen zu Ende des Jahres mit den Herzogen in ernstere Händel geriet, mußte er die Erfahrung machen, daß er, wenn er es zum Äußersten hätte kommen lassen, auf dänische Hilfe hätte wenig rechnen können. Als er dann gemäß dem Vertrage vom 23. Dezember 1676 in Kopenhagen den Abschluß eines neuen Garantie- und Bündnisvertrages beantragte und Mitteilung des Bündnisses mit Schweden verlangte, wurde dort die erstere Angelegenheit dilatorisch behandelt und ihm über den Vertrag mit Schweden eine nur ganz allgemein gehaltene Auskunft erteilt. Er hat infolgedessen von weiteren Bemühungen Abstand genommen, den Geheimen Rat v. Crockow, den er an den Verhandlungen über die Hamburger Angelegenheit hatte

teilnehmen lassen, und auch seinen bisherigen Gesandten am dänischen Hofe, Christoph v. Brandt, wieder zurückgerufen, nur den jüngeren Bruder des letzteren, Friedrich v. Brandt, als seinen Residenten dort gelassen und zunächst eine abwartende Haltung eingenommen.

Doch die Freundschaft zwischen Dänemark und Schweden hat nicht lange bestanden, sehr bald ist die Verschiedenheit der Interessen beider Reiche und die Antipathie beider Nationen wieder hervorgetreten, und auch in der äußeren Politik hat man nicht zusammengehalten. Allerdings knüpften anfangs beide Teile in Paris Unterhandlungen wegen eines gemeinsamen Bündnisses mit Frankreich an, doch wurden diese von seiten Schwedens, wo man mit der Behandlung durch Frankreich bei den Friedensverhandlungen und mit den französischen Übergriffen nach dem Frieden, durch die auch König Karl XI. als Herzog von Zweibrücken betroffen wurde, sehr unzufrieden war, nur lässig betrieben, und[1]) unter dem Einfluß seines neuen franzosenfeindlichen Ministers Oxenstierna, der nach Gyllenstiernas Tod an dessen Stelle getreten war, hat Karl XI. schon angefangen, mit den zum Widerstande gegen die französischen Gewaltmaßregeln geneigten Mächten, dem Kaiser, Spanien und Holland, in Verbindung zu treten. Dagegen näherte sich der König von Dänemark wieder dem Kurfürsten, er gab über sein Verhältnis zu Schweden beruhigende Erklärungen ab, behauptete, durch die Verhandlungen in Paris demselben dort nur den Rang ablaufen zu wollen, und zeigte sich, als der Kurfürst für die Seeexpedition, welche er im Sommer 1680 gegen Spanien aussandte, von ihm wenigstens passive Unterstützung erbat, sehr entgegenkommend. Der Kurfürst hat ihm dann, als zu Ende dieses Jahres Ludwig XIV. mit ihm wegen einer noch engeren Verbindung gegen die Mächte, welche seiner Reunionspolitik feindlich entgegentreten wollten, verhandeln ließ, Mitteilung von diesen Verhandlungen und von den Ursachen, welche ihn zum Eingehen auf dieselben bestimmten, gemacht und ihn aufgefordert, sich ihm anzuschließen und gemeinsam mit ihm wegen eines Bündnisses mit Frankreich zu verhandeln. Christian erklärte sich zustimmend und teilte mit, daß er den neuen Gesandten, welchen er damals nach Paris geschickt hatte, Meyercron, beauftragt habe, Hand in Hand mit dem Gesandten des Kurfürsten, Spanheim, dort die Verhandlungen zu führen. Doch zeigte die Art und Weise, wie Meyercron sich bei diesen Verhandlungen

[1]) S. Recueil des instructions XIII, S. XXXVIII.

benahm, daß die Versicherungen des Königs nicht aufrichtig waren, daß man dänischerseits doch noch immer an der Verbindung mit Schweden, obwohl dieses mehr und mehr eine der französischen Politik feindliche Haltung einnahm, festhalten wollte. Das weitere Umsichgreifen Ludwigs XIV. hat bei Christian lebhafte Besorgnisse erregt, insbesondere hat die Einnahme von Straßburg den übelsten Eindruck auf ihn gemacht. Er ließ die Unterhandlungen in Paris einstellen, schickte einen Gesandten nach Wien, um mit dem kaiserlichen Hofe Verbindungen anzuknüpfen und die dortigen Verhältnisse zu erkunden, er hat so bei den Gegnern Frankreichs die Hoffnung erweckt, daß er dem gegen dieses gerichteten Assoziationsvertrage, welchen Schweden im Oktober 1681 mit den Generalstaaten abgeschlossen hatte und dem auch der Kaiser und Spanien beigetreten waren, ebenfalls beitreten werde. Doch suchte nun Ludwig XIV. dem entgegenzuwirken und ihn auf seine Seite herüberzuziehen. Er ließ[1]) ihm im Dezember 1681 durch seinen Gesandten in Kopenhagen, Martangis, ein Bündnis antragen, stellte ihm Subsidien, Unterstützung der Ansprüche, welche Dänemark ebenso wie Brandenburg vom vorigen Kriege her wegen rückständiger Subsidien an Spanien und Holland zu erheben hatte, und anderweitige Vorteile in Aussicht. Auf die Nachricht davon und daß man am dänischen Hofe noch unschlüssig sei, ob man auf diese Anerbietungen eingehen solle oder nicht, griff auch der Kurfürst, der eben damals die neue Allianz mit Frankreich abgeschlossen hatte, ein. Er schickte Ende Januar 1682 seinen Hofrat Fuchs, einen der wenigen Räte, welche damals in seine Politik eingeweiht waren, nach Kopenhagen und ließ durch ihn dem König vorstellen, wie aussichtslos und verderblich der von dem Kaiser und dessen Bundesgenossen beabsichtigte Krieg gegen Frankreich, wie viel vorteilhafter es dagegen sein werde, wenn das Reich auf die vor kurzem von Frankreich in Regensburg gestellten Bedingungen eingehen und Frieden schließen werde, wie zweideutig und verdächtig die Haltung Schwedens sei, und ihn auffordern, sich von Schweden loszusagen und mit ihm und Frankreich gemeinsame Sache zu machen. Fuchs' Sendung hatte den günstigsten Erfolg, Christian V. und seine Minister erklärten sich durchaus mit dem Kurfürsten einverstanden, versprachen die Verbindung mit Schweden aufzugeben und gemeinsam mit dem Kurfürsten in Bündnis mit Frankreich zu treten. Darauf sind wirklich die Verhandlungen Dänemarks

[1]) S. Recueil des instructions XIII, S. 36ff.

einerseits mit dem Kurfürsten und andererseits mit Frankreich in Fluß gekommen. Schon am 10. Februar 1682 wurde in Berlin ein neues Defensivbündnis[1]) zwischen Dänemark und Brandenburg unterzeichnet, längere Zeit dauerten die Verhandlungen mit Frankreich, endlich aber am 25. März kamen auch diese zum Abschluß. In dem an diesem Tage zu Kopenhagen unterzeichneten Allianzvertrage[2]) verpflichtete sich Dänemark, für die Herstellung des Friedens mit dem Reiche zu wirken und im Falle es doch zum Kriege kommen sollte, Frankreich mit 16000 Mann Hilfe zu leisten, wogegen ihm von diesem gleiche Hilfe, wenn es angegriffen werden sollte, und Subsidien (im Frieden 200000, wenn es zum Kriege kommen sollte, 350000 Rtlr. jährlich) zugesagt und die von Frankreich in Anspruch genommenen oberherrlichen Rechte auf Jever abgetreten wurden. Im Juni 1682 fand dann zu Itzehoe eine persönliche Zusammenkunft des Kurfürsten mit Christian V. statt, auf welcher eine Reihe von Fragen, welche durch die so neugestalteten Verhältnisse hervorgerufen waren, erörtert und ein vollständiges Einverständnis zwischen ihnen erzielt wurde. In dem neuen, dort am 18. Juni abgeschlossenen Vertrage[3]) wurden namentlich Maßregeln vereinbart, durch welche beide das Zustandekommen des Friedens des Reiches mit Frankreich befördern und, falls es trotzdem zum Bruch kommen sollte, sich gegen die Gegner desselben schützen wollten, und zugleich verabredet, sich beiderseits zu bemühen, von Frankreich als Ersatz für die zu diesem Zwecke aufgewendeten Kosten Antizipation der Kriegssubsidien zu erwirken.

Die im folgenden aus den Akten des Geheimen Staatsarchivs in Berlin mitgeteilten Schriftstücke veranschaulichen den hier kurz skizzierten Verlauf der Beziehungen des Kurfürsten zu Dänemark bis zu dieser neuen engen Verbindung beider und die weitere Entwickelung derselben bis zum Herbst 1684. Aus dieser späteren Zeit möge hier nur noch ein Punkt hervorgehoben werden. Die Verbindung beider Mächte hat bald eine aggressive Tendenz erhalten, welche sich gegen Schweden richtete. Am 20. Juni 1682 hatte Graf Waldeck als Bevollmächtigter der durch seine Bemühungen in nähere Verbindung mit einander getretenen kleineren Stände des fränkischen und des oberrheinischen

---

[1]) S. v. Mörner, S. 428f.

[2]) S. Recueil des instructions XIII, S. XL; Reedtz, Répertoire historique et chronologique des traités conclus par la couronne de Dannemarc, S. 138ff.

[3]) S. v. Mörner, S. 718ff.

Kreises mit dem Kaiser die sogenannte Laxenburger Allianz abgeschlossen, in welcher zur Aufrechterhaltuug des Münsterschen und des Nimwegischen Friedens sowie zur Sicherung der verletzten oder bedrohten Reichsgrenzen die Aufstellung von drei Heeren am Ober-, Mittel- und Niederrhein und die Heranziehung anderer Reichsstände zu dieser Rüstung verabredet wurde. Bald darauf verbreitete sich die Nachricht,[1]) daß in Schweden Vorbereitungen getroffen würden, um eine größere Truppenmacht nach den deutschen Provinzen der Krone überzusetzen. Ebenso wie die erstere Maßregel kriegerische Absichten gegen Frankreich verriet, mußte auch die zweite als eine Bedrohung der mit Frankreich verbündeten oder einverstandenen Reichstände, besonders Brandenburgs, und auch des mit diesem verbündeten Dänemark, angesehen werden, der Kurfürst und König Christian V. haben daher sofort unter sich und mit Frankreich über Anstalten zur Verhinderung eines solchen Transportes schwedischer Truppen verhandelt und haben dabei sehr lebhaft den Plan erörtert, diesen durch einen gemeinsamen Angriff gegen Schweden zu vereiteln und dabei demselben seine deutschen Besitzungen und womöglich auch Schonen wieder zu entreißen. Doch hat auch dabei der Kurfürst im Gegensatz zu dem sehr kriegslustigen Könige von Dänemark große Vorsicht und Behutsamkeit gezeigt. Er hat wieder die Ausführung des Unternehmens abhängig gemacht von der Unterstützung Frankreichs und womöglich auch der braunschweigischen Herzoge. Anfangs, als Ludwig XIV. sich dazu bereit zeigte, die letzteren aber nicht auf die an sie gestellten Forderungen eingehen wollten, war er entschlossen, zuerst diese gewaltsam niederzuwerfen und dann Schweden anzugreifen. Als sich aber bald darauf zeigte, daß man in Frankreich anderen Sinnes geworden war, oder vielmehr,[2]) daß die früheren Erklärungen von dort her nicht ehrlich gewesen waren, und als zugleich die Türkengefahr das Reich bedrohte, da erklärte er, daß unter diesen Umständen weder ein Angriff gegen Schweden noch gegen die Braunschweiger unternommen werden könne, er hat sich nun aber bemüht, die letzteren zu einer Verständigung mit ihm und mit Dänemark und zur Teilnahme an dem geplanten Unternehmen gegen Schweden zu bewegen. Als aber diese Versuche erfolglos blieben und sich ebensowenig Aussicht zeigte, daß

[1]) Sie findet sich zuerst in der Relation F. v. Brandts vom 2./12. September 1682. S. unten.

[2]) S. die Instruktion für den als Nachfolger Martangis' nach Dänemark geschickten Villars vom 6. Mai 1683 (Recueil des instructions XIII, S. 43ff.).

Frankreich auf die von ihm verlangte Weise ein solches Unternehmen unterstützen werde, hat er dasselbe gänzlich aufgegeben und die Unterhandlungen darüber abgebrochen. Durch die Langmut aber, welche er bei den Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen zeigte, und durch seine Bemühungen, die Kriegslust des Königs von Dänemark zu zügeln, hat er erreicht, daß es auch mit jenem Fürstenhause nicht zum Bruch gekommen ist, ihm gebührt daher das Verdienst, in jener Zeit, in welcher das Reich im Westen von Frankreich, im Osten von den Türken bedroht war, im Norden den Frieden störende Verwickelungen abgehalten zu haben.

Wie schon bemerkt, hat der Kurfürst nach der Abberufung v. Crockows und Christoph v. Brandts zu Ende des Jahres 1679 die Besorgung seiner Geschäfte am dänischen Hofe in den folgenden Jahren dem jüngeren Bruder des letzteren, Friedrich v. Brandt, der schon seit 1670 als sein Resident dort tätig war, zunächst in derselben Stellung, seit Juni 1682 als Envoyé, überlassen. Dessen Berichte, ferner die zahlreichen Schreiben, welche König Christian und der Kurfürst selbst auch in dieser Zeit gewechselt haben, bilden den Hauptteil der nachfolgenden Publikation. Die wichtigsten Verhandlungen sind aber weder v. Brandt, noch den dänischen Gesandten, welche sich in dieser Zeit am brandenburgischen Hofe aufgehalten haben, v. Buchwald, Lincker und v. Gabel, anvertraut worden, sondern dazu sind von beiden Fürsten Personen, denen sie besonderes Vertrauen schenkten, von dem Kurfürsten Fuchs und Meinders, von dem dänischen Könige der jetzt unter dem Namen v. Ehrenschild geadelte Staatsrat Biermann verwendet worden, deren Berichte sowie die Protokolle der mit ihnen geführten Verhandlungen besonderes Interesse beanspruchen dürfen.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Pinneberg 25. Juli/[4. August] 1679.

[Besichtigung der Festungswerke von Hamburg durch den König, Vermutung über dessen Absichten.]

4. Aug. Gestern früh ist[1]) der König in Begleitung von Hahn und Wedel vor das Altonaische Tor zu Hamburg, als selbiges wegen der Konvokation der Bürgerschaft verschlossen war, geritten. Er hat erst gefragt, ob er hineinkommen könnte, und als ihm solches abgeschlagen, ist er von diesem Tore bis an das Dammtor dicht auf der Kontreeskarpe herumgeritten, hat, ohne daß ihn jemand angesprochen, die ganze Fortifikation besichtigt, ist auch wieder so zurückgeritten, hat mit den Arbeitern, welche das Außenwerk vor dem Altonaer Tor demolieren, gesprochen und ist von ihnen erkannt worden. Sobald der König zurück war, hat er es ihm umständlich erzählt und gesagt, weil er sonst hier nichts zu tun hätte, müßte er allerhand Zeitvertreib suchen, es gehen aber allerhand Diskurse davon. Er glaubt nicht, daß es auf eine Belagerung abgesehen ist, sondern daß Hahn und Wedel dadurch den Hamburgern Furcht einjagen und sie per obliquum obligieren wollen, ihnen ad avertendam obsidionem heimlich die Hände zu schmieren, er wird aber Achtung geben, ob nicht etwa wider Hamburg ein Dessein gefaßt ist.[2])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Pinneberg 26. September/[6. Oktober] 1679.

[Mitteilungen des Königs über seine Absichten gegen Hamburg, Hoffnung desselben auf Unterstützung durch den Kf.]

6. Okt. Gestern nachmittag ließ ihn der König[3]) zu sich fordern und beauftragte ihn, dem Kf. zu berichten, daß er zwar entschlossen sei und alle Anstalt dazu

[1]) S. Pufendorf l. XVII, § 92 (S. 1371). Vgl. über dieses Unternehmen König Christians gegen Hamburg Allen, Histoire de Danemarc, traduite par Beauvois II, S. 124; Gallois, Geschichte der Stadt Hamburg, S. 316ff.

[2]) Auch 31. Juli/10. August 1679 schreibt er, es scheine nicht, daß man wider Hamburg etwas Hauptsächliches vorhabe, sondern daß man der Stadt nur ein Geldkompliment für die Armee machen wolle. Wedel sähe zwar gern, daß der König Miene machte, als ob er die Stadt belagern wollte, die Hamburger aber würden wohl wissen, daß die Armee zu einer Belagerung nicht stark genug ist und daß auch die Herzöge von Braunschweig es nicht zugeben würden.

[3]) An seinen Bruder Christoph v. Brandt schreibt er an demselben Tage: „Gleich itzo kommt der König wieder anhero und ist diesen ganzen Morgen aus-

gemacht habe, Hamburg formaliter zu belagern, er hoffe aber, die Stadt werde es zu solcher Extremität nicht kommen lassen, sondern sich zu der Huldigung, wie sie sie seit mehr als 200 Jahren bei seiner Vorfahren Zeiten getan hätte, verstehen. Er beabsichtige durchaus nicht, die Stadt zu ruinieren oder ihren Handel zu schwächen, sondern er begehre von ihr nur Respekt und Treue, damit seine Feinde dort kein receptaculum, wie eine Zeit her geschehen, hätten. Er hoffe, Kf. werde ihm dabei hilfliche Hand, besonders gegen das Haus Lüneburg, wenn dieses der Stadt beistehen sollte, leisten. Er fragte ihn auch, ob Kf. wegen der kaiserlichen Assignationsgelder[1]) mit der Stadt schon richtig wäre, und erbot sich, die Summe so hoch zu treiben, wie nur Kf. es begehren würde.

D. v. Alefeldt und H. Meier[2]) an den Kurfürsten. D. Schönebeck 24. September/[4. Oktober] 1679.

[Absicht des Königs, gegen Hamburg mit Gewalt vorzugehen. Verlangen, daß Kf. ihm Hilfe leiste.]

Da die Stadt Hamburg nicht nur sich der Schuldigkeit, womit sie seit 4. Okt. vielen Jahrhunderten den Königen von Dänemark verhaftet gewesen, refractarie entzogen, sondern auch sonst gegen den König und Kf. sich eine geraume Zeit sehr widrig bezeigt hat und zu fürchten ist, daß sie nicht nur damit fortfahren, sondern, wenn das Vergangene ungeahndet bleiben sollte, ihr Hochmut sich noch vermehren dürfte, so hält der König für nötig, dem Kf. die Beschaffenheit dieser Sache vorzustellen und sein Sentiment zu vernehmen, ob er nicht sich der jetzigen Konjunkturen bedienen und die Stadt mit gesamter Macht zur raison bringen solle. Sie beide sind noch in konsiderabler Armatur begriffen, außer von dem Hause Lüneburg ist keine sonderbare Opposition zu besorgen, in Frankreich hat man sich bereits dahin erklärt, daß man außer dem Punkt des Quartierwesens (welchen der König dem geschlossenen Traktat gemäß zu den

gewesen, um die Stadt Hamburg zu recognosciren. Ich habe schon en passant, weil er mich zu sich gerufen, mit ihm geredet und ihm des Schüzens Negociation zu Hamburg hinterbracht, welches dem Könige sehr mißfället, und sehe ich wohl, daß man sich nicht getrauet, die Belagerung ohne Sr. Chf. D. Assistenz oder zum wenigsten ohne Ihr Gutfinden vorzunehmen, denn der König sagte zu mir: „Wann der Churfürst nur will, so soll es sich wohl schicken", und Hahn bate mich, Sr. Chf. D. diese Sache zu recommendiren."

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 406ff.; Prutz, Analekten zur Geschichte des Großen Kurfürsten (Forsch. zur brandenburg. und preuß. Geschichte XII), S. 239ff.

[2]) König Christian beglaubigt (d. Kopenhagen 9./19. September 1679) den Kriegsrat Hermann Meyer, der nebst Ahlefeldt dem Kf. einiges vortragen solle. S. über die Verhandlungen mit denselben Pufendorf l. XVII, § 93 (S. 1372).

von dem König von Frankreich vorgeschlagenen gütlichen Handlungen ausgestellt sein lassen will) sich in die übrigen Streitigkeiten mit Hamburg keineswegs mischen, sondern dem König darin in allem beförderlich sein wolle. Sollte Kf. Bedenken tragen, sich jetzt wider Hamburg direkt zu engagieren und die widrigen Bezeugungen der Stadt selbst stracks mitzuahnden, so hofft der König doch, daß Kf. ihm in einer so billigen Sache assistieren und ihm, wenn nicht seine ganze Macht, doch wenigstens ein Korps von 4000 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferde samt zugehöriger Artillerie zu Hilfe schicken und den Rest zum Succurs und zur Reserve, falls man sich in der Nachbarschaft opponieren sollte, an einem bequemen Ort an der Grenze postieren werde.

Da die Jahreszeit keinen langen Aufschub leiden will, so bittet der König um sofortigen Bescheid. Derselbe beabsichtigt nicht die Stadt gänzlich zu subjugieren oder um ihre Wohlfahrt und hergebrachte Immunität zu bringen, sondern sich mit dem zu begnügen, was sie seinen Vorfahren geleistet hat, und darunter ohne vertrauliche Kommunikation mit Kf. nichts vorzunehmen, er hofft auch, daß, wenn Kf. ihn durch seine Beihilfe und Autorität zu unterstützen geneigt sein wird, die Sache in der Güte wird abgetan werden können.

Sie bitten wegen besagter wirklicher Konjunktion um eine schriftliche Resolution.

Resolution des Kurfürsten auf das Memorial v. Alefeldts und Meiers. D. Schönbeck 26. September/[6. Oktober] 1679.

[Mahnung zu vorsichtigem Verhalten, vor allem sich zuerst der Billigung des Unternehmens seitens Frankreichs zu vergewissern.]

6. Okt. — S. Chf. D. erkennen gar wohl die Gerechtigkeit I. K. May. Praetensionen wider die Stadt, Sie verlangen auch nichts mehr, als daß I. K. May. desfalls auf eine oder andere Wege vollkommene Satisfaction erhalten, und seind erbötig, Ihro darunter alle möglichste Assistenz zu leisten. Dabeneben erinneren Sie sich gar wohl, wie übel sich bishero oftbesagte Stadt comportiret, wie sie Sr. Chf. D. selber allerhand Verdruß und Widerwärtigkeit verursachet, auch dabei noch bis jetzige Stunde continuiret, und wünschen S. Chf. D. nicht mehr, als daß nebst I. K. May. Sie sich rechtschaffen an dieselbe rächen möchten, Sie finden aber vor allen Dingen geraten, hierunter behutsamb und sicher zu gehen und nicht etwas vorzunehmen, so man nicht ausführen oder wodurch Ir. K. May. und Sr. Chf. D. gloire und reputation einigen Stoß leiden könnte. Das einzige und fürnembste, worauf nach Ihrer Meinunge zu reflectiren, ist, ob Franckreich dabei stille sitzen und sich dieses Werkes nicht an-

nehmen, sondern conniviren werde, dann es außer allem Widersprechen ist, wann Franckreich sich in einige Wege der Stadt annehmen wollte, daß man alsdann nichtes ausrichten, sondern mit Disreputation und Schaden alles würde müssen stehen lassen. Die Ursache dessen ist nicht alleine die jetzige Macht von Franckreich, sondern weil der Keyser und alle Stände in Teutschland, insonderheit das Haus Lünenburg, mit dazue concurriren und den König in Franckreich dazue animiren und hülfliche Hand bieten würden. I. K. May. vermeinen zwar, daß Sie desfalls einige Erklärunge von Franckreich erhalten, S. Chf. D. aber finden dieselbe sehr general und daß sie vielmehr auf gütliche officia als auf eine gewaltsame Execution gedeutet werden könne, weshalb S. Chf. D. nötig erachten, daß I. K. May. dem Könige in Franckreich nude und offenherzig ihre Vorhaben vorstellen lassen und eine deutliche Erklärunge darauf einholen. Was S. Chf. D. desfalls bereits an ihren Ministrum zue Paris Meinders geschrieben,[1]) davon haben Sie denen Königl. Ministris copiam erteilen lassen. Erfolget darauf eine solche Antwort, wie S. Chf. D. dieselbe wünschen und verlangen, so wollen Sie alles, ja ein mehres mit Schickunge Volkes, Stücke und Munition tuen, als was I. K. May. begehren werden — widrigenfalles aber und da Franckreich sich vor der Stadt erklären und dem Werk zuwieder sein sollte, können S. Chf. D. Ihrer K. May. nimmermehr raten, sich dahin zu engagiren.

Der Zeitraum von etwa drei Wochen kann nachher leicht repariert werden, außerdem sind noch viele praeparatoria nötig. Inzwischen rät er, das Vorhaben so geheim wie möglich zu halten, auch er wird dieses tun.

D. v. Alefeldt und H. Meier an den Kurfürsten. D. Schönebeck 26. September st. vet. 1679.

[Bitte, dem König vorläufig einen Teil der kurfürstl. Artillerie zu überlassen und eine Einmischung des Hauses Braunschweig zu verhindern.]

Da bis zu der in der Resolution des Kf. auf ihr Memorial bedingungsweise zugesagten absoluten Deklarierung der gesuchten wirklichen Konjunktion der Waffen die Intention des Königs merklich befördert werden könnte, wenn Kf. 6. Okt.

[1]) S. das Reskript an M. vom 22. September / 2. Oktober 1679 oben S. 371 f.

demselben, wo nicht die ganze, doch wenigstens einen guten Teil seiner Artillerie nebst den dazu gehörigen Bedienten, Feuerwerkern auch Materialien gegen eine billige Ersetzung überlassen und inzwischen seine Armee auf den Grenzen so postieren wollte, daß dem Hause Braunschweig-Lüneburg dadurch Ombrage gegeben und dasselbe dadurch von Feindseligkeiten gegen den König zurückgehalten werden möge, so ersuchen sie Kf. um gewierige Resolution deswegen. Sollte dieses nicht sofort bewilligt oder effektuiert werden können, so ersuchen sie Kf., wenn der König trotzdem auf eine und andere Weise Hamburg zur raison zu bringen sich gemüßigt befinden sollte, gegen männiglich und besonders gegen das Haus Braunschweig-Lüneburg öffentlich zu erklären, daß, falls dieses oder andere sich dem Vorhaben des Königs widersetzen und deshalb zu Tätlichkeiten schreiten sollten, er dem König dagegen kräftig die Hand zu bieten und wirklich zu assistieren verbunden sein würde.

Sie fragen zugleich an, ob Kf. geneigt sein sollte, dem König einige von seinen in der Nähe befindlichen Truppen per verum vel simulatum contractum zu überlassen oder zu leihen.

Resolution des Kurfürsten auf das andere Memorial. D. Schönebeck 27. September/[7. Oktober] 1679.

[Schwierigkeit des Transportes der Artillerie. Bedingte Zusage weiterer Hilfeleistung. Nochmalige Mahnung zur Vorsicht.]

7. Okt. Wegen der Artillerie ist er geneigt, dem Könige damit gegen billige Ersetzung an die Hand zu gehen, er findet aber große Schwierigkeit, wie dieselbe wird dorthin gebracht werden können. Zu Wasser, die Elbe hinunter, kann es nicht sein, weil man die mecklenburgischen, lüneburgischen und lauenburgischen Zollstädte Boitzenburg, Dömitz, Lauenburg, Schnackenburg und Hitzscher passieren muß und besonders die Lüneburger sie nicht vorbeilassen werden. Zu Lande würde es viel kosten, und müßte man damit durch das Mecklenburgische, wo die Lüneburger noch liegen, man müßte also einen starken Convoy dabei haben.

Wegen Postierung der Truppen will er, wenn es wirklich zu Tätlichkeiten kommen sollte, seine meisten diesseits der Oder befindlichen Truppen nach der Elbe und den Grenzen marschieren lassen und sie so postieren, daß die Benachbarten einige Reflexion darauf machen sollen. Er erklärt ferner, wenn Frankreich aus dem Spiel bleiben und einer der Benachbarten den König angreifen sollte, ohne daß dieser ihn vorher attackiert hätte, dem Könige als aggresso contra aggressorem alle kräftige Assistenz leisten zu wollen.

Zu Überlassung einiger Truppen an den König ist er auch nicht abgeneigt, er wird deswegen und wegen der Artillerie mit dem General-Feldmarschall Dörflinger sprechen und sich dann weiter erklären.

Er ersucht den König aber nochmals, sich in diesem hochwichtigen Werke nicht zu präzipitieren, sondern sich vor allem Frankreichs zu versichern.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Hamburg 27. September/[7. Oktober] 1679.

[Besorgnis, daß das Unternehmen gegen Hamburg einen üblen Ausgang nehmen wird. Unzulänglichkeit der dänischen Streitkräfte. Einmischung des Herzogs von Celle. Verhalten der französischen Gesandten.]

Er ist noch immer krank, da aber diese Stadt in wenigen Tagen berennet 7. Okt. werden dürfte, so muß er aus der Not eine Tugend und sich davon machen und gedenkt morgen nach Pinneberg zu gehen.

Er hat sich, als der König vor einigen Wochen die Werke von Hamburg besichtigte,[1]) nicht einbilden können, daß derselbe wirklich die Belagerung von Hamburg unternehmen werde, kann auch noch nicht einsehen, wie er seinen Zweck erreichen, und fürchtet, daß er Schimpf und Schaden davon haben werde. Man gibt zwar vor, 30000 Mann z. F. und 7000 Reiter sollten zur Belagerung verwendet werden, Fußvolk aber sind nur 14000 Mann wirklich verfügbar. Die Weitläufigkeiten, die dieses Vorhaben verursachen wird, tun sich auch schon hervor, da der Herzog von Celle sich öffentlich der Stadt annimmt und sein Kanzler Schütz die Verhandlungen soweit getrieben hat, daß schon heute einige lüneburgische Truppen hier erwartet werden. Der Herzog und die Stadt sind so weit miteinander eins, daß ersterer während der Belagerung zu Harburg residieren und der Stadt so viel Volk, als sie immer nötig haben wird, zu Hilfe schicken will. Er glaubt daher nicht, daß der Herzog von Ploen, den der König zum Herzog von Celle geschickt, etwas Nützliches ausrichten wird. Von England, Schweden und Holland ist zwar bei jetzigen Konjunkturen kein Hindernis zu befürchten, es ist aber sehr fraglich, was Frankreich dazu sagen wird. Die hiesigen französischen Gesandten Graf Rébenac und Baron Biedall stecken mit den cellischen Ministern und dem Magistrat die Köpfe zusammen und ratschlagen, wie die Stadt zu konservieren sei.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Pinneberg 29. September/[9. Oktober] 1679.

[Rat, die brandenburgische Armee in das Mecklenburgische einrücken zu lassen. Verhalten der braunschweigischen Herzoge.]

Die Sachen stehen so, daß es ebenso leicht zur Ruptur mit Lüneburg wie 9. Okt. zur Belagerung von Hamburg kommen könnte, oder wenn es zu gütlichen

[1]) S. oben S. 536.

Traktaten kommt, so wird die Sache sich eine geraume Zeit hinziehen. Daher und da jetzt alle interessierende Parteien auf Kf. große Reflexion machen, könnte dieser mit seiner ganzen Armee in das Mecklenburgische rücken, daselbst Quartier nehmen und so seine Kriegskasse erklecklich soulagieren. Da er mutmaßt, daß Kf. sich nicht so weit in die Sache engagieren wird, als es der König begehrt, so könnte Kf. dem letzteren unter der Hand die Versicherung geben lassen, daß derselbe von seinem Marsch und der Beziehung der mecklenburgischen Quartiere keine Ombrage zu nehmen habe, und gegen Proteste des Kaisers, des niedersächsischen Kreisobersten und der Herzoge von Mecklenburg könnte er einwenden, daß er, weil sich dieser Orten neue motus ereigneten, bei der Hand sein und zum rechten sehen müßte, in medio lassend, für welche Partei er sich zu erklären beabsichtige. Hindernisse wird er nicht finden, denn der Herzog von Celle hat sich soweit mit Hamburg engagiert, daß er Kf. nicht sauer ansehen darf, er hat auch schon seine Truppen unter Gen.-Major Enten aus Mecklenburg nach den Vierlanden gezogen. Kf. hat auch auf das Haus Lüneburg um so weniger zu reflektieren, als dessen Minister hier fast anzüglicher Weise die Jalousie ihrer Fürsten gegen Kf. zum Vorwand gebraucht und vorgegeben haben, dieselben hätten, da sie dem Kf. nicht trauten, ihre Truppen zusammenziehen und unter Hamburg legen müssen, während sie dieses doch offenbar nur Hamburg zu Gefallen getan haben. Doch wird Kf. sich mit diesem Marsch beeilen müssen; seiner Interposition könnte er, wenn seine Armee in der Nähe ist, desto mehr Nachdruck verleihen.

Chr. u. Fr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Pinneberg 3./[13.] Oktober 1679.

[Zufriedenheit des Königs mit der Resolution des Kf. Stand der Hamburger Angelegenheit.]

13. Okt. Der König hat ihnen seine große Zufriedenheit mit der von Meier überbrachten Resolution des Kf. und seine Hoffnung, daß auch der König von Frankreich ihm nicht in den Weg treten werde, aussprechen lassen und sie beauftragt, dem Kf. dafür zu danken und ihn zu versichern, daß er dessen hochvernünftigem und wohlgemeintem Rat nachleben und seine Sache so zu führen gedenke, daß Kf. Ursache haben sollte, seiner generösen und aufrichtigen Resolution wirklichen Nachdruck zu geben.

Was die hamburgische Sache für einen Ausschlag nehmen wird, kann man noch nicht absehen. Die königliche Armee steht nun im Lager ungefähr eine halbe Meile von der Stadt, alle Infanterie und Artillerie, die von Kopenhagen zu Kiel angelangt ist, geht dorthin, und der König wartet auch mit Ungeduld auf die Ankunft des Vizeadmirals Bielcke auf der Elbe, um dann zu Wasser

etwas wider die Stadt zu tentieren. Durch die Bemühungen des Herzogs von Ploen ist es so weit gekommen, daß die gesamten lüneburgischen Herzoge dem Könige ihre Interposition angetragen haben, daß derselbe sie acceptiert hat und daß die Herzoge die weiteren nach Hamburg im Anzug befindlichen Truppen vorläufig kontremandiert haben, die braunschweigischen Minister Hammerstein, Groot und Heimburg sind auch heute schon hier angelangt. Die Hamburger aber scheinen nicht geneigt zu sein, auf des Königs Forderungen einzugehen.

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Potstam 5./15. Oktober 1679.[1]

[Feindseliges Verhalten der Herzoge von Lüneburg.]

Ich habe nicht sonder Befrembdunge vernommen, was abermalen 15. Okt. zwischen Ew. Königl. May. und dem Fürstl. Hause Lunenburg passiret. — Gegen mir beträget sich erwähntes Fürstl. Haus nicht besser, denn wie ich[2]) unlängst bei Braunschweig-Hannover umb einen unschädlichen Durchmarch vor zwei Regimenter zue Fuße, welche von Minden nach Magdeburg zu marchiren beordert gewesen, angesuchet, haben des Hertzogen Ld. zwar anfangs denselben zugestanden und Geissel begehret, wie aber dieselbe geschicket und die Regimenter bereits bis an die Grenzen marchiret, haben Sie es plat abgeschlagen und die Regimenter vermocht, wieder nach Minden zurücke zu kehren. Ew. Königl. May. werden unschwer ermessen, daß ich solches nicht wenig empfunden, wesshalb ich dann auch meinen Ober-Wachtmeister von der Guarde[3]) dahin zu schicken und cathegorische Antwort von des Hertzogen Ld.,

---

[1]) Kf. beauftragt (d. Potstam 5./15. Oktober 1679) Chr. v. Brandt, dieses Schreiben dem König zu übergeben und ihm anzuzeigen, daß er dessen Vorhaben, seine Prätension auf Hamburg eine Zeitlang zu suspendieren und auf das Haus Lüneburg loszugehen, nicht mißbilligen könne, zumal derselbe in dem Vorhaben gegen Hamburg von den meisten Potentaten troubliert werden, des Hauses Lüneburg aber, da es jedermann choquiert habe, wohl niemand sich annehmen werde. Es müßte aber die hamburgische von der lüneburgischen Sache separiert werden, der König würde gut tun, die erstere auf unparteiische Mediatoren auszustellen, dann würden der Kaiser, das Reich und auch Frankreich aus dem Spiel gehalten werden. S. Pufendorf l. XVII, § 95 (S. 1373f.).

[2]) S. über diesen Zwischenfall unten Abschnitt V.

[3]) v. Gören.

ob Sie die Regimenter durchlassen wollen oder nicht, zu begehren entschlossen bin. Sollten Sie sich dessen abermahlen weigeren, so werde ich den Durchmarch par force suchen, habe auch bereits meinen Truppen überall Ordre erteilet, sich zu moviren und gegen der Elbe zu marchiren.[1]) —

König Christian V. an den Kurfürsten. D. Pennenberg 7./[17.] Oktober 1679.

[Günstige Erklärung des Königs von Frankreich. Bitte um Hilfe gegen die braunschweigischen Herzoge.]

17. Okt. Nachdem er dem König von Frankreich durch seinen dortigen Minister sein Dessein, Hamburg zur Huldigung und Satisfaktion zu bringen, mitteilen lassen, hat Pomponne darauf erklärt, daß sein König sich keineswegs in solche Sache meslieren werde. Weil dadurch die größte Diffikultät, welche dem Kf. bei diesem Werk vorgekommen, gehoben ist, die Stadt aber bei ihrer Widersetzlichkeit verharrt, vornehmlich auf die von dem Hause Lüneburg gesandte und ferner versprochene Assistenz sich verlassend, ersucht er Kf., bei diesem Hause durch nachdrückliche Vorstellungen und Deklarationen es dahin zu bringen, daß es sich der Stadt nicht weiter annehme und ihm in seiner Prätension hinderlich sei, wenn dieses aber nichts verfangen sollte, ihm bei dieser wichtigen Okkasion Assistenz zu leisten, dazu seine Truppen anmarschieren und an der Elbe an einem solchen Ort sich postieren zu lassen, der den lüneburgischen Landen am nächsten gelegen sein und den Herzogen die meiste Ombrage geben könnte.

König Christian V. an den Kurfürsten. D. Pinnenberg 10./[20.]Oktober 1679.

[Auf das Schreiben vom 5./15. Oktober und die Mitteilungen der Minister des Kf. Das Verhalten der braunschweigischen Herzoge. Empfang des Schreibens des Kf. vom 23. August. Billigung des Friedensschlusses desselben mit Frankreich.]

20. Okt. Die Herzoge von Lüneburg beharren bei ihrer unleidlichen Konduite, haben noch weitere Truppen nach Hamburg geschickt und ihm solche Dinge

[1]) Kf. teilt (d. Potsdam 6./16. Oktober 1679) dem Könige mit, daß er auf die Nachricht, daß das gesamte kurfürstliche und fürstliche Haus Sachsen in kurzem eine Zusammenkunft zu Dresden halten und daß auch das Haus Lüneburg dorthin Gesandte schicken wolle, v. Ahlefeld vermocht habe, zu K. Sachsen nach Leipzig zu reisen, um dieses Werk womöglich zu divertieren. König Christian erklärt sich (d. Pinneberg 14./24. Oktober 1679) damit einverstanden.

proponieren lassen, die seinen rechtmäßigen Prätensionen ganz zuwiderlaufen. Er hat ihren Räten seine letzte Meinung wegen der Huldigung zu vernehmen gegeben, sollte die Stadt sich dem nicht fügen, so ist er entschlossen, die Verhandlungen ganz aufzuheben und an Kf. einen Expressen abzufertigen, um dessen Meinung wie, wann und wo die Operation gegen das Haus Lüneburg anzustellen sei, zu vernehmen.[1])

Inzwischen hab ich auch aus Ew. Durchl. und Ld. Schreiben vom 23. verwichenen Monats Augusti,[2]) so ich erst vor wenig Tagen empfangen, die Ursachen und Motiven, so dieselbe unlängst bewogen, mit Franckreich zum Schluß zu eilen, der Länge nach vernommen, und wie ich an Ew. Durchl. und Ld. aufrichtigen Affection und Freundschaft gegen mich niemahln gezweifelt, also ist billig höchlich zu beklagen, daß wegen der fürgefallenen schädlichen Veränderungen und Abgang der übrigen Alliirten die sonsten wohlgefassete gesambte mesures nicht haben zum beständigen Effect gebracht, noch das fürgesetzte heilsame Ziel erreichet werden können. Wobei wir dennoch beiderseits diesen Trost haben, daß wir die gemeine Sache bis auf das äußerste mit allen Kräften unterstützet und an denen schädliche Konsequentzen, welche die von den anderen Confoederirten gepflogene separate consilia und genommene resolutiones künftig nach sich ziehen dürften, entschuldiget sein werden. —

Instruktion[3]) für L. G. v. Crockow und Christoph und Friedrich v. Brandt zu der Verrichtung am dänischen Hofe. D. Potsdam 15./[25.] Oktober 1679. (Conc. v. Crockow.)

[Anerbieten der Vermittlung des Kf. in dem dänisch-hamburgischen Streite, die Intentionen des Kf. dabei. Erledigung seiner Forderung an Hamburg, weiterer Auftrag an den Herzog von Celle.]

Cr. hat sich förderlichst an den dänischen Hof zu begeben, sich dort mit den Brüdern v. Brandt zu besprechen, ihnen diese Instruktion mitzuteilen und 25. Okt.

[1]) Chr. v. Brandt meldet 9./19. Oktober, er habe das Schreiben des Kf. dem Könige überreicht, aber aus dessen Äußerungen und anderen Indizien erkannt, daß man dort in der Güte aus der Sache kommen möchte, und er rät Kf., in seiner Brouillerie mit Hannover danach seine mesures zu nehmen und sich nicht zu sehr auf Dänemark zu verlassen.

[2]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 389ff.

[3]) Kf. teilt (d. Potsdam 13./23. Oktober 1679) dem Oberpräsidenten und den Geheimen Räten seine Absicht, sich ebenfalls in der Hamburger Angelegenheit zu

mit ihnen zu überlegen, wie das ihnen kommittierte negotium am besten anzugreifen sei. In der Audienz bei dem Könige und den etwa mit dessen ministris abzuhaltenden Konferenzen haben sie mitzuteilen, Kf. habe mit Freuden vernommen, daß der König in der Hamburger Angelegenheit sich zu gütlicher Handlung und billigmäßigen conditiones verstehen wolle, und biete, nachdem er vernommen, daß schon der Herzog von Celle seine Vermittlung in dieser Sache angeboten und der König sie unter gewissen Bedingungen angenommen habe, ebenfalls seine Vermittlung an. Sie sollen sich erkundigen, was der König von der Stadt verlange und was für officia er vom Kf. dabei angewandt wissen wolle, darauf soll Crockow sich nach Hamburg und nachher zu den Herzogen von Braunschweig begeben, den etwaigen Traktaten beiwohnen und aller Orten so negotüeren, wie es zu des Königs Besten und zu Erhebung eines für denselben glorieusen Accommodements gereichen würde, die v. Brandt dagegen sollen bei dem König bleiben, sie sollen aber fleißig miteinander korrespondieren und ihre negotiationes so einrichten, daß des Kf. Intention erreicht werde. Diese geht hauptsächlich dahin:

1. daß diese weit aussehende Sache gütlich beigelegt werde,

2. daß der König mit Reputation aus derselben komme und Ursache habe, mit seiner Konduite zufrieden zu sein,

3. zu verhüten, daß es zu keinen Tätlichkeiten komme,

4. wenn solche vorgekommen sein sollten, daß sie eingestellt würden,

5. daß sobald wie möglich gütliche Traktaten vorgenommen und zu Ende gebracht würden,

6. daß Hamburg von allen Beteiligten ermahnt und obligiert würde, dem Kf. das, wozu es sich verbunden, zu leisten.

Sie haben mit allen Posten, auch im Notfall durch Expresse, den Zustand der Sachen und den Verlauf ihrer Negotiation zu berichten.

Nebeninstruktion für v. Crockow von demselben Datum.

Wenn er in Dänemark das, was ihm anbefohlen ist, angebracht und darauf Resolution erhalten hat, soll er sich nach Hamburg begeben, dort eine Deputation vom Rate begehren und demselben anzeigen, daß Kf., obwohl die Konduite der Stadt gegen ihn ihm Fug genug gebe, die jetzigen Konjunkturen zu benutzen, um die Stadt zu billiger Satisfaktion und Indemnisierung zu nötigen, dennoch seine Vorsorge dahin gerichtet hätte, wie sie von den androhenden Extremitäten gerettet und vermittelst einer billigen Satisfaktion wieder mit dem König ausgesöhnt werden möchte. Er biete auch der Stadt seine Interposition an und habe Cr. aufgetragen, derselben seinen Rat zu erteilen und

interponieren und dazu v. Crockow und die beiden v. Brandt zu verwenden, mit und beauftragt sie, eine Instruktion und die Kreditive für dieselben zu entwerfen und ihm zuzuschicken. Vgl. Pufendorf l. XVII, § 90 (S. 1374).

bei den Traktaten sich zu bemühen, daß nebst des Königs Satisfaktion auch die Stadt konserviert bleibe. Er rate ihr, es nicht auf die Extremitäten ankommen zu lassen, und auch Cr. hat ihnen alle Motive, welche Zeit und Gelegenheit an Hand geben werden, so vorzustellen, daß sie dadurch bewogen werden, dem König eine raisonnable Satisfaktion zu geben. Dabei hat er der Stadt auch die Rechtmäßigkeit der Forderung des Kf.[1]) an sie vorzustellen und darauf zu bestehen, daß sie ihm die Schuld, so wie er sich zuletzt erklärt hat, ohne weiteren Verzug noch vor dem Vergleich mit dem Könige abtrage. Wenn die Stadt auch seine Vermittlung acceptiert hat, hat er sich zu dem Herzog von Celle zu verfügen und bei ihm wie auch bei seinem Bruder und Vetter, wenn diese sich bei ihm befinden, anzubringen, Kf. hätte gern vernommen, daß sie sich die gütliche Schlichtung der Streitigkeiten zwischen dem König von Dänemark und der Stadt Hamburg angelegen sein ließen, er habe die gleiche Absicht, wolle bei der Vermittlung konkurrieren und habe, nachdem diese von dem König und der Stadt angenommen worden, ihn zu ihnen abgeschickt, um von ihnen zu vernehmen, auf was für conditiones der Vergleich zu treffen, und mit ihren ministris zu konzertieren, wie die Sache zu inkaminieren sei. Dabei hat er alle Wege dahin zu sehen, daß sie sich darin mit ihm einigen, daß der Vergleich nicht anders als mit des Königs von Dänemark Reputation und Advantage gemacht werde, und er hat zu erinnern, daß die Stadt von den Herzogen nicht in ihrer Halsstarrigkeit wegen Befriedigung des Kf. gestärkt, sondern zur Leistung ihrer Schuldigkeit ermahnt werde. Sollte es dann zu einem Kongreß kommen, so hat er an demselben teilzunehmen und sich zu bemühen, daß ein dem Könige reputierlicher und annehmlicher Vergleich gemacht werde. Was die Konditionen anbetrifft, so wird die Zeit selbst an die Hand geben, wie weit darin zu kommen sein wird. Kf. hält nicht für unbillig, daß die Stadt dem Könige den seinem Großvater geleisteten Homagialeid ebenfalls leiste, sollte aber dieses nicht zu erlangen sein, so hat er darauf zu sehen, daß die Traktaten nicht gänzlich abgebrochen, sondern die Beilegung dieser Differenz auf anderweitige Traktaten oder andere gütliche Mittel ausgesetzt werde.

Auch soll er dem Herzog von Celle hinterbringen, Kf. hätte mit nicht geringer Befremdung vernommen,[2]) daß derselbe die Gen. Staaten ersucht hätte, im Fall Kf. mit dem König von Dänemark seine Waffen konjungieren und er mit ins Spiel geraten sollte, ihm zu assistieren. Kf. wisse nicht, wodurch er veranlaßt worden wäre, nicht allein selbst eine so widrige Impression von ihm zu fassen, sondern auch die Gen. Staaten in die gleiche Ombrage zu setzen, und er bitte, ihm im Vertrauen mitzuteilen, was ihn dazu bewogen, er hoffe, der Herzog werde vielmehr suchen, das gute Vertrauen zwischen ihm und dem Staat zu erhalten.

[1]) S. oben S. 530.

[2]) S. das Memorial v. Grote's vom 26. Oktober / 5. November und die Resolution des Kf. darauf vom 27. Oktober / 6. November 1679 unten Abschnitt V.

Chr. und Fr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Pinneberg 20./[30.] Oktober 1679.

[Zufriedenheit des Königs mit der von Kf. dem braunschweigischen Gesandten erteilten Resolution. Stand der Hamburger Angelegenheit.]

30. Okt. Der König und dessen Minister haben sich mit der Resolution, welche Kf. dem braunschweigischen Gesandten erteilt,[1]) sehr zufrieden bezeugt, sie bekannten mit Dank, daß der König es allein der Contenance des Kf. zuschreiben würde, wenn sich Hamburg zum Ziel legte, denn, wenn die braunschweigischen Minister ihrem Vorgeben nach der Stadt hart zuredeten, so geschehe es gewiß nur, weil die Herzoge fürchteten, Kf. könnte mit in das Spiel geraten und ihnen den letzten niedersächsischen Kreisschluß gesegnen. Der König stellte es auch dem Kf. frei, ob er hier die braunschweigische Mediation sekundieren wollte, Kf. würde doch wissen, wie wenig Ursache man hätte, auf die Herzoge, namentlich den von Celle, gutes Vertrauen zu setzen.

Mit der hamburgischen Sache steht es jetzt so: Da man über das hamburgische Projekt nicht hat eins werden können, so hat man dänischerseits beschlossen, die Sache in statu quo zu lassen und darüber mit der Stadt einen provisionalen Interimsrezeß aufzurichten, wonach eines jeden jura et praetensiones salvae et integrae bleiben und man sich hernach bemühen solle, die Sache durch einen gütlichen Vergleich oder per viam juris zu Ende zu bringen. Daneben aber begehrt der König, daß die Stadt per deputatos ihm einige Submission erweise und ihm loco satisfactionis wegen erwiesener Insolentien und zugefügten Schadens 5 Tonnen Goldes zahle. Mit diesem Vorschlage sind die braunschweigischen Minister nach Hamburg gereist.

P. S. Hier wird viel von des Kf. Marsch nach dem Mecklenburgischen geredet, man hat aber keine Gewißheit davon.

Chr. und Fr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Hamburg 21./[31.] Oktober 1679.

[Aussicht auf gütliche Beilegung der Hamburger Angelegenheit. Zweifel, ob Kf. auf Hilfe von Dänemark gegen die braunschweigischen Herzoge werde rechnen können.]

31. Okt. Sie sind gestern einer Einladung des Feldmarschalleutnants Wedel nach dem Lager gefolgt und haben hier übernachtet. Hier haben sie durch den Herzog von Ploen erfahren, daß die Sache zwischen dem Könige und der Stadt

[1]) Kf. hatte 11./21. Oktober 1679 den v. Brandt das Anbringen v. Grote's und seine darauf erteilte Resolution (s. S. 547) zur Mitteilung an den König zugesandt.

abgetan, letztere auf die Vorschläge des Königs eingegangen sei und daß es sich nur noch an der von diesem geforderten Geldsumme stoße.

Der König hat zwar große Lust, den Herzog von Celle anzugreifen, die Minister sind aber alle dagegen und haben es schon so weit gebracht, daß der König gegen sie wegen der Magazine und der Subsistenz der Truppen Diffikultät macht und behauptet, dieselben müßten verlegt und refraichiert werden. So lange die hamburgische Sache nocht nicht ganz abgetan ist, können die Truppen des Kf. im Mecklenburgischen ohne alle Gefahr stehen bleiben, wenn aber der König nach Kopenhagen und die Truppen nach den Quartieren gehen sollten, so wird Kf. selbst urteilen, was ihm am zuträglichsten ist. Da sie aus Meinders' Relation[1]) ersehen, daß der König von Frankreich sehr ungern sehen würde, wenn aus der hamburgischen Sache ein Krieg mit dem Hause Braunschweig entstände, und ihnen bekannt ist, wie sehr Kf. auf Frankreich reflektiert, so haben sie Bedenken getragen, ohne besonderen Befehl den König gegen das Haus Braunschweig, namentlich den Herzog von Celle, aufzureizen. Man hat bisher hier immer erklärt, wenn Kf. wegen seines Einrückens ins Mecklenburgische mit diesen in Streit geraten sollte, ihm mit aller force zur Seite treten zu wollen, und gerühmt, was des Kf. bloßer Name in dieser Sache dem Könige für Vorteil gebracht, wenn derselbe aber von dieser Sache debarassiert sein sollte, wissen sie nicht, ob dann der Dank ebenso groß sein wird wie jetzt.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Pinneberg 23. Oktober/[2. November] 1679.

[Audienz beim König. Konferenz mit dem Reichskanzler, Aussicht auf gütliche Beilegung der Hamburger Angelegenheit.]

Er ist am 17. abends von Berlin abgereist und am 21. mittags hier angekommen. 2. Nov. Obwohl er durch die bald nach ihm von Hamburg hergekommenen v. Brandt und auch sonst vernommen, daß der Vergleich zwischen dem König und der Stadt Hamburg schon weit avanciert und gleichsam auf dem Schluß stände, indem der punctus homagii zu künftiger rechtlicher Entscheidung oder gütlichem Vergleich durch einen Interims-Rezeß ausgesetzt, aber verglichen sei, daß die Stadt dem König mittelst einer Deputation hier ohne Solennität eine Submission tun und als Satisfaktion eine Geldsumme, über deren Höhe man sich aber noch nicht geeinigt, zahlen solle, hat er doch bei dem König um Audienz nachgesucht und dieselbe nebst den v. Brandt am folgenden Tage erhalten. Der König dankte für den Gruß des Kf., versicherte, daß ihm keine Interposition angenehmer sei als die seinige, verwies sie im übrigen an den

[1]) S. oben S. 373.

Reichskanzler. Bei diesem haben sie heute Audienz gehabt, er teilte ihnen mit, der König hätte von Anfang an nur die Absicht gehabt, die Stadt zur Leistung des schuldigen homagii und einer billigmäßigen Satisfaktion für verursachten Schaden und Unkosten und zu einer Versicherung, seinen Feinden keinen Vorschub zu leisten, durch Ostentation der Waffen und gütliche Traktaten zu bewegen, inmittelst hätte sich das Haus Lüneburg der Sache angenommen, die Stadt in ihrer Opiniatretät gestärkt und die Sache sehr diffizil gemacht, doch hätte man ein Expedieus beliebt, der Interims-Rezeß wäre völlig ajustiert, auch die termini des Kompliments, welches die Stadt machen solle, der Reichsmarschall v. Körbitz und Graf Anton wären in der Stadt, um die Sache vollends zu ajustieren. Sollte dabei noch etwas zu tun sein, so würde der König gern die guten Dienste des Kurfürsten annehmen, zumal da das Haus Lüneburg sich so partial für die Stadt zeigte. Der König hätte wohl Ursache gehabt, dessen officia zu rekusieren, da es sich gleichsam zur Partei gemacht und Truppen nach Hamburg geworfen habe, er habe es aber, um alle Weiterungen zu verhüten, übersehen wollen. Auch von anderen Potentaten, als Frankreich, England und Holland, seien ihm mediationes angeboten, er hätte sie aber bonis modis dekliniert, nur den Comte de Rébenac hätte er nicht ganz daraus halten können, obwohl er gesehen, daß derselbe sich ganz partialisch bezeigt und seine Konduite mit Pomponne's Versicherungen gar nicht übereinkomme. Man erwarte stündlich die Rückkehr der dänischen ministri, und werde der König ihn dann mit einer ferneren Resolution versehen.

Die ministri sind soeben zurückgekehrt, es scheint noch nicht alles richtig zu sein, doch ist zu vermuten, daß es zu einem Vergleiche kommen wird.[1])

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Hamburg 29. Oktober/[8. November] 1679.

[Einigung der Vermittler mit den dänischen Ministern, weitere Verhandlungen mit den Hamburgern.]

8. Nov. Nachdem die Stadt Hamburg sich vorgestern erboten, die dem Könige zu zahlende Summe auf 200000 Rtlr. zu erhöhen und der Königin ein Präsent von etwa 10000 Rtlr. zu geben, ist ihnen von den Mediatoren angezeigt worden, daß sie in allem 220000 Rtlr. geben müßten. Obwohl sich die Deputierten

[1]) Cr. berichtet aus Hamburg 27. Oktober / 6. November 1679, da sich das Accommodement verzögert, so habe er sich hierher begeben, sei auf geschehene Notifikation von dem kaiserlichen Residenten, den lüneburgischen Ministern und Rébenac besucht worden, habe auch mit den Deputierten der Stadt eine Konferenz gehalten. Man könne sich nur über den Geldpunkt nicht einigen, doch hoffe er, daß man sich beiderseits zum Ziel legen werde.

dazu nicht verstehen wollten, ist ihnen doch angedeutet worden, daß die Mediatoren ein solches offerieren würden. Rébenac, die lüneburgischen Minister und er sind darauf nach Pinneberg gereist, haben mit den dänischen ministris konferiert und es dahin gebracht, daß die Stadt 220000 Rtlr. und der Königin ein ansehnliches Präsent geben und eine Obligation von 40000 Rtlr., welche der König a. 57 von der Stadt aufgenommen, zurückgeben solle. Obwohl sie von der Stadt dazu nicht bevollmächtigt gewesen, wird diese sich doch desselben nicht entbrechen können. Wegen der Sorten und Termine ist es noch nicht adjustiert und ist deswegen v. Heimburg dort geblieben, die andern sind hierher gereist, um es der Stadt zu proponieren. Übermorgen sollen die Deputierten der Stadt dem König eine Submission in verabredeten terminis bezeugen. Er hofft, die Stadt werde keine Diffikultät machen, dem Kf. 125000 Rtlr. zu zahlen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Hamburg 31. Oktober / 10. November 1679.

[Verständigung mit den Hamburgern. Aussicht, daß Kf. die geforderte Summe erhalten werde. Unfreundliches Verhalten Rébenacs.]

Die Deputierten der Stadt haben erst große Schwierigkeiten gemacht, die 10. Nov. von ihnen verabredeten Bedingungen anzunehmen. Er hat ihnen aber sehr ernstlich vorgestellt, was für Ungelegenheit und Schaden sie sich zuziehen würden, wenn die Traktaten nicht geschlossen werden sollten, ebenso haben ihnen die lüneburgischen und französischen ministri zugesprochen, so haben sie endlich das beiliegende Projekt angenommen und nur bedungen, daß der Artikel betreffend die Obligation auf 40000 Rtlr. aus dem Traktat gelassen werde, aber versprochen, sie morgen bei der Audienz zurückzugeben. Morgen werden die Deputierten der Stadt hinauskommen und ihr Kompliment ablegen, er wird dann seinen Abschied nehmen und er hofft, den Herzog von Celle noch in Harburg zu finden.

Wegen der Prätension des Kf. an Hamburg hat er noch keine formelle Antwort erhalten, er zweifelt aber nicht, daß Kf. 125000 Rtlr. bekommen wird. Graf Rébenac hat dabei gar keine guten officia getan, sondern sich recht widrig bezeigt. Gestern wiederholte er mehrmals, er sehe wohl, wenn Cr. darauf bestände, werde die Stadt es wohl tun müssen, es wäre aber des Königs Sache und werde diesen sensiblement touchieren, wenn man die Stadt über die von demselben gut gefundene Summe von 100000 Rtlr. zu noch mehr konstringieren würde. Er hat sich aber nicht daran gekehrt, sondern hat ihm geantwortet, die Stadt wäre selbst geneigt, die Summe zu augmentieren, in Konsideration der guten officia, welche Kf. ihr in der dänischen Sache geleistet, und er wäre

versichert, daß dieses seinem König nicht zuwider sein würde. Er hofft, daß dieser Minister sich in anderen das Interesse des Kf. betreffenden Sachen favorabler bezeigen wird, denn es sind nur partikulare Ursachen, warum er hierin zuwider ist.[1])

Der Kurfürst an Chr. v. Brandt. D. Potstam 2./[12.] November 1679.

[Verlangen dänischer Hilfe, falls seine Truppen in Mecklenburg von den braunschweigischen angegriffen werden sollten.]

12. Nov. Da er erfahren, daß die lüneburgischen Völker über die Elbe und wieder in ihre alten Quartiere ziehen, und zu befürchten ist, daß dieselben seine in Mecklenburg stehenden Truppen zu delogieren suchen möchten, so soll er dieses dem König vortragen und denselben ersuchen, ihm auf allen Fall, wenn er attackiert werden sollte, mit seinen Truppen zu assistieren, in Anbetracht, daß dieses geschehe, um sich an Kf. zu revanchieren, weil er dem Könige beigestanden und seine Truppen in Mecklenburg logiert habe, um die hamburgischen Traktaten zu facilitieren.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Hamburg 5./[15.] November 1679.

[Auf das Reskript vom 2. November. Verlangen dänischerseits, daß Kf. seine Truppen aus dem Mecklenburgischen zurückziehe. Geringe Aussicht auf Unterstützung gegen die Lüneburger.]

15. Nov. Solange die hamburgische Sache noch zweifelhaft war, hatte man ihnen nicht allein die Versicherung gegeben, daß der König den Kf., wenn er wegen

[1]) Cr. berichtet 5./15. November aus Hamburg, da er erfahren, daß der Herzog von Celle schon nach Ebstorff und Celle abgereist, daß die schwedischen Truppen in Pommern angelangt seien und daß es wegen der in Mecklenburg stehenden Truppen des Kf. wohl Weitläufigkeit geben dürfte, er auf diese Sache aber garnicht instruiert sei, so habe er die Reise zu dem Herzog aufgegeben und werde sogleich zurückkehren. Deputierte des Rats hätten ihm soeben die förmliche Resolution gebracht, daß die Stadt dem Kf. 125000 Rtlr. bezahlen wolle, sie verlangten aber leidliche Termine und billige Liquidation, er habe sie deswegen an Raule verwiesen. — Das Rekreditiv König Christians für Cr. ist Pinneberg 2./[12.] November 1679 ausgestellt, der Vertrag über die Zahlung jener Geldsumme zwischen den Bevollmächtigten des Kf. (Raule und Guericke) und den Deputierten des Hamburger Rats (dem Syndikus Dr. Schreining und den Ratsverwandten J. Lomm und J. Lemmermann) Hamburg 1./11. Dezember 1679 abgeschlossen worden. S. Prutz a. a. O. S. 242.

der Einlogierung seiner Truppen mit dem Hause Lüneburg in Zwist geraten sollte, unterstützen werde, sondern auch ihren Vorschlag, einige königliche Regimenter sollten in das Lauenburgische und Schwerinsche verlegt werden und mit den Truppen des Kf. genaue Korrespondenz pflegen, gebilligt. Sobald es aber mit Hamburg zum Schluß kam und die ganze königliche Armee nach Norden aufbrach, kein Regiment aber nach dem Lauenburgischen sich wendete, haben sie dagegen protestiert, verlangt, daß vier oder fünf Regimenter nach dem Schwerinschen und Lauenburgischen geschickt würden, und kategorische Resolution, wessen sich Kf., wenn die Herzoge von Lüneburg seine Truppen aus dem Mecklenburgischen zu delogieren suchen sollten, von dem Könige zu versehen hätte, gefordert. Trotz aller ihrer Vorstellungen aber hat man ihnen nur mit einem kaltsinnigen air gesagt, der König würde den Kf. nicht verlassen, aber dabei auf das inständigste geraten, Kf. möchte in Eile seine Truppen aus dem Mecklenburgischen ziehen, damit es das Ansehen hätte, als ob es aus Veranlassung der Beendigung der Hamburger Sache und nicht aus Furcht vor den Lüneburgischen geschehe.

Die dänischen consilia sind jetzt ganz auf Frieden und Redressierung der Finanzen gerichtet, er hofft nicht, eine bessere Resolution zu erhalten, und auch v. Crockow wird dem Kf. ähnliches berichten. Sollte selbst der König demselben gegen Lüneburg beizustehen geneigt sein, so werden doch die Minister dagegen arbeiten und das Kommissariat den Marsch der Truppen aufhalten.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Pinneberg 15./[25.] November 1679.

[Verhandlungen mit den dänischen Ministern über das dänisch-schwedische Bündnis. Verlangen der Mitteilung desselben und des Abschlusses des Garantievertrages. Die mecklenburgische Quartierangelegenheit.]

Er und sein Bruder haben sich eifrig bemüht, zu erfahren, wie es mit dem angeblich zwischen Frankreich, Dänemark und Schweden wegen der Ostsee abgeschlossenen Traktat[1]) stehe, sie glauben aber, daß daran nichts sei. Wohl aber haben sie erfahren, daß zu Lund zwischen Schweden und Dänemark ein ordentliches Defensivbündnis[2]) aufgerichtet und mit dem Pariser Frieden zusammen ratifiziert ist. Sie haben bei Gelegenheit dem Könige zu verstehen gegeben, daß Kf. sich darüber, daß ihm gar keine Mitteilung davon geschehen, 25. Nov.

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 393.

[2]) S. diese Defensivallianz vom 27. September / 7. Oktober 1679 Londorp X, S. 713ff.; Dumont VII, S. 431f.; Répertoire historique et chronologique des traités conclus par la couronne de Dannemarc par H. C. de Reedtz (Göttingen 1826), S. 135f. Vgl. Carlson IV, S. 732; Recueil des instructions XIII, S. XXXVIff.

allerhand Gedanken machen müßte. Der König schien dieses nicht sonderlich zu attendieren, hat nachher aber seine Minister eine Konferenz mit ihnen halten und durch diese entschuldigen lassen, daß ihnen von jenem Bündnis nichts mitgeteilt wäre. Graf Anton bemerkte dabei, der König habe erfahren, daß Kf. mit dem Könige von Frankreich ein ordentliches foedus defensivum et offensivum geschlossen, und meine, daß beide zugleich und reciproce kommuniziert werden müßten, doch erwiderte ihm gleich der G. Kanzler, daß Kf. Ahlefeld von seinen Verhandlungen mit Frankreich Eröffnung getan hätte. Sie haben geantwortet, Kf. würde sich an dem, was passiert wäre, obwohl es den abgeschlossenen Allianzen zuwiderliefe, nicht stoßen, wenn ihm nur sofort das Bündnis mit Schweden selbst und was dabei vorgegangen und etwa separatim geschlossen wäre, aufrichtig kommuniziert würde. Der G. Kanzler sagte darauf, der König hätte ihnen Befehl erteilt, die contenta des foedus mitzuteilen, es wäre ein bloßes foedus defensivum und nichts Verfängliches darin, man hätte bei Schließung desselben auch auf Kf. reflektiert und für dessen Sicherheit gesorgt, darauf nannte er verschiedene Ursachen, um deren willen man das foedus geschlossen, und sagte, der König wünsche, daß Kf. demselben beitrete. Sie haben aber verlangt, daß ihnen vor allem das foedus selbst und was sonst dabei vorgegangen, mitgeteilt werde, und behauptet, alles sei daran gelegen, wenn anders die vertrauliche Korrespondenz zwischen den beiderseitigen hohen Prinzipalen fortbestehen sollte, zugleich erklärt, daß Kf. zum Eintreten in dieses foedus jedenfalls sich nicht entschließen würde, wenn nicht vorher die mutuelle Garantie und das in dem Kopenhagenschen foedus von 1676[1]) vorgesehene foedus defensivum zwischen ihnen beiden abgeschlossen würde, falls dieses nicht geschehe, würde Kf. vielmehr gezwungen sein, ein besonderes foedus mit Schweden zu schließen. Der G. Kanzler hat ihnen darauf Kommunikation des foedus zugesagt und versprochen, daß sie insgesamt mit dem Könige von der Garantie reden und ihnen dessen Resolution ungesäumt mitteilen wollten. Doch haben sie noch nichts erhalten, er wird aber, sobald er in Kopenhagen angelangt sein wird, den Ministern keine Ruhe lassen und hat auch seinen Bruder beauftragt, unerwartet seiner Ankunft auf beide Punkte zu dringen.

Der Herzog von Celle soll 4000 von den hannoverschen Truppen angenommen haben und nach Mecklenburg schicken wollen. Rébenac soll beim Herzog von Celle wegen der mecklenburgischen Quartiere böse officia tun und Öl ins Feuer gießen. Zu ihm hat er gesagt, wenn Kf. jetzt seine Truppen aus dem Mecklenburgischen zöge, so würde sein König es auslegen, als wenn sie nur der hamburgischen Sache wegen eingerückt wären, wenn sie aber noch länger dort blieben, würde er sich wegen des mit Lüneburg zu Celle gemachten Friedens der Sache pro Celle annehmen und es auch als eine Kontravention des Generalfriedens ausdeuten müssen. Sein Bruder, der dem König nach Kopenhagen gefolgt ist, macht sich keine Hoffnung, daß Kf. auf allen Fall wider Celle dänische Hilfe erlangen werde.

[1]) S. v. Mörner, S. 391 ff. (§ 15).

Der Kurfürst an Chr. v. Brandt. D. Potstam 23. November/[3. Dezember] 1679.

[Auf die Relation vom 15. November. Befehl, nur Mitteilung der Allianz mit Schweden zu verlangen. Die wegen seiner Allianzverhandlungen mit Frankreich zu machenden Mitteilungen.]

— Nun habet Ihr zwar wohlgetan, daß Ihr umb Communication derselben [Alliance] angesuchet, wir sehen aber nicht gerne, daß Ihr Euch wegen unser Beitretunge, so wie bereits geschehen, herausgelassen, auch dazue einige Hoffnunge gemachet, gestalt Ihr dann künftig davon gänzlich zu abstrahiren und nur bloßer Dinge umb die Communication sothaner Alliance und der Nebenartikul, welche man uns nach Inhalt unseres foederis zu tun schuldig, anzusuchen habet, mit dem Vorgeben, daß wir uns zue Beitretunge nicht eher resolviren könnten, bevor wir den Inhalt sothaner Alliance gesehen. Wann sie abermahlen von unserem Tractat mit Franckreich etwas auf die Bahne bringen sollten, habet Ihr anzuzeigen, daß noch nichtes geschlossen, und daß wir stündlich unsers Meinders erwarteten, umb von dem, was vorgangen, mündlichen Rapport zu tuen. Sollte es zum Schluß sich anlassen, würden wir freilich nicht vorbei, Ihrer May. davon Communication zu tuen und zu vernehmen, ob Sie sothanen Tractat conjunctim mit uns schließen wollen.[1]) — 3. Dez.

Chr. v. Brandt[1]) an den Kurfürsten. D. Hamburg 1./[11.] April 1680.

[Sein Verfahren dem König und den verschiedenen Ministern gegenüber. Seine Abschiedsaudienz und die letzte Konferenz mit den Ministern.]

Er ist durch Sturm auf die Insel Alsen geraten, hat dort drei Wochen krank gelegen und ist so noch nicht imstande gewesen, über die Abschieds- 11. April

---

[1]) Kf. weist 26. November/6. Dezember Chr. v. Brandt an, da man sich dänischerseits so kaltsinnig zu Schließung des Garantievertrages zeige, vorläufig nicht weiter darauf zu dringen, und 16./26. Dezember befiehlt er beiden v. Brandt, wegen Mitteilung des Traktats mit Schweden und des Garantietraktats keine weitere Anregung zu tun. Da dort jetzt wenig zu tun sei, solle Chr. v. Brandt nach Cüstrin zurückkehren und Fr. v. Brandt allein dort bleiben.

[1]) Chr. v. Brandt war, nachdem er fünf Wochen in Rendsburg krank gelegen hatte, Ende Januar 1680 in Kopenhagen angekommen, hatte erst dort das Reskript

audienz beim Könige und die letzte Konferenz mit den Ministern Bericht zu erstatten.

Kf. hat ihm befohlen, von dem Könige in gar civilen terminis Abschied zu nehmen, er würde auch ohnedem den König nicht anders als mit Bescheidenheit und aufs behäglichste angeredet haben, und wenn er dabei das, was wegen der Kommunikation des Bündnisses mit Schweden und der Garantie vorgegangen, erwähnt hätte, so würde doch solches dem Glimpfe nichts benommen haben, da er schon vorher zweimal mit dem König in geheim davon geredet und dieser es sehr gnädig und wohl aufgenommen hatte. Der König ist ein sehr tapferer und großmütiger Herr, der nicht mit sich scherzen läßt, der auch leicht eine Jalousie, insonderheit von seinen Ministern, fassen kann, die Jalousie bleibt aber gemeiniglich ohne Wirkung bei ihm kleben, wenn man ihm nicht dann und wann zu Hilfe kommt und ihm zeigt, wohin ein und ander Minister seines eigenen Interesses halber zielt, und wie dem zu begegnen sei. Diese Methode haben er und sein Bruder immer halten müssen, sonst wäre es nie zu der Gadebuschschen Entrevue[1]) und der Waffenverbindung mit Kf., welche Greiffenfeldt zu hintertreiben suchte, und auch nicht zu der letzten Dobranischen Entrevue[2]) gekommen. Den königlichen Staatsministris haben sie verschieden begegnen und sich ihnen vertrauen müssen. Der Großkanzler, der Reichsmarschall Körbitz und Biermann haben immer eine sonderbare Devotion gegen Kf. bezeugt und dem König geraten, mit demselben fest zusammenzuhalten, ihnen haben sie Ursache gehabt, allen Respekt und Zivilität zu erweisen, und er hat ihnen auch beim Abschied das Interesse des Kf. und die Konservation des guten Vertrauens zwischen demselben und dem Könige rekommendiert. Mit Graf Anton und Hahn aber haben sie nicht auf gleiche Weise umgehen können, denn sie waren durch Zivilität und Behäglichkeit nicht von ihren dem Kf. mißfälligen consiliis abzubringen, sondern je kaltsinniger sie ihnen begegneten und je deutlicher sie ihnen zu verstehen gaben, daß ihnen ihre mentes bekannt wären, desto besser konnten sie sie intimidieren. Graf Anton sorgt nur dafür, wie er seine oldenburgischen Herrschaften in Ruhe und Frieden erhalten möge, danach sollen sich die dänischen consilia richten, er hat auch die Schwachheit, daß er es gar nicht deguisiert. Da Hahn wohl wußte, daß er des Kf. Gnade nicht verdient hatte, suchte er den König stets

des Kf. vom 16./26. Dezember vorgefunden und darauf Anstalten zu seiner Rückreise getroffen. Kf. hatte ihn darauf (d. Cöln 24. Januar / 3. Februar 1680) angewiesen, seinen Abschied vom König in civilen terminis zu nehmen, sich aller Reprochen gegen ihn und gegen die Minister zu enthalten, vielmehr den König zu versichern, daß er (Kf.) auch künftig keine Gelegenheit, ihm Beweise seiner Freundschaft zu geben, vorübergehen lassen wolle. Chr. v. Brandt war dann Ende Februar abgereist. Das Rekreditiv des Königs für ihn ist Kopenhagen 14./24. Februar 1680 ausgestellt.

[1]) 14.—16. September 1675. S. Pufendorf XIII, § 45 (S. 1010); v. Buch's Tagebuch, herausgegeben von Hirsch I, S. 139f.

[2]) 4.—6. Dezember 1678. S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 362f.; v. Buch's Tagebuch II, S. 149ff.

von demselben fernzuhalten, daher kamen sie leicht überein, daß sie dem König durch andere Bündnisse, besonders durch die mit Schweden, die Hände so binden wollten, daß er weder seiner eigenen Meinung zum Kriege folgen, noch von Kf. dazu angeführt und also keine neue Zusammensetzung unter ihnen beiden getroffen werden könnte. Der Großkanzler hat ihm dieses nach Hahns Tode noch klarer als vorher gestanden. Wenn Hahn noch am Leben gewesen, hätte er bei seiner Abschiedsaudienz den König nochmals warnen und ihn ersuchen müssen, solche consilia keine Statt finden zu lassen, da er aber tot, seine bande dadurch zerstört und Graf Anton sehr zaghaft geworden ist, der Großkanzler ihn auch versichert hat, daß Hahns Tod eine merkliche Veränderung in consilio supremo nach sich ziehen werde, hat er davon nichts gegen den König erwähnt, sondern ist nur bei dem geblieben, was ihm Kf. in dem Reskript vom 24. Januar vorgeschrieben hat, worauf der König in sehr freundlicher Weise geantwortet hat. Als er sich schon entfernen wollte, folgte ihm der König und fragte[1]) ihn heimlich, was Kf. dazu sagte, daß der König von Frankreich wieder Miene machte, als wenn er neue Troublen anrichten wollte. Er hat geantwortet, er hätte davon keine Nachricht, er glaubte aber, daß Kf. ungern sehen würde, wenn derselbe wider Deutschland etwas vorhätte, und daß seine gegenwärtige contenance und die conduite, welche die Alliierten in dem vorigen Kriege gegen ihn und den König gehalten, ihn in Zweifel setzten, was für mesures er nehmen sollte, eben wie der König darüber auch etwas embarassiert wäre, und er hat den König gebeten, in omnem eventum solche consilia zu führen, daß er allezeit mit Kf. zusammen des Friedens genießen oder auch zugleich Krieg haben möchte, worauf der König sagte, er und Kf. hätten jetzt Ursache, nicht merken zu lassen, was sie beabsichtigten, Frieden wäre ja wohl zu wünschen, wenn aber kein Krieg entstände, so hätte er keine Hoffnung, mit Kf. jemals wieder zusammen zu kommen.

In der Konferenz wurden nur die Entschuldigungen wegen verweigerter Kommunikation der schwedischen Allianz und versagter Schließung der Garantie wiederholt, worauf er sich dem Befehl des Kf. gemäß aller Reprochen enthalten und nur, um Graf Anton einen kleinen Stich zu geben, gesagt hat, es hätte Kf. allerdings befremdet und hätte wohl bei ihm Ombrage erregen können, da er aber während des ganzen Krieges auch in viel wichtigeren Dingen sich nach dem König gerichtet hätte, so wollte er sich auch an diesen refus nicht stoßen, sondern einen Weg wie den anderen mit dem König fest zusammenhalten und abwarten, wann es demselben gefallen werde, das Bündnis zu erneuern.

[1]) Fr. v. Brandt hatte dem Kf. schon 2./12. März 1680 von Kopenhagen aus berichtet, es scheine nicht, daß zwischen Dänemark und Frankreich eine so genaue Intelligenz, wie man in der Welt aussprenge, bestehe. Die Bemühungen des französischen Gesandten Martangis zugunsten des Herzogs von Gottorp würden hier sehr ungern gesehen, der König lasse große Jalousie über die gewaltigen französischen Rüstungen verspüren und rühme das Verhalten Schwedens, das, wie der hiesige schwedische Gesandte Güldenstern versichere, auf die Konservation des römischen Reichs und die Freiheit der Stände ein wachsames Auge habe.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cölln 31. Juli/[10. August] 1680. (Conc. Meinders.)

[Die Seeexpedition gegen Spanien. Befehl, den König zur Teilnahme an derselben oder wenigstens zu ihrer Unterstützung aufzufordern.]

10. Aug. Wir geben Euch hiemit in höchstem Vertrauen zu vernehmen, daß, nachdem wir durch unseren Envoyé[1]) in Hispanien vier Jahre lang vergeblich umb die uns rückstehende Subsidien sollicitiren lassen, dergestalt auch, daß derselbe unverrichteter Sachen wieder abreisen müssen, wir entschlossen sein, dieselbe, weil es eine Summe von ungefähr zwei Millionen beträget, welche wir nicht dahinten lassen können noch wollen, vermittels der Repressalien zur See beizutreiben. Wir haben demnach eine Esquadre Schiffe ausgerüstet, welche vielleicht schon ausgelaufen sein wird, und derselben Ordre erteilet, alle spanische Schiffe und Güter in See wegzunehmen und aufzubringen, umb uns daraus dieser unser höchst gerechten Forderunge halber bezahlet zu machen. Weil wir uns nun zue Vollführunge dieses unseres Vorhabens I. K. May. in Dennemarck faveur sowohl in Paß- und Repassirung unserer Schiffe durch den Sund als auch umb auf den Fall der Not in ihre Hafen in Dennemarck und Norwegen einzulaufen, [bedürfen], so befehlen wir Euch hiemit in Gnaden, bei I. May. vermittels Überreichunge des hiebeikommenden Creditivs umb Privataudienz anzuhalten, daneben aber gegen keinen Menschen von diesem unseren Vorhaben das geringste zu entdecken und bei erlangeter audience solches dem Könige allein, wie obbeschrieben, zu eröffnen und bei I. May. zu vernehmen, ob Sie beliebeten ihre interesse mit dem unsrigen zu conjungiren und sich solchergestalt suchen bezahlet zu machen, welches uns dann sonderlich lieb sein würde, und sollten alsdann unsere Schiffe zugleich mit zue I. May. Diensten stehen, so daß gar leicht ein Concert darunter zu treffen sein würde, oder daferne I. May. ihrer Conjunction halber ein Bedenken hätten, habet Ihr dieselbe zu ersuchen, daß Sie nicht alleine unseren Schiffen die freie Passage durch den Sund, sondern auch das Einlaufen und Refraichirunge in ihre Hafen in Dennemarck und Norwegen verstatten wollten, welches, wie es der Allianz und Freundschaft, so zwischen uns ist, allerdings gemäß,

---

[1]) Melchior v. Ruck. S. Pufendorf XVIII, § 10 (S. 1386); Peter, Die Anfänge der brandenburgischen Marine, S. 14 ff.; Schück, Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik I, S. 112 ff.

als versehen wir uns gänzlich einer gewierigen Erklärunge. Es seie aber, daß I. May. sich mit uns conjungiren wollen oder nicht, habet Ihr deroselben das secretum aufs höchste zu recommendiren, weil leicht zu ermessen, wann dieses unser Vorhaben auskommen sollte, daß man alsdann Gegenpraeparatoria und praecautiones machen und nehmen würde.

Er darf gegen niemand als zuerst gegen den König, und wen dieser hernach ihm benennen würde, hiervon etwas erwähnen und soll allemal die Sekretierung aufs höchste bedingen. Die Schiffe werden ihm ein Reskript und einen Brief an den König[1]) überbringem, worin aber nur generalia enthalten.

Fr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 10./[20.] August 1680.

[Ankunft der Schiffe des Kf. Audienz bei dem Könige, dessen Resolution.]

Vorgestern sind alle Schiffe des Kf., außer dem Brenner, hier angekommen 20. Aug.
und gleich nach drei Stunden nach Helseneur weitergefahren, um sich mit frischem Wasser und anderen Viktualien zu versehen. Er hat dem König in einer Privataudienz das Vorhaben des Kf. entdeckt und angefragt, ob er sein Interesse mit dem des Kf. konjungieren und sich auch so bezahlt machen wolle, dann würden dessen Schiffe zugleich zu seinen Diensten stehen. Der König antwortete, er nehme diese vertrauliche Mitteilung als ein Zeichen der Affektion des Kf. auf und wünsche ihm Glück zu dem Unternehmen, er habe von Spanien wohl noch 3 Millionen zu fordern, könne sich aber vor der Hand nicht zu der Konjunktion resolvieren, weil er dazu gar nicht präpariert wäre. Auf seine Bitte, den Schiffen des Kf. nicht allein freie Pass- und Repassierung durch den Sund, sondern auch Einlaufen und Refraichierung in seinen Häfen zu gestatten, die Sache ganz geheim zu halten und ihm je eher je lieber gewierige Resolution zu erteilen, versprach der König, sich das Secretum aufs höchste rekommendiert sein und ihn noch selbigen Tages seine Resolution wissen zu lassen, und befahl ihm, mit dem Reichskanzler aus der Sache zu reden. Das hat er getan, und er hat die Resolution des Königs, daß die Kriegsschiffe des Kf. frei und ungehindert durch den Sund passieren und repassieren und in allen dänischen und norwegischen Häfen freies Einlaufen, Station und Refraichierung haben sollten, erhalten, doch nicht schriftlich, woraus zu ersehen ist, daß man sich in diese Sache garnicht mischen will.[2])

---

[1]) d. Potstam 13./[23.] Juli 1680.

[2]) Fr. v. Brandt berichtet 14./24. August 1680, er habe in Helseneur Schiffe und Mannschaft gemustert und wohl konditioniert befunden. Der Zolldirektor, dem er einen Brief des G. Kanzlers übergeben, habe wegen Passierung der Schiffe keine Schwierigkeiten gemacht, doch würden diese, da sie sich verproviantieren und auf

Fr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 24./14. September 1680.

[Argwohn Schwedens wegen der Rüstungen des Kf. zur See, Äußerungen des dänischen Großkanzlers darüber.]

24. Sept. Vorgestern hat ihm der G. Kanzler gesagt, nicht allein die dänischen ministri von Stockholm her hätten geschrieben, daß man dort von den Fregatten, die Kf. durch den Sund gehen lasse, große Ombrage nehme und befürchte, des Kf. Armatur in der Ostsee möchte mit der Zeit so zunehmen, daß den nordischen Kronen daraus ein praejudicium entstehen dürfte, sondern der König von Schweden hätte deswegen selbst an den König geschrieben und dessen Rat begehrt, weil bisher niemand als die nordischen Kronen das dominium maris Baltici gehabt und solches ihnen allein zukäme. Der G. Kanzler hat auch gesagt, Kf. möchte sich wohl vorsehen; daß die 6 Fregatten durch den Sund gegangen seien, das würde wohl nichts zu bedeuten haben, sollte aber Kf. beginnen, Orlogschiffe von 50 und 60 Stücken zu bauen, dürfte es wohl Händel setzen. Er hat nur erwidert, er wollte es Kf. berichten, er wüßte dessen Vorhaben nicht, während des Krieges aber hätten der König und dessen Minister ihm öfters zu verstehen gegeben, daß sie gern sehen würden, wenn Kf. 10 oder 12 große Schiffe hätte, damit man nicht immer die Holländer um Assistenz ansprechen dürfte. Der G. Kanzler antwortete nur, das wäre sehr gut gewesen, welche Antwort weder kalt noch warm ist. Er glaubt, daß der König dem Kf. hierunter nicht zuwider sein wird, wenn er ihn desfalls caressiert und in der Weserzollsache ein gelindes Expediens genehmigt. Er hat den G. Kanzler gebeten, es beim König dahin zu bringen, daß der Zolldirektor im Sunde unter der Hand Ordre erhalte, des Kf. Fregatten nebst bei sich habenden Prisen nicht aufzuhalten, sondern ungehindert durch den Sund passieren zu lassen, da die Schweden sonst in ihren in der Nähe gelegenen Häfen aufpassen und sie wegzunehmen trachten möchten, was er auch versprochen hat.

Der Kurfürst an Fr. v. Brandt. D. Cölln an der Spree 25. September/[5. Oktober] 1680.

[Auf die Relation vom 14./24. September. Grundlosigkeit des Argwohns wegen seiner Seerüstung. Rechtfertigung seines Verfahrens gegen Spanien.]

5. Okt. Er soll dem König und dem G. Kanzler für die vertrauliche Eröffnung in seinem Namen danken und versichern, daß Kf. zu solchen Besorgnissen

---

den unterwegs beschädigten und in Danzig reparierten Brenner warten müßten, erst in drei bis vier Tagen weitersegeln können. Ihr Erscheinen errege großes Aufsehen und allerhand Diskurse, doch gingen die meisten dahin, daß der Kurs nach Toulon gerichtet sei, oder daß es den Holländern gelten werde, oder daß sie nach Tabago segeln sollten.

niemals Anlaß geben werde, daß er noch nicht daran gedacht habe, Schiffe von 50—60 Stücken zu bauen, noch weniger eine solche Seearmatur anzustellen, woraus der König befugte Ombrage schöpfen könnte, daß er wenigstens darunter nichts Hauptsächliches ohne Kommunikation mit demselben und ohne sein Gutfinden vornehmen werde und daß seine wenigen Fregatten demselben immer zu Diensten stehen sollten. Nachdem diese jetzt ein spanisches Orlogschiff auf der Rede von Ostende weggenommen,[1]) soll er Gelegenheit suchen, mit dem König davon zu reden, ihm nochmals vorstellen, daß des Kf. Intention garnicht wäre, dadurch einen Krieg anzufangen, sondern daß er nur dasjenige, was ihm von Rechts wegen gebührte, suchte, und da alle anderen Mittel bisher vergeblich gewesen wären, dieses äußerste Rechtsmittel hätte ergreifen müssen, er wäre aber erbötig, wenn der König von Spanien ihn auf andere Weise befriedigte, sowohl dieses als auch andere Schiffe und Güter zu restituieren. Er soll ihn auch bitten, seinen ministris, welche an Orten sind, wo auch spanische ministri sich befinden, zu befehlen, diesen die rechtmäßige Befugnis des Kf. vorzustellen und sie zu ermahnen, denselben zu befriedigen.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 2./[12.] Oktober 1680.

[Rat des Königs, die brandenburgischen Fregatten heimlich vorbeisegeln zu lassen.]

Vor einigen Tagen, als die Zeitung gekommen, daß des Kf. Fregatten zwei spanische Schiffe weggenommen hätten, schickte der G. Kanzler zu ihm den Kammersekretär Jessen und ließ ihm sagen, man hätte auf sein Memorial zwar resolviert, dem Zolldirektor im Sunde Ordre zu geben, die Schiffe passieren zu lassen, da aber der hiesige spanische Envoyé zwei memorialia übergeben und darin gebeten hätte, des Kf. Schiffe im Sunde anzuhalten, so hielte der König für ratsam, daß des Kf. Fregatten nicht durch den Sund, sondern durch den Großen Belt nach der Ostsee gingen oder wenigstens bei Nacht den Sund passierten, Kf. möchte sie eiligst durch ein Fahrzeug davon advertieren lassen, sonst würde auch Spanien prätendieren, eine Esquadre in die Ostsee zu schicken, was den Kommerzien und den dänischen und brandenburgischen Untertanen sehr nachteilig sein würde. Er hat gebeten, der Zolldirektor im Sunde möchte instruiert werden, den Schiffen einen Wink zu geben, zu eschappieren, was der G. Kanzler auch versprochen hat. Nach Jessens Aussage ist dem spanischen Envoyé auf seine Memorialien nur geantwortet worden, die brandenburgischen Schiffe seien schon eschappiert. 12. Okt.

[1]) S. Peter, S. 18f.; Schück I, S. 113.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 12./[22.] November 1680.

[Bereitwilligkeit des Königs, zusammen mit Kf. mit Frankreich sich zu verbinden Bitte um Geheimhaltung.]

22. Nov. Der G. Kanzler hat ihn gestern zu sich auf die Ratsstube bitten lassen und, nachdem er zuerst von dem großen Unmut erwähnt, welchen der spanische Hof wegen der von Kf. vor Ostende genommenen Schiffe gefaßt und daß er es gar für eine Ruptur ausdeuten wolle, fuhr er fort, Kf. hätte[1]) vor vierzehn Tagen dem König im höchsten Vertrauen entdeckt, daß er es für besser und sicherer halte, bei den jetzigen Konjunkturen sich beiderseits mit der Krone Frankreich zu setzen, als die vorige Partei, bei der man so übel gefahren, wieder zu erwählen. Der König sei ebenderselben Meinung und nicht abgeneigt, sich mit Kf. zugleich mit Frankreich zu engagieren, weil auf das englische Parlament nicht zu bauen und man bei den übrigen noch keinen rechten Ernst sehe, sich den französischen Desseinen zu opponieren. Er bitte Kf., ihn vertraulich wissen zu lassen, ob er bei diesem Vorhaben noch verharre, in welchem Fall der König für ratsam halte, daß solche Zusammensetzung mit Frankreich conjunctim und nicht separatim geschehe, damit sie nicht allein bei dem Kaiser, England und Holland und anderen, sondern auch bei Frankreich selbst desto mehr Nachdruck haben möchte; er wolle nicht das geringste ohne Kf. vornehmen, da er mit diesem zu heben und zu legen gesonnen sei. Die Allianz könnte certis conditionibus et praesuppositis praesupponendis gemacht und so eingerichtet werden, daß allezeit beide en main gehen und pro re nata abbrechen könnten, und man nicht ganz und gar ohne Exzeption gehalten sei, die französischen vastes desseins auszuführen und dieser Krone zu der Monarchie zu verhelfen. Der König zweifelte nicht, daß Kf. diese Sache niemandem als denen, auf die er sich gewiß verlassen könnte, anvertrauen werde, damit sie ganz geheim gehalten werde, er hätte daher weder Alefeldt noch Lincker[2]) das geringste davon wissen lassen, zu ihm (Br.) hätte er das Vertrauen, er werde diese Sache aufs beste menagieren. Er hat dieses auf seine Ehre versichert und versichert auch dem Kf. bei Gott, seinem Gewissen, seinen Pflichten und seiner Ehre, daß kein Mensch in der Welt hiervon das geringste von ihm erfahren soll.

---

[1]) Ein darauf bezügliches Schreiben des Kf. findet sich in den Akten nicht.

[2]) Georg Lincker, ursprünglich Sekretär in hessen-kasselschen Diensten, seit 1666 hessischer, seit 1668 auch dänischer Agent am brandenburgischen Hofe (bis 1674), war nachher ganz in dänische Dienste getreten. Fr. v. Brandt hatte 25. Juli 1680 berichtet, L. solle als Resident an des Kf. Hof gehen, doch solle vorläufig Ahlefeldt noch dort bleiben, L. aber arbeite sehr dagegen und hoffe allein bei Kf. zu bleiben. Kf. war damit wenig zufrieden gewesen, L. war aber trotzdem zu ihm gesendet worden. S. über denselben Ribbeck in Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte XII, S. 465f.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 20./[30.] November 1680.

[Äußerungen des G. Kanzlers über das Verhältnis Dänemarks zu Schweden und Kf.]

Vorgestern hat der Großkanzler wieder mit ihm von der Zusammen- 30. Nov.
setzung mit Frankreich, zu welcher der König geneigt sei, gesprochen. Auf seine Frage, wie es mit der Allianz des Königs mit Schweden stände, ob diese dem König nicht hieran hinderlich und dem Kf. schädlich sein würde, antwortete er, Kf. möchte sich an diese Allianz nur nicht kehren, sie wäre nur ein gekünsteltes Werk, dagegen wäre das Bündnis mit Kf. ein natürliches und immerwährendes, auf dem gemeinen Interesse fundiertes, der König wolle mit Kf. allezeit in solcher genauen Freundschaft und Verbindung leben, als wenn sie mitten in der größten Kriegsflamme ihre Macht und Armeen konjungiert hätten, er zweifelte auch nicht, daß diese Freundschaft von seiten des Kf. allemal so werde unterhalten werden, wie sie in dem letzten Kriege gewesen. Schweden hätte man so bald nicht zu fürchten, denn die neuen consilia des Königs kämen mit den alten schwedischen consiliis und constitutionibus nicht überein und verursachten große Verwirrung und Mißvergnügen, im übrigen wäre Schweden durch den letzten Krieg so mitgenommen und verarmt, daß es in vielen Jahren seine Flotte nicht würde instand setzen können, der König von Dänemark dagegen wäre in solchem Stande, daß er, ohne die nordischen Truppen zu rechnen, in sechs Wochen 20000 Mann marschieren und 54 Orlogschiffe in See setzen könnte, wozu er 9000 Matrosen unterhielte. Auf seine Frage, was für Reflexion der König auf das Haus Braunschweig-Lüneburg machte, antwortete der G. Kanzler, dasselbe würde sich wohl nach Kf. und dem Könige richten, man hätte hier auch die Nachricht, daß der Prinz von Oranien zu Hannover wenig ausgerichtet hätte, zu Celle wäre eine französische Gemahlin, durch welche man viel tun könnte.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. s. l. 7./[17.] Dezember 1680. (Conc. F. v. Jena.)

[Auf die Relation vom 12. November. Bereitwilligkeit zu gemeinsamen Verhandlungen mit Frankreich. Anfrage, wie dieselben vorgenommen werden sollen.]

Er ist erfreut, daß der König seine vertrauliche Eröffnung so wohl auf- 17. Dez.
genommen hat, und ist gar wohl damit zufrieden, daß die Zusammensetzung mit dem König von Frankreich von ihnen beiderseits zusammen und nicht separatim geschehe. Br. soll vernehmen, was des Königs Gedanken ferner dabei

36*

sind, ob er davon dem an seinem Hofe befindlichen französischen Gesandten[1]) Nachricht geben wolle, oder ob es von Kf. an Rébenac geschehen solle, an welchem Ort die Traktaten vorzunehmen und zu welcher Zeit damit der Anfang zu machen sei. Da das Werk mehrenteils auf eine Defensivallianz ankommen wird, so werden sich die materialia bei den Traktaten wohl finden und die dazu zu gebrauchenden ministri leicht instruiert werden können. Sollte der König noch mehr dabei desiderieren und ihm davon Eröffnung machen, so wird er ihm gern sein Sentiment darüber eröffnen. Es wird ihm auch nicht zuwider sein, wenn der König für nötig halten sollte, daß sie vorher unter sich etwas Gewisses verabredeten und schlössen und zu diesem Zweck ihre beiderseitigen ministri vorher zusammenkämen und einen und anderen Punkt überlegten.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 17./[27.] Dezember 1680.[2])

[Wunsch des Königs, daß die Verhandlungen mit Frankreich beiderseits in Paris geführt würden.]

27. Dez. Was Kf. ihm wegen der Zusammensetzung mit Frankreich anbefohlen, hat er dem König und dem Großkanzler hinterbracht und er hat darauf folgendes zur Resolution bekommen. Der König wäre sehr erfreut, daß Kf. bei seinem Vorhaben verharrte und damit zufrieden wäre, daß die Zusammensetzung von ihnen conjunctim geschehe. Er meinte, daß man von dieser Sache weder Rébenac noch dem hiesigen französischen Gesandten[3]) Nachricht geben sollte, da bisher nur dem dänischen Gesandten in Paris[4]) etwas davon bewußt wäre, der König von Frankreich seinen Gesandten aber nichts davon anvertraut hätte, und die Sache um so geheimer gehalten werden könnte. Der König hielte daher auch für das Allerratsamste, daß die Traktaten am französischen Hofe vorgenommen würden, denn weil der König von Frankreich sich gegen Hoeg durch Colbert herausgelassen hätte, daß er nicht ungeneigt sei, sich mit Dänemark zu setzen, und er durch Hoeg habe antworten lassen, daß ihm solches sehr angenehm sein würde, wenn nur Kf. mit dazu käme, und der König darauf bezeugt habe, daß er solches verlange, so zweifle er nicht, man werde denselben sehr obligieren und bei den Traktaten mehr avantages erhalten, wenn diese zu Paris vorgenommen würden. Auch er halte dafür, daß dieses

[1]) de Martangis (November 1679 bis April 1683). S. Recueil des instructions XIII, S. 22.

[2]) Zum großen Teil in Ziffern.

[3]) Martangis.

[4]) Hoeg.

Werk auf eine Defensivallianz ankommen werde und daß man sich anfangs nicht zu tief einzulassen, sondern vornehmlich auf die Sicherheit zu sehen habe, das übrige werde sich mit der Zeit wohl finden. Er hoffe, Kf. werde jetzt zu Paris einen verständigen und verschwiegenen ministrum haben, dem er Ordre geben könnte, dieses Werk daselbst zu negotiieren. Er hielte für das Beste, daß man zwei instrumenta der publiquen Allianz machte, weil doch sie beide mit Frankreich viele Sachen à part zu traktieren hätten, von den articulis secretis, welche das Werk dezidierten, könnte ein instrumentum gemacht werden Daß zwischen ihnen beiden vorher etwas verabredet werde, halte er nicht für nötig, bei den Traktaten in Paris werde sich solches wohl schicken, und werde der dortige Gesandte des Kf. ohnedem mit dem dänischen Gesandten über das Werk konferieren, da dann der gemeine Zweck sie genugsam zusammenbringen würde. Zum Schluß bat der Großkanzler nochmals, daß diese Sache höchst sekretiert werde, damit Holland und andere nicht davon erfahren und gar desperat gemacht werden möchten.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln an der Spree 4./[14.] Januar 1681.

[Auf die Relation vom 17. Dezember. Bereitwilligkeit, die Verhandlungen in Paris führen zu lassen, Befehl, auf das Verhältnis Dänemarks zu Schweden acht zu geben.]

Er ist geneigt, mit dem König zusammen in eine Defensivallianz mit Frankreich zu treten, zweifelt auch nicht, daß dieses dazu geneigt sein wird. Er gedenkt nur seinen minister in Paris, v. Spanheim, in diesem negotio zu employieren, hat[1]) ihn bereits in terminis generalibus etwas davon wissen lassen und ihm anbefohlen, mit dem dänischen Gesandten in Paris davon zu reden. Es wird demnach in des Königs Gefallen stehen, seinen Gesandten auch mit behöriger Instruktion und Vollmacht zu versehen und Kf. sein ferneres Gutachten ratione materialium wissen zu lassen, damit er Spanheim ebenso desfalls instruieren könne. Er ist mit dem König darin einverstanden, daß die Sache auf das äußerste zu sekretieren sei und man in terminis generalibus einer Defensivallianz verbleibe, stellt aber in dessen Gutfinden, ob man etwa per articulum separatum Frankreich dahin zu engagieren suche, daß dieses dem König und ihm zu Erlangung dessen, was ihnen ex pactis von Spanien und dem Staat restiert, behülflich wäre. Ihm wird berichtet, daß man dort an Equipierung der Flotte arbeite, und man scheint dabei dergleichen Intention zu haben. 14. Jan.

---

[1]) S. das Reskript an Spanheim vom 3./13. Januar 1681 oben S. 407.

v. Br. soll genau acht geben, was dort mit Schweden vorgehe und wie man mit dieser Krone stehe, er soll sich auch auf das äußerste bemühen, von den zwischen diesen beiden Kronen aufgerichteten pactis etwas Gewisses zu erfahren.[1])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 28. Januar/[7. Februar] 1681.

[Weitere Mitteilungen des G. Kanzlers über die mit Frankreich und auch mit dem Hause Lüneburg und Münster zu führenden Verhandlungen.]

7. Febr. Der G. Kanzler hat ihm mitgeteilt, der König habe seinen Gesandten in Paris schon instruiert, mit Colbert-Croissy und Spanheim wegen Schließung der Defensivallianz zu verhandeln, ein Projekt zu machen und ein solches interim in terminis generalibus zu verfassen, damit man sich nicht zu weit engagiere. Er ist auch der Meinung, daß man suchen müsse, Frankreich per articulum separatum dahin zu engagieren, daß es ihnen beiden zu den ihnen von Spanien und Holland restierenden Subsidien behülflich sei, und hat seinen Gesandten in Paris deswegen schon instruiert. Da er von Paris die Nachricht habe, daß der König von Frankreich sich schwerlich zu den benötigten Subsidien verstehen werde, so halte er für ratsam, das Haus Lüneburg und den Bischof von Münster an sich zu ziehen und mit ihnen eine Quadrupelallianz zu schließen, wodurch man sich überall konsiderabel machen und von allen Parteien recherchiert werden würde. Das Defensivbündnis mit Frankreich könnte daran nicht hindern, Lüneburg und Münster könnten auch in dasselbe eintreten, wodurch Frankreich leicht zu Zahlung ansehnlicher Subsidien werde gebracht werden. Dem Könige wären diejenigen an den fürstl. Höfen bekannt, durch welche die Sache geheim negoziiert werden könnte. Er und Kf. hätten zwar mit den Herzogen von Lüneburg noch einige Streitigkeiten, man müßte diese aber so lange an die Seite setzen oder via amicabili zu heben suchen.

[1]) v. Br. berichtet 8./18. Februar 1681, allem Anschein nach habe die Freundschaft zwischen Dänemark und Schweden sehr abgenommen, seitdem man hier wahrgenommen habe, daß der König jetzt nicht weniger als früher durch die schwedischen Seepässe und Zertifikate fraudiert und daß trotz der Amnestie die Eingesessenen in Schonen auf das härteste tyrannisiert würden. Sonst könne er nicht erfahren, daß zwischen den beiden Kronen außer dem publiquen Lunder Traktat etwas anderes abgehandelt worden sei als ein Kommerzientraktat, von dem aber die Minister beteuerten, daß er nichts dem Kf. Präjudizierliches enthalte und daß man dadurch nur die Anschläge Hollands und Englands wegen der Kommerzien der nordischen Königreiche zu eludieren gesucht habe. S. diesen Vertrag vom 8. Mai 1680 bei Dumont VII,2, S. 2.

Der König hätte bisher an den lüneburgischen Höfen noch nicht die geringste Ouverture tun lassen, werde auch nicht das geringste hierin vornehmen, bevor er des Kf. Meinung darüber vernommen und mit ihm darüber geratschlagt hätte.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Potstam 18./28. Februar 1681.

[Auf die Relationen vom 28. Januar und 8. Februar. Das befremdliche Verhalten des dänischen Gesandten in Paris.]

Der dänische Gesandte in Paris hat[1]) seinem Vorgeben nach wegen des Abschlusses der Allianz noch nicht solche Ordre, wie dort behauptet wird, empfangen, sondern hat, wenn Spanheim mit ihm darüber geredet, immer behauptet, daß sich Dänemark zwar endlich zu dieser Allianz verstehen dürfte, aber nur, wenn zugleich Schweden mit darein trete oder ihm wenigstens ein Platz zur Accession offen gelassen werde. Da ihm diese Proposition nicht wenig nachdenklich vorgekommen ist, so hat er davon bisher abstrahiert und Spanheim befohlen,[2]) sich defectu mandati zu excüsieren. Er teilt Br. dieses mit, nicht damit er sich darüber am dortigen Hofe beschweren, sondern nur, damit er sich danach richten solle. Er soll alles aufs beste menagieren, fleißig auf das, was vorgeht, acht geben, weil es mit den ihm gemachten Kontestationen gar nicht übereinkommt, und auch Spanheim direkt von allem Nachricht geben. 28. Febr.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 22. Februar/[4. März] 1681.

[Versicherungen des Königs in betreff seiner aufrichtigen Gesinnung gegen Kf.]

Der König hat ihn heute zu sich berufen und ihn gefragt, ob er auf seinen Bericht über die vorgeschlagenen Allianzen mit Frankreich und mit dem Hause Lüneburg und Münster von Kf. Antwort erhalten hätte. Als er dieses verneinte, sagte der König, er müßte hieraus fast urteilen, daß Kf. andere mesures genommen hätte. Er versicherte, daß er aufrichtige Freundschaft gegen Kf. hege, wenn derselbe seinen Worten keinen Glauben schenken wolle, so möchte er doch seinen Werken trauen, er hätte dem Kf. von seinen impor- 4. März

---

[1]) S. Spanheims Bericht vom 31. Januar 1681 oben S. 407f.

[2]) S. das Reskript an Spanheim vom 9./19. Februar oben S. 408f.

tantesten Desseinen vertrauliche Ouverture gegeben und seinen Gesandten in Paris dergleichen gegen Spanheim zu tun beordert, Kf. könnte daher unmöglich an seiner aufrichtigen Intention Zweifel hegen, denn indem er mit Kf. solche liaisons suche, trachte er eo ipso insensiblement von Schweden abzugehen, da er sehe, daß dieses ihn zu übervorteilen und ihn durch allerhand artificia von Kf. zu separieren suche. Er hoffe, Kf. werde dieses erwägen und ihn als seinen gewissesten Freund nicht hintenansetzen, er müßte sein eigenes Interesse nicht begreifen, wenn er das gekünstelte foedus mit Schweden der natürlichen Allianz mit Kf. vorzöge, und er würde als ein generöser und ehrlicher Herr demselben nicht solche vertrauliche Ouverturen gemacht haben, wenn er willens gewesen wäre, ihn irgendwie zu hintergehen, er könne ihn versichern und seine Ehre engagieren, daß er gegen Kf. aufrichtig handele und daß zwischen den nordischen Kronen nicht das geringste zu des Kf. Nachteil vorgegangen sei.[1])

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöllen 7./17. März 1681. (Conc. F. v. Jena.)

[Auf die Relationen vom 22. und 26. Februar. Seine Bereitwilligkeit, mit Dänemark zusammenzuhalten.]

17. März Er soll dem Großkanzler hinterbringen, Kf. hätte jederzeit die Freundschaft mit Dänemark zu erhalten gesucht, hätte daher bald nach dem Friedensschluß die Aufrichtung eines Garantietraktats nach Anleitung des Dobranischen Vergleichs beantragt, man hätte dieses aber dänischerseits unter allerhand Prätexten dekliniert, vielmehr eben damals mit Schweden einen Traktat aufgerichtet, den man ihm noch jetzt nicht kommuniziert hätte, obwohl die mit ihm abgeschlossenen foedera solches mit sich brächten, außerdem seien einige Dinge passiert, aus denen er fast zu konjizieren genötigt worden, daß man dänischerseits das Einverständnis mit ihm nicht für so nötig hielte. Nichtsdestoweniger hätte er, sobald ihm von der Intention des Königs Nachricht zugekommen, resolviert, mit demselben zugleich ein foedus in Frankreich abzuhandeln, und seinem dortigen ministro zulängliche Ordre deswegen erteilt. Zugleich mit Schweden aber dort zu traktieren, trüge er Bedenken, besonders da dieses

[1]) v. Br. berichtet 26. Februar / [8. März] 1681, der G. Kanzler habe ihm gesagt, der König bedaure, daß er am Hofe des Kf. niemand gehabt habe, dem er die Allianzsache mit Frankreich hätte anvertrauen können. Ahlefeldt sei zwar ein sehr erfahrener und habiler Mann, habe aber mehrmals beim Trunk die größten Geheimnisse des Königs kund gemacht, Lincker habe bei Kf. keinen solchen Acceß, daß er eine so wichtige Sache treiben könnte, der König beabsichtige daher an dessen Stelle G. v. Buchwald zu Kf. zu schicken. Auch Hoeg soll jetzt Ordre erhalten haben, mit Spanheim wegen der Allianz fleißig zu kommunizieren.

deswegen mit ihm nicht kommuniziert hätte. Nachdem aber der Großkanzler jetzt ein anderes kontestierte, wäre ihm dieses sehr lieb und er ganz geneigt, alles, was zu Aufhebung der Diffidenz und Retablierung des Vertrauens diensam erachtet werden würde, beizutragen. Dazu aber wäre nötig, daß ihm das, was zwischen dem Könige und Schweden gehandelt worden, mitgeteilt werde. Er soll dieses besonders urgieren.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 19./9. März 1681.

[Argwohn wegen der Verhandlungen des Kf. mit K. Sachsen und Hannover.]

Man ist hier der Meinung, daß zwischen Kf., dem Kurhause Sachsen und dem Herzog von Hannover, wo nicht mit dem ganzen Hause Lüneburg, eine Defensivallianz geschlossen sei[1]) und läßt nicht geringe Jalousie spüren. Der G. Kanzler hat ihm mitgeteilt, der hiesige schwedische Gesandte habe proponiert, man möchte auf diese Zusammensetzung der Stände im Ober- und Niedersächsischen Kreise ein wachsames Auge haben und darauf bedacht sein, wie man Gegenmesures dagegen nehmen könnte, der König ließe dies dem Kf. mitteilen, damit derselbe sein aufrichtiges Gemüt daraus erkenne, er hoffe, Kf. werde keine liaison zu seinem Präjudiz machen, mit der nochmaligen Versicherung, daß der König nichts zum Nachteil des Kf. mit Schweden geschlossen habe. Er merkt wohl, daß man hier gern sehen würde, daß Kf., dafern etwas geschlossen, dem König wenigstens in generalibus Kommunikation davon täte.[2]) 19. März

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 15./[25.] März 1681.[3])

[Auf das Reskript vom 7./17. März. Beruhigende Erklärungen des G. Kanzlers.]

Er hat dem Großkanzler den Inhalt des Reskripts des Kf. mitgeteilt, dieser zeigte sich sehr erfreut darüber und sagte, der König könnte nicht 25. März

[1]) S. über die Verhandlungen des Kf. mit K. Sachsen und Hannover und über die mit denselben abgeschlossenen Verträge vom 21./31. Januar und 8./18 April 1681 Pufendorf XVIII, § 26 (S. 1409); v. Mörner, S. 422ff. und unten Abschnitt V.

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Potstam 18./28. März 1681), was zwischen ihm und dem Herzog von Hannover wegen Aufrichtung eines Traktats vorgegangen sei und jetzt mit K. Sachsen vorgehe, hätte die Reichskonstitutionen und die Kreisverfassung zum Grunde und könnte niemandem, am wenigsten dem König, Ombrage erregen.

[3]) S. Pufendorf XVIII, § 24 (S. 1407).

ergründen, woher dem Kf. Nachricht zugekommen, daß er mit Schweden Dinge traktiert hätte, welche demselben zum Nachteile gereichen könnten. Daß dieses nicht der Fall sei, hätte man schon daraus ersehen können, daß er die Defensivallianz zwischen ihnen beiden und Frankreich vorgeschlagen habe, diese hätte schon geschlossen sein und man hätte so Schweden zuvorkommen können, wenn nicht dem Kf. solche Dinge von dem König zu Ohren gekommen und er so von dieser Allianz abgehalten worden wäre. Der König wollte zwar nicht eine Staffel an der Treppe sein, auf der der König von Frankreich zur Monarchie zu steigen gedenke, er meinte aber, daß man, um sich vorerst in Sicherheit zu setzen, diese Allianz mit Frankreich in terminis defensivis generalibus aufzurichten suchen müsse, um Schweden nicht allein französische Subsidien genießen zu lassen. Der König merkte wohl, daß Schweden jetzt mehr Begierde als früher verspüren ließe, mit Frankreich zu traktieren, weil sie besorgten, daß Kf. entweder allein oder nebst dem König mit Frankreich schließen wollte. Schweden wäre keineswegs gesinnt, an dem Ort zu traktieren, wo Kf. sich engagieren würde, da es noch immer Preußen demselben zu nehmen gedächte.[1])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 24. Mai/[3. Juni] 1681.

[Die Sendung v. Hoverbecks. Geneigtheit des Königs zu der Allianz mit Frankreich.]

3. Juni Er hat v. Hoverbeck,[2]) der zugleich mit ihm hier angekommen ist, alle nötige Information erteilt. Die Sendung desselben gereicht dem König zu besonderem Vergnügen, und er hat ihm bei der Audienz besondere Ehre widerfahren lassen. Man wünscht hier noch, zusammen mit Kf. mit Frankreich

[1]) v. Br. berichtet 22. März/[1. April] 1681, der G. Kanzler habe im Namen des Königs diese Versicherungen wiederholt und gesagt, v. Buchwald, der sich demnächst zu Kf. begeben werde, solle alles mitnehmen, was zur Hinlegung jeglicher Jalousie nötig sein könnte. Am 25. April/5. Mai meldet er, daß B. tags vorher zu Kf. abgereist sei.

[2]) Kf. hatte Mitte Mai den jüngeren Freiherrn v. Hoverbeck abgeschickt, um den nach Oldenburg gereisten König dort zu komplimentieren, hatte ihn aber zugleich (Instruktion vom 9./19. Mai 1681) beauftragt, sich unter der Hand zu erkundigen, was jetzt am dänischen Hofe passierte, was für fremde Gesandte sich bei dem König aufhielten und was sie negotiierten, wie das Vernehmen mit Schweden sei, und was der König etwa vorhabe. v. H. war am 25. Mai in Hamburg angekommen, hatte dort aber erfahren, daß der König schon auf der Rückreise sei, hatte ihn auch unterwegs nicht einholen können, war daher nach Kopenhagen gereist, hatte dort am 3. Juni Audienz bei dem König gehabt, der ihn sehr freundlich empfing, aber nur kurz auf seine Komplimente antwortete. Seine Berichte sind ohne Belang.

zu traktieren. Die Schweden haben in dem an Frankreich gegebenen und hier kommunizierten Projekt expresse bedungen, daß Frankreich nebst ihnen den Herzog von Gottorff maintenieren und in pristinum statum restituieren solle, welche Proposition hier große Ombrage verursacht hat.[1])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Colding 4./[14.] Juli 1681.

[Eifersucht der Schweden auf die Seemacht des Kf., ihre Bemühungen, auch Dänemark gegen denselben aufzuhetzen.]

Güldenlöw sagte ihm, als er sich in Kopenhagen von ihm verabschiedete, der schwedische Hof kontinuiere in der Jalousie wegen der Seemacht des Kf., die Schweden ließen sich gegen den dänischen Gesandten in Stockholm verlauten, daß sie dieses nicht länger mit Stillschweigen ansehen könnten, und der hiesige Gesandte, Oberst Welling, drängte den König sehr hart, um von ihm Resolution zu bekommen, ob er mit Schweden conjunctim dem entgegentreten und des Kf. Vornehmen wegen des dominii maris baltici unterbrechen wollte, da dieses nur den beiden nordischen Kronen zustände. Sie dürften nach dem Beispiel ihrer Vorfahren keine dritte Herrschaft in der Ostsee leiden, es wäre klar zu sehen, daß Kf. dahin aspirierte, da er den pavillon führte, welches ein signum dominii maris wäre. Der König hätte interimsweise geantwortet, des Kf. Expedition zur See sei nicht auf die Ostsee, sondern gegen Spanien angesehen, der Gesandte dringe aber sehr hart auf Resolution, und es würde dem König nichts angenehmer sein, als des Kf. Sentimente darüber zu vernehmen. Er gab dabei zu erkennen, daß der König embarassiert wäre, was er wegen des pavillon für Antwort geben sollte, und er konnte aus seinen Diskursen fast urteilen, daß Dänemark auch nicht gern sehe, daß Kf. den pavillon führe, denn er sagte, das Kommando der Flotte könnte mit einem Wimpel geschehen.[2]) 14. Juli

[1]) v. Br. berichtet 28. Mai / 7. Juni, Hoeg solle auf Vollziehung der Traktaten dringen, Frankreich aber wolle nicht mehr als 200000 Rtlr. Subsidien geben, verlange dafür aber große Dinge, welche auf Fortsetzung seiner weitaussehenden Desseine zielten. Der König aber wolle in terminis mere defensivis bleiben und die allgemeine Ruhe und Sicherheit pro fundamento setzen, um, falls Frankreich etwas dagegen beginnen sollte, mit desto besserem Fug ihm zusprechen und es davon abhalten zu können; 28. Juni / 8. Juli meldet er, der holländische Gesandte sei wegen der Verhandlungen zwischen Dänemark und Frankreich sehr alarmiert, zumal da er meine, Kf. werde mit hinzutreten, dieselben schienen aber noch weit vom Schluß zu sein, da Dänemark große Subsidien fordere, Frankreich aber dieselben nicht geben wolle.

[2]) v. Br. meldet 9./19. Juli, Graf Reventlow habe ihm mitgeteilt, daß einige Seeoffiziere des Kf. Matrosen und Soldaten des Königs angeworben hätten, daß diese aber ihnen wieder abgenommen wären.

Der Kurfürst an v. Brandt, D. Potsdam 18./[28.] Juli 1681.

[Auf die Relationen vom 4. und 9. Juli. Grundlosigkeit der Besorgnisse wegen seiner Seerüstung, seine Berechtigung zur Führung des Pavillons.]

28. Juli Er soll Reventlow oder, wenn er es nötig finden sollte, dem König selbst sagen, es sei jedermann und auch Schweden überflüssig bekannt, daß seine jetzige Rüstung zur See nur geschehen sei, um bei Spanien die Zahlung der ihm schuldigen Gelder zu befördern, es sei ihm nie in den Sinn gekommen, den Königreichen Dänemark und Schweden an dem, was ihnen zukäme, irgend welchen Nachteil oder Präjudiz zuzuziehen, Handel auf der See an freien Orten zu treiben und denselben mit seinen Schiffen convoyieren zu lassen, stehe ihm nicht weniger als anderen frei. Die Führung des Pavillons könnte niemand zum Präjudiz gereichen, es hätten auch weder England, noch Frankreich, noch der Staat solches angefochten, hätten vielmehr seinen Schiffen das Einlaufen in ihre Häfen verstattet. Durch Führung eines Pavillons suchte er nichts, das anderen nachteilig sein könnte, weniger ein dominium maris baltici, es hätte ja die geringste Republik, die Seehäfen und Kriegsschiffe hätte, die Freiheit und das Recht, einen Pavillon zu führen. Er hoffte, der König werde den Schweden, wenn diese die Sache ferner exaggerieren sollten, darunter die Notdurft remonstrieren und seine Schiffssache ferner mit seiner faveur begleiten. Daß seine Seeoffiziere dänische Matrosen und Soldaten geworben, sei gegen seinen Befehl und Willen geschehen, und er wolle deswegen gebührende Ahndung tun. Br. soll es ihnen ernstlich verbieten.[1])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Itzehoe 8./[18.] August 1681.

[Günstige Erklärungen Güldenlöws wegen der Flotte des Kf. Sinnesänderung des Königs in betreff der Allianz mit Frankreich. Äußerungen des Landgrafen von Hessen.]

18. Aug. Er ist unterwegs in Grauenstein bei dem Großkanzler gewesen, hat dort Graf Güldenlöw getroffen und ihm auch die Sentimente des Kf. wegen der

[1]) v. Br. berichtet 31. Juli / 10. August, der G. Kanzler, dem er den Inhalt dieses Reskripts mitgeteilt, habe es übernommen, dem König davon zu berichten, und habe ihn vorläufig versichert, daß derselbe die Sentimente des Kf. nur deswegen zu wissen verlangt habe, damit man den Schweden desto besser aus einem Munde antworten könnte. Der König sehe nichts lieber, als daß die Seemacht des Kf. zunehme, und begreife gar wohl, daß bei einer Flotte ein Pavillon geführt werden müsse. Schweden hätte diese Materie nur gerührt, um zwischen dem König und Kf. Jalousie zu erregen, es werde seine Intention aber nicht erreichen.

Flotte und des Pavillons mitgeteilt. Derselbe erklärte sich darin mit dem Großkanzler durchaus einer Meinung und versicherte, daß der König auch in dieser Sache die beste Intention für Kf. hätte.

Der Großkanzler hat ihm gesagt, der König hätte wegen der Allianz mit Frankreich seine Gedanken in etwas geändert, weil ihm der Kurfürst von der Pfalz[1]) brieflich und der Landgraf von Hessen[2]) mündlich vorgestellt hätten, wie der König von Frankreich eine dépendance aus der anderen machte, und daß das Römische Reich dadurch nicht allein viel von seiner force verlieren, sondern in die größte Konfusion geraten, und die Stände desselben alles verloren geben würden, wenn diese Allianz vor sich gehen sollte. Der König hätte daher beschlossen, dem Werk noch in etwas Anstand zu geben und zu sehen, wie die zu Frankfurt a. M. wegen der Dependenzen angesetzten Konferenzen ausschlagen würden.

Der Landgraf, der hier zu Besuch war und heute abgereist ist, hat ihn beauftragt, Kf. seiner beständigen Affektion und Dienste zu versichern, und hat erklärt, er setzte alle seine Hoffnung auf Kf., falls ihm eine Not zustoßen sollte. Es gewinne in Deutschland ein wunderliches Ansehen, indem der König von Frankreich mit den Dependenzen immer weiter ginge und von der zu Frankfurt angestellten Konferenz nur leere Worte zu hoffen seien.[3])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 8./[18.] Oktober 1681.

[Eindruck der Übergabe von Straßburg auf den König, dessen Besorgnisse vor Frankreich und Mißtrauen gegen Schweden.]

Als er vorgestern bei dem G. Kanzler war und mit demselben von der Übergabe von Straßburg redete, dolierte derselbe nicht nur über diesen Verlust, sondern sagte dabei, daß der König noch nie über eine Zeitung betrübter 18. Okt.

[1]) Kurfürst Karl von der Pfalz, der mit der Schwester des dänischen Königs vermählt war.

[2]) Landgraf Karl von Hessen-Kassel, der Bruder der dänischen Königin.

[3]) v. Br. meldet 10./20. September, wegen der Traktaten mit Frankreich werde man hier immer kaltsinniger, da dieses gar geringe Subsidien offeriere und dafür von Dänemark Dinge verlange, die diesem nachteilig und für das Römische Reich sehr gefährlich sein würden. Es solle die vastes desseins wegen des Königreichs Austrasien appuyren oder ihnen wenigstens nicht hinderlich fallen, der König aber wolle sich dazu nicht verstehen und nicht dulden, daß die schon prädominierende französische Macht das Römische Reich noch mehr schwäche oder gar über den Haufen werfe, zumal da man Schweden nicht traue und fürchte, daß dieses wieder, um zu Gelde zu gelangen, mit Frankreich zusammentreten werde.

gewesen sei, als über diese, besonders darüber, daß die Häupter des Römischen Reichs nicht in solcher Einigkeit ständen, daß dem allgemeinen Feinde zur Genüge Widerstand geleistet und dessen fernere Progressen verhindert werden könnten, es wäre auch noch zu befürchten, daß Frankreich durch falsche Promessen mehr als mit dem Degen an sich bringen würde, wobei er von den bisherigen französischen Betrügereien weitläufig diskurrierte. Der König macht seine größte Reflexion auf Kf., er würde gern 3000 Mann und mehr nach Deutschland marschieren lassen, wenn er deswegen ersucht würde, und wenn er Schweden trauen könnte, von dem es jetzt wieder heißt, daß es Zweibrücken abandonnieren und wieder französische Subsidien bekommen wolle.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 19./[29.] November 1681.[1]

[Verhandlungen mit dem kaiserlichen Gesandten, beabsichtigte Sendung Liliencrons nach Wien, Geneigtheit zur Verbindung mit dem Kaiser.]

29. Nov. Man ist zwar seit einiger Zeit hin und wieder der Meinung geworden, als wenn der kaiserliche Gesandte Graf Berka eine Allianz zwischen dem Kaiser und Dänemark geschlossen hätte, es ist aber nichts weiter geschehen, als daß derselbe ein foedus defensivum vorgeschlagen und daß man sich dänischerseits nicht ungeneigt dazu bezeugt hat. da man aber bisher mit dem Verhalten des kaiserlichen Hofes wenig zufrieden gewesen ist und noch immer zweifelt, ob es sich damit bessere, man dort die Sache mit rechtem Ernst anfangen werde, und ob die kaiserlichen Truppen so stark seien, wie Berka ausgibt, hat man keine Kommissare ernannt, sondern beschlossen, Liliencron nach Wien zu schicken und sich von der Beschaffenheit des kaiserlichen Hofes gründlich zu informieren. Unterdessen gibt man der kaiserlichen Partei gute Hoffnung, und es scheint dem König damit wirklich rechter Ernst zu sein, da er alle remonstrationes von französischer Seite und die speziosen Offerten des französischen Gesandten garnichts achtet, den französischen Gesandten kalt, den kaiserlichen dagegen sehr gnädig traktiert, weil man wegen Hamburgs und des Friedens noch einen Groll auf Frankreich hat, weil der König sich allemal entsetzt, wenn er von der großen französischen Macht hört, und endlich, weil man hofft, durch die Allianz mit dem Kaiser und den Reichsständen gute Quartiere zu erlangen, aus des Herzogs von Gottorff Landen monatlich, wie früher, 150000 Rtlr. zu ziehen, so dem Herzog die Federn noch mehr zu beschneiden, die Souveränität

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 24 (S. 1408).

von ganz Schleswig, den Dom zu Schleswig und das Amt Schwabstätt wiederzuerlangen und dadurch zugleich Schweden die entrée in Holstein zu verbieten, welche Vorteile man den von Frankreich angebotenen weit vorzieht.[1])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 13./[23.] Dezember 1681.

[Anerbieten des französischen Gesandten. Wunsch des Königs, daß Kf. in das Defensivbündnis mit Schweden eintreten möge.]

Nachdem der hiesige französische Gesandte[2]) vor zwei Tagen aus Paris 23. Dez. ein großes Paket Briefe erhalten, hat er vorgestern nicht nur eine Stunde lang bei dem König Audienz gehabt, sondern auch gestern mit den ihm zugeordneten Kommissaren Güldenlöw, dem Großkanzler, Reventlow, Jens Juel, Biermann und Wibe eine lange Konferenz gehalten. Was darin vorgegangen, wird zwar sehr sekret gehalten, soviel hat er aber doch sondiert, daß er dem König vorgestellt hat, wie dieser jetzt die beste Gelegenheit hätte, an Schwedens Stelle zu treten und sich mit Frankreich zu engagieren. Kf. hätte sich schon mit Frankreich verbunden und zweifelte nicht, daß der König diesem Beispiel folgen werde. Der Gesandte soll von großen Subsidien sprechen, er weiß aber noch nicht, wie es angenommen werden und ob man sich von Österreich, Spanien und Holland separieren werde, bevor man von Liliencron rechte Nachricht erlangt hat, wie es an dem kaiserlichen Hofe steht. Jedenfalls wird sich der König zu keinem Engagement verstehen, bevor er mit Kf. darüber geratschlagt hat, denn obschon man hier mit Schweden wieder ziemlich wohl steht, so scheint dies doch dahin angesehen zu sein, Kf. zu bewegen, in das zu Lund gemachte Defensivbündnis der beiden nordischen Kronen einzutreten oder eine neue Tripelallianz mit ihnen aufzurichten.[3])

---

[1]) v. Br. meldet 29. November / 9. Dezember 1681, die Verhandlungen mit Berka würden fortgesetzt, allem Anschein nach werde man das kaiserliche Interesse embrassieren, wenn der Kaiser die Bedingungen, welche man hier verlangt, bewillige. Liliencron solle morgen nach Wien abreisen, sich zuerst aber zu Kf. begeben und zusammen mit Buchwald diesem von allem Mitteilung machen, so daß Kf. werde erkennen können, daß der König das Fundament seiner ganzen Wohlfahrt auf seine Freundschaft setze und sich nicht von ihm trennen wolle.

[2]) S. Recueil des instructions XIII, S. XXXIXf.

[3]) v. Br. berichtet 20./30. Dezember 1681, die Verhandlungen mit dem französischen Gesandten würden fortgesetzt, derselbe behaupte beständig, daß Kf. mit seinem König schon wirklich in genauer Allianz stehe, und sei nicht mit ihm zufrieden, daß er darin nicht mit ihm aus einem Munde sprechen wolle. Der König bezeuge zu der französischen Partie sehr geringe Inklination, sollte aber Frankreich sehr große

Instruction, wornach sich unser — Hofrat Paul Fuchs untertänigst zu achten. D. Cöln a. d. Spree 25. Dezember 1681/[4. Januar 1682].[1]) (Conc. Meinders.)

[Befehl, die Gefährlichkeit eines neuen Krieges und die Bedenken gegen den Assoziationstraktat vorzustellen, das Verhalten Dänemarks zu Schweden zu erforschen, dasselbe zur Abwendung von Schweden und zur Vereinigung mit Kf. zu bewegen.]

4. Jan. Er soll sich so schnell wie möglich über Hamburg nach Kopenhagen begeben, sich dort zuerst an den G. Kanzler und an den Geheimen Rat Biermann wenden und durch diese um Audienz beim König nachsuchen. Wenn er diese erlangt, hat er dem König dafür zu danken, daß derselbe dem Kf. seine treue Freundschaft durch Erneuerung des früher gemachten Bündnisses und Extension desselben auf die gegenwärtigen Konjunkturen habe bezeugen wollen, und auf die Eröffnungen, welche Kf. deswegen schon Buchwald gemacht habe, verweisen. Da Kf. aus den Mitteilungen, welche der dänische Gesandte Meyercrohn[2]) in Paris Spanheim gemacht habe, noch mehr des Königs Konfidenz und Gewogenheit erkannt habe, habe er ihm dafür Dank sagen und seine Gedanken offenherzig, aber im höchsten Vertrauen eröffnen lassen wollen. Kf. sei mit dem König ganz darin einig, daß die jetzigen Konjunkturen sich gefährlich anließen, und daß man fürchten müsse, in einen neuen Krieg verwickelt zu werden, wenn man nicht versuchte, die zwischen dem Römischen Reich, Spanien und Frankreich wegen der Dependentien noch übrigen Streitigkeiten gütlich beizulegen. Die von Frankreich deswegen gemachten Vorschläge würden dem König ohne Zweifel bekannt sein. Auch Kf. fürchte die immer zunehmende Macht Frankreichs und stelle dahin, ob und wie weit den von dorther gemachten Sincerationen zu trauen sei, andererseits aber konsideriere er mit höchster Bekümmernis den schlechten Zustand des Römischen Reiches, das geringe Vertrauen unter den Reichsgliedern, wie übel und langsam es mit der zu Regensburg resolvierten Armatur vonstatten gehe, wie gefährlich noch die Sachen in Ungarn stehen, wie sehr die Macht des Kaisers dadurch distrahiert werde, wie großer Mangel an den zum Krieg benötigten requisitis herrsche, während Frankreich dieses alles so in Bereitschaft hätte, daß es damit eher losbrechen und fast alles jenseits des Rheins unter seine Gewalt bringen könnte, ehe das Reich nur wegen Zusammenbringung der etwa vorhandenen oder zu werbenden Truppen beständige Resolution fassen könnte, daß daher

---

Summen anbieten, so dürfte man sie wohl annehmen, solange Frankreich seine Eroberungen nicht weiter ausdehne und den Frieden und die allgemeine Ruhe nicht störe.

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 43 (S. 1421f.).

[2]) S. die Relation Spanheims vom 9./19. Dezember 1681 (oben S. 418f.).

durch Ergreifung der Extremitäten und Hintenansetzung der gütlichen Mittel die Sachen in die äußerste Gefahr geraten und Frankreich neue Gelegenheit zur Erweiterung seiner Macht gegeben werden dürfte. Kf. wünschte die Meinung des Königs darüber zu erfahren, ferner wie sie beide zu der ihnen von Spanien und den Niederlanden wegen der rückständigen Subsidien gebührenden Satisfaktion gelangen könnten, sowie auch wegen der guineischen Schiffahrt und des Handels auf der afrikanischen Küste, welche der Staat privative an sich zu ziehen suche. Er hat sich auch zu erkundigen, was für Gedanken man dort wegen seiner Seeequipage führe, er wolle nicht hoffen, daß man sich dort durch Schweden von der bisher kontestierten guten Intention werde ableiten lassen.

In betreff dessen, was eine Zeit her wegen des sogenannten Assoziationstraktats im Haag und anderswo vorgegangen, hat der König sich durch v. Buchwald nach der Meinung des Kf. erkundigen lassen. Diese geht dahin, daß man sich bei dieser Sache nicht übereilen dürfe. Ihm erscheine bedenklich, daß dieser Traktat von Schweden ausgeht, welches dabei vielleicht ganz andere Absichten als Erhaltung des Friedens haben mag, daß Frankreich denselben nicht anders als ein gegen es gemachtes Bündnis konsideriert, daß darin der Nimwegische Frieden, durch den der König wie Kf. so hoch lädiert worden sind, bestätigt wird, ohne daß darin des von ihnen beiden mit Frankreich und Schweden abgeschlossenen Friedens gedacht wird, daß allem Ansehen nach Frankreich in diesen Traktat nimmer treten wird, daß auf Englands Eintritt in denselben nicht zu rechnen, daß daher davon nicht der intendierte Zweck, Erhaltung des Friedens in Europa, sondern vielmehr neue collisiones zu befahren sind, besonders daß Schweden einen solchen Traktat auf die Bahn bringt, obwohl es noch immer mit Frankreich wegen Restabilierung der vorigen Allianz unterhandelt und vermöge der Lundischen Allianz nicht ohne Vorbewußt und Approbation Dänemarks einen solchen Traktat hätte machen dürfen, Kf. wünscht daher den rechten Grund dieser Sache vom König zu vernehmen. F. hat sich auch auf das äußerste zu bemühen, zu penetrieren, in welchen terminis jetzt die beiden nordischen Kronen zu einander stehen, und dem König und dessen Ministern die große Gefahr vorzustellen, welche Dänemark von der schwedischen Freundschaft zu erwarten hat. Kf. hat aus dem Haag und von anderen Orten Nachricht, der König hätte sich schon durch Pettecum zum Eintritt in die Assoziation bereit erklärt, und fertigte deswegen Liliencroon wieder nach Wien ab, um dieses zu versichern und daneben eine Allianz zwischen dem Kaiser und den beiden nordischen Kronen conjunctim zu traktieren, er wünscht daher um so mehr sichere Nachricht von der eigentlichen Intention des Königs zu erhalten, Er kann mit solcher Resolution nicht konziliieren, was Meyercrohn in Paris Spanheim mitgeteilt hat. F. hat sich also aufs äußerste zu bemühen, daß Dänemark von Schweden abgelenkt, hingegen mehr und mehr mit Kf. vereinigt werde. Er soll sich auch auf das genaueste erkundigen, was für eine Intention man dänischerseits in betreff der jetzt von dem französischen Gesandten angebotenen Renovierung der alten Allianz mit Frankreich habe.

Wegen des Elbzolls zu Glückstadt soll er versichern, daß Kf. dem Könige diese Ergötzlichkeit gern gönnte und wie bisher zu Erlangung derselben mithelfen wollte.

Nebeninstruction. Sign. Cöllen an der Spree 24. Dezember 1681/[3. Januar 1682].[1])

[Vorschrift wegen Geheimhaltung der Verhandlungen. Befehl, die Zustände am dänischen Hofe und die Machtmittel Dänemarks zu erkunden, den Vertrag des Kf. mit Frankreich geheim zu halten, den Abschluß eines Bündnisses Dänemarks mit Kf. und Frankreich zu betreiben.]

3. Jan. 1. Hat er sowohl den Großkanzler als den Geh. Rat Biermann zu versichern, daß S^e. Chf. D. ihm anbefohlen, alles und jedes mit ihnen zu communiciren und ihnen nichtes zu verhehlen. Er hat aber von denen geheimbtesten Sachen anfänglich gegen niemanden als I. K. M. alleine Meldunge zu tuen und dieselbe umb dero special Ordre und Befehl untertänigst zu bitten, weme und was, auch wie weit er einem oder anderem von seiner Commission Eröffnunge tuen solle. Für allen wird er sich für den von Juel zu hüten wissen, weil derselbe der schwedischen Partei sehr zugetan sein solle. Gegen den Graf Güldenlöw und Reventlo aber hat er sich mit mehrerer Confidenz herauszulassen, sonderlich wann I. K. M. ihn an dieselbe verweisen sollten, welchen Falles er ihnen auch die ihm mitgegebene Briefe zuzustellen.

2. Der Großkanzler wird außer Zweifel S^r. Chf. D. an denselben jüngsthin abgelassenes Handschreiben empfangen haben, wegen dessen Inhalt er mit demselben abermal communiciren und wohin dessen Gedanken zielen vernehmen kann.

3. Wie er dann auch von I. K. M. vernehmen soll, [ob] und wie weit wir von denen zwischen deroselben und uns fürgehenden Sachen, absonderlich von demjenigen, so in Franckreich passiret, mit dero Geh. Rate dem von Buchwald, wann derselbe bei uns sich wieder einfinden wird, communiciren können, und was derselbe etwan davon in einem und anderen wissen mag, oder was wir gegen ihn zu dissimuliren und menagiren.

[1]) Von Fuchs' Hand.

4. Imgleichen was und welche mesures unsere ministri zue Paris und im Haag mit I[r]. K. M. daselbst sich befindenden ministris halten, und was und wie weit sie von allen diesen Sachen communiciren können.

5. Auch hat er sich zu erkundigen, was eigentlich am dänischen Hofe anjetzo für factiones und Parteien praevaliren, insonderheit wer der schwedischen Faction zugetan seie, und in welchen terminis die Sachen zwischen Dennemarck und Schweden stehen.

6. Imgleichen wer anjetzo am meisten in des Königes Credit und faveur sei, und wer sowohl in consiliis als sonsten bei I. K. M. am meisten gelte.

7. In welchem Stande I[r]. K. M. Miliz, Festungen, Magazine, Flotten und Kriegesstaat sei? ob und wie alles unterhalten, verpfleget und bezahlet werde?

8. Wie sich der Resident von Brandt comportire, an wem er sich am meisten adressire und von wem er dasjenige habe, was er eine Zeit von der französischen Partei geschrieben; für seiner Abreise aber hat er denselben in generalibus zu informiren, worauf die Sache ankommen und wornach er sich in seiner Conduite zu achten haben möchte.

9. Mit dem französischen Ambassadeur hat er vertraulich zu communiciren und von demselben den Zustand seiner Negotiation zu vernehmen und ihn unserer beständigen Affection und Freundschaft gegen seinen Herren zu versichern, auch ein Recommendationschreiben von dem Grafen von Rebenacq an denselben mitzunehmen.

10. Er wird sich mit allem Fleiße zu hüten haben, daß er von dem zwischen Franckreich und uns gemacheten foedere nichtes erwähne.

11. Hiegegen aber zu vernehmen geflissen sein, ob man nicht mit I. K. M. in Franckreich ein gewisses foedus und Triplealliantz wegen Maintenirunge des Friedens und im Fall der Ruptur wegen gewisser Conqueten und Advantagen auf die Art und Weise, wie desfalls von dem von Meyercroon bereits zue Paris Erwähnunge geschehen, zu machen und einzugehen wäre, wie auch von denen conditionibus desselben.

12. Seine relationes hat er pro varietate materiarum zu verteilen und das wichtigste und geheimste in postscripta zu bringen.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 10./[20.] Januar 1682.[1])

[Die Audienz beim König, Konferenzen mit den Ministern. Übereinstimmung des Königs mit den Ansichten des Kf., Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Traktats mit Frankreich.]

20. Jan. Er ist[2]) Sonntag [d. 8./18.] um halb 9 Uhr morgens vom Zeremonienmeister zur Audienz bei dem König abgeholt worden. Er fand bei demselben Graf Güldenlöw, Reventlo, Biermann und Wibe, die zwar in dem Gemach blieben, aber so abseits, daß sie von seiner Rede nichts vernehmen konnten. Nachdem er seine Proposition seiner Instruktion gemäß abgelegt hatte, antwortete der König mit einer sehr gnädigen und lächelnden Miene, ihm wäre diese Schickung sehr lieb, er hätte nach seiner Ankunft verlangt, hätte aus seinem Vortrag verstanden, daß Kf. mit ihm einerlei Meinung führte, und daß er sich daher ohne Mühe mit demselben konformieren könnte, er hätte dem G. Kanzler, Reventlo und Biermann befohlen, mit ihm zu konferieren, und er könnte Kf. versichern, daß er mit ihm an einem Seile ziehen und von ihm nicht absetzen würde. Er erkundigte sich dann nach der Gesundheit des Kf und äußerte auch seine Zufriedenheit damit, daß Kf. ihn zu dieser Sendung gebraucht habe. Er antwortete darauf und trat dann ab. Es ist ihm sehr lieb, daß der König eben die zur Konferenz ernannt hat, welche er am meisten gewünscht und an welche ihm Kf. Schreiben mitgegeben hat. Diese drei Männer nebst dem Gouverneur des Kronprinzen, Wibe, werden auch allein in den geheimen und wichtigsten Sachen gebraucht, die anderen Geheimen Räte sind dänische Edelleute, die nur in Reichssachen admittiert werden.

Montag früh ließ ihn der G. Kanzler zur Konferenz invitieren. Dieselbe fand in dessen Hause, da er krank war, vor seinem Bett statt. Nachdem er seine Proposition wiederholt hatte, sagte der G. Kanzler, der König wäre dem Kf. für diese vertrauliche Ouverture sehr verbunden, es wäre alles von Kf. so vernünftig überlegt, daß er keine Mühe haben werde, sich damit zu konformieren. Sie wollten dem König davon Bericht erstatten, der ihn dann seine Antwort und Resolution werde wissen lassen. Er könnte ihm im voraus sagen, daß der König mit Kf. einverstanden sei, daß er auch einen Krieg garnicht für ratsam hielte und ebensoviele Bedenken gegen den Assoziationstraktat hätte, den Schweden nur proponiert hätte, um sich an Frankreich wegen Zweibrückens und Nichtzahlung der verlangten Subsidien zu rächen, um wieder eine Armee auf deutschem Boden zu bekommen und beim Kriege im Trüben fischen zu können. Sie hätten auch gedacht, dadurch eine große gloire zu erjagen, daß sie zuerst einen Traktat geschlossen, in den nach ihrer Meinung alle Welt eintreten

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 43 (S. 1422).

[2]) F. war am 17. Januar in Kopenhagen angekommen.

würde, nachdem sie aber gesehen, daß dieses nicht so gegangen wäre, seien die Klügsten unter ihnen jetzt sehr perplex, der schwedische Gesandte in Paris hätte zu Meyercrohn gesagt, ihm stände der Assoziationstraktat garnicht an, Güldenstolp hätte sich damit präzipitiert. Der G. Kanzler führte dabei an, sie ständen in Sorgen, daß Schweden es ebenso wie bei der Tripelallianz 1668 machen und wieder mit Frankreich möchte traktieren wollen. Welling hätte hier behauptet, Feuquières hätte in Schweden neue Traktaten offeriert, was dieser aber durchaus bestritten habe, man müßte dem französischen Gesandten klaren Wein einschenken und sagen, sein König möchte sich hüten, daß er nicht suchte Schweden zu gewinnen und Dänemark und Brandenburg zu verlieren.

Als er erwähnte, was der schwedische Gesandte Welling zu v. Brandt wegen einer Allianz der beiden nordischen Kronen mit Kf. gesagt hätte, waren sie darüber sehr verwundert, weil er dergleichen hier nicht proponiert hätte, und sie meinten, Schweden suche dadurch dem Kf. Jalousie wegen einer genauen intelligence zwischen beiden Kronen zu machen. Schweden suchte in alle Wege wieder eine Armee auf dem deutschen Boden zu haben, das müßte man aber nach Möglichkeit zu verhindern suchen. Zwar könnte man ihnen nicht wehren, in ihren Landen 8000 oder 10000 Mann zu halten, aber es mangelte an Geld, bei dem Assoziationstraktat sei keines zu erwarten, es sei nur zu besorgen, daß der Kaiser ihnen Quartiere im Reich assignierte. Man sage auch, daß Schweden mit Lüneburg und Münster traktiere, doch werde das Haus Lüneburg sich wohl wegen der Quartiere opponieren. Sie versicherten, daß Schweden mit ihnen wegen des Assoziationstraktats nichts kommuniziert hätte, was schnurstracks wider den Lundischen Traktat liefe. Sie baten auch um Aufklärung, ob Kf. bereits einen Traktat mit Frankreich getroffen hätte, er hat aber dagegen soviel angeführt, daß sie solche Gedanken ganz verloren. Wenn Martangis solches vorgebe, so hätte er von einer Sache, die erst geschehen sollte, so gesprochen, als wäre sie bereits geschehen. Der G. Kanzler erwähnte noch, man besorge, daß man im Reich einen Traktat mit Frankreich als gegen das Reich gerichtet ansehen würde, der kaiserliche Gesandte spreche sehr hoch und behaupte, der Kaiser werde Straßburg nicht lassen, und wenn auch Frankreich dasselbe restituieren wollte, so werde er dennoch brechen, die kaiserliche Armee wäre bereits im Marsch gegen den Rhein. Er hat erwidert, er hätte davon nichts gehört, solche vigourösen Resolutionen wären ja wohl bisher am kaiserlichen Hofe nicht gewesen. Des Kf. Meinung sei auch garnicht, sich gegen das Reich zu verbinden oder Frankreichs Macht zu vergrößern, sondern den Ruhestand und die Sicherheit des Reiches zu befestigen, und er hoffe, damit Dank und nicht Mißgunst zu verdienen. Der G. Kanzler sagte darauf, sie hielten es auch für Rodomontaden.

Heute kam Biermann zu ihm und bat um Aufklärung wegen der von Frankreich angebotenen Bedingungen. Er hat erwidert, darunter versierte man noch in terminis generalibus, man müßte suchen, die vorteilhaftesten zu erlangen. Nachher fand noch eine Konferenz statt. Der G. Kanzler sagte, der König

hätte ihnen befohlen, ihm anzuzeigen, daß er mit Kf. in allem einig sei, er erkenne genugsam die faiblesse der association und hielte dafür, daß kein besser Mittel, dem Reiche Ruhe und Sicherheit zu verschaffen, wäre als den von Frankreich vorgeschlagenen Traktat fortzusetzen, daß er nunmehr dazu resolviert wäre, da aber der französische Gesandte sich hier noch nicht zulänglich herausgelassen hätte, besonders wegen Hilfe zur See, die sie en cas de rupture suchten, bat er, Kf. möchte seine guten officia deswegen bei Frankreich anwenden, daneben rekommendierte er den Schluß der Traktaten,[1]) die v. Buchwald in Berlin entamiert hätte, und Beförderung der vom König beim Reiche durch den Glückstädter Zoll gesuchten Satisfaktion sowie Beilegung der Streitigkeit wegen des Elsflietischen Zolles, worauf er erwidert hat, daß Kf. zu diesem allen bereit sein würde. Der G. Kanzler berichtete dann noch, Welling hätte ihnen eröffnet, der König von Schweden stände mit Lüneburg und Münster in Traktaten, Kf. möchte bei seiner Entrevue mit den Herzogen diese davon divertieren, sie glaubten ohnedem, daß Celle dazu schwerlich zu bringen sein würde, weil er einen Traktat mit Frankreich hätte. Es wurde dann noch etwas Wichtiges proponiert, das er mündlich referieren wird. Er hat wegen der Traktaten mit Frankreich gefragt, ob conjunctim oder separatim traktiert werden sollte, worauf sie antworteten, da sie ihren Traktat schon angefangen und wegen Hilfe zur See partikulare Konvenientien hätten, so würde es besser sein, wenn ein jeder à part traktierte, jedoch vertraulich wegen der Konditionen, besonders der das Reich betreffenden, kommunizierte.

Morgen hofft er seine Abschiedsaudienz zu erhalten und übermorgen früh sich auf den Rückweg zu begeben.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. im Fährhause am kleinen Belt 15./[25.] Januar 1682.

[Die Abschiedsaudienz, Gespräch mit dem G. Kanzler, Besichtigung der Flotte. Unterredung mit Martangis.]

25. Jan. Er hat am 11. nachmittags bei dem König Abschiedsaudienz gehabt, bei der wieder nur die ihm zugeordneten Kommissare zugegen waren. Der König wiederholte kurz den Inhalt seiner Resolution, sagte, daß er mit Kf. jedesmal einen Stein heben wollte, und bezeugte auch sonst mit sehr obligeanten Expressionen seine Affektion zu Kf. Dann wurde er zur Königin geführt, die ebenfalls eine recht kindliche Affektion gegen Kf. bezeugte. Darauf fuhr

[1]) Dieselben fanden bald darauf durch die Unterzeichnung eines neuen Defensivbündnisses zwischen Kf. und König Christian am 31. Januar / 10. Februar 1682 ihren Abschluß. S. Pufendorf XVIII, § 70 (S. 1450); v. Mörner, S. 428f.

er zum G. Kanzler, mit dem es sich etwas gebessert hatte. Auch dieser bezeugte den größten Eifer für Kf. und erklärte, daß er das Interesse seines Königs und des Kf. für unauflöslich verknüpft hielte. Als er erwähnte, das von den Schwedischgesinnten vor einiger Zeit verbreitete Gerücht von einer ganz genauen intelligence zwischen beiden nordischen Kronen hätte dem Kf. nicht wenig Sorgen verursacht, antwortete der G. Kanzler, es wäre freilich etwas daran gewesen, einige hätten den König beinahe in ein großes Labyrinth geführt, und es hätte darüber öfters große débats im Rate gegeben, nachdem aber die Mächtigsten von der Partei gestorben, die übrigen nichts zu sagen hätten und dem König die Augen geöffnet worden, wäre dergleichen hinfort nicht zu besorgen. Er fragte nach des Kf. auf den Beinen habenden milice, und nach empfangener Nachricht sagte er, der König könnte auch alle Tage 18000 Mann marschieren lassen, hätte daneben 6400 Matrosen und Mariniers en gage und in Norwegen eine besondere Armee von 14000 Mann. Schließlich empfahl er sich dem Kf. zum höchsten, auch Güldenlöw, Reventlo und Biermann taten beim Abschied ebensolche contestationes. An demselben Abend überbrachte ihm der Zeremonienmeister die königlichen Rekreditive[1]) nebst einem Präsent vom Könige. Es kam auch der Oberstallmeister Haxthausen und forderte ihn namens des Königs auf, die Flotte und den Holm zu besehen, um dem Kf. davon zu berichten. Er hat dieses Donnerstag morgen unter Führung des Generalmajors Schack, des Kommandanten von Kopenhagen, getan und er berichtet in antecessum, daß er es sich nimmer so eingebildet hätte, in allen Offizinen auf dem Holm wird so gearbeitet, als wenn die Flotte täglich equipiert werden sollte. Nachmittags ist er von Kopenhagen abgereist. Er kann nicht genug die confidence, Höflichkeit und honnêteté rühmen, die ihm in Konsideration des Kf. von allen ministris und Bedienten widerfahren. Es ist gewiß, daß Kf. sich des Königs und dieses Hofes gänzlich versichert halten kann.

P. S. Er hat, und zwar auf Wunsch der dänischen Minister, den französischen Gesandten Marquis de Mortangis gesprochen und ihm die Besorgnis, die jene hätten, daß Frankreich wieder mit Schweden traktieren möchte, mitgeteilt. Er antwortete, es wäre kein Wunder, daß sein König bis jetzt noch einige mesures mit Schweden gehalten hätte, weil man dänischerseits bisher so wenig Inklination für Frankreich hätte spüren lassen und dem Ansehen nach auf andere Traktaten gezielt hätte. Nachdem sich jetzt aber das Widerspiel erwiese, zweifelte er nicht, man würde jetzt französischerseits Schweden garnicht mehr menagieren. Er hat das den Ministern wiedergesagt, die damit wohl zufrieden waren. Im übrigen kontestierte der Gesandte große Devotion gegen Kf. und Freude über den glücklichen Succeß seiner Negotiation, wovon er bereits den Effekt zu spüren vermeinte.

---

[1]) Das Rekreditiv König Christians für Fuchs ist Kopenhagen 11./[21.] Januar 1682 ausgestellt.

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Potstam 27. Januar/[6. Februar] 1682.

[Vergebliche Bemühungen des Herzogs von Hannover, ihn zu einer Änderung seiner Politik zu bewegen. Seine Verhandlungen mit K. Sachsen und seine Verhandlungen mit Frankreich. Bitte, seine Bemühungen dort und auf dem Reichstage zu unterstützen.]

6. Febr. Dank für die Erklärung gegen Fuchs, auch er wird fest zu dem König stehen.

Sonsten kann Ew. K. M. in hergebrachtem Vertrauen unberichtet nicht lassen, daß des Herrn Bischoffen zue Osnabrugh und Hertzogen zue Braunschweig-Lünenburg Ld. bei der Visite,[1]) so Sie mir gegeben, sich eifrig bemühet, mich von meiner Intention abzuziehen, gleichwie ich aber große und dringende Ursachen, welche Ew. K. M. bekannt, habe, dabei zu verbleiben, so habe solches mit so guten Gründen vorgestellet, daß I. Ld. selbige nicht improbiren können. An des Herrn Churfürsten zue Sachsen Ld. habe ich meinen Geheimbten Rath Meinders abgeschicket gehabt,[2]) welcher zurücke gebracht, daß man meine Vorstellungen in Consideration gezogen und die endliche Resolution bis zur Wiederkunft des Obermarschallken Freiherrn von Haugwitz, welcher[3]) jetzo allhie ist und mit meinen Räten conferiret, ausgesetzet. Im übrigen lasse ich mir gar wohl gefallen, daß sowohl Ew. K. M. als auch ich einer auf dem anderen mit dem Schlusse der Tractaten, so wir beiderseits mit Franckreich angestellet, warten. Mit dem hiesigen Tractat ist es so weit gekommen, daß die meisten Schwierigkeiten gehoben und ich vermutlich werde schließen können, so balde ich nur vernehme, daß es mit dem aldortigen auch so weit gediehen, ich hoffe, es werde solches balde geschehen, damit man die genommene mesures auf etwas gewisses gründen könne, und unterlasse ich nicht sowohl alhie als auch zue Paris Ew. K. M. Angelegenheiten bestermaßen zue recommendiren. Weilen aber die Zeit, so die frantzösische Plenipotentiarii zue Franckfurt, umb des Reiches Resolution auf ihre Proposition einzuholen, benannt, mit Ablauf dieses Monates expiriren wird, habe ich am Königl. frantzösischen Hofe instance tuen lassen, daß selbige prolongiret und

---

[1]) S. darüber v. Buchs Tagebuch, herausgegeben von Hirsch II, S. 255f. und unten Abschnitt V.

[2]) S. unten Abschnitt V.

[3]) S. ebendaselbst.

nichtes tätliches wieder das Reich vorgenommen werden möchte, ehe man sich einer Resolution vereinbaret, welches ohne Zweifel gar leicht zu erhalten sein wird, wann Ew. K. M. diese meine Instanz zu appuyren geruhen wollten. Und weil auf dieser des Reiches Resolution ein großes momentum beruhen wird, so möchte wünschen, daß Ew. K. M. jetziger Zeit einen ministrum zue Regensburgk hätten, mit welchem meine Gesandtschaft in allem de concerto gehen könnte, es vermeinet sonst jetztgedachte meine Gesandtschaft,[1]) daß unser beider führende Intention fast per unanimia daselbst werde approbiret werden.[2]) —

König Christian an den Kurfürsten. D. Copenhagen 18./[28.] Februar 1682.

[Auf die Schreiben vom 10. und 11. Februar.[3]) Seine Forderungen von Frankreich. Vorläufige Ausstellung der Verhandlungen über die anderen Punkte. Schwedische Rüstungen.]

Er hat auf das Einraten des Kf. dem französischen Gesandten sein ultimatum 28. Febr. dahin eröffnet, daß er mit 600000 Rtlr. in Kriegs- und 200000 in Friedenszeiten sich begnügen wolle, und ersucht Kf., sich dahin zu bemühen, daß man

[1]) S. unten Abschnitt V.

[2]) König Christian erwidert darauf (d. Kopenhagen 7./[17.] Februar 1682), bei seinen Traktaten mit Frankreich hätten sich Schwierigkeiten hervorgetan, um so lieber wäre ihm, daß Kf. den Schluß seiner Traktaten so lange aufschieben wolle, bis auch die seinigen so weit gediehen wären. Des Kf. Bemühungen wegen Prolongation des in Frankfurt gestellten Termins werde er durch seinen Gesandten in Paris unterstützen lassen, er werde auch jemand der Seinigen nach Regensburg schicken, um dort zu Erreichung ihres beiderseitigen Intents zu konkurrieren.

[3]) In dem ersteren hatte Kf. den König darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt günstige Gelegenheit sei, die ihnen beiden bei Spanien und Holland restierenden Subsidien beizutreiben, und ihn aufgefordert, deswegen und wegen der Elsfletischen Zollsache mit ihm nähere Verabredungen zu treffen. In dem letzteren hatte er ihm mitgeteilt, daß nach Spanheims Bericht (s. oben S. 426) der König von Frankreich wohl bereit sein würde, im Fall der Aktion an Dänemark 600000 Rtlr. jährlich zu zahlen, ihn aufgefordert, diese Offerte anzunehmen und sich nicht durch speziöse Offerten des Kaisers wegen der Quartiere im Reich und des Glückstädter Zolls abwendig machen zu lassen, der Kaiser werde diese Zusagen nicht prästieren können, sei auch weit davon entfernt, mit Frankreich zu brechen, Frankreich aber werde, wenn es merken sollte, daß der König nach dieser Seite hin penchiere, sich wieder mit Schweden setzen, und so werde das beste Tempo, es von demselben irréconciliablement abzuziehen, verloren gehen.

französischerseits, nachdem er sich mit einer so geringen Summe zufrieden erklärt hat, sich ihm in seinen anderen desideriis, besonders wegen der Assistenz zu Wasser und Vermehrung des Succurses, wenn die in dem Traktat stipulierte Hilfe nicht zureichen sollte, desto faciler erweise.

Wegen der beiderseitigen Prätensionen an Spanien und Holland sowie der Elsfletischen Zollsache wird man erst, wenn die Traktaten mit Frankreich zur Richtigkeit gebracht sein werden, die nötigen mesures nehmen können, er wird seinen Gesandten am Hofe des Kf. deswegen zulänglich instruieren.

In Schweden werden, nachdem jetzt die Auswechslung der Ratifikationen über die Ligue von Garantie erfolgt ist, sehr große Kriegspräparatorien angestellt, man soll dort beabsichtigen, in diesem Vorjahr ein Korps von 12000 Mann ohne die Garnison nach Pommern überzusetzen.[1])

König Christian an den Kurfürsten. D. Copenhagen 14./24. März 1682.

[Bevorstehender Abschluß seiner Traktaten mit Frankreich. Aussichten, daß es zum Kriege kommen werde. Bereitwilligkeit, die Bemühungen des Kf. bei den Reichsständen zu unterstützen.]

24. März Seine Traktaten mit Frankreich stehen, nachdem er das französische Angebot, 550000 Rtlr. in Kriegs- und 200000 in Friedenszeiten, angenommen hat, auf dem Schluß.[2]) Er hofft, daß auch die Traktaten des Kf. mit Frankreich jetzt zum

[1]) Kf. erwidert (d. Cöln 28. Februar / [10. März] 1682), er werde sich durch Rébenac und Spanheim bemühen, daß auch jene beiden Punkte verglichen und so die Traktaten zum Schluß gebracht würden. Dann werde man, da auch Frankreich wünsche, daß das Übersetzen der schwedischen Truppen verhindert werde, darüber konzertieren können. König Christian aber berichtet (d. Copenhagen 28. Februar / [10. März] 1682), Frankreich bestehe auf seinem früheren Angebot (550000 Rtlr. in Kriegs- und 150000 in Friedenszeiten), und erklärt, auf so unzulängliche conditiones könne er sich nicht in ein so weitgehendes Engagement einlassen.

[2]) König Christian zeigt (d. Copenhagen 18./28. März 1682) dem Kf. an, daß sein Vertrag mit Frankreich unterzeichnet sei. S. die Inhaltsangabe dieser Defensivallianz vom 25. März 1682 in Reedtz, Répertoire historique et chronologique des traités conclus par la couronne de Dannemarc, S. 138ff., und in Recueil des instructions XIII, S. XL. Kf., der auf die Nachricht, daß Meyercrohn weitere Schwierigkeiten mache, inzwischen in einem Schreiben vom 15./25. März 1682 den König auf das dringendste gemahnt hatte, die Traktaten zum Abschluß zu bringen,

gänzlichen Schluß gelangen werden, zumal nicht nur die Nachrichten von der Absicht Schwedens, ein ansehnliches Korps nach Deutschland zu transportieren, fortdauern, sondern auch der Graf Bent Oxenstiern seinem Gesandten gesagt hat, daß sein König auch eine Esquadre seiner Flotte (angeblich 30 Kriegsschiffe) unter dem Vorwand, seine Häfen zu bedecken, ausrüsten wolle. Auch vom kaiserlichen Hofe ist die Nachricht eingelaufen, daß große Apparenz zu einer wirklichen Ruptur sich spüren lasse. Daher ist höchst nötig, daß zwischen ihnen beiden und Frankreich gewisse mesures genommen werden, er ist mit dem Sentiment des Kf., man müsse zu verhindern suchen, daß Schweden sich wieder auf deutschem Boden konsiderabel mache, einverstanden und ist auch geneigt, die officia des Kf. bei den Reichsständen, um sie zur Annahme der von Frankreich proponierten Konditionen zu vermögen, zu sekondieren und zu dem Zweck sowohl jemand der Seinigen an einen jeden à part, als auch nach Frankfurt und Regensburg abzufertigen.

Er dankt für die seinem Geheimen Rat v. Buchwald seines Bruders, des Prinzen Georg, halber gemachte vertrauliche Ouverture, bittet um weitere Mitteilungen deswegen.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 21./31. März 1682.

[Abschluß des Traktats mit Frankreich, Beunruhigung der anderen Gesandten.]

Der Traktat zwischen Dänemark und Frankreich ist geschlossen. Er hat noch nicht Gelegenheit gehabt, mit dem G. Kanzler darüber zu reden, weiß daher noch nicht, ob es ein foedus defensivum oder eine bloße Neutralität ist. Den kaiserlichen, schwedischen und holländischen ministris versichert man, daß es nur auf einer bloßen Neutralität beruhe, doch hat sie dieses nicht in totum soulagiert, sondern sie bleiben bei der ungegründeten défiance, daß es auf Schweden angesehen sei, weshalb auch der schwedische Gesandte nur selten bei Hofe erscheint, und wenn er einmal dorthin kommt, durch pikante Diskurse sein Mißtrauen erkennen läßt. 31. März

---

dankt ihm (d. Cöln 26. März/[5. April] 1682) für diese Anzeige und teilt ihm mit, daß auch seine Traktaten mit Frankreich zum Abschluß gekommen seien (s. darüber oben S. 426ff.) und daß der schwedische Gesandte Wolffrath, dessen Ankunft er ihm schon 11./21. März angezeigt hatte, bisher nur die Ernennung von Kommissaren zur Schlichtung der zwischen beiden pommerschen Regierungen schwebenden Differenzen beantragt und viele Kontestationen von Stiftung nachbarlicher Freundschaft gemacht habe, daß er sich aber bemühen werde, ihn je eher desto lieber zu depechieren.

Die Nachricht, daß der König von Schweden sich souverän gemacht hat,[1]) ist hier nicht angenehm gewesen, da er dadurch viel mächtiger geworden ist und alles pro lubitu tun kann.

G. v. Buchwald an den Kurfürsten. D. Berlin 21. April/[1. Mai] 1682.

[Verlangen Schwedens, in das französisch-dänische Bündnis aufgenommen zu werden. Sendung v. Rumohrs zu den Herzogen von Lüneburg.]

1. Mai Da er wegen Unpäßlichkeit dem Kf. nicht persönlich aufwarten kann, so teilt er ihm auf soeben eingelaufenen Befehl seines Königs mit, daß der schwedische Gesandte in Kopenhagen Welling dort verlangt habe,[2]) sein König sollte nicht allein zu der mit Frankreich geschlossenen Allianz mit invitiert, sondern ihm auch zum Eintritt in dieselbe Platz gelassen werden. Der König glaube, daß diese Proposition mehr zu dem Ende geschehe, um ihn zu sondieren und das Werk aufzuhalten, als daß es dem König von Schweden ein rechter Ernst sei, sich in diese Allianz einzulassen, zumal er nicht sehe, wie diese mit der im Haag getroffenen Assoziation und den am kaiserlichen Hofe gepflogenen Traktaten accordiere, und wünsche des Kf. Meinung zu vernehmen, ob nicht, da Schweden vermutlich in Frankreich eine gleiche Proposition machen werde, die beiderseitigen ministri dahin zu instruieren seien, daß diese Absicht Schwedens dort gesamter Hand vorgestellt und derselben bestermaßen vorgebaut werde.[3]) Ferner läßt der König mitteilen, daß er seinen Geheimen Rat Rumohr nach den braunschweig-lüneburgischen Höfen abgefertigt habe, um denselben zu remonstrieren, warum er für ratsam halten müßte, den Frieden im Reich auf dem Fuße der von Frankreich proponierten Konditionen beizubehalten, auch zu dem Ende sich mit Frankreich in Traktaten eingelassen habe.

---

[1]) S. Carlsohn V, S. 197 ff.

[2]) v. Brandt meldet 18./28. April 1682 dem Kf., der König von Schweden habe durch seinen hiesigen Gesandten die alte Proposition wegen Abschlusses einer Tripelallianz der beiden nordischen Kronen und Brandenburgs, durch welche die, welche andere unterdrückten, gezwungen werden sollten, sich modester zu verhalten, erneuert, man habe aber hier darauf geantwortet, es wäre jetzt zu spät dazu, das Bündnis, welches der König mit Frankreich geschlossen, habe Frieden und Ruhe zum Ziele.

[3]) Kf. teilt (d. Cöln 25. April / [5. Mai] 1682) Spanheim diese Eröffnung v. Buchwalds mit und befiehlt ihm, Croissy Mitteilung davon zu machen und darauf hinzuweisen, wie Schweden gegen Frankreich intriguiere und alle Welt gegen dasselbe aufzubringen suche.

Die bei der Zusammenkunft[1]) mit dem König von Dänemark zu besprechenden Gegenstände.[2])

Nachdem der König von Dänemark und Kf. vor kurzem abermals in eine nähere und vertrauliche Allianz getreten sind und es die Not erfordert, wegen der gegenwärtigen gefährlichen Konjunkturen mit einander vertrauliche Kommunikation zu pflegen, so ist Kf. erfreut darüber, daß er sich mit dem König persönlich besprechen kann, und ersucht denselben, vorangezogener Konjunkturen halber seine Gedanken zu eröffnen, worauf er ihm auch seine Sentimente entdecken will. 11. Juni

1. Nachdem sie beide mit Frankreich in Bündnis getreten sind, teilt er seinen mit Frankreich gemachten Traktat[3]) vertraulich mit und stellt es in des Königs Gefallen, ob er auch den seinigen mitteilen wolle.

2. Es wäre zu erwägen, ob nicht zwischen beiden Kronen und Kf. eine gemeine dreifache Allianz nach Bewandnis der jetzigen Konjunkturen zu machen und dabei zu Erhaltung des Friedens und Abwendung von allerhand Gefahren nötige mesures zu nehmen.

3. Indessen hätten Dänemark und Kf. unter sich vertraulich zu überlegen, wie sie sich der französischen Allianz zu ihrem Besten aufs vorteilhafteste zu bedienen hätten:

---

[1]) Der dänische G. Kanzler Graf Ahlefeld schreibt (d. Copenhagen 15./[25.] April 1682) an Fuchs, dessen ihm gemachte Mitteilung, Kf. wünsche bei seiner beabsichtigten Reise nach der Unterelbe sich mit dem Könige zu abouchieren, habe diesen sehr erfreut, der König gedenke Mitte Mai aufzubrechen und sich gegen Ende dieses Monats in der Gegend um Hamburg einzufinden, er werde dem Kf. vorher anzeigen lassen, an welchem Orte die Zusammenkunft am füglichsten geschehen könnte. F. v. Brandt berichtet 6./16. Mai 1682, der König werde am 14./24. nach Itzehoe aufbrechen, um dort den Kf. zu empfangen, es wären schon große Vorbereitungen dazu getroffen worden. Derselbe begibt sich auch nach Hamburg, meldet aber von dort aus am 18./28. Mai, die Zusammenkunft solle erst Anfang Juni erfolgen. Sie fand Mitte Juni zu Itzehoe statt. S. Pufendorf XVIII, § 70 (S. 1450). M. v. Ruck (s. unten Abschnitt V) berichtet schon am 23. Mai / 3. Juni 1682 von Frankfurt a. M. aus dem Kf.: „Die vorhabende Entrevue zwischen Ew. Chf. D. und I. K. M. von Dennemarck giebt zu allerhand Discoursen alhier Anlaß und wollen einige dahero fast schließen, ob dörfte es nach dem Norden noch eher zur Ruptur kommen als nicht am Rheinstrom, insonderheit soll der Braunschweigisch-Calenbergische desfalls große inquietude gegen verschiedene allhier bezeiget haben."

[2]) Aufzeichnung von Meinders' Hand. Am Rande bemerkt: Entworfen zu Bergerst. [Bergedorf?] mandato Serenissimi d. 1. Junii 1682.

[3]) Den Scheintraktat vom 24. März / 3. April 1682 (v. Mörner, S. 431 f.). S. oben S. 427 f.

1. wegen der Subsidien sowohl tempore belli als pacis;
2. zur Erlangung ihrer beiderseits restierenden Subsidien und Satisfaktion von Spanien;
3. ebenso von den Vereinigten Niederländischen Provinzen;
4. wegen der Schickung nach Muscow, wohin Frankreich La Petitiere destiniert (NB. in den memoires de Treslon wird schon einer französischen Schickung nach Muscow des Obersten Laminiere[1]) gedacht);
5. wegen fernerer Abziehung dieser Krone von Schweden und Verhütung einer abermaligen Allianz mit dieser Krone;
6. wegen des Hauses Braunschweig.

4. Wie man sich wegen der jetzigen Reichssachen in Regensburg und Frankfurt zu betragen und was man, falls es zwischen Frankreich und dem Kaiser zur Ruptur kommen sollte, für mesures zu nehmen.

5. Wie solche Ruptur am besten zu verhüten und daß beide deswegen durch ihre ministri an allen dienlichen Orten alle mögliche officia anwenden lassen sollten, in specie bei

1. dem Kaiser,
2. den Generalstaaten,
3. K. Sachsen,
4. dem Haus Braunschweig,
5. Hessen,
6. dem Bischof zu Münster,
7. bei Frankreich selbst.

6. Weil der dänische Gesandte zu Wien neulich von Observierung des Nimwegschen Friedens viel gesprochen, ob der König dieses und sonst dessen Konduite approbierte? und ob Kf. dahin jemand anders schicken sollte?

7. Schickung nach Muscow.

7½. England.

8. Schiffahrt und Handlung nach Guinea und was wegen der von den Holländern dawider angemaßten Turbationen vorzunehmen.

9. Kommunikation, was wegen Schweden H. Wolffrath[2]) negotiiert (NB. ob, wie dieser vorgegeben, der König den Traktat mit Kf. an Schweden kommuniziert hätte).

---

[1]) S. über die Sendung des Chambellan Desminières nach Moskau (1657), der den Zaren zum Frieden mit Schweden ermahnen sollte, Martens, Recueil des traités et conventions conclus par la Russie avec les puissances étrangères, XIII (France), S. XXIVff., über Piquetiere oben S. 432 und über dessen beabsichtigte, aber nicht zur Ausführung gekommene Sendung nach Moskau 1683 Sbornik der russischen histor. Gesellschaft XXXIV (Petersburg 1881), S. 401ff.; Martens a. a. O. S. XXXVf.

[2]) S. oben S. 587.

10. Wegen der sächsischen Streitigkeiten[1]) inter Electorem et patruos.
11. Elßflietische Zollsache und Abschaffung der Beschwerden, welche des Kf. Untertanen desfalls führen.
12. Glückstädtische Zollsache.
13. Holstein-Gottorfische Sache, et an officia Electoris grata?
14. Wegen des Comte de Roye.[2])
15. Wegen H. v. Burckersrode.[3])

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Hamburg 10./[20.] Juni 1682.

[Dank für die bewiesene Freundlichkeit. Zusage treuen Zusammenhaltens.]

Ich kann nicht umbhin, Ew. K. M. nochmalen meine Dankbarkeit 20. Juni zu bezeugen vor dero mir erwiesene vielfältige Güte und Affection. Ich werde davor lebenslang verbunden bleiben und wünsche nicht mehr als Gelegenheit zu haben, solches einigermaßen zu ersetzen. Inzwischen können Ew. K. M. versichert sein, daß ich genommener Abrede nach mit deroselben unzertrennlich vereiniget bleiben und dero Interesse und Angelegenheiten denen meinigen jederzeit gleich achten, auch sonst unveränderlich verbleiben werde. —

König Christian an den Kurfürsten. D. Itzehoe 12./[22.] Juni 1682.

[Dank für den Besuch. Gegenversicherungen. Nachrichten aus Wien.]

Daß Ew. Durchl. und Lbd. mit dem geringen Tractament, so dero- 22. Juni selben hiesiger Gelegenheit nach widerfahren, vorlieb nehmen wollen, solches habe ich mehr dero mir zutragenden freundvetterlichen Affection zuzuschreiben, als daß dieselbe gebührendermaßen wären bewirtet worden.

[1]) S. unten Abschnitt V.
[2]) Dieser französische General war von König Christian als Feldmarschall in seinen Dienst genommen worden.
[3]) S. unten Abschnitt V.

Ich habe viel mehr selbsten Ursache Ew. Durchl. und Lbd. freundvetterlich zu danken, daß Sie eine so weite Reise umb mich zu besuchen über sich nehmen wollen, von Herzen wünschende, daß Sie in dero Residenz glücklich und bei guter Gesundheit wiederumb anlangen mögen. Auch dieselbe ersuchend, daß wie ich in dero Freundschaft ein vollkommenes Vertrauen gesetzet, also auch Sie hingegen sich der meinigen, und daß ich allem demjenigen, was zwischen uns verabredet und weiters geschlossen werden möchte, getreulich nachkommen werde, gänzlich versichert halten wollen.

Aus beifolgender Relation seines Gesandten in Wien Liliencron ist zu schließen, daß man kaiserlicher Seite zu anderen und besseren Gedanken zu kommen beginnt, er hält für ratsam, diese Gelegenheit, da ohne Zweifel solche Veränderung in den consiliis dort durch die täglich wachsende Türkengefahr veranlaßt wird, bestmöglich zu menagieren, und stellt dem Kf. anheim, ob er nicht seine beabsichtigte Sendung dorthin je eher je lieber wolle werkstellig machen.[1])

F. v. Brandt[2]) an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 4./[14.] Juli 1682.

[Die Sendungen v. Buschs und v. Rumohrs. Intriguen des kaiserlichen Gesandten.]

14. Juli Mit der Instruktion des Kf. für v. Busch[3]) ist, wie ihm Graf Reventlo und Ehrenschildt mitgeteilt, der König sehr einverstanden. Da der König und Kf. für höchst nötig hielten, sich aller Orten zu versichern und ihre gegenwärtigen Sentimente an den vornehmsten Höfen kund zu tun, so schicke auch der König den Geh. Rat Rumohr nicht nur an die lüneburgischen Höfe, sondern auch nach Sachsen und K. Pfalz, um daselbst die Notdurft zu remonstrieren und jene Höfe von den unruhigen Kriegsgedanken abzubringen, dessen Instruktion sei der Buschs gleichförmig und werde dem Kf. mitgeteilt werden.

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Potstam 20./[30.] Juni 1682), diese Nachricht von der Sinnesänderung am kaiserlichen Hofe werde von allen Orten bestätigt. Er bezeugt nochmals seine Vergnügung über ihre Zusammenkunft. „Ich will hoffen, daß die genaue Verbindunge unser beiden Gemüter und Interesse, so wir daselbsten noch mehr befestiget, zuforderst unseren Landen und dann auch der ganzen Christenheit ersprießlich sein solle."

[2]) Kf. hatte Ende Juni Fr. v. Brandt, jetzt in Qualität eines Envoyé, wieder an den dänischen Hof geschickt.

[3]) Kf. hatte (d. Potsdam 20./30. Juni 1682) v. Br. die Instruktion für den zu dem Bischof von Münster geschickten Drosten von Ravensberg v. d. Busche zugeschickt,

Gabel soll allein bei Kf. bleiben. Buchwald hat Befehl erhalten, von Kf. Abschied zu nehmen.

Den Diskurs Graf Berka's[1]) hat er durch Graf Reventlo dem König mitteilen lassen. Derselbe hat sich, wie dieser ihm berichtet, daran gar nicht gekehrt, da er wußte, daß B. sich auf das äußerste bemüht hätte, zwischen ihm und Kf. Jalousie zu stiften und die Konferenz zu Itzehoe zu eludieren, und dazu auch viele andere Dinge erdichtet hätte, so hätte er nachts nach Hamburg die Nachricht geschickt, der König sei in vollem Marsch, die Stadt zu überrumpeln.[2])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 8./[18.] August 1682.

[Die Resolution der Generalstaaten, das dagegen einzunehmende Verhalten. Eigennützige Politik Frankreichs.]

Der König hat ihm durch den G. Kanzler mitteilen lassen, auch ihn be- 18. Aug.
fremde die sehr anzügliche Resolution der Gen. Staaten[3]) auf die Proposition des Kf. höchlichst, doch meine er, man müsse unter den jetzigen Verhältnissen dissimulieren und vorher die Sentimente des Königs von Frankreich vernehmen,

---

um sie der in Itzehoe getroffenen Übereinkunft gemäß den dänischen Ministern mitzuteilen. S. über die Verhandlungen mit Münster Pufendorf XVIII, § 72 (S. 1451) und unten Abschnitt V. Dem Könige von Dänemark zeigt Kf. 4./14. Juli an, Graf Lamberg sei wieder bei ihm angekommen, derselbe sei noch nicht bei ihm gewesen, solle ziemlich hoch sprechen, man werde ihn aber gebührend zu bescheiden wissen. Crockow stehe auf der Abreise nach Wien, seine Instruktion werde er mit nächster Post überschicken, Chr. v. Brandt werde auch in kurzem nach Stockholm abgefertigt werden, er werde seinen Weg über Dänemark nehmen und ihm seine Instruktion mitteilen.

[1]) Derselbe hatte, wie Fuchs dem Grafen Reventlow mitteilt, behauptet, Kf. habe sich den zu Itzehoe aufgerichteten Rezeß während der Tafel vorlesen lassen.

[2]) Kf. sendet (d. Cöln 1./11. Juli 1682) v. Br. einen Bericht v. Diests aus dem Haag vom 24. Juni / 4. Juli zur Mitteilung an den König, aus dem ersichtlich sei, daß der dortige dänische Gesandte Pettecum entweder nicht genügend instruiert sei oder wenig Inklination zu den von ihnen genommenen mesures habe. Er befiehlt ihm, unter der Hand zu befördern, daß entweder jemand anders dorthin geschickt oder daß P. mit zulänglicherer und präziserer Instruktion versehen werde. v. Br. berichtet 8./18. Juli, er habe dem König von jenem Reskript Mitteilung gemacht, derselbe habe sich sehr unzufrieden mit Pettecum geäußert und angekündigt, daß er ihn abberufen werde.

[3]) S. Urk. u. Akt. III, S. 648. Kf. hatte v. Brandt (d. Potsdam 25. Juli/4. August 1682) beauftragt, sich nach der Meinung des Königs zu erkundigen, wie er sich bei solcher Bezeigung des Staats verhalten und wie er dieselbe etwa ressentieren solle.

da dieser den Staat jetzt sehr menagiere und nicht wünschen werde, daß man sich mit demselben brouilliere und die Gemüter daselbst noch mehr aigriert würden. Colbert habe gemeint,[1]) es wäre dienlicher gewesen, die Sache mündlich vorzutragen, man hätte sich durch das Memorial zu weit engagiert. Doch bemerkte der G. Kanzler dabei, Kf. und der König müßten ihr Tempo in acht nehmen und sich nicht in allem nach des Königs von Frankreich Gutfinden richten, da dieser nur auf eine gute Gelegenheit lauere, die seinem Interesse dienlich sei, und dadurch seine Alliierten leicht in Unglück geraten könnten.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 11./21. August 1682.

[Die Verhandlungen mit Münster. Wunsch des Königs, daß Kf. mit ihm gemeinsam von Frankreich Antizipation und Erhöhung der Subsidien verlange.]

21. Aug. Der König hat ihm, nachdem er ihm das Schreiben[2]) des Kf. wegen des Bischofs von Münster gegeben, geantwortet, er hätte seinen Kanzler Jensch instruiert, quovis modo und ohne Zeitverlust zu schließen, damit der Bischof nur von der Gegenpartei und besonders von dem Hause Lüneburg abgezogen werde, Kf. möchte v. Busch beordern, daß die Traktaten conjunctim vorgenommen und eine Tripelallianz geschlossen werde.[3])

Die hiesigen Minister haben ihm und seinem Bruder wiederholt gesagt, daß der König und Kf. auf die überaus starke Armatur, welche rings umher geschehe, große Reflexion zu machen hätten, daß sie sich auch in starke Verfassung setzen müßten, da dieses aber ohne Assistenz Frankreichs nicht geschehen könnte, müßte man beiderseits dort conjunctim um Antizipation und Erhöhung der Subsidien anhalten. Der König hätte schon vor einiger Zeit durch Meyercrohn um die Antizipation anhalten lassen, der französische Hof aber hätte sich sehr kaltsinnig gezeigt.[4]) Es sei auffällig, daß Frankreich keinen Ernst zum Kriege zeige, entweder müßte es des Krieges gänzlich versichert sein, oder es müßte an den Finanzen fehlen, der König hoffte, daß ebenso wie er Meyercrohn,[5]) so Kf. Spanheim Befehl erteilen werde, um Antizipation und Erhöhung der Subsidien anzuhalten, das Werk werde besseren Nachdruck erhalten, wenn sie aus einem Munde redeten.

[1]) S. Spanheims Bericht vom 7. August 1682 oben S. 440.

[2]) Nicht bei den Akten.

[3]) S. über diese Verhandlungen mit Münster, welche durch die am 4./14. September 1682 zu Neuhaus abgeschlossene Defensivallianz (v. Mörner, S. 433 f.) ihren Abschluß fanden, Pufendorf XVIII, § 72 (S. 1451) und unten Abschnitt V.

[4]) S. Spanheims Berichte vom 3. und 24. Juli 1682 oben S. 438 f.

[5]) S. das Reskript des Kf. an Spanheim vom 14./24. September 1682 oben S. 343 f.

König Christian an den Kurfürsten. D. Copenhagen 15./[25.] August 1682.

[Auf ein Schreiben vom 5. August.[1]) Billigung des Vorschlages K. Pfalz' wegen einer engeren Verbindung der zum Frieden geneigten Reichsstände. Beschleunigung der Verhandlungen mit Münster.]

Auch ihm ist von K. Pfalz und den übrigen Kurfürsten am Rhein 25. Aug. und von dem Administrator in Württemberg mitgeteilt worden, daß sie ihren Gesandtschaften in Frankfurt Ordre erteilen wollten, mit seinen und des Kf. Ministern wegen einer näheren Zusammensetzung der Stände, welche für den Frieden sind, in Verhandlung zu treten. Er hält für dienlich, daß dieses Werk je eher je lieber zur Hand genommen, die ministri allerseits mit Instruktion versehen und über die Ingredienzien eines solchen Traktats gesamte Abrede genommen werde. Französischerseits hält man zwar dafür, daß solche Traktaten zwar begonnen aber nicht beeilt werden sollen, weil einige Stände Bedenken tragen könnten, ehe alle Hoffnung wegen eines Akkommodements verloren sei, sich in dieselben einzulassen, er meint aber im Gegenteil, daß, wenn erst mit den zu einer solchen Zusammensetzung geneigten Ständen etwas Gewisses geschlossen sein wird, die anderen noch zweifelhaften um so eher dazu bewogen werden können. Er stellt daher dem Kf. anheim, ob man sich nicht mit Frankreich sobald wie möglich dahin einigen solle, daß auf K. Pfalz' Vorschlag die vornehmsten capita eines solchen Bündnisses, das nebst Beibehaltung des gegenwärtigen Ruhestandes im Reich auf den Fuß der von Frankreich proponierten Konditionen oder anderen zulänglichen Expedientien nach dem Muster der 1658 geschlossenen Rheinischen Allianz eingerichtet werden könnte, abgefaßt und darüber zur Handlung selbst geschritten werde, und ob nicht Kf. bei K. Pfalz sich bemühen wolle, daß dieser auch andere benachbarte Stände mit herbeizuziehen suche. Die gute Disposition des Bischofs von Münster muß benutzt werden, um mit demselben zu einem gewissen Schluß zu gelangen, auch er hat seinem dortigen Gesandten dementsprechende Ordre zugeschickt.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 2./[12.] September 1682.

[Urteil des Königs über die Laxenburger Allianz. Kriegerische Absichten Schwedens.]

Er hat mit dem G. Kanzler über die vom Kaiser mit einigen Reichs- 12. Sept. kreisen und Ständen abgeschlossene Allianz[2]) gesprochen, und dieser hat ihm

[1]) In demselben hatte Kf. dem Könige den Vorschlag K. Pfalz' (s. unten Abschnitt V) mitgeteilt, ihn nach seiner Meinung darüber gefragt und zugleich berichtet, daß er Busch befohlen habe, ohne ferneren Verzug mit dem Bischof von Münster zu traktieren.

[2]) Die Laxenburger Allianz vom 10. Juni 1682. S. oben S. 343. Kf. hatte (d. Potsdam 16./26. August 1682) v. Br. Abschriften dieser Allianz und seiner auf

mitgeteilt, der König finde ebenso wie Kf. in derselben viele hochgefährliche contenta, besonders daß man die Ruptur mit Frankreich unerwartet eines Reichsschlusses zu befördern gedächte, daß von gütlichen Mitteln darin gar nicht die Rede sei, daß man eine so wichtige und allgemeine Reichsdeliberation anmaßlich an sich zu ziehen gedächte und daß man den Rhein und die an demselben gelegenen Stände und Provinzen, besonders des Kf. clevische Lande, zum Kriegsschauplatz erklärte und sie zu Quartieren unter sich zu teilen sich unterfinge. Der König hätte an seine Gesandten in Wien und in Regensburg Ordre erteilt, dagegen die Notdurft vorzustellen und mit den Gesandten des Kf. einerlei argumenta anzuführen, er hätte auch an die vier rheinischen Kurfürsten deswegen geschrieben.[1]) Der Kanzler erwähnte auch, der dänische Gesandte am schwedischen Hofe berichtete, daß dieser Hof von Tag zu Tag mehr Begierde sehen ließe, 15000 Mann sollten nach Pommern und Bremen transportiert werden, und der Kaiser hätte sich anheischig gemacht, dieses corpus mit Quartieren zu versehen und für seine Subsistenz zu sorgen. Die Zahl der Truppen werde sich wohl nicht so hoch belaufen und der Transport derselben in diesem Jahre noch nicht geschehen können, aber man hätte hier gewisse Nachricht, daß zu Brüssel für diesen Transport bereits 75000 Rtlr. angekommen wären, welche den Schweden ausgezahlt werden sollten, sobald der Staat eine gleiche Summe an dieselben zahlen werde.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 16./[26.] September 1682.

[Urteil des Königs über den holländischen Vorschlag eines Kongresses. Streit wegen der Gottorpschen Kontributionsangelegenheit.]

26. Sept. Er hat sich bei den Ministern erkundigt, wie der König die Proposition der Gen. Staaten[2]) wegen Benennung eines Ortes, wo alle Streitigkeiten unter den christlichen Potentaten gütlich beigelegt werden sollten, aufgenommen habe, und ihnen gesagt, Kf. finde den Zweck zwar sehr gut, zweifle aber sehr, ob

dieselbe bezüglichen Schreiben an die rheinischen Kurfürsten und an seine Gesandtschaft in Regensburg zur Mitteilung an den König zugeschickt.

[1]) v. Br. berichtet 26. September / 6. Oktober 1682, der König habe das Regensburgische Bedenken über diese Allianz sehr vernünftig befunden und sei auch sehr einverstanden damit, daß Kf. davon in Paris habe Mitteilung machen lassen. Er meine aber, man brauche den französischen Hof nicht weiter zu instigieren, sondern solle ihn gewähren lassen, damit er, wenn es zur Ruptur kommen sollte, sich gegen sie beide desto williger bezeuge und, wenn das Kriegsfeuer sich auch in dem niedersächsischen Kreise entzünden sollte, ihnen an die Hand gehe und das Werk souteniere.

[2]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux en Hollande depuis 1679 jusqu' en 1684, I, S. 123.

derselbe unter den jetzigen Verhältnissen durch dieses Mittel zu erlangen und nicht vielmehr neue Mißhelligkeiten dadurch, daß der Staat durch solchen Vorschlag sich mehr anmaßte, als dienlich wäre, erregt werden würden. Graf Reventlo und Ehrenschildt haben erwidert, der König sei derselben Meinung und glaube, dieses Werk flösse aus der Assoziation her, er könne sich darin zu nichts resolvieren, als mit Kf. darunter de concert zu gehen. Man müßte sich in dieser Sache nach Frankreich richten, das nicht geringe Neigung zum Generalfrieden spüren ließe.

Der lüneburgische Abgesandte Wackerbart hat hier vor wenigen Tagen wegen der Gottorfischen Kontributionssache[1]) eine rüde Proposition getan und angezeigt, daß der niedersächsische Kreis sich des Herzogs von Gottorf annehmen müßte. Er hat noch keine Resolution erhalten, man besteht aber hier darauf und will das Äußerste wagen, der König hat zu Kf. die Zuversicht, daß er das in dem Itzehoeischen Vergleich versprochene corpus zusammenziehen werde, damit man dem Herzog von Celle begegnen könne, falls er ins Holsteinsche einrücken und andere Tätlichkeiten vornehmen sollte. Zwischen diesem und Gottorf soll ein Bündnis gemacht sein, in welches man Schweden zu ziehen suchen dürfte.[2])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 14./[24.] Oktober 1682.

[Maßregeln zur Verhinderung des Marsches lüneburgischer Truppen nach Ostfriesland.]

Wegen des Marsches der lüneburgischen Truppen nach Ostfriesland[3]) hat ihm der G. Kanzler gesagt, der König würde gern zu dieser Sache konkurrieren, man müßte aber vorher sehen, was der Bischof von Münster dabei tun wollte. Wenn die lüneburgischen Truppen zu Wasser die Weser hinunterkommen sollten, 24. Okt.

---

[1]) S. Pufendorf XIX, § 62 (S. 1584 f.); [Adelung], Kurzgefaßte Geschichte der Streitigkeiten der Herzoge von Holstein-Gottorp mit der Krone Dänemark (Frankfurt und Leipzig 1762), S. 52 ff.

[2]) v. Br. meldet 23. September / 3. Oktober 1682, der König habe Wackerbart die Resolution erteilt, er beabsichtige garnicht, dem Herzog von Holstein hinderlich zu sein, sein Reichs- und Kreiskontingent beizutragen, er hätte allerdings gehofft, daß derselbe dieses nicht separatim, sondern mit ihm und Kf. conjunctim tun würde. So lange er nichts dem Reiche und dem Kreise zum Präjudiz täte, könnte er nicht absehen, was für Befugnis der Herzog von Celle hätte, sich in die domestiquen Angelegenheiten seines Hauses einzumischen, er müßte dieses als eine Zunötigung deuten.

[3]) Kf. hatte (d. Potsdam 1./11. Oktober 1682) v. Br. beauftragt, dort wegen Verhinderung des Marsches lüneburgischer Truppen nach Ostfriesland die nötigen Vorstellungen zu machen und eine Ordre an den in Oldenburg kommandierenden Offizier zu veranlassen. S. Pufendorf XVIII, § 31 (S. 1414); Wiarda, Ostfriesische Geschichte VI, S. 171.

müßte man dieses zu verhindern suchen, denn wenn die Herzoge so Gelegenheit finden sollten, ihre Quartiere auszudehnen, würden sie dadurch Mittel finden, ihre Truppen zu unterhalten, worauf sie jetzt so pochten. Der König hätte schon vor 14 Tagen dem kommandierenden Offizier im Oldenburgischen, Obersten Pott, Befehl erteilt, sich diesem Marsch zu opponieren und keine Passage zu gestatten, und er hätte ihn jetzt angewiesen, mit v. Spaen zu korrespondieren. Der Kommandant von Glückstadt hat Ordre erhalten, die 300 Mann, welche Kf. die Elbe hinunter dorthin schicken will, in die Festung einzunehmen und zu schützen und sie nach ihrem Belieben auf die Schiffe gehen und wieder in die Festung hineinzulassen.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Copenhagen 28. November / [8. Dezember] 1682.

[Dänische Rüstungen zu Lande und zu See.]

8. Dez. Da von den Potentaten in der Nachbarschaft starke Rüstungen vorgenommen werden, auch Holland die Werbung von etlichen tausend Mann beschlossen hat und der König von Schweden mit dem Transport der Truppen nach Deutschland im künftigen Frühjahr scheint Ernst machen zu wollen, hat auch der König von Dänemark, um aller Gefahr zuvorzukommen, beschlossen, in aller Eile eine konsiderable Werbung anzustellen. Jedes der neun Regimenter zu Fuß soll von 1600 auf 1800 Mann verstärkt und fünf neue Freikompagnien geworben werden. Demnächst sollen auch 3000 Reiter und zu den neulich geworbenen 400 Dragonern noch 500 in sechs Eskadrons gerichtet werden. Ferner gedenkt der König noch in Schottland 2—3000 Mann werben zu lassen. Außerdem hat sich der Graf von Tecklenburg erboten, dem Könige ein Regiment zu Pferde und eins zu Fuße zu liefern. Der König denkt auch schon auf Mittel, um die Flotte gegen künftigen Sommer so instand zu setzen, daß sie nicht nur die Ostsee, sondern auch die Elbe maintenieren könne, und trifft schon Anstalten, damit im Anfang des Vorjahres die hiesige, aus 30 Kriegsschiffen bestehende Flotte eher als die schwedische in See laufen und den Transport der schwedischen Truppen verhindern möge.

König Christian an den Kurfürsten. D. Friedrichsburg 6./[16.] Januar 1683.

[Auf ein Schreiben vom 27. Dezember.[1]) Rat, mit Frankreich wegen Verhinderung des Transportes schwedischer Truppen nach Deutschland in Verhandlungen zu treten.]

16. Jan. Er meint, daß man die französischen Ouverturen, obgleich sie noch etwas general sind, nicht gänzlich außer acht lassen, sondern darüber sich mit Frank-

[1]) Kf. hatte (d. Potsdam 27. Dezember 1682 / 6. Januar 1683) dem Könige den Bericht Spanheims vom 25. Dezember (s. oben S. 454) darüber, wie man sich jetzt

reich in wirkliche Handlung einzulassen habe, zumal einige avantages von dorther zu hoffen sein dürften, oder man wenigstens Frankreichs eigentliche Intention bei den gegenwärtigen Konjunkturen, auch wie weit es zur Hintertreibung dieses Transportes oder, wenn dieser nicht gehindert werden könnte, zu Dissipierung der transportierten Truppen zu konkurrieren gesinnt sei, dadurch würde ergründen können. In Frankreich meint man, daß, wenn dieser Transport sich nur auf einige tausend Mann erstrecken sollte, man dieselben wohl ohne besondere Gefahr passieren lassen könnte. Er aber hält beides für gleich schädlich, da Schweden so nach und nach unter der Hand doch ein konsiderables Korps formieren könnte, meint daher, sie sollten dieses gesamter Hand dort remonstrieren und es dahin zu bringen suchen, daß jeder schwedische Transport, er sei groß oder klein, für eine Aggression genommen und folglich conjunctis viribus verhindert werden müsse.[1])

König Christian an den Kurfürsten. D. Copenhagen 23. Januar / [2. Februar] 1683.

[Auf das Schreiben vom 14. Januar. Mitteilung seiner dem französischen Gesandten gemachten Vorschläge.]

Der hiesige **französische** Gesandte hat in einer gestern abgehaltenen Konferenz nicht allein bestätigt, daß sein König es für absolut notwendig halte, den schwedischen Transport zu hindern, sondern auch seine Gedanken darüber zu vernehmen begehrt, wie ein solches Vorhaben ins Werk zu setzen und wie die Reichsstände, welche bisher dem Frieden entgegen gewesen, auf andere Gedanken zu bringen seien. Er hat ihm darauf mitteilen lassen, daß der Transport entweder durch eine hinlängliche Flotte zu Wasser verhindert, oder, wenn dieses nicht gelingen sollte, die transportierten Truppen zu Lande angegriffen und dissipiert werden müßten, bevor sie sich mit anderen verbinden oder verstärken könnten, daß er bereit sei, zu beidem zu konkurrieren, aber unter der Bedingung, daß 1. Frankreich ihm und dem Kf. mit extraordinären Mitteln dazu an die Hand ginge und 2., falls die **Gen. Staaten** Schweden Hilfe leisten sollten, ihm assistiere, die Gen. Staaten zu Lande und zu Wasser wirklich attaquiere, und um sie desto mehr zu intimidieren und das Haus **Lüneburg** von einer Verbindung mit den Schweden oder einer Diversion gegen ihn abzuhalten, 2. Febr.

---

französischerseits über den Transport schwedischer Truppen nach Deutschland erklärt habe, mitgeteilt und ihn gebeten, ihm seine Meinung darüber zu eröffnen.

[1]) Kf. erwidert dem Könige (d. Cöln 14./24. Januar 1683), er sei damit einverstanden, und ersucht ihn, mit dem dortigen französischen Gesandten darüber verhandeln zu lassen, ihn fortlaufend von dem Verlauf der Verhandlungen zu unterrichten und nichts Hauptsächliches darin zu beschließen, bevor er ihm seine Gedanken darüber eröffnet habe.

beizeiten eine konsiderable Armee an den Oberrhein schicke und womöglich diesseits desselben Posto fassen lasse. Mit den dem Frieden widerstrebenden Reichsständen müßten gütliche Traktaten vorgenommen und, wenn diese nicht zureichen sollten, sie durch force dazu genötigt werden. Er hat sich soweit herausgelassen, um dadurch auch Frankreich zu veranlassen, sich specialiter darauf zu erklären und so seine eigentliche Intention zu offenbaren, und er hofft, daß Kf. damit einverstanden sein, sich gegen Frankreich in gleicher Weise erklären, ihn über den Verlauf seiner Verhandlungen mit Frankreich und über seine Gedanken und Absichten in dieser Angelegenheit unterrichten und nichts Schließliches ohne vorhergehende gemeinsame Abrede eingehen werde.

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Cölln 3./[13.] Februar 1683.

[Auf das Schreiben vom 23. Januar. Die zu ergreifenden Maßregeln. Mißbilligung der Aufstellung einer französischen Armee jenseits des Rheins und gewaltsamen Vorgehens gegen die renitenten Reichsstände.]

13. Febr. Dank für die vertrauliche Eröffnung. Der König wird inzwischen wohl schon vernommen haben, was in der über dieselbe Angelegenheit zwischen Rébenac und einigen seiner Räte gehaltenen Konferenz vorgekommen ist.[1])

Was den besageten Transport anlanget, bin ich mit Ew. K. M. allerdings einig, daß man selbigen auf alle mögliche Weise und Wege verhinderen und dawieder in Zeiten mit der Crone Franckreich gewisse mesures zu nehmen und jetztgedachte Crone umb zulängliche Mittel zue Erreichunge dieses gemeinsamen Zweckes anzusprechen hätte, wie ich dann ebenmäßig solches bei vorbemelter Conferenz tuen lassen und mit Verlangen darauf die Erklärunge erwarte. Daß man aber gleich jetzo weiter gehen und insonderheit wegen Anführunge einer frantzösischen Armee an dem Unter-Rhein und zwar diesseits etwas gewisses begehren oder concertiren möchte, solches dürfte meines Erachtens noch zur Zeit etwas frühezeitig, auch bei dem jetzigen Zustande des Reiches, da man im Werke begriffen, die Friedenshandelunge zwischen dem Reiche und der Crone Franckreich zue Regensburg fortzusetzen, höchst schädlich sein.

Was die équippage in Holland[2]) betrifft, so ist mir zwar desfalls beigehendes Project zugekommen, ob solches aber vollenzogen, oder noch

[1]) S. das Reskript des Kf. an Spanheim vom 6./16. Februar 1683 oben S. 460f.

[2]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux I, S. 135, 141.

vollenzogen werden solle, ist mir nicht wissend. Ich werde aber den Staat durch alle diensame remonstrationes von diesem Transport zu dehortiren und abzubringen suchen und will nicht ermangelen, Ew. K. M. von dem succès part zu geben.

Belangend die bishero wieder die Friedenshandelunge renitirende Stände im Reiche, da stehet noch zu hoffen, es werde der gegenwärtiger gefährliche Zustand des Reiches, die versicherte Türkengefahr und die heilsame und gegründete remonstrationes der wohlgesinnnten dieselbe auf andere Gedanken bringen. Ich befinde auch das erste Mittel, so Ew. K. M. höchst vernünftig vorschlagen, nemblich die gütliche Tractaten, sehr gut. Bei dem anderen dörfte dahero ein großes Bedenken sein, weil mir nebst Ew. K. M. an Conservation des Reiches zum höchsten gelegen, dieselbe aber dabei unvermeidlich periclitiren, ja wohl alles gar übern Haufen gehen möchte, wann Franckreich einige Hostilitäten anfangen oder auch nur Zeit währenden Tractaten zue Regensburg mit den Reunionen aufs neue verfahren sollte. —

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 6./[16.] Februar 1683.

[Einverständnis des Königs damit, daß Frankreich von feindlichen Maßregeln gegen das Reich abzuhalten sei. Verlangen höherer Subsidien. Argwohn wegen der Verhandlungen des Kf. mit Amerongen. Das Vorgehen gegen Schweden.]

Er hat dem König das Protokoll der von Meinders und Fuchs mit Rébenac gehaltenen Konferenz mitgeteilt, worauf ihm dieser durch den G. Kanzler und Ehrenschildt hat anzeigen lassen, er sei mit Kf. darin einverstanden, daß, nachdem durch dessen Bemühungen in Regensburg ein allgemeines Reichsgutachten wegen Reassumierung der Friedenstraktaten zustande gekommen sei, man trachten müsse, den König von Frankreich dahin zu disponieren, daß er zur Beförderung des Friedens alle Fazilität beitrage und besonders wider keinen Reichsstand mit ferneren Reunionen oder Hostilitäten fortfahre, sondern der Friedenshandlung ohne Präfigierung eines gewissen und engen Termins ihren Lauf lasse, ferner aber müßten sie beide dem französischen Hofe wegen Vermehrung der Subsidien ernstlich zusprechen, da sie in statu dubio nicht mehr verharren und Frankreich zu gefallen mit so großen Kosten soviel Truppen und Kriegsschiffe unterhalten könnten, wenn sie nicht mehr subsides d'action (da der jetzige Friede noch kostbarer als ein wirklicher Krieg 16. Febr.

wäre) von Frankreich erhielten. Dabei erwähnte der G. Kanzler, daß die Negotiation Amerongens[1]) und daß Kf. den Staat die weiche Seite sehen ließe, den Kaiser zu noch weiterer Dilation des Friedenswerkes induzieren könnte, und er redete so, als wenn man ein changement de parti seitens des Kf. präsumierte,[2]) dem er aber lebhaft widersprochen hat. Den Transport der schwedischen Truppen betreffend, ist der König noch immer der Meinung, daß dieser auf jede Weise verhindert werden und daß man darin mit Frankreich de concert gehen müsse. Er hat versichert, daß auch Kf. fest bei Frankreich stehen und die Schweden nicht gegen sein eigenes Interesse auf den deutschen Boden werde kommen lassen.[3])

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Cöllen 14./[24.] Februar 1683.

[Französische Anträge wegen kriegerischen Vorgehens gegen Schweden.]

24. Febr. Rébenac hat ihm auf erhaltene Ordre eröffnet, daß sein König, nachdem er die böse Intention des schwedischen Hofes wider ihn und dessen Begierde zur Anzündung eines Kriegsfeuers in Deutschland erkannt, beschlossen habe, gar keine mesures mehr mit dieser Krone zu halten, sondern für nötig erachte, ihr gegenüber das praevenire zu spielen. Er wäre daher begierig, mit dem König und Kf. über die bereits genommenen noch ferner alle nötige mesures zu konzertieren und desfalls etwas Gewisses zu schließen, mit der Erklärung, daß die vorhin bereits stipulierten subsides de guerre, sobald das Concerto getroffen sein würde, gezahlt werden sollten. Er verlangte von Herzen, daß der König in Schonen oder Bremen und Kf. in Vorpommern ihre völlige Vergnügung und Sicherheit finden und etablieren möchten, für sich selbst verlangte er vorläufig nur, daß sie beiderseits bei den mit ihm getroffenen foederibus fest und beständig verharrten und das, wozu sie sich in denselben verpflichtet hätten, leisteten.

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 650.

[2]) S. Spanheims Relation vom 19./29. Januar 1683 oben S. 456f.; vgl. auch Négociations de Mr. le Comte d'Avaux I, S. 134.

[3]) v. Br. berichtet 13./23. Februar 1683, der König sei mit Kf. darin einverstanden, daß das Heranführen einer französischen Armee an den Unterrhein noch zu frühzeitig sei, er wünsche nur, daß eine solche für den Notfall, wenn die Reichsstände sich des Friedens halber gänzlich auf die Hinterbeine setzen sollten, bereit gehalten werde, wodurch auch die dem Frieden feindliche Partei in Holland und die Herzoge von Lüneburg en echec gehalten und Schweden von dem Transport der Truppen detourniert werden könnte. Die Opinion, welche der König gefaßt habe, als wenn Kf. die Partei changieren werde, sei infolge des Schreibens des Kf. vom 3. Februar ziemlich geschwunden.

Er erwartet des Königs Gedanken darüber, er selbst findet keine sonderbaren Schwierigkeiten dabei, wenn Frankreich das gesamte lüneburgische Haus oder auch nur Celle und Wolfenbüttel durch Offerierung eines guten Stückes von Bremen und Verden dahin disponieren könnte, mit einzutreten und mit ihnen zusammen das Werk auszuführen.[1])

König Christian an den Kurfürsten. D. Copenhagen 6./[16.] März 1683.

[Sendung Ehrenschilds zu den Herzögen von Braunschweig. Mahnung zu schleunigem Abschluß der Verhandlungen mit Frankreich.]

Auf die Kunde, daß zwei schwedische ministri sich an den lüneburgischen Höfen eingefunden haben und auf den Schluß der längst vorgewesenen näheren Zusammensetzung derselben mit Schweden dringen sollen, hat er Ehrenschild befohlen, zuerst sich dorthin zu verfügen, um womöglich dieses schwedische Vorhaben zu vereiteln, zugleich die Intention des gesamten Hauses zu penetrieren und nachher dem Kf. desto gründlicheren Bericht von allem abzustatten. 16. März

Da er aus Schweden Nachricht erhalten, daß dort Graf Magnus de la Gardie wieder wirklich zum Conseil gezogen, der Kredit derjenigen, welche es bisher gegen Frankreich mit dem Kaiser gehalten, merklich abnehmen und daß auch der schwedische Minister in Frankreich sich sehr insinuieren und zu Retablierung der früheren Freundschaft nachdenkliche avances tun soll, so gibt er zu bedenken anheim, ob man nicht darauf Reflexion machen, die jetzigen günstigen Konjunkturen benutzen und durch eine feste Zusammensetzung mit Frankreich Schweden die Hoffnung zu Erneuerung der alten Freundschaft abschneiden solle, und ersucht Kf., mit Rébenac ebenfalls zum Schluß zu schreiten.

---

[1]) König Christian erwidert darauf (d. Copenhagen 24. Februar / [6. März] 1683), der König von Frankreich habe ihm ebensolche Eröffnungen machen lassen und er habe sich schon mit dem französischen Gesandten über ein Konzert verglichen; es würde ihm lieb sein, wenn auch Kf. mit Rébenac zum Schluß käme. Er werde seinen Geheimen Rat Ehrenschildt demnächst zu Kf. schicken, um das, was dieser Sache halber zwischen ihnen zu konzertieren nötig sein möchte, zu verabreden. Kf. antwortet darauf 4./14. März 1683, er sei mit Rébenac noch nicht so weit gekommen, werde sich auch nicht eher engagieren, bis er von den specialia, worauf seitens des Königs das Werk eingerichtet sei, durch Ehrenschildt eigentliche Nachricht erhalten habe, besonders, wie sich das Haus Lüneburg, namentlich Celle, bei dieser Sache verhalten wolle.

F. v. Brandt an den Kurfürsten.
D. Coppenhagen 10./[20.] März 1683.

[Kriegseifer in Dänemark.]

20. März Man macht hier[1]) nicht so große Reflexion auf das Friedensnegotium im Römischen Reich, sondern ist vielmehr darauf bedacht, wie man Schweden in die Haare kommen möge, man hat daher dem französischen Gesandten zu verstehen gegeben, daß die Interpretation der Frage, ob Schweden causam belli gegeben hätte oder nicht, bei den Alliierten sein und daß der geringste Transport schwedischer Truppen pro iusta belli causa gehalten werden müßte. Daher rüstet man hier vorläufig in aller Eile sechs Kriegsschiffe aus, um den Transport zu observieren, und karessiert das Haus Lüneburg, weil man sieht, daß dieses alle Desseine gegen Schweden hindern kann. Der G. Kanzler hat ihm neulich gesagt, des Königs und des Kf. ergon wäre, auf Schweden zu gedenken, von dem man etwas gewinnen und Konquesten machen könnte, die anderen Sachen im Römischen Reich wären nur parerga, es wäre genug, daß man officia anwendete, den Frieden zu befördern, das übrige könnte man Frankreich überlassen. Jetzt wäre die beste Zeit, mit Schweden Krieg zu führen, da es sich von dem vorigen Kriege noch nicht erholt hätte, wenn man ihm aber Zeit ließe, so würde es sich in wenig Jahren in eine so konsiderable Verfassung zu Lande und zu Wasser setzen, daß es dem Könige und dem Kf. zu redoutable sein würde. Der König wünschte nichts mehr, als daß Schweden die Provinzen in Deutschland verlieren und daß Kf. ganz Pommern und das Haus Lüneburg den größten Teil des Herzogtums Bremen haben möge, er prätendierte für sich nur Wismar und eine Passage durch Bremen nach Oldenburg, sein Interesse dabei bestände darin, daß er von Schweden nicht so wie bisher überall umringt sein und eine gute Flotte ausreichen würde, ihnen zu resistieren und sie von den dänischen Grenzen abzuhalten. Von Schonen sprach der G. Kanzler nicht, so daß er nicht weiß, ob man deswegen auch eine Garantie bei Frankreich sucht, falls man es wiedererobern sollte, doch hat man es dem Kaiser sehr verdacht, daß er in dem letzten Bündnis mit Schweden Schonen garantiert hat.

Der König setzt die Rüstungen zu Lande und zu Wasser fort und ist sehr entrüstet darüber, daß Hamburg die dänischen Werbungen verboten hat. Er hat den Hamburgern gedroht, wenn sie dieselben nicht wieder gestatteten, werde er alle hamburgischen Schiffe auf der Elbe bei Hitlersandt anhalten oder in Grund schießen lassen, und hat schon Anstalten dazu getroffen.

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 90 (S. 1469).

König Christian V. an den Kurfürsten. D. Copenhagen 31. März / [10. April] 1683.

[Mahnung zu schleunigem Abschluß des Konzertes mit Frankreich.]

Gabel hat ihm berichtet, daß des Kf. ministri mit Rébenac über das zu errichtende Partikulierkonzert zwar abermals in Konferenz gewesen sind, aber darüber noch nicht haben einig werden können und alles bis zur Ankunft seines Geheimen Rates v. Ehrenschildt ausgesetzt haben. Da diese sich verzögern könnte, inzwischen aber die Sachen sich so anlassen, daß seines Ermessens die völlige Feststellung des Werks mit Frankreich nicht länger ausgestellt werden darf, zumal jetzt nicht mehr daran zu zweifeln ist, daß die Schweden eine Armee nach Deutschland überzuführen entschlossen sind und was sie bisher in contrarium ausgestreut, eine pure finesse gewesen ist, um sie beide einzuschläfern, indem nicht allein die Equipage ihrer Flotte mit ungemeinem Eifer fortgesetzt, sondern auch der zum Transport nötige Proviant und Fahrzeug bereits an den Seeküsten bei der Hand geschafft wird, so ersucht er Kf., mit der Vollziehung seines Partikulierkonzerts mit Frankreich nicht weiter anzustehen, sondern damit zum Schluß zu schreiten, da, wie er aus Frankreich Nachricht hat, Rébenac beordert sein soll, es auf den Fuß des seinigen[1]) abzuschließen, und sonst zu besorgen ist, daß das längere Zögern nicht nur bei Frankreich Ombrage erregen und es wegen der deutschen Provinzen Schwedens auf andere Gedanken bringen, sondern inzwischen auch Schweden Zeit finden könnte, den Transport zu vollführen. 10. April

Er wird indessen nicht unterlassen, auf die Contenance der Schweden ein wachsames Auge zu halten, und dazu ehestens einige Schiffe in See gehen und daselbst kreuzen lassen und auch die Equipage seiner Flotte so beschleunigen, daß, falls nur nicht die Ratifikation seines Konzerts mit Frankreich nach des Kf. Konzert zurückgehalten wird, diese sowohl als auch seine Armee im Mai völlig imstande sein könne.

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Potstam 6. / [16.] April 1683.

[Auf das Schreiben vom 31. März. Ursache der Verzögerung der Verhandlungen mit Frankreich. Ankunft Ehrenschildts.]

Daß man wegen der Konditionen des Präliminartraktates[2]) noch nicht hat einig werden können, das rührt nicht von ihm, sondern von Rébenac her. Er 16. April

[1]) Der Vertrag zwischen Dänemark und Frankreich war schon am 4. März zu Kopenhagen abgeschlossen worden. S. Recueil des instructions XIII, S. 43f.

[2]) S. über die Verhandlungen darüber die Berichte Rébenacs aus dem März und April 1683 (Prutz, S. 362f.).

hat sich schon vor drei Wochen geneigt erwiesen, auf dieselbe Art, wie der König, zu traktieren und zu schließen, R. aber hat behauptet, er hätte keine Ordre dazu, sondern hat ein Projekt gemacht, welches in substantia von dem dänischen diskrepierte, und als er Bedenken getragen, es zu vollziehen, hat R. es zwar geändert, aber es dennoch vorher nach Frankreich durch einen Expressen schicken wollen, auf dessen Zurückkunft das Werk jetzt beruht. R. besteht noch jetzt darauf, daß er keine Ordre habe, auf den Fuß des Kopenhagenschen Traktats zu schließen. Er hat Gabel von diesem ganzen Verlauf part geben lassen, inzwischen ist Ehrenschildt angelangt. Er hat denselben heute vernommen und wird ungesäumt mit ihm konferieren und nichts ermangeln lassen, was zur Beförderung ihres beiderseitigen Interesse nötig und diensam erfunden werden wird.

Aufzeichnungen über die mit den dänischen Gesandten geführten Verhandlungen.[1]

14. April Mittwoch, den 4./14. April, haben er und Fuchs den dänischen Gesandten v. Ehrenschildt nacheinander besucht. Zu ihm hat er gesagt, daß er Kf. je eher je lieber aufzuwarten wünschte, und auf seine Anzeige, daß Kf. wegen seiner vorhabenden Devotion ihm erst Sonnabend morgen Audienz geben könnte, gefragt, ob nicht die Audienz ihm eher erteilt oder indessen mit der Konferenz ein Anfang gemacht werden könnte.

Er hat darauf von seiner Verrichtung an den braunschweigischen Höfen einiges berichtet. Er wäre zuerst in Celle, dann in Hannover und Wolfenbüttel gewesen, sei dann wieder nach Celle zurückgekehrt und hätte dort die ministros von allen drei Häusern vorgefunden. Seine Proposition hätte hauptsächlich in Vorstellung einer Defensivallianz, wozu Wackerbart[2]) in Dänemark Anlaß gegeben, bestanden, er hätte aber zwei Spezialpunkte annektiert: 1. falls sein König wegen des schwedischen Transportes mit Schweden aneinander geraten sollte, daß das fürstl. Haus solches pro casu foederis halten und darin Dänemark beitreten möchte, 2. daß dasselbe den Frieden im Reich mit Frankreich auf den Fuß der von Frankreich getanenen Proposition befördern möchte. Ad primum hätte das fürstl. Haus bezeugt, daß dieser Transport ihnen vieler Ursachen halber garnicht anständig wäre, man hätte auch besonders cellischerseits, wie obiter von einigen Konquesten Erwähnung geschehen, solches gern angehört und dazu nicht wenig Inklination bezeugt. Ad secundum hätte man kontestiert, daß sie solches zwar nicht befördern könnten, aber es geschehen lassen wollten, und eine Erklärung wegen der vota zu Regensburg zu weiterer Deliberation ausgesetzt. Vorher aber müßte Frankreich versichern, mit ferneren

[1]) Von Meinders' Hand.
[2]) Lüneburgischer Gesandter in Dänemark.

Reunionen einzuhalten, bis das Reich etwas von dem, was Frankreich jetzt in Possession hätte, mit Waffen angriffe.

Er hätte deswegen mit dem Comte d'Arcy geredet und sie hätten beide deswegen nach Paris geschrieben, jener hätte ihnen aber auch zu verstehen gegeben, daß es schwerlich bei Frankreich dahin zu bringen sein werde, da der König nicht in so kostbarer Verfassung und steter Unsicherheit bleiben, auch nicht ein so gutes Tempo wider den Kaiser vergeblich hinstreichen lassen würde.

Das fürstl. Haus hätte bei allen Konferenzen bedungen, daß sie nichts in diesen Sachen tun und resolvieren könnten, bevor sie des Kf. Intention wüßten. Sie hätten behauptet, von des Kf. Hofe Nachricht zu haben, daß in des Kf. Konduite eine Änderung eingetreten sei. Er hätte dieses bestritten und gesagt, es wäre zwar wegen Oranien Disgusto gewesen, diese Sache wäre aber jetzt stille.

Wegen Subsidien von Frankreich wäre auch Erwähnung getan und deshalb dorthin geschrieben worden.

Das fürstl. Haus hielte davor, daß sich der Kaiser schwerlich zur Acceptierung der französischen Propositionen erklären würde, dem verschiedene Reichsstände, besonders Hessen-Kassel, fest adhärierten. Man wollte alles überlegen und, wenn Eh. zurück nach Hamburg gehen würde, sich dort einfinden und die Konferenz reassumieren, bis dahin bäten sie mit Tätlichkeiten einzuhalten.

Er wüßte nicht, ob das Haus jemand von den hier Anwesenden die Negotiation auftragen werde, er zweifelte aber daran und hielte für nötig, daß bei der bevorstehenden Konferenz in Hamburg jemand sowohl von Frankreich als auch von Kf. dabei sei.

D. 7./17. April 1683 Potstam.

H. von Ehrenschild, 17. April
H. von Gabel,
H. Fuchs
et ego,

H. von Ehrenschild: 1. Ob nicht mit Gr. Rébenac serieusement zu reden, daß er das Projekt mit Kf. vollziehen möge, cum in mora periculum, weil Kf. sonst noch ungewiß, cum protestatione der Inconvenientien.

2. Réb. erkläre sich wie er wolle, ob nicht indessen das Konzert wegen der Aktionen zu adjustieren? Der König könnte allein das Werk nicht angreifen, es wäre ihm zu schwer ohne Kf. Periculum esse in mora, da Schweden mehr Anstalt machte als jemals, mit dem Kaiser und dem Staat alliiert wäre, Braunschweig suchte, Holland möchte auch Schiffe zum Transport schicken, Bremen und Pommern wären ledig und übel besetzt, könnten in einer Kampagne acquiriert werden. Sollte man länger warten und Schweden den Transport tun, würde alles schwerer werden und sie mehr Alliierte bekommen.

3. Ob Kf. sub conditione, daß Frankreich den Traktat vollzöge, das Konzert mit Dänemark machen wollte, um den Transport actu zu verhindern.

Das Konzert zwischen dem König und Kf. wäre auf folgende Punkte einzurichten:

1. Wann mit der Aktion gegen Schweden ein Anfang zu machen?
2. Wie und auf was Weise?
3. An welchem Ort?
4. Mit was force Kf. agieren werde und wie bald die Kavallerie imstande?

ad 1 hielte der König dafür:

Der casus mit dem schwedischen Transport existierte, es wäre nicht zu warten, bis die Schiffe ausliefen, und es müßte sofort nach gemachtem Konzert angehen, ehe die Ratifikationen erwartet würden, oder sobald der König die Tätlichkeiten anfinge.

ad 2. Das gebe die Natur und Situation, daß nämlich Kf. Pommern anzugreifen, der König zu Wasser mit der Flotte den Transport zu hindern, auch sonst allen Abbruch zu tun und zu Lande das Herzogtum Bremen anzugreifen habe.

Q. ob etwas wegen der Konquesten und deren Garantierung ins Konzert zu bringen? Nicht allein was in Deutschland, sondern auch was in Schonen, Norwegen usw., weil der König die größten Unkosten und Gefahr aussteht.

Was den Staat betrifft, da wären zwar die foedera gemacht, der Staat aber würde nicht leicht etwas vornehmen oder Assistenz leisten, weil 1. viele membra, wie Amsterdam, ad pacem inklinierten, 2. sie befürchten müßten, daß Frankreich und wohl gar England dem Staat auf den Hals fallen würden.

A Caesare nihil timendum propter bellum cum Turcis.

Inserebat, die Konjunkturen wären günstig, Frankreich wäre von Schweden separiert, ja konsentierte und verlangte, daß sie gar vom deutschen Boden kämen. In Schweden wären viele disgustiert. Rex Daniae wäre in solcher Postur wie jemals, sollte er sie nicht gebrauchen, so könnte er sich hiernächst nicht wieder also setzen.

Braunschweig-Lüneburg betreffend repetierte er, was er bereits zu Berlin referiert und worauf es geblieben. Praelegit die schriftliche Antwort, mündlich wären sie weiter gegangen und hätten dabei kontestiert, daß, wenn sie nur wegen des Reiches die Sicherheit hätten, sie in nähere mesures treten würden.

Gibt sich das Haus ins Konzert, so könnte der König mit ihm sowohl wegen der Attacque als der Teilung sich vergleichen. Wofern das Haus nicht ganz, sondern Zell und Wolffenbüttel ins Konzert treten wollten, ob man nicht solches zu acceptieren hätte. Rex putat quod sic.

4. Wenn keines von den Häusern beitreten wollte, ob man's zur Neutralität [zu bringen suchen sollte]? Ita ut nullum auxilium sub quocunque praetextu Suecis praestet.

5. Si neutrum, würden der König und Kf. sie angreifen müssen, und zwar ante Suecos und zuerst, gegen Schweden aber solchenfalls defensiv gehen. Quo casu Frankreich zur Diversion gegen sie zu bewegen, und daß es zu solchem Ende eine Armee am Unterrhein [aufstellen sollte].

Wegen des Konzertes würde der König sich gern mit Kf. vernehmen, ob sie conjunctim oder separatim, et ubi? Das fürstl. Haus werde sich bei vermerkendem Ernst akkommodieren und des Streichs nicht erwarten.

Hiernächst wäre mit Cöln und Münster zu konferieren wegen Formierung eines Korps usw.

Quid cum Gallis? Omnia superiora, und daß sie ein corpus gegen den Unterrhein, item dem Staat Anzeige zu tun, daß, wofern sie den Transport favorisierten, Frankreich dieses pro casu belli halten und brechen wollte.

Nos commendavimus causam wegen Ostfriesland, Braunschweig und den Staat, welcher Kriegsvölker in die Herrschaften Esens und Wittmund zu werfen suche unter dem Prätext des Lehns von Gelderland.

Nos nach genommenem Abtritt haben S[r]. Chf. D. von obigem Rapport getan, welcher uns befohlen, den dänischen ministris wiederum zu hinterbringen:

1. Daß er mit den Gedanken des Königs wegen der jetzigen Konjunkturen einig wäre, daß nämlich der Transport der schwedischen Truppen nach Deutschland quovis modo zu verhindern und das jetzige Tempo gegen Schweden in acht zu nehmen. Er sei bereit, dieses zu effektuieren und was zur Erreichung dieses scopi diensam sei, werkstellig zu machen. Da aber bisher der Präliminarvertrag von Frankreich noch nicht vollzogen sei, was gleichwohl absolute nötig wäre, so wollte er zwar deswegen bei Graf Rébenac fernere Erinnerung tun lassen, die dänischen Minister aber würden auch ihm desfalls eifriger zuzusprechen befugt sein. Ferner könnte alles, was in der Proposition der dänischen Minister enthalten, eventualiter mit demselben überlegt und konzertiert werden, und zwar ex causis zu Berlin. Sie erhalten Befehl, mit ihnen solche Konferenz conjunctim anzutreten. Indessen wollte Kf., der bisher nicht eigentlich gewußt, woran er wäre, sich nach Möglichkeit in Postur stellen, um das, was das bevorstehende Konzert geben würde, zu exequieren. Er müßte hierbei vornehmlich auf den Kaiser und das Haus Braunschweig Reflexion nehmen. Es wäre zwar nicht zu vermuten, daß der Kaiser durch einen schleunigen Vergleich in Ungarn mit den Türken und den Rebellen seine größte Macht von dort wegnehmen und nach Schlesien gegen Kf. ziehen werde, da man aber in Wien so wenig Reflexion auf die Türkengefahr mache, daß man den von Frankreich vorgeschlagenen Frieden nicht habe annehmen wollen, zudem die Allianz mit Polen geschlossen, so müßte er darauf ein besonderes Absehen richten und sowohl gegen Schlesien als auch gegen Polen die Sicherheit seines Staats in acht nehmen.

Wegen Braunschweig-Lüneburg müßte man gewiß sein, wessen man sich zu diesem Hause zu versehen, denn sollte das erste, zweite oder dritte Expediens fehlen und es zum vierten kommen, so wäre er mit des Königs Sentimenten auch darin einig, daß man dieses Haus zuerst und eher als Schweden angreifen und gegen dieses zu Lande defensive gehen müßte. Da Kf. solchenfalls alle seine Kriegsanstalten danach richten und diese nicht an der Oder und nach Pommern, sondern nach der Elbe wärts formieren müßte, so hielte er für nötig, daß die von dem Hause selbst veranlaßte Konferenz un-

gesäumt fortgesetzt werde, um dann desto gewissere mesures nehmen zu können, auch er wollte dahin senden und vorher an die Häuser schicken. Die von Braunschweig-Lüneburg geschehene Erinnerung wegen Frankreich, daß der König während dieser Troublen nicht sich der Konjunkturen gegen das Reich prävalieren und gegen dieses nicht mit Reunionen, weniger mit Hostilitäten verfahren möchte, fände er dem Interesse des Reichs und dem gemeinen konform, wollte auch deswegen in Frankreich durch seinen Minister und an Rébenac Remonstration tun lassen, auch der König würde damit gewiß kontinuieren.

Beim Staat wollte Kf. wegen Favorisierung des Transports aus Schweden ebenfalls behörige Vorstellungen tun lassen, auch daß dieses von Frankreich geschehe befördern, und deswegen mit Rébenac und Amerongen reden lassen.

Im übrigen werde man zu Berlin diese Konferenz reassumieren und sich ferner zeigen, was bei der Sache zu tun. Wegen der Konquesten werde man sich leicht vereinigen, wenn man sich zu Hamburg vernehmen werde.

Illi: Der casus wegen des Transports wäre gleichsam purifiziert, man prätendierte daher, daß Kf. nicht mehr konsultieren würde, ob der Transport zu verhüten oder nicht, sondern:

1. daß der Transport zu verhindern,
2. daß, sobald der König dieses täte und zu diesem Zweck die Schweden attackierte, Kf. zugleich in Ruptur trete.
3. Es bleibe nur die Frage übrig, wo zu agieren, ob wider Pommern oder wider Braunschweig, auf allen Fall könnte Kf. die Anstalt machen, daß durch den Neuen Graben alles aus der Oder nach der Elbe gebracht werden könnte. Petunt, daß das ganze Werk jetzt konzertiert werde, sind zufrieden, daß alles conditionaliter gesetzt werde, wenn Frankreich den Traktat approbiere und vollziehe.

Als sie darauf einen Abtritt genommen und dem Kf. von allem Rapport abgestattet, hat derselbe reiflich überlegt, was bei ein und andern Resolutionen für Bedenken und Schwierigkeiten sich ereigneten, denn, wenn der Transport der schwedischen Truppen nach Deutschland, wie solches jetzt in Schweden gewiß resolviert wäre, werkstellig gemacht würde, so wäre der Krieg gewiß und alsdann die Operation seinerseits viel schwerer, ja er würde wohl gar defensive gehen müssen, deswegen wäre es besser, zu prävenieren und den Transport zu hindern. Wenn nur der König von Dänemark solches täte und es dadurch zur Ruptur mit Schweden käme, solchenfalls erklärte er sich auch darein zu treten und wirklich zu agieren, zu welchem Ende er dann mit dem G. Feldmarschall reden und zu allem benötigte Anstalt machen wollte.

Wir haben S^r. Chf. D. ein und anders de incommodis belli untertänigst vorgestellet, als 1. dero Indisposition und ungewisse Gesundheit, 2. die Furcht der Contagion, 3. den Mangel der Mittel und daß die französische subsidia wenig ausreichten, weil die Artillerie formieret, die Cavallerie verstärket und sonsten verschiedene andere Sachen ange-

schaffet werden müßten. S. Chf. D. sein bei der Resolution geblieben und haben uns gn. befohlen, dieselbe denen von Dennemarck zu hinterbringen, dabei auch zu melden, daß Sie jemand nach Hamburg senden würden.

Sie haben alles den dänischen ministris referiert und sind darauf nach Berlin gegangen, um dort die Konferenz zu kontinuieren.

Den 10. April haben die dänischen ministri mit Graf Rébenac konferiert. 20. April

Den 11. April sind sie zu uns in des Geh. Rats Meinders Haus gekommen. 21. April

H. v. Ehrenschild praelegebat ein Projekt wegen des Konzerts.

Bei Art. 2 ist die Frage, ob Dänemark die Schweden angreifen wolle, obschon an schwedischer Seite der Transport der Truppen garnicht geschehe oder wenn gar die Anstalt dazu zurückginge.

2. Ob Rébenac hierüber zu vernehmen oder damit einig?

ad 6. Ob ein à part Articul um Münster in partem zu ziehen, wenn Braunschweig-Lüneburg nicht wollte? Quod placuit. Quaerebatur, wie bald Kf. in die wirkliche Aktion treten könnte? Nos referemus Serenissimo, Kf. werde alles, was möglich, tun post declarationem factam von Lüneburg.

ad 8. Die Benennung des Korps oder der Armee werde Kf. tun. Sie meinen, der König könne mit 22000 marschieren, versichern zum wenigsten 16000 Mann, als 10000 zu Fuß, 5000 zu Pferd, 1000 Dragoner.

ad. 9. Stralsund und Rügen müßten, wenn Kf. es erobert, ihm bleiben, et allegatae rationes, worauf Dani vorschlagen, daß, wofern Kf. ganz Pommern mit Stralsund und Rügen behalten wollte, er sich obligieren sollte, nicht eher Frieden zu machen, bis Dänemark Schonen und Bahus wieder hätte.

Nos: werden alles dem Kf. referieren, meinen, Kf. werde zur Eroberung von Wismar konkurrieren. Illi: Wismar könnte sich selbst nicht unterhalten, wäre iners. Was denn Kf. tun wollte, wenn Schweden post amissas provincias in Germania nicht Frieden machen wollte?

Nos: wollten es referieren, Kf. werde, wenn in Deutschland nichts zu tun übrig wäre, dem Könige gern pro ratione belli et circumstantiarum assistieren, oder vielleicht in Livland eine Diversion machen.

ad 10 wäre die letzte Clausul bedenklich, sie wollten referieren.

ad 11 referemus, funden nichts zu erinnern.

ad 12 die Quartiere betreffend. Dani praetendunt: Stift und Stadt Lübeck, Sachsen-Lauenburg, Mecklenburg-Schwerin, Hamburg. Nos addidimus 1. was Kf. seiner Sicherheit halber gegen den Kaiser, Polen, Sachsen et omnes alios, welche ihn angreifen sollten, erinnern müssen. Könnte reciproce gesetzt und müßte sowohl auf Frankreich als Dänemark eingerichtet werden, 2. was mit Frankreich wegen fernerer Reunionen oder Hostilitäten abzureden.

Den 12. April haben Dani ihnen das Konzept des Konzerts gesandt, und sind sie darauf Nachmittag wieder zusammengekommen. Dort wurde das Projekt wieder gelesen, wobei die gestrigen Erinnerungen repetiert wurden, welches alles ad relationem Serenissimo faciendam ausgestellt wurde, und daß man mit Rébenac kommunizieren wollte. 22. April

23. April Den 13. April bei H. Graf Rébenac, H. v. Ehrenschildt, H. Gabel, H. Fuchs et ego. H. Graf Rébenac habe das Projekt gesehen und erinnert:

ad 3. art., daß bei dem Haus Braunschweig auch die französischen Friedenspropositionen urgiert würden und das Haus sich dazu erklären möge. Wenn solches nicht zu erlangen, daß es sich zu einer vollständigen Neutralität verpflichte, auf keine Weise derjenigen Partei helfen zu wollen, welche wider Frankreich und dessen Propositionen sich im Reich oder sonst setzen sollte. Wegen einer Neutralität werde der König kein Geld geben, das übrige werde ein Partikulartraktat mit Frankreich geben. Wegen der Proposition, nicht ins Reich zu gehen, meinte er, daß Frankreich solches schwerlich zustehen werde.

ad 7., wenn der König von Frankreich über solchen Succurs sollte angegriffen oder zum Feinde des Reichs deklariert werden, alsdann Assistenz nach Möglichkeit und keinen Frieden ohne Frankreich nach dem Projekt, welches er ihnen geben wird.

ad 10. betrifft die Konquesten, solches wäre ein allzu großes, vastes Dessein et repetita priora. Wenn der Staat Schweden Hilfe leisten sollte, so werde der König dawider agieren oder gar brechen, wenn es begehrt werde.

H. v. Ehrenschildt repetiert die vorige Instanz.

Nos: Wenn Kf. von Dänemark Hilfe begehrte, werde er dem König desfalls Satisfaktion geben müssen.

Ille: Ob es etwa ein Expediens, wenn der König ganz Bremen behielte, worüber er doch nicht instruiert.

Letzlich hat man die beiden Articulen, so wir proponiert, vorgenommen, den ersten hat man approbiert, wegen des anderen machte er Diffikultät, Kf. hätte auch ein anderes bezeugt und hielte nötig, ex. gr. wider Bayern zu marschieren. Der König würde vielleicht resolvieren, dem Reich eine Proposition zu tun in dieser Art ungefähr, daß er unmöglich in solcher Ungewißheit länger bleiben könnte und deswegen zu wissen begehrte, ob und welche Reichsstände den Frieden mit Frankreich annehmen wollten oder nicht, weil er diejenigen, welche sich den französischen Propositionen opponieren würden, für Feinde halten und attacquieren müßte.

Actum in consilio die 14./24. mensis Aprilis 1683 praesentibus Ser. Electore, Dn. de Meinders et me.[1])

24. April Nachdem sie Kf. von dem, was bei den letzten mit den französischen und den dänischen ministris gehaltenen Konferenzen vorgefallen, Bericht erstattet, macht Kf. bei Verlesung des Projekts folgende Erinnerungen:

Ad ingressum: Loco: Reich ponatur Röm. Reich.

Ad Artic. II: Es sind zwei Fälle zu unterscheiden, 1. wenn die Schweden den Transport wirklich vornehmen, 2. wenn sie dies nicht tun und gar Miene

[1]) Von Fuchs' Hand.

machen, als wenn sie keinen Transport tun wollten. Im ersten Falle muß die Attacke und Verhinderung geschehen auch unerwartet der französischen Ratifikation. Im zweiten Falle soll die Attacke zwar nichtsdestoweniger aus den von dänischer Seite angeführten Ursachen geschehen, aber es soll damit so lange angestanden werden, bis die Ratifikationen ausgewechselt und besonders die französische eingelaufen ist.

Ad III. Um das Haus Braunschweig-Lüneburg hinzuzuziehen, sind zwei Temperamente vorzuschlagen: 1. dasselbe solle erklären, die französischen Friedenspropositionen ebenso wie der König von Dänemark und Kf. treu zu befördern, wohingegen Frankreich versprechen werde, nichts wider das Reich vorzunehmen ohne vorhergehendes Konzert und Einwilligung der drei Alliierten Dänemark, Brandenburg und Lüneburg; 2. daß das Fürstl. Haus wider die französischen Propositionen nichts weder mit der Tat noch mit seinen suffragiis vornehme, wogegen Frankreich sich obligieren solle, wenn es auch die Opponenten feindlich angreifen müßte, dennoch die von der guten Partei, die den Frieden verlangen, zu verschonen und die Eroberungen beim Frieden dem Reiche zu restituieren.

Ad V. Die Zeit, sich des lüneburgischen Hauses auf eine oder andere Weise zu versichern, kann 1. auf die Ratifikation dieses Traktats, 2. auf den Anmarsch der französischen Armee nach der Weser restringiert werden.

Ad VII. Die Erinnerung Rébenacs zu diesem Artikel, daß, wenn Frankreich wegen seiner Hilfeleistung angegriffen oder zum Reichsfeind erklärt werden sollte, Dänemark und Kf. ihm Hilfe leisten sollten, findet er billig und er empfiehlt, sie zu inserieren.

Ad VIII. Kf. erklärt sich, zu Felde zu führen 10 000 zu Fuß und 4000 Reiter und Dragoner.

Ad IX. Stralsund und Rügen müßten dem Kf. verbleiben, damit er ganz Vorpommern und Rügen bekäme. Bei dem Herzogtum Bremen müßte bedungen werden, daß die Stadt Bremen in statu quo verbleiben sollte.

Ad X. Kf. will sich zur Garantie dessen, was au-delà de la mer in Norwegen, Schonen usw. erobert werden möchte, nicht verbinden, aber wohl dazu: 1. keinen Frieden zu machen, ohne daß Schweden die deutschen Provinzen cedieren müßte, 2. durante bello den König in Schonen und der Orten mit Volk zu assistieren, wenn er sonst keinen Feind auf dem Halse habe, 3. wenn er mit Pommern fertig und der König Bremen und Wismar noch nicht haben sollte, ihm Hilfe zu schicken.

Ad XII. Bei Mecklenburg-Güstrow soll a parte Electorali ferner bedungen werden, entweder 1. Mecklenburg-Schwerin oder 2. halb Schwerin und Lauenburg, oder 3. Lauenburg mit dem Möllenschen Distrikt. Sollte man sich aber jetzt dieses Punktes halber nicht vergleichen können, so soll derselbe bis zur Zusammenkunft mit den Lüneburgern ausgesetzt werden.

Ad. XII. Huic inseratur articulus primus ex addendis a nostra parte und soll wegen Preußen spezifiziert werden, daß die Hilfe daselbst von Dänemark mit Volk über See, von Frankreich mit Geld geschehen soll.

Inseratur articulus secundus addendus wegen des Reiches. Kf. hat auch erinnert, daß Amerongen omnium trium confoederatorum nomine angezeigt werden möchte, daß, wenn der Staat den schwedischen Transport directe oder indirecte befördern würde, solches pro ruptura geachtet werden würde.

Den 14./24. April in Potstam.[1])

24. April Kf. hält des Morgens um 8 Uhr Rat.[2]) Sie haben darauf die Konferenz mit den Dänischen kontinuiert und ihnen den Inhalt des Protokolls mitgeteilt, den sie aufgezeichnet und mit dem sie außer den Erinnerungen ad 9. und 10. articulum und wegen der Quartiere einig gewesen.

Nachmittags findet eine neue Zusammenkunft statt, zu der sich auch Graf Rébenac von Berlin eingefunden, dessen Erinnerungen werden durchgegangen und ihm dabei ziemliche Satisfaktion gegeben, nur daß er des 10. Punktes wegen auch die Garantierung der dänischen Konquesten in Schonen und Norwegen diffikultiert hat.

25. April Fuchs und er sind ebenso wie Rébenac an demselben Tage nach Berlin zurückgekehrt. Am folgenden Tage stellen sie R. ein neues Projekt des Konzertes zu, in dem alle notata inseriert sind. Gegen Abend kommen die Dänischen von Potsdam zurück, denen sie anzeigen, das Kf. bei seinen desideriis und Erinnerungen zu Art. IX und X beständig verbleibe. Die fernere Konferenz wird auf den folgenden Tag verschoben. In einem Billet des Sekret. Stossius wird ihnen angezeigt, daß sie den Dänischen die ultima des Kf., die in zwei ihnen wohlbekannten Punkten bestehen, mitteilen sollen.

26. April Den 16. April sind sie vormittags bei Graf Rébenac wieder mit den Dänischen zusammen, diese sowie R. machen einige notata bei dem Projekt des Traktats, worüber man sich fast allerdings verglichen, außer über Art. IX und X in betreff der Teilung von Vorpommern und der Garantie der Konquesten in Norwegen und Schonen. Sie statten davon gegen Abend dem Kf. Relation ab.[3])

27. April Den 17. April empfangen sie durch ein neues Billet[4]) des Kf. zustimmenden Bescheid darauf, sie teilen ihn den Dänischen mit, welche darauf übernehmen, das Projekt in Ziffern zu setzen.

---

[1]) Von Meinders' Hand.

[2]) S. die vorhergehende Aufzeichnung.

[3]) Sie zeigen in derselben an, wegen der Artikel IX und X hätten die Dänischen das Temperament vorgeschlagen, sie, die Brandenburgischen, sollten den Traktat so, wie Kf. ihn gemacht haben wolle, ins reine bringen und unterzeichnen, dann wollten sie, die Dänischen, ihn ihrem König zusenden, und wenn dieser ihn nicht approbieren sollte, wieder zurückstellen. Auf diesen Vorschlag raten sie dem Kf., um Zeit zu gewinnen, einzugehen. Den anderen Vorschlag der Dänischen, diese beiden Artikel auszusetzen, bis man mit dem Hause Lüneburg traktiert hätte, hätten sie abgelehnt.

[4]) Der Geheime Sekretär F. W. Stoschius schreibt an Meinders und Fuchs (d. Potstam 17./[27.] April 1683 um 10 Uhr vormittags), Kf. sei mit dem wegen

Den 18. und 19. hat man an Translatierung des deutschen Projekts und an Einrichtung des Präliminartraktats mit Frankreich allein gearbeitet. 28. u. 29. April

Den 20. April haben sie um 10 Uhr mit Rébenac den Traktat konzertiert, um ihn Kf. noch einmal zu übersenden. Darauf hat man mit den Dänischen die Translation des Konzerts ins Französische vorgenommen, hat dies auch nachmittags fortgesetzt und ist abends 8 Uhr damit fertig geworden. Am Nachmittag haben sie dem Kf. über die Verhandlungen mit Rébenac, der auf das nach Frankreich übersendete Projekt Antwort und Instruktion erhalten, Bericht erstattet.[1]) 30. April

---

der Artikel IX und X vorgeschlagenen Temperament zufrieden, sie sollten ihr Exemplar des Traktats unterzeichnen und vollziehen und es den Dänischen zur Übersendung an den König extradieren. „Sie sagten sonst (welches Ew. Exc. ohne dem wohl bewußt sein wird und ohne Ordre es zu schreiben), daß Sie in obgemeldten beiden Punkten dem König nicht also, wie er es verlangte, willfahren könnten, anerwogen Sie solchenfalls, da Sie darin condescendirten, Ihr einen König von der Seite schaffen und einen anderen, welcher bei veränderten Conjuncturen Ihr nicht weniger als Schweden beschwer- und gefährlich sein möchte, wieder in dessen Stelle verstatten würden, darnach daß, wann Sie wegen der außerhalb Teutschlands zu machenden Conquesten Guarantie versprechen sollten, Sie externis litibus impliciret sein würden." In einem P. S. schreibt er: „Wegen der Quartiere, deren im XII. Art. gedacht wird, haben S. Chf. D. auch erinnert, daß, gleichwie dänischerseits geschehen, also man auch Ihrerseits gewisse Quartiere zum wenigsten projectsweise praetendire und benenne, damit nicht, wann man mit dem Hause Braunschweig-Lüneburg deshalb in Handelung treten möchte, dasselbe vorgreifen und also Sr. Chf. D. die geringste übrig gelassen werden mögen."

[1]) Meinders und Fuchs schreiben dem Kf. (d. Berlin 20./30. April 1680), sie hätten, nachdem Rébenac auf das nach Frankreich gesandte Projekt Antwort und Instruktion erhalten, mit ihm die Sache diesen Morgen wieder vorgenommen und seien zum Schluß gekommen. R. wünsche, daß der Traktat, damit seine Ratifikation noch vor der Abreise des Königs von Paris stattfinden könne, morgen mittag fortgesandt werde, und sie bitten Kf., ihnen, wenn er diese Handlung zur Richtigkeit gebracht sehen wolle, den Traktat mit dem förderlichsten zurückzusenden und dessen Unterschreibung oder was ihm sonst beliebe anzubefehlen. „Es kommt diese ganze Sache endlich auf eine von den allerwichtigsten und importantesten Resolutionen an, welche jemalen gefasset werden können, nämlich auf einen Krieg und eine Ruptur mit Schweden, wobei Ew. Chf. D. zwar an einer Seiten die größeste Apparenz von der Welt haben, sich einer so beschwerlichen und gefährlichen Nachbarschaft in Pommern zu entledigen und dero Estat dadurch in gute Sicherheit zu setzen, an der anderen Seite aber ist auch bekannt, wie vielfältigen und änderlichen Zufällen alle Kriegesactionen unterworfen und was für Revolutionen auch in denen aufs allerklügste gemachten Anschlägen sich ofters zutragen. Ew. Chf. D. ist dieses alles als dem ältesten und klügesten Regenten in Europa besser als jemand bekannt, dieselbe wissen auch, was zum Kriege und zu Ausführung einer so wichtigen Sache gehöret, wie nicht weniger, was dazu dero eigene teils sehr erschöpfte und zum Teil fast ruinirte Lande beitragen können und was Sie dabei von Frankreich zu gewarten."

1. Mai Den 21. April vormittags haben sie mit R. das Projekt des Präliminartraktats nebst einem Separatartikel adjustiert, dasselbe[1]) auf erhaltenen Spezialbefehl des Kf. unterschrieben und die Vollmachten ausgewechselt, dann den Dänischen davon Mitteilung machen lassen und ihnen die Kommunikation des Traktats offeriert.

2. Mai Den 22. April haben sie den Traktat des Konzerts ins reine geschrieben und nach Potsdam geschickt und von dort noch des Abends spät Befehl erhalten, ihn zu unterschreiben.

3. Mai Den 23. April ist den Dänischen der Präliminartraktat mit Frankreich kommuniziert worden, und haben sie den Traktat des Konzerts,[2]) so wie Kf. es befohlen, unterschrieben.

Puncta, auf welche I. K. M. Ihrer Chfl. D. schriftliche gewürige Resolution und Erklärung verlangen. [4./[14.] Mai 1683.][3])

14. Mai 1. Kf. soll sich verbinden, dem König nach Eroberung der schwedischen Provinzen in Deutschland mit 2000 Pferden und 1000 zu Fuß zu assistieren, damit Schweden in seinen eigenen, besonders den von Dänemark ihm cedierten Landen angegriffen, diese rekuperiert und dem König bei erfolgendem Frieden wenigstens Schonen und was ihm sonst dem getroffenen Konzert nach zufallen wird, gelassen werde.

2. Dem Könige soll von Kf. nicht allein die Gottorfische Kontributionssache, sondern auch alle anderen Streitigkeiten, welche er mit den Herzogen von Gottorf noch hat, garantiert werden.

2. Kf. soll seine Völker wenigstens in der Anzahl, wie in dem Konzert verglichen worden, spätestens Ende Mai, ebenso wie es der König mit den seinigen beabsichtigt, zusammenziehen und entweder gegen Pommern oder gegen das Haus Lüneburg marschieren lassen.

4. Kf. soll zur Belagerung von Wismar mit seiner Macht und einer Anzahl grober Kanonen konkurrieren.

5. Er soll dem König seine Gedanken mitteilen, wann und wo die Konjunktion der Armee gegen das Haus Lüneburg, falls dieses angegriffen werden muß, geschehen, wie und wo dieselbe über die Elbe gesetzt werden und wie die dazu nötigen magazins und places d'armes formiert werden sollen.

---

[1]) S. den Präliminarvertrag zwischen Ludwig XIV. und Kf. vom 20./30. April 1683 (v. Mörner, S. 721ff. (439f.)).

[2]) S. die Allianz zwischen Frankreich, Dänemark und Brandenburg vom 20./30. April 1683 (a. a. O. S. 723ff. (440ff.)).

[3]) Unterzeichnet von Ehrenschild und Gabel.

Resolution des Kurfürsten auf die von Ehrenschild und Gabel eingereichten Punkte. Sign. Potstam 4./[14.] Mai 1683.

Ad 1. Kf. kann sich darauf nicht schließlich herauslassen, bevor er das Sentiment des Königs von Frankreich darüber erfahren hat. Er hat Spanheim beauftragt, dessen eigentliche Resolution wegen dieser Garantie zu vernehmen, wenn derselbe sich dazu verstehen wird, so will er es auch tun. Es ist hierbei auch auf das Haus Lüneburg zu reflektieren. Wenn dieses nicht mit beitreten sollte, so behielte der König Bremen, Verden und Wismar allein und könnte dann wegen Ungleichheit nicht klagen. Wenn dasselbe aber wider Schweden mit hinzutreten würde, so würde die Eroberung von Schonen desto leichter sein. Doch bleibt Kf. bei der vorher angezogenen Erklärung, es trete das Haus Lüneburg bei oder nicht. Um dem König aber seine Willfährigkeit zu beweisen, will er, wenngleich die Garantie von Schonen nicht acceptiert werden sollte, doch, wenn er mit Pommern fertig und keinen Feind im Lande hat, demselben mit 1000 Mann zu Pferde, 500 Dragonern und 3000 Mann zu Fuß bei Kontinuation des Krieges so lange assistieren, bis Schweden den Frieden mit Renunziation auf die deutschen Provinzen angenommen, doch unter der Bedingung, daß, wenn er inzwischen in Preußen oder in seinen anderen Landen angegriffen werden sollte, der König ihm eine Volkshilfe von 6000 Mann schicken solle. 14. Mai

Ad 2. Da Kf. wegen der Streitigkeiten mit dem Herzog von Gottorp auf Ansuchen des Kaisers die Mediation übernommen hat, so kann er nicht Partei wider den Herzog machen, er verspricht aber, sowohl bei der Mediation als auch, wenn diese sich fruchtlos zerschlagen sollte, nur des Königs Interesse im Auge zu haben und dieses aufs kräftigste zu befördern, auch wenn der König wegen der Gottorpschen Händel von jemand angegriffen werden sollte, dieses pro casu foederis zu halten und ihm Hilfe zu leisten..

Ad. 3. Wegen der Zusammenziehung und des Marschs der kurf. Truppen bleibt es bei dem in dem Konzert Verglichenen.

Ad 4. Zur Eroberung von Wismar will Kf. gern helfen, wenn er mit Pommern fertig ist. Sollte auch noch ein oder ander Ort zu gewinnen restieren, will er doch zusehen, ob es möglich sein wird, dem König dazu Hilfe zu schicken.

Ad 5. Kf. will darauf bedacht sein, und da dieser Punkt guten Teils von der Negotiation mit dem Hause Lüneburg abhängt, beizeiten Meinders deswegen instruieren.[1])

[1]) Fuchs berichtet an Kf. (d. Berlin 8./[18.] Mai 1683), die Dänischen hätten ihn benachrichtigt, daß sie Befehl erhalten hätten, das Konzert zu unterschreiben. Das solle morgen geschehen, Ehrenschild frage an, wann er die Abschiedsaudienz erhalten könne. — Das Rekreditiv des Kf. für Eh. ist Potsdam 12./22. Mai 1683 ausgestellt.

Der Kurfürst an Meinders.[1]) D. Cölln 22. Mai / 1. Juni 1683.

[Die Nachrichten aus Frankreich, sein Entschluß, vorläufig sowohl das Unternehmen gegen die Lüneburger als auch das gegen Schweden aufzugeben. Befehl, die Absichten der Lüneburger zu erkunden.]

1. Juni Aus beigehender, gestern angelangter Relation Spanheims[2]) wird er ersehen, woran sich dort das hier projektierte Konzert stößt und was man dabei zu bedenken hat. Zwar ist Rébenacs Edelmann noch nicht zurück und hat Kf. von diesem dieser Schwierigkeiten halber noch keine Vorstellungen gehabt. Da er aber bei so gestalten Sachen das Konzert keineswegs ratifizieren, noch sich ferner daran halten kann, so soll M. mit Ehrenschild hieraus vertraulich communizieren und ihm anzeigen, daß Kf.[3]) weder dem König noch sich ratsam finde, das Haus Lüneburg allein zu attackieren, besonders weil bei dessen jetziger Verfassung sie so viel zu tun finden würden, daß sie in einer Kampagne nicht würden getan haben und so die Zeit, Schweden zu attackieren, verlieren und der beabsichtigten Frucht dieses Krieges, Schweden vom deutschen Boden fortzubringen, verlustig gehen würden. Sie würden dann nutzlos Mühe und Kosten aufwenden und eine große blâme im Reich auf sich laden, da ihnen von dem Lüneburgischen doch nichts verbleiben könnte. Es wäre auch bedenklich, wenn sie sich untereinander aufreiben oder wenigstens schwächen, Frankreich aber les bras croisés zusehen sollte. Er hält daher nicht für diensam, in dieser Sache weiter fortzufahren, viel weniger das Haus Lüneburg zu attackieren. Da es dann auch eine bedenkliche Sache sein würde, Schweden zu attackieren, weil man eine so große Macht, wie das Haus Lüneburg auf den Beinen hat, nicht im Rücken lassen könnte, zu geschweigen, daß auch Holland sich ohne Zweifel dazu schlagen würde, ohne hinreichender Assistenz von Frankreich versichert zu sein, so hielte er dafür, daß man auch dieses bis zu einer anderen Zeit aussetzen und vielmehr versuchen sollte, sich mit dem Hause Lüneburg zu Beförderung des Friedens und Erhaltung der Sicherheit von Schweden zu setzen. Er zweifelte nicht, daß, wenn diesem Hause recht vorgestellt würde, wie so gar keine apparence wäre, von Frankreich, was es jetzt besitzt, mit den Waffen zu erhalten, und wie verderblich es sein würde, wenn Frankreich bei entstandenem Türkenkrieg losbräche, dasselbe sich begreifen und neben ihm den Frieden zwischen Frankreich und dem Reich nachdrücklich fordern würde. E. könnte seinem König versichern, daß Kf. stets mit ihm in unauflöslicher Freundschaft verharren und den Traktaten nachkommen wolle. Er soll auch mit E. überlegen, was jetzt bei den abzuhaltenden Konferenzen an das Haus Lüneburg zu bringen sei, und ihm

[1]) M. hatte sich nach Hamburg zur Teilnahme an weiteren Verhandlungen, welche dort mit Ehrenschild, Rébenac und dem braunschweigischen Gesandten Grote geführt werden sollten, begeben.

[2]) S. Spanheims Relation vom 11./21. Mai 1683 oben S. 469f.

[3]) S. das Reskript des Kf. an Spanheim vom 22. Mai / 1. Juni 1683 oben S. 471.

schleunig davon berichten, damit er ihn nach Notdurft mit Instruktion versehen könne.

P. S. Nach einer beigehenden Relation Freudemanns soll das Haus Lüneburg durch den schwedischen Gesandten Welling den König von Schweden ihrer assistence haben versichern und sollizitieren lassen, daß derselbe 10000 Mann nach Deutschland übersetzen möchte. Obwohl dies Gerücht nicht wenig wahrscheinlich dadurch gemacht wird, daß Welling so geschwind sich von den lüneburgischen Höfen wegbegeben hat, unter dem Vorwand, nach Polen zu gehen, während er sich jetzt doch in Schweden befindet, so will er ihm doch zurzeit noch keinen Glauben beimessen, da es mit den Kontestationen der lüneburgischen Höfe so gar nicht übereinkommt. M. soll sich danach aufs fleißigste erkundigen, mit den Lüneburgischen selbst daraus reden und ihnen vorstellen, daß dieses das wahrhafte Mittel sei, das Kriegsfeuer im niedersächsischen Kreise, ja im ganzen Reiche anzuzünden.

Der Kurfürst an Meinders. D. Cölln 24. Mai/[3. Juni] 1683.

[Die französischerseits an den Verträgen gemachten Änderungen, sein Entschluß, dieselben nicht zu ratifizieren.]

Rébenac hat ihm mitgeteilt, was sein nach Frankreich geschickter Edelmann zurückgebracht, nämlich, daß man ihm zwar die Ratifikation des Präliminartraktats zugeschickt, den anderen Artikul aber so apostilliert hat, daß man die Attacke Schwedens auf eine Seeschlacht limitiert, wonach also, wenn es zu einer solchen nicht kommen sollte, das ganze Werk dahinter bleiben und die Kosten vergebens angewandt sein würden. Das Konzert ist französischerseits fast in allen Punkten verworfen und dafür ein anderes Projekt aufgesetzt worden, dessen Kopie beifolgt. Darin wird der 2. und 3. Artikul auf ein Seetreffen limitiert, Artikul 5, 6 und 7 sind fast ganz ausgelassen und in dem ganzen Projekt ist der Sicherheit und Konservation des Reiches mit keinem Worte gedacht worden. Art. 8 ist auf eine für den König von Dänemark und ihn nachteilige Art verändert, die Attacke nur auf Hannover restringiert, als wenn wider die Evidenz eine Separation im Fürstl. Hause zu hoffen wäre, und die Mitwirkung einer französischen Armee ganz verweigert worden. Eine Armee am Oberrhein würde bei dieser Operation nichts tun, zumal diese nur zur Territion wider die Alliierten gebraucht und ihre Operation auf ein ganz Ungewisses restringiert werden soll. Art. 10 ist ganz verändert, die Assistenz wider Holland und andere nur auf den casum foederis defensivi beschränkt, so daß man, wenn sie Schweden Hilfe zuschicken, nichts von Frankreich zu erwarten hat. In dem ganzen Projekt ist von der Teilung und Garantie der Konquesten wider Schweden keine Rede, also Art. 13—16 ganz verworfen, so daß sie also ihre Mühe und 3. Juni

Kosten vergeblich anwenden würden. Auch die für Kf. sehr wichtigen Art. 17 und 18 sind ganz ausgelassen, anderer weiterer Kontrarietäten zu geschweigen, die den von Frankreich vorhin gegebenen Instruktionen und Erklärungen schnurstracks zuwiderlaufen.

Er hält es daher[1]) gar nicht für geraten, diese Traktaten zu ratifizieren. Rébenac hat ihn zwar ersucht, den Präliminartraktat zu ratifizieren, er hat ihm aber vorstellen lassen, beide wären einerlei und könnten nicht voneinander separiert werden. M. soll mit den dänischen ministris vertraulich darüber kommunizieren, ihnen des Kf. Meinung anzeigen und ihm die ihrige mitteilen. Die subsides d'action wird Frankreich bei nicht erfolgender Ratifikation jedenfalls nicht zahlen wollen, obwohl sie beide, und zwar nur auf Frankreichs Veranlassung, bereits so große Kosten angewandt haben und die jetzt gemachten Diffikultäten nur von Frankreich herrühren, doch ist er, wenn man französischerseits deshalb chikanieren sollte, entschlossen, sie lieber fahren zu lassen als einen so nachteiligen Traktat zu ratifizieren.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Hamburg 30. Mai / [9. Juni] 1683.

[Verhandlungen mit Rébenac. Rat, den Präliminarvertrag zu ratifizieren. Besorgnisse Rébenacs wegen Übertritts des Kf. zum Kaiser. Verhandlungen mit Grote.]

9. Juni Er und Ehrenschild haben Rébenac vorgestellt, daß weder Dänemark noch Kf. das geringste gegen Braunschweig oder Schweden anfangen könnten, wenn sie nicht der Ruptur mit Holland, falls dieses seine Flotte Schweden zum Besten in See schicken sollte, und des Marschs einer Armee wider Braunschweig versichert wären. R. mußte gestehen, daß ihre Remonstrationen auf raison beruhten, und bezeugte, nicht wenig embarassiert zu sein, warum man in Frankreich bei der Ratifikation des Konzerts Bedenken getragen, zumal er dazu vorher mit genugsamer Ordre versehen gewesen wäre. Er weiß auch nicht, ob der Präliminartraktat mit Dänemark ratifiziert worden ist, erwartet aber heute Villars' Ankunft.

Den Präliminartraktat könnte Kf. seiner Meinung nach ruhig ratifizieren, da er dadurch zu keiner Aktion oder Ruptur obligiert wird und gleichwohl die subsides d'action, wenigstens ein Quartal davon, zur Ersetzung der angewandten Kosten von Frankreich bezahlt werden müßten. Er hat darüber auch mit Rébenac gesprochen, und dieser hat erklärt, er zweifelte nicht an wirklicher Zahlung eines Quartals an Kf., den man in Frankreich vor allen Alliierten distinguierte, es müßte aber ganz geheim gehalten werden, damit man in Dänemark nichts davon erführe, denn die Subsidien dieser Krone liefen höher, und man

[1]) S. das Reskript an Spanheim vom 22. Mai / 1. Juni 1683 a. a. O.

werde sich dazu in Frankreich nicht verstehen. Er hat ihm ein Schreiben aus Berlin gezeigt, in dem behauptet wird, Kf. hätte Amerongen versprochen, die Offerten, welche Graf Lamberg bringen würde, anzunehmen und sich mit der anderen Partei zu setzen, und zeigte einige inquiétude dabei, er hat aber gesagt, das wäre ohne Zweifel ein unbegründetes Spargement.

Schmising ist gestern angekommen. Man wird sich in Münster nach Kf. richten und dessen Protektion zu konservieren suchen. Mit dem Bischof steht es sehr schlecht.

Heute werden er und Ehrenschild eine Konferenz mit Grote halten. Wenn Kf. bei diesen Konjunkturen auf eine nähere Zusammensetzung mit dem Hause Lüneburg gedenken sollte, wozu dieses geneigt zu sein bezeugt, so bittet er, ihn in betreff materialium et ingredientium zu instruieren, damit er wenigstens Grote darüber sondieren könne.

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 1./[11.] Juni 1683.[1])

[Auf die Relation vom 29. Mai [sic!]. Befehl, über eine Allianz mit Dänemark und dem Hause Lüneburg zu verhandeln.]

Er hält bei jetzigen Zeiten eine Allianz zwischen Dänemark, ihm und Lüneburg für sehr nötig und diensam, sendet ihm Vollmachten dazu, eine, die auf alle drei, und eine andere, die auf ihn und Lüneburg allein gerichtet ist. 11. Juni

Die fürnembste Ingredientien könnten sein, daß man von Straßburg und anderen Orten, so Franckreich jetzo besitzet, abstrahiret und bloß alleine das foedus auf die künftige Zeiten, wann nemblich einige auswärtige Potentz das Reich oder einen der Alliirten sollte attacquiren wollen, richtet. Solchergestalt hätte Franckreich nicht die geringste Ursache, sich über uns, als gingen wir von der alliance, so wir mit ihnen haben, ab, zu beschweren, alles würde auf ein foedus defensivum gerichtet und wir verbünden uns nirgends anders zue, als welches wir ohne deme Pflichten und eigenen Interesse halber zu tuen schuldig sein. Ferner müßte man dahin sehen, daß man das Haus Lünenburg von Schweden abzöge und in dem Tractat bedinge, daß entweder Schweden ganz keinen Transport tuen oder man sich solchergestalt dagegen verwahren möchte, daß dardurch vor keinen der Alliirten einige Gefahr zu besorgen, sie die Schweden auch die transportirte Trouppen in ihren

[1]) Konzept von Fuchs' Hand.

Landen müßten stehen lassen und daraus unterhalten. Das übrige wird sich bei den Tractaten ergeben. Was ein jeder mit Lüneburg en particulier zu handeln hat, solches könnte in Separatarticul gebracht werden. —

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 12./[22.] Juni 1683.

[Ursache der Veränderung der französischen Politik. Abneigung des Königs gegen eine Allianz mit dem braunschweigischen Hause.]

22. Juni Als er gestern mit dem G. Kanzler von dem jetzigen Zustande der Affairen redete, sagte dieser, nach der Meinung des Königs[1]) rühre die Veränderung am französischen Hofe nur von der gefährlichen Krankheit des Königs von Spanien her, der König von Frankreich wolle seine force nicht gern distrahieren und separieren, um seine Prätension auf die spanische Krone bei entstehendem Todesfall desto nachdrücklicher poussieren zu können. Zu der Allianz mit dem Hause Lüneburg könnte der König noch zurzeit nicht raten, denn 1. würde man Frankreich dadurch zum höchsten chocquieren, da dieses die Herzoge von Lüneburg für diejenigen hielte, welche sich seinem Interesse am meisten opponierten, 2. würde man sich durch eine solche Allianz insensiblement an den Kaiser und dessen Alliierte engagieren und diese auf den Gedanken bringen, als wenn sie des Königs und des Kf. schon genugsam versichert wären und keine Ursache hätten, sie ferner durch Offerierung ansehnlicher Konditionen zu karessieren, 3. wäre diese Allianz in égard der Schweden von keiner Utilität, da die Fundamentalmaxime jenes Hauses darin bestände, Schweden auf dem deutschen Boden zu konservieren, damit sie die nordischen Kronen gegeneinander balancieren und so in dem niedersächsischen Kreise den Meister spielen könnten, 4. wäre dieses Haus auch nicht so sehr zu fürchten, da es seine Truppen nicht lange unterhalten und in dem jetzigen Zustande nicht über sechs Monate verbleiben könnte, 5. hätten der König und Kf. ihrer Sicherheit halber diese Allianz nicht vonnöten, weil sie so leicht von keinem attackiert werden würden und im Notfall der französischen Garantie und Assistenz sicher wären, 6. könnte der König nicht sehen, daß Frankreich durch Verweigerung der Ratifikation des Konzerts die gute Korrespondenz aufgehoben hätte, weil Rébenac es nur sub spe rati seinem König überschickt hätte, und stände zu hoffen, daß Frankreich sich eines anderen bedenken und Subsidien bezahlen würde, während man durch Aufrichtung contrairer Bündnisse alles verscherzen würde. Einen Hauptgrund

[1]) v. Br. hatte am 2./12. Juni 1683 berichtet, der König sei über das plötzliche Changement des Königs von Frankreich sehr bestürzt, sein einziger Trost beruhe auf der getreuen Affektion und Freundschaft des Kf.

scheint der G. Kanzler noch verschwiegen zu haben, nämlich die Gottorfsche Sache, denn man weiß hier wohl, wie sehr das Haus wegen des niedersächsischen Kreises an den Herzog attachiert ist.

Gestern hat der französische Ambassadeur Villars[1]) bei dem König Partikulieraudienz gehabt, welche in bloßen Komplimenten bestand.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. s. l. [8./[18.] Juli 1683].[2])

[Unmöglichkeit, jetzt mit dem König zusammenzukommen und sich zum Bruch mit Schweden und Lüneburg zu entschließen. Die Türkengefahr.]

Es würde ihm sehr lieb und angenehm sein, wenn er sich mit dem König abbouchieren könnte, er hat sich aber diese Tage in so schlechtem Zustande befunden, daß er sich gar zur Extremität nach Gottes Willen hat anschicken müssen, und wiewohl es sich wieder ziemlich mit ihm gebessert, so ist es ihm doch unmöglich, für diesmal sich zu einem solchen Abbouchement zu resolvieren, er kann auch dazu keine Apparenz sehen. Indessen soll Br. den König und dessen ministros seiner aufrichtigen und beständigen Freundschaft versichern. 18. Juli

Was von unserer Enderung hin und her spargiret worden, solches bestehet in lauter unbegründeten und ertichteten Zeitungen, denen aber I. K. M. und dero ministri verhoffentlich keinen Glauben beimessen werden, und habt Ihr dagegen von unser ungeferbten und aufrichtigen Intention gegen dieselbe von Zeit zu Zeit beständige Versicherung zu geben. Zu einer Ruptur aber werden wir uns aus denen bekannten Ursachen unmöglich resolviren, und das wäre endlich auch die Vereinbarung, welche wir sowohl als I. K. M. selbsten bei der von Franckreich verweigerten Ratification des Concerts in unseren beiderseits gefaßten Mesuren nehmen und resolviren müssen, davon aber die Schuld nicht uns sondern anderen beizumessen.

Die bösen Nachrichten aus Wien wegen der Türken[3]) werden gewiß auch dort angelangt sein. Man muß hoffen, daß alle christlichen Potentaten zur

---

[1]) S. über die Sendung Villars', des Vaters des berühmten Marschalls, nach Dänemark Recueil des instructions XIII, S. 41 ff.

[2]) Konzept von Meinders' Hand. v. Br. hatte 26. Juni / 6. Juli 1683 dem Kf. berichtet, der König hätte ihm durch Reventlo seinen Wunsch, persönlich mit Kf. zusammenzukommen, mitgeteilt. Ein Schreiben ähnlichen Inhalts richtet Kf. 9./19. Juli 1683 an den König von Dänemark selbst.

[3]) S. Klopp, Das Jahr 1683 und der folgende große Türkenkrieg, S. 268.

Abwendung dieser Gefahr mit Zurücksetzung aller anderen Partikularinteressen konkurrieren werden. Er will das Seinige bei der Sache tun, sobald nur der Friede im Reich festgesetzt und mit Frankreich alles abgetan sein wird, was er dem Kaiser abermals vermittelst der dritten Abschickung[1]) rät. Er zweifelt nicht, daß, wenn der König von Dänemark desgleichen täte, es von gutem Effekt sein würde. Er übersendet eine Kopie seines Reskriptes an Spanheim,[2]) B. hat die Sache aber bestermaßen zu menagieren.

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Potstam 14./[24.] Juli 1683.

[Mahnung zu gütlicher Beilegung des Streites wegen Lübecks.]

24. Juli Gabel hat ihm von dem Vorhaben der Stadt Lübeck,[3]) lüneburgische Völker einzunehmen, Mitteilung gemacht. Er hat darauf Guericke Befehl erteilt, sich sofort nach Lübeck zu begeben und der Stadt auf das ernstlichste davon abzuraten, und er hat auch den hier anwesenden lüneburgischen ministris deshalb nachdrückliche remonstrationes machen lassen. Er hofft, daß dieses den gewünschten Effekt haben und man sich lüneburgischerseits wohl bedenken wird, bei jetzigem verwirrtem Zustand im Reich dergleichen zu beginnen, er bittet aber auch den König, zu Verhütung schädlicher Weiterungen die Stadt nicht ohne Not deswegen inkommodieren zu lassen.

König Christian an den Kurfürsten. D. Renssburg 14./[24.] Juli 1683.

[Auf das Schreiben vom 9. Juli. Rechtfertigung des beabsichtigten Unternehmens gegen das Haus Lüneburg. Bitte, einen vertrauten Minister zu ihm zu schicken.]

24. Juli Er beklagt des Kf. schwere Indisposition, wünscht ihm baldige vollständige Wiederherstellung.

Durch die vorhabende entreprise gegen das Haus Lüneburg wird nicht die Erregung neuer Unruhen im Reich, sondern nur intendiert, den Hochmut dieses Hauses etwas zu dämpfen und es von seiner Opposition gegen den Frieden

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1081 ff.

[2]) S. oben S. 473 f.

[3]) S. unten Abschnitt V.

abzubringen. Er hält die jetzige Konjunktur für die favorabelste, da zu hoffen ist, daß bei jetzigem ungarischen Wesen andere Kreise und Stände des Reichs Bedenken tragen werden, sich in dieses particulier Werk zu mischen, und so dieses Haus um so eher auch ohne Schwertstreich wird zur raison gebracht werden können, woraus dem Reich keine Gefahr der Desolation und des Ruins entstehen, sondern vielmehr zu hoffen sein wird, daß, wenn das Haus Lüneburg obligiert sein wird, sich für den Frieden zu erklären, auch andere dessen Exempel folgen und so der Frieden mit Frankreich völlig befestigt werden wird. Auch mit Heranrückung einer französischen Armee über den Oberrhein hat er nicht die Meinung, daß Frankreich neue Reunionen vorzunehmen und das Reich zu dismembrieren freie Hände gelassen werden solle, sondern es wird damit auch nur auf die Beförderung des Friedens abgezielt und wird Kf. deswegen sich alle weitere Versicherung, die er verlangen sollte, verschaffen können. Er muß daher bei seiner vorigen Meinung verharren und sieht nicht ein, wie ihm deswegen mit Fug einige blasme würde aufgebürdet werden können. Die entreprise ist auch so beschaffen, daß sie mit großer Hoffnung und Apparenz eines schleunigen Successes wird angefangen und vollendet werden können, und es wäre vor der Posterität unverantwortlich, eine so günstige Gelegenheit, den Frieden zu befestigen und diese hochmütigen Nachbarn zu besserem Komportement zu veranlassen, nicht zu benutzen. Er ersucht Kf., dieses reiflich zu erwägen und ihm seine schließliche Meinung darüber durch eine eigene Abschickung eines seiner konfidentesten Minister, mit dem über ein und das andere weitere vertrauliche Kommunikation gepflogen werden könnte, zu eröffnen.

König Christian V. an den Kurfürsten. D. Copenhagen 24. Juli / [3. August] 1683.

[Auf das Schreiben vom 14. Juli. Feindselige Schritte des Hauses Lüneburg. Seine Gegenmaßregeln.]

Kf. kann versichert sein, daß er bei nicht erfolgender Bewerkstelligung 3. Aug. des Vorhabens in betreff Lübecks und ohne Not zu keinen Weiterungen Anlaß geben, vielmehr mit Kf. und anderen treuen Patrioten des Reichs zur Herstellung des Friedens mit Frankreich und Errettung des Reiches von der Türkengefahr kooperieren wird. Ob aber des Hauses Lüneburg Intention und consilia hierunter mit ihm zu gleichem Zweck kollimieren, ist aus dessen gegenwärtigen Aktionen durchaus nicht abzunehmen, denn dasselbe hat nicht nur dieser Tage einen Teil seiner Truppen, wie verlautet bei 2000 Mann, in den Vierlanden eigenmächtig ohne vorherige Kommunikation mit der Stadt Hamburg einquartiert, sondern soll auch nach dem Bericht seines an den lüneburgischen Höfen befindlichen Ministers entschlossen sein, noch etliche tausend Mann mehr herüber

marschieren und im Mecklenburgischen und Sachsen-Lauenburgischen die Quartiere beziehen zu lassen. Er gibt dem Kf. zu erwägen, ob es nicht seinem mitkreisausschreibenden Amt verkleinerlich falle, dem Hause so eigenmächtig im Kreise zu schalten freie Hände zu lassen. Er kann dem um so weniger stillschweigend zusehen, als weltkundig ist, was für gefährliche Engagements das Haus Lüneburg mit dem Herzog zu Gottorff zu seinem Präjudiz genommen und wie dieser noch täglich von demselben fomentiert wird, er findet sich daher genötigt, seine Armee ebenso an den Grenzen zusammenzuziehen, um seine Lande vor unvermutlichem Überfall zu sichern und zu verhindern, daß man lüneburgischerseits zu weit gehe, besonders um keine fremden Truppen nach Lübeck hineinwerfen zu lassen. Sollte er hierüber, wie fast zu besorgen, mit dem Hause Lüneburg in Weiterungen verfallen, so hält er sich der Assistenz des Kf. vermöge der Allianztraktaten versichert und requiriert dieselbe hiermit in eventum.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Potstam 28. Juli/7. August 1683.

[Gefahren der Erregung eines Krieges in Deutschland. Befehl, dem König davon abzuraten.]

7. Aug. Aus seiner letzten Relation hat er ersehen, daß der König noch immer auf der Ruptur besteht. Er ist darüber sehr bekümmert und fürchtet, daß, wenn dieser Ends ein neues Kriegsfeuer angezündet werden sollte, dieses nicht allein den niedersächsischen und die angrenzenden Kreise in die höchste Unruhe und Desolation versetzen, sondern auch die Stände desselben von der so hochnotwendigen Gegenwehr gegen den Erbfeind abhalten würde. Er kann daher dem König keineswegs dazu raten, viel weniger zur Ausführung dergleichen Desseins konkurrieren.

In was großer und noch nie vorhin erlebter Gefahr das l. Vaterland anjetzo stehet, solches bedarf keines weitläufigen Anführens und würden Wir es nie in unserm Gewissen, vor Gott und der werten Posterität verantworten können, sondern uns vielmehr eine immerwährende blasme vor der ehrbaren Welt zuziehen, auch wieder Unser eigen Interesse laborieren, wann wir des Reiches so gefährlichen Zustand durch Beforderung einer innerlichen Unruhe gar desperat machen und an der einen Seite zwar unsere Benachbarte ohne Erwerbung des geringsten Vorteils auf eine Zeit lang mortificiren, an der anderen Seite aber einem grausamen Feinde noch leichter machen sollten, seine blutdürstige Desseine gegen das Reich und die Christenheit auszuführen. — Wir

tragen auch zu I. K. M. uns bekannten hohen Generosität das feste Vertrauen, es werden dieselbe Ihrer hohen Begabnus nach Ihre sonst woll befugte ressentimens des Reiches und der Christenheit zum besten sacrificiren oder doch zur Ausführung eine andere bequemere Zeit erwarten. Wollten I. K. M. uns auch in hergebrachter Confidenz wissen lassen, worin und in was specialibus Ihre wider das Fürstl. Haus habende Beschwerde bestehen, so wollten wir uns der Sache gern mit Eifer annehmen und alles, was zu I. K. M. Vergnügen und Satisfaction gereichet, äußerster Muglichkeit nach befordern.

Er hat dieses dem König und dessen Ministern vorzustellen und sie von dem Dessein in seinem Namen aufs beweglichste zu dehortieren, doch so, daß der König davon keine Ombrage nehmen oder Diffidenz in ihn setzen möge, da er in den mit dem König habenden Alliantzien beständig zu verharren gedenkt.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Rensburg 30. Juli / [9. August] 1683.

[Die Streitigkeiten zwischen dem König und den lüneburgischen Herzogen. Bereitwilligkeit des Königs zur Hilfesendung gegen die Türken. Besorgnisse wegen der holländischen Flottenrüstung.]

Nachdem Ehrenschild dem König gemeldet hat, daß die Herzoge von Lüneburg zwei Regimenter Infanterie über die Elbe in die Vierlande gehen lassen und alle ihre Truppen hart an der Elbe jenseits zusammengezogen hätten, ist der König schon am 27. von Kopenhagen abgereist und gestern nacht hier angekommen. Er hat ihm durch Graf Reventlo sagen lassen, er verließe sich gänzlich auf Kf., er erwarte, daß derselbe in dieser gemeinen Sache mit ihm für einen Mann stehen und falls es, wenn die Herzoge opiniastrieren sollten, zur Extremität kommen würde, ihn nachdrücklich sekondieren würde. Heute hat der lüneburgische Gesandte Wackerbart bei dem König Audienz und dann mit den Ministern eine Konferenz gehabt und hat feierlich protestiert, daß es gar nicht die Absicht der Herzoge sei, zu einer brouillerie Anlaß zu geben, sie hätten nur um des Kreises Sicherheit und Wohlfahrt willen den Paß in den Vierlanden okkupieren müssen, um im Notfall Lübeck retten zu können, da sie Nachricht erhalten, daß der König sich dieser Stadt zu bemächtigen suchte. Der G. Kanzler hat ihm geantwortet, er könnte auf seine Ehre und Gewissen versichern, daß der König niemals eine solche Absicht gehabt, daß er seine Truppen nur in die benachbarten Ämter geschickt habe, um zu verhindern, daß das Haus Lüneburg Truppen in die Stadt lege. Da, wie 9. Aug.

der G. Kanzler ihm zu verstehen gab, der König nicht nur par interest, sondern auch par honneur solche Demarchen des Fürstl. Hauses nicht länger dulden will, und es leicht zu einer Hostilität kommen kann, so erwartet der König mit Schmerzen Meinders' Ankunft, und auch er sieht, daß die Pikanterie schon so groß ist, daß sie ohne des Kf. entremise schwerlich wird beigelegt werden, obwohl Wackerbart versichert, daß die Truppen wieder zurückgehen sollen, was auch zum Teil geschehen ist. Sonst hat der König durch Haxthausen dem Fürstl. Hause mitteilen lassen, er wolle gern sein Kontingent gegen die Türken geben, er hoffe, das Fürstl. Haus werde ebenso die drohende Gefahr beherzigen und sein Kontingent auch hergeben. Man fängt auch hier an, auf der Türken Progressen zu reflektieren, der König will sogar ein größeres Korps zu Hilfe schicken, wenn ihm nur vom Reiche einige Satisfaktion gegeben wird.

Der G. Kanzler hat ihm auch gesagt, der König hätte Nachricht, daß in Holland die Flotte verstärkt würde und bald in See gehen sollte, er könnte dem Handel nicht trauen und hätte seiner und der französischen Flotte Ordre gegeben, die holländische nicht in die Ostsee zu lassen, sondern sie in solchem Fall anzugreifen.

Instruction, wornach unser — Würcklicher Geheimbter Rat Frantz von Meinders bei der ihm aufgetragenen Schickung an I. K. M. zu Dennemarck, Norwegen p. p. untertänigst zu achten. D. Potsdam 30. Juli / [9. August] 1683.[1]) (Conc. Meinders.)

[Verhütung des Bruches zwischen Dänemark und den lüneburgischen Herzogen. Den Hamburgern und den Lüneburgern zu machende Vorstellungen.]

9. Aug. Er soll sich mit dem ehesten nach Hamburg begeben, dort das ihm mitgegebene Kreditiv abliefern, einige Deputierte des Rats zu sich begehren und von ihnen Auskunft darüber verlangen, ob die Festsetzung lüneburgischer Truppen in den Vierlanden mit ihrem Vorbewußt und Konsens geschehen sei und ob diese Völker diese Orte wieder gänzlich verlassen hätten. Er soll ihnen vorstellen, daß diese demarche sowohl bei dem König von Dänemark als auch bei anderen die größte Ombrage verursacht habe und Anlaß zu Unruhe und Weiterungen geben könnte, und sie ermahnen, behutsam zu verfahren, sich mit niemand zu tief zu engagieren und dem König keine Ursache zum Widerwillen zu geben, Kf. sei erbötig und er, Meinders, befehligt, sich ihrer in allen billigen Dingen anzunehmen. Sollten Deputierte von Lübeck sich dort befinden, so hat er diesen ebendasselbe vorzutragen.

[1]) Ganz kurz handelt über diese Sendung Meinders' Pufendorf XVIII, § 98 (S. 1478 f.).

Dann hat er sich zu dem König von Dänemark zu begeben und seine Negotiation dahin hauptsächlich zu richten, daß die zu befürchtende Ruptur zwischen demselben und dem Hause Lüneburg verhütet und die Irrungen zwischen ihnen auf gütlichem Wege, wozu Kf. nochmals seine Vermittelung anbietet, abgetan, oder der König wenigstens bewogen werde, bei diesen ohnehin so gefährlichen Konjunkturen davon abzustehen, dieselben mit den Waffen zu prosequieren. Er hat sich zu erkundigen, worin diese Irrungen bestehen und deswegen nicht allein den dort befindlichen braunschweigischen ministris, sondern auch im Notfall den Herzogen selbst aufs beweglichste zuzureden. Da ohne Zweifel die größte Ursache des Unwillens des Königs gegen dieselben darin besteht, daß sie sich in alle Streitigkeiten und Händel im Kreise, und zwar zum Nachteil des Königs, mischen und unter dem Praetext ihres Interesses oder des Kreisoberstenamtes oder versprochener Protektion oder gemachter Traktaten sich immer der Gegner des Königs annehmen, ja gar das arbitrium aller Dinge im Kreise arrogieren, so wird hoffentlich das Haus von dergleichen Dingen abstehen und eine andere Konduite halten. Da auch Kf. darüber sich zu beschweren Ursache hat, so hat er den lüneburgischen ministris zu verstehen zu geben, daß Kf. zwar geneigt sei, mit dem fürstl. Hause in nähere Verständnis zu treten, daß aber zunächst das nötige Vertrauen zwischen ihnen etabliert werden müßte und daß Kf. hoffe, sie würden dem König von Dänemark keine Ursache zum Mißvergnügen geben und sich auch gegen ihn so verhalten, daß gute Freund- und Nachbarschaft zwischen ihnen bestehen könnte.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Renssburg 9./19. August 1683.

[Audienz bei dem Könige. Gespräche mit dem G. Kanzler, Villars und Grote. Beginn der Konferenzen, der von ihm abgefaßte Vertragsentwurf.]

Er ist[1]) vorgestern gegen Abend hier angelangt und hat gestern mittag bei dem König Audienz gehabt. Derselbe erkundigte sich sehr angelegentlich nach dem Befinden des Kf. und beklagte, daß derselbe mit solchen beschwer- 19. Aug.

[1]) Nach einem am 4./14. August aus Hamburg gesendeten Protokoll war M. am Nachmittage dieses Tages dort angekommen, hatte sofort den Ratsverwandten Uffelmann zu sich kommen lassen, ihm die Ursache seiner Sendung mitgeteilt und gebeten, der Rat möchte Deputierte zu ihm schicken, denen er die Gedanken des Kf. eröffnen könnte. Dann hatte er sich zu dem erkrankten Ehrenschild begeben, der sich über seine Ankunft sehr erfreut zeigte und ihm mitteilte, daß der König jedenfalls übermorgen wieder in Rendsburg sein würde. Er und Villars hätten den Deputierten des Rats wegen des Marsches der Braunschweiger in die Vierlande ernstlich zugesprochen, der Rat hätte behauptet, daß dieser ohne ihr Wissen und gegen ihren

lichen Zufällen so oft belegt und dadurch viele gute Desseins verhindert würden. Er sagte, daß er die Türkengefahr überaus fürchtete und daß er dem Kaiser und dem Reich gern Hilfe senden wollte, vorher aber müßte er wegen seiner stolzen und unruhigen Nachbarn gesichert sein. Diese, die braunschweigischen Herzoge, traktierten beständig mit Schweden und hätten allerhand schädliche Desseins gegen ihn und Kf. vor, er hoffte aber, Kf. werde wie er auf der Hut stehen und das jetzige Tempo nicht versäumen. Man finge jetzt an, etwas moderater zu sprechen, nachdem Kf. ihnen zu Berlin so mascule und trefflich habe zusprechen lassen, weshalb er demselben sehr obligiert wäre. Mit Frankreichs Verhalten gegen das Reich bezeugte er sehr zufrieden zu sein, dagegen beklagte er die schlechte Konduite des kaiserlichen Hofes und verlangte sehr des Kf. Gedanken zu wissen, was zu tun sein würde, wenn dieser den angebotenen Frieden einen Weg wie den anderen ausschlagen sollte. Man verließe sich dort auf Dinge, die ihnen weder gegen den Türken noch gegen Frankreich helfen, ihm und dem Kf. aber zum höchsten Schaden ausschlagen könnten, besonders auf die schwedische Kriegsrüstung und die holländische

---

Willen erfolgt sei, daß sie auf die Nachricht davon Deputierte an den Generalmajor Marlotti und nach Celle geschickt und auch glücklich die Delogierung der Truppen erwirkt hätten. Er hätte dieses seinem Könige gemeldet und erwartete dessen Befehl, ob er mit dieser Erklärung der Stadt zufrieden sein oder noch weitere Forderungen stellen sollte. Sie hätten dann von den gemeinen Konjunkturen weitläufig geredet. Eh. hätte behauptet, man müßte diese günstige Gelegenheit benutzen, um das Haus Lüneburg in die gebührenden Schranken zu setzen, er glaubte nicht, daß dasselbe sich gutwillig akkommodieren werde, sein König werde schwerlich die Armee zurückziehen, bevor die Lüneburger die ihrige zurückgezogen hätten, und da er dieselbe nicht aus seinen Landen verpflegen könnte, so werde er sich ihrer vermutlich gegen einige niedersächsische Reichsstände wegen der Prätensionen, die er auf Grund kaiserlicher Assignationen zu machen hätte, bedienen. Eh. hätte sich auch erkundigt, ob Kf. ihm nicht wegen des Hauptwerkes im Reiche etwas aufgetragen hätte, und als er berichtete, Kf. hätte den Kaiser nochmals ermahnt, die von Frankreich angebotenen Bedingungen anzunehmen, hätte er gemeint, dazu sei wenig Aussicht, es sei eine fatalis dissolutio imperii zu fürchten, der König wünschte sehr, des Kf. Urteil darüber zu vernehmen. Dann hätte Eh. auch von den großen Rüstungen des Königs von Schweden gesprochen und daß man künftig zu spät bereuen werde, eine so herrliche Gelegenheit, dessen Macht zu schwächen, verabsäumt zu haben, er hätte aber erwidert, daß man unter den jetzigen Umständen unmöglich einen neuen Krieg anfangen könnte, und auch seine guten Dienste zum Akkommodement mit dem Hause Lüneburg angeboten. Er hätte auch auf Ehrenschilds Wunsch Uffelmann, der als Deputierter der Stadt zu ihm gekommen sei, gut zugeredet, derselbe hätte versprochen, morgen darüber Bericht zu erstatten und ihm dann die Erklärung des Rats zu hinterbringen. Diese lautet, wie M. am 5./15. August meldet, der Rat wollte dem Rat des Kf. nachleben, sich vor aller Übereilung hüten und sich nicht in großer Herren Dinge mischen. Kf. hätte bei seiner vorjährigen Anwesenheit der ganzen Stadt Herz und Devotion so gewonnen, daß sie für keinen Potentaten mehr Liebe und Respekt bezeugte.

Flotte. Letztere wäre ausgelaufen, und man vermutete, daß sie nach Gothenburg gehen würde, wo Graf Königsmarck viele Völker versammelt hätte, die leicht nach dem Bremischen gebracht werden und sich dann mit den braunschweigischen Truppen vereinigen könnten, dann könnten sie leicht unter dem Praetext der Assistenz an Holstein oder sonst die Elbe passieren, sich diesseits derselben festsetzen und Kf. von ihm trennen. Kf. würde aus dem allen ersehen, wie gefährlich es sein würde, wenn er seine meisten und besten Regimenter nach Österreich wider die Türken senden sollte. Er wünschte auch, daß der Friede mit Frankreich je eher je lieber geschlossen würde. So lange aber dieses nicht geschehe, würde er die französische Flotte[1]) bei sich in der Ostsee behalten. Dieselbe wäre in vorzüglichem Zustande, wäre mit allem Notwendigen bis zum Januar versehen und wünschte nur, etwas zu tun zu bekommen. Er kam dann auch auf die englischen Affären zu sprechen und rühmte sehr die Art und Weise, wie sein Bruder[2]) dort aufgenommen wäre.

Mit dem Reichskanzler hat er noch keine ordentliche Konferenz gehalten, sie haben aber von allen Materien, welche die jetzigen Konjunkturen betreffen, gesprochen, besonders von der braunschweigischen. Er äußerte sich ganz ähnlich wie der König, versicherte, daß derselbe jetzt mehr als jemals zum Frieden inklinierte, man müßte sich aber bemühen, die Sache in solchen Stand zu setzen, daß solches Dominat und absolute Direktion im Kreise, wie sie sich das Haus Braunschweig bisher angemaßt hätte, nicht länger gestattet werde.

P. S. Diesen Nachmittag hat er mit dem französischen Ambassadeur[3]) ausführlich geredet. Derselbe versicherte, sein König habe keine andere Intention, als den Frieden in diesen Quartieren zu erhalten. Man wäre zwar mit dem Hause Braunschweig gar nicht zufrieden und gönnte demselben gern eine Mortifikation, da aber des Königs Allianzen nur defensiv wären, so hätte er immer erinnert, man sollte allgemach und bride en main gehen, damit man sich nicht mit der blasme d'aggression beladete und den König dadurch inutil machte, das Seinige mit gebührendem Nachdruck zu tun. Er rühmte des Kf. Konduite auf das allerhöchste und meinte, dieselbe könnte das beste Instrument sein, alle Kollisionen dieser Orten zu verhüten.

Der Präsident von Hannover, Grote, ist auch angekommen, er hat mit ihm nur mit wenigem geredet. Wenn seine Proposition so eingerichtet sein wird, wie er ihm gesagt und er selbst ihm geraten hat, wird sie nicht allerdings unangenehm sein. Er hat auch versichert, daß ihr Gesandter in Regensburg auf Beschleunigung des Friedens mit Frankreich dringen und daß sie auch immediate dem Kaiser deswegen zureden würden.

P.S. 10./20. August 1683. Bisher hat man nur pro et contra raisonniert. 20. Aug.
Da aber ein fundamentum zu einer näheren Zusammensetzung gelegt werden

[1]) Dieselbe, 20 Schiffe stark, unter dem Befehl des Marquis de Previlly, war Ende Juni in Kopenhagen angelangt. S. Theatr. Europ. XII, S. 578.

[2]) Prinz Georg war am 12. Juli von Glückstadt aus nach England abgereist. S. ebendaselbst S. 580.

[3]) Villars. S. oben S. 623.

muß, so hat er auf Begehren der Dänischen und der Braunschweigischen ein Projekt[1]) entworfen, er wird darüber morgen mit den Dänischen konferieren und, wenn sie darüber einig sein werden, deshalb mit Grote kommunizieren.[2])

---

[1]) Nach demselben versprechen der König von Dänemark, Kf. und die braunschweigischen Herzoge unter Hinweis auf die Türkengefahr 1. in nachbarlicher Freundschaft und Korrespondenz zu leben und sich um Abwendung aller Gefahr und Bestätigung des Friedens zu bemühen, 2. daher am kaiserlichen Hofe und bei dem Reichskonvent in Regensburg alle tunlichen officia anzuwenden, daß mit Frankreich entweder der Frieden oder Waffenstillstand auf möglichst gute Bedingungen, wenn keine besseren zu erhalten, auf die von Frankreich offerierten, zustande gebracht werde. 3. Sollte dieses nicht gelingen, sich doch weiter zu bemühen, daß das Reich nicht versus orientem in neue Unruhe gerate, sondern aller Streit durch einen Frieden oder Stillstand suspendiert werde. 4. Sollte es trotzdem zu Troublen kommen, sich darein mit keinen Tätlichkeiten zu mischen, sondern ihre officia an allen dienlichen Orten zu verdoppeln, bis ein Friede oder Stillstand geschlossen sein wird. 5. Sie wollen sich auch bemühen, daß in dem Ober-, Niedersächsischen und Westfälischen Kreise der Friede erhalten, besonders ihre darin gelegenen Provinzen mit keinerlei Kriegsbeschwerden graviert, sondern wider diejenigen, die sich dessen unterstehen sollten, gemeinsam solange agiert werde, bis der Beleidigte gebührende Satisfaktion und Schadenersatz erhalten habe. In Artikel 6—8 könnten die betreffenden Lande, die Zahl der Hilfstruppen und was sonst in solchen foederibus defensivis eingerückt zu werden pflege, exprimiert werden. 9. Da Kf. und die braunschweigischen Herzoge hohe Kreisämter führen, so soll es bei diesen Ämtern und den ihnen anklebenden Verrichtungen und Rechten sein völliges Verbleiben haben, doch sollen dieselben nach den Reichskonstitutionen und ausgestellten Reversalen geführt und nicht extra eorundem terminos extendiert werden. 10. Etwaige Grenz- und andere Streitigkeiten unter den Paciscenten sollen gütlich beigelegt oder rechtlich entschieden werden, in Streitigkeiten derselben mit anderen sollen sie sich nur per amicabilia officia einmischen, außer wenn jemand von ihnen offensive beleidigt oder angegriffen werden sollte, in welchem Falle sie ihm die in diesem Defensivbündnis versprochene Hilfe zu leisten haben. 11. Sollte der König von Schweden wirklich, wie verlautet, vorhaben, eine so considerable Anzahl Volks nach Deutschland zu transportieren, welche bei den Nachbarn billige Jalousie und Ombrage erregen könnte, so wollen sie sich nicht allein die versprochene Garantie und Defension ihrer in den drei Kreisen belegenen Lande wirklich prästieren, sondern auch alle möglichen officia anwenden, um einen solchen Transport zu verhindern und abzuwenden. Artikel 12 könnte von dem Einschluß anderer Reichsstände, besonders K. Cölns, K. Sachsens und Münsters handeln. 13. Numerus annorum, ratificatio etc.

[2]) M. berichtet 13./23. August 1683, Grote hätte ihm über die Konferenz, welche dieser gestern mit den Dänischen gehalten, berichtet, dieselbe hätte mehr die Partikularangelegenheiten des Königs als das gemeine Werk konzerniert, doch hätte man auch von Beförderung des Friedens mit Frankreich gesprochen. Gr. hätte versichert, das Fürstl. Haus wollte dazu alle officia anwenden, aber sie könnten doch den Kaiser, mit dem Hannover in Allianz stände, nicht zwingen. Auf die Frage der Dänischen, was zu tun sei, wenn der Kaiser opiniastrieren sollte, hätte er geantwortet, das zu determinieren, dazu sei es jetzt noch zu früh, und man müßte auch überlegen,

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 14./[24.] August 1683. (Konzept von Fuchs' Hand.)

[Auf die Relation vom 9./19. August. Stand der Friedensangelegenheit. Abzuschließendes Bündnis zwischen Dänemark, Kf., dem Hause Lüneburg und anderen Reichsständen, darüber mit den Lüneburgern zu führende Verhandlungen.]

— Was nun zuerst das Friedenswerk zwischen Franckreich und dem Reiche anbetrifft, habet Ihr aus der letzteren hiebeikommenden Regensburgischen Relation[1]) zu ersehen, wie daß des Churfürstlichen Collegii Conclusum überaus wohl ausgefallen, wobei uns dieses sonderlich consoliret, daß Chur-Bayern und Sachsen nicht wie vorhin contradiciret, und seind wir auch sonst von Chur-Sachsen versichert, daß selbiges durch unsere Vorstellungen bewogen auch beim Keyserlichen Hofe selber den Frieden mit Franckreich poussiret. Vom Fürstlichen Collegio vermuten wir auch einen besseren Schluß als bishero, wiewohl Oesterreich, Schweden und Burgund solches zu hintertreiben bemühet sein sollen. Von dem Keyserlichen Hofe aber versehen wir uns in diesem Werke nichts gutes und geben des Fürsten von Anhalt Relationes, so wir Euch zuzufertigen befohlen, genugsam zu erkennen, daß des spanischen Botschafters consilia daselbsten annoch praevaliren und man selbiger Krone und ihrer Ministrorum interesse und passiones mehr als des Reiches Conservation und Wohlfahrt beherziget. Weil nun das Ende des Augusti herzunahet, so seind wir deßhalb in nicht geringer Perplexität, denn an einer Seite begreifen wir, daß wo nach der Intention des Keyserlichen Hofes das Friedenswerk länger ausgesetzet und in Ungewißheit bleibet, das ganze Reich und zuforderst wir in steter Gefahr 24. Aug.

wie man sich gegen Frankreich zu verhalten hätte, wenn dieses gleich nach Verfließung des Termins im Reich etwas de facto anfangen sollte. Er (M.) aber hätte ihm remonstriert, daß deswegen eine schleunige Resolution um so notwendiger sei und daß das Fürstl. Haus nicht nur zum Frieden raten, sondern sich auch wegen der Bedingungen desselben erklären müßte, die Erhaltung des Friedens mit dem Reich dürfte nicht an der Inklusion der spanischen Niederlande scheitern. Gr. hätte diese Remonstrationen für sehr raisonnabel erklärt und gemeint, man werde darauf gebührende Reflexion nehmen. Villars aber behaupte, an den lüneburgischen Höfen, außer Wolfenbüttel, suche man nur zu temporisieren und sei entschlossen, auch wenn Wien übergehen sollte, dennoch nicht den Frieden mit Frankreich auf die vorgeschlagenen Bedingungen zu befördern.

[1]) S. die Relation G. v. Jena's und Schönbecks vom 13./23. Juli 1683 unten Abschnitt V.

eines verderblichen Krieges und daraus herrührenden kostbaren Verfassungen werden stehen müssen, an der anderen Seite haben wir auch als ein aufrichtiger teutscher Patriot ein rechtmäßiges Bedenken, der Crone Franckreich das einzige Mittel, den Frieden zu machen, nemblich das Compelle, zu zeigen und dazu zu raten, wiewohl wir uns über selbiger Cron bisherigen Moderation bei jetzigen Läuften nicht gnug verwundern können. Was wir deshalb bei heutiger Post an den von Spanheim rescribiret,[1]) zeiget der Beischluß. Zue Abwendunge nun der hinc inde besorgenden Extremitäten finden wir kein leichter und sicherer Mittel, als wenn man das Fürstl. Haus Lünenburg dahin bringen könnte, daß selbiges nebst uns den Frieden simpliciter urgierte, und daß darauf zwischen I. K. M., Chur-Cöllen, Chur-Sachsen, uns, Münster und besagetem fürstl. Hause ein foedus defensivum pro imperio und eines jeden Lande getroffen würde. Hieraus würden unzählige viele gute Effecten entsprießen. Erstlich würde man die Ruptur mit Franckreich verhüten und das Reich in seiner Consistenz contra quosvis insultus erhalten, 2) würden diese Alliirte mächtig sein, sich contra quemcunque zu schützen und in Sicherheit zu setzen und in denen Westfälischen, Ober- und Niedersächsischen Kreisen einen steten Frieden und Ruhestand auch unter sich zu erhalten, wordurch denn diese Kreise und der Alliirten Lande in immerwährendem Flor erhalten und so formidable werden würden, daß jedermänniglich, auch von Auswertigen, eine Reflexion darauf zu machen und selbige zu recherchiren haben würde. 3) Könnten diese Alliirte ohne sich und ihre Lande zu entblößen eine considerable Armee wieder den Erbfeind schicken und das Reich auch von der Seiten versicheren, anderer unzähligen Advantagen, welche leicht zu begreifen sein, zu geschweigen. Die meiste Difficultät finden wir bei dem Fürstl. Lünenburgischen Hause, wenn aber dasselbe sein Interesse jetziger Zeit recht beherzigen will, kann es in diesem foedere nicht anders als seine Sicherheit und Advantage finden. Daferne nun I. K. M., wie wir uns aus euer Relation die Hoffnunge machen, sich mit uns hierunter vereinbaren, könnte dieses heilsame Werk bei des von Groten Anwesenheit feste gesetzet und abgetan werden. Sollte dann ja ein oder ander nicht sofort beitreten können, könnte demselben die Accession offen bleiben, und daferne auch Exteri sich mit hinein begeben wollten, müßte man darüber concertiren.

[1]) S. oben S. 478f.

Der holländischen Flotte wegen hat er verschiedentlich mit Amerongen sprechen lassen, derselbe versichert aber, daß seine Prinzipalen damit nichts unternehmen würden, was zu jemandes offense gereichte, er hat auch v. Rouck[1]) befohlen, deshalb alle diensamen Remonstrationen bei dem Staat zu tun. Sollten aber dem König Insulte geschehen, bleibt er beständig bei der Obligation, ihm kräftig zu assistieren.

Aus welchen Ursachen er beschlossen hat, seine Armee noch zurückzuhalten, wird M. aus dem, was ihm Fuchs zugeschickt, ersehen haben, er ist so noch imstande, den genommenen Resolutionen einen Nachdruck zu geben, wiewohl ihn die türkischen Progressen nicht wenig bekümmern, gleich jetzt erhält er die Nachricht, daß sie bereits in dem Graben vor Wien stehen. Doch wäre daraus leicht zu eluktieren, wenn der Frieden mit Frankreich befestigt und die obangezielte Allianz zum Effekt gebracht würde. Er soll diese Gedanken des Kf. dem König mitteilen und ihm dessen Gutachten darauf überschreiben.[2])

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Renssburg 20./30. August 1683.

[Unsicherer Ausgang der Verhandlungen. Kriegslust des Königs.]

Er hat den Inhalt des Reskripts vom 14. dem König und den Ministern mitgeteilt. Die wichtigsten Punkte, woran die nähere Zusammensetzung sich accrochiert, sind der Elbzoll, die Assignationen und die holsteinsche Sache, in betreff des französischen Friedens wird das Haus Lüneburg wohl zu Regensburg ein solches votum führen, welches mehr der den Frieden befördernden als der ihn verhindernden Partei zugezählt werden könnte. Seiner Meinung nach möchten diese Dinge einen gedeihlichen Schluß nicht hindern, wenn man dänischerseits nur völlig und eigentlich gemeint wäre, etwas zu tun. Daran aber muß er sehr zweifeln, besonders soviel Reventlo und den König angeht, Grote merkt dieses wohl und ist deswegen nicht wenig perplex, denn die Begierde zum Kriege ist unglaublich. Der König zeigt sie bei jeder Gelegenheit und sagt öfter, es sei der größte Schaden von der Welt, eine so schöne Armee und Flotte müßig zu lassen. Hingegen sagt ihm Grote, die Lüneburger fürchteten sich vor dem König von Dänemark nicht, wenn nur Kf. davon bliebe.

30. Aug.

---

[1]) S. über dessen Sendung nach Holland Urk. u. Akt. III, S. 743ff.

[2]) Kf. zeigt (d. Potstam 14./[24.] August 1683) M. an, daß er die von Dänemark und K. Cöln verlangte Zusammenführung der in der Soester Allianz stipulierten Völker vorläufig für überflüssig halte, da sie große Kosten und Ungelegenheit, auch Ombrage bei den Nachbarn und anderswo verursachen würde, und daß er wünsche, sämtliche Alliierten möchten damit noch etwas anstehen.

Es muß sich in wenigen Tagen weisen, wohin die Sache ausschlagen wird. Die Armee ist nun ganz in die Quartiere verlegt und sonst hier alles still. Um Wien scheinen sich die meisten wenig zu kümmern.

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 24. August/[3. September] 1683.

[Auf die Relation vom 10./20. August. Änderungen der Artikel 4 und 5 des Projektes. Wichtigkeit der abzuschließenden Allianz.]

3. Sept. Er ist mit dem von M. entworfenen Projekt sonst zufrieden, hat nur die Art. 4 und 5 etwas ändern lassen;[1]) denn daß er bei erfolgender Unruhe und Ruptur still sitzen und zusehen sollte, wie im Reiche alles über und über ginge, ist seinem Interesse gar zuwider.

Wenn de fatis imperii disponieret werden sollte, müssen wir, die wir jetzo den größesten Teil darinnen haben, mit Hand daran schlagen und nicht erwarten, bis wir auch dermaleinst dem Überwinder zue Teile werden. Wir haben demnach den vierten Articul dahin änderen, jedoch alles also einrichten lassen, daß keiner dadurch choquiret, sondern alles auf die mesures, so künftig zu nehmen sein, hinausgesetzet wird. Bei

---

[1]) Sie sollen lauten: „Art. 4. Indessen aber versprechen vorhöchstgedachte Contrahenten und Paciscenten, daß wann ja nach aller angewandten Mühe und Sorgfalt nicht alleine der Friede oder Stillestand nicht erfolgen, sondern auch wieder Verhoffen daraus einige Troublen und Unruhe entstehen sollten, sie sich alsdann sofort zusammen tuen, eine beständige Resolution nach Beschaffenheit der Zeiten und Conjuncturen nehmen und ihre consilia und operationes conjunctim dahin richten wollen, daß das Reich in seiner Consistenz erhalten, dessen fernere Vergewaltigunge abgewendet und mit Nachdruck ein beständiger und sicherer Friede befordert und erhalten werden möge.

Art. 5. Wie denn auch insonderheit dieses foedus dahin gerichtet sein solle, daß fürnemblich in denen dreien vornehmen Creisen, als denen Ober- und Niedersächsischen wie auch Westphälischen, und der Confoederirten darin belegenen ansehnlichen Provincien und Landen der Friede und Ruhestand contra quoscunque invadentes oder aggressores erhalten, dieselbe mit keinen Kriegesbeschwerden, Marchen, Einquartierungen, Exactionen, Contributionen von anderen, unter was Praetext und Namen es auch sein möchte, graviret und beleget, wieder diejenige aber, so sich dessen unterstehen möchten, mit zusammengesetzeter Hülfe und Macht, auf Art und Weise, wie hernach folget, agiret und davon nicht ehender abgestanden werde, bis der Beleidigter wegen alles zugefügeten Schadens gebührende und billigmäßige Satisfaction und Reparation empfangen.“

dem 5. Articul haben wir nur in genere die Besitzungen der drei bekannten Kreise mit unseren Landen parificieren wollen, weil gewiß ist, daß in selbigen keine Troublen entstehen können, ohne daß wir mit darinnen verwickelt werden.

Sollte das Werk succedieren, so hat er unter der Hand es dahin zu bringen zu suchen, daß auch die übrigen mächtigen Stände in den drei Kreisen, wie K. Sachsen, K. Köln und Münster, zu dieser Allianz admittiert, die anderen schwächeren Stände aber, welche sich selbst nicht schützen noch helfen können, zu einem leidlichen Beitrag zur Unterhaltung der Miliz der drei Prinzipalalliierten angehalten werden und daß auch anderen Kreisen und den darin belegenen Ständen der Beitritt zu der Allianz vorbehalten werde.

Er soll sich die Beförderung dieses Werkes aufs beste angelegen sein lassen, denn Kf. sieht bei jetzigen verwirrten Konjunkturen kein sichereres und besseres Mittel seinen Estat zu befestigen und die drei Kreise der ganzen Welt formidabel zu machen, als diese Allianz. Sollte aber das Werk nicht succedieren, so soll er wieder zurückeilen.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Renssburg 27. August / [6. September] 1683.

[Verzögerung der Verhandlungen. Mißtrauen dänischerseits gegen die Lüneburger, Verlangen kategorischer Erklärungen des Kf.]

Obwohl er schon vor 8 Tagen[1]) das Projekt des abzuschließenden Traktats 6. Sept. dem G. Kanzler übergeben, auch bei allen Ministern Erinnerung getan hat, man möchte dasselbe zuerst mit Kf. ajustieren und alsdann mit Grote darüber reden, ist doch bisher nichts bei der Sache geschehen, er gedenkt daher, wenn er sehen sollte, daß man auch ferner alle Vereinigung und Zusammensetzung mit dem Hause Lüneburg dekliniere, abzureisen. Der französische Gesandte hat ihm gesagt, man beschwerte sich darüber, daß er mit so gar engen und eingeschränkten Ordren versehen sei, besonders, daß er auf die Frage, was wider das Haus Lüneburg vorzunehmen sei, falls es den Frieden nicht sollte befördern wollen, nicht kategorisch hätte antworten wollen. Man verlangt hier auch zu wissen, wessen man sich zu Kf. zu versehen habe, wenn man auf Grund der kaiserlichen Assignationen gegen die mecklenburgischen und lauenburgischen Lande etwas vornehmen und das Fürstl. Haus sich einmischen sollte, worauf er nur im allgemeinen hat antworten können, daß Kf. jedesmal der Allianz gemäß sich bezeigen werde.

P. S. Soeben hat er mit dem G. Kanzler, Reventlo und Ehrenschild konferiert. Sie erklärten, sie hätten bei dem Projekt zwar nichts Erhebliches

[1]) S. oben S. 632.

zu erinnern, sie hätten aber vom König Befehl, ihm vorzustellen, derselbe glaubte, das Haus Braunschweig suchte ihn nur zu amusieren und hätte gar nicht die Absicht, mit ihm in ein näheres Verständnis zu treten, man hätte ihnen daher noch zurzeit kein Projekt auszuantworten, das sie nur zu neuen Verzögerungen mißbrauchen würden. Man könnte aber auf eine kategorische Erklärung ferner dringen und hätte auf allen Fall Ursache, eventuelle Maßregeln zu verabreden, wenn sie sich weiter opiniatrieren sollten. Bei dieser Meinung blieben sie trotz seiner Remonstrationen und erklärten, man müßte von ihnen vorher die Haupterklärung prätendieren, zumal da in Münster[1]) die Wahl so günstig auf K. Köln gefallen sei und man in Moskau sich zur Allianz mit Dänemark und zum Angriff gegen Schweden bereit erklärt habe.

Er bittet Kf. um Bescheid auf die beiden Fragen was zu resolvieren, wenn das Haus Lüneburg den Frieden nicht mit befördern wollte, und was der König von Kf. zu erwarten haben wird, wenn er seine Assignationen wider Mecklenburg usw. exequieren ließe.[2])

Der Kurfürst an Meinders. D. Cöllen 1./11. September 1683.

[Auf die Relationen vom 27. August/6. September. Aussetzung der von ihm verlangten Resolutionen bis nach Meinders' Rückkehr. Mahnung, die Forderungen an Mecklenburg und Lauenburg auf gütlichem Wege geltend zu machen.]

11. Sept. — Nun seind dieses Sachen von der höchsten Wichtigkeit, so ein reifes Nachdenken erfordern und worauf wir uns so aus dem Stege-reiff nicht resolviren können. Es ist auch bekannt, daß jetzo alles in crisi stehe und wir große und wichtige Ursachen haben, sowohl auf dasjenige, was in Oesterreich als auch was in den Niederlanden passiren wird, zu reflectiren. Was dann die erste Frage anbelanget, nemblich was zu resolviren, wann das Fürstl. Haus den Frieden nicht beforderen wollte, hätten wir gerne gesehen, daß I. K. M. den von Euch getanen Vorschlag aggreiret hätten, damit man des Fürstl. Hauses intention hätte können à fonds découvriren und sie in ihren tort setzen. Weil aber solches

[1]) Nachdem am 26. Juni 1683 der Bischof Ferdinand von Paderborn und Münster gestorben war, war 11. September 1683 in letzterem Bistum der Kurfürst von Cöln, Maximilian Heinrich von Bayern, zu seinem Nachfolger gewählt worden.

[2]) M. berichtet an demselben Tage, daß auch der König selbst mit ihm gesprochen und darauf gedrungen habe, Kf. und er müßten diese günstige Gelegenheit zur Verdrängung Schwedens aus ihrer Nachbarschaft benutzen, daß er zwar alle möglichen Remonstrationen dagegen vorgebracht, der König aber doch verlangt habe, er solle dieses alles dem Kf. berichten.

nicht geschehen, so ist nötig, daß ehe wir uns darauf völlig resolvieren, Ihr uns mündlichen rapport abstattet, damit wir die Beschaffenheit der Sachen so viele besser einnehmen und alles wohl überlegen können. —

Bei dem Hauptwerke aber, wovon Euch I. K. M. in Vertrauen gesprochen, finden wir noch allerhand Bedenken und käme uns insonderheit frembd vor, daß da, wie bekannt, das vorigte concert in Franckreich nicht hätte wollen aggreiret werden und dadurch rückgängig geworden, man danach von dorten weiter nicht das geringste an uns bringen ließe. — Zue deme so hielten wir dafür, daß man nicht so sehr auf einen jetzigen kleinen Vortel, so bei jetzigen Troublen zu erjagen sein möchte, als auf das Zukünftige zu sehen und es garnicht zu raten sein würde, jetzo ein Dorf zu gewinnen, wie man saget, und hiernächst in Gefahr zu sein, eine Stadt zu verlieren. Wir besorgeten auch, daß, wie wohl ehemalen geschehen, wir beiderseits die Mühen und Kosten, und ein ander den Vortel davon tragen würden, wir wollten jedoch nach eingenommenen Euren mündlichen rapport alles ferner überlegen, mit I. K. M. nach wie vor in Vertrauen daraus communiciren und durch eine neue Schickunge, daferne es nötig, uns mit mehrem erklären. Was die Subsidien auf die keyserl. assignationes bei Mecklenburg und Sachsen-Lauenburg anbelanget, so befinden wir billig, daß I. K. M. desfalls befriediget wurden, wir stelleten aber zue dero höchsterleuchteten Nachdenken, ob es nicht zue Beibehaltunge Glimpfes gut sein wurde, wenn I. K. M., bevor sie der Zwangsmittel gebraucheten, denen debitoribus einen kurzen terminum zue Abtragunge der assignirten Gelder zu setzen belieben wollten, wir wollten deshalb auch selber an sie schreiben und sie serio dazue anmahnen. Allenfalles aber und wann jemand wieder I. K. M. sich darin mischen wollte, würden wir dasjenige, worzue uns die mit I. K. M. habende alliance und noch genauere Einverständnis obligireten, praestiren.

Er hat seinen Abschied zu nehmen und sofort zurückzukehren, vorher aber Grote noch einmal ernstlich zuzusprechen.[1])

---

[1]) In einem P. S. vom 4./14. September 1683 beauftragt Kf. M., dem König und den Ministern von seinem Verlangen nach einer einmütigen Zusammensetzung mit dem Könige, den braunschweigischen Herzogen und den drei Kreisen Mitteilung zu machen und sich um das Zustandekommen einer solchen zu bemühen. Sollte sich der König dazu bereit zeigen, dann solle er unter dem Vorwande, dieses zu befördern, sich zu den braunschweigischen Herzogen nach Ebsdorf begeben: wenn nicht, so werde er solche mesures nehmen müssen, daß man am dänischen Hofe wegen seiner Reise dorthin keine Ombrage schöpfe.

Der Kurfürst an Meinders. D. Cöllen 5./[15.] September 1683.

[Mitteilungen Rébenacs. Vorstellungen, die er Grote machen soll.]

15. Sept. Rébenac[1]) hat ihm hinterbracht, sein König stelle es in des Kf. Hände und Gutfinden, ob das vorige Konzert wieder zur Hand zu nehmen und zwischen Frankreich, Dänemark und ihm etwas Gewisses gegen das Haus Lüneburg zu schließen und vorzunehmen sei oder nicht. Im ersten Fall sei er instruiert, mit Kf., sowie dieser es verlangte, zu traktieren und schließen, sollte aber Kf. es jetzt für ratsamer halten, in diesen Quartieren nichts zu unternehmen, so würde dieses seinem Könige auch nicht zuwider sein, nur dürfte das Haus Lüneburg nicht auf die Gedanken kommen, als achtete der König ihrer oder suchte sie. M. soll die Eröffnung geheim halten, aber Grote, ohne zu sagen, woher es kommt, soviel beibringen, daß es in des Kf. Macht stehe, zu hinterhalten oder zu schließen, was etwa gegen das fürstl. Haus möchte vorgenommen werden. Wenn sich dieses ohne Verzug zu dem entworfenen Projekt verstehen wollte, würde Kf ihnen überall gute officia leisten und durch ein engeres und festes Vernehmen ihre beiderseitige Sicherheit befördern, wenn aber das Haus bei seinen vorigen Maximen beharrte und dadurch die Entzündung eines allgemeinen Krieges veranlassen wollte, so möchte es seine Gefahr laufen, Kf. hätte getan, was ein Freund und Nachbar könnte, er müßte auf seine Konvenienz bedacht sein, er beabsichtigte nicht, in diesen Troublen zu fischen, was er sonst mit großem Vorteil tun könnte, sondern durch eine einmütige Zusammensetzung mit Dänemark und dem fürstl. Hause die drei Kreise und die Religion in Sicherheit zu setzen und sich konsiderabel zu machen.

Die meiste Schwierigkeit besorgt er von dänischer Seite, er setzt ein besonderes Vertrauen auf den G. Kanzler, M. soll diesem das Nötige remonstrieren.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Renssburg 6./16. September 1683.

[Auf das Reskript vom 1./11. September. Unzufriedenheit des Königs mit den friedlichen Absichten des Kf., übertriebene Berichte Meyercrons. Die holländische Flotte. Angebliche freundschaftliche Gesinnung des Königs von Schweden.]

16. Sept. Er hat den Inhalt des Reskriptes dem König und den Ministern mitgeteilt, auch auf Grund desselben und der früheren Reskripte in einem Memorial die

[1]) S. Prutz, S. 369.

Inkommoditäten und Inkonvenientien der Ruptur mit Schweden und die Advantagen einer näheren Verständigung mit dem Hause Lüneburg auseinandergesetzt, aber der König hätte wohl gern gesehen, daß Kf. mit seiner Intention wegen der Ruptur übereinstimmte. Dazu geben auch Meyercrons Relationen aus Paris Veranlassung, zumal, seitdem Rébenac dorthin geschrieben hat, als wenn Kf. noch zum Kriege wider das Haus Lüneburg inklinierte, was sowohl dem König von Frankreich sehr angenehm gewesen ist, als auch hier große Freude und neue Hoffnung erregt hat. Doch scheint Meyercron ziemlich exaggeriert zu haben, denn nach Spanheims Relation vom 5.[1]) gehen die von Rébenac getanen Vorstellungen und die reflexiones, welche man in Frankreich darauf genommen, nicht so weit, wie man hier meint, und werden solche nach verschiedenen noch zweifelhaften Evenementen reguliert und vielleicht geändert werden. Das Mißtrauen und Mißvergnügen des Königs von Frankreich gegen das Haus Lüneburg, von dem Meyercron besonders viel berichtet, ist hier überaus lieb und angenehm zu vernehmen, doch kann er nicht begreifen, daß man dasselbe gleichsam in infinitum extendieren will, während es doch nur dahin zu deuten ist, daß man Ursache hat, mit dem Hause Lüneburg, besonders mit Hannover, unzufrieden zu sein und sich desselben auf eine oder andere Weise zu versichern, doch so, daß ein Vergleich und Traktat den Extremitäten vorzuziehen sei. Außerdem gründet sich diese Meinung auf eine angebliche Allianz Hannovers mit Spanien und auf die Voraussetzung, daß die lüneburgischen Herzoge sich dem Frieden zwischen Frankreich und dem Reiche opponieren werden. Das erste aber ist, wie ihn Grote versichert, nicht der Fall, und wegen des anderen hat man sich bereits anders erklärt, doch hat G. bisher zu einer deutlicheren Erklärung, wie sie hier verlangt wird, noch keine Ordre erhalten.

Vom Haag und aus anderen Orten ist hier die Nachricht eingelaufen, daß die holländische Flotte zu Gothenburg angekommen sei und dort einige Truppen (9000 oder gar 15000 Mann) einladen und überschiffen werde, und der König verlangt sehr des Kf. Meinung zu erfahren, wie man sich auf allen Fall dabei zu gouvernieren habe, da er diesen Transport nicht zu hindern imstande sei. Aus Schweden hat der König die Nachricht, daß die meisten Minister und auch der König die alte Freundschaft mit Frankreich zu erneuern wünschten. Der vor kurzem hier angekommene schwedische Gesandte Welling behauptet, sein König habe die größte Begierde, mit Kf. in Freundschaft zu treten, und man wäre in Schweden mit des Kf. Konduite, besonders mit dieser seiner Sendung, sehr zufrieden.[2])

---

[1]) S. oben S. 479 f.

[2]) Kf. weist auf Grund dieses Berichtes M. an (d. Goltze 8./[18.] September 1683), dem König und den Ministern zu erklären, was Rébenacs Mitteilungen anbetreffe, so habe er zwar demselben gegenüber seinem Mißvergnügen über die Konduite des kaiserlichen Hofes Ausdruck gegeben, seine Intention sei aber von Anrichtung eines Kriegsfeuers in der Nachbarschaft ganz entfernt, er halte vielmehr mit Rücksicht auf die bedrohlichen Nachrichten von Wien her dafür, daß seine und des Königs

Der Kurfürst an Meinders. D. Goltze 10./[20.] September 1683.[1])

[Der Entsatz von Wien. Befehl, sich um das Zustandebringen einer Allianz mit dem Hause Lüneburg zu bemühen.]

20. Sept. Die glückliche Entsetzunge der Stadt Wien, wovon Ihr die Umbstände aus beigefügeter copeylichen Relation, so des Fürsten von Anhalt Ld. uns durch einen Expressen zugefertiget, zu ersehen, wird numehro am Königl. dänischen Hofe begreifen machen, daß unsere consilia und intention, umb mit dem Fürstl. Hause Lüneburg sich zu setzen und eine genaue alliance zu treffen, die beste gewesen und daß es garnicht zu raten, daß man bei jetzigen Leuften auf eine Ruptur gedenke. Wir zweifeln nicht, man werde auch daselbsten nun anderes Sinnes werden, müssen aber dabei besorgen, daß man die beste Zeit vorbeilaufen lassen und daß das Haus Lüneburg jetzo schwerlich so leicht zu gewinnen sein möchte, als wohl vorhin. Nichtes desto weniger habet Ihr nochmalen an beiden Orten euer Bestes zu tuen und wo möglich es dahin richten, daß durch Schließunge der bewußten alliance unsere gute intention erreichet werde.

Sollte es dahin nicht zu bringen sein, so soll er sogleich zurückkehren.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Rensburg 20./30. September 1683.

[Günstigere Aussichten zu einer Verständigung mit den braunschweigischen Herzogen, seine bevorstehende Reise dorthin.]

30. Sept. Er hat gestern mit dem G. Kanzler und Reventlo eine neue Konferenz abgehalten, und er fängt fast an, bessere Hoffnung vom Succeß der Handlung als bisher zu haben. Jene sagten, der König hätte die in seinem Memorial angeführten considerationes für erheblich und auf gutem Grunde ruhend befunden, allerdings wäre Schweden sowohl für ihn wie für Kf. ein sehr beschwerlicher Nachbar, da aber Kf. meinte, daß es am besten sei, jetzt nichts gegen dasselbe vorzunehmen, so wollte er sich damit konformieren, müßte aber dem Kf. im Vertrauen mitteilen, daß der König von Schweden sich immer mehr und mehr

---

Sicherheit, Ruhm und Wohlfahrt in einer engen Zusammensetzung mit dem Hause Lüneburg bestehe. M. solle so lange am dänischen Hofe bleiben, bis man vernommen, wie es in Österreich werde abgelaufen sein, „denn solches wird ein coup fatal sein und werden wir darnach unsere mesures und consilia einrichten müssen".

[1]) Konzept von Fuchs' Hand.

in Postur zu setzen suchte, daß man daher auf guter Hut sein müßte und daß auch auf die moskowitische Sache große Reflexion zu nehmen sei. Er hat erwidert, Kf. beabsichtigte schon längst eine Sendung nach Moskau und werde dieselbe gewiß jetzt um so eher werkstellig machen. Jene sagten weiter, auch mit dem Hause Lüneburg sei der König bereit, aus den von Kf. angeführten Gründen in Freundschaft zu treten, doch müßte diese so eingerichtet werden, daß dadurch nicht Frankreich Ombrage gegeben werde, wenigstens müßte das Fürstl. Haus sich wegen des Friedens auf die verlangte Weise erklären. Das hat er zugegeben, aber darauf hingewiesen, daß es sich dabei fast nur um eine Formalität handelte. Es wurde beschlossen, mit Grote noch eine Konferenz zu halten, um zu sehen, ob man etwas näher kommen könnte. Die Partikularstreitigkeiten zwischen dem lüneburgischen Hause und Dänemark hat er geraten, vorläufig beiseite zu lassen, und er hat dann des Königs eigentliche Gedanken wegen des Projekts zu vernehmen gewünscht. Die dänischen Minister versprachen, es vorzunehmen und dem König von allem zu berichten, auch noch heute womöglich die Konferenz zu befördern, und sie haben ihn aufgefordert, selbst eine Tour nach dem lüneburgischen Hofe zu tun und den Herzogen namens des Kf. zuzureden, was gewiß guten Effekt haben würde. Er hat sich dazu bereit erklärt.[1])

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 22. September / [2. Oktober] 1683.[2])

[Auf die Relation vom 17./27. September. Die sowohl den lüneburgischen Herzogen als auch dem Könige von Dänemark zu machenden Vorstellungen.]

Er ist damit zufrieden, daß M. nach Ebstorf gehe und das Werk, solange einige Hoffnung zum Succeß übrig ist, aller Orten befördere. 2. Okt.

[1]) M. berichtet (d. Rendsburg 22./12. September 1683), am 20. sei noch eine lange Konferenz zwischen den Dänischen, Grote und ihm abgehalten worden, und es habe nicht geringe Mühe gekostet, beide Teile einander näher zu bringen. Grote werde morgen nach Ebstorff zu den Herzogen reisen, auch er werde mit Haxthausen dorthin folgen, auch der schwedische Gesandte Welling habe sich eilig dorthin aufgemacht. Am 17./27. September meldet er aus Hamburg, der König habe ihn bei seiner Verabschiedung mit überaus kordialen und tendren Expressionen beauftragt, den Kf. seiner beständigen Affektion und Freundschaft zu versichern, und habe ihn mit einem goldenen Becher beschenkt. Er habe ihm eine schriftliche Resolution auf sein Memorial zukommen lassen, nach dem es freilich scheine, daß die Inklination, mit dem Hause Braunschweig in Allianz zu treten, nicht allzu groß sei, doch habe Reventlo, mit dem er noch einmal darüber geredet habe, versichert, zu einer solchen Allianz ganz geneigt zu sein, und auch von dem König glaube er dieses, da dessen principium sei, sich ohne Kf. nicht in irgend eine Weitläufigkeit zu begeben. Man wünsche hier auch, daß Kf. v. Diest wieder bald nach dem Haag abfertigen möge.

[2]) Konzept von Fuchs' Hand.

Beiden Teilen habet Ihr nach wie vor nachtrücklich zuzureden und ihnen insonderheit zu remonstriren, daß es ja besser sein würde, daß man sich selber considerable machete und eine Haupt-Partei formirete, als daß man allezeit von einer anderen Partei dependirete und ein frembdes Interesse und Passionen beforderte, zue welchem Ende Ihr dem Fürstl. Hause Lünenburg und insonderheit des Herzogen zue Hannover Ld. das Exempel des Churfürsten zue Sachsen Ld. vorzustellen, welcher ungeachtet aller genereusen und treuen Dienste, so Sie bei jetziger Not I. Kays. M. und dem Erzhause Oesterreich geleistet, dennoch zum höchsten disgoustiret, ja fast beschimpfet worden. An der anderen Seite habet Ihr I. K. M. und dero ministris, wobei es menagiret wird, in Vertrauen zu repraesentiren, daß gnugsamb am Tag läge, daß Franckreich seine Alliirten als Dependens tractirete und ungeachtet aller schweren Kosten, welche sowohl I. K. M. als wir nun fast zwei Jahre her wegen der Krone Franckreich getragen, uns bis auf diese Stunde die subsides d'action oder sonst etwas zum Recompens nicht verwilligen wollen. Da hingegen, wann dieses foedus geschlossen, uns ein jeder anders consideriren würde. Schließlich und daferne man an Königl. dänischer Seiten bei denen bisherigen Difficultäten verharren sollte, habet Ihr zu erkennen zu geben, daß wir zwar die beständige Resolution gefasset, bei I. K. M. uns unzertrennlich zu halten, wie wir dann auch alle Advantagen, so uns bei einer Separation gezeiget und offeriret worden, beständig ausgeschlagen, wir wollten aber auch hoffen, I. K. M. würden dasjenige, was unser beider wahrhaftes Interesse wäre, nicht verwerfen, unsere treu-gemeinete Vorstellungen beherzigen und nebst uns dahin bedacht sein, wie wir uns beiderseits aus dem ungewissen und gefährlichen Zustande, worin wir bishero gestanden, dermaleinst in eine vollkommene Sicherheit setzten möchten, welches unseres Ermessens anders nicht als durch ein solch foedus geschehen könnte. —

Der Kurfürst an Meinders. D. Potstam 24. September / [4. Oktober] 1683.

[Befehl zur Rückkehr. Die beiden Teilen zu machenden Eröffnungen.]

4. Okt. Aus der ihm zugefertigten letzten Relation Spanheims[1]) wird er ersehen haben, daß man in Frankreich jetzt zum Kriege und zur Ruptur gänzlich

[1]) S. Spanheims Relation vom 13./23. September 1683 oben S. 480f.

inkliniere und besonders die Attacke auf das Haus Lüneburg betreibe. Kf. achtet dieses aber garnicht tunlich und hat Sp. beifolgende Instruktion[1]) erteilt.

Weil wir aber so viele daraus abnehmen können, daß aus der Euch aufgetragenen Commission anjetzo nichtes werden werde, so ist unser gnädigster Wille, daß Ihr Euch förderlichst wieder bei uns einfindet, dann wir nunmehro alle Zeit, so Ihr daselbst verbleibet, verloren achten. Zuförderst aber habet Ihr sowohl denen Königl. dänischen als lünenburgischen ministris zu bezeugen, wie leid es uns täte, daß man die beste Zeit zu tractiren fruchtlos verstreichen lassen. Wir hätten bei dem verlangeten foedere unser Absehen auf der Interessenten gloire, Aufnehmen und Sicherheit gerichtet gehabt, nachdeme wir aber darunter so schlecht wären secundiret worden, so müßten wir billig bedacht sein, wie wir unsere Sicherheit in andere Wege etabliren könnten oder möchten, im übrigen könnet Ihr ihnen zu vernehmen geben, daß, wann sie ja hiernechst zue anderen Gedanken kommen möchten, man das Werk allemal wieder zur Hand nehmen könnte. —

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Ebstorff 24. September / 4. Oktober 1683.

[Befürchtungen des französischen und dänischen Gesandten, seine beruhigenden Erklärungen. Verhandlungen mit den braunschweigischen Ministern, die Resolution der Herzoge.]

Er ist Freitag abend spät hier angekommen. Am folgenden Tage kamen der Marquis d'Arcy und Haxthausen zu ihm und erwähnten, daß man sich beim Fürstl. Hause sehr flattiere, Kf. von seinen jetzigen Alliierten abzuziehen und auf andere Gedanken zu bringen, sie wollten nicht hoffen, daß das gelingen würde. Er hat darauf versichert, daß ihm von einer solchen Änderung nichts bekannt sei und er es auch nicht glaube, Kf. wünsche mit diesem Hause wohl zu stehen und es auf die Seite der Alliierten zu bringen, dieses hätte wohl geschehen können, wenn man das rechte Tempo, die Zeit, da Wien belagert wurde, dazu gebraucht und nicht so trainiert hätte, das Fürstl. Haus zeige sich aber auch jetzt zu einer näheren Freundschaft geneigt, die bisherige Jalousie hätte keinen Vorteil gebracht und ebensowenig sei von Fortsetzung derselben ein solcher zu hoffen, dadurch sei verhindert worden, daß man zur Rettung Wiens beigetragen hätte, man hielte ansehnliche Truppen auf den Beinen, mit 4. Okt.

[1]) S. oben S. 481 f.

höchster Ungelegenheit der eigenen Lande, und profitierte doch davon nichts. Er würde übrigens auch weiter mit ihnen vertraulich umgehen und sie hätten nicht zu fürchten, daß Kf. etwas wider die Allianz und Freundschaft vornehmen würde.

An demselben Morgen kamen auch alle braunschweigischen ministri zu ihm und bezeugten große Freude über seine Herkunft. Er hat ihnen alles remonstriert, was Grote in Rendsburg vorgestellt worden ist, und sie gebeten, zur Beförderung eines so heilsamen Werkes beizutragen. Darauf hat er bei allen drei Herzogen Audienz gehabt, alle bezeugten die höchste Begierde, die bevorstehende Handlung zum gewünschten Ziele zu befördern.

Vorgestern, Sonntag, hat er mit den braunschweigischen Ministern eine Konferenz gehalten, von deren Verlauf er Haxthausen Mitteilung gemacht hat. Braunschweigischerseits hat man sehr bewegliche Instanzen getan, ob man nicht zwischen Kf. und ihnen à part eine Negotiation entamiren wolle, sie wollten sich auch mit Kf. wegen der Quartiere zu dessen Satisfaktion vergleichen, er hat ihnen aber remonstriert, daß Kf. ohne Fundament eines vorhergehenden gemeinen Traktats sich dazu salvo foedere nicht verstehen könne, sie möchten denselben nur beschleunigen, das übrige würde sich nachher wohl finden. Man bezeugt aber wenig Inklination gegen den König von Dänemark, und sie fürchten ihn wenig, wenn sie nur des Kf. versichert wären. Er hat ihnen aber die Schwäche ihrer Alliierten remonstriert, und daß Kf. gar keine Ursache habe, von den seinigen abzusetzen und sich in beschwerliche und schädliche Händel zu mischen.

P. S. Die Braunschweigischen haben ihm beifolgende Erklärung[1]) ihrer Herzoge überbracht, er wird darauf antworten und sehen, ob es weiter zu bringen ist.

---

[1]) Dieselbe lautet:

1. Wegen des von Frankreich proponierten Waffenstillstandes oder Friedens wäre ihre Meinung, daß, wie zu Regensburg es mit der quaestio an schon seine Richtigkeit hätte, auch, die quaestio quomodo anbetreffend, während des Waffenstillstandes alles in statu quo zu lassen und inzwischen die Haupttraktaten wegen des Friedens fortzusetzen seien.

2. Betreffend den schwedischen Transport wiederholen sie ihr schon früher gemachtes Anerbieten einer reciproquen Garantie gegen alle, auch etwa von Schweden zu besorgende Tätlichkeiten, daß aber Schweden vorgeschrieben werden sollte, wie viele Mannschaft sie zu Bewahrung ihrer Provinzen halten und was für Anstalt sie dazu machen sollten, fänden sie unbillig und von gefährlicher Konsequenz, und sie könnten um so weniger deshalb mesures nehmen, da es vornehmlich von der Seemacht dependierte, wozu sie nichts prästieren könnten.

Die dänischen Partikularposten seien zwar nicht huius loci, um aber zu bezeugen, wie sorgfältig man sei, des Königs Freundschaft beständig beizubehalten, erbieten sie sich:

1. wenn derselbe noch vom Reich Satisfaktion zu fordern vermeinte, wie solche auch das Fürstl. Haus zu prätendieren hätte, darunter alle mögliche officia reciproce zu prästieren;

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Ebstorff 28. September / [8. Oktober] 1683.

[Die letzte Erklärung der braunschweigischen Fürsten. Abneigung Frankreichs und Dänemarks gegen eine Verständigung mit denselben.]

Er hat [am 25. September] noch eine Konferenz mit den lüneburgischen Ministern gehalten. Mit der dort eingereichten, beiliegenden Erklärung[1]) des Fürstl. Hauses ist Grote sofort nach Rendsburg abgereist, und auch Haxthausen hat davon Rapport getan. Diese Erklärung ist seiner Meinung nach so beschaffen, daß, wenn man zu einer näheren Zusammensetzung mit diesem Hause Lust hätte, dazu leicht zu gelangen wäre. Da aber nach Spanheims Berichten[2]) man in Frankreich fast andere intentiones bezeugt, welche vermutlich in Dänemark sehr angenehm sein werden, so wird man dort gewiß wünschen, daß auch Kf. sich zu dergleichen Dingen verstehen und erklären möchte. Er sendet das Konzept eines Reskripts an Spanheim auf dessen Relation vom 27. September ein, in dem er manche de facto bestehende Umstände angeführt hat, welche Sp. bei seiner Negotiation zu wissen nötig haben wird, er stellt auch dem Kf. anheim, ob derselbe nicht an den König von Dänemark ein Abmahnungsschreiben abgehen lassen wolle, ein Konzept dazu sendet er mit. 8. Okt.

Er wird auf Grote's Wiederkunft nicht warten, sondern heute oder morgen heimreisen.[3])

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Potsdam 6./16. Oktober 1683.[4])

[Abmahnung vor gewaltsamem Vorgehen gegen die braunschweigischen Fürsten.]

Dank für die ihm durch Meinders gemachten Freundschaftsversicherungen, Erwiderung derselben. 16. Okt.

---

2. wegen Holstein-Gottorf ließen sie es bei ihrer früheren Erklärung bewenden, daß sie aus dieser Sache kein Partikularinteresse machten, und sie erböten sich, zu gütlicher Beilegung derselben zu kooperieren;
3. sie erwarteten dagegen, daß der König seine ihnen und den anderen Kreisständen höchst beschwerlichen Prätensionen auf die im vorigen Kriege assignierten Quartiere fallen lassen werde.

[1]) Dieselbe entspricht vollständig der Resolution vom 24. September. Zum Schluß wird bemerkt, die Herzoge hätten sich soweit herausgelassen, wie in ihrem Vermögen stände, ad certas formulas sich zu binden, werde man hoffentlich von ihnen nicht verlangen.

[2]) S. oben S. 481.

[3]) Das Rekreditiv Herzog Georg Wilhelms für M. ist Ebstorff 27. September / 7. Oktober 1683 ausgestellt.

[4]) Konzept von Meinders' Hand, s. oben.

Der König wird durch v. Haxthausen über den Verlauf der zu Ebstorff mit den braunschweigischen Ministern abgehaltenen Konferenzen Nachricht erhalten haben. Man hat noch nicht Ursache, alle Hoffnung zu Engagierung des Fürstlichen Hauses in ihr Interesse und die wohlgesinnte Partei fahren zu lassen, noch weniger zu Extremitäten zu schreiten. Dasselbe hat die Förderung des Friedens im Reich mit Frankreich so fest versprochen, daß, wenn es auch nicht ad certas formulas et concepta verba zu bringen gewesen, er nicht zweifeln will, es werde bei dieser Sache mit Aufrichtigkeit zu Erreichung des vorgedachten Zwecks verfahren. Collisiones mit demselben, oder gar eine gänzliche Ruptur können ihnen beiden keinen Vorteil, sondern nur schädliche Suiten verursachen, das Kriegsglück ist zweifelhaft, auch bei glücklichem Succeß haben sie weder zu Konquesten noch zu sonst anderer Satisfaktion die geringste Hoffnung, die wenigen von Frankreich angebotenen subsides d'action würden mit den großen Inkommoditäten und gefährlichen Veränderungen, welche bei einer so wichtigen Sache zu befahren sind, keineswegs balanciert noch verglichen werden können. Dagegen ist aus einem guten Vernehmen mit diesem Hause viel Gutes, besonders die Beförderung des Friedens im Reich mit Frankreich und die Erhaltung des Ruhestandes in den drei benachbarten Kreisen, zu hoffen. Es steht in guter Kriegsverfassung, kann seinen Alliierten mit vigoureuser Assistenz an Hand gehen, besonders jetzt in diesem gefährlichen Türkenkrieg notable Hilfe leisten. Dem Könige ist die Situation der Lande des Kf. und die diesem von seinen Nachbarn drohenden Gefahren bekannt, wenn er in eine wirkliche, und zwar offensive Ruptur treten sollte, würde er von niemand anders als von dem Könige Hilfe zu erwarten, vielmehr zu besorgen haben, daß sich manche zur Gegenpartei schlagen werden. Auf seine Gesundheit und Leibesdisposition kann er auch wenig Staat machen. Er hofft, daß der König alle diese Umstände wohl erwogen und von solcher Importanz befunden haben wird, daß er diese seine Gedanken dem allgemeinen Interesse und der Wohlfahrt seines Staates konform erachten wird.

Er wird sowohl an der Allianz mit Frankreich als auch an der vertrauten Freundschaft mit dem Könige unverbrüchlich festhalten, er hofft, daß derselbe mehr seinen Sincerationen als den dawider ausgestreuten falschen und erdichteten Spargimenten Glauben schenken wird.

König Christian an den Kurfürsten. D. Copenhagen 27. Oktober / [6. November] 1683.

[Auf das Schreiben vom 6./16. Oktober.[1]) Unzufriedenheit mit den Erklärungen der braunschweigischen Fürsten, Geneigtheit zu Fortsetzung der Verhandlungen.]

6. Nov. Er muß es bei seinen mündlich und schriftlich Meinders gemachten Erklärungen bewenden lassen, zumal da das lüneburgische Haus so wenig in

[1]) F. v. Brandt meldet (d. 27. Oktober / 6. November 1683), er habe dem König das Schreiben des Kf. übergeben, derselbe habe sich sehr dafür bedankt und versichert,

seinen votis zu Regensburg die kontestierte gute Intention, das armistitium oder den Frieden mit Frankreich auf dem Fuß der französischen Propositionen zu befördern, bisher in effectu verspüren lassen, als der ihn betreffenden particulieren Punkte halber sich noch hat deutlich und zu etwas Positivem erklären wollen. Er wünscht aber, daß diese Traktaten zu einem gedeihlichen Schluß gelangen mögen, und hat sich schon zur Fortsetzung derselben in Hamburg bereit erklärt.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 20./10. November 1683.

[Mitteilungen des G. Kanzlers über den neuen Vertrag mit Frankreich. Hoffnung, daß Kf. die braunschweigischen Fürsten abhalten werde, Spanien Hilfe zu senden.]

Der G. Kanzler hat ihm gesagt, daß der hier abgeschlossene neue Traktat[1]) dem Kf. mitgeteilt werden solle. Derselbe habe zum Fundament die vor zwei Jahren von Dänemark und Kf. mit Frankreich geschlossene Defensivallianz und gehe nur dahin, daß der König von Dänemark gegen die subsides d'action (700000 Rtlr. jährlich) gehalten sein solle, gegen diejenigen in Aktion zu treten, welche an Spanien Hilfe nach Flandern schicken und sich in selbige affaires meslieren würden. Weiter gehe der Traktat nicht, sollte der König von Frankreich das Römische Reich attackieren, wäre Dänemark eo casu zu keiner Assistenz verpflichtet. Man glaubt hier, daß Kf. mit Frankreich ein gleiches Konzert gemacht habe, und ist um so mehr versichert, daß solches ihm nicht entgegen sein werde. Der G. Kanzler hat ihn auch nochmals gebeten, dem Kf. vorzustellen, wie nötig es sei, daß durch seine Autorität die Herzoge von Lüneburg dazu disponiert würden, keinen Succurs an Spanien zu schicken, sonst würde der König nicht außer Aktion zu halten und solches das rechte Wasser auf die Mühle derer sein, welche denselben in einen gefährlichen Krieg zu stürzen suchten. 20. Nov.

---

daß er sich bei den jetzigen Konjunkturen den Sentimenten des Kf. konformieren wolle und zu Fortsetzung der Traktaten bereit sei, daß er zwar an einem glücklichen Erfolg derselben zweifle, aber hoffe, daß Kf. das Haus Braunschweig dahin bringen werde, sich besser zu bequemen. Derselbe meldet 30. Oktober / 9. November, der G. Kanzler habe ihm mitgeteilt, das Schreiben habe guten Effekt getan, es habe ihm ein treffliches argumentum geliefert, die rationes derjenigen, welche den König zum Kriege zu treiben suchten, über den Haufen zu werfen.

[1]) Der zu Kopenhagen 6./16. November 1683 zwischen Frankreich und Dänemark abgeschlossene Allianzvertrag. S. v. Reedtz, Répertoire historique et chronologique des traités conclus par la couronne de Danemarc, S. 141f.; Recueil des instructions XIII, S. XLIIf.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Potstam 11./[21.] November 1683.

[Auf die Relation vom 3./13. November. Mitteilung des Projektes des neuen Vertrages mit Frankreich und seiner Schreiben an den Kaiser und die braunschweigischen Fürsten. Die mit diesen zu führenden Verhandlungen.]

21. Nov. Er soll dem G. Kanzler für die vertrauliche Kommunikation danken und ihm mitteilen, daß der König von Frankreich ihm unlängst durch Rébenac einige conditiones zu einem näheren Traktat habe antragen lassen[1]) und daß darauf ein Projekt eines solchen entworfen und nach Frankreich geschickt worden sei. Er sendet eine Kopie dieses Projektes und eines Schreibens, welches er an den Kaiser[2]) wegen der von Frankreich zuletzt getanen Deklaration hat abgehen lassen, B. soll auch diese dem G. Kanzler zustellen mit dem Ersuchen, alles zu des Königs Wissenschaft zu bringen. Er hat inzwischen an die Herzoge von Lüneburg[3]) geschrieben, angefragt, ob und wann sie die zu Hamburg und Rendsburg gepflogenen Konferenzen an dem ersten Orte reassümieren wollen, und erwartet Antwort darauf. Daß dieselben den spanischen Niederlanden keine Hilfe schicken wollten, dessen hat man sich allerdings vor allem zu versichern, daß man aber deswegen eine formelle Erklärung vor der Zusammenkunft zu urgieren habe, findet er nicht gut, weil solches die Zusammenkunft selber stutzig machen oder wohl gar hintertreiben dürfte. Er hat noch gestern mit dem hier befindlichen lüneburgischen Minister v. Hobergk davon gesprochen, derselbe beteuert, daß das Fürstl. Haus keine Hilfe nach den Niederlanden schicken werde. Es kann aber dieser Gegenstand bei der Zusammenkunft zuerst vorgenommen werden.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 8./[18.] Dezember 1683.

[Die an die braunschweigischen Herzoge zu stellenden Forderungen. Die Sendung Grote's nach Berlin und dadurch erregter Verdacht.]

18. Dez. Nachdem Gabel berichtet hat, daß Kf. und die Herzoge von Lüneburg vor Fortsetzung der Traktaten von der jetzigen Intention des Königs informiert sein möchten, damit man bei Ankunft Grote's zu Berlin die Sache überlegen und den Weg zu den hamburgischen Traktaten bereiten könnte, hat der

[1]) S. oben S. 482 ff.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 105 (S. 1483 f.).

[3]) S. ebendaselbst § 106 (S. 1484 f.).

G. Kanzler ihm mitgeteilt, daß Gabel deswegen ausführlich instruiert werden würde. Der König wäre der festen Hoffnung, daß das Fürstl. Haus sich näher herbeilassen und sich wegen des Friedens und Waffenstillstandes so erklären werde, daß man, ohne bei Frankreich Ombrage zu erregen, mit ihm schließen könne. Das Fürstl. Haus hätte zwar das armistitium in statu quo beliebt, müßte aber auch ratione temporis sich anders erklären, denn wenn man den Waffenstillstand nur auf ein oder zwei Jahre extendierte, so geschehe dieses, wie man französischerseits meine, nur damit der Kaiser seine Sache mit der Pforte abtun und dann Frankreich mit aller Macht angreifen könnte. Von den Prätensionen auf Mecklenburg und Sachsen-Lauenburg wegen assignierter Quartiere hat man hier noch wenig Lust etwas zu relachieren, wegen der Gottorfischen Sache will der König zwar gestatten, daß sie mit in die Traktaten komme, aber nur so, daß das Fürstl. Haus officia zu ihrer Komponierung anwende, nicht aber, daß es sich ratione mandati Imperatoris oder als Kreisoberster zum Richter und Exekutor mache.

Die Reise Grote's nach Berlin hat bei Villars Ombrage erregt, auch an hiesigem Hofe scheint sie einige Jalousie erweckt zu haben, weil man sich fest einbildet, daß die Heirat des Kurprinzen mit der Prinzessin von Hannover werde geschlossen werden, und fürchtet, daß das Fürstl. Haus bei Kf. mehr Gehör als vorher finden werde.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 22. Dezember 1683 / [1. Januar 1684].

[Die dänischen Rüstungen, Aufschiebung der Verhandlungen mit den braunschweigischen Fürsten.]

Nachdem der von dem französischen Gesandten mit dem neuen Konzert nach Frankreich geschickte Kurier mit der Ratifikation desselben zurückgekehrt ist, hat der König sofort beschlossen, eine neue Werbung von 6000 Mann zu Roß, zu Fuß und Dragoner anzustellen, und er hat lauter französische Offiziere dazu destiniert. Es ist dieses ein Effekt des neuen Traktats, denn weil Frankreich auf Grund der Berichte Villars' und de Roye's die hiesige Armee für zu schwach hält, eine nachdrückliche Diversion zu machen, so hat der hiesige Hof sich verpflichten müssen, en cas d'action 26000 Mann marschieren zu lassen, auch fängt Frankreich schon an, die subsides d'action wirklich zu zahlen, 200000 Rtlr. stehen schon in Hamburg parat, denen mit dem ehesten noch 200000 folgen werden. Zu den Traktaten mit Lüneburg läßt man hier keine große Begierde spüren, man hält es für viel besser, von denselben ganz zu abstrahieren, als die Konferenz in Hamburg anzustellen, bevor der Punkt des Friedens oder Waffenstillstandes durch des Kf. Autorität applaniert sei, damit man desfalls von französischer Seite keine Jalousie zu befürchten habe.

1. Jan.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 29. Dezember 1683 / [8. Januar 1684].

[Zufriedenheit des Königs mit den Erklärungen des Kf., Wunsch der Bildung einer Partei im Reiche zur Beförderung des Friedens.]

8. Jan. Er hat dem König und den Ministern die Proposition Grote's und die demselben erteilte Antwort[1]) mitgeteilt und versichert, daß Kf. auch von den weiteren Verhandlungen mit dem Fürstl. Hause hierher vertraute und vollkommene Nachricht geben und sich bei denselben so verhalten wolle, daß weder Frankreich noch der dänische Hof davon Ombrage zu nehmen Ursache haben würde. Man hat sich dafür sehr dankbar gezeigt, und er kann versichern, daß obwohl Rébenac und Gabel allerhand hierher berichtet haben, was bei dem König nicht geringe Jalousie erweckt hat, man diese doch jetzt ganz hat fahren lassen und sich auf des Kf. genereuse Versicherungen gänzlich verläßt.

Mit der lüneburgischen Proposition ist man hier nicht zufrieden, besonders was den Frieden oder Waffenstillstand zwischen dem Reich und Frankreich anbetrifft, man meint vielmehr, daß das Fürstl. Haus sich von dem Friedenswerk weiter als früher entferne, indem es früher zu Ebstorf den Waffenstillstand auf die Kondition, daß alles in statu quo zu lassen sei, angenommen hätte, jetzt aber ganz davon abginge, eine andere Quästion moviere und von Friedenstemperamenten sprechen wolle, dagegen ist man mit der Antwort des Kf. darauf durchaus zufrieden. Man hält hier für den besten Weg, den Frieden zu erhalten, den, daß sich im Römischen Reich eine starke Partei bilde, welche sich die Beförderung desselben angelegen sein ließe und diejenigen, welche sich dem opponierten, dazu zwingen und zugleich Frankreich von weiteren Gewaltsamkeiten abhalten könnte, wozu man K. Cöln und K. Sachsen vorgeschlagen hat.

Mit der Absicht des Kf., K. Cöln aufs beste zu menagieren und sich auch wegen der Quartiere mit ihm nicht zu brouillieren, ist man hier auch sehr einverstanden, zumal, nachdem man durch Lente erfahren, daß K. Cöln geneigt sei, in die Traktaten mit Frankreich einzutreten.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 4./[14.] Januar 1684.

[Besorgnisse des Königs vor Schweden, Holland und den braunschweigischen Fürsten, gegen die letzteren zu ergreifende ernstliche Maßregeln.]

14. Jan. Man will[2]) jetzt hier die lüneburgische Interposition in der Gottorfischen Sache nicht annehmen, man scheint überhaupt keine Lust zu haben, mit diesem

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 106 (S. 1484f.).

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 121 (S. 1498).

Hause ein gutes Vernehmen zu retablieren, vielmehr zu argwöhnen, daß dasselbe das Friedenswerk nur hinzuziehen suche und daß darunter kaiserliche und andere artificia verborgen seien. Der König hat aus Schweden Nachricht, daß der dortige König fleißiger als sonst Geheimen Rat gehalten habe und daß dort, obwohl einige geraten hätten, Frankreich nicht gänzlich zu choquieren und irrekonziliabel zu machen, doch beschlossen worden sei, nach Holland zu schreiben und darauf zu dringen, daß die staatische Flotte sofort im Anfang des nächsten Vorjahres nach der Ostsee geschickt werde, um den längst vorgehabten Transport zu befördern. Der hiesige Hof ist darüber sehr alarmiert und glaubt noch mehr, daß das Haus Lüneburg durch die in Berlin gemachten Propositionen nur den Frieden mit Frankreich auf Anstiftung des Kaisers zu trainieren und Kf. und Dänemark zu amüsieren suche, bis der Kaiser mit dem Türken fertig sei und in Holland auf schwedische Instigation die consilia sich änderten. Der G. Kanzler meint, daß man je eher je lieber mesures dagegen zu nehmen habe und, falls das Haus Lüneburg sich nicht beizeiten anschicken und mit Kf. und dem König vereint den Frieden mit allem Ernst befördern sollte, sich vergleichen müßte, es ohne Zeitverlust mit Gewalt auf andere Gedanken zu bringen. Die hiesigen Minister halten dafür, daß mit demselben sub clypeo zu traktieren am besten sei, doch hofft der G. Kanzler, der noch immer bei friedlichen Gedanken bleibt, daß Kf. durch seine Autorität das Fürstl. Haus auf friedliche Wege führen werde.

König Christian V. an den Kurfürsten. D. Copenhagen 8./[18.] Januar 1684.

[Anzeige der Besetzung von Jever.]

Dank für die freundschaftlichen Erbietungen des Kf., Versicherung, daß auch er in allem mit demselben ohne Reserve de concert gehen wolle. 18. Jan.

Nachdem ich sonsten in gewisse Erfahrung kommen, was gestalt einige unserer Disaffectionirten auf das Schloß und die Stadt Jehver[1]) ein absonderliches Absehen gehabt, umb selbige mit ihren Völkern stark zu besetzen, mithin der ganzen Herrschaft sich zu bemächtigen und nicht allein meinen Grafschaften daraus allerhand Ungelegenheiten zuzuziehen, sondern auch ihr auf Ostfriesland gerichtetes Intent desto besser zu erreichen, und ich dahero verursachet worden, anderer Ew. D. u. Ld. bekannten Ursachen zu geschweigen, solchem gefährlichen Vorhaben vor-

[1]) S. Theatr. Europ. XII, S. 580. Vgl. über diese Jeversche Angelegenheit Recueil des instructions XIII, S. 34f.

zukommen und mich gedachten Schlosses mit Einlegung einiger Völker zu versichern, so werden Ew. D. u. Ld. solches hoffentlich umb so viel lieber vernehmen, als ich dadurch desto mehr mich in dem Zustande befinde deroselben zu Maintenirung des in Gretsiel gefaßten Posto als auch sonsten zu Hintertreibung der widrigen Partei Desseins auf Ostfriesland auf dem Notfall die Hand zu bieten. —

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 13./[23.] Januar 1684. (Conc. Meinders.)

[Die gegen die Herzoge von Braunschweig zu ergreifenden Maßregeln. Angeblicher Anschlag des Königs auf Hamburg.]

23. Jan. Er teilt ihm mit, was der König durch Gabel[1]) an ihn wegen der gegen das Haus Lüneburg zu ergreifenden Maßregeln gebracht hat. Er ist mit dem König ganz einig darin, daß man dieses Hauses entweder völlig versichert sein oder sonst auf andere mesures denken müsse, keineswegs aber sich von demselben amüsieren lassen dürfe, er hat sich dieses auch eifrig angelegen sein lassen und er erwartet nächstens eine endliche Erklärung auf seine Propositionen. Sogleich aber zu den extremis zu schreiten und sich mit starken Armeen auf die Grenzen der Herzoge zu stellen, würde ihnen beiden und K. Cöln die höchste Beschwerde und Ungelegenheit verursachen und statt des intendierten friedliebenden Zweckes leichtlich zu Weiterungen und Extremitäten Anlaß geben. Gabel scheint seine Meinung nicht wohl eingenommen zu haben, doch soll Br. dieses mit Dexterität menagieren und besonders dem G. Kanzler gleichsam im Vertrauen hinterbringen.

Wegen des angeblichen Desseins des Königs auf Hamburg soll er auch mit dem G. Kanzler im Vertrauen reden und ihm die daraus zu befürchtenden Inkonvenientien vorstellen.[2])

---

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 121 (S. 1498).

[2]) Kf. beauftragt 30. Januar / 9. Februar 1684 v. Br., mit dem G. Kanzler über die angebliche Absicht des Königs, die ostfriesischen Lande, besonders die Herrschaften Esens und Wittmund, zu besetzen, zu sprechen, sich nach dem eigentlichen Grund zu erkundigen und die daraus zu befürchtenden Ungelegenheiten und Weiterungen vorzustellen. Darauf berichtet v. Br. 9./19. Februar 1684, daß der G. Kanzler ihn versichert habe, der König denke weder daran, Quartiere in Ostfriesland zu nehmen, noch Hamburg zu belagern, sondern er wolle nur wegen neuer, von Hamburg gegen ihn verübter Insolenz einige hamburgische Schiffe anhalten lassen.

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Cöln 19./29. Januar 1684. (Conc. Meinders.)

[Auf das Schreiben vom 8. Januar. Seine Verhandlungen mit den braunschweigischen Fürsten. Sendung Fuchs' zu denselben. Die Jeversche Angelegenheit.]

Er hat bei der Handlung mit dem Hause Lüneburg kein anderes Absehen gehabt als nur dasselbe womöglich zu einer gänzlichen Konformität in consiliis et actionibus in den zur Beförderung des Friedens mit dem König verabredeten Maßregeln zu bringen, am allerwenigsten aber sich dadurch von seinen Verpflichtungen gegen den König zu entfernen. Er versichert nochmals, daß nichts in der Welt eine Änderung hierin bei ihm wird machen können, und daß er auch garnicht gewillt ist, sich von dem Fürstl. Hause bei dieser Handlung amüsieren zu lassen, sondern auf deutliche kategorische Antwort zu dringen und, wenn dieselbe nicht befriedigend ausfallen sollte, mit seinen Alliierten, besonders mit dem König, auf andere zureichende mesures bedacht zu sein, doch wird er erst erwarten, was man seinem Geheimen Rat Fuchs,[1]) der auf seiner Reise zu K. Cöln in Celle und Hannover einsprechen soll, zur Antwort geben wird. 29. Jan.

In der Jeverschen Sache bietet er seine officia an. Das Anerbieten des Königs, durch die dort stehende Mannschaft die Seinigen in Ostfriesland auf bedürfenden Fall zu soutenieren, nimmt er um so lieber an, da die Fürstin von Ostfriesland je mehr und mehr gefährliche consilia zu führen scheint.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 2./[12.] Februar 1684. (Conc. Meinders.)

[Die Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen.]

Er übersendet ihm Abschriften dessen, was er zu Hannover hat negotiieren lassen, und der Resolution, welche Fuchs dort erhalten hat.[2]) Es ist darin zwar einiges enthalten, was mit den Gedanken der Alliierten nicht allerdings übereinkommt, doch ist das Haus in verschiedenen Dingen ziemlich nahe getreten, und die Tat wird nun bald zeigen, ob das, was wegen Beförderung des Friedens am kaiserlichen Hofe, zu Regensburg und im Haag versprochen worden, wirklich erfolgen wird. Daß man, wie am dänischen Hofe behauptet wird, 12. Febr.

[1]) S. über dessen Sendung Pufendorf XVIII, § 112 (S. 1489f.) und unten Abschnitt V.

[2]) S. unten Abschnitt V.

französischerseits wegen dieser Traktaten mit dem Hause Lüneburg so große Jalousie und Ombrage genommen habe, davon ist ihm nichts bekannt, gegen Spanheim ist davon nichts erwähnt worden, es ist auch kein Grund dazu.

Er sendet ihm auch die Resolution, welche er Grote erteilt hat,[1]) er soll dem König und den Ministern Mitteilung davon machen.[2])

P. S. Für die aus Polen empfangene Nachricht[3]) ist er dem König sehr dankbar. Da ihm viel daran gelegen ist, von dem, was wegen Rekonziliation zwischen den Königen von Polen und Frankreich vorgeht, Nachricht zu haben, so würde ihm lieb sein, wenn der König seinem dortigen Minister befehlen wollte, ihm solche zukommen zu lassen.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 5./[15.] Februar 1684.

[Unzufriedenheit des Königs mit der Erklärung der braunschweigischen Herzoge. Die auf der Versammlung zu Cöln zu fassenden Beschlüsse.]

15. Febr. Nachdem der König durch v. Haxthausen die Fuchs in Hannover erteilte Resolution[4]) erfahren, hat er ihm durch den G. Kanzler, Reventlo und Ehrenschild mitteilen lassen, er zweifle nicht, daß Kf. erkennen werde, daß diese Resolution des Fürstl. Hauses nur auf neue Amusements hinginge und daß daher auf der Konferenz zu Cöln ein gewisser Artikel darüber aufgerichtet werden müßte, daß man sich coniunctis consiliis et armis denen opponieren wollte, welche den Frieden zu verhindern suchen würden, in specie dem Hause Lüneburg, das bei seiner vorigen opiniâtreté verharrete und keinen friedlichen Remonstrationen Gehör geben wollte, es dürfte aber keine Zeit versäumt werden, sonst würden sich solche liaisons hervortun und das Fürstl. Haus auch von Schweden Succurs bekommen. Die Königl. ministri haben ihm auch

[1]) S. unten Abschnitt V.

[2]) Kf. sendet 5./15. Februar v. Br. die Replik Grote's und beauftragt ihn, das, was darin wegen des Königs von Dänemark angeführt sei, dort mitzuteilen und zur Berücksichtigung zu empfehlen, damit alles, was zu ferneren Mißverständnissen Anlaß geben könnte, wenigstens vorläufig suspendiert werde. Er solle über die dortigen vues und consilia exactissime berichten.

[3]) König Christian hatte Kf. von der Absendung du Cros' nach Polen Anzeige machen und dessen Instruktion mitteilen lassen. Kf. beauftragt v. Br. 5./15. Februar, den König und die Minister darauf aufmerksam zu machen, daß man sich auf den König von Polen garnicht verlassen könne und sich vor allem an die Republik halten müsse, zumal da der König ein ganz extraordinäres pouvoir erworben habe, welches auf alle Weise zu temperieren und in Schranken zu halten sei.

[4]) S. Pufendorf XVIII, § 112 (S. 1490) und unten Abschnitt V.

gesagt, man müßte zuerst die in der Soestischen Allianz[1]) stipulierte Mannschaft zusammenführen, jetzt aber bei der Konferenz zu Cöln auf eine größere force bedacht sein. Man rechnet hier, daß mindestens Dänemark 26000, Kf. 16000 und K. Cöln 12000 Mann stellen können, womit der Friede sofort erzwungen und das Haus Lüneburg zu anderen Gedanken werde gebracht werden können.[2])

Der Kurfürst an v. Brandt.
D. Cöln 8./[18.] März 1684. (Conc. Meinders.)

[Notwendigkeit, gegen die braunschweigischen Fürsten mit Gewalt vorzugehen, die Ordre an Fuchs.]

Die Handlung mit dem braunschweigischen Hause betreffend muß er fast glauben,[3]) daß es demselben damit kein rechter Ernst ist und schwerlich zu einem gewünschten Schluß zu gelangen sein dürfte, daß es daher notwendig sein wird, vigoureuse mesures zu nehmen und das früher ins Mittel gebrachte Konzert zur Endschaft zu befördern. Er sendet ihm die Fuchs erteilte Ordre[4]) zu, Br. soll dem König und den ministris Nachricht davon geben, doch mit solcher Behutsamkeit und Dexterität, daß man nicht mit allzu großem Eifer und Eilfertigkeit in die Extremitäten verfalle. 18. März

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 8./[18.] März 1684.

[Unzufriedenheit des dänischen Hofes mit dem Cölner Vertrage.]

Man ist[5]) hier sehr unzufrieden damit, daß in den neulich zu Cöln geschlossenen Traktaten[6]) des Hauses Lüneburg und der gegen dasselbe zu 18. März

[1]) S. v. Mörner, S. 438f. und unten Abschnitt V.

[2]) Kf. teilt v. Br. 12./22. Februar 1684 mit, daß Fuchs in Cöln angekommen sei und dort seine Negotiation begonnen habe, daß der von K. Cöln an ihn gesandte Abt von Murbach im Begriff stehe, nach Kopenhagen zu reisen, und daß er hoffe, durch diese Sendung werde die dortige große Inklination zum Kriege und zu extremis einigermaßen moderiert werden; 26. Februar / 4. März zeigt er ihm an, daß er wegen des braunschweigischen Hauses noch nicht alle Hoffnung aufgegeben habe, es werde sich bald alles zeigen müssen, und man werde dann je nach den Umständen das Nötige konzertieren können.

[3]) S. das Reskript an Spanheim von demselben Tage oben S. 501.

[4]) S. unten Abschnitt V.

[5]) S. Pufendorf XVIII, § 121 (S. 1498).

[6]) Der Vertrag vom 16./26. Februar 1684 zwischen Dänemark, K. Cöln und dem Kf. (v. Mörner, S. 734ff., 435ff.; Pufendorf XVIII, § 115 [S. 1492f.]).

ergreifenden Maßregeln garnicht gedacht ist. Die Schuld daran mißt man dem französischen Hofe bei, dieser suche nur sich der k. cölnischen force gegen Holland zu bedienen und den König von Dänemark sowie Kf. der von K. Cöln gehofften Assistenz zu berauben. Man ist auch damit unzufrieden, daß Frankreich bei den Traktaten zu Cöln getrachtet hat, es dahin zu bringen, daß der König von Dänemark sich mit gegen den Staat engagieren solle, denn davon sei in den Traktaten zwischen Dänemark und Frankreich nichts enthalten, Frankreich hätte es bisher auch niemals begehrt, und es würde dem König sehr schwer fallen, gegen den Staat in Aktion zu treten, weil dieser eine große Macht zur See hätte und auch mehr als die Hälfte des dänischen commercii an Holland hinge, der König könnte sich daher zu solchen Dingen nicht wohl resolvieren.[1])

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 18./[28.] März 1684.

[Beabsichtigte Werbungen der Fürstin von Ostfriesland. Einmarsch dänischer Truppen ins Mecklenburgische und Lauenburgische, Erklärungen des Königs deswegen und wegen der gegen die braunschweigischen Herzoge zu ergreifenden Maßregeln.]

28. März Der König läßt dem Kf. mitteilen, daß die Fürstin von Ostfriesland beschlossen haben, ein Regiment zu Fuß unter dem Major Lyhraht, der früher in des Prinzen von Oranien Leibgarde gewesen, zu werben, und hält für ratsam, daß sie beide der Fürstin deshalb Vorstellungen machten und erklärten, dieses kraft der kaiserl. Kommission und des Direktorialamts nicht gestatten zu dürfen.

Der König hat sich entschlossen,[2]) 400 Pferde und 50 Dragoner nach Mecklenburg-Schwerin und Sachsen-Lauenburg marschieren zu lassen,

---

[1]) Kf. antwortet darauf (d. Cöln a. d. Spree 18./28. März 1684), auch er meine, daß, wenn K. Cöln in den Krieg mit Holland offensive impliziert werden sollte, das Konzert wegen des braunschweigischen Hauses nicht mit solcher Gewißheit und Vigueur zum Effekt gebracht werden könnte, er hätte dieses auch K. Cöln vorstellen lassen. Die von Gabel ihm mitgeteilten postulata in betreff des Hauses Braunschweig halte er für billig, er werde sich deswegen mit dem Könige leicht konformieren und er habe auch seinen Ministern in Cöln befohlen, mit K. Cöln daraus zu kommunizieren. Darauf erwidert v. Brandt (25. März / 4. April 1684), der König habe auf die Assistenz K. Cölns große Hoffnung gesetzt, und auch einige Minister meinten, daß dieser zu dem Unternehmen gegen die Lüneburger mithelfen werde, der G. Kanzler dagegen glaube, daß darauf wenig zu bauen sei, daß K. Cöln mit Dänemark und dem Kf. das Bündnis geschlossen habe, mehr, um bei diesen Hilfe zu finden als in der Absicht, viel Volk aus seinem Lande zu schicken, und daß Frankreich bei dieser Allianz und dem zu Cöln gemachten Traktat bloß auf sein Interesse und nicht auf die Sicherheit seiner Alliierten gesehen habe.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 122 (S. 1498).

um seine rechtmäßige Prätension wegen der kaiserlichen Assignationen endlich zu erhalten. Infolge des Verhaltens des Hauses Lüneburg hätte er dieses nicht länger aufschieben können und er sei der Zuversicht, daß auch Kf. dieses Vornehmen als ein Mittel, um die wahre Intention jenes Hauses zu decouvrieren, billigen werde. Der König ist erfreut, daß Kf. jetzt auch erkannt hat, daß dieses Haus sie nur durch vergebliche Verhandlungen und Versicherungen aufzuhalten und zu amüsieren suche, und hofft, daß derselbe seinen Minister zu Cöln so instruieren werde, daß die nötigen mesures je eher je lieber genommen werden können. Die hiesigen Minister versprechen, man werde sich hierunter nicht präzipitieren, sondern alles mit sämtlicher Alliierten Konzert und Approbation tun.

Daß man dem Kf. von dem erwähnten Marsch keine Kommunikation gemacht hat, kommt daher, weil man befürchtet, daß Kf. denselben verhindern und den König veranlassen möchte, den französischen Erinnerungen nicht nachzuleben, wiewohl der französische Gesandte versichert und zu ihm expresse gesagt hat, daß sein Rat dahin gegangen sei, diesen Marsch noch auf einen Monat zu differieren.

P. S. Soeben hat ihm Reventlo im Namen des Königs von der Sendung der 400 Mann ins Mecklenburgische und Sachsen-Lauenburgische Anzeige gemacht und erklärt, der König erwarte, daß, falls es deswegen zu Extremitäten kommen sollte, Kf. ihm Hilfe leisten werde. Er hat es ad referendum angenommen, aber erklärt, durch ein solches Vornehmen werde die gute Deklaration, welche das Haus Lüneburg versprochen, gehindert und in dem niedersächsischen Kreis Troublen erweckt werden, der König werde dem Kf. einen besonderen Gefallen erweisen, wenn er es damit noch eine Zeitlang anstehen ließe. R. aber erwiderte, wenn es dem Fürstl. Hause wirklich Ernst wäre, zu der guten Partie zu treten, so könnte es gerade bei dieser Gelegenheit es am besten tun.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 29. März / [8. April] 1684.

[Beabsichtigte französische Truppensendung ins K. Cölnische, Bedenken dagegen.]

Nach Fuchs' Bericht[1]) hat kurz vor dessen Abreise von Cöln der König von Frankreich K. Cöln proponieren lassen, daß er gewillt wäre, einige seiner Truppen ins Cölnische marschieren zu lassen, und daß diese schon im Anzuge wären. Ihm erscheint[2]) diese Resolution sehr wichtig und gefährlich, und er glaubt auch nicht, daß dieselbe mit der Intention des Königs von Dänemark übereinkomme, da K. Cöln ohne Zweifel dadurch zu tief wider den Staat engagiert und von ihnen beiden ganz abgezogen werden würde, er wünscht daher die Gedanken des Königs darüber zu vernehmen und hofft, derselbe werde durch 8. April

[1]) S. unten Abschnitt V.

[2]) S. das Reskript an Spanheim von demselben Tage oben S. 503.

seine Gesandten in Cöln und Paris dort ebensolche Vorstellungen deswegen machen lassen, wie er es den Seinigen befohlen hat.

Der Traktat[1]) zwischen Dänemark, K. Cöln und ihm ist in Richtigkeit gebracht, und er hat befohlen, die Ratifikationen darüber auszufertigen.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 1./[11.] April 1684.

[Zufriedenheit des Königs mit den Bemühungen des Kf. und dessen militärischen Anordnungen.]

11. April Der König ist dem Kf. sehr dankbar dafür, daß derselbe sich seines Interesses so annimmt und an den behörigen Orten so nachdrückliche Remonstrationen getan hat, daß er hofft, zur Erhaltung seiner Prätension in dem niedersächsischen Kreise, ohne daß es zu Weiterungen kommen dürfte, zu gelangen. Er ist auch mit der Antwort des Kf.[2]) auf die Beschwerden des Herzogs von Celle sehr zufrieden und hofft, daß das Fürstl. Haus durch den Marsch nach Mecklenburg und Sachsen-Lauenburg auf andere Gedanken kommen und zu der gewünschten Konformität schreiten wird. Man glaubt auch, daß die Offerierung der Subsidien von Frankreich an gedachtes Haus dazu beitragen und daß alsdann der Friede darauf erfolgen wird. Der König hat auch gern vernommen, daß Kf. zwei Regimenter ins Mecklenburgische marschieren zu lassen beabsichtigt und seine Truppen aus Preußen nach der Mark zu marschieren beordert hat, da das Fürstl. Haus daraus ersehen wird, daß man jetzt das Werk mit rechtem Ernst und Vigueur anzugreifen beginnt.

Auch von der Okkupierung Hildesheims meint man, daß sie einen guten Effekt haben und K. Cöln gegen Frankreichs Willen wider das Haus Lüneburg engagieren wird.

Daß Kf. an K. Sachsen, die sächsischen Herzoge und den Landgrafen von Hessen geschrieben und sie abgemahnt hat, Truppen an Spanien zu überlassen, gereicht dem König auch zu großem Gefallen.

König Christian an den Kurfürsten. D. Copenhagen 19./29. April 1684.

[Weigerung, mit den braunschweigischen Herzogen einen Neutralitätsvertrag zu schließen.]

29. April Er hört, daß die Traktaten[3]) mit den lüneburgischen Ministern sehr vorgeschritten sind und daß Kf. mit dem Fürstl. Hause auf dem Fuß einer

[1]) S. oben S. 657.

[2]) S. unten Abschnitt V.

[3]) S. Pufendorf XVIII, § 123 (S. 1499f.) und unten Abschnitt V. Kf. hatte 14./24. April 1684 v. Br. mitgeteilt, es sei gute Hoffnung, daß sich das Haus Lüne-

reciproken Neutralität zu schließen beabsichtigt. Er glaubt aber nicht, daß sie beide und ihre Allierten bei einem solchen Traktat genügende Sicherheit finden werden, da dieses Haus und besonders der Herzog von Hannover bisher so oft erklärt hat, daß er von seinen anderweitigen Engagementen mit honneur nicht abgehen könne, und daher zu besorgen ist, daß, wenn er sich auch jetzt zu einer Neutralität verpflichten sollte, dieses bloß geschehen wird, um aus dem gegenwärtigen embarras zu eluktieren, die mesures der Alliierten zurückzuhalten und doch bei günstigeren Konjunkturen in seine frühere Konduite zurückzufallen. Es ist dieses um so bedenklicher, da die Herzoge mit ihren Werbungen eifrig fortfahren, was darauf hindeutet, daß ihre Intention auf etwas anderes als eine bloße Defension gerichtet ist. Er trägt daher großes Bedenken, in eine solche armierte Neutralität, besonders solange die anderen zwischen ihm und dem Hause entstandenen Irrungen nicht aus dem Grunde abgetan sind, zu willigen, und hofft, Kf. werde sich hierin von ihm und ihren übrigen Alliierten um so weniger separieren, als nicht zu zweifeln ist, daß, wenn das längst unter Händen gewesene Konzert festgestellt und dem Hause ein rechter Ernst gezeigt wäre, dasselbe bald zur verlangten Konformität zu bringen und folglich wider dasselbe etwas Tätliches vorzunehmen nicht nötig sein werde.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Coppenhagen 22. April / [2. Mai] 1684.

[Unzufriedenheit des Königs mit den Traktaten des Kf. mit den braunschweigischen Herzogen.]

Reventlo hat ihm im Namen des Königs gesagt, daß demselben die einseitigen Traktaten des Kf. mit dem Hause Lüneburg Nachdenken verursachten und sehr unvermutet kämen, zumal da Kf. sich zur Neutralität verpflichten wollte, welches den bisherigen mesures fast zuwider liefe. Er fände keine Sicherheit bei der Zusage des Fürstl. Hauses wegen Beförderung des Friedens, die nur in Worten bestände. Was Frankreich zu der Neutralität sagen würde, wüßte er nicht, er aber könnte auf die Länge unmöglich dulden, daß das Fürstl. Haus in einer so starken Verfassung und armierten Neutralität stände, weil er demselben aus vielen Ursachen nicht trauen könnte. Er würde, wie er versprochen, seine Truppen aus den bezogenen Quartieren nach erhaltener Satisfaktion von den Ständen gern wieder abführen, aber auf des Fürstl. Hauses Pochen und durch dessen Menacen ließe er sich aus den Quartieren nicht herausbringen. Gabels Rapporte scheinen den König auf solche Gedanken ge- 2. Mai

burg in wenigen Tagen ihm und dem Könige akkommodieren werde, er stehe daher an, zu dem dänischerseits beabsichtigten Unternehmen gegen Hildesheim zu schreiten, damit das Haus nicht dadurch von seinem guten Vornehmen abwendig gemacht werde.

bracht zu haben, doch werden dieselben wohl durch den guten Rat des G. Kanzlers wieder temperiert werden. Derselbe hat ihn versichert, daß der König die Handlung mit den Ständen in Mecklenburg, Lauenburg und dem Stift Lübeck nach aller Möglichkeit beschleunigen und diese nicht über Vermögen angreifen wollte, besonders wenn sie ihm nur ein gut Wort geben und so kontinuieren wollten, wie der Bischof von Eutin und der Herzog von Lauenburg schon angefangen hätten, wozu Kf. sie mit leichter Mühe werde disponieren können. Dieses sei das beste Mittel, um alle Weiterungen zu verhüten.[1])

Des Königs Reise nach Holstein ist auf den 5. Mai angesetzt.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Potstam 3./[13.] Mai 1684.[2])

[Rechtfertigung seiner Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen. Mißbilligung der Herbeiziehung französischer Truppen.]

13. Mai Seine letzten Relationen haben bei ihm großes Nachdenken und nicht geringe Konsternation verursacht. Er soll zuerst dem G. Kanzler und nachher Reventlo vorstellen, Kf. beharrte nach wie vor in der Begierde, mit dem König in unzertrennlicher Freundschaft zu leben, und hätte niemals etwas dawider vorgenommen. Auch er hätte große Ursache, dem Hause Lüneburg zu zürnen, und dasselbe würde nie kapabel sein, ihn von dem König zu trennen, aber er hätte bei den jetzigen Konjunkturen vor allem auf Erhaltung des Friedens im Reich reflektiert und dieser Konsideration alle ihm angebotenen Vorteile nachgesetzt. Es wäre auch bisher das Fundament aller zwischen ihm und den Königen von Dänemark und Frankreich wider das Haus Lüneburg genommenen Mesuren gewesen, zu versuchen, dieses durch gütliche Traktaten zu einer Konformität ad pacem zu ziehen, oder, wenn solches nicht gelingen sollte, es dazu zu zwingen. Man hätte über ein Jahr lang mit demselben traktiert und, nachdem er vor kurzem erkannt, daß es ihn nur zu amüsieren trachte, hätte er auf andere Mittel gesonnen und dazu den Traktat mit K. Cöln geschlossen, auch die Demarches des Königs in Sachsen-Lauenburg und K. Cölns bei Höxter gebilligt und unterstützt. Nachdem dadurch das lüneburgische Haus gleichsam

[1]) v. Br. berichtet 26. April / [6. Mai] 1684, der König hätte sich in ganz ähnlicher Weise gegen ihn geäußert und erklärt, er hätte garnicht nötig, sich vor dem Hause Lüneburg zu fürchten, denn der König von Frankreich wollte 8000 Mann zu den k. cölnischen Truppen stoßen lassen und ihm alle diese Truppen zu freier Verfügung überlassen. Villars scheine den König so gegen das Haus Lüneburg animiert zu haben und das Absehen dahin gerichtet zu sein, mit diesen Truppen sich Hildesheims zu bemächtigen und so zum Kriege den Anfang zu machen.

[2]) Von Fuchs' Hand. S. Pufendorf XVIII, § 124 (S. 1500).

gezwungen worden, ein accommodement tout de bon zu suchen, hätte er in der Meinung, daß auch seine Alliierten noch bei ihren vorigen Sentimenten geblieben seien, demselben das bekannte Projekt zugestellt und darin nicht allein die Konformität in consiliis ad pacem vel armistitium, sondern auch die Konvenientien des Königs, soviel praeliminariter nötig gewesen, bedungen, auch dem König alles, was bisher verhandelt worden, mitteilen lassen, er verdiente also keineswegs die Beschuldigung, daß er etwas wider die Allianzen täte, und man hätte ihm noch mit keinem Worte gezeigt, was das Projekt Schädliches enthalte, da nicht allein die von Dänemark selbst überschickten fünf Punkte, sondern auch der tenor der letzten Cölnischen Allianz hineingerückt wäre. Wenn Frankreich und Dänemark jetzt von ihren vorigen Absichten so weit abgingen, daß sie lieber die Ruptur mit dem Fürstl. Hause wollten, so müßten sie dazu partikulare Ursachen haben, die ihn aber nicht stringieren noch von seiner bisherigen Richtlinie abbringen könnten. Für den Fall, daß er sich mit den Lüneburgern wegen des Projektes nicht sollte vereinbaren können, sei er nicht allein wegen des Konzertes zum Kriege bereits wirklich in Handlung begriffen, sondern er machte auch alle Bereitschaft dazu, und er werde sich schon nicht an der Nase herumführen lassen.

Die Mitteilungen Reventlo's und Villars', daß die k. cölnische Armee und 8000 Franzosen dem König zur Disposition stehen sollten, hat ihn sehr befremdet, da dergleichen mit ihm nicht konzertiert, vielmehr ihm von Frankreich und K. Cöln andere und konträre Propositionen gemacht sind und ein solches einseitiges Konzert schnurstracks wider die zwischen ihnen aufgerichteten foedera läuft. Bei näherer Überlegung werde der König gewiß selbst die schädlichen Konsequenzen erkennen, sie beide hätten 1679 erfahren, was für einen Effekt eine französische Armee an der Weser getan. Wenn es sich um die Konservation und die Sicherheit des ganzen Estats handelte, müßten alle passiones und Animositäten cessieren, daher könnte er in dergleichen consilia nimmer stimmen, wenn er auch das ex foederibus Schuldige halten würde und die Freundschaft mit dem Könige allen anderen vorzöge. Er hielte für sie beide ein gütliches Akkomodement mit dem Hause Lüneburg, wenn dieses ein solches annehmen wollte, für das vorteilhafteste, hätte sich auch bereits erboten, sobald er mit demselben fertig sein würde, sich zu bemühen, daß auch das gute Einvernehmen zwischen diesem und dem König von Dänemark wiederhergestellt werde, und er hofft, damit zu reüssieren. Wie sehr das, was K. Cöln durch Wintgens ihm hat proponieren lassen, von dem, was Reventlo und Villars gesagt, differiere, ersieht er aus der beikommenden, demselben erteilten Resolution,[1]) die er dem G. Kanzler und Reventlo mitteilen soll.

Er soll dieses alles im höchsten Geheim und Vertrauen jenen beiden hinterbringen und sie auch ersuchen, es vor Villars zu sekretieren, da Kf. darunter eine rechte aufrichtige treue Intention für den König führe. Sollten sie es für gut finden, so soll er auch mit dem König selbst davon sprechen.

---

[1]) S. unten Abschnitt V.

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Potsdam 7./17. Mai 1684.

[Ungünstiger Verlauf der Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen, Wunsch einer Verständigung mit dem Könige über die gegen dieselben vorzunehmenden kriegerischen Maßregeln.]

17. Mai Auch er muß[1]) nach dem Verlauf der Verhandlungen mit dem Hause Lüneburg erkennen, daß wenig Apparenz zu einer Konformität übrig ist, und hält es daher für nötig, daß mit desto größerem Ernst und Eifer auf anderweitige mesures, zuförderst zur Einrichtung des Konzerts und zu dessen Exekution, Anstalt gemacht werde. Da er annimmt, daß der König schon in Rendsburg eingetroffen sein und daß seine Armee derends in Bereitschaft stehen wird, so stellt er ihm anheim, ob er nicht jemand seiner vertrautesten Generale, womöglich den Comte de Roye selbst, zu ihm schicken, ihm von seiner Meinung Nachricht geben und mit ihm konzertieren lassen möchte, wo die dänische Armee auf allen Fall über die Elbe setzen und sich jenseits derselben so postieren könnte, daß ihre Konjunktion mit seinen Truppen nicht verhindert werden könnte.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Rensburg 13./[23.] Mai 1684.

[Auf das Reskript vom 3./13. Mai. Anerkennung der Bedenken des Kf. dänischerseits. Die militärischen Vorbereitungen.]

23. Mai Er hat wegen Abwesenheit des G. Kanzlers Reventlo und Ehrenschild den Inhalt des kurfürstl. Reskripts vom 3. Mai mitgeteilt, sie haben die Richtigkeit des dort Angeführten zugestanden und versichert, daß auch der König sehr wohl erkenne, wie schädlich es sein würde, wenn die französischen Truppen sich mit den k. cölnischen vereinigen und gegen das Haus Lüneburg agieren sollten, daß der König auch nur beabsichtigt hätte, sich dieser Hilfe im äußersten Notfalle zu bedienen, und daß er nun, da er des Kf. so wohl versichert wäre, nie zu solchen Extremitäten schreiten werde.

Der König hat sich sehr gefreut, aus des Kf. Schreiben zu ersehen, daß auch dieser jetzt gewahr geworden ist, daß es dem lüneburgischen Hause kein rechter Ernst ist, sich mit ihnen wegen des Friedens und Waffenstillstandes zu konformieren, und daß seine Erinnerungen nicht so ganz vergeblich und ohne

---

[1]) S. die Reskripte an Spanheim vom 6./16. und 10./20. Mai 1684 oben S. 509.

Grund gewesen sind. Er will seine Armee zum Marsch parat halten, den Grafen de Roye wird er, sobald das Konzert fertig sein wird, zu Kf. schicken, um wegen der Kriegsoperationen das Nötige zu überlegen.[1])

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Potstam 24. Mai/[3. Juni] 1684. (Conc. Fuchs.)

[Bedenken gegen den Vertrag über die Besetzung von Dömitz. Das gegen die braunschweigischen Herzoge abgeschlossene Konzert.]

Es befremdet ihn sehr, daß ihm von dem zu Paris mit dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin wegen der Festung Dömitz gemachten Traktat[2]) vorher keine Nachricht gegeben worden ist. Aus dem beifolgenden Reskript an Spanheim[3]) wird v. Br. ersehen, was für Besorgnisse Kf. deswegen hegt. Br. soll dort zuförderst mit allem Glimpf die Sache ebenso vorstellen, besonders darauf hinweisen, daß dadurch nicht allein die noch nicht ganz desperate Handlung mit dem Hause Lüneburg, sondern auch das ganze negotium pacis im Reich stutzig werden dürfte, und darauf dringen, daß der König die Exekution des Pariser Traktats noch einige Zeit, bis man sehe, wie die Handlung mit den Lüneburgern ausschlagen werde, suspendieren möchte, oder, wenn diese Handlung fruchtlos zergehen sollte und man zu vigoureusen Maßregeln schreiten und diesen Ort besetzen müßte, dieses von ihnen conjunctim geschehen und die Garnison halb von dänischen und halb von seinen Truppen bestellt werden möchte. Sollte man sich dort dazu nicht verstehen, sondern den Traktat sofort und mit seiner Exklusion exequieren wollen, so soll er solches nicht nur nachdrücklich widerraten, sondern auch deutlich zu verstehen geben, daß dieses dem Kf. das höchste Nachdenken von der Welt verursachen und ihn allenfalls veranlassen 3. Juni

---

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Potstam 17./27. Mai 1684), da der König auf Abschluß eines Konzertes so inständig dringe, so habe er seinen Ministern befohlen, dasselbe mit Zuziehung des k. cölnischen Gesandten zu adjustieren. Die Ankunft de Roye's werde ihm sehr angenehm sein, er erwarte auch die eines k. cölnischen Generals. Er wünsche sehr, wenn sein Gesundheitszustand es gestatten sollte, sich mit dem König, etwa zu Neustadt oder Parchim, zu abouchieren. Seine preußischen Regimenter seien bereits in Pommern angelangt und die anderen advancierten nach der Elbe hin, er lasse es auch an anderen guten Anstalten, soviel immer mensch- und möglich, nicht ermangeln. v. Br. erwidert (d. Rendsburg 22. Mai / 1. Juni 1684), auch der König wünsche sehr eine Zusammenkunft mit Kf.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 127 (S. 1502); Boll, Geschichte von Mecklenburg II, S. 184ff.

[3]) S. oben S. 510f.

werde, an den schädlichen Konsequenzen, die daraus entstehen möchten, keinen Teil zu haben.

Beifolgend erhält er eine Kopie des unlängst getroffenen Konzertes.[1]) Er soll versichern, daß, wenn man anders einmütig zu der Sache tun und allen ungleichen Verdacht bei Vollstreckung eines so hochwichtigen Werkes gebührend evitieren wollte, Kf. beständig entschlossen sei, dasselbe auszuführen und deswegen mit dem Comte de Roye die näheren Maßregeln zu konzertieren, doch müßte man sich der französischen Approbation und Garantie so bald als möglich versichern, und würde es gut sein, wenn Meyercron deswegen in derselben Weise wie Spanheim[2]) instruiert würde.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Rendsburg 2./[12.] Juni 1684.

[Auf das Reskript vom 24. Mai. Dänische Erklärung in der Dömitzer Angelegenheit. Das Vorgehen gegen den Herzog von Gottorf.]

12. Juni Man beteuert hier, daß der König von Frankreich den Traktat wegen Dömitz ohne Vorwissen des Königs gemacht und daß letzterer, sobald er es erfahren, dem Kf. durch Gabel Anzeige davon gemacht habe, daß derselbe nicht daran denke, im Reich und in specie im niedersächsischen Kreise Eroberungen zu machen, sondern sich nur dieser Festung zum Paß über die Elbe und zur Versicherung des nötigen Magazins bedienen wolle, daß er sehr zufrieden sei, daß Kf. die Garnison zur Hälfte mit seinen Truppen besetze, daß aber aus dieser Sache nichts werden dürfe, da der König die Nachricht erhalten, daß[3]) der Kommandant daselbst schon 200 Mann lüneburgische Völker eingenommen und den Ort unter Wasser gesetzt habe. Man meint, daß in casum belli zwischen Kf. und dem Könige zu deliberieren sein werde, wie man sich des Platzes bemächtigen könne.

Der dänische Minister am französischen Hofe ist wegen Obtinierung der Approbation und Garantie des Konzertes ebenso wie Spanheim instruiert worden, doch hält man hier dieses Konzert, soviel die k. cölnische Assistenz anbetrifft, nicht für zulänglich, sondern meint, K. Cöln müßte durch einen Artikel verpflichtet werden, nebst Kf. und Dänemark wider das Haus Lüneburg den Krieg zugleich anzufangen und wirklich in Operation zu treten.

---

[1]) Der Vertrag zwischen Dänemark, K. Cöln und Kf. vom 20./30. Mai 1684 (v. Mörner, S. 459f.).

[2]) S. oben S. 511.

[3]) S. Boll a. a. O.

Er übersendet das Patent,[1]) durch welches der König dem Herzog von Gottorff das Herzogtum Schleswig entzieht und dasselbe unter seine Botmäßigkeit bringt. Man behauptet, der König hätte wider seinen Willen infolge der Hartnäckigkeit des Herzogs zu dieser Extremität schreiten müssen und er suchte dadurch nicht die Traktaten mit dem Herzog zu eloignieren, sondern vielmehr dieselben dadurch in den Gang zu bringen und die bisherigen Streitigkeiten durch einen beständigen Traktat zu beendigen.[2])

Der Kurfürst an den König von Dänemark. D. Potstam 7./17. Juni 1684.

[Anträge der braunschweigischen Herzoge, Bitte um Sendung eines Bevollmächtigten zu Verhandlungen darüber. Die Dömitzer Angelegenheit.]

Grote ist von seinen zu Brugtorf versammelt gewesenen Prinzipalen 17. Juni wieder hergekommen und hat ihm propositiones getan, über welche er für notwendig hält, sich mit dem König im höchsten Vertrauen zu vernehmen. Er ersucht denselben daher, möglichst bald einen seiner vertrautesten Minister zu ihm zu schicken, mit welchem diese und andere jetzt vorgehende Angelegenheiten schleunig abgehandelt werden könnten. Da das Fürstl. Haus sich auch gegen ihn erboten hat, wenn er demselben die Garantie und Versicherung geben wollte, daß keine fremden Völker wieder nach Dömitz kommen sollten, seine Truppen wieder herauszuziehen, so bittet er den König, ihm desfalls eine Erklärung zukommen zu lassen, er selbst erbietet sich in antecessum, daß, wenn der Ort auf solche Weise evakuiert werden sollte, er keine Völker hineinzulegen begehre. Er hofft, daß auch der König dieses Anerbieten aggreieren wird, zumal es für sie reputierlicher sein würde, wenn die lüneburgischen Völker eher Dömitz verließen, als bis sie durch einen förmlichen Traktat dazu vermocht würden. Da jetzt mehr als jemals apparence ist, daß sie beide sich mit jenem Hause verständigen werden, so ersucht er den König, seine vor-

---

[1]) S. Pufendorf XIX, § 66 (S. 1588); Adelung, Kurzgefaßte Geschichte der Streitigkeiten der Herzoge von Holstein-Gottorp mit der Krone Dänemark, S. 60ff.

[2]) v. Br. berichtet (d. Itzehoe 1./11. Juli 1684), der König sei entschlossen, den fürstlichen Anteil im Herzogtum Schleswig der Krone Dänemark zu inkorporieren und nicht wieder abzustehen, vielmehr es auf die Extremitäten und einen Krieg ankommen zu lassen. Daher wünsche man jetzt um so mehr, sich mit dem Hause Lüneburg zu setzen, in der Hoffnung, daß dieses sich in die schleswigsche Sache nicht einmischen werde, zumal da der König dem Herzog von Gottorf in betreff Holsteins so begegnen wolle, wie es die Reichs- und Kreiskonstitutionen im Munde führten.

habenden operationes und den Anmarsch ins Mecklenburgische so lange zu suspendieren, bis sein vertrauter Minister bei ihm ankommen und man wird sehen können, wie die Verhandlungen ausschlagen werden.[1])

F. Meinders und P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Berlin 19./[29.] Juni 1684.[2])

[Konferenz mit den dänischen Bevollmächtigten. Mitteilung der Proposition Grote's an dieselben, deren Äußerungen über die einzelnen Punkte.]

29. Juni Auf Ehrenschilds Wunsch haben sie heute mit ihm und Gabel allein eine Zusammenkunft gehalten. Die dänischen ministri versicherten dort, daß die Proposition, Schweden vom deutschen Boden zu schaffen, nicht vom König von Dänemark, sondern vom Hause Lüneburg herkäme, und daß Wackerbart dabei große contestationes von der sinceren Intention seiner Prinzipalen gemacht hätte. Sie haben ihnen darauf mitgeteilt, was Grote hier angebracht,[3]) und daß bisher nur in terminis generalibus davon geredet worden wäre, ihnen auch die puncta generalia, die G. neulich im Fasanengarten gesagt, kommuniziert. Bei dem ersten Punkt, nämlich bei wem man den Rückhalt zu suchen, waren auch die Dänischen der Meinung, daß man keinen kräftigeren appuy finden könnte als bei Frankreich. Bis zu Eh.s Abreise sei dem dortigen französischen Gesandten noch nichts davon mitgeteilt worden, Meyercron aber hätte Befehl erhalten, zu sondieren, wie weit Frankreich konkurrieren wollte, wenn man das vorjährige Konzert wieder vornehmen und das Haus Lüneburg beitreten sollte. Sie meinten, man müsse Frankreich stracks anfangs mit dazu ziehen, doch wurde beschlossen, diesen Punkt bei der ersten Zusammenkunft mit Grote weiter zu überlegen, Kf. wird auch Spanheim ebenso wie Meyercron instruieren müssen.

Bei dem dritten Punkt, der Partage, führten die Dänischen an, ihnen würde die größte Last und Gefahr zufallen, sie hofften daher, daß man bei der Partage eine proportionierliche Gleichheit halten werde. Sie haben dieses seitens des Kf. zugesagt, auch dieser Punkt aber wurde bis zur gemeinsamen Zusammenkunft mit den lüneburgischen Ministern ausgestellt.

Bei dem vierten Punkt, wegen der Operation, wurde zwar gut gefunden, darüber die Generalität handeln zu lassen, doch erklärte Eh., sein König hielte

---

[1]) König Christian erwidert darauf (d. Itzehoe 10./[20.] Juni 1684), daß er morgen Ehrenschild an Kf. abfertigen werde.

[2]) Über diese Verhandlungen gibt Pufendorf XVIII, § 136 (S. 1514) nur eine ganz kurze Notiz.

[3]) S. unten Abschnitt V.

für das Beste, daß Brandenburg und Lüneburg zuerst die Operation in Pommern und Bremen anfingen, der König aber die Holländer bedrohte, daß er, wenn sie sich darein mischten, auch zutreten werde. Sie haben aber vorgestellt, daß es auch bei Holland und dem Kaiser einen viel größeren Nachdruck haben würde, wenn alle drei Interessierten zugleich agierten. Auch dieser Punkt wurde bis zum allgemeinen Konzert ausgesetzt. Bei dem fünften, wegen der Garantie, wurde beschlossen, daß man hiernächst davon reden sollte. Die Zusammenkunft mit Grote soll morgen früh stattfinden.

Protokolle der mit den dänischen und braunschweigischen Bevollmächtigten abgehaltenen Konferenzen. 20./[30.] Juni 1684.[1])

Auf die Aufforderung Ehrenschilds, die ihm erteilten Aufträge zu eröffnen, erklärt Grote, die Herzoge hätten schon durch Wackerbart und ihn mitteilen lassen, daß sie sich wegen des armistitii mit dem König von Dänemark und Kf. konformieren wollten, in dem Vertrauen, daß diese geneigt sein würden, die anderen Differentien mit ihnen in billiger Weise abzutun. Die durch Wackerbart am dänischen Hofe gemachten weiteren Anträge seien bekannt, man möchte sich darüber erklären, dann werde auch er sich darüber candide expektorieren, und er schlägt dann, nachdem Ehrenschild kurz den Inhalt seines Vortrages wiederholt und erklärt hat, daß das erste Erbieten der Herzoge dem Könige und Kf. sehr lieb sei, vor, wegen des zweiten Punktes, da er nicht den geringsten Verzug leide, ohne weitere praeliminaria sofort ad rem ipsam zu gehen. 30. Juni

Nachdem auf Antrag Eh.s zunächst die Frage wegen der Vollmachten erledigt ist, proponiert dieser die quaestio an, ob man Schweden allerseits angreifen und vom deutschen Boden zu vertreiben suchen solle, sein König sei damit einverstanden, worauf die Brandenburger und auch G. dem zustimmen.

Darauf stellt Eh. die zweite Frage, bei wem das appuy zu suchen und mit wem Kommunikation zu tun, und erklärt, dies müßte vor allem bei Frankreich geschehen, das Holland und andere zurückhalten und, wenn die Verbündeten in ihren Landen attackiert würden, dieses pro casu foederis halten sollte.

Die Brandenburger erklären, daß Kf. dem zustimme. Auch G. tut dasselbe, meint aber, es sei notwendig, auch auf den Fall zu reflektieren, wenn Frankreich diesem Werk keinen Beifall geben oder gar demselben zuwider sein sollte, auch wie bald und quomodo die Kommunikation mit Frankreich vorzunehmen.

---

[1]) Von Fuchs' Hand.

Eh. und auch die Brandenburger erwidern, darauf sei man ihrerseits nicht bedacht gewesen, da man französischerseits kein obstaculum vermute.

Grote: Auch die Herzoge vermuteten dasselbe, doch könne man nicht wissen, was für mesures die Konjunkturen Frankreich inspirieren möchten, ihrerseits meine man, daß man darüber das Werk nicht abandonnieren, sondern solchenfalls sich zur anderen Partei wenden und sehen müßte, ob man bei anderen Puissancen sich eines appuy versichern könnte, an guten rationibus werde es desfalls nicht fehlen.

Die Dänischen und Brandenburgischen erklären, auf das erste nicht instruiert zu sein, und nehmen es ad referendum. Wegen der Kommunikation an Frankreich meint Eh., sie müßte je eher je lieber geschehen, an Villars könnte vielleicht bereits einige Ouverture geschehen sein, man möchte auch an Rébenac solche machen. G. aber erklärt, seine Herzoge hielten für notwendig, daß die Sache ganz geheim gehalten und anderen nicht eher davon Ouverture gemacht werde, bis man vorher unter sich einig wäre und es auf der Operation allein bestände. Auch Kf. sei anfangs derselben Meinung gewesen, er müßte erst anderen Befehl erwarten, ehe er sich anders erklärte.

21./31. Juni 1684.[1]) In des H. Geheimen Rat Fuchsen Exz. Garten praesentibus:

H. von Ehrenschild,
H. von Gabel,
H. von Meinders,
H. Fuchs et
H. von Grot.

31. Juni Ehrenschild schlägt vor, den Punkt wegen der Partage zu deliberieren.
Dänische Proposition:

1. Halb Bremen, halb Verden;
2. Wismar cum pertinentiis;
3. Stralsund und Rügen;
4. in die holsteinische Sache sich nicht zu mischen;
5. noch in die niedersächsischen Kreises Quartiersache;
6. wegen der Kreisämter;
7. Beförderung der vom Reich prätendierten Satisfaktion.

Nos: Pommern und Rügen.

Lüneburg: Es wäre so einzurichten, daß ohne Jalousie und nach Proportion der übernehmenden Gefahr und was davon dependiert jedem Teile begegnet werden möge. Er fordert demgemäß ganz Bremen und Verden und Abtuung der Grenzstreitigkeiten mit Brandenburg.

[1]) Von Fuchs', eine andere Aufzeichnung von Meinders' Hand.

Ehrenschild acceptiert das Prinzip, proponit: die Flotte, Norwegen, Holland, das mit Schweden im engsten Bündnis stehe, weil also die Kosten am größten, so hoffe man Proportion.

Abtritt genommen.

Nos weisen darauf hin, daß für Brandenburg und Lüneburg die Gefahr ebenso groß sei wie für Dänemark, die Gefahr von Holland sei gleich, sie müßten große Reflexion auf den Kaiser, Sachsen, Türkenkrieg usw. nehmen, ganz Deutschland werde dieses accroissement mißgönnen, es sei auch Gefahr in Preußen wegen Polen. Kf. meine, der König werde von der Prätension wegen Stralsund und Rügen abstehen und ihm Pommern allein gönnen.

Grote stimmt dem bei, verlangt für seine Herren ganz Bremen und Verden, behauptet, diese kämen den zu übernehmenden Kosten und Gefahr garnicht gleich.

Meinders: Man hat dafür gehalten, daß pro securitate et convenientia Regis nichts anständiger sei als das ganze Herzogtum Schleswig cum pleno jure und ein Strich von Holstein, dafür müßte dem Herzog von Holstein ein Äquivalent gegeben werden, wozu alle drei konkurrieren müßten.

Ehrenschild: Die dänischen Prätensionen könnten kein Mißverständnis verursachen, Stralsund und Rügen könnten wohl separiert werden, ebenso ein Stück von Bremen, das man verlange, damit eine Kommunikationslinie mit den Grafschaften hergestellt werden könne. Gefahr wäre dort wenig zu fürchten, die Aktion dort gegen Schweden wäre nur ein Spielwerk, sein König aber müßte die Flotte equipieren, wovon die Kosten unglaublich wären, und sich in Norwegen rüsten. Derselbe wolle geschehen lassen, daß Brandenburg Pommern und Lüneburg Bremen allein attackierten, und wolle still sitzen, aber unter der Bedingung, daß dem Herzog von Gottorf von Brandenburg und Lüneburg Satisfaktion gegeben werde. Wegen Holstein werde der König solches zu behaupten suchen, Schleswig hätte er eingezogen, weil der Herzog nach dem Frieden von Fontainebleau sich wieder mit Schweden verbündet hätte und die Sache zwischen ihm und dem Herzog nicht länger hätte bestehen können. Also wäre die Offerte von Schleswig nichts, das Holsteinische stünde auf dem Fuße, wie bekannt, es wäre eine gemeine Regierung, contributiones wären pro defensione dem Lande gemein. Wenn sonst expedientia vorgebracht würden, wollte man sie vernehmen, der Strich von Kiel bis Alster ginge nicht an.

Grote: Die dänischen Minister möchten nur berücksichtigen, was für Vorteil sie durch die Renuntiation des Herzogs von Holstein und die aufzurichtende Garantie ihres Estats erlangen würden. Der König hätte zwar die Possession von Schleswig genommen, seine Posterität aber sei deren wenig sicher, so lange Schweden auf dem deutschen Boden wäre und er nicht mit einigen mächtigen Nachbarn eine bündige Garantie aufgerichtet hätte. Auf den Vorschlag, daß Braunschweig den Herzog von Gottorf satisfacieren solle, sei er nicht instruiert und er müßte franchement deklarieren, daß die Herzoge sich darauf nicht einlassen würden.

Generaliter ist gut gefunden worden, daß, ehe man des successus mehr versichert wäre, man an Frankreich keine Kommunikation tun solle.

23. Juni 1684[1]) hora 4 pom. beim H. Ehrenschild praesentibus ipso

H. v. Gabel,
H. Geh. Rat Fuchs
et me M.

3. Juli Sie teilen die Resolution des Kf. mit, derselbe sei sehr erfreut, daß man diese Sache vorgenommen, meine, daß das commodum und incommodum unter allen drei gleich und kommun soviel möglich sein müsse, er begehre selbst nicht die geringste Prärogative. Das momentum rei komme auf die Partage an, er begriffe wohl, daß, wenn er selbst ganz Vorpommern und Rügen, das Haus Braunschweig ganz Bremen und Verden behaupten sollte, dem Könige eine billige Proportion gelassen werden müßte, aber er hätte mit Befremden aus dem Protokoll ersehen, daß die von dieser Seite getane Offerte des ganzen Herzogtums Schleswig und des besten Teils von Holstein in gar keine Konsideration gezogen, sondern als eine abgetane Sache, in die sich niemand zu mischen hätte, konsideriert werde. Er wüßte zwar, daß der König in Schleswig die Souveränität prätendiert hätte, hätte aber nicht gewußt, daß derselbe auch plenum ius et dominium utile prätendiere, und ebensowenig, daß er auf Holstein eine solche Prätension mache, er müßte den König darauf aufmerksam machen, daß die Gewalt der Waffen eine schlechte Stütze sei, um etwas zu behaupten, das die ganze Welt für unbillig achtete, er wollte sich hierin nicht als Richter gerieren, wollte auch den Bündnissen mit dem König heilig nachleben, aber er hoffte, derselbe werde nichts vornehmen oder von ihm begehren, was seinen Pflichten gegen das Reich und seine Mitstände entgegen wäre. Ebenso stände es mit Jever, die Maximen, mit denen der König diese Herrschaft vindicierte, könnten auch nur durch den zweifelhaften Ausschlag der Waffen behauptet werden. Ferner hätten die mecklenburgischen Stände ihn gebeten, sich dafür zu verwenden, daß der König sich mit den von ihnen angebotenen 60000 Rtlr. begnügen möchte. Kf. habe das Hauptwerk selber betreffend geurteilt, daß die dem König bisher gemachten Offerten nicht ausreichend wären, und habe ihnen daher zulänglichere Offerten aufgegeben, über die sie aber erst mit Grote kommunizieren müßten.

Ehrenschild erwidert, diese Erklärung werde den König sehr befremden; nachdem derselbe dem Kf. die wichtigen und erheblichen Ursachen, welche ihn zu seinem Verfahren in diesen Angelegenheiten veranlaßt hätten, habe vorstellen lassen, habe er erwartet, daß Kf. als sein bester Freund dabei acquiescieren und ihn mehr darin appuyieren als dieselben in Zweifel ziehen würde, und spricht die Hoffnung aus, Kf. werde bei solchen vorigen Gedanken verbleiben und diese drei Punkte nicht in computum kommen lassen.

Sie haben darauf von allen drei Punkten weitläufig quodlibetiert und es übernommen, mit Grote davon zu reden und darauf wieder zusammenzukommen.

---

[1]) Von Meinders' Hand.

24. Junii[1]) hora 10 mat. chez M. Fuchs praesentibus:

H. v. Grote, 4. Juli
H. Fuchs
et me M.

Fuchs berichtet, welchen Auftrag Kf. ihnen in betreff der Dänischen erteilt, daß sie mit diesen geredet, dadurch aber großen Widerwillen bei ihnen verursacht hätten. Des Kf. Meinung sei, jeder Interessent müßte seine Rechnung bei der Partage finden, er bliebe bei Pommern und Rügen, den Herzogen gönnte er ganz Bremen und Verden, Dänemark anbetreffend meinte er, daß Schleswig und der Strich von Holstein von Kiel bis an die Alster zu wenig wäre, wenn dagegen Oldenburg und Delmenhorst weggegeben werden sollten, es sollte ganz Holstein und Schleswig angeboten werden gegen Abtretung von Oldenburg, Delmenhorst und Jever an Gottorf. Kf. wollte in diesem Falle das Haus Anhalt wegen Jever befriedigen und erwartete, daß das Haus Lüneburg soviel wie Jever importierte dazu tun würde. Wenn Dänemark sich mit solchen oblatis und dem, was man etwa von Hamburg wegen des Glückstadter Zolles erhielte, kontentieren wollte, würde es ihm sehr lieb sein, pro ultimo könnte noch Wismar hinzugefügt werden. Sollte auch das nicht gehen und Dänemark keine anderen Vorschläge tun, dann müßte man das Werk in ewiges Stillschweigen vergraben.

Grote: Die dem Herzog von Gottorf zugedachte Portion ist gegen ganz Holstein und Schleswig zu gering, dazu kommt noch die consideratio politica wegen Sicherheit der Stadt Hamburg. Die Herzoge sind daher bereit gewesen, Gottorf etwas von ihren eigenen Landen abzutreten, in der Meinung, daß auch Kf. das Fürstentum Minden demselben überlassen würde. Doch könnte er nicht eine solche Proposition den Dänischen machen, sondern müßte vorher referieren, er stellte den Brandenburgischen anheim, ob sie die Dänischen hierüber sondieren wollten, müßte sie aber bitten, dabei auf die Sicherheit beider hohen Häuser zu reflektieren, die nicht bestehen könnte, wenn man einen oder anderen Nachbar zu groß machte.

Nos: Dänemark hätte schon Holstein und Schleswig, Gottorf hätte nichts, würde Ursache haben, ihnen zu danken, daß sie ihm noch einen Staat formierten. Communicavimus quae ex Gallia.

D. 26. Junii[2]) 1684 beim H. v. Ehrenschild praes. eo

H. G. R. Fuchs 6. Juli
et me M.

Nos: Sie hätten zwar auf des Kf. Befehl mit Grote geredet, derselbe hätte sich aber defectu mandati entschuldigt. Kf. hielte die Satisfaktion für

---

[1]) Von Meinders' Hand.
[2]) Von Meinders' Hand.

den König sehr konsiderabel sowohl wegen des dominii directi et utilis über Schleswig und Holstein als auch wegen Remotion des jetzigen so gefährlichen Nachbars. Der Herzog von Holstein müßte aliquo modo indemnisiert werden, exempli gratia, wenn der König Oldenburg, Delmenhorst und Jever geben wollte, wollte Kf. die Fürsten von Anhalt befriedigen und auch die braunschweigischen Herzoge müßten ein Ansehnliches von dem Ihrigen abtreten, damit an Gottorf ein fürstlicher Staat formiert werden könnte. Sie bieten ferner statt des Glückstadter Zolls 200000 Rtlr. Satisfaktion und Assistenz, wenn man in Deutschland fertig sein würde.

Ehrenschild und Gabel (der eben wiedergekommen) sprechen ihre Verwunderung darüber aus, daß Grote abermals defectum instructionis allegiert, zumal die Sache vom Fürstl. Hause herrührte. Über die Propositionen lassen sie sich vertraulich (an Grote soll es nicht kommuniziert werden) aus. Die Dänemark proponierten Avantagen könnten nicht mit den anderen balanciert werden, sie verlangen wieder Stralsund und Rügen oder andere Avantagen, von Bremen entweder die Hälfte gegen Cedierung der Grafschaften, oder daß sie die Grafschaften behielten und Brandenburg und Braunschweig den Herzog von Gottorf ganz kontentierten. Jever sei ein inseparables Stück der Grafschaften. Mit einer Satisfaktion von 200000 Rtlr. könnten sie sich nicht zufrieden geben.

Quid wegen Wismar?

6. Julii.[1]

16. Juli H. v. Ehrenschild,
H. v. Gabel,
H. v. Grote,
H. Oberg,
H. Fuchs
et me M.
Absentibus Brunswicensibus.

Ehrenschild: Der König sei geneigt, praevio tractatu secreto wegen des Interesse des Reichs mit Kf. und dem Hause Braunschweig gewisse mesures zu nehmen. Rogati, ob sie nicht extra tractatum secretum desfalls avise hätten, resp. quod non. Wegen Dömitz hätte es seine Richtigkeit gehabt, wenn aus der Sache was geworden wäre, da diese aber zurückzugehen schiene, hätten sie ad alium casum keine Instruktion.

Mit S.-Lauenburg wäre es richtig, mit Mecklenburg stände es auf dem Schlusse, Heilige Land sei in regis potestate.

Accessere Brunswicenses.

Auf Ehrenschilds Aufforderung, ihre Instruktion zu eröffnen, erklärt Grote, sie hätten die gewünschte Vollmacht erhalten, die Herzoge hielten die

[1]) Von Meinders' Hand.

dänischen Prätensionen für nicht abreichlich, und wenn auf diesen bestanden würde, sei das beste, sich nicht vergeblich aufzuhalten, die Sache ganz aufzugeben und in ewiges Stillschweigen zu vergraben, doch wünschten sie nach wie vor, daß das Vertrauen zwischen ihnen und dem König befestigt werde, und sie würden gern vernehmen, wenn dazu andere Mittel und Wege vorgeschlagen würden.

Auf Ehrenschilds Aufforderung fragen die Brandenburger, was sie für eine Instruktion in betreff des Vorschlages des Kf. (wegen ganz Holstein) hätten. Sie erwidern, sie wären moraliter versichert, daß der Herzog darein nimmer willigen werde, ihn dazu zu zwingen, wäre hart und bedenklich.

Sie haben dieses den Dänischen referiert und ist darauf fast davor gehalten worden, daß aus der Sache nichts werden dürfte. Auf die Frage der Dänischen, wie man es bei so gestalteten Sachen wegen des Konzertes machen wolle, erklären sie, darüber den Befehl des Kf. einholen zu wollen.

Ehrenschild fragt darauf, ob nicht expedientia et temperamenta zu finden seien.

Grote erwidert, die Herzoge hätten nach dem Stande der Dinge das Werk für desperat gehalten, doch würden dieselben, wenn zureichende und praktikable Mittel in Vorschlag gebracht würden, solche nicht zurückweisen, wenigstens könnten sie darüber referieren.

Ehrenschild fragt, da der König nicht von ganz Schleswig und Holstein abstehen könnte, ob nicht das Fürstl. Haus dazu zu bewegen sein würde.

Grote aber macht dazu gar keine Hoffnung.

Ehrenschild: Seine Instruktion sei nur auf das Dessein gerichtet, doch wisse er, daß der König mit dem Fürstl. Hause in Freundschaft zu leben und dieselbe noch näher zu verknüpfen wünsche.

8./18. Juli 1684.[1]

Kf. hätte mit Leidwesen vernommen, daß das bekannte Vorhaben mehr zurück als vor sich ginge. Das Werk scheine noch nicht reif und für diesmal auszusetzen zu sein, zumal bei den gegenwärtigen Konjunkturen man bei Exekution desselben das bisher in betreff der Herstellung eines allgemeinen Waffenstillstandes verfolgte Ziel verfehlen und die blâme auf sich laden würde, daß man ein neues Kriegsfeuer anzünden wollte, die G. Staaten würden sich auch gewiß nicht aus der Sache halten, man würde auch alle diejenigen, welche sich, wie Kf. selbst, zu der Garantie des Waffenstillstandes erboten, gegen sich aufbringen, auch wäre auf die von dem Kaiser drohende Gefahr Rücksicht zu nehmen. 18. Juli

Das Konzert anbetreffend, da dessen Hauptziel darin bestehe, das Haus Braunschweig ad conformitatem consiliorum zu bringen und dieses jetzt erreicht

[1]) Von Meinders' Hand.

zu sein schiene, so schienen ihm die übrigen Punkte desselben nicht von der Wichtigkeit zu sein, um deshalb in einen Krieg zu verfallen, zumal K. Cöln die Ratifikation desselben ausdrücklich auf die wirkliche Tätlichkeit restringiert habe und auch Aussicht sei, daß der König und das Haus Braunschweig sich wegen der noch übrigen zwischen ihnen streitigen Punkte würden vergleichen können. Kf. meine daher, man solle mit Verschiebung des ersten Vorhabens eine nähere Zusammensetzung zwischen den drei Puissancen zu treffen suchen und, wenn die dänischen Minister dazu nicht instruiert wären, dieses am dänischen Hofe vornehmen, zumal er entschlossen sei, dieser und anderer Ursachen halber jemand seiner vertrautesten Minister an den dänischen Hof zu schicken. Dabei rekommendiert er abermals die mecklenburgische Sache aufs allerbeweglichste und bittet, es mit dem Lande nicht so zu machen, daß es ganz ruiniert werde. Endlich wurden wegen Dömitz die früheren Vorstellungen wiederholt.

Ehrenschild: Sein König sei nochmals erbötig, das Hauptwerk fortzusetzen, doch unter der schon in der letzten Konferenz erwähnten Bedingung, daß ihm Schleswig und Holstein allein verbleiben und dem Herzog von Gottorf ein billiges Äquivalent, wozu er die beiden Grafschaften und was von seiten des Kf. wegen Jever in Vorschlag gebracht sei, beizutragen bereit sei, verschafft werden sollte. Er bittet, dieses nochmals dem Kf. vorzutragen, auch den lüneburgischen Ministern davon Mitteilung zu machen und zu versuchen, sie auf andere Gedanken zu bringen. Er weist darauf hin, daß sich schwerlich wieder eine so günstige Gelegenheit zur Ausführung des Werkes darbieten werde. Er hätte keine Instruktion, sich zu anderen Sachen auszulassen, er zweifelte aber nicht, daß der König andere Vorschläge zur Stiftung guten Vertrauens mit dem braunschweigischen Hause gern anhören werde.

Er dankt für alle ihm erwiesene Gnade und fragt, wie Kf. es wegen seiner Reise halten wollte, ob er etwa eventualiter Abschied nehmen sollte.

Nach erstatteter Relation an Kf. haben sie nachmittags mit H. v. Grote geredet. Dieser versichert die aufrichtige Intention der Herzoge wegen des Desseins, erklärt aber, daß, wenn dänischerseits auf der Prätension beider Herzogtümer bestanden werde, sie es nicht für praktikabel erachteten. Er dankt für des Kf. genereuse Konduite, bittet, dieses morgen persönlich demselben kontestieren zu dürfen, rekommendiert das andere Werk wegen des Reiches und allerseits Interesse und versichert nochmals die Geneigtheit, mit dem König vertrauliche Nachbarschaft zu kultivieren.

Den 12./22. Julii 1684 dem H. von Ehrenschild gesandt.

22. Juli 1. Wie es eigentlich mit Wismar zu halten und was dazu gehört? Kf. sei zufrieden, daß es rasiert und den Herzogen von Mecklenburg restituiert werde, doch müßten diese den Alliierten dafür ein Äquivalent oder wenigstens eine Ergetzlichkeit zur Satisfaktion des Herzogs von Holstein geben. Da der Hafen

leicht von Schweden wieder occupiert werden könnte, ob die Alliierten nicht den Walfisch dem Kf. zur Sicherung seiner pommerschen Lande gönnen wollten?

2. Wismar müßte, wenn nicht attacquiert, doch diesen Winter über blocquiert werden, Kf. und das Haus Lüneburg könnten das zu Lande tun, wenn der König zur Wegnehmung des Walfischs die nötigen Schiffe hergeben wollte.

3. Was zu tun, wenn der Herzog von Holstein sich nicht in der Güte akkommodieren wollte?

4. Ob der König sich nicht bei England bemühen wollte, daß dieses dem Dessein nicht zuwider wäre und den Staat, wenn dieser es verhindern wollte, davon abhielte?

5. Weil der König die meiste Ursache zur Ruptur wider Schweden hätte, ob dieser nicht den Anfang damit machen wollte, wenn es geschehen, würde Kf. sofort dazutreten, was auch Braunschweig tun müßte.

6. Der von den Alliierten, der am ersten fertig, müßte den anderen beitreten, um das Dessein in Deutschland desto eher auszuführen.

F. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Schleswig 24. Juli / 3. August 1684.

[Rébenacs Argwohn wegen der in Berlin abgehaltenen Traktaten.]

Daß Graf Rébenac[1]) solche große Ombrage bezeugt und widrige 3. Aug.
Impressionen wegen der in Berlin obschwebenden Traktaten gemacht hat, befremdet diesen Hof nicht gar sehr, da der König wohl weiß, daß derselbe garnicht gut dänisch, sondern vielmehr schwedisch und lüneburgisch ist, da sein Vater lange in Schweden gewesen und er schon vor zwei Jahren zu Itzehoe solches genugsam hat verspüren lassen, so daß er darüber mit Graf Güldenlöw kollidiert und fast in Händel geraten ist. Überdem hält man hier dafür, daß Frankreich, nachdem es für sich alles erlangt, sich wenig um die Alliierten bekümmere und ihnen nicht viel gönne.

---

[1]) Schon 4./14. Juli hatte v. Br. aus Hamburg berichtet, Villars bezeuge große Jalousie über die Traktaten zwischen Dänemark, Kf. und Lüneburg, auch Rébenac habe geschrieben, daß ihm davon nichts mitgeteilt werde, der König halte für ratsam, ihnen diese Jalousie zu nehmen und ihnen zu diesem Zwecke Mitteilung von den Verhandlungen zu machen. Kf. hatte darauf (d. Cöln 10./20. Juli 1684) erwidert, Rébenacs Beschwerde sei ungegründet, die Verhandlungen mit den Braunschweigern seien in generalibus geblieben, nichts geschlossen und ihm von den dabei vorgekommenen Materien immer Nachricht gegeben worden, die er aber bisweilen nicht einmal habe anhören wollen, er wolle ihm aber doch noch einmal eine solche Offerte machen. S. Prutz, S. 285.

Instruction, wornach sich unser — Würcklicher Geheimter Rat Frantz von Meinders untertänigst zu achten. D. Potsdam 1./[11.] August 1684. (Conc. Meinders.)

[Gründe für und gegen ein kriegerisches Vorgehen gegen Schweden. Die Allianz des Kf. mit dem braunschweigischen Hause, sein Wunsch, daß auch Dänemark mit demselben in nähere Verbindung trete.]

11. Aug. Kf. ist mit dem König noch jetzt darin einig, daß zur Sicherung ihrer und auch der braunschweigischen Provinzen kein besseres Mittel gefunden werden könnte, als wenn man sich der Nachbarschaft **Schwedens** entledigen und dieses wieder um die in Deutschland acquirierten Provinzen bringen könnte, daß auch die Gelegenheit dazu favorabel ist, da bei noch währendem Türkenkrieg die kaiserlichen Waffen in Ungarn noch mehr als zu viel zu schaffen haben, die Staaten der Vereinigten Niederlande mit allerhand innerlichen Disputen und Verwirrungen distrahiert, von Spanien wegen seiner Schwachheit nichts Widriges zu befürchten, dagegen von Frankreich und England appuy und Beistand zu hoffen, endlich auch die schwedischen Provinzen in Deutschland so wenig mit Volk und anderen nötigen requisitis versehen sind, daß sie ohne besondere Mühe zu erobern sein möchten. Was er dabei bedenklich findet, ist erstens der jetzige Zustand im Reich, daß in Regensburg der Waffenstillstand mit Frankreich bereits einmütig angenommen ist und man damit allem Ansehen nach bald zum Schluß kommen wird. Da nun alle im Reich gelegenen schwedischen Provinzen darin mit begriffen sind, Schweden im Reich nicht wenige Freunde und Anhänger hat, der Waffenstillstand und die Ruhe des Reichs auch ohne Zweifel durch eine Spezialgarantie korroboriert werden dürfte und die bisherigen Bemühungen des Königs und des Kf. um Retablierung des Friedens und Erhaltung der Ruhe mit einem solchen Dessein und der Veranlassung neuer Kriegstroublen nicht allerdings zu konziliieren wären, so wäre zur Ausführung desselben eine ganz vollkommene einmütige Zusammensetzung sowohl wegen des modus exequendi als der partage und anderer Konditionen nötig, wozu man aber bisher nicht hat gelangen können. Dazu sind die Vereinigten Provinzen mit Schweden in einem engen Assoziationstraktat begriffen und die inneren dissensiones könnten leicht beigelegt oder beiseite gesetzt werden, bis Schweden wirkliche Assistenz geleistet worden. Ferner müßten die Progressen der kaiserlichen Waffen in Ungarn berücksichtigt werden, es könnte dort leicht zum Frieden kommen und man dann die ganzen kaiserlichen Waffen sich auf den Hals ziehen, zumal da der Kaiser mit Schweden in enger Allianz stehe. Endlich aber sind sie der französischen Unterstützung nicht sicher, denn bisher hat man[1]) sich in Paris darüber gegen seinen Minister nicht

[1]) S. oben S. 516ff.

pure, sondern auf zwei praesupposita erklären wollen, 1. wenn der Waffenstillstand mit dem Reich nicht zum Schluß käme, oder 2. wenn Schweden denselben nicht annehmen und folglich dessen Provinzen nicht darin inkludiert werden sollten, man hat auch von Avantagen gesprochen, welche französischerseits reciproce prätendiert werden dürften, doch ohne sich darüber genauer zu erklären.

Aus allen diesen Ursachen meint Kf., daß die der Exekution dieses Desseins entgegenstehenden considerationes noch überwiegen, doch müsse man auf den Ausschlag der Sachen zu Regensburg reflektieren und danach seine mesures nehmen. Inzwischen aber könnte man sehen, ob nicht ratione conditionum in eventum eine gewisse Abrede genommen werden könnte.

Ferner hat M. mitzuteilen, was bisher mit dem Hause Braunschweig vorgegangen, daß Kf. die vorige Allianz mit demselben erneuert habe,[1]) nachdem dieses sich wegen des Waffenstillstandes ihnen konformiert hat, und dem König anheimzugeben, ob er nicht auch in nähere Freundschaft mit jenem Hause treten wollte und so eine dreifache Allianz abgeschlossen werden könnte. In der holsteinischen Sache soll er zu einer Verständigung mit dem Herzog raten und des Kf. officia dazu anbieten, in der jeverschen Sache dem Gesandten des Fürsten von Anhalt mit allen möglichen guten officiis beistehen.

Mit dem braunschweigischen und dem französischen Gesandten soll er vertraulich kommunizieren, jedoch mit Behutsamkeit und Vorsicht.[2])

Der Kurfürst an Meinders. D. Cöln 5./[15.] August 1684.

[Auf das Schreiben des Königs von Dänemark. Bereitwilligkeit, bei der veränderten Sachlage das Unternehmen gegen Schweden auszuführen.]

Er wird das ihm nachgesandte Schreiben des Königs[3]) erhalten haben, er soll seine Reise beschleunigen, damit er denselben womöglich noch in Gottorf antreffe, sonst soll er ihm eiligst nach Kopenhagen folgen. Denn da die Sache jetzt, wie jenes Schreiben zeigt, in einen ganz anderen Stand geraten ist, so 15. Aug.

---

[1]) S. die Allianz vom 2./12. August 1684 Pufendorf XVIII, § 135 (S. 1512f.); v. Mörner, S. 460ff. Vgl. unten Abschnitt V.

[2]) Das Kreditiv des Kf. für M. ist Potstam 1./[11.] August 1684 ausgestellt.

[3]) König Christian hatte (d. Gottorf 31. Juli / [10. August] 1684) Kf. gebeten, nachdem das Haus Braunschweig durch Wackerbarth wegen der Diffikultäten in betreff Holsteins und des Äquivalents für Herzog Christian Albrecht solche Ouverture getan, daß er fast nicht zweifele, darüber bei Reassumierung der Traktaten mit demselben in völlige Richtigkeit zu kommen, die Absendung seines dazu destinierten Ministers zu beschleunigen.

ist notwendig, daß er denselben spreche und etwas Gewisses zurückbringe, damit Kf. wisse, woran er ist.

Seine Instruktion geht zwar dahin, daß man das Werk suspendieren möchte, da aber Kf. solches darum resolviert hat, weil er geglaubt, daß Dänemark mit den Offerten des Hauses Lüneburg nicht zufrieden sei und man dieses daher nicht werde hinzuziehen können, es jetzt aber scheint, daß dieses obstaculum gehoben werden könne, so ist Kf. der gänzlichen Meinung, daß, wenn man sich der partage halber vereinigen kann und es dem Hause Lüneburg ein Ernst ist, das Werk mit anzugreifen, man darauf ohne ferneres Bedenken sich vereinbaren und schließen könne. Er wird eine Vollmacht dazu erhalten. Weil es aber vornehmlich auf die Intention des Fürstl. Hauses ankommt, so hat er Wackerbarth im Vertrauen und gründlich zu sondieren, damit man sich nicht mit vergeblichen Traktaten aufhalte.

Der Kurfürst an Meinders. D. Cöln an der Spree 6./[16.] August 1684.

[Propositionen Grote's, Bescheid auf dieselben.]

16. Aug. Kurz nach Abgang der gestrigen Post hat v. Grote ihm einige wichtige Vorstellungen, das Werk wider Schweden betreffend, tun lassen, seine Gedanken darüber zu vernehmen verlangt und auch gebeten, ihn, Meinders, darüber zu instruieren. Es handelt sich um folgende Punkte:

1. Ob die Traktaten nicht dienlicher in Hamburg, als einem Mittelorte, angestellt werden möchten?
2. Wie es wegen Wismar zu halten?
3. Daß der König von Dänemark sich erkläre, die zwischen Trave und Alster gelegenen holsteinischen Ämter zurückzulassen.
4. Was für Satisfaktion dem Herzog von Holstein wegen des übrigen zu geben?
5. Wenn der Herzog nicht in Güte wollte, was dann zu tun?
6. Wie man sich gegen andere Potentaten betragen wolle?
7. Wegen der Assistenz in Schonen.
8. Wegen der Einrichtung der Operationen.

Da es danach dem Fürstl. Hause ein Ernst zu sein scheint, so ist um so nötiger, daß M. bei jetziger Anwesenheit versuche, ob man damit zur Richtigkeit kommen könne, und erhält er auf obige Punkte folgende Instruktion:

1. Kf. findet auch gut, daß die Handlung nach Hamburg verlegt werde, da sie dort viel geschwinder als zu Kopenhagen vonstatten gehen könnte.

2. Wegen Wismar hat Grote ihm heute mitgeteilt, daß der König davon abstände und nur vorgeschlagen hätte, noch vor dem Winter die Stadt, wenn

man sie nicht attackieren könnte, zu blockieren und den Walfisch wegzunehmen. Kf. ist damit einverstanden, meint aber, daß die Attacke oder Blockade von allen drei Parteien verrichtet werden müßte. Den Walfisch wünscht er selbst zur Sicherung seiner pommerschen Lande zu behalten.

3. Es wäre ihm auch sehr lieb, wenn der König auf die holsteinischen Ämter zwischen Trave und Alster verzichten wollte, auch M. soll sich darum bemühen, weil Lüneburg beständig versichert, sonst das Werk nicht angreifen zu wollen.

4. Wegen der Entschädigung des Herzogs von Holstein ist schon hier deliberiert worden. Wenn es dabei bleibt, daß der König ihm Oldenburg, Delmenhorst und Jever cedieren will, so übernimmt Kf. nochmals, das Haus Anhalt für Jever zu vergnügen, doch müßte dann auch das Haus Lüneburg ein Stück seines Landes des Ertrages von Jever abtreten. Über etwaige anderweitige Vorschläge soll er schleunigst berichten.

5. Was dann zu tun sei, wenn der Herzog in Güte nicht wollte, darüber werden die Alliierten zu überlegen haben.

6. Kf. hat namentlich auf den Kaiser, Frankreich, die Vereinigten Niederlande und verschiedene Stände in Deutschland zu reflektieren. Den Kaiser müßte man sich auf das äußerste bemühen, dem Werk favorabel zu machen, oder wenigstens zu verhindern, daß er Schweden Hilfe leistete. Dabei könnte das Haus Lüneburg, das bisher mit dem kaiserlichen Hofe sehr wohl gestanden, ein Großes tun. Sollte aber dieses nicht zu erreichen sein, sondern der Kaiser nach Abschluß des Friedens mit den Türken Schweden wirklich assistieren wollen, so würde man dawider appuy bei der Krone Frankreich suchen müssen. Von dieser hat Kf. gemerkt, daß sie dem Werk nicht zuwider sein, aber durch Realprästationen dabei nicht konkurrieren würde, wenn man ihr nicht hinwieder einige Konvenienz zugestände. Eine solche würde abermals auf eine Schmälerung der Reichsgrenze, wo nicht gar auf den Rheinstrom ganz oder zum Teil auslaufen; dieses einzugehen hat aber Kf. große Bedenken, da ihm durch den Verlust des Rheins mehr abgehen würde, als er in Pommern gewinnen könnte. Sollte aber Frankreich entweder solche dem Reich präjudizierliche Konvenienzen nicht begehren, sondern sich damit begnügen, durch seine Konkurrenz diese drei Alliierten desto fester zu devincieren, oder wenn es dahin zu bringen wäre, daß Frankreich, wenn der Kaiser einen oder mehr Alliierte attackieren sollte, dieses pro casu foederis halten und zulängliche Hilfe leisten wollte, so würde das Werk leicht gefunden werden können. Auf die Stände im Reich, welche sich etwa Schwedens annehmen wollen, hat man nicht soeben zu reflektieren, da die drei Alliierten force genug haben, denselben zu widerstehen. Von dem Staat ist nicht zu vermuten, daß die darin schwebenden innerlichen Unruhen und daraus entsprießende Unvermögenheit sowie die Friedensliebe es zu vigoureusen Resolutionen und schneller Ausführung derselben sollten kommen lassen. Allenfalls könnte man versuchen, durch England den Staat zurückhalten zu lassen.

7. Daß dem König in Schonen Hilfe geleistet werde, hält Kf. für nötig und raisonnabel, darüber ist auch schon im vorigen Jahre verhandelt worden.

M. soll sich danach richten und sich bemühen, das Haus Lüneburg dazu zu disponieren.

8. Kf. würde sehr gern sehen, daß der König von Dänemark, der durch das Verhalten Schwedens in der holsteinischen Sache die beste Ursache dazu hat, zuerst losbräche, dann könnten er und das Haus Lüneburg, als des Königs Alliierte, mit hinzutreten. Sollte sich derselbe aber dazu nicht persuadieren lassen, so müßten die Operationen von allen drei Teilen zugleich, von Kf. in Pommern, von Braunschweig in Bremen und Verden und von Dänemark in Schonen und auf der See begonnen, und müßte bedungen werden, daß wer zuerst fertig, den anderen Hilfe leistete, damit die Sache desto schneller abgetan sein und man auf künftige Fälle freie Hand haben möchte.[1])

Protokoll der zu Gottorff am 8./[18.] August 1684 gehaltenen Konferenz.

18. Aug. praes. H. von Güldenlöw,
H. Großkanzler,
H. Graf Reventlo,
H. v. Ehrenschild
et me F. v. M.

Der G. Kanzler eröffnet die Konferenz und spricht die Hoffnung aus, man werde von seiten des Kf. alle Fazilität beitragen, damit man nicht hernächst Ursache habe, zu bereuen, daß eine so herrliche Gelegenheit, allerseits Lande und estat in Sicherheit zu setzen echappiert sei.

M. entschuldigt darauf die Verzögerung der Absendung mit der Erkrankung des ursprünglich dazu deputierten Fuchs, erklärt dann, über die Wichtigkeit des Desseins seien alle Alliierten einig, auch daß die Gelegenheit zur Ausführung desselben günstig erscheine, doch müßten zunächst die obstacula beseitigt werden, welche dasselbe hindern oder unter den Alliierten Jalousie erregen könnten, und nun führt er 1. alle in seiner Instruktion aufgeführten Bedenken an, macht 2. Anzeige von dem Abschluß der Defensivallianz des Kf. mit dem Hause Braunschweig und von dem Wunsche desselben, daß eine dreifache Allianz zwischen dem König von Dänemark, ihm und diesem Hause zustande und 3. daß es zwischen dem König und dem Herzog von Gottorff zu einem Vergleich kommen möchte, und rekommendiert 4. die anhaltische Sache wegen Jever.

Der G. Kanzler erklärt darauf, daß sie alles dem König referieren wollten, und berichtet in antecessum, es scheine dem Hause Braunschweig jetzt

[1]) Beiliegend die an demselben Tage von Kf. für Meinders ausgestellte Vollmacht.

wirklich ein rechter Ernst zu sein, dasselbe sei der Sache ziemlich näher getreten und der König habe darauf wegen der Partage erklärt, nicht ganz Holstein zu prätendieren, sondern dem Herzog die vier Ämter zwischen Trave und Alster sowie die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst überlassen zu wollen, wozu Kf. und das Haus Braunschweig auch ein Erkleckliches hinzufügen müßten.

Nachmittags kommen sie wieder bei dem G. Kanzler zusammen. Derselbe wiederholt, die Partage anbetreffend, daß der König bereit sei, auf die schon angegebene Weise den Herzog von Holstein zu entschädigen, daß aber auch Kf. und das Haus Braunschweig sich ratione aequivalentis erklären müßten, worauf M. erwidert, Kf. sei dazu geneigt, meine aber, daß der König auch Jever mit seinen darauf haftenden juribus dem Herzog abtreten wolle, er wolle die Satisfaktion des Hauses Anhalt-Zerbst für seine Prätension darauf übernehmen, und das Haus Braunschweig werde ein Gleichmäßiges, wie Jever austrüge, dazu kontribuieren. Nach weiterer Unterhaltung darüber wird gut befunden, daß wegen dieses Punktes, der Partage und des Äquivalents für den Herzog, ein Entwurf gemacht und von den Ministern der Alliierten und Interessierten adjustiert werden solle.

Darauf kommt der G. Kanzler auf Frankreich und sagt, der König sei zwar mit den Vorstellungen des Kf. einverstanden und meine, daß man sich bemühen müsse, die von demselben erwähnten Punkte zu erreichen, und daß Meyercrohn, Spanheim und der braunschweigische Minister in Paris deswegen gleichmäßig instruiert werden müßten, daß man sich aber, wenn es nicht weiter zu bringen wäre, schließlich damit begnügen könne, wenn Frankreich verspräche, 1. überall alle dienliche officia anzuwenden, um das Werk zu fazilitieren und sekundieren; 2. wenn man losgebrochen wäre und sich jemand anders in die Sache einmischen und die Alliierten angreifen sollte, dieses pro casu foederis zu halten und sich demgemäß derselben anzunehmen.

Sollte Frankreich wegen der Garantie der Eroberungen und der subsides d'action Schwierigkeiten machen oder sich dazu nur gegen eine reciproke Avantage erklären wollen, so wäre deswegen die Sache nicht aufzugeben, sondern trotzdem anzutreten oder auf ein Expediens zu denken, was für Avantagen man Frankreich dafür zuwenden wollte. Sollte der Waffenstillstand nicht zustande kommen, so könnte man zulassen, daß Frankreich sich der kaiserlichen Waldstädte bemächtigte oder Philippsburg wegnehme und rasierte, dafür aber auch Freiburg ebenso demolierte. Bei erfolgendem armistitio aber wäre zu versuchen, ob man solche Avantagen bei Frankreich gegen Zusage der Garantie erlangen und dagegen die erwähnten Konditionen stipulieren könnte, allenfalls aber müßte man davon abstehen.

M. nimmt es ad referendum.

Der G. Kanzler erklärt darauf weiter, vom Kaiser sei nichts zu fürchten, da derselbe durch den Türkenkrieg mehr als zu viel zu tun haben werde und wegen seines Bündnisses mit Polen und Venedig nicht ohne diese Mächte Frieden mit den Türken machen könne.

Sollte der Waffenstillstand zwischen dem Reich und Frankreich geschlossen werden, so könnte derselbe dieser Sache um so weniger präjudizieren, da die nordischen Sachen in ihn nicht eingeschlossen wären. Auch von den Staaten sei keine Einmischung zugunsten Schwedens zu fürchten, auf allen Fall würden sie von Frankreich und England zurückgehalten werden können.

Der König hätte zwar beschlossen, nach Kopenhagen zu gehen, werde aber einen seiner Minister zurücklassen, um die Verhandlungen fortzusetzen, auch v. Haxthausen wieder nach Celle und Hannover abfertigen, damit auch von dem Fürstl. Hause ein Bevollmächtigter nach Hamburg gesendet werde, er sei damit einverstanden, daß die Verhandlungen dort geführt würden.

Wegen der Allianz mit Braunschweig erwiderte der G. Kanzler, der König hätte lieber gesehen, wenn der Traktat vor der Unterschrift ihm mitgeteilt worden wäre, er wäre aber auch geneigt, sich mit dem Fürstl. Hause näher zu setzen, wenn dieses sich nur nach Billigkeit bezeigte, Kf. möchte ihm deswegen zureden.

Wegen der holsteinischen Sache sagte er, Kf. und das Haus Braunschweig würden am besten den Herzog zu einer gütlichen Verständigung bewegen können; im übrigen rechtfertigte er das Verfahren gegen den Herzog, erklärte aber, daß auch dem Könige eine gütliche Beendigung der Sache lieb sein werde.

In betreff der jeverschen Sache begründete er die Ansprüche des Königs und erklärte, derselbe hätte sich zwar zur gütlichen Verhandlung mit Anhalt auf Verwendung des Kf. erboten, man hätte aber dort eine fremde, dem König nicht anständige Konduite geführt und ginge auch jetzt mehr zurück als vorwärts.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Schleswig 9./19. August 1684.

[Die bisherigen Verhandlungen, günstige Aussichten zum Gelingen derselben.]

19. Aug. Er hat[1]) am 8. bei dem König Audienz gehabt und ist von demselben sehr freundlich empfangen worden. Er hat darauf bei dem G. Kanzler eine Konferenz mit diesem, Güldenlöw, Reventlo und Ehrenschild abgehalten, nach deren Beendigung mit dem französischen Gesandten Villars und dem braunschweigischen Wackerbarth sich wegen der jetzigen Konjunkturen und Handlung besprochen und dann bei der Königin Audienz gehabt. Nachmittag hat dann eine zweite Konferenz stattgefunden, welche bis 7 Uhr dauerte. Die große Eilfertigkeit, welche der König hat, nach Kopenhagen zurückzukehren, ist fast unbegreiflich; jedermann, auch die Königin und die Minister, hätten gewünscht,

---

[1]) M. hatte (d. Gottorff 7./17. August 1684) dem Kf. angezeigt, daß er an diesem Tage dort angekommen sei.

daß derselbe die Reise nur noch auf einige Tage verschoben hätte, zumal da die Sache in Regensburg in crisi steht. Es ist endlich die Abrede genommen, daß man die Sache ferner fleißig beobachten und eventualiter zur Richtigkeit bringen möchte, welches desto leichter geschehen könnte, da sich Dänemark in puncto der Partage sehr raisonnabel erklärt, von Mecklenburg abstrahiert und dem Herzog von Holstein 4 Ämter in Holstein lassen, dazu auch die Grafschaften abtreten, die übrige Satisfaktion aber auf Kf. und das Haus Lüneburg, falls aus der bekannten Sache etwas werden sollte, ankommen lassen will. Man hat anfangs sehr verlangt, daß die Fortsetzung der Traktaten zu Kopenhagen geschehen sollte, er hat aber Hamburg dazu vorgeschlagen. Der König hat an Stelle des anfänglich dazu bestimmten Ehrenschild dem G. Kanzler die Kommission dazu aufgetragen. Da es ein allzu großes Aufsehen geben dürfte, wenn dieser nach Hamburg käme, die Schweden auch dort viele Freunde und Spione haben, so ist gut gefunden, die Zusammenkünfte zu Itzehoe oder Pinneberg zu halten. Gestern hat er die Vollmacht zu den Traktaten erhalten und dieses sofort dem König und den Ministern mitgeteilt. Der König war darüber sehr erfreut und hat beschlossen, noch den größten Teil dieses Tages hier zu bleiben, damit der G. Kanzler völlig instruiert und Haxthausen desto schneller nach Hannover abgefertigt werden könne.[1])

Der Kurfürst an Meinders. D. Schönbeck 16./[26.] August 1684. (Conc. P. Fuchs.)

[Die Mitwirkung Frankreichs, die demselben anzubietenden Gegenleistungen und die Frage, ob auch ohne dessen Mitwirkung das Unternehmen auszuführen sei. Sonstige in Betracht zu ziehende Punkte.]

Auf die in dem übersandten Protokolle enthaltenen Punkte erhält er folgende Instruktion: 26. Aug.

1. In betreff der Konkurrenz Frankreichs[2]) zu dem Werk, so findet er diese jetzt nach Abschluß des Waffenstillstands um so nötiger, da man sich

---

[1]) M. übersendet 9./19. August 1684 das Protokoll der am vorhergehenden Tage abgehaltenen Konferenz und berichtet, der König sei am Nachmittag des 8./18. abgereist, habe ihn sehr gnädig verabschiedet und ihm statt eines Präsents eine Anweisung auf 1000 Dukaten geschickt.

[2]) Schon am 11./21. August 1684 hatte Kf. M. die Relation Spanheims vom 1./11. August (s. oben S. 519f.) zugeschickt, aus der erhelle, daß Frankreich nur im Fall des Nichtzustandekommens des Waffenstillstandes mit dem Reiche zu dem Dessein gegen Schweden mitwirken wolle, und verlangt, daß man sich dort darüber schlüssig mache, wie weit et in quo gradu man die französische Assistenz pro conditione sine qua non zur Ausführung dieses Desseins erachten wolle.

jetzt gegen die Opposition des Kaisers und einiger Reichsstände wird zu präkavieren haben. Bei einigen der dort distinguierten gradus brauchte man sich nicht aufzuhalten, sondern könnte, auch wenn sie nicht erreicht werden sollten, doch das Werk angreifen, als da sind Hergebung der subsides d'action und daß Frankreich stracks im Anfange, und zwar directo, agierte. Andere dagegen sind von der Natur, daß man ohne ihre Erhaltung das Werk nicht wohl oder nicht sicher wird fortsetzen können, nämlich 1. daß, wenn ein anderer Potentat Schweden wirklich assistieren und entweder alle drei Alliierte oder einen derselben attacquieren wollte, Frankreich dieses pro casu foederis halten und den Alliierten assistieren und 2. daß es die Eroberungen garantieren solle. Um dieses zu erhalten, müßte man folgende Mittel und Gegenofferten gebrauchen:

1. Alle drei Alliierten müßten Frankreich eine Allianz anbieten, kraft deren dasselbe sich ihrer als eines mächtigen appuy versichern könnte;
2. müßten sie Frankreich eine partikuliere Garantie des Waffenstillstandes mit dem Reich und Spanien und der im Haag gemachten Konvention anbieten.

Sollte dieses nicht zureichend sein, so wäre zu überlegen, ob man nicht Frankreich versprechen sollte, bei den Friedenstraktaten sich zu bemühen, daß das, was Frankreich jetzt im armistitio auf 20 Jahre erhalten, ihm in perpetuum verbleiben möge, und sich dabei zu verbinden, auf alle Wege zu verhindern, daß es darüber auch nach geendigtem armistitio nicht zur Ruptur komme. Gegen dieses letztere Anerbieten könnte man von Frankreich noch mehr zu erhalten suchen und auch auf die subsides d'action dringen. Mehr Avantagen aber, und zwar in praejudicium des Reichs, an Frankreich zu versprechen hat er großes Bedenken.

Sollte trotz aller dieser Vorstellungen und Offerten bei Frankreich nichts zu erhalten sein, so wäre zwischen den Paciscenten zu überlegen, ob man nichtsdestoweniger das Werk angreifen sollte. Er wollte davon nicht abhorrieren, wenn man sonst dabei genügende Sicherheit finden sollte, er erwartet jedoch darüber erst seinen Bericht und wird ihn dann mit einer schließlichen Resolution versehen.

Er ist sonst der Meinung, daß das, was in Regensburg geschlossen, nur das Reich und Frankreich angehe und auf dieses Werk nicht gezogen werden könne. Daß eine gemeine bündige Garantie unter den drei Alliierten gemacht werde und alle drei für einen Mann stehen sollen, findet er höchst notwendig. Wegen des Herzogs von Holstein müßte erst unter den drei Alliierten ausgemacht werden, was ihm loco satisfactionis zu offerieren, doch müßte ihm davon nichts mitgeteilt werden, bevor alles richtig wäre und man zur Exekution schreiten wollte, weil er sonst alles an Schweden offenbaren würde. Sollte er mit den Offerten nicht zufrieden sein, so müßte man ihm andeuten, daß man sich seiner weiter nicht annehmen wollte.

Daß K. Cöln mit zu dem Werke gezogen werde, hält er für gut. Man könnte zu dem Zwecke sich des Bischofs von Straßburg durch Zusage der

Garantie seiner Wahl in Cöln und daß man auch befördern wollte, daß er in Hildesheim zum Nachfolger gewählt werden sollte, zu versichern suchen. Auch müßte man K. Sachsen zu gewinnen suchen, Kf. wäre zu diesem Zweck bereit, von seinen Prätensionen auf die an Sachsen-Weißenfels cedierten vier magdeburgischen Ämter abzustehen.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Itzehohe 26. August / [5. September] 1684.

[Drängen der Braunschweiger auf sofortigen Beginn der Aktion. Seine und der Dänen Bedenken dagegen. Seine Vorschläge. Geringer Eifer Dänemarks.]

Grote und er sind gestern hier angekommen und sie haben heute nachmittag eine Konferenz mit dem G. Kanzler gehalten. Die einzige Diffikultät bei dem Werke besteht darin, daß man braunschweigischerseits pure und simpliciter darauf dringt, daß noch diesen Herbst zur wirklichen Aktion geschritten oder nicht ferner an das Dessein gedacht werden müsse, aut nunc aut nunquam, ihre Truppen müßten agieren oder reduziert und zum Teil abgedankt werden. Dänischer- und brandenburgerseits ist man allerdings damit einig, daß an der Eile höchstens gelegen und die Gelegenheit so günstig wie möglich sei, man müsse aber, ehe man ein so wichtiges Werk angreife, auf eine oder andere Weise Frankreichs versichert sein. Inzwischen könnte man loco fundamenti ein foedus defensivum triplex oder wenigstens zwischen Dänemark und Braunschweig (da die übrigen Teile bereits unter sich per foedera verbunden sind) machen und es so einrichten, daß es auch publice kommuniziert und zum Prätext dieser Konferenz allegiert werden könne. Ferner hätte man auch das große Dessein per articulos vel tractatum secretum einzurichten und sich daneben in eventum so zu vergleichen, daß es eveniente casu et existente occasione über kurz oder lang exequiert werden könnte. Man erwartet braunschweigischerseits über einige Punkte nähere Ordre. Dänemark scheint bei weitem nicht mehr so eifrig zu sein, denn man allegiert wegen der Flotte und Norwegens große Diffikultäten und möchte wohl gern sehen, daß Kf. und Braunschweig ohne sie den Anfang der Ruptur machten, was sie aber beiderseits dekliniert und ihnen dazu nicht die geringste Hoffnung gegeben haben. 5. Sept.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Itzehohe 1./11. September 1684.

[Geringe Neigung Dänemarks zum Kriege, Verlangen der Braunschweiger, daß derselbe sofort begonnen werde. Geringe Aussicht auf eine Einigung. Die Vertragsprojekte und die dagegen gemachten Einwendungen.]

Man bezeugt dänischerseits immer mehr Kaltsinnigkeit und geringeren Eifer 11. Sept.
bei dem Dessein. Der G. Kanzler hat ganz deutlich erklärt, dem König wäre es

garnicht um einen Krieg zu tun, es würde ihm vielmehr sehr lieb sein, wenn Kf. und das Haus Braunschweig die Sache allein anfangen wollten, er würde allen Transport zur See zu verhindern suchen und auch sonst allen Zuschub und Beistand leisten, direkt aber sich in die Sache nicht mengen. Sollte er seinen Freunden zuliebe doch beitreten, so müßten vorher zwei Konditionen zugestanden werden, 1. müßte man völlig der Unterstützung Frankreichs versichert sein, und 2. müßte er zureichende Satisfaktion erhalten, denn ihm fiele die größte Last und Gefahr zu, die Satisfaktion, die man ihm beilegen wollte, hätte er voraus, solche mit einem so schweren Äquivalent zu kaufen und sich noch dazu in die Gefahr eines Krieges zu stecken, in dem er ebenso leicht etwas verlieren als gewinnen könnte, fände er nicht geraten, an guten Freunden fehlte es ihm nicht, er verließe sich auf Frankreich und Kf., wollte ihm jemand zu nahe treten, so wäre er imstande, sich zu defendieren. Es scheint, daß jetzt die consilia des G. Kanzlers, der immer solchen Plänen entgegen gewesen ist, prävalieren und daß auch Graf Reventlo, dessen Kredit in Gottorf einen starken Stoß bekommen und der nur durch des G. Kanzlers Vermittlung wieder zu Gnaden angenommen worden ist, sich dessen Sentimenten konformieren wird.

Seitens der Braunschweiger dagegen bezeugt man einen ungemeinen Ernst und Eifer zur Sache und erbietet sich, auch unerwartet der französischen Erklärung zur Aktion zu schreiten. Man besorgt, Frankreich werde allerhand Diffikultäten machen, meint aber, die angefangene Sache werde es nicht improbieren und so gute Alliierte nicht verlassen, auf allen Fall aber hält man die Partei für so stark, daß sie, wenn sie einig bleibt, auch allein das Dessein ausführen könnte. Ihre letzte Ordre geht dahin, daß der Traktat ohne Verzögerung zum Schluß gebracht und die wirklichen Operationen spätestens den 15. September angefangen werden müßten, sonst müßte die ganze Negotiation abandonniert und für abrumpiert gehalten werden. Da nun dazu keine Apparenz vorhanden, die dänische Flotte auch zum Auslaufen noch nicht ausgerüstet ist, so steht zu vermuten, daß aus der ganzen Sache diesmal nichts werden wird, der Ausgang wird sich noch in dieser Woche zeigen müssen.

P. S. Er übersendet das Protokoll der vorgestern beim G. Kanzler gehaltenen Konferenz, woraus Kf. die dänischen Forderungen und Erinnerungen bei dem wegen der holsteinischen Satisfaktion projektierten Rezeß ersehen wird. Die größte Schwierigkeit machen die vielen Schulden, die sich wohl auf vier Millionen belaufen werden. Das ganze Land trägt nicht soviel ein, daß davon die bloßen Zinsen bezahlt werden könnten, die Gläubiger werden also wohl sehr schlecht fahren, da der König mit keinen Schulden zu tun haben will.

Er fügt auch die Erinnerungen des G. Kanzlers zum Projekt des foederis secreti bei. Es kommt hauptsächlich auf Wismar an, das dänischerseits allein prätendiert wird, doch will man es nicht behalten, sondern rasieren und dem Herzog von Mecklenburg gegen ein Äquivalent abtreten. Braunschweigischerseits aber macht man deswegen Schwierigkeit. Ebenso ist man wegen der französischen Approbation und Assistenz noch verschiedener Meinung. Das Monitum

wegen der Assistenz in Schonen und anderswo extra Germaniam wird auch keine geringe Diffikultät finden. Er hat gemäß den ihm von Kf. erteilten Befehlen erklärt, daß Kf. dem König die Rekuperierung von Schonen gönnte und ihm zu diesem Zweck mit einigen Truppen assistieren wollte, wenn er in Deutschland und in seinen preußischen Landen nichts zu befürchten hätte, daß er aber die Garantie so weit entfernter Orte nicht übernehmen könnte, und daß, wenn Schweden unter Abtretung seiner deutschen Provinzen Frieden machen wollte, der Traktat wegen der in Schonen oder Norwegen gemachten Eroberungen nicht aufgehalten werden dürfte. Der G. Kanzler zeigte sich mit diesen Offerten ziemlich zufrieden, braunschweigischerseits aber ist man so weit nicht gegangen und erwartet noch Instruktion darüber. Er übersendet auch die Monita der braunschweigischen Gesandten in betreff der anhaltischen Satisfaktion für Jever und seine darauf erteilte Antwort.[1])

Der Kurfürst an Meinders.

D. Oranienburg 5./[15.] September 1684. (Conc. Fuchs.)

[Auf die Relationen vom 1./11. und 2./12. September. Fruchtlosigkeit weiterer Verhandlungen. Befehl zur Abreise.]

Da er aus seinen Relationen ersieht, daß wegen allerhand vorkommender 15. Sept. Schwierigkeiten das vorgehabte Dessein noch nicht reif ist und daher jetzt zu keinem Effekt gereichen wird, so befiehlt er ihm, sich nicht länger dort aufzuhalten, sondern zu veranlassen, daß die Handlung suspendiert und bis zu anderer, besserer Zeit ausgesetzt werde. Sollte man sich vorher über den Vorschlag des G. Kanzlers, daß die drei Alliierten sich allerseits in solche Verfassung setzen sollten, damit man, sobald Frankreich sich gewierig erklären oder die Konjunkturen sich ändern würden, zur Aktion schreiten und inzwischen sich verpflichten möchte, daß man sich allerseits dem Transport einer konsiderablen schwedischen Armee opponieren und, falls Schweden dieses doch entreprenieren sollte, es pro casu foederis hujus und causa belli halten wollte, vereinigen können, so würde ihm dieses lieb sein. Jedenfalls aber hat M. seine Abreise zu beschleunigen, auch damit die Jalousie, die man überall über die dortige Zusammenkunft faßt, cessiere.

---

[1]) M. berichtet 2./12. September 1684, der G. Kanzler hätte ihm, nachdem die französische Post die Nachricht gebracht, daß der König von Frankreich zu dem Dessein schlechte Inklination zeige und sich an demselben nur beteiligen wolle, wenn Schweden mehr Ursache als bisher zur Ruptur geben sollte, mitgeteilt, man werde auch in Kopenhagen behutsam gehen und sich nicht témérairement engagieren, er sehe daher keine Apparenz zum wirklichen Handel.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Hamburg 18./28. September 1684.

[Vorläufiger Abbruch der Traktaten, weitere Verhandlungen der Braunschweigischen mit Dänemark. Schwierigkeiten infolge des Verhaltens Dänemarks in der holsteinischen Frage. Seine bevorstehende Abreise.]

28. Sept. Die braunschweigischen ministri haben vorgestern von ihrer Herrschaft endliche Resolution erhalten und diese ihm sowie dem G. Kanzler mitgeteilt. Danach bedauern die Fürsten sehr, daß man die herrliche Okkasion, sich in Sicherheit zu setzen und von einer so gefährlichen Nachbarschaft zu befreien, habe vorbeigehen lassen, sie ihrerseits wollten dem Dessein keineswegs renunciieren, sondern erwarten, wie die Zeiten und Konjunkturen sich gestalten werden, und sie seien bereit, mit Dänemark und Kf. dann weitere mesures zu nehmen. Einen Eventualtraktat deswegen zu machen, hielten sie nicht für zuträglich, zu einem traité de bonne intelligence mit dem König von Dänemark aber wären sie geneigt und stellten dem G. Kanzler anheim, ob man dänischerseits einige conditiones und articulos projektieren wolle. Der G. Kanzler wird darüber mit Grote weiter korrespondieren und die Sache hoffentlich bald zur Richtigkeit kommen, wenn man nur wegen der holsteinischen Sache ein Expediens finden kann. Das ist allerdings sehr schwierig. Die Prozeduren gegen Holstein und Anhalt sind so hart und exzessiv, daß sie fast von jedermann improbiert werden, es wird auch unmöglich auf die Weise Bestand haben können. Die schwedischen ministri erklären frei und unverhohlen, daß ihr König den Herzog nicht verlassen könne, und daß es, wenn dieser nicht restituiert werden sollte, zum Kriege kommen müßte. Dänischerseits dagegen will man von keinen Expedientien und Temperamenten Schleswig betreffend etwas wissen. Der Herzog ist in der höchsten Ungelegenheit, er hat eine besondere Konfidenz zu Kf. und rekommendiert diesem seine Sache und seine Familie. Er hat Bedenken getragen, in dieser skabreusen Sache mit dem G. Kanzler in Gegenwart Grote's zu sprechen, wird aber allein mit ihm darüber zu reden und die endliche Intention des Königs in dieser Angelegenheit zu erfahren suchen.

Raule ist hier und konferiert fleißig mit den hier anwesenden Bewinthabern der afrikanischen Kompagnie von Emden. Sie haben allerhand, was zum Besten der Kompagnie eingerichtet werden könnte, überlegt, und da bei verschiedenen Dingen die dänische Hilfe nötig ist, so wird er darüber mit dem G. Kanzler sprechen und v. Brandt, der jetzt am Podagra hart daniederliegt, davon informieren. Grote will morgen oder übermorgen abreisen, er will, sobald er diese Dinge verrichtet hat, es auch tun.

Abschnitt V.

Brandenburg und das Reich 1679–1684.

Einleitung.

In diesem letzten Abschnitte sind mehrere Gruppen von Aktenstücken vereinigt, welche die Beziehungen des Kurfürsten Friedrich Wilhelm in der Zeit der Reunionen zu dem deutschen Reiche veranschaulichen, insbesondere erkennen lassen, auf welche Weise er den Verpflichtungen, welche er Frankreich gegenüber in bezug auf dasselbe übernommen hat, nachgekommen ist. Bei den Verhandlungen, welche er gleich nach dem Friedensschluß mit Ludwig XIV. wegen eines Bündnisses anknüpfen ließ, hat er nicht nur sein früheres Anerbieten, bei eintretender Vakanz im Reiche für die Wahl desselben oder einer ihm genehmen Persönlichkeit wirken zu wollen, erneuert, sondern auch sich anheischig gemacht, bei jeder Gelegenheit die Interessen desselben zu fördern. Dementsprechend hat er in dem Allianzvertrage vom 25. Oktober 1679 auch zugesagt, für alle Rechte und Gebiete einzustehen, welche der König durch die Friedensverträge von Münster, St. Germain und Nimwegen erworben habe, und falls derselbe Veranlassung haben sollte, Truppen nach Deutschland oder anderswohin zu schicken, diesen den Durchzug durch sein Gebiet und im Notfall Aufnahme in seine Festungen zu gestatten. Bald darauf begann Ludwig XIV. mit der Ausführung der schon vorher beabsichtigten und vorbereiteten Reunionen, welche gerade auf die Bestimmungen des Münsterschen und des Nimwegener Friedens begründet wurden, und der Kurfürst sah sich so verpflichtet, nicht nur gegen diese keinen Widerspruch oder Widerstand zu versuchen, sondern sogar, wenn es darüber zum Kriege kam, französische Truppen in seine Lande aufzunehmen. Diese Verpflichtungen wurden in dem Vertrage vom 11. Januar 1681 noch erweitert, der Kurfürst mußte dem französischen Könige seine Hilfe zusagen bei jedem Angriff auf dessen Lande und Rechte, ohne Rücksicht darauf, ob er diese mit Recht oder mit Unrecht erworben habe und ob er der angegriffene oder angreifende Teil sei, der Kurfürst sah sich dadurch also in die Lage versetzt, wenn es zu einem

Kriege zwischen Frankreich und dem Reiche kam, an diesem Kriege als Bundesgenosse Frankreichs teilzunehmen. In dem neuen Allianzvertrage vom 22. Juni 1682 wurde dieser Vertrag erneuert, doch versprach Ludwig XIV. in demselben, entsprechend dem Anerbieten, welches er bei den Verhandlungen in Frankfurt gemacht hatte, sich mit den bis zum 1. August 1681 ausgeführten Reunionen und der Erwerbung von Straßburg zu begnügen und keine weiteren Ansprüche auf zum Reiche gehörige Gebiete zu erheben. Für den Kurfürsten kam es also darauf an, um nicht auf der Seite Frankreichs gegen das Reich kämpfen und so seine Pflicht als Reichsfürst verletzen zu müssen, es dahin zu bringen, daß eine friedliche Verständigung zwischen beiden Teilen auf der Grundlage jenes französischen Anerbietens erfolge. Das ist auch wirklich das Hauptziel seiner Reichspolitik in diesen Jahren gewesen, und um dasselbe zu erreichen, hat er verschiedene Mittel angewandt. Das erste war seine Wirksamkeit auf dem Reichstage. Dort hat er, wie die hier an erster Stelle mitgeteilten Reichstagsakten zeigen, im Gegensatz gegen den Kaiser, welcher das Reich zum Kriege gegen Frankreich zu treiben suchte, sich auf das äußerste bemüht, den Ausbruch eines solchen zu verhüten und zu bewirken, daß der Frieden durch eine gütliche, zuletzt, nachdem sich Ludwig XIV. mit dem Abschluß eines Waffenstillstandes auf 30 oder 20 Jahre zufrieden erklärt hatte, eine solche vorläufige Übereinkunft erhalten bleibe, und das ist auch wirklich hauptsächlich durch seine Bemühungen erreicht worden. Er ist dabei keineswegs für die Rechtmäßigkeit der Reunionen eingetreten, sondern er hat zu Anfang einer bestimmten Stellungnahme in dem Streite sich dadurch zu entziehen gesucht, daß er die Bestimmungen des Nimwegener Friedens, gegen den er von Anfang an protestiert hatte, als für ihn unverbindlich bezeichnete, nachher aber hat er immer nur Opportunitätsgründe gegen ein kriegerisches Auftreten gegen Frankreich geltend gemacht, die innere Zerrissenheit und Schwäche des Reiches gegenüber der gewaltigen Machtstellung Frankreichs, die Unzuverlässigkeit der Mächte, auf deren Bundesgenossenschaft der Kaiser rechnete, die Gefahren, welche auch von anderer Seite dem Reiche drohten, und die Unmöglichkeit, nach verschiedenen Seiten hin Widerstand zu leisten. Diese Gründe, welche je länger je mehr, zumal nachdem der befürchtete Türkenkrieg wirklich ausgebrochen war, einleuchten mußten, hat er durch seine Gesandtschaft auf dem Reichstage unablässig und auf das nachdrücklichste vorstellen, allen Beschlüssen und Maßregeln, welche zum Kriege führen konnten, widersprechen, er hat sogar, als

trotzdem der Kaiser und die diesem anhängende Mehrheit des Fürstenkollegs sich nicht zu einem friedlichen Abkommen mit Frankreich unter den von diesem gestellten Bedingungen verstehen wollte, dahin wirken lassen, daß die ihm gleichgesinnte Mehrheit der Kurfürsten und die sonstigen zum Frieden geneigten Reichsstände für sich ein solches schließen sollten. Wegen dieses seines Verhaltens ist er schon damals ebenso wie später heftig angefeindet, seine Politik als verräterisch gebrandmarkt worden, er selbst aber ist davon überzeugt gewesen, daß diese nicht nur seinem eigenen, sondern auch dem wohlverstandenen Interesse des Reiches entspreche, und er hat bei verschiedenen Gelegenheiten sich mit großer Entschiedenheit wider die gegen ihn erhobenen Anklagen verteidigt.[1]) Mit der kaiserlichen Politik ist er nicht nur in dieser Frage

[1]) S. unten das Reskript an v. Ruck vom 29. Mai/8. Juni 1682 und das Schreiben an den Kurfürsten von Bayern vom 26. April/6. Mai 1684. Sehr bezeichnend ist auch das Schreiben an seinen früheren Ratgeber, Georg Friedrich von Waldeck, der damals in holländischen Diensten stand, im Auftrage Wilhelms von Oranien und des Kaisers zum Kriege hetzte, eine Vereinigung der kleinen Reichsstände im fränkischen und oberrheinischen Kreise und die sogenannte Laxenburger Allianz vom 10. Juni 1682 zustande brachte, und zum Lohn dafür von dem Kaiser in den Reichsfürstenstand erhoben wurde, vom 8./18. Dezember 1683: „Wir haben Ewer Ld. Antwortschreiben vom 7. Dezember/27. November wohl erhalten. Es ist uns aber der stylus und Inhalt desselben umb so viel mehr befrömbdet vorkommen, weil unsere conduite und consilia darin zimblich perstringiret, unsere wollgemeinte Erinnerung ungleich ausgelegt und das Schreiben von Anfang bis zu Ende mit solchen anzüglichen Expressionen angefüllet ist, dergleichen weder I. Kays. M. selber noch auch einiger unserer Mit-Churfürsten oder von denen alten Fürstlichen Häusern bishero gegen uns gebrauchet, ohngeachtet daß dieselbe auch nicht eben mit uns einerlei Sentimenten geführet. Wir halten zwar unnötig, auch uns unanständlich auf dergleichen tiefgesonnene Raisonnementen zu antworten und uns darüber einzulassen, können aber dennoch bloß zur Nachricht Ew. Ld. nicht bergen, wie daß wir auf die Consistenz, Erhaltung und Wohlfahrt des Reichs und daß nicht mehr davon abgerissen werde, umb so viel mehr reflectiren und solches den einzigen Zweck aller unserer Consilien und Actionen sein lassen, weil wir mehr darin als jemand anders zu verlieren haben und gar leicht begreifen, daß des Reichs Untergang auch den unsrigen unvermeidlich nach sich ziehen müsse, diejenige Mittel auch, so wir zur Erhaltung des jetztgedachten Zwecks überall öffentlich vorgeschlagen und geraten, halten wir in unserm Gewissen die beste und zulänglichste zu sein umb den statum imperii publicum zu conserviren und solches fur gänzlicher Ruin zu retten. Wenn wir mit auswertigen Potentaten Bündnis eingegangen, so zielen dieselbe allein dahin ab und haben bishero dieses gute gewirket, daß das Reich ohngeachtet des jetzigen verwirreten Zustandes gleichwohl annoch erhalten und nicht bereits in völlige Dissolution geraten oder in Feur und Flamme aufgangen, dahingegen lehret leider die tägliche Erfahrung, daß diejenige, so den Namen von Patrioten und Vaterlande am meisten im Munde führen, am wenigsten das Beste und die Erhaltung desselben suchen, ja vielmehr ihre äußerste

in Widerspruch geraten, er ist auch wieder sehr energisch den Versuchen entgegengetreten,[1]) welche der Kaiser auf dem Reichstage machte, die durch den Westfälischen Frieden gewährleisteten Rechte der Reichsstände einzuschränken und seine eigenen Befugnisse auszudehnen. Nicht minder eifrig hat er auch den von anderer Seite versuchten Neuerungen Widerstand geleistet, die von einem Teile der Fürsten angefochtene Präeminenz der Kurfürsten hat an ihm ihren lebhaftesten Verteidiger gefunden. Bevollmächtigter des Kurfürsten auf dem Reichstage war noch immer Gottfried von Jena, der auch jetzt mit ebensoviel Eifer wie Geschick die Interessen seines Herrn vertreten hat. Während sein Bruder, Friedrich von Jena, der im September 1682 verstorben ist, der franzosenfeindlichen Partei am Hofe des Kurfürsten zugerechnet wurde, ist er offenbar mit der engen Bundesgenossenschaft des Kurfürsten mit Frankreich und seinem dadurch veranlaßten Verhalten in den Reichsangelegenheiten durchaus einverstanden gewesen und hat seinen Scharfsinn, seine Kenntnisse und seine Beredsamkeit aufgeboten, um die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Nach der Erwerbung des Herzogtums Magdeburg, im Frühjahr 1680, hatte der Kurfürst Jena zum Kanzler desselben ernannt und eigentlich die Absicht gehabt, ihn seinem eigenen Wunsche entsprechend von Regensburg abzurufen, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der dortigen Geschäfte aber hat er geglaubt, ihn nicht entbehren zu können, und ihn daselbst gelassen, er hat ihm aber Anfang 1681 in dem bisherigen neumärkischen Regierungsrat Schönbeck einen Gehilfen beigesellt, der fortan im Fürstenrat das Votum geführt hat. Jena hat neben den ausführlichen offiziellen Relationen, welche er zuerst allein, nachher mit Schönbeck zusammen dem Kurfürsten erstattet hat, demselben auch allwöchentlich von ihm eigenhändig geschriebene Reichstagszeitungen, kürzere, mit kritischen Bemerkungen versehene Berichte über

Kräfte anwenden und ganz Teutschland durchziehen, umb dasselbe in einen höchstverderblichen Krieg (der, wann er am besten ablaufen sollte, dennoch die Ruin der Stände und den Verlust der teutschen, mit so vielem Blute erworbenen und bishero erhaltenen Freiheit unfehlbar nach sich ziehen würde) zu stürzen und zu verwickeln, und das bloß allein umb auswertiger Interessen und Potenzen willen, welche, ob sie zwar Unvermögenheit halber kein Geld oder Subsidien geben, noch sich selbsten und das Ihrige retten können, so findet sich dennoch für sie eine so große Passion, daß man derselben Interesse dem Ruhestande und Conservation des werten Vaterlandes weit vorziehet und dadurch teils genugsamb zu erkennen gibt, daß man wenig dabei zuzusetzen, auch nicht sonderlich auf die Posterität reflectire." —

[1]) S. Koser, Brandenburg-Preußen in dem Kampfe zwischen Imperialismus und reichsständischer Libertät (Histor. Zeitschr. N. F. LX (96) S. 199 ff.).

die Vorgänge in Regensburg und den benachbarten Gebieten, zugeschickt, welche, wie es scheint, wenigstens teilweise zur Veröffentlichung bestimmt waren. Einige besonders interessante Stücke daraus sind zusammen mit den Relationen, von denen auch nur die wichtigsten, meist in sehr verkürzter Gestalt, haben wiedergegeben werden können, hier mitgeteilt worden. Zu Rate gezogen ist auch die früher für verschollen gehaltene, neuerdings aber wieder im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin aufgefundene Comitiologia des späteren Reichstagsgesandten, damaligen Gesandtschaftssekretärs v. Henniges,[1]) eine 8 Folianten einnehmende ausführliche, auf den Akten beruhende und mit zahlreichen Aktenbeilagen ausgestattete Darstellung der Vorgänge auf dem Regensburger Reichstage von 1663—1711.

Für die Herstellung des Friedens zwischen dem Reiche und Frankreich hat der Kurfürst außer in Regensburg auch an anderen Orten gewirkt, zunächst am kaiserlichen Hofe. Fortgesetzt hat er den Kaiser von seinem Widerstreben gegen einen solchen Frieden abzubringen, ihn von der Aussichtslosigkeit eines doppelten, nach Osten und Westen hin zu führenden Krieges zu überzeugen gesucht, doch mit geringem Erfolg. Auszüge aus den betreffenden Materialien des Berliner Archivs haben Pufendorf und v. Orlich mitgeteilt, wichtige Beiträge aus den Wiener Akten hat Pribram im 14. Bande dieser Sammlung veröffentlicht, einige Ergänzungen dazu sollen im nächsten Bande herausgegeben werden.

Günstigeren Boden für seine Friedensbestrebungen hat der brandenburgische Kurfürst bei den anderen Kurfürsten gefunden, besonders bei den rheinischen, die infolge der Lage ihrer Gebiete an der Westgrenze Deutschlands bei einem Kriege mit Frankreich zuerst einem feindlichen Angriff ausgesetzt waren. Von den mit ihnen geführten Verhandlungen handeln die in der zweiten Gruppe vereinigten Aktenstücke. Nachdem der Kurfürst sich Anfang 1682 durch die Sendung v. Rucks zu den drei geistlichen Kurfürsten und dem Kurfürsten von der Pfalz des Einverständnisses derselben mit seinen Ansichten und Bestrebungen und ihrer Bereitwilligkeit, diese zu unterstützen, versichert hatte, schickte er, ihrer Aufforderung Folge leistend, ebendenselben v. Ruck und nachher v. Canitz nach Frankfurt a. M., wo die Verhandlungen mit Frankreich durch eine kaiserliche und Reichsdeputation begonnen waren, um diese bisher durch kleinliche Zerimonialstreitigkeiten verzögerten Verhandlungen in lebhafteren Gang und zu einem glücklichen Ende zu bringen. Doch

[1]) S. Koser in Histor. Zeitschr., 3. Folge I, S. 152.

gelang das nicht, vielmehr rief Ludwig XIV., da er erkannte, daß die dortigen Verhandlungen kaiserlicherseits absichtlich hingezogen wurden, um Zeit zu Rüstungen zu gewinnen und den Ausgang der Händel mit den Türken abzuwarten, zu Ende des Jahres seine Gesandten von dort ab und die Verhandlungen sind dann wieder in Regensburg fortgesetzt worden.

Auch die Kurfürsten von Bayern und Sachsen, welche sich anfangs wenig geneigt zu einem Abkommen mit Frankreich unter den von diesem geforderten Bedingungen gezeigt hatten, hat der Kurfürst umzustimmen gesucht und zu diesem Zwecke mit ihnen Verhandlungen geführt, auf welche sich die in der dritten und vierten Gruppe zusammengestellten Aktenstücke beziehen. Nach München wurde Ende Februar 1682 Gottfried von Jena geschickt, doch konnte derselbe wenig ausrichten, da[1] der junge Kurfürst Max Emanuel damals schon im Begriff stand, sich eng an den Kaiser anzuschließen. Nach längeren Verhandlungen hat er dann 26. Januar 1683 mit demselben eine Defensivallianz abgeschlossen. doch war diese nicht sowohl gegen Frankreich als gegen die Türken gerichtet, in dem folgenden Türkenkriege hat der Kurfürst dem Kaiser getreulich Hilfe geleistet, nachher aber, gerade damit der Türkenkrieg erfolgreich weitergeführt werden könne, sich auch um das Zustandekommen des Friedens mit Frankreich bemüht und er ist infolgedessen dem brandenburgischen Kurfürsten näher getreten. Aus der Korrespondenz beider sind hier einige besonders interessante Stücke mitgeteilt, welche aber zeigen, daß zwischen ihnen doch noch bedeutende Meinungsverschiedenheit geherrscht hat. Auch Max Emanuel wünschte den Frieden oder vielmehr jetzt den Waffenstillstand, aber er verlangte, daß die Bedingungen ermäßigt, daß der Waffenstillstand ein allgemeiner sein, d. h. daß auch Spanien mit in denselben einbegriffen, und daß vorher das Reich durch Feststellung der längst von dem Kaiser vorgeschlagenen Kriegsverfassung gesichert werden solle, während Kurfürst Friedrich Wilhelm daran festgehalten hat, daß zuerst der Waffenstillstand unter einfacher Annahme der von Frankreich geforderten Bedingungen zustande gebracht werden müßte und daß erst nachher die Beratungen über die Sicherung des Reiches wieder aufgenommen werden sollten. Ähnlich verhielt es sich mit dem Kurfürsten Johann Georg III., der 1. September 1680 seinem Vater in Sachsen gefolgt war. Derselbe stand von Anfang an mit dem branden-

[1]) S. Doeberl, Bayern und Frankreich, S. 531 ff.

burgischen Kurfürsten in freundschaftlichem Verhältnis und sie haben mehrfach über die gerade schwebenden Fragen ihre Meinungen ausgetauscht, gerade in der wichtigsten aber, der Frage nach dem Frankreich gegenüber einzunehmenden Verhalten, gingen ihre Meinungen anfangs weit auseinander. Johann Georg war empört über die Gewalttaten Ludwigs XIV., er hielt Widerstand gegen denselben nicht für aussichtslos, traf selbst militärische Rüstungen, verhandelte mit dem Kaiser und dessen Bundesgenossen und unterstützte auch auf dem Reichstage die kaiserliche Politik. An dem Türkenkriege hat auch er mit seinem neugebildeten Heere teilgenommen, doch hat er dafür schlechten Dank geerntet. Gleich nach der Befreiung Wiens kehrte er daher wieder nach der Heimat zurück und er hat sich nachher für die erneuten Mahnungen des brandenburgischen Kurfürsten, für schleunige Annahme des Waffenstillstandes zu wirken, empfänglicher gezeigt, doch verlangte auch er günstigere Bedingungen und war sehr aufgebracht über die Gewaltmaßregeln, durch welche Ludwig XIV. noch zuletzt die Widerspenstigen einzuschüchtern suchte.

Während Kurfürst Friedrich Wilhelm so auf das eifrigste für das Zustandekommen des Waffenstillstandes mit Frankreich tätig gewesen ist, hat er doch zugleich immer den Fall ins Auge gefaßt, daß diese Bemühungen vergeblich sein, es zum Kriege kommen und er auf der Seite Frankreichs an demselben teilnehmen müßte. In diesem Falle mußte er fürchten, vom Kaiser und dessen Bundesgenossen angegriffen zu werden, und dagegen hat er sich zu sichern gesucht durch Bündnisse mit ihm gleichgesinnten Mächten, einerseits mit Dänemark und andererseits mit einigen deutschen Fürsten. Der Abschluß einer engeren Verbindung zwischen den Parteigängern Frankreichs, den rheinischen Kurfürsten und Brandenburg, ist schon in Frankfurt a. M., als die dortigen Friedensverhandlungen abgebrochen wurden, zur Sprache gekommen, doch kamen die Verhandlungen zu keinem Abschluß und der Kurfürst ist damit garnicht unzufrieden gewesen, da er glaubte, daß ein Bündnis mit diesen wenig mächtigen Reichsständen ihm mehr Lasten auferlegen als Vorteile bringen werde. Dagegen hat er, nachdem er mit dem König von Dänemark wieder in festere Verbindung getreten war, zusammen mit diesem auch einige der mächtigeren norddeutschen Fürsten zu Bundesgenossen zu gewinnen gesucht, zunächst den Bischof von Paderborn und Münster, Ferdinand von Fürstenberg. Die unter Nr. 5 mitgeteilten Akten der Sendung v. d. Buschs zu demselben im Sommer 1682 zeigen, daß dieses gelungen, daß es am 14. September dieses Jahres

in Neuhaus zum Abschluß einer Allianz gekommen ist, in der der König von Dänemark, der Kurfürst und der Bischof sich verpflichteten, für die Erhaltung des Friedens mit Frankreich zu wirken und im Fall eines Angriffs sich gegenseitig mit einer bestimmten Truppenzahl Hilfe zu leisten. Dann aber hat man versucht, auch den Kurfürsten Maximilian Heinrich von Köln, der zugleich auch Bischof von Hildesheim und Lüttich war und so eine mächtige Stellung einnahm, zu gewinnen, und auch dieses gelang um so leichter, als derselben damals wieder ganz unter dem Einfluß des durchaus französischgesinnten Wilhelm von Fürstenberg, des jetzigen Bischofs von Straßburg, stand. Durch den Vertrag von Soest vom 27. Februar 1683 trat auch er der Neuhauser Allianz bei.

An letzter Stelle ist das Wichtigste aus den Akten der Gesandtschaft mitgeteilt worden, welche der Kurfürst Anfang 1684 seinem damaligen vertrautesten Minister Paul Fuchs übertragen hat. Sie war veranlaßt durch die gerade damals sehr bedenklich erscheinende Lage der Dinge, die zweideutige Haltung, welche die braunschweigischen Herzoge trotz aller Bemühungen des Kurfürsten, sie auf seine Seite herüberzuziehen, einzunehmen fortfuhren, die Aussicht, daß es bei dem hartnäckigen Widerstreben des Kaisers und seiner Anhänger in Deutschland, der Kriegspartei in Holland und Spaniens, sich den von Frankreich gestellten Bedingungen zu fügen, doch zum offenen Bruch und zum Kriege kommen, daß auch Schweden an demselben auf der Seite des Kaisers teilnehmen und daß Frankreich diesen Krieg zu weiteren Beraubungen des Reichs benutzen werde, und sie hatte den Zweck, eine noch engere Verbindung zwischen den Mitgliedern der Soester Allianz zu begründen, in Holland die Kriegspartei durch Nährung des inneren Zwistes unschädlich zu machen, die Gebiete der Alliierten gegen etwaige Angriffe zu schützen, die nötigen Maßregeln zum kriegerischen Vorgehen gegen die Braunschweiger, wenn diese sich nicht fügen sollten, zu verabreden, andererseits aber auch Frankreich von weiterer Vergewaltigung des Reiches abzuhalten, und diese Ziele sind auch wirklich in der Hauptsache erreicht worden. Als dann das weitere Verhalten des braunschweigischen Hauses wirklich die Anwendung von Gewaltmaßregeln notwendig zu machen schien, sind durch einen zu Berlin am 30. Mai 1684 abgeschlossenen Vertrag nähere Verabredungen deswegen getroffen worden, doch ist es infolge der vermittelnden Tätigkeit des Kurfürsten und des Einlenkens der Herzoge nicht zur Ausführung derselben gekommen.

Die Verhandlungen, welche der Kurfürst während dieser Zeit fortgesetzt mit den braunschweigischen Herzogen geführt hat, um dieselben zum Anschluß an seine Reichspolitik und zur Bundesgenossenschaft gegen Schweden zu bewegen, sind in diesem Bande mehrfach berührt und einige darauf bezügliche Aktenstücke veröffentlicht worden. Dieselben im Zusammenhange hier vorzuführen, ist des beschränkten Raumes wegen nicht möglich gewesen, zumal, um dieselben klar zu legen, außer dem Berliner auch das Hannoversche Aktenmaterial hätte herangezogen werden müssen. Der Verfasser hofft diesen Gegenstand an anderer Stelle eingehender behandeln und so diese Lücke ausfüllen zu können.

1. Der Reichstag zu Regensburg.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg 4./14. Juli 1679.

[Das pfalz-zweibrückensche Memorial. Das Verfahren Österreichs im Fürstenrat. Notwendigkeit, den kaiserlichen Übergriffen entgegenzutreten.]

14. Juli Glückwunsch zum Friedensschluß. Man hat sich diese acht Tage mit dem Memorial[1]) des Pfalzgrafen von Zweibrücken aufgehalten, in dem derselbe um Abführung der in seinem Lande noch einquartierten lothringischen und kaiserlichen Völker bittet. Das kurf. Kollegium schloß bald, daß diese Sache dem Kaiser zu rekommendieren sei, im fürstl. Kollegium aber wollte Österreich kein Conclusum machen lassen unter dem Vorwand, es habe ein formal Reskript vom Kaiser erhalten, des positiven Inhalts, daß diese Völker schon abmarschiert wären, und obwohl man im kurf. Kollegium und auch etliche Fürstliche die gründliche gewisse Nachricht hatten, daß diese Völker dort noch still lägen, und dies anzeigten, erklärten doch die Österreichischen, es sei dem kaiserlichen Reskript soviel als den Gesandten zu glauben, und haben so einen Schluß verhindert.

Es ist eine insolente freche Sache, daß, da man die Leute vor deme in spiritualibus eines oder anders zu glauben zwingen wollen, man nunmehro sich nicht scheuet, auch in temporalibus denen gesambten Ständen etwas aufzutringen, so der Notorietät und factis zuwider ist. Und ist gewiß hochnötig, daß man die bei wehrendem Krieg zum Teil supprimirte jura Statuum hervorsuche und behaupte, und wäre zu solchem Ende nützlich, wann die Fürsten Leute hier hätten. Diesseits hat man in Ansehung des Zustandes, darinnen man von a. 1673 begriffen gewesen, so eines und andre, gleichsam ohngemerkt, hinstreichen lassen und das Hauptwerk respicieren, ja männiglich nachgeben müssen, damit nicht einer oder ander Anlaß nehmen können, der gerechten Sache zu schaden. Nachdem aber nunmehro Gott geholfen und man in der Tat verspüret,

[1]) S. dieses Memorial (d. 13./23. Juni 1679): Diarium Europaeum XLI, S. 70ff.; Londorp X, S. 738f.

wie wenig oder nichts die passionierte Gemüter an teils Höfen sich hieran gekehret, und nicht unterlassen zu schaden, wie man dann zu denenselben nimmer ein Vertrauen tragen können, als wird man sich künftig denen contra jura et libertatem Statuum laufenden Attentaten und Oppressionen mit Bescheidenheit opponieren, zumalen man sich untertänigst zu erinnern weiß, daß E. Chf. D., dero es soviel oder mehr als anderen angehet, die aus dem Instrumento pacis, Kaiserl. Wahlcapitulation und Constitutionibus imperii zustehende Gerechtigkeiten Ihro nicht schmälern oder gar nehmen lassen wollen. Und wann man de jure reden will, so seind E. Chf. D. durch den Nimwegischen Frieden von dem Reich gleichsam abgesondert, von dem Kaiser und dem Reich verlassen und nicht als ein Constatus oder Membrum imperii tractiert, und daher von aller Obligation gegen dem Reich von Rechts wegen eximiret und befreiet. Wiewohl die Kaiserl. Maj. und das Reich E. Chf. D. als parti innocenti nach wie vor verbunden bleiben. So aber bloß und allein zu reifen höchstvernünftigen Nachdenken demütigst anheimb gestellet wird, und ob und wie etwan Satisfaction zu suchen sei.

Auch ein beifolgendes Kaiserl. Kommissionsreskript[1]) enthält mehrere verfängliche Stellen.

Die Geheimen Räte (v. Jena, v. Knesebeck, v. Schwerin, Köppen) an den Kurfürsten. D. Cöln an der Spree 8./[18.] Juli 1679.

[Auf das Reskript vom 5./15. Juli.[2]) Rat, vorläufig noch v. Jena in Regensburg zu belassen, aber wegen Beendigung des Reichstages mit anderen Reichsständen zu kommunizieren.]

— haben absonderlich wegen Avocation des Gesandten v. Jena wir 18. Juli dieses untertänigst erinnern wollen, daß eine so geschwinde Abforderung allerhand Nachdenken bei denen anderen Ständen verursachen möchte, indem der frantzösische Friede noch nicht zur Execution gebracht, der König von Franckreich seinen Gesandten Verjus dahin schicket, auch

[1]) d. Wien 6. Juni (dict. Regensburg 30. Juni/9. Juli) 1679: Pachner v. Eggenstorff II, S. 213f.

[2]) In demselben hatte Kf. von ihnen ein Gutachten darüber verlangt, ob nicht v. Jena von Regensburg abberufen werden könnte, da jetzt dort nichts Sonderliches mehr vorgehe und seine Subsistenz dort bedeutende Kosten verursache.

täglich Sachen fürfallen, wobei E. Chf. D. merklich interessiret, als da insonderheit ist die gesuchte Satisfaction sowoll an Seiten E. Chf. D.[1]) als der Kayserl. M.,[2]) und wiewoll es sich schlecht ansehen läßet, daß etwas zu erhalten, so ist doch daran gelegen, daß zum wenigsten mit darzu getan werde, damit dem Reich nicht eine mehrere Last von andern zuwachse. Wir müssen bekennen, daß ein großes auf die Legationes hin und wieder gehe und dieselbe Kosten billig so viel müglich einzuziehen, wie dann die zu Nimwegen, zu Wien und in Dennemarck forderlichst werden aufhören und gesparet werden können, der v. Jena aber hat bisher, laut des Beischlusses, vor sich, dem Secretario und 2 Postillions nicht mehr gehabt als monatlich 298 Rthlr. Nachdem aber gleichwoll der Reichstag so lange Zeit gewehret und die Execution des Friedens verhoffentlich ehest erfolgen wird, so stellen zu E. Chf. D. gnädigstem Gefallen wir gehorsamst, ob Sie nicht zum wenigsten mit Chur Beyern (welche hiebevor[3]) zu Verkürzung des Reichstages auch geneigt waren) und einigen anderen Ständen wollten communiciren lassen, wie man mit dem ehesten zum Beschluß des Reichstages kommen möchte, und deswegen dem Gesandten zu Regensburg gnädigsten Befehl geben. Ob die beiden Städte Dortmund und Northausen[4]) in Vorschlag zu bringen, vermeinen wir an unserm untertänigsten Orte, es könnte der Gesandte befehliget werden, damit so lange an sich zu halten, bis man sehen wird, ob die Kaiserlichen mit ihrem desiderio wegen Übergebung einiger Reichsstädte oder sonsten reüssiren werden. —

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Potstam 23. Juli / [2. August] 1679.

[Befehl, für ihn eine Satisfaktion zu fordern, bis zu deren Erlangung der kaiserlichen Satisfaktionsforderung zu widersprechen.]

2. Aug. — Was die praetendirete Keyserl. Satisfaction[5]) anbelanget, dabei bedünket uns, daß wir wegen unseres erlittenen unersetzlichen Schadens

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 778.

[2]) S. ebendaselbst S. 773 f.

[3]) S. ebendaselbst S. 775.

[4]) S. ebendaselbst S. 778.

[5]) J. hatte 11./21. Juli berichtet, die Stadt Offenburg klage darüber, daß das Haus Österreich sie und Überlingen oder Gengenbach und Zell am Hammersbach als Äquivalent für Freiburg fordere, und bitte auch Kf., sich ihrer dagegen anzunehmen.

und Landverderbens dieselbe viele mehr zu fordern Fug und Ursache haben. Gestalt Ihr dann, wann diese Materie wieder auf die Bahne kommet, solches ad prothocollum vorzutragen und bei dem Reiche umb eine billigmäßig Ersetzunge unseres Verlustes und Schadens anzusuchen und zue solchem Ende die Städte Northausen und Dortmund vorzuschlagen habet. Die Motiven, so desfalls angeführet werden können, seind Euch so wohl bekannt, daß wir unnötig achten, Euch desfalls weitläuftig zu instruiren. Inzwischen habet Ihr der Keyserlichen Praetension bis dahin, daß uns vergnügliche Satisfaction geschaffet, beständig zu contradiciren und auf allen Fall dawider zu protestiren. —

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg 18./28. Juli 1679.

[Abschluß des Friedensexekutions-Rezesses, Aussicht auf baldige Abführung der Truppen aus dem Reich. Bemühen der Braunschweigischen, die Insertion des Cellischen Friedens in den Nimwegener durchzusetzen.]

Auf Antrag des Fränkischen und Schwäbischen Kreises hat das kurfürstl. Kollegium einstimmig beschlossen, daß die noch in den Quartieren liegenden Völker ohne Verzug aus denselben und aus dem Reich zu ziehen wären. Auch die meisten Fürstlichen waren dafür, doch sind die Conclusa noch nicht publiziert worden. Eben als diese die Deliberation antreten wollten, hatte man von Nimwegen die Nachricht erhalten, daß der Friedensexekutionsrezeß[1]) zwischen den Kaiserlichen und den Franzosen geschlossen und darin die Abführung der Truppen aus dem Reich vor dem 10. August festgesetzt sei, was dieses Werk sonderlich poussieren und ihm Nachdruck geben muß, zumal glaubwürdiger Nachricht nach der Kaiserliche Hof vor und nach dem Frieden festgestellt haben soll, in dem Oberrheinischen, Schwäbischen und Fränkischen Kreis 18—20000 Mann kontinuierlich liegen zu lassen. 28. Juli

Die braunschweigischen Minister bemühen sich unter der Hand, daß der zu Celle mit Graf Rebenac geschlossene Partikularfrieden dem Kaiserl. Nimwegischen inkorporiert und von dem gesamten Reich approbiert werde. Er gedenkt, solange er deswegen keinen Befehl erhält, sich dem zu opponieren.[2])

[1]) S. diesen Exekutionsrezeß vom 17. Juli 1679: Diar. Europ. XLI, S. 157ff.; Londorp X, S. 66f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 222ff.

[2]) Kf. erklärt sich (d. Potsdam 29. Juli / [8. August] 1679) damit durchaus einverstanden und befiehlt ihm, sich einer solchen Insertion auf das kräftigste zu widersetzen.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg 1./11. August 1679.

[Der Wortstreit zwischen dem kurfürstl. und dem fürstl. Kollegium. Vorschlag wegen Schließung des Reichstages und Berufung eines Kurfürstentages.]

11. Aug. Der vom fürstlichen Kollegium zuerst und ganz unnötig durch das Verlangen, das Wort „Churfürsten" in den Reichsgutachten nicht auszuschreiben, erregte Wortstreit[1]) hindert den Fortgang der publiquen Deliberationen. Die Fürstlichen haben die Sache vor den kaiserl. Prinzipalkommissar gebracht, der an den Kaiser referieren will. Die Kurfürstlichen hoffen, derselbe werde behutsam gehen und sich keine Jurisdiktion über das kurfürstl. Kolleg anmaßen, sie haben deswegen dem Prinzipalkommissar mündlich Vorstellungen gemacht. Er stellt dem Kf. zur Erwägung, ob der so lange mit schlechtem Nutzen der Stände gewährte Reichstag nicht zu schließen und lieber ein Kollegialtag auszuschreiben wäre.[2])

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg 29. August/8. September 1679.

[Die Frage wegen Schließung des Reichstages. Ankunft des französischen Gesandten.]

8. Aug. Er hat den K. Bayrischen und den K. Sächsischen über die Beschließung des Reichtages sondiert. Ersterer sagte, er hätte neulich positiven Befehl erhalten, auf die Endigung zu dringen. Nachdem aber Graf Nostitz[3])

---

[1]) S. Diar. Europ. XLI, S. 227 f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 226 ff.

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Potsdam 9./[19.] August 1679), es sei darauf zu denken, dem Reichstag ein Ende zu machen, und befiehlt ihm, mit einigen Kurfürstlichen, besonders dem K. Bayrischen und K. Sächsischen, darüber vertraulich zu reden. Wenn die anderen Kurfürsten auf einen Kollegialtag stimmten, wollte er sich einen solchen wohl gefallen lassen. Am 27. August / 6. September weist er J. an, in dem Streit wegen des Wortes „Churfürsten" nicht nachzugeben, sondern darauf zu bestehen, daß dasselbe bei allen Gelegenheiten vollständig ausgeschrieben werde. Er solle auch insgeheim mit den Kurfürstlichen kommunizieren, wie man am füglichsten zur Auflösung des Reichstages gelangen könnte. In diesem Schreiben erklärt er, er halte einen Kollegialtag für das Beste, doch hat er bald darauf seine Meinung geändert, dies zeigt er 9./19. Oktober J. an und befiehlt ihm, von einem Kollegialtag nicht zu sprechen, und wenn von anderer Seite eines solchen gedacht werden sollte, es zu divertieren, für Aufhebung des Reichstages aber solle er einen Weg wie den anderen votieren.

[3]) S. über dessen Sendung nach München Heigel, Der Umschwung der bayerischen Politik in den Jahren 1679—1683 (Quellen und Abhandlungen zur neueren Geschichte Bayerns, II), S. 54; Doeberl, Bayern und Frankreich, S. 513.

nach München gekommen und vorgestellt, daß man den Reichstag noch so lange kontinuieren möchte, bis ein Reichsabschied verfertigt und die allgemeine Sicherheit zum Stand gebracht wäre, hätte es der Administrator[1]) zu einem Reichsabschied wollen kommen lassen. Der K. Sächsische sagte, bei seinem Herrn hätte der Abt von Banz ebendergleichen angebracht, besonders, daß man nicht ohne Rezeß von einander gehen solle. Doch sollen sich jetzt die consilia am kaiserlichen Hof geändert haben und man dort beabsichtigen, den Reichstag auf eine gewisse Zeit zu suspendieren oder prorogieren, zumal man vorhersieht, daß man mit Feststellung des puncti securitatis publicae nicht sogleich fortkommen, sondern es nötig sein wird, das Werk erst an den kurfürstlichen und fürstlichen Höfen zu unterbauen.

Der französische Gesandte Verjus ist vorgestern in dem nahe bei dieser Stadt gelegenen Karthäuserkloster Brühl angelangt; es heißt, daß er morgen hier einziehen wird.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg 3./13. Oktober 1679.

[Das kaiserl. Kommissionsdekret wegen der französischen Übergriffe. Vorschlag, den Reichstag nach Ulm zu verlegen.]

Beifolgendes kaiserliches Kommissionsdekret[2]) handelt von der Okkupierung von Homburg, den Metz, Toul und Verdunschen Lehensleuten und den zehn elsässischen Freistädten und verlangt das Gutachten der Reichsstände, auf was für zulängliche Weise diesem unrechtmäßigen Verfahren zu begegnen und weiteren französischen Übergriffen vorzubeugen sei. Noch zur Zeit aber verspürt man hier gegen diese Dinge nichts als Kaltsinnigkeiten und läßt sich keiner merken, daß er etwas Frankreich Widriges oder Mißfälliges öffentlich zu reden oder zu tun gemeint sei, und scheinen die Gemüter nach geschlossenem Nimwegischen Frieden und in Betrachtung der bisherigen Administration ganz decouragiert. 13. Okt.

P. S. Es ist vorgeschlagen worden, daß, falls die in Österreich herrschende Seuche sich hieher verbreiten sollte, die Gesandten sich nach Ulm retirieren und dort die Verordnung ihrer Prinzipalen abwarten möchten. Er fragt an, wohin er sich in solchem Fall wenden solle,[3]) und erinnert bei der Gelegenheit daran, daß das stark reduzierte Gehalt der Gesandtschaft schon ins dritte Vierteljahr restiert und er sich daher in großer Not befindet.

---

[1]) Herzog Maximilian Philipp von Bayern, der nach dem Tode des Kurfürsten Ferdinand Maria (26. Mai 1679) bis zur Volljährigkeit des Sohnes desselben Max Emanuel (11. Juli 1680) die Regentschaft führte.

[2]) Das Kommissionsdekret vom 6. Oktober 1679 (Diar. Europ. XLI, S. 354; Pachner v. Eggenstorff II, S. 233).

[3]) Kf. antwortet darauf (d. Potsdam 17./[27.] Oktober 1679): Sollten die Fürsten und Stände des Reichs sich anmaßen, den Reichstag an einen anderen Ort zu ver-

Der Kurfürst an Verjus.[1]) D. Potstam 7./17. Oktober 1679.

[Versicherung seiner Zuneigung und Dankbarkeit. Anweisung an Jena, mit ihm in nähere Verbindung zu treten.]

17. Okt. Les troubles qui sont arrivés après votre départ d'auprès de moy[2]) n'ont en rien changé l'estime, que j'ay tousiours fait de votre personne, et je suis fort aise qu'à cette heure, qu'une revolution heureuse a renoué plus fort que jamais les noeuds d'une parfaite union et intelligence entre le Roy très-Chrétien Votre Maitre et moy, je vous le puis faire connoitre et vous asseurer en même temps du ressentiment que j'ay pour vos honnétetés et pour les bons offices, que vous avez rendu à mon Envoyé Extraordinaire le S^r^. Meinders, dont il s'est fort loué. J'en conserveray la memoire et n'auray jamais plus de joye que lorsque vous me ferés naitre l'occasion de vous en témoigner ma reconnoissance. Au reste j'ay ordonné à mon Ambassadeur le S^r^. de Jena de vivre avec vous dans une bonne intelligence et de vous assister en tout, où vous aurés besoin de luy pour les interests du Roy votre Maitre et pour votre propre satisfaction. Il sera superflu de vous faire la même recommendation pour mes interests, puis que je scay, que sans mes instances votre naturel obligeant et les intentions de Sa Maj^té^ très-Chrétienne, qui me sont assés connues sur ce sujet-la, vous y porteront. —

---

legen, so solle er mit den kaiserlichen und kurfürstlichen Gesandten darüber konferieren, daß sie an den dem Kaiser und den Kurfürsten privative zustehenden Rechten festhalten sollten. Er selbst solle sich nirgend anderswohin begeben, sondern weiteren Befehl abwarten.

[1]) Antwort auf ein Schreiben Verjus' (d. Bruel 28. September 1679), in welchem dieser dem Kf. seine Ankunft daselbst anzeigt und ihn bittet, seinem Gesandten zu befehlen, mit ihm gute und enge Korrespondenz zu unterhalten. Vgl. die Relation Meinders' aus Paris vom 25. Juli / [4. August] 1679 oben S. 349. Kf. weist J. 7./[17.] Oktober 1679 an, dieses Schreiben Verjus zu übergeben, mit demselben in gutem Vernehmen und Vertraulichkeit zu leben und ihm nach Möglichkeit an die Hand zu gehen. Da V. sich anfangs inkognito in Regensburg aufhielt, konnte J. zunächst nur unter der Hand mit ihm verkehren, erst am 14./24. November berichtet er, daß er ihn ordentlich besucht, daß V. ihn sehr höflich behandelt, sich in verschiedenen Dingen konfident gezeigt und sich zu Unterhaltung vertraulicher Freundschaft und Konfidenz erboten habe.

[2]) S. über Verjus' Aufenthalt am brandenburgischen Hofe 1673—1674 Urk. u. Akt. II, S. 510ff.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 10./20. Oktober 1679.

[Mitteilungen des cellischen Gesandten über die Hamburg von Dänemark drohende Gefahr.]

Der Braunschweigisch-Cellische hat dieser Tage allen anwesenden 20. Okt.
Gesandten (ihn ausgenommen) angezeigt, daß der König von Dänemark[1]) Hamburg in seine Gewalt zu bringen beabsichtige, daß sein Herzog dem Kaiser davon Bericht erstattet habe und es ihm auch sehr lieb sein würde, wenn er das Sentiment ihrer Prinzipalen über diese Konjunkturen ehest wissen möchte, derselbe hätte inmittelst auf Grund seines Kreisamts eine ziemliche Anzahl Völker in die Stadt geworfen und dieselbe wieder etwas animiert, doch wäre schleunige Hilfe nötig, welche die Belagerung aufheben machen könnte. Dieses und dergleichen, auch die von dem König der Stadt proponierten Punkte sind hier gedruckt und öffentlich verkauft worden.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 28. November/8. Dezember 1679.

[Beendigung des orthographischen Streites zwischen Kurfürsten- und Fürstenkolleg, Wiederaufnahme der Reichsberatungen.]

Der vor vier Wochen in dem Fürstenrat auf die Bahn gebrachte und bis 8. Dez.
jetzt fortgesetzte Formular- oder orthographische Streit[2]) wegen Ausschreibung und Abbrevierung des Worts Churfürsten hat dermaleins mit nicht geringer Konfusion derjenigen, welche ihn erregt und fomentiert haben, und mit des kurfürstl. Kollegii Ehre und Reputation sein Ende gefunden. Das letztere hat von keinen Traktaten und Temperamenten, noch weniger von einer Decision hören wollen, sondern ist dabei verharrt, daß es sich zu nichts verbinden, sondern freie Hand behalten müsse, nach seinem Belieben zu schreiben. Die Fürstlichen sind nach eingebrachter kaiserlicher Resolution[3]) unter sich in Streit geraten und es wird denen, welche diesen Streit erregt, jetzt schlecht gedankt, manche mögen sich auch wohl schämen. Die Fürstlichen verfügten sich den

---

[1]) S. oben S. 536 ff.

[2]) S. oben S. 706.

[3]) S. das Schreiben des kaiserlichen Prinzipalkommissars, des Bischofs Marquard von Eichstädt, an das K. Mainzische Reichsdirektorium vom 23. November 1679 (Pachner v. Eggenstorff II, S. 235 f.), in welchem derselbe anzeigt, der Kaiser verlange, daß um dieses Wortstreites willen die Beratungen nicht länger aufgehalten werden sollten.

21. November/1. Dezember zum ersten Mal wieder in das ordentliche Konklave, dort wurde trotz verschiedener Versuche derselben, die Extradition des Reichsgutachtens vom 31. Juli,[1]) über welches der Streit ausgebrochen war, zu divertieren, diese doch durchgesetzt und haben nunmehr die gemeinen Reichsberatschlagungen wieder ihren ordentlichen Gang erlangt.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 9./19. Januar 1680.

[Beratung über die Behandlung der Beschwerden gegen Frankreich. Kaiserlicher Antrag wegen Verlegung des Reichstages, Meinung einiger Kurfürsten über Schließung desselben.]

19. Jan. Jüngster Tage ließ das Reichsdirektorium zu den Beschwerden wider Frankreich zu Rat ansagen, die Stände redeten darauf de modo, wie solche zu traktieren seien, und beschlossen, daß dieselben aus den kaiserlichen Dekreten und Memorialien zu extrahieren und dann ein jedes Gravamen ordentlich und absonderlich zu untersuchen sei.

In einem kaiserlichen Kommissionsdekrekt[2]) wird ein Gutachten des kurfürstlichen Kollegs wegen Verlegung des Reichstages infolge der Kontagion verlangt. Die hiesige kaiserliche Kommission wollte die Sache anfänglich gleich an alle Stände bringen, auf Erinnerung des Kurfürstenkollegs ist aber dessen jus singulare[3]) observiert worden. Er bittet um Befehl, wie er sich dazu verhalten soll. Er hat mit dem K. Cölnischen wegen Dissolution des Reichstages[4]) besonders geredet, derselbe hat Instruktion, es solle der punctus monetae festgestellt,

---

[1]) S. Diar. Europ. XLI, S. 480f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 212f.

[2]) Sign. Aichstädt 12. Januar 1680 (Pachner v. Eggenstorff II, S. 242).

[3]) S. oben S. 707f.

[4]) Kf. hatte 23. Dezember 1679 / [2. Januar 1680] J. Mitteilung von einem Schreiben betreffend die Auflösung des Reichstages gemacht, das er (d. Cöln an der Spree 28. Dezember 1679) an alle seine Mitkurfürsten gerichtet hatte, und ihn beauftragt, mit dem K. Cölnischen Gesandten in dieser und anderen Angelegenheiten vertraulich zu kommunizieren, 13./[23.] Januar 1680 hatte er ihm dann weiter angezeigt, daß bisher nur von K. Cöln eine durchaus zustimmende Antwort eingetroffen sei, und ihn angewiesen, mit dem K. Cölnischen darüber weiter zu kommunizieren und bei Verjus anzufragen, ob nicht auch K. Bayern durch den damals an dessen Hofe befindlichen französischen Gesandten Colbert-Croissy dafür gewonnen werden könne. Kurfürst Max Emanuel von Bayern erklärt sich in seiner Antwort (d. München 5. Februar 1680) im übrigen einverstanden, meint aber, man dürfe nicht ohne förmlichen Reichsabschied voneinander gehen. Außerdem liegt nur noch eine Antwort von K. Mainz (d. Mainz 2. Februar 1680) vor, der erst die Meinungen des Kaisers und der anderen Kurfürsten zu hören wünscht.

alsdann ein Reichsabschied vereinbart und dem Konvent ein Ende gemacht werden. K. Mainz, K. Trier, K. Bayern und K. Sachsen hatten keine Resolution erhalten, letzterer aber meinte, es sollten die Gravamina wider Frankreich erörtert, die Reichssicherheit in Stand gebracht und ein förmlicher Reichsabschied abgefaßt werden. K. Pfalz war befehligt, auf die Rasierung Philippsburgs zu dringen und zu verlangen, daß das Reich in Sicherheit gesetzt und, wenn dieses geschehen, der Versammlung ein Ende gemacht werde.

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Cöln 13./[23.] Januar 1680.

[Seine dem gothaischen Gesandten erteilte Resolution. Befehl, sich danach zu richten, des Kf. Verfahren Verjus gegenüber zu rechtfertigen.]

Der Herzog von Sachsen-Gotha hat ihm durch den Generalmajor 23. Jan. v. Berlepsch vorstellen lassen, daß der Zustand am Rhein sich gefährlich ansehen ließe und daher zwischen gesamten Kur-, Fürsten und Ständen eine Zusammensetzung sehr nötig schiene, weshalb er sein Sentiment zu wissen verlangte. Er hat demselben beifolgende Resolution[1]) erteilen lassen, J. soll, wenn diese Materie wegen einer Zusammensetzung und allgemeinen Verfassung im Reich oder auch wegen des Vornehmens der Franzosen am Rhein und sonsten dort in Deliberation kommen sollte, sein Votum danach, aber mit aller Moderation, einrichten. Da er zu Zeiten, nach dem die materia ist, solche rationes gebrauchen muß, welche dem äußerlichen Anschein nach nicht allezeit mit der französischen Intention konform scheinen möchten, so werden doch die Franzosen selbst wohl begreifen, daß es nicht wohl zu verhüten und, wenn der Grund und das Hauptwerk selber konsideriert werde, demselben zuträglich und nicht zuwider ist. Er soll dieses bei bequemer Gelegenheit auch gegen Verjus mit guter Manier gedenken.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 23. Januar / 2. Februar 1680.

[Auf das Reskript vom 13. Januar. Bereitwilligkeit Verjus' für Schließung des Reichstages zu wirken. Beratungen über die Beschwerden gegen Frankreich.]

Er hat mit Verjus von Endigung des Reichstages geredet, derselbe erklärte 2. Febr. sich bereit, am k. bayrischen Hofe dafür zu wirken, und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß man dort jetzt anderen Sinnes geworden sei, er

[1]) Nicht bei den Akten.

sei vor vier Monaten von München her ersucht worden, das Ende des Reichstages zu befördern.

Die in 14 Punkte abgeteilten Gravamina gegen Frankreich sind in drei Sessionen ziemlich schnell zu Ende gebracht worden. Er hat in den beiden ersten nur votiert, daß er darüber berichten wolle, in der dritten aber hat er[1]) den empfangenen Befehl ratione modi, wie man mit Kf. verfahren, eröffnet, mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß es ohne alle Anzüglichkeit und Vorwurf nur innocenter erzählt werden solle, und er hat sich dabei auch der größten Moderation befleißigt. Das Kurfürstenkolleg ist der Meinung, die Beschwerden sollten zusammengetragen, dem König von Frankreich durch Schreiben und mündlich durch dessen Gesandten vorgestellt und Remedierung gesucht werden. Das Fürstenkolleg schlägt vor: 1. eine Abschickung an den König von Frankreich, 2. ein Schreiben an denselben im Namen des Kaisers und des Reichs, 3. mündliche Konferenz mit dem hiesigen französischen Bevollmächtigten und 4. mit dem französischen Gesandten am kaiserlichen Hofe. Die Kollegien haben darüber aber noch nicht re- und korreferiert. Österreich will, daß dieses Werk dem Kaiser allein überlassen werde, was aber die meisten Stände nicht für ratsam erachten. Durchgehend wird auf gütliche Mittel gezielt. Wenn ein Reichsgutachten darüber zustande gebracht sein wird,[2]) soll, wie man sagt, auf des Kaisers Begehren die allgemeine Reichsverfassung in Proposition gebracht werden

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 5./15. März 1680.

[Beschluß, daß vor Schließung des Reichstages erst die demselben proponierten Sachen erledigt werden sollen.]

15. März Betreffend die Translation des Reichstages sind K. Cöln und K. Brandenburg von den anderen überstimmt und ist ein Gutachten[3]) abgefaßt worden, in welchem

[1]) In der Sitzung des kurfürstlichen Kollegs vom 21./31. Januar 1680 erklärt J., Kf. sei der Meinung, der Kaiser möge das, was, wie er meine, gegen seinen Frieden (denn Kf. hätte denselben nicht agnosziert) vorgenommen würde, für sich durch eine Schickung bei der Krone Frankreich in der Güte suchen lassen und zusehen, wie weit es zu bringen, zumal der Kaiser selbst dafür gehalten, daß mit der größten Macht nichts auszurichten sei, und deshalb seinen Frieden geschlossen habe, und er erinnert dann daran, wie es dem Kf. ergangen, wie er trotz seiner Siege und aufgewandten Kosten wider des Reichs Grundgesetze und Beschlüsse verlassen, vom Frieden ausgeschlossen, seine Lande dem Feinde preisgegeben, ihm alle Hilfe abgeschnitten und versagt, auch seiner Miliz der Durchzug verweigert und er so genötigt worden sei, sich durch einen besonderen Frieden zu retten.

[2]) S. dieses Reichsgutachten vom 10. Februar 1680 Diar. Europ. XLI, S. 121ff.; Londorp XI, S. 49ff.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 243ff.

[3]) S. das kurfürstliche Kollegialgutachten vom 1./11. März 1680 (Pachner v. Eggenstorff II, S. 248f.

erklärt wird, es wäre zwar auf Endigung des Reichstages zu gedenken, aber erst sollten die bereits in Proposition gebrachte Münzsache und punctus securitatis publicae ausgemacht und, falls die Kontagion eintreten sollte, der Reichstag an einen anderen, von dem Kaiser zu bestimmenden Ort verlegt und dort fortgesetzt werden. Seine und des K. Cölnischen Bemühungen, zu erwirken, daß die Expedition dieses Gutachtens so lange verschoben werde, bis dasselbe den Prinzipalen eingeschickt und deren Ratifikation oder Erinnerungen dazu eingeholt seien, sind erfolglos gewesen. Der K. Bayrische, K. Sächsische und K. Pfälzische Gesandte korrespondieren schon seit einigen Jahren miteinander und so auch jetzt, besonders die beiden ersten.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 26. März/5. April 1680.

[Klagen wegen der Quartiere und Kontributionen. Dortmundisches Memorial, sein Gegenmemorial.]

Daß am kaiserlichen Hofe wegen der im Mecklenburgischen und Westfälischen genommenen Quartiere und der für die französischen Völker geforderten Hilfskontribution auf eines und des anderen Klage[1]) mandata erkannt worden sind, davon hat man hier auch Nachricht und es scheint fast, als ob der eine oder andere dadurch animiert werde, hier dergleichen zu tentieren, wie denn der Dortmundische nicht geruht, bis er sein Memorial zur Diktatur gebracht. Er hat sofort ein Gegenmemorial[2]) übergeben und darin nach Anweisung des kurfürstlichen Postskripts vom 18./28. Februar mit glimpflichen Worten gefordert, daß die dem Kf. schuldige Garantie und Satisfaktion wirklich geleistet werde.[3]) 5. April

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Cöln an der Spree 9./19. Mai 1680.

[Das Hilfegesuch K. Pfalzs. Befehl, dessen Gesandten zu unterstützen.]

K. Pfalz hat ihn in abschriftlich beiliegendem Schreiben[4]) ersucht, für ihn wegen der ihm von den französischen Kriegs- und Zivilbedienten zugefügten 19. Mai

[1]) S. das Mecklenburg-Schwerinsche Beschwerdeschreiben an das Reich wider die k. brandenburgische Einquartierung (d. Hamburg 29. November 1679): Londorp X, S. 754 ff., und die Dortmundischen Beschwerungs-Memorialia vom 2./12. Januar und 22. März/1. April 1680 (Diar. Europ. XLI, S. 25 ff. und 275 ff.).

[2]) S. das k. brandenburgische Memorial wegen Leistung der Garantie und Satisfaktion (d. Regensburg 2. April 1680): Diar. Europ. XLI, S. 243 f.; Londorp XI, S. 61.

[3]) J. berichtet 30. April/[10. Mai] 1680, sein Memorial habe soviel gefruchtet, daß man das mecklenburgische und das dortmundische zurückgestellt habe. Die Dortmunder hätten zwar deswegen an K. Mainz eine besondere Abschickung getan, wären aber von demselben abgewiesen worden.

[4]) d. Friedrichsburg 20. April 1680, beiliegend ein gedrucktes Mémoire contenant les griefs faits à S. Alt. El. Palatine par les officiers du Roy T. Ch. en Alsace (wiederabgedruckt: Diar. Europ. XLI, S. 143 ff.).

Widerwärtigkeiten alle dienliche officia anzuwenden. Da er nun die Sache, wenn sie sich berichtetermaßen verhält, so beschaffen befindet, daß K. Pfalz darin zu nahe getreten wird, so befiehlt er ihm, mit dessen dortigem Minister in der Sache vertraulich zu kommunizieren und ihm darin alle mögliche officia zu leisten.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 25. Juni / 5. Juli 1680.

[Anzeige, daß Kf. von dem Herzogtum Magdeburg Besitz genommen und ihn mit dem Votum für dasselbe betraut hat. Der für dasselbe einzunehmende Platz. Die Schreiben an die Könige von Frankreich und England, die Beschwerden Dortmunds.]

5. Juli Er hat das Reskript vom 9. Juni[1]) erst am 22. erhalten und hat sogleich am folgenden Tage dem fürstlichen Kollegium angezeigt, daß der Administrator von Magdeburg gestorben sei, daß Kf., dem damit das Herzogtum Magdeburg zugefallen, ihn mit der Führung des votum für dasselbe betraut habe und daß er bei nächster Gelegenheit die gehörige Stelle okkupieren werde. Er hat, um alle etwaigen Skrupel mit Glimpf zu removieren, vorher mit dem Sachsen-Gothaischen Gesandten Dreher, welcher etliche Jahre das magdeburgische Votum vertreten, vertraulich geredet und hat ihn (er stammt aus Berlin und hat früher, als er in Nürnberg Konsulent war, von Kf. Ratsbestellung von Haus aus gehabt) ohne Mühe dahin disponiert, daß er erklärte, sich hinfort des magdeburgischen voti enthalten zu wollen.

Wegen Nehmung der Session hat er ohne Spezialbefehl ratione loci nichts vornehmen wollen. In dem fürstl. Kollegium sind[2]) drei Bänke, die geistliche, die quere, auf welcher der verstorbene Administrator, als evangelischer geistlicher Fürst, seinen Sitz gehabt, und die weltliche. Nachdem Magdeburg jetzt ein pure weltliches Herzogtum ist, gebührt ihm, da alle säkularisierten Erz- und Bistümer auf die weltliche Bank verwiesen worden sind, der Sitz auf dieser, und zwar, da Magdeburg immer nach Bayern aufgerufen ist und votiert hat, hinter diesem, an zweiter Stelle. Sollte Pfalz-Lautern sich opponieren, so kann er sich darauf stützen, daß ein Vorstimmender seinem Nachstimmenden unwidersprechlich vorsitze. Er meint daher, man habe den de jure et observantia gebührenden Platz ohne weiteres zu okkupieren und die Introduktion

[1]) Darin hatte Kf. J. Anzeige von dem Tode des Administrators August von Magdeburg und von seiner Besitzergreifung des dadurch an ihn heimgefallenen Herzogtums gemacht und ihm befohlen, dieses der Reichsversammlung bekannt zu machen und sessionem et votum von diesem Herzogtum zu führen. S. Pufendorf XVIII, § 12 (S. 1388); Opel, Die Vereinigung des Herzogtums Magdeburg mit Kurbrandenburg. Festschrift (Halle 1880), S. 24 ff.

[2]) S. Opel a. a. O. S. 42.

von dem Reichsmarschallamt nicht zu begehren oder zu erwarten. Sollte aber des Erbreichsmarschalls Offizianten oder die Directoria ihre jura oder eine Diskretion prätendieren, so wäre solche lieber sofort zu versprechen und zu entrichten, zumal es auf ein geringes ankommt und man, als Cammin zur Session gelangte, dergleichen bezahlt hat. Das magdeburgische Votum ist, als der Reichstag in Flor und mit vielen tapferen Gesandten versehen war, stets in sonderbarer Konsideration gewesen. Dem Fürstentum Magdeburg gebührt auch das evangelische Direktorium im Fürstenrat.

Über die Gravamina gegen Frankreich ist noch nicht deliberiert worden. Doch ist im Kurfürstenrat vorgeschlagen und sofort beliebt worden, daß nicht nur an den König von Frankreich, sondern auch an den von Großbritannien, als Mediator des Nimwegischen Friedens, Schreiben deswegen gerichtet werden sollen. Einige haben auch erwähnt, man müßte auch an den König von Schweden, als Kompaziszenten und Garanten des Westfälischen Friedens, die Sache schriftlich bringen, die meisten aber meinten, man solle damit noch zur Zeit zurückhalten.

Das reichsstädtische Kollegium hat sich bei ihm durch Deputierte für die Stadt Dortmund verwendet. Da es bescheiden angebracht wurde, so hat er ihnen freundlich geantwortet, die Sachlage auseinandergesetzt und ihnen gezeigt, daß die Stadt sich selbst durch ihre Halsstarrigkeit in Ungelegenheit gesetzt hat.

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Cöln an der Spree 5./[15.] Juli 1680.

[Auf die Relation vom 25. Juni / 5. Juli. Befehl, die gebührende Stelle für Magdeburg im Fürstenrat einzunehmen. Die Schreiben an die Könige von Frankreich und England. Die Beschwerden von Salm und K. Pfalz.]

Die Sache wegen des magdeburgischen voti muß sobald wie möglich 15. Juli in Ordnung gebracht werden. J. erhält die gewünschte Vollmacht,[1]) er soll zusehen, daß er mit guter Manier wegen des Herzogtums Magdeburg die Stelle nach Bayern erlange. Wegen der Gebühren für den Erbmarschall soll er berichten. Da Kf. vernimmt, daß im kurfürstl. Collegio bereits per majora geschlossen ist, daß an die Könige von Frankreich und von England wegen der Gravamina wider Frankreich geschrieben werden solle, so läßt er dieses geschehen, erwartet aber, daß ihm der Aufsatz dieser Schreiben vor der Ausfertigung zugeschickt werde.[2]) Ob in dieser Sache auch an den König von

[1]) Sie ist Potsdam 3./[13.] Juli 1680 ausgestellt.

[2]) J. sendet 28. Juni / 8. Juli dem Kf. die in dem kurfürstlichen Kolleg verglichenen Konzepte der Schreiben an die Könige von Frankreich und von England

Schweden zu schreiben sei, erscheint fraglich, es lassen sich sowohl dafür als auch dawider Gründe anführen. Sollte es geschehen, so würde man sehen können, wohin er incliniere, weil aber die Mehrheit davon noch zur Zeit abstrahiert, so soll auch er deshalb keine Erinnerung tun. Die Beschwerden[1]) des Fürsten von Salm und von K. Pfalz gehören wohl auch zu den beiden Schreiben, sollte aber darauf ein Reichsgutachten erfolgen, so hat er bei Zeiten zu berichten, was dabei die übrigen Kurfürsten und die vornehmsten aus dem Fürstenrat für Gedanken führen, damit auch er ihn darüber zu rechter Zeit mit Instruktion versehen könne.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 16./26. Juli 1680.

[Auf die Reskripte vom 5. und 7. Juli. Verhütung eines voreiligen Beschlusses in betreff der von K. Pfalz geforderten Hilfe. Mitteilungen an Verjus.]

26. Juli Er hat die auf ihn gerichtete magdeburgische Vollmacht[2]) dem K. Mainzischen Direktorium insinuieren lassen und wird bei der nächsten Gelegenheit die von Kf. beanspruchte Stelle einnehmen.

Wegen der K. Pfälzischen und Salmschen Klagen über die französischen Prozeduren war den 10./20. angesagt worden und wurde auch proponiert. Da K. Pfalz den Kaiser gebeten hat, die Reichskreise auf ein interim zu excitieren, so wurde[3]) ohne weitere Beratschlagung ganz geschwinde geschlossen, dem Kaiser zu raten, die Kreise zu ermahnen, K. Pfalz ihre Völker zu Hilfe zu schicken. Er aber hat erklärt, er könnte zu diesem Beschluß wegen mangelnder Instruktion nicht konkurrieren, und hat gebeten, die Umstände und den Erfolg

---

zu, berichtet, die meisten Kurfürstlichen hätten sich ohne weiteres bereit erklärt, dieselben zu vollziehen, und bittet um möglichst baldige Resolution, ob auch er dieses tun und auch bei der Siegelung konkurrieren solle. Kf. erwidert darauf (d. Cöln a. d. Spree 7./[17.] Juli 1680), da er durch den Nimwegener Frieden sehr graviert sei und demselben immer widersprochen habe, so könne er das Schreiben an den König von England, das sich nur auf diesen Frieden beziehe, nicht mit approbieren und vollziehen. Das Schreiben an den König von Frankreich wolle er zwar mit vollziehen, doch nur soweit, als es den Westphälischen Frieden betreffe. Er solle diese Erklärung zu Protokoll geben und eine Abschrift dieses Protokolls Verjus zustellen. An zwei Stellen solle er Milderung des Ausdrucks beantragen. S. Pufendorf XVIII, § 16 (S. 1400).

[1]) S. die kaiserlichen Kommissionsdekrete vom 1., 2., 10. und 20. Juli 1680 (Londorp XI, S. 65ff.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 256ff.).

[2]) S. oben S. 715.

[3]) S. Pufendorf XVIII, § 17 (S. 1400).

vor der Expedition ein wenig mehr zu erwägen und sich nicht zu übereilen, da diese Resolution gefährliche Konsequentien nach sich ziehen dürfte. Es sei zu besorgen, daß die Kreise die Völker spät und lange nicht so viele schicken würden, als zu einem rechtschaffenen Dessein oder auch zur Resistenz nötig und genug wären, und man möchte so der Krone Frankreich Anlaß geben, sich, zumal sie gefaßt stehe, eines und anderen Ortes zu bemächtigen und die wenigen nach und nach aufziehenden Völker aufzuhalten oder schimpflich zurückzuweisen. Ein anderes wäre es, wenn der Kaiser und das Reich wenigstens ein paar ausgerüstete Armeen, jede von 25000 bis 30000 Mann, ohne Verzug marschieren lassen könnten, solches würde jedermann raten, aber etwas anzufangen, womit man nichts mehr ausrichten würde, als daß man Frankreich irritierte, die Stände in größere Gefahr setzte und zum Bruch einen Prätext gäbe, sei ganz nachdenklich und zu vermeiden. Der Kaiser könnte der Kontagion wegen seine Truppen nicht einmal zusammenführen, auch keine Werbungen anstellen, hätte auch in Ungarn mit den Malkontenten genug zu tun. Der Stadt Straßburg wollte der König nicht gestatten, kaiserliche oder Reichsvölker einzunehmen, schickte man solche, so würden die Franzosen ihnen den Paß hinein verwehren, und wenn sie auch hineingelangten, wäre doch die Stadt dadurch nicht gegen eine formelle Belagerung garantiert. Als er dieses, wie jeder begriff, wohlmeinend gesagt hatte, fingen die Kurfürstlichen an, einander anzusehen, die Achseln zu zucken und der K. Mainzische seine Feder niederzulegen, und als sie ein wenig miteinander geredet, wurden sie der Meinung, man habe der Sache Anstand zu geben und bis zu nächster Zusammenkunft das Werk mehr zu überlegen, was man auch den Fürstlichen und Städtischen angezeigt hat, und ist weiter nichts davon geredet worden. Da er weiß, daß Kf. auf Erhaltung der Ruhe im Reich zielt, so wird er in solche Dinge, die, ehe Kaiser und Reich sich in Defensionspostur befinden, zur Ruptur Anlaß geben könnten, ohne gemessenen Befehl nicht kondeszendieren.

Des Kf. Resolution wegen Siegelung der beiden Schreiben an die Könige von Frankreich und England hat er vorgestern im kurfürstlichen Kolleg eröffnet. Man war damit ganz einverstanden, auch die beiden Monita des Kf. wurden aggreiert. Die Schreiben sind noch nicht adjustiert.

Die Proposition und Umfrage seiner Memorialien in betreff der Satisfaktion des Kf. ist noch nicht erfolgt. Er hat Verjus diese Sache rekommendiert, ihm von der Siegelung Mitteilung gemacht und ihm für den Glückwunsch zu Überkommung des Herzogtums Magdeburg gedankt. V. zeigte sich darüber sehr vergnügt, auch durch den gemachten Unterschied in Siegelung der Briefe ganz kontentiert und erbot sich auch, nach Vermögen zu konkurrieren, daß Kf. für den erlittenen Kriegsschaden satisfaziert werde. Er hat ihm gegenüber angedeutet, daß es für den König von Frankreich nützlich sein und zu seiner gloire gereichen würde, wenn er seinen Offizieren und Bedienten Ordre erteilte, den jetzigen modum agendi zu sistieren, V. nahm es wohl auf und versicherte, es auf solche Weise berichten zu wollen, daß er an einem guten Effekt nicht zweifelte.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg 23. Juli / 2. August 1680.

[Verzögerung der Absendung der Schreiben an die Könige von Frankreich und England durch den österreichischen Gesandten.]

2. Aug. Die Schreiben an die Könige von England und Frankreich sind endlich am 17./27. Juli adjustiert und auch die Deputati ad sigillandum sofort benannt worden. Im kurfürstl. Kolleg hat, da K. Brandenburg bei der Siegelung des Schreibens an den König von England nicht konkurrierte, K. Pfalz es an dessen Stelle verrichtet, die fürstlichen Evangelischen haben zwei Deputationen gemacht. Bei diesem actu electionis sigillantium führte des Kf. Herzogtum Magdeburg zum ersten Male das evangelische Direktorium im Fürstenrat, es ging ohne Widerspruch und friedlich vor, zumal man die Gemüter vorhin disponiert hatte. Die Katholischen haben nur eine Deputation zur Siegelung beider Schreiben bestellt, ebenso die Reichsstädte. Als nun die Schreiben am 17./27. zur Siegelung herumgetragen wurden, diffikultierte[1]) der österreichische Gesandte, welcher auch für Pfalz-Neuburg bevollmächtigt ist, zu siegeln unter der Erklärung, er erwarte erst Befehl vom Kaiser. Derselbe hat so bis jetzt die Expedition verzögert, und als man ihn drängte, ist er herausgebrochen, er könne in die Prozedur, daß die Stände ohne des Kaisers Vorbewußt oder Konsens die Schreiben abschickten, nicht gehehlen, oder dem Kaiser präjudizieren, dessen Willen und Befehl er vorher erwarten müsse. Da er immer den Kaiser und nicht Österreich nannte, so wurde daran erinnert, daß der Kaiser mit der Siegelung nichts zu tun hätte und daß der Österreichische nicht wegen des Kaisers, sondern des Erzherzogs von Österreich da wäre. Was wegen dieser Siegelung vorgegangen, davon wären viele Bogen voll zu schreiben, doch es ist meist confuse und das Nachdenkliche in Privatdiskursen geredet worden und kommt auf den einen Punkt hinaus, ob das Reich berechtigt sei, ohne des Kaisers Vorbewußt und Konsens ein Schreiben abgehen zu lassen. Die acta des vorigen und des jetzigen Reichstages beweisen, daß die Stände dazu berechtigt sind, und sie berufen sich auf das ihnen zustehende jus foederum cum exteris und auf das jus belli. Die Sache erregt Diffidenz, Betrübnis bei den notleidenden Ständen und verstellt gleichsam das universum. K. Brandenburg sagt wenig und guberniert sich hierbei moderat und etwas indifferent, soweit es den Nimwegischen Frieden vornehmlich konzerniert, wird aber ohne Bericht und erfolgte deutliche Resolution vorsichtig gehen und von den den Ständen kompetierenden iuribus nichts abzwacken lassen. Auf Bitten des kaiserl. Prinzipalkommissars hat man dem Österreichischen noch bis heute Dilation gestattet. K. Brandenburg hat Lob, Ehre und Affektion, daß es sich der Siegelung nicht entzogen und keine mora verursacht hat, doch hat es sich vorher von

[1]) S. Londorp XI, S. 85 f.

dem K. Mainzischen Reichsdirektorium ein förmliches Attest ausstellen lassen und ein Exemplar Verjus eingehändigt, der es mit großem Dank und Contento angenommen hat.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 30. Juli / 9. August 1680.

[Neue durch ein kaiserliches Reskript veranlaßte Verhandlungen und Streitigkeiten über die Absendung der Schreiben an die Könige von Frankreich und England. Erledigung der Sache.]

Am 2. August hatte nicht nur die österreichische Gesandtschaft den erwarteten Spezialbefehl, sondern auch die kaiserl. Kommission ein kaiserl. Reskript erhalten, welches den Ständen aber nur extraktsweise mitgeteilt wurde. Es lautete, der Kaiser befinde den Inhalt beider Schreiben gut und wohleingerichtet, dem Reich aber verträglich, daß die contenta an ihn als das Oberhaupt dirigiert und er ersucht würde, dieselben im Namen der Stände an beide Könige gelangen und eine Antwort urgieren zu lassen, damit nicht der König in Frankreich mit Verschimpfung der gesamten Reichsversammlung sich der Beantwortung entziehen möchte. Sollte dieses nicht für gut angesehen werden, wurde vorgeschlagen, zu mehrerer Autorisierung beider Schreiben einzurücken, daß sie mit des Kaisers Vorwissen, Einwilligung und Approbation abgegangen seien. Diese Zumutung hat heftige motus erregt. Das kurfürstliche Kollegium verfuhr geschwinde, explizierte das kaiserl. Reskript molliter als Vorschläge und beschloß, es wäre mit der Sache zu weit gekommen, da beide Schreiben bereits gesiegelt wären und die Stände ihr Fortschicken ob summum in mora periculum urgierten, daher wollte man die Schreiben sofort abfertigen und das Reichsgutachten insinuieren. Dieses Conclusum extradierte der K. Mainzische den fürstlichen Directoriis. Der Österreichische ließ es sich sauer werden, den Ständen die Vorschläge so vorzuspiegeln, daß sie sich dazu bequemen möchten, die Mehrzahl aber wollte sich nicht dazu persuadieren lassen, sondern verglich sich mit der Meinung der Kurfürstlichen. Es kam wieder seitens des österreichischen Gesandten und gegen ihn zu scharfen Auseinandersetzungen. Schließlich wurde der kurfürstl. Schluß von dem Fürstenrat plazidiert und nur in betreff der Fortschickung erinnert, das K. Mainzische Direktorium möchte den kaiserl. Prinzipalkommissar requirieren, die Schreiben durch einen Kavalier oder eine Stafetta an den Grafen Taxis, Generalpostmeister zu Brüssel, zu schicken. Da das K. Mainzische Direktorium aber schon eine Stafetta bereit hielt, so verglich man sich dahin, die Sache dem kaiserl. Prinzipalkommissar zu hinterbringen, derselbe hat sich für den Vorschlag der Kurfürstlichen entschieden

9. Aug.

und so hat der K. Mainzische die Stafetta mit den Briefen abgefertigt.[1]) Auch dieses hat Veranlassung zu vielen Disputen gegeben, die meisten sind zufrieden, daß der K. Mainzische es so eingerichtet, zumal Österreich gesucht hat, es dahin zu bringen, daß wenigstens das Reich die Briefe nicht selbst fortschicken dürfe, sondern dem kaiserl. Prinzipalkommissar überliefern und gleichsam dessen Einwilligung und Expedition wenigstens soweit desiderieren müsse. Daß auch dieser den Ständen präjudizierliche Anschlag nicht angegangen, mißfällt dem Österreichischen nicht wenig, und er will sich noch nicht zufrieden geben.

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Cöln 3. / [13.] August 1680.

[Billigung des Verhaltens Jena's, Bereitwilligkeit, denselben demnächst von dort abzuberufen und durch Butendach zu ersetzen.]

13. Aug. Betreffend die Siegelung der Schreiben an die Könige von Frankreich und England ist er mit seiner Konduite zufrieden und es gereicht ihm zu besonderem Wohlgefallen, daß er bei dieser Gelegenheit einen actum possessorium des ihm wegen Magdeburg gebührenden directorii im Fürstenrat merklich und ohne Kontradiktion exerziert hat. Er hofft, daß sich auch die Sache ratione loci, voti et sessionis wegen dieses Herzogtums desto leichter schicken wird, zumal da seine Befugnis in dem Friedensinstrument klar fundiert ist.

Er wird mit dem ehesten auf seine Avokation bedacht sein, damit er in Halle die ihm übertragene Kanzlerstelle[2]) wirklich antreten könne. Er gedenkt, den Halberstädtischen Vizekanzler Butendach nach Regensburg zu schicken, J. soll aber bis zu dessen Ankunft dort warten und nebst ihm noch einige Zeit dort bleiben, um ihn informieren zu können.

Schlüßlich befrömdet uns nicht weinig, daß man keyserlicher Seite denen gesamten Reichsständen die Facultät und Macht ad exteros reges et principes zu schreiben streitig machen will. Wir können unsers Teils so weinig als andere in diese anmaßliche Neuerung auf einigerlei Weise und Wege gehehlen, und gleichwie Ihr desfalls genugsame rationes und fundamenta in Eurer untertänigsten Relation allegiret, als habet Ihr derselben beständig zu inhaeriren, mit den anderen Ständen zu correspondiren und hierunter das geringste nicht nachzugeben. —

[1]) S. das Reichsgutachten vom 5. August und die Schreiben an die Könige von Frankreich und von England (beide d. 27. Juli 1680): Diar. Europ. XLI, App. S. 185ff.; Londorp XI, S. 83ff.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 258ff.

[2]) S. Opel a. a. O. S. 38f.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 6./16. August 1680.

[K. pfälzische Anträge. Friedliche Beschlüsse. Einnehmung der Session für Magdeburg. Bitte um Abberufung.]

Über den Antrag des K. Pfälzischen, es sollten seinem Herrn von den nächstgelegenen Kreisen und Reichsständen, welche bereits in Postur ständen, etliche tausend Mann zu besserer Besatzung und Defension seiner Plätze zugeschickt, die oberrheinischen Kreistage wieder trotz des Direktorialstreits gehalten und einige Geldforderungen K. Pfalz' an den Kaiser rekommendiert werden, ist acht Tage lang geredet, schließlich aber in dem kurfürstl. und fürstl. Kolleg per maiora beschlossen worden, der Friede sei zu erhalten, man müsse abwarten, was auf das Schreiben an den König von Frankreich wegen der gravierten Stände erfolgen werde, und dem Kaiser, der ein Reichsgutachten verlangte, anheimgeben, wie der Ruhestand am füglichsten zu konservieren und den gravierten Ständen am besten zu helfen sei.[1]) 16. Aug.

Trotz des Verlangens der pfälzischen Gesandten, mit Nehmung der magdeburgischen Session auf der weltlichen Bank so lange zurückzuhalten, bis die gesamten pfälzischen Häuser sich über einen gemeinsamen Schluß verglichen hätten, hat er eine geschwinde Resolution gefaßt und am 2./12. August unvermutet die andere Stelle unmittelbar nach Bayern publice und solenniter, doch suavi et mitiori modo eingenommen. Die Pfälzischen protestierten, er hat es aber sofort abgelehnt, und ein jeder urteilt, daß Magdeburg recht habe.

Er bittet ihn, nachdem er 15 Jahre hier gewesen, abzurufen, hauptsächlich aus Gesundheitsrücksichten.[2])

---

[1]) Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz beschwert sich (d. Friedrichsburg 10. August 1680) bei Kf. darüber, daß bei der Beratung über die kaiserl. Kommissionsdekrete vom 3. und 12. Juli sein Gesandter, v. Jena, sich defectu mandati entschuldigt und so mit verursacht habe, daß ein Reichsgutachten darüber nicht zustande gekommen sei, dieses Votum desselben stimme nicht zu den von Kf. ihm früher gemachten Versprechungen. Kf. antwortet darauf (d. Oranienburg 29. August/[8. September] 1680), er befinde nicht, daß Jena etwas getan habe, was ihm nicht anbefohlen sei, und was er selbst bei dem jetzigen Zustande des Reiches nicht für das Sicherste und Beste halte. K. Pfalz, der trotz aller seiner Gegenvorstellungen den Nimwegischen Frieden so poussiert habe, werde nun erkennen, woher alle diese Beschwerungen dem Reich und ihm selbst über den Hals gekommen seien. Er habe seine Angelegenheit am französischen Hofe, Rébenac gegenüber und zu Regensburg empfohlen und werde, wenn K. Pfalz jetzt ebenso zur Güte begierig sein werde, wie er früher die Ursache des jetzigen Wesens, den Nimwegener Frieden, befördert habe, alles Mögliche zu seinem Besten beitragen. S. Pufendorf XVIII, § 17 (S. 1400).

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Potsdam 10./[20.] August 1680), er sei schon, als er ihm das magdeburgische Kanzleramt übertragen, auf einen Successor bei der Regensburger Gesandtschaft bedacht gewesen, halte es aber doch bei den jetzigen Konjunkturen für nötig, daß er dort bleibe.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg 3./13. September 1680.

[Bemühungen der Direktoren des fürstlichen Kollegiums, ihn an der Einnehmung des Magdeburg gebührenden Platzes zu hindern, Vereitelung ihrer Anschläge, Rat, bei der Reichsversammlung über ihr Verfahren Beschwerde zu führen.]

13. Sept. Was er schon vorher vermutet hat,[1]) daß die fürstlichen Directores, sobald sie merken würden, daß etwas den pfälzischen Häusern Unanständiges vorgehen würde, lieber aus dem fürstlichen Collegio bleiben und publicas consultationes de facto hintenansetzen würden, ist wirklich geschehen, denn trotz seiner Aufforderung, den förmlichen modum consultandi wieder zu reassumieren, hielten das österreichische und das salzburgische Direktorium am 25. August st. v. sich und die Stände in dem Re- und Korrelationssaal auf und gingen ohne Proposition und Deliberation nach Hause, ebenso am 27. August. Seine Remonstrationen dagegen waren vergeblich, er hat sich infolgedessen an das Kurmainzische Reichsdirektorium gewendet und dasselbe gebeten, die Fürstlichen zu ermahnen, ihr Amt zu verrichten. Das ist auch geschehen, aber ebenfalls ohne Erfolg. Am 28. kam man wieder aufs Rathaus, trotz des Zuredens des Kurmainzischen Gesandten aber blieben die Directores obstinat und erklärten. nur wenn er versprechen wollte, sich wegen Magdeburgs nicht zu setzen und geschehen zu lassen, daß man die ordentliche Session nicht nehme, wollten sie in die Ratsstube gehen und proponieren. Da er dieses abschlug, blieben sie, obwohl die kurfürstlichen und die Mehrzahl der fürstlichen Gesandten ihnen beweglich zuredeten, bei ihrem Vorsatz, um so Magdeburg an Okkupierung oder Kontinuierung der Session zu hindern. Unter diesen Umständen hat er eine zwar nicht verbotene, aber doch, so lange Reichstage gehalten wurden, unerhörte Resolution genommen. Nämlich als der strepitus groß, alles mang einander ging. warf er seinen Hut auf die fürstliche Bank, und zwar dahin, wo Magdeburg die Session nehmen wollte, zum Zeichen seines Dissegno, ob sich die Directoria noch begreifen und ihre Autorität konservieren möchten, und weil viele noch immer inculcierten, sie sollten doch ins Konklave gehen. Allein weil sie es zu weit hatten kommen lassen, konnten sie ohne Disreputation ihre Opinion nicht ändern, daher er, dessen Geblüt sich zu regen anfing, in conspectu des ganzen Reiches, weil er den Verzug scheute, in dem großen Re- und Korrelationssaal die Magdeburg gebührende Stelle mit nicht geringem Esclat einnahm und trotz

[1]) J. hatte 17./[27.] August berichtet, die Direktoren suchten durch Informitäten im Deliberieren, darunter durch Unterlassung des Ausrufens, dem Herzogtum Magdeburg in der apprehendierten possessione publica hinderlich zu sein, aber er hatte gemeint, es könne nichts machen, man werde doch den ordentlichen modum deliberandi reassumieren müssen.

des großen Lärms dieses laut verkündete und das unrechtmäßige Verfahren der Directores kund machte. Diese letzteren haben es an die kaiserliche Kommisson gebracht, und am folgenden Tage erschienen der Oberstallmeister des Bischofs von Eichstädt, der Freiherr v. Welden, und auch der Concommissarius bei ihm, stellten ihm vor, Pfalz-Neuburg und das pfälzische Haus hätten wegen der magdeburgischen Session an Kf. geschrieben, und baten ihn, sich so lange zu gedulden, bis Antwort einkäme, und den modum consultandi ordinarium nicht zu begehren. Er aber hat sich mit dem ihm erteilten ernsten Befehl entschuldigt und sich über das Verfahren der Directores beschwert. Nachher fuhr er auf das Rathaus. Die Directores wollten wieder nicht in das ordentliche Zimmer gehen und suchten Aufschub, um das Werk zu intricieren und ihn von seinen Wegen zu divertieren. Sie riefen die Stände in die Deputationsstube, willens, von der magdeburgischen Session zu reden und zu erwarten, was die Kaiserliche Kommission ihnen werde sagen lassen. Er aber, als er dieses vernommen, ist eingetreten und hat die Stände dehortiert, nicht sich über eines Standes jura zu Richtern aufzuwerfen und von der Session nicht zu reden. Die Österreichischen und Salzburgischen wurden böse, daß ihnen ihr Anschlag nicht gelang, und fingen an, mit ihm zu streiten. Er aber hat doch seine Intention erreicht und den Konvent zertrennt, denn ein Gesandter nach dem andern ging heraus und erklärte, sich nicht darein mischen zu wollen. Er muß das Comportement der kurfürstlichen Gesandten und auch der evangelischen und katholischen Fürstlichen rühmen, die sich bemüht haben, daß die Directores in das conclave ordinarium gehen und die Konsultationen fortsetzen möchten. Nachdem sich der Konvent dissipiert hat, hat er zu einigen von den Gesandten gesagt, er wolle in das fürstliche Kollegium gehen und auch in diesem die Possession ergreifen, und er hat dieses auch wirklich in Gegenwart eines der Bedienten des Reichsmarschalls und mehrerer Gesandter, die teils saßen, teils in der Tür oder im Zimmer standen, getan, so daß jetzt keine Stelle ist, wo Magdeburg nicht seine Session ergriffen hätte.

Von den österreichischen Direktoren war Balthasar vor wenig Wochen pfalzneuburgischer Bevollmächtigter und Scherer ist es noch, sie haben also zugleich officium directorii et mandatarii in einer streitigen Sache verrichtet. Balthasar hat auch offen erklärt, daß er vom König von Schweden beauftragt sei, die bremische Session so zu beobachten, daß nichts demselben Nachteiliges vorgehe.

Er bittet unter den jetzigen Umständen, ihn vorläufig, bis die in guten Stand gesetzte magdeburgische Session sich etwas mehr formiert hat, hier zu lassen, doch wäre es sehr gut, wenn er einen Kollegen oder Assistenten neben sich hätte. Er stellt anheim, ob Kf. nicht an die Reichsversammlung schreiben, das Comportement des K. Mainzischen, des gesamten Kurfürstl. Collegii und der fürstl. geistlichen und weltlichen Gesandten rühmen und sie ermahnen möchte, sich durch die unziemlichen Prozeduren und Anmaßungen der fürstl. Direktoren nicht unterdrücken zu lassen, sondern diese in den gehörigen Schranken zu halten und den bisherigen Exzessen zu remedieren. Es stünde auch zu

erwägen, ob man nicht diese Directores als suspectos rejicieren und ihr directorium ad interim nicht erkennen solle, zumal in dem Instr. pacis nicht zu finden ist, daß Österreich und Salzburg eben die Directores oder kein anderer neben ihnen sein solle.

Der Kurfürst an G. v. Jena.

D. Massin 20./[30.] September 1680. (Conc. F. v. Jena.)

[Auf die Relation vom 3./13. September. Billigung seines Verfahrens. Das Schreiben an die Reichsversammlung.]

30. Sept. Wir haben uns nicht versehen können, daß die Directores dergleichen Insolentien sollten begangen haben, können aber leichtlich begreifen, daß, indem sie öffentlich bekennen, wie sie von Pfaltz-Neuburg Ld. selbst mandatum haben, derselben Stelle vertreten, auch der Cron Schweden abwesend patrociniren und mit derselben Abgeschickten Correspondenz pflegen, es anders nicht sein könne, als daß sie unserer Intention und Rechten sich entgegen stellen. Ihr habet inzwischen wohl getan, daß Ihr diese der Directoren unanständige Anmaßung geantet und was zu Conservation unserer Possession in dieser Stelle dienlich und nötig gewesen, mit allem Fleiß beobachtet habet, darinnen Ihr ferner zu continuieren habet, dergestalt, daß Ihr die einmal genommene Possession ferner quovis modo behauptet und niemanden hierunter nachgebet.

Beifolgendes Schreiben an die Reichsversammlung soll er am gehörigen Ort überreichen und sowohl im kurfürstl. Kolleg als auch gegen die Gesandten der anderen Stände seine Befriedigung darüber, daß sie sich seiner Gerechtsame so rühmlich angenommen haben, und seinen Dank dafür aussprechen.

Der Kurfürst an die Gesandten der gesamten Reichsstände zu Regensburg. D. Massin 19./[29.] September 1680. (Conc. F. v. Jena.)

[Beschwerde über das unrechtmäßige und parteiische Verfahren der Direktoren, Aufforderung, sich demselben zu widersetzen und ihm Satisfaktion zu verschaffen.]

29. Sept. Was zwischen seinem Gesandten und den österreichischen und salzburgischen Direktoren wegen der Session seines Herzogtums Magdeburg vorgefallen, wird Ihnen bekannt sein.

Gleichwie nun der Herren und eure darbei geführte rühmliche Conduite und Bezeigung, davon uns unser Gesandter mit mehrem untertänigst referiret, uns so viel mehr zu Gefallen gereichet, als durch der Directoren Anmaßung der gesamten Stände juribus zu nahe getreten werden wollen, also haben wir nicht vorbeigekonnt, unsere Displicenz und Mißvergnügen, so wir über solcher ihrer, der Directoren, insolenten Begegnung und Verfahren empfunden, den Herren und euch zu erkennen zu geben.

— Und gleichwie wir nimmer darfür halten können, daß die gemelte directores von ihren Herren Principalen, in deren Namen sie das directorium führen, iustruiret sein werden, wieder uns auf solche Weise zu verfahren, also wollen wir nicht zweifeln, es werden die gesampte Stände des Reiches hierunter mit uns umbtreten und solche Eingriffe und Impertinentz nicht zulassen noch gestatten, daß die directores nach ihrer caprice die Ratgänge verhindern und einem oder dem andern zur faveur ausstellen oder fortgehen lassen mögen. Es würde gewißlich ein seltsames Ansehen im Reich gewinnen, wenn die libertas der Stände zu Zusammenkünften und Consultationen solcher Leute arbitrio unterworfen sein und davon dependiren sollte. Es ist diese Sache der Directoren Anmaßung betreffende, und wie derselben officium in gewisse Schranken zu fassen, schon hiebevor in Consultationen kommen, und giebet dieses, was uns itzo begegnet, billig Anlaß, dieselbe materia vor die Hand zu nehmen und auszumachen. Inzwischen kann den Ständen nicht verwehret sein, dennoch zusammenzukommen, wenn es die Noturft erfordert, und haben diejenigen, welche bei dem directorio bisher gesessen, hierunter kein Ziel oder Maaß zu setzen. Wir ersuchen solchem allen nach die Herren und euch, sie wollten ihre Gedanken dahin wenden und durch gesamptes Zutuen die Vermittelung treffen, wie uns desfalls Satisfaction wiederfahren, solchen zur nachteiligen Consequenz ausschlagenden Tätlichkeiten gesteuert und diejenigen, welche bei dem directorio sitzen wollen, in ihren Schranken gehalten werden mögen. Wir versichern dagegen, daß wir in allen dem, was zue Conservirung der Stände Praerogativen und Rechten gereichen mag, allemal treulich mit beizutreten nicht unterlassen werden.[1]) —

[1]) Schreiben ähnlichen Inhaltes hat Kf. auch unter demselben Datum an sämtliche Kurfürsten gerichtet. — Der Streit ist nachher gütlich beendigt worden. Kf. teilt (d. Cöln 24. Dezember 1680/[3. Januar 1681]) J. mit, der neue Kurfürst Karl von der Pfalz, der seinem am 28. August 1680 verstorbenen Vater gefolgt war, habe

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 22. Oktober / 1. November 1680.

[Die Antwort des Königs von Frankreich. Notwendigkeit, die kaiserlichen Gesandten, welche den Nimwegener Frieden abgeschlossen haben, zu vernehmen.]

1. Nov. Auf das Schreiben des Reiches an den König von Frankreich ist beifolgende Antwort[1]) eingekommen. Was bei der Sache zu tun, davon ist bei der Kürze der Zeit noch nichts geredet, es dürfte aber vielleicht nötig sein, die kaiserliche zu Nimwegen gewesene Gesandtschaft vor allen Dingen darüber zu vernehmen,[2]) welche, wie es scheint, ungleich besser getan hätte, wenn sie von der zu Münster an Frankreich cedierten Landgrafschaft Elsaß, Vogtei Hagenau, Metz-, Toul- und Verdunischen Lehen und dem arbitrio entweder ganz still geschwiegen oder, nachdem sie selbst diese materia geregt und diese so in Kontestation oder Disputation geraten, von ihren postulatis nicht gewichen oder mit Unterschreibung des Friedensinstruments nicht verfahren wäre.[3])

---

ihn durch den zu ihm geschickten Gesandten versichern lassen, daß er wegen der magdeburgischen Session nichts weiter gegen ihn movieren und sich auch bemühen wolle, die übrigen Mitglieder des pfälzischen Hauses dazu zu bewegen. Herzog Philipp Wilhelm von Neuburg teilt (d. Neuburg 3. April 1681) dem Kf. mit, daß er sich demselben wegen der magdeburgischen Session nicht weiter opponieren wollte, zumal da auch K. Pfalz und dessen Haus darein willigten.

[1]) d. Versailles 10. Oktober 1650 (s. Diar. Europ. XLI, App. S. 211 ff.: Londorp XI, S. 88 ff.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 271 f.). Vgl. Pufendorf XVIII, § 18 (S. 1400 f.).

[2]) J. übersendet 5./15. November das deswegen abgefaßte Reichsgutachten (s. Pachner v. Eggenstorff II, S. 270 f.).

[3]) J. berichtet unter demselben Datum, folgendes sei ihm im tiefsten Vertrauen mitgeteilt worden: Nach dem Abschluß des Nimwegischen und des Brandenburgischen Friedens zu Paris, als der König von Frankreich noch seine Besatzungen in Wesel und Lippstadt hatte, hat sich einer bei Verjus in Regensburg angegeben und im Namen des jetzt verstorbenen Administrators von Magdeburg vorgebracht, K. Brandenburg hätte gegen ihn mannigfaltige harte Eingriffe verübt, die Stadt Magdeburg besetzt, sein Land mit Kontributionen und Einquartierungen beschwert, wobei viele Exzesse vorgegangen, dem Administrator fielen diese Prozeduren in die Länge unleidlich und er sei entschlossen, sich davon zu befreien und die Stadt Magdeburg mit Gewalt einzunehmen, wozu Mittel und Vermögen genugsam vorhanden, zumal verschiedene Reichsstände, welche an K. Brandenburg rechtmäßige Praetensiones und Anspruch hätten, konkurrieren wollten. Ehe man hierzu öffentlich schritte, erteile man dem König von Frankreich Nachricht davon und ersuche ihn, diesem Vorhaben zu favorisieren, man hoffe dieses, da alles dem Westfälischen Frieden gemäß sei. Man werde nicht sofort zur Tat schreiten, sondern der Administrator und andere vornehmen Stände würden erst ihre Gravamina und Forderungen ans Reich bringen. Da auch dem Instr. Pacis Westph. zuwider das Sächsische Haus von der realen

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 12./22. November 1680.

[Verwendung der Evangelischen für ihre von dem Bischof von Metz bedrängten Glaubensgenossen. Sein Verhalten bei den Beratungen darüber. Gespräch mit Verjus.]

Die Gesandten der Augsburgischen Konfessionsverwandten haben die gravamina der von dem Bischof zu Metz in ecclesiasticis et exercitio religionis Beunruhigten dem französischen Gesandten mündlich und generaliter vorgetragen 22. Nov.

Possession der Jülichschen Succession ausgeschlossen geblieben und keine Satisfaktion erlangt habe, sei dasselbe willens, die Sache hier anhängig zu machen und zu treiben. Frankreich möchte dieses und die Memorialia der übrigen Gravierten hier nachdrücklich sekundieren lassen. Man hat Verjus gebeten, die Sache an den König von Frankreich favorabiliter zu berichten und zu rekommendieren. Wenn eine zureichende, dem Instr. pacis und der Generosität des Königs gemäße Resolution hierauf erfolge, werde man sich der Partikularien halber weiter herauslassen, das Werk sei genugsam gefaßt. Verjus, dem diese Proposition von Importanz und weitaussehend vorgekommen, hat dem mündlichen Vortrag allein nicht getraut, sondern den Entwurf oder den habenden Befehl schriftlich verlangt, worauf ihm ein Extract rescripti eingehändigt worden. V. hat darauf an seinen König berichtet, aber merken lassen, daß ihm dieses Vorhaben, da der Pariser Friede geschlossen, mit nichten gefalle, er befand sich auch damals mit dem K. Brandenburgischen in gutem Vernehmen, da dieser ihm nicht nur alle geziemenden Zivilitäten erwiesen, sondern ihm auch in ceremonialibus und andern externis Information gegeben, da er gemeint hat, das damalige Interesse seines Herrn und der Zustand der Clevischen Lande erfordere, daß er V. nicht ohne Not zu disgustieren und ihm Anlaß zu ungünstigen Berichten an den König zu geben habe, was auch zu Wege gebracht, daß V. stets dem Könige Wohlgefälliges von K. Brandenburg berichtet hat. Der König hat darauf reskribiert, V. sollte dem, welcher diese Händel angebracht, nicht nur keine Antwort geben, sondern auch dergleichen nicht mehr anhören, und hierbei ist es geblieben, und sind so die Kabalen stecken geblieben.

Als Verjus bei Pfalz-Neuburg gewesen, hat dieser über das harte französische Traktement im Jülichschen geklagt, behauptet, die matrimonia mit dem Kaiser wären dem König nützlich gewesen, da er so die beste Gelegenheit erlangt hätte, den Nimwegischen Frieden zu befördern, und endlich remonstriert, wie schädlich es für die katholische Religion sei, daß Frankreich dem Kaiser immer entgegen sei, mit dem Erbieten, vertrauliche Freundschaft und ein Bündnis zwischen beiden zu stiften, auch Spanien würde mit umtreten. Der König aber hat sich darauf nicht einlassen wollen, sondern eine Displizenz bezeugt, daß V. bei Pfalz-Neuburg gewesen.

Der K. Brandenburgische hat die Leute hier aus dem Schreiben seines Herrn an den König von Spanien wegen des genommenen Caroli II. desabusiert, denen man vorgeredet, Spanien habe den größten Teil der Subsidien bar abgeführt, dann Wechselbriefe und angenehme assignationes gegeben und sich zu prompter Zahlung erboten.

und ihm solches schriftlich pro memoria übergeben.[1]) Bei der Beratung über das Konzept dieses Memorials hat er geraten, von den Streitigkeiten zwischen dem Reich und dem König von Frankreich wegen der Nimwegischen Friedenstraktaten ganz zu abstrahieren, da der König sich sonst auf sein neuliches Schreiben beziehen und man eine abschlägige Antwort erhalten würde, und sich nur darauf zu berufen, daß die Augsburgischen Konfessionsverwandten dort in den Stand von 1624 dem Westfälischen Frieden gemäß restituiert und darin bis jetzt unbeeinträchtigt geblieben wären, und zu bitten, daß alles, was dawider geschehen, in den vorigen Stand restituiert werden und künftig dergleichen Turbationen nachbleiben möchten. Darauf ist das Konzept verändert, aber doch viel de intellectu instrumenti pacis et cessione Galliae beibehalten worden. Er und andere haben dieses wieder moniert, aber es den am meisten Interessierten anheimgestellt, was sie für das ihnen Ersprießlichste befinden möchten. Er hat nachher mit Verjus darüber gesprochen, dieser sagte, er dürfte das, was ihm gesagt und gegeben, an den König nicht bringen, er wollte aber seine möglichsten officia anwenden, damit den Evangelischen Satisfaktion gegeben werde.

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Potsdam 10./20. Januar 1681. (Conc. F. v. Jena.)

[Sein Entschluß, als Satisfaktion die Güter der aufzuhebenden Domkapitel und eine Messe für Magdeburg zu fordern.]

20. Jan. Soviel unsere Satisfaction anbelanget, so sehen wir wohl, daß dieselbige allerhand Schwierigkeiten finden werde, wann dieselbige von

J. berichtet ferner 19./[29.] November 1680: Es wird noch immer von dem bei Ostende von den K. Brandenburgischen in Arrest genommenen spanischen Schiffe diskurriert, wozu die einlaufenden Zeitungen Gelegenheit geben. Diejenigen, welche nicht eben gut k. brandenburgisch, haben hierbei die größte Sorge, Kf. könnte sich mit Frankreich in nähere Verständnis einlassen und einem Teil der übrigen Alliierten wenig trauen. Manche spargieren schon, und zwar bloß aus Furcht, Kf. hätte mit Schweden ein Bündnis geschlossen, was manchen ganz zuwider ist, die ihr Interesse darauf gründen, daß unmöglich Kf. und Schweden Freunde werden und bleiben könnten, daher gerade, um beide zu kommittieren, hat man die schwedische Restitution befördert. Dieses sind noch jetzt ihre Gedanken und hierin setzen sie ihre Sekurität.

Verjus unterhält vornehmlich mit dem K. Brandenburgischen gute Freundschaft, läßt auch nichts anders merken, als daß er für des Kf. Interesse sonderlich inkliniere, wozu er auch von seinem Könige angewiesen sein soll. Männiglich reflektiert auf Frankreich; wie man sagt, würde auch Österreich dessen Freundschaft gern haben.

[1]) S. Diar. Europ. XLI, App. S. 189 ff.; v. Schauroth, Vollständige Sammlung aller Conclusorum des hochpreislichen Corporis Evangelicorum I, S. 666 ff. Vgl. Pufendorf XVIII, § 17 (S. 1400).

einiger Stände Mittel und Zubehörunge sollte genommen werden, und nachdem wir der Sachen weiter nachgedacht, so ist dieselbige ohne einiges Standes Abgang und Angelegenheit auch ohne dem geringsten Präjudiz des publici in unseren eigenen Landen zu finden, wann die Dom- und andere Capitula in unsern Herzog- und Fürstentümern Magdeburg, Halberstadt und Minden extinguiert und unseren Tafelgütern zugelegt wurden. Die catholische Klöster, Abteien und dergleichen begehren wir nicht, sondern die sollten in ihrigen jetzigen Stande verbleiben. Weil dieses nun bloß und alleine privatos concerniret, welche es nicht erblich haben, auch alles zur Weltlichkeit anwenden, so zweifeln wir nicht, Unparteiische werden uns diese Satisfaktion — gönnen, und befehlen Euch demnach, die Sache wohl zu secretiren und mit denen, welchen Ihr zu trauen, gleichsam für Euch zu reden und sowohl Euer — Sentiment als auch was die, mit welchen Ihr dieserhalb redet, davon meinen, — zu berichten. —

P. S. Auch habet Ihr nebst denen Einkünften der Capitula — zugleich wegen unserer Satisfaction eine vollständige Messe vor unsere Stadt Magdeburgk auf gleiche Art, wie die Stadt Leipzigk selbige dreimal im Jahre hat, zu suchen. —

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regensburg 21./31. Januar 1681.

[Schönbecks Aufnahme. Beratung über die Beantwortung des Schreibens des Königs von Frankreich.]

Nachdem sie die neuen Vollmachten des Kf. auf die kurfürstl. und fürstl. Collegia dem K. Mainzischen Direktorium zugeschickt, hat dasselbe Schönbeck sofort zu Rat ansagen lassen und der Kaiserl. Prinzipal-Kommissarius auf das eingereichte Kreditiv ihn durch einen Kavalier bewillkommnet und auf den folgenden Tag zur Audienz gefordert, bei welcher und bei den Besuchen der kurfürstlichen Gesandten sie auch Gelegenheit genommen haben, das Verlangen des Kf. wegen Satisfaktion vom Reich zur Sprache zu bringen. Den fürstlichen Directoriis und Gesandten hat Sch. seine Ankunft nicht notifizieren lassen, da sie dem K. Pfälzischen und K. Bayerischen Gesandten, der geschehenen Notifikation ungeachtet, nicht die Visite gegeben haben. 31. Jan.

In der Sitzung vom 14./24. Januar ist außer anderem von der Replik auf die Antwort des Königs von Frankreich an die Reichsstände geredet worden. Das kurfürstl. und fürstl. Kollegium haben sich darüber auch schon verglichen

und den Aufsatz den Reichsstädten übergeben, doch wird dieses Schreiben nicht eher, bis die Information wegen der in dieser Replik berührten Dinge von allen drei kaiserlichen Gesandten, die zu Nimwegen gewesen, eingelaufen ist,[1]) abgehen.

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Potstamb 26. Januar/[5. Februar] 1681.

[Auf die Relation vom 7./17. Januar.[2]) Bemerkungen zu den in der kaiserl. Proposition wegen der Sicherung des Reichs gemachten Vorschlägen. Anweisung, wie sich die Gesandten verhalten, Eröffnungen, die sie Verjus machen sollen.]

5. Febr. Es würde zu seiner Information dienen, wenn J. eines und des anderen Kurfürsten Sentiment penetrieren und ihm dasselbe berichten könnte. Bei den angehängten 7 Fragen findet er viele Perplexitäten. Das Hauptwerk, die Defension und Sicherheit des Reichs betreffend, soll J. anzeigen, Kf. halte für billig und recht, daß darauf die consilia gerichtet würden, weil aber darüber in dem Reich Vorsehung geschehen, besonders die ganze Exekutionsordnung darauf gerichtet, dieselbe auch vor kurzem von der Reichsversammlung vorgenommen und besser eingerichtet wäre, so wäre darauf zu reflektieren. Da auch in der kaiserl. Proposition angeführt ist, man möchte das Absehen mit auf den Erbfeind richten, diesem aber die Gelegenheit, welche ihn vornehmlich zu dem Krieg wider Ungarn bewegen würde, größtenteils benommen werden könnte, wenn der Kaiser die ungarische Unruhe stillte und die den Evangelischen abgenommenen Kirchen restituieren ließe, so würde dieses dem Kaiser auf das beweglichste zu rekommendieren sein. Ferner müßte, ehe von Aufrichtung einer Reichsarmee deliberiert würde, vor allem zu überlegen sein, woher die Mittel zur Unterhaltung einer solchen Armee zu nehmen. Wieviel Mannschaft ein jeder Stand und wohin er sie zu stellen habe, wiese die Matrikel und Exekutionsordnung, und wenn von dem Unterhalt geredet worden, würde sich auch zugleich finden, welcher modus am besten wäre, es würde sich dann auch zeigen, was sich für Diffikultäten bei einer allgemeinen Reichskasse finden würden. Was ein jeder an Geld beizutragen, gebe gleichfalls die Matrikel an die Hand, ein jeder würde, was er an Volk schickte, auch selbst zu bezahlen und unterhalten haben, dabei dann dahin stünde, wie weit sich jeden Kreises Stände dabei interessieren würden. Daß geworben würde, ehe die Mittel zum Unterhalt und die Quartiere

---

[1]) S. das Schreiben des Bischofs von Gurk an Graf Mansfeld (Londorp XI, S. 97; Pufendorf XVIII, § 19 (S. 1401f.)).

[2]) Diese selbst befindet sich nicht bei den Akten, nur ein Postskript, in welchem J. mitteilt, ein beiliegendes kaiserliches Reskript, in dem der Kaiser begehre, punctum defensionis publicae vorzunehmen und gewisse Fragen zu resolvieren und zum Effekt zu bringen, sei zunächst nur den Kurfürstlichen mitgeteilt worden. S. dieses kaiserliche Kommissionsdekret vom 15. Januar 1681: Londorp XI, S. 279f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 288ff. Vgl. Erdmannsdörffer I, S. 656ff.

und Sammelplätze festgestellt würden, könnte keiner raten, auch würden die Stände, welche bisher in Verfassung gestanden und darin zu des Reiches Besten über die in der Matrikel ihnen zukommende Zahl kontinuieren müßten, nicht allein nichts mehr beitragen können, sondern vielmehr zu Unterhaltung ihrer Truppen nach Proportion einen Beitrag zu prätendieren haben, schwerlich aber werde jemand seine gute und exerzierte Mannschaft einem anderen überlassen und sich desarmieren. J. hat dieses so zu menagieren, daß er als Nachsitzender der Vorsitzenden Meinung vernehmen und, wenn sie garnicht oder nur ganz generaliter in dieser Materie votieren sollten, sich auch danach richten, von allen Spezialitäten abstrahieren, ihm von allem berichten und seine fernere Ordre erwarten soll (auch Schönbeck soll sich hienach im Fürstenrat richten). Sollte sich jemand bei diesen Punkten so herauslassen, daß er dabei Bedenken haben und mit der Meinung des Kf. zurückzuhalten nötig finden sollte, so hat er sich auf einen solchen Punkt nicht herauszulassen, sondern erst zu referieren. Alles aber, was er vorbringen wird, hat er mit geziemender Modestie und unter Vermeidung von Anzüglichkeiten zu tun, so oft als nötig aber daran zu erinnern, daß Kf. an dem Nimwegischen Frieden weiter keinen Part nehmen könnte, als daß er sich über ihn auf das höchste zu beschweren habe, ebenso hat er seine Satisfaktion, so oft es mit guter Manier geschehen kann, zu rekommendieren.

Die Antwort der Stände an den König von Frankreich betreffend, wünscht er zu wissen, was Verjus auf eines und anderes antwortet. Er soll demselben in guter Konfidenz sagen, Kf. wünschte, daß man sich französischerseits etwas mehr überwinden und den klagenden Reichsständen einig Gehör und Satisfaktion geben möge, da, was in dieser Beantwortung enthalten, de facto wahr sei und man aus derselben eine große Animosität und fast der meisten Stände consensum abnehmen müßte. Auf dem Reichstage würden dergleichen Dinge per majora geschlossen, welche durch eines und des anderen votum nicht zu ändern seien. Sobald ihm die Erinnerungen der übrigen zu diesem Schreiben werden zugekommen sein, wird er ihn deswegen instruieren. Da jetzt eine Hauptmaterie von großer Importanz auf das Tapet gebracht wird, so soll er sich mit großer Behutsamkeit betragen, ohne ausdrückliche Spezialordre sich in nichts einlassen, sondern immer ingemein kontestieren, daß Kf. nicht weniger als andere auf das Reichsinteresse seine vornehmste Reflexion nehme und dasselbe nicht versäumen werde.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 11./21. Februar 1681.

[Die Antwort an den König von Frankreich und das Reichsgutachten wegen der von diesem angebotenen Traktaten.]

Das Reichsreplikschreiben[1]) an den König von Frankreich hätten sie gern vor der Expedition eingeschickt, man hat damit aber nicht länger warten wollen. 21. Febr.

[1]) d. Regensburg 7. Februar 1681 (Londorp XI, S. 291 ff.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 298 ff.).

In den Reichscollegiis hat man von dem durch das K. Mainzische Direktorium aufgesetzten Reichsgutachten[1]) über die Frage des kaiserl. Kommissionsdekrets, ob das französische Anerbieten und gütliche Konferenz zu acceptieren, und wie die Sache anzugreifen, gehandelt, dasselbe adjustiert und dem Kaiser zugeschickt. Der Inhalt desselben ist, der von Frankreich offerierte Kongreß sei anzunehmen und aufs baldigste ins Werk zu setzen, und der Kaiser sei zu ersuchen, durch seinen Minister am französischen Hofe es dahin zu vermitteln, daß von dem Tage der diesseitigen Acceptation und Erklärung an alle fernere Reunionen gegen jemand im Reich eingestellt werden und den gravierten Ständen billigmäßige Restitution widerfahren möchte.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 25. März / 4. April 1681.

[Ernennung der Deputierten zu den Verhandlungen mit Frankreich. Beratungen über die Reichssekurität.]

4. April Da[2]) K. Bayern erklärt hat, sich von der Deputation nicht ausschließen lassen zu wollen, so ist im Fürstenrat beschlossen worden, daß seitens der Katholischen Österreich, Salzburg oder Bamberg und Bayern Deputierte sein sollten, darauf haben auch die Evangelischen einen aus dem Hause Sachsen hinzugefügt und ist ein Reichsgutachten[3]) darüber beliebt worden.

Darauf hat man punctum securitatis in Umfrage gestellt. Im kurfürstl. Kolleg haben K. Trier, K. Cöln und K. Mainz es in generalibus bei den

---

[1]) d. Regensburg 8. Februar 1681 (Londorp XI, S. 285; Pachner v. Eggenstorff II, S. 302ff.). Kf. erklärt sich in einem Reskript an die Gesandten vom 22. Februar / [4. März] 1681 damit einverstanden, bezeichnet Straßburg als den für die Zusammenkunft geeignetsten Ort und spricht den Wunsch aus, daß bei der Wahl der Deputierten nicht auf die deputatos ordinarios reflektiert und er also verschont werde. Er weist sie an, in dieser Angelegenheit besonders mit dem K. Sächsischen vertraulich zu kommunizieren und ihm zu bezeugen, wie satisfait Kf. über die letzte Zusammenkunft mit dem Kurfürsten von Sachsen sei.

[2]) Die Gesandten hatten am 18./28. März berichtet, man habe in den Reichskollegien über die für die Verhandlungen mit Frankreich zu bestellenden Deputierten beraten und beschlossen, diese Deputation möglichst einzuziehen. Man sei so im Kurfürstenrat von den deputatis ordinariis abgegangen und habe nur K. Mainz und K. Sachsen gewählt. Im Fürstenrat hätten die Evangelischen Pfalz-Lautern und einen von den Herzogen von Braunschweig, die Katholischen Österreich und Bamberg, die Städtischen hätten Cöln und Regensburg benannt. S. Pufendorf XVIII, § 33 (S. 1416).

[3]) d. 29. März 1681 (Londorp XI, S. 299f.: Pachner v. Eggenstorff II, S. 310).

Reichssatzungen und der Exekutionsordnung bewenden lassen, doch erklärt letzteres, es sei eine materia innocua, und es könnte von niemandem übel genommen werden, wenn das Reich so gut es könnte seine Sicherheit zu stabilieren suchte. K. Bayern zielte auf den Fuß von dem jüngsten Türkenkrieg, man würde sich darüber zu vergleichen haben, wie viel Mannschaft man neben dem Kaiser zu stellen, was für ein proportionierliches Quantum man für jeden Kreis anzusetzen habe, ferner wegen Aufrichtung einer Kreiskasse und auch einer Reichskriegskasse zur Bestellung der Generalität und Beschaffung der Artillerie. K. Sachsen schlug die Aufrichtung eines beständigen Corpus in dem Reich vor, der K. Pfälzische entschuldigte sich mit mangelnder Instruktion. Loco conclusi vermeldete der K. Mainzische, die quaestio an sei affirmative abgehandelt, von den partikular Punkten werde hiernächst zu reden sein. Im Fürstenrat ist ebenfalls ordentlich umgefragt worden, und hat Magdeburg seinen kompetierenden Ort bei Bayern ohne Anfechtung eingenommen. Vielen hat es noch an Instruktion gemangelt; die meisten, welche damit versehen waren, haben dem Kaiser für seine Vorsorge gedankt und also die quaestionem an auch affirmative resolviert; das Quantum anbetreffend, sind einige auf den Fuß vom vorigen Türkenkrieg gegangen, etzliche haben auf 60000, andere auf 50000, 40000, auch nur auf 30000 und 25000 votiert, ein Teil auf ein Duplum anfangs, andere auf ein Triplum, einige auf die Exekutionsordnung, die Reichskonstitutionen und die Beschlüsse dieses Reichstages. Den Anfangstermin anbetreffend, verlangten einige, die Verfassung solle sobald als möglich ins Werk gestellt werden, andere zum 1. Juni oder 1. Juli. Wegen des Endtermins meinten einige, man könnte nichts Gewisses setzen, sondern müßte sich nach der Gelegenheit der Sache richten, andere dagegen sind anfangs auf zwei Jahre gegangen. Sie haben in beiden Kollegien nichts mehr geredet als von Stillung der ungarischen Unruhe nebst Wiederholung der vorigen Protestationen wegen des Nimwegischen Friedens und der prätendierenden Satisfaktionsforderung an das Reich und was Kf. ihnen wegen Observierung des Reichsinteresses zu kontestieren befohlen. Das Konklusum ist bis ad proximum ausgestellt worden.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 8./18. April 1681.

[Ihr Votum in betreff der Reichssekurität, das Memorial wegen der Satisfaktion des Kf.]

Wegen des puncti securitatis haben sie sich dem Reskript vom 23. März entsprechend im Fürstenrat, nachdem auch die übrigen Stände ziemlich herausgegangen, herausgelassen,[1]) es würde vergeblich sein, die quaestionem an 18. April

[1]) Nach dem Protokoll vom 6./16. April macht Magdeburg besonders darauf aufmerksam, die Sache müsse mit großer Behutsamkeit vorgenommen werden, man

affirmative zu resolvieren, wofern man nicht vorher die impedimenta ratione modi aus dem Wege zu räumen suchte. Die Eröffnung des Conclusi haben die Directoria wieder bis zur nächsten Sitzung verschoben. Im kurfürstl. Kollegium ist noch nichts weiter vorgegangen.

Das Memorial[1]) an das Reich wegen der Satisfaktion des Kf. ist von ihnen abgefaßt, dem K. Mainzischen Direktorium übergeben und von diesem bereits vorgestern den Ständen per abdictaturam mitgeteilt worden. Sie haben mit dem österreichischen Direktor Straetman über diese Sache gesprochen, er sagte, er habe Instruktion darüber erhalten, werde das Werk sekundieren, riet sonst, um Diffikultäten zu verhüten, von allen Spezialitäten zu abstrahieren, was auch geschehen ist.

G. v. Jena u. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 15./25. April 1681.

[Unzufriedenheit über die Verschleppung der Traktaten mit Frankreich. Beratungen über die Reichssekurität, hannoverscher Vorschlag.]

25. April Die Stände lassen durchgehends genugsam merken, daß es ihnen nicht gefalle, daß das Werk mit der Konferenz nicht eifriger getrieben werde.

In dem Konklusum des Fürstenrats wegen der Reichssicherheit wird angeboten, von Reichs wegen neben dem Kaiser 60000 Mann auf das baldigste zu stellen und vorläufig 3 Jahre zu unterhalten. Der Kaiser solle ersucht werden, den kreisausschreibenden Fürsten davon Nachricht zu geben, damit sie die Kreisstände vorläufig davon benachrichtigen. Sie haben sich dazu nicht weiter herausgelassen, als daß sie das, was sie schon neulich angeführt, wiederholt haben, daß nämlich zuerst die ratione modi vorgestellten impedimenta vorgebracht und aus dem Wege geräumt werden müßten und daß dem Kaiser die Stillung der ungarischen Unruhe zu rekommendieren sei.

Der Braunschweig-Calenbergische hat ihnen und anderen einen Extrakt aus seiner Instruktion mitgeteilt, worin vorgeschlagen wird, man sollte

---

müsse verhüten, daß man dadurch nicht bei benachbarten mächtigen, in Kriegsverfassung stehenden Potentaten Argwohn errege und so das Reich in neue Gefahr stürze, ferner müßten erst die Streitigkeiten mit Frankreich wegen der Dependentien aus dem Wege geräumt werden. Bevor von der Aufrichtung einer Reichsarmee geredet werde, müsse vor allem überlegt werden, woher die Mittel zum Unterhalt einer solchen zu beschaffen seien. Wegen des Quantums an Mannschaft und Geld hätte man sich nach der Matrikel zu richten. Die Stände, welche schon über die in dieser festgesetzte Zahl hinaus in Verfassung ständen, könnten nichts mehr beitragen, sondern hätten vielmehr einen Beitrag zur Unterhaltung ihrer Truppen pro proportione zu prätendieren.

[1]) S. dasselbe Londorp XI, S. 300.

zwei Reichsdeputierte von beiderlei Religion wählen, denen die Richtung der Kreisvölker, deren Kommando, und zwar jedem zur Hälfte, übertragen werden, die sich wegen einer allgemeinen Verpflegungsordonnanz vergleichen, eine zureichende Summe determinieren und dieselbe in die Kreise repartieren, an die auch die Gelder aus den Kreiskassen eingeliefert, denen auch die Exekution anvertraut, die aber auch für etwaige desordres und Insolentien verantwortlich sein sollten.[1])

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potstamb 16./[26.] April 1681.

[Ungegründete Beschwerde Graf Lambergs über die Bedenken gegen die Aufstellung einer Reichsarmee. Befehl, auf schleunige Vornahme der Traktaten mit Frankreich zu dringen.]

Der kaiserliche Gesandte Graf Lamberg hat[2]) sich über sie beschwert, daß sie den punctum securitatis imperii durch ihre vota mehr verhindert als befördert hätten. Er hat aber aus den Protokollen ersehen, daß diese vota seinen Befehlen gemäß sind, er hat dieses L. mitteilen und ihm anzeigen lassen, daß sie zu keiner Klage Ursache gegeben hätten. 26. April

Da jetzt von dem modo und den Mitteln geredet werden wird, so sollen sie in ihren votis anhängen, daß er sich nicht weniger als andere Stände die Sicherheit, Ehre und Wohlfahrt des Reiches allezeit werde angelegen sein lassen, daß er aber noch der Meinung sein müßte, daß bei Haltung einer beständigen Armee mit allem, was dazu nötig, viel zu bedenken sei und daß daraus dem Reich mehr Ungelegenheit und weniger Vorteil zuwachsen würde, als wenn sich ein jeder Kurfürst, Fürst und Stand mit seinem quanto gefaßt hielte, damit er im Fall der Not dasselbe bereit hätte. Die Erfahrung hätte ergeben, daß große Armeen in dergleichen Fällen durch Mangel der Mittel von sich selbst abgenommen und zergangen, zumal bei gegenwärtigen Zeiten würde es gefährlich sein, da man an vielen Orten kurz vorher die Kontagion gehabt und dieselbe sich gar leicht wieder einfinden könnte. Wegen der allgemeinen Kasse sehe er soviel

---

[1]) Am 13./23. Mai melden sie, daß auch das Konklusum des Kurfürstenkollegs, in dem die Aufstellung einer Reichsarmee von 40000 Mann vorgeschlagen werde, zustande gekommen und daß sich darauf Kurfürsten- und Fürstenkolleg über ein gleichlautendes Konklusum verglichen hätten, am 20./30. Mai, daß auch die Reichsstädtischen sich den beiden anderen Kollegien konformiert hätten, daß darauf ein Reichsgutachten in betreff der Reichssicherheit vereinbart und dem kaiserlichen Prinzipalkommissar übergeben worden sei. S. dieses Reichsgutachten (d. 13. Mai 1681) bei Londorp XI, S. 304; Pachner v. Eggenstorff II, S. 312f.

[2]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 992f.

Diffikultäten, daß dazu nicht zu gelangen sein würde, weshalb sie **auch** davon wie auch von anderen Spezialitäten zu abstrahieren und zu gedenken haben, daß sie schon in ihrem voto ratione quanti seine Meinung darüber eröffnet hätten.

Da an der mit Frankreich abzuhaltenden Konferenz dem Reich viel gelegen ist, so sollen sie nebst anderen dahin sehen, daß dieselbe befördert werde, daß Graf Mansfeld sich am französischen Hofe des Orts und der Zeit halber vergleiche, und daß die Zusammenschickung auch nicht durch die Forderung, daß Frankreich zuförderst dasjenige, was es dem Reich abgenommen, restituieren solle, zurückgehalten werde.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 3./13. Juni 1681.

[Meinungsverschiedenheit zwischen den Kurfürstlichen und Fürstlichen in betreff der Beteiligung der Reichsdeputierten an den Verhandlungen mit Frankreich.]

13. Juni Im kurfürstl. Kolleg hat man im Nebenzimmer von der von K. Mainz entworfenen Instruktion und Vollmacht für die zu der Konferenz mit Frankreich Deputierten und dem von jedem Prinzipal für den Seinigen auszufertigenden Kreditiv geredet und diese Projekte den Fürstlichen extradiert, dieselben haben einige monita dazu gemacht, mit denen die Kurfürstlichen sich sonst konformiert haben, nur über einen Punkt,[1]) der eigentlich den modum tractandi bei der Konferenz und die jura und Reputation der Stände betrifft, haben sie sich noch nicht einigen können. Unter den Fürstlichen vermeinte Österreich in specie, es sei so zu halten wie in Münster und Osnabrück, jedoch alles mit vorgehendem Rat und Konzert des Reichs und der Deputierten desselben, es sollten also die kaiserlichen Bevollmächtigten mit den französischen allein konferieren. Dagegen wurde kurfürstlicherseits eingewandt, das, was in Osnabrück und Münster vorgegangen, könne nicht als Vorbild dienen, denn damals hätte man noch keinen Friedensschluß gehabt, die Rechte der Stände seien in incerto gewesen, im Instr. pacis § gaudeant sei ausdrücklich vorgesehen, daß die Stände bei allen deliberationibus super negotiis imperii zugehörten.[2])

---

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 33 (S. 1416).

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Lügde 14./[24.] Juni 1681), den Fürsten sei zwar ihr Willen zu lassen, den kurfürstlichen jura peculiaria aber könne durch diese nicht präjudiziert werden, das kurfürstliche Kollegium müsse darauf bestehen, daß es bei diesen Konferenzen in allen actibus mit den kaiserlichen Gesandten zu konkurrieren habe, sie sollten darauf dringen, daß man sich darin zu keiner Nachgiebigkeit verstehe.

Es ist ein kaiserliches Kommissionsdekret[1]) wegen der Konferenz mit Frankreich diktiert worden, in dem der Kaiser Frankfurt als Ort und den Beginn derselben zu Johannis billigt, die von ihm bevollmächtigten Abgeordneten namhaft macht und verlangt, daß auch die Reichsdeputierten dazu instruiert würden.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 10./20. Juni 1681.

[Beratungen über die Repartition der aufzustellenden Reichsarmee.]

Über den modus tractandi bei der Konferenz mit Frankreich haben sich das kurfürstl. und das fürstl. Kolleg noch nicht einigen können. Man hat auch in allen 3 Kollegien über den zweiten Punkt des kaiserlichen Kommissionsdekrets wegen der Reichsdefension, nämlich wieviel ein jeder Kreis zu dem beliebten quanto zu stellen habe, deliberiert. Im Kurfürstenrat stimmte die Majorität dahin, daß die bei der letzten Kriegsverfassung 1672 gebrauchte Repartition zu observieren sei, im Fürstenrat, es sei hier zu determinieren, wieviel jeder Kreis zu den beliebten 40000 Mann zu stellen habe, die Repartition derselben aber den Kreisen zu überlassen, und dabei sollte die bei der letzten Verfassung beliebte Repartition genommen, zugleich aber sollte auf Feststellung des termini ad quem gedrungen werden. Da die Kurfürstlichen in dem ersten Punkt mit den Fürstlichen einig gewesen, haben sie wegen des Termins gemeldet, daß sie es bei dem vorigen Reichsgutachten bewenden ließen. Das städtische Kolleg hat sich mit den beiden anderen konformiert, aber verlangt, daß auf die inzwischen eingetretenen Veränderungen billige Rücksicht genommen werde. Im Kurfürstenkolleg aber ist man nachher von der früheren Meinung abgegangen und hat dafür gehalten, die Reichsmatrikel sollte zum Fundament gesetzt, die Repartition von 1672 aber mit berücksichtigt werden.[2]) 20. Juni

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 1./11. Juli 1681.

[Die von den Kurfürstlichen verlangte Klausel wegen Teilnahme der Deputierten an den Verhandlungen. Erklärung des Kaiserl. Kommissarius dagegen.]

Ein Reichsgutachten[3]) wegen Urgierung des Termins zur Konferenz mit Frankreich und Einstellung fernerer Reunionen wider das Reich und dessen Stände ist vereinbart worden. 11. Juli

[1]) d. 6. Juni 1681 (Londorp XI, S. 307 f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 314 f.).

[2]) Kf. weist sie (d. Lügde 30. Juni / [10. Juli] 1681) an, zur Verhütung alles Streites und von Verdrießlichkeit in seinem Namen sich zu einem bestimmten Quantum, nämlich 600 z. Pf. und 1800 z. F., zu erbieten.

[3]) d. 5. Juli 1681 (Londorp XI, S. 312 f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 317 f.).

Über den modus tractandi bei der Konferenz ist es zwischen dem kurfürstl. und fürstl. Kollegium noch zu keiner Einigung gekommen, doch haben verschiedene Fürstliche Instruktion erhalten, sich mit den Kurfürstlichen ratione clausulae, daß die Reichsdeputierten bei allen das Reich und dessen Glieder betreffenden Handlungen sein sollten, zu konformieren. Ueber den 2. und 3. Punkt, betreffend den modus tranctandi inter ipsos Deputatos eorumque Subdelegatos und den Charakter der letzteren, ist auch schon im kurf. Kolleg beraten worden.

P. S. Der kaiserl. Konkommissarius[1]) hat durch das K. Mainzische Direktorium dem kurfürstl. Kolleg mitteilen lassen, daß das Begehren der Kurfürstlichen wegen Einrückung der Klausel in die Vollmacht eine Neuerung sei, zu Abbruch der kaiserl. Autorität gereiche, Mißtrauen gegen den Kaiser zeige, dessen sich Frankreich bedienen würde, und daß es unter den Reichsdeputierten selbst Mißverstände erwecken könne, wodurch der zu hoffende gute Effekt der Konferenz verhindert werden dürfte. Der Kaiser würde mit den Ständen väterlich und aufrichtig umgehen, aus allen Dingen mit den Reichsdeputierten konferieren und ohne deren Miteinwilligung nichts handeln noch schließen lassen, er hoffte also, man werde ihn so konsiderieren, daß die Diffidenz nicht der ganzen Welt vor Augen gestellt werde, da er gar nicht beabsichtigt habe, die jura der Stände zu schwächen. Man ist im Werk begriffen, diese Vorstellung, aber auf das glimpflichste und bescheidentlichste, zu beantworten.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Potstamb 20./[30.] Juli 1681.

[Hinfälligkeit der kaiserlicherseits gegen die von den Kurfürsten geforderte Klausel gemachten Einwendungen.]

30. Juli Es sind ihm noch keine genugsame Gründe vorgekommen, welche ihn von seiner Meinung abbringen könnten. Er kann nicht begreifen, wie man kaiserlicherseits behaupten könne, daß es wider die Autorität und den Respekt des Kaisers wäre, wenn dessen Gesandte zugleich mit den Kurfürstlichen in Reichsangelegenheiten negotiierten, da doch ein Fundamentalsatz sei, daß die Kurfürsten neben dem Kaiser und auch für sich allein dergleichen tun könnten und sollten. Er bleibt daher dabei, daß sich die Kurfürstlichen von den Konferenzen nicht ausschließen lassen dürfen.

---

[1]) Der Reichshofrat Mey.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 5./15. August 1681.

[Die Beschlüsse über den modus tractandi.]

Sie übersenden den gemeinen Schluß, der endlich zwischen dem kurfürstlichen und dem fürstlichen Kollegium ratione modi tractandi vereinbart worden ist, das Schema sessionis inter ipsos Deputatos, die Instruktion für die Reichsdeputierten, die Vollmacht und das Kreditiv für die Subdelegierten und das städtische Konklusum. Das Reichsgutachten[1]) darüber wird hoffentlich nächsten Samstag adjustiert werden. Die Kurfürstlichen meinen, in diesen Dingen mehr gewonnen als verloren zu haben, weil sowohl gegen den Kaiser das jus der Kurfürsten, Fürsten und Stände fester gesetzt, als auch ratione modi tractandi inter Deputatos ipsos die Prätension der Kurfürstlichen, allein zu sitzen, obtiniert worden ist. 15. Aug.

Der eine kaiserliche Bevollmächtigte, v. Strattman, ist Samstag von hier nach Frankfurt abgereist.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 9./19. September 1681.

[Die kaiserl. Resolution auf das Reichsgutachten. Festhalten der Kurfürstlichen an ihren Forderungen.]

Die Beratungen über die übrigen Punkte des kaiserl. Kommissionsdekrets vom 7./17. Januar wegen der Reichsverfassung sind noch nicht zum Abschluß gekommen. 19. Sept.

Sonst ist die kaiserl. Resolution[2]) über das wegen des modi tractandi bei der Konferenz erfolgte Reichsgutachten eingekommen, nach welcher der Kaiser nur gestatten will, daß die Reichsdeputierten bei der Eröffnung und dem Schluß des Kongresses erscheinen mögen, ferner verlangt, daß die sessiones anders eingerichtet würden, um die kaiserliche Präeminenz zu wahren, und vorschlägt, um Zerimonialstreitigkeiten zu verhüten, daß den Subdelegierten kein botschaftlicher Charakter beigelegt werde. Der K. Mainzische hat gemeldet, daß er wegen der darin befindlichen, dem kurfürstl. Kollegium höchst präjudizierlichen Dinge nötig befunden, dasselbe, bevor es durch die Diktatur gemein würde,

---

[1]) S. dieses Reichsgutachten vom 18. August 1681 (Pachner v. Eggenstorff II, S. 320ff.).

[2]) S. das kaiserliche Kommissionsdekret vom 10. September 1681 (Londorp XI, S. 323f., Pachner v. Eggenstorff II, S. 326ff.).

dem Kurfürsten zu schicken, hat aber gewünscht, die Gedanken der übrigen Gesandten darüber zu vernehmen. K. brandenburgischerseits ist darauf hingewiesen worden, daß von dem principio, lateraliter zu sitzen, nicht abgewichen werden dürfe, und daß auch den Subdelegierten der Charakter als Gesandte beigelegt werden müsse, so sei es auf Deputationstagen geschehen, die Kurfürsten hielten also nur an dem alten Herkommen fest. Die übrigen konformierten sich dem und es wurde also allseitig beschlossen, es so den Prinzipalen zu referieren.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Cöln 12./[22.] September 1681.

[Auf die Relation vom 2./12. September.[1]) Bescheid auf die übrigen in der kaiserl. Proposition wegen der Reichssekurität enthaltenen Punkte. Weigerung, Änderungen in dem schema sessionis zu gestatten. Die Beschwerde des Herzogs von Hannover.]

22. Sept. Die Bestellung einer Reichskasse anbetreffend, so kann er zu einer solchen nichts beitragen, da er seine Regimenter nicht nur unter dem Kommando eines tüchtigen Generals schicken, sondern auch mit der nötigen Artillerie und Munition versehen will. Bei dem Termin, ad quem die Verfassung dauern soll, ist er indifferent, er verwundert sich aber, daß man dieselbe an eine bestimmte Zeit binden will. Einer Erinnerung wegen der Verpflichtung der Untertanen zum Beitrag zu einer solchen Verfassung bedarf es seinerseits nicht, da seine Untertanen sich dazu immer willig gezeigt haben. Fremde Werbungen und die Ausführung von Pferden können verboten werden, ob auch die Ausführung von Früchten, das müßte weiter und wohl überlegt werden. Er hat Nachricht, daß der kaiserl. Hof wegen des schema wieder etwas Neues vorbringen will, nämlich, daß alle Gesandte als Abgesandte des Reichs angesehen und in gleicher Weise traktiert werden sollen, er hat aber dabei Bedenken. Sie sollen daher versuchen, diesen Vorschlag mit Güte bei den Kaiserlichen und Österreichischen zu divertieren. Sollte es nicht gelingen, so sollen sie darauf hinweisen, daß, da das Reich aus separierten Kollegien mit besonderen Rechten bestände, dieses nur dann geschehen könnte, wenn auch die kaiserlichen Gesandten darunter verstanden und solche nicht aus jedem Kollegio, sondern ohne Unterschied der Kollegien erwählt und die von dem Kaiser geschickten mit den übrigen zusammen mit einer Instruktion und Vollmacht versehen würden, welche der Kaiser und K. Mainz zu unterschreiben hätten. Jedenfalls haben sie seine Rechte salva und integra zu erhalten, ein solches Reichsgutachten nicht gutzuheißen und Verwahrung dagegen zu Protokoll bringen zu lassen. Herzog Ernst August von Braunschweig hat sich bei ihm und auch bei K. Sachsen über das zu Regensburg gemachte Schema beschwert und sich dagegen auf das

---

[1]) In derselben hatten sie um Instruktion in betreff der übrigen Punkte des kaiserlichen Kommissionsdekrets vom 7./17. Januar gebeten.

zu Cleve und Nimwegen Vorgegangene berufen. Er wird ihm antworten lassen, was zu Cleve und Nimwegen geschehen, sei nicht im Namen des Reichs geschehen, in den allgemeinen Reichsnegotiis aber seien immer verschiedene Kollegien, Gemächer und Bänke verwendet worden, es handele sich also in dieser Sache um Aufrechterhaltung der Fundamentalgesetze des Reichs und der allgemeinen Observanz.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 7./17. Oktober 1681.

[Festhalten der Kurfürstlichen und Fürstlichen an ihren Beschlüssen. Vorschläge wegen des zu bestellenden Reichsfeldmarschalls. Die Satisfaktionsforderung des Kf.]

Im kurfürstl. Kolleg ist man wegen der Frankfurter Konferenz und des darüber eingelaufenen kaiserlichen Dekrets ganz einig, auch der K. Mainzische hat erklärt, daß sein Herr sich von seinen Mitkurfürsten nicht separieren werde. Auch die Fürstlichen bleiben dabei, es sei gar nicht ratsam, hiervon zu deliberieren. 17. Okt.

In dem Punkte securitatis publicae ist nichts weiter vorgegangen Weil auch viele Punkte unter den deliberandis so beschaffen, daß davon nicht füglich geredet werden kann, bevor ein Feldmarschall bestellt, so meinen manche, daß zuerst darauf zu gedenken sei, und werden der Herzog von Holstein-Plön[1]) und der Graf von Waldeck[2]) dazu vorgeschlagen.

Daß die Satisfaktionssache des Kf. endlich einmal in Ansage kommen möchte, haben sie oft bei dem K. Mainzischen Direktorium beantragt, weil aber die Antwort entweder schlecht gewesen oder auf unzulängliche Entschuldigung ausgelaufen, so haben sie die Sache auf eine andere Weise angefangen, nämlich selbst sie im kurfürstl. Kolleg vorgebracht und gebeten, davon favorabiliter zu referieren, sie werden es auch im Fürstenrat ebenso machen.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 21./31. Oktober 1681.

[Die Einnahme von Straßburg.]

Des Kf. Reskript vom 8.[3]) und dessen dem K. Sächsischen Abgesandten v. Gerstorff erteilte Resolution[4]) haben sie am 18./28. erhalten und daraus 31. Okt.

---

[1]) Herzog Johann Adolf von Holstein-Plön, im Feldzuge von 1674 Befehlshaber der braunschweigischen Truppen.

[2]) Graf Georg Friedrich von Waldeck, der frühere Minister des Kf., damals in holländischen Diensten.

[3]) Nicht bei den Akten.

[4]) S. unten.

des Kf. Gedanken wegen des im Elsaß und in specie mit Straßburg Vorgegangenen, auch wegen der Frankfurter Konferenz erfahren. Die Wegnahme der Rheinschanze und Straßburgs hat auch die Reichsversammlung sehr surpreniert, und erwartet man mit Verlangen, was vom kaiserl. Hofe deswegen wird angebracht werden, damit es aber noch langsam hergeht. Unterdessen hat der Kaiser der österreichischen Gesandtschaft befohlen, zu kontestieren, daß ihm vom König von Frankreich durch das Vorgeben vorgehabter Bemächtigung des Rheinpasses und anderer Dinge zu viel geschehen, welche es auch gegen einige Gesandten getan hat.[1])

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 6./16. Januar 1682.

[Beratungen über die Proposition der französischen Gesandten. Neues Verfahren bei der Beratung über die Reichssekurität.]

16. Jan. Der K. Mainzische hat die seinem Herrn durch den französischen Residenten Fouché zugestellte Proposition[2]) der französischen Gesandten in Frankfurt den übrigen Kurfürstlichen mitgeteilt und sie auch den fürstlichen directoriis, um sie im Fürstenrat bekannt zu machen, zugeschickt, die dasselbe aber verweigert haben, da sie solchergestalt von K. Mainz nichts annehmen könnten. Sie haben in beiden Kollegien vermeldet, daß man sich über diese Proposition ordentlich unterreden müßte, um die Deputierten desto zeitiger mit Instruktion versehen zu können, wollte man aber an die Deputierten schreiben und sich nach dem eigentlichen Zustand der Konferenz erkundigen, so ließe man es sich auch gefallen. Andere im Fürstenrat aber meinten, da diese Proposition nicht legaliter kommuniziert worden, so hätte man gleichsam von derselben hier noch zurzeit keine Wissenschaft.

Nachdem man sonst befunden, daß mit der Generalansage zu den übrigen punctis deliberandis von der Reichssekurität nicht auszulangen sei, hat man

---

[1]) In der nächstfolgenden Zeit blieb der Reichstag ganz untätig, am 18./28. November meldet v. Jena, in dem allgemeinen Verfassungswerk werde wenig oder gar nicht vorgeschritten, weil viele fürstliche Gesandtschaften nicht instruiert seien und das kurfürstliche Kolleg allein nicht verfahren könne. Das ungarische Wesen, womit der kaiserliche Hof sich allein beschäftige, sei Ursache davon, daß auch die österreichische Gesandtschaft in dieser Angelegenheit keinen Befehl bekomme. Erst am 16./26. Dezember berichten beide Gesandten, über 5 Punkte der Reichsverfassung sei ein Reichsgutachten (d. 20. Dezember 1681, s. Pachner v. Eggentorff II, 337) zustande gekommen und dem Prinzipalkommissar zugestellt worden.

[2]) S. diese Proposition vom 2. Januar 1682 bei Londorp XI, S. 353 (in deutscher Übersetzung). Vgl. über den Beginn der Verhandlungen in Frankfurt Pufendorf XVIII, § 33 (S. 1416f.).

für gut ermessen, daß künftig immer zu gewissen Punkten angesagt werden solle, und K. Mainz hat darauf zu 6 spezifizierten Punkten ansagen lassen, von denen aber im Fürstenrat zunächst nur zwei vorgenommen worden sind.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 13./23. Januar 1682.

[Ihr Votum über die französische Erklärung. Beschlüsse über die Reichssekurität.]

Am 9./19. trug K. Mainz im kurfürstl. Kollegio vor, es scheine notwendig, 23. Jan. die von Frankreich pro stabilienda pace mit Kaiser und Reich ausgestellte Deklaration in Beratschlagung zu ziehen. Den Reskripten vom 14. und 21. Dezember[1]) gemäß haben sie, nachdem sie auch erfahren, daß des Kf. Gesandter v. Ruck[2]) durch Frankfurt an die kurfürstlichen Höfe am Rhein passiert sei, diese Gelegenheit benutzt, um beiliegendes Votum[3]) abzulegen,

---

[1]) Beide fehlen in den Akten.

[2]) S. unten.

[3]) Dasselbe lautet: Nachdem schon jüngsthin erinnert worden, die in Frankfurt gemachten französischen Vorschläge zur Konservierung beständiger Freundschaft hier in Beratschlagung zu ziehen, auf die der König von Frankreich dem Verlaut nach vor Ende Januar Resolution zu erhalten verlange, oder sonst seine schon parat habende Macht gebrauchen zu wollen drohe, so würde, wenn das Reich noch in seiner vorigen alten Konsistenz, Verfassung und Macht stände und nicht ein so schlechter und schändlicher Friede zu Nimwegen gemacht wäre, es keiner besonderen Konsultation bedürfen. Da aber offenbar, daß man jetzt einem so mächtigen Potentaten nicht eine proportionierte Macht entgegenstellen könne, es dem Reich an guten Generalspersonen und einer wohlgeübten, disziplinierten Armee mangele, das Mißtrauen unter den Ständen auf das höchste zugenommen, auf auswärtige Hilfe wenig zu trauen, auch von dem Kaiser wegen der ungarischen Händel wenig Hilfe zu erwarten sei, so zweifle Kf., ob es bei der Posterität zu verantworten sei, bei so beschaffenem Zustand das übrige vollends in hazard zu setzen, es auf einen gefährlichen Krieg ankommen zu lassen und die extrema zu erwarten.

Kf. könnte endlich, wie andere, es wohl mit ansehen, wo die Sachen hinauswollten, da aber auf Beschleunigung der Traktaten gedrungen werde und so eilfertige tempestive Resolution notwendig sei, so wolle man diesseits gern die Gedanken des Kollegiums und der Vorstimmenden vernehmen, wie man sich bei gegenwärtigem Zustande des Reichs auf die französische Proposition zu erklären und zu bezeugen haben werde. Auf drei Punkte vornehmlich müßten die Gedanken gerichtet werden: 1. ob man bei gegenwärtigen Konjunkturen sich sichere Rechnung machen könne, die verlorenen Orte Frankreich wieder zu entreißen; 2. ob diese Hoffnung sicherer sei als die Gefahr, viel mehr zu verlieren; 3. ob nicht viel mehr auf die Konservation des übrigen im Reich und dessen status quoquo modo zu gedenken, als alles auf

sie haben es aber vorsichtshalber, obwohl man nicht wenig darauf drang, nicht schriftlich kommuniziert. Die von Kf. repräsentierten rationes, argumenta und Motive sind so hocherleucht, augenscheinlich und handgreiflich, daß sie allem Vermuten nach bald und sehr penetrieren und viel Beifall finden werden.[1])

Über die proponierten 6 Punkte von der Reichssekurität sind im Kurfürsten- und im Fürstenkolleg in der Hauptsache übereinstimmende Beschlüsse gefaßt, aus denen mit nächstem ein ganzer gemacht werden soll.[2])

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Cölln 24. Februar/[6. März] 1682.

[Wiederholter Befehl, darauf zu dringen, daß die französische Proposition in Beratung gezogen werde.]

6. März Da man mit Fleiß trainiert, die französische Proposition in Deliberation zu ziehen, und, wie verlautet, Frankreich dieses und die jetzt angestellten Werbungen als ein Zeichen einer künftigen Ruptur ansieht, und zu besorgen ist, daß es das praevenire spielen, losbrechen und so das Reich in einen zu seinem äußersten Ruin zielenden Krieg werde verwickelt werden, so wiederholt er seinen Befehl, sie sollen zuförderst mit den Gesandtschaften der vier Kurfürsten vom Rhein und des Bischofs von Münster, an welche er geschrieben hat, hieraus vertraulich kommunizieren und sie dahin zu disponieren suchen, daß sie mit ihnen mit allem Ernste treiben, daß jene Proposition zur Diktatur gebracht, darüber deliberiert und solche fernere hinlängliche Mittel angewiesen werden, wodurch der Ruhestand im Reich konserviert und allem Unheil vorgebaut werden möge. Daneben sollen sie vorstellen, daß, wenn aus dieser Verzögerung dem Reich einiger Schaden zuwachsen sollte, Kf. deshalb entschuldigt sein und sich die Ersetzung des etwa in seinen westfälischen Landen entstehenden Schadens vorbehalten haben wolle.

---

den ungewissen Ausschlag der Waffen und darauf stehende gänzliche Ruin oder wohl gar Desolution des Staates im Reich und sonderlich des kurfürstlichen Kollegii auszustellen?

[1]) An demselben Tage berichtet J., er habe geraten, diese Sache an alle Kollegien zu bringen, obgleich man wisse, daß Österreich sie nicht proponieren werde. Das k. mainzische Direktorium solle dazu ansagen lassen, dann würden viele vornehme Stände die Proposition urgieren. Der K. Mainzische aber wolle darüber erst seinem Herrn referieren, weil er darüber gewiß mit den Österreichischen in Streit geraten werde.

[2]) S. das darüber festgestellte Reichsgutachten vom 30. Januar 1682 (Pachner v. Eggenstorff II, S. 339ff.).

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 24. März / 3. April 1682.

[Ihr Protest gegen das Verfahren in Frankfurt. Vorläufige Aufschiebung der Beratung über die französische Proposition.]

Sie haben heute im kurfürstl. Kolleg eine Verwahrung gegen das, was in Frankfurt in cerimonialibus vorgegangen,[1]) eingelegt. Den Befehl des Kf. wegen Beschleunigung der Verhandlungen zu Frankfurt haben sie in der vorgestrigen Sitzung zur Ausführung gebracht. K. Trier, K. Cöln, K. Bayern und K. Pfalz sekundierten und waren zufrieden, daß man die französische Proposition jetzt vornehmen möchte. Der K. Mainzische aber stellte vor, daß die Sache sich geändert hätte, daß man hoffte, es werde bald von Frankfurt an die hiesige Reichsversammlung Bericht abgestattet werden, und daß man es daher anstehen lassen möchte, bis dieser Bericht einliefe, zumal Verjus selbst es jetzt nicht für nötig erklärte. Der K. Bayrische fiel dem bei, und so ist es dabei geblieben.[2]) 3. April

---

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 31. März / 10. April 1682.

[Beschluß des kurfürstl. Kollegs auf das französische Memorial.]

Heute vor 8 Tagen vermeldete der K. Mainzische im kurfürstl. Kolleg, Verjus hätte beantragt,[3]) daß sein hier eingegebenes Memorial proponiert und ein Schluß in terminis generalibus gemacht werde, daß man den Frieden auf alle zulängliche Mittel und Wege verlange, das weitere könnte zu Frankfurt ausgemacht werden. Darauf wurde beschlossen, dieses Memorial in Ansage zu bringen, und das ist auch vorigen Montag geschehen. Im kurfürstl. Kolleg verglich man sich deswegen zu dem Konklusum, daß nach Beschaffenheit jetziger Konjunkturen es ratsam und dienlich sei, ungesäumt dazu zu tun, daß der Friede mit Frankreich durch alle zulängliche Mittel und Wege konserviert werde. Die fürstlichen Directoria aber scheinen nicht gern zur Proponierung dieser Materie kommen zu wollen und die meisten Fürstlichen ihnen darin beizustimmen. 10. April

---

[1]) S. darüber Pufendorf XVIII, § 51 (S. 1428f.).

[2]) J. berichtet an demselben Tage, die Bemühungen des Kf. für Erhaltung des Friedens seien sehr avanciert, so daß an ihrem glücklichen Erfolge nicht zu zweifeln sei. K. Mainz, K. Trier, K. Cöln und K. Pfalz würden dafür stimmen, der K. Bayrische zeige sich sehr moderat, die brandenburgische Abschickung nach München (s. unten) habe viel genutzt, der dortige französische Gesandte de la Haye habe folgends das Seinige getan, man versichere, K. Bayern werde nunmehr wenigstens nichts schaden.

[3]) S. Pufendorf XVIII, § 52 (S. 1429).

Der Kurfürst an die Gesandtschaft zu Regensburg. D. Cölln 26. April / [6. Mai] 1682.[1])

[Befürchtung, daß es zum Bruch mit Frankreich kommen werde. Befehl, auf Erhaltung des Friedens zu dringen.]

6. Mai — wird Euch zweifelsfrei bereits wissend sein, wie daß vor gewiß verlauten will, ob sollten I. K. M. in Franckreich, nachdem Sie die Langwierigkeit des Frankfurtischen Tractats gesehen, und mit der letzteren Erklärunge gar nicht friedlich sein sollen, ihre Trouppen marchiren lassen und dahero fast zu besorgen stehet, es möchte eher zu einer dem Reiche höchst gefährlichen und schädlichen Ruptur ausbrechen, als man es sich versiehet. Diesem nach befehlen wir Euch hiemit in Gnaden, Euch mit denjenigen, so nebst uns zur Erhaltunge des Friedens incliniren, zusammen zu tuen und gesambter Hand alle dringende kräftige Vorstellungen an behörige Örter zu tuen, damit man mit mehrerer Sorgfalt auf die Conservation des Friedens und Abwendunge eines weitaussehenden Krieges bedacht sein und zue dem Ende die Gesandten zue Franckfurth mit näherer und zulänglicher Instruction versehen wollte, mit dem Anhange, daß, wann man solches negligiren und es dadurch zur Ruptur kommen würde, das Reich und insonderheit diejenige Stände, so zum Frieden geraten, sich billig an diejenige wurden zu halten und von denen Reparation zu suchen haben, welche den Frieden verhindert. —

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 28. April / 8. Mai 1682.

[Beratung im fürstl. Kollegium über das französische Memorial. Ihr Votum.]

8. Mai Vorgestern hat[2]) endlich eine ordentliche Sitzung des fürstl. Kollegiums stattgefunden. Österreich vermeldete, das K. Mainzische Direktorium hätte stark auf Proponierung der bisher in Ansag gestandenen Materie gedrungen, die Sache aber sei unterdessen in einen anderen Stand geraten und die meisten Abgesandten wären dem Vernehmen nach noch nicht so instruiert, daß man

---

[1]) Konzept von Fuchs geschrieben.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 52 (S. 1429 f.).

prozedieren könnte, auch auf seiten Österreichs sei man noch nicht mit behörigem Befehl versehen, man wollte aber nicht hinderlich fallen, anderer Gesandten Gedanken zu vernehmen. Sie haben demnach nicht verantwortlich befunden, weiter an sich zu halten, sondern haben beiliegendes Votum[1]) abgelegt, womit sich Pfalz-Lautern, Paderborn und Münster, auch andere insoweit konformiert haben, daß auf Beibehaltung des Friedens in alle billige Wege zu gedenken sei. Sonst ging der Schluß endlich dahin, daß, weil es jetzt bei den mehreren an Instruktion fehlte, zu sehen sein würde, wie etwa nächstens in der Sache weiter fortzukommen sei. Auch die Kurfürstlichen haben die Sache vorläufig in suspenso gelassen.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 2./12. Juni 1682.

[Beratung im kurfürstl. Kolleg über die Relation der Frankfurter Deputierten. Weigerung der Fürstlichen, darüber zu beraten.]

Vorigen Montag hat man im kurfürstl. Kolleg über die Relation[2]) der 12. Juni Frankfurter Deputierten deliberiert. K. Trier erklärte sich bereit, da K. Mainz, K. Cöln, K. Brandenburg und K. Pfalz die französische Proposition acceptieren wollten, sich dem zu konformieren. K. Cöln erklärte, der Friede sei quovis modo, wenn auch durch Annahme der von Frankreich vorgeschlagenen Konditionen beizubehalten, und rekommendierte Beförderung einer zulänglicheren Instruktion für die Reichsdeputierten. K. Bayern wiederholte seine vorigen Kontestationen, er wünsche nichts mehr als Erhaltung des Friedens, habe auch demgemäß seine Gesandtschaft in Frankfurt instruiert, er hielte aber davor, daß es bei der dortigen Deputation zu verbleiben habe und das Werk nicht hierher zu ziehen sei, derselben sei nur aufzutragen, öfter hierher zu berichten, damit man sie ferner zeitig instruieren könne. K. Sachsen war nicht mit Befehl hierüber versehen, hat aber die nachher ihm zugekommene Instruktion vorgestern zu Protokoll gegeben. Brandenburgischerseits bezog man sich auf das vorige und stimmte positiv dahin, daß man die von Frankreich offerierten, den Umständen nach leidlichen Bedingungen, wenn in der Güte keine besseren zu erlangen wären, ohne Verzug annehmen, so einen Krieg verhüten und das Vaterland in Sicherheit und Ruhe stellen sollte, demgemäß würden die Deputierten in Frankfurt zu instruieren sein. K. Pfalz ließ auch geschehen, daß man auf die von Frankreich übergebenen Bedingungen sich einließe und die Bestätigung

---

[1]) S. dasselbe bei Londorp XI, S. 360ff.; Pufendorf XVIII, § 53 (S. 1430ff.). Kf. erklärt sich (d. Cöln 6./16. Mai 1682) mit demselben sehr zufrieden und befiehlt ihnen, es unter den Ständen zu divulgieren.

[2]) S. Londorp XI, S. 355; Pachner v. Eggenstorff II, S. 365ff.

des Friedens annehme, und erklärte in betreff der Relation der Reichsdeputierten, die Frage sei hier zu erörtern und nicht dem arbitrio der Deputierten zu überlassen, ob sie die Traktaten darüber antreten wollten. K. Mainz stimmte auch dafür, es sei besser, auf die von Frankreich proponierten Bedingungen den Frieden als den Krieg zu erkiesen, und erklärte für nötig, die Reichsdeputierten mit einer weiteren dementsprechenden Instruktion zu versehen.

Das von K. Mainz projektierte Konklusum wurde gutgeheißen, doch wurde beschlossen, da das kurfürstl. Kollegium allein kein Reichsgutachten machen könnte und also Zeit genug hätte, man sollte es erst den Prinzipalen zuschicken.[1] Im Fürstenrat wird es schwer fallen, einen ähnlichen Beschluß zu erreichen. Die Directores weigern sich zurzeit noch, wegen dieser Materie in das ordentliche Konklave zu gehen, ein Teil der fürstl. Gesandten sagen öffentlich, sie könnten den Bericht nicht für eine Relation von den Reichsdeputierten erkennen, wenn aber nur 5 oder 6 Zeilen aus Frankfurt von denselben insgesamt kämen, könnten sie etwas tun, die dort geschehenen protestationes wären zu stark.

Der Kurfürst an die Gesandtschaft zu Regensburg. D. Cöln 29. August / [8. September] 1682.

[Widerspruch gegen die Laxenburger Allianz. Das Memorial K. Cölns.]

8. Sept. Demjenigen, was er ihnen wegen der von dem Grafen von Waldeck gemachten sogenannten fränkischen Allianz vorzustellen anbefohlen,[2] sollen sie noch beifügen, daß Kf. zwar keinem seiner Nebenstände Allianzen zu machen

[1]) Kf. genehmigt (d. Potstam 19./[29.] Juni 1682) diesen Beschluß und befiehlt den Gesandten, sich zu bemühen, daß es dabei verbleibe. J. berichtet 7./17. Juli, die Majorität des kurfürstlichen Kollegs habe beschlossen, dieses Konklusum an die Deputation in Frankfurt zu senden, wenn die Prinzipale es so gut fänden, K. Bayern und K. Sachsen aber hätten dissentiert und wollten das Schreiben an die Deputation nicht mit ausfertigen. Derselbe meldet 14./24. Juli 1682, er mahne beständig im kurfürstlichen Kolleg, dieses solle für sich, soviel in seinem Vermögen stehe, in den gemeinen Angelegenheiten verfahren, sein Konklusum der Frankfurter Deputation, der hiesigen kaiserlichen Kommission und dem Kaiser selbst zuschicken, auch an K. Bayern und K. Sachsen schreiben und sie ersuchen, darin zu kondeszendieren, man könne aber damit, da manche Skrupel erregten und Instruktion einholen wollten, nicht so schnell zum Ziel gelangen.

[2]) Über die Laxenburger Allianz vom 10. Juni 1682 s. oben S. 443. Ein früheres auf dieselbe bezügliches Reskript des Kf. an die Regensburger Gesandtschaft findet sich nicht in den Akten, doch s. die kurbrandenburgische Deklaration über dieselbe bei Dumont VII,2, S. 25f.; v. Rauchbar-Kurtze, Leben und Thaten des Fürsten Georg Friedrich von Waldeck, II, S. 161ff.

verbieten könne noch wolle, daß solche aber nicht in praejudicium tertii geschlossen werden dürften. Weil dergleichen eigenmächtige Einteilung und Nehmung der Quartiere wider die Fundamentalgesetze des Reichs und die Rechte und Freiheit der Stände laufen, ja gar zur Unterdrückung der Stände, welche in keiner genugsamen wirklichen Kriegsverfassung stehen, angesehen sind, so haben sie dem nicht nur zu kontradizieren, sondern auch allen denen, die deswegen graviert zu werden befürchten, seine kräftige Assistenz und Protektion zu offerieren. Da in specie der hannoversche Gesandte sich bemüht hat, die Übergebung des in hunc finem abgefaßten Memorials K. Cölns[1]) zu hindern, so sollen sie dem K. Cölnischen dieses hinterbringen und ihn animieren, daß er um so mehr darauf dringe, daß es in Ansage gebracht werde. Sie sollen aus diesem allem mit den Wohlintentionierten, besonders mit dem münsterschen Gesandten, kommunizieren.

Der Kurfürst an G. v. Jena. s. l. et d. (September 1682.)[2])

[Billigung seiner Verjus gemachten Vorschläge. Die den Wohlintentionierten zu gebenden Versicherungen.]

Den mit Verjus gehaltenen Diskurs[3]) hält er für so beschaffen, daß darauf Sept. französischerseits gewiß gebührende Reflexion genommen werden wird. Er hat einen Extrakt daraus machen und ihn so einrichten lassen, als wenn ein französischer Minister solchen Vorschlag gemacht hätte, er wird auch Spanheim

---

[1]) S. Londorp XI, S. 476.

[2]) Konzept von Meinders geschrieben.

[3]) J. hatte 1./11. September dem Kurfürsten mitgeteilt: Weil die zu Wien geschlossene Allianz und deren weitaussehende Konsequentien nicht zu negligieren, sondern, da sich der neue Krieg wider Frankreich darauf mehrenteils gründe, entweder zeitig zu dissolvieren oder wenigstens kraftlos zu machen sei, so habe er Verjus, doch nur für sein particulier, zu bedenken gegeben, der König von Frankreich möchte, um den wider ihn beschlossenen Krieg zu verhüten und sich der jetzigen Konjunkturen und des Unwesens in Ungarn zu bedienen, ungesäumt den Ständen im oberrheinischen und fränkischen Kreise und anderen nahegelegenen Alliierten das Bündnis vorlegen und anzeigen lassen, daß es unleugbar gegen ihn gerichtet wäre, daher er nicht warten könnte, bis man sich und das Werk vollends gefaßt, er begehre daher, daß sie dem Bündnis renunziierten oder ihn wenigstens genugsam versicherten, daß sie wider ihn und seine Bundesgenossen dasselbe nicht gebrauchen, sondern mit ihm und denselben in Frieden und gutem Verständnis leben wollten. Abdankung der Völker könnte nicht wohl gefordert werden, da solche vermöge der Reichsschlüsse geworben sind. Diese Proposition wäre nicht den ganzen Kreisen, sondern jedem

befehlen,[1]) zu sondieren, was für Gedanken man am französischen Hofe desfalls führe, er wird auch mit seinen Alliierten, Dänemark und Münster, darüber kommunizieren. Sie sollen in allen ihren votis die incommoda belli auch weiter vorstellen, worin ihm alle anderen friedliebenden Stände, besonders die, welche Durchmärsche, Einquartierung und andere vom Kriege dependierende Angelegenheiten fürchten, ohne Zweifel sekundieren werden. Mit vielen aber in neue Engagemente deswegen zu treten, möchte nicht wenig bedenklich sein, doch können sie allen Wohlintentionierten seine aufrichtige Intention zur Maintenierung des Friedens und Abwendung aller schädlichen Troublen und Weiterungen versichern, auch daß er im Fall der Not seiner bedrängten Mitstände sich mit aller Macht annehmen werde.

Der Traktat mit Münster[2]) steht auf dem Schluß. An die sächsischen und hannoverschen Höfe wird er Jena's Vorschlage gemäß schreiben lassen.

Der Kurfürst an die Gesandtschaft in Regensburg. D. Cöln 27. September / [7. Oktober] 1682. (Conc. Meinders.)

[Die französische Deklaration, darauf bezügliche Verhaltungsbefehle.]

7. Okt. Er teilt ihnen mit, was er wegen der von den französischen Ministern in Frankfurt und auf dem Reichskonvent getanen Deklaration[3]) und anderer

---

Stand besonders zu tun und geschwinde kategorische Antwort zu urgieren, damit solche erfolgte, hätte der König Miene und Anstalt zu machen, eine Armee gegen den Neckar und darüber in Franken und Hessen avancieren zu lassen. Da keine Armee vorhanden und die Kaiserlichen in Ungarn zur Genüge okkupiert seien, so werde ein jeder sich lieber zu salvieren suchen, als die Franzosen sich auf den Hals ziehen. Verjus habe die rationes und momenta ganz wohl begriffen und spüren lassen, daß sie ihm gefielen und er davon referieren wolle.

Es stände zu erwägen, ob Kf. nicht bei K. Sachsen und Calenberg anfragen lassen wollte, was es mit dem Bündnis und dem Marsch ihrer Völker für einen Verstand habe, ob sie gemeint seien, dieselben an die Grenzen des Reiches gegen den Rhein zu schicken oder die k. brandenburgischen Lande beziehen zu lassen.

Es scheine nützlich, diesen Bund zu dissolvieren oder unschädlich zu machen, ehe er seinen Effekt erreiche oder die Völker sich konjungieren. Wenigstens hätte man zu Abwendung der Durchmärsche und Einquartierungen ein Gegenbündnis aufzurichten, auch einen und anderen Stand von Nehmung der Quartiere beweglich zu dehortieren.

[1]) S. oben S. 443f.

[2]) Die Allianz vom 14. September 1682 (Londorp XI, S. 435ff.; v. Mörner, S. 433ff.). S. unten.

[3]) S. die Deklaration vom 28. September 1682 (Londorp XI, S. 357).

Angelegenheiten halber an die rheinischen Kurfürsten und an Crockow[1]) geschrieben hat. Sie sollen sich danach richten, die andringende Gefahr bei allen Gelegenheiten vorstellen und sich mit den Gesandtschaften der wohlintentionierten Stände bemühen, daß, wo nicht die französischen Propositionen angenommen, doch wenigstens vor Ablauf des von Frankreich gesetzten Termins Handlung darüber zugelegt und bei dessen Entstehung dem Kriege und anderem davon dependierenden Unwesen nicht die Tür geöffnet, oder doch Frankreich veranlaßt werde, schwerere und härtere Bedingungen vorzuschlagen.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 6./16. Oktober 1682.

[Das österreichische gegen das magdeburgische gerichtete Votum, ihre vorläufige Erwiderung.]

Zu der französischen Deklaration ist zwar zu Rat angesagt worden, es wurde aber im fürstlichen Kollegio bei der Proposition von Österreich und auch von anderen angezeigt, daß dieselbe den Prinzipalen zugeschickt wäre und man Instruktion darüber erwarten müßte. 16. Okt.

Vorigen Sonnabend sind[2]) in einem weitläufigen voto die von Magdeburg am 6. Mai und 8. August zu Beibehaltung des Friedens abgelegten vota von Österreich öffentlich unter dem Namen einer Gegeninformation durchgegangen und perstringiert, und sind darin auch der König von Frankreich und die Stände, welche sich mit Magdeburg konformiert haben, touchiert worden. Sie haben am nächsten Ratstag darauf geantwortet und ihre Thesis mit wenigem behauptet. Da sie das österreichische votum nicht so bald bekommen konnten, hatten sie keine Zeit, die specialia zu berühren. Sie erwarten, was Kf. ihnen deswegen weiter befehlen wird.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 13./23. Oktober 1682.

[Der Reichsschluß über die Korrespondenz mit dem Deputationskonvent in Frankfurt. Beratung über den Bericht des k. mainzischen Direktoriums daselbst.]

In betreff des commercii oder der Korrespondenz zwischen dem hiesigen Reichs- und dem Deputationskonvent zu Frankfurt ist endlich ein Reichsschluß 23. Okt.

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 59 (S. 1438); Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1044 ff.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 54 (S. 1432 f.).

zustande gekommen und ist dieser[1]) dem Kaiserl. Prinzipalkommissar von dem K. Mainzischen Direktorium notifiziert und auch dem Direktorium in Frankfurt zugeschickt worden. Nachdem auch zu dem Bericht[2]) des K. Mainzischen Direktoriums in Frankfurt, nach welchem die dortigen Deputierten schleunige Resolution über die französischen Deklarationen erwarten, zu Rat angesagt worden, hat ihnen dieses Gelegenheit gegeben, im Fürstenrat das vorzustellen, was Kf. ihnen am 27. September wegen Antretung und Beschleunigung der Handlung über die französischen Friedenspropositionen vor dem Ablauf des Termins anbefohlen.

Der Kurfürst an die Gesandtschaft zu Regensburg. D. Potsdam 15./25. Oktober 1682. (Conc. Meinders.)

[Befehl, streng an den kurfürstlichen Prärogativen festzuhalten.]

25. Okt. — habet Ihr wohl getan, gereichet uns auch zu gnädigstem Gefallen, daß Ihr im Collegio Electorali nebst denen anderen Churfürstlichen Ministris so beständig über die Churfürstl. Praeeminentien gehalten und selbige defendieren helfen. Wir wollen hoffen, daß, da man nun mit so großer Mühe und Kosten eine und andere merkliche Praerogativ vor denen Fürstlichen erlanget, man darunter keineswegs das allergeringste nachgeben noch von den Fürstlichen auf einigerlei Weise sich davon verdringen lassen werde. Sollte wider alles Verhoffen einer oder andere im Churf. Collegio hierunter keine gnugsame fermeté bezeugen und sich zu ein oder anderen praejudicierlichen Temperament verstehen, so können und werden wir doch nimmermehr darin willigen und habet Ihr auf sotanen unverhofften Fall solches mit klaren und deutlichen Worten anzuzeigen, uns auch protestando alle competentia per expressum vorzubehalten. —

Der Kurfürst an die Gesandtschaft in Regensburg. D. Potsdam 18./28. Oktober 1682.[3])

[Befehl, das österreichische Votum ausführlicher zu beantworten. Rechtfertigung seiner Politik.]

28. Okt. Er hat aus ihrer letzten Relation mit Befremdung ersehen, daß ihre vota seitens Österreichs mit so scharfen, teils unbegründeten, teils gar nicht zur

---

[1]) S. Pachner v. Eggenstorff II, (S. 400f.).
[2]) d. Frankfurt 12. Oktober 1682 (ebendaselbst S. 397ff.).
[3]) Konzept von Meinders' Hand. S. Pufendorf XVIII, § 55 (S. 1434).

Sache dienenden Expressionen vermeintlich refutiert und durchgezogen sind. Sie haben wohlgetan, daß sie darauf sofort etwas Weniges vorgestellt haben, er hält aber für notwendig, daß dieses votum und die darin enthaltenen anzüglichen irrigen und unverdienten Zensuren seiner bisherigen Aktionen dem ganzen Reich etwas deutlicher und umständlicher vorgestellt werden. Sie sollen eine Erwiderung darauf entwerfen und ihm übersenden.

Wir wissen Gott Lob was wir Ihrer Keys. M. hohen Person für Devotion und Respect schuldig, und wie wir zu dero Erhebung auf den keyserlichen Thron deroselben eigenem Gestandnus nach nächst Gott das meiste getan, also werden wir auch die Schuldigkeit, womit wir I. K. M. verbunden, nimmer aus Augen setzen. Daneben aber sein unsere dem Heil. Röm. Reich geschworene harte und schwere Pflichten auch bekannt, wir sein unter I. K. M. und des Reichs innersten und nahesten Räten und würden es weder für Gott noch dem Vaterlande verantworten können, wann wir in einem so gefährlichen Zustand, worin dasselbe teils durch den Nimwegischen Frieden teils durch andere unglückliche Verhängnisse geraten, unsere Meinung nicht sowohl I. K. M. als dem ganzen Reich in consessu et consilio publico statuum aufrichtig und deutsch zu erkennen geben sollten. — Daß wir des Reichs wahren Zustand, nemblich dessen schlechte Verfassung und Schwachheit, in consilio imperii vorgestellet, dazu wünschten wir keine Ursach gehabt zu haben, — wir würden uns ja aber für der ganzen Welt prostituieren, wann wir dergleichen vota führten und eine so offenbare bekannte Sache anders vorstelleten. Ihrer K. M. hohe Person und schuldiger Respect ist im geringsten nicht berühret und wird uns zur Ungebühr imputiret, daß wir solchen angegriffen. Was vom König in Franckreich und dessen Kriegsverfassung und Macht angeführet, ist gar für keine Exaggeration zu achten, sondern solches leuchtet manniglich in die Augen. Auf zukünftige ungewisse Zufälle kann man mit Vernunft keine consilia gründen, dieselben stehen in Gottes Handen und mussen verständige Ratgeber nach den Conjuncturen und Zeiten, wie sie laufen und vom Höchsten verhänget werden, sich in ihren Ratschlägen richten. Was von denen frantzosischen Maximen und von der königl. frantzosischen Regierung so odiose angeführt, lassen wir dahin gestellet und haben nicht nötig uns desfalls einzulassen, noch ihre Apologie zu machen. Wer zu Vergrößerung der frantzosischen Macht das meiste contribuiret, solches zeigen die acta publica et series rerum gestarum, insonderheit können wir uns nimmer ohne sonderbare mortification und Betrübnis erinnern, daß eben zu der Zeit, da der König in Franckreich den Krieg wieder den Staat

declariret und I. K. M. mit uns zu Abwendung der dem Reich androhenden Gefahr ein Bündnis gemacht, auch zu dessen Execution Ihre armée mit der unsrigen würklich conjungiret, dennoch ex pacto et foedere secreto dem Gen. L. Montecucoli die Hände dergestalt gebunden gewesen, daß er das allergeringste wieder die damaligen Reichsfeinde, als die königl. frantzosische armée und selbiger Kron Alliirte, nichts fürzunehmen vermocht, uns auch damalen in die Notwendigkeit gesetzet, daß, wofern wir nicht unsern Staat in die höchste Gefahr und augenscheinliche Ruin stürzen wollen, wir mit dem König in Franckreich wider unsern Willen einen Frieden, so gut wir ihn erhalten können, machen und schließen müssen. Was hernacher vorgegangen, ist Euch bekannt und bedürft Ihr desfalls keiner Information. Dieses aber wird uns gar ohne Grund imputiret, daß wir unsern Geh. Rat Meinders ohne I. K. M. oder dero ministrorum Vorbewußt et absque praevia communicatione nach Franckreich geschicket. Es können und müssen die zu Nimwegen gewesene keyserliche Gesandte hievon ein ganz ander Zeugnis geben, dann mit denselben ist gedachter unser Geh. Rat nicht weiniger als unsere damalige ambassadeurs aufs vertraulichste ümbgangen, er, Meinders, ist fast ein Jahr daselbst gewesen, ehe er die Reise nach Paris angetreten, hat auch solche nicht anders als praevia communicatione mit den Keys. Gesandten und lange nach gemachtem holländischen und spanischen Frieden furgenommen, ihnen auch seine ganze Verrichtunge communiciret, welche kürzlich und hauptsachlich darin bestanden, wie wir unsere Satisfaction — desto besser erlangen und die frantzosische Gesandtschaft zu Nimwegen desfalls behorige Ordre und Instruction bekommen möchte. — Der Succeß und der eventus selbsten hat dieses aller Welt so klar für die Augen gestellet, daß woll niemand im geringsten daran zweifeln kann. Ja obschon die Keyserliche und andere in der damaligen Reichspartei gestandene Alliirten einen particularen und separirten Frieden gemacht und uns darin der feindlichen Partei nicht allein abandonniret, sondern auch derselben alle Commoditäten, um uns desto besser zu bekriegen, in die Hand gegeben, uns aber alle Defensionsmittel, wie bekannt, abgeschnitten haben, ist gedachter unser Geh. Rat dennoch ohne einzige Verrichtung aus Franckreich wieder zu uns kommen und haben wir, wie auch I. K. M. zu Dennemarck dennoch bei der guten Sache so lange gehalten, bis uns das Wasser gleichsam an die Seele gegangen und wir nirgends in der Welt Trost noch Rettung finden können —, da wir dann endlich wie auch I. K. M. zu Dennemarck

der Not weichen und einen Frieden mit solchen Conditionen, als wir sie erhalten können, annehmen müssen. Man[1]) tut uns Unrecht, wann man uns beimessen will, als wann wir andere Stände des Reichs ohne höchstdringende Not vom Reich abzuvotiren und zu reißen geneigt wären. Wir haben garkeine Lust daran und möchten wünschen, daß wir dergleichen nicht vor diesem selbst erleiden müssen, als man uns wider unsern Willen Vorpommern abgedrungen und des Friedens halber einer frembden Kron cediret, oder daß man itzo nicht höchste Ursach hätte, zu Abwendung größeren Unheils an Franckreich dergleichen zu tun.

Euch sein andere dabei einlaufende Umbstände bekannt und habt Ihr, wie vorhin gedacht, einen Entwurf zu machen und uns solchen zuzusenden, unnötige Weitläufigkeiten darin zu vermeiden, die Wahrheit aber auch und was zu Justification unserer Conduite diensamb darin nervose vorzustellen, worauf Ihr dann mit unserer ferneren Instruktion versehen werden sollet. —[2])

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 20./30. Oktober 1682.

[Beratung über das K. Cölnische Memorial. Jetzige Interpretation der Laxenburger Allianz.]

Über das K. Cölnische Memorial,[3]) die besorgende Einquartierung betreffend, ist in den beiden höheren Kollegien ordentlich deliberiert worden. Im kurfürstl. Kolleg ist schon ein Konklusum zustande gekommen, worin der Kaiser ersucht wird, K. Cöln so an die Hand zu gehen, daß dessen Lande mit eigenmächtiger Einquartierung und unbilligen Kontributionen verschont und wider alle Gewalt 30. Okt.

---

[1]) Randbemerkung: „Auf gnädigsten Befehl S. Chf. D. ist dieses hinzugetan."

[2]) J. und Sch. senden 10./20. November 1682 den Entwurf einer Beantwortung des österreichischen Votums ein, Kf. aber, dem das zu lange gedauert, hat inzwischen schon im Geheimen Rat eine solche entwerfen lassen, läßt dann einiges aus ihrem inzwischen eingetroffenen Entwurf hinzusetzen und übersendet ihnen (d. Potsdam 21. November / 1. Dezember 1682) dieses Votum mit dem Befehl, es abzulegen. Dasselbe ist dann unter dem Titel: „Die Churf. Brandenburgische in dem Fürsten-Raht auf gegenwärtigem Reichs-Tage wegen Magdeburg abgelegte Vota vindiciret von denen beschwerlichen und unerfindlichen Auflagen, womit dieselbe in dem Oesterreichischen Voto beleget werden wollen. Anno 1682" (4°, 22 S.) gedruckt und veröffentlicht worden. Auch gegen das Hessen-Casselsche Votum, in welchem das Magdeburgische nominatim perstringiert worden sei, befiehlt Kf. den Gesandten (d. Potstam 28. November/ [8. Dezember] 1682), ausdrücklich zu remonstrieren.

[3]) S. oben S. 749.

geschützt würden, im Fürstenrat wird wohl heute auch das Konklusum eröffnet werden. Was sie bei dieser Gelegenheit in beiden Kollegien für vota, in specie der sogen. fränkischen Allianz halber, geführt haben, wird Kf. aus den Protokollen ersehen, ebenso wie Österreich und andere mit demselben Haltende, besonders Bamberg, dieses foederis halber sich jetzt expliziert und was für Interpretation sie darüber gegeben, daß man nämlich dadurch weder das arbitrium belli et pacis an sich allein zu ziehen, viel weniger das Reich in einen neuen Krieg einzuführen gemeint und dasselbe zu keines Menschen Offension und Irritierung, allein zum Schutz gegen fremde Gewalt angesehen sei, auch wie operose Österreich alles abzulehnen gesucht, was Magdeburg und andere wider diese Allianz angeführt haben.[1])

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 24. November / 4. Dezember 1682.

[Beratung im Fürstenkolleg über die französischen Vorschläge. Der dänisch-gottorfische Streit. Erklärungen der Alliierten über die Laxenburger Allianz. Neues Memorial Verjus'.]

4. Dez. Im Fürstenrat hat man über die Friedensangelegenheit heute vor acht Tagen und Samstag ordentlich deliberiert. Die vota sind meist sehr weitläufig ausgefallen, darunter viele einen Universalfrieden haben wollen, und sind auch manche anzügliche Formalien wider Frankreich abermals gebraucht worden. Seitens der Wohlintentionierten hat man das Vorige wegen Beibehaltung des Friedens und Annehmung der französischen Konditionen wiederholt. Der Schwedisch-Bremische hat das holstein-gottorfische Votum dem vorpommerschen annektiert und dabei auch zugleich wegen der zwischen dem König von Dänemark und dem Herzog von Gottorf entstandenen Streitigkeiten[2]) einiges vorgestellt. Ihnen und anderen hat er sofort gesagt, der Herzog verlangte nicht, daß dieses Werk in Diskussion kommen oder ein Gutachten darüber abgefaßt werden sollte, sondern er hätte es nur als ein vornehmer Fürst des Reiches seinen Mitständen vortragen lassen wollen, was man dahingestellt sein läßt. Sie haben dem Gesandten zu verstehen gegeben, es wäre besser gewesen, hier

---

[1]) Kf. erklärt sich (d. Potsdam 2./[12.] November 1682) mit ihrem Votum durchaus einverstanden und bemerkt, die Worte in der Allianz seien viel zu klar, als daß sie eine solche Explikation, wie man sie jetzt geben wolle (s. auch die Apologia des sogenannten Waldeckschen Rezesses bei v. Rauchbar-Kurtze II. 165 ff.), leiden könnten.

[2]) S. Adelung, Kurzgefaßte Geschichte der Streitigkeiten der Herzoge von Holstein-Gottorp mit der Krone Dänemark, S. 52 ff. und oben S. 597.

nichts von diesen Dingen vorzubringen, weil dergleichen garnicht zu Appaisierung der Gemüter diente.

Wegen der fränkischen Allianz haben sich Bamberg und Sachsen-Gotha, wiewohl ohne dazu habende Gelegenheit, nunmehr auch erklärt, mit denen sich die übrigen Allierten konformiert haben, bei welcher Gelegenheit sie sofort einiges auf das, was Österreich und andere deshalb angebracht, glimpflich geantwortet haben. Im kurfürstl. Kollegium hat der K. Mainzische angezeigt, daß Verjus ihm ein Memorial[1]) nebst der von seinem König erhaltenen Vollmacht zugestellt habe, wonach derselbe bis zum 1. Februar des folgenden Jahres die vom Reich an ihn gelangenden Friedenspropositionen anhören und darauf schließen möchte; es hätte solches den Verstand, daß der König von Frankreich, obwohl davon in dem Memorial nichts enthalten, bis zum 1. Februar mit ferneren Reunionen einhalten wollte.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 1./11. Dezember 1682.

[Korrelation zwischen dem kurfürstl. und dem fürstl. Kolleg. K. Mainz' Verlangen, die Deputation in Frankfurt aufzuheben.]

Die publike Korrelation zwischen dem kurfürstl. und dem fürstl. Kolleg 11. Dez. über die von beiden gefaßten conclusa hat begonnen. Da aber das fürstliche auf alle in Ansage stehende Materien und also zugleich auf das kaiserliche Kommissionsdekret, betreffend die securitas publica, und die Relation der Reichsdeputation zu Frankfurt, gerichtet war, das kurfürstliche aber nur von den französischen Deklarationen handelte, so verlangten die Fürstlichen, daß man auch über die übrigen Materien sich vernehmen lassen möchte, worüber man auch vorgestern ordentlich deliberiert hat. Die mehreren haben gemeldet, daß sie wegen jenes kaiserl. Kommissionsdekrets noch nicht mit Instruktion versehen, daß aber deswegen die Traktaten mit Frankreich nicht aufzuhalten, sondern möglichst zu befördern seien.

Der K. Mainzische hat ihnen und anderen mitgeteilt, man merkte wohl, daß ein Teil der Deputierten nicht von Frankfurt weg wollte,[2]) K. Mainz aber hielte für das beste, daß man von dort fortkäme. Sie haben geantwortet, nachdem die französische Gesandtschaft von Frankfurt abgereist, die Konferenz also aufgehoben und der hiesige französische Bevollmächtigte sich legitimiert, hier zu traktieren, könnte man nicht sehen, was die Deputierten in Frankfurt von Reichs wegen ferner machen sollten.

---

[1]) S. Londorp XI, S. 522.

[2]) S. unten die Relation v. Canitz's aus Frankfurt vom 3. November 1682.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 8./18. Dezember 1682.

[Beschluß des kurfürstl. Kollegs. Von K. Mainz beantragte Vorstellung an den Kaiser.]

18. Dez. Der Schluß des kurfürstl. Kollegiums ist adjustiert worden, sein Inhalt ist zuvörderst sei dahin zu sehen, daß die Traktaten mit Frankreich eifrig angefangen und kontinuiert und der Friede je eher je besser festgestellt werde, weil darin vornehmlich die Sekurität des Reichs bestehe, nachher könnte der Punkt der Sekurität um so leichter vorgenommen, die Reichsverfassung desto beständiger adjustiert und dem Kaiser wider den Erbfeind mit besserem Nachdruck an Hand gegangen werden. Fürstlicherseits wurde verlangt, daß dieser Beschluß dem vorigen annektiert und nicht ein neuer formiert werde, die Kurfürstlichen aber haben remonstriert, man habe zu verschiedenen Zeiten über die in Ansage gestandenen Materien deliberiert und daher lasse sich das letztere nicht in den vorigen Schluß bringen, es wären auch verschiedene Dinge, und so ist es dabei verblieben.

Der K. Mainzische hat im kurfürstl. Kolleg vorgeschlagen, den Kaiser zu ersuchen, seinen ministris hier und an anderen diensamen Orten zu befehlen, sich über die französischen Vorschläge gütlich einzulassen und die Friedensstabilierung zu befördern, und zwar möchte, da eine eigene Abschickung deswegen bei dem engen Termine nicht möglich sein würde, dieses den Residenten am kaiserl. Hofe aufgetragen werden; die Wohlintentionierten haben sich damit einverstanden erklärt.[1])

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 15./25. Dezember 1682.

[Vorschlag des kurfürstl. Kollegs, zunächst die quaestio an vorzunehmen. Verwendung für die Evangelischen in Schlesien und in Frankreich.]

25. Dez. Im kurfürstl. Kolleg ist für gut befunden worden, da man mit dem fürstl. Kolleg sich nicht einigen könnte und doch dahin zu sehen wäre, daß die Traktaten mit dem französischen Bevollmächtigten hier förderlichst angetreten würden, dem fürstl. Kolleg vorzuschlagen, es sollte von den beiderseitigen Beschlüssen abstrahiert und zunächst wenigstens die quaestio praejudicialis an

[1]) 22. Dezember 1682/1. Januar 1683 melden sie, K. Bayern und K. Sachsen wollten dabei nicht konkurrieren, die wohlintentionierten Kurfürstlichen aber hätten beschlossen, es in Form eines gemeinsamen Schreibens zu tun, welches der k. mainzische Resident in Wien übergeben solle.

resolviert werden, es seinerseits meine, daß dieses affirmative festzustellen und dem Kaiser zu rekommendieren sei. Im Fürstenrat aber hat, obwohl alle Wohlgesinnten sich darauf einließen und auch Bayern, Leuchtenberg, Freisingen, Regensburg und Baden-Durlach beitraten, doch die Majorität erklärt, daß man noch nicht mit Instruktion versehen sei.[1])

Die Gesandten der evangelischen Stände waren vorgestern der bedrängten Evangelischen in Schlesien und Ungarn halber zusammen und beschlossen, durch zwei verschiedene Schreiben an den Kaiser für dieselben zu interzedieren. Der K. Sächsische hat schon den Entwurf eines solches Schreibens zugunsten der Schlesischen diktieren lassen. Betreffend die vorgeschlagenen intercessionalia an den König von Frankreich für die dort verfolgten Evangelischen machten verschiedene Diffikultäten, besonders besorgte man, es möchte mehr schaden als nützen. Sie haben darüber bei Gelegenheit mit Verjus geredet. Dieser riet nicht zu einem gemeinsamen Schreiben an den König, erbot sich aber, die Sache demselben bestens zu repräsentieren, wenn ein und ander Gesandter es von ihm in particulari begehrte. Dieses ist geschehen, er hat es wohl aufgenommen und ziemliche Vertröstung gegeben.

Der Kurfürst an G. v. Jena.

D. Potsdam 27. Dezember 1682 / [6. Januar 1683].[2])

[Auf die Relation und seinen eigenhändigen Rapport vom 15./25. Dezember. Sein Entschluß, den Frieden zu befördern und an der Allianz mit Frankreich festzuhalten, Mahnung zu vorsichtigem Verhalten.]

Er wünscht, daß die Traktaten mit Frankreich mit gutem Sukzeß fortgesetzt und der Friede mit demselben bei diesen ohnedem ganz gefährlichen 6. Jan.

[1]) J. berichtet an demselben Tage, am 8./18. sei im Fürstenrat, in dem sie beide erschienen wären, das magdeburgische Defensivvotum wider die österreichischen Auflagen (s. oben S. 755) verlesen worden. Österreich hätte sogleich und auch am folgenden Tage etwas darauf repliziert und Magdeburg mit wenigem darauf geantwortet. Es sei alles glimpflich und bescheidentlich abgegangen, Österreich habe sich in den letzten Wochen moderater als früher bezeugt. Magdeburg habe gar wohl getan, daß es seine vorigen vota und seine Intention auf solche Weise justifiziert habe, man spüre, daß sein jetziges votum nicht wenig konsideriert werde. Die Frage, ob die Traktaten mit Frankreich reassumiert werden sollten, sei im Fürstenrat noch nicht resolviert worden, nur weil Österreich mit keiner Instruktion dazu versehen sei, an dem die Geistlichen hingen. Österreich gehe nicht ins Konklave und hindere dadurch auch die anderen, öffentlich zu sprechen, der kaiserliche Hof scheine geneigt zu sein, auch den anderen Termin vergeblich hinstreichen zu lassen. Er habe vorlängst remedia vorgeschlagen, aber man habe aus Partikularabsehen mit umzutreten Bedenken gehabt, wiewohl man es sonst gut ermessen habe.

[2]) Konzept von Meinders geschrieben. Vgl. das Reskript von demselben Tage an Spanheim oben S. 455.

Läuften befestigt werde. Wohin ratione conditionum seine Gedanken zielen, ist J. bekannt, er wird unverändert in der Allianz mit Frankreich beharren und, so viel an ihm, zu keinem Widrigen den geringsten Anlaß geben, vielmehr auch weiter die Intention des Königs von Frankreich befördern und sich um Befestigung des Friedens bemühen. Dessen hat er den französischen Gesandten bei Gelegenheit jedesmal zu versichern.

Dabei aber [habt Ihr] hinfuro Euch alles Glimpfs und geziemender Moderation gegen I. Keys. M. ministros und andere Gesandten, insonderheit die Ch. Beyersche und Ch. Sächsische wie auch die Fürstl. Braunschweigische, es wäre denn des uns gebührenden Tractaments halber, worin Ihr nichts nachzugeben, zu gebrauchen, mit dem frantzösischen Gesandten zwar vertraulich, jedoch behutsam und ohne anderen deshalb einige Jalousie zu geben, umbzugehen, auch von allen Sachen, welche Mißhelligkeiten, ombrage und Argwohn verursachen können, fleißig und sorgfältig zu abstrahiren. Denn gleich fast ganz Europa wegen der großen Macht von Frankreich allarmirt ist und man nicht wissen kann, wie die Sachen endlich in Engelland und Ungarn ablaufen möchten, wir auch bei so bewandten Umbständen, und da wir an allen Seiten von verdächtiger Euch bekannter Nachbarschaft umbgeben, auf unsere Sicherheit bedacht sein müssen, also will uns obliegen, bei sotaner Bewandtnis der Conjuncturen in unserer Conduite eine besondere Behutsamkeit zu observiren. Welches alles Ihr auf Eure uns geleistete Pflichte zu menagiren und uns ferner von allen Sachen ausführlich Bericht abzustatten wissen werdet.[1]) Sonsten habet Ihr auch fleißig fürzustellen, wie unmöglich es sei, daß der Keyser und das R. Reich zugleich dem Türken und König von Franckreich Widerstand leisten könne. —

[1]) J. antwortet darauf 4./14. Januar 1683: „Des Französischen will, so viel die Civilität zulässet, mich äußern, er kommt ziemlich oft zu uns, auch die anderen Gesandten, so nicht wohl zu verhüten. In particulari sind alle, keinen ausgenommen, meine Freunde und insonderheit die Chursächsische gleichsam meine Confidenten, wie auch die Braunschweig-Lüneburgischen, und demnach es bei den Teutschen eine Vertraulichkeit zu stiften und zu erhalten pflegt, wenn man mit einander isset und etwas über das ordinar trinket, also habe den Tag vor angelangeter Post etliche 30 Gesandten, Gesandtinnen, Cavalliers und Dames zu mir eingeladen und gestern Mittags an einer vor so viele Personen vordem von mir bestellten Ovaltafel bis in die Nacht tractiert, da ich mit den vier obgenannten vornehmlich vertraulich redete, von welchen ich wohl versichern kann, daß sie alles, was in ihrem Vermögen, zu Erhaltung guter Nachbarschaft und Vertrauen zwischen E. Chf. D. und ihren Herren tun werden, und stehet zu E. Chf. D. gnädigsten Gefallen, ob Sie mir nur einige generalia committieren wollen, damit ich desto füglicher Gelegenheit habe, andere Dinge zu incaminieren."

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 5./15. Januar 1683.

[Zustandekommen eines Reichsgutachtens über die Friedensfrage.]

Im Fürstenrat ist am vorigen Samstag über die Friedensfrage auch eine 15. Jan. ordentliche Sitzung gehalten, und da die Directoria die Publizierung des Conclusi bis zum ersten Ratsgang (welches vorgestern gewesen sein würde) verschoben, so hat man kurfürstlicherseits, weil summum periculum in mora, eine außerordentliche Zusammenkunft am Dienstag vorgeschlagen, was die Fürstlichen auch beliebten. Nach Publikation des Schlusses des Fürstenrats wurde darüber sofort von den beiden höheren Kollegien referiert und korreferiert, da sie in substantia einig waren, ohne Mühe ein gemeinsamer Schluß vereinbart, dieser auch von den Städtischen angenommen, und so ist ein Reichsbedenken[1]) zustande gekommen, des Inhalts, daß die Friedenshandlung mit dem französischen Bevollmächtigten schleunigst anzutreten und fortzusetzen sei, und zwar könnte am füglichsten in den drei Reichskollegien das Werk beratschlagt, darüber die gewöhnlichen Reichsgutachten abgefaßt, der kaiserl. Kommission übergeben und nach erfolgter kaiserl. Approbation die also verglichene Notdurft in des Kaisers und Reiches Namen dem französischen Bevollmächtigten schriftlich übergeben und dessen schriftliche Antwort und Erklärung auf demselben Wege an die Reichsversammlung zurückgebracht werden. Dieses Reichsgutachten ist von K. Mainz dem kaiserl. Prinzipalkommissar übergeben worden.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 12./22. Januar 1683.

[Kaiserliche Approbation der Fortsetzung der Friedensverhandlungen, Mitteilung derselben an Verjus.]

Heute vor acht Tagen ist dem k. mainzischen Direktorium von der kaiserl. 22. Jan. Kommission ein Dekret[2]) insinuiert, in welchem sich der Kaiser damit zufrieden erklärt, daß die Friedensverhandlungen mit Frankreich hier weitergeführt würden, doch dürften dieselben nicht präzipitiert und müßte in allem mit Vorbehalt der kaiserl. Resolution und Approbation verfahren werden. Da durch diese kaiserl.

---

[1]) S. das Reichsgutachten vom 13. Januar 1683 (Londorp XI, S. 584; Pachner v. Eggenstorff II, S. 427).

[2]) S. das kaiserl. Kommissionsdekret vom 15. Januar 1683 (Londorp XI, S. 585; Pachner v. Eggenstorff II, S. 429).

Resolution die quaestio an in effectu ihre Richtigkeit erlangt hat, so hat das k. mainzische Direktorium davon sofort den fürstlichen Direktorien Mitteilung gemacht und ihnen zu bedenken gestellt, ob sie es nicht den übrigen Gesandten vortragen und überlegen wollten, was darauf an den französischen Bevollmächtigten zu bringen sei. Die fürstl. Directoria wollten sich dazu erst nicht verstehen, endlich vorigen Montag ist dieses kaiserl. Kommissionsdekret doch von Salzburg auch im Fürstenrat vorgestellt und ist darauf von allen drei Kollegien einmütig beschlossen worden,[1] daß diese kaiserliche Approbation der quaestio an dem französischen Bevollmächtigten durch die kaiserl. Kommission mitgeteilt werden solle. Der kaiserl. Prinzipalkommissar machte anfangs Schwierigkeiten, hat aber schließlich seinem Obermarschall diese Verrichtung aufgetragen.

Der französische Bevollmächtigte hat dem K. Mainzischen gesagt, es würde zu größerer Sicherheit der rheinischen Kurfürsten gereichen, wenn das kurfürstl. Kollegium sich, falls es von dem ganzen Reich nicht geschehen sollte, wegen der von seinem König offerierten Konditionen ante terminum gegen ihn so erböte, wie die desfalls gemachten kurfürstl. conclusa in sich hielten. Die kurfürstlichen Gesandten haben es ad referendum genommen, sie werden, wenn sie nicht zeitig genug Instruktion erhalten sollten, sich der Majorität konformieren.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 19./29. Januar 1683.

[Neue Mitteilung des Beschlusses über die Fortsetzung der Friedensverhandlungen an Verjus. Meinungsverschiedenheit zwischen den Kurfürstlichen und Fürstlichen über das einzuschlagende Verfahren.]

29. Jan. Weil man aus der Relation des Obermarschalls des kaiserl. Prinzipalkommissars, aus der Gegeninformation des französischen Bevollmächtigten und aus allen anderen Dingen wahrgenommen, daß letzterer die Intimation nicht für suffizient gehalten hat, andererseits aber aus dem der Relation hinzugefügten Anhang und auch aus einem neuen kaiserl. Kommissionsdekret[2] ersichtlich ist, daß der Kaiser auch ratione modi mit dem Reich und dem desfalls abgegebenen Gutachten einig ist, so hat man kurfürstlicherseits um so mehr für notwendig gehalten, dem französischen Bevollmächtigten sofort Nachricht davon zu geben, dabei auch ratione termini einen Anhang zu machen, und wenn die Fürstlichen darein nicht willigen sollten, es allein zu tun. Der K. Mainzische hat dieses

[1]) S. das Promemoria vom 18. Januar 1683 (Londorp XI, S. 586; Pachner v. Eggenstorff II, S. 429 f.).

[2]) S. das kaiserl. Kommissionsdekret vom 27. Januar 1683 (Londorp XI, S. 588; Pachner v. Eggenstorff II, S. 434).

den fürstl. Directoriis angezeigt, darauf ist sofort am Samstag in allen drei Kollegien beschlossen, daß die kaiserl. Kommission dem französischen Bevollmächtigten auch von der völlig resolvierten quaestio quomodo Nachricht geben solle. Noch an demselben Abend ist der kaiserl. Konkommissarius selbst zu dem französischen Bevollmächtigten gefahren und hat ihm die Mitteilung gemacht, wodurch das commercium zwischen diesem und der kaiserl. Kommission wieder eröffnet worden ist. Der Bericht[1]) über die Verrichtung des Konkommissarius bei Verjus ist auch in den Kollegien verlesen worden, auch letzterer hat ihm und anderen einen Bericht darüber mitgeteilt.

Die Fürstlichen meinen, daß auf Grund der zu Frankfurt projektierten Diskussion hier die Friedensunterhandlungen fortgesetzt werden sollen, die Kurfürstlichen dagegen, daß die am 1./11. Dezember 1682 von ihnen berichtete Re- und Korrelation zu reassumieren und zuzusehen sei, wie sich beide Kollegien über die kommunizierten conclusa vergleichen können. Das fürstl. Kolleg hat darauf beschlossen, auch in materialibus ein neues conclusum zu verfassen und zur Re- und Korrelation zu bringen.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 26. Januar / 5. Februar 1683.

[Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kurfürstlichen und den Fürstlichen. Mitteilung der Kurfürstlichen an Verjus.]

Die Versuche, zwischen dem kurfürstlichen und fürstlichen Kolleg einen 5. Febr.
Vergleich zu treffen, sind vergeblich gewesen. Die Fürstlichen meinen, da man in dem bekannten concluso die Klausel gesetzt, daß erst, wenn keine besseren Bedingungen in Güte zu erhalten, man auf die französischen Vorschläge Frieden schließen solle, so hätte man sich zuerst zu bemühen, bessere Bedingungen zu erhalten, dazu müßte man Traktaten abhalten. Dagegen haben die Kurfürstlichen ihnen remonstrieren lassen, dieses sei nicht der rechte Weg, um aus der Sache zu kommen, dieses wäre die Hauptursache davon, daß sich die Traktaten in Frankfurt zerschlagen, der französische Gesandte würde sich darauf ebensowenig hier wie dort einlassen, man sollte, wie zu Frankfurt schon unter der Hand gewesen, dem französischen Bevollmächtigten eine Offerte tun, um dadurch zu den Traktaten einen Ingreß zu machen, wozu aber noch zurzeit keiner der Fürstlichen sich instruiert befunden hat. Endlich ließ das kurfürstl. Kolleg vorschlagen, da der Termin am Sonntag abliefe, sollte die kaiserliche Kommission ersucht werden, dem französischen Bevollmächtigten zu melden, daß man zwar im Werk begriffen sei, in der Sache fortzufahren, daß man aber

[1]) S. Londorp XI, S. 587f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 435.

noch nicht hätte einig werden können, sich aber bemühen wollte, bald aus dem Werk zu gelangen. Damit haben die Fürstlichen und Städtischen sich verglichen, und hat der kaiserl. Konkommissarius dieses Anbringen am Sonntag bei Verjus getan.[1])

Mittwoch redete man im Fürstenrat weiter, wie die Konferenzsache fortzusetzen, und wurde gemeint, wenn die Kurfürstlichen nicht dem fürstl. concluso näher treten wollten, so sollten beide differente Meinungen in ein conclusum gebracht und dieses nach Re- und Korrelation dem Kaiser zugestellt werden. Die Kurfürstlichen aber haben beschlossen, zunächst an ihre Prinzipale deswegen zu referieren. Da sie Bescheid darauf am spätesten erhalten können, so werden sie sich sub rato mit den einkommenden mitrichten.

Auf Veranlassung von K. Mainz haben die Kurfürstlichem dem französischen Bevollmächtigten ihre Beschlüsse vom 28. Juni / 8. Juli, vom 13./23. November und vom 1./11. Dezember zugeschickt, derselbe hat geantwortet, es wäre ihm lieb, er wollte diese conclusa durch einen Expressen seinem König zuschicken, er zweifelte nicht, daß es guten und besseren Effekt haben würde, als wenn man mit der Diskussion die Sache angefangen hätte.

Der Kurfürst an v. Jena. D. Cöln 6./16. Februar 1683.

[Sein Festhalten an seiner bisherigen Politik. Wunsch, daß die Verhandlungen mit Frankreich beschleunigt werden, Befehl, durch sein Verhalten gegen Verjus keinen Anlaß zum Mißtrauen zu geben.]

16. Febr. — Nun ist Euch unsere Intention und wie sehr wir den Schluß und die Endschaft dieser Negotiation verlangen, gnugsam bekannt, und gleich wir[2]) dabei einen Weg als den andern unverändert und beständig verharren, also habet Ihr Euch in Euren votis darnach untertänigst zu achten und dabei niemanden zu einiger Aenderung die geringste Apparenz oder Hoffnung zu geben, zumalen bei denen jetzigen Läuften, und da von verschiedenen Orten von einiger Aenderung in unsern consiliis und bisherigen Mesuren allerhand, wiewoll unbegründete Spargimenten und ertichtete Zeitungen herumbgeschrieben und ausgebracht werden, wie Ihr dann von solcher unserer beständiger Intention in denen publicis votis ein und anders vorzustellen Gelegenheit und Anlaß nehmen könnet.

---

[1]) S. die Proposition Mey's und die Antwort Verjus' (dict. 1. Februar/ 22. Januar 1683) Londorp XI, S. 588; Pachner v. Eggenstorff II, S. 435.

[2]) Vgl. das Reskript an Spanheim von demselben Tage oben S. 460f.

Was wir deswegen und sonsten an unsern Schwerin rescribiret,[1]) solches zeiget der copeyliche Beischluß, wornach Ihr Euch Eures Ortes auch zu achten und alles, was zu Beforderung des Friedens immermehr gereichen kann, Eures Teils willig und ohne einziges ander Absehen beizutragen habt, wie wir dann keine Ursach sehen, welche Euch abhalten konnen, dasjenige, was nomine collegii Electoralis an den frantzösischen Plenipotentiarium Comte de Cressy zu bringen von Ch. Mayntz und anderen gutgefunden und proponiret worden, unseretwegen pure mit zu approbiren. Es würde auch außer Zweifel die Tractaten sehr befordern, wenn es nomine Imperii dahin gebracht werden könnte, daß man sofort und ohne einige Weiterung zur Sache selbsten schritte und an Franckreich eine würkliche Offerte täte. Wir wollen nicht hoffen, daß man an I. Keys. M. Seiten von dem Reichsschlusse abgehen und andere Materien in diese Handlung vermischen, absonderlich wegen der italienischen, spanischen und anderer auswertigen interesse solche traisniren oder mit unnotigen und weitläuftigen Discussionen die Sache aufhalten werde, und habt Ihr dieserwegen mit denen Wollintentionirten auch die Notturft ferner und auf alle dienliche Weise und Art zu beobachten. —

P. S. Auch weil wir von Paris[2]) und sonsten ein und ander Nachricht bekommen, als wann Ihr Eure bisherige Art und Manier von Conversation mit dem Comte de Cressy dergestalt und so merklich geändert, daß dieser daraus gar eine froideur deuten und andere solches als eine Aenderung in unsern consiliis auslegen und sich nicht wenig damit flattiren sollen — als befehlen wir Euch gn., daß Ihr — durch Euer Comportement und Conduite zu keinen dergleichen Ombragen und unbegründeten Spargimenten Ursach gebet.[3])

---

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 82 (S. 1491); v. Orlich II, S. 496ff.; Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1052ff.

[2]) S. die Relation Spanheims vom 29. Januar 1683 oben S. 456.

[3]) J. antwortet darauf 16./26. Februar 1683, er könne sich nicht erinnern, daß er Verjus oder anderen durch sein Komportement die geringste Ursache zum Mißtrauen gegeben habe, derselbe habe dergleichen auch gegen ihn nicht merken lassen, sondern vielmehr kontestiert, daß er mit seiner Konduite zufrieden sei, er sei neulich mit seiner Gemahlin sein Gast gewesen und habe ihm vertrauliche Mitteilungen gemacht. Jene Gerüchte gingen von der Gegenpartei aus, die dadurch die Gemüter irre zu machen suche. Kf. erwidert darauf 24. Februar / 6. März 1683, er solle zwar seinen ihm bekannten consiliis beständig inhärieren, aber sich auch gegen die andere Partei mit allem Glimpf, Moderation und Behutsamkeit betragen, so daß keinem Teile zu Schöpfung unzeitiger Ombrage Anlaß gegeben werde.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Cöln 17./[27.] März 1683. (Conc. Meinders.)

[Unmöglichkeit, der dem Reiche drohenden doppelten Gefahr zu widerstehen. Befehl, auf einen Vergleich mit Frankreich zu dringen.]

27. März Er vernimmt mit nicht geringer Verwunderung, daß, obwohl die Türkengefahr mehr und mehr zugenommen hat, gleichwohl auf die dagegen zu ergreifenden wahrhaften Mittel, Stiftung eines innerlichen Vernehmens in der Christenheit und Versicherung des Reiches gegen die benachbarte, in so formidabler Verfassung stehende Krone Frankreich, so wenig gedacht und die Friedenshandlung dort so kaltsinnig getrieben wird.

Wir unsers Orts sind bei so bewandten Umbständen vor des l. Vaterlandes Wollfahrt und wie dieselbe annoch zu erhalten nicht wenig besorget, wollen auch nicht ermangeln, alles das noch ferner zu tun, was zu desselben Salvirung einiger Gestalt gereichen kann, befehlen Euch auch hiemit in Gnaden,[1]) nicht allein in unsren votis sowoll in Collegio Electorali als Principum die dem Reich bevorstehende doppelte Gefahr, die pur lautere Unmüglichkeit, derselben zugleich zu widerstehen, und daher entspringende inevitable Necessität, mit der Cron Franckreich sich so schleunig und auf so gute conditiones als müglich zu vergleichen, mit allen behörigen Umbständen aufs beweglichste nochmalen vorzustellen, sondern auch sowoll bei denen kaiserlichen ministris als denen übrigen Gesandten durch absonderliche Zusprache in ihren Häusern eben dergleichen remonstrationes nach Befinden zu tun, auch Euch beiderseits dahin zu bearbeiten, daß von anderen Wollgesinnten dergleichen geschehen und die Friedenshandlung mit Franckreich nunmehr mit Ernst vorge-

---

[1]) Schon am 23. Januar/[2. Februar] 1683 hatte Kf. (s. Pufendorf XVIII, § 88 S. 1467 f.) der Gesandtschaft geschrieben: „Befehlen Euch hiemit in Gnaden, sowohl bei Ablegung unserer votorum in publico als sonsten bei allen Gelegenheiten das Werk mit allem Ernst und Eifer dahin unterbauen zu helfen, daß man den kürzesten und geradesten Weg in dieser Sache gehen und bei der dem Reiche ab oriente et occidente anscheinenden Gefahr sich sobald möglich an einer Seite in behörige Sicherheit stellen möge, umb an der anderen des Reichs und der allgemeinen Christenheit Bestes umb so viel besser und nachdrücklicher beobachten zu können.“

nommen und so gut als bei dem jetzigen schlechten und gefährlichen Zustand des Reichs zu erhalten, festgestellet, auch alle unnötige — Weitläufigkeit dabei abgeschnitten werden möge. —

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 27. April / 7. Mai 1683.

[Sie haben veranlaßt, daß von den Kurfürstlichen über eine Erwiderung auf das von dem Prinzipalkommissar übergebene anzügliche Schreiben der Fürstlichen beraten wird.]

Da das kurfürstl. Kolleg auf die neue Instanz des fürstlichen erklärt hat, 7. Mai
von seinem früheren Konklusum nicht abgehen zu können, so hat dieses den kaiserl. Prinzipalkommissarius ersucht, seine officia bei dem kurfürstlichen zu interponieren, ob dieses etwa auf andere Gedanken gebracht werden könnte, damit man in der Güte aus der Sache gelangen könnte, oder aber, ob es zur Inserierung beider diskrepanter Meinungen in ein commune conclusum disponiert werden möchte. Dieses ist auch geschehen, der Bischof von Eichstätt hat vorgestern den K. Mainzischen zu sich gebeten, ihm dieses alles angezeigt und auch zu verstehen gegeben, daß der Kaiser sonst andere mesures nehmen müßte, er hat auch den ihm von den Fürstlichen pro memoria übergebenen Aufsatz dem K. Mainzischen zugestellt. Als dieser die Sache im kurfürstl. Kolleg vortrug, waren die anderen der Meinung, das communicatum sei an die Prinzipale zu schicken und Befehl darüber einzuholen, sie aber haben zu bedenken gegeben, es seien allerhand schwere imputationes darin, ein minister könnte dieselben nicht so schlechter Dinge ad referendum nehmen, sondern wäre verpflichtet, seines Herrn Intention zu justifizieren. Man hätte das Memorial entweder mit Glimpf zurückzugeben oder wenigstens förmlich darüber zu konsultieren und den kaiserl. Prinzipalkommissar zu ersuchen, den Fürstlichen zuzusprechen, damit diese der Meinung der Kurfürstlichen accedierten. Dabei blieb es, und man wird heute oder morgen ordentlich davon reden.[1])

---

[1]) Am 4./14. Mai berichten sie, daß dieses geschehen sei und daß die Majorität beschlossen habe, in einem Memorial auf den Aufsatz der Fürstlichen zu antworten, die darin enthaltenen harten Ausdrücke gebührend zu ahnden und diese Erwiderung dem Prinzipalkommissar zuzustellen. Am 11./21. Mai melden sie, die Sache sei dadurch in einen anderen Stand gekommen, daß letzterer das fürstliche Memorial zurückbegehrt, sich entschuldigt und gebeten habe, von einer Erwiderung auf dasselbe abzustehen, dazu seien auch die Kurfürstlichen bereit, doch wollten sie sich nicht übereilen und die Sache doch, wenn auch ohne es aufs Papier zu bringen, ahnden.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 29. Juni / 9. Juli 1683.[1])

[Das neue Kommissionsdekret.]

9. Juli Der kaiserliche Prinzipalkommissar hat dem K. Mainzischen ein Dekret [2]) zur sofortigen Diktatur mitgeteilt, betreffend das Friedenswerk mit Frankreich. Es ist großenteils aus der Frankfurter Deduktion genommen, ist sonst etwas scharf eingerichtet und enthält ziemlich starke comminationes. Der Kaiser verlangt über diese Proposition ein ungesäumtes Reichsgutachten oder sonstige Vorschläge, wie zu dem Friedenswerk zu gelangen.[3])

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 5./15. Juli 1683.

[Die Türkengefahr. Das darauf bezügliche kaiserliche Kommissionsdekret.]

15. Juli Der kaiserliche Prinzipalkommissar hat infolge der bösen Zeitung von Wien seine beabsichtigte Reise aufgegeben und auf kaiserlichen Befehl durch den Konkommissarius dem französischen Botschafter von der Gefahr Nachricht geben

[1]) J. schreibt an demselben Tage in der Reichstagszeitung: Das kaiserliche Kommissionsdekret laute ganz anders als die vorlängst von dem kurfürstlichen Kolleg gefaßten Beschlüsse, das Reich solle sich nicht absonderlich mit Frankreich vergleichen, sondern zugleich ein Frieden in der ganzen Christenheit gestiftet werden. Die französische Frankfurter Proposition (s. oben S. 694) werde nicht nur gänzlich verworfen und man fordere nicht nur Rückgabe alles dessen, was Frankreich seit dem Nimwegener Frieden okkupiert habe, sondern auch Ersatz für den dadurch angerichteten Schaden, und man drohe am Ende sogar mit Krieg. Die meisten zweifelten, ob die Konjunkturen so bewandt seien, daß man dergleichen publizieren dürfte. Wenn man den Türken aus Ungarn vertrieben hätte und mit der Armee bei Adrianopel stände und ein paar stattliche Armeen jenseits des Rheins Posto gefaßt hätten, ließe sich wohl so sprechen, jetzt aber, wo man das Seine in Ungarn nicht maintenieren könne, ließe sich kein neuer Krieg anfangen. Männiglich verwundere sich auch, warum bei solchem Zustande der Dinge die Alliierten des Kaisers keine Völker nach Ungarn schickten und warum keine Hilfe gegen den Türken begehrt werde. Vgl. Pufendorf XVIII, § 89, S. 1469.

[2]) S. Pachner v. Eggenstorff II, S. 458ff.

[3]) Kf. erwidert darauf 10./20. Juli 1683, die Erblande des Kaisers seien in solcher Gefahr, daß ihre Defension auf die bisherige Weise nicht werde bewerkstelligt werden können. Das einzige Mittel dazu sei, die Traktaten mit Frankreich ernstlich

und ihn ersuchen lassen, von seinem König das Versprechen zu erwirken, während dieses Türkenkrieges weder den Kaiser noch die Reichsstände an der Gegenwehr gegen die Türken hindern zu wollen. Auf Grund des darauf bezüglichen Kommissionsdekrets[1]) ist in beiden Kollegien beschlossen worden, die vom Kaiser verlangte Hilfeleistung den Prinzipalen bestens zu rekommendieren. Im Kurfürstenrat hat man auch vorgestern von dieser großen Türkengefahr und dem den österreichischen Landen drohenden Untergang diskurriert, diejenigen Gesandten, die auf die Annahme der französischen Proposition bisher gestimmt, sind um so mehr bei ihren votis und hierüber gemachten conclusis verblieben, weil dieses fast der einzige Weg sei, sotanen Frieden zu erhalten und das Reich zu retten. Der K. Bayrische und K. Sächsische haben es ad referendum genommen. Da der Kaiser und alle vornehme ministri sich in Konfusion von Wien retiriert, der Schrecken und das Flüchten in Österreich überaus groß ist und sich bis hieher zieht, wollen auch hier etliche bereits anfangen, auf ihre Retirade zu denken.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 13./23. Juli 1683.[2])

[Die Beschlüsse der drei Kollegien in betreff der Türkengefahr.]

Über das kaiserliche Kommissionsdekret hat man im kurfürstlichen und im fürstlichen Kolleg deliberiert, man hat aber in beiden votiert, daß man hierüber nicht mit Spezialinstruktion versehen sei, die Kurfürstlichen haben wieder auf Annahme der französischen Proposition gedrungen, was auch diejenigen im Fürstenrat taten, welche es bisher mit dem kurfürstlichen Kolleg gehalten. K. Bayern hat in beiden Kollegien unverzügliche Hilfeleistung an den Kaiser verlangt und selbst resolviert 8—9000 Mann zu schicken. Ein Konklusum ist noch nicht abgefaßt, sondern es sind nur die Erklärungen[2]) der beiden Collegia gegen einander ausgewechselt worden. Das kurfürstliche enthält, man könnte, da man noch keine Instruktion über die beiden letzten kaiserlichen Dekrete erhalten, nur die vorher durch das K. Mainzische Direktorium mündlich mitgeteilte Erklärung wiederholen, man zweifelte nicht, daß allerseits Prinzipalen 23. Juli

vorzunehmen und zum Schluß zu befördern. Da nach dem kaiserlichen Kommissionsdekret noch schlechte Disposition dazu zu sein scheine, so sollten sie dieses in beiden Kollegien mit dem nötigen Nachdruck vorstellen. Er habe deswegen auch an K. Sachsen geschrieben und erwarte mit Verlangen, ob nicht diese große Gefahr endlich dem kaiserlichen Hofe die Augen öffnen und zur Änderung seiner Konduite Anlaß geben werde.

[1]) S. dieses Dekret vom 2./12. Juli 1683 Londorp XI, S. 615f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 462f.

[2]) S. diese Erklärungen Londorp XI, S. 617.

auf die Türkengefahr die nötige Reflexion machen würden, indessen wäre das Friedensnegotium mit Frankreich ohne Verzug zu befördern. Die Erklärung des Fürstenrats ist eiusdem tenoris und auch die Städtischen haben erklärt, sie seien gleicher Meinung.

Der Kurfürst an die Regensburger Gesandtschaft. D. Potstam 21./[31.] Juli 1683. (Conc. Meinders.)

[Auf die Relation vom 13./23. Juli. Seine Antworten an den Kaiser und an K. Sachsen. Notwendigkeit des Friedenschlusses mit Frankreich.]

31. Juli — Wohin Unsere hiebei führende Gedanken gehen und was Wir für die Rettung des l. Vaterlandes in dieser allgemeinen Not zu tuen gemeinet sein, solches habt Ihr aus beikommenden Abschriften Unserer sowoll an I. Kays. M.[1]) selbsten als auch Chur-Sachsens[2]) Ld. jüngster Tagen abgelassenen Antwortschreiben mit mehrerem zu ersehen, auch nach deren Inhalt Eure vota einzurichten, dabei aber auch gebührend vorzustellen, daß, weilen man die Defension des Reichs gegen den Erbfeind unmüglich mit Succes und benötigter Sicherheit würde fortsetzen und die gesambte Reichsmacht dazu employren können, wann man nicht zugleich mit der Cron Frankreich sich vergleichen und solchergestalt wegen aller besorgenden Unruhe ab occidente versichert sein sollte, also notwendig auf den Frieden mit selbiger Cron ferner würde zu gedenken und derselbe so gut als müglich mit dem ehisten festzustellen sein, alsdann man mit vereinigter Macht und so viel mehrerer Securität und Freudigkeit wieder den Türken wird agiren und desselben blutdürstigen Vorhaben nachtrücklichen Wiederstand tuen können, wozu Wir denn, falls es nur Unsere Leibes-Constitution wird erleiden wollen, in eigener hohen Person concurriren, sonsten aber doch mit aller Macht und Kräften das Unserige dabei tun werden.[3]) —

---

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1072.

[2]) S. v. Raumer, Histor. Taschenbuch N. F. IX S. 228ff. und unten. Vgl. Pufendorf XVIII, § 95 (S. 1473f.); Klopp, Das Jahr 1683 und der große Türkenkrieg S. 266ff.).

[3]) Kf. übersendet den Gesandten (d. Potstam 24. Juli/[3. August] 1683) sein Reskript an den Fürsten von Anhalt betreffend die von Frankreich eingelaufene Deklaration (s. Londorp XI, S. 618ff.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 464ff.) und weist sie an, danach ihre vota abzulegen und durch alle beweglichen Vorstellungen, doch unter Vermeidung aller choquanten termini, darauf zu dringen, daß sein treugemeinter Vorschlag angenommen und zufolge dessen der Vergleich mit Frankreich vor Ablauf des von diesem gestellten Termins getroffen werde.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 3./13. August 1683.

[Beratung im kurfürstl. Kolleg, Untätigkeit des fürstlichen, Erklärung des französischen Gesandten.]

Sie haben das von Kf. ihnen Anbefohlene bei der vorgestrigen Umfrage 13. Aug. im kurfürstl. Collegio über das französische Memorial vorgestellt, es ist aber noch kein Konklusum abgefaßt worden, der K. Bayrische entschuldigte sich mit mangelnder Instruktion, der K. Sächsische ist nicht hier, K. Mainz führte verschiedene rationes an, warum von den von dem König von Frankreich vorgeschlagenen beiden Alternativen mehr auf das armistitium als auf das andere zu reflektieren sei. Der Fürstenrat hat sich schon etzliche Wochen nicht in das gewöhnliche Konklave begeben, sie haben sowohl durch K. Mainz als auch selbst bei den Direktorien erinnert, daß man dort ebenfalls darüber deliberieren möchte, aber ohne Erfolg, sie haben aber den fürstlichen Gesandten in particulari von dem von Kf. empfangenen Befehl Nachricht gegeben. Auch dort scheinen viele mehr zu dem armistitium zu inklinieren.

Der französische Bevollmächtigte hat dem K. Mainzischen und anderen anzeigen lassen, sein König bestände darauf, daß noch in diesem Monat die Resolution auf seine Deklaration einkomme, sonst werde er in dem fortfahren, was sein und seiner Alliierten Interesse erfordere.[1])

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potstam 14./24. August 1683.

[Auf die Relation vom 6./16. August. Besorgnis, daß der Kaiser den Friedensschluß zu vereiteln suchen werde, Vorschlag, daß die Reichsstände dann für sich mit Frankreich einen Vergleich schließen sollten.]

Er hat mit Freuden ersehen, daß das kurfürstl. Kolleg in dem Friedenswerk ein so heilsames Konklusum gemacht hat, hofft, daß auch das fürstl. Kolleg ungeachtet der Opponenten dahin gedeihen wird, fürchtet aber, daß man am 24. Aug.

[1]) Am 6./16. August übersenden sie das kurfürstliche Konklusum (s. Londorp XI, S. 622f.), am 13./23. August berichten sie, daß das kurfürstliche Kolleg wegen der Langsamkeit der Beratungen im Fürstenrat ein Schreiben an den Kaiser wegen Fesstellung des Friedens mit Frankreich vor Ablauf des Termins habe abgehen lassen, am 20./30. August melden sie, daß auch das fürstliche Kolleg ein Konklusum (s. Londorp XI, S. 623) gemacht, daß aber beide Kollegien sich noch nicht hätten vergleichen können.

kaiserlichen Hofe solche Conclusa zu eludieren suchen, den Termin unverrichteter Sache verstreichen lassen und so das Reich der äußersten Gefahr exponieren wird. Sollte dieses geschehen, so sollen sie mit den wohlgesinnten Ständen überlegen, ob die Stände nicht für sich einen Vergleich mit Frankreich zu treffen und sich so dem bevorstehenden Untergang zu entziehen hätten. Dieses würde um so weniger verdacht werden können, da der kaiserliche Hof klärlich blicken läßt, daß es ihm mehr um das Interesse auswärtiger Potentaten als um die Konservation des Reiches zu tun ist, und da im äußersten Notfall jeder Stand auf seine Rettung bedacht sein muß.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 24. August/3. September 1683.

[Zustandekommen eines Reichsgutachtens, Mitteilung desselben an den französischen Gesandten, dessen Antwort. Ankunft Windischgrätz'.]

3. Sept. Es ist glücklich dahin gebracht worden, daß die beiden höheren Collegia sich quoad quaestionem an wegen des von Frankreich vorgeschlagenen armistitii verglichen haben und ein commune conclusum[1]) vereinbart worden ist, wobei jedoch die Fürstlichen großenteils bedungen haben, daß durch das Wort quomodo nichts anderes als alle künftige bei dem armistitio noch abzuhandelnden conditiones verstanden werden sollten, die Reichsstädtischen haben sich auch mit den beiden höheren Kollegien verglichen, und darauf wurde beschlossen, durch den Konkommissarius noch an demselben Tage, dem letzten, dem französischen Bevollmächtigten mündlich mitteilen zu lassen, daß man ratione quaestionis an in allen drei Reichskollegien auf ein armistitium affirmative geschlossen habe und darüber ein Reichsgutachten an den Kaiser abfassen werde, und ihn zu ersuchen, seine officia bei dem Könige dahin anzuwenden, daß den Traktaten eine solche Zeit gelassen werde, binnen welcher auch das Reich sich mit dem Kaiser über eines und anderes vergleichen könnte. Im Kurfürstenrat war man überdies noch einmütig der Meinung, der K. Mainzische sollte an demselben Tage zu dem französischen Botschafter sich begeben und ihm das Konklusum zustellen. Beides ist geschehen. Dem Konkommissarius hat Verjus geantwortet, er wollte dem Könige Anzeige davon machen und seine möglichsten officia anwenden, er fürchtete aber, es werde schlechten Effekt haben, da die Sache noch nicht ausgemacht sei und das Reich sich die Hände noch offen hielte, der König daher auch werde frei sein und seine Konvenienz beobachten wollen. Er hätte zwar von dem König Ordre, noch 6, 8 oder 10 Tage über den Termin zuzuwarten, aber nur, damit in der Zeit die Traktaten geschlossen werden könnten, er hoffte also, das Reich werde innerhalb dieser Zeit das Werk völlig schließen. Dem

[1]) S. Londorp XI, S. 625.

K. Mainzischen hat er gesagt, er wüßte nicht, ob der König mit dieser Erklärung zufrieden sein würde, er hätte Befehl, durch den Kurier, welcher dem König die Resolution des Reichs überbringen sollte, auch einigen Generalen in Straßburg Nachricht zu geben, ob so, wie der König es verlangt, geschlossen worden sei. Nun wüßte er nicht, wie er diesen Generalen schreiben sollte; da das Reich sich super quaestione quomodo et quando noch eine offene Hand vorbehielte, so könnte sich auch der König nicht vinkulieren lassen.

Vorgestern wurde das Reichsgutachten[1]) über diese Materie von K. Mainz den Kollegien kommuniziert und von diesen gebilligt.

Am 31. August ist Graf Windischgrätz hier angelangt, er hält sich noch inkognito auf, der Kommissarius hat zu dem K. Mainzischen gesagt, er werde als Interims-Prinzipalkommissarius hier sein, in dem kaiserlichen Schreiben[2]) aber steht nur, er sei vom Kaiser zu Verstärkung der Kommission abgefertigt. Sie fragen an, wie sie sich in betreff der Zerimonialien gegen ihn verhalten sollen.

Der Kurfürst an die Gesandtschaft zu Regensburg. D. Cöln 2./12. September 1683. (Conc. Fuchs.)

[Auf die Relation vom 24. August / 3. September. Mahnung zu ernstlicher Fortsetzung der Friedensverhandlungen. Befehl, in den Zerimonialfragen an den kurfürstlichen Prärogativen festzuhalten.]

Da in dem Konklusum nur die quaestio an affirmative decidiert, die Quä- 12. Sept.
stionen quamodo und quamdiu aber auf fernere Behandlung ausgestellt sind, so ist alles noch in voriger Ungewißheit. Er fürchtet, daß Frankreich sich auf diese Weise nicht weiter wird amusieren lassen, sondern, wenn es verspüren wird, daß bei den Traktaten kein rechter Ernst zu hoffen ist, in kurzem losbrechen und mit den Waffen dieselben poussieren wird. Sie sollen in seinem Namen auf das dringendste zu ernstlicher Fortsetzung der Traktaten mahnen, dabei aber kontestieren, daß Kf. zu solchen Exhortationen gar nicht aus Liebe zu einem auswärtigen fremden Interesse, sondern aus wahrhafter Sorgfalt für das Vaterland und dessen Konservation bewogen werde.

Die Zerimonialien mit Graf Windischgrätz anbetreffend, haben sie den kurfürstlichen Präeminentien nichts zu vergeben, sondern dieselben honores, die das kurfürstl. Kolleg früher bei dergleichen Begebenheiten gefordert, zu prätendieren und nicht mehr, als die vorige Observanz mit sich bringt, der kaiserl. Kommission einzuräumen. Die übrigen dortigen Kurfürstlichen haben sie zu gleichem Verhalten zu animieren, und, wenn diese hierin etwas nachgeben

---

[1]) S. Londorp XI, S. 625; Pachner v. Eggenstorff II, S. 469.

[2]) D. Passau 23. August 1683 (Pachner v. Eggenstorff II, S. 469 f.).

sollten, sich von ihnen darin zu separieren. Sie sollen auch diese, besonders die Wohlgesinnten, dahin disponieren, daß sie dem, was ihnen wegen der Friedenshandlung anbefohlen ist, beistimmen und es mit ihren votis zugleich mit treiben.[1])

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potstam 29. November/[9. Dezember] 1683.

[Befehl, auf Abschluß des Waffenstillstandes zu dringen, die hauptsächlichsten Bedingungen eines solchen.]

9. Dez. Er hat ihnen Abschriften des von ihm an den **Kaiser**[2]) und an seine Mitkurfürsten wegen Feststellung des Friedens oder armistitii mit Frankreich abgelassenen Schreibens zugesandt und ihnen befohlen, sich danach zu richten und sich zu bemühen, daß man, da nunmehr die höchste Gefahr vor Augen steht und Frankreich zu dem bisherigen Trainieren nicht weiter stille sitzen will, mit Ernst die Traktaten vornehme. In dem Schreiben an den Kaiser hat er weitläufig und mit gutem Grunde vorgestellt, wie man jetzt sowohl zu einer allgemeinen als auch sicheren und beständigen Ruhe in der Christenheit gelangen könne und daß die jüngste französische Deklaration zu dem ersteren die Tür geöffnet, indem der König von Frankreich sich erboten hat, mit Spanien und dem Reich zu gleicher Zeit zu handeln und zu schließen. Wegen exakter Observanz dessen, wessen man sich endlich vereinigen wird, kann er auch

[1]) Jena meldet 2./12. November, die publica negotia ständen abermals still, an den Grafen **Windischgrätz** sei von der Reichsversammlung noch nichts gebracht worden. Es stoße sich an der solennen Deputation, zu der das kurfürstliche Kolleg sich nicht habe verstehen wollen, während das österreichische Direktorium keinen anderen modus belieben wolle. Die Traktaten mit Frankreich blieben auch in suspenso. Am 7./17. Dezember berichtet er, die Kurialien, deren man sich in dem Reichsgutachten an **Windischgrätz** zu gebrauchen habe, seien zwischen den Kurfürstlichen und Fürstlichen noch unverglichen. Wenn aber auch das Kurfürstenkolleg sich in dieser Materie akkommodierte, so würde doch bald wieder ein Prätext auf die Bahn gebracht werden, das negotium pacis oder armistitii aufzuhalten und zu suchen, die militärische Verfassung oder gar die Ruptur zu befördern. Keine von beiden Parteien, weder die friedliebende noch die kriegerische, werde ihr Intent erreichen, sie würden sich gegenseitig hindern, falls nicht der kaiserliche Hof seine bisher geführten Gedanken ändere. Da von dem übermäßig verzögerten und daher fast verwirrten Reichstag nicht wohl zu hoffen stehe, daß von ihm der Frieden stabiliert oder für die Sicherheit des Reiches genügend gesorgt werden sollte, so wäre rätig und nötig, den kurfürstlichen Verein zu renovieren und einen Kollegialtag nicht so sehr wegen der kurfürstlichen Präeminenzen als wegen der Konservation des gesamten Vaterlandes abzuhalten.

[2]) S. v. **Orlich** III, S. 331 ff.

nicht begreifen, was für eine andere Sekurität man von Frankreich desiderieren könne als die von demselben offerierte Garantie aller Puissancen in Europa, und er hofft, man werde sich nun seitens des Reiches etwas näher zum Ziele legen und den Schluß der Traktaten nicht weiter esloignieren. Sollte es bei dem Reich und allen Kollegien nicht dahin zu bringen sein, so haben sie sich doch zu bemühen, daß man wenigstens in dem kurfürstl. Kolleg wie auch bei ein und anderen Fürstlichen bei der bisherigen guten Intention verbleibe und das vorgeschlagene armistitium mit Frankreich auf 30, 25 oder 20 Jahre annehme, wobei man etwa folgende conditiones zu bedingen haben würde:

1. daß Frankreich bei währendem armistitio das Reich und dessen Stände sub nullo praetextu weiter inkommodierte,

2. daß den innehabenden und interimsweise cedierten Orten die Freiheit der evangelischen, sowohl reformierten als lutherischen Religion, wie auch sonst ihre in politicis habende privilegia und Gerechtsamkeiten nach Inhalt des Instrumenti pacis gelassen,

3. dasjenige, was vom Reich post 1. August 1682 oder nach Abreise der französischen Gesandten aus Paris außer der Stadt Straßburg noch weiter okkupiert oder reuniert worden, wieder abgetreten werde, und müßte nicht allein

4. wegen gänzlicher Hinlegung aller Kontroversien zwischen dem Reich und Frankreich zeitwährenden armistitii die Handlung aequis modis fortgesetzt, sondern auch überlegt werden, ob nicht

5. wegen einer Garantie gegen die dissentierenden Stände, wenn dieselben durante armistitio die Sachen in Weitläufigkeit setzen und Krieg anfangen wollten, etwas zu verabreden.

Er hofft, die übrigen Kurfürstlichen und ein Teil der Fürstlichen werden auf seine an ihre Prinzipalen abgelassene Schreiben genügend instruiert sein, und er erwartet mit Verlangen, wie weit man die Sache dort zu Herzen nehmen und ihr werde remedieren wollen.[1])

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 11./21. Januar 1684.

[Das in dem Zerimonialstreit vorgeschlagene Auskunftsmittel. Mitteilungen Verjus'. Das Intercessionsschreiben für die ungarischen Evangelischen.]

Gegen den letzten Vorschlag der Kurfürstlichen, in den Reichsgutachten zu setzen: Der höchstansehnlichen kaiserl. Kommission, dem Hochwürdigsten usw. 21. Jan.

[1]) Die Gesandten antworten darauf 14./24. Dezember 1683, infolge der beweglichen Vorstellungen, welche sie nach Anleitung des Reskriptes des Kf. im kurfürstlichen Kolleg gemacht, hätte die Majorität desselben beschlossen, ein Schreiben wegen schleunigen Abschlusses des Waffenstillstandes an den Kaiser abgehen und dem französischen Bevollmächtigten Nachricht davon geben zu lassen, das letztere sei schon geschehen.

kaiserl. Prinzipalkommissario und dann dem Hoch- und Wohlgeborenen usw. kaiserl. Mitprinzipalrepräsentanten und daß, wie die Reichsgutachten an beide gerichtet, so auch die Kommissionsdekrete künftig in beider Namen ausgefertigt werden sollten, haben die Fürstlichen anfangs wieder Einwendungen erhoben, da die Kurfürstlichen aber bei ihrer Meinung verblieben sind, so scheint es jetzt bei dieser verbleiben zu sollen,[1]) wodurch man behauptet, daß der kaiserl. Prinzipalkommissar ein Reichsfürst sein müsse.

Verjus hat dem K. Mainzischen angezeigt, daß der König von Frankreich auf seine Nachricht von dem Beschlusse des kurfürstl. Kollegs erklärt habe, er zweifelte an der guten Intention der Kurfürsten nicht, V. sollte vernehmen, was an ihn wegen des Waffenstillstandes gebracht werden möchte. In Diskursen hat er gesagt, es würde das beste sein, die vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen, es möchte hernach je länger je schwerer und schlimmer werden, da der König große Depensen machen müßte. Wegen der Prolongation des Termins hätte der König an ihn nichts geschrieben, er zweifelte aber nicht, es werde bei dem verbleiben, was Graf d'Avaux[2]) im Haag erklärt hätte.

Der K. Sächsische trug aufs neue sämtlichen Evangelischen sehr beweglich vor, das vorgeschlagene Intercessionsschreiben für die Evangelischen in Ungarn an den Kaiser abzulassen. Obwohl die meisten meinten, man sollte damit bis auf weitere Nachricht vom kaiserl. Hof warten, ist doch endlich, nachdem sie das Expediens vorgeschlagen, man sollte darin sein Vergnügen über den Entschluß des Kaisers, die Evangelischen in ecclesiasticis zu restituieren, bezeugen und die Vollstreckung und eheste Exekution desselben rekommendieren, beschlossen worden, dieses zu tun und ist das Schreiben[3]) schon expediert worden.

---

[1]) S. das in dieser Weise adressierte Reichsgutachten vom 24. Januar 1684, in welchem dem Kaiser zu dem Entsatz von Wien und den anderen Siegen über die Türken gratuliert wird (Londorp XII, S. 65; Pachner v. Eggenstorff II, S. 474). In der Zeitung vom 25. Januar / 4. Februar 1684 berichtet J., er habe diese Woche gute Gelegenheit gehabt, mit dem Grafen Windischgrätz lange zu reden und mit ihm bekannt zu werden. Die Ostern anwesenden Grafen und Freiherren und ihre Damen hätten ihn und seine Frau zu ihren Gesellschaften gezogen, auch in voriger Woche sich in seinem Hause lustig gemacht, wo sich die Fräulein als Bürgermägde, doch kostbar, verkleidet hätten. Auch Graf Windischgrätz, obwohl am Podagra leidend, sei mit Frau und Tochter dabei gewesen und habe lange mit ihm geredet, versichert, der Kaiser sehe die Traktaten mit Frankreich gern befördert und er sei mit genügenden Vollmachten dazu versehen, und habe über das Unwesen in den spanischen Niederlanden räsonniert und über die gescholten, welche Spanien zu der Ruptur geraten hätten.

[2]) S. Négociations de Monsieur le Comte d'Avaux en Hollande II, S. 95f.

[3]) S. dieses Schreiben vom 9./19. Januar 1684 bei v. Schauroth, Vollständige Sammlung aller Conclusorum des hochpreislichen Corporis Evangelicorum II, S. 24ff. Vgl. Krauske, Der Große Kurfürst und die protestantischen Ungarn (Hist. Zeitschr. LVIII, S. 465ff.) und Landwehr, Die Kirchenpolitik Friedrich Wilhelms des Großen Kurfürsten, S. 94.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 15./25. Februar 1684.

[Verhandlungen zwischen Mey und Verjus. Neues kaiserl. Kommissionsdekret.]

Man ist zwar hier auf dem Rathause beisammen gewesen, es ist aber 25. Febr. nichts publice vorgenommen worden, weil die kaiserl. Kommission gemeint, man müßte erst die Erklärung des französischen Bevollmächtigten über den Inhalt des bekannten Memorials[1]) erfahren. Es ist deshalb mit demselben konferiert worden und ist der kaiserl. Konkommissarius Mey vorigen Samstag mit ihm zusammengekommen, sie haben die beiderseitigen Vollmachten ausgetauscht und darauf hat Mey dem französischen Bevollmächtigten den Inhalt jenes Memorials vorgetragen. Als sie Dienstag wieder zusammenkamen, hat Mey demselben dieses Memorial lateinisch extradiert, worauf Verjus geantwortet und auch Erinnerungen bei den Vollmachten vorgebracht und sie endlich beiderseits gemeint haben, es werde am besten sein, wenn man sich eines gewissen Formulars vergliche. Graf Windischgrätz hat dem K. Mainzischen an demselben Tage ein kaiserl. Kommissionsdekret,[2]) welches ebenfalls von den Dingen, die zwischen Mey und Verjus vorgegangen, handelt, insinuieren lassen, dessen Diktatur aber, da W. sich darin als kaiserl. Prinzipalkommissarius betitelt hat, verweigert worden ist.[3])

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 14./24. März 1684.

[Der Beschluß des Kurfürstenkollegs, Untätigkeit des fürstlichen, Rückkehr des Bischofs von Eichstädt.]

Im kurfürstlichen Kolleg stellte vorgestern K. Mainz neben den beiden 24. März Quaestionen quomodo und quamdiu auch das in Ansage stehende kaiserl. Kommissionsdekret vom armistitio mit dem von dem französischen Gesandten

---

[1]) S. oben S. 772.

[2]) S. Londorp XII, S. 68; Pachner v. Eggenstorff II, S. 474ff.

[3]) Am 29. Februar / 10. März 1684 übersenden sie das von Verjus dort, ebenso wie von d'Avaux (s. oben S. 776) im Haag übergebene Memorial (d. 3. März 1684), und berichten, V. habe dem K. Mainzischen melden lassen, er hoffe, daß man im kurfürstlichen Kolleg auf dieses Memorial reflektieren und die conditiones per conclusum acceptieren werde, über die Erinnerungen zu diesen, die sie auf des Kf. Befehl im kurfürstlichen Kolleg vor einigen Wochen gemacht hätten (s. oben S. 775), werde man sich alsdann vergleichen können.

vor 14 Tagen eingesandten Memorial[1]) vor. Die majora fielen dahin aus, daß das armistitium auf 20 Jahre einzuwilligen sei.[2]) Dabei ist angeführt worden,[3]) daß einige sich im Haag ohne die geringste Instruktion vom Reich wegen der Traktaten zu handeln haben angeben wollen. Das Konklusum wird K. Mainz hoffentlich nächstens abfassen. Bei den fürstlichen Directoriis hat man es noch nicht dahin bringen können, daß daselbst ein gleichmäßiges geschehe, sie geben vor, die meisten und auch Österreich seien noch nicht instruiert, oder meinen, es müßte erst von den verwechselten kaiserlichen und französischen Vollmachten geredet werden.

Der Bischof von Eichstädt ist wieder als kaiserl. Prinzipalkommissarius hierher zurückgekehrt und ist von einer Reichskommission feierlich beneventiert worden.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potstam 8./18. April 1684.[4])

[Befehl, darauf zu dringen, daß auch Spanien den Waffenstillstand annehme.]

18. April Er hat wegen der Situation seiner clevischen und übrigen westfälischen Lande wohl mehr Interesse an der Konservation und Integrität des burgundischen Kreises als andere Stände, meint aber nicht, daß man sich deswegen mit Frankreich in einen neuen Krieg zu engagieren habe. Denn das Reich wird bei der noch andauernden Türkengefahr und innerlichen Uneinigkeit die in so schlechter Verfassung stehenden Niederlande nicht nur nicht imstande sein zu verteidigen, sondern es würden dadurch auch die übrigen Reichskreise in die äußerste Gefahr gestürzt werden. Überdies hat Spanien ohne vorherige Kommunikation mit dem Reich in den Niederlanden Frankreich den Krieg angekündigt und dadurch den burgundischen Kreis in die jetzige Gefahr gesetzt, das Reich

[1]) S. dieses Memorial vom 3. März 1684: Londorp XII, S. 69f.

[2]) Am 21./31. März senden sie das betreffende Konklusum ein.

[3]) In der Zeitung von demselben Tage berichtet J., K. Brandenburg habe seinem Votum angehängt, etliche wenige im Haag Versammelte hätten sich unterstanden, in den das ganze Reich angehenden Sachen etwas zu handeln und statuieren, es solle dort ohne Vollmacht vom Reich ein Friedensprojekt entworfen und anderwärts kommuniziert sein. Er habe zu erwägen gestellt, ob nicht an den Kaiser, nach dem Haag und anderen Orten deswegen zu schreiben und auch bei der kaiserlichen Kommission etwas anzubringen sei, um die jura des Reichs und der Stände in so wichtigen Dingen zu vindizieren. K. Mainz, K. Trier, K. Cöln und K. Pfalz hätten es sekundiert. Am 25. April / 5. Mai übersenden sie die deswegen von dem Kurfürstenkolleg an den Kaiser, den König von England, die Gen. Staaten und an die dortigen ministri selbst abgesandten Schreiben. Vgl. darüber oben S. 498.

[4]) S. Pufendorf l. XVIII, § 130 (S. 1506).

scheint daher nicht eben sofort schuldig zu sein, sich den desperaten consiliis der Spanier zu konformieren, vielmehr hat das Reich pro conservatione circuli Burgundici den König von Spanien als Stand des Reiches zu ermahnen, durch solche gefährliche Konduite nicht diesen Kreis so zu exponieren, sondern dahin zu sehen, daß das von Frankreich respectu der Niederlande offerierte armistitium angenommen und dadurch alle ferneren bei Fortsetzung des Krieges vor Augen stehenden Dismembrationen abgewendet werden. Da Frankreich zur Restitution der dort okkupierten Gebiete nicht zu bewegen ist, sondern verlangt, daß secundum naturam armistitii alles in statu quo verbleiben und die Friedenskonditionen bis zu der Friedenshandlung ausgesetzt werden müßten, so scheint die Sicherheit und Konservation dieses Kreises nicht füglicher als durch schleunige Stabilierung des armistitii auf den Fuß der letzten französischen Propositionen zu erhalten zu sein. Sie sollen daher, wenn diese Sache dort zur Deliberation gebracht werden sollte, seine vota in beiden Kollegien danach einrichten.

Betreffend die italienischen Interessen, in specie die Republik Genua, verweist er auf sein neuliches Reskript an v. Schmettau.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potstam 27. Mai/[6. Juni] 1684.

[Die im Fürstenkolleg wegen des Waffenstillstandes abzugebenden Erklärungen.]

Nachdem ihm Jena[1]) den voraussichtlichen Schluß des Fürstenkollegs in der Waffenstillstandsangelegenheit mitgeteilt hat, befiehlt er ihnen in seinem Namen in dem Fürstenkolleg vorzustellen: 6. Juni

[1]) J. hatte schon am 18./28. April berichtet, die Fürstlichen mieden noch immer ihr conclave und die consultationes, doch fingen die meisten an über die Prozeduren ihres Direktoriums unwillig zu werden und urgierten die Reassumierung der Deliberationen, und am 19./29. Mai hatte er das Protokoll der am 16./26. im Fürstenrat zunächst nur über quomodo gehaltenen Umfrage übersendet und gemeldet, der Schluß werde vermutlich dahin gehen, daß 1. das armistitium universal sein, 2. mit demselben zugleich die reale und innerliche Garantie durch Feststellung des puncti securitatis ausgemacht, 3. durantibus tractatibus alle Tätlichkeiten, besonders im burgundischen Kreise sofort eingestellt, 4. zu dem Ende sowohl bei Verjus als auch anderwärts alle dienlichen officia angewendet werden sollten. In der Zeitung vom 16./26. Mai berichtet er, Österreich wolle jetzt, nachdem es die consultationes publicas und mithin die Stillstandstraktaten über ein halbes Jahr aufgehalten habe, dieselben reassumieren, was die belagerte und gleichsam verlorene Stadt Luxemburg verursache, doch enthalte das betreffende kaiserliche Kommissionsdekret (s. Londorp XII, S. 84; Pachner v. Eggenstorff II, S. 481 ff.) allerhand weitaussehende expressiones und Dinge, worüber sich die wenigsten Gesandten ohne eingeholte Instruktionen vernehmen lassen würden.

ad 1. Das armistitium müsse zwar universal sein, jedoch, da Frankreich von dieser Forderung nicht abstehen wolle, in separatis locis et per separatos tractatus geschlossen werden. Es sei daher sowohl in Regensburg wegen des Reichs als auch im Haag wegen Spaniens eifrigst und ernstlich mit den Traktaten fortzufahren und womöglich alles zur Endschaft zu bringen.

ad 2. Er hat sich schon immer zur Garantierung sowohl des Reichs- als auch des spanischen armistitii erboten und hält dafür, daß, wenn man mit dem ersteren eher als mit dem spanischen fertig werden sollte, man durch einen besonderen Artikel vorbehielte, das armistitium, welches zwischen Frankreich und Spanien geschlossen werden sollte, nomine Imperii aufs bündigste mit zu garantieren.

ad 3. Die Beförderung einer zureichenden innerlichen Reichsverfassung wird er sich gern angelegen sein lassen. Da aber gar keine Apparenz vorhanden, daß Frankreich den Schluß des armistitii bis zum Zustandekommen einer solchen wird protrahieren lassen, wird die Handlung und der Schluß wegen des armistitii vorangehen und der punctus securitatis als ein annexum der darüber aufgerichteten Garantie demnächst vorgenommen und ajustiert werden müssen.

Er hat von verschiedenen anderen Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Reichs die Nachricht erhalten, daß sie in dieser Sache mit ihm fast einerlei Meinung sind.

Der Kurfürst an die Gesandtschaft in Regensburg. D. Potsdam 21. Juni / [1. Juli] 1684.

[Verlangen, daß die nordischen Angelegenheiten nicht in die Waffenstillstandsverhandlungen mit hineingezogen werden.]

1. Juli Betreffend die Erklärung,[1]) welche der Staat dem französischen Gesandten im Haag hat zugehen lassen, daß in den Waffenstillstand alle Alliierte des Staats mitbegriffen und alle Differentien zwischen den christlichen Potentaten sowohl im Norden als auch im Süden gänzlich aufgehoben werden müßten, so wünscht auch er, daß, sobald immer möglich, die ganze Christenheit wieder in Ruhe gesetzt werden möge, da aber dieser Zweck ohne Zweifel mehr eloigniert als befördert werden würde, wenn man durch Einmischung fremder und zu dem französischen Werk nicht gehörender Dinge die Handlung zwischen dem Reich und Frankreich noch weitläufiger und schwerer machen wollte, die nordischen Differentien auch füglicher unter den Interessenten selbst als von Fremden durch dergleichen Inklusion aus dem Grunde gehoben werden können, so befiehlt er ihnen, wenn auch dort von einigen darauf gezielt werden sollte, das nordische Wesen mit in die französische Friedenshandlung zu ziehen, solches nach

[1]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux en Hollande II, S. 69.

äußerstem Vermögen abzuwenden und es dahin zu richten, daß andere davon gänzlich abstrahieren und ihm und dem König von **Dänemark** darin freie Hände gelassen werden mögen.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 4./14. Juli 1684.

[Verhandlungen des kurfürstl. und fürstl. Kollegs über den Waffenstillstand. Verwendung des ersteren für K. Trier. Neues kaiserl. Kommissionsdekret und Memorial Verjus'.]

Im Fürstenrat ist es[1]) wegen des Waffenstillstandes zu einem Konklusum gekommen und ist dieses gegen das Kurfürstliche ausgewechselt worden. Darauf hat man zuerst im Fürstenrat von den Differentien beider conclusorum geredet und vorgestern per maiora geschlossen, man wolle sich mit dem concluso der Kurfürstlichen ratione des Stillstands mit Frankreich auf die 20 Jahr, wie auch wegen des Anhangs vom Anbringen an den französischen Bevollmächtigten konformieren, hoffe aber, da in dem kurfürstl. concluso von der Universalität und Realgarantie, und daß von den gravatis noch ferner zu reden, nichts gedacht, daß man sich desfalls mit dem ihrigen konformieren werde. Darauf hat man kurfürstlicherseits erklärt, das armistitium sei, wie Frankreich es vorgeschlagen, auf 20 Jahre anzunehmen und sofort darauf ratione gravatorum, modi possidendi, limitum und anderer Spezialitäten halber mit dem französischen Bevollmächtigten zu traktieren. Das universale armistitium sei auf das universum imperium zu verstehen, ebenso die Realgarantie, und unter sich selbst einzurichten, sodann zu erwarten, wer das Reich um die Garantie ansprechen oder wen es um Leistung derselben ersuchen werde. Diese Erklärung hat man fürstlicherseits zu weiterem Bedenken genommen, es scheint, daß es wegen der Universalität noch die meisten Diffikultäten geben wird.[2]) 14. Juli

[1]) Vgl. Pufendorf XVIII, § 133 (S. 1509).

[2]) In der Zeitung von demselben Tage schreibt J., dem Stillstande mit Frankreich werde jetzt näher getreten, da es aber wegen der Universalität und des modi procedendi Verzögerung geben könnte, so hätte er unter der Hand vorgeschlagen, man solle dem französischen Bevollmächtigten im Namen des Reichs ungesäumt anzeigen, daß man das armistitium mit den von Frankreich verlangten Konditionen annehme, ratione modi possidendi et limitum aber sofort mit ihm verhandeln und sich vergleichen wolle. Wenn diese Erklärung vor Ablauf des Juli geschehe, würden hoffentlich schädliche Weiterungen dadurch verhütet bleiben, sollte die Majorität im Fürstenrat darein nicht willigen, so müßte das kurfürstliche Kollegium und die mit demselben einverstandenen Fürstlichen sich allein gegen den Französischen so erklären. Kf. erklärt sich (d. Potstam 22. Juli / 1. August 1684) damit einverstanden, teilt den Gesandten seine deswegen an K. Cöln und an K. Bayern gerichteten

Zwischen Holstein-Glückstadt und den demselben sich opponierenden Schwedisch-Bremischen, Holstein-Gottorfischen, Anhaltischen und anderen hat es wegen der gottorfschen und jeverschen Sache,[1]) und daß des Königs von Dänemark in dem fürstl. Concluso besonders gedacht werde, heftigen Streit gegeben.

Im kurfürstl. Kolleg ist auch gut befunden worden, daß der K. Mainzische im Namen desselben sich zu dem französischen Bevollmächtigten begeben und denselben ersuchen solle, sich bei seinem Könige zu verwenden, daß derselbe die Brücken, Tore und Mauern von Trier[2]) verschonen und seine Völker aus dem K. Trierschen wieder abführen lassen möchte. Dies ist auch geschehen, Verjus hat die Konduite des kurfürstlichen Kollegs auch hierin gerühmt und sich erboten, wegen dieser Angelegenheit nochmals an den König und auch an Crequy zu schreiben.

In einem neuen Kommissionsdekrekt[3]) hat der Kaiser erklärt, daß, wenn die Reichskollegien für den Waffenstillstand eine längere Zeit als 10 Jahre belieben sollten, er dem keine Verhinderung machen wollte, wobei auch die früheren Dekrete wegen der Universalität des Waffenstillstandes und der Realgarantie wiederholt werden. Verjus meldet in einem neuen Memorial, daß sein König nicht länger als einen Monat von der Zeit, da im Haag der bewußte Vergleich getroffen, an zu rechnen auf die Annehmung des Waffenstillstandes vom Reich warten wolle.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 10./20. Juli 1684.

[Vertrauliche Eröffnungen Windischgrätz'.]

20. Juli Auf eine Aufforderung des Grafen Windischgrätz hin ist er mit demselben auf dem Schießplatz vor dem Jacober Tor zusammengekommen. Der Graf hat bald vom armistitium zu reden angefangen, wie dieses aufs beste und geschwindeste zum Schluß befördert werden könnte. Darauf hat er die Substanz seiner Instruktion kürzlich angezeigt und remonstriert, wie das Reich mit dem Kaiser und unter sich durch das armistitium in gute Harmonie und Verständnis gesetzt werden und viele bisherige verdächtige consilia alsdann aufhören würden. Als sie beide hierin so gut als einig gewesen, fing der Graf an, das Vornehmste, wovon er mit ihm zu reden hätte, sei noch zurück, er habe davon weder mit

Schreiben mit und weist sie an, dahin zu wirken, daß der Kaiser von Reichs wegen ersucht werde, für Einrichtung der Garantie des Waffenstillstandes zu sorgen und etwaige unter Verletzung desselben gravierte Stände zu schützen, und daß alle Reichsstände sich dazu verpflichteten, ihn dabei mit allen Kräften zu unterstützen.

[1]) S. oben S. 667.

[2]) S. oben S. 513.

[3]) S. das Kommissionsdekret vom 9. Juli 1684: Londorp XII, S. 95f.

seinen beiden Kollegen noch mit den österreichischen Gesandten das geringste kommuniziert. Spanien bleibe dabei, es wolle mit Frankreich kein armistitium schließen, es habe aber dem Kaiser anheimgestellt, seinetwegen zu handeln und den Stillstand ohne Verzug zum Ende zu bringen, auch die spanische Ratifikation darüber zu schaffen. Die conditiones armistitii, wie sie ihm vom Kaiser gesandt waren, hat er ihm auch gezeigt, sie sind aus dem Haagischen Accord[1]) unverändert genommen. Diese Punkte, sagte der Graf, solle er ans Reich bringen, auch Obgedachtes von Schließung des Waffenstillstandes zwischen Frankreich und Spanien, er habe aber nötig ermessen, mit ihm vorher vertraulich zu konferieren und seine Gedanken zu vernehmen, besonders ob die k. brandenburgische Gesandtschaft dieses nicht hindern, sondern Spanien auf solche Weise einschließen und den Stillstand zwischen Spanien und Frankreich vom Reich garantieren lassen würde. Er hat sich kurz resolviert und sich auf das magdeburgische Votum[2]) im Fürstenrat vom 4./14. Juni bezogen, dahin lautend, daß, falls man hier mit dem armistitio imperii eher als im Haag mit dem spanischen fertig werden sollte, man durch einen besonderen Artikul vorbehalten sollte, den zu schließenden letzteren nomine imperii aufs bündigste mit zu garantieren. Dieses hat den Grafen über die Maßen vergnügt, indem er, wie er sich verlauten ließ, ohne K. Brandenburg nicht fortzukommen sich getraut habe, nun wollte er es seinen Kollegen kommunizieren und noch heute dem K. Mainzischen zuschicken. Darauf hat er des puncti securitatis oder garantiae erwähnt, er hat ihm die darauf bezügliche Stelle des letzten Antwortschreibens des Kf.[3]) an den Kaiser, das der Graf noch nicht kannte, vorgelesen, welches ihn auch sehr vergnügte. Dann hat er von der Universalität und in specie von Schweden geredet und, als er die brandenburgischen rationes vernommen, erklärt, man wollte sich der brandenburgischen Meinung hierin nicht opponieren. Schweden wird nunmehr nicht, worauf so heftig gedrungen worden ist, in dem armistitio mit Namen genannt werden.

Der Graf hat auch erzählt, daß er an den Kaiser à part referiere und besondere Instruktionen bekomme, auch daß er beständig dem Kaiser das armistitium eingeraten habe. Er ist so konfident gewesen, daß er etliche genannt, welche ihn gewarnt, ihm mit besonderer Zirkumspektion zu begegnen und wenig zu trauen. Beim Abschied hat er ihn aufgefordert, an einer Gesellschaft teilzunehmen, welche seine Frau heute Abend in einem Garten haben werde. Er wird dorthin fahren.

P. S. Um bei dem französischen Gesandten nicht Verdacht zu erregen, hat er demselben sofort von seiner Unterredung mit Graf Windischgrätz Nachricht gegeben und ihm mitgeteilt, daß alles, was dabei vorgegangen sei, nur auf Beförderung und Beschleunigung des armistitii ziele, wozu die größte Hoffnung sei.

---

[1]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux en Hollande II, S. 128f.; Dumont VII,2, S. 79ff. (Vertrag vom 29. Juni 1684).

[2]) S. oben S. 780.

[3]) S. Pufendorf XVIII, § 133 (S. 1508f.); Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1136ff.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 11./21. Juli 1684.

[Weitere Verhandlungen zwischen dem kurfürstl. und dem fürstl. Kolleg wegen des Waffenstillstandes.]

21. Juli Das fürstl. Kolleg hat weitere Versuche gemacht, das kurfürstl. dazu zu bewegen, sich ratione universalitatis armistitii näher herauszulassen, doch hat dieses sich nicht dazu verstanden. Darauf hat,[1]) nachdem die kaiserl. Kommission mit den meisten Fürstlichen beisammen gewesen, Salzburg im Fürstenkolleg ein Projekt vorgelesen, wie die kurfürstl. und fürstlichen Conclusa vereinigt werden könnten, und dem kurfürstl. Kolleg ist Mitteilung davon gemacht worden, doch mit der Anzeige, daß man die Sache noch weiter überlegen wolle, woher man kurfürstlicherseits den Fürstlichen noch nicht hat antworten können. In diesem Aufsatz wird die Universalität nur auf Spanien, Italien und Schweden beschränkt.

Sonst hat man im Fürstenrat auch beschlossen, wegen des Termins dem französischen Bevollmächtigten durch die kaiserl. Kommission remonstrieren zu lassen, daß man mit den Waffenstillstandstraktaten eifrig beschäftigt sei, sie aber bis zu dem abermals gesetzten Termin unmöglich zu Ende bringen könnte, wobei auch das K. Trierische desiderium wegen Einhaltens mit ferneren Tätlichkeiten annektiert worden ist. Die Kurfürstlichen aber, denen auch Mitteilung davon gemacht worden ist, haben darauf erklärt, eine solche Remonstration werde ohne Effekt sein und der Schluß dadurch nur aufgehalten werden, sie wollten sich aber gefallen lassen, wenn dem französischen Bevollmächtigten namens des Kaisers und Reiches schriftlich angezeigt würde, das armistitium mit den vorgeschlagenen Konditionen solle angenommen, wegen der Limiten und anderer Spezialitäten aber die Traktaten fortgesetzt werden, dem könnte dann das K. Triersche desiderium beigefügt werden. Man hofft so zu verhüten, daß die determinierte monatliche Zeit dem Reich keine Gefahr bringen könne. Das kurfürstl. Kollegium hat auch dem fürstlichen anzeigen lassen, daß es dem K. Mainzischen aufgetragen, ein Projekt zu machen, wie das armistitium einzurichten sei. Die Gravati sind auch absonderlich zusammen gewesen, die meisten haben ihre Vorschläge, wie ihnen zu helfen sei, zu Papier gebracht und sie dem K. Mainzischen zugestellt.

---

[1]) S. die Conclusa des kurfürstlichen und des fürstlichen Kollegs (dict. 10./20. Juli 1684) Londorp XII, S. 96, und das Projekt eines gemeinsamen Conclusum ebendaselbst S. 99.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 18./28. Juli 1684.

[Die Vereinbarung zwischen den drei Reichskollegien.]

Nach langen Verhandlungen ist es endlich zwischen dem kurfürstl. und fürstlichen Kolleg zu einer Vereinbarung[1]) gekommen, die größte Schwierigkeit hat bereitet, daß der kaiserliche Hof und die diesem sich immer konformierende Majorität des Fürstenrats Spanien, Italien und Schweden specialiter in das armistitium mit einzuschließen urgierten, und mit Spanien hat es auch geschehen müssen, weil sonst unmöglich aus der Sache zu kommen gewesen. Dieses commune conclusum beider höheren Kollegien ist sofort den Städtischen mitgeteilt worden, auch diese haben sich bald konformiert,[2]) und so ist beifolgendes Reichsgutachten[3]) zustande gekommen und vorgestern durch den K. Mainzischen dem kaiserl. Prinzipalkommissarius eingehändigt worden.[4]) 28. Juli

---

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 25. Juli/4. August 1684.

[Das Reichsgutachten über den Waffenstillstand. Neue Verwendung für K. Trier.]

An demselben Tage, an welchem das Reichsgutachten dem kaiserl. Prinzipalkommissar übergeben worden ist, hat[5]) der Konkommissarius dasselbe dem französischen Bevollmächtigten mitgeteilt. Dieser aber hat sich darüber beschwert, daß man es ihm deutsch übergeben und daß nur der Konkommissarius seine Proposition unterschrieben habe, worauf dasselbe von allen drei kaiserlichen Kommissaren unterschrieben worden ist. Nachdem am Samstag diese 4. Aug.

---

[1]) S. das kurfürstliche und fürstliche Konklusum vom 25. Juli 1684 (Londorp XII, S. 101).

[2]) S. das Reichsgutachten vom 26. Juli 1684 (Londorp XII, S. 101f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 496).

[3]) S. das reichsstädtische Konklusum vom 28. Juli 1684 (Londorp XII, S. 102).

[4]) Am 21./31. Juli übersenden sie die dem französischen Bevollmächtigten gemachte Proposition und dessen Antwort, sowie die vor wenigen Stunden unter den drei Reichskollegien verglichenen Artikel in puncto armistitii gallici samt dem Reichsgutachten (s. Londorp XII, S. 106f; Pachner v. Eggenstorff II, S. 499ff.) und melden, beide Schriftstücke seien sofort der kaiserlichen Kommission insinuiert worden und diese werde sie ungesäumt dem französischen Bevollmächtigten extradieren.

[5]) S. die kaiserlichen Kommissionsreskripte vom 1. und 2. August 1684 (Londorp XII, S. 107f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 505ff.).

den Reichskollegien haben anzeigen lassen, daß der französische Bevollmächtigte sich erboten habe, wenn Hoffnung sei, daß man in ein paar Tagen aus der Sache kommen werde, den von Hofe an ihn gesendeten Kurier noch so lange zurückzuhalten, und sie ermahnt haben, das Waffenstillstandswerk schleunigst zu Ende zu bringen, haben diese die Beratungen über das Waffenstillstandsprojekt eifrigst fortgesetzt, sich untereinander verglichen, und ist ein Reichsgutachten[1]) darüber zustande gekommen, das vorigen Montag der kaiserl. Kommission durch eine feierliche Deputation aller drei Reichskollegien übergeben worden ist. Diese hat erklärt, es sofort durch eine eigene Staffette an den Hof sckicken zu wollen, an demselben Abend noch hat auch der Konkommissarius dem französischen Bevollmächtigten von dem Reichsgutachten und den dazu gehörigen Artikeln Nachricht erteilt. Bei Abhandlung dieser Materie haben Österreich und andere, besonders Bremen, darauf gedrungen, daß ganz Italien und Schweden specialiter in den Waffenstillstand mit eingeschlossen werden möchte, andere aber haben sich dem standhaft opponiert, und so ist es unterblieben, auch wegen Spaniens hat das kurfürstl. Kollegium ausdrücklich bedungen, daß die Expression dieser Krone nur auf die europäischen Lande zu verstehen sei.

Auf Grund der Klagen des K. Trierschen über neue gewaltsame französische Prozeduren hat der K. Mainzische namens des kurfürstl. Kollegs dem französischen Bevollmächtigten bewegliche Remonstrationen gemacht, derselbe hat geantwortet, es sei ihm leid und er werde deshalb an den König und auch an den Marquis de Joyeuse schreiben.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 1./11. August 1684.

[Beginn der Konferenzen zwischen den kaiserlichen Kommissaren und Verjus.]

11. Aug. Die von den Kollegien gebilligte lateinische Übersetzung der articuli in puncto armistitii ist von dem K. Mainzischen den kaiserlichen Kommissaren übergeben worden mit der Bitte, sie dem französischen Bevollmächtigten zuzustellen, und der Mahnung, das Werk des armistitii auf das beste zu befördern. Das erstere ist sofort geschehen, und Verjus hat darauf sein Gegenprojekt lateinisch zurückgegeben. Jene Mahnung betreffend aber erwiderte Graf Windischgrätz, er hätte Befehl vom kaiserlichen Hof, sich in keine Personalkonferenz mit dem französischen Bevollmächtigten einzulassen, falls dieser nicht einen anderen Charakter hätte oder ihm den Titel Exzellenz gäbe. Inzwischen hatte Verjus den Reichskollegien durch den K. Mainzischen hinter-

[1]) S. das Reichsgutachten vom 30. Juli 1684 (Londorp XII, S. 106f.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 499ff.

bringen lassen, sein König wolle sich zu keiner Verlängerung des Termins verstehen; wenn nicht im Anfang dieses Monats August der Abschluß des Waffenstillstandes erfolgte, so werde er, zumal da Spanien denselben wirklich acceptiert habe, seine Truppen am Rhein stehen und die Kriegsbegierigen aufsuchen lassen. Darauf hat das kurfürstliche Kolleg für notwendig gehalten, bei der kaiserlichen Kommission die Instanz wegen Antretung der Konferenz mit dem französischen Bevollmächtigten zu erneuern, und auch die beiden anderen Kollegien haben schließlich am Montag mit resolviert, daß der Kurmainzische dieses im Namen des Reiches tun solle. Derselbe hat sich auch an demselben Tage zu der kaiserlichen Kommission begeben, Graf Windischgrätz aber hat wieder seine frühere Forderung erneuert. Als aber an demselben Abend der Französische dem kaiserlichen Konkommissarius hat sagen lassen, sein König habe ihm geschrieben, er sei des Dinges müde, wenn in 5 Tagen aus der Sache nichts würde, so solle V. nicht an ihn, aber an den Marschall Schomberg deswegen schreiben, ist am folgenden Vormittag die kaiserliche Kommission zusammengekommen und hat dem französischen Bevollmächtigten melden lassen, sie würden sich am Nachmittag bei den Dominikanern einfinden, jeder Teil möchte in einem besonderen Zimmer sein, und sie wollten durch zwei Personen miteinander verhandeln. Der Französische hat diesen modus beliebt, der eichstädtische Hofrat Burchard und der frühere französische Resident in Straßburg Frischmann sind als referendarii gebraucht worden, und man hat beiderseits verabredet, immer morgens um 10 und nachmittags um 4 Uhr zusammenzukommen, so lange bis alles völlig abgetan sein würde. Man hat auch schon den Anfang damit gemacht. Über die beiderseits zu den Artikeln gemachten monita soll das Reich hernach gehörig befragt werden. Da dieses so warten muß, bis von der kaiserlichen Kommission an es etwas wird gebracht werden, so hat man inzwischen über das Holstein-Gottorpsche Memorial in puncto moratorii deliberiert.

G. v. Jena und Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 8./18. August 1684.

[Die letzten Verhandlungen. Abschluß des Waffenstillstandes mit dem Reiche. Verwendung der Evangelischen für ihre Glaubensgenossen.]

Nachdem der Traktat zwischen Spanien und Frankreich geschlossen, haben 18. Aug. die beiderseitigen Bevollmächtigten die Reichsartikel wieder vorgenommen, wegen deren sich aber sehr viele und große Diffikultäten gefunden haben, von denen in beiliegendem kaiserlichem Kommissionsdekret[1]) Nachricht gegeben ist. Über die demselben beiliegenden 12 Artikel ist Dienstag vormittags in allen drei Reichskollegien deliberiert, und sind beiliegende monita gemacht worden, von

[1]) S. Londorp XII, S. 125f.

welchen der K. Mainzische der kaiserlichen Kommission sofort Mitteilung gemacht hat. Unterdessen wurde auch das andere beifolgende Kommissionsdekret[1]) mit seinen beiliegenden 21 Artikeln kommuniziert, bei welchem auch einige monita geschehen, von denen aber ebenso wie von den anderen der wenigste Teil von dem französischen Bevollmächtigten admittiert worden ist. Die referendarii sind deshalb verschiedentlich von den Plenipotentiarien auf das Rathaus gekommen, schließlich, als der Termin um Mitternacht zu Ende laufen wollte, fuhr der K. Mainzische zu den kaiserlichen Kommissaren und zeigte ihnen nomine imperii an, sie möchten endlich so gut sie könnten schließen, worauf diese kurz vor 12 Uhr nachts den Ständen anzeigen ließen, daß man nunmehr mit einander richtig und die Artikel acceptiert seien. Darauf haben die Bevollmächtigten einander gratuliert und verabredet, am folgenden Tage zum Unterschreiben wieder zusammen zu kommen und auch den ingressum und den Schluß der Artikel gebührend einzurichten, sie sind auch wirklich zusammen gewesen, haben sich aber noch nicht völlig darüber verglichen. Unter diesen Dingen geschah auch seitens vieler Fürstlicher der Restitution des Herzogs von Lothringen Erwähnung und wurde zum Nachdenken der kaiserlichen Kommission gestellt, ob sie bei diesen Traktaten derselben gedenken wollte. Sie haben auch deswegen etwas entworfen gehabt, Verjus aber hat geantwortet, er sei deswegen nicht instruiert, sein König aber hätte früher geschrieben, wenn der Herzog nach Abschluß des Waffenstillstandes sich anmelden würde, so wollte er sich darüber vernehmen lassen. Auch ist seitens der Mehrzahl der Fürstlichen gegen das kurfürstliche Kolleg erwähnt worden, man sollte der Angelegenheit des Herzogs von Holstein-Gottorf jetzt mit gedenken, es ist dieses aber, weil nicht zu dem Armistiztraktat gehörig, abgelehnt worden. Sie haben auch in beiden Kollegien bedungen, daß, wenn die Instrumenta des Westfälischen Friedens in dem jetzigen Stillstandstraktat allegiert oder zugrunde gelegt würden, dieses dem Vergleich des Kurfürsten mit Schweden vom Jahre 1679 nicht nachteilig sein sollte.

Am Freitag waren auch die Evangelischen auf dem Rathaus besonders zusammen und beschlossen noch einmal, ein Rekommendationsschreiben für den Fürsten Wilhelm Moriz von Nassau in dem Successionsstreit mit seinem Vetter Johann Franz an den Kaiser zu richten und sich der Evangelischen in den von Frankreich okkupierten Orten anzunehmen. Der K. Sächsische wurde beauftragt, etwas lateinisch aufzusetzen, was[2]) den kaiserlichen Kommissaren eingereicht werden sollte, um dahin zu kollaborieren, daß es gehörig attendiert werden möchte.[3])

[1]) S. Londorp XII, S. 127f.

[2]) S. den Articulus Evangelicorum, wie solcher bei den Regenspurger Armistiztraktaten mit Frankreich von den Evangelischen — concertiret worden (v. Schauroth, Vollst. Sammlung aller Conclusorum des hochpreislichen Corporis Evangelicorum I, S. 669f.).

[3]) Am 15./25. August melden sie, daß am 8./18. gegen Mitternacht auch die Unterschreibung des Waffenstillstandstraktates erfolgt sei, nachdem es deswegen

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 15./25. August 1684.

[Seine Bemühungen um das Zustandekommen des Waffenstillstandes, Windischgrätz' Verdienste darum.]

Am 5./15. August ist der Waffenstillstand, wiewohl gar spät, verglichen. 25. Aug.
Weiln mir gnugsam bekannt gewesen, mit was vor gleichsam unbeschreiblicher Sorgfalt, Mühe und Ernst E. Chf. D. den freundlichen Ausgang dieses wichtigen Werks durch kostbare Schickungen, Briefe und Remonstrationen etliche Jahr lang an allen Orten und Enden beständigst getrieben, so habe mich auch, als ein ehrlicher treuer Diener, keines Dinges auf der Welt stärker angenommen, als daß E. Chf. D. ihre unbeweglich behauptete Intention dermaleins erlangen möchten, wie dann auch durch göttlichen Beistand, allen mannigfaltigen Hindernissen ungeachtet, endlich erfolgt, so genug ist. Auf was Weise einer und ander hierunter negotiirt, daran lieget nunmehr eben nicht, und es wäre dessen Erzählung viel zu weitläufig. Ein Glück ist es, daß der Herr Graf von Windischgräz mit E. Chf. D. Diener mir in loco tertio zu reden selbst verlangt, welches hernach fast täglich continuirt worden. Ohne Affecten von der Sache zu urteilen, hat derselbe das armistitium vornehmlich und zwar so eilig befördert, ohne ihn wäre es so geschwinde nicht angangen. Ferner ist ein Glück, daß ich des Königs in Frankreich E. Chf. D. bekannte sincerationes,[1]) keine würkliche demarches wider das Reich vorzunehmen, wann es gleich zum Schluß des armistitii nicht gelangen könne, niemande im geringsten wissen lassen, sondern die Briefe geheim und alles verschwiegen gehalten. Sollte ich es mit einem halben Wort gedacht und nicht den Schluß urgirt und die in der Tür stehende Gefahr und unvermeidlichen Schaden mit Vehemenz vor Augen gestellt haben, würde der Termin gewiß vorbei gestrichen sein, wozu mancher von selbst geneigt war. Mons. le Comte de Crecy, mit dem ich ebenfalls täglich umbgangen, zeigte mir seines Königs strenges Rescript in Original, ich meinte aber, daß er andere secrete Ordre, indem

---

nicht weniger Schwierigkeit als bei der Verhandlung der Artikel selbst abgegeben habe. S. diesen Traktat (d. Regensburg 15. August 1684) bei Londorp XII, S. 129ff.; Pachner v. Eggenstorff II, S. 519ff.; Pufendorf XVIII, § 134 (S. 1510ff.); Dumont VII,2, S. 81ff.

[1]) Kf. hatte J. (d. Cöln 8./18. Januar 1684) den Bericht Spanheims vom 31. Dezember 1683 (s. oben S. 493) mitgeteilt, der ihn nicht wenig vergnügt habe.

die Briefe aus Paris und von Berlin ein anderes versicherten, unterdessen ließe mich nichts irren, bliebe auf dem Weg und triebe E. Chf. D. Resolution, davon ich überflüssig informirt war. Die Schließung des armistitii freuet mich darumb desto mehr, weiln E. Chf. D. so vielen großen obstaculis ungeachtet dennoch durchgedrungen und ihren Zweck zu sonderbaren Vergnügen glücklich erreicht und das Vaterland vom Ruin befreiet. —

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Uranienburg 23. August / [2. September] 1684. (Conc. P. Fuchs.)

[Zufriedenheit mit dem Zustandekommen des Waffenstillstandes.]

2. Sept. Aus Euren jüngsthin eingekommenen verschiedenen u. Relationen und deren Beilagen haben wir ersehen, unter was Conditionen endlich das armistitium zwischen dem Reich und Franckreich aldort geschlossen worden. Nun hätten wir unsers Orts wohl wünschen mögen, daß man auf leidlichere und erträglichere Weise aus der Sache hätte kommen und denen gravirten Gliedern des Reichs wo nicht eine vollige Restitution, doch wenigstens bessere conditiones zu Wege bringen können. Nachdem aber bei dem bekannten Zustande im Reich hiezu kein Mittel zu ersehen gewesen und man in dem Stande sich befunden, daß entweder das werte Vaterland in einen neuen blutigen und nicht anders als eine gänzliche Dissolution demselben androhenden Krieg geraten, oder oberwähnte Reichsglieder in dem Zustand, worin dieselbe durch die französische reuniones gesetzet worden, auf eine Zeit lang gelassen werden müssen, so hat man freilich nach den Regulen der gesunden Vernunft anders nicht tuen können als aus zweien Übeln das geringste zu erwählen und lieber einige membra als den ganzen Leib in die Schanze zu setzen. Wir befehlen Euch auch hiemit in Gnaden, sowohl bei den Kayserlichen ministris als auch sonsten bei denen Chur- und Fürstlichen Gesandten und Botschaftern aldort deswegen behörige contestationes abzulegen und was ferner fürgehen wird fleißig zu berichten. —

---

2. Verhandlungen mit den rheinischen Kurfürsten. Die Konferenzen zu Frankfurt.

Instruction,[1]) wornach sich unser — Hof- und Legationsrat, auch Hauptmann zu Horneburg Melchior von Ruck bei seiner Verschickung an Chur Mayntz, Chur Trier, Chur Cölln und Chur Pfaltz Ldd. — zu achten. D. Cöln 21./31. Dezember 1681.

[Vorstellungen, welche er diesen Kurfürsten wegen der Gefahren eines Krieges mit Frankreich und der Notwendigkeit eines gütlichen Abkommens mit demselben machen soll.]

Er soll von Cassel zuerst sich zu K. Mainz begeben und diesem vortragen, 31. Dez. nachdem der König von Frankreich bei den Traktaten zu Frankfurt a. M.[2]) eine solche Proposition habe tun lassen, worauf man entweder in Frieden und gute Nachbarschaft mit demselben treten könnte oder eines neuen beschwerlichen Krieges gewärtig sein müßte, da derselbe erklärt habe, wenn man sich von Reichs wegen nicht vor Ausgang des Januar desfalls resolvieren würde, seine schon parat stehende Macht gebrauchen zu wollen, und da man sich unter den jetzigen Verhältnissen bei Resolvierung eines Krieges schlechter Successe zu versehen habe, so stände Kf. in Zweifel, ob es gegen die Posterität zu verantworten wäre, bei so beschaffenem Zustande das übrige vollends in hazard und Gefahr zu setzen und die extrema zu erwarten. Kf. hätte in dieser so schweren Sache mit K. Mainz vertraulich kommunizieren wollen. Auf drei Punkte vornehmlich müßten die Gedanken gerichtet werden:

1. Ob man bei gegenwärtigen Konjunkturen vergewissert sein könnte, die verlorenen, in der Krone Frankreich Gewalt geratenen Orte, Festungen und Lande aus deren Händen wieder zu reißen und zu rekuperieren?

---

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 34 (S. 1417f.).

[2]) S. über diesen Kongreß in Frankfurt a. M., welcher nach langen Verzögerungen erst Ende Oktober 1681 zusammengetreten war, Pufendorf XVIII, § 33 (S. 1416f.); Londorp XI, S. 353ff. Vgl. Legrelle, Louis XIV. et Strasbourg, S. 159ff.; Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, S. 257ff.

2. Ob solche Hoffnung recuperandi amissa gewisser und sicherer wäre als die Gefahr, noch viel mehr zu verlieren und einzubüßen, welche dem Reiche bevorsteht?

3. Ob nicht viel mehr auf die Konservation des übrigen im Reich und desselben status quoquo modo zu gedenken, als alles auf die Spitze des Degens, den ungewissen Ausschlag der Waffen und darauf stehende gänzliche Ruin oder wohl gar Dissolution des Staats im Reich und sonderlich des kurfürstlichen Collegii zu wagen und auszustellen?

Kf. hätte die Gefahr, in der das Reich jetzt steht, wohl vorausgesehen, auch zur Abwendung derselben sein Bestes getan. Wie er aber gelassen worden und was er dabei zugesetzt, das sei der ganzen Welt bekannt, er müßte also zu reiferer Erwägung ausgestellt sein lassen, ob salus Reipublicae nach Gelegenheit der jetzigen Konjunkturen besser mit den Waffen zu behaupten, als mit reifem, wohlbedachtem Rat und Vorsichtigkeit zu beobachten sein möchte.

R. wird zu vernehmen haben, wie K. Mainz sich darauf erklären wird, sollte derselbe zu anderen consiliis inklinieren, hat er sich darüber nicht einzulassen, sondern es mit Vorstellung seiner guten Intention ad referendum zu nehmen.

Darauf hat er sich zu K. Pfalz, K. Trier und K. Cöln zu begeben und dort gleichmäßigen Vortrag zu tun. Da K. Pfalz der Gefahr am nächsten, so hat er demselben besonders zu repräsentieren, wie hohe Ursache er habe, so viel immer möglich die Ruptur mit Frankreich zu vermeiden, zumal man bei den bevorstehenden Traktaten hoffen könnte, daß der König von Frankreich wohl möchte disponiert werden, die okkupierten Örter zu restituieren und den desolierten Landen künftig Ruhe und Restauration zu gönnen.

Da von dieser Materie dem Verlaut nach mit K. Trier und anderen schon Kommunikation gepflogen sein möchte, wie dem Kf. beigehender Extrakt[1]) eines Schreibens des Bischofs von Straßburg an Graf Waldeck zugekommen, so soll er von dem Inhalt dieses Schreibens, wie es sich am besten schicken wird, Vorstellungen machen und einerseits die Gefahr und Inkonvenientien, in welche das Römische Reich durch einen Krieg verwickelt werden möchte, andererseits den Vorteil und die Kommoditäten bei Kontinuation des Friedens und Annahme der von Frankreich gemachten Offerten vorstellen. Es würde dabei vornehmlich auf die Sicherheit und Garantie dessen, was Frankreich versprechen möchte, ankommen, weshalb Kf. das Gutachten der anderen Kurfürsten erwarten wollte.

Er hat die Audienz bei allen Kurfürsten in geheim zu nehmen, die Sekretesse seiner Negotiation aufs beste zu rekommendieren, zum Prätext derselben zu nehmen, daß er nur wegen Erhaltung der kurfürstlichen Präeminentien

---

[1]) Derselbe enthält einen Bericht über die Vorstellungen, welche der Bischof von Straßburg K. Trier wegen der Gefahren eines Krieges mit Frankreich und der Vorteile eines gütlichen Abkommens mit demselben gemacht hatte.

und Rechte, welche man jetzt zu Frankfurt wieder nicht wenig zu labefaktieren suche, und wegen Einrichtung der kaiserlichen Vollmacht geschickt sei, er hat nirgends etwas Schriftliches von sich zu geben.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Mainz 4./[14.] Januar 1682.

[Zustimmende Erklärung von K. Mainz.]

Er ist am 1. Januar zu Mainz angekommen und hat am folgenden Tage bei 14. Jan. dem Kurfürsten[1]) Audienz gehabt. Derselbe antwortete auf seine Proposition, der verwirrte und fast desperate Zustand des Vaterlandes ginge ihm sehr zu Herzen, je mehr er darüber nachdächte, desto größer fände er die Gefahren, wenn man bei solcher Bewandtnis und üblen Verfassung des Reiches es zur Ruptur mit Frankreich sollte kommen lassen, er hätte dieses auch den kaiserlichen ministris gesagt, man hätte es ihm aber übel ausgedeutet. Er freue sich daher sehr darüber, daß Kf. über ein so schweres und gefährliches Werk mit ihm habe vertraulich kommunizieren wollen. Seine Resolution wäre, daß man quovis modo über die französische Proposition sich zu entschließen suchte, vielleicht könnte man bei der Negotiation noch ein und anderes erhalten und so lieber den Überrest sichern als alles sorti armorum anheimstellen. Kf. wäre der Mächtigste von dem ganzen kurfürstlichen Kollegium, der größte General von diesen Zeiten und von unvergleichlicher experience bei seiner langwierigen Regierung, wenn dessen Sentiment dahin ginge, wie er von ihm verstanden, so würde es bei Kf. allein stehen, dem ganzen Werk den Ausschlag zu geben, er wollte ihm dabei getreulich assistieren. Er wünschte gern zu wissen, wohin man k. sächsischerseits zielte,[2]) dem Verlaut nach führte man dort gar kriegerische Gedanken, es würde aber viel auf Kf. ankommen, um diesen Kurfürsten dahin zu disponieren, sich der Zeit und der Necessität zu konformieren. Von K. Trier, K. Cöln und K. Pfalz, hoffte er, werde des Kf. Abschickung in gebührende Erwägung gezogen und so diese gefährliche und schwere Sache gehoben werden, besonders da der König von Frankreich geneigt sein solle, K. Pfalz einige Satisfaktion zu geben.

Als er K. Mainz so inkliniert gesehen, hat er von der Proposition des Bischofs von Straßburg an K. Trier zu reden angefangen und sich so bemüht,

---

[1]) Anselm Franz von Ingelheim (seit 7. November 1679). S. Pufendorf XVIII, § 35 (S. 1418).

[2]) Schon 2./12. Januar hatte R. dem Kf. berichtet, er hoffe in allem zu reussieren, hauptsächlich werde es darauf ankommen, ob man K. Sachsen werde dazu bestimmen können, sich der Zeit und den Konjunkturen zu akkommodieren, das sei das Vornehmste gewesen, was man ihm hier entgegengesetzt habe.

die Gedanken desselben in puncto der Garantie zu erfahren. K. Mainz sagte, er sehe desfalls nichts in der Welt als des Königs von Frankreich königliche parole, er hätte darüber mit dem französischen Residenten Fuché gesprochen, der hätte gesagt, des Königs Intention wäre, den Frieden zu halten, man möchte es klausulieren und verbinden, wie man wollte, und ebenso hätten sich auch die französischen Bevollmächtigten in Frankfurt erklärt. Zuletzt hat er die Sekretesse seiner Negotiation rekommendiert. Der Kurfürst hat sie versprochen und versichert, daß er nur dem Kanzler Bertram Mitteilung davon machen wolle. Dieser hat ihn am folgenden Tage besucht, ihn nochmals der Resolution des Kurfürsten versichert und ihm mitgeteilt, daß derselbe die am 2. Januar zu Frankfurt übergebene französische Proposition[1]) sofort nach Regensburg geschickt und seiner dortigen Gesandtschaft Befehl erteilt habe, mit den K. Brandenburgischen zu kommunizieren und sich ihnen zu konformieren.

Er hat darauf bei K. Mainz Abschiedsaudienz gehabt, derselbe wiederholte alles oben Erwähnte und sagte, wenn der kaiserliche Hof auf Antrieb Spaniens und Lothringens auf einer konträren Meinung bestehen bleiben sollte, müßte das Reich und das kurfürstliche Kolleg sich mit Frankreich à part setzen. Er wünschte, Kf. möchte jemand von seinen Leuten mit bei der Negotiation zu Frankfurt haben, wenn auch ohne Charakter und ohne entrée bei der Konferenz, nur damit man mit ihm kommunizieren und die unbeschreibliche Langsamkeit der Kaiserlichen poussieren könnte; auch ein k. kölnischer und ein münsterscher Gesandter wären unterwegs.

Er wird noch heute nach Heidelberg weiterreisen.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Heidelberg 8./[18.] Januar 1682.

[Zustimmende Erklärung von K. Pfalz. Mitteilungen desselben über ihm französischerseits angebotene Verhandlungen.]

18. Jan. Er ist am 6. hier angekommen und hat am 7. Audienz bei dem Kurfürsten gehabt. Derselbe[2]) antwortete auf seine Proposition, er fände alles, was Kf. ihm habe vortragen lassen, so sehr auf der höchsten raison fundiert, daß er ihm nichts entgegenzusetzen wüßte, er werde sich daher mit Kf. in allem gern konformieren, er hielte gänzlich dafür, daß man, um den Rest von totaler Ruin zu salvieren, sich auf die von dem König von Frankreich getane Proposition in Güte zu setzen suchen müßte. Diese Abschickung des Kf. käme ihm sonderlich à propos, da v. Jena aus Regensburg ihm von einer Handlung und Offerten, welche der König von Frankreich dem k. pfälzischen Hause tun lassen

[1]) S. oben S. 742.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 36 (S. 1418).

würde, Nachricht gegeben habe, worauf er habe antworten lassen, daß er auf gepflogene Kommunikation mit Kf. und dem Hause Lüneburg-Hannover sich resolvieren wollte. Er hätte bereits vor acht Tagen deswegen an Kf. geschrieben, da er nun aus seinem Vortrage des Kf. Sentiment erfahren habe, sei er um so eher hors d'incertitude und wollte sich diesem gänzlich konformieren. Er hat den Kurfürsten versichert, daß Kf. alle mögliche officia bei dem König von Frankreich zu seiner Satisfaktion anwenden wolle. Als er auf den Punkt der Garantie kam, sprach der Kurfürst den Wunsch aus, daß Kf. nebst dem Hause Lüneburg und den Generalstaaten diese übernehmen möchte.

Er wird morgen hier Abschied nehmen und nach Koblenz weiterreisen.[1])

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Coblentz 12./[22.] Januar 1682.

[Bereitwilligkeit K. Triers zum Frieden, sein Verlangen, daß ihm das Weggenommene restituiert werde.]

Er ist am 10. hier angekommen und hat gestern Audienz beim Kurfürsten[2]) 22. Jan. gehabt. Derselbe[3]) erwiderte auf seine Proposition, er sehe wohl die bevorstehende Gefahr und wie diese durch die desunion der Gemüter im Reich stets zunehme, wenn aber nur eine rechtschaffene Zusammensetzung geschehe, so wäre darum noch nicht alles verloren, es wäre noch force im Reich genug, wenn man sie nur recht gebrauchen wollte, dem König von Frankreich nicht nur zu widerstehen, sondern noch wohl mehr zu tun. Die der Gefahr am nächsten Gesessenen, darunter er selbst, würden zwar zuerst wohl übern Haufen gehen, aber hernach würde es sich wohl redressieren lassen. Die Prätensionen des Königs von Frankreich gingen in infinitum, trotz der zu Frankfurt gemachten Proposition prosequierte er die Reunionen einen Weg wie den anderen, er hätte noch diesen Morgen die Zeitung bekommen, daß man ihm die Abtei Prüm,[4]) von welcher an die hundert Lehen dependierten, durch die Kammer zu Metz habe einziehen lassen, und wenn man sich jetzt auch mit dem König über seine postulata entschließen würde, müßte man doch künftig ebendasselbe besorgen.

[1]) R. meldet von Schwalbach aus 9./19. Januar, der jetzige Vertraute von K. Pfalz, Graf Castel, habe ihm nähere Nachricht von den französischerseits gemachten Anknüpfungen gemacht und gebeten, man möchte sich bei den Verhandlungen nicht übereilen, da sonst die K. Pfalz gebührende Satisfaktion viel diffiziler gemacht werden würde, Kf. möchte dessen Interesse nach Möglichkeit appuyren und die Garantie der Abmachungen übernehmen.

[2]) Johannes Hugo v. Orsbeck (seit 13. Juli 1676).

[3]) S. Pufendorf XVIII, § 37 (S. 1418f.).

[4]) S. Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, S. 242.

Doch fände er rebus sic stantibus und nach den gegenwärtigen Konjunkturen des Kf. Sentimente auf unwidersprechlichen raisons gegründet, und seine Meinung wäre, man sollte von Reichs wegen über die von Frankreich getane Proposition mit rechtem Ernst deliberieren und sich darüber auf billige Konditionen förderlichst zu entschließen suchen, falls es Frankreich nur mit den Traktaten ein rechter Ernst wäre. Quovis modo mit Frankreich sich zu vergleichen, wäre sehr hart, und man wüßte nachgehends doch nicht, wie weit und wie lang man solchen Akkords oder Friedens zu genießen haben würde. Seine endliche Resolution sei, daß er bei solcher Bewandtnis der Sachen im Reich den Frieden, wo es immer möglich, zu konservieren am besten hielte, und da des Kf. Sentiment als des mächtigsten Kurfürsten dahin ginge, würde er sich demselben gern konformieren, er hoffte aber und ersuchte Kf. darum, daß er dem Reich und diesem Erzstift zum besten durch sein Ansehen bei dem König von Frankreich Beförderung täte, daß ihm die abgenommenen Herrschaften restituiert würden.

Er hat sich auf diesen Diskurs nicht eben sonderlich eingelassen, sondern ist, nachdem er nochmals des Kf. hierunter führende gute Intention aufs beste vorgestellt, auf den Punkt der Garantie, falls man sich mit Frankreich entschließen sollte, gekommen. K. Trier meinte, es würde keine sein als perpetuum militem zu halten und tüchtige Festungen auf den Frontieren zu bauen, die französischen Bevollmächtigten in Frankfurt hätten erklärt, daß ihr König es zulassen und darob keine Ombrage schöpfen wollte.

Er kann versichern, daß, obwohl des Kf. Abschickung von K. Mainz und K. Pfalz sehr hoch gehalten worden, doch keiner sich eine größere Ehre und Freude daraus gemacht hat als K. Trier. Er findet sonst hier so wenig als zu Mainz die geringste Disposition zum Kriege, der Kurfürst hat auf Ehrenbreitstein 500, in Koblenz 1400, insgesamt 2500 Mann und eine Kompagnie von 50 Pferden.[1])

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Cöln 16./[26.] Januar 1682.

[Unterredung mit dem Bischof von Straßburg.]

26. Jan. Am 14. ließ der Bischof von Straßburg[2]) ihm ein Kompliment wegen seiner Ankunft machen und anzeigen, K. Cöln sei unwohl und hätte, um Zeit zu gewinnen, ihn beauftragt, mit ihm wegen seines Anbringens zu konferieren.

[1]) R. berichtet 14./24. Januar aus Cöln, K. Trier habe bei der Abschiedsaudienz erklärt, er wolle sich mit dem Sentiment des Kf. wegen Erhaltung des Friedens konformieren und dazu seinerseits alles Mögliche beitragen, und er habe gefragt, ob nicht Kf. jemand nach Frankfurt zu Beförderung der Traktaten absenden möchte.

[2]) Graf Wilhelm von Fürstenberg, seit 8. Juni 1682 Nachfolger seines 1. April 1682 gestorbenen Bruders Franz. S. Ennen, Frankreich und der Niederrhein I, S. 384 ff.

Er aber hat erwidert, nach seiner Instruktion müßte er K. Cöln persönlich in einer geheimen Audienz seine Proposition tun, er wollte aber für sich dem Bischofe aufwarten. Dieses hat er auch getan. Der Bischof[1]) hat ihm dabei mitgeteilt, K. Cöln wäre sehr erfreut darüber, daß Kf. diese Abschickung an ihn getan hätte, er hätte schon Nachricht davon gehabt, sonst würde er an ihn jemand abgefertigt haben, so aber hätte er nur an K. Bayern, Pfalz, Mainz und Trier geschickt, er hielte eine gute Zusammensetzung der deutschen Fürsten bei diesen Konjunkturen höchst nötig, wollte ihm, wenn er sich morgen besser befinden sollte, Audienz erteilen. Dann fing er von den gegenwärtigen Konjunkturen zu reden an, es wäre wohl endlich Zeit, daß der König von Frankreich den Zapfen zuschlüge, die Reunionsexekutionen gingen gar zu weit, er hätte gestern noch ein gedrucktes arrest bekommen, in welchem man das Stift Stablo[2]) unter die Dependenzen rechnete und von ihm verlangte, daß er wegen desselben an Frankreich das homagium prästieren sollte, man hätte auch seine Bedienten zu Straßburg dazu gezwungen. Er könnte und wollte aber den dem Reich und seiner Kirche geleisteten Eid nicht brechen, hätte deswegen Remonstrationen bei dem König getan, der wäre ein guter Herr, gebe gute Vertröstung, der Effekt aber bliebe aus. Inmittelst dürfte vor der Hand wohl kein ander Expediens sein, als auf die zu Frankfurt getane Proposition sich zu vergleichen und sich nachher im Reich in solche Verfassung zu stellen, daß ein Schwert das andere in der Scheide halten könnte. Man müßte hoffen, daß, wenn man sich jetzt mit Frankreich vergliche, es endlich würde gehalten werden, obwohl man sich noch jetzt zu beschweren hätte, daß trotz des in propositione zu Frankfurt seitens Frankreichs getanen Versprechens die Reunionen noch täglich fortgesetzt würden. Auf die exteros, besonders England, sei wenig zu bauen.

Heute früh hat der Bischof ihm melden lassen, daß K. Cöln noch nicht imstande wäre, Audienz zu erteilen, daß er aber hoffte, dieselbe werde morgen stattfinden können.

Daß die confidence zu dem Bischof von Straßburg eine Zeit her interrumpiert gewesen, ist zwar gewiß, aber jetzt soll alles wieder sein wie es vordem gewesen. Es passierte sonst bei dieser Visite nichts als große Kontestationen von vertraulicher und geheimer Korrespondenz, die man mit Kf. über die gegenwärtigen Konjunkturen werde zu halten suchen, und daß man den Frieden haben und nachher wegen der Garantie sich in behörige Verfassung setzen müßte.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 21./31. Januar 1682.

[Audienz bei K. Cöln, neue Konferenz mit dem Bischof v. Straßburg. Neigung zum Frieden.]

Er hat am 18. bei K. Cöln im Kloster zu Pantaleon Audienz gehabt, hat denselben aber noch in schlechter Disposition gefunden. Auf seine Proposition 31. Jan.

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 38 (S. 1419).

[2]) S. Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, S. 244.

erwiderte er,[1]) man hätte sich vorzusehen, mit Frankreich einen Krieg bei der gegenwärtigen schlechten Verfassung des Reiches zu engagieren, er wünschte, daß Kf. jemand in Frankfurt hätte, um die Traktaten daselbst zu befördern, Frankreich profitiere von dem geringsten Moment, der verloren ginge. Er wollte seinen Vortrag noch ferner überlegen und durch den Bischof von Straßburg und andere mit ihm weiter daraus kommunizieren lassen. Als er nun gesehen, daß K. Cöln mit höchstem Unvermögen aufgewesen, hat er erklärt, um denselben nicht länger zu belästigen, gleich sich verabschieden zu wollen, welche Offerte sehr gern angenommen wurde.

Am folgenden Tage hat dann der Bischof von Straßburg noch eine Konferenz mit ihm gehalten, in der Hauptsache wiederholte er fast alles, was er ihm vorher gesagt, er ließ ihm auch einen Teil der Instruktion für den zu den anderen Kurfürsten geschickten Rat Tücker vorlesen. Schließlich erklärte er, K. Cölns Sentiment ginge gänzlich dahin, den Frieden mit Frankreich, wofern immer möglich, zu konservieren, er diskurrierte dann weitläufig von der Macht Frankreichs, von einer Armee von 60000, die auf den Grenzen stände, und von der Konfusion des Staats im Römischen Reich, und alles mit solchem Fundament, daß daraus genugsam zu ersehen, daß man an diesem Hof quovis modo den Frieden verlangt. Er hat an keinem Ort so große Disposition dazu wahrgenommen als hier, er hat daher keine Veranlassung zu ferneren Remonstrationen gehabt.

Er wäre darauf sofort von Cöln wieder abgereist, wenn es nicht bisher des Hochwassers wegen unmöglich gewesen wäre, über den Rhein zu setzen. Heute haben sich einige Holländer erboten, zu versuchen, ihn herüberzubringen.[2])

Instruktion für dem v. Ruck. D. Cöln an der Spree 6./[16.] März 1682.[3]) (Conc. F. v. Jena.)

[Befehl, bei K. Mainz und den Deputierten es dahin zu bringen, daß die Verhandlungen mit Frankreich ohne Rücksicht auf die Widerstrebenden angetreten, die Vorrechte der Kurfürsten gewahrt würden.]

16. März Er soll sich geradeswegs nach Frankfurt[4]) begeben, sich dort bei den Kaiserlichen, Französischen, Kurfürstlichen und bei den legitimierten und illegitimierten Fürstlichen anmelden, ihnen mitteilen, daß Kf. ihn hingeschickt, um von den dortigen Vorgängen jedesmal eigentliche Nachricht zu

[1]) S. Pufendorf a. a. O.

[2]) In einem P. S. meldet er, hier im Lande sei so schlechte Anstalt zu einer Defension, als wenn man nicht das Geringste zu fürchten hätte. Die Stadt Cöln sei in der äußersten Sorge, der Rat habe sich des Kf. Affektion und Gnade empfehlen lassen.

[3]) S. über diese Sendung v. Rucks Pufendorf XVIII, § 49—21 (S. 1426ff.).

[4]) S. über die bisherigen Vorgänge auf dem Frankfurter Konvent Pufendorf XVIII, § 45—48 (S. 1424ff.).

erhalten, und sie ersuchen, ihm zu diesem Zweck von allem part zu geben, er sei befehligt, ihnen so viel wie möglich gute Dienste zu leisten. Dann hat er sich zunächst zu K. Mainz zu begeben, diesem von dem ihm erteilten Auftrage Mitteilung zu machen und ihn zu ersuchen, da die Hauptsache durch die Schuld einiger Fürstlichen, deren Absicht sei, den Kurfürsten auch in diesem Stück zu nahe zu kommen und ihre Vorrechte zu evertieren, nicht avanciere, auch weiter in seinem Eifer für die Herstellung des Friedens und der Ruhe fortzufahren und zu befördern, daß die Hauptsache bei den Traktaten vorgenommen werde. Zwar wüßte Kf., daß die sogenannten illegitimierten Fürstlichen, als Österreich, Bamberg und Hannover, auf ihren Neuerungen ohne Rücksicht auf die Reichsgrundgesetze bestehen wollten, da sie aber dadurch zu verstehen gäben, daß ihnen an der Beförderung der Hauptsache so eben nicht gelegen sei und daß sie unter diesem Vorwand besser und mit mehr Schein zu ihrem Zweck zu gelangen gedächten, dem Reich und der Christenheit aber daran gelegen sei, daß die Friedensverhandlungen beschleunigt würden, so meine Kf., daß, wenn diese illegitimierten Fürstlichen von ihrer Meinung durch keine Vorstellungen abzubringen sein sollten, dann die übrigen nach vorhergehender genugsamer Verwahrung sich ungeachtet der Prätensionen derselben zusammentun, die Haupthandlung antreten und darin kontinuieren möchten. Sollte K. Mainz gegen diesen Vorschlag kein erhebliches Bedenken finden, so soll er ihn bitten, denselben zu befördern, Kf. zweifle nicht, daß derselbe von der Mehrzahl auf dem Reichskonvent werde gebilligt werden. Er hat in diesem Falle den Gesandtschaften davon part zu geben, den Kaiserlichen aber nicht eher, als die übrigen, besonders K. Mainz, es für tunlich befinden werden. Sollte K. Mainz aber Bedenken haben, so soll er bitten, ihm die Ursachen anzuzeigen, und darüber berichten. Er soll K. Mainz sowie den übrigen und auch den kaiserlichen Gesandten erklären, daß Kf. unter keinen Umständen von den kurfürstlichen Rechten und Prärogativen weichen und den Illegitimierten nachgeben werde. Er soll den anderen Gesandten, besonders dem französischen, zu Dienst sein, sich nur für einen particulier ausgeben und seine Diskurse immer so einrichten, wie ihm des Kf. Intention aus der ihm früher an die rheinischen Kurfürsten mitgegebenen Instruktion[1]) bekannt ist, von allem Vorfallenden bei allen Posten Bericht erstatten und auch mit v. Spanheim in Paris, mit v. Diest im Haag und mit der Gesandtschaft in Regensburg fleißig korrespondieren.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt 17./27. März 1682.

[Seine Ankunft. Beginn der Hauptverhandlungen, Verschiedenartigkeit der Abstimmung, seine Bemühung, Zeit zu gewinnen.]

Er ist wegen der schlechten Wege erst gestern hier angekommen, noch gerade zur Zeit, da man es zum höchsten nötig gehalten, denn am 15./25. ist, nachdem man 27. März

[1]) S. oben S. 791 f.

sich über die Präliminarien verglichen, das Hauptwerk zu traktieren begonnen worden. Sämtliche haben für Erhaltung des Friedens mit Frankreich gestimmt, aber circa modum ist man so diskrepant, daß daraus ein conclusum zu machen ziemlich diffizil sein würde. Die französischen Gesandten dringen auf eine positive Resolution, und der zweite k. mainzische Gesandte ist gestern mit dem Protokoll nach Mainz gereist, um daselbst daraus das conclusum zu machen, das morgen in einer extraordinären Konferenz publiziert werden soll. Der Calenbergische Grote, der wegen Präeminenzprätensionen zweimal aus der Konferenz geblieben, hat zwar verlangt, da er noch Ordre von seinem Herrn erwartete, daß die Publikation bis Mittwoch verschoben werde, doch hat man angestanden, dem zu willfahren, da die französische Gesandtschaft so sehr auf die Resolution dringt.

Er hat daher zuerst den k. mainzischen Gesandten Herrn v. Schönborn besucht, ihm von seiner Kommission Mitteilung gemacht und ihm vorgeschlagen, den Französischen vorzustellen, da die vota so sehr wider einander liefen und, wenn daraus ein conclusum per maiora gezogen werden sollte, nicht wohl abzusehen sei, ob die gewünschte Intention zum Frieden so leicht erreicht werden könne, Kf. aber ihn hieher abgefertigt hätte, ob es nicht nützlich sein würde, die nächste Session bis nach den Feiertagen zu verschieben, damit ihm so Zeit gelassen werde, die anwesenden Gesandten zu sprechen und zu versuchen, ob nicht einer oder der andere sich mehr zum Ziele legen möchte, das Verlangen Grote's könnte zum Prätext für diese Dilation genommen werden. Sch. war damit einverstanden und ließ ihm am Abend sagen, er hätte nur den einen französischen Gesandten Harlay sprechen können, der hätte es approbiert.

Er hofft, so 3—4 Tage zu negotiieren gewonnen zu haben. Bei den Österreichischen ist wohl nichts auszurichten, mit ihnen konformiert sich der K. Sächsische Schott, auf den alle Protestierenden, auch wohl einige Katholische große Reflexion nehmen möchten. Derselbe hat[1]) ein gnädiges Schreiben des Kf. an ihn herumgezeigt und dadurch den Verdacht erregt, als ob Kf. mit K. Sachsen vielleicht nicht so ungleiche Sentimente führte, er hat aber versichert, daß dieses Schreiben nur Höflichkeitsausdrücke enthielte.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt 24. März / [3. April] 1682.

[Sein Besuch bei K. Mainz. Dessen Verlangen, daß er die Intention des Kf. deklarieren solle.]

3. April Er ist vorgestern nach Mainz gereist und hat, obwohl sich die Sachlage seit seiner Abreise von Berlin sehr geändert hat, die ihm befohlenen Kom-

[1]) Kf. hatte sich durch Schott bisher über die Vorgänge in Frankfurt Bericht erstatten lassen.

missionen bei dem Kurfürsten abgelegt. Derselbe erbot sich, wenn zur Beförderung dieser Traktaten von Kf. Mittel und expedientia vorgeschlagen werden sollten, dieselben aufs kräftigste zu sekundieren, jetzt würde, da man schon in wirklicher Negotiation begriffen und alia rerum facies, nicht nötig sein, die in eventum von Kf. geführten Gedanken kund zu machen. Auf die kurfürstl. Präeminenz erklärte er beständig wie bisher halten zu wollen. Im übrigen sagte er, hätte er erwartet, daß Kf. ihn (R.) bevollmächtigt haben würde, seine Intention wegen der französischen Proposition bei dem k. mainzischen Direktorium zu deklarieren. Er hätte auf die von Kf. durch ihn bei seiner ersten Abschickung gemachte Ouvertüre sich so positivement herausgelassen, ebendasselbe hätten jetzt auch K. Pfalz, K. Cöln und K. Trier getan, alles akkrochierte sich jetzt auf eine solche von Kf. erwartete Erklärung, er wollte hoffen, daß Kf. bei seiner ersten Intention beständig verharren werde. Trotz aller seiner Versicherungen deswegen bezeugte der Kurfürst doch eine große inquiétude, der Kanzler Bertram hat ihn nachher durch viele Remonstrationen bewegen wollen, die verlangte Deklaration zu tun, und er hat, um das durch seine vorläufige Weigerung verursachte Mißtrauen zu beseitigen, wenigstens gestatten müssen, daß sich die k. mainzische Gesandtschaft bei Gelegenheit auf die von ihm geführten Diskurse beziehen möchte. Die französische Gesandtschaft aber hat doch nötig befunden, wegen dieser Deklaration einen Kurier an Rébenac zu schicken.[1])

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. Main 8./18. April 1682.

[Die Antwort der Kaiserlichen auf das Deputationsgutachten. Schlechte Aussichten auf einen günstigen Verlauf der Verhandlungen. Harte Reden über ihn und über die rheinischen Kurfürsten.]

Er hat die Deklaration des Kf. vom 29. März K. Mainz übergeben, der mit derselben sehr zufrieden war. Inzwischen haben die Kaiserlichen ihre Antwort[2]) auf das jüngst ihnen überbrachte Deputationsgutachten in einem lateinischen und auch in einem deutschen Schriftstück eingeschickt, darüber ist Mittwoch und Donnerstag beraten worden, hauptsächlich über zwei Punkte, ob 18. April

[1]) Kf. zeigt (d. Cöln 29. März / [8. April] 1682) R. an, daß er, damit weder K. Mainz noch sonst jemand wegen seiner jetzt führenden Gedanken fernere inquiétude habe, die begehrte Deklaration ausgestellt habe, befiehlt ihm, dieselbe K. Mainz zuzustellen und sie auch sonst, wo es sich schicke, kund zu tun, mit den französischen Gesandten vertrauliche Kommunikation zu pflegen und sich zu bemühen, daß die dortigen Traktaten bald und zum glücklichen Ende ausschlügen. S. diese Deklaration bei Londorp XI, S. 360ff.

[2]) S. Londorp XI, S. 353f.

dieses responsum der Kaiserlichen der französischen Gesandtschaft bloß so zu überbringen, oder in materialibus et formalibus dem Deputationsgutachten zu adaequieren und 2. auf welche Weise es der französischen Gesandtschaft zu insinuieren sei.

Von der Kaiserlichen großen fermeté und ihrem beständigen Vorgeben, daß sie des Türkenkrieges halber nichts zu fürchten hätten und ihrer Aliierten versichert wären, ominiert man fast durchgehends diesen Traktaten ein gar weitläufiges Aussehen, besonders wenn man französischerseits auf der Proposition bestehen sollte. Er hat hierüber und über die Deklaration des Kf. mit der französischen Gesandtschaft kommuniziert und ihnen vorgestellt, wenn auch einige von den Mächtigsten den Frieden befördern wollten, werde es doch sehr schwer fallen, wenn nicht französischerseits zugleich durch vorträgliche Mittel und avantageusere Konditionen der modus tractandi fazilitiert würde, und auch der K. Mainzische und der K. Pfälzische sind derselben Meinung, man läßt sich aber französischerseits noch nicht weiter heraus, als daß man nicht dafür halten könnte, daß es den Kaiserlichen ein rechter Ernst sei, den Frieden zu bestätigen. Man vernimmt auch unter der Hand, daß sie nur auf französisch, nicht lateinisch den Kaiserlichen antworten wollen, was wieder große Diffikultäten abgeben dürfte.

Seine Anwesenheit hier wird bei vielen nicht gar zu wohl aufgenommen. Die Kaiserlichen haben ihn jüngst gefragt, ob er einen Ruhm darein setzen wollte, wenn er dieses Werk würde können reussieren machen. Über die rheinischen Kurfürsten beschwert man sich kaiserlicherseits öffentlich überall, und keine Vorstellung der Nezessität noch der Konjunkturen mag dagegen verfangen.

Der Kurfürst an v. Ruck. D. Cöln 9./[19.] April 1682.

[Billigung des Vorschlages K. Pfalz' wegen einer näheren Verbindung der zum Frieden geneigten Reichsstände.]

19. April In dem Hauptwerk läßt er es bei seiner früheren Instruktion bewenden. Dem Calenbergischen hätte nicht so weit nachgegeben werden sollen, zumal da das Haus Braunschweig sich besonders bemüht, eine fast völlige Parifikation der Kurfürsten und Fürsten einzuführen. Er soll deswegen bei allen kurfürstlichen ministris und auch bei K. Mainz selbst das Nötige vorstellen.

Den Vorschlag K. Pfalz', daß die Kurfürsten, Fürsten und Stände, welche den Frieden zu erhalten wünschen, sich hierunter vertraulich vernehmen und solche mesures unter sich benehmen möchten, damit sie nicht wider ihren Willen in Kriegshändel eingeflochten würden, billigt er vollständig und wünscht mit den Wohlintentionierten sich deswegen zu vereinigen. Man könnte dazu

dort einige Articul und conditiones entwerfen, auf die er sich dann weiter erklären will. Sehr wünschenswert wäre es, daß auch K. Bayern mit zu diesem Werke gebracht würde, auch Münster, Wirtemberg, Braunschweig-Zell und Hessen-Cassel mit einzutreten sich resolvierten. Er wünscht Bericht darüber, was weiter in der Sache vorgehen wird.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt 11./21. April 1682.

[Äußerungen des französischen Gesandten über die Antwort der Kaiserlichen. Die gewünschte nähere Verbindung der zum Frieden geneigten Reichsstände.]

Das kaiserliche, von der Reichsdeputation revidierte responsum ist gestern Abend den Französischen eingehändigt worden. Dieselben haben ihn dann noch denselben Abend besucht und ihm mitgeteilt, das responsum bestände teils in generalibus, von denen sie nicht wüßten, was sie sagen wollten, teils fordere es Restitution der nach ihrer Abreise vorgenommenen Reunionen, bevor man sich weiter in die Traktaten einließe, dann wollte man sich zur Diskussion der französischen Prätensionen auf Grund des Münsterschen und Nimwegischen Friedens und des Nürnberger Exekutionsrezesses verstehen. Das erste würden sie auch in generalibus beantworten, zu dem zweiten wäre der König nicht verbunden, wenn nicht das Reich seine Proposition acceptierte, das letztere könnte 15 Jahre dauern, sie wollten sich in keine Diskussion der Materien einlassen, die Reunionen kämen dem König jure belli et factae cessionis zu, er hätte 80000 Mann an den Grenzen bereit stehen, er könnte auch, wenn er nicht zu öffentlicher Ruptur den Anfang machen wollte, sein Recht durch weitere Reunionen prosequieren, bessere Konditionen seien nicht zu hoffen, schlimmer könnten sie leicht werden. Wenn man den Frieden haben wollte, müßte man die Proposition schlechterdings annehmen, der Weg, welchen das kaiserliche responsum zeigte, würde unfehlbar zu einem gefährlichen Kriege Anlaß geben. Diesen Inhalt soll ihre Erwiderung haben, doch dürften sie damit wohl bis morgen über 8 Tage anstehen, inzwischen will er diesen Diskurs an behörigen Orten, wie sie von ihm begehrt, kund machen, es wird aber wenig helfen, denn die meisten Anwesenden beziehen sich auf ihre Instruktion, die aber, welche gänzlich in des Kaisers Sentiment sind, dürften so am ersten zu ihrer Intention kommen, einen particulier Frieden zu hindern. 21. April

Die Französischen haben ihn auch sondiert, ob Kf. nicht geneigt sei, sich mit der zum Frieden inklinierenden Partei auf alle besorgende Fälle näher zu verbinden, der K. Pfälzische liegt ihm auch täglich an, ob er von Kf. deswegen noch keine Resolution erhalten, auch K. Mainz und K. Trier sind deswegen sehr besorgt.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt 22. April / 2. Mai 1682.

[Forderungen der Französischen in betreff des Verhaltens der Intervenienten.]

2. Mai Die französischen Gesandten haben ihre schriftliche Erklärung[1]) allen sogenannten Intervenienten zugeschickt, auch in der Reichsdeputation ist dieselbe zur Diktatur gekommen, aber die Beratung darüber noch ausgesetzt worden. Die Französischen verlangen, daß die Intervenienten auch ihre Konferenzen halten, ihre mesures, wie dieses Werk zu befördern, nehmen und sodann zu verstehen geben sollen, daß ihre Prinzipale mit aller Macht sich denen opponieren würden, welche das Reich in neue Unruhe zu verwickeln suchen würden, ferner möchten sie den Reichsdeputierten vorstellen, daß diese die französische Proposition als Fundament der Unterhandlung konsiderieren und eine Offerte an den König tun möchten, so würde man vielleicht der Sache näher kommen können, als wenn man nur in contradictoriis versierte.

Das erste tun die Intervenienten, sie suchen Gelegenheit, fleißig mit einander zu kommunizieren, zu dem zweiten halten sie sich nicht für autorisiert, zumal es von den Kaiserlichen und anderen als eine menace und fast eine declaratio belli würde aufgenommen werden, man meint, daß die Erklärung des Kf. alles enthalte, was man bei dieser Saison noch sagen könne, wegen des dritten, meinen sie, müßten sie die begehrten officia zu leisten sich bemühen, und auch er will mit einem und dem andern von den Deputierten darüber reden.

Der Kurfürst an v. Ruck. D. Cöln 29. April / [9. Mai] 1682.

[Auf die Berichte vom 18./28. April und 22. April / 2. Mai. Billigung der Forderungen der französischen Gesandten. Befehl, sein Regensburger Votum auch dort mitzuteilen.]

9. Mai Er ist sehr einverstanden damit, daß R. und die anderen Intervenienten sich in betreff der Wünsche der französischen Gesandtschaft zu dem ersten und dritten Punkt bereit erklärt haben, und er trägt auch, den anderen Punkt betreffend, kein Bedenken, dasjenige, was er in Regensburg hat votieren lassen,[2])

[1]) S. Londorp XI, S. 354.

[2]) S. oben S. 747. R. berichtet 11./21. Mai 1682, er habe schon angefangen, von diesem Votum des Kf. den Deputierten Mitteilung zu machen. K. Mainz, dem er es auch mitgeteilt, hätte gemeint, das wäre extremum extremorum, keiner als Kf. würde pro tempore sich noch unterstehen, so zu reden. Auch die ministri extra deputationem scheuten sich, so weit herauszugehen.

wovon eine Abschrift beiliegt, auch dort vorzustellen, zumal die Sachen in höchster Krisis stehen und es um des Vaterlandes Wohlfahrt zu tun ist. Er hofft, daß auch die anderen Intervenienten die Friedensconsilia mit behörigem Nachdruck, wenngleich mit Widerwillen der Gegenpartei, befördern werden. Da nach seinem Bericht französischerseits die getane Proposition pro objecto negotiationis konsideriert wird, so wird hoffentlich, wenn der Punkt mit Straßburg nur richtig ist, das übrige sich leicht finden und man bald zum endlichen Schluß gelangen können.

Der Kurfürst an v. Ruck. D. Potstam 21./[31.] Mai 1682.

[Wahrung der kurfürstlichen Vorrechte. Befehl, auf das entschiedenste die Erhaltung des Friedens zu fordern.]

Er hat aus seinen Relationen mit großer Befremdung ersehen, daß die fürstlichen Deputierten, besonders Österreich und Calenberg, fast harte und höchst präjudizierliche vota wider die den Kurfürsten zustehenden Präeminentien geführt und solche ganz empfindlich und unleidlich angezapft haben. Er soll den kurfürstlichen Deputierten seinetwegen kontestieren, daß er aus ihren votis, besonders dem K. Sächsischen, mit sonderbarem Vergnügen wahrgenommen, daß sie die kurfürstlichen jura und praecipua mit solcher Sorgfalt beobachtet hätten, und daß er hoffe, sie würden damit kontinuieren. Wie künftig diese Sache zu beobachten, desfalls wünschte er mit seinen Mitkurfürsten, besonders den Erbkurhäusern, sich zu verständigen und alle nötigen mesures mit ihnen zu nehmen. Wenigstens wird es nötig sein, dem Kaiser die Gebühr hierin vorzustellen, weil er sich ohne Zweifel erinnern wird, was er bei der Wahl und in der Kapitulation sämtlichen Kurfürsten zugesagt hat. 31. Mai

Er hat an K. Mainz geschrieben, R. soll dieses Schreiben demselben insinuieren und gebührende Ansuchung tun, daß das darin Verlangte erfolge und er um so mehr kapabel gemacht werde, sein Interesse und das Beste des Vaterlandes in acht zu nehmen; er soll davon auch der französischen Gesandtschaft Nachricht geben, und da nun die Sache zum Ausschlag kommen muß, soll er aufs umständlichste und beste, ohne irgend ein anderes Rück- oder Absehen, kontestieren, daß Kf. an allen aus der neuen Ruptur etwa erfolgenden Ungelegenheiten unschuldig sein, deren Verantwortung aber denjenigen anheimschieben wollte, welche daran Ursach und das Römische Reich und dessen Stände in die vorige Verwirrung und Gefahr, ja gar in die äußerste Dissolution und Ruin lieber zu stürzen, als einen richtigen, klaren und beständigen Frieden zu machen suchten. Von seiner Gesandtschaft in Regensburg wird er

schon erfahren haben, was daselbst Magdeburg im Fürstenrat votiert hat,[1]) er soll die darin enthaltenen und gleichförmige Expressionen ohne Scheu und Hinterhalt auch gebrauchen.

Der Kurfürst an v. Ruck. D. Perleberg 29. Mai/[8. Juni] 1682.[2])
(Konzept von Meinders' Hand.)

[Befehl, sein Verhalten gegenüber den Verunglimpfungen Rosenbergs zu rechtfertigen.]

8. Juni Aus seiner letzten Relation vom 22. Mai / 2. Juni[3]) hat er mit Befremdung ersehen, was die kaiserliche Gesandtschaft, besonders Graf Rosenberg, für Diskurse gegen ihn geführt, besonders daß derselbe diejenigen, welche bei diesen Konjunkturen mit den weitaussehenden und zu neuen Kriegstroublen abzielenden Sentimenten des kaiserlichen Hofes nicht einig seien, sondern aus wohlbegründeten Ursachen consilia pacis präferierten, und als freie und bei dem Ausschlag der Sachen höchstinteressierte Reichsstände ihre suffragia auf dem Reichstage publice eröffneten, so perstringiert hat, als wenn sie das publicum abandonnierten, um partikularer Interessen willen den Deutschen ein fremdes Joch aufbürdeten oder allem, was Frankreich mit insolence und injustice prätendierte, mit bassesse sich unterwürfen, ja, daß er in specie seine Konduite so hoch getadelt und behauptet hat, Kf. hätte sein wohlerlangtes renommée durch seine jetzigen consilia geschwächt, und daß er nicht glauben könnte, daß das, was seinetwegen in Regensburg votiert worden, seine eigentliche Meinung sein sollte.

Wir hoffen zwar, Ihr werdet nach Einhalt Euerer Instruction hierauf etwas mehres und umbständlichers geantwortet haben als was Ihr uns davon referiret, wir befehlen Euch aber gn., solches nichts desto weiniger nochmalen zu tun und unter andern der keyserl. Gesandtschaft anzuzeigen, daß dasjenige, was unser Gesandter zu Regenspurg votiret, unsere rechte und eigentliche Meinung sei und derselbe nichts dabei geredet oder ausgebracht, als was er von uns austrücklich befehliget worden. Unsere Intention wäre garnicht, das liebe Vaterland unter ein frembdes Joch und in Dienstbarkeit zu bringen, sondern solches vielmehr davon, ja gar von einer gefährlichen Collision und besorglichen gänzlichen

[1]) S. oben S. 804.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 50 (S. 1427f.).

[3]) In demselben hatte R. berichtet, daß die kaiserliche Gesandtschaft bekannt gemacht habe, der Kaiser werde einige Truppen nach den Vorlanden schicken, um diese den drohenden französischen Anstalten gegenüber zu schützen, und daß Graf Rosenberg gegen seine Gewohnheit mit großer Animosität sich in der angeführten Weise gegen ihn über Kf. geäußert habe.

Dissolution zu retten und den darin wohlgefasseten statum publicum zu conserviren, worümb wir es uns einige Jahre hero sehr saur werden lassen und zu Erreichung eines solchen rühmlichen Zwecks nichts ersparet sondern uns und alles, was in unserm Vermogen gewesen, willig exponiret und in die Schanze gesetzet, wie wir aber dabei gefahren und welchergestalt man uns abandonniret und exponiret, solches sei uns noch in gar zu frischem Andenken, als daß wir es so leicht, wie der Graf von Rosenberg vermeinet, vergessen oder davon abstrahiren könnten. Es ist auch eine schlechte Satisfaction für uns, daß wir dieserwegen I. Keys. M. alleine die Schuld nicht geben konnten, daß wir aber eben zu der Zeit, als der Nimwegische Friede gemacht, einen particular Frieden, wie uns der Graf von Rosenberg imputiren will, unter der Hand in Franckreich negotiiren lassen, ist ein ganz irriges und unbegründetes Vorgeben, davon die damalige keyserl. Gesandten zu Nimwegen selbsten besser informiret gewesen, welches auch der eventus selbsten anders gewiesen und dargetan. Daß sonsten der Graf der österreichischen Gesandtschaft Conduite und Uebereilung so weinig als der Bambergischen und Braunschweig Calenbergischen Comportement approbiret und selbsten gestanden, daß von denen Churfürsten ein großer Absatz an die Fürsten wäre, darin redet er zwar der raison, dem Herkommen, den publicis imperii constitutionibus und der keyserl. Wahlcapitulation gemäß, wir können auch geschehen lassen und werden niemaln praetendiren, daß I. Keys. M. denen Reichsfürsten und absonderlich dem Fürstl. Hause Braunschweig nicht das Ihrige zueignen und dieselbe gebührend consideriren sollten, daß dieselbe aber, umb dieses Haus nicht zu chocquiren, denen Churfürsten was entziehen oder derselben wollerlangte und in der Wahlcapitulation so hochbeteurlich confirmirte Praerogativen schmälern lassen sollten, das könnten und würden wir von I. Keys. M. Generosität und Aequanimität nimmermehr glauben, wüßten uns auch nicht darein zu schicken, wie I. Keys. M. als Keyser die Churfürsten bei dem Ihrigen lassen und schützen, als Ertzherzog zu Oesterreich aber einigen Fürstlichen, wie anitzo zu Frankfurt und Regenspurg geschehen, in ihren Neuerungen und angemaßten Turbationen adhaeriren konnten.

P.S.[1]) Auch weil wir gemerket, daß man an keyserl. Seiten und bei deren Adhaerenten uns invidiose im Reiche zu traduciren suche, daß wir dahin gestimmet, man möchte die frantzösische Proposition

[1]) Von Fuchs' Hand.

nicht verwerfen sondern, ehe man es zur Ruptur kommen ließe, lieber darauf tractiren und schließen, so habet Ihr, wenn es die Gelegenheit giebet, anzudeuten, daß wir dazue wichtige und erhebliche Ursachen gehabt — dann außer daß wir noch aus denen Euch bereits bekannten Ursachen beständig davor halten, daß bei jetzigem Zustande der Friede dem Kriege in allewege vorzuziehen, so seind wir der Meinunge, daß die frantzösische Proposition in den meisten Punkten dem Reiche höchst verträglich, dann ob wir zwar gerne gestehen, daß dieselbe durch Abreißunge der Stadt Straßburg und einer und anderer Orte dem Reiche oneros, so seind doch folgende commoda darin begriffen: 1) daß Franckreich sich freiwillig erkläret, es wolle alles dasjenige, was es nach Abreise der Gesandten von Paris occupiret, restituiren, 2) nichtes mehr occupiren, welches es von der Zeit an bis nun her unzweifentlich hätte tuen können, 3) mit dem Reiche einen beständigen ewigen Frieden machen, und zue dem Ende 4) allen daran habenden jetzigen und künftigen Praetensionen auf ewig renunciiren, 5) eine gewisse Grenzscheidunge ziehen, damit künftig allen Irrungen vorgebeuget werde. Wann man nun diese commoda mit dem incommodo von Straßburg balanciret und ohne Passion von der Sachen urteilet, glauben wir, es werden alle verständige patriotische Gemüter davor halten, daß jene dieses weit übersteigen, in sonderbarer Mitbetrachtunge, daß mehr erwähnte Stadt schon in der Frantzosen Hände und es viele Blutes kosten würde, ehe man sie wieder daraus reiße, folglich die gesunde Vernunft es erforderte, vor ein ungewisses nicht das gewisse, so noch übrig ist, in hazard zu setzen oder durch einen zweifelhaften und verderblichen Krieg einen beständigen und sicheren Frieden, so offeriret wird, auszuschlagen.[1]) —

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt 16./26. Juni 1682.

[Hinziehen der Verhandlungen. Erklärungen der französischen Gesandtschaft.]

26. Juni In der gestrigen Konferenz ist wieder de idiomate traktiert worden, aber ohne Ergebnis. Das Absehen der Österreichischen ist, durch Kontinuation

---

[1]) R. berichtet 16./26. Juni 1682, daß er mit Rosenberg und auch mit Stractman nochmals ausführlich über diese Angelegenheit gesprochen und die Gründe, welche Kf. zu seinem jetzigen Verhalten bestimmten, auseinandergesetzt habe.

der Traktaten hier zu verhindern, daß dieselben nicht zu Regensburg praeter intentionem laufen möchten. Die anderen aber, die sich ihnen opponieren, suchen dadurch so viel Zeit zu gewinnen, bis man von Regensburg eine anderweitige Resolution und Instruktion erhalten, in Meinung, daß eine solche trotz der bisherigen Opposition der Fürstlichen erfolgen werde. Sollte man durch dieses Mittel die Sache nicht aufhalten können, so läßt sich die französische Gesandtschaft vernehmen, sei sie nicht schuldig, in puncto idiomatis[1]) ratione futuri zu weichen, da nicht erweislich wäre, daß Frankreich mit dem Reich in lateinischer Sprache zu traktieren verpflichtet wäre, außerdem wollten sie keine weitere Antwort von der hiesigen Deputation annehmen, bevor sich die Fürstlichen mit den Kurfürstlichen über die Korrespondenz und den modus referendi der hiesigen Deputation an das Reich verglichen hätten, da sie sonst nicht wissen könnten, ob die Negotiation derselben nicht etwa werde desavouiert werden. Endlich geben sie fast zu verstehen, daß sie mit den kaiserlichen und Reichsdeputierten in corpore zugleich zu traktieren begehren, obwohl sie es noch nicht positive deklariert haben, so daß es mit dieser Negotiation ein sehr weitläufiges Aussehen gewinnen will.

Daß der König von Frankreich durch seine Ambassade hat deklarieren lassen, er ließe, um seine Grenzen zu verteidigen, seine Armeen anmarschieren, doch mit dem Befehl, keinen zu offendieren, sich immer auf dem Ihrigen zu halten, auf Begehren derjenigen aber, welche den Frieden verlangten, sie gegen andere Gewalt zu schützen, wird Kf. wohl schon von Rébenac erfahren haben.

Man ist hier gänzlich der Meinung, daß von den ungarischen Affären der Friede oder Krieg des Reichs mit Frankreich abhängt.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt 27. Juni / 7. Juli 1682.

[Weigerung K. Mainz', den Beschluß der Deputation vorläufig zu publizieren. Verlangen der französischen Gesandten, daß Kf. sich damit einverstanden erkläre. Vermittlungsvorschläge derselben.]

K. Mainz hat auf Instanz der französischen Gesandten sein Direktorium angewiesen, das gemachte Konklusum garnicht zu publizieren, und dieses damit zu begründen, daß er betreffend den gegenwärtigen statum causae an den Kaiser und an die Reichsversammlung zu Regensburg vorher Schreiben habe abgehen lassen. Der k. mainzische Prinzipalgesandte Herr v. Schönborn hat ihm

7. Juli

[1]) S. über diesen Streit Pufendorf XVIII, § 48 (S. 1425 f.).

davon persönlich Anzeige gemacht und hat ihm auch die beiden Schreiben mitgeteilt. Da K. Mainz selbst alles so resolviert und die französische Gesandtschaft es mit großer ardeur poussiert hat, so ist es dabei geblieben. Die französischen Gesandten sind auch bei ihm gewesen und haben sehr dringend mit der Drohung, sich sonst über ihn bei Kf. zu beschweren, von ihm eine schriftliche Erklärung gefordert, daß Kf. verlange, das Konklusum solle nicht eher publiziert werden, bis man sich wegen des Idioms und der Korrespondenz verglichen hätte, er hat sich aber nur dazu verstanden, bei dem Direktorium eine mündliche Erklärung dieses Inhalts zu tun. Als er eben bei der K. mainzischen Gesandtschaft war, hat die französische Gesandtschaft beifolgende Deklaration[1]) eingeschickt, welche seines Ermessens den desiderierten Effekt allein erhalten und die bevorstehenden Kollisionen zwischen K. Mainz und den Reichsdeputierten, von denen einige gewaltig deklamieren, daß es contra jura statuum sei, daß das K. mainzische Direktorium ein secundum pluralitatem votorum konzertiertes conclusum so viele Wochen aufgehalten und dessen Publikation hinterhalten habe, wird evitieren können.

Der Kurfürst an v. Ruck. D. Cöln 29. Juni / 9. Juli 1682.

[Vorschläge zu Beförderung der Verhandlungen.]

9. Juli Er soll dem Wunsche K. Mainz's zufolge die Vorstellungen, welche er nebst dem K. Cölnischen zur Beförderung der Negotiation getan hat, dem K. mainzischen Direktorium schriftlich übergeben. Da in der Hauptsache nichts Fruchtbarliches wird verrichtet werden können, bevor der Punkt der Korrespondenz etabliert sein wird, so soll er dem K. mainzischen Direktorium anzeigen, daß Kf., doch cum expressa reservatione de non praejudicando, geschehen lassen könne, daß für diesmal die Deputierten des kurfürstlichen Kollegiums und ebenso die von dem fürstlichen und dem städtischen à part nach Regensburg referierten. Kf. hat sonst nicht ohne Verwunderung bemerkt, daß die vota der Deputierten zu Frankfurt bisher als vota individuorum konsideriert werden wollen, während es sich doch gehörte, daß dieselben curiatim abgelegt würden und daß anstatt zehn nur drei vota, das kurfürstliche, fürstliche und städtische, dort wie sonst bei Reichsversammlungen kolligiert und gegeben würden. Da durch diesen modus agendi am besten die Inkonvenientien werden vermieden werden können, so soll er es proponieren und befördern, daß es hinfort so gehalten werde.

---

[1]) Dieselbe fehlt in den Akten.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt 30. Juni / 10. Juli 1682.

[Streitigkeiten infolge der von K. Mainz verweigerten Veröffentlichung des Deputationsbeschlusses.]

Die ganze Deputation außer dem Bayrischen und dem Pfalz-Lauterschen 10. Juli
haben sich Montag abends bei der kaiserlichen Ambassade versammelt und beschlossen, auf der Publikation des conclusi zu bestehen oder nicht weiter zu deliberieren. Als dann Mittwoch wieder Rat gehalten wurde und K. Mainz die zwei Punkte des idiomatis und der Korrespondenz zur Umfrage bringen wollte, hat keiner darauf votieren wollen, sondern man hat auf der Publikation des conclusi bestanden und erklärt, sich vorher zu keiner Konsultation verstehen zu wollen. Die K. mainzische Gesandtschaft ist darauf zu ihrem Herrn nach Steinheim gereist und hat nach ihrer Rückkehr noch in der Nacht auf den 29. morgens zu Rat ansagen lassen. Inzwischen hat die kaiserliche Gesandtschaft derselben eine mündliche, aber auch schriftlich abgefaßte Ermahnung, das conclusum zu publizieren, zukommen lassen. Als die Deputierten sich auf dem Römer versammelt, hat sich niemand gesetzt, sondern man hat erst zu wissen verlangt, ob das Direktorium das Konklusum zu publizieren gemeint, und als dieses die raisons anführen wollte, weshalb K. Mainz der Sache einen kleinen Anstand zu geben für nötig gehalten, hat man davon nichts hören wollen und ist es zu so starken Kollisionen gekommen, daß man sich beinahe in die Haare gefallen ist. Besonders K. Sachsen und Hannover sollen sich sehr scharf geäußert haben. Hauptsächlich hat die Gemüter exasperiert, daß K. Mainz das kaiserliche Dekret nicht publiziert, aber am vorigen Montag eine französische Deklaration zur Diktatur gebracht hat, auch macht die kaiserliche Gesandtschaft ein point d'honneur daraus, daß K. Mainz an den Kaiser das Schreiben hat abgehen lassen.

Er hat fidelissime geraten, die Publikation des conclusi nicht zu suspendieren, aber ohne Erfolg.

Der Kurfürst an v. Ruck. D. Cöln 9./19. Juli 1682.[1]

[Auf die Relationen vom 27. u. 30. Juni. Mißbilligung der Weigerung K. Mainz', den Deputationsbeschluß zu veröffentlichen.]

Die Publikation des conclusi anbetreffend, kann er nicht absehen, was für 19. Juli
so dringende Ursachen die französische Gesandtschaft und K. Mainz haben,

[1] Konzept von Fuchs' Hand.

dieselbe mit solchem Eifer zu verhindern, daß man darüber fast ad extrema gekommen und zu besorgen ist, daß der Konvent zu Frankfurt darüber gar zerrissen werden dürfte, was er vieler wichtiger Ursachen halber nicht gern sehen möchte. Er befindet auch nicht, daß K. Mainz diese Publikation mit einigem Rechte länger abschlagen könne, und meint, man solle nur Mittel finden, um dieselbe bono modo vor sich gehen zu lassen, damit es nicht das Ansehen gewinne, als suchte man mit Fleiß Schwierigkeiten zu machen oder gar den Konvent zu abrumpieren. Er soll dieses der französischen Gesandtschaft und dem K. mainzischen Direktorium vorstellen und dabei bezeugen, daß Kf. dabei keine andere Intention führte, als daß alles mit guter Manier fortgesetzt werde und man nicht unnötig eine blâme auf sich lade.

Der Kurfürst an v. Ruck. D. Cöln 22. Juli / [1. August] 1682.[1])

[Befehl, auf Auflösung der Frankfurter Versammlung und Verlegung der Verhandlungen nach Regensburg hinzuwirken.]

1. Aug. Aus seinen und aus den regensburgischen Relationen hat er wahrgenommen, daß die Negotiation zu Frankfurt einen sehr schlechten Fortgang hat, so daß man davon nichts Gutes, sondern eine dem Reiche sehr schädliche Konfusion zu erwarten hat, daß der modus deliberandi et agendi daselbst den höheren Kollegien, besonders dem kurfürstlichen, sehr präjudizierlich ist, daß die, welche den Krieg verlangen, dort alle Zeit die maiora haben werden und daß, wenn auch dieses alles nicht wäre, doch die den Deputierten vom Reich erteilte Instruktion keineswegs zulänglich ist und die bekannte Partei hindert, daß man keine nähere einholen soll. Er findet daher zu Verhütung ferneren Unheils am besten, daß man die Negotiation zu Frankfurt mit guter Manier aufhebe und sie nach Regensburg verlege. Ohne Zweifel wird die bekannte Partei diesen Zweck mit allerhand widrigen Auslegungen zu traduzieren suchen, daher soll R. obiges als von ihm selbst herkommend und nicht, als wenn er Befehl dazu hätte, bei den k. mainzischen Gesandten erwähnen und überlegen, ob man nicht Frankreich an Hand geben solle, daß es den Konvent zu Frankfurt dissolvieren und dabei sich erbieten möchte, die Negotiation zu Regensburg fortsetzen zu lassen. Er glaubt, daß auch K. Mainz dahin zielt, und daß ihnen daher ein solcher Vortrag nicht fremd vorkommen wird, R. soll sich aber nicht merken lassen, daß solches von Kf. herkomme, sondern womöglich es dahin richten, daß K. Mainz deshalb etwas an ihn bringe.[2])

---

[1]) Konzept von Fuchs' Hand.

[2]) R. berichtet 1./11. August 1682, er habe den Vorschlag wegen Verlegung der Negotiation nach Regensburg als von ihm herrührend den K. Mainzischen

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt 24. Juli / 3. August 1682.

[Heftige Streitigkeiten unter den Deputierten. Seine vergeblichen Bemühungen, die K. Mainzischen zur Publikation des Beschlusses zu bewegen.]

In der gestrigen Konferenz ist es fast zu allen Extremitäten gediehen. 3. Aug.
Obwohl der Bambergische den K. Mainzischen mitgeteilt hatte, daß einige unter den Reichsdeputierten, falls das Direktorium weiter die Publikation des conclusi verweigern würde, ein Kondirektorium zu requirieren beabsichtigten, haben dieselben doch an demselben Abend auf die gewöhnlichen Materien des idiomatis und referendi ad comitia zu Rat ansagen lassen. In der Sitzung beantragte der K. Sächsische, beide Materien an den Reichskonvent zu Regensburg zu remittieren, der Österreichische aber führte ein sehr scharfes Votum und führte den Inhalt eines kaiserlichen Reskripts an, in dem K. Mainz beschuldigt wird, hier und in Regensburg die consilia zu verschleppen, um eine neue Instruktion vom Reich auf die französische Proposition zu Wege zu bringen, und die Reichsstände ermahnt werden, auf andere Mittel bedacht zu sein, und darauf erklärte der Calenbergische, wenn K. Mainz die Publikation des conclusi länger suspendieren sollte, so wollte er K. Sachsen als den nachsitzenden Reichsstand zu dessen Publikation requiriert haben, worauf die K. Mainzischen, obwohl der K. Sächsische auf ihre Frage, ob er von seinem Kurfürsten dazu Ordre hätte und es acceptieren würde, mit nein antwortete, die Sitzung verließen mit der Erklärung, daß sie ein solches Votum, in dem das Direktorium so angegriffen würde, nicht anhören könnten.

Daß die französische Gesandtschaft und diejenigen, die dieselbe dazu verleitet, so hartnäckig die Publikation des conclusi verhindert haben, das ist anfangs geschehen, damit der Reichstag Zeit hätte, eine neue Instruktion zu geben, weil aber von Regensburg nichts erfolgt ist, so hat man sich eingebildet, dadurch hier die maiora aufzuheben, weil, wenn diese Platz behielten, die Kaiserlichen die Negotiation in Händen haben und nach ihrem Belieben über Krieg oder Frieden disponieren würden. Er hat den K. Mainzischen geraten, das calenbergische votum nur als votum unius und nicht gegen die ganze Deputation aufzunehmen, demgemäß mit den convocationes ad senatum ruhig fortzufahren und auch, falls die Antwort von Regensburg auf die von K. Mainz dorthin geschickte Stafette nicht erfolgen sollte, das conclusum zu publizieren, weil kein Mittel abzusehen sei, dieses länger zu hindern und den verhofften Effekt auf diese Weise zu erreichen.[1])

---

mitgeteilt und darauf hingewiesen, daß K. Cöln und K. Trier schon früher und Harlay vor wenigen Tagen dieselbe Meinung geäußert hätten. Jene hätten es ad referendum genommen, v. Schönborn aber hätte den Skrupel dabei gehabt, daß Frankreich zu Regensburg keine Ambassade werde halten können.

[1]) R. berichtet am 12./22. August, es stehe hier noch in vorigen terminis und es sei wenig Hoffnung, daß sich die Negotiation ändern werde, so lange es zu

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. M. 26. August / 5. September 1682.

[Seine Verabschiedung von K. Mainz, dessen Mißtrauen. Stand der Dinge.]

5. Sept. Er hat sich von K. Mainz in Aschaffenburg verabschiedet.[1]) Derselbe war darüber sehr konsterniert, meinte, man ließe ihn ganz allein sitzen, so werde ein jeder gemüßigt, àn sich selbst zu denken, und er ließ sich auch durch seine Versicherungen, daß Kf. keineswegs von den bisher geführten consiliis abtreten wolle und ihn aus anderen Gründen abgerufen habe, von seinem Mißtrauen abbringen. Er sagte, die Verlegung der Negotiation nach Regensburg wünschte er sehr, er hätte aber Bedenken, sie zu veranlassen, er müßte fürchten, die invidia wieder allein auf sich zu laden, wenn aber Kf. mit K. Cöln und K. Trier dazu inklinierte, so wollte er nicht davon abgehen. Der status causae ist hier noch wie früher, es ist noch keine Konferenz angesagt worden, bei den Kaiserlichen aber kommen fast täglich alle Deputierten außer Pfalz, Mainz und Bayern zusammen.

Instruction,[2]) wornach unser — Hof- und Legationsrat, auch Hauptmann zu Zossen und Trebin, der von Kanitz, bei der ihm aufgetragenen Schickung sich gehorsamst zu achten. D. Cöln an der Spree 28. Septembris / [8. October] 1682.

[Die K. Mainz und den Deputierten in Frankfurt wegen Beförderung des Friedens zu machenden Vorschläge. Herstellung einer engeren Vereinigung der zum Frieden geneigten Reichsstände.]

8. Okt. Er soll aufs schleunigste nach Frankfurt reisen, dort den K. Mainzischen seine Kommission an ihren Herrn eröffnen und von ihnen den jetzigen Zustand

Regensburg gleichfalls so stark wider einander läuft, es werde hier nicht mehr zu Rat angesagt, die französische Gesandtschaft bestehe darauf, daß das conclusum nicht publiziert werde, und auch am 19./29. August meldet er, daß K. Mainz, obwohl das Antwortschreiben des Reichskonvents (s. Pachner v. Eggenstorff II, S. 393 f.) am 14./24. eingelaufen sei, doch noch nicht wieder habe zu Rat ansagen lassen.

[1]) Kf. hatte schon 9./19. August 1682 v. R. angezeigt, daß er, da er seiner Dienste anderweitig bedürfte, sich verabschieden und zurückkehren solle, am 22. August / 1. September erneuert er diesen Befehl, er solle nach Dresden gehen, um bei der Schlichtung der Streitigkeiten zwischen dem Kurfürsten von Sachsen und dem Herzog Christian von Merseburg mitzuwirken. R. zeigt 7./17. September an, daß er morgen von Frankfurt abreisen werde.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 65 (S. 1442 f.).

der Dinge dort vernehmen, auch sich bei den kaiserlichen und anderen Ministris anmelden und ihnen anzeigen, daß Kf. ihn in gewissen Verrichtungen an K. Mainz abgefertigt habe, daß er zuerst zu diesem reisen, nachher aber nach Frankfurt zurückkehren und dort wohl einige Zeit subsistieren werde. Mit den französischen Gesandten hat er vertraulich zu kommunizieren und ihnen den Inhalt seiner Instruktion, besonders, daß er befehligt wäre, die Friedensconsilia nach äußerster Möglichkeit zu befördern, mitzuteilen. Nach Ablegung dieser Visiten hat er sich sofort zu K. Mainz zu begeben, ihm vorzustellen, Kf. und das ganze Reich wäre ihm für die treue Sorgfalt, die er für die Erhaltung und Festsetzung des Friedens trüge, obligiert. Kf. konkurrierte mit ihm darunter eifrig, obwohl sie bisher ihren Zweck nicht erreicht hätten, dürften sie doch den Mut nicht sinken lassen, sondern um so eifriger arbeiten, je größer die Gefahr, ja, je unvermeidlicher der Untergang des ganzen Reiches wäre, wenn es jetzt zur Ruptur mit Frankreich kommen sollte. Er hat ihm alle Gründe, welche die Vermeidung derselben notwendig erscheinen lassen, vorzustellen und zu erklären, sie und alle redlichen Patrioten würden es nie vor Gott, dem Vaterlande und der Posterität verantworten können, wenn sie jetzt nicht mit Nachdruck sprechen und agieren wollten. Kf. wäre dazu entschlossen und zweifelte nicht, daß auch K. Mainz mithelfen werde. Man müßte es dahin richten, daß es entweder vor Ablauf der von Frankreich bestimmten Zeit zum Schluß käme, oder wenn dieses wegen Kürze der Zeit nicht sein könnte, daß man dennoch von Reichs wegen an Frankreich positive Resolution gebe, daß man den Frieden acceptieren und innerhalb einer gewissen Zeit, worüber man sich vereinbaren müßte, schließen wollte. Da dieses zu Frankfurt nicht geschehen könnte, weil die Instruktion für die Delegierten nicht zureichte, so müßte ihnen entweder sofort von Regensburg eine nähere Instruktion zugeschickt oder der Schluß dorthin verlegt werden. Kf. fände auch gut, daß diejenigen, welche den Frieden wollten, sich in corpore zu der Gegenpartei verfügten, ihnen die Sache vorstellten und, wenn dieselben doch nicht umzustimmen sein sollten, ihnen die Verantwortung deswegen anheimstellten, auch daß in diesem Falle die Friedliebenden sich zusammentäten und gewisse mesures, was auf alle Fälle zu tun, nähmen. Er hat K. Mainz auch für den Eifer zu danken, den er für die Erhaltung der kurfürstlichen Präeminenz trüge, ihn zu bitten, darin fortzufahren, und zu versichern, daß Kf. ihm darin treulich beistehen werde. Nachher soll er nach Frankfurt zurückkehren, dort bei den Wohlgesinnten und Friedliebenden ebensolche Proposition tun, dieses auch öffentlich erklären, fleißig mit den Gleichgesinnten korrespondieren, und wenn diese etwas Gewisses sollten aufrichten wollen, sich der ihm mitgegebenen Vollmacht bedienen und bis zu des Kf. Ratifikation schließen. Mit der französischen Gesandtschaft hat er vertraulich zu korrespondieren, und was diese zur Beförderung des Friedens vorstellen und verlangen sollte, zu befördern, ebenso soll er es mit dem dänischen ministro, wenn ein solcher da sein sollte, halten, sonst das Interesse des Königs von Dänemark mit höchstem Fleiß und Sorgfalt befördern.

Friedrich Rudolf Ludwig v. Canitz an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. M. 16./26. Oktober 1682.

[Mitteilungen Schönborns. Erklärungen der kaiserlichen und der französischen Gesandten.]

26. Okt. Er ist vorgestern hier angekommen und hat sogleich den k. mainzischen Obermarschall v. Schönborn besucht. Derselbe teilte ihm mit,[1]) die Sachen wären hier in höchster crisi, die französische Gesandtschaft beteuerte, ihr König werde nach Ablauf des Termins sein Recht prosequieren, die Reichsdeputierten hätten zwar am 5./15. angefangen, über die französische Replik[2]) zu deliberieren, aber sie schickten sich nicht mit rechtem Ernst dazu an, viele meinten, man sollte Frankreich nicht zur Verlängerung, sondern zur Aufhebung des Termins bewegen, wozu aber gar keine Aussicht sei. Österreich hätte zwar seinem letzten Votum etwas annektiert, was apparence gebe, daß es mildere Gedanken zu führen beginnen dürfte, aber so lange es auf Diskussion der französischen Prätensionen und daß man vor Angreifung des Hauptwerks eine Duplik verfertigen müsse, bestehe, sei schlechter Effekt zu hoffen. Man spreche noch mit solcher fierté, als wenn das Reich in der besten und sichersten Verfassung von der Welt wäre, man flattiere sich, England werde durch eine Mediation bessere conditiones schaffen oder gar dem Reich zu Gefallen mit Frankreich brechen, und auch Kf. werde, wenn es zur Ruptur käme, seine Waffen gegen Frankreich wenden. Die stärkste Persuasion bei ihnen würde wohl diese sein, daß alle zum Frieden inklinierenden Reichsstände, besonders Kf., ihm ihre Meinung deutlich deklarieren ließen und dabei kund täten, daß man, falls es zur Ruptur kommen sollte, solche mesures nehmen wollte, die zu eines jeden Versicherung am dienlichsten sein würden. Heute gegen Abend kam Schönborn zu ihm und sagte, das Direktorium hätte im heutigen Ratssitz ein Konklusum aus den neulich abgegebenen votis abgefaßt und hätte es nach Regensburg schicken wollen, man hätte aber wieder neue Diffikultäten auf die Bahn gebracht, und es zeige sich so, daß man das commercium hiesiger Deputation mit dem Reichskonvent zu Regensburg wieder unterbrechen und die Decision allein hier behalten wolle.

Heute hat er die kaiserlichen und die französischen Gesandten besucht. Graf Rosenberg sagte, es käme viel auf Kf. an, einen festen und raisonnablen Frieden zu schaffen, wenn er Frankreich entweder mit der Güte oder mit Hinzutretung zu dem Kaiser dahin brächte, von seinen übel fundierten Prätensionen abzustehen; er wäre noch immer versichert, Kf. als ein bellikoser und glücklicher Herr werde in Beachtung der allgemeinen Gefahr die durch

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 67 (S. 1444).

[2]) S. dieses Memorial vom 28. September 1682 Londorp XI, S. 357f.; Pufendorf XVIII, § 66 (S. 1443).

allzu großes Wachstum der französischen Macht dem Vaterlande drohte, sich eines anderen resolvieren und den chagrin über das zu Nimwegen Vorgefallene zur Erhaltung der deutschen Reputation und Freiheit opfern. Er hat darauf nur in generalibus geantwortet und seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß man bei herannahendem Termin des 1. November, bei so schlechter Verfassung im Reiche und augenscheinlicher Türkengefahr von Kf. verschiedene sentiments führte, man müßte sich jetzt in die Zeit schicken und nicht mal à propos, um eine Stadt Straßburg wiederzugewinnen, den Wohlstand des ganzen Reiches dem ungewissen Ausgang eines Krieges überlassen. R. blieb aber dabei und sagte, der Kaiser verlangte eifrig den Frieden, würde auch, um Straßburg wiederzunehmen, keinen Krieg anfangen, nur würde er, weil es wider die von ihm beschworene Kapitulation sein würde, nicht seinen Konsens dazu geben, daß Frankreich ein so ansehnliches Stück vom Reich in der Güte cediert würde. Stratmann war etwas moderater, versicherte, der Kaiser werde sich entweder zur Diskussion oder zur mutuellen Konvenienz oder zur Mediation, auch gar zur arbitrage willig finden lassen, und fragte, ob denn Kf. nicht bei Frankreich gesucht hätte, daß es etwas nachgeben möchte, und ob die anderen Interessenten hier sich nicht bemühen möchten, die französischen Ambassadeurs zur Ergreifung eines der obgedachten Mittel zu persuadieren. Er hat geantwortet, seines Wissens sei Kf. von Reichs wegen noch nicht ersucht worden, sich zu interponieren.

Den französischen Gesandten war seine Ankunft sehr lieb, sie beklagten sich über die Langsamkeit der hiesigen Traktaten, und daß es dem Hause Österreich so wenig Ernst wäre, Frieden zu machen, Kf. werde das Beste dabei tun können, der Münstersche, Schmiesing, werde bald hier sein, der Dänische und der K. Cölnische wären schon hier, wenn diese die Intention ihrer Prinzipalen publik werden ließen, sei zu hoffen, daß die andere Partei Bedenken tragen werde, sich in eine Unruhe allein so weit zu verwickeln.

F. R. L. v. Canitz an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. M. 24. Oktober / 3. November 1682.

[Sein Besuch bei K. Mainz. Äußerungen der Wohlintentionierten und der französischen Gesandten. Geringe Neigung zum Abbruch der Verhandlungen in Frankfurt.]

Er ist Donnerstag den 19./29. nach Mainz gereist und hat am folgenden 3. Nov. Tage bei dem Kurfürsten Audienz gehabt. Derselbe erwiderte auf seinen Vortrag, er freue sich, daß Kf. mit ihm einerlei Sinnes wäre. Man müßte jetzt nur dahin sehen, wie man quovis modo mit Frankreich auseinanderkäme, zu Frankfurt wäre schlechte Apparenz dazu, da die Dupliken und Diskussionen ohne Zweifel den König von Frankreich mehr irritieren als zu Moderierung seiner Proposition bewegen würden. Daher müßte man entweder von Regensburg

eine neue Instruktion kommen lassen oder die Traktaten dorthin zu verlegen suchen, er hätte seiner Gesandtschaft schon befohlen, sich darum zu bemühen. Man würde auf allen Fall, wenn die von Kf. beliebte Deklaration aller zum Frieden Geneigten nichts fruchten sollte, die majora zum Prätext nehmen müssen, diese Deputation zu dissolvieren, darauf würde das extremum einer näheren Zusammensetzung notwendig erfolgen, da er garnicht für ratsam hielte, um des Partikularinteresses Spaniens und des Herzogs von Lothringen willen so viel Land und Leute in Gefahr zu setzen. Auch für die Erhaltung der kurfürstlichen Präeminenz erkärte er sich bereit, weiter zu wirken.

Am folgenden Tage ist er wieder nach Frankfurt zurückgekehrt, er hat den Wohlintentionierten die Meinung des Kf. eröffnet, mit welcher die Gedanken ihrer Herren meist übereinstimmen, und er hat gemerkt, daß man seitens K. Cölns und K. Pfalz' lieber sähe, daß Kf. auch einige Werbungen tun ließe, und daß sie wegen der Protektion des Königs von Frankreich mit der Zeit wohl einige Ombrage nehmen dürften. Der K. Cölnische Dücker hat ihm erzählt, Graf Rosenberg habe ihm gesagt, daß K. Mainz sich, wenn es zur Ruptur kommen sollte, in französische Protektion begeben würde, worauf er geantwortet habe, was K. Mainz tun würde, wüßte er nicht, wohl aber, daß, wenn man das Reich in einen unnötigen Krieg mit Frankreich implizieren wollte, sein Herr sich mit anderen Gleichgesinnten in solche Positur stellen werde, daß sie sich gegen alle und jede würden versichern können.

Die Französischen glauben, daß sie zu Regensburg eher als hier eine positive Antwort werden erhalten können, und meinen, daß, falls das fürstliche Kollegium dort nicht so bald zu einem Schluß kommen sollte, ihr König doch den Termin weiter hinaussetzen werde, wenn er nur vom kurfürstlichen Kollegium die Versicherung kriegte, daß es die conditiones acceptierte. Der K. Cölnische und er haben vorgeschlagen, ob der König nicht auch den Termin prolongieren möchte, wenn sie und die anderen Intervenienten es suchten und vorstellten, daß ihre Herren auf alle Weise den Frieden befördern würden, was die Französischen auch für gut befunden haben. In summa läuft es darauf hinaus: die Proposition, man solle die Traktaten hier ganz abrumpieren, ist den pro et contra Gesinnten nicht gar zu angenehm, weil ein jeder von den Deputierten gern die Ehre verlangt, den Friedensschluß mit zu unterzeichnen. Diese Ambition dürfte endlich veranlassen, daß man von beiden Teilen etwas relachierte, um näher zum Zweck zu kommen.

F. R. L. v. Canitz an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. M. 4./14. November 1682.

[Verhandlung mit den kaiserlichen Gesandten.]

14. Nov. Von den sogenannten Intervenienten ist vorläufig außer ihm nur der Dänische anwesend. Auf Gutfinden der französischen Gesandten haben

sie[1]) beide gestern die Kaiserlichen besucht und dieselben ersucht, die kurze Zeit bis zum letzten November wohl zu menagieren, und wenn man auch bis dahin nicht zum Schluß kommen könnte, doch Frankreich ihre Friedensliebe wirklich zu bezeugen, was nicht besser geschehen könnte, als wenn im Namen des Kaisers zu Regensburg die Ausfertigung einer neuen Instruktion an die Reichsdeputierten befördert würde. Dieselben erwiderten, der Kaiser sehe ein, daß der Friede bei jetzigem Zustande mehr als nötig sei, und auch sie würden dazu allemal beitragen, es wäre auch nicht zu zweifeln, weil Österreich selbst und die mit dem Kaiser gleichgesinnten Stände auf hiesiger Deputation mit den übrigen unanimiter beliebt hätten, das letzte Konklusum nach Regensburg zu schicken, daß dort ungesäumt eine Resolution gefaßt und hergeschickt werden würde. Es wäre aber zu wünschen, daß auch ihre bei den französischen Gesandten abgelegte Kommission etwas gefruchtet hätte, daß Frankreich sich ebenfalls bequeme, dem Reich keine ungewohnten leges vorschreibe und sich erkläre, ob es das, was es okkupiert habe, vermöge der Friedensschlüsse oder aus Konvenienz behalten wolle. Könnte es dartun, daß es ihm kraft der Friedensschlüsse zukäme, wäre man bereit, alles zu cedieren, sollte es aber nur auf eine Konvenienz ankommen, so müßte sich Frankreich zu einem Äquivalent verstehen. Er hat was nötig seiner Instruktion gemäß geantwortet und gesehen, daß man kaiserlicherseits sich noch auf das eifrigste bemühen wird, das Interesse des Reichs von Spanien, Italien und Lothringen nicht zu separieren.

F. R. L. v. Canitz an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. M. 18./28. November 1682.

[Vergebliche Bemühungen, die französischen Gesandten zurückzuhalten, erfolglose Vorstellungen an die kaiserlichen Gesandten. Beginn von Verhandlungen über eine Allianz der zum Frieden geneigten Reichsstände.]

Die französischen Gesandten haben am 14./24. der kaiserlichen 28. Nov.
Gesandtschaft und dem K. mainzischen Direktorium angezeigt, daß sie Befehl[2]) erhalten hätten, am 1. Dezember von hier abzureisen. Das letztere hat am folgenden Tage der Deputation Mitteilung davon gemacht und die Majorität hat beschlossen, die kaiserliche Gesandtschaft zu ersuchen, dieselben nochmals zu exhortieren, vom Termin abzustehen, die Traktaten nicht zu abrumpieren und ihnen die Deduktion[3]) zu übergeben, wiewohl der K. Mainzische und Pfalz-Lauterische dieses letztere für nicht zeitgemäß erklärt und beantragt haben, den Frieden auf die von dem König vorgeschlagenen Bedingungen

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 67 (S. 1445).

[2]) S. den Extrakt aus der Ordre an die französischen Gesandten: Londorp XI, S. 393.

[3]) S. diese, eine Justifikation des Verfahrens des Reiches enthaltende Deduktion (dtct. 26. Oktober 1682) Londorp XI, S. 390ff.; Pufendorf XVIII, § 68 (S. 1445ff.).

anzunehmen, und auch der Bayrische erklärt hat, wenn die anderen auf solche Art den Frieden anzunehmen sich getrauten, so werde auch er sub rato zustimmen. Die Kaiserlichen haben auch am 16./26. bei den Französischen dieses ausgerichtet, diese haben[1]) aber erklärt, daß sie der Ordre ihres Königs inhärieren müßten, und sich geweigert, die Deduktion anzunehmen.

Die Wohlintentionierten und sie, die sogenannten Intervenienten, haben sich unterredet, wie nochmals bei der kaiserlichen Gesandtschaft einige remonstrationes zu versuchen wären, da es sich aber in corpore nicht wohl wollte tun lassen, so haben er und der Dänische, nachdem sie es zuvor mit den Französischen reiflich überlegt, dieses ausgeführt und den Kaiserlichen vorgestellt, Frankreich werde sich nicht länger amüsieren lassen, das sicherste Mittel sei, wenn man sich auf die von Frankreich vorgeschlagenen conditiones vergliche, und versichert, die französische Gesandtschaft werde sich in modo so anschicken, daß der Respekt des Kaisers und des Reiches darunter keinen Anstoß leiden sollte. Die Kaiserlichen aber versicherten, sie hätten dazu keine Ordre, dürften es auch nicht sub spe rati tun, sie hätten an den Kaiser geschrieben, wie sie sich zu verhalten hätten, wenn der König von Frankreich seine Gesandten avocierte, sie hätten aber noch keine Antwort darauf. Sie wollten nochmals die französischen Gesandten ersuchen, hier zu bleiben, und sie hofften, diese würden sich bedenken und die blâme, daß sie keine raison annehmen wollten, von sich kehren. Es wäre auch kein so großes periculum in mora, da der König von Frankreich zu Regensburg noch zwei Monate gesetzt, in denen Verjus Friedenspropositionen anhören könnte.

Am folgenden Nachmittag ließen die K. Mainzischen die Pfalz-Lauterschen, den K. Cölnischen, Dänischen und ihn zu sich bitten und teilten ihnen mit, ihr Kurfürst hielte, weil von den Friedenstraktaten wenig Gutes zu ominieren, für hochnötig, daß die den Frieden verlangenden Reichsstände sich näher zusammensetzten und untereinander eine Defensivallianz machten. Sie haben sich alle dazu bereit erklärt und auf den Vorschlag K. Mainz's beschlossen, im Karmeliterkloster, wo sie sich befanden, weiter darüber zu verhandeln. Der Pfalz-Lautersche gab gute Hoffnung, daß K. Pfalz sich bemühen wollte, auch Württemberg und Ansbach mit beizuziehen, und der K. Cölnische sagte, K. Trier werde wohl ehestens einen ministrum herschicken.

F. R. L. v. Canitz an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. M. 21. November / 1. Dezember 1682.

[Abreise der französischen Gesandten, Beratung über das weitere Verhalten.]

1. Dez. Die französischen Gesandten reisen heute ab, sie haben heute morgen der kaiserlichen Gesandtschaft eine Deklaration[2]) in französischer Sprache mit

[1]) S. die Relation der k. mainzischen Gesandtschaft vom 28. November 1682 Londorp XI, S. 393.

[2]) S. Londorp XI, S. 394f. Vgl. Pufendorf XVIII, § 69 (S. 1450).

einer lateinischen Übersetzung zustellen lassen wollen, diese ist aber nicht angenommen worden. Dieselben sähen gern, wenn diese Konferenz hier gänzlich abrumpiert würde, weil sie fürchten, man werde per maiora von hier aus solche Relationen nach Regensburg schicken, durch welche das Friedenswerk mehr gehemmt als befördert werden würde. Die K. mainzische Gesandtschaft hat sich bei den hier befindlichen Wohlintentionierten Rats erholt, was vorzunehmen sei. Er hat übereinstimmend mit den anderen sich dahin ausgesprochen, daß die Anwesenheit des K. mainzischen Direktoriums noch eine Zeitlang hier nötig sei, um zu hindern, daß nicht andere präjudizierliche Dinge täten, und weil verabredet sei, hier über die Defensivallianz zu verhandeln. Die K. Mainzischen machen den Entwurf einer solchen.[1])

F. R. L. v. Canitz an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. M. 25. November / 5. Dezember 1682.

[Ansichten über die Auflösung der Reichsdeputation. Verschleppung der Verhandlungen über die Allianz.]

Nachdem die Französischen abgereist sind, sind die Reichsdeputierten 5. Dez. nicht in öffentlicher Konferenz gewesen. K. Mainz soll beabsichtigen, v. Schönborn abzurufen, aber den Sekundarius Schallort hier zu lassen und das directorium zu kontinuieren. Man meint, es wäre gut, wenn die Deputation sich von selbst dissolvierte oder K. Mainz wieder die Ratsgänge aufhielte und allein durch ein Schreiben dem Kaiser und dem Reiche den Abzug der französischen Gesandten notifizierte, um so allen vehementen votis und expressionibus vorzukommen.

Über die nähere Zusammensetzung haben sie sich zweimal bei den Karmelitern unterredet, die K. Mainzischen haben auch ein Projekt aufgesetzt und ihrem Kurfürsten zugeschickt, aber es ist heute der siebente Tag, daß noch keine Antwort darauf gekommen ist. Er hat schon früher berichtet, daß K. Cöln und K. Pfalz mit der Langsamkeit von K. Mainz wenig zufrieden sind. Der französische Gesandte de Harlay, den er gestern hier in der Nähe besucht hat, hat ihm zu verstehen gegeben, sie möchten darum den Mut nicht fallen lassen, wenn sie schon bei K. Mainz nicht viel zu hoffen hätten. Der K. Mainzische, mit dem er darüber gesprochen, hat ihm im höchsten Vertrauen geraten, wenn sein Kollege heute oder morgen keine rechte Antwort brächte, möchte er selbst zu K. Mainz reisen und dessen Inklination sondieren.

---

[1]) Kf. befiehlt C. (d. Potstam 29. November / [9. Dezember] 1682), ihm diesen Entwurf zuzusenden, so lange die k. mainzischen und die anderen pro pace gesinnten Gesandten dort blieben, ebenfalls bis auf weiteren Befehl dort zu bleiben, sollten aber diese weggehen, ebenfalls zurückzukehren.

Weil etliche meinen, daß vielleicht die Kaiserlichen und ihre Adhärenten zum Prätext ihres längeren Hierbleibens anführen möchten, daß sie die demarche der Friedliebenden hier in puncto foederis beobachten müßten, so haben die Französischen und K. Mainzischen vorgeschlagen, die Verhandlungen darüber anderswo, in Cöln oder Worms, fortzusetzen.

F. R. L. v. Canitz an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. M. 2./12. Dezember 1682.

[Vorschlag K. Cölns, die Allianzverhandlungen in Cöln fortzusetzen, Äußerungen K. Mainz', Beratung der Deputation über eine Relation an den Reichstag.]

12. Dez. Der K. Cölnische ist in Mainz gewesen, hat aber vom dortigen Hofe keine nähere Resolution, sondern den Vorschlag K. Cölns mitgebracht, die Verhandlungen über die Allianz nach Cöln zu verlegen. Er hat erwidert, er sei dazu nicht instruiert, und er sähe keine notdringende Ursache dazu, auch die anderen haben alle dieses Ansinnen etwas fremd und hors de saison gefunden und sich defectu instructionis entschuldigt. Er ist vorigen Mittwoch nach Mainz gereist, um unter dem Vorwande, sich zu erkundigen, ob der Kurfürst unter den jetzigen Verhältnissen, da sich die Deputation zu Frankfurt auflöste, durch ihn an Kf. etwas wolle gelangen lassen, die Intention desselben zu sondieren. K. Mainz erwiderte, da nunmehr das meiste zu Regensburg zu tun sein würde, so ließe er Kf. bitten, mitzuhelfen, daß die einmal gefaßten Friedensconsilia vom kurfürstl. Kolleg mainteniert und ausgeführt würden. Als er darauf bemerkte, man hoffte, es würde die Traktaten zu Regensburg viel befördern, wenn die zu Frankfurt angefangene nähere Zusammensetzung zustande käme, dieses hätte anfänglich den Kaiserlichen großes Nachdenken verursacht, dieselben aber meinten jetzt, es wäre nur eine Invention, sie zu alarmieren, und werde nimmer zum Effekt kommen, antwortete er, die kaiserlichen Gesandten hätten sich wohl eher in ihren Konzepten betrogen, an ihm fehlte es nicht, wenn nur von K. Trier und Münster jemand dazu käme, Frankreich würde indessen so leicht mit dem Reich nicht brechen, und es werde sich nun bald weisen müssen, wo es auf dem Reichskonvent hinaus wollte. Den Vorschlag K. Cölns wegen Verlegung der Allianzsache nach Cöln könnte er gar nicht approbieren, dahinter steckte der Bischof von Straßburg, der alles nach seinem Kopf einrichten wollte, Frankfurt wäre der gelegenste Ort, und es würde wohl besser sein, wenn man dort bliebe.

Die Reichsdeputierten sind gestern zusammengewesen, K. Mainz hat sich ihnen gefügt und den Punkt, wie eine Relation an den Reichstag zu verfertigen

sei, in Deliberation bringen lassen. Die vota sollen sehr weitläufig, doch ohne sonderliche aigreur ausgefallen sein.[1]) Die meisten findet man zur Abreise disponiert, auch die kaiserliche Gesandtschaft hat den Kaiser um ihre Abforderung gebeten.

F. R. L. v. Canitz an den Kurfürsten. D. Frankfurt a. M. 30. Dezember 1682/[9. Januar 1683].

[Abschiedsaudienz bei K. Mainz. Dessen Billigung der Verlegung der Allianzverhandlungen nach Regensburg.]

Er wird heute abreisen. Von K. Mainz hat er sich verabschiedet. Derselbe dankte für die vertrauliche Kommunikation, welche ihm Kf. in seinem Schreiben[2]) gemacht, und erklärte darauf bezüglich, 1. der bei ihm erschienene Freiherr v. Walderdorff hätte bei ihm eben dasselbe angebracht, wie Graf Lamberg bei Kf.,[3]) er hätte ihm fast ebenso geantwortet wie Kf., er hätte nur noch hinzugefügt, er würde dem Kaiser gern aufwarten, wenn zuvor durch einen Frieden mit Frankreich die am Rhein liegenden Lande in Sicherheit gesetzt wären und man keine fremden Gäste zu befürchten hätte, wenn man Haus und Hof ledig stehen ließe, er rate daher als treuer Patriot dem Kaiser, daß man zur Beruhigung des Reiches die französische Proposition annehme. Er hätte ferner eingewendet, daß der König von Frankreich über eine solche persönliche Zusammenkunft des Kaisers und sämtlicher Kurfürsten eine Jalousie fassen dürfte, was auch der hiesige französische Gesandte Foucher bestätigt hätte. K. Trier und K. Cöln hätten dieselbe Resolution gefaßt, und dieses scheine nicht ohne Effekt geblieben zu sein, da der Kaiser bald darauf ein Notifikationsdekret an die Reichsversammlung habe ergehen lassen, in dem er ziemlich deutlich angezeigt habe, daß er sich nicht weiter so heftig den Friedensconsiliis opponieren würde. 9. Jan.

2. Der Vorschlag des Kf., die Verhandlungen über die nähere Zusammensetzung der pro pace gesinnten Kurfürsten und Stände in Regensburg fortsetzen

---

[1]) v. C. berichtet 16./26. Dezember 1682, vorigen Dienstag sei die Relation an den Reichstag (s. dieselbe bei Londorp XI, S. 396) abgegangen, vorgestern habe wieder eine Zusammenkunft in betreff der Defensivallianz stattgefunden, in der sich der K. Pfälzische erboten habe, ein Projekt aufzusetzen.

[2]) Kf. hatte v. C. (17./27. Dezember 1682) ein an K. Mainz und auch an die anderen Kurfürsten gerichtetes Schreiben, in welchem er ihnen von dem Anbringen Graf Lambergs und seiner darauf erteilten Antwort Anzeige gemacht und sie aufgefordert hatte, in ähnlicher Weise auf den Kaiser einzuwirken, zugeschickt, mit dem Befehl, es K. Mainz zu übergeben.

[3]) S. Pufendorf XVIII, § 80 (S. 1459); Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1049ff.

zu lassen, hat K. Mainz anfangs etwas surpreniert, nachdem er ihm aber vorgestellt, daß die Beteiligten die Allianz ungleich besser dort als in Frankfurt schließen könnten, da sie selbst bei den Hauptfriedenstraktaten gegenwärtig wären und je nach dem Verlauf derselben ihre mesures täglich ändern könnten, war er gar satisfait und versicherte, daß er gern mit beitreten und seine Gesandten dazu mit nächster Post instruieren wollte. Er sprach auch die Hoffnung aus, Kf. werde auf kräftige Abwendung der Türkengefahr gedenken, er habe Nachricht, daß zu Wien und an den Orten, welche dieselbe am ehesten treffen könnte, unbeschreiblich schlechte Anstalt und auf ihre Resistenz wenig zu bauen wäre.

3. Verhandlungen mit K. Bayern.

Instruction, wornach sich unser — Gottfried von Jena bei des Herren Churfürsten zu Bayern Ld. — zu achten. D. Cöln an der Spree 6./[16.] Februar 1682.[1]) (Conc. F. v. Jena.)

[Empfehlung der Annahme der von Frankreich gemachten Anerbietungen und der Abhaltung eines Kurfürstentages.]

Er soll sich sofort zu K. Bayern begeben und diesem vorstellen, nachdem der König von Frankreich in Frankfurt habe proponieren lassen, daß er was er nach dem Nimwegischen Frieden okkupiert nebst Straßburg behalten, im übrigen aber mit dem Reiche in Frieden bleiben, allen seinen übrigen Prätensionen renuntiieren und dem Reiche freigeben wolle, seine Garantie nach eigenem Belieben festzustellen, käme es darauf an, ob das Reich dem König das, was er hätte, nebst Straßburg lassen und sich künftig in Sicherheit stellen, oder aber das Abgenommene mit Gewalt wiederfordern sollte. Die Justiz wäre sonder Zweifel auf seiten des Reichs, und dieses wäre auch noch in solchem Zustande, daß, wenn jeder täte, was er sollte, und eine durchgehende allgemeine Zusammensetzung der Gemüter zu hoffen, nicht so gar zu desperieren wäre, wenn man aber dagegen die wahre Beschaffenheit im Reich und außerhalb desselben und die vorigen Zeiten und Begebenheiten bedächte, so sehe Kf. so viele Schwierigkeiten, daß er es bei gegenwärtigen Konjunkturen für besser hielte, sich zu bemühen, aus diesen Diffikultäten auch mit Zurücklassung eines Vorteils zu kommen, als alles auf die Spitze und den ungewissen Ausgang der Waffen zu setzen. Er hat darauf hinzuweisen, wie wenig der kaiserliche Hof bisher bei dieser Sache getan, wie geringe Einigkeit unter den Reichsständen herrsche, wie diejenigen, welche es mit dem Vaterlande und dessen Freiheit treu und ehrlich meinten, wider alle Versprechungen abandonniert würden, wie wenig die Verfassung des Reiches mit der, in welcher Frankreich stände, in Proportion wäre und wie wenig man sich auf andere Reichsstände zu 16. Febr.

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 39 (S. 1429f.); Heigel, Der Umschwung der bayerischen Politik in den Jahren 1679—1683 (Quellen und Abhandlungen zur neueren Geschichte Bayerns, N. F.), S. 94; Doeberl, Bayern und Frankreich, S. 533.

verlassen hätte. Daher müßte Kf. besonders großes Bedenken haben, sich und seinen Staat abermals dahinzugeben, er meinte vielmehr, das Reich würde besser tun, auf alle Weise, auch mit Hinterlassung von Straßburg, in der Güte aus der Sache zu kommen. Da es aber eine so wichtige und das ganze Reich konzernierende Sache beträfe, so hätte er nötig gefunden, mit K. Bayern daraus im Vertrauen zu kommunizieren, er bäte daher, ihm sein Sentiment zu eröffnen und jemand der Seinigen zu verordnen, welcher aus der Sache mit ihm konferieren solle.

Bei der Konferenz hat er auch der beiliegenden Instruktionen für Meinders, v. Ruck und Fuchs und der zu Dresden gehaltenen Protokolle sich zu bedienen, er hat auch zu berichten, daß auch die geistlichen Kurfürsten, K. Pfalz und der Bischof von Münster mit ihm gleicher Meinung seien und daß diese noch mehr werde sekundiert werden, wenn, wie verlaute, der Türke etwas Gefährliches vorhaben sollte. Doch hat er sich dabei danach zu richten, wie er den Hof finden wird. Sollte er sehen, daß gute Gelegenheit und man einige Vertraulichkeit bezeuge, so soll er anführen, daß, wenn diese Sache beigelegt sei, der Zustand im Reiche und die bisher der Kurfürsten halber sich ereignenden Begebenheiten wohl die Abhaltung eines Kollegialtages erforderten und daß Kf. dann die Beförderung eines solchen sich mit mehrerem Eifer werde angelegen sein lassen, wenn auch K. Bayern derselben Meinung wäre und dazu mitwirken wollte.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. München 21. Februar / 3. März 1682.

[Audienz bei dem Kurfürsten. Konferenz mit den Geheimen Räten. Anscheinend günstiges Ergebnis.]

3. März Er ist Sonnabend, den 15./25. Februar, hier angekommen und hat am folgenden Tage nachmittags bei dem Kurfürsten Audienz gehabt. Derselbe antwortete auf seinen Vortrag, den er möglichst kurz eingerichtet hatte, seine Sendung wäre ihm sehr lieb, er wäre mit Kf. der Meinung, daß der Friede zu kultivieren, er wollte einige seiner Geheimen Räte mit ihm in Konferenz treten lassen. Er wurde darauf in das Gesandtenhaus gebracht, in dem auch der kaiserliche Gesandte Graf Lobkowitz[1]) wohnt, und es wurden ihm dort vier köstlich möblierte Zimmer angewiesen, auch sonst wird er auf das ehrenvollste behandelt, bei den Mahlzeiten leisten ihm vornehme Geheime Räte Gesellschaft, besonders der Präsident v. Kleist besucht ihn täglich und bezeugt seine Verehrung für Kf..

[1]) S. über dessen damalige Sendung Heigel a. a. O. S. 91 ff.; Doeberl, S. 526 ff.

Montag, den 20. Februar/2. März, hat er, nachdem er bei dem Herzog Clemens und der Prinzessin Violante[1]) Audienz gehabt, mit dem Geheimen Ratskanzler Schmied und dem Vizekanzler Leidel, welche beide die publiques affaires vornehmlich unter Händen haben, Konferenz gehalten. Sie dauerte zwei Stunden, da sie das Werk ziemlich überlegt und nichts, was dazu gehört, unberührt gelassen haben. Er hat allen movierten Skrupeln unschwer begegnen und sie ihnen benehmen können. Was sie endlich movierten, war die große Assoziations-Allianz des Kaisers, Spaniens, Englands, Dänemarks, Schwedens, Hollands usw., es konnte aber durch das Spezialexamen dieses so ansehnlichen Bündnisses leicht gezeigt werden, was für ein Effekt zu hoffen, und wie einer und ander nicht einmal darein treten werde. So viel er merkte, wurde vor allem konsideriert und apprehendiert, daß, wenn ein Krieg entstehe, es kein bellum universale imperii sein und etliche vornehme Stände sich gewiß daraus halten dürften. Endlich kam es dahin, ob man denn nicht etwas von Frankreich zurückzubegehren und zu fordern? Er hat vorgestellt, ob man, wenn man in die französische Proposition willigte, nicht besser und dem Reich nützlicher täte als wenn man um eines geringen willen den ganzen Staat und das ganze corpus imperii der Gefahr exponierte, und er hat zur Begründung alles angeführt, was in seiner Instruktion und den Beilagen enthalten ist. Soviel er aus ihren Gebärden und Worten hat merken können, mußten sie des Kf. rationes und considerationes als erheblich anerkennen und kondescendierten darin, nahmen aber alles ad referendum und meinten, der Kurfürst werde selbst mit ihm daraus reden.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg 3./13. März 1682.

[Die erhaltene Resolution. Abschiedsaudienz. Zufriedenheit mit der ihm widerfahrenen Behandlung.]

Donnerstag, den 23. Februar/5. März, kamen der Kanzler Schmied und der Vizekanzler Leidel wieder zu ihm und brachten eine schriftliche Resolution, oder, wie man es am bayrischen Hof nennt, Bescheid,[2]) den sie mündlich wiederholten. Sonst hat man in den Spezialien sich nicht weiter herausgelassen, er hat aber was er aus den partikularen Diskursen mit den vornehmsten Ministern und auch sonst erfahren, aufgezeichnet.[3]) 13. März

Am 25. Februar/7. März hat er bei dem Kurfürsten Abschiedsaudienz gehabt, derselbe bedankte sich sehr für die Abschickung und für die vertrauliche

[1]) Jüngere Geschwister des Kurfürsten.

[2]) Derselbe fehlt in den Akten, scheint auch im Münchener Staatsarchiv nicht vorhanden zu sein.

[3]) Dazu die Kanzleinotiz: „Die Beilage sub Nro B hat, wie H. Hofrat Fuchs anzumerken befohlen, sollen verbrennet werden.“

Korrespondenz und er zeigte sich daneben gnädigst, ja freundlich, er hat bei seiner ganzen Anwesenheit spüren lassen, daß ihm die Abschickung gar angenehm gewesen ist. Er hat die ihm erwiesene Gnade, Courtoisie, Höf-, Freund- und ungezwungene Willfährigkeit höchlich zu rühmen, und wie ihm nicht die geringste fâcherie begegnet, so hat auch er billig männiglich Satisfaktion gegeben.

Montag, den 27. Februar/9. März, ist er abgereist.

Kurfürst Max Emanuel von Bayern an den Kurfürsten. D. Schleisheimb 28. April 1684.[1])

[Sein Wunsch, gegen die Türken zu ziehen, seine Bemühungen um Herstellung des Friedens mit Frankreich, die Vorbedingungen dazu: Festsetzung der Reichssekurität, Abschluß eines universalen Waffenstillstandes.]

28. April Er ist bereit, wieder persönlich gegen die Türken zu Felde zu ziehen, wenn nur der Frieden unter den Christen selbst stabiliert werden könnte. Er hat,[2]) um dieses Hindernis zu beseitigen, seine Bemühungen bei dem Kaiser erneuert und befunden, daß dieser bereit ist, dazu alle diensamen officia anzuwenden, daß es aber zurzeit noch daran erwinde, daß die in Verjus' Gewalt gefundenen defectus[3]) verbessert, ferner, daß dem Kaiser ein ordentliches gemeinsames Reichsgutachten, auf wie lange das armistitium einzugehen sei, erstattet werde.

Aus Verdruß über den langsamen modus, den man bisher in den Reichssachen zu Regensburg gebraucht hat, hat er den nach dem Haag veranlaßten Kongreß[4]) mitbeliebt, da man dort dem Reichsinteresse nichts zu vergeben, noch weniger von Reichs wegen etwas zu schließen gedenkt, sondern hofft, daß dort mehreres praeparatorie geschehen könne. Seiner Meinung nach würde es die Handlung sehr fazilitieren, wenn die Versicherung gleich de praesenti mit und neben den Traktaten als conditio sine qua non ausgemacht würde. Man ist schon viele Jahre damit umgegangen, eine beständige Verfassung im Reich auf 40000 oder 60000 Mann pro securitate publica et imperii einzurichten, das meiste ist schon ausgearbeitet worden, jetzt könnte in wenigen Tagen die Sache zustande gebracht werden und man sich dadurch in Postur setzen, dasjenige, was in puncto armistitii zum Schluß kommt, zu maintenieren. Ferner kann

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 131 (S. 1506 f.).

[2]) S. über das damalige Verhalten K. Bayerns in der Friedensfrage Doeberl a. a. O. S. 538 ff.

[3]) S. oben S. 777.

[4]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux en Hollande II, S. 90 ff.: Müller, Wilhelm III. von Oranien und Georg Friedrich von Waldeck I, S. 299 f.; v. Rauchbar-Kurtze, Leben und Taten des Fürsten Georg Friedrich von Waldeck II, S. 293 ff. S. auch oben S. 778.

eine beständige Ruhe nur stabiliert werden, wenn das Wesen universal ist, die zehn Reichskreise, mithin die Krone Spanien und andere Interessierte und Alliierte mit eingeschlossen, und ihnen Satisfaktion gegeben wird. Da Frankreich selbst sich erboten hat, niemanden auszuschließen, so wird Kf. bei der ganzen Welt sich höchst verdient machen, wenn er seine Vielvermögenheit mit interponiert, daß mit rechtem Ernst und Beiseitestellung aller undienlichen Incidentien zum Werk geschritten und, bis man damit fertig, nicht ausgesetzt werde. Er hat das Vertrauen, daß, wenn der punctus garantiae voran richtig, es endlich an mediis nicht ermangeln wird, auch den punctum armistitii universaliter zu heben, er wird sich auch weiter beim Kaiser darum bemühen und auf einen Vorschlag gedenken, wie, wenn der König von Frankreich seiner früher dem Grafen Mansfeld gegebenen Sinceration gemäß nicht alles in den Stand zu setzen gedenkt, wie es bei der Abreise seiner nach Frankfurt bestimmten Bevollmächtigten gewesen, man satisfait sein und in einer Realsicherheit stehen könne. Ihm liegt die jetzige gute Okkasion, dem Erbfeind einen rechtschaffenen Streich zu versetzen, so zu Gemüt, daß er sein Äußerstes tun wird, damit das Universalarmistitium zustande komme.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Bayern. D. Lehnin 26. April/[6. Mai] 1684.[1])

[Auf das Schreiben vom 28. April. Rechtfertigung seines Verhaltens. Notwendigkeit, schleunigst mit Frankreich abzuschließen. Die Reichssekurität ist nachher festzustellen, die Universalität des Waffenstillstandes hängt nur von Spanien ab.]

— Ich habe bei gegenwärtigem verworrenen Zustande eine sonder- 6. Mai
bare Consolation darob empfunden, daß eben zue der Zeit, da die Meisten im Reiche entweder die obschwebende Gefahr nicht erkennen, oder durch contraire und unbrauchbare Mittel und durch Untermischunge frembder Interessen dieselbe vergrößeren, Ew. Ld. dannoch als eine der vornembsten Säulen des Reiches und welche bei der Conservation desselben nicht weniger als ich interessiret sein, ihre unermüdete Sorgfalt dem Reiche zum besten anzuwenden verharren. Dann ob man mich zwar bishero mit allerhand unverdienetem Verdacht beladen wollen, so gar daß weder meine Ir. Keys. M. und dem Vaterlande erwiesene treue Dienste noch auch mein zur Gnüge bekanntes teutsches Herz und patriotische

---

[1]) Konzept von Fuchs' Hand. S. Pufendorf a. a. O.

Neigunge mich davon befreien können, so kann Ew. Ld. dennoch mit aufrichtigem Munde und Herzen versicheren, daß ich an redlicher Intention keinem nachgebe noch einiges engagement oder Absehen habe, welches unserem wertem Vaterlande und der so teuer erworbenen teutschen Freiheit im geringsten schaden könnte, daß ich gar wohl begreife und mir stets vor Augen stelle, daß an der Erhaltunge und dem Wohlstande des Reiches die Erhaltunge und der Wohlstand meines Churf. Hauses und Länder haftet, und daß diese mit dem Reiche notwendig stehen und fallen müssen, daß auch auf diesem Fundament meine consilia und conduite beruhen, welche ich mich also einzurichten befleißige, wie es der gegenwärtiger Zustand der Sachen in- und außer Reiches erleidet und nicht wie es sonst wohl zue anderen Zeiten, wann man inwendig Einigkeit und auswendig Friede hätte, besser sein könnte. Dann ich numehro durch eine lange Erfahrunge erlernet, daß ein Estat nicht durch desperate, wiewohl tapfer scheinende, sondern durch sichere, vernünftige und nach der Zeit eingerichtete Mittel erhalten werde. Was demnach das Werk an sich selber anbelanget, so bin mit Ew. Ld. ganz einig. daß der Christenheit von dem Erbfeinde abermalen eine große Gefahr bevorstehet, welche abzukehren man hinwiederumb alle äußerste Kräfte wird anwenden müssen, ich lobe auch Ew. Ld. tapfere und genereuse Resolution, daß Sie in eigener hohen Person mit zue Felde gehen — wollen, wie dann auch mir selber nichts erwünschteres begegenen könnte, als daß ich mein graues Haupt wider diesen Feind der Christenheit und dem Vaterlande zum besten aufopfern möchte. Ew. Ld. aber urteilen dabeneben hochvernünftig, daß es nötig sein wolle, zuvorderst den Frieden unter den Christen selbsten zu stabiliren, und das ist es, was ich seither dem Beginn des Türkenkrieges aller dienlichen Orten so beweglich angeraten, mit treugemeineter Vorstellunge, daß es allerdings unmöglich sein wolle, mit den beiden mächtigsten Feinden ab oriente et occidente es zugleich aufzunehmen und solchergestalt sich einer unvermeidlichen Ruin und Untergang zu unterwerfen. Daß Ew. Ld. abermahlen bei I[r]. Keys. M. die Beschleunigunge des Friedens oder armistitii mit der Krone Franckreich recommendiren wollen, davor ist ihro nicht alleine das Reich sondern die ganze Christenheit zum höchsten obligiret, ich lebe auch noch der festen Hoffnunge, I. Keys. M. werden nach dero höchster Begabnus solchen treugemeineten Rat Platz finden lassen und durch Befestigunge des Ruhestandes in der Christenheit ihre — siegreiche Waffen wieder den Erbfeind fortsetzen. —

Die beide obstacula, so man wegen sothanen Friedens oder Stillstandes gemachet, daß nemblich die defectus, so man in des Verjus Gewalt beobachtet, verbessert und zuvorderst ein ordentliches allgemeines Reichsgutachten, auf was Weise und wie lange ein armistitium zu treffen, Ir. Keys. M. zu erstatten, scheinen der Erheblichkeit nicht zu sein, daß darumb ein so heilsames Werk verzögert oder zurücke gesetzet werden müßte. Denn was die defectus anbelanget, bin ich berichtet, daß man frantzösischer seiten erbietig sei, selbige zu heben, wann hinwiederumb einige defectus, so Franckreich in der Keyserl. HH. Plenipotentiarien Gewalt angemerket, verbessert werden möchten, und könnten ja auf allen Fall die Vollmachten, so bei vorigten Tractaten gebrauchet und acceptiret worden, wieder zur Hand genommen werden. Ob aber ein ordentliches gemeinsames Reichsgutachten bei jetzigem Zustande zue Regensburgk in Jahr und Tag zu hoffen, solches gebe ich Ew. Ld. hocherleuchtem Urtel anheimb. Es ist ja weltkündig, daß eben jetzo, da das Reich auf der Spitze seines Unterganges stehet und da von der wichtigsten Materie, woran desselben Wohl und Wehe haftet, nemblich von einem universal Frieden oder Krieg billig Tag und Nacht sollte deliberiret werden, dennoch in so geraumer Zeit die deliberationes in dem Fürstl. Collegio mit Fleiße gehemmet, ja des Churfürstl. Collegii jura und praecipua, wobei Ew. Ld. ebenmäßig zum höchsten interessiret sein, zue einem Male gekränket und übern Haufen geworfen werden wollen, gerade als wann sonst keine äußerliche Gefahr obhanden und es nur eben Zeit wäre, die Grundsäulen des Reiches hernieder zu reißen und den Untergang des Vaterlandes von dem ersten und vornembsten Gliede zu beginnen. Was in dem Haag mit dem bekannten Project vorkommen, solches ist besser in einem ewigen Stilleschweigen zu vergraben, denn gewiß, so lange das Reich gestanden, ist dergleichen modus procedendi, da von den wichtigsten Sachen des Reiches, im Namen des Reiches, ohne Vollmacht und Instruktion vom Reiche, ja mit Disapprobation der mehreren Stände tractiret wird, nie erhöret worden; und ist ja unleugbar, wenn solches Statt finden sollte, daß es mit denen juribus statuum und mit allen Grundgesetzen und Verfassungen des Reiches würde getan sein. An Ew. Ld. dabei geführeten aufrichtigen Intention zweifele ich keinesweges, wie man sich aber derselben gebrauchet, hat der Ausgang [1]) erwiesen. Was den punctum guarantiae et securitatis publicae anbetrifft,

[1]) S. Müller a. a. O. I, S. 232ff.

so bin ebenmäßig der Meinunge, daß solcher mit allem Fleiße ausgemachet und feste gestellet werden müsse, ich habe mich auch darzue allezeit offeriret und tue solches noch. Nur darauf wird es meines Ermessens ankommen, ob kein Frieden oder armistitium mit Franckreich zu treffen, ehe und bevor dieser Punct abgetan und feste gestellet. Ew. Ld. scheinen dieser Meinunge zu sein, ich meines Ortes wollte wünschen, daß es geschehen könnte, finde aber eine pur lautere Unmöglichkeit dabei, und muß billig besorgen, daß dieses das rechte Mittel sein würde, die Kriegsflamme in Teutschland und überall auszubreiten. Dann außer daß man von dieser Materie bereits einige Jahre hier ohne Effect auf dem Reichs-Convent tractiret, auch aus obangeführeten Ursachen annoch in vielen Jahren darin kein Schluß zu hoffen, so wird bei Einlangunge dieses bekannt sein, daß Franckreich bereits in voller Operation begriffen und also nicht die geringste Zeit verabsäumet werden muß, desselben fernere Progresse zu stutzen. Sollte nun besagete Crone vermerken, daß man zue keinem Frieden oder Stillestande verstehen wollte, ehe man sich in die Verfassunge gestellet und die Mittel zum Kriege zur Hand gebracht, so gebe Ew. Ld. hochvernünftig zu ermessen, ob sie solches abwarten und nicht viele eher losbrechen und das praevenire spielen werde. Wie es alsdann denen am Rheinstrom und anderen vielen vornehmen mit Franckreich grenzenden Creisen und Ständen ergehen werde, ist leicht zu ermessen, und ist ja wohl höchlich zu bedauern, daß man fast überall im Reich so wenig auf die von allen Seiten hervorscheinende, ja bereits drückende Gefahr reflectiret und nur auf scheinbare, nicht aber auf mögliche und zulängliche Mittel gedenket, wordurch dann gar leicht auch dasjenige, so noch übrig, ja alles verloren werden könnte. Ich lasse mir sonst gar wohl gefallen, daß man unverlänget den punctum guarantiae et securitatis zur Hand nehme und sich wider alle künftige turbationes und infractiones aufs beste verwahre, werde auch dazue mit allen Kräften concurriren, nur daß man aus obangeführeten wichtigen Ursachen den Frieden oder Stillestand mit Franckreich daran nicht accrochire oder darnach verzögere. Eine gleiche Bewandnus hat es mit demjenigen, was Ew. Ld. wegen Einschliessunge der Crone Spanien und anderer, und daß denenselben Satisfaction gegeben werden möge, zu erinneren belieben wollen. Franckreich ist ja erbietig, auch mit Spanien und derselben Alliirten Frieden oder Stillestand zu treffen und also ein universal Werk einzugehen, und stehet es also nur bei Spanien, die offerirete conditiones anzunehmen, bevorab

da es die Mittel nicht hat, sich bessere zu verschaffen. Ob man sonst gegenwärtig en estat sei, Franckreich zu zwingen, daß es Satisfaction gebe, überlasse ich Ew. Ld. erleuchtetem Urtel. Bei dieser wahrhaften Beschaffenheit kann ich nicht umbhin, Ew. Ld. nochmals aufs angelegentlichste zu ersuchen, dieselbe geruhen sich der gegenwärtigen Not und Gefahr unseres werten Vaterlandes nach dem hohen Vermögen, welches Ihr der Höchste verliehen, mit Nachtruck anzunehmen und die Sicherheit und Erhaltunge desselben durch diejenige Mittel, welche alleine übrig sein, befestigen zu helfen. Ich contestire nochmalen vor dem allwissenden Gott, daß ich keine auswertige Interessen, sie haben Namen wie sie wollen, sondern bloß und alleine die Wohlfahrt des Reiches vor Augen habe, daß ich kein ander Mittel, selbiges bei noch währendem Türkenkriege zu retten, weiß oder ersinnen kann, als welche in diesem Schreiben angeraten, nemblich den Stillstand je eher je lieber, so gut man kann, zu treffen, und daß ich, es laufen auch die Sachen, wie sie wollen, zum wenigsten ein teutsches patriotisches Herz, welches ich numehro bereits 64 Jahre nach dem Alter und 44 nach getragener Regierungsbürde gehabt und an den Tag geleget, mit ins Grab zu nehmen gedenke. —

4. Verhandlungen mit Kur-Sachsen.

Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen an den Kurfürsten. D. Dresden 29. September / [9. Oktober] 1681.

[Die Übergabe von Straßburg. Sendung v. Gersdorffs.]

9. Okt. Er hat heute Morgen aus Frankfurt a. M. die unvermutete Nachricht von der Übergabe Straßburgs an die Franzosen am 20. erhalten. Er gedenkt dieser und anderer hochwichtiger Sachen wegen Anfang nächster Woche seinen Geh. Rat und Oberkämmerer v. Gersdorff an Kf. zu schicken, sendet ihm vorläufig den Originalbericht seines in Frankfurt a. M. befindlichen Geh. Rats Schott mit der Bitte, denselben Gersdorff wieder mitzugeben.[1])

Resolution des Kurfürsten an v. Gersdorff. s. l. et d. [8./18. Oktober 1681].[2])

[Unmöglichkeit, sich schon jetzt zu entscheiden. Die Konferenzen zu Frankfurt sind fortzusetzen.]

18. Okt. Auch er hält den jetzigen Zustand des Römischen Reichs für so gefährlich und perplex wie noch nie, und das, was neulich im Elsaß und mit Straßburg vorgegangen, geht ihm überaus zu Gemüte. Wie der Sache aber zu raten und was für Resolution zu ergreifen, das dürfte noch zur Zeit schwerlich zu determinieren sein. Erst müßte man Nachricht haben, was der Kaiser hierunter für Meinung führe, wie es von den nordischen Kronen aufgenommen werde und was die übrigen Kurfürsten und Fürsten für Sentimente deshalb führen. Darüber wird man sich informieren und gegenseitig das in Erfahrung Gebrachte

[1]) Kf. teilt (d. Potsdam 3./13. Oktober 1681) Fr. v. Jena und Meinders dieses Schreiben mit und beauftragt sie, sich Donnerstag [15. Oktober] bei ihm einzufinden und mit G. zu konferieren.

[2]) An diesem Tage ist das Rekreditiv für v. Gersdorff ausgestellt.

da es die Mittel nicht hat, sich bessere zu verschaffen. Ob man sonst gegenwärtig en estat sei, Franckreich zu zwingen, daß es Satisfaction gebe, überlasse ich Ew. Ld. erleuchtetem Urtel. Bei dieser wahrhaften Beschaffenheit kann ich nicht umbhin, Ew. Ld. nochmals aufs angelegentlichste zu ersuchen, dieselbe geruhen sich der gegenwärtigen Not und Gefahr unseres werten Vaterlandes nach dem hohen Vermögen, welches Ihr der Höchste verliehen, mit Nachtruck anzunehmen und die Sicherheit und Erhaltunge desselben durch diejenige Mittel, welche alleine übrig sein, befestigen zu helfen. Ich contestire nochmalen vor dem allwissenden Gott, daß ich keine auswertige Interessen, sie haben Namen wie sie wollen, sondern bloß und alleine die Wohlfahrt des Reiches vor Augen habe, daß ich kein ander Mittel, selbiges bei noch währendem Türkenkriege zu retten, weiß oder ersinnen kann, als welche in diesem Schreiben angeraten, nemblich den Stillstand je eher je lieber, so gut man kann, zu treffen, und daß ich, es laufen auch die Sachen, wie sie wollen, zum wenigsten ein teutsches patriotisches Herz, welches ich numehro bereits 64 Jahre nach dem Alter und 44 nach getragener Regierungsbürde gehabt und an den Tag geleget, mit ins Grab zu nehmen gedenke. —

Kriege vorzuziehen, andere bequemere Zeit zu erwarten und für diesmal in einen sauren Apfel zu beißen, lieber dem König von Frankreich Straßburg zu lassen, als das Reich in noch mehrere Gefahr und Abgang zu setzen. Doch wollte er K. Sachsens Gedanken darüber gern vernehmen. Wenn derselbe dagegen etwas einwenden sollte, so weiß M. schon, was darauf zu antworten, sollte aber K. Sachsen eine Konferenz veranlassen, so kann er mit mehrerem die Notdurft vorstellen, auch von der Schickung[1]) an K. Mainz, K. Trier, K. Köln und K. Pfalz Mitteilung machen.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Dresden 19./[29.] Januar 1682.

[Audienz. Konferenz mit v. Gersdorff. Verhandlungen mit den Ständen wegen Rüstungen, daher seine Anträge wenig angenehm.]

29. Okt. Er ist Montag hier angekommen und hat am folgenden Tage Audienz gehabt, man blieb aber so lange an der Tafel und es wurde dabei so stark getrunken, daß damals nichts weiter vorgenommen werden konnte. Gestern Morgen kam der Freiherr v. Gersdorff zu ihm und sie waren bis in die dritte Stunde zusammen. Nachmittags haben sie die Konferenz fortgesetzt und sind bis 8 Uhr beisammen gewesen. Er hat ihm das, was Kf. ihm anbefohlen, ausführlich vorgestellt, man steht hier aber noch an, sich mit des Kf. Konduite zu konformieren. Der Kurfürst hörte zwar seine Proposition vor der Tafel mit sonderbarer attention an, antwortete aber sehr wenig und bezeugte absonderlich ziemliche Diffidenz gegen die Franzosen, und daß er bei dem Reich und über die deutsche Freiheit festhalten und alles, was in seinen Kräften stände, zu Maintenierung derselben gern anwenden würde, man müßte endlich wissen, woran man wäre, und sich dabei auf die gute Sache verlassen. Er hat ihn der patriotischen Gesinnung des Kf. versichert, aber darauf hingewiesen, daß man unter den jetzigen Umständen nicht es auf die Extremitäten ankommen lassen, sondern danach trachten müßte, das übrige vom Reich in Sicherheit zu setzen, ferneres Unheil und Verlust dadurch zu verhüten, zugleich Zeit zu gewinnen, die allerends vorhabenden Verfassungen in besseren Stand zu bringen und andere Konjunkturen zu erwarten. K. Sachsens eigene Kriegsarmatur wäre noch zur Zeit unvollkommen, der Kaiser und fast niemand im Reich in behöriger Postur, und es wäre bekannt, was von mancherlei zusammengeführten, neuen undisziplinierten Völkern zu hoffen wäre. Der Kurfürst gestand das zu, fragte, wie die Sachen in England und Holland ständen. Er hat ihm davon Nachricht

[1]) S. oben S. 791 ff.

gegeben, doch meinte der Kurfürst, es möchte noch von dort was Gutes fürs Reich zu hoffen stehen.

Man spricht hier von einer konsiderablen Armatur,[1]) wozu die Stände bereits fünf Tonnen Goldes verwilligt haben, man verlangt aber noch mehr und der Ausgang des Landtages ist noch ungewiß. Die Kapitulation mit dem General-Feldmarschall Goltz[2]) ist nunmehr richtig und für diesen sehr vorteilhaft. Die ganze Verfassung kommt, so wie sie jetzt eingerichtet ist, auf sechs Regimenter zu Fuß (à 1000), drei zu Pferde (à 600) und ein Regiment Dragoner. Es scheint, daß man bei währendem Landtag nicht gern viel Diskurse vom Frieden und dessen Kontinuation hier höre, sondern viel lieber die Gefahr und die Gewißheit eines Krieges mit Frankreich groß mache, daher kommt seine Negotiation nicht eben allzuwohl à propos und hat ihm Gerstorff nicht undeutlich zu verstehen gegeben, daß man dergleichen Handlung lieber zu Berlin als hier sehen möchte, zu welchem Ende sich der Obermarschall v. Hauwitz noch etzliche Tage zu Berlin aufhalten werde. Man steht jetzt mit dem Hause Braunschweig in guter Korrespondenz und mutmaßt wohl auch, daß die jetzige Anwesenheit des Herzogs von Hannover[3]) Kf. zu anderen Sentimenten bewegen werde.

F. Meinders an den Kurfürsten. D. Dresden 21./[31.] Januar 1682.

[Neue Konferenz mit Gersdorff. Rücksichtnahme auf die Rüstungen. Die ihm erteilte Resolution.]

Er hat gestern aufs neue mit Gerstorff konferiert, er hat dabei Gelegenheit 31. Jan.
gehabt, die Sache ausführlich und dergestalt vorzustellen, daß er daraus nicht geringen Effekt und in vielen Sachen eine merkliche Veränderung gespürt. Zuförderst hat er sich bemüht, ihnen die Opinion zu benehmen, als wenn Kf. sich vom Reich zu separieren und etwas wider des Vaterlandes Interesse und die teutsche Freiheit vorzunehmen gedächte, ihnen aber remonstriert, daß eben diese und der ganze Staat in die größte Gefahr geraten würde, wenn man es zum Bruch mit Frankreich kommen ließe. Doch hat er sich wohl gehütet, es so zu tun, daß sie hätten Verdacht schöpfen können, als ob Kf. K. Sachsen die Kriegsverfassung widerraten wollte, vielmehr hat er gesagt, Kf. wünschte, daß dieses und alle anderen mächtigen Häuser in Teutschland bereits in völliger

---

[1]) S. Schuster und Francke, Geschichte der sächsischen Armee I, S. 98ff.; Hassel und Graf Vitzthum v. Eckstädt, Zur Geschichte des Türkenkrieges im Jahre 1683. Die Beteiligung der sächsischen Truppen an demselben. S. 105ff.

[2]) S. Schuster und Francke I, S. 99.

[3]) S. oben S. 584.

Kriegsverfassung ständen, dann könnte man anders raten und vigoureusere Entschlüsse fassen, jetzt aber schiene nichts heilsamer, als bei Kontinuation der Armatur die Traktaten mit Frankreich fortzusetzen und so gut wie möglich zum Schluß zu befördern und abzuwarten, was die künftigen Konjunkturen für gute und nützliche consilia suppeditieren werden. Man würde mit des Kf. Gedanken ganz einig gewesen sein, man dissimuliert aber mit sonderbarem Fleiß, einesteils damit die vorhabende Verfassung, wobei die militares so sehr interessiert sind, nicht ins Stocken gerate, anderenteils damit die Landschaft zu mehrerer Bewilligung disponiert werde, zumal solches von v. Hauwitz' Verrichtung dependieren soll. Daher sieht man auch gern, daß er seinen Abschied nehme, und man hat ihm dazu morgen mittag bestimmt.

Soeben bringt ihm Gerstorff die schließliche Resolution des Kurfürsten, er ersieht daraus, daß man nicht weiß, was recht und beständig zu resolvieren, zumal da man die Nachricht hat, daß es dem Herzog von Hannover nicht gelungen ist, Kf. von der einmal gefaßten Resolution abzubringen, und daß die Sachen in Dänemark nach des Kf. Wunsch gehen.

Resolution K. Sachsens für Meinders.

[Vorläufig einzunehmende abwartende Haltung, Fortsetzung der Verhandlungen mit Frankreich.]

31. Jan. Er zweifelt keineswegs an des Kf. patriotischer Zuneigung zum Römischen Reich, ersucht ihn nur, seine jüngst beschehenen Vorstellungen und rationes zu überlegen und sich gegen v. Hauwitz, der bis zu Meinders' Rückkehr dort subsistieren wird, weiter herauszulassen. Er wird indessen die Wichtigkeit des Werkes nicht weniger überlegen, die Meinung anderer Mitkurfürsten vernehmen und mit Kf. in vertraulicher Korrespondenz jederzeit verharren. Er wird nicht Anlaß geben, die Frankfurter Traktaten auf einmal zu abrumpieren, jedoch sich in seinen Landen in möglichste Positur setzen und den weiteren Erfolg zu Regensburg und Frankfurt, auch Hauwitz' Zurückkunft abwarten. Er ersucht Kf., auch seinerseits sich zu bemühen, die Sachen bei Frankreich in suspenso zu halten, damit nicht abrumpiert und fernere collisiones verhütet werden.

Protokoll einer 27. Januar 1682 zwischen v. Hauwitz, v. Jena und Meinders gehaltenen Konferenz.[1])

6. Febr. v. Hauwitz teilt mit, er habe von seinem Kurfürsten Befehl erhalten, Kf. zu bitten, die rationes und Bedenken, welche man zu Dresden Meinders

[1]) v. Jena und Meinders senden an demselben Tage dieses Protokoll dem Kf. nach Potsdam zu und melden ihm, daß v. Hauwitz morgen sich von ihm zu verabschieden gedenke. Das Rekreditiv für denselben ist Potsdam 29. Januar/[8. Februar] 1682 ausgestellt.

angezeigt, nochmals zu bedenken und sich darauf zu erklären, auch einen endlichen beständigen Schluß zu machen.

v. Jena: Kf. hätte, was Meinders schriftlich und mündlich berichtet, reiflich überlegt, alles, was K. Sachsen habe vorstellen lassen, beruhe auf gutem Grunde und er würde daher kein Bedenken haben, sich damit zu vereinigen, wenn nur der allgemeine wie auch eines jeden Standes Partikularzustand so beschaffen wäre, wie es ein so großes und ungewisses Werk erforderte. Da dieses nicht der Fall wäre und es im Reich an allem oder doch dem meisten, das zur Ausführung der Sache erforderlich wäre, fehlte, so hielte er für besser, durch gütliche als durch scharfe Mittel zu helfen und bessere Konjunkturen zu erwarten. Seine Intention sei keineswegs, sich vom Reich zu trennen, er sehe, daß von den vornehmsten Ständen des Reichs ein großer Teil dahin schon absolute inkliniere, es wäre daher auf den anderen Fall viel eher eine Trennung im Reich, als eine allgemeine Zusammensetzung zu erwarten. Er zweifele nicht, K. Sachsen werde dieses ferner überlegen und befinden, daß die Sicherheit und Freiheit nicht eben an gegenwärtige Zeit gebunden und zu hoffen sei, daß der Allerhöchste zu seiner Zeit bessere Bequemlichkeit und angenehmere Zeiten geben werde. Kf. beziehe sich im übrigen auf die Konferenz vom 28. Januar und was Meinders dabei vorgestellt habe.

v. H. nimmt alles ad referendum. Er fände zwar viele rationes, die wider eines und anderes gesagt werden könnten, er wäre aber desfalls nicht instruiert. K. Sachsen wäre nicht der Meinung, einen Krieg zu haben, sondern einen sicheren Frieden, müßte auch mit dem Kaiser daraus kommunizieren.

Darauf wird noch ein und anderes extra protocollum von den gegenwärtigen Konjunkturen diskurriert.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Potsdam 9./[19.] Juli 1683.[1])

[Auf das Schreiben vom 2. Juli.[2]) Die dem Reich drohende doppelte Gefahr. Notwendigkeit des Friedens mit Frankreich. Bereitwilligkeit, dem Kaiser Hilfe zu leisten, Sendung des Fürsten von Anhalt.]

— Wir sagen Ew. Ld. zuforderst für das hierunter gegen Uns con- 19. Juli
testirende gute Vertrauen ganz fleißigen Dank, und ist derselben außer

[1]) Dieses Schreiben ist an Stelle eines schon ausgefertigten Schreibens vom 8. Juli abgegangen, in welchem als einziges Rettungsmittel schleuniger Friedensschluß mit Frankreich empfohlen, in betreff der Hilfeleistung nur auf die Lamberg gemachte Erklärung hingewiesen und die Sendung des Fürsten von Anhalt nicht erwähnt war.

[2]) In demselben hatte Kurfürst Johann Georg dem Kf. von den bedrohlichen Nachrichten Mitteilung gemacht, welche ein Kurier Graf Lambergs von dem Anzuge der Türken gebracht, und ihn gebeten, ihm seine Meinung, wie diese Gefahr abzuwenden sei, zu eröffnen. Vgl. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1071ff.

Zweifel annoch erinnerlich, was Wir eine geraume Zeit hero wegen des Reichs gegenwärtigen bekümmerten Zustandes und der demselben vorgestandenen doppelten Gefahr ab Oriente et Occidente mit deroselben in hergebrachtem Vertrauen zu mehrmaln communiciret und wasgestalt Wir diese Türckengefahr jederzeit so hoch apprehendiret, I. Kayserl. May. auch noch gar neulich wohlmeinentlich angeraten, weiln das Reich zweien so mächtigen Feinden keinesweges gewachsen, auf Mittel bedacht zu sein, wie man den Rücken von Franckreich versichern möchte, damit man mit zusammengesetzter Macht dem Türcken entgegen gehen könnte. Und dieses ist noch gegenwärtig unsre höchste Bekümmernus, daß Franckreich sich dieser Gelegenheit bedienen, ins Reich einbrechen und sich des Rheinstromes Meister machen möchte, welches, wann es geschehe und wann noch dazu, wie wir zum höchsten fürchten,[1]) Dennemarck und Franckreich mit Schweden und Lüneburg im Kriege impliciret werden sollten, wir gewiß menschlicher Weise nach anders nicht begreifen können, als daß eine ganzliche Dissolution und Untergang des Reiches darauf notwendig erfolgen müsse. Weilen nun Ew. Ld. nicht weniger als wir dabei interessiret sein, so stellen wir zue deroselben höchstvernünftigen Ermessigunge, ob nicht I. Kayserl. May. bei diesen höchstgefährlichen Vorfallenheiten nochmalen aufs beweglichste anzuraten, auf zulängliche Mittel bedacht zu sein, wie das Reich in seiner Consistenz erhalten und dessen gänzlicher Ruin verhütet werden möge, auch was deshalb zue Regensburgk vorzustellen und zu votiren. Wir können Ew. Ld. mit höchster Wahrheit versicheren, daß wir dieses gar nicht vorbringen, umb Franckreich dardurch einigen Vorteil zu schaffen und unserem geliebten Vaterlande zu schaden, sondern bloß darumb, weil es die äußerste Not erfordert, und damit man sich der Armatur, worinnen jetzo das Reich stehet, wieder den Erbfeind, wann man von Franckreich versichert ist, gebrauchen könne. Indessen seind wir entschlossen, I. Kayserl. May. in dieser höchsten Not nicht aus Handen zu gehen, sondern deroselben eine ansehnliche Volkshülfe zuzuschicken, zue welchem Ende wir unseres des Fürsten von Anhalt Ld. an I. Kayserl. May. zue Bezeugunge unserer Ihro zutragenden aufrichtigen ungefärbeten Devotion abfertigen, und wird uns im übrigen lieb sein, wann Ew. Ld. uns auch dero desfalls führende hochvernünftige Gedanken zu vernehmen zu geben geruhen wollen. —

---

[1]) S. oben S. 622f.

Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen an den Kurfürsten. D. Dresden 11./[21.] Juli 1683.[1])

[Auf das Schreiben vom 9. Juli. Wegen des Friedens mit Frankreich sind weitere französische Erklärungen abzuwarten. Notwendigkeit schleuniger Hilfe gegen die Türken, Wunsch, dieselbe mit Kf. zusammen zu leisten. Bitte um nähere Mitteilungen darüber.]

— Nun sagen Wir Ew. Ld. hierdurch vor die Eröffnung dero bei- 21. Juli
gehenden Gemütsmeinung den gebührenden hohen und freundvetterlichen Dank und werden sonder Zweifel Ew. Ld. die wichtigen Motiven und warumb mit der Krone Franckreich bishero zu keinen Schluß zu gelangen gewesen, annoch in frischen Andenken ruhen. Im übrigen, weil die Conjuncturen schwer und allenthalben gefährlich, daher auch, wenn besagte Krone die conditiones nicht so hoch wie zeither spannen und einen reputirlichen auch izo und künftig sicheren Frieden eingehen wollte, so wäre darauf zuförderst billige Reflexion zu machen, Ew. Ld. ist hierbei nicht unbekannt, was gestalt l. Kay. Myst. sowohl zu Wien bei dem Königl. Französ. Envoyé Seppeville als zu Regensburg durch dero Kayserl. Commission selbigem Plenipotentiario Verjus in dieser materia unlängst gewissen Antrag tun lassen. Wir wollten dannenhero der Gedanken sein, es wäre der französischen Erklärung hierauf zuförderst zu erwarten und diese wichtige Sache sodann ferner reiflich zu überlegen, auch von Ew. Ld. nach beliebigen Gefallen dero Wohlvermögenheit nach an Königl. dähnischer Seite alle möglichste officia zu Abhaltung dortselbiger Unruhe anzuwenden.

Inmittelst aber, weiln gleichwohl die Türckengefahr am größesten und nähesten, Ew. Ld. auch obgedachtermaßen zu ansehnlicher würcklicher Volckhülfe und zu solchem Ende auf Abschickung des Fürsten zu Anhalt Ld. nach dem Kay. Hof sich resolvirt und unsere Gedanken hierüber begehrt, so wollten wir dem Werk nicht unfürträglich halten, wann diese Hülfsschickung von Uns beiderseits zugleich geschehen könnte, zumaln da Wir in eigener Person mit Unsern völligen Trouppen zu Felde zu gehen resolvirt. Wir ersuchen hiernächst Ew. Ld. freundvetterlich, ob dieselbe sowohl von dem, was auf des Kays. Abgesandtens Grafens von Lamberg Anbringen Sie vor Resolution erteilet, als auch

[1]) Schon abgedruckt in v. Raumers Historischem Taschenbuch, N. F., IX, S. 226ff.

wohin Sie des Fürsten zu Anhalt Ld. instruiret, dero nähere Gedanken zu eröffnen belieben möchten, damit Wir in mehrer Conformität Unsere mesures einrichten und also in Conjunction ein so schweres Werk desto besser und sicherer fürnehmen könnten. Wollten Uns auch Ew. Ld. wie stark dero Regimenter zu Pferd und zu Fuß eingerichtet, zu dem Ende freundvetterlich part geben, damit Wir die Unsrigen auf gleichmäßigen Fuß setzen könnten, würde Uns dieselbe höchlich obligiren. —

Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen an den Kurfürsten. D. Dresden 13./[23.] Juli 1683.

[Die Sendung des Herzogs von Sachsen-Lauenburg. Notwendigkeit der Hilfeleistung.]

23. Juli Nachdem[1]) gestern meines freundlich lieben Vetters, des Herzogs zu Sachsen Lauenburg Ld. aus dem Kayserl. Feldlager anhero kommen und von selbigem Zustande ein und das andere referirt, zugleich auch im Begriff ist, sich zu Ew. Ld. zu begeben, so habe Ich S. Ld. hierdurch begleiten, dessen negotium bestens recommendiren und dabei Ew. Ld. freundvetterlich unverhalten sein lassen wollen, weiln die Türckengefahr sich sehr vergrößern und daher zu Rettung des geliebten Vaterlandes hohe Not sein will, möglichste Gegenwehr zu tun, daß ich zu solchem Ende mein äußerstes tun werde, gestalt und was gegen mehrgedachten Herzogs Ld. Ich diesfalls mich erklärt, Ew. Ld. von deroselben mit mehrern vernehmen werden, nicht zweifelnd, Ew. Ld. werden nicht weniger — vor die gemeine Wohlfahrt dem Werke mit Nachdrucke und Assistenz zu begegnen Ihro gefallen und mich dero Gemütsmeinung unbeschwert wissen lassen. —

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Potstam 15./[25.] Juli 1683.

[Auf das Schreiben vom 13. Juli und den Bericht des Herzogs von Lauenburg. Notwendigkeit der Hilfeleistung des gesamten Reiches und vorheriger Sicherung des Friedens mit Frankreich.]

25. Juli — Verhalte hierauf Ew. Ld. nicht, daß auch ich S^e. Keyserl. May. in dieser Not nicht zu verlassen, sondern derselben nach Möglichkeit zu

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV,2, S. 1081; Klopp, Das Jahr 1683 und der folgende große Türkenkrieg, S. 271.

assistiren willens bin. Wie aber meines Ermessens durch Sendung einzelner Truppen, welche man nur zur Schlachtbank führen würde, wenig ausgerichtet werden wird und dannenhero höchstnötig, daß die sämptlichen Reichsstände mit zusammengesetzter Macht Sr. Keys. May. zu Hülfe kommen, also, damit solches geschehen könne, bin Ich annoch der Meinung, daß man sich zuvorderst des Königs von Franckreich vermittels eines schleunigen Friedens, so gut als derselbe zu erhalten stehet, zu versichern und unser geliebtes Vaterland von der Seiten außer Gefahr zu setzen habe, maßen es unmöglich der frantzösischen und türckischen Macht zugleich zu wiederstehen. —

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Potstam 15./[25.] Juli 1683.[1])

[Auf das Schreiben vom 11. Juli. Aussichtslosigkeit, von Frankreich günstigere Bedingungen zu erhalten, Notwendigkeit des Friedensschlusses. Seine Stellung zu Frankreich. Die von ihm beabsichtigte Hilfeleistung gegen die Türken.]

Seine Betrübnis über die bedrängte Lage des Vaterlandes. 25. Juli

Welches alles man doch vor einiger Zeit insonderheit in Ungarn so leichtlich hätte abwenden können. Ich wünsche, daß die Crohn Franckreich denjenigen Antrag,[2]) welcher ihr zuletzt sowohl am Keyserl. Hofe als zu Regensburg getan worden, annehmen und dabei acquiesciren wolle. Ich habe auch dieser Tage sowohl vor Mir selber als auch durch meine Räte dem frantzösischen Ministro Grafen von Rebenacq[3]) dergestalt beweglich in dieser Materie zugesprochen, daß er gar alterirt darüber geworden und mit höchstem Unwillen von mir geschieden, auch solches sofort durch einen Courier an seinen König berichtet. Ich kann aber dabei Ew. Ld. nicht bergen, daß, wann man die von Franckreich bishero gebrauchte Conduite und ihre Maximen, imgleichen was ihre Ministri zu Wien, zu Regensburg und alhier auf solchen Antrag vorläufig geantwortet, considerirt, nicht die geringste

---

[1]) Schon abgedruckt in v. Raumers Historischem Taschenbuch, N. F., IX, S. 228ff. Das Konzept von der Hand eines Schreibers mit Korrekturen und Zusätzen von Fuchs.

[2]) S. oben S. 768f.

[3]) S. oben S. 475.

apparence zu finden, daß sie selbige placidiren, sondern sich vielmehr dieser Gelegenheit ihren Zweck zu erreichen bedienen werden.

Daher und da das Reich, falls Frankreich losbrechen sollte, nicht zum Widerstand fähig ist, findet er kein anderes Mittel, als sich Frankreich quocunque modo durch einen beständigen Vergleich zu versichern.

Ew. Ld. gedenken doch nur, wie es uns ergehen würde, wann Wien sollte verloren gehen, nun ist ja aber noch Hoffnung übrig, dasselbe zu retten, wenn nämlich die schöne Macht, so man itzo im Reiche noch auf den Beinen hat, wieder den Erbfeind angeführet werden könnte, denn obgleich einige auf die Gedanken kommen, daß, wann man mit dem Erbfeind auch mit Hinterlassung des Königreichs Ungern Friede machte, man alsdann Franckreich noch Wiederstand tun könnte, so ist doch leicht zu ermessen, daß die keyserliche Armee, worauf man bishero den meisten Staat gemacht, durch die bekannte Zufälle dergestalt würde zugerichtet sein, daß von derselben in geraumer Zeit wenig Hülfe zu hoffen, und Franckreich desto weniger resistence finden würde, es ist auch nicht zu begreifen, warum man um einiger weniger Örter willen, so bereits verloren sein, und da die geringste apparence nicht vorhanden, selbige jetziger Zeit zu recuperiren, den ganzen Rheinstrom, ja das ganze Reich dem Verlust und Untergang exponiren wolle. Ich bezeuge es mit dem höchsten Gott, daß ich diese Vorstellungen keineswegs Franckreich zu Liebe oder Gefallen tue, es ist vielmehr bekannt, wie daß ich kurz verwichener Zeit verschiedene harte Anstöße sowohl am frantzösischen Hofe als auch mit denen ministris gehabt, so daß die Confidenz, so Franckreich bisher zue mir gehabt, nicht allein ganz erloschen, sondern auch bereits eine große Diffidenz eingeschlichen und ich mir numehro länger nicht getraue, bei Ausbleibung der Composition Franckreich vom teutschen Boden, wie noch wohl bisher geschehen, abzuhalten. Aber dieses animiret mich um so viel mehr, dem agonisirenden Vaterland durch treuen Rat zu Hülfe zu kommen, dasselbe auch in äußerster Not nicht zu abandonniren, sondern vielmehr dasjenige anzuraten, was erfahrene medici in desperaten Krankheiten tuen, wenn sie ein Glied abschneiden und dahinten lassen, umb den ganzen Leib zu salviren. Zu Ew. Ld. habe ich ein gleichmäßiges Vertrauen und ersuche dieselbe nochmalen ganz angelegentlich, dieselbe geruhen sowohl am Keys. Hofe als zu Regensburg sich dahin zu bearbeiten, daß man sich von Franckreich nichts zu befahren und daß man durch einen Vergleich die im Reich stehende Macht ohne Furcht wieder den Erbfeind anführen könne. Ich

will keine conditiones vorschlagen, die besten und erträglichsten vors Reich sollen mir am liebsten sein, aber man kann ja diejenigen, so das Werk unter Hand haben, per gradus instruiren, nur daß sie Macht haben bald zu schließen und ehe es zum Bruch kommt. —

Was die Volkhülfe, so wieder den Türken zu schicken, anbelanget, ist selbige die vornehmste Ursache der Schickung und Instruction, womit ich des Fürsten von Anhalt Ld. an I. Keys. May. abgefertiget, und werde ich nicht ermanglen E. Ld. von demjenigen, was wird abgehandelt werden, Nachricht zu erteilen. Ich kann sonst derselben nicht verhalten, daß ich mich mit dem quanto solcher Hülfe darnach werde richten müssen, wie das Werk mit Franckreich ablaufen wird, denn so lange von selbiger Krone insonderheit auf dem Rheinstrom etwas zu befahren ist und unsere Nachbaren in besorglicher Armatur wie itzo stehen bleiben, können Ew. Ld. leicht ermessen, daß ich nicht viel Volk entbehren und man mich nicht verdenken könne, wenn ich zuerst die Rettung und Sicherheit in meinem eigenen Hause suche und schaffe. Sollte man sich aber weder von Franckreich noch in der Nachbarschaft etwas zu befahren haben, bin ich entschlossen, eine schöne Armee von 15 und mehr tausend Mann, alle alte Regimenter, so des Feuers und des Handels gewohnt, in Person wieder den Erbfeind anzuführen oder, da meine Constitution solches nicht zuläßt, selbige unter meinem Gen. Feldmarschall Freih. von Dörffling zu schicken, und werde ich im übrigen nach denen Occurrencen mit Ew. Ld. ferner daraus zu communiciren nicht ermanglen. —

Kurfürst Johann Georg III. an den Kurfürsten. D. Dresden 25. Juli/[4. August] 1683.

[Anerbieten, das Oberkommando über die zu vereinigende Truppenmacht zu übernehmen.]

Welchergestalt Ich mit Gott entschlossen, bei der jeczo durch Göttl. Verhängnus entstandenen Türckengefahr aus treuer patriotischer Intention zu Rettung des teutschen Vaterlandes in eigener Person mit meinen Trouppen zu succurriren, davon habe E. Ld. Ich bereits part gegeben. Wann Ich dann vermerke, daß E. Ld. aus gleichmäßigem höchstlöbl. 4. Aug.

Eifer, wie nicht weniger Chur-Baiern[1]) Ld. etliche tausend Mann zu diesem Ende marchiren lassen werden, und ich vermeinen sollte, es würde zu desto mehrer Conservation aller dieser Trouppen dienlich sein, auch mit mehrerm Effect die operationes können getan werden, wenn sie zusammen in ein Corpus gebracht und an Ort und Ende, wie sowohl mit der Kayserl. Generalität unter gewöhnlicher Communication, als unter sich selber sich verglichen werden möchte, agiret würde, als habe ich solches E. Ld. zu dero hochvernünftigen Erwägen überlassen und zugleich Mich — anerbötig machen wollen,[2]) mit dem Hauptcommando dieses ganzen Corporis mich beladen zu lassen, jedoch alles in der Maße und dem Verstande, daß E. Ld. commandirenden General freie Hand über die ihm anvertraute Trouppen verbleiben, derselbe neben anderen jedesmal zu dem Kriegsrate gezogen und alles unter gemeinem Concerto getan und vollstrecket werde. —

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Potstam 28. Juli / [7. August] 1683.

[Auf das Schreiben vom 25. Juli. Unmöglichkeit, sich schon jetzt näher über die Türkenhilfe zu äußern.]

7. Aug. — Wann Ich nun von — des Fürsten von Anhalts Ld., welche nunmehr erst bei S. Keys. May. werden angelanget sein, noch keine Antwort erhalten, was mit S. Keys. May. I. Ld. wegen meines Succurses für Abrede und mesures genommen, darnach auch meine in Preußen zum March beorderte Regimenter nicht sobald als vielleicht Ew. Ld. aufbrechen werden und kaum innerhalb drei Wochen an die Schlesische Grenzen werden anlangen können, zudeme die in der Nachbarschaft an der Elbe zwischen S. K. May. von Dennemarck und das Fürstl. Haus Braunschweig Lüneburg fürgehende und, indem dieses Haus dem König von Dennemarck fast zu nahe tritt, täglich gefährlicher anscheinende motus allem Ansehen nach gar leicht zur Tätlichkeit und Weiterungen ausschlagen und meine gute Intention — hemmen und mir nicht zulassen möchten meine Lande gar zu sehr zu entblößen, als werden Ew. Ld. hieraus leicht von selbsten ermessen, daß ich mich noch zur Zeit

[1]) S. Klopp a. a. O. S. 145f.; Doeberl, Bayern und Frankreich, S. 538f.
[2]) S. Hassel und Vitzthum v. Eickstädt a. a. O. S. 111f.

wegen des Commando meiner wieder den Erbfeind destinirten Völker nicht wohl herauslassen kann. Ich bleibe aber beständig bei der Resolution, wann man sich von Reichs wegen des Königs von Franckreich nur auf eine oder die andere Weise versichert und den Rücken frei gemacht, mir auch sonst nichts im Wege gelegt wird, daß ich S. Keys. May. so bald als es möglich mit allen Kräften unter die Arme greifen und wieder den Erbfeind beistehen wolle. —

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Potstam 23. September / [3. Oktober] 1683.[1]) (Conc. P. Fuchs.)

[Aufforderung zu einer persönlichen Zusammenkunft.]

Er hat ihm schon in einem früheren Schreiben zu dem Siege bei Wien congratuliert. 3. Okt.

Nun ist zwar nicht ohne, daß durch solchen Sieg der ganzen Christenheit, absonderlich aber unserm geliebten Vaterlande — ein großes Glück und Vorteil gestiftet worden, auch, wann man sich solcher Victori recht gebrauchen wollte, dieselbe noch viel andere große avantages nach sich ziehen könnte. Es werden aber Ew. Ld. dero hohen Begabnus nach aus reifer Betrachtung des gegenwärtigen Zustandes in und außer Reichs genugsam ermessen, daß es hin und wieder annoch sehr wunderlich und verworren aussehe und jetzige Zeit fast mehr als jemalen einer genauen Correspondenz und vertraulichen Communication zwischen denen vornehmsten und vigoureusesten Gliedern des Reichs bedürfe, wozu Ich denn auch meines Orts aus treuem patriotischen Gemüte von Herzen inclinire und ein sonderbares Verlangen habe mit Ew. Ld., als einem meiner vornehmsten und liebsten Nachbaren, noch einmal personlich zu überlegen, was bei so trübe anscheinenden Conjuncturen zu Beforderung beiderseits Landen Besten und Wohlfahrt zu tuen oder zu lassen sei. Würde auch nicht ermanglen, mich zu solchem Ende zu Ew. Ld. nach dero Residenz zu erheben und Ihro daselbst aufzuwarten, wann Meine bekannte Leibesconstitution solches nur einigergestalt zulassen wollte.

---

[1]) Kf. ließ dieses Schreiben durch den Kammerjunker v. Buch überbringen. Kurfürst Johann Georg zeigt (d. Dresden 28. September / [8. Oktober] 1683) dem Kf. an, daß er am 11. oder 12. Oktober bei ihm in Potsdam erscheinen werde.

Weil ich aber dadurch davon abgehalten werde, so habe ich doch gleichwohl die Freiheit nehmen wollen Ew. Ld. f. v. zu ersuchen, ob Ihro nicht gefällig sein möchte mir die Ehre zu tuen und etwa anhero nach Potstam oder bis Zinna sich zu bemühen. —

Propositio facta dominis Saxonicis ministris H. von Hauwitz und H. von Gerstorff zu Potstam den 13./23. Okt. 1683 per H. Geh. R. Fuchs et me F. M.[1])

23. Okt. 1. Weil die evangelische Religion an verschiedenen Orten so hart verfolgt wird, ob nicht mesures zum Besten der bedrängten Religionsverwandten zu nehmen, zumal es fast das Ansehen gewinnt, daß die jetzigen Troublen in einen Religionskrieg verwandelt und die Macht der katholischen Potentaten zu fernerer Persekution der Evangelischen angewendet werden dürfte, und ob nicht auch das Schmähen und Lästern zwischen Reformierten und Lutherischen zu inhibieren sei.

2. Wie die Handlung wegen des Friedens oder Stillstandes mit Frankreich endlich zur Richtigkeit zu bringen, damit den Türken desto besser Widerstand geleistet und die innerliche Ruhe des Reiches desto fester gesetzt werden könne.

3. Da gegen die kurfürstlichen jura und Präeminentien an verschiedenen Orten, selbst am kaiserlichen Hofe wider die Kapitulation und andere Reichskonstitutionen Eingriffe und turbationes vorgenommen worden, wie dem mit vigueur zu begegnen, ob nicht auf einen Kollegialtag und auf zeitgemäße Renovierung des kurfürstlichen Vereins zu gedenken.

4. Nachricht und Kommunikation, was Kf. in Dänemark und beim Hause Lüneburg wegen Erhaltung des Friedens und Stiftung näheren Vertrauens negotiieren lassen, ferner, was Kf. und andere für Beschwerde führen, daß dieses Haus seine Macht im niedersächsischen Kreise allzu weit extendiere, worüber leicht Unruhe entstehen könnte, cum requisitione, das Fürstl. Haus davon zu dehortieren.

5. Was in Dänemark und jetzt mit dem schwedischen Gesandten v. Grafenthal wegen des Zerimonials vorgegangen.

[1]) Von Meinders' Hand. Kf. teilt (d. Potsdam 18./28. Oktober 1683) der Gesandtschaft in Regensburg mit, daß K. Sachsen bei ihm gewesen und daß die beiderseitigen Minister über die gegenwärtigen Konjunkturen und ihre beiderseitigen Interessen konferiert hätten. Er sendet ihnen das Protokoll und befiehlt ihnen, mit der k. sächsischen Gesandtschaft von allem vertraulich zu kommunizieren und sich die Erreichung des bei der Sache verfolgten Zieles angelegen sein zu lassen.

6. Wie es wegen des Zerimonials mit dem jetzigen kaiserlichen Kommissar zu Regensburg, dem Grafen von Windischgrätz,[1]) zu halten.

Domini Saxones danken für die Kommunikation. Auch K. Sachsen nehme sich die Bedrängnis der Religionsverwandten sehr zu Gemüte, werde deswegen an den Kaiser schreiben[2]) und zu Regensburg mit Kf. und anderen evangelischen Ständen gern gemeine mesures ergreifen, er habe auch bereits an den König von Polen deswegen geschrieben. Wegen Stiftung geistlicher Verträglichkeit zwischen Reformierten und Lutherischen werde man mit dem Konsistorium zu Dresden das Werk überlegen und alles tun, was zu Erhaltung brüderlicher Liebe unter denselben ersprießlich sein könnte.

2. Wegen des Friedens oder Stillstandes mit Frankreich könne wegen der vielen beilaufenden Umstände und Konsiderationen hier schwerlich eine Resolution gefaßt werden. Man müßte zuvörderst die Resolution des kaiserlichen Hofes erwarten; man sehe auch K. sächsischerseits nicht, wie aus dem Werk so schlechterdings zu gelangen, wenn nicht französischerseits nähere conditiones eingegangen würden. Kf. möchte dazu kooperieren, damit das Reich nicht so sehr zergliedert werde.

3. Wegen des Kollegialtages wollte man weiter nachdenken, des Vereins halber auch das Werk unterbauen.

4. Wegen des von dem Grafen Windischgrätz prätendierten Zerimonials müßte alles in Regensburg im kurfürstl. Kolleg überlegt werden.

Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen an den Kurfürsten. D. Schloß Hartenfels zu Torgau 13./[23.] Dezember 1683.

[Auf zwei Schreiben[3]) vom 16. und 24. November. Bitte, dahin zu wirken, daß der Frieden mit Frankreich unter günstigeren Bedingungen erreicht werde.]

Kf. hat ihm seine Gedanken wegen der zwischen dem Reich und Frankreich noch obschwebenden Differentien eröffnet. Er hat bei seiner jüngsten Anwesenheit in Potsdam in der Konferenz durch die Seinigen vorstellen lassen, es sei darauf behörige Reflexion zu machen, aber es sei auch gar schwer, daß das Reich die von Frankreich anfänglich vorgeschlagenen conditiones so bloßer Dinge, ohne einzige Modifikation, annehmen und soviel Stände und Mitglieder abandonnieren sollte, und Kf. werde sich um das publicum sehr verdient machen, 23. Dez.

[1]) S. oben S. 773ff.

[2]) Kf. teilt (d. Potsdam 24. Oktober/[3. November] 1684) K. Sachsen ein Schreiben mit, das er ebenso wie dieser wegen der bedrängten Evangelischen in Ungarn an den Kaiser abgelassen habe.

[3]) Nicht bei den Akten.

wenn er sich bemühen wollte, bessere und anständigere zu erlangen. Er zweifelt nicht, daß Kf. dieses wohl überlegt und auch erwogen haben wird, daß, obwohl einige Hoffnung zu mehrer Sicherheit sich daher zeigen dürfte, wenn mit dem Reich und Spanien zugleich traktiert und von den Alliierten des Kaisers die Garantie des zu schließenden Traktats übernommen würde, doch das Reich, indem es dasjenige, was Frankreich bisher okkupiert hat, lediglich in gegenwärtigem Zustand und in Frankreichs Händen lassen sollte, davon viel schlechteren Vorteil als Spanien zu erwarten hat.

Kf. wird Nachricht erhalten haben, was für expedientia in diesem Werk unter der Hand etzlicher Orten, sonderlich bei den Alliierten, bekannt gemacht sein sollen, woraus die kaiserliche Intention und daß, nachdem verschiedene Vorschläge, wie mit Frankreich per modum armistitii aus dem Handel zu kommen, darin enthalten, es ein rechter Ernst sein müsse, wahrzunehmen, auch überdies fast scheinen will, daß Frankreich damit vergnügt zu sein Ursache haben könnte, daher zu hoffen, daß auf wirklich angehenden Traktaten, die möglichst zu beschleunigen sind, der Zweck wohl erreicht werden möchte. Dann könnte Kf. besonders im kurfürstl. Kolleg, und daß auch dort nicht bloß und simpliciter auf durchgehende illimitierte Annehmung der ersten Proposition bestanden, sondern mit Frankreich amicabiliter auf billigere Konditionen gehandelt werde, ein großes beitragen und sowohl die Hauptsache befördern, als auch zur Herstellung der Eintracht unter den Reichskollegien und zur Fazilitierung des Friedensnegotium bei dem Kaiser helfen. In diesem Absehen wird er auch dem Kaiser seine Gedanken eröffnen, alles maturieren und seinen Gesandten in Regensburg instruieren.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Cöln 19./[29.] Februar 1684.

[Die Konvente zu Cöln und im Haag. Notwendigkeit, den Waffenstillstand schleunigst abzuschließen. Die Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzögen.]

29. Febr. Über die Konvente in Cöln und im Haag[1]) weiß er nur, daß dort vom Frieden oder Stillstand und wie dazu am schleunigsten und bequemsten zu gelangen, verhandelt werden soll. Da K. Sachsen zu dem letzteren auch vom

[1]) Kf. hatte (d. Cöln 26. Januar / [5. Februar] 1684) K. Sachsen mitgeteilt, daß er die jetzt in Cöln und im Haag abgehaltenen Versammlungen beschicken werde, und ihn aufgefordert, dieses ebenfalls zu tun und dahin zu wirken, daß dort für Herstellung eines allgemeinen Ruhestandes wenigstens durch Abschluß eines Waffenstillstandes gesorgt werde. Darauf hatte Kurfürst Johann Georg (d. Dresden 14./[24.] Februar 1684) ihn um nähere Nachrichten über den Zweck dieser Zusammenkunft und den dortigen modus tractandi gebeten. S. über die Beteiligung K. Sachsens an dem Haager Kongresse Hassel und Vitzthum v. Eickstädt a. a. O. S. 82f.

Kaiser, von K. Bayern und dem Hause Braunschweig-Lüneburg eingeladen ist, so wird er darüber die beste Information haben. Er seinerseits wird nie approbieren noch zugestehen, daß wieder wie in Nimwegen de negotiis et fatis Imperii extra Imperium, zumal bei dem noch währenden Reichstage, etwas gehandelt und geschlossen werde.

Da es höchst notwendig ist, daß die Frage wegen des Waffenstillstandes je eher je lieber zum Schluß gebracht werde, so hat er eine Unterredung ihrer beiderseitigen Ministri vorgeschlagen, damit sie sich gegenseitig ihre Gedanken darüber mitteilten. Der hannoversche Kammerpräsident v. Grote[1]) ist bereits vor 14 Tagen wieder von hier abgereist, es ist mit ihm nichts Gewisses verabredet worden, nur scheint das Fürstl. Haus sich mit ihm darin zu konformieren, daß die schleunige Beförderung eines Friedens oder Waffenstillstandes nötig sei, und er hat versprochen, solches überall nach äußerster Möglichkeit zu befördern.

Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen an den Kurfürsten. D. Dresden 21./[31.] März 1684.

[Auf das Schreiben vom 19. Februar. Erneute Bitte, darauf hinzuwirken, daß Frankreich günstigere Bedingungen gewähre. Seine in Regensburg gemachten Vorschläge.]

Er bittet, es nicht ungleich zu nehmen, wenn er in Sachen, welche die jetzigen gefährlichen Konjunkturen angehen, deren Wichtigkeit halber sich nicht jederzeit so eilfertig, wie er sonst wünschen möchte, herauslassen kann. 31. März

Den Konvent im Haag hat er bisher zu beschicken angestanden, da er die Einigkeit im Reich noch am wenigsten disponiert gefunden, er hat daher Kf. in seinem Schreiben vom 13. Dezember 1683 ersucht, im kurfürstl. Kollegium auf bessere Bedingungen, als sie von Frankreich bisher vorgeschrieben worden, anzutragen und die übrigen Kurfürsten ebendazu zu disponieren. Er erneuert jetzt diese Bitte, ersucht Kf., die Sache so zu konsiderieren, wie es das Interesse des gemeinsamen Vaterlandes und der Posterität erfordert, je mehr sonst alles auf Desperation hinauslaufen und das Reich in sich selber in Zertrennung, Kollision und totalen Ruin geraten möchte.

Ew. Ld. hohe Vernunft und langwierige Erfahrenheit können dieselbe leicht persuadiren, wie schmerzlich der ohne Schuld, außer einigem Kriege, in ganz friedlicher Zeit erlittene Verlust der von der Krone Franckreich occupirten Lande und Örter, worunter die importante Grenzfestung und starke evangelische Stadt Straßburg, auf welche auch kein

---

[1]) S. oben S. 656.

Schein einiger Praetension können gemachet werden, dem Reiche und unserm gemeinen lieben Vaterlande vorkomme, und wie die particulier Interessenten hierunter ihre Notdurft eiferigst und zum Teil wehmütigst zu suchen, auch dadurch sowohl I. Keys M. nebest denen meisten Reichsständen als andere außerhalb Reichs zu Commiseration und zu Bestärkung der Justiz in diesen Sachen aus triftigen Motiven bewogen worden. Wann Wir nun an Unserem Orte zu Abwendung des großen Praejudizes, zu Besänftigung der Gemüter und Beruhigung des Reichs fast unmöglich einen andern Weg als einen solchen ersehen oder erdenken können, welcher dem einen und zwar unschuldigen Teile nicht das ganze damnum und Verlust allein übrig und noch dasselbe in höchster Unsicherheit ließe — so haben wir jederzeit — dahin wohlmeinentlich unsere Gedanken eröffnet, die auch nochmals dahin gehen, daß man an beiden Seiten temperamenta admittiren und dahero die Kron Franckreich dero allzu harte anfänglich proponirte conditiones würklich moderiren, dem Reich einige Sicherheit bei langwierigem armistitio geben und hiedurch den Weg zum völligen Frieden zugleich ebenen möchte. —

Wir haben daher einen Versuch zu tun Unserm Gesandten zu Regensburg einige Vorschläge ins Mittel zu bringen anbefohlen, zweifeln nicht, Ew. Ld. und andere Herren Mitchurfürsten solche als wohlgemeint ansehen, weiter überlegen und dadurch — das ganze Werk endlich zu glücklichen Ausschlage bringen helfen werden. —

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen.[1]) D. Cöln 24. März / [3. April] 1684.

[Mahnung, keine Truppen nach den spanischen Niederlanden zu schicken.]

3. April Es verlautet, daß man gewillt sein solle,[2]) einige nicht allein dem Kurfürsten, sondern auch anderen Mitgliedern des Fürstlichen Hauses Sachsen gehörende Truppen nach den Spanischen Niederlanden zu senden und dort wider Frankreich gebrauchen zu lassen. Er gibt ihm zu bedenken, was für gefährliche Konsequenzen dieses haben, daß Frankreich es nicht nur zum

[1]) Schreiben desselben Inhaltes richtet Kf. unter demselben Datum auch an die Herzoge von Sachsen-Gotha und Weimar sowie an den Landgrafen von Hessen-Cassel.

[2]) S. v. Rauchbar-Kurtze a. a. O. II, S. 308ff.; Müller a. a. O. I, S. 275.

höchsten ressentieren, sondern auch wohl dadurch veranlaßt und befugt zu sein vermeinen dürfte, jetzt, wo das Reich durch innerliche Division und durch die Türkengefahr geschwächt ist, Satisfaktion zu suchen, und daß so das Reich, statt zu dem gehofften Frieden zu gelangen, von dem Kriegsfeuer mit ergriffen werden würde.

Er hat wegen der Situation seiner westfälischen Lande die größte Ursache, dergleichen Weiterungen zu apprehendieren, er würde schwerlich Truppen den Durchmarsch durch dieselben verstatten, er glaubt, daß auch andere Mitstände dort und am Niederrhein gleiche Gedanken führen und daß die, welche einen solchen gefährlichen Durchzug versuchen sollten, dabei allerhand Diffikultäten finden werden.

Er hofft, K. Sachsen werde diese Emergentien, welche aus einer solchen Resolution entstehen könnten, begreifen und sich daher nicht dazu bewegen lassen, sondern bei seiner bisher kontestierten friedbegierigen Konduite verbleiben.[1])

Kurfürst Johann Georg von Sachsen an den Kurfürsten. D. Leipzig 27. April / [7. Mai] 1684.

[Schlichtung der die Ruhe des niedersächsischen Kreises bedrohenden Streitigkeiten.]

Sein zu Kf. geschickter Kammerdirektor[2]) hat ihm dessen Antwort wegen 7. Mai der im niedersächsischen Kreise sich hervortuenden Besorgnisse mitgeteilt. Da die Sache dort auf höchst gefährliche extrema hinauszulaufen droht, die Herzoge von Lüneburg anderweite Requisition sowohl der Kreis- als auch der partikularen Allianz wegen an ihn getan, der Herzog von Lauenburg persönlich ihm den üblen Zustand remonstriert hat und er fürchten muß, daß das Haus Lüneburg, mit dem er so genau verbunden ist, ehestens in Aktion treten wird, will er in dem Wunsche dem vorzubauen eine neue Absendung an Kf. tun[3])

---

[1]) Eine Antwort K. Sachsens befindet sich nicht in den Akten. Herzog Wilhelm Ernst von Weimar erwidert (d. Weimar 3./13. April 1684), er sei zwar von dem Gouverneur der spanischen Niederlande requiriert worden, habe aber, da er nicht in den Assoziationstraktat getreten sei, darauf keine Reflexion gemacht. Auch Herzog Friedrich von Gotha versichert (d. Friedenstein 10./20. April 1684), ihm und seinen Mitalliierten sei es nie in den Sinn gekommen, Truppen dorthin zu schicken.

[2]) v. Bose. K. Sachsen hatte schon im Juni 1683 durch denselben mit Kf. über diese Angelegenheiten verhandeln lassen. S. Pufendorf XVIII, § 101 (S. 1481).

[3]) Eine Konferenz darüber fand Ende Mai 1684 mit dem nach Potsdam gesandten k. sächsischen Geheimen Rat v. Werthern statt. Es handelte sich dabei hauptsächlich um die dem niedersächsischen Kreise durch das Verfahren des Königs von Dänemark (s. oben S. 624 ff.) gegen Mecklenburg, Sachsen-Lauenburg und den

und ersucht ihn vorläufig, seine eben darauf gerichteten officia zu kontinuieren, zumal da der Kaiser nicht allein an das Haus Lüneburg conservatoria auf die dekretierten inhibitoria und avocatoria, sondern auch an ihn excitatoria, den Bedrängten zu assistieren, erteilt hat.

Dänischerseits hat er zwar die Erklärung erhalten, daß die okkupierten und bequartierten Örter, sobald die gütliche Abfindung wegen der früheren kaiserlichen Assignationen erfolgt sei, geräumt werden sollen, er will auch am ferneren guten Effekt nicht zweifeln, wenn Kf. ungesäumt die Hand weiter anschlagen und die Bedingung vorheriger Annehmung der französischen Proposition durch das Haus Lüneburg, was bei der mit seinem Kammerdirektor gehaltenen letzten Konferenz präsupponiert worden, hierein nicht ziehen lassen und wegen Lübeck und Hamburg eine Spezial- und Realgarantie mit ihm und dem Hause Lüneburg aufrichten möchte, zumal der Kaiser in seinem letzten Schreiben abermals deswegen solche Erwähnung getan hat, als ob in Frankreich davon mit Dänemark in besorglicher Weise gehandelt worden sei. Wenn eine solche Spezialgarantie abgehandelt und die Quartiersache durch des Kf. Vermittlung zu des Reiches Besten abgetan werden könnte, so zweifelt er nicht, daß auch die Herzoge von Lüneburg zu einem gütlichen Akkommodement geneigt sein werden.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Potstam 19./[29.] Mai 1684. (Conc. P. Fuchs.)

[Auf ein Schreiben vom 16. Mai.[1]) Schuld an dem Unheil ist die nicht rechtzeitig erfolgte Annahme des Waffenstillstandes. Mahnung zu schleunigem Abschluß.]

29. Mai Nach den soeben eingetroffenen Nachrichten wird Luxemburg[2]) schon erobert und es also zu spät sein, zu Erhaltung der Festung mesures zu nehmen.

Herzog von Holstein-Gottorp, sowie durch dessen angebliche feindliche Absichten gegen Hamburg und Lübeck drohenden Gefahren, worüber die braunschweigischen Herzoge bei K. Sachsen Klage geführt und dessen Hilfe angerufen hatten, sowie um die von K. Bayern für den abzuschließenden Waffenstillstand geforderte Generalgarantie. Die Brandenburger schoben die Schuld an den ersteren Streitigkeiten den braunschweigischen Herzogen zu und verlangten, daß K. Sachsen dieselben von ihrer unbefugten Einmischung abhalten sollte. In betreff des zweiten Punktes verwiesen sie auf die von Kf. an K. Bayern erteilte Antwort. S. darüber oben S. 829 ff.

[1]) In demselben hatte K. Sachsen auf die auch dem Reiche von dem zu befürchtenden Falle Luxemburgs (s. oben S. 507) drohenden Gefahren und die „intolerablen Konditionen, mit denen das von Kf. bisher eingeratene armistitium französischerseits umwunden werde", hingewiesen und ihn gebeten, auf Rettungsmittel zu denken.

[2]) Die Übergabe Luxemburgs erfolgte am 4. Juni 1684. S. Knaff a. a. O. S. 364 ff.

Er hat die Importanz derselben und die Notwendigkeit, sie zu erhalten, immer begriffen und daher so eifrig auf die Annahme des Stillstandes, welchen man noch vor vier oder fünf Wochen durch Annahme der von Frankreich im Februar gestellten Alternative hätte erhalten können, gedrungen, auch deswegen seinen nach dem Haag geschickten Geheimen Rat Fuchs sich bemühen lassen. Schuld an dem Verlust dieses Ortes ist also nur die unüberwindliche Opiniatritet derjenigen, welche von keinem Frieden oder Stillstand eine geraume Zeit her haben hören wollen. Versuche Luxemburg zu retten würden nur verursachen, einen so mächtigen Feind wie Frankreich ins Reich zu ziehen und sich der Gefahr, in der andere stecken, teilhaftig zu machen. Die jetzige Kalamität und der verworrene Zustand in- und außerhalb des Reiches geht ihm tief zu Herzen, befremdet ihn aber garnicht, da er schon vor mehr als Jahresfrist vorausgesagt hat, daß es so ergehen werde. Er hat sonst aus Holland beglaubigte Nachricht, daß endlich die den Frieden verlangende Partei prävalieren oder in Entstehung dessen eine Dissolution der Union und des Staats zu befahren sein werde. Er meint es mit dem Vaterlande redlich und sieht kein anderes Rettungsmittel für dasselbe, als schleunigen Abschluß eines Friedens oder Waffenstillstandes mit Frankreich.[1])

Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen an den Kurfürsten. D. Dresden 28. Juni / [8. Juli] 1684.

[Die neuen französischen Gewalttätigkeiten. Anfrage, was angesichts derselben zu tun sei.]

Nachdem nach der endlich von seiten des Kaisers erfolgten Erklärung, 8. Juli und nachdem auch K. Bayern und das Haus Braunschweig-Lüneburg sich zum Abschluß des Waffenstillstandes mit Frankreich geneigt gezeigt haben, das Zustandekommen desselben fast nicht mehr zweifelhaft erschien, scheint Frankreich nach der Einnahme Luxemburgs seine dispositiones verrückt zu haben und durch dessen gewaltsames Vorgehen gegen K. Trier[2]) der ganze status verändert zu sein.

Er bittet Kf., ihm mitzuteilen, wie er meine, daß endlich aus dem Werk mit Ehren und Sicherheit zu kommen sei, besonders wie angesichts der von Luxemburg her drohenden Gefahr und nachdem der König von Frankreich durch das Vorgehen gegen Trier sein früheres Versprechen, nichts inmittelst zu attentieren, verletzt hat, gegenwärtigem und zu besorgendem Unheil von jener Seite

[1]) Kf. teilt (d. Potstam 28. Juni / [8. Juli] 1684) K. Sachsen mit, daß in dem zwischen Frankreich und den Gen. Staaten abgeschlossenen Waffenstillstande für das Reich vier Wochen bedungen seien, in denen es einen ebensolchen annehmen könne, und ermahnt ihn, sich um das rechtzeitige Zustandekommen eines solchen zu bemühen.

[2]) S. oben S. 513.

und anderwärts vorgebaut, über den Waffenstillstand weiter traktiert, die conditiones nicht härter gemacht, noch das Reich in neuen Ruin gesetzt, dagegen die künftige Sicherheit erhalten, pari passu das Feuer in den Niederlanden gedämpft und zugleich Spanien zur Acceptation disponiert werde.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Potstam 4./[14.] Juli 1684. (Conc. P. Fuchs.)

[Auf das Schreiben vom 28. Juni. Notwendigkeit, den Waffenstillstand schleunigst abzuschließen.]

14. Juli Auch ihm gehen die gewalttätigen französischen Prozeduren tief zu Herzen und er läßt deshalb bei Frankreich alle ersinnlichen Remonstrationen machen,[1]) er hat aber dergleichen schon lange besorgt und vorhergesagt und deshalb aus aufrichtiger teutscher Treue geraten, mit Schließung des Waffenstillstandes zu eilen. Wäre dieses rechtzeitig geschehen, so würde das, was mit der Demolition bei Trier vorgegangen, nachgeblieben, auch so leicht keine weitere Tätlichkeit gegen das Reich vorgekommen sein.

Nach reiflicher Überlegung scheinen ihm zur Rettung und Erhaltung des Reiches nur zwei Wege übrig zu sein, entweder ohne Verzug den Waffenstillstand anzunehmen, oder Frankreichs androhender Gewalt und Macht noch stärkere Waffen entgegenzusetzen. Von dem letzteren Mittel ist seiner Meinung nach jetzt, nachdem die Vereinigten Niederlande den Stillstand mit Frankreich geschlossen haben, die kaiserliche Macht mit den Türken in voller besoigne, die Stände des Reiches aber unter sich uneins und zergliedert sind, nichts Fruchtbarliches zu hoffen. Er kann daher zur Rettung des Reichs kein geschwinderes und heilsameres Mittel ersinnen, als daß man an seiten desselben je eher je besser mit Frankreich den Stillstand schließe und nachgehends sich einmütig verbinde, denselben mit zusammengesetzter Macht und allen Kräften zu garantieren und so den punctum securitatis nicht mit Worten, sondern in der Tat zu befestigen, wozu er das Seinige beizutragen sich höchstens angelegen sein lassen will.

[1]) S. oben S. 514.

5. Verhandlungen mit dem Bischof von Münster und Paderborn.[1])

Der Kurfürst an den Ravensbergischen Amtskammerrat und Drosten zum Sparenberg, Clamor von dem Busch. D. Potsdam 20./30. Juni 1682. (Conc. von Meinders' Hand.)

[Befehl, den Bischof zu einem Bündnisse mit ihm und dem König von Dänemark und auch zugleich mit dem König von Frankreich aufzufordern.]

Er soll sich wieder zu dem Bischof von Münster begeben, ihm vorstellen, 30. Juni daß Kf. jüngster Tage zu Itzehoe[2]) mit dem König von Dänemark sich unterredet habe, daß beide der Meinung seien, daß so wenig dem gemeinen Wesen als absonderlich dem geliebten Vaterlande teutscher Nation unter den jetzigen Umständen mit einem neuen Kriege gedient sei, daß sie sich verglichen hätten, die Erhaltung des Friedens an allen Orten durch alle mögliche officia zu befördern, daß Kf. aus der bisherigen vernünftigen conduite des Bischofs, besonders aus seinem unlängst im Fürstenrat in Regensburg abgelegten voto[3]) dessen gleichmäßige Intention wahrgenommen habe und hoffe, daß er sich davon nicht werde abwendig machen lassen. Er hat ihm besonders zu remonstrieren,[4]) daß, wenn die Sachen von der den Krieg so verlangenden Partei unglücklich laufen sollten, das Reich wieder den Frieden durch Hingebung kostbarer Satisfaktion werde erkaufen müssen und diese kaum anders als durch Säkularisierung und Abtretung geistlicher Stifter werde prästieren können, gingen sie aber schon nicht unglücklich, so würde dennoch das Vaterland den gewissen Ruin und gänzliche Verwüstung, die Kurfürsten, Fürsten und Stände aber einen höchst gefährlichen Anstoß ihrer Freiheiten und jurium nicht evitieren. Kf. stellte in des Bischofs Gutfinden, ob er nicht zu besserer Erreichung des vorgesetzten Zieles, und damit die anzuwendenden officia desto größeren Nachdruck haben möchten, sich hierüber mit dem König und Kf. weiter vernehmen und gar in eine nähere

[1]) Darüber handelt ganz kurz Pufendorf XVIII, § 72 (S. 1451).
[2]) S. oben S. 589 ff.
[3]) S. Londorp XI, S. 481 und oben S. 747.
[4]) Dazu die Bemerkung: Jussu Serenissimi haec inserenda fuere.

Allianz treten möchte, damit man auf allen Fall seine Lande gegen alle aus dem Kriege herfließenden Ungelegenheiten sichern könnte. Sollte der Bischof dazu geneigt sein, wozu ihn B. so gut als möglich zu permovieren hat, so wird Kf. mit dem förderlichsten jemand mit Instruktion und Vollmacht dazu versehen. Mit den dort befindlichen französischen und dänischen ministris hat er vertraulich zu kommunizieren. Nach Lente's Bericht hat der Bischof allerhand ungleiche impressiones von seiner und des Königs von Dänemark Intention, als suchten sie einen Krieg im niedersächsischen Kreise zu erregen, hätten deswegen mit Frankreich ein Konzert gemacht, auch gar wegen einiger Konquesten und deren Maintenierung Abmachungen getroffen. Er hat den Bischof bei des Kf. Worte und wahrer Treue zu versichern, daß solches alles erdichtete und unbegründete imputationes seien, alle seine foedera hätten nur den Zweck, die Erhaltung des Friedens und den Schutz seiner Lande vor unbilliger Gewalt zu befördern. Sollte der Bischof zu einem solchen Bündnis geneigt sein, so würde es in seinem Gefallen stehen, ob man nicht solches mit Frankreich machen wollte, bei dem man alle Fazilität und vielleicht auch einige advantage finden werde. Doch hat er diesen Punkt mit besonderer Behutsamkeit, besonders gegen den französischen Gesandten, zu traktieren und menagieren.

Cl. von dem Busche an den Kurfürsten. D. Versmold 6./16. Juli 1682.[1]

[Konferenz mit den münsterschen Bevollmächtigten. Geneigtheit des Bischofs zur Neutralität und zu einem Bündnis mit Kf. und Frankreich, Wunsch, auch K. Cöln, Celle und Wolfenbüttel hinzuzuziehen. Abneigung gegen Dänemark.]

16. Juli Der Domküster v. Schmising und der Vizekanzler zur Mühlen haben sich heute hier eingefunden, er hat mit ihnen eine Konferenz abgehalten und das, was er am 7. zu Marienfeld dem Bischof von Münster proponiert hat, wiederholt. Sie erklärten, der Bischof hätte dem, was über feindliche Absichten des Königs von Dänemark und des Kf. ausgesprengt worden, niemals Glauben geschenkt, sondern sich zu des Kf. patriotischem Gemüte jederzeit viel ein

[1]) Schon am 5. Juli 1682 berichtet B. von Sparenberg aus, bei seiner neulichen Anwesenheit zu Neuhaus habe er den Bischof bereit gefunden, zu nachdrücklicher Beförderung des Friedens mit Kf. in nähere Allianz zu treten, nur die ungleichen Impressionen, die man ihm von den mit Frankreich zu Beunruhigung des niedersächsischen Kreises konzertierten Desseins des Kf. und des Königs von Dänemark gemacht, bereiteten Schwierigkeiten. Auch die braunschweigischen Herzoge unterhandelten mit dem Bischofe über ein Bündnis, dieser aber wollte nur ein solches auf die beiderseitigen Lande eingehen, während die Herzoge verlangten, daß es zu Defension des ganzen niedersächsischen Kreises geschlossen werden solle.

anderes versehen, er sei mit Kf. darin einig, daß der Friede, auf was Kondition er zu erhalten, einer Ruptur vorzuziehen sei, und sei daher auch geneigt, mit Kf. separatim in eine Defensivallianz zu treten, und zwar so, daß sie sich beiderseits bei erfolgender Ruptur neutral halten, falls aber ein Teil sie mit Durchzügen, Einquartierungen, Kontributionen usw. inkommodieren sollte, sich gegenseitig assistieren sollten. Damit man hierin desto versicherter gehen möchte, ließe er sich auch nicht zugegen sein, daß an Frankreich in ihrer beider Namen die Proposition geschehe, man wollte sich neutral halten, doch sollte Frankreich sich verpflichten, ihre Lande inkommodiert zu lassen und ihnen, damit sie sich stets gegen einen Anfall in Positur halten könnten, mit ansehnlichen Subsidien an Hand zu gehen und ihnen erforderlichenfalls mit Truppen zu assistieren. Um gegen Frankreich desto mehr gesichert zu sein und es von ihren Grenzen zu halten, würde nicht undienlich sein, sich zu bemühen, daß die Stadt Cöln und alle Lande K. Cölns diesseits des Rheins mit in diese Allianz und Neutralität genommen würden. Mit Dänemark in eine gleiche Allianz zu treten, trage der Bischof noch Bedenken, zumal er zweifle, ob dieses lediglich den Frieden intendiere und nicht mehr sein Absehen auf Konquesten gegen Schweden gerichtet habe, außerdem wäre man ihm früher nicht so begegnet, daß er nach einer abermaligen Allianz großes Verlangen tragen könnte, dagegen müßte man sich bemühen, Celle und Wolfenbüttel mit in die Allianz zu ziehen, die auch ganz resolviert wären, sich neutral zu halten, und nur darin differierten, daß sie meinten, es könnte ihnen zur blasme gereichen, wenn sie votieren sollten, den von Frankreich proponierten Frieden der Ruptur vorzuziehen. Der Bischof meinte auch, man sollte einen jeden, der gleiche Friedensgedanken wie sie führte, mit in die Allianz ziehen und so dem anderen Teile die Hoffnung auf fremde Quartiere benehmen, ferner dürfte bei erfolgter Ruptur die Disposition über die Quartiere nicht allein dem Kaiser gelassen werden. Er hat verlangt, sie sollten ihm eine Kopie des Allianzprojektes mit Celle und Wolfenbüttel geben, sie haben es auch zugesagt und geäußert, der Inhalt sei gleich dem, welchen Kf. im vorigen Kriege durch Ledebur zu Delmenhorst[1]) mit dem verstorbenen Bischof abgeschlossen, diesen könnte man auch jetzt zugrunde legen. Er hat alles als referendum angenommen.[2])

[1]) Die Allianz vom 3./13. Mai 1677 (v. Mörner, S. 397).

[2]) v. d. Busche berichtet (d. Sparenberg 30. Juli / 9. August 1682), der Bevollmächtigte des Königs von Dänemark, der oldenburgische Kanzler Christoph Gentz von Breitenau, sei vor acht Tagen bei dem Bischof in Münster gewesen, habe dann ihn hier besucht und sei darauf nach Neuhaus, wo der Bischof sich jetzt befinde, weitergereist. Derselbe habe sich bisher noch nicht so speziell, wie seine Instruktion laute, gegen den Bischof herausgelassen, sondern nur den Frieden rekommendiert und ihn ermahnt, sich von seiner Konduite nicht durch anders Intentionierte abwendig machen zu lassen. Sie fänden beide vorläufig nicht ratsam, der Hoffnung, im Bremischen Eroberungen zu machen, Erwähnung zu tun, da dieses nur den Bischof in seinem Argwohn, daß Dänemark indirekt mehr den Krieg als

Der Kurfürst an den von Busch. D. Potsdam 4./14. August 1682.

[Zweck und Inhalt des mit dem Bischof abzuschließenden Bündnisses.]

14. Aug. Er schickt ihm eine Vollmacht, er soll die angefangene Negotiation fortsetzen und sobald wie möglich zur Endschaft befördern.

Die Allianz hat in terminis pure defensivis zu bestehen, ebenso wie die, welche er unlängst mit K. Sachsen[1]) und Hannover[2]) geschlossen hat. Die früher zu Delmenhorst geschlossene Allianz ging viel weiter, war ein foedus offensivum, welches noch zur Zeit auf die jetzigen Läufte nicht appliziert werden kann, doch kann er darüber die Gedanken der bischöflichen ministri vernehmen und sich mit denselben bis zu seiner Ratifikation konformieren.

Sein vornehmstes Absehen besteht darin, daß 1. der Bischof vom Hause Lüneburg möglichst abgezogen werde; 2. daß er sich desselben mehr und mehr versichere und 3. daß sie in Reichs- und Kreissachen einerlei consilia zu Erhaltung des Friedens und Konservation ihrer Lande führen. Es würde ihm lieb sein, wenn auch Dänemark in diese Allianz gebracht werden könnte, sollte man aber münsterscherseits deswegen anstehen und die Sache dadurch verhindert werden, so soll B. für sich die Handlung fortsetzen, jedoch dem dänischen ministro von allem vertrauliche Mitteilung machen. Womöglich soll ihm B. das Projekt der Allianz vor der Unterzeichnung zuschicken, sollte er aber dazu keine Zeit erlangen, so darf er den Traktat zu seiner Ratifikation unterschreiben. Ratione materialium ist er mit den von dem Bischof vorgeschlagenen Konditionen fast allerdings einig. Er hat mit niemand foedera offensiva und sein Absehen ist nur auf Erhaltung des Friedens gerichtet. Nach den Defensivallianzen, die er mit Frankreich, Dänemark, K. Sachsen, den Staaten und Hannover hat, braucht er diesen nur die versprochene Hilfe zu leisten, hat im übrigen freie Hände, kann sich neutral halten und wird es auch tun, solange man ihn nicht mit Gewalt angreifen sollte, wozu er niemand befugte Ursache geben wird. Daß die Stadt Cöln und die diesseits des Rheines gelegenen k. cölnischen Lande mit in dieses foedus gezogen werden, damit ist er einverstanden, und er hat sich deswegen auch schon gegen K. Cöln herausgelassen, er ist auch nicht abgeneigt, andere Reichsstände, welche darein zu

---

den Frieden suche, bestärken und ihn so geneigter machen würde, mit dem braunschweigischen Hause abzuschließen. Vorläufig sei nur eine Neutralität und Defensivallianz von dem Bischof zu erwarten und französische Subsidien würden auf ihn größeren Eindruck machen als bremische Konquesten. Br. würde auch einverstanden damit sein, wenn es zunächst nur zum Abschluß mit Kf. käme. Er korrespondiere mit Schmising und suche so den Abschluß der Traktaten mit den Braunschweigern zu verhindern.

[1]) Die Allianz vom 18. April 1681 (v. Mörner, S. 424).

[2]) Die Allianz vom 31. Januar 1681 (v. Mörner, S. 422).

treten verlangen und gleiche Intention führen, mit in dieses foedus aufzunehmen. Er sähe gern, daß alle seine Reichslande in dasselbe geschlossen würden, in welchem Fall er ein triplum mehr als Münster beizutragen bereit ist, sollte der Bischof aber mit seinen im obersächsischen Kreise von ihm ziemlich entfernt gelegenen Landen nichts zu schaffen haben wollen, so will er auch zufrieden sein, daß es bei seinen Landen im niedersächsischen und westfälischen Kreise sein Bewenden habe, dann aber würde er nur das duplum der Hilfe übernehmen.

Daß man beim König von Frankreich die Garantie über dieses Bündnis suche, damit ist er einverstanden, und er wird sich deswegen und wegen Erlangung von Subsidien bemühen.

Bischof Ferdinand zu Münster und Paderborn an den Kurfürsten. D. Neuhaus 1. September 1682.

[Bedrohlicher Inhalt der Laxenburger Allianz. Verhinderung des Marsches braunschweigischer Truppen nach Ostfriesland. Absicht des Herzogs von Hannover, Truppen an Spanien zu überlassen.]

— Gleichwie nun aus allen in dieser Alliance[1]) mitbegriffener Stände 1. Sept.
Demarchen und Anschlägen augenscheinlich gnugsam erhellet — worauf es eigentlich gemüntzet und was gegen die Friedbegierige für nachteilige und weitaussehende consilia gesponnen werden, also wird freilich die höchste Notturft erfoderen, in Zeiten auf Mittel und Wege bedacht zu sein, wie diese zu Überziehung der friedliebenden Stände collimirende machinationes kräftigst hintertrieben und der in frembden Quartieren

[1]) Die Laxenburger Allianz vom 10. Juni 1682 zwischen dem Kaiser und den Ständen des fränkischen und oberrheinischen Kreises (s. oben S. 443). Bischof Ferdinand hatte (d. Neuhaus 17. August 1682) dem Kf. diese ihm via secreta zugekommene Allianz gesendet und darauf hingewiesen, daß darin wider die nicht in ihr begriffenen Stände sehr nachdenkliche Punkte enthalten seien, denen man zeitig werde begegnen und vorbeugen müssen. Kf. hatte darauf (d. Potsdam 16./26. August 1682) geantwortet, das Bündnis sei von der höchsten Wichtigkeit, dadurch werde das ganze Reich wider seinen Willen in einen gefährlichen Krieg verwickelt und das arbitrium belli et pacis wie auch die Lande der am Rhein belegenen Reichsstände den Alliierten und ihren Kriegsvölkern gleichsam zum Raub und zur Diskretion abandonniert. Er werde dazu keineswegs stillschweigen, sondern die Gebühr und Notdurft zu Regensburg und wo es sonst nötig sei, beobachten lassen, er erwarte, daß der Bischof und andere friedbegierige Stände desgleichen tun und nicht ihre Lande anderen zum Quartier oder theatro belli überlassen würden (s. oben S. 748).

einzig und allein gesetzte nervus abgeschnitten werden möge. Mit Ew. Gn. u. Ld. hierinfalls communicato consilio verträulich zu gehen, sein wir allerdings erbietig.

P. S. Das Haus Braunschweig scheint mit dem Gedanken umzugehen, einige Völker nach Ostfriesland hineinzubringen, wodurch nicht nur dem kaiserlichen conservatorio sondern auch dem westfälischen Kreisdirectorio eingegriffen werden würde. Er ist mit Kf. darin einig, daß dieses nicht zu gestatten ist, er hat den früher an alle seine Beamten und Untertanen ergangenen Befehl wegen des Durchmarschs fremder Völker renovieren lassen und bei hoher Strafe verboten, fremde Mannschaft ohne seinen Spezialbefehl durchzulassen, sollten solche mit Gewalt durchzubrechen versuchen, wird dem schon begegnet werden. Er ersucht Kf., seine clevische Regierung anzuweisen, die dortige Mannschaft im Notfall mit der seinigen sich konjungieren zu lassen.

Sollen [1]) wir Ew. G. u. Ld. nicht pergen, wie daß wir die Nachricht haben, daß Ihre Ld. zu Hannover einige dero Trouppen an die Spanier in Niederland uberlassen wollen und dessenthalben in Traktaten stehen. Was nun auf solchen Fall dieselbe vor eine route halten und ob sie vielleicht unter diesem Praetext in Ostfriesland oder in Cöln einschleichen werden, ist uns noch zur Zeit unwißlich. Hochged. Gn. u. Ld. haben gestern vor 8 Dage zu Roterkirch im Grubenhagischen eine Conferenz mit dem H. Grafen von Waldeck gehalten.[2])

Cl. v. d. Busche an den Kurfürsten. D. Sparenberg 27. August / [6. September] 1682.

[Verzögerung der Verhandlungen. Das Allianzprojekt. Befürchtungen des dänischen Gesandten.]

6. Sept. Der Bischof ist noch nicht nach Neuhaus zurückgekehrt und er hat daher die Sache noch nicht weiter poussieren können. Er übersendet ein Allianzprojekt, das er mit dem dänischen Gesandten konzertiert hat, und bittet Kf., ihm seine Willensmeinung deswegen zukommen zu lassen.

Der dänische Gesandte fürchtet, daß der Bischof nach der Ankunft seines Bruders, des Domdechanten von Salzburg, und nachdem ihm Fürst Waldeck die von ihm zustandegebrachte Allianz in originali mitgeteilt hat, auf andere Gedanken gekommen sei und sie durch seine Abwesenheit zu amüsieren suche. Er wird, wenn er nicht in einigen Tagen Nachricht von dem Bischof erhält, recta zu ihm reisen und den Schluß der Traktaten auf das äußerste betreiben.

[1]) Das Folgende eigenhändig hinzugefügt.
[2]) S. v. Rauchbar-Kurtze II, S. 213.

Der Kurfürst an den Bischof von Münster und Paderborn. D. Cöllen 29. August / [8. September] 1682.

[Auf das Schreiben vom 1. September. Notwendigkeit, die gefährlichen Absichten der Alliierten zu vereiteln, seine deswegen schon getanenen Schritte.]

— Gleich wie ich nun nebst Ew. Ld. allerdings davor halte, daß, wann einigen Ständen vergönnt sein sollte, unter wasserlei Praetext es auch sein möchte, in ihrer Nebenstände Lande große Armeen aufzurichten und zu unterhalten, solches anders nicht als zue Unterdrückunge der friedliebenden und derjenigen, so sich darwieder zu schützen nicht mächtig genug wären, ausschlagen und folglich die Grundgesetze des Reiches und der Stände jura und Freiheit zu einem Male wurden übern Haufen geworfen werden, als begreife ich ebenmäßig gar wohl, daß man in Zeiten diesen weitaussehenden höchstgefährlichen Machinationen mit Nachtruck entgegengehen müsse. Ew. Ld. hierunter gefassete tapfere Resolution ist billig zu loben und versichere ich dieselbe hiemit, daß ich ihro darunter nicht ausfallen, sondern vielmehr alle mein Vermögen zue Abwendunge dieses Unheils beitragen werde. Das kräftigste Mittel wird wohl sein, daß, wann die bekannte Partei hierunter mit Gewalt etwas tuen und vornehmen wollte, man solches mit entgegengesetzeter Gewalt abwendę, worzu das zwischen uns unter Handen seinde foedus guten Anlaß geben wird, und zweifele ich keinesweges, es werden viele andere Stände gerne mit beitreten, weil unser Absehen anders nicht als auf Beschützunge derselben wieder unbillige Gewalt und zu Erhaltung des Friedens und Ruhestands im Kreise gerichtet ist. 8. Sept.

Mitteilung seiner wegen dieser Allianz und des ostfriesischen Wesens an seine Gesandtschaft zu Regensburg, an v. Diest und v. Spaen ergangenen Reskripte, auch am kaiserlichen Hofe wird er durch v. Crockow ebensolche Remonstration tun lassen.

Cl. v. d. Busche an den Kurfürsten. D. Sparenberg 30. August / [9. September] 1682.

[Bevorstehende Fortsetzung der Verhandlungen. Die schwierigen Punkte.]

Der Bischof hat auf Ersuchen der v. Schmising die Fortsetzung der Traktaten bis übermorgen zu acht Tage verschoben, versichert aber, bei seiner 9. Sept.

vorigen guten Intention zu verharren. Er besorgt die meisten Schwierigkeiten bei den Artikeln 5 und 17.[1]) Breitenau schreibt ihm, er fürchte, es werde alle Mühe und Arbeit umsonst sein, denn, soviel er von den paderbornischen Ministern erfahren, wollten sie aus übermäßiger Liebe zur Ruhe und zum Frieden sich nicht mit denjenigen konföderieren, welche zu gewisser Hilfe in casu der Ruptur vigore foederum an Frankreich gebunden seien.[2])

Cl. von dem Busche an den Kurfürsten. D. Neuhaus 3./13. September 1682.

[Weitere Verhandlungen. Abschluß der Allianz. Vorschlag, die kleinen Herrschaften im westfälischen Kreise zu besetzen.]

13. Sept. Er ist am 9. hier angelangt, hat am 10. bei dem Bischof Audienz gehabt und ihm des Kf. Resolution wegen der Allianz eröffnet, darauf, nachdem derselbe v. Schmising und zur Mühlen zu ihm geschickt, denselben das Projekt mit Auslassung des 17. Artikels eingehändigt. Am 11. haben dann der dänische Gesandte und er mit den münsterischen ministris, dem Bruder des Bischofs, dem Domdechanten von Salzburg, den beiden Gebrüdern v. Schmising, dem Domherrn v. Plettenberg und den beiden Vizekanzlern zur Mühlen und Wibbers eine Konferenz gehalten. Obwohl von denselben das Projekt mehrenteils approbiert worden, hat es doch, wie zu erwarten, bei den Artikeln 5 und 6 Schwierigkeiten gesetzt. Sie sagten, wenn diese bloß von den jetzt in Bündnis tretenden Alliierten zu verstehen seien, so könnten sie sie passieren lassen,

[1]) Art. 5 bestimmt, daß, falls es zur Ruptur kommen und einer der Alliierten angegriffen werden sollte, die Konföderierten ihm Hilfe zu leisten haben, aber sonst neutral bleiben, solange sie selbst nicht angegriffen werden; Art. 17, sollte einer der Alliierten doch genötigt werden, die Waffen zu ergreifen und in Ruptur zu treten, so soll er darüber vorher mit den anderen Alliierten kommunizieren. Wenn diese ihm von der Gegenpartei durch ihre officia keine Satisfaktion und Sicherheit verschaffen können, aber Bedenken tragen, sich offensive zu assoziieren, so haben sie ihm die vertragsmäßige Hilfe zu leisten, dürfen aber im übrigen neutral bleiben.

[2]) Kf. erwidert (d. Cöln a. d. Spree 7./[17.] September 1682), der Bischof habe immer die Neutralität pro fundamento des Traktats gehalten, daher werde in diesem die Neutralität ausdrücklich erwähnt werden müssen, sonst sei Gefahr, daß er das Bündnis nicht eingehen, sondern seine mesures ändern, die Traktaten mit dem Hause Braunschweig reassumieren, ja sich wohl gar mit der Gegenpartei assoziieren werde, was seinen und den dänischen Interessen garnicht konform sein würde. Er zweifle daher, daß er den Art. 17 approbieren und aus den Schranken eines Defensivbündnisses herausgehen werde, das werde aber auch von Dänemark und von Frankreich nicht verlangt.

wenn man aber damit auf andere Konföderierte, in specie auf Frankreich zielte und der König von Dänemark und Kf. wegen der diesen in casum rupturae zu leistenden Hilfe graviert werden sollten, dann könnte sich der Bischof noch zur Zeit zu keiner Hilfe obligieren. Da sie darauf bestanden, so hat er sich das Temperament, daß beide Artikel in terminis generalibus gefaßt werden und daß der Bischof dieselben durch einen Separatartikel restringieren sollte, gefallen lassen müssen, zumal auch der dänische Gesandte damit einverstanden war und man aus allem abnehmen konnte, daß der Bischof sich noch nicht weiter herauslassen werde, wenn nicht der König von Frankreich ihm, um sich desto besser in Positur zu halten, mit mehren Subsidien an Hand gehen werde. Anfangs bestand man münsterscherseits darauf, daß nur des Kf. westfälische Lande, und zwar die zwischen Weser und Rhein gelegenen, in das Bündnis genommen würden, doch sind sie schließlich dahin übereingekommen, daß seitens Dänemarks Holstein (doch sub certa restrictione) und die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, seitens des Kf. alle diesseit der Elbe gelegenen Lande eingeschlossen sein sollten.[1])

Man hat auch davon geredet, daß man sich der übrigen kleinen Herrschaften im westfälischen Kreise versichern und verhüten möchte, daß nicht von der anderen Partei dort die Quartiere bezogen würden, und zwar sollte man ihnen zunächst vorstellen, sie möchten eine gewisse leidliche Mannschaft unter der Protektion dieser Allianz gütlich einnehmen. Wegen Ostfriesland und Lippe sollte conjunctim vigiliert werden, Kf. sollte sich Essen, Werden, Dortmund und andere in der dortigen Nachbarschaft gelegene Örter versichern, der Bischof will suchen den Abt von Corvey, die Grafen zu Tecklenburg, Bentheim und Rittberg zu gleicher Resolution zu disponieren. Generallentnant v. Spaen aber, mit dem er deswegen kommuniziert hat, hält für nötig, daß auch Rittberg zu des Kf. Disposition bleibe.[2])

[1]) Die Unterzeichnung des Allianzvertrages fand am folgenden Tage statt. S. diesen Vertrag (d. Neuhaus 4./14. September 1682) bei Londorp XI, S. 435ff. (ohne die Sekretartikel), vollständige Inhaltsangabe bei v. Mörner, S. 433ff.

[2]) Kf. erklärt sich (d. Mühlenbeck 10./[20.] September 1682) mit dem Allianzvertrage einverstanden und sagt seine Ratifikation zu. Auch eine vereinbarte Marschordnung und jene Verabredung wegen der kleineren Herrschaften billigt er, doch erklärt er, Rittberg wegen der Kommunikation seiner ravensbergischen und mindenschen Lande mit Lippstadt nicht wohl entbehren zu können.

6. Sendung Fuchs' zu den braunschweigischen Herzogen, dem Bischof von Paderborn und K. Cöln. Die Allianz vom 26. Februar 1684.

Instruction,[1]) wornach unser — Würcklich Geheimer Rat Paul Fuchs sich untertänigst zu achten. D. Cölln an der Spree 18./28. Januar 1684. (Conc. F. Meinders.)

[Aufträge an die braunschweigischen Herzoge, an den Bischof von Paderborn und an K. Cöln besonders wegen der, falls die ersteren nicht zu gewinnen sein und wenn es zum Bruch zwischen Frankreich und dem Reiche kommen sollte, zu ergreifenden Maßregeln. Sendung nach Holland, Aufträge an den Prinzen von Oranien und an die Stadt Amsterdam.]

28. Jan. Er hat seine Reise von hier nach Cöln aller Möglichkeit nach zu beschleunigen und seinen Weg über Zell und Hannover zu nehmen, dort aber sich nicht lange aufzuhalten, sondern nur den Herzogen vorzustellen, es müßte jetzt eine schließliche Resolution gefaßt werden. Kf. halte den Abschluß des Waffenstillstandes für durchaus notwendig, die dagegen vom kaiserlichen Hofe wie auch teils von dem fürstlichen Hause movierten obstacula seien nicht so wichtig, daß darum das Reich in einen neuen Krieg verwickelt werden müßte, die Nichtigkeit der wegen der Generalität der Friedenshandlung vorgebrachten Gründe sei von ihm schon oft und klar dargelegt worden, der spanischen consilia hätten sie sich nicht teilhaftig zu machen. De fatis imperii sei nicht im Haag, sondern am besten auf dem Reichstage zu verhandeln. Daß die negotia imperii wieder den kaiserlichen ministris in die Hände gelegt würden, darein werde Kf. nie konsentieren, sollte der kaiserliche Hof bei seiner Opiniatretät beharren, so müßte Kf. es dahingestellt sein lassen, das einzige Mittel, das er zur Sicherung der drei Kreise, in denen seine und die braunschweigischen Lande gelegen, für geeignet halte, sei eine einmütige Zusammensetzung des fürstlichen Hauses mit dem König von Dänemark, K. Cöln und ihm; die particularia darüber habe er Grote vorstellen lassen und er erwarte die Erklärung des fürstlichen

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 112ff.

Hauses mit dem größten Verlangen. Sollte man dort noch länger zu trainieren suchen, so wüßte er der Sache nicht weiter zu raten noch, wie er bisher eifrigst getan habe, die hin und wieder obhanden seienden mesures noch ferner zu verhindern. Von der Erklärung des fürstlichen Hauses werde großenteils die Erhaltung des Friedens oder neue Kriegstroublen dependieren.

Von Hannover hat er seinen Weg nach Neuhaus zu nehmen, dort den Bischof von Paderborn[1]) zu ermahnen, seine bisherigen Bemühungen zur Herstellung des Friedens in Regensburg und anderwärts fortzusetzen und behufs Erneuerung der mit seinem Vorgänger abgeschlossenen Allianz jemand der Seinigen nach Cöln, wo die ministri aller Alliierten anwesend wären, zu schicken.

Von dort hat er so schnell wie möglich weiter nach Cöln zu reisen, unterwegs aber einen von den Gebrüdern v. Schmising zur Unterredung zu veranlassen, mit ihm über die ostfriesische Angelegenheit zu reden und zu erinnern, daß dieselbe resolviert und exequiert und zu diesem Zweck auch einer von den münsterschen Räten nach Cöln geschickt werde. Dort hat er auch diese Sache bei dem Kurfürsten und dessen ministris vorzubringen und wegen seiner Verrichtung darin aparte Relationen abzustatten.

Bei seiner Ankunft zu Cöln hat er sich sofort um Audienz bei K. Cöln zu bemühen und diesem vorzustellen, das wichtigste negotium, das jetzt auf einen oder anderen Weg ausschlagen müßte, wären die Traktaten zwischen dem Reich und Frankreich. Dabei werde es vornehmlich auf folgende Punkte ankommen:

1. wie der kaiserliche Hof zu anderen Gedanken als bisher gebracht werden könnte;

2. wie das fürstliche Haus Braunschweig zu einer völligen Konformität mit den Alliierten zu bringen;

3. ob bei Frankreich wegen der von dieser Krone gestellten Konditionen etwas zu erinnern, besonders noch einige Moderation und Linderung betreffend das Reich und die durch die Reunionen gravierten Stände desselben zu erhalten;

4. was bei Entstehung des gütlichen Vergleichs für mesures zu nehmen, damit das Reich in seiner Konsistenz erhalten und nicht durch weitere Reunionen geschwächt werde;

5. was solchenfalls die Alliierten, besonders K. Cöln und Kf., zu Sicherung ihrer Lande zu beobachten hätten.

Den ersten Punkt betreffend hielte Kf. für das ersprießlichste, wenn das Haus Braunschweig dahin gebracht werden könnte, sich vollkommen mit seiner und seiner Alliierten Intention zu vereinigen und demzufolge mit aufrichtigem Ernst seine officia zu Erreichung solchen Zweckes anzuwenden.

---

[1]) Nach dem am 26. Juni 1683 erfolgten Tode des Bischofs Ferdinand von Paderborn und Münster war diesem in Paderborn Hermann Werner von Wolf-Metternich, in Münster Kurfürst Maximilian Heinrich von Cöln gefolgt.

ad 2 hat er das, was ihm Kf. bei diesem Hause vorzustellen befohlen, und dessen Erklärung darauf K. Cöln mitzuteilen.

ad 3 zweifle Kf., ob, zumal wenn es nur zu einem Waffenstillstand kommen sollte, einige Moderation zu erlangen sein werde. Jedenfalls habe es bei der bereits gefaßten Eventualresolution, daß die offerierten conditiones, wenn keine besseren zu erlangen sein sollten, vom Reich anzunehmen seien, zu verbleiben. Doch soll er K. Cöln von den Vorschlägen,[1]) die Kf. zu Fazilitierung der Sache gemacht hat, und von den darauf erfolgten Erklärungen Frankreichs Mitteilung machen.

Punkt 4 und 5 sind von der höchsten Wichtigkeit und Kf. verlangt, darüber K. Cölns Gutachten zu vernehmen. Jedenfalls wird auf alle Weise die fernere Zergliederung des Reichs und Konvulsion seiner Verfassung zu verhüten sein. Zunächst wird bei dem König von Frankreich dieses und dabei auch die Konservation der kurfürstlichen Präeminentien mit den deutlichsten Expressionen festzusetzen sein; er hat im Vertrauen mitzuteilen, was für Zusage und Vertröstung der König dem Kf. deswegen schon früher gemacht hat,[2]) Kf. hofft, daß der König, wenn er zu weiteren Tätlichkeiten gezwungen werden sollte, die Lande der wohlintentionierten Stände nicht beunruhigen und die etwa gemachten weiteren Eroberungen dem Reich restituieren wird. Im übrigen wird die gute Korrespondenz unter den Alliierten sorgfältig zu kontinuieren und zu verabreden sein, wie man sich bei geschwinden Läuften, besonders gegen das zwischen den k. cölnischen und brandenburgischen Landen gelegene Haus Braunschweig, wenn man sich dessen aufrichtiger Freundschaft nicht sollte durch Traktaten versichern können, zu verhalten haben wird. K. Cöln wird ihm sein Gutachten darüber mit desto besserem Grunde eröffnen können, da er durch den jetzt aus Frankreich zurückgekehrten Bischof von Straßburg über die Intention des Königs und des französischen Hofes genauer unterrichtet sein wird. F. soll sich auch bei dem Bischofe angeben und falls er sieht, daß K. Cöln noch in seinem Vertrauen zu demselben kontinuiert, ihm von seiner Kommission und Instruktion ausführliche Nachricht geben.

Er hat K. Cöln auch vorzustellen, daß auch Kf. die consilia und Konduite Dänemarks allzu hitzig fände und sich bemühte, dieselben zu moderieren.

Wohin des Kf. Gedanken in der ostfriesischen Sache und wegen Beitretung K. Cölns zu der afrikanischen Kompagnie gehen, hat er aus der beigefügten neuen Instruktion[3]) zu ersehen.

In betreff der durch den Administrator von Murbach[4]) vorgeschlagenen näheren Zusammensetzung zwischen K. Cöln und Kf. hat er sich nach dem zu

[1]) S. oben S. 492f. und 774f.

[2]) S. oben S. 470.

[3]) S. diese Nebeninstruktion vom 18./28. Januar 1684 bei Schück, Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik II, S. 194ff. Vgl. ebendaselbst I, S. 182f.

[4]) Felix Egon von Fürstenberg, Abt von Murbach und Lüders, ein Neffe des Bischofs von Straßburg, war damals als k. cölnischer Gesandter bei Kf. Bei

richten, was in den mit demselben gehaltenen Konferenzen vorgegangen ist, besonders hat er zu beobachten, daß auch Kf. zu einer Offensivallianz nicht geneigt ist und in seinen jetzigen und künftigen Allianzen so viel wie möglich nur in terminis defensivis zu verbleiben gedenkt, daß man sich aber nicht so praecise auf eine Neutralität zu verbinden, sondern je nach den Zeitläuften und den beiderseitigen Konvenientien seine resolutiones zu nehmen hätte.

Wegen Einschließung K. Triers in die Allianz ist ihm die Intention des Kf. bekannt, er erhält eine Vollmacht zu Adjustierung und Unterschreibung eines Akzessionsrezesses.

Er hat sich zu bemühen, daß die Häuser Ritberg[1]) und Rhede von K. Cöln wieder evakuiert und dem Kf. eingeräumt, auch daß die verfallene Fortifikation von Rheinberg entweder in bessere Defension gesetzt oder ganz demoliert werde.

Endlich hat er K. Cölns Meinung zu vernehmen, ob nicht zu Maintenierung der kurfürstlichen Präeminentien die Erneuerung des kurfürstl. Vereins und zu diesem Zweck die Abhaltung eines Kollegialtages nötig sein würde.

Nach Verabschiedung von K. Cöln hat er sich nach dem Haag zu begeben, bei dem Prinzen von Oranien[2]) Audienz zu suchen, ihm die große Gefahr vorzustellen, in welche sowohl die spanischen Niederlande durch die Kriegserklärung de Grana's an Frankreich als auch das Römische Reich wegen Trainierung der Verhandlungen mit Frankreich und des Türkenkrieges geraten seien, ihm mitzuteilen, daß Kf. es daher für unumgänglich notwendig hielte, sich in die Zeit zu schicken und durch einen schleunigen Frieden das publicum zu retten, und den Prinzen, der dazu das meiste beitragen könnte, ermahnen ließe, eine so herrliche Okkasion, sich um die gemeine Wohlfahrt verdient zu machen, nicht aus den Händen zu lassen.

Auch dem Fürsten von Waldeck sowie dem Ratspensionar Fagel soll er bei Gelegenheit ähnliche Remonstrationen tun und auch den Punkt der Satisfaktion des Kf. von Spanien und dem Staat rekommendieren. Dem französischen und dem dänischen Gesandten hat er von allem vertrauliche Kommunikation zu geben, doch mit solcher Behutsamkeit, daß unnötige Jalousie oder Partialität verhütet werde, er hat auch dem kaiserlichen und anderen im Haag anwesenden ministris zuzusprechen und in specie dem k. bayrischen die Freude des Kf. darüber, daß sein Herr jetzt so gute Inklination zum Frieden verspüren ließe, zu erkennen zu geben.

---

den Akten befindet sich eine kurze Aufzeichnung über eine am 14./24. Januar von Fuchs und Meinders mit demselben abgehaltene Konferenz, in der aber über diesen Punkt nichts Näheres enthalten ist.

[1]) S. oben S. 865.

[2]) Kf. beauftragt (d. Cöln a. d. Spree 20./[30.] Januar 1684) Fuchs, dem Prinzen von Oranien zu versichern, daß er auch weiter für dessen Interesse sorgen und bei den Friedensverhandlungen sich darum bemühen wolle, daß ihm das Fürstentum Orange restituiert und Ersatz für den erlittenen Schaden geleistet werde, der Prinz möchte ihn nur durch seine Konduite dazu kapabel machen.

Vom Haag hat er sich nach Amsterdam zu verfügen, Gelegenheit zu suchen, Beuningen zu sprechen, ihm die besondere Freude des Kf. über das bisherige Komportement der Stadt zu kontestieren und ihm von seinen Aufträgen an den Prinzen und an den Ratspensionar Mitteilung zu machen. Von Amsterdam hat er dann seinen Weg weiter durch Friesland über Emden nach Hamburg zu nehmen, unterwegs in Friesland und Gröningen mit dem Fürsten von Nassau oder dessen Mutter oder jemand von den Estatsgliedern zu sprechen und gegen diese die Freude des Kf. über das vorsichtige und hochvernünftige Verhalten dieser Staaten und seine Hoffnung, daß sie damit kontinuieren würden, zu kontestieren.

In Emden hat er sich nach dem Zustand der Affairen, besonders der afrikanischen Kompagnie zu erkundigen, die Stände der Zuneigung des Kf. zu versichern und dann über Hamburg aufs schleunigste zurückzukehren.

P. Fuchs an den Kurfürsten.
D. Hannover 23. Januar / [2. Februar] 1684.[1])

[Audienz bei den Herzogen.]

2. Febr. Er ist gestern hier angelangt und hat heute Vormittag um 11 Uhr bei Herzog Georg Wilhelm und gleich darauf bei Herzog Ernst August Audienz gehabt. Da er aus den vorher mit den Ministern geführten Diskursen ersehen hatte, daß man das point d'honneur wegen der zwischen dem Kaiser und Hannover gemachten Allianz salvieren möchte, so hat er in seiner Proposition hinzugefügt, Kf. verlange vom fürstlichen Hause nichts, was dessen Ehre und Reputation und den etwa habenden Allianzen zuwider wäre, auch er wäre nicht wider den Kaiser und das Reich, sondern für dieselben. Wenn das fürstliche Haus in dem Fundament mit Kf. einig wäre, daß es jetzt unumgänglich notwendig wäre, sich mit Frankreich zu akkommodieren, so folgte das übrige von selber und wären diejenigen die aufrichtigsten und besten Freunde des Kaisers, welche ihn zu einem solchen Akkommodement antrieben. Herzog Georg Wilhelm antwortete, er könnte nicht sofort auf die specialia seines Vortrages antworten, er wollte es aber bei der bevorstehenden Konferenz tun, er könnte aber schon vorher versichern, daß er nichts in der Welt als den Frieden verlangte und an allen Orten dahin arbeiten ließe. Herzog Ernst August explizierte sich etwas weitläufiger, er versicherte, er estimierte Kf. höher als alles in der Welt und hätte das höchste Verlangen, sich mit demselben in allem zu konformieren, F. möchte denselben versichern, daß er mit allem Ernst und Eifer allerorten und besonders am kaiserlichen Hofe und im Haag den Frieden riete und triebe,

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 112 (S. 1489f.).

dem Marquis del Val[1]) hätte er trotz seiner avantagensen Vorstellungen eine pure abschlägige Antwort gegeben. Die einzige Schwierigkeit bestände darin, daß man den Kaiser und Spanien nicht zum Frieden zwingen könnte. Nachher wurde er zur Herzogin geführt, wo das ganze fürstliche Frauenzimmer versammelt war, auch hier wurde ihm die größte Ehre und Zivilität erwiesen, er wurde zur Tafel gezogen und mußte an einer Wirtschaft sich beteiligen. Morgen hofft er mit den Ministern Konferenz zu haben und übermorgen weiter zu reisen.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Hannover 28. Januar / [7. Februar] 1684.

[Konferenzen mit den lüneburgischen Ministern. Die ihm erteilte Resolution. Bereitwilligkeit der Herzoge, sich mit Kf. zu verständigen, aber Verlangen eines Aufschubes ihrer endlichen Erklärung.]

In den beiden Konferenzen, die er mit den lüneburgischen Ministern gehalten hat, ist pro und contra so viel gesprochen worden, als immermehr in einer so wichtigen Sache gesprochen werden kann. Auf alles, was ihm die lüneburgischen Minister objiciert, hat er ihnen so geantwortet, daß sie, wie er ohne Vanität versichern kann, nie so embarrassiert gewesen sind, wie diesmal. Er hat dabei bemerkt, 1. daß das fürstliche Haus jetzt selbst erkennt, daß ein Akkommodement mit Frankreich das beste für das Reich, ja für die ganze Christenheit sei; 2. daß es ein solches Akkommodement überall, am kaiserlichen Hof, in Regensburg und im Haag anraten und dahin votieren will; 3. daß es die begehrte Milderung der französischen Propositionen nicht pro conditione sine qua non setzt, sondern auch zufrieden sein und nicht widersprechen will, wenn ohne dieselbe ein Friede oder Stillstand gemacht werden könnte, aber, daß es den Kaiser und andere interessierte Stände dazu vermögen und gleichsam zwingen sollte, solches würde man ja nicht von ihnen begehren. Er hat repliciert, das begehrte man auch von ihnen nicht, sondern nur, daß sie nach ihrem Vermögen das Werk beförderten und ihre vota und officia darunter mit Kf. konformierten. Dazu erklären sie sich bereit und er glaubt so, daß man in diesem Punkt sich leicht wird finden können. Das zweite, nämlich was zu tun, wenn nichtsdestoweniger ein Krieg entstehen sollte, ob das fürstliche Haus erklären wolle, dann sich nicht darein mischen, sondern mit Kf. und dessen Alliierten zu Wiederbringung des Friedens und Konservation des Reiches gemeine mesures nehmen zu wollen, hat mehr Difikultät und sie haben darüber lange kontestiert. Heute früh ist Bernstorf à part bei ihm gewesen und hat ihm im höchsten Vertrauen insinuiert, das fürstliche Haus würde sich in allem des Kf. Verlangen bequemen und die verlangten mesures nehmen, nur könnte es solches in diesem Moment nicht tun, ein Anstand von zwei oder drei Wochen 7. Febr.

---

[1]) Spanischer Gesandter.

würde ja Kf. nicht zuwider sein. Er hat drei Ursachen dazu entdeckt, weshalb sie sich nicht sogleich cathegorice erklären wollen, 1. um zu sehen, was bei der jetzigen Versammlung im Haag herauskommen wird, 2. um auch zugleich mit den französischen und dänischen ministris zu traktieren, bei dieser Zusammenkunft die Sache abzumachen und von Frankreich einige advantage zu erlangen, 3. damit Hannover sich von der Defensivallianz mit dem Kaiser desto besser degagieren könne.

Er ist inzwischen zur dritten Konferenz veranlaßt worden und hat dort beikommende Resolution erhalten. Hammerstein, welcher das Wort führte, zeigte dabei mündlich an, die vornehmste Ursache, warum sie noch zwei oder drei Wochen Zeit verlangten, wäre diese, daß der kaiserliche Hof durch die Vorstellungen zum Frieden, welche sie bereits dort getan, so konsterniert worden wäre, daß man aufs allerbeweglichste gebeten hätte, sich nicht zu engagieren, bevor man gesehen hätte, wie das Werk im Haag laufen würde, der Kaiser selbst wollte seine dortigen ministros zum Frieden instruieren, und da der Herzog von Hannover dieses habe versprechen lassen, so hoffe er, Kf. würde einen solchen geringen Verzug sich nicht entgegen sein lassen. Daneben wären sie befehligt zu kontestieren, daß das fürstliche Haus nichts höher in der Welt als des Kf. Allianz und Freundschaft verlangte und begierig wäre, dafür alles, ja selbst ihre Lande zu sakrifizieren. Er hat ihnen geantwortet, dazu könnten sie mit geringeren Kosten kommen, wenn sie sich nur den consiliis des Kf. konformierten, und er hat seine Betrübnis darüber ausgesprochen, daß man abermals die Sache verschiebe und der daher zu besorgenden Gefahr Platz gebe.

P. S. Hameln 29. Januar / [8. Februar] 1684.

8. Febr. Nach seiner Abschiedsaudienz, als er gleich auf den Wagen steigen wollte, kamen v. Bernstorf und v. Platen zu ihm, wiederholten die eifrige Begierde des fürstlichen Hauses, bei diesen gegenwärtigen Zeiten alles mit Kf. zu heben und zu legen, und baten, er möchte doch machen, daß Kf. einen so geringen Verzug nicht übel deuten möchte. Um ihre Aufrichtigkeit noch mehr darzulegen hätten sie ihnen befohlen, in der ihm zugestellten Resolution noch einiges zu ändern und dieselbe nach des Kf. Vergnügen noch etwas besser einzurichten, und sie produzierten wirklich ein neues Projekt und baten, ihnen das vorige wieder zurückzustellen, sie wollten das letztere bald ins reine bringen lassen und ihm nach Hameln zuschicken. Da er gemerkt, daß dieses letztere wirklich in vielen Stücken besser eingerichtet war als das vorige, so hat er dieses getan und ist sofort abgereist, sie haben ihm auch versprochenermaßen in dieser Nacht die beifolgende Resolution[1]) nebst den Kreditiven zugeschickt.

[1]) Dieselbe lautet: Ad 1. Daß Ihre Dchll. Ihres Teils den Frieden nicht allein dem Reiche nützlich und diensamb, sondern auch in Consideration derer concurrirenden dreien Umbstände, des Türkenkriegs, derer Dissensionen im Reiche und der großen Macht des Königs in Franckreich, hochnötig hielten und daher denselben nach aller

Er kann Kf. versichern, daß man im fürstlichen Hause nicht die geringste Gedanken und Reflexion auf einen Krieg macht, sondern die Notwendigkeit eines Akkommodements mit Frankreich auch ohne Restriktion begreift und dahin arbeiten wird, wiewohl anfangs auf solche Art, daß der Kaiser dadurch nicht choquiert werde, ferner, daß das fürstliche Haus Kf. mit überaus großer Begierde sucht, dagegen haben sie eine große Aversion gegen Dänemark.

Möglichkeit zu befordern so wenig ermangeln, daß Sie auch, da die Römische Kayserl. May. und das Reich einen solchen Frieden, als von Franckreich vorgeschlagen, einzugehen resolviren wollten, Ihre Dchll. sich solches im geringsten nicht zuwieder sein, noch davon jemand dissuadiren oder abhalten wollten. Nachdem aber gleichwoll diejene, so, und zwar nicht mit den Waffen, sondern nur gutlichen Handlungen und beweglichen Remonstrationen ihnen angelegen sein ließen, die Chron Franckreich dahin zu disponiren, daß die conditiones auf erträgliche Weise gemildert, die Ehre des Reichs einigermaßen salvirt und demselben noch einige Sicherheit gelassen werden möchte, damit es in künftigen Fällen und mancherlei Begebenheiten nicht sofort schlechterdinge fremden Willen exponiret sein möchte, von solchen allem abzuhalten und in einer so innocenten Intention hinderlich zu fallen, eine das Gewissen und devoir gegen das Vaterland concernirende Sache wäre — nicht weniger auch das Fürstl. Haus gänzlich Seine honneur und reputation sacrificiren würde, wann es auf einmal seine bisherige Conduite und teilshabendes Engagement dergestalt verließe, daß es alsofort von einem extremo zum andern schritte, und endlich gar sehr zu fürchten, daß, wenn das Fürstl. Haus auf solche Weise das accommodement mit Franckreich urgiren wollte, leichtlich anstatt des verhofften heilsamen der böse Effect daraus erfolgen könnte, daß Kayserl. May. zu einem praecipitirten Frieden mit dem Türken schreiten und dadurch die ganze Christenheit die zu hoffende große avantages gegen den Erbfeind verlieren und darüber jedermänniglich dem Fürstl. Hause die Ursache solchen Unheils aufwälzen dürfte, so verhoffen Ihre Dchll., es werden Se. Chf. D. dero hohen Aequanimitet nach Ihnen dieses alles nicht gönnen, noch begehren, daß Sie in hoc puncto diejene, so einige Milterung der Conditionen vor das Reich zu erlangen verhoffen, dergestalt poussiren und dringen sollten, sondern vielmehr selbsten approbiren, daß das Fürstl. Haus, da, wie obgedacht, es gerne geschehen läßt, was andere hierunter tunlich finden können, es inmittelst vor sich dabei einer temperirten Conduite sich gebrauche.

Den 2. Punct belangend hätten Ihre Dchll. hohe Ursache, Ihnen nach allen äußersten Vermögen angelegen sein zu lassen, daß der Krieg verhütet bleibe, da aber von dem Reiche der Chron Frankreich zu demselben keine Ursache gegeben, nachdem dieses allein anfangs pacificam et amicabilem discussionem justitiae causae verlanget, nunmehro auch, und wann nur einige erträgliche conditiones zu erlangen, noch woll ferner zum Zweck sich lenken möchte, also von des allerchristlichsten Königs weltbekannter Generosität nicht anders zu hoffen, als daß Sie friedliebenden Handlungen statt geben würden, so wollten Ihre Dchll. woll nicht gerne durch eine solche Eventualdeclaration das contrarium und ein offensivum bellum ominiren. Indessen würden Ihre Chfl. Dchl. dero höchsten Prudenz nach selbst leicht ermessen, ob dieses Fürstl. Hauses auf den Beinen habende Mannschaft die zur Bedeck- und Versicherung dessen eigenen Lande denen jetzigen Umbständen und Conjuncturen nach erforderte Notdurft übertreffe oder darzu kaum zureiche, und was demnach

Sie erkennen auch, daß Kf. ihnen im verwichenen Sommer viele und reelle Freundschaft erwiesen, und rühmen sehr dessen Konduite und Moderation. Er hat ein Präsent erhalten, bestehend in Stücken Silber oder Medaillen, die neu geschlagen und eines Gepräges sind, und deren Wert er auf etwa 1000 Rtlr. schätzt.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Lippstadt 31. Januar / 10. Februar 1684.

[Verhandlungen mit dem Bischof von Paderborn. Dessen Bereitwilligkeit, sich dem Kf. zu konformieren und der Allianz beizutreten.]

10. Febr. Er ist[1]) gestern Abend zu Neuhaus angekommen und hat sogleich bei dem Bischof Audienz gehabt. Derselbe rühmte höchlichst des Kf. Sorgfalt für die Erhaltung des Reiches und kontestierte, daß er sich dessen Sentimenten in

---

Ihre Dchll. vor Kriegsgedanken haben sollen oder können. Dieweil aber ein anders in einen Krieg sich einmischen zu können oder zu wollen oder nicht, ein anders darüber vorher auf diesen oder jenen Weg sich verbindlich zu machen, und dann dieses letztere von der Importanz und so verschiedenen Considerationen und Umbständen, daß Ihre Dchll. vor der Hand und zumal auch bei des Herrn Abgesandten großen Eilfertigkeit sich hierunter schließlich herauszulassen nicht vermögen, so werden hoffentlich Sr. Churf. Dchl. nicht übel nehmen, daß Ihre Dchll. sonderlich auch in regard der in discursu erwähnten special Ursache dieses zu fernerer Überlegung und zu der bevorstehenden Conferenz verstellen müssen.

Welches alles dann bei denen angeführten Umbständen von Sr. Chfl. Dchl. nicht als eine solche Discrepanz wird angesehen werden können, daß nicht deren ungeachtet die vorgeschlagene nähere Verständnuß subsistiren und befestiget werden könne. Insonderheit da Ihre Dchll. erbietig, über die am Kayserl. Hofe bereits geschehene Vorstellung auch nochmals des Accommodements halber in dergleichen terminis, wie von Chur Bayern geschehen, zu schreiben, auch auf dem Reichstage zu Regensburg, dem Convent im Haage und allen andern diensamen Orten treulich und angelegentlich dazu raten und alle mögliche officia anzuwenden. Wollten nicht zweifeln, es würde sich bei jetzt gemelter Conferenz im Hage so ergeben, daß ein Generalaccommodement erfolgte, oder, soviel das Reich anlangte, zum wenigsten ein solcher Grund geleget würde, damit solches ohne Zeitverlust auf dem Reichstage geschlossen werden könnte. Sollte man aber ja des intendirten Zwecks alda verfehlen, wollen Ihre Dchll. Sich mit Ihr. Chfl. Dchl. darüber ferner vertraulich vernehmen und Ihrem eigenen Interesse nach gerne alle dienliche mesures zu Wiederbringung des Ruhestandes und Praeservation des Reichs vor aller weitern schädlichen Dismembrirunge zu fassen suchen, inmittelst auch die veranlassete Handlung mit Ihr. Chfl. Dchl. und dero Alliirten, es sei zu Hamburg oder Berlin, — antreten. —

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 113 (S. 1490).

allem konformieren wollte, daß er auch der von seinen Vorsassen im Bistum mit Kf. und den übrigen Alliierten gehabten Allianz beitreten und dazu jemand seiner Bedienten nach Cöln abfertigen wolle. Er nötigte ihn, auf dem Schlosse zu übernachten. Heute früh kam der Vizekanzler Wibbers zu ihm und führte ihn zum Bischof. Dieser erkundigte sich sorgfältig nach dem jetzigen Zustande der Sachen und besonders, wie seine Negotiation bei den braunschweigischen Höfen abgelaufen sei, sprach dabei von Kf. mit der größten estime und veneration, sagte, kein Kurfürst hätte jemals dem Reiche so große Dienste getan wie Kf. Er sagte, er wollte seinem Gesandten in Regensburg Plettenberg auftragen, dort sein votum zu führen, das jederzeit pro pace und also den Sentimenten des Kf. konform sein würde, er wollte auch den Vizekanzler sofort nach Cöln schicken und diesem sowie dem dort befindlichen v. Plettenberg kommittieren, den Accessionstraktat zu schließen. Er ist nach gehaltener Tafel und empfangenem Rekreditiv abgereist, hofft, Sonntag in Cöln zu sein.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 6./16. Februar 1684.

[Gespräch mit dem Bischof von Straßburg. Dessen Hoffnung, von Frankreich eine günstige Erklärung zu erwirken. Das von ihm aufgesetzte Waffenstillstandsprojekt. Gespräch mit Tambonneau über die braunschweigischen Herzoge.]

Er ist[1]) nach einer sehr beschwerlichen Reise Montag früh hier angelangt 16. Febr.
und hat bald darauf dem Kurfürsten und dem Bischof von Straßburg seine Kreditive geschickt. Der letztere ließ ihn darauf auffordern, bei ihm einzukehren, er hat es aber abgelehnt. Am folgenden Tage, gestern Vormittag, ließ ihm der Kurfürst anzeigen, daß er ihm erst am nächsten Tage Audienz erteilen könne, und ihn auffordern, vorläufig dem Bischof von Straßburg von seiner Kommission Mitteilung zu machen. Das hat er auch, nachdem er von dem dänischen Gesandten Lente erfahren, daß der Bischof jetzt mehr als je bei dem Kurfürsten in Kredit wäre und alles dirigierte, getan. Der Bischof erklärte, seine Sendung käme sehr erwünscht. Er wüßte wohl, daß Kf. ihn früher für gar zu französisch gesinnt gehalten hätte, er hoffte aber, daß derselbe jetzt durch wirkliche Bezeigung das Widerspiel erfahren hätte. Er wäre zwar dem König von Frankreich vielen Dank schuldig, er hätte aber allezeit ein deutschgesinntes Herz behalten, und weil er versichert wäre, daß das Reich nicht erhalten werden könnte, wenn es nicht mit Frankreich wohl stände und

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 114 (S. 1491).

Frieden behielte, so hätte er auch seine Konduite danach eingerichtet. Er käme jetzt aus Frankreich, hätte die innerste Disposition des Hofes gesehen und aus dem eigenen Munde des Königs vernommen, wohin alles gerichtet. Frankreich wünschte Frieden oder Stillstand mit dem Reich und dächte bei Erlangung desselben nicht daran, das Reich ferner zu inquietieren. Er wäre versichert, daß solches ein rechter Ernst wäre, sollte es aber zum Kriege kommen, so könnte er nur den Ruin des Reiches vor sich sehen. Weil jetzt die Sachen in höchstem crisi ständen und kein Moment zu verlieren sei, hätte er diese Schickung so sehnlich verlangt, weil K. Cöln und Kf. als die mächtigsten im Reich durch eine enge Zusammensetzung das größte peso der Sache geben, die Brücken bei Frankreich niedertreten und das Reich aus dem bevorstehenden Ruin reißen könnten. Beide hätten ein Ziel und Interesse, K. Cöln sei mit des Kf. bisheriger Konduite so zufrieden, daß er entschlossen sei, sich in seine Arme zu werfen und mit ihm zu leben und zu sterben. Er hätte jetzt auf 14000 Mann zu werben Patente ausgegeben, hoffte, zu Ende des März damit fertig zu sein, Frankreich hätte sich erboten, 4000 z. Fuß und 1000 z. Pferde dazustoßen zu lassen, sie würden sie aber nur im Notfall begehren, sie wollten auch Kf. nicht beschwerlich fallen, derselbe möchte seine Waffen wenden, wohin er wollte, wenn er nur das in der Allianz enthaltene Quantum in Westfalen bereit hielte, dagegen sollte Kf. an den Quartieren, Kontributionen und allen sonstigen Avantagen den vornehmsten Teil haben. Er zweifelte nicht, daß Kf. nebst ihm den westfälischen Kreis behaupten und alle anderen daraus abhalten helfen werde. Dänemark ginge ein wenig zu weit und verlangte gar zu sehr den Krieg, dagegen käme des Kf. Konduite mit K. Cölns friedliebendem Gemüte viel besser überein.

Er hat darauf geantwortet was sich gehört, und hinzugefügt, die beiden vornehmsten Punkte seiner Instruktion wären, vertraulich zu überlegen: 1. was zu fernerer Beförderung des Friedens oder armistitii dienen möchte und 2. was zu tun, wenn es doch zum Kriege käme. Kf. hätte bei diesem letzten nur die Sorge, wie man das Reich vor fernerer Zergliederung retten möchte. Kf. hätte mit Vergnügen vernommen, was der Bischof deshalb mit Spanheim geredet,[1] und darauf diese Schickung resolviert, um zu vernehmen, wie man am füglichsten die Versicherung von Frankreich wegen Verschonung der wohlgesinnten Stände und Erhaltung des Reichs in seiner Konsistenz erlangen möchte, und er hat dabei mitgeteilt, was deshalb zwischen Kf. und Rébenac passiert ist.[2]) Der Bischof erwiderte, das wäre eine seiner größten Bemühungen am französischen Hofe gewesen, zu einer schriftlichen Erklärung wäre keine Hoffnung, aber eine mündliche habe Frankreich bereits durch ihn an K. Cöln geben lassen und er vernehme gern, daß solches auch an Kf. geschehen sei, jetzt komme es darauf an, wie man dergleichen für beide conjunctim erhalten könnte. Er werde gleich, nachdem sie mit der Negotiation einen Anfang gemacht, einen Kurier nach

[1]) S. oben S. 496.
[2]) S. oben S. 492.

Frankreich abfertigen und dort bitten, daß eine solche Verbalerklärung bei Fuchs' Anwesenheit hier geschehe, er hoffte, daß es erfolgen werde, freilich schwerlich auf den Fall, wenn jemand im Reiche Frankreich und dessen Alliierte zuerst angreifen sollte. Er hat geantwortet, es sei kein Reichskrieg gegen Frankreich zu vermuten, man werde also wohl auch nicht das ganze Reich und die Unschuldigen darin entgelten lassen, was einige wenige verbrochen. Sollte diese Schwierigkeit nicht zu überwinden sein, so würde am besten sein, die Erklärung in generalibus terminis zu fassen, wie dieses auch in der dem Kf. gegebenen geschehen sei.

Der Bischof teilte ferner mit, bisher hätte man nur in generalibus von einem armistitio gesprochen, er hätte aber für nötig erachtet, damit man desto eher zum Werke käme, ein Projekt eines solchen zu machen, und hätte mit Freuden ersehen, daß Kf. ebendiejenigen Punkte und Gedanken, auf die er dasselbe gegründet, seiner Gesandtschaft in Regensburg zugeschrieben hätte,[1] er hätte sein Projekt schon nach Frankreich geschickt und erwartete demnächst Antwort darauf. Er hat ihm darauf den Inhalt des Projekts mitgeteilt, welches in der Tat mit den fünf Punkten, auf welche die Regensburgische Gesandtschaft instruiert ist, ganz übereinkommt, nur daß noch einige andere beigefügt sind. Um dieses Projektes willen hätte K. Cöln neulich wegen einer Zusammenkunft der Räte der wohlintentionierten Kurfürsten zu Cöln, Wesel oder Cleve geschrieben. Der Religion hätte er darin nicht gedacht, das könnte Kf. und die Evangelischen besser tun, es wäre ihm lieb, daß Kf. es besonders erwähnt und darauf eine so gute Erklärung von Frankreich erhalten hätte.

Als er erwähnte, er hätte Vollmacht wegen eines Accessionstraktats seitens K. Triers und Paderborns, übernahm der Bischof es, ersteren zur Absendung eines Bevollmächtigten aufzufordern, und erwähnte, er hätte wegen K. Triers in Frankreich viel Mühe gehabt, aber doch endlich eine günstige Resolution erhalten, man wäre zufrieden, daß K. Cöln und Kf. die trierischen Pässe und Plätze zu mehrerer Versicherung mit ihren Truppen besetzten.

P. S. Der französische und dänische Minister sind bei ihm gewesen und haben ihm ihre Freude über sein Erscheinen ausgesprochen. Tambonneau fragte sorgfältig nach seiner Verrichtung in Hannover und gab zu erkennen, daß sein König gar keine Inklination bezeugte, mit diesem Hause ferner zu traktieren oder einen Minister bei der von demselben vorgeschlagenen Konferenz zu haben. Er aber hat ihm auseinandergesetzt, daß diese nicht nur nicht schaden, sondern sogar nützen könnte, indem man das Haus gewinnen und an sich ziehen und folglich den Krieg verhüten oder wenigstens dasselbe in mehr tort und blâme setzen und wohl gar eine Division darin anrichten würde, da Wolfenbüttel es nimmer zu einem Kriege kommen lassen, auch Celle einen solchen nach Möglichkeit verhüten werde.

---

[1]) S. oben S. 775.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 8./18. Februar 1684.[1])

[Audienz bei K. Cöln. Konferenz mit den k. cölnischen Bevollmächtigten. Die von ihm aufgesetzten Punkte. Die von Frankreich an K. Cöln gestellten Forderungen, sein Rat, wie dieselben vorläufig zu beantworten seien.]

18. Febr. Er hat vorgestern bei dem Kurfürsten Audienz gehabt und bei demselben mehr vigueur sowohl an Gemüt als Leibe gefunden, als er vermutet hatte. Er rekapitulierte seine Proposition, welche doch ziemlich lang war, von Punkt zu Punkt und antwortete auf jedes recht à propos. Er rühmte sehr des Kf. Konduite, durch welche derselbe das Römische Reich bisher vom Untergange errettet hätte, und erklärte, er hätte sich vorgesetzt, Kf. in allem blindlings zu folgen und mit ihm für einen Mann zu stehen, dagegen tadelte er zum höchsten die Konduite des kaiserlichen Hofes und daß der spanische Botschafter dort alles despotice gouvernierte. Er erkundigte sich auch sorgfältig nach des Kf. Gesundheit und Alter, sagte, er wäre zwei Jahre jünger und wünschte, sie möchten beide noch 30 Jahre leben, es würde eine herrliche Sache sein, wenn man einen Kurfürsten von Brandenburg von 95 und einen von Cöln von 93 Jahren sehen sollte. Er erinnerte sich auch der zu Duisburg gemachten Brüderschaft, sagte: Es ging brav scharf daher und hießen wir uns auch nicht anders als Bruder Fritz und Bruder Max. Auch über die ostfriesische Sache und die afrikanische Kompagnie sprach er seine große Bewunderung aus. Schließlich erklärte er, er wolle ihm Kommissarien geben.

P. S. Soeben kommt er von der ersten Konferenz, welche er mit den Geheimen Räten v. Schmising, Dücker, Schönheim und dem Vizekanzler ther Meulen (der Bischof von Straßburg war durch Unpäßlichkeit am Erscheinen verhindert) gehalten hat. Sie haben angefangen, beifolgende von ihm auf Begehren der K. Cölnischen aufgesetzte Punkte[2]) durchzugehen.

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 114 (S. 1492).

[2]) „Ohnmaßgeblicher Entwurf einiger Puncten, welche allhie zu bereden und abzuhandeln sein möchten (von Fuchs' Hand):

1. Eine nähere Zusammensetzung zwischen Chur Cöln und Chur Brandenburg, wozu dero Alliirten, in specie Dennemarck, mit zu invitiren sein.

2. Daß beide Churfürsten sich dahin zu vergleichen, daß keiner ohne dem andern eine offensive Allianz schließen solle.

3. Wie man den Kayserl. Hof, welcher bishero von dem Accommodement mit Franckreich ganz eloigniret gewesen, zu anderen Gedanken bringen möge.

4. Wie das Fürstl. Haus Braunschweig zu einer völligen Conformitet in consiliis mit denen Alliirten zu bringen?

5. Ob und was bei Franckreich wegen einiger Moderation und Linderunge der proponirten Conditionen in Respect des Reiches und der durch die reuniones gravirten Stände zu suchen?

Bei dem 1. findet sich keine Schwierigkeit. Der dänische Abgesandte Lente hatte zwar auch den Konferenzen beizuwohnen gewünscht, sie (die K. Cölnischen und er) haben sich aber dahin geeinigt, erst unter sich alles festzustellen und dann mit Lente zur Beitretung zu kommunizieren.

Bei dem 2. haben ihm die K. Cölnischen die hochwichtige Eröffnung getan,[1]) der König von Frankreich hätte jüngster Tage von dem Kurfürsten verlangt, falls der König mit den Vereinigten Niederlanden in Ruptur und Krieg treten sollte, müßte er entweder den französischen Truppen den Durchmarsch durch seine Lande gestatten und ihm zur Versicherung vorläufig einige seiner Plätze einräumen oder mit seinen eigenen Truppen Holland bekriegen und eine Diversion machen oder sich wider Frankreich erklären und mit demselben in Krieg einlassen, die Neutralität könnte der König nicht gestatten. Sie haben ihn gefragt, welche von den drei Konditionen er für die anständigste hielte. Er hat geantwortet, das wäre eine ganz unvermutete Sache, auf die er nicht instruiert sei, und er hielte es daher für bedenklich, darüber seine Meinung zu sagen. Zurzeit sehe er noch keine Apparenz, daß Holland mit Frankreich in Ruptur treten sollte, sollte dieses aber zu befürchten sein und geschehen, so bäte er sie, in einer so importanten Sache nichts zu schließen und weiterzugehen, bevor alles mit Kf. konzertiert sei. Sie versicherten, daß der Kurfürst noch nichts darin resolviert hätte, weshalb sie ihm auch diese Ouverture getan, baten ihn, Kf. namens K. Cölns zu versichern, daß derselbe nichts ohne sein Vorwissen darinnen tun oder schließen werde, und fragten ihn, was sie vorläufig Frankreich antworten sollten. Er hat ihnen geraten, zu erwidern, sie wären verbunden, dieses wichtige Werk mit Kf. zu konzertieren, dabei würden sie viel sicherer gehen und Frankreich würde in diesem wichtigen Werk auch mehr Reflexion auf beide als auf K. Cöln allein nehmen. Es gefiel ihnen dieses wohl und sie baten ihn, die Sache aufs höchste zu sekretieren. Dabei

6. Was bei unverhoffter Entstehung des gütlichen Vergleichs — für mesures zu nehmen, damit das Reich in seiner Consistenz verbleiben und nicht weiter geschwächt oder zergliedert werden möge.

7. Was solchen Falles die Alliirten und absonderlich Chur Cölln und Chur Brandenburg zu Conservation und Sicherheit ihrer Lande bei sothanen gefährlichen Conjuncturen zu beobachten.

8. Was für mesures wegen Conservation der Churf. Praerogativen und Praeeminentzen zu nehmen und ob auch was deßhalb bei Franckreich zu bedingen.

9. Wegen der Ostfriesischen Sachen.

10. Wegen Chur Triers Einschließung in die Alliantz.

11. Item wegen Paderborns Accession.

12. Wegen Besetzung der Häuser Ritberg und Rhede.

13. Wegen der Stadt Rheinberg.

14. Wegen Renovirung des Churfürstl. Verein und eines Collegialtages.

15. Was wegen Sicherheit der Stadt Cölln zu handeln?"

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 115 (S. 1492); Ennen, Frankreich und der Niederrhein I, S. 386.

teilte ihm Dücker eine Relation des k. cölnischen Ministers aus dem Haag mit, nach der die Stadt Amsterdam sehr nach einer Schickung K. Cölns und des Kf. verlangte, um in ihrem Vorhaben zum Frieden sekundiert zu werden, und fragte, ob man nicht unter der Hand den Wohlgesinnten beizubringen hätte, daß dergleichen gefährliche Dinge vorgingen. Er hat sich erboten, vorläufig v. Diest Nachricht davon zu geben, vielleicht könnte auch Kf. gegen Amerongen ein halbes Wort fliegen lassen.

Bei dem 3. Punkt berichteten sie, daß der Reichshofrat Jodoci mit einem besonderen Kreditiv wegen des Friedenswerkes angekommen sei, und erboten sich, ihm von allem, was bei den Verhandlungen mit demselben vorgehen werde, Mitteilung zu machen.

Bei dem 4. Punkt hat er ihnen seine Verrichtung am hannoverschen Hofe und die ihm heute zugekommene Resolution des Kf. an Grote mitgeteilt und gefragt, ob sie nicht auch meinten, man müßte noch eine Instanz bei Frankreich zu der von dem fürstlichen Hause abgezielten Zusammenkunft zu Hamburg oder Berlin machen. Sie haben es ad referendum genommen.

Bei 5 verlasen sie ein Schreiben des Königs von Frankreich an den Bischof von Straßburg, worin alle Hoffnung zu einer weiteren Milderung abgeschnitten wird.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cöllen am Rhein 9./19. Februar 1684.

[Fortsetzung der Beratung. Das von ihm aufgesetzte Allianzprojekt.]

19. Febr. Sie haben heute die übrigen Punkte examiniert. Bei dem 6. dürfte es wohl dabei bleiben, daß der Bischof von Straßburg einen Expressen nach Frankreich abschicken werde, um zu bitten, daß der König die Versicherung, welche er wegen Verschonung der unschuldigen friedliebenden Stände und daß er nichts ferner von dem Reiche abreißen, sondern es bei der Frankfurter Proposition bewenden lassen wolle, die er früher beiden Kurfürsten en particulier getan, jetzt mehrer Verbindlichkeit halber conjunctim an die Alliierten geben möchte. Damit aber solches desto leichter zu erhalten, sind sie übereingekommen, daß der folgende 7. Punkt, wobei Frankreich sonderlich interessiert ist, prämittiert werde, und er hat wieder, damit man etwas Gewisses, wovon zu deliberieren, habe, beifolgendes Projekt[1]) aufgesetzt und es den K. Cölnischen

[1]) 1. Der König von Dänemark und die Kurfürsten von Cöln und Brandenburg verbinden sich, sich keineswegs in die auswärtigen Händel zwischen Frankreich und Spanien zu mischen, auch, sofern jemand im Reiche zu Tätlichkeiten schreiten und zu einem Kriege Anlaß geben wollte, ihm nicht zu assistieren, sondern ihm davon abzuraten, und wenn der Krieg wirklich anfangen sollte, nach Möglichkeit auf Restabilierung des Friedens und Verhütung einiger Änderung in statu publico imperii zu arbeiten, in specie wenn ein Stand in beiden Kreisen von einem anderen

vorgelesen. Sie haben, besonders nachdem er ihnen einige Skrupel benommen, alles sehr gut gefunden und er glaubt, daß bei jetzigen gefährlichen Läuften für des Kf. gloire, Sicherheit und Bestem nichts dienlicher aufgerichtet werden kann. Auch des Kf. Alliierten, besonders Frankreich, kann dieses nicht anders als angenehm sein, denn es erhält dadurch den Zweck, worauf alle mit Kf. aufgerichtete foedera, besonders das letzte, gerichtet sind.

Die Ansätze wegen des quanti sind nur sub spe rati gemacht. Er meint, dem Kf. nicht zu nahe zu tun, wenn sein quantum dem k. cölnischen äquipariert würde, die K. Cölnischen haben dabei skrupuliert, er hat ihnen aber die Gleichheit beider Lande in beiden Kreisen gleich getan.[1])

---

mit Durchzügen, Werbungen und ähnlichen Zumutungen graviert und angefochten werden oder sonst etwas vorgenommen werden sollte, wodurch einige Unruhe, Weiterung und Zerrüttung in diesen beiden Kreisen entstehen könnte, zusammenzutreten, zunächst durch Ermahnungen turbatorem davon abzuhalten, und wenn diese nichts verfangen sollten, mit vereinter Macht es ihm zu verwehren und alles zu tun, wodurch der Friede in beiden Kreisen erhalten werden könnte.

2. Sobald einige Troublen zu befahren, sollen die Alliierten zusammenschicken und wegen der anzustellenden Operationen beraten lassen.

3. Damit dieser heilsame Zweck durch zulängliche Mittel erhalten werde, verspricht der König von Dänemark in seinen Grafschaften diesseit der Weser 2500 zu Fuß, 1000 Pferde und 500 Dragoner, K. Cöln diesseit der Weser 7000 zu Fuß, 3000 zu Pferde und 1000 Dragoner, K. Brandenburg auch diesseit der Weser 3000 zu Fuß, 1200 Pferde und 600 Dragoner im westfälischen Kreise parat zu halten, ferner im niedersächsischen Kreise der König von Dänemark 7000 zu Fuß, 3000 zu Pferde, 1000 Dragoner, K. Cöln 3000 zu Fuß, 1200 zu Pferde, 600 Dragoner, K. Brandenburg 7000 zu Fuß, 3000 zu Pferde und 1000 Dragoner, so daß dieselben entweder eine Hauptarmee bilden oder separatim agieren können. Sollte in einem Kreise eine Unruhe entstehen, der andere aber davon befreit bleiben, so sollen die Alliierten überlegen, wie die in dem befreiten Kreise stehenden Truppen dem anderen zu Hilfe geführt werden können.

5. Da der Billigkeit gemäß die schwächeren Stände in beiden Kreisen, die durch dieses foedus in Ruhe erhalten werden, die Last, welche eine so kostbare Verfassung erfordert, nach Proportion mit zu tragen haben, so sollen im Fall der Not die Alliierten überlegen, wie diese zu einem leidlichen, ihren Landen proportionierten Beitrag zu vermögen sein werden, der nach Proportion unter die Alliierten zu verteilen sein wird.

6. Sollte ein oder ander in Verfassung stehender Stand in beiden Kreisen diesem foederi beitreten wollen, so soll dieses mit gemeiner Beliebung der drei Alliierten geschehen.

7. Dies foedus soll währen, bis ein Friede oder armistitium mit Frankreich getroffen und alle besorgende Unruhe aus dem Wege geräumt ist.

8. Wegen Bestellung der Generalität, des Kommando, der Artillerie usw. soll hernächst ein Konzert getroffen werden.

9. Im übrigen bleibt es bei dem Soestischen Traktat.

[1]) F. berichtet 10./20. Februar 1684, was bei den anderen Punkten vorgekommen sei. Bei dem 10. hätte Dücker gemeldet, K. Trier sei bereit, die französischen

Der Kurfürst an Fuchs. D. Cölln 15./25. Februar 1684. (Conc. F. Meinders.)

[Auf die Relationen vom 8., 9. und 10. Februar. Billigung des Projekts. Bedenklichkeit der französischen Forderungen. Befehl, nach Amsterdam zu reisen. Die Verhandlungen mit den Braunschweigern. Bemerkungen zu einigen Punkten des Projekts.]

25. Febr. Er ist mit seinem Projekt und dem, was dabei vorgekommen, in der Hauptsache einverstanden.

Die[1]) französischerseits an K. Cöln getane Proposition findet er von sonderlicher Wichtigkeit. Vorläufig soll F. darauf antworten: 1. daß an Kf. von Frankreich eine solche Proposition bisher nicht geschehen sei, 2. daß keine Apparenz zu einer Ruptur der Vereinigten Niederlande mit Frankreich sei, 3. daß K. Cöln mit ihm in so engem Bündnis stehe und ihre beiderseitigen Lande so situiert seien, daß derselbe in dergleichen wichtigen Geschäften nichts Beständiges ohne ihn resolvieren könnte und daß er zu demselben das Vertrauen trüge, er werde sich in dieser so wichtigen Sache nicht übereilen, sondern soviel als möglich sich und seinen Staat außer allen Troublen halten, Kf. werde die Sache gebührend zu menagieren wissen. Doch soll er sonst hierbei und in anderen Dingen, von denen Tambonneau mit ihm reden möchte, sich so in Acht nehmen, daß man Frankreich zu keiner Ombrage Ursache gebe.

Mit Amsterdam[2]) hat es sich seitdem zu einem gefährlichen Stande angelassen, auch er meint, daß man sich der Stadt quovis modo anzunehmen habe, daher soll F. unterm Prätext einer Privatangelegenheit sich sofort in der Stille dorthin begeben, sich bei Beuningen oder einem anderen wohl affektionierten Bürgermeister angeben und des Kf. Affektion für die Stadt, seine Bekümmernis über die entstandenen Schwierigkeiten und seine Begierde, ihnen zu helfen, kontestieren. Sollten sie einige Truppen von ihm verlangen, so will er ihnen auch darin seine Willfährigkeit erweisen und versuchen, unter dem Prätext, einige Mannschaft nach Ostfriesland zu schicken, solche in die Stadt zu bringen. Sollte es zu einer Kollision mit ihren Mitgliedern kommen, so ist er

---

Forderungen, ausgenommen die Ableistung des Homagialeides, anzunehmen, ebenso zum Beitritt zu der Allianz, doch wünsche er, daß dieses durch einen besonderen Rezeß, nicht durch eine einfache Accession zu dem Soestischen Traktat geschehen solle. Der Beitritt Paderborns werde keine Schwierigkeit machen. Wegen Rhedes werde schwerlich etwas zu erreichen sein, wohl aber wegen Rittbergs, wenn der Graf konsentieren sollte. Rheinberg haben sie versprochen wieder zu fortifizieren. Wegen der Sicherheit der Stadt Cöln seien sie in großer Sorge, er habe geraten, sie sollten beiderseits mit Deputierten des Magistrats und der Bürgerschaft wegen Einnehmung k. cölnischer und k. brandenburgischer Kreisvölker in die Stadt verhandeln. S. über die damaligen inneren Wirren in Cöln Ennen I, S. 403ff.

[1]) S. Pufendorf XVIII, § 115 (S. 1492).

[2]) S. Négociations de Mr. le Comte d'Avaux II, S. 58ff.

erbötig, alle seine in des Staats Diensten stehenden Vasallen und Untertanen entweder gar zu avocieren oder ihnen wenigstens zu untersagen, sich wider die Stadt gebrauchen zu lassen. Sobald er diese Kommission verrichtet, soll er wieder nach Cöln zurückkehren und die angefangene Negotiation fortsetzen.

Wie es mit der braunschweigischen Negotiation[1]) ablaufen wird, muß sich nun bald zeigen. Nach Grote's Abreise ist von diesem Hofe nichts weiter an ihn gebracht worden, er hat aber noch heute v. Oberg anzeigen lassen, daß, wenn bis Ablauf der von dem fürstlichen Hause stipulierten Frist von demselben keine kategorische Resolution erfolge, er die Verhandlungen nicht weiter fortsetzen, sondern der Sache ihren Lauf gönnen werde.

Er hat immer geglaubt, daß bei einem armistitium wenig Moderation zu erlangen sein werde, und hält es für notwendig, daß dasselbe ohne fernere Verzögerung und ohne Rücksichtnahme auf das spanische Interesse zum Schluß gebracht werde.

Wegen des 7. Punktes wird er K. Cölns Erklärung auf das Projekt erwarten und die darin enthaltenen Artikel reifer erwägen. Vorläufig soll F. vorstellen, daß Kf. in Westfalen jetzt keine Dragoner hielte, dort also nur Reiterei und Fußvölker stellen könnte, daß er aber solche Dragoner im ober- und niedersächsischen Kreise zu stellen bereit wäre, daß die Anzahl der Völker, die er im letzteren Kreise zu stellen übernehmen solle (11000 Mann), sehr hoch, er aber bereit wäre, solche teils im nieder-, teils im obersächsischen Krise, wo sie nicht weniger notwendig sein dürften, zu stellen. Er wünschte ferner K. Cölns Gedanken darüber zu wissen, wie die schwächeren Stände in beiden Kreisen nach billiger Proportion unter die Alliierten zu verteilen sein würden. Ferner wünscht er, daß dieses foedus nicht allein auf die Fälle mit Frankreich, sondern auch auf das nordische Wesen gerichtet werde, was, um Ombrage zu vermeiden, per articulum separatum geschehen könnte.

Der Punkt wegen der Stadt Cöln wird mit sonderlichem Fleiß zu beobachten und ajustieren sein. Auch die Sache wegen Höxter hält er für wichtig und er hofft, daß der Abt seine K. Cöln gegebene Zusage erfüllen, oder daß dieser Mittel finden werde, dieser Promesse zufolge seine Truppen in die Stadt zu bringen.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cöln a. Rhein 16./26. Februar 1684.

[Fortsetzung der Beratungen, auch mit dem dänischen Gesandten. Feststellung des Allianzvertrages. Neue französische Forderungen, Wunsch K. Cölns, auch darüber sich mit Kf. zu vergleichen. Aufschiebung der Unterzeichnung des Vertrages.]

Da der Rhein des starken Eisganges wegen nicht zu passieren war, hat 26. Febr.
er mit der vorigen Post nicht schreiben können. Sie haben aber inzwischen

[1]) S. oben S. 657.

nicht gefeiert, sondern die Konferenzen in Gegenwart des Bischofs von Straßburg fortgesetzt. Die K. Cölnischen haben gegen sein Projekt nichts Erhebliches einzuwenden gehabt, nur fragte der Bischof, ob man nicht auch etwas für den Fall, daß es zwischen Frankreich und dem Staat zum Kriege kommen sollte, festsetzen wollte. Da er aber erklärt hat, wegen mangelnder Instruktion vor der Hand darin nichts tun zu können, wurde beschlossen, diesen casus zu fernerer Überlegung unter den Alliierten zu reservieren, und ist so der zweite Articulus secretus verfertigt worden.

Nachdem sie sich miteinander geeinigt, haben sie den dänischen Gesandten Lente hinzugezogen. Mit ihm haben sie mehr Mühe gehabt, da seine Ordres mehr auf ein Konzert zum Kriege und zur Attacke, besonders wider das Haus Braunschweig, als zu Erhaltung des Friedens lauteten. Er erhob gleich Einwendung gegen die Worte des ersten Artikels, daß man sich in die Händel zwischen Frankreich und Spanien nicht mischen sollte, gab sich aber endlich mit dem Zusatz: „als lange sie durch anderer ihrer Benachbarten demarches zum Kriege directe oder indirecte dazu nicht veranlasset werden" zufrieden. Ebenso fand er auch in dem zweiten Artikel in den Worten, worin disponiert wird, wie man sich zu betragen, wenn jemand im Reiche zu Tätlichkeiten Anlaß geben sollte, Diffikultät und meinte, daß man weitergehen und solches mit Macht zu verwehren sich verbinden müßte, doch ließ er es schließlich dabei bewenden. Auch von dem Verlangen, daß man sich verpflichten sollte, das Haus Braunschweig, wenn die Güte nicht helfen wollte, mit Gewalt zu zwingen, zu den Alliierten umzutreten, stand er auf ihre Remonstrationen ab. Dann erklärte er, daß er sich zu einem so großen quanto nicht verstehen könnte, und hat nicht eher darein gewilligt, bis er sich deswegen in einem förmlichen Protokoll verwahrt hat. Ferner ist beliebt worden, den Artikel von dem Beitrag der schwächeren Stände unter die Sekretartikel als ersten zu setzen.

Nachdem sie dann alles in eine Form gebracht, Dücker den Vertrag dem Kurfürsten zweimal vorgelesen und dieser ihn gebilligt hat, er auch Tambonneau mitgeteilt worden ist, soll derselbe heute Morgen um 10 Uhr unterschrieben werden. Er bittet zu entschuldigen, wenn er dieses tut, ehe Kf. den Vertrag gesehen oder ihm eine speziale Vollmacht dazu erteilt hat, aber er eilt so mit der Unterschrift, damit einerseits Dänemark, andererseits K. Cöln in den etwa obhandenen Engagements wider Braunschweig und den Staat gebunden werden und ohne des Kf. Vorwissen und Konzert darin nicht weitergehen dürfen.

P. S. 1. Als es eben 10 Uhr schlagen wollte, ließ ihn der Bischof von Straßburg zu sich bitten und teilte ihm mit, daß gestern abermal ein Kurier aus Frankreich gekommen sei und Resolution auf die drei proponierten conditiones[1]) im Fall der Ruptur mit Holland verlangt und daß K. Cöln ihm darauf befohlen habe, mit ihm darüber zu sprechen und zu sehen, ob man nicht auch in hunc casum etwas vorläufig zu bedingen hätte. Es handle sich nur um den Fall, wenn Holland wirklich auf Antrieb des Fürsten von Oranien.

[1]) S. oben S. 879.

der jedenfalls nur deswegen den Krieg suchte, um sich durch einen solchen souverän zu machen, der angreifende Teil sein sollte. K. Cöln denke nicht daran, mit Frankreich zu brechen und Krieg zu führen, aber auch der andere Vorschlag, den Franzosen den Durchmarsch durch sein Land zu gestatten und ihnen einige Plätze einzuräumen, erscheine ihm bedenklich, daher scheine ihm der dritte Vorschlag, selbst an dem Kriege gegen Holland teilzunehmen, am leidlichsten, wenn er sich mit seinen Alliierten, besonders mit Kf., darüber vernehmen könnte. Er versicherte, K. Cöln denke nicht daran, denen von der Religion dadurch zu schaden oder Eroberungen zu machen. Er wünsche sich mit Kf. über zwei conditiones zu vernehmen: 1. ob Kf. selbst mit beitreten und nebst Dänemark und K. Cöln den Staat obligieren wollte, mit Frankreich Frieden zu machen, oder 2., wenn er wirklich mit beizutreten Bedenken hätte, ob er dann nicht erklären wollte, wenn es auch zwischen K. Cöln und dem Staat zur Unruhe und zum Kriege kommen sollte, dennoch mit K. Cöln in unverrückter nachbarlicher Korrespondenz verbleiben und sich an dasjenige, was in dem Soestischen und diesem letzten Traktat enthalten, halten zu wollen, dagegen wollte sich K. Cöln verpflichten, weder in ecclesiasticis noch in politicis das geringste in den Vereinigten Provinzen verändern, noch etwas von dem, was er etwa von denselben gewinnen sollte, behalten, sondern solches alles bei dem Frieden restituieren zu wollen, deswegen möchte noch ein Secretartikel abgefaßt und unterschrieben werden. Er hat wieder geantwortet, daß er auf diese Sache garnicht instruiert sei und notwendig fernere Instruktion abwarten müsse, und vorgeschlagen, er wollte zunächst seine Reise nach Holland fortsetzen, dort des Kf. Resolution abwarten und, je nachdem dieselbe lauten würde, entweder hierher zurückkehren oder dieselbe schriftlich mitteilen. Der Bischof war damit zufrieden und fand gut, daß auch die Unterschrift des Traktats und der Sekretartikel bis dahin ausgestellt werde. So übersendet er dieselben ohne Unterschrift.[1])

P. S. 3. Der Bischof von Straßburg hat es übernommen, sogleich einen Expressen nach Frankreich zu schicken, um die gewünschte Erklärung des Königs zu erlangen.[2])

---

[1]) Beiliegend der Allianztraktat vom 16./26. Februar 1684 und ein Recessus loco Protocolli von demselben Datum.

[2]) F. berichtet 19./29. Februar 1684 über die Verhandlungen mit K. Trier, die mehr Schwierigkeiten bereiteten, als man vermutet hätte, da Frankreich und K. Trier einander mißtrauten. Die Hauptdifferenz bestehe darin, daß Frankreich verlange, K. Trier solle auch in Coblenz k. cölnische und k. brandenburgische Truppen einnehmen, während dieser es nur in Trier und anderen Orten tun wolle. Der Accessionstraktat mit Paderborn sei vollzogen worden (s. v. Mörner, S. 955). Am 23. Februar / [2. März] berichtet er schon von Xanten aus über seine Abschiedsaudienz bei K. Cöln, derselbe habe wieder die Kontestationen von seinem Vertrauen zu Kf. und seiner Bewunderung desselben wiederholt und erklärt, in die afrikanische Kompagnie 20—24000 Rtlr. einlegen zu wollen. — Fuchs' Berichte aus Holland werden in dem betreffenden Abschnitte des nächsten Bandes mitgeteilt werden.

Der Kurfürst an Fuchs. D. Cöln a. d. Spree 23. Februar/[2. März] 1684. (Conc. F. Meinders.)

[Auf die Relation vom 16./26. Februar. Bemerkungen zu dem Traktat. Weigerung, in ein gegen Holland gerichtetes Bündnis einzutreten.]

2. März Er hält es nicht für nötig, über so wenige ingredientia und Materien,[1]) da die meisten Punkte schon in der vorigen Allianz enthalten sind, einen neuen förmlichen Traktat zu machen, überläßt dieses aber dem Gutfinden der anderen Alliierten. Der Artikel wegen der Hilfe muß so, wie er schon in seinem vorigen Reskript angegeben hat, geändert werden. Daß das, was abgeredet worden, den Gen. Staaten, dem Hause Lüneburg und Schweden förmlich im Namen aller Alliierten mitgeteilt werde, scheint ihm bedenklich zu sein, wohl aber ist Frankreich nicht nur das, was verglichen worden, mitzuteilen, sondern auch alles, worüber gehandelt wird, vor dem Schluß mit den französischen ministris zu kommunizieren und zu überlegen.

Betreffend die von dem König von Frankreich an K. Cöln proponierten drei conditiones glaubt er[2]) zwar nicht, daß die Gen. Staaten in eine Ruptur und einen Offensivkrieg wider Frankreich treten werden, und er hält es daher seinerseits für überflüssig und gefährlich, sich in einer so importanten Sache so bald und frühzeitig bloß zu geben, sondern er überläßt es K. Cöln, wie derselbe sich darin entschließen will. Obwohl der Staat ihm keine Ursache gegeben, sich seiner Sicherheit und Wohlfahrt halber hoch zu bekümmern, so ist doch ihm, K. Cöln und allen Benachbarten an dessen Konservation, und daß Frankreich sich nicht zum Meister desselben mache, zum höchsten gelegen, er steht auch in einer Defensivallianz mit demselben und hat wegen der Oranischen Succession Interesse an Erhaltung guter Intelligenz mit ihm, er wird daher nie in ein Bündnis treten, um ihn über den Haufen zu werfen, glaubt auch nicht, daß Dänemark sich dazu verstehen wird, überläßt[3]) aber seiner Dexterität,

[1]) F. erwidert darauf (d. Cleve 14./24. März 1684), zwischen dem Soestischen und dem neuen Traktat bestehe eine große Differenz, nicht nur sei die Zahl der Mannschaft eine ganz verschiedene, sondern es sei der erstere auch nur auf die eigenen Lande der Alliierten, der letztere auf die beiden ganzen Kreise gerichtet, nach jenem könnten Schweden und die Lüneburger wohin sie wollten marschieren, wenn sie nur nicht die Lande der Alliierten berührten, nach diesem dürften sie den Fuß nicht aus ihren Landen setzen.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 115 (S. 1492).

[3]) Schon in einem Schreiben vom 19./29. Februar 1684 hatte Kf. erklärt, er könne es dem König von Frankreich nicht verdenken, wenn dieser sich auf alle Fälle vorsehen wolle, und hatte F. angewiesen, wenn von den an K. Cöln gestellten Forderungen, in specie von der Einräumung einiger fester Plätze, die Rede sein sollte, sich dem nicht zu opponieren, sondern es schlechterdings darauf ankommen zu lassen, wie K. Cöln sich darüber mit Frankreich vergleichen wolle, damit der dortige französische Gesandte keine Ursache habe, Ombrage zu schöpfen. S. oben S. 501.

dieses alles zu menagieren. Jedenfalls wird es ihm lieb sein, wenn K. Cöln sich dahin erklären und verbinden sollte, weder in ecclesiasticis noch politicis das geringste in den Vereinigten Provinzen zu ändern, noch etwas von denselben an sich zu reißen, wogegen K. Cöln sich seiner beständigen Freundschaft und exakter Erfüllung seiner Verpflichtungen zu versichern haben wird. Ihm würde lieb sein, wenn es diese Materie betreffend bei dem Inhalt des zweiten Sekretartikels verbliebe.

Der Kurfürst an Fuchs. D. Cölln 8./[18.] März 1684.

[Notwendigkeit, gegen das Haus Braunschweig schärfere Mittel anzuwenden, daher das gegen dasselbe beabsichtigte Konzert zum Abschluß zu bringen.]

Mit der Handlung mit den Herzogen von Braunschweig steht es[1]) noch 18. März
in sehr zweifelhaften terminis. Bei den jetzigen Konjunkturen darf er nicht länger in solcher Ungewißheit bleiben, zumal das Haus in mehreren importanten Punkten mehr zurücktritt als avanciert und die Gegenpartei sich seiner, besonders des Herzogs von Hannover unveränderlicher Freundschaft fest versichert hält. Er findet daher kein anderes Mittel zur Beförderung des Friedens und Erreichung des vorgesetzten Zweckes übrig, als mit seinen Alliierten andere mesures zur Hand zu nehmen und solche Resolution zu fassen, wodurch dieses Haus zu anderen Gedanken gebracht werden und die Alliierten von demselben nichts Widriges zu besorgen haben mögen. Dazu ist notwendig, daß das vor diesem bereits zum Teil projektierte Konzert ohne ferneren Zeitverlust zur Hand genommen und ajustiert werde. F. soll seinetwegen alle Facilität dazu beitragen und den Schluß desselben seiner Instruktion gemäß befördern.[2])

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 18./28. März 1684.

[Fortsetzung der Allianzverhandlungen. Aussichten auf kriegerische Verwickelungen.]

Er ist, nachdem er unterwegs in Rheinberg den Bischof von Straßburg 28. März
gesprochen hat, hier angelangt, hat sofort mit den französischen, dänischen

[1]) S. oben S. 501 und 657.

[2]) Kf. befiehlt (d. Cöln a. d. Spree 18./28. März 1684) F., da er erkenne, daß es dem Hause Braunschweig kein rechter Ernst sei, sich mit der friedliebenden Partei zusammen zu tun, und daß es daher notwendig sei, es durch kräftigere Mittel zur raison zu bringen und dazu das vor einem Jahr mit Dänemark projektierte Konzert zugleich mit K. Cöln zu ajustieren und ins Werk zu setzen, darüber mit dem Bischof von Straßburg zu reden und anheim zu stellen, ob der jetzt am dänischen Hofe befindliche Abt von Murbach dazu instruiert werden solle.

und k. cölnischen Ministern konferiert, und es ist beschlossen worden, daß das Projekt unverlängt, und zwar so, wie es jetzt daliegt, vollzogen werden solle. Was Kf. wegen der von ihm zu stellenden Truppen zu verändern verlangt hat, soll in einen Nebenartikel gebracht werden, ebenso die Erinnerungen, welche dänischerseits deswegen gemacht worden sind, ferner ist beschlossen worden, in einen Separatartikel zu bringen, daß die Alliierten dem 2. Artikel gemäß ihre vertrauten ministros unverlängt zusammenschicken sollen, um, was weiter vorzunehmen, zu konzertieren, und es steht zu deren Entschließung, ob dieses zu Cöln, Berlin, Kopenhagen, oder in loco tertio, etwa Hamburg, geschehen soll.

Man eilt hier umsomehr auf Vollziehung des Traktats, weil fast ein vierfacher casus foederis vor der Tür ist:

1. Man hält, wie in Holland, auch hier für sicher, daß[1]) Hessen und die sächsischen Häuser Weimar und Gotha 7000 Mann nach den Niederlanden schicken werden, welche den westfälischen Kreis werden berühren müssen.

2. Weil die Stadt Hildesheim lüneburgische Völker einzunehmen gewillt sein soll.

3. Weil man glaubt, daß das Haus Lüneburg Höxter attackieren werde, wenn die k. cölnischen Völker die Stadt besetzt haben, wozu man hier ganz resolviert ist.

4. Weil der Prinz von Oranien in Ostfriesland ein Regiment werben läßt.

Er hat v. Canitz[2]) hier vorgefunden, wird ihn bei dem Kurfürsten introduzieren, ihm von allem ausführliche Nachricht erteilen und dann sofort nach Utrecht reisen, um dort das ostfriesische Werk abzutun.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cleve 21./31. März 1684.

[Abschluß des Allianzvertrages. Mitteilung des Bischofs von Straßburg über neue französische Anträge.]

31. März Er und v. Canitz haben am Dienstag bei dem Kurfürsten Audienz gehabt, in welcher er sich gleich von demselben verabschiedet hat. Nachdem an demselben Abend der Bischof von Straßburg von dem Landtage in Neuß zurückgekehrt war, ist das Projekt mit größerem Ernst vorgenommen worden.

[1]) S. oben S. 852f.

[2]) Kf. hatte schon 26. Januar/[5. Februar] 1684 F. angezeigt, daß er v. Canitz nach Cöln schicken werde, der dort nach seiner Abreise subsistieren und die negotia publica beobachten solle.

Man hat K. cölnischerseits gutgefunden, einen förmlichen Traktat[1]) zu machen, das erste Projekt und die beiden articuli secreti sind unverändert gelassen, es sind aber 3 Separatartikel gemacht worden, der erste enthält die Änderungen inbetreff der zu stellenden Truppen, der zweite handelt von dem zu treffenden näheren Konzert, in dem dritten ist die Erinnerung des Kf. wegen des nordischen Wesens beobachtet worden. Was zu Ende desselben von dem holländischen angehängt worden, ist auch von den K. Cölnischen urgiert worden, die sich sehr bemüht haben, ihn darin zu einem spezialen Engagement zu bringen, es enthält aber nichts Verbindliches, sondern Kf. behält noch zur Zeit freie Hände. Er ist darin um so behutsamer gewesen, weil es nicht genug sein wird, mit K. Cöln deshalb mesures zu nehmen, wenn nicht Frankreich dieselben mit genehm hält und ratifiziert.

Nachdem alles ajustiert, ist Mittwoch Abend der Vertrag unterschrieben worden, darauf ist er Donnerstag früh abgereist.

P. S. Mittwoch früh kam[2]) der Bischof von Straßburg zu ihm und teilte ihm mit, der König von Frankreich habe ihm angezeigt, er wolle, da die meisten im Staat den Krieg beabsichtigten, entweder eine vollkommene Armee ins K. Cölnische schicken, oder die K. cölnische Armee durch 4000 Mann verstärken, diese sollte dann im Fall der Ruptur gegen den Staat zu Felde ziehen, und er fragte ihn, was er meine, daß dabei zu tun sei. Er hat geantwortet, er könnte darüber nicht seine Meinung sagen, ehe er des Kf. Gedanken darüber wüßte. Soviel ihm diese vorhin bekannt wären und er den Zustand der Sachen begriffe, könnte er aus einer solchen Resolution nichts Gutes mutmaßen, Kf. hätte bisher sein äußerstes getan, um die französischen Armeen aus Deutschland fern zu halten, wenn aber dieses geschehe, so würde alles verloren sein, er müßte zweifeln, ob Kf. damit zufrieden sein würde, wenn solches ohne seinen Konsens geschehe. Der Bischof erwiderte, er begriffe das wohl, Frankreich aber werde sich nicht an Remonstrationen kehren, man hätte ihm aus Frankreich geschrieben, daß Dänemark und Kf. diese Resolution approbierten, und er fragte, ob, wenn man das Werk nicht ganz stutzen könnte, der letztere Vorschlag nicht vorzuziehen sei. Er hat geantwortet, allerdings wäre dieses unter zwei Übeln das leidlichere, aber es wären noch andere Mittel, zum Frieden zu kommen. Die Alliierten hätten sich verpflichtet, zwei Armeen von 30000 und 20000 Mann parat zu halten, das Konzert darüber könnte schnell getroffen werden, solche 50000 Mann würden den Schluß des Friedens machen können, dann bliebe das Werk in den Händen der Alliierten. Der Bischof war damit einverstanden und beschloß, noch an demselben Tage ein bewegliches Schreiben deswegen an den König von Frankreich abzuschicken, das ist auch geschehen.

---

[1]) S. den Allianzvertrag vom 26. Februar 1684 bei v. Mörner, S. 734 ff.; kurze Inhaltsangabe Pufendorf XVIII, § 115 (S. 1492 f); v. Mörner, S. 453 ff.

[2]) Über dessen wahre Absichten und seine Bemühungen K. Cöln zum Offensivkrieg gegen Holland zu bewegen, s. Ennen I, S. 391 ff

Der Kurfürst an Fuchs.
D. Cöllen 29. März/[8. April] 1684.

[Auf die Relation vom 21./31. März. Billigung des Allianztraktates. Gefährlichkeit der angekündigten französischen Truppensendung.]

8. April Es ist ihm lieb, daß der Traktat vollzogen worden ist, er wird ehestens die Ratifikationen[1]) desselben ausfertigen und nach Cöln senden.

Die von dem König von Frankreich proponierte Abschickung französischer Truppen ins K. Cölnische und was der Bischof von Straßburg deshalb mit ihm gesprochen, ist eine Sache von der höchsten Wichtigkeit, woraus, falls sie zum Effekt kommen sollte, viele schädliche und gefährliche Konsequenzen erfolgen könnten. Er will hoffen, daß es damit der Krone Frankreich kein rechter Ernst, sondern daß diese Proposition nur geschehen ist, um den Staat von Abschickung mehrerer Truppen nach den spanischen Niederlanden abzuhalten. Das Schreiben des Bischofs findet er wohl und vernünftig eingerichtet, auch er wird[2]) mit heutiger Post Spanheim befehlen, die Inkonvenientien, welche aus dieser Resolution entstehen könnten, dort gebührend vorzustellen. Er ist sonst genugsam versichert, daß Spanheim eine solche Erklärung, als wenn er ein solches Dessein approbiert hätte, nicht getan haben wird, vermutet auch solches ebenso wenig von dem Dänischen.

---

[1]) Die Ratifikationen des Kf. sind Potsdam 2./12. April 1684 ausgestellt.

[2]) S. oben S. 503 und 659 f.

Nachtrag.[1])

Erklärung [Kurfürst Max Emanuels von Bayern] für den churbrandenburgischen H. Abgeordneten von Jena. Act. den 5. Martii 1682.

I. Churf. Durchl. in Bayrn, unser gnädigster Herr, haben mehrenteils selbsten in verstatteter gnädigster Audienz mündlich vernommen und Ihro durch die zur weiteren Conferenz verordnete Räte abgelegte untertänigste Relatiōn hinterbringen lassen, was I. Churf. Durchl. zu Brandenburg bei jetzigen sehr verwirrten und gefährlichen Zeiten zu Feststellung des lieben Fried- und Ruhestands im Röm. Reich für consilia führen und höchstermelt Sr. Churf. Durchl. in Bayrn darvon für vertrauliche Communication erteilen wollen. 5. März

Gleichwie nun I. Churf. Durchl. in Bayrn für sollich absonderliche Confidenz und Synceritet deroselben freundvetterlichen hohen Dank erstatten, also könnten Sie dem Herrn Abgeordneten wohl gleichmäßiger Vertreulich- und Aufrichtigkeit versichern, daß höchstermelt I. Churf. Durchl. in Bayrn nichts anders verlangen, als daß der Fried- und Ruhestand im Röm. Reich zu des gemeinen Wesens Nutzen und des Vaterlands Conservation mit rechtem guten Bestand befestiget werden möge, darzu I. Churf. Durchl. in Bayrn allerorten, wo es nur vonnöten und wohl angelegt ist, nachtrucklich cooperiren wollen und zu I. Churf. Durchl. zu Brandenburg gleichfalls das freundvetterliche feste Vertrauen stellen, daß Sie als ein so vornehmer mächtiger Churfürst und hohes Mitglied des Reichs zu eben solchem Ende alle kräftige Mitwirkung anlegen werden, darumben Sie hiemit auf das beweglichst angesucht werden;

---

[1]) Zu S. 827. Nachträglich ist dem Herausgeber von dem Königl. Bayerischen Staatsarchiv dieses dort befindliche Konzept der G. v. Jena erteilten Resolution zugegangen.

und weilen man in dieser Intention zu Frankfurt beisammen ist, so wollen I. Churf. Durchl. in Bayrn hoffen, wann man nur einmal mit Beilegung der bisherigen Präliminar-Differentien die Hand an das Hauptwerk selbst anlegen will,[1]) daß endlich dieser hochrühmliche Zweck der Feststellung des Röm. Reichs Fried- und Ruhestands noch wohl zu erhalten sein werde. Und I. Churf. Durchl. in Bayrn verbleiben Ihme H. Abgeordneten dabei mit Gnaden wohl gewogen.[2])

---

[1]) Das Konzept hatte hier noch folgende Worte: „und hierzu der gravierten Ständ Beistimmung sich versichern kann, an deme gleichwohlen gelegen". Diese Worte sind aber gestrichen und am Rande mit Blei die Worte beigeschrieben: „Diese Clausl dünkt mich sehr präjudicirlich, wie ich die Rationen mündlich anbefehlen will."

[2]) Auch über die Sendung des k. bayerischen Geistlichen Ratsdirektors D. Johann Friedrich Karg, welcher von Anfang Juni bis Ende August 1684 am brandenburgischen Hofe sich aufgehalten hat, sind nachträglich nähere Mitteilungen von dem Geheimen Staatsarchiv in München eingegangen. Karg wird in der Instruktion vom 26. Mai 1684 beauftragt, dem Kf. angesichts der Prätensionen Frankreichs auf Luxemburg und der Belagerung dieser Stadt vorzustellen, das Interesse des Reiches erfordere, daß dem Vordringen Frankreichs von Reichs wegen entgegengetreten werde, das Ansehen des Reiches, das durch die früheren Reunionen geschmälert sei, dürfe keine neue Einbuße erleiden, Vorschläge deswegen möchten durch die Reichstagsgesandten beim Reichstage gemacht werden. Er sollte mitteilen, daß K. Bayern für den Fall einer notwendig werdenden Abwehr seine Truppen am Lech zusammenziehe. Nach Kargs Bericht vom 9. Juni antwortet Kf. in der an diesem Tage demselben erteilten Audienz auf dessen dem entsprechende Proposition, er bedauere, daß man nicht schon vor sechs Wochen Schritte deswegen getan habe, damals wäre es leicht gewesen, das Vordringen Frankreichs aufzuhalten, jetzt, wo Luxemburg gefallen sei, sei jede Bemühung nach dieser Seite vergebens. Die nächste Aufgabe sei nunmehr die Sicherung der Rheingrenze, diese könne nur durch rechtzeitige Annahme des von Frankreich angebotenen Waffenstillstandes erreicht werden, mit Waffengewalt könne man Frankreich nicht entgegentreten, die Vorbereitungen dazu würden zu langsam vor sich gehen, das Risiko sei zu groß. Am 4. Juli berichtet K., er habe in Erfahrung gebracht, daß Kf. für den Fall des Vorrückens französischer Truppen beschlossen habe, Truppen nach Cöln und Coblenz zu legen. Kf. habe erklärt, daß er „auf den Fall einiger Hostilitäten den Reichssatzungen und seinen Pflichten gegen das Reich treulich nachleben wolle", er sei auch entschlossen, auf die Universalität und Garantierung des Waffenstillstandes soviel als möglich mitantragen zu helfen und bei künftigem Andringen fremder Gewalten den Reichskonstitutionen und der Exekutionsordnung treulich nachzuleben. Kurfürst Max Emanuel richtete ein Schreiben (d. Schleisheimb 4. Juli 1684) an Kf., in dem er ihn bat, falls der König von Frankreich Schwierigkeiten machen sollte, bei demselben kräftige officia anzuwenden, daß ein universaler Waffenstillstand zustande gebracht und daß derselbe kräftigst garantiert werde, und die Hoffnung aussprach, daß Kf., falls Frankreich keinen rechten Ernst zeigen sollte, mit anderen dahin bedacht sein werde, daß durch einmütige Zusammensetzung weitere Tätlichkeiten gehindert und

das Vaterland gerettet werde, und auch Karg erhielt den Befehl, auf die Notwendigkeit eines allgemeinen Waffenstillstandes fortgesetzt hinzuweisen und anzufragen, was Kf. zu tun gedenke, wenn Frankreich einen solchen ablehnen sollte. Aber Kf. erwiderte in seinem Antwortschreiben, es sei nicht die geringste Zeit zu verlieren, um den Waffenstillstand zustande zu bringen und so die von K. Bayern gefürchteten Gefahren zu verhüten. Er hoffe, daß Frankreich seinen Versicherungen gemäß der Christenheit eine allgemeine Ruhe gönnen werde, wenn nur Spanien die im Haag gemachte Konvention ratifizieren werde. An sonstigen auswärtigen Interessen dürfe der Waffenstillstand zwischen dem Reich und Frankreich nicht accrochiert werden. Ähnlich wurde Karg beschieden. Am 1. August meldet er, er sei überzeugt, daß Kf., sobald Frankreich irgend welche Schwierigkeiten mache, auf die Universalität des Waffenstillstandes verzichten werde, und am 5. August, Kf. habe ihm geantwortet, Frankreich wünsche noch immer einen allgemeinen Waffenstillstand, nur wolle es die Bedenkzeit nicht verlängern, er habe v. Jena instruiert, für die Generalität des Waffenstillstandes zu votieren, mehr jedoch als an der Generalität desselben sei an der Ruhe des Reiches gelegen. Schon am 7. Juli hatte er berichtet, Kf. sei nicht geneigt, Frankreich gegenüber die Universalität des Waffenstillstandes auch für Italien zu beanspruchen, derselbe habe geäußert, man könne ruhig Frankreich gegen die italienischen Fürsten und gegen die Republik Venedig operieren lassen, Italien sei noch stets „das Grab Frankreichs" gewesen. Doch schreibt er am 11. August: „Ich finde ein für allemal, daß S. Churf. Durchl. für Ihre höchste Person durch eilfertige Schließung des Stillstands sich von dem französischen Engagement, insoweit es des Röm. Reiches Wohlfart künftighin schaden kann, gern entbinden möchten", und am 19. August, er sei überzeugt, daß Kf. sich mit dem Hause Braunschweig und anderen wohlgesinnten armierten Potenzen wider Frankreich hervorzutun gedenke, wenn dieses den Waffenstillstand ablehne. Kf. habe selbst gesagt, daß er, „als ein teutscher Churfürst Ihre und des Röm. Reichs Libertät von der Cron Frankreich nicht wollten zu Boden richten lassen, wie Sie denn dem H. Rébenac deshalben eine Lection geben lassen und einen sehr herben Brief in Frankreich geschrieben, auch den Herrn Feldmarschallen Dörffling (der nichts anders wünscht, als seinen Degen noch einmal wider die Franzosen zu brauchen) befohlen haben, mit Ihro hinaus aufs Land zu reisen, damit Sie zur bequemen Zeit sich mit ihm weitläufig unterreden könnten", doch werde sich Kf. wohl gegen den Kaiser und K. Bayern nicht so positiv herauslassen, da er jetzt lieber den Stillstand als den Krieg mit Frankreich befördert sehe. In dem Bericht vom 17. August erörtert K. die Ursachen der Erfolglosigkeit seiner Negotiation und führt als solche an den Einfluß der Kurfürstin, der nicht nur große Präsente aus Frankreich und deren Kindern die französischen Subsidien völlig zukämen, sondern die auch durch eine gewisse Frau „gleichsam bezaubert und zu allem eingeführt" werde, sowie der beiden von Frankreich bestochenen Minister Meinders und Fuchs, mit denen allein alle auswärtigen Reichssachen in höchstem Geheim vorgenommen würden, und den Widerwillen gegen das Erzhaus Österreich, der sich so tief eingewurzelt habe, daß man noch zu der Zeit, als er hieher gekommen, von dem Kaiser kaum etwas habe melden dürfen.

Personenverzeichnis.